AR 25336 1/1 1993-2000

Gotha-history of Simson + Ruppel families

wir. Die Hauptsache ist das Gutachten, wonach sich die weiteren Schritte ergeben werden.

Darauf wird um 8 Uhr die Debatte geschlossen.

Herr Stadtv. Dr. Schwerdt hat absolut nichts gegen Herrn Professor Dr. Gärtner als Gutachter und zieht seinen Antrag, betr. Reichs-Gesundheitsamt zurück.

Darauf werden die Anträge der Baukommission und die Einholung eines Gutachtens von Herrn Professor Gärtner gegen 4 Stimmen angenommen.

Schluß folgt.

Aus Stadt und Land.

Gotha, 10. Oktober 1906.

Vom Hofe. Heute morgen hörte Seine Königliche Hoheit der Herzog von 9 Uhr ab die üblichen Vorträge. Um 3 Uhr nachmittags besuchen die Herrschaften mit Gefolge die Fabrik von Briegleb, Hansen & Co.

Hoher Besuch. Im Laufe des gestrigen Vormittags beehrte Se. Königliche Hoheit der Herzog nebst Gemahlin die „Gebr. Simsonsche Porzellanfabrik" in der Steinmühlenallee mit einem Besuche. In Begleitung des Herzogspaares befanden sich Ihre Hoheit Prinzessin von Sonderburg-Glücksburg, der Adjutant des Herzogs Freiherr v. Schack, die Hofdamen v. Wangenheim und v. Hopfgarten, Se. Exzellenz Herr Staatsminister Richter und Herr Oberbürgermeister Liebetrau. Zu Ehren des Tages hatten die Fabrikgebäude Flaggenschmuck angelegt, als die Herrschaften 1/2 11 Uhr daselbst eintrafen und sofort einen Rundgang durch die einzelnen Abteilungen des Etablissements unternahmen. Die Führung hatten der Inhaber des Geschäftes, Herr Fabrikant Julius Simson, der Geschäftsführer Herr Kaufmann Fleischmann und die beiden Herren Werkführer Weckebrot und Zettl übernommen. Bei der Besichtigung der einzelnen Werkstätten erregten namentlich die Gießerei-, Dreherei- und Malereiabteilung das ganz besondere Interesse des Herzogs, welcher nicht allein eine ganze Anzahl der Arbeiter ins Gespräch zog, sondern sich auch über die Verfertigung der einzelnen Gegenstände durch praktische Vorführung eingehend unterrichten ließ. Freudig überrascht war Se. Königl. Hoheit, als ihm durch Herrn Simson einige in der Fabrik aufbewahrte Objekte von historischem Wert zur Besichtigung überreicht wurden, welche die Bildnisse Herzog Ernsts I. von Sachsen-Gotha und des Prinzen Albert, Prinzgemahls der Königin Viktoria von England, des Großvaters Sr. Königlichen Hoheit, trugen. Der Anfrage des Herzogs betreffs eventuellen Ankaufs dieser Stücke kam Herr Simson in zuvorkommendster Weise dadurch entgegen, daß er die betreffenden Gegenstände Sr. Königlichen Hoheit als Präsent überreichte. Mit bestem Danke für das Gesehene verabschiedeten sich gegen 12 1/4 Uhr die Herrschaften in überaus herzlicher Weise, wobei Se. Königl. Hoheit gleichzeitig Herrn Simson schon jetzt seinen Besuch auch der zukünftigen neuen Fabrikanlage in der Ostflur in Aussicht stellte.

Von der Landesuniversität. An Stelle des verstorbenen Professor Heinrich Gelzer ist der ordentl. Professor der alten Geschichte, Dr. W. Judeich in Erlangen an die Universität Jena berufen worden. Er hat den Ruf angenommen und wird ihm mit Beginn des Sommersemesters Folge leisten.

Thüringer Bezirksverband, Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innungen. Der Obermeister schreibt uns: Im Montagsblatt las ich eine Notiz betreffs Sonntagsruhe im Barbier- und Friseurgewerbe, welche ich bitte richtig zu stellen. Bis jetzt ist uns noch keine Polizeiverordnung zugegangen, worin die Arbeitszeit im Winterhalbjahr gekürzt worden ist, die genannten Geschäfte haben wie zuvor gesetzliche Berechtigung bis 2 Uhr offen zu lassen.

Zuführung von Rekruten zu den Truppenteilen. Wie in Vorjahren werden auch in diesem Jahre die ausgehobenen Re[...] mehrjährig, Freiwilligen nicht mehr durch die Bezirks[...]

aufgestellt, ebenso einige Händler mit H[...] haben auf dem Hauptmarkt reichlich ihre Aepfel zum Verkauf gebracht und der U[...] ist viel am Platz. Der Viktualienmarkt [...] Eier sind im Preise hoch geblieben. [...] 80 Pfg. Der Fruchtmarkt hat keine A[...]

Reichsbank. Am 5. November d[...] eine von der Reichsbank in Glogau[...] stelle mit Kasseneinrichtung und besc[...] werden.

Wolfsbehringen, 9. Okt. Hie[...] machermeister Herrn Karl Liebetrau [...] block überlassen, welcher 5[...] cm Läng[...] Stärke hat, der auf seiner Wanderung [...] langte, also ungefähr soweit nach dem [...] an der Straße von Brüheim nach Ne[...]

Gerichts[...]

Strafkammer. (Sitzung vom 9. [...] Schuhmacher Paul Werner aus Gotha [...] des Str.-G.-B. Unter Ausschluß der Öff[...] einem Monat Gefängnis verurteilt. — De[...] Oeffentlichkeit gegen den Schulknaben Pau[...] gleichen Verbrechens verhandelt. Das Urteil [...] Der Fabrikarbeiter Oskar Schuster aus F[...] und Körperverletzung zu verantworten. Die [...] Beweisaufnahme vertagt. — Die Porzellanm[...] Härtel aus Manebach sind beschuldigt, den [...] Oberpörlitz mißhandelt zu haben. Die Angek[...] die anwesenden Zeugen wollen nichts gesehen [...] belastungszeugen als einen unglaubwürdigen [...] freigesprochen.

Thüringen und N[...]

Coburg, 9. Okt. Ihre K. K. H[...] und Ihre K. H. Prinzessin Beatri[...] 40 Min. von München kommend, wied[...]

Thüringer Allerlei. In der Na[...] Schafe der Gemeinde Bojendorf bei [...] ganzen 88 Stück, aus einem Pferch e[...] unbekannt. — Die Ziehung der Nürn[...] auf den 12. November verlegt worden. [...] abend wurden in Schmalkalden im [...] im Soolbad-Restaurant und in der A[...] geführt. Während in der Bahnhofswir[...] lang, das Büffett zu öffnen, plünderten [...] rants die Automaten. Noch ein vierter [...] Diebstahl im Hotel zum „Adler" sch[...] zu stehen. — Die Typhusepidemie in [...] Fälle sind bereits zur Anzeige gebr[...] wurde heute ein Opfer der tückischen K[...] in Coburg beschloß die Erhöhung d[...] 85 Pfg. das Pfund. Begründet wird [...] Coburger Gegend nicht mehr zu haben [...] coburgischen Landes, in Erf[...] Saalf[...] wodurch höhere Spese[...] sich in Eltma[...] und eine [...] 6000[...]

Erst herzogliches Gebäude, dann „Pionierhaus"

Friedrichstraße 19: Häuser und ihre Geschichte (4)

■ Von unserem Mitarbeiter Mark Escherich

Gotha (tlz) Alte Gothaer kennen es noch als Porzellanschlößchen, das Haus Ecke Friedrichstraße/Schöne Allee. Seinen Namen bekam es 1912, als sich hier der Gothaer Porzellanfabrikant Julius Simson das bis dahin dort stehende Gebäude in ein „Schlößchen" umbauen ließ. Das vorherige Gebäude war wohl seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts im herzoglichen Besitz. Erster privater Besitzer war laut dem Adreßbuch 1873 der Rentner Pringle. Dieser ließ sich später eine Art Nebengebäude auf seinem Grundstück direkt an der Friedrichstraße errichten. Mit der Anfertigung der Pläne beauftragte er den Baurat Bruno Eberhard (1836-1901), das Haus trägt nun die Nummer 17 der Straße. Lediglich durch eine Pergola war es mit dem Eckgebäude verbunden, stand sonst völlig frei. Der nächstfolgende Bewohner der Villa kam 1877, mit dem Geheimen Rat Arthur Woltersdorf. Er beabsichtigte, die beiden Gebäude durch einen Zwischenbau zu verbinden. Ob das Vorhaben auch verwirklicht wurde, ist unklar. Fakt ist, das Woltersdorf 1877, wie schon Pringle, den Architekten Bruno Eberhard mit der Planung des Zwischenbaues beauftragte, dessen Zeichnungen heute im Kreisarchiv aufbewahrt werden. Woltersdorfs Erben verkauften 1884 an den Kaufmann Joh. August Brendt. Auch er läßt das Haus weiter um- und ausbauen (siehe Repro). Laut Adressbuch 1906/07 bewohnten seine Söhne – beide hatten den Beruf des Vaters ergriffen –, mit ihren Familien das Haus. Vater Brendt war zu diesem Zeitpunkt schon gestorben.

Die ehemalige Villa des Porzellanfabrikanten Julius Simson – im Volksmund auch „Porzellanschlößchen" genannt – beherbergte lange Zeit das Pionierhaus der Stadt „Bruno Kühn". Später war hier das Domizil der „Villa"-Kinder, die hier zahlreichen Freizeitaktivitäten nachkamen. Das Porzellanschlößchen steht heute zum Verkauf. Fotos (3): Escherich

15jähriges Bestehen des Pionierhauses 1967: Das Haus wurde an diesem Tag nach dem Partisanen und KP-Funktionär Bruno Kühn benannt. Foto: Museum für Regionalgeschichte

■ Villa wurde nach Plänen von Klepzig völlig umgebaut

1912 erwirbt der bereits erwähnte Porzellanfabrikbesitzer Julius Simson das Grundstück und die Gebäude 17/19. Er beauftragt noch im selben Jahr den ehemals in Gotha ansässigen Architekten Richard Klepzig mit dem groß angelegten Um- und Erweiterungsbau. Die Pläne dazu fertigte Klepzig in Zürich, wo er sich niedergelassen hatte. Sein Projekt sah eine Aufstockung des Eckhauses und dessen vollkommene Verbindung mit dem Haus Nummer 17 vor. Dabei wurde dieses völlig überformt und dem projektierten Hauptgebäude angepaßt. Die Villa sollte als „ein" Bau wirken.

Auf der Hauptfront an der [illegible] de von einer geschwungen hervortretenden Kolossalordnung beherrscht: vier Halbsäulen aus Sandstein reichen über die zwei Hauptgeschosse der Hauses. Ähnliche Säulen flankieren auch den Eingang, der an der Schönen Allee liegt. Die Gebäudeecken sind mit Rustikaquaderung betont und über dem ganzen Bau thront ein mächtiges, von aufrecht stehenden Gaupen durchbrochenes, gewalmtes Mansarddach.

Klassizistische und barokke Stilelemente vermischen sich hier in der Zeit, als der schwungvolle und kurzlebige Jugendstil schon abgeklungen war. Die Architekten jener Zeit blicken wieder zurück auf die großen Epochen der Vergangenheit und machten sie zum Vorbild. Im Inneren war das Porzellanschlößchen durch und durch nobel ausgestattet. Im teilweise mit Marmor verkleideten Treppenaufgang zur Belle Etage, begrüßten den Eintretenden mehrere ovale Reliefs mit Figurengruppen. Die Diele erscheint einem größer als alle anderen Räume. Sie ist mit einem großen Kamin versehen und mit dunklem Holz vertäfelt. Von der Diele führt eine imposante Treppe in das Obergeschoß, wo sich das Frühstückszimmer und die Schlafräume, zu denen je ein Ankleidezimmer gehörte, befanden. Ein Luxus, auf den Simson anscheinend nicht verzichten wollte. Er und seine Familie bewohnten das Haus 26 Jahre lang bis 1939, er war als Jude von den Nazis enteignet worden.

Häuser in Gotha

Das Eingangsportal aus einer hölzernen Tür zeigt Schmuckelemente im Zopfstil.

■ Gothaer Porzellan im ganzen Land bekannt und beliebt

An dieser Stelle sei ein Blick in die Geschichte des Porzellans in Gotha erlaubt. 1757 wurden vom Kammerrat Wilh. Theodor von Rotberg mit der Porzellanherstellung begonnen, der damit die erste Porzellanmanufaktur in thüringischen Landen gegründet hatte. Anfangs wurden von ihm drei Arbeiter beschäftigt, deren Produkte dem Hof vorbehalten waren. 1782 entstand aus der Manufaktur ein genossenschaftliches Konsortium, dem neben Porzellanmalern, Modelleuren und einem Brenner der Kaufmann Ernst Friedrich Arnoldi, als Geschäftsführer, angehörten. Die Porzellanerzeugnisse waren für den künstlerischen Wert bekannt. Das Unternehmen kommt 1802 in die Hände des Erbprinzen August von Sachsen-Gotha, der seinen Kammerdiener Fried. E. Henneberg mit der weiteren Leitung des Betriebes beauftragte. Der erwirbt diesen im Jahr 1810 und siedelte ihn bei der heutigen Steinmühlenallee an. Das unter „F. E. Henneberg und Co." firmierende Unternehmen produzierte hauptsächlich Kaffee- und Teeservices. 1883 erwarben die jüdischen Gebrüder Gerson, Hugo und Julius Simson die Hennebergsche Porzellanfabrik in der Steinmühlenallee. Aus dem Konkurrenzkampf mit den Porzellanfabriken „May und Lindner" in der Breiten Gasse und der von „Morgenroth und Co." in der [illegible] Straße traten die Simsons als Sieger hervor. Ihre gänzlich unkünstlerische Massenproduktion hatte die Gegner in die Knie gezwungen. Im Nützleber Weg hatte später Julius Simson seine eigene Fabrik eingerichtet, die er bis in 30er Jahre ohne seine Brüder weiterführte.

Die über zwei Geschosse reichende Säulenordnung gibt der Hauptfront ein fast monumentales Gepräge. Fein detaillierte Arbeiten in Sandstein zeigen die ionischen Säulenkapitelle.

■ Haus wurde von vielen genutzt und zweckentfremdet

Zurück zum Haus in der Friedrichstraße. In die Friedrichstraße 19 zog nach der Arisierung des Gebäudes die NS-Flugsportgruppe 8, Eschwege ein, die hier ihre Büros unterhielt. Nach dem zweiten Weltkrieg diente das Haus unter anderem als Jugendheim der Antifa-Jugend und als Sitz der FDJ-Leitung, bevor am 12. Februar 1952 das „Haus der jungen Pioniere" eröffnet wurde. Nach sowjetischem Vorbild stand hier neben der sinnvollen Freizeitbeschäftigung und Betreuung auch die politische Erziehung der Kinder im Vordergrund. Zu seinem 15. Geburtstag im Jahr 1967 bekam das Pionierhaus den Namen Bruno Kühn. Seine Schwester, Lotte Ulbricht, nahm den Akt der Namesgebung vor. Zu Bruno Kühn selber erfährt man in zeitgenössischen Dokumenten des Pionierhauses einiges, allerdings in einem extrem einseitigen Ton: „Geboren am 17. Dezember 1901 in Neukölln/Berlin, Arbeiterkind, Spartakusbund, KJVD und KPD, nach Gefängnishaft in Moskau, Spanienkämpfer, Partisan und Politkommissar, zurück in die SU, im zweiten Weltkrieg als Partisan tätig." Eine Verbindung Kühns zu Gotha scheint es nicht gegeben zuhaben und war wohl auch nicht nötig.

■ Zu DDR-Zeiten stand Erziehung der Jugend an

Ein anderes Dokument aus dem Kreisarchiv hat eine Liste zum Inhalt, in der ähnlich wie in den Produktionbetrieben die Ergebnisse, hier während des Sommers 1967, der Jugenderziehung abgerechnet werden. Die Art und Weise wie hier abgerechnet wurde, ist jedem ehemaligen DDR-Bürger wohl noch gut bekannt: „Schießen: 25 Schießabzeichen; Kochzirkel: 27 Kinder erlernten Kochen; Modelleisenbahnbau: Neun Wagen und zehn Häuser; Touristik: 62 Stunden Lotsendienst; Sport: zwei Fußballsiege über Ferienlager Reichenbach i.V." 1990 wurde im Zuge der Wende aus dem Pionierhaus das „Haus der Kinder", abgekürzt HdK genannt. Seit 1993 steht das Porzellanschlößchen leer und harrt einer neuen Nutzung.

Haus der Jungen Pioniere „Bruno Kühn" Gotha

Neben der Freizeitbeschäftigung und Betreuung der Kinder wurde im „Haus der Jungen Pioniere" auch eine politische Erziehung vollzogen. Repro: Kreisarchiv

ZUM THEMA

Das Haus in der Friedrichstraße 19 hat für die Stadt Gotha Geschichte geschrieben. Einst ein herzogliches Gebäude, wurde es im Volksmund liebevoll „Porzellanschlößchen" genannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das ehrfürchtige Haus vorrangig für politische Zwecke genutzt. Insbesondere Kinder und Jugendliche erhielten hier eine sozialistische Erziehung, obwohl dieses Haus für Freizeitbeschäftigungen gedacht war. Im „Haus der jungen Pioniere" wurden dazu zahlreiche Arbeitsgemeinschaften gegründet. Nach der Wende erhielt das ehemalige Porzellanschlößchen den Namen „Haus der Kinder". Bis 1993 stand den Kindern der Stadt dieser Treff nach der Schule offen. Doch dann mußte die Villa geschlossen werden. Seit zwei Jahren wird das Haus nicht mehr genutzt und steht zum Verkauf. (com)

Gotha. Friedrichstrasse. — Schöne Allee.

So sah einst der Vorgängerbau des „Porzellanschlößchens" aus: Das Foto stammt aus dem Jahre 1906 und zeigt das Gebäude in der Friedrichstraße/Ecke Schöne Allee. Der Architekt Richard Klepzig ließ das Haus 1912 erweitern und umbauen. Foto: Museum für Regionalgeschichte

Eingebettet in ein thüringisches Tal und in die deutsche Geschichte: die Simson-Werke in Suhl im Jahr 1932 — Foto Archiv

Die Familie Simson und ihr Erbe in Suhl

Ein Stück deutscher Industriegeschichte und ein Fall der Treuhand / Von Klaus Kemper

Stolz und fast unnahbar steht die Villa der Familie Simson oben am Domberg und blickt auf die Stadt Suhl herab. Der einstige Sitz der Familie Simson, erbaut im Jahr 1912, ist schlicht und sachlich und vermittelt den Eindruck, daß dieses Haus am Hang mehr ist als nur eine Villa reicher Leute. Die monströsen Plattenbau-Hochhäuser, die als Hinterlassenschaft von vierzig Jahren DDR das Zentrum der einst so bürgerlichen Stadt am Südhang des Thüringer Waldes beherrschen, verstärken diesen Eindruck eher noch. Die Simsons und die Stadt Suhl, das ist ein wichtiges Stück deutscher Industriegeschichte. Es ist aber auch ein Stück deutsch-jüdischer Vergangenheit. Und es ist heute zu dem äußerst mühseligen Versuch der Rückübertragung eines Vermögens geworden, dem die Stadt spätestens seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts einen großen Teil ihres Wohlstandes und ihrer Bedeutung verdankt.

Am 11. Juli 1990 haben die vor 57 Jahren in die Vereinigten Staaten emigrierten Simson-Erben ihren Anspruch auf Rückübereignung ihres 1936 zum ersten Mal von den Nationalsozialisten und nach Gründung der DDR zum zweiten Mal von den Kommunisten enteigneten Vermögens angemeldet. Sie wählten nicht die Möglichkeit der finanziellen Entschädigung, deren Grundlage eine bereits im Rahmen der staatlichen Anerkennung der DDR zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung in Ost-Berlin in den siebziger Jahren getroffene Vereinbarung war. Das DDR-Regime war dieser Verpflichtung nie nachgekommen. Daher hat die Bundesregierung nach der Wiedervereinigung die Entschädigungsregelung übernommen. Auch für die Simson-Erben, die sich inzwischen alle in Amerika wieder eine sichere wirtschaftliche Existenz aufgebaut haben, wäre die Annahme der finanziellen Entschädigung der einfachere und unproblematischere Weg gewesen. Die Summe, die ihnen danach zugestanden worden war, belief sich immerhin auf fast 20 Millionen Mark. „Die Familie hat lange zusammengesessen und beraten, ob sie sich für die Rückerstattung in Deutschland entscheiden sollte", sagt Ewald Mayer, Haupterbe und heute Oberhaupt der Familie. „Am Ende kamen wir zu dem Ergebnis, daß wir die Fabrik in Suhl doch nicht untergehen lassen können." Der inzwischen 84 Jahre alte Mann fügt eindringlich hinzu: „Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß es in Heinrichs keine Industrie mehr gibt."

Tatsächlich hat die gewerbliche Tätigkeit in dem westlich an den alten Stadtkern von Suhl angrenzenden Tal eine jahrhundertealte Tradition. In dem bis in das vorige Jahrhundert selbständigen Ortsteil Heinrichs, durch den die Lauter fließt, waren Hammerwerke zur Verarbeitung des in der Umgebung gewonnenen Eisenerzes entstanden. Zunächst waren es die Grafen von Henneberg, die Anfang des dreizehnten Jahrhunderts Erzgewinnung betrieben und auf dieser Grundlage die Entstehung jenes Waffenhandwerks förderten, durch das die thüringische Stadt weltberühmt werden sollte. Zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts stellten bereits mehr als hundert Betriebe Waffen her. Im Dreißigjährigen Krieg war Suhl zu einem der „Zeughäuser Europas" geworden.

Im Jahre 1766 kam zum ersten Mal ein Simson in die Nähe der Stadt – Liebmann Simson. Doch wegen der Ressentiments gegen die „Handelsjuden" gelang es erst ein knappes Jahrhundert später den beiden Brüdern Löw und Moses Simson, ein Haus am Markt von Suhl zu erwerben. 1856 legte Moses mit dem Erwerb des Heinrichs-Hammers den Grundstein für die Simson-Werke. Er tat es den anderen Fabrikanten in Suhl wie Sauer & Sohn, Krieghoff, Merkel und Haenel nach und produzierte zunächst hochwertige Jagd- und Scheibengewehre sowie Pistolen; denn in Europa herrschte vorübergehend Frieden, Kriegswaffen waren kaum gefragt.

Doch im Gegensatz zu den übrigen Suhler Fabrikanten waren die Simsons stets bereit gewesen, neue Wege zu gehen. So leitete der Sohn des Firmengründers, Gerson Simson, gegen Ende des vorigen Jahrhunderts mit der Produktion von Fahrrädern eine für das Unternehmen neue Entwicklungsphase ein. Die Simsons gehörten damit zu den ersten deutschen Unternehmen, die sich dieser Fertigung zuwandten. „Es hatte damit begonnen", erinnert sich Ewald Mayer, „daß der Großvater für eine benachbarte kleine Waffenfabrik, die nicht mehr genug zu tun hatte, eine neue Beschäftigung suchte." Gerson Simson beteiligte sich an der Fabrik und begann dort 1896 mit der Herstellung von Fahrrädern und Kutschen. Um die Jahrhundertwende waren die Simson-Werke mit ihren etwa 1200 Beschäftigten das mit Abstand größte Unternehmen in Suhl.

Die beiden jüngsten Söhne des Unternehmers, Arthur und Julius – sie waren gerade 20 und 22 Jahre alt, als ihr Vater 1904 starb –, setzten den eingeschlagenen Weg fort. Die Produktpalette reichte bald von den Jagdwaffen über Fahrräder und Kinderwagen bis hin zu Küchengeräten. Wirklich bedeutsam für die weitere Entwicklung der Simson-Werke war indes der Einstieg in die Automobilproduktion im Jahre 1908. Zwar wurde dieser Produktionszweig schon 1934 wieder aufgegeben. Doch war mit ihm auch der Grundstein für jene Motorradproduktion gelegt worden, die in den Jahren nach 1945 die wichtigste Basis für den Fortbestand der Fabrik im Tal von Heinrichs bilden sollte. Der von den Simsons in den zwanziger Jahren herausgebrachte Achtzylindermotor in Vierventiltechnik, eine spezielle Technik, die sechzig Jahre später vor allem von japanischen Autoproduzenten wiederaufgegriffen werden sollte, galt in der Branche als Sensation. Mit ihm begründete der „Simson Supra", der ab 1923 mit diesem Motor serienmäßig ausgestattet wurde, seinen legendären Ruhm. Etwa 250 Autos, alles Handarbeit, wie Ewald Mayer betont, wurden damals von Simson im Jahr gebaut. Dazu kamen kleinere Lastwagen und später Motorräder. Auf dieser Grundlage wuchs das Unternehmen. Außerdem durften die Simsons nach dem Versailler Vertrag als einer der wenigen deutschen Waffenproduzenten Reichswehr und Polizei in der Weimarer Republik mit Gewehren, Karabinern und Pistolen ausrüsten. So stieg der Jahresumsatz der Simson & Co. KG von 6,9 Millionen Reichsmark 1924 auf 19,6 Millionen Reichsmark 1927. Auch der spätere Einbruch durch die Weltwirtschaftskrise wurde überstanden.

Der Erfolg der Unternehmerfamilie Simson hatte jedoch auch Neid und Mißgunst geweckt. Es gibt im Thüringischen Staatsarchiv in Meiningen einen Brief vom März 1933, in dem die Inhaber der ebenfalls in Suhl ansässigen Waffenfabrik Fritz Walter & Sohn die Simsons bei Hitler als Betrüger anklagen. Ähnliche Denunziationen, so bestätigt der New Yorker Anwalt der Simson-Erben, Hans J. Frank, soll es auch von anderen Konkurrenten gegeben haben. Im Januar 1934 wurden die Simson-Brüder Arthur und Julius gezwungen, die Kommanditgesellschaft neu zu organisieren. Eine neugegründete Beteiligungsgesellschaft wurde alleiniger Komplementär. Als Treuhänder dieser Gesellschaft und als Geschäftsführer erhielt der SA-Obersturmbannführer Herbert Hoffmann alle Kontrollrechte über den Konzern. Im gleichen Jahr wurde gegen Arthur Simson und mehrere seiner leitenden Mitarbeiter Anklage erhoben. Sie wurden beschuldigt, das Deutsche Reich durch überhöhte Preise für ihre Waffenlieferungen und die Umleitung von Subventionen in andere Produktionen ausgebeutet zu haben.

Obwohl das Gerichtsverfahren in Meiningen eingestellt werden mußte, diente der aus der Luft gegriffene Vorwurf, die Simsons hätten bei ihren Waffenlieferungen das Reich um 9,7 Millionen Mark betrogen, als Grundlage für den Plan von Hitler und seinem Gauleiter in Thüringen, Fritz Sauckel, das Unternehmen der Simsons in ihre Gewalt zu bekommen. Noch war das Regime Hitlers nicht so gefestigt, daß es sich die Enteignung eines so bedeutenden Unternehmens hätte leisten können, nur weil die Eigentümer Juden waren. „Am 14. April 1935", erinnert sich Ewald Mayer, „wurden mein Onkel Arthur und ich von den Nazis in Berlin verhaftet." Mayer war gemeinsam mit seiner Schwester Hilde schon Kommanditist der Firma. Er sollte einmal die Nachfolge von Julius und Arthur antreten. Die beiden Simson-Brüder waren unverheiratet und hatten keine eigenen Kinder. Ewald und Hilde Mayer waren die Kinder ihrer Schwester Rosalie. Zweck der Verhaftung: Arthur Simson und Ewald Mayer sollten in einem Vertrag nicht nur die Schuld von 9,7 Millionen Reichsmark anerkennen, sondern vor allem zur Tilgung dieser Schuld die Fabrik in Suhl und 1,7 Millionen ihres Privatvermögens an den Staat übertragen. Die Gestapo war anwesend, als Mayer am 23. November 1935 beim Notar ein entsprechendes Angebot unterschreiben mußte, das Sauckel am 29. November annahm. Arthur Simson wurde daraufhin aus der Haft entlassen. Mayer blieb bis Januar 1936 inhaftiert. Bei der Flucht in die Schweiz hatten dann alle Glück.

Während die Simsons über London in die Vereinigten Staaten emigrierten, schmiedete Sauckel in Suhl einen neuen Waffenkonzern. Im Februar 1936 kaufte er aus dem Vermögen der Simson-Werke eine ebenfalls mit der Herstellung von Waffen und Militärfahrzeugen beschäftigte Fabrik in Weimar hinzu. Die neue Unternehmensgruppe wurde im Juni 1936 in die von Sauckel neu gegründete Wilhelm-Gustloff-Stiftung überführt. 1937 wurde der Sitz der Gruppe in das mit seinen 8000 Beschäftigten größere Werk in Weimar verlegt. Offenbar 1938 erwarb die Stiftung außerdem noch die Maschinenfabrik Meuselwitz und die Patronenfabrik Hirtenberg, so daß sie 1939 ein Vermögen von mehr als 24 Millionen Reichsmark besaß. Da der Kauf der Fabrik in Weimar nachweislich aus dem Vermögen der Simsons und Monate vor der formal vollzogenen Enteignung ihres Unternehmens erfolgt ist, haben sie auch gegen die Weimar-Werke GmbH einen Restitutionsanspruch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Rüstungsbetriebe der Wilhelm-Gustloff-Stiftung nicht nur erst einmal unter sowjetische Militärverwaltung gestellt, sondern auch in erheblichem Umfang demontiert. 1952 wurden sie von der DDR übernommen und verstaatlicht. Aus der Weimarer Fabrik, die schon von den Nazis noch um andere Betriebe erweitert worden war, wurde der VEB Weimarwerke, der als Hersteller von Landmaschinen, vor allem Mähdreschern, in den letzten vierzig Jahren Bedeutung erlangte. Aus den ebenfalls vom SED-Regime verstaatlichten Simson-Werken wurde zunächst im Mai 1952 der VEB Fahrzeug- und Gerätewerk Simson Suhl. 1968 wurde das Unternehmen in den VEB Fahrzeug- und Gerätewerk Simson Suhl als ausschließlich auf die Produktion von Fahrrädern, Motorrädern, Motorrollern und Mofas spezialisierter Betrieb und durch Ausgliederung der Jagdwaffen in den VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenfabrik Ernst Thälmann aufgespalten. In der Zwischenzeit waren auch die übrigen Jagdwaffenhersteller in der Stadt Suhl, wie Sauer, Merkel, Krieghoff und Haenel, enteignet und verstaatlicht worden. Die devisenträchtige Produktion, durch die der internationale Ruf von Suhl auch zu DDR-Zeiten erhalten wurde, wurde bei Merkel zusammengefaßt.

Die Fahrzeugfabrik auf dem Simson-Gelände in Heinrichs mußte freilich Anfang der sechziger Jahre ihre zunächst recht erfolgreiche Motorradproduktion (die Simson-Sport machte auch auf den großen Rennstrecken Furore) zugunsten der Motorradwerke in Zwickau einstellen. Doch die Motorroller und die Mofas (Jahresproduktion 200 000 Stück) waren äußerst begehrt. Heute bemühen sich die drei Geschäftsführer Frank Schulte, Jochen Hagner und Volker Schmuck, in einer der alten Werkshallen diese Tradition fortzusetzen. Anfang 1992 erwarben sie von der Treuhand die aus dem Gesamtkomplex abgespaltene Suhler Fahrzeugwerke GmbH im Rahmen eines Management-Buy-out. Schon im Februar 1992 brachten sie unter dem Namen „Simson" ein neues Motorrad auf den Markt. Im April dieses Jahres lief ein völlig neu entwickelter Motorroller vom Band. Ein im Schwarzwald unter der Regie der Eigentümerfamilie der Waldenburger Schokoladen Fabrik entwickeltes Elektroauto mit dem Namen „Hotzenblitz" soll vom Sommer an in Suhl montiert werden.

Im Gegensatz zu manchem anderen Fall haben die Restitutionsansprüche der Erben von Julius und Arthur Simson diese Bemühungen nicht gehemmt, im Gegenteil. „Ich habe kein anderes Restitutionsverfahren erlebt", sagt Treuhand-Direktor Ludwig Tränkner über seine Verhandlungen mit den Simson-Erben, „in dem das Bemühen um eine sinnvolle Privatisierung von Unternehmensteilen, der Versuch, einen Neuanfang zu finden, von den Anspruchsberechtigten so wenig behindert worden ist." Sicherlich ist der Restitutionsanspruch der Simson-Erben der wohl umfangreichste, mit dem die Treuhand bisher befaßt worden ist.

Zunächst aber hatte der in den Fahrzeugwerken in Suhl neu eingesetzte Aufsichtsrat, ohne sich vorher mit der Treuhand zu verständigen, zum 31. Dezember 1990 Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. „Keiner in Berlin hatte irgendeine Ahnung, und mir saß der Anwalt der Simsons gegenüber, der von mir eine Erklärung haben wollte. So fing das Ende 1990 alles an", meint Tränkner. Nur mit massivem Druck konnten die Treuhand-Manager den Lauf der Dinge stoppen und das Unternehmen in die Liquidation überführen, um so die Entflechtung, Privatisierung und Neuansiedlung in Gang zu setzen. Erst dann begannen die Verhandlungen zwischen den Erben und der Treuhand. Immer wieder tauchten neue Schwierigkeiten auf. Am 17. Dezember 1991 schien alles weitgehend geregelt. „Alle Grundstücke, die sich am 28. November 1935 im Eigentum der Simsons befanden, werden zurückgegeben. Über Auswahl und Umfang der Grundstücke besteht Einvernehmen." So teilte es jedenfalls die Treuhand den Anwälten der Erben unter der Voraussetzung mit, daß ihre Ansprüche in vollem Umfang anerkannt werden. Außerdem wird festgestellt: „Die Erben haben einen Anspruch auf einen Anteil an der Jagdwaffenfabrik. Sie sind frei, den Anteil selbst zu verwerten oder der Treuhand zum Kauf anzubieten." In gleicher Weise bot die Treuhand ihnen den Kauf der Waffenfabrik mit der Maßgabe an, daß ihnen die Entschädigung für ihren Anteil darauf angerechnet würde. In einem Gespräch mit Tränkner am 2. Januar 1992 in New York nahmen die Erben das Angebot der Treuhand zum Kauf der Jagdwaffenfabrik an. Der Kauf sollte durch Verwertung von Immobilien der Simsons in Suhl finanziert werden.

Wenig später leitete die Treuhand Verhandlungen über die Privatisierung der Jagd- und Sportwaffen Suhl GmbH ein. Im August wurde einem Konsortium aus der niederländischen Janino Holding, der französischen Groupe Suez, dem Suhler Geschäftsführer Hans Bornmüller sowie zwei westdeutschen Managern der Zuschlag erteilt. Die Simson-Erben, Ewald Mayer und sein Neffe Dennis Baum, die das Unternehmen zusammen mit dem zweitgrößten amerikanischen Jagd- und Sportwaffenhersteller Ruger erwerben wollten, hatten das Nachsehen. Treuhand-Direktor Detlef Scheunert begründete die Entscheidung mit dem besseren Angebot des Konsortiums. Im übrigen gab es Zweifel, fügte er hinzu, ob die heute als reine Finanzmanager tätigen Simson-Erben der unternehmerischen Aufgabe gewachsen gewesen wären, zumal der Haupterbe Ewald Mayer schon 84 Jahre alt sei. Ob die von Scheunert so gelobte Treuhand-Entscheidung wirklich richtig gewesen ist, wird sich allerdings erst noch zeigen. Fest steht, daß die Suhler Jagdwaffen derzeit mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und befürchtet wird, daß die neuen Eigentümer ihre Zusagen gegenüber der Treuhand nicht einhalten könnten.

Foto Corinna Pfaff

Erben mit Unternehmungsgeist und Sinn für eine große industrielle Vergangenheit: Der 84 Jahre alte Ewald Mayer und seine Frau Eva.

Für Ewald Mayer ist die Treuhand-Entscheidung eine große Enttäuschung gewesen. Sie ist ihm noch heute anzumerken. Haben die Treuhand-Manager vielleicht doch die Bereitschaft und Fähigkeit der Simson-Erben unterschätzt, gestützt auf die nach wie vor erstaunlich starke emotionale Bindung zu dem früheren Suhler Unternehmen, ein solches unternehmerisches Engagement einzugehen? Nicht weniger betroffen aber macht Mayer, daß auch die Verhandlungen mit der Treuhand über die darüber hinausgehenden Ansprüche auf immer neue Schwierigkeiten stoßen. Dabei liegt seit dem 21. Januar dieses Jahres vom Thüringischen Landesamt für Vermögensfragen auch schon der endgültige Bescheid vor, der die Ansprüche der Erben in vollem Umfang, also auch auf einen Teil der Weimar-Werke, grundsätzlich anerkennt. Mit dem Geld, das die Erben für das 204 000 Quadratmeter große Areal in Weimar erwarteten, sollte auf dem alten Fabrikgelände in Suhl ein ganz neuer Industrie- und Gewerbepark entstehen. An Vorstellungen und Plänen, was dort geschehen könnte und müßte, mangelt es dem 84 Jahre alten Ewald Mayer nicht.

„Und dann ist da doch mein Neffe Dennis Baum. Er ist 48 Jahre und hat Kinder, und die Familie Heine hat Kinder", weist Mayer sogar von sich aus die Befürchtung zurück, seine Pläne könnten eines Tages an seiner Person scheitern. Viel wichtiger war für ihn immer die Frage, wann er endlich anfangen kann. „Den ersten Investor hatte ich schon vor zwei Jahren, ein Unternehmen, das nach einer deutschen Lizenz Pumpen herstellt, doch der konnte natürlich nicht ewig warten", erzählt er.

Die Entwicklungsgesellschaft, die das Simson-Gelände zu neuem Leben erwecken sollte, ist schon in Gründung. Doch inzwischen steht fest, daß sich die ursprünglichen Hoffnungen und Pläne so nicht verwirklichen lassen. Da das Vermögensgesetz im Restitutionsfall vorschreibt, Unternehmen nicht nur mit den Aktiven, sondern auch mit allen Passiven zurückzugeben, mußte eine andere Lösung gefunden werden, um die Simson-Erben nicht schlechter zu stellen, als wenn sie die amerikanische Entschädigungsregelung gewählt hätten. Der in diesen Tagen gefundene Vergleich, in dem die Treuhand nach eigenem Bekunden ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hat, läßt den Simson-Erben jedoch immer noch Spielräume für unternehmerisches Engagement.

Jagdwaffenmontage in Suhl 1935 — Foto Simson-Archiv

Der „Hotzenblitz" – die Zukunft 1993? — Foto H. Suaar

Fabrikanten-Villa auf Werksgelände

Häuser und ihre Geschichte: Reinhardsbrunner Straße 57

■ Von Mark Escherich

Gotha. (tlz) Zwar in architektonischer Hinsicht wenig bedeutsam, dafür als Zeitzeuge Gothaer Industriegeschichte von hohem Rang, ist die Villa der Familie Ruppel. Die seit 1894 in der Reinhardsbrunner Straße 57 ansässige offene Handelsgesellschaft der Gebrüder Emanuel und Abraham Ruppel war 1920/21 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Namen „Ruppelwerk" umgewandelt worden. Später als Gothaer Metallwaren bekannt und zu Zeiten der DDR als Teil eines Kombinats zentral geleitet, ist das alte „Ruppelwerk" heute in Form der Firma C & P Stahlmöbel immer noch im Südosten der Stadt präsent. Neben wahren Sternstunden, überschattet die Zeit des Nationalsozialismus die Firmengeschichte. Die damaligen Ereignisse sind ein Spiegel der tausendfachen Zwangs-Arisierung jüdischen Eigentums im Deutschland der 30er Jahre.

Die Villa in der Reinhardsbrunner Straße 57 gehört zu einem umfänglichen Konglomerat von Fabrikbauten, die wohl seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden waren. Unter anderen waren hier die Wurstfabrik Albrechtsbad und die Firma Gradler & Hartwig ansässig, während ab Mitte der 80er Jahre die Commandit-Gesellschaft Scheinert & Nobiling als Eigentümer- und Nutzerin des Geländes genannt wird.

Unter Leitung des persönlich haftenden Gesellschafters Max Nobiling wurden durch sie Metallwaren und Zinnspielwaren hergestellt. Das zur Expansion drängende Unternehmen der „Gebrüder Ruppel" fand hier, im Gegensatz zu den beengten Verhältnissen am Hauptmarkt 40, beste Entwicklungsmöglichkeiten. 1870 von Emanuel und Abraham Ruppel begründet, handelte es sich zu Anfang um eine reine Eisenwarenhandlung, die schon bald begann, Blechwaren für den Haushalt auch selbst herzustellen oder zu lackieren.

Auf dem Areal von Scheinert & Nobiling, Reinhardsbrunner Straße 57/59, standen die nötigen Werkstätten zur Verfügung. Als „Gebr. Ruppel" diese im Jahr 1894 erwarben, hatten sie damit in vorausschauender Weise den Grundstein für eine glückliche Entwicklung gelegt.

Lediglich an den Markttagen wurde noch am Hauptmarkt, im Haus „Zur güldenen Schelle", direkt an die Endverbraucher verkauft. Das dortige Haus war wohl um 1900 vollständig überflüssig geworden und wurde an die Arnoldische Brauerei verkauft. Robert Ruppels (1864 - 1931) trat 1897 in die Firmenleitung. Er folgte damit an die Stelle seines im selben Jahr verstorbenen Vaters Emanuel Ruppel (1834 - 1897). Im Gegensatz zu seinem Partner, Altchef Abraham Ruppel (1842 - 1908), bezog Robert die zur Fabrik gehörende „Werksvilla" in der Reinhardsbrunner Straße. Sie gehört zu den ältesten Bauten auf dem Terrain. Die Fabrikantenvilla in der Fabrik ist überdies keine Seltenheit. Meist waren in diesen Villen auch Kontor- und Büroräume untergebracht. In unserm speziellen Fall diente die Villa sogar als Pförtnerhaus. Der Werkszugang flankierte das Haus auf der Ostseite, an der ein hölzerner Loggia-Anbau noch heute diese Funktion erkennen läßt.

Das Gebäude selbst ist recht schlicht gehalten und weist nicht die atemberaubende Prunkarchitektur auf, mit der das Wohn- und Kontorhaus der Fa. Kallmeyer & Harjes in der Waltershäuser Straße 1 (siehe Buch zur Serie: Villen in Gotha (I), S.152) beeindruckte. Das zweigeschossige Wohnhaus Robert Ruppels wirkt dagegen so bescheiden wie die Persönlichkeit des Eigentümers. Lediglich die Straßenfront des zweigeschossigen Baus ist durch Architekturgliederung akzentuiert – ein übergiebelter Risalit drückt sich zaghaft aus der Fassade heraus, während sich der bauliche Schmuck auf ein Gurtgesims im Brüstungsbereich des Obergeschosses und Verdachungsgesimse oberhalb der Fenster beschränkt.

Die Fassade ist das Abbild des ebenso klar gegliederten Inneren. So verbergen sich je drei Wohn- bzw. Schlafräume hinter der straßenseitigen Fassade des Erd- und Obergeschosses. Die Wirtschaftsräume und die schön geschwungen verlaufende Geschoßtreppe befinden sich auf der Rückseite des Hauses, an die schon zu Zeiten der „Scheinert & Nobiling KG" ein Verwaltungs- und Fabrikationsgebäude angefügt worden war. Mit dem Tod des zweiten Firmengründers Abraham Ruppel kam 1908 die alleinige Geschäftsführung in die Händen des sozial engagierten Robert Ruppel. Sein Verdienst ist die Einführung von bezahltem Erholungsurlaub. Nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit wurde die Anzahl der Urlaubstage ermittelt.

Villen in Gotha

Weiterhin kam es durch Robert Ruppel zur Schaffung spezieller Waschanlagen. Blechteile für sämtliche Industriebereiche bestimmten schon seit der Jahrhundertwende „Ruppels" Produktionspalette. Als Zulieferbetrieb für die aufkommende Automobilindustrie, fertigte man Benzinbehälter, Motorhauben, Radkappen und Abdeckbleche. Nebenher lief die Herstellung von „Galanterie- und Luxuswaren, Haus- und Küchengeräten". Im Ersten Weltkrieg lief die Kriegsproduktion ununterbrochen: Handgranaten, Zünder, Säbelscheiden, Treibstoff- und Gasmaskenbehälter, Tragekästen für Fernrohre verhalfen zu einem neuerlichen Aufschwung. Fabrikhallen und Lager wurden neu gebaut, um Maschinen und hunderten Arbeitskräften Platz zu bieten. Der patriotisch gesinnte Geschäftsführer Robert Ruppel schuf im Jahr 1916 für in Not geratene und kriegsgeschädigte Betriebsangehörige die „Robert Ruppel-Stiftung". Mit ganzen 900 Mitarbeitern ging das Unternehmen in die Zeit der Weimarer Republik und wurde 1920 in die „Ruppelwerk GmbH" umgewandelt. Während das Werk die folgende Inflationszeit relativ unbeschadet durchschritt, war der Anfang der 30er Jahre von einem beispiellosen Tiefstand gekennzeichnet. In dieser zugespitzten wirtschaftlichen Lage verstarb Robert Ruppel am 23. Januar 1931 in einem Berliner Sanatorium.

Sein Sohn Dr. Ernst Ruppel wurde neuer Eigentümer und Geschäftsführer des Werks. Im selben Jahr konnte der Betrieb nur noch 122 Angestellten Arbeit bieten. Die Lage entspannte sich jedoch in den folgenden Jahren spürbar, so daß bereits für 1938 eine Mitarbeiterzahl von 344 vermerkt werden konnte.

Das Jahr der Pogromnacht sollte für die Familie Ruppel zum Schicksalsjahr werden. Ernst Ruppel wurde in der Nacht des 9. Novembers gemeinsam mit einer großen Zahl jüdischen Bürger aus dem Raum Eisenach/Gotha ins KZ Buchenwald verbracht. Hinsichtlich widersprüchlicher Schilderungen und der Tragweite der damaligen Ereignisse gebietet es sich, im weiteren lediglich Fakten sprechen zu lassen: Gerade zwei Tage später, am 11.11., war das Ruppelwerk im Besitz von Ruppels höchstgestellten Mitarbeiter, Heinrich Heunisch, sowie drei auswärtigen Gesellschaftern. Ersterer hatte am betreffenden Tag die entscheidende Unterschrift von Ernst Ruppel in Buchenwald entgegen genommen.

In einer Betriebschronik wird später zu lesen sein: „...trotz aller Schwierigkeiten gelang es (Heunisch, Anm. d. V.) am 11.11.1938 nach langen Verhandlungen und manchen Fehlschlägen die Gothaer Metallwarenfabrik GmbH ... aus der Taufe zu heben." Laut mündlicher Überlieferung erreichte indes Ernst Ruppels Ehefrau Annemarie, geb. Fleischhauer, mit einem Kniefall vor dem obersten Gothaer SS-Brigadeführer die Freilassung ihres Mannes.

Die gewährte Gnade war mit der Bedingung verbunden, Deutschland schnellst möglich zu verlassen. In Stourbridge (England) fand die Ruppels und ihre Nachkommen bis zum heutigen Tag eine zweite Heimat. Im Gothaer Werk konzentrierte man sich ab 1939 voll auf die lukrative Kriegsproduktion. 1945 wurde der Betrieb durch die sowjetische Besatzungsmacht enteignet, Anlagen und Maschinen demontiert. Trotzdem wurde in dem auch weiterhin „Gothaer Metall" heißenden Betrieb schon bald die Arbeit wieder aufgenommen. Der Gothaer Metallwarenfabrik wurde 1952 das ehemalige Werk „Automatikus" am Seeberg als Werk II angegliedert. In den 70er Jahren kam es zur Eingliederung des Gothaer Werks in das Haushaltsgerätekombinat „Foron" Karl-Marx-Stadt. Die ehemalige Ruppelvilla diente bis zur Umstrukturierung im Zuge der Wiedervereinigung als betriebseigenes Wohn- und Bürohaus und ist heute gänzlich ohne Nutzung.

Das Haus in der Reinhardsbrunner Straße heute: Die Villa, die vormals auf dem Ruppelschen Fabrikgelände stand, wird heute nicht mehr genutzt und steht leer. Foto: Escherich

Kommerzienrat Robert Ruppel baute die vormalige Handelsgesellschaft zu einem modernen Industriebetrieb aus.

Die Ruppel-Villa kurz nach der Jahrhundertwende: Im Vordergrund das Automobil des sozial-engagierten Kommerzienrats Robert Ruppel mit dem für das Herzogtum Coburg-Gotha stehende Kennzeichen CG. Repros (2): aus Keyl, Die Familie Ruppel in Gotha

SIMSON & Co., WAFFENFABRIKEN, SUHL i. THÜR.
ABTLG. JAGDGEWEHRFABRIK.

Drucksache.

Firma

A Pictorial Encyclopaedia of Goss China (The Ceramic Book Co., Newport, 1970).

Gosse, François. *See* Bayeux.

gosu aka-e. In Japanese porcelain, decorative patterns of birds, flowers, scrolls, etc., painted in blue, red and green. A mixture of cobalt blue (gosu), unrefined and usually containing a quantity of manganese and iron compounds, was painted under the glaze. The red and green were in enamel. At the low temperature of enamel firing, the manganese produces a purple tone, but high-temperature firing drives off the manganese, giving the indigo *sometsuke. The patterns are characteristic of Swatow ware produced in the Fukien and Kwantung provinces of Southern China from the late Ming (1368-c.1644) to early Ch'ing periods (c.1644-1912) and reproduced by the Japanese artists *Eisen, *Mimpei, *Dohei, *Mokubei, *Dohachi, and *Rokubei, and in *Banko ware.
Refs: Gorham; Jenyns (1965); Munsterberg.

Gotha. German porcelain factory established c.1757 at Gotha in Thuringia for the production of small sets of tableware, vases, figures, etc. The founder's widow sold the factory in 1802 to Prince August von Sachsen-Gotha-Altenburg, who let it to the court chamberlain, Friedrich Egidius Henneberg (d 1834), initially in partnership with the former managers, Schulz & Co., and sole proprietor by 1814. The firm had moved to new premises in 1804. After lengthy financial problems caused by competition from Bavarian wares, Henneberg's grandson sold the factory in 1883 to the Simson brothers, owners of a munitions works in Suhl, who restricted production to everyday tableware. The firm moved again in 1912 and ceased operation in 1934.

Other firms working nearby, *Morgenroth & Co., their successors Friedrich Schwab & Co., and F. Pfeller, established 1892, are no longer in operation.

Marks: from 1802 or 1805, G or *Gotha* in underglaze blue, or various colours over the glaze. From 1834, a hen and PORZELLAN MANUFAKTUR GOTHA in sepia or purple. Oval stamp, GOTHA, 1860-83.
Refs: Danckert; R. Graul & A. Kurzwelly *Altthüringer Porzellan* (Leipzig, 1909); Scherf; Weiss.

Gotomaki. *See* Shino ware.

Gottbrecht, F. *See* Reichmannsdorf.

Gotha. Cup and saucer in white porcelain, made at Gotha, 1851.

Goumot-Labesse, Albert. *See* Tharaud, Camille.

Goupy, Marcel. French artist and designer of glass and ceramics in the 1920s. His ceramic designs included earthenware services (notably decorated in ochre and blue) with flowers, animals and butterflies, produced by *Boch Frères for the Paris retailer Géo Rouard, and porcelain services for the T. *Haviland and C.*Tharaud factories.

Work usually signed.
Refs: Années 25; Baschet; d'Albis & Romanet; Lesieutre.

Gousse. *See* Angoulême.

Grace, William E. (b 1889). English painter and ceramic artist, who was apprenticed at the *Doulton & Co. factory in Burslem in 1902. He was taught by H.*Piper in the department producing choice ornamental ware under R.*Allen, and attended classes at Burslem School of Art. Initially a designer of patterns for engraving and lithoprinting, he then assisted Charles *Noke in the development of underglaze patterns for ranges of printed tableware. He also painted jugs and loving cups in limited editions, and a number of earthenware figures. He worked for Doulton until 1959.
Refs: see Doulton & Co.

Gradl, Hermann. *See* Nymphenburg.

Graf, Fritz. *See* Grossbreitenbach.

Gräfenroda. Thuringian procelain centre. The factory of modeller, Heinrich Dornheim, in the partnership Dornheim, Koch & Fischer, produced porcelain from 1880 until the late 1930s. The output included utilitarian ware as well as decorative pieces and dolls' heads.

A later factory, established 1895 and owned from the following year by Wilhelm Heene, produced a wide range of goods, initially egg cups, salt cellars, etc., and later clock cases, lamps, mocha cups and figures. Production ceased in 1916. The factory established in 1910 by Reinhold Voigt produced decorative and utilitarian wares.

Decorating studios established in the area included that of August Heisnner, in operation c.1930.

DKF

Marks: Dornheim, Koch & Fischer used various arrangements of crossed lines, some resembling the Meissen mark, sometimes with initials DKF; Voigt used a crown with initials RV and G.
Refs: Danckert; Scherf; Weiss.

Gräfenthal. Thuringian porcelain centre. A factory established 1861, with a ducal concession, by the partnership of Carl Unger, a modeller from Schmedefeld, Carl Schneider (d 1885), a Wallendorf merchant, and Hermann Hutschenreuther, also from Wallendorf, produced children's sets, kitchen utensils and other utilitarian ware, often decorated under the glaze in blue, e.g. with the Meissen onion pattern (*Zwiebelmuster*) or Immortals patterns, or simply gilded. After the retirement of Unger in 1885 and Hutschenreuther the following year, the factory passed to Schneider's heir, Paul Schneider (d 1912), in partnership with Wilhelm Wedel, who had been works chemist from 1889. By this time, the output included figures in rococo or Biedermeier styles, animal models (sometimes life-size), religious statuary, memorial wares and dolls' heads. The factory traded under the name of Carl Schneider's successors until 1973.

Other local factories included those of Carl Scheidig, established 1906 for the production of utilitarian and decorative wares (including figures) and electrical porcelain, the firm's staple product in the 1920s; Weiss, Kuhnert & Co., founded in 1891; A.H. Pröschold and Theodor Wagner (both 1897), and Heinz & Co. (1900). The two firms still in operation, Carl Scheidig and Heinz & Co. are now part of VEB Vereinigte Zierporzellanwerke Lichte.

Marks: versions of the initial G pierced by an arrow (Unger, Schneider & Hutschenreuther); WKC in a circle with a cross and Graefenthal (Weiss, Kühnert & Co.); monogram of H & CO G inside a hexagon (Heinz & Co.); an eagle with CS pierced by an arrow, or a very stylized eagle and KUNSTPORZELLAN (Scheidig).
Refs: Danckert; Scherf; Weiss.

Grafton China Works. *See* Jones, Alfred B.

Graham Pottery. American pottery established at Brooklyn, New York, in 1880 for the production of stoneware for the chemical industry. After experimenting in the production of decorative ware, the owner, Charles Graham, in 1885 patented a method of etching designs through the dark, salt-glazed surface to expose a light-coloured body. The factory also produced the work of Charles C. Benham, who had begun experiments in decorating salt-glazed stoneware before 1876 and continued until the turn of the century. His designs were carved or incised through a coating of dark (usually blue) slip before the stoneware was fired. On some vases, carved decoration of figures, foliage, stylized wave motifs, etc., stands out pale in relief against a more deeply carved coloured ground. Decoration acid-etched by Graham's technique included portraits and animal scenes, e.g. stag hunting, and birds wading among water plants. In the early 20th century, the output of art ware ceased, though the factory continued to produce chemical stoneware.

Marks: CHAS. GRAHAM with *Pat'd April 7th 1885* in a rectangular outline, or with BROOKLYN/N. Y. in an oval outline.
Refs: Barber (1976); Evans.

Grainger & Co. Porcelain makers working in *Worcester from 1801, when Thomas Grainger (d 1893), a relation by marriage of Robert Chamberlain, established a factory in St Martin's Street in the east of the city. He worked in the partnership Grainger & Wood before going into partnership with his brother-in-law in 1812 as Grainger & Lee, at new, larger works built across the road from the original factory after its destruction by fire. Grainger, who was subsequently sole proprietor until his death, was succeeded by his son, who traded as George Grainger &

Personalia

97

Hauptbahnhof

125

3.3 cm

Rentamt

Schloss
Friedrichsthal

72

154

2.2

1.7

323
Ruppel

Gutmann

Eckarti

HELENENSTRASSE

FRIEDRICHSTRASSE

M. 1:1000

Einweihung der Synagoge in Gotha

** Am Mittwoch Vormittag 11½ Uhr ging die Einweihung der neuerbauten Synagoge in unserer Stadt, verbunden mit Festgottesdienst vor sich und vollzog sich in allen ihren Teilen, in der kirchlichen und in ihrer darauffolgenden der Freude geweihten Feier in äußerst würdiger Weise.

Der eigentlichen Einweihung wohnten die Herren Staatsminister **Hentig**, Oberbürgermeister **Liebetrau** mit den Stadträten und den Stadtverordneten, Oberhofprediger **Scholz**, die Pfarrer der katholischen und ~~englischen~~ [evangelischen] Gemeinden, sowie Vertreter auswärtiger israelitischer Gemeinden, ferner die Bauleiter, die verschiedenen Handwerksmeister und eine ganze Anzahl geladener Ehrengäste bei, die von den Vorständen der hiesigen israelitischen Gemeinde auf das Herzlichste begrüßt wurden.

Nach Eintreffen des Herrn Staatsministers nahm Herr Kommerzienrat **Goldschmidt** das Wort und sprach für das zahlreiche ehrende Erscheinen den Dank der israelitischen Gemeinde aus und übergab das von Herrn Architekt **Klepzig** ausgeführte, der Verehrung Gottes gewidmete Haus dem Schutze des Staates und der Stadt und schloß mit dem Wunsche, daß der konfessionelle Friede wie seither auch fernerhin zum Wohle des Vaterlandes und unserer Stadt bestehen bleiben möge.

Hierauf dankte Herr Staatsminister **Hentig** Namens des Regenten und der Staatsregierung für die heutige Einladung zur Einweihung des dem Gottesdienste gewidmeten Hauses als Zeichen religiösen Sinnes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der jetzt bestehende Frieden zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften für unabsehbare Zeit herrschen möge. Alsdann sprach er die Glückwünsche des Regenten zu dem glücklich vollendeten Werke aus, dem er die seinigen anschloß.

In poetischen Worten überbrachte ein weißgekleidetes Mädchen den Schlüssel des Gotteshauses auf einem seidengestickten Kissen, den Herr Architekt **Klepzig** dem Herrn Staatsminister mit der Bitte, den Bau in den Schutz des Staates zu stellen und den Befehl zur Eröffnung zu geben. Letzterer überreichte den Schlüssel dem Herrn Oberbürgermeister **Liebetrau**, der unter Worten des Dankes für die Einladung das Versprechen abgab, stets die Interessen der Gemeinde zu wahren. Nunmehr erfolgte die Oeffnung des Gotteshauses, aus dem feierliche Orgelklänge erschallen und der Gottesdienst begann.

Nach dem feierlichen Wechselgesang sprach der Lehrer der hiesigen israelitischen Gemeinde Herr **Roethler** ein inniges Gebet für Kaiser und Landesfürst, worauf das Einheben der Torarollen vor sich [...] Die Festpredigt selbst hielt der Rabbiner Dr. **Prager** aus Cass[el ...] einem der Bedeutung der Feier entsprechenden Text, die mit dem [Ge]bet schloß. Hieran reihte sich noch unter tiefreligiösen Worten das [An]zünden der ewigen Lampe und mit einem Schlußgesang endete die [er]hebende und an tiefen Eindrücken reiche Feier.

Nachmittags war die Besichtigung des Innern des schönen Bau[es ge]stattet, wovon lebhaft Gebrauch gemacht wurde, so daß die Zahl [der] Besucher über 2000 betrug. Dennoch reichte die noch über die festgesetzte Zeit hinaus beobachtete Offenhaltung für den andauernden Besuch nicht aus und soll daher auf viele Gesuche hin an einem erst festzusetzenden Tage die Synagoge nochmals zum allgemeinen Besuch geöffnet werden.

Abends folgte ein großes, von vielen ausgebrachten Toasten gewürztes Festessen im Schießhaussaale mit über 200 Teilnehmern, wobei auch die einlaufenden Glückwunschdepeschen zur Verlesung kamen. Unter der an[re]genden musikalischen Unterhaltung seitens des Quartetts der Lieder[tafel] und Vorführung von Tänzen rc. flossen die Stunden dahin, bis [nach] Mitternacht mit allgemeinem Tanz die heitere Feier des Festes, die [sich] durch ihren ganzen Verlauf in der Erinnerung einprägen wird, ihr E[nde] erreichte.

KOMMERZIENRAT JAKOB GOLDSCHMIDT
GRANDFATHER OF EVA SUZANNE STIERSTADT
NOW SUZANNE SELIGMAN
GREAT NECK N.Y.

sorry, that's how it was sent to me
aeg

GOTHAISCHES TAGEBLATT
MAY 12 1904

Giesshübl-Sollmus (Bohemia)
1803
Christian Nonne 1803–1813
Benedikt Knaute 1810
W. Ritter von Neuberg 1846
Johann Schuldes 1902

BK BK
GIESSHUBEL
N.G. NGF GIESSHÜBEL N.G.F.

Giey-sur-Aujon (France)
1809–1840 F. Guignet

Giey-sur-Aujon:
GIE. E. Guignet

Gorbunov (near Moscow)
1806–1875
This factory was set up by Karl Milli and acquired in 1811 by A. Popov. He was assisted as manager by his son Dmitri. A. Popov died during the 1850s and ten years later the family sold the business; after this there were many changes of ownership. Selected pieces were as good as the best Russian porcelain and were made for connoisseurs. Apart from these, the wares were mass-produced. Popov was famous for his figures: dancing peasants in costume, dishes with flowers and fruit, bowls for the bread and salt ceremony, and also for his table-ware in the style of the second rococo. Mark: Cyrillic AP, joined, in underglaze blue.

Gorbunov:
AП AП AП AП
5 P

Gorodnitza:
ЗУСМАНЪ ТОРОДНИЦА
SUSSMANN

Gruß aus

S. GO TE HA RDV S

GOTHA

Gotha 15.9.00

Schloß Friedenstein
Rathaus
Denkmal Herzog Ernst des Frommen
Wasserkunst
Augustinerkirche

The town of Gotha is
so nice to us & giving
us a good time. It's lovely
to be with Bamkopfs, & we
are also enjoying the
company of the ~~other~~ ex-
Gotha citizens Love Ursel + John
Bs had already written
half of another card to you
We've been officially greeted
in the Rathaus, went to the
Arnoldigymnasium to
Weimar & Buchenwald & to the
Staatskanzlei in Erfurt & more
Love again

Burghardt Verlag, PF 12 02, 36422 Bad Salzungen, Tel.: 0 36 95 / 62 21 25, Fax: 62 88 24

Mr. Jack Ruppel
340 Cadbury
2150 Route 38
CHERRY HILL
N.J. 08002-4307
U.S.A

Thüringen – das grüne Herz Deutschlands

2 East View Drive
Simsbury, Connecticut 06070

September 8, 2000

Dear Jack:

We enjoyed talking to you a few days ago. Enclosed is the LAG stuff Walter promised you. It is too bad Friedrichstr. #7 has not sold yet.

We had a very memorable time in Gotha. One felt the sincerity of the large number of townspeople who were involved. I like Gotha, and if it were not for the Hitler-Nazi period and all it entailed, I think I would be quite happy living there. Wellemins, Ruppels and we paid our own way at the very nice hotel (Best Western "Der Lindenhof")in Sundhausen,otherwise we would have been lodged in pensions (3 different ones) all over the place. Gerstels and Jordheims were designated to stay there, whilst most other people were placed in various pensions.Trip & meals were paid for.

We visited Weimar, Erfurt and Buchenwald, where my father spent 3 weeks and Ilse's grandfather apparently died. It was pretty grim, and I had always avoided going there, but decided to this time.

We had a lovely, lively tour guide, a Frau Marlis Giessler, who gave us a walking tour of Gotha. A few days later, at a town meeting (in our hotel) where Anne Jordheim was on a panel of 4, Frau Giessler gave Ursel, Ernest R. and me a set of newspaper clippings (copies) and asked us to distribute them. I have also made a set of copies for you--do not return--because I thought you might be interested; they are enclosed herewith.

Next year we may go on a similar jaunt to Heidelberg!

Paul has been working in Melbourne at Intersil for 3 days now, and so far he seems very stimulated by the

new job. (I would not like to live in Florida).

Mark landed a very good job with Sally Mae and seems to like it. His office is in Reston, Va.

Must stop and continue writing all my thank-you letters to Gotha, including to the Oberbuergermeister.

Much love,

P.S. We met the co-author of "Villen in Gotha"II" who is a personal friend of the Steinmetz (Moeller) and his wife. He said Friedrichstrasse 7, for which I forwarded your description to the other co-author, Mark Escherich--was not included.

Thomas Moeller did a great job restoring the grandparents' grave. Ernest R. is now giving him an order to fix Robert's gravestone. The letters had also been removed. It was turned around & crude letters were engraved by someone Erni had sent money to regularly to take care of the grave.

Thomas M.'s wife acted as interpreter for our group a couple of times at our suggestion.

We also just got a call from Anne Jordheim. She was quite excited because she found a hymn written in 1957 by a Paul-Ernst Ruppel. Have you heard of him? Anne even wanted us to phone her pastor-friend in Gotha whether he knew anything about it!

Gotha Trip September 10 – 18, 2000

The town of Gotha invited a group, including Luise and her companion (me) to visit Gotha. On Sunday, September 10th Eric and Lottie Gerstel, a former Gotha resident, and we flew from Hartford to Dulles airport where Mark and Paul met us. Paul then flew to Tennessee for a meeting of Lockheed lawyers and Mark stayed with us until we departed for Frankfurt, Germany.

Upon our 8:00AM Monday arrival at Frankfurt airport we were met by Frau George of the town of Gotha and by a Gotha fireman driver carrying a large welcoming sign. Frau George, a young (30) diminutive blonde, had organized the trip arrangements. They had gotten up in Gotha at about 2 am so as to arrive at the airport on time. Thus Gerstels and we were driven to our Gotha hotel in a van of the Gotha fire department. Gerstels, Wellemins, and the latter's travel companions, the Ernest Ruppels, and we had initially each been assigned to different lodgings. Gerstels were assigned to a nice hotel, Der Lindenhof, whereas the rest of us were assigned to different B&Bs. Prior to our departure for Gotha, Luise with consent of the others arranged with Frau George that we would also, but at our own expense, stay at Der Lindenhof.

Der Lindenhof originally comprised a couple of the many adjacent barracks built for the German Wehrmacht and subsequently occupied by the Soviet army. One would never have suspected the origin of this nice Best Western hotel located at the western end of Gotha. Photos displayed in one of the hotel's staircases illustrated the transformation from partially ruined barracks. Upon our arrival Frau George presented us with a folder including a map, a revised agenda and a pass to use the Gotha streetcars in the form of a personally addressed letter from the manager of the Gotha streetcar company. In the afternoon Gerstels and we rode the streetcar downtown, via the Waltershäuserstrasse, to the Arnoldi Platz. From there we walked on the Marktstrasse past the townhall and had supper at an open-air restaurant on the Hauptmarkt between the palace and the townhall. The town has been substantially renovated and freshly painted. What a change from the dismal appearance about nine years ago! A fortune must have been spent for this, ultimately paid by the federal government and thus the taxpayers of Germany. Much of it benefited West German investors. There is now a substantial excess of housing and an effort to demolish excess housing, primarily many of the "Plattenbau" multistory buildings built by the DDR.

On Tuesday Dr. Gunther Görner came to our hotel from Mühlhausen. We took the streetcar (Thüringer Waldbahn) to the woods of

Rheinhardsbrunnen. We walked by the ponds and the hunting palace (not yet fully restored) and had lunch[1].

The planners of our Gotha venture had thoughtfully arranged for the USA and Uruguayan visitors, including Pastor Kjell and Dr. Anne Jordheims (nee Falkenstein) from New Pfaltz, N.Y., to arrive a day early on Monday. Wellemins and the remainder of the Gotha invitees were picked up at Frankfurt airport by our hosts and driven to Gotha in various vans of the Gotha fire department on Tuesday afternoon. The formal proceedings then commenced on Tuesday evening with a buffet dinner at the Waldbahnhotel (near the railroad station). The invited guests included seven from the USA, about 21 from Israel, four from the U.K., two from South Africa (Horst and Hella Weiss, nee Herxheimer), two from Germany (Dr. and Mrs. Hans Meyer), and two from Uruguay (Bernhard & Raquel Steinhaus). The Israeli contingent primarily comprised Zionists who wisely left Gotha shortly after Hitler's assumption of power and their offspring, their spouses and children (names / maiden names of those from Gotha: Haspel, Noack, Rosenberg, Schalk, Schiffmann, Schramm, Steinhaus). Many of those who left in the early1930s were physicians. The oldest guest, diminutive 92 year old Frau Rirka Stern (nee Schiffmann) quickly left Germany having already encountered anti-Semitism before Hitler[2].

At the welcoming dinner we were introduced to the three main organizers of the Gotha Begegnung, i.e. the encounter to which we were invited. The main organizer was Matti Hey a 30 year old manager of the State of Thüringen tax department. He heads a local Begegnungs group[3] seeking to improve relations with Jews. Later while we visited Buchenwald Matti told me that he had a Jewish great-grandfather who was executed by the Nazis at the Sachsenhausen concentration camp. He has been planning this event for five years. He actively participated in all events on a full time basis, e.g. acting as a German to English translator, and working

---

[1] Gunther read Mark's letter with pleasure and said that he would like to correspond with him on some mutually interesting subject. Mark had included a copy of a speech of Benjamin Ferenc that mentioned Gunther by name. While in the U.S. Army Professor Ferenc prosecuted the SS Einsatz murderers of Jews and later was instrumental in the establishment of the International Criminal Court. Gunther seems happy in retirement, doing more genealogical research -extending back to the time of Christopher Columbus. He is still working on a history of his hometown of Mühlhausen and still works for a day or two each week in the Fischer law firm. He is in contact with former lawyer colleagues of the DDR and West German diplomatic services. Some of these former West German colleagues were to visit him a couple of days later, before Gunther's September trip to Rome.

[2] For example, she and other Jewish hikers were already in 1932 refused admission to Jugendherberge, i.e. the German hostels, which are somewhat equivalents to YMCAs.

[3] Called "Bürgerinitiative gegen das Vergessen"

extra hours at night to catch up on his tax department duties. A second organizer was Judith George of the town's cultural affairs department. Judith, for example, arranged the travel arrangements and accommodations. A third participant was Jens Walter. Jens was ever present and watchful at all of our activities. Presumably he was a plain-clothes detective assigned for our protection.

As soon as we finished our welcoming meal, additional Gotha citizens streamed into the restaurant room. These were our Betreuungsfamilien, i.e. individuals or couples who volunteered to look after us during our spare time, to the extent we wanted to spend time with them. Ours were Eckhart and Ina Poller. Eckhart is a retired Lutheran pastor who initially studied metallurgy. Ina, his wife is a part time teacher for the handicapped. Since Wellemins' care person did not appear, Pollers kindly also "adopted" Wellemins.

On Wednesday morning Eckhart met us at our hotel and drove Wellemins and us to their home. Pollers live in a new single family house with many flowers[4]. He told us only a bit of life as a pastor in the DDR. After the war he was able to identify those who spied on him, including a former high official of Gotha[5].

Wednesday lunch at the St. Gambrin restaurant was one of many successive fabulous, calorie laden Thuringian feasts, e.g. venison, Klöse and red cabbage. At 2 PM the Oberbürgermeister (chief mayor) Doenitz greeted us in the newly refurbished town hall[6]. An Israeli flag was specially displayed outside of the town hall. There was concern that Neonazis might vandalize it. Indeed it was later torn down, not by Neo-Nazis but by a left-winger who disliked what Israel had done to the Arabs. Protestant and Catholic clergymen addressed us and some members of the town council were in attendance at the official greeting. Herr Doenitz gave a very thoughtful and kind speech stating in effect that the misdeeds of the Nazis could never be forgiven but that the citizens of

---

[4] Eckhart is named after the 13th century monk and mystic Meister Eckhart who was born in Erfurt and taught in Paris.

[5] We met son Stefan who is studying civil engineering with emphasis on ecology at the Dresden Technische Hochschule, i.e. Dresden engineering college. They also have two daughters, one a physician and the other who makes ecological studies for the State of Thuringia. Eckhart and Ina have various interests, including in art, gardening and music. Ina sings in a choir that has performed Masses and Oratorios

[6] Bürgermeister Dietze, the second mayor was not in sight. Luise and I had prior contacts with him about the Friedrichstraße 17a / 19. villa. We were told that he was no longer mayor and was ill in the hospital. Initially we were told that he was made redundant because Gotha no longer has a second mayor because its population recently decreased below 50,000. However, we were also told that he was defeated in the last election.

Gotha wanted to invite the former Jewish residents and to express their regret for the evil of the Nazis.

Several of the guests spoke in reply.

On Wednesday afternoon we were taken to one of Gotha's cafés, Café "Harmonie" where they served fancy cakes. That evening we visited the Arnoldigymnasium, one of the high schools. It is an older but recently renovated building that would cost a fortune to reconstruct. Clemens Festag, the young principal speaks perfect English having spent some time at Gastonia, North Carolina, USA, one of Gotha's sister cities. After some performances by students and supper at the school, I had an interesting discussion with our translator about conditions in the East of Germany. Luise and Wellemins talked to three young students about conditions during the time of the Nazis. One student was so touched that she had tears in her eyes. Contrast the current enlightened and pleasant atmosphere with that under the Nazis: Then the school principal Dr. Kinttoff was also the Nazi Kreisleiter, i.e. local Nazi party chief. One of the students, Alfreda Dorfmüller was half Jewish. She was able to attend school because of her influential grandfather. However, she had to sit apart from the others, was not allowed to attend some classes and at the beginning of each class period had to sing: "I am a dirty Jewish brat and am not worthy of being instructed in a German school". She had to live in a "Jew house" and regularly report to the Gestapo. In 1945 there were increased threats of deportation but she was saved by arrival of the U.S. army in Gotha.

On Thursday we drove by bus to Weimar where Wellemins and we had been before. We had a conducted tour[7] of this cultural capital of Germany, including the Goethe house. Goethe and Schiller, and the lesser known writers Wieland and Herter, came here during the second half of the 18th century with the encouragement of Duke Carl August and subsequently of his widow Anna Amelia. The composer Franz Liszt arrived in 1842. The famous Bauhaus was founded there in 1919 with architects, e.g. Gropius, and artists such as Feininger, Klee and Kandinsky. From this center of German enlightenment we rode to the nearby site of Nazi bestiality, Buchenwald.

A few days before our departure, Luise and I did some volunteer work for the Simsbury Library's book sale. I stacked books pertaining to history etc. I bought and partially read one book that had been contributed which appeared to be brand new: the "Buchenwald Report", a compilation of prisoner recollections. It describes the bestiality and

---

[7] Translation was by Birgit Karl, the spouse of Herr Möller who owns the Gotha stone mason business.

corruption committed at the concentration camp. Some prisoners were left to hunger and die in the open air, others were strangled being hung from the meat hooks in the cellar we visited, others had to run for 14 hours a day pulling carts loaded with heavy stones. With those images in mind we entered the same gate that Opa entered in November 1938. On November 8th of that year a Jew named Grünspan shot a German embassy attaché. The Nazis used that as a pretext to burn all the synagogues in Germany and to drive tens of thousands of Jews into concentration camps. Those destined for Buchenwald arrived in groups of a thousand forced to run at double time from the railroad station to the main gate under constant blows from sticks and lashes from whips. At the gate there was a jam, because only the little inner iron door was opened. The block officers beat all of those entering. The SS men plundered those who had been beaten or murdered of valuables, such as watches, rings and money. Later they extorted from many prisoners their remaining money and automobiles. One Jewish man, Kurt Wolff who collapsed under the kicks tore open his coat and ran to the Deputy Commandant Rödl displaying Germany's highest decoration the *Pour le Mérite* shouting "You can shoot me but you can not beat me". Wolff a World War I aviator ace was released the next day. Others were not so lucky. 12,500 people were jammed into five barracks sleeping on four tiers without mattresses or blankets. We saw the site where those barracks formerly stood. Because of the lack of space, they could sleep only on their sides. There were no sanitary facilities. Eventually only three latrines were built. The place was filled with excrement. Professional criminals occasionally threw Jews into the latrines. I will not report further on the bestiality that was described in the book.

Buchenwald now is a relatively benign place. The prisoner barracks are gone. Only the SS officer barracks and the crematorium remain. Our hosts thoughtfully brought along a memorial wreath that was deposited while the orthodox member of our group, Kalman Steinhaus from Israel, recited Hebrew prayers. My book, "The Buchenwald Report" cites names of a great many SS men, SS officers, and others who committed especially evil deeds. What became of them? Our guide, the director of the Buchenwald memorial site told me that of the 15,000 SS men stationed in Buchenwald, only 200 were subsequently tried. Of these perhaps less than 20 were executed. Many of the rest were sentenced to long prison terms, but almost all, including well-known sadistic murderers, were released in the late 1950s. This was during the Adenauer regime when many German judicial officials were former Nazis and when the main concern was the Cold War. I suspect that these releases were abetted by the allied powers and by the Russians as part of their efforts to win Germans to their respective sides during the Cold War. How disgusting!

On Thursday evening we rode to Erfurt and visited the Erfurt synagogue, which was built during the DDR. Last April 20th three young right wing thugs threw Molotov cocktails at this synagogue in an attempt to burn it down. Fortunately no damage resulted. The culprits were caught and have already been sentenced, the oldest to three years and the next oldest to 2 ½ years. One senses that the German Länder, i.e. states, the federal government and the German people are now serious about curbing and preventing right wing crime. That is a vast improvement over justice during the Weimar Republic. Then crimes committed by right wingers were punished far less severely than those committed by left wingers. The head of the Erfurt Jewish community addressed us. That German Jewish gentleman had for some time been in Israel and after being in the military service there returned to Germany. As is the case with all Jews now living in Germany, his congregation comprises primarily immigrants from the Eastern countries. Many of these immigrants still can not speak adequate German and are unable to get jobs in the professions for which they were originally trained and live on welfare.

Still on Thursday our bus followed a police escort to the Thüringer Staatskanzlei, the chancellery office, of Herr Vogel, the Minister President of Thuringia[8]. We were ushered to the huge "Grande Salle", the banquet hall[9] and served wine and pastries. Since Herr Vogel was visiting America his Europa Minister Herr Gauck greeted us[10]. Finally we ate dinner at Erfurt's Alboths Kaisersaal restaurant[11] before returning to Gotha.

On Friday morning we met outside of the town hall. Another group of visitors, members of a Baptist church in Texas, approached, greeted and blessed us. Then we had an interesting walking tour of the old city of Gotha[12]. Our guide, Frau Gießler, is an exceptionally knowledgeable, warm and dynamic guide. Because of her concern about the fate of Gotha Jews, she had for years been collecting local newspaper accounts about this subject. On our last evening in Gotha she kindly gave

---

[8] Herr Vogel recently resigned as the head of his party, CDU, of Thuringia and is expected to resign as Minister President within the next few years.

[9] Built between 1718 and 1722.

[10] Herr Gauck has been in the news because of his support of a new charter for the Common Market.

[11] A superb restaurant where R.A. Fischer had invited us in 1998 near the end of our Gotha restitution effort.

[12] For example, in the main square next to the town hall we were shown the site of the former iron goods shop of Abraham and Emanuel Ruppel. They were the great grandfathers, respectively, of Jack Ruppel and of Ernest Ruppel. Ernest and Liz Ruppel observed this site, the abandoned Ruppel factory and their adjacent former house with interest.

Wellemins and us reprints of about 20 of these articles[13]. We had a sumptuous Buffet at the Mönchhof restaurant that fortunately again included venison and Klöse feast. It is adjacent to the actual "Mönchhof", a small palace that according to its name had once been occupied by a monastic order[14].

On Friday afternoon, we were taken on a bus ride through the town. At the entrance to the railroad station we saw a plaque commemorating the Jewish citizens that were from here deported to the death camps. Matti Hein, who organized our invitation to Gotha, also initiated the erection of this memorial[15]. Next we came to the Jewish cemetery where a ginkgo tree, also donated by our hosts, was planted[16]. Wellemins for the first time saw the renovated gravestone of Julius Simson. Herr Möller had replaced the missing metal letters and done an excellent job of restoration for which we are grateful.[17].

On Friday evening we came to the site of the former Synagogue on the Moßlerstraße. In 1933 it had 264 members. On the night of November 9/10 1938 the synagogue, along with all others in Germany was burned to the ground. Throughout Germany Jews were forced to compensate for

---

[13] They provide excellent information, including that used in this description.

[14] That name "Mönchhof" was very familiar to Luise and me because of the following: We could not sell the "Porzelanschlösschen" villa for many years. Prospective buyers repetitively said that they would not buy unless more usable space would be provided. Specifically, they wanted to erect a building in the garden. However, the monument protection agency of the State of Thuringia had for years repeatedly refused to allow that or any other changes. Although our lawyers repeatedly assured us that nothing could be done, Luise and I met with the deputy head of the monument protection agency. During the meeting, I stressed that the villa would continue to rot and decay because of their excessive monument restrictions. The deputy head then commented to his underlings that the Mönchhof had severely suffered from this problem and finally granted us building permission. Eventually B&K arranged the acquisition of the Mönchhof, as they did the Porzellanschlösschen. Supposedly the upper floor of the Mönchhof is now occupied by some apartment dwellers but the main floor has not yet been restored.

[15] A newspaper article furnished us by Frau Gießler notes that the plaque was made by the stone mason firm Möller and sold at cost.

[16] The cemetery was opened in 1870 and last used in about 1940. After the war it was tended primarily by members of the Evangelische Versöhnungskirche, i.e. Lutheran Church of Reconciliation of Gotha – West. In 1988 the DDR authorities placed a memorial in the cemetery dedicated to the Jews murdered by the Nazis. According to a newspaper article of July 9, 1996 – given us by Frau Gießler, it was part of a DDR propaganda effort to improve the image of the DDR in the USA.

[17] Similarly the metal letters had also been removed from the gravestone of Robert Ruppel, Ernest Ruppel's grandfather. Ernest's father had paid someone to repair this. However, that helper had merely reversed the gravestone so that the holes, where the missing letters had been fastened, were now at the rear. On the former rear, now the front, the name and dates had been very crudely carved. Ernest talked to Herr Möller about properly repairing the stone.

the damage payments made by insurance companies to surrounding property owners. In 1939 Gotha Jews were forced to deed the land of the former synagogue to the state and to pay for the cost of demolishing the remaining ruins. By 1940 there were only 30 Jews left in Gotha, the rest having emigrated or been imprisoned. After the war in 1945 only one Jewish person returned to Gotha, a lady who survived the Theresienstadt Concentration Camp. A large apartment house has since been erected on the site and a small memorial tablet refers to the synagogue. We assembled there and laid a wreath that was also thoughtfully provided by our hosts. Earlier a German television crew had interviewed Lottie Gerstel at this site. Lottie talked about her father who not only was the principal of the Jewish school in Dresden but also officiated at the Jewish services[18]. A cantor, whom our organizers had brought from Bochum, Germany, conducted a short memorial service[19]. Lots of young children from the apartment house stood by to observe this ritual. One elderly lady came out to tell us that as a child she had observed the fire of the burning synagogue.

We then went across the street to the Catholic St. Bonifatius church where their pastor[20] welcomed us. The congregation graciously permitted us to hold a Sabbath service in one of their halls and then treated us to dinner in the social hall. The Cantor from Bochum held an apparently orthodox Sabbath service comprising about 40 minutes of Hebraic prayers. He was heartily accompanied in his chants by Bernard Steinhaus, the gentleman from Uruguay. Bernard's brother Kalman Steinhaus had already left. Kalman is an orthodox Jew, identified by his scull cap and stern image, who apparently ate only fruits and dehydrated Koscher food that he brought from Israel. Not being allowed to ride vehicles on the Sabbath, he had left us earlier. One aspect of the Gotha Begegnung was its ecumenical nature. The participants comprised members of at least three major religions – whose members probably ranged from conservatives to liberals-, in addition to agnostics and perhaps atheists. Everyone cooperated and set a wonderful example. Members of the Lutheran community, joined also by others, had for years been in the forefront to remember the Jewish community and to assure that the wrongs shall never happen again.

On Saturday morning Eckhart again drove Wellemins and us to the Poller home where we spent the morning talking and sipping wine. Ina

---

[18] Lottie and her mother escaped to America in 1941. Her father had gotten to England and was on his way in a convoy to join his family when the Germans torpedoed his ship and he drowned.

[19] A nice gentleman who had been a translator for the U.S. Army in Germany. He received his schooling in Germany and in Forrest Hills, New York.

[20] The pastor spoke to us at the town hall reception and also in his church. Each time he wore a regular business suit without even the characteristic white collar.

Poller's father, a Ph.D., originally came from nearby Mühlhausen. He became a director of the library in Königsberg, East Prussia and during the war became a first lieutenant. When the Russians advanced, the Poller family was to depart on a ship that was torpedoed with the loss of the passengers. Ina's father was able to bring his family, including Ina, to Mühlhausen. He returned to the front and was never heard from again. Ina's mother had to care for the family without receiving any widow's pension. Four years later the family received a photo of the father's gravestone. He had fallen only a few days before the end of the war. His mother, Ina's grandmother, lost all of her four sons during the war. Eckhart told us that his father had originally been a Social Democrat but had joined the Nazi party for expediency. Eckhart said that his father had committed no wrong, but not having been in the army was arrested by the Russians after the war and sent to Buchenwald. He was there for three years before being released. During most of that time his family had no idea of his whereabouts. While he was being transported on a truck he was able to scribble a message announcing his fate which he dropped on the road. It was retrieved and transmitted to his family. Later we heard about others who suffered because of the war such as being evicted from Czechoslovakia at the end of the war. The evil unleashed by Hitler and his henchman punished so many people.

After lunch – with more good wine- at the "Weinschenke", we had an interesting guided tour of the palace, Schloss Friedenstein, by its director. That evening the group had another sumptuous dinner at our hotel, Der Lindenhof. After dinner many citizens of Gotha met with us for a "Bürgerabend", i.e. evening meeting of citizens. A few of our fellow guests spoke as panel members. The most interesting in my opinion was Anne Jordheim (nee Falkenstein). Anne's parents were physicians. Her father was Jewish and her mother was "Aryan". In November 1938, when so many German Jews were arrested and brought to concentration camps, three men came to pick up Anne's father. However, they said to Anne's mother that they would not pick him up, but that he should immediately escape to Berlin and from there go abroad. Anne's mother drove him to Berlin from where he was able to get to England. Anne and her mother remained in Germany until 1941 when they left for the USA to join her father. The Jordheims had as their Betreuungsfamilie, i.e. caring family, a couple whom Jordheims have long known. He, Pastor Möslein, is the now elderly Lutheran clergyman who helped Anne and her mother before they left Germany. He and Eckhard Poller are members of the Bekennende Kirche, i.e. Confessional Church. The main Lutheran church, die "Reichskirche", i.e. church of the empire was pro-Nazi. Its members called themselves "Deutsche Christen", i.e. German Christians. It refused to permit Lutherans of Jewish or partial Jewish origin to be confirmed or to even attend church and during the Third Reich in general adhered to the anti-semitic teachings of Martin Luther.

Another branch of the German Lutheran Church was the Bekennende Kirche. A few of its clergymen were opposed to the Nazis and helped Christians of Jewish background even at the risk of their own lives. When the Saturday evening meeting adjourned our Gotha meeting was almost over and we regretted having to say goodbye to so many good people we had met[21]. They had done so much for us.

We spent Sunday morning together with the Wellemins and had lunch with the group at Restaurant Rosenhof. In the afternoon we again met in the town hall with the mayor, the town notables and members of the press. We received mementos of our visit, including a video and small book of Gotha. The mayor again emphasized that no one could forgive what had happened and the speakers for our group extended their thanks for the wonderful experience we had and for the warm welcome shown us.

Then we adjourned to the Café Lösche, the place not only well known to citizens of Gotha but also to our entire family, for cake and coffee. That evening we assembled in the Margarethenkirche for an organ concert. That Lutheran church was rebuilt after having been largely destroyed during the war by an aerial mine. Our hosts Eckhart and Ina joined us and Eckhart arranged for us to sit in the organ loft next to the organist, Herr Scheidig. It was a wonderful concert, mostly Bach but also some Hebrew songs that are in the songbook of the church. The crowning moment for me was the performance of Bach's Prelude and Fugue in D major. That music carries me as close to the heavens as I will probably ever get. It was a wonderful experience that ended a wonderful week.

On Monday morning Matti and a fireman driver arrived to fetch us at 7am. He had arranged for us to leave early to avoid missing our plane. The concern was that trucks stalled on the Autobahn as part of a threatened gasoline boycott would hold us up. Matti was obviously very tired. He had planned so much, including even providing us a box lunch for our trip. He had participated in all of our events and translated for those not speaking German. Additionally, he had gone to his office at night to attend to his regular duties. We owe him, Frau George, Jens Walter and all the rest our deepest thanks. Also thanks to the fire department that had furnished us door to door transportation in their vans for the entire week. Our return journey to Connecticut took about 26 hours, but it was worth it.

---

[21] After the speeches and musical performance we sat with Eckhart, Ina, Wellemins, Herr Möller, Frau Karl, Frau Gießer and others.

2 East View Drive
Simsbury CT 06070 U.S.A.

5. Oktober 1998

Lieber Herr Escherich!

Vielen Dank fuer Ihren netten Brief vom 26. August und den interessanten Artikel ueber das Robert Ruppel Haus. Es hat mich besonders interessiert da ich seine Witwe Sofie (Sophie ?), Kinder und Enkel gut kannte.

Inzwischen war ich in Verbindung mit meinem Vetter Jack (Joachim) Ruppel. Er hat ein fantastisches Gedaechtnis. Er hat mir manches am Telefon erzaehlt und auch geschrieben, und ich habe das was von Interesse ist auf deutsch uebersetzt.

Seine Mutter, Margarete Ruppel, war die aelteste Tochter von Julius Simson. Meine Schwester und ich sind mit ihr 1939 von Tempelhof nach Croydon Airport in England ausgewandert. Dort hat ihr juengere Sohn, Wolfgang, der in England Medizin studierte, meiner Schwester Ursula und mir ein Internat gefunden (dies ist nur nebenbei!).

Margarete Simson heiratete Dr. Richard Ruppel am 31. Maerz 1910 in Gotha. Ich kannte Richard Ruppel nicht da ich nur ein paar Monate alt war als er starb.

Dr. Richard Ruppel	geb.	31. Juli 1874 Gotha
	gest.	24. Jan. 1931 Gotha
Margarete Ruppel	geb.	1. April 1890 Gotha
	gest.	7. Jan. 1969 Syracuse,N.Y,USA

Ich lege folgende Bilder bei:

1. Eine Kopie von Friedrichstrasse 7 die von einer Postkarte gemacht wurde. Dies ist wahrscheinlich nicht gut genug fuer Ihr Buch. Die echte Postkarte (Foto) wurde verliehen aber nicht zurueckgegeben. Das Haus wurde im Volksmund "Baerenzwinger" genannt wegen des frueheren hand-gemachten schmiedeeisernen Zauns. Vielleicht koennen Sie noch eine solche Postkarte in Archiven finden?

2. Eine Fotokopie einer Foto (ca. 1914), auch eine Postkarte, vom Haus.

3. Hochzeitsbild von Dr. Richard Ruppel (1910).

4. Foto eines Portraits Dr. Ruppels. Der Maler war Emmanuel Grosser, der nach Gotha kam um den Herzog zu malen. Dr. Ruppel wollte nicht so lange still sitzen so dass Grosser dann das Portrait von einer Fotografie gemalt hat.

5. Kopie einer Foto wie das Richard Ruppel Grab in 1936 aussah und eine Fotografie wie es heute aussieht. (Ich kann eine Fotografie von der alten machen lassen.) Herr Ruppel sagte das Grab waere von einem (namens) "Fleischhacker" entworfen. Dieser entwurf auch ein Denkmal vor dem Schloss aber Herr Ruppel weiss nicht ob es noch existiert.

6. Kopie des Hochzeitsbild von Margarete Ruppel (1910). Ich kann eine Fotografie von dieser machen lassen (so wie #3).

7. Kopie einer Foto (auch eine Postkarte) von der Simson Villa von frueher. Ebenfalls kann eine Fotografie davon gemacht werden. Meine Eltern heirateten in diesem Haus.

Auf dem alten Bild (#1) sieht man ein "Luginsland" (Gazebo) links. Was man nicht sieht ist ein tief-gelegener Garten vorn (wahrscheinlich jetzt gefuellt). Dr. Ruppel, ein Augenarzt, kaufte das Haus vor 1910. Er wohnte im 1. Stock. Sein Freund, Prof. Erwin Rausch, ein Chirurg, war auch Direktor am Gothaer Landeskrankenhaus und wohnte Parterre. Beide waren damals Junggesellen. Sie hatten Kliniken im Haus dahinter--welches noch steht. Nach den Vermaehlungen wohnten die Ruppels weiter oben und die Rauschs unten. Nach dem Tod von Prof. Rausch zog die Witwe mit Kindern in das Klinikhaus. Eine Beschreibung dieses Hauses mit Plaenen von Dietrich Rausch, der Sohn von Prof. Rausch, an R.A. Dr. Kurt Landsberger vom 8.12.71 lege ich bei. Beide diese Herren leben nicht mehr.

Der vorherige Besitzer, ein Baron von Scheel, war Adjutant des Herzogs. Die Diele hatte in der Mitte eine Glas-Decke welche meistens als Lichtquelle diente. Bei Festlichkeiten wurde das Glas abgenommen und ein richtiges Tanzorchester sass rund um das Geländer welches den Boden umfasste. Der Baron hat scheinbar viel Gebrauch davon gemacht. Abgesehen davon, wollte der Baron so unabhaengig wie moeglich von Lieferanten und Mechanikern sein und deshalb liess er zwei von allem einsetzen: zwei Heizkessel, eine elektrische Beleuchtungsanlage sowie Gaslicht, usw. In den Waenden zwischen Raeumen und Etagen war ein "Verbindungs-system". Man musste erst in eine Roehre pfeiffen um die zweite Partie aufmerksam zu machen und dann konnte man ein Gespraech fuehren (eine Art Wechselsprecher-anlage!). So etwas hatte Herr Ruppel nur im Kino gesehen ("Kongresstanz" mit Oskar Carlweiss). Die oberen und unteren Etagen waren durch einen Speise-aufzug verbunden, und die Angestelten konnten sich an einem elektrischen Anzeiger wenden um ausfindig zu machen zu welchem Zimmer die Glocke sie aufforderte.

Das Badezimmer war recht spaerlich und die Baronesse von Scheel hat sich nicht besonders darum gekuemmert. Die Badewanne die in einem Schlupfwinkel des grossen Toilettenzimmer sass, war das uebliche--nicht mit der heiss-Wasseranlage verbunden, und wenn jemand sich entschloss ein Bad zu nehmen so musste das Wasser dazu durch eine Gasflamme in einem "Geyser" (entworfen von Prof. Junkers des Flugzeugs Ruhms) geheitzt werden. Im Haus war auch ein Bidet, wahrschein-lich eines der wenigen ausserhalb Frankreich!

Und was ist mit dem Inhalt geschehen? Ein grosser Billardtisch wurde weg-gegeben. Ein Klavier welches englische Freunde zu sich nahmen fand sein Ende durch Bomben waehrend des Londoner Blitz. Das Schicksal eines Schranks und einer Truhe, beide aus handgeschnitztem Holz, die in der Diele standen, ist unbekannt. Der Kamin hatte zwei Renaissance Sessel, ein grosser und ein kleiner. Beide wurden nach USA mitgenommen.

Herr Ruppel erzaehlte mir er kannte den Herzog Eduard ganz gut. Er kannte auch andere Mitglieder der Herzogsfamilie.

Herr Ruppel schrieb auch, dass R.A. Leo Gutmann (Friedrichstrasse 9) ein Weimar Republik Landratsabgeordneter gewesen sei und als solcher wurde er von den Kommunisten waehrend der Revolution verfolgt. Dr. Richard Ruppel hat sein Gesicht vollkommen mit Gippsverbaenden maskiert und ihn in seiner Klinik versteckt. Ausserdem mussten alle Ruppels in den Keller gehen als das Haus von der Hoehe gegenueber angeschossen wurde. Kein einziges Fenster blieb ungeschaedigt!

Dr. Richard Ruppel diente im 1. Weltkrieg als Arzt (Offizier). Dr. Kenneth (Wolfgang) Ruppel, ein Kinderarzt und seine Mutter, Margarete, sind ca. 1945 von England weiter nach Amerika ausgewandert. Beide starben in Syracuse, N.Y.

Herr Dr. Ebbing, den Sie mit uns in Erfurt getroffen haben hat den Rueckuebertragungsanspruch der Familie Ruppel fuer Friedrichstrasse 7 gekauft.

Ich weiss nicht wie viel Sie von meinem Bericht fuer einen Artikel/Buch gebrauchen koennen. Wenn Sie Fragen haben, moechte ich gern meinen Cousin wieder anrufen. Er erinnert sich an so viel der Vergangenheit.

Ich wuensche Ihnen viel Erfolg mit dem 2. Band "Villen in Gotha". Mein Mann (den ich bei Kenneth Ruppels in Syracuse, N.Y. kennengelernt habe) laesst Sie herzlich gruessen.

Beste Gruesse auch von mir

Luise Bernkopf

P.S. Herr Ruppel sagte, dass das Haus des Bankiers Dr. Otto Goldschmidt auf der Parkallee (drittes Haus von der Ecke) hoch interessant sei.

Goethestraße 2

Das „Westviertel" stellt eines der drei großen Gothaer Gründerzeitgebiete dar. Neben der heutigen 18.-März-Straße, der Waltershäuser-, der Reinhardsbrunner- und der Humboldtstraße, die als Hauptschlagadern dieses Stadtgebiet durchziehen, verdienen auch viele kleinere Straßenzüge Beachtung. In der Goethestraße, eine der Seitenstraßen der heutigen 18.-März-Straße, befindet sich ein Haus, für das die politische Wende in der DDR und die folgende Wiedervereinigung die Rettung brachte. Unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen und der völlige Leerstand seit 1986 hatten dem Bau sehr geschadet. Der totale Zerfall wäre mit den zu Verfügung stehenden begrenzten Mitteln der DDR nicht aufzuhalten gewesen. Bereits 1991 wurde das Haus Goethestraße 2 im Rahmen einer umfassenden Rekonstruktion in annähernd den Zustand gebracht, den es nach seiner Fertigstellung im Jahr 1910 hatte.

07 Goethestraße 2

Untrennbar mit dem Gebäude verbunden ist die Person seines Erbauers und ersten Eigentümers, dem Architekten und Hofbaurat Conrad Schaller. Zuerst in der Waltershäuser Straße 12 wohnend, erwarb er 1895 das Haus Reinhardsbrunner Straße 18, in dem die Familie Schaller bis zur Jahrhundertwende ansässig war. In der benachbarten Goethestraße kaufte Schaller kurze Zeit später Bauland und begann 1898 im eigenen Auftrag mit dem Bau von vier Stadtvillen auf der südlichen Straßenseite, durch deren Vermietung der Familie eine bleibende Einnahmequelle gesichert werden sollte. In eines der Häuser, die Nr. 3, zog Familie Schaller selbst ein. Vis-à-vis auf dem Grundstück Goethestraße 2 begann Schaller im Jahr 1909 mit dem Bau eines sogenannten „Nobelwohnhauses". Schon zwei Jahre zuvor hatte Schaller vergeblich versucht, eine Genehmigung zum Bau zu erreichen. Die war ihm immer wieder versagt worden. Grund dafür waren „balkentragende massive Dünnwände", eine Erfindung Schallers, die er im Neubau anwenden wollte. Mehrere Beschwerdebriefe an das herzogliche Staatsministerium konnten nichts an deren ablehnenden Haltung gegenüber dieser neuartigen Wandbauweise ändern. Schaller war wohl oder übel gezwungen den Bau ohne die vermeintlich nicht ausreichend belastbaren „dünnen Wände" auszuführen. Im Jahr 1910 wurde das viergeschossige Gebäude fertiggestellt.

Schaller zog mit seiner Frau Luise, einer geborenen Eichler, und den Kindern Wilhelm und Wilhelmine in die Wohnung des dritten Obergeschosses. Die anderen Wohnungen, die jeweils über das gesamte Geschoß reichen - immerhin zirka 185 Quadratmeter, vermietete Schaller. Die ersten Mieter im Haus waren der Kaufmann Julius Beermann, der Ingenieur Bruno Hartwig, die Witwe Elisabeth Hey und der Kapitänsleutnant a.D. Georg von Einem.

Besonders bemerkenswert war die Innenausstattung einer jeden Wohnung und des gesamten Hauses, die bis heute teilweise erhalten geblieben ist. Durch den Hausflur, schulterhoch gefliest, erreicht man an der Rückseite des Hauses die Treppe und den heutigen Aufzug. Seinen Vorgänger hatte dieser Fahrstuhl in dem noch bis in die zweite Nachkriegszeit funktionsfähigen Kohlenaufzug, der im Inneren der Wohnung in unmittelbarer Nähe der Küche seinen Platz hatte. Er reichte vom Keller bis ins Dachgeschoß.

Die Treppe nimmt ihren Anfang mit einem geschnitzten Krümmling in dem neben dem Schallerschen S auf das Baujahr hingewiesen wird. Schreitet man die

Treppe aufwärts, erwartet den Besucher in jedem Geschoß ein auf die Treppenwange gemalter mehr oder weniger sinnreicher Spruch. Die achteckigen Dielen jeder Wohnung wurde ihrer Größe wegen gleichzeitig als Eßraum genutzt.
Eine Besonderheit stellte der Kachelofen dar, der als Spezialkamin die Warmwasserheizung jeder Etage übernahm. Zu beiden Seiten des in grünen Kacheln gefertigten Ofens befanden sich vertikale Luftschächte, an die ein im Keller befindlicher elektrischer Kompressor angeschlossen war. Für täglich eine Vormittagsstunde wurde mit ihm in den Schächten ein Sog erzeugt, der ausreichte, um damit in der gesamten Wohnung Staub zu saugen. An die sonst durch einen Blindstutzen verschlossen Schachtöffnungen konnte im Bedarfsfall ein mehrere Meter langer Schlauch angeschlossen werden – also damals schon eine Art Zentralstaubsauganlage.

Von der zentralen, nur dürftig belichteten Diele waren fast alle Räume zu erreichen: Arbeits-, Wohn- und Schlafzimmer. Im hinteren straßenabgewandten Teil des Hauses befanden sich Bad, Küche, Speisekammer und gleich daneben das Zimmer der Gesellschafterin und Angestellten Hanna von Ziethen, die fast 15 Jahre lang den Schallers die Treue hielt. Letztlich zu erwähnende Besonderheit: eine Sprachrohrverbindung, die den Charakter eines Haustelefons hatte. Nachdem man sich mit einer Holzpfeife bemerkbar gemacht hatte, konnte man mit der gewünschten Person durch ein Rohrsystem sprechen.

Schaller lebte und arbeitete bis zu seinem Tod im Haus Goethestraße 2. Als Architekt der Schloßhauptmannschaft des Friedensteins war er mündlichen Überlieferungen zufolge immer peinlich genau. So ließ er für sein wohl bekanntestes Bauwerk, den Gothaer Schlachthof, jeden einzelnen Ziegelstein zeichnen. Der passionierte Frühaufsteher begann halb sechs mit der Arbeit. Er gönnte sich bis zum Frühstück nur eine Tasse Tee. Nach dem Frühstück kam für gewöhnlich sein Zeichner in die Wohnung, um neue Arbeit entgegenzunehmen, und blieb bis zum Nachmittag. Zum Essen gönnte sich Schaller gern ein Glas Portwein, aber keine Mittagspause danach. Nachmittags war er auf den Baustellen präsent, um den Fortgang der Arbeiten zu überwachen.

Nach Schallers Tod im Februar 1918 übernahm seine Witwe Luise die Verwaltung des Hausbesitzes in der Goethestraße. Die wirtschaftliche Lage der Familie verschlechterte sich jedoch immer mehr, so daß in den 30er Jahren Rechtsanwalt Dr. Motschmann die Zwangsverwaltung des Hauses übertragen wurde, auf dem beträchtliche Hypotheken lasteten. Die Häuser Goethestraße 5, 7 und 9 mußten verkauft werden.

1936 starb Luise Schaller. Im Haus verblieb die unverheiratete Tochter Wilhelmine. Die willensstarke und als sehr intelligent geltende Frau beherrschte Englisch, Französisch und Spanisch in Wort und Schrift. Zu ihren Schülern konnte sie auch die Kinder des letzten Gothaer Herzogs, Carl Eduard, zählen. Sie wohnte bis 1966, dem Jahr ihres Todes, in der Goethestraße 2.

Die Substanz des Gebäudes litt seither unter einer steten Vernachlässigung. Die letzten Mieter verließen das Haus 1986. Danach stand es leer. Im gleichen Jahr stellte sich die Stadt das Ziel eine komplexe Rekonstruktion einzuleiten. Ein Kostenvoranschlag schätzte den Aufwand auf rund 504.000 Ost-Mark. Doch am Haus tat sich nicht viel. 1988 übernahm die Gothaer Fachschule für

Transportbetriebstechnik die Rechtsträgerschaft und beabsichtigte, durch eine Rekonstruktion Betriebswohnungen für ihre Angestellten zu schaffen.
Die Rekonstruktion in Feierabendtätigkeit kam jedoch über kleine Anfänge nicht hinaus. Bis 1991 schien der Verfall des herrschaftlichen Hauses kaum noch aufzuhalten. Ein völlig desolates Dach, das an manchen Stellen überhaupt nicht mehr vorhanden war, ließ eindringendem Wasser freien Lauf. Mehrere Geschoßdecken faulten durch, stürzten auf die darunterliegende, bis auch diese der Auflast nachgab. Dank einer durchgreifenden Sanierungsmaßnahme in den Jahren 1991 bis 1993 konnte das Haus in seiner ursprünglichen Gestalt restauriert werden. Es steht heute unter Denkmalschutz.

Siedelhofstraße

Wer Gotha mit der Thüringer Waldbahn verläßt und den Ortsteil Sundhausen passiert, dem fällt am Ortsende von Sundhausen, südlich der Strecke, ein Gebäude auf, das so gar nicht in seine dörfliche Umgebung passen will. Ein wuchtiger grauer Klotz steht in einem baumbestandenen Garten, zu dem eine Pappelallee führt, dahinter nur weites Feld. Dreigeschossig, mit steilem Mansarddach, hohem Giebel erscheint das „Schlößchen" für eine Villa fast schon zu groß. Und doch ist der Bau in den Jahren 1910/11 als nichts anderes errichtet worden. Ein adliger Militär wollte nach etlichen Standortwechseln seiner Familie endlich ein richtiges Zuhause bieten. Ein Erbe hatte es Major Freiherr Alexander aus dem Thüringer Adelsgeschlecht von Wangenheim ermöglicht, den Bau zu errichten. Seit der Nachkriegszeit steht das Gebäude im Zeichen sozialer Nutzung. Das St. Joseph-Heim der Caritas hat hier sein Domizil.

06 Siedelhofstraße

Das Geschlecht derer von Wangenheim war vermutlich schon um das Jahr 932 aus dem Elsaß kommend in Thüringen ansässig geworden. Im 13. Jahrhundert vollzog sich die Teilung in die Linien Wangenheim-Wangenheim und Wangenheim-Winterstein, welcher Freiherr Alexander entsprang. Die heutige Burgruine Winterstein war jahrhundertelang der Familiensitz dieser Adelslinie, deren Vertreter in früherer Zeit oft hohe gothaische Hofbeamte und Militärs stellten. Jener Wangenheim, der als Letzter die Burg Winterstein bewohnt hatte, der renommierte Forstmeister Friedrich Adam Julius von Wangenheim (1749 - 1800), war wie viele seiner Nachfahren in königlich-preußischen Diensten.

Alexander von Wangenheim, der spätere Bauherr der Villa, wurde im Jahr 1861 in Berlin geboren und hatte sich schon bald für die militärische Laufbahn entschlossen. Im preußischen Heer machte er eine beachtliche Karriere als Pionieroffizier. In Königsberg, einem seiner ersten Standorte, lernte er Eva Guthzeit kennen, seine spätere Gemahlin. Sie entstammte einer altrussischen Adelsfamilie, die es durch ihren Großvater nach Königsberg verschlagen hatte. Eva Guthzeits Großvater fungierte als Generalkonsul Rußlands in Königsberg.

Häufige Standortwechsel führten das Paar alle vier Jahre an andere Orte Deutschlands. Nach Königsberg folgte Glogau. Weitere Stationen waren Magdeburg, Köln, Hann.-Münden und Ulm. Mit dem Tod der in Königsberg ansässigen Mutter Eva Guthzeits fiel ein großes Erbe an die Familie Alexander von Wangenheims, das ließ den Plan reifen, endlich an einem Ort seßhaft zu werden. Die Heimat der Vorfahren Alexander von Wangenheims, also das Herzogtum Gotha; aber auch Königsberg, die Heimat Eva von Wangenheims, und die attraktive Gegend rund um den Bodensee hatten die Eheleute ins Auge gefaßt. Auf ein zum Verkauf stehendes Gut in der Nähe von Gotha traf schließlich die Wahl. Im Jahr 1909 erwarb Alexander von Wangenheim, 49jährig, das 94 Hektar umfassende Freigut „Siedelhof" bei Sundhausen. Zuvor war es im Besitz des Berliner Fabrikanten Pötter gewesen.

Hier wollte sich der Freiherr jedoch nicht zur Ruhe setzten - vielmehr trat er als Landwirt in Erscheinung. Von Ulm, seinem letzten Standort, hatte er seine Entlassung aus dem Dienst erbeten, war jedoch, was eine Ehrung darstellte, lediglich „zur Disposition" gestellt worden. Er durfte weiterhin Uniform tragen, mußte jedoch im Kriegsfall dem Heer zur Verfügung stehen. In den Jahren 1910/11

ließ er auf dem durch ihn und nach ihm benannten „Alexanderhof" jene Villa errichten, die er bis zu seinem Tode bewohnte. Mit der Projektierung beauftragte er den in Meiningen und Eisenach firmierenden Architekten Theodor Krech, unter dessen Leitung der Bau zu Gesamtkosten von 70.000 Reichsmark entstand. Bis heute hat sich rein äußerlich am Gebäude wenig verändert, lediglich im Inneren brachten Nutzungsänderungen Eingriffe in die historische Substanz. Die Schauseite des imposanten Baues ist von einem hohen Dreiecksgiebel und einem wuchtigen, halbrunden Erker geprägt. Unter dem Erker, der durch zwei Säulen abgefangen wird, liegt der Zugang zur Villa. Der Gast des Hauses durchschreitet darauf die große, elektrisch beleuchtete Diele des Souterrains, in dem sich Waschküchen und Keller befinden, und gelangt über eine äußerst großzügige, dreiläufige Treppe in die lichtdurchströmte Diele des Hauptgeschosses.

Gisela, geb. Freifrau von Wangenheim, und ihr Vater, der Freiherr Alexander von Wangenheim (1861-1935), Bauherr der Villa in der Siedelhofstraße.

Dort befanden sich die Gesellschaftsräume, der Damensalon, das Rauchzimmer und das Speisezimmer, das im Erker an der Eingangsseite seinen herausgestellten Platz hatte. Bei großen Festlichkeiten wurde das ganze Geschoß zu einem Laufsteg der Prominenz des Gothaer Hofs und des hiesigen Adels. So war hier neben den Verwandten des Hausherren und der Dame des Hauses die gothaische Hofgesellschaft zu Gast. Des öfteren weilte unter anderem Gothas letzter Herzog Carl Eduard (1900 - 1918) im Hause. Standen solche Festlichkeiten an, wurden die zweiflügeligen Türen der Zimmer weit geöffnet. Man flanierte durch die Salons, die Diele wurde zum Foyer und die große Terrasse auf der Rückseite des Gebäudes versprach lauschige Abkühlung in heißen Sommernächten. Um das Obergeschoß mit den Schlafräumen und Bädern zu erreichen, mußte eine andere Treppe benutzt werden.

Das Schlafzimmer des Hausherrn und der Hausherrin befand sich über dem Eßzimmer, also ebenfalls hinter den Mauern des herausgewölbten Erkers. Fremdenzimmer, Bedienstetenkammern sowie eine „Rumpelkammer" waren im Mansardengeschoß untergebracht.
Mit Kriegsbeginn 1914 wurde Alexander von Wangenheim wieder eingezogen. Während er aus dem Feld zurückkehrte, war sein einziger Sohn im letzten Kriegsjahr gefallen. In den 20er Jahren verließen die ihm verbliebenen zwei Töchter das Elternhaus in Sundhausen. Das Gebäude schien dem Ehepaar zu groß zu werden. Man trug sich mit Verkaufsgedanken und beauftragte Ende der 20er Jahre einen Immobilienmakler mit der Suche nach Interessenten. Lautschreierisch warb eine Annonce: „Sofort verkäuflich - luxuriöser Herrschaftssitz! Das Objekt wurde uns zu äußerst günstigen Bedingungen zum Verkauf übertragen.

Anläßlich der Taufe seines ersten Enkelkindes (Mitte) holte Hausherr Alexander von Wangenheim (rechts) die ganze Familie vor die Linse des Fotografen.

Bemalte Holzdecke im großen Empfangssaal.

Wir empfehlen dasselbe nach eingehender Besichtigung allen ernsten und zahlungsfähigen Reflektanten aufs Beste ... mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet, befindet sich in bester Vorstadtlage von Gotha. Inmitten herrlicher Gartenanlagen auf leichter Anhöhe mit umfangreichen Waldungen im Hintergrunde, erhebt sich das stolze, bisher einen feudalen Familiensitz darstellende, Bauwerk."

Warum es trotz dieser vielversprechenden Anzeige nicht zum Verkauf kam, ist indes nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Alexander von Wangenheim bewohnte das Haus bis zu seinem Tode 1935, nach dem Tod seiner Frau (1933) allein mit seinem Diener. Die einzige noch lebende Tochter war die 1899 geborene Gisela, die bereits 1921 den Gothaer Arzt Dr. med. Franz Glanz geheiratet hatte. Beide bewohnten später das Haus Waltershäuser Straße 22, in dem Franz Glanz seine

Praxis für innere Medizin betrieb. Dr. Franz Glanz starb 1942 an seinen Kriegsverletzungen in einem Erfurter Lazarett.

Die elterliche Villa in Sundhausen wurde von Gisela Glanz bis 1947 an verschiedene Familien vermietet. Von den Maßnahmen zur Enteignung von Großgrundbesitzern kurz nach Kriegsende blieben die Witwe und ihre Kinder Ursula, Meinhard und Jürgen verschont. Ihr Grundbesitz, der „Alexanderhof", lag mit 94 Hektar Größe unter den 100 Hektar, die an privatem Landbesitz nach dem Willen der neuen Herrscher zulässig waren. Die Ackergrundstücke, schon seit 1925 verpachtet, wurden in der Folgezeit vom volkseigenen Gut Sundhausen bewirtschaftet, verblieben aber im Besitz von Gisela Glanz. Wegen ihres schweren Standes, mit dem sie als geborene „von Wangenheim" in der sowjetisch besetzten Zone zu kämpfen hatte, entschloß sie sich 1947, mit ihren Kindern nach Frankfurt am Main überzusiedeln. Die Villa verkaufte Gisela Glanz an die katholische Kirchgemeinde Gotha, die stellvertretend für die Caritas, die damals noch keine juristische Person war, im Kaufvertrag erschien. Die Caritas eröffnete in der ehemaligen Villa ein Kinderheim, in dem Kriegswaisen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Zuflucht fanden. Aus dem Kinderheim wurde später das St. Joseph-Heim, welches heute geistig behinderten Menschen ein Zuhause bietet.

Spurensuche: Erinnern an jüdische Geschichte

09.07.96

Jährliches Gedenken an Opfer der NS-Diktatur

Jüdischer Friedhof: Einst in Obhut einer Kirchgemeinde, jetzt der Stadt

■ Von Christian Jacob

Gotha. (tlz) „Sie war der Besten eine" steht auf dem Grabstein von Ida Kaiser, geborene Meyerstein (1865 – 1925). Und: „Hier ruht unser unvergeßlicher Gatte und Vater" heißt es auf der Grabstätte von Commerzienrat und Gemeindevorsteher Jacob Goldschmidt (1848 – 1906): Beide Gräber befinden sich auf dem jüdischen Friedhof in Gotha. Die jüngsten belegten Gräber stammen noch aus der Zeit um 1940.

Der Friedhof besteht seit 1870 und steht unter Denkmalschutz. Er ist Eigentum der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen. Über viele Jahre pflegten ihn Mitglieder der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde der Versöhnungskirche in Gotha-West und Gothaer Bürger. Regelmäßig traf man sich zu Arbeitseinsätzen, erinnert sich Helgard Schwimmer, die Mitarbeiterin der Kirchgemeinde ist. Vor allem zu Zeiten der Pfarrer Martin Rambow (1984 bis Ende 1992) und Horst Leckner (Anfang 1993 bis Oktober 1995) kamen jeweils etwa zehn Leute, um die Gräber zu pflegen. Pfarrer Leckner ist heute in Erfurt tätig.

Lisa Hendel, Franz Pelzer und die Familie Brod seien nur einige gewesen, die an der Pflege des jüdischen Friedhofs stets teilgenommen haben, weiß die Kirchgemeindemitarbeiterin. Nach der Wende wurde auch eine Pforte eines Kunstschmiedes am Eingang zum Friedhof angebracht, für den die Stadt Gotha und die Kirchgemeinde – auch über Spendensammlungen – das Geld bereitstellten.

Noch vor der Wende – 1988 – wurde ein Gedenkstein an die jüdischen Opfer der NS-Diktatur auf dem Friedhof aufgestellt. Es war die Zeit, als Erich Honecker auf eine Einladung in die USA hoffte und das stark anti-israelisch geprägte Image der DDR verbessern wollte. Noch in den siebziger oder frühen achtziger Jahren befand sich auf dem Friedhof übrigens auch eine Trauerhalle, die dann gedankenlos einfach abgerissen wurde, da sie vom Einsturz bedroht gewesen sein soll...

Eine Fotodokumentation über die einzelnen Gräber des Friedhofs und soweit möglich eine Übersetzung der oft verwitterten hebräischen Inschriften wurden in Zusammenarbeit von Jüdischer Gemeinde und Kirchgemeinde ebenfalls erstellt.

Die Pflege des Friedhofs obliegt seit Abschluß des Staatsvertrags des Landes Thüringen mit der Jüdischen Landesgemeinde dem Gartenbauamt der Stadtverwaltung Gotha. Für den Friedhof, der 2450 Quadratmeter groß ist, werden anteilig jeweils 50 Prozent von Bund und Land eines pro Quadratmeter festgelegten Betrages der Stadtverwaltung jährlich zur Verfügung gestellt.

Einmal im Jahr feierte die Kirchgemeinde der Versöhnungskirche einen gemeinsamen Gottesdienst mit dem ehemaligen, mittlerweile verstorbenen Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde Raphael Scharf-Katz. Nach einem Gottesdienst in der Versöhnungskirche begab man sich zu Fuß zum jüdischen Friedhof, wo Scharf-Katz eine Ansprache zum Gedenken an die Opfer des Holocaust hielt, erzählt Helgard Schwimmer. Die Feier fand auch zur Erinnerung an die zweifache Zerstörung des jüdischen Tempels in Jerusalem statt. Die erste Tempelzerstörung war 568 vor Christus, die zweite 70 nach Christus zur Zeit von Kaiser Titus. Mit der zweiten Tempelzerstörung endete das jüdische Leben im Heiligen Land. Es begann die fast 2000jährige Zeit jüdischer Verfolgungen – bis hin zum Massenmord der Nazis und ihrer Schergen an den Juden. Eine feste Heimstatt an historischem Ort und damit auch Sicherheit für verfolgte Juden aus aller Welt schuf erst der

in der Residenzstadt Gotha und in Thüringen

Nur noch ein Gedenkstein erinnert an zerstörte Synagoge

Auch in Gotha brannten die Nazis 1938 das jüdische Gotteshaus nieder

■ Von Christian Jacob

Gotha. (tlz) 1904 erbaut — im November 1938 beim Pogrom zerstört: Die Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Gotha. Zu ihr zählten 1933 genau 264 Personen; 1940 waren es noch etwa 30. Manche waren emigriert, viele in den Konzentrationslagern der Nazis umgekommen. Nur eine einzige Jüdin, die das KZ Theresienstadt überlebt hatte, soll nach 1945 wieder in Gotha gelebt haben.

Die Synagoge befand sich einst in der Moßlerstraße, wo heute ein Neubau steht — nachdem in den Nachkriegsjahren der ehemalige Platz der Synagoge zeitweilig als Parkplatz diente. Ein kleines Denkmal erinnert an die Synagoge; die in der Nähe gelegene Seitenstraße heißt „An der Synagoge".

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die Synagoge von den Nazis und ihren Mitläufern in Brand gesteckt. Nach Zeugenaussagen brannte sie die ganz Nacht. Am nächsten Morgen, als das jüdische Gotteshaus bis auf die Grundmauern zerstört war, kam es zu Plünderungen — die Polizei griff nicht ein.

Doch mit Zerstörung und Plünderung war es nicht getan. Die Nazis sahen eine günstige Gelegenheit, sich das Areal der einstigen Synagoge günstig oder am besten gleich kostenlos unter den Nagel zu reißen. Briefe gingen zwischen höheren Parteigenossen aus Stadt, Land und Kreis hin und her, welcher Verwendung man denn künftig die Freifläche zuführen könne und warum es denn solange dauere, bis die Reste der Synagoge abgetragen würden. In Eisenach sei dies bereits geschehen, in Erfurt liefen die Vorbereitungen dazu, so der damalige NSDAP-Kreisleiter Busch an den damaligen Oberbürgermeister Dr. Fritz Schmidt mit Schreiben vom 19. Januar 1939. Im März wurde die Jüdische Gemeinde der Stadt Gotha gezwungen, die Synagoge an die Stadt abzutreten und noch dazu die Abrißkosten von etwa 6000 Reichsmark zu tragen...

Quelle zu Zahlen, Daten und Fakten: Gegen das Vergessen — Die Novemberpogrome. Eisenach, Gotha, Schmalkalden — Spuren jüdischen Lebens, Landesjugendpfarramt der Ev.-Luther. Kirche Thüringen, Eisenach, 1988.

Kunstschmiedernes Eingangstor zum jüdischen Friedhof in Gotha. Ein Besuch ist möglich. Schlüssel sind bei der Stadt und einer Kirchgemeinde erhältlich. Foto: Karmeyer

Der jüdische Friedhof in Gotha wurde 1870 angelegt. Er ist Eigentum der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen. Bis Anfang der 40er Jahre fanden hier noch Bestattungen statt, wie durch Grabsteine belegt wird. Foto: Jacob

bis heute stets wieder bedrohte Staat Israel.

Wer den Friedhof besuchen möchte, kann einen Schlüssel beim Gartenbauamt der Stadt, Breite Gasse 15, Eingang Remstädter Weg (Tel. 52714), in der Versöhnungskirche, Werner-Sylten-Straße 1, Tel. 758529 oder bei Franz Pelzer, Prießnitzstraße 4, Tel. 700321 erhalten. Männer müssen beim Besuch des Friedhofs eine Kopfbedeckung tragen.

Juden in Thüringen

09.07.96

Wanderausstellung im Schloß Friedenstein bis 1. August

■ Von Christian Jacob

Gotha. (tlz) Spurensuche: Mit der Geschichte der Juden in Thüringen beschäftigt sich eine Wanderausstellung, die zur Zeit im Vorraum des Staatsarchivs im Schloß Friedenstein zu sehen ist: „Juden in Thüringen 1137 bis 1945" heißt die vom Landtag Thüringen von der Landeszentrale für politische Bildung organisierte Exposition.

Mit dem Jahr 1137 beginnt die Geschichte der Juden in Thüringen, soweit sie nachweisbar ist: Ein bei Erfurt gefundener Grabstein mit hebräischer Inschrift ist der älteste Nachweis jüdischen Lebens im Gebiet des heutigen Bundeslandes.

In Thüringen gab es größere jüdische Gemeinden vor allem in der Rhön. 1925 lebten in Thüringen etwa 3 600 Juden. Städte mit größerem jüdischem Bevölkerungsanteil waren Eisenach, Gera, Nordhausen und Erfurt. Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung ziehen sich durch die gesamte historisch belegbare Geschichte. Für vieles – etwa Pestepidemien – mußten sie als Sündenböcke herhalten – auch in Thüringen. Erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die rechtliche Gleichstellung der Juden nach und nach verwirklicht, religiös und oft von Neid und Haß geprägte Vorurteile hielten sich aber. In Thüringen war dabei bereits 1930 der Nationalsozialist Frick Innen- und Volksbildungsminister geworden. Schon im August 1932 kamen die Nazis in Thüringen allein an die Macht: „Thüringen wird zum antisemitischen Experimentierfeld der Nazis" heißt es in der Ausstellung.

In der Pogromnacht im November 1938 wurden auch in Thüringen zahlreiche Synagogen zerstört – auch diejenige in Gotha, die erst 1904 erbaut worden war. Nur noch ein kleines Denkmal in der Moßlerstraße erinnert an sie. Tausende von thüringischen Juden, die nicht mehr rechtzeitig emigrieren konnten, wurden von den Nazischergen und ihren Mitläufern in die Vernichtungslager von Majdanek und Belzec und ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Nur wenige kehrten zurück.

Erinnert wird in der Exposition an jüdische Persönlichkeiten in Thüringen. Etwa den Eisenacher Kinderarzt Dr. Siegfried Wolff (er wurde in Auschwitz vergast), oder Professor Dr. Eduard Rosenthal (1853 – 1926), der in Jena Professor für öffentliches Recht und Vater der Thüringer Verfassung von 1920 war.

„Juden in Thüringen" heißt die Ausstellung, die zur Zeit im Staatsarchiv im Schloß Friedenstein zu sehen ist. Foto: Jacob

Wo ist ein Hinweis auf Prof. Behrend Pick, den Leiter der Herzoglichen Münzsammlung auf dem Schloß, der als führender Numismatiker galt?

GESCHICHTE treff 7

Mit Erfolg vergessen?

Eine Ausstellung des Pfarrhausarchivs in Eisenach zum Schicksal evangelischer judenchristlicher Pfarrer 1933–45

Eine neue Sonderausstellung des Evangelischen Pfarrhausarchivs, die bis Frühjahr 1989 im Obergeschoß des Eisenacher Lutherhauses zu sehen ist, gab sich ein (ein-)greifendes Motto: „Wider das Vergessen. Schicksale evangelischer judenchristlicher Pfarrer während der NS-Zeit 1933–45". Womit angeknüpft wird an eine Aussage des selbst betroffenen Pfarrers Prof. Dr. Dr. H. Ehrenberg, der nach dem zweiten Weltkrieg schrieb: „Die Jahre aber des Dritten Reiches wird man aus einer gewissen Ermüdung heraus – und nicht nur in Deutschland – mit Erfolg vergessen wollen."

Das Schicksal der evangelischen Pfarrer jüdischer Abstammung in jenen dunklen zwölf Jahren ist heute tatsächlich weithin unbekannt. Es ist mit Erfolg vergessen worden, weil es eines der peinlichsten Kapitel der Kirchengeschichte ist.

Als im Pfarrhausarchiv nun endlich mit Blick auf eine Ausstellung die Nachforschungen begannen, kannte man vorerst nur einen einzigen Namen eines Betroffenen: Werner Sylten, über den eine sorgfältig gearbeitete ausführliche Biographie Bruno Köhlers gedruckt vorliegt. In entsprechender Überblickliteratur wurde bislang die Zahl „30 von 18 000 im gesamten Reichsgebiet" genannt. Schon nach wenigen Monaten des Nachforschens wurden 114 Namen und von einigen die Schicksale bekannt. Ohne die noch ausstehende Gesamtdarstellung zu ersetzen, will die Ausstellung nun, 50 Jahre nach dem Novemberpogrom der sogenannten Reichskristallnacht, wider das Vergessen angehen und eine breitere Öffentlichkeit sensibilisieren für die Wurzeln des Unrechts und der Inhumanität. Die bisherigen Reaktionen von Besuchern des Eisenacher Lutherhauses sind durchaus positiv, ebenso die von Nachkommen der betroffenen Pfarrer, die man angeschrieben hatte. Nach fünf Jahrzehnten wurden manche zum erstenmal zu dieser Angelegenheit befragt.

Überhaupt sieht sich die Ausstellung eher als ein Anfang, allenfalls einen Zwischenstand gebend, sammelt man weiter Aussagen von Zeit- und Augenzeugen oder selbst Betroffenen. Das einmal zusammengetragene Material soll auch nach Ausstellungsende im Pfarrhausarchiv verbleiben und für wissenschaftliche Studien zur Verfügung stehen.

Die Ausstellung beginnt mit der Vorstellung der Etappen faschistischer Judenpolitik, veranschaulicht zudem durch Reproduktionen von Fotos und zeitgeschichtlichen Dokumenten, darunter der berüchtigte Arierparagraph aus dem „Gesetz zur Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentums" im Reichsgesetzblatt 1933 und die Erläuterungen der Nürnberger Rassegesetze von 1935. Etwas ausführlicher ist die „Reichskristallnacht" vom 9. November 1938 dargestellt; etliche judenchristliche Pfarrer wurden zwischen dem 10. und 12. November verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen verbracht.

Die letzte Etappe der NS-Judenpolitik begann 1941 mit dem Auftrag Görings an SS-Gruppenführer Heydrich, die „Endlösung" der Judenfrage vorzubereiten. Der zynische Begriff „Endlösung" diente hier zur Verschleierung und Massenvernichtung. Im gleichen Jahr begannen die Deportationen der Juden aus dem Reich in die Vernichtungslager: Auschwitz, Majdanek, Treblinka... Auch die Eisenacher können im Lutherhaus ein Foto vom Abtransport ihrer jüdischen Mitbürger nach Auschwitz sehen. Am Schluß dieser letzten Etappe stehen sechs Millionen ermordeter Juden, dafür in der Ausstellung Fotos von Särgen in Auschwitz und von einem Massengrab in Bergen-Belsen.

In einem zweiten Teil wird die Stellung der evangelischen Kirche zum Arierparagraphen dargestellt. Die nationalsozialistisch orientierte Gruppe der Deutschen Christen (DC) versuchte im Jahre 1933 die staatliche Judengesetzgebung auch auf den kirchlichen Bereich zu übertragen und den Arierparagraphen in die Kirche einzuführen. Das trug mit dazu bei, daß es in Deutschland zum Kirchenkampf kam, in dessen Verlauf der von Martin Niemöller begründete Pfarrernotbund und dann die Bekennende Kirche den Deutschen Christen entgegentraten. Gegen den Widerstand des Pfarrernotbundes setzte die DC-Mehrheit in der Generalsynode der Kirche der Altpreußischen Union am 5. September 1933 ein Berufsbeamtengesetz mit dem Arierparagraphen durch. Danach war die Dienstentlassung oder Pensionierung für Geistliche und Kirchenbeamte vorgesehen, die jüdischer Abstammung oder mit einer Person jüdischer Abstammung verheiratet waren.

Ähnliche Gesetze wurden auch in anderen, aber nicht in allen deutschen Landeskirchen erlassen. In Thüringen und Mecklenburg galt zwar der Arierparagraph, kam aber nicht zur Anwendung. Im Thüringer Kirchenblatt A, dem Gesetzblatt der Thüringer Evangelischen Kirche, ist das Berufsbeamtengesetz 1933 in derselben Nummer abgedruckt wie das Ermächtigungsgesetz, mit dem das Führerprinzip in die Thüringer Landeskirche eingeführt und das Kirchenparlament, der „Landeskirchentag", ausgeschaltet wurde. Dieses Ermächtigungsgesetz war noch vom Landesbischof und vom Vorsitzenden des Landeskirchentages unterzeichnet. Das erste Gesetz, das auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes erlassen wurde, war das Berufsbeamtengesetz mit dem Arierparagraphen. Es war nur noch von Landesbischof D. Reichardt allein unterzeichnet. Das in der Ausstellung gezeigte Exemplar dieses Gesetzes ist mit Rotstift durchgestrichen, und am Rand ist dazu bemerkt: „aufgehoben lt. Gesetz vom 17. 5. 45".

Von den vielerorts in den Kirchen herrschenden „DC" konnte keine positive Stellungnahme zu den Juden erwartet werden. Aber auch die Bekennende Kirche als Ganzes hat an dieser Stelle versagt, indem sie dem Staat das Recht zu einer harten Judengesetzgebung zubilligte und lediglich gegen die Einführung des Arierparagraphen in den kirchlichen Bereich kämpfte. Dietrich Bonhoeffer jedoch forderte: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen." Als dann im Krieg die Deportation und massenweise Ermordung der Juden begann, war die Bekennende Kirche bereits nicht mehr handlungsfähig. Nur einzelnen Pfarrern und Gemeindegliedern gelang es, noch einige jüdische Mitbürger zu retten. — Nach-

Brennende Synagogen setzten in der „Reichskristallnacht" (9./10. November 1938) die deutlichsten Zeichen für das nazistische Pogrom an den Juden. Nur wenige wissen, daß sich Polizei und SS auch Geistlicher in evangelischen Kirchen und Pfarrhäusern bemächtigten.

– dem Krieg fanden nur wenige den Mut, ihre Schuld einzugestehen. Eine der Ausnahmen ist ein entsprechender Beschluß der sächsischen Landessynode aus dem Jahr 1948. Auch für die Thüringer Landeskirche fehlt ein solches Wort bis heute.

Im dritten Teil der Ausstellung werden exemplarisch zwölf Einzelschicksale vorgestellt, die ganz un-

↓

Pazifistin mit Nobelpreis

Vor 145 Jahren wurde Bertha von Suttner geboren

„Hochverehrte Frau! ... Heute möchte ich Sie nur fragen, ob Sie mir gestatten, Ihr ‚Die Waffen nieder!' im ‚Vorwärts', dem von mir redigierten Zentralblatt unserer Partei, abzudrucken. Unser Blatt hat wohl von allen deutschen Zeitungen den größten Leserkreis und das für Ihre (und meine) Ideen empfänglichste Publikum. Und nicht bloß das empfänglichste, sondern auch das, welches diese Ideen einst verwirklichen wird." So schrieb am 11. April 1892 Wilhelm Liebknecht an Bertha von Suttner, die erste deutschsprachige Journalistin von europäischem Rang. Zu dieser Zeit war sie bereits durch mehrere Romane und Memoirenwerke bekannt, darunter (1889) den zweibändigen programmatischen Roman „Die Waffen nieder!".

Bertha Freifrau von Suttner widmete sich ab 1885 mit Hingabe der bürgerlich-pazifistischen Bewegung in Österreich und darüber hinaus. Ein am 3. September 1891 in Wiens liberaler „Neuen Freien Presse" veröffentlichter Beitrag gegen den Krieg rief eine Flut von Leserzuschriften hervor und unterstützte das Vorhaben, eine österreichische Friedensgesellschaft zu gründen, die schon nach wenigen Tagen über 2000 Mitglieder zählte. Bertha von Suttner war ab 1893 deren Präsidentin und zugleich Vizepräsidentin des internationalen Friedensbüros in Bern. Sie hatte auch entscheidenden Einfluß auf die Gründung einer deutschen Friedensgesellschaft am 9. November 1892 durch ihren Mitstreiter Hermann Fried, der die Monatszeitschrift „Die Waffen nieder!" ins Leben gerufen hatte.

terschiedlich sind, angefangen bei Ernst Flatow, dem schon im März 1933 als erstem deutschen Pfarrer aus rassischen Gründen gekündigt wurde und der 1942 beim Bau der Warschauer Gettomauern umkam, bis hin zu Karl Viktor Kühn, der 1933 als Superintendent in Auerbach vorzeitig emeritiert wurde. Außer diesen beiden werden vorgestellt: Bruno Benfey, Hans Ehrenberg, Heinrich Rudolf Gottlieb, Paul Leo, Ernst Lewek, Paul Mendelson, Otto Schwannecke, Werner Sylten, Hugo Wach und Max Weber. Zu einigen konnte z. T. umfangreiches Anschauungsmaterial ausgestellt werden, so zwei Schmähartikel der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps" gegen den Buchenwaldhäftling Paul Leo. Daß man den geschichtlichen Tatsachen nicht mit einem vereinfachenden Schwarzweiß-Denken gerecht wird, ist am Schicksal Hugo Wachs, eines Urgroßenkels Felix Mendelssohn Bartholdys, zu erkennen, der in Deutschland als Jude verfolgt, dem in der Tschechei als „Reichsdeutschem" die Arbeitsgenehmigung entzogen und der in Frankreich als Deutscher von 1945–47 interniert wurde.

Im letzten Ausstellungsteil wird auf „Hilfe für verfolgte Juden" eingegangen, die Wirksamkeit des „Büros Pfarrer Grüber" in Berlin, die Hilfsaktionen des Bischofs Georg Bell von Chichester und das evangelische Pfarrhaus als Asyl. In Kürze wird ein Begleitheft mit den Ausstellungstexten vorliegen. Darin werden auch alle Personen und Institutionen aufgeführt, ohne deren freundliche Hilfe die Ausstellung nicht zustande gekommen wäre. Außerdem sind eine Liste der 114 bekanntgewordenen Namen sowie Literaturhinweise abgedruckt.

J.-F. Enke

Bertha von Suttner, deren Geburtstag sich am 9. Juni zum 145. Male jährte, war die eindrucksvolle Rednerin der großen Friedenskongresse in Rom (1891), Bern (1892), Antwerpen (1894), Budapest (1896), Hamburg (1897), Paris (1900), Monaco (1902), Rouen (1903), Boston (1904), Luzern (1905) und anderer Veranstaltungen. 1905 wurde sie mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Erfüllt von dem Gedanken, daß der Schriftsteller alles tun müsse, um die Welt zum Guten zu verändern, nahm sie Verbindungen zu Politikern auf und versuchte, die österreichischen Parlamentarier für eine internationale Zusammenarbeit von Abgeordneten zu gewinnen. Als zu bekämpfenden Gegner betrachtete sie vor allem das reaktionäre hohe Militär, erkannte dann mehr und mehr die zunehmende militaristische Verflechtung der gesamten Gesellschaft. Nach dem Balkankonflikt 1912 bemerkte sie mit wachsender Sorge die Unzulänglichkeiten der pazifistischen Bewegung.

Bertha von Suttner wurde als Gräfin Kinsky und Tochter eines k. und k. Feldmarschalleutnants in Prag geboren. Mütterlicherseits war sie eine Nachfahrin des Dichters der Befreiungskriege Theodor Körner. 1876 heiratete sie den späteren Schriftsteller Baron Artur Gundaccar von Suttner. Neun Jahre lang lebten sie in Grusinien als Sprach- und Musiklehrer, Fabrikangestellte und schließlich als Journalisten. Nach der Rückkehr in ihre Heimat nahmen sie in Schloß Harmannsdorf bei Wien, dem Familienbesitz der Suttners, Wohnung. Bertha von Suttner starb am 21. Juni 1914, zwölf Jahre nach dem Tod ihres Mannes, eine Woche vor Ausbruch des ersten Weltkrieges.

B. Stasmann

treff 2 KULTURPOLITIK TLZ 13.08.88

Spurensuche gegen das Vergessen

Junge Leute forschten dem Schicksal jüdischer Mitbürger nach

Gothas Synagoge vor der Zerstörung am 9. 11. 1938.

Eine Ausstellung wandert zur Zeit durch Thüringen. In diesem Monat ist sie in der Versöhnungskirche in Gotha zu sehen. Auf 23 Tafeln sind die Forschungsergebnisse einer Gruppe Jugendlicher öffentlich gemacht, die sich seit mehr als einem Jahr einer besonderen Problematik gestellt haben.

Was bewegt junge Leute zwischen 18 und 24 Jahren, sich der schrecklichen Vergangenheit zu stellen? Aus dem Geschichtsunterricht kennen sie Fakten, Daten, die Ereignisse des antifaschistischen Widerstandskampfes, die Zahlen der Millionen Opfer. Sie wollten näher heran, am Einzelschicksal prüfen, wie weit sie selbst noch betroffen sind, nicht nur wissenschaftliche Akribie und historische Genauigkeit waren das Maß, sondern die Erkundung der eigenen Sensibilität. Mit dieser Einstellung gingen sie den Spuren jüdischer Bewohner der Städte Eisenach, Gotha und Schmalkalden nach, und es gelang ihnen eine Materialsammlung von beträchtlichem Ausmaß.

Die Gruppe suchte das Gespräch mit Zeitzeugen, machte Tonbandprotokolle, fotografierte Häuser ehemaliger jüdischer Besitzer und stellte fest, was sich heute in ihnen befindet. In Bibliotheken und Archiven stießen sie auf Dokumente, die die furchtbare Vergangenheit in ihrem eigenen Umfeld beschreiben. Eine Fotoserie dokumentiert zum Beispiel den Abtransport in die Vernichtungslager der jüdischen Bewohner Eisenachs; es konnte immer noch nicht geklärt werden, wer die Vorgänge festhielt: Opfer oder Täter.

„Doch langsam wuchs in dieser Zeit auch meine erschreckende Ahnung: Daß die schlimme Vergangenheit erst so kurz vergangen war und daß sie bis heute unser Leben bestimmt, den Rest unseres Lebens bestimmen wird.“ So ein Bauingenieur aus Gotha, beauftragt von der Stadt, am Platz der ehemaligen Synagoge eine „Denkstelle“, wie er es nennt, zu errichten.

Unterstützt vom Landesjugendpfarramt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, will diese Spurensuche ein Beitrag gegen das Vergessen sein, „denn nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart begreifen“, beschreibt ein Beteiligter seine Empfindung.

Im Herbst, zur 50. Wiederkehr der Novemberpogrome, wird eine Broschüre mit dem gesamten Material vorliegen.

Der Dank gilt auch allen staatlichen Stellen für die unkomplizierte Unterstützung bei der Herausgabe dieser Broschüre. **Margot Friedrich**

Genehmigung war nicht genehm

Ein Jenaer Professor half dem jüdischen Buchverlag

In den wissenschaftlichen Bibliotheken beider deutscher Staaten werden gegenwärtig über die Jahre 1933 bis 1945 weitere Publikationen vorbereitet und Forschungsergebnisse diskutiert. Hat doch gerade diese Zeit, in der auch die Bibliotheken mithalfen, die Ideen von Hitler, Rosenberg, Goebbels und anderen zu verbreiten, tiefe Spuren hinterlassen. Besonders die Schäden auf geistigem Gebiet wogen schwer. Doch gab es auch Beispiele anderer Art. Zu ihnen zählte der damalige Direktor der Universitätsbibliothek Jena, Prof. Dr. Theodor Lockemann (1885–1945), ein bürgerlich-demokratischer Mann. Er gehörte dem Kreis bürgerlicher, zum Teil konservativer Hitlergegner um die Autorin Ricarda Huch an.

Lockemanns humane und liberale Gesinnung zeigte sich u. a. auch in seinem Verhalten gegenüber dem Schocken-Verlag (Jüdischer Buchverlag, Berlin SW 19, Jerusalemer Straße 65/66) in der Jahren 1937 und 1938, also zu einer Zeit, wo menschlicher Anstand und persönlicher Mut notwendig waren zu Entscheidungen, wie sie Lockemann am 7. September 1937 und auch in der Folgezeit traf.

Am 28. 6. 1937 wandte sich der Jüdische Schocken-Verlag Berlin mit einem Schreiben an den Jenaer Theologieprofessor Willi Staerck (1866–1946). Er war von 1909 bis 1934 Professor für Altes Testament an der Universität Jena. Sein handschriftlicher Nachlaß wird in der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek aufbewahrt. In dem oben genannten Schreiben bat der Verlag Staerck um Unterstützung bei einer geplanten Faksimile-Ausgabe des jüdisch-deutschen Samuel-Buches (1543 in Augsburg gedruckt), das sich in dem Besitz der Universitätsbibliothek befand.

Der Verlag schreibt u. a.: „Wir wären Ihnen sehr dankbar für eine Mitteilung, ob Ihres Erachtens von der Leitung der Bibliothek in Jena die Erlaubnis zu erhalten wäre, das dortige Bibliotheksexemplar als Vorlage für den Nachdruck benutzen zu dürfen, und würden uns besonders freuen, wenn Sie sich bereit fänden, zu einem solchen Neudruck ein wissenschaftliches Geleitwort abzufassen. Gern wären wir auch bereit, das Buch aus der dortigen Bibliothek zu erwerben, falls Ihre Leitung bereit wäre, bei dem gewandelten Interesse für den Gegenstand und in Anbetracht des Umstandes, daß ein weiteres Exemplar des gleichen Drucks in Deutschland in der Frankfurter Stadtbibliothek aufbewahrt wird, ihr Exemplar gegen Geldeswert oder im Tausch für ein gleichwertiges Desiderat abzugeben . . . Sie werden es gewiß verstehen, wenn wir Sie bitten, unsere Anfrage sehr diskret zu behandeln . . ."

Aus den vorsichtigen Formulierungen des Briefes ist zu ersehen, daß der Verlag Schwierigkeiten für sein Vorhaben erwartete. Staerck wandte sich nun an Lockemann mit der Bitte, dem Schocken-Verlag das „Samuel-Buch" für den geplanten Nachdruck zur Verfügung zu stellen. Lockemann reagierte auf diese Bitte positiv und schrieb am 7. September 1937 an den Verlag: „In Anknüpfung an Ihren mit Herrn Professor Staerck in Jena geführten Briefwechsel erteile ich Ihnen die Genehmigung zur Herstellung einer Faksimile-Wiedergabe der ersten Ausgabe des jüdisch-deutschen Samuel-Buches von 1543 unter folgenden Bedingungen: 1. sorgfältigste Behandlung des Originals, 2. Ablieferung von drei Freistücken." Der Verlag bedankt sich für das Entgegenkommen bei Lockemann. Wenig später gab Lockemann sein Einverständnis, daß das Samuel-Buch für die Herstellung der beabsichtigten Faksimile-Ausgabe an eine graphische Anstalt verschickt werden konnte.

Lockemann reagierte noch ein weiteres Mal positiv im Sinne des Schocken-Verlages. Er bat die Leihstelle der Preußischen Staatsbibliothek am 11. Dezember 1937, wo sich das Buch zu diesem Zeitpunkt leihweise befand, „das jüdisch-deutsche Samuel-Buch von 1543 zur Benutzung durch den Schocken-Verlag in Berlin" diesem zur Verfügung zu stellen. Dieses Entgegenkommen gegenüber einem jüdischen Verlag während des NS-Regimes war durchaus nicht typisch in dieser Zeit. Sie legt Zeugnis ab von der Lauterkeit und dem Anstand Lockemanns. Er blieb in diesem konkreten Fall seiner liberalen Grundhaltung treu, trotzdem ihm daraus Unannehmlichkeiten entstehen konnten. Wenn auch die Universitätsbibliothek Jena während dieser Zeit in vielen Fällen mit großem Eifer die Politik des herrschenden NS-Regimes unterstützte, so bleibt doch festzuhalten, daß es in den Jahren von 1933 bis 1945 einzelne Mitarbeiter gab, die sich dem entgegenstellten. Leider konnte bisher nicht festgestellt werden, welche Mitarbeiter es gewesen sind, die zur Aussonderung vorgesehene Literatur im Hauptmagazin versteckten und so vor der Vernichtung bewahrten.

Das Vorhaben des Schocken-Verlages konnte zu keinem guten Ende geführt werden. Wenn auch die Firma F. Ullmann GmbH Zwickau in Sachsen, die mit dem Nachdruck beauftragt war, der Jenaer Universitätsbibliothek am 14. 3. 1938 mitteilte, „daß im Auftrag des Schocken-Verlages Berlin . . . das Jenenser Samuel- und Melochimbuch . . . mit Reichsmark 3000 versichert und heute" nach Jena abgeschickt wurde, so bleibt doch festzustellen, daß sie, die Firma Ullmann in Zwickau, sich weigerte, auch nur die angefangenen Arbeiten zu Ende zu führen. Am 12. November 1938, also einige Tage nach der „Kristallnacht", entzog Goebbels den Leitern und Inhabern jüdischer Betriebe die Sondergenehmigung zur weiteren Betätigung auf kulturellem Gebiet.

Mit der „Reichskristallnacht" wurde eine neue Etappe der Judenverfolgung eingeleitet. Das Samuel-Buch aber befindet sich heute noch in dem umfangreichen Rabbinica-Bestand der Universitätsbibliothek Jena (Signatur: 4 Rabb. II, 5). Am Beispiel der Beziehungen zwischen dem Schocken-Verlag und der Universitätsbibliothek Jena kann ein Stück Zeitgeschichte sichtbar gemacht werden, die mit dem Namen des damaligen Direktors der Universitätsbibliothek Jena, Prof. Dr. Lockemann, eng verbunden ist.

Prof. Dr. Bohmüller
Direktor der Universitätsbibliothek Jena

5.11.88

Empörung – aber Schweigen

Zum Gedenken an die antisemitischen Ausschreitungen um den 9. November in Gotha

„Gegen das Vergessen" hieß eine Wanderausstellung in Thüringen, die zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der Novemberpogrome an die antisemitischen Ausschreitungen im Deutschland Hitlers speziell in den Kreisen Gotha, Eisenach und Schmalkalden erinnern wollte. Material der Spurensicherung von sieben jungen Leuten – für Gotha recherchierten Dietrich Liffert, Hans Klein und Klaus-Peter Albrecht –, die sich im Auftrag des Landesjugendpfarramtes Thüringen auf den Weg nach Erinnerungen der Ereignisse um den 9. November machten, wurde nun in einer Broschüre zusammengestellt.

Hier einige Auszüge:

Rudolf H., Rentner, 74 Jahre alt, Gotha:

In Gotha waren die Nazis ja schon vor 1933 an die Macht gekommen, und die haben schon in der Zeit oft gegen die Juden gehetzt. Aber so richtig ging das dann erst los, nachdem die Nazis 1933 in ganz Deutschland gewonnen hatten. Ich erinnere mich, daß dann des öfteren die SA – das waren auch vor allem junge Leute – und die Hitlerjugend durch die Stadt marschierten und „Deutschland erwache – Juda verrecke!" brüllten. Die zogen meist, von Friedrichstraße und Arnoldiplatz herkommend, durch die Erfurter Straße, über den Neumarkt zum Hauptmarkt und dann durch die Jüdenstraße, also durch die Innenstadt, wo sich viele jüdische Geschäfte befanden. Und da wurden schon mal die Schaufenster eingeschmissen und randaliert. Die waren alle aufgehetzt worden; es gab doch oft Kundgebungen, auf denen die Redner gegen die Juden hetzten, besonders Trieber und Busch – der war Staatsrat und wohnte in Seebergen – taten sich da hervor. Aber auch in den Zeitungen stand ja dauernd was gegen die Juden drin, und das alles hat die Menschen natürlich beeinflußt, besonders die Jüngeren. Die waren damals in der HJ und danach, wenn sie etwas älter waren, in der SA, nicht alle ganz freiwillig; etliche, weil sie keine Nachteile in der Schule oder an der Arbeit haben wollten, viele auch, weil sie nur eine Arbeit bekamen, wenn sie in diese Organisation reingingen. Und wenn sie drin waren, mußten sie mitmachen, sonst konnten sie die Arbeit ganz schnell wieder verlieren. Aber nicht wenige haben auch gerne mitgemacht, und wenn man sich offen dagegen geäußert hat, dann drohten die doch auch gleich mit dem KZ.

In der „Reichskristallnacht" haben die Nazis die Synagoge angezündet! Ich glaube, ich befand mich zu Hause – ich wohnte damals in der Goldbacher Straße –, als jemand rief: „Die Synagoge brennt!" Wir gingen raus und nahmen in der Richtung einen hellen Feuerschein wahr. Meine Mutter sagte zu mir und meinem Bruder, wir sollten da nicht hingehen. Am nächsten Tag war ich in der Gartentraße und habe aus einiger Entfernung die immer noch rauchenden Trümmer gesehen. Auch wahrgenommen habe ich Spuren von Gewalteinwirkungen an Türen und Schaufenstern jüdischer Geschäfte. Die Schaufenster wiesen entweder Sprünge auf, wie zum Beispiel das vom Geschäft „Max Blau" im Brühl, oder waren notdürftig mit Pappen oder Brettern geflickt. Auch waren in den Auslagen kaum noch Waren zu sehen.

Es gab einige Leute, die waren über das, was die Nazis da gemacht hatten, über das Anzünden und Zerstören der Synagoge, wie über die Gewaltaktionen gegen die Juden und ihre Geschäfte, empört, aber das waren wenige, und man konnte das auch nicht laut äußern. Wir wagten ja nicht einmal stehenzubleiben und uns genauer anzusehen, was geschehen war. Davon, daß in den jüdischen Geschäften geplündert wurde, habe ich damals gehört, es aber nicht selbst wahrgenommen. Wir selbst – mein Vater betrieb einen Rohprodukthandel, und ich arbeitete bei ihm mit – hatten geschäftliche Verbindungen mit einigen jüdischen Geschäften, so mit der Firma Conitzer, die Alttextilien aufkaufte, mit den Gebrüdern Grünstein, den Heilbrunns in der Gerbergasse sowie mit den Geschäften bzw. Handlungen Meier, Minz und Weiser in

2

der Augustinerstraße. Diese Verbindungen konnten aber nicht mehr lange aufrechterhalten werden, weil die Inhaber dieser jüdischen Geschäfte entweder auswanderten oder nichts mehr ankaufen oder bezahlen konnten.

Frau A. Z., geb. Rosenburg, aus Gotha:

Nach Nazigesetzen „Mischling I. Grades", emigrierte sie am 20. April 1938 mit ihrer jüdischen Mutter nach Frankreich. Sie war damals 14 Jahre alt. In Frankreich konnte sie eine Internatsschule besuchen, gleichwohl verspürte sie eine starke Sehnsucht nach ihrer Heimatstadt Gotha, ihren Freunden, ihrer vertrauten Umgebung. Hier lebten auch ihre – nichtjüdischen – Großeltern.

Sie schaffte es schließlich, mit einem zeitlich begrenzten Einreisevisum, am 25. August 1939 in ihre Heimatstadt besuchsweise zurückzukehren. Doch dieses – als kurzer Besuch geplante – Wiedersehen erwies sich als endgültig. Am 1. 9. 1939 begann der 2. Weltkrieg, und an eine Rückkehr nach Frankreich war nicht mehr zu denken. Von nun an lebte sie als „Halbjüdin" in Deutschland.

Ihr Vorhaben, die Schulbildung nun in Gotha fortzusetzen, scheiterte zunächst am Widerstand des damaligen Direktors der Arnoldi-Schule, Dr. Kinttof. Schließlich wurde sie – nach einer Prüfung auf Schultauglichkeit in Weimar – doch noch aufgenommen. Für sie als Schülerin der Arnoldi-Oberschule in Gotha verlief das Jahr 1941 ohne größere Probleme.

Im Jahre 1942 begannen jedoch auch hier verschärfte Schikanen gegen die noch verbliebenen jüdischen Schüler.

27.8.88

WOCHENEND Rendezvous

Nachdem sie einige Wochen in der Versöhnungskirche im Neubaugebiet Gotha-West zugänglich war, kann man sie nun im Kreuzgang des Augustinerklosters besichtigen: die Ausstellung „Spurensicherung: Juden in West-Thüringen – Eisenach, Gotha, Schmalkalden", angeregt vom Landesjugendpfarramt der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen, ausgeführt von Schülern, Studenten, Lehrlingen, Werktätigen im Hinblick auf den 9. November dieses Jahres, an dem sich zum 50. Mal der Tag jährt, den die Sprache des Dritten Reiches so hämisch poetisierend „Reichskristallnacht" nannte. „Gegen das Vergessen" heißt es knallgelb auf dem Leinentuch mit dem Davidstern, am Seiteneingang des Augustinerklosters in der Jüdenstraße angebracht, ein Satz, der den Vorbeieilenden zögern machen soll, ein Satz, der den Finger auf die Wunde legt. Mit dem Vergessen hatten diejenigen zu tun, die für die kleine, aber schürfende Ausstellung recherchierten. Kaum noch Augenzeugen gibt es für all das Schreckliche, Widerwärtige, was man auch in unserer Stadt jüdischen Mitbürgern angetan hat, wenig Erinnernde, auch: Sich-nicht-erinnern-Wollende, auch die Tatsache, daß jahrelang Verdrängtes nun nicht mehr ans Licht will. Warum denn ausgerechnet jetzt, warum erst jetzt? Eigentlich sollte es nicht erst dieses schrecklichen Jahrestages bedürfen, sicher.

Es sind zwar nur Mosaiksteinchen, die zusammengetragen werden konnten in der Kürze der Zeit, die aber ein Bild der braunen Jahre ahnen lassen, das auch gut in den Geschichtsunterricht Gothaer Schüler passen würde. Schade deshalb, daß die Ausstellung den Schuljahresbeginn in Gotha nicht mehr erlebt.

Ein Besucher schrieb: „Es ist interessant und erschreckend zugleich, wieviel Material es gibt. Erschreckend, weil es deutlich macht, daß wir, d. h., unsere Stadt, sich nicht frei von Schuld sprechen kann."

Die Ausstellung ist bis 31. August täglich von 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr geöffnet. Einen Besuch am Wochenende empfiehlt Ihnen Rita Specht

Kehrte als Besatzer nach Gotha zurück

29.03.95

Theo Gutmann sah Geburtsstadt als amerikanischer Offizier wieder

Gotha. (tlz/mwe) 1933 war die jüdische Familie Gutmann in skandalöser Weise aus Gothaer vertrieben worden (wir berichteten). Was danach geschah, schildert der inzwischen 85jährige Dr. Theodore E. Gutman selbst wie folgt: „1941 war ich (u. 45) schon Staatsbürger der USA. Ich wurde Mitglied der Amerikanischen Armee im Frühjahr 1943, wurde Leutnant nach einer Offiziersschule im Frühjahr 1944. Nach einem kurzen Aufenthalt in England sind wir Anfang Juli 1944 in der Normandie (Frankreich) gelandet.

Als unsere Truppe nach der Eroberung von Kassel nach Gotha kam, war es schon der 6. April 1945, wo wir die 4. Panzerdivision abgelöst haben. Was ich von der Stadt Gotha zu der Zeit gesehen habe, erschien mir in verhältnismäßig guter Verfassung..." Theo Gutman war seinerzeit Leiter der Gefangenenvernehmung beim 318. Infanterieregiment der 80. Amerikanischen Infanteriedivision. Dazu war in Siebleben ein Gehöft als Gefangenensammelplatz eingerichtet worden. Vielleicht kann sich einer unserer Leser an den genauen Standort erinnern?

■ Gutmann war Soldat und Dolmetscher

Obwohl er noch zusätzliche Aufgaben als Dolmetscher für die befreiten Insassen des Konzentrationslagers Ohrdruf hatte, fand er Gelegenheit, sein früheres Haus in der Friedrichstraße und einige Freunde zu besuchen. „Obwohl die Zeit drängte, fuhr ich bei unserem alten Friseur, Herrn Amberg, vorbei, der mich wiedererkannte, sobald ich meinen Helm abnahm."

Hier erfuhr er, daß sein Schulfreund Heinz Heunisch die vormals jüdische Ruppelsche Fabrik in der Reinhardsbrunner Straße leitete. „Ich erinnere mich, daß wir uns eine Zeitlang unterhielten. Er und seine Familie befürchteten, daß die Amerikaner Thüringen den Russen überlassen würden, was ich für ausgeschlossen hielt – wie habe ich mich geirrt!" Für Heunisch war dieser Irrtum tödlich, denn er wurde später von den Russen umgebracht.

„Da ich viel mit Gefangenen zu tun hatte, auch dolmetschen mußte für den ehemaligen Premierminister von Ungarn, der in Ohrdruf befreit worden war und von Journalisten ausgefragt wurde, hatte ich während der ein oder zwei Tage in Siebleben keine Zeit, weitere Leute aufzusuchen und mehr von Gotha zu sehen. Außerdem hatte mich auch mein Bruder Carl besucht, der als Hauptmann einer Ingenieur-Spezialkompanie erfahren hatte, daß die 80. Division Gotha besetzt hatte."

Major?!

43 Jahre sind danach vergangen, bis Dr. Gutman Deutschland wiedergesehen hat. 1988 fand in Fulda ein Ernestinertreffen anläßlich des 60. Abiturjubiläums statt, an dem auch Liselotte Kellner (Lilo Krummel) aus Gotha teilgenommen hat. Sie hatte bereits die notwendigen Einreisepapiere für einen Abstecher nach Gotha besorgt, leider wurde daraus dann doch nichts.

Selbstverständlich sollte Dr. Gutman Ehrengast des Festaktes „50 Jahre Kriegsende in Gotha" am Dienstag, 4. April, sein. Die Einladung des Gothaer Oberbürgermeisters enthielt auch eine offizielle Entschuldigung für das der Familie Gutmann angetane Leid.

Leider ist es Dr. Theo Gutman nicht möglich, nach Gotha zu kommen, „da ich hier im April eine Verpflichtung übernommen habe, ein Seminar zu geben." Möge es ihm vergönnt sein, in naher Zukunft seine Geburtsstadt und seine Schulfreundin wiederzusehen!

41 – 5. 36!

Theo kam from Spain nach USA in 36. Onkel Louis Simon got him into Calif. [illegible], who [illegible]

Ein jüdisches Schickal

24.03.95

Familie Gutmann wurde 1933 aus ihrer Heimatstadt Gotha vertrieben

Gotha. (tlz/mwe) Bei Nachforschungen zu Gadolla wurde auch ein 1988 veröffentlichter Erlebnisbericht in der Broschüre „Die letzten Kriegstage Anfang April 1945 in Gotha" des Ernestiners Theo Gutmann entdeckt. Die Arnoldischule hat es übernommen, Kontakt zu dem in Kalifornien lebenden 85jährigen Landgerichtsrat Dr. Theodore E. Gutman aufzunehmen. Durch intensives Studium von alten Adreßbüchern ist es gelungen, das Schicksal der jüdischen Gothaer Familie Gutmann zu rekonstruieren.

Danach betrieb der Rechtsanwalt und Notar Dr. Leo Gutmann seit 1901 eine Anwaltspraxis in der Friedrichstraße. Hier wurden seine beiden Söhne Theo (1909) und Carl (1911) geboren. Politisch engagierte er sich in der Demokratischen Partei. 1920 kandidierte er für die Gothaer Landesversammlung. Seine Söhne besuchten das Gymnasium Ernestinum. Von Theo Gutman kam der Hinweis auf eine noch lebende Mitschülerin. Die Lehrerin Liselotte Kellner kann sich noch gut an die damaligen Ereignisse erinnern.

Der damalige Klassenlehrer war „Sokrates" Dr. Kurt Schmidt (1891-1977), der spätere Herausgeber des zweibändigen „Gotha – Das Buch einer deutschen Stadt". Für die Klassenkameraden existierte das Wort „Judenhaß" noch nicht. Erste Sticheleien wurden deshalb noch allseits verlacht.

Als Theo 1928 das Abitur ablegte, richtete sein Vater eine Stiftung für begabte Schüler ein. Ende 1932 kehrte er nach dem Jurastudium nach Gotha zurück, wo bereits seit 1930 die Nazis im Rathaus regierten.

Seine Tätigkeit als Referendar bei der Staatsanwaltschaft fand am 15. April 1933 ein jähes Ende. „Zufällig" stand an diesem Tag ein Artikel über die „Erneuerung des Rechtswesens" in der Zeitung. Der seiner beruflichen Perspektive beraubte Theo wanderte deshalb im Mai 1933 in die USA aus. Sein Bruder Carl, der sein Studium aufgeben mußte, folgte ihm 1934.

Kurz darauf wurde auch ihr Vater „scharf angegriffen und auf allerlei Verbrechen beschuldigt". Im nationalsozialistischen „Gothaer Beobachter" stand im Juli 1933: „Deutscher, gehe nicht zum Juden. Meide jüdische Ärzte und Rechtsanwälte". Ende August mußte sich Dr. Leo Gutmann gezwungenermaßen von der Anwaltsliste streichen lassen. Die Nazis „widmeten" ihm am 30. September 1933 als „Abschiedsgruß" einen mehr als einseitigen Hetzartikel unter der Überschrift „Der Riesen-Juden-Skandal", der voll von erlogenen Anschuldigungen war.

Die Gutmanns verkauften ihr Haus an den Zahnarzt Dr. Fritz Baerwolf und zogen zunächst nach Düsseldorf. Als sie 1937 ihren Söhnen nach Amerika folgten, ist ihnen dadurch Schlimmeres erspart geblieben.

Theo Gutman konnte noch nicht ahnen, daß er wenige Jahre später seine Heimatstadt Gotha unter völlig veränderten Bedingungen wiedersehen sollte.

Dieses Klassenfoto entstand vor 71 Jahren im Schulhof des Gymnasiums Ernestinum. Von den damals 14jährigen Schülern leben leider nur noch Liselotte Kellner geb. Krummel (1. Reihe links) und Theo Gutmann (2. von links). Repro: Möller

Neues Projekt: Jüdische Geschichte

Hoffen auf Hilfe von den Schulen

ABM-Kraft Simone Gerlach erforscht jüdisches Leben

■ Von Christian Jacob

Gotha. (tlz) Die Idee kam Holger-Hagen Erdmann, als im Januar zum ersten Mal bundesweit der Gedenktag für die Opfer der Nazidiktatur begangen wurde. Es sollte nicht beim Reden bleiben – und so wurde in der Stadt Gotha mithilfe des Arbeitsamts ein ABM-Projekt geschaffen, in dem es um die Erforschung jüdischen Lebens in der Residenzstadt geht.

Seit Juni kümmert sich nun Simone Gerlach um das noch in den Anfängen stekkende Projekt: Die 30jährige Hallenserin, die seit 1990 in Waltershausen lebt, hat sich so auch schon einige Gedanken gemacht, wie in dem zunächst auf ein Jahr beschränkten Projekt möglichst viel erreicht werden kann, um Spuren jüdischen Lebens vor dem endgültigen Vergessen zu bewahren.

Kontakt hat sie bereits zu Fachberatern für Geschichte an Gothaer Schulen aufgenommen. Denn Lehrer und vor allem Schüler sollen sich rege an den nötigen Aufgaben beteiligen: So könnte zum Beispiel die Geschichte des jüdischen Friedhofs und der 1938 zerstörten Synagoge ebenso erforscht werden wie die Historie der Jüdenstraße und des alten jüdischen Bades im Augustinerkloster. Dabei geht es nicht nur um Steine, Häuser und Straßen, die Erinnerung bewahren: „Denn wichtig ist es natürlich, möglichst viel darüber zu erfahren, wer zum Beispiel als Gothaer jüdischen Glaubens früher in der Stadt wohnte, was aus den Menschen geworden ist, ob Nachkommen noch irgendwo leben." Die Grabstätten auf dem jüdischen Friedhof könnten zum Beispiel fotografiert werden, um eine Dokumentation zu erstellen, die als Beitrag für eine künftige Ausstellung über jüdisches Leben in Gotha einfließen könnte.

Weitere Ideen von Simone Gerlach: Interviews mit Zeitzeugen und die Suche nach ehemaligen Gothaer Bürgern, die wegen ihrer jüdischen Herkunft im „Dritten Reich" emigrieren mußten, sind weitere Vorstellungen: Letzteres könnte möglicherweise über den deutschsprachigen New Yorker „Aufbau" und die in Tel Aviv erscheineden „Israel Nachrichten" erleichtert werden. Kontakt zur Jüdischen Landesgemeinde in Erfurt hat sie schon geknüpft.

Viel Arbeit steht Simone Gerlach und den Mitstreitern aus Schulen, auf die sie hofft, bevor.

Simone Gerlach kümmert sich auf ABM-Basis um die Erforschung jüdischer Geschichte in Gotha. Foto: Jacob

TLZ 11.4.97

ZUR SACHE

Gotha. (tlz/cja) Simone Gerlach wird mit dem morgigen Schulbeginn Kontakt zu den Gothaer Regelschulen und Gymnasien aufnehmen, um Schüler und Lehrer für das Projekt zur Erforschung jüdischen Lebens in Gotha zu gewinnen.

Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 bis 12 können sich zum Beispiel mit ihren Geschichtslehrern oder auch in anderen Unterrichtsfächern an dem Projekt beteiligen. Dokumentation, Ausstellung, Zeitzeugenbefragung sind dabei allerdings eher mittel- bis langfristige Ziele, die umgesetzt werden könnten. Wer sich für eine Mitarbeit an dem Projekt interessiert, kann sich direkt an Simone Gerlach wenden. Sie ist bei der Stadtverwaltung telefonisch unter 03621/222156 erreichbar. Vielleicht wird es ja eines Tages einen Besuch ehemaliger Gothaer jüdischer Herkunft aus aller Welt in der Residenzstadt geben. Doch Vorbereitungen und Kosten dazu werden das Vorhaben zu einer Aufgabe machen, die sich wohl erst in einigen Jahren umsetzen läßt.

Geschichte der Gothaer Juden aus Aktensicht

Erinnerung an die Kultusgemeinde

Gotha. (tlz/ger) Auf dem Jüdischen Friedhof an der Eisenacher Straße in Gotha wird am Mittwoch, 9. November, ein Kranz niedergelegt. Erinnerung an das Pogrom am 9. November 1938. In Gotha ging damals die Synagoge in Flammen auf. „Reichskristallnacht" nannten die braunen Verbrecher ihre als Volkszorn getarnte Zerstörungsaktion.

Juden gab es in Gotha schon im Mittelalter, auch damals wurden sie verfolgt. Erst im 19. Jahrhundert besserte sich ihre Lage. 1904 konnte die Israelitische Kultusgemeinde ihre Synagoge einweihen. Sie stand zwischen Garten- und Damm- (seit 1916 Moßler-)straße. Der Entwurf stammt von dem Gothaer Architekten Richard Klepzig, der 1912 das Porzellanschlößchen Ecke Schöne Allee/Friedrichstraße erbaute. In der Nacht zum 10. November 1938 wurde die Synagoge zerstört, 1939 mußte die Kultusgemeinde auf eigene Kosten die Ruine abtragen lassen.

Beim Brandanschlag waren Akten und Unterlagen der Kultusgemeinde „sichergestellt" worden. Sie dienten 1939 als Material für einen Hetzartikel. Danach gerieten sie in Vergessenheit. Erst 1994 wurden die Unterlagen im Staatsarchiv „wiederentdeckt", geordnet und verzeichnet. Sie umfassend die Jahre 1874 bis 1906 und stehen nun der Forschung offen, teilt Dr. Wandel mit.

28.01.98

Söhne von Hitler-Gegnern: Werner Sylten, Martin Bauer und Reinhard Sylten (v.l.) besuchten gestern Gotha anläßlich des „Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus". Ihre Väter leiteten in Gotha bis 1938 das Büro der Bekennenden Kirche Thüringen. Foto: Fischer

Untergrundarbeit im „Büro Bauer"

Holocaust-Gedenktag: In der Kirche Widerstand gegen Hitler

■ Von Wieland Fischer

Gotha. (tlz) Auf den Spuren ihrer Väter gehen Martin Bauer, Werner und Reinhard Sylten in Gotha. In der Gartenstraße 29 organisierten ihre Väter im „Büro Bauer" von 1936 bis '38 die Arbeit der Bekennenden Kirche Thüringen. Deren Mitglieder lehnten es im Gegensatz zu den „Deutschen Christen" ab, Hitler zu verherrlichen. Das mußten sie mit Repressalien, manche wie Werner Sylten mit dem Tode büßen.

Die Söhne Reinhard und Walter Sylten sowie Martin Bauer, Sohn des Gothaer Pfarrers Gerhard Bauer, waren anläßlich des Holocaust-Gedenktages gestern in Gotha. Mit ihrem Besuch erinnert die Stadt an den Widerstand, den es innerhalb der Kirche gegen das Naziregime gab. Im Vorjahr gedachte die Stadt ihrer jüdischen Mitbürger, blickt Sozialdezernent Holger-Hagen Erdmann zurück.

Gerhard Bauer leitete das Büro in der Gartenstraße 29. Die ehemaligen Hofdamen Hagemann stellten ihm dafür zwei Zimmer zur Verfügung. Mit Werner Sylten organisierte Bauer dort die Untergrundarbeit. Sie schickten Pfarrer zu illegalen Gottesdiensten in Wohnungen, stellten Kontakte zu anderen Anti-Hitler-Kirchengruppen her, vervielfältigten Texte. Es gab wenig Publikumsverkehr, umso mehr Schriftverkehr. Mit zwei Sekretärinnen bildeten Bauer und Sylten das geistige Rückgrat des Widerstandes innerhalb der Bekennenden Kirche in Gotha. „Sie wurden sicherlich von der Gestapo beobachtet", ist Martin Bauer überzeugt. Die Hitler-Schergen lösten das Büro 1938 auf. Pfarrer Bauer ging mit seiner Familie nach Bayern, nach dem Krieg wurde er Superintendent in Stadtroda. Sylten zog mit der Familie nach Berlin, er kam 1942 im Konzentrationslager um.

Die Arbeit der Väter blieb nicht ohne Folgen für die Kinder. Die Sylten-Söhne durften keine staatlichen Schulen besuchen; Reinhard: „Wir galten als Vierteljuden." Martin Bauer erinnert sich noch an seine Schulzeit am Ernestinum. Sehr nazistisch sei der Umgangston damals gewesen. Nach einem Jungenstreich habe ihm der Lateinlehrer gesagt: „Du bist der Sohn eines Staatsfeindes. Noch einen Mucks, und du fliegst."

26. Februar 1997

Dr. Hans Meyer als Zeitzeuge in Gotha zu Gast:

Zur Toleranz aufgerufen

Der gebürtige Gothaer Dr. Hans Meyer aus Berlin am Grab seines Großvaters Sanitätsrat Dr. Adolf Meyer (1863-1938) auf dem Jüdischen Friedhof an der Eisenacher Straße. Text/Foto: mwe

Gotha/Berlin. Die Stadtverwaltung Gotha hatte sich vorgenommen, daß an dem von Bundespräsident Roman Herzog initiierten Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz mehr passieren müsse als das bloße Redenhalten.

Es fand deshalb in der Aula der Myconiusschule eine offene Gesprächsrunde statt, die von Pfarrer Möslein moderiert wurde. Als Zeitzeuge eingeladen war Dr. Hans Meyer aus Berlin, der 1924 in Gotha geboren wurde und seine Jugend hier verlebte.

Dr. Meyer nutzte den Aufenthalt in Gotha, um Jugenderinnerungen aufzufrischen sowie einen Schulfreund und den Jüdischen Friedhof zu besuchen, wo das Grab seines Großvaters erhalten ist (siehe Foto). Dieser mußte nicht mehr miterleben, wie die in unmittelbarer Nachbarschaft stehende Synagoge in der Nacht zum 10. November 1938 in Flammen aufging.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der evangelisch erzogene Halbjude relativ unbehelligt in Gotha aufgewachsen. Nachdem sein Vater die Arztpraxis in der Gartenstraße 11 schließen mußte, sah sich die Familie Meyer 1939 gezwungen, Gotha in Richtung Berlin zu verlassen. Hans Meyer überstand den Krieg als „Wehrunwürdiger" im Arbeitsdienst, sein Vater überlebte Auschwitz und seine hochbetagte Großmutter kam im Konzentrationslager Theresienstadt um. Im Gegensatz zu seinen Geschwistern blieb Hans Meyer in Deutschland, holte das Abitur nach, studierte in 3. Generation Medizin und sah seine Heimatstadt Gotha erst nach genau 50 Jahren im Rahmen einer Urlaubsreise im Mai 1989 wieder.

In der Myconiusschule wurde auch erstmals die von Schülern aus acht Gothaer Schulen gestaltete Ausstellung „Juden in Gotha" gezeigt, die noch bis zum 28. Februar im Foyer des Kulturhauses besichtigt werden kann.

7.11.97

GEGEN DAS VERGESSEN
VON DIESEM BAHNHOF
WURDEN IN DEN JAHREN
1942 BIS 1945
GOTHAER BÜRGER JÜDISCHEN GLAUBENS
ZUR ERMORDUNG
DEPORTIERT

Eine Gedenktafel am Gothaer Hauptbahnhof erinnert an die schrecklichen Ereignisse in der Nazi-Zeit. Viele jüdische Bürger aus Gotha wurden von hier aus deportiert. Foto: Ritzert

Gegen das Vergessen

Gotha (kd). „Gegen das Vergessen - Von diesem Bahnhof wurden in den Jahren 1942-1945 Gothaer Bürger jüdischen Glaubens zur Ermordung deportiert", lautet die Inschrift der am 9. November 1997 enthüllten Gedenktafel am Hauptbahnhof in Gotha. Zu diesem Anlaß erinnerte Bürgermeister Ekkehardt Dietze an die nationalsozialistischen Verbrechen der Reichskristallnacht vor genau 59 Jahren und mahnte zugleich, daß derartige Straftaten nie wieder geschehen dürften.

Die Gothaer Synagoge wurde, wie andere auch, von der Sturmabteilung der SA niedergebrannt.

Fast alle Juden wurden verhaftet und zumeist in Konzentrationslager verschleppt.

Zum Gedenken der Opfer der Progromnacht legten die Anwesenden am Gothaer Hauptbahnhof eine Schweigeminute ein. „Nur 15 Überlebende kehrten zurück", erklärte Eva Zawischa, Vorstandsmitglied der jüdischen Landesgemeinschaft, nach der Tafelenthüllung betroffen.

Die Gedenktafel konnte 100prozentig aus Spendengeldern finanziert werden. Initiator Herr Hein, Mitglied der Bürgerinitiative „Gegen das Vergessen", dankte der Deutschen Bahn AG, der Kreissparkasse Gotha (sie hatte ein Spendenkonto eingerichtet), dem Steinmetzbetrieb „Möller„, der die Tafel kostengünstig herstellte, und Hans Klein, der die Tafel entworfen hatte.

Walter Ruppel, ein jüdische Unternehmen

Gedenken an die jüdischen Opfer

Zur Pogromnacht 1938 und ihren Folgen

Von Jochen Schröder

Gotha. (tlz) Wenn wir der Pogromnacht vor 60 Jahren gedenken, dann geschieht das dort, wo die erst 1904 gebaute Synagoge in Flammen aufgegangen ist. Heute erinnert an sie ein Straßenname und das 1988 der Öffentlichkeit übergebene schlichte Mahnmal. An die jüdischen Bürger und ihr Schicksal dürfen wir auch denken, wenn wir vor dem „Stillen Ort", ihrem Friedhof in der Eisenacher Straße stehen, durch die Jüdenstraße gehen oder uns zufällig die Tafel im Gothaer Bahnhof auffällt, die an den Abtransport Gothaer Juden erinnert.

Wieviele waren es eigentlich, die der Stadt Gotha den Rücken kehren mußten oder in den Tod getrieben worden sind? Nach der Religionszugehörigkeit zählte man am 16. Juni 1933 264 „Israeliten", womit aber nicht alle jüdischen Bürger erfaßt sein müssen, denn die Nürnberger „Rasse"-Gesetze bezogen sich ja nicht nur auf die Zugehörigkeit zu einer jüdischen Gemeinde, sondern auf die angebliche „Rasse". So gab es wohl auch in Gotha jüdische Christen und Nichtgläubige. Der evangelische Pfarrer Werner Sylten, der das Gothaer Büro der bekennenden Kirche leitete, war ein aufrechter Christ und nach den Nazigesetzen Halbjude. 1942 wurde er nach „Aufenthalt" im KZ Dachau in Schloß Hartheim umgebracht.

Wie und wo aber lebten Gothas jüdische Bürger nach dem Pogrom? Ein genauerer Blick in das Adreßbuch 1939/40 macht Widersprüchliches deutlich. Der im Juni 1939 abgeschlossene Überblick über die Geschichte Gothas erwähnt die Pogromnacht mit keinem Wort. Das Adreßbuch enthält ein Einwohnerverzeichnis und gleich dahinter eine „Liste der in Gotha polizeilich gemeldeten Juden". Im Einwohnerverzeichnis taucht keiner von ihnen auf. Also waren sie keine Einwohner; sie waren Ausgegrenzte, Abgesonderte, Sternträger mit einem verordneten Zweitnamen (Sara oder Israel), obwohl dieser Name nicht bei allen angegeben ist.

Gothaer Adreßbuch enthielt lange Liste

Die Liste der jüdischen Mitbürger ist unterteilt in deutsche, polnische, rumänische Staatsangehörige und staatenlose Juden. Juden waren also Staatsangehörige, aber eben nicht Reichsbürger. Insgesamt gab es noch 73 Juden, darunter zwei Halbjüdinnen und 51 deutsche Staatsangehörige. Setzen wir diese 51 in Bezug zu den Ergebnissen der Volkszählung von 1933, so war, wenn wirklich alle der jüdischen Gemeinde angehört haben sollten, ihre Zahl auf weniger als ein Fünftel geschrumpft.

Die am 15. Juli 1939 noch verbliebenen Juden wohnten zum Teil noch in ihren angestammten Wohnungen, wenn sie mit Nichtjuden verheiratet waren. Im Straßenverzeichnis erscheinen sie nicht als Einwohner, so fehlen dann manchen Häusern Stockwerke. Auffallend ist auch, daß bei einigen Adressen der Hauseigentümer nicht angegeben ist, so zum Beispiel Gradlerstraße (heute Carl-von-Ossietzky-Straße) 1 und 3, eigentlich Eigentum von Walter Ruppel, einem jüdischen Unternehmer, der auch dort noch wohnte.

Zugleich muß es in Gotha so etwas gegeben haben wie eine versuchte Ghettoisierung, ein Zusammenfassen in „Judenhäusern". Es fällt auf, daß auf einem Grundstück am Arnoldiplatz nicht weniger als vier alleinstehende jüdische Bürgerinnen und Bürger, eine dreiköpfige Familie und ein Vater mit drei Kindern gelebt haben. Auch hier ist der Eigentümer des Vorderhauses nicht eingetragen, ein anderer Teil des Grundstücks gehört der Stadt, eingeschrieben als „Standard-Station", eine Benennung, die ich nicht entschlüsseln kann. Auch von den 15 polnischen Staatsangehörigen waren acht in einem Haus in der Friedrichstraße konzentriert worden, die restlichen in der Salzengasse, in einem Haus, das nur mit der Versicherungsnummer angegeben wird, in einem späteren Adreßbuch (1942/43) aber nun wieder eine sicher „arische" Eigentümerin und ebensolche Bewohner hat wie auch manch andere „Judenwohnung".

Anfang 1942 hatte die berüchtigte Wannsee-Konferenz stattgefunden, auf der die „Endlösung der Judenfrage" beschlossen wurde. Was „Endlösung" bedeutet, wissen wir heute; ihr dürften auch die meisten der in Gotha verbliebenen Juden zum Opfer gefallen sein. So finden wir im Tal der zerstörten jüdischen Gemeinden der Gedenkstätte YadVaShem in Israel neben vielen thüringischen Orten auch den Namen Gotha auf einer Gedenkplatte. Unsere Aufgabe bleibt es, der verlorenen jüdischen Mitbürger wie aller Opfer der Naziherrschaft zu gedenken.

Blumen als Zeichen der Scham: Vor der Erfurter Synagoge trafen sich jene, die Mitgefühl zeigen wollten. Nach dem Brandanschlag werden die Täter rechts wie links vermutet. Und Thüringen fürchtet um den politischen Schaden. Foto: tlz/Frank Karmeyer

22.04.2000

Die Lunte brennt bereits

Brandgeschoss gegen Synagoge – Erfurter bekunden Entsetzen und Scham

■ Von Frank Karmeyer

Erfurt. (tlz) Auf dem Bürgersteig ein roter Farbkreis: Die Kripo hat markiert, wo die Lunte brannte. Am Sitz der Jüdischen Landesgemeinde umgibt die Überwachungskamera ein dunkler Fleck: Hier zerschellte der Molotow-Cocktail der Unbekannten, die in der Nacht zum Karfreitag einen Brandanschlag auf die Synagoge verübten, während die Gemeindemitglieder im Kaisersaal das Pessachfest feierten. Am Zaun stecken Blumen. „Das baut auf", sagt Wolfgang Nossen, Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde. Mehr wohl als Stellungnahmen von Politikern: „Davon gibt es viele. Jetzt müssen Taten her", fordert er vor Fernsehkameras und später im Gespräch mit Justizminister Jürgen Gnauck und Erfurts Oberbürgermeister Manfred Ruge am Tatort.

Per Telefonkette hatten Gewerkschafter und Antifaschisten zur spontanen Mahnwache aufgerufen – etwa 40 kommen, um Scham, Entsetzen und Solidarität auszudrücken, Blumen nieder zu legen und eine Kerze zu entzünden. Gekommen sind auch zahlreiche Gottesdienstbesucher: „Shalom, Shalom", singen sie gemeinsam ein Friedenslied. Pfarrer Johannes Staemmler verurteilt den Anschlag und unterstreicht: „Die jüdische Landesgemeinde gehört zu unserer Kultur und unserem Leben".

Bodo Ramelow, PDS-Landtagsabgeordneter, stellt den Anschlag in die Reihe der jüngsten Nazi-Aufmärsche in Thüringen, die Schändungen jüdischer Friedhöfe – und lehnt es ab, den feigen Anschlag zu einem politischen Schlagabtausch werden zu lassen. Von Verfassungsschutz-Chef Helmut Roewer allerdings fordert er vor Fernsehkameras erneut den Rücktritt. Ramelow übergibt zur Kenntnis ein Flugblatt der NPD an Staatskanzleiminister Jürgen Gnauck: Darin wird Weimar am 1. Mai zum Aufmarschgebiet der Rechten erklärt, mahnt Ramelow, endlich zu handeln.

Die Polizei war am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, zwar verstärkt im Einsatz – als gegen 22.10 Uhr der Molotow-Cocktail flog, war die Synagoge jedoch unbeobachtet. Am Nachmittag des Karfreitag schließlich heißt es: „Die Scheitelträger", wie sich die Täter in einem Bekennerschreiben bezeichnen, könnten ebenso aus der linken Szene stammen – die Wortwahl des Schriftstücks lasse diesen Schluss zu. Konkret heißt dies, dass die Polizei im Dunkeln tappt.

Unterdessen verurteilt die Bundesregierung den Anschlag, der eine rasche Aufklärung verlange. Die evangelischen Kirchen hätten zur Pogromnacht 1939 geschwiegen: Dies werde sich diesmal nicht wiederholen, kündigt Propst Joachim Jaeger an. Martin Borowsky, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, fordert gemeinsam und parteiübergreifend gegen Antisemitismus vorzugehen. Ein Zeichen dazu kann es am heutigen Sonnabend geben: Um 12 Uhr ist erneut eine Mahnwache an der Synagoge geplant.

Angeklagter dankt für die Nachhilfe

11.07.2000

Prozess-Beginn zum Anschlag auf die Erfurter Synagoge

Von Elmar Otto

Erfurt/Gera. (tlz) Andreas J. hat ein Buch geschenkt bekommen. Titel: „Ich will leben". Kürzlich hat er sich in einem Brief dafür bedankt. Für die informative Lektüre – eine Nachhilfe über die deutsche NS-Vergangenheit –, aber vor allem für die Zeit, die sich der Autor genommen hatte.

Das Buch mit biografischen Zügen schrieb Reinhard Schramm. Es handelt von der Vernichtung einer Gemeinde im sachsen-anhaltinischen Weißenfels durch Nationalsozialisten. Der Universitätsprofessor aus Ilmenau ist stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde in Thüringen und hat Andreas J. vor knapp vier Wochen besucht.

An sich nichts Ungewöhnliches, jedoch sitzt J. in Untersuchungshaft. Gemeinsam mit den Neudietendorfern Carsten H. (17) und David K. (18) hatte der 18-Jährige aus Seebergen am späten Abend des 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, einen Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge verübt. Die beiden Molotow-Cocktails zündeten nicht, aber sogar die internationale Öffentlichkeit blickte plötzlich auf Deutschland und sah einen neu aufkeimenden Antisemitismus vor allem im Osten der Republik.

Heute beginnt am Landgericht Gera, die zunächst auf drei Tage angesetzte Verhandlung gegen die drei Rechtsradikalen. Auf der Zeugenbank unter anderem der 56-jährige Schramm. Er vertritt den Gemeindevorsitzenden Wolfgang Nossen, der sich momentan von einem Herzanfall erholt. „Ich habe die Hoffnung, dass die Angeklagten die Tat bereuen, aber das kann erst die Zukunft zeigen", sagt Schramm nüchtern. In dem anderthalbstündigen Gespräch habe er J. gefragt, ob der meine, dass er sein Feind sei. Der Neonazi habe ihm keine Antwort geben können. Eine Mischung aus Unwissenheit und Verblendung schlug Schramm entgegen. Er will die Tat keinesfalls verharmlosen, aber die Täter seien auch Opfer. „Die geistigen Brandstifter sind Parteien wie die DVU und die NPD." Schulen und andere Organisationen müssten mehr Aufklärungsarbeit leisten und dem teilweise salonfähigen Rechtsextremismus die Grundlage entziehen. Eltern allein seien nicht selten überfordert.

„Ich möchte, dass die Täter bestraft werden wie es sich gehört", betont Schramm. Doch es sei noch nicht zu spät, aus ihnen „wertvolle Menschen" zu machen. Den Angeklagten, die sich in einem Bekennerschreiben selbst die „Scheitelträger nannten, drohen zwischen sechs Monaten und zehn Jahren Haft.

Ihr dilettantisches Vergehen hatte die Ermittler schnell auf ihre Spur gebracht. Allerdings fanden sie zunächst nur einen Molotow-Cocktail, der an der Rückwand der Synagoge zerschellt war. Ein zweiter Brandsatz in der Dachrinne blieb eine Woche lang unentdeckt. Diese Ermittlungspanne brachte Polizei und Innenministerium ins Kreuzfeuer der Kritik.

Ausstellung im Knast

Birkmann will mit Gedenkstätte Buchenwald kooperieren

Weimar. (dpa/tlz) Justizminister Andreas Birkmann (CDU) will die KZ-Gedenkstätte Buchenwald in Projekte zur Resozialisierung von Gefangenen einbinden. Nach einem ersten Gespräch mit der Gedenkstättenleitung habe sich schon ein Spektrum möglicher Maßnahmen eröffnet, sagte er zum Auftakt der Internationalen Jugendbegegnungswoche. Sie steht in diesem Jahr unter dem Motto „Zivilcourage contra Gewalt". Möglich seien unter anderem Arbeiten resozialisierungswilliger Gefangener auf freiwilliger Basis oder Ausstellungen über die Gedenkstätte in den Gefängnissen.

Gedenken zur Pogromnacht

GOTHA. Zur heutigen Pogromnacht lädt die Ev. Kirchgemeinde Gotha um 19.30 Uhr in die Lenaustraße zu einem Bußgottesdienst. Diesem schließt sich ein Gebet am Mahnmal der ehemaligen Synagoge an. Nach einer kurzen Andacht um 17 Uhr in der Kirche in Siebleben startet am morgigen Martinstag ein Lampionumzug.

Frau Perthes!

Kristallnacht war Höhepunkt der Exzesse gegen Juden

Vor 60 Jahren wurde die Synagoge in Gotha in Brand gesteckt

GOTHA (st). Die Nacht vom 9. zum 10. November 1938 war der Beginn eines der schändlichsten Kapitel der Weltgeschichte. An diesem Tag vor 60 Jahren begannen die Nazis, jüdische Gotteshäuser zu zerstören, jüdische Geschäfte und Wohnungen zu plündern, jüdische Mitbürger zu mißhandeln, zu verschleppen, zu erschlagen. Dies geschah öffentlich, vor aller Augen! Der nationalsozialistische Rassenwahn offenbarte seine menschenverachtende Grausamkeit.

In Gotha hatte die jüdische Bevölkerung schon seit dem Mittelalter ihren festen Platz. In einem besonderen Viertel, der „Jüdengasse" betrieb sie Handel und Wandel. Im Laufe der Jahrhunderte wurden Juden in Gotha zu angesehenen und gleichberechtigten Bürgern. Älteren Gothaern wird der Name „Conitzer" noch ein Begriff sein. Die Familie Israelski war Besitzer der heutigen Kaufhauses Joh, das von den Nazis nach der Pogromnacht zum Modehaus Sauskat „arisiert" wurde.

Nach der Jahrundertwende erhielten die etwa 600 jüdischen Einwohner Gothas die Erlaubnis, sich einen „Tempel" zu erbauen. An der Ecke Moßlerstraße/Lenaustraße wurde dieser auf dem alten Boden des früheren Wallgrabens errichtet. Deshalb bereitete der Bau auch besondere Schwierigkeiten, da die Gründung sehr tief erfolgen mußte. Der Architekt Klepzig projektierte die Synagoge: Ein Sandsteinbau in neoromanischen Stil. Der Bau hatte einen quadratischen Grundriß und war bekrönt mit einer grünen Kuppel. Im Jahre 1904 konnte die jüdische Gemeinde der Stadt von ihrem Gotteshaus Besitz ergreifen. Auch eine Schüle für die jüdischen Kinder gehörte dazu, die dort von einem Lehrer in hebräischer Sprache unterrichtet wurden.

Scholar, appointed by grandfather's princes

Zu Beginn des Jahrhunderts enstand die Synagoge im neoromanischen Stil. TA-Repro: L. EBHARDT

Nachdem die jüdische Bevölkerung schon fünf Jahre lang terrorisiert worden war, kam es nun während der Kristallnacht zum Höhepunkt der Exzesse. In der Mitternachtsstunde erreichte die Demonstration „empörter Volksgenossen" die Gothaer Synagoge. „Diszipliniert und geordnet" vollzog sich der Aufmarsch; „keinem Juden wurde auch nur ein Haar gekrümmt", schrieb der „Gothaer Beobachter" am folgenden Tag. „...aber die Synagoge mußte dran glauben...". Etwa 50 jüdische Mitbürger kamen in „Schutzhaft".

Um 5.30 Uhr stürzte die große ausgebrannte Kuppel in sich zusammen. Das Innere des Gotteshauses war mit allem Inventar völlig ausgebrannt. Die Ruinen der Außenmauern standen noch lange.

Aus den Bränden der Reichskristallnacht wurde der Brand des Zweiten Weltkrieges mit Leichenöfen und Gaskammern. Erst 50 Jahre nach dem Brand der Gothaer Synagoge errichtete man in der Moßlerstraße ein Denkmal. Diese Stele trägt die Inschrift: „An dieser Stelle stand die im Jahre 1904 geweihte Synagoge der jüdischen Gemeinde Gotha. Sie wurde in der Pogromnacht des 9. November 1938 von den Faschisten durch Brandstiftung zerstört."

Auch am Gothaer Bahnhof gibt es jetzt eine Gedenktafel, die an die Transporte der Juden erinnert. In den frühen Morgenstunden ist heute hier ein Kranz niedergelegt worden.

Nachschlagewerk über NS-Terror entsteht

Vorliegendes Material wird ausgewertet

GOTHA. Der Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten bereitet in Zusammenarbeit mit dem Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt/Main die Herausgabe eines Nachschlagewerkes über NS-Terror, Widerstand und Verfolgung in den Jahren 1933-1945 in Thüringen vor.

Dieses Vorhaben erfordert eine umfassende Sammlung und Sichtung bereits vorliegender örtlicher und regionaler Studien und die Zuarbeit einer Vielzahl ehrenamtlicher Historiker und historisch interessierter Bürgerinnen, so informiert Heinz Koch, zweiter Landesvorsitzender des Verbands der Verfolgten des Naziregimes.

Der Verband bittet alle an diesem Thema Interessierte in Thüringen, ihre Forschungsergebnisse (dise können veröffentlichte oder auch als Manuskript vorliegende Ergebnisse sein) für dieses Vorhaben zur Verfügung zu stellen.

Kontakte und Hinweise werden erbeten an folgenden Anschriften: Peter Franz, Ilmtalstr. 51, 99426 Weimar-Taubach, Telefon/Fax 036453/ 8 12 56 oder Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten, Goetheplatz 9 b, 99423 Weimar, Telefon/Fax: 03643/ 50 44 92.

Rückkehr an die Stätten der Jugendzeit in Gotha

Die Jüdin Gerda Fackenheimer wanderte 1933 nach Israel aus

Gotha (tlz). Kindheit und Jugend hat Gerda Fackenheimer in Gotha verbracht. Hier lernte sie ihren späteren Mann, den Zahnarzt Dr. Oppenheimer, kennen. Dies alles liegt weit mehr als sechs Jahrzehnte zurück. Bereits im Sommer 1933 war die jüdische Familie nach Israel ausgewandert. Die junge Arztfrau aus der Stadt fand sich als Melkerin im Kibbuz wieder. Später kümmerte sie sich um jugendliche Neueinwanderer aus arabischen Ländern und leitete schließlich die Diätküche des Kibbuz. Dort lernte Aletta Schlieper – von der dieser Bericht stammt – 1972 die Thüringerin kennen. Bald wird sie mit der 89jährigen nach Gotha reisen.

Gerda Fackenheimer wurde am 14. Mai 1904 in Mühlhausen als Tochter von Avraham Adolf Fackenheimer und seiner Frau Toni (geb. Blüth) geboren. Ihr Vater hatte zunächst in Mühlhausen in der Hauptstraße, von 1909 an in Gotha in der Erfurter Straße eine Drogerie. Auch heute ist in diesem Haus noch oder wieder eine Drogerie untergebracht. In Gotha besuchte sie die Grundschule und das Gymnasium. Weil sie bei den Wandervögeln als Jüdin nicht geduldet wurde, schloß sie sich als 13- oder 14jährige der Jugendbewegung „Blau-Weiß" (Farben des Zionismus) an. Dort versuchte man zunächst den Wandervogel zu kopieren, sang Volkslieder und organisierte Wanderungen in die Umgebung. Mit der zunehmenden Diffamierung der Juden fingen sie an, sich auf das Judentum zu besinnen und den Mitgliedern – vor allem Kindern aus assimilierten Elternhäusern – Kenntnisse über die jüdische Religion und jüdisches Brauchtum zu vermitteln. Sie sangen die mitreißenden Lieder aus der israelischen Pionierzeit und organisierte sogar Hebräisch-Unterricht. Anfangs wurde dafür ein Student aus dem Baltikum verpflichtet, später ein Lehrer, der Hebräisch mit einem unverkennbar starkem sächsischen Akzent unterrichtete.

Ihre Ausbildung hat Gerda Oppenheimer am Lettehaus in Berlin vervollständigt, einer Art Berufsfachschule. Dort wurden ebenso Grundlagen der Ernährung und Haushaltsführung, wie Kinderpflege und Krankenpflege unterrichtet. Der unerwartet frühe Tod ihrer Mutter 1925 zwang sie aber, diese Ausbildung abzubrechen und dem Vater den Haushalt zu führen.

In Gotha nahm sie wieder Kontakt mit „Blau-Weiß" auf. Dort lernte sie auch ihren späteren Mann, den Zahnarzt Dr. Oppenheimer kennen. Zuerst kannte sie ihn nur unter seinem Spitznamen „Schlot", den er als starker Raucher trug. So kam es, daß sie ihn bei ihrem ersten Zusammentreffen mit „Dr. Schlot" anredete... 1928 heirateten sie. Ihre erste Zahnarztpraxis hatten sie in Zwickau. Dort wurde 1929 der älteste Sohn Micha geboren. Er ist heute Botanik-Genetiker am Weizmann-Institut in Rechovoth/Israel.

Im Sommer 1933 wanderte Familie Oppenheimer nach Israel aus. Gerda Oppenheimer ging vorher für drei Monate nach Berlin zu einer christlichen Cousine, wo ihr Sohn Uri geboren wurde. Ihr Mann und der älteste Sohn waren mit einem Teil des Besitzes vorausgereist. Sie hatten sich entschlossen, mit einigen Freunden in die Kibbuzsiedlung En Harod südöstlich von Nazareth zu ziehen. Möbel und überflüssiger Besitz wurde in Deutschland verkauft und das Geld für ein Krankenhaus in der künftigen Kreisstadt Afula in Israel gespendet. Oppenheimer hatte seiner Frau von Holzhäusern in Kibbuz berichtet, sie stellte sich darunter eine Art Schweizer-Haus vor. Die Realität sah aber anders aus: Die Unterkünfte waren sehr bescheiden, wir würden von begehbaren, hölzernen Containern reden, die weder fließend Wasser noch Elektrizität hatten. Als Gerda Oppenheimer in Israel eintraf, zog ihr Mann mit einem Pferdefuhrwerk und einer Tretbohrmaschine im Tal umher. Der Sohn lebte im Kinderhaus und konnte kaum noch deutsch sprechen. Ihre Bücher und ihr Silber waren in Kibbuz verteilt. Die Einwanderer aus Deutschland wurden von den Osteuropäern, besonders von den aus Russland stammenden Kibbuzmitgliedern mit Mißtrauen betrachtet. Ihr Ordnungssinn, ihr systematisches Vorgehen wurden für arrogante Besserwisserei gehalten.

Gerda Oppenheimer wurde für die Arbeit im Kuhstall eingeteilt. Es fiel ihr schwer, das Melken zu lernen, noch schlimmer war das Ausmisten des Stalles. Die verwöhnte Arztfrau, die „zu Hause" in Deutschland ein Hausmädchen hatte, mußte hier ihren Willen zur Eingliederung unter Berweis stellen. Auch mit der Sprache gab es Probleme: Deutsch durfte sie nicht sprechen. Die aus Osteuropa stammenden Kibbuzniks sprachen vor allem Jiddisch, ein Idiom, das im elterlichen Haushalt verpönt war. So kamen zur Umstellung auf ein anderes Klima, eine andere Ernährungsweise, zur harten körperlichen Arbeit auch der Verlust der bisherigen gesellschaftlichen Stellung und die Notwendigkeit, sich täglich neu zu bewähren, den eigenen Wert zu beweisen, eine schwere Sprache zu erlernen, deren Vokabeln sich nicht aus dem gewohnten Sprachbereich herleiten lassen.

Seinerzeit lebte man in Kibbuz recht puritanisch, experimentierte in der Landwirtschaft und versuchte, sich von den Ernteerträgen zu ernähren. Später, als es dem Kibbuz wirschaftlich besser ging, gab es gelegentlich pro Kopf ein Ei. Oft gab es „Ersatz", etwa Auberginen statt Kartoffeln oder gar statt Fleisch.

1940 wurde der jüngste Sohn der Familie, Beni (von Benjamin) geboren. Heute ist er und sein Bruder im Kibbuz Schafzüchter. Sie haben durch Kreuzung des orientalischen Fettschwanzschafes mit Heidschukken eine besonders widerstandsfähige Rasse gezüchtet, die auch vergleichsweise viel Milch gibt. Der Kibbuz verkaufte ganze Herden nach Osteuropa, auf die iberische Halbinsel, in arabische Länder und nach Neuseeland.

Nach 15 Jahren im Kuhstall wurde Gerda Oppenheimer Betreuerin für jugendliche Neueinwanderer aus arabischen Ländern, vor allem aus Persien, denen sie im Kibbuz europäische Lebensweise lehrte. Sie war ihnen Mutter und Erzieherin, sie unterwies sie in Hygiene, im Gebrauch von Taschentuch und Serviette und ging auch mit ihnen zum Arzt.

There was a drugstore by name of Fackenheim in Gotha, Friedrichstr 17, owned by a Jewish druggist F. (in 1937)

Gerda Oppenheimer ist humorvoll, hat einen wachen, kritischen Geist und interessiert sich für Kultur und Bildung. Auch mit 89 Jahren geht sie zu allen Vorträgen, die sie erreichen kann. In der Volkshochschule belegt sie jedes Jahr einen Kursus über moderne hebräische Dichtung bzw. Literatur und einen über Bibelkunde. Viel Zeit verbringt sie in ihrem Gärtchen, das es ihr mit üppiger Blütenpracht dankt. Außerdem schwimmt sie leidenschaftlich gern. Die Witwe geht auch dann ins Wasser, wenn es ihren drei Söhnen, 13 Enkeln und sieben Urenkeln viel zu kalt ist.

Lebram

Das älteste Grab auf dem jüdischen Friedhof stammt aus dem Jahre 1870. Die letzten Juden wurden 1942 in Gotha bestattet. 1991 haben Gemeindemitglieder und Pfarrer Martin Rambow von der Versöhnungskirche Gotha den Platz wieder in einen würdigen Zustand versetzt. Ein Verzeichnis von Gräbern und Inschriften wurde angelegt. Unser damaliger Bericht war ein Anstoß für Aletta Schlieper und Gerda Oppermann, demnächst Gotha zu besuchen. Fotos: Karmeyer/privat

26.02.97

Grausame Wahrheiten

Was geschah mit dem jüdischen Mädchen Toni Frei?

(sb). Den Artikel vom 12. Februar 1997 im Gothaer Wochenblatt „Was ist aus dem jüdischen Mädchen Toni Frei geworden?", in dem die heute über 70jährige Brunhilde Albert von ihren Erinnerungen an die jüdischen Freundin Toni spricht und sich fragt, was aus ihr geworden ist, konnte man natürlich nicht so unbeantwortet im Raum stehen lassen.

So fragten wir bei Dietrich Liffert in Gotha nach, der sich jahrelang mit historischer Forschung vor allem diesen Jahrhunderts bezogen auf ganz Thüringen und so natürlich auch mit Gotha befaßte: „Die Gothaer Familie Frei zählte zu den Ost-Juden, wurde also schon vor 1933 ganz offensichtlich verfolgt. Das Ehepaar Anna und Jakob Frei, die den Laden in der Salzengasse 3 in Gotha führten, ihre Kinder Toni, Nathan (nach dem Großvater wahrscheinlich) und noch eine kleine Schwester, Annas Bruder Bernhard, der im Gefängnis saß, Annas Mutter Eva - das war die Familie Frei. Jakob Frei wurde am 28. Oktober 1938 nach Polen deportiert, aufgrund der gebietsmäßig begründeten polnischen Staatsbürgerschaft. Familienangehörige durften in Ausnahmefällen für einen kurzen Zeitraum zurückbleiben." Grund dafür war bei Anna Frei wohl die Auflösung des Geschäfts, aber auch die Entlassung ihres Bruders Bernhard aus dem Zuchthaus Anfang 1939, wie Dietrich Liffert annimmt. „Danach wurde wohl auch der Rest der Familie nach Polen deportiert. Und sehr viel mehr ist von der Familie Frei nicht bekannt, in Polen verliert sich ihre Spur wie von so vielen anderen", bedauert Dietrich Liffert.

Was an der ganzen Geschichte aber erstaunlich ist, auf den erschienenen Artikel meldeten sich zwei ältere Gothaer Einwohner, die etwas über Toni Frei und ihre Familie zu berichten wußten. Auch wenn die Jahreszahlen an manchen Stellen etwas von dem angeblich Bewiesenen abzweigen, in jeder Geschichte steckt ein wahrer Kern.

Martha Grieger hat selbst nach dem Krieg 34 Jahre lang im ehemaligen Haus der Familie Frei in der Salzengasse 3 gelebt. Wer aber noch wirklichen Kontakt mit der Familie gehabt hat, das waren ihre Tante Olga Nagel und deren Mann Karl. „Er ist zuerst fort. Sie war mit den Kindern allein zurückgeblieben und verkaufte den ganzen Hausrat. Meine Tante hat viel von ihr abgekauft. Sie sind dann im Sommer 1939 mit einem Transport fort."

Hilmar Kallenbach kam im November 1941 als Soldat einer Heeresbetreuungskompanie nach Polen. Im Sommer 1942 dann bekamen sie Juden zum Arbeiten; Anziehsachen reinigen, sortieren, und Hilmar Kallenbach war einer der Aufsichtsführenden. „Gegen Feierabend mußten die Juden immer zur Kontrolle antreten. Alle wollten in meiner Reihe stehen, denn ich sah es nicht so streng, wenn einer mal ein Paar (geklaute) Strümpfe anhatte, einmal sagte sogar jemand zu mir: 'Herr Soldat, Sie sind ein guter Mensch!'" Unter den jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen war auch ein bildhübsches Mädchen: Toni Frei. Mit ihr freundete sich Hilmar Kallenbach ein bißchen an, sie unterhielten sich öfters. So kam heraus, daß sie beide aus Thüringen stammten, er aus Asbach, sie aus Gotha, er erfuhr, daß ihre Familie in Gotha in der Salzengasse ein Geschäft geführt hatte, daß sie gemeinsame Bekannte hatten. Und, daß die Familie 1937 nach Polen ausgewandert sei, weil sie glaubte, dort sicher zu sein. Das Mädchen besorgte Hilmar Kallenbach sogar über ihren Vater Trauringe. August 1942 war es, als der Soldat dann seinen Heiratsurlaub nahm. Im September kam er zurück in die polnische Stadt bei Krakau, wo Toni Frei und ihre Familie gelandet waren - Przeginla oder Brzeziny? Eines Morgens weinte Toni bitterlich und erzählte, daß ihre Eltern in der Nacht geholt worden seien. „Ich habe versucht, sie zu trösten, ihr zu erklären, daß ihre Eltern nur zum Arbeiten abgeholt worden seien. Plötzlich kamen LKW gefahren. Es hieß aufhören mit arbeiten. Wir Soldaten mußten als Wache mitkommen. Die Juden wurden ins Ghetto der Stadt gebracht. Toni sagte, jetzt würden sie bestimmt erschossen werden. Ich versuchte wieder, sie zu trösten, mußte mich dann aber verabschieden, wir durften nicht bleiben", erinnert sich Hilmar Kallenbach. An die Schüsse, die er dann hörte und an den Lärm der Möbelstücke, die aus Fenstern geworfen wurden, erinnert er sich auch...

Das ist also die Geschichte von Toni Frei, das ist ein Stück realer Deutscher Geschichte. Es passierte überall, zu jeder Zeit, sogar mit den besten Freunden. Auch wenn die Menschen heute über das, was war, Bescheid wissen - vergessen sollte man es nicht. Genauso wenig wie man alles dafür tun sollte, daß so etwas menschenunwürdiges wie die Judenverfolgung, diese Massenvernichtung aus den nichtigsten Gründen heraus, niemals wieder passiert!

AR 25336 1/2 1974

Hess, Manfred — letter "When I had to bugle

11th Sept. 1974

My dear Grandchildren,
Carey, Alison, Mark and Paul,

After I had told Carey and Alison the following story they insisted that I should write it down for them. On my long life quite a few funny and not so funny things happened to me, but this is perhaps the most curious (a word your great grandfather Gustav used from time to time "kurios") story:

When I had to burgle my own home

On the morning of the Kristallnacht, the 9th November 1938, I was arrested in our Pirna home by Nazi police as a Jew, in front of my daughters Luise, 8 years old and Ursula, 13 years old—your mothers—and first put into Pirna's police prison; later to the big prison in Dresden. Next morning we were marched to the Gestapo yard and told we would be shot. Instead we were transported to Buchenwald Concentration Camp by rail under much abuse and menaces by the Nazi guards.

On the day of my arrest, after I had left, your grandmother Trude was warned by an anonymous telephone caller, ostensibly an employee of our almost 50 years old small family firm, the Chemische Fabrik Gustav Hess, Pirna/Elbe, founded by your great grandfather. He said that a mob was assembling on Pirna's old market place (Pirna old town is famous by Canaletto's paintings of it), and that the assembled were incited by speeches against us. We were later told that the crowd consisted mainly of a contingent of SA militia, drafted from another town, Stadt Wehlen, where we were completely unknown.

Later that day this mob, several hundred strong, stoned our house, Postweg 164 after having thrown bricks through the windows (one target: the grand piano) and inside doing much other damage to works of art, pouring ink on bed linen, etc. The house was big with offices, cellars and gardener's flat below.

The family hid on the cellar steps and Uncle Curt Simson, Oma Trude's brother, who was also present on a visit, locked the door from the hall, which was flush with the paneling, from the inside. (No attempt was made to enter the offices to which the stairs also led, perhaps for reasons I will remember later.) During the Sudentenland crisis with Czechoslovakia, not very long before, because the frontier was only about 20 km away, I had pointed out those steps to Oma as a safer place, in case of a shooting war. The family was not found. Grand Oma Mine was also present.

Whilst the mob, said to have been about 200 strong, was swirling in and around the house, Aunt Grete Ruppel arrived from Gotha (in a taxi). She was molested and had to return. She went to Pirna police, which did nothing.

The news of the assault reached me a few days later through the arrival of the few other Jewish citizens of Pirna arriving in the concentration camp (K.Z.) They could fortunately tell me that the family was safe. After about 3 weeks in the camp, thanks to the arrival of an affidavit by Uncle Louis Simson, New York, a brother of your great grandfather on your grandmother Trude Hess's side, i.e. of Julius Simson, Gotha, I was released from the K.Z. not without warning to emigrate quickly as otherwise the whole family would be incarcerated in a K.Z. Oma Trude met me in Weimar, and we traveled happily together to Dresden, where she, Ursel and Luise had found shelter in your great grandmother's Hermine Hess—my mother's—flat.

On arrival at Dresden Hauptbahuhof I was met by a trusted member of my staff. He warned me that a sinister person, Richard Dressler from Stadt Wehlen (!) a party member and SS man, had appeared on the scene during my absence. He had declared that the existing sales contract for our firm, which had to be sold, on account of Nazi laws, prior to our planned emigration, would not be sanctioned by the Nazi party (N.S.D.A.P.), but that he himself would take over, and that I should not be allowed entry into offices or factory again. The sales contract had been legally concluded with a decent firm on, under the circumstance, fair conditions. Dressler played the mater already.

We now stayed at my mother in the Anton Graffstrasse 10, Dresden Aetstadt. Then followed all sorts of chicanes, and my mother and we were miled of the bulk of our fortunes. Pressures were exerted by the would-be buyer and the Gestapo directly or through various authorities.

While the one-sided negotiations with Dressler went on, I received a warning by a friend at the beginning of January 1939, that he had got wind of an intended house search by the Gestapo of our Pirna home, the object being my private technical notes and documents. They had already sealed up my private laboratory in the house, our former Herrenzimmer. As the finding of anything that could serve as a pretext for inculpating me or hinder our emigration, and because I also did not want to lose material which might be vital for me in our uncertain future abroad, I decided to act at once.

On the same day I hastened to buy a pair each of galoshes and gloves, and after studying the schedules of the local trains* between Dresden and Pirna made the following decision: that as I would just have enough time during this very night, I had to leave mother's flat after everyone was fast asleep and to return home from my intende mission before anybody was awake. I relied on the usually fast sleep of Oma Trude. My intention had not been to frighten the members of the family and to avoid that anybody else knew my plan, in case I was caught. The Pirna house had been taboo since it had been attacked and abandoned with all its contents; only Dreiser and his henchmen had been inside.

I silently dressed and left the flat unnoticed, caught a late train to the Dresden Hauptbahhof and from there a train to Heidenau, a small town halfway between Dresden and Pirna. It was a clear, cold winter's night, and the snow was at least a foot deep. Knowing the area since my boyhood I stumped in my galoshes about 7 kilometres or so

through the snow, mostly over fields, until I reached the upper end of our large garden, climbed over the fence, walked along one edge of the snowy path to the main door of the house, put the new gloves on, unlocked the heavy oak door and entered, then removed both pairs of shoes and then collected silently the possible bones of contention in my rucksack. Whilst doing this a book fell down with a bang just onto the floor over the flat of the gardener. I waited, but nothing happened—he and his wife remained soundly asleep. Then I put my boots on again and left house and garden tracing my steps back in the same imprints I had made coming—only in the other direction. Galoshes and gloves were thrown into a small river on the way back. The early morning train from Heidenau to Dresden was just caught. The trains in Dresden had begun to ferry the early shiftworkers to the factories and one brought me near "Oma's** house. I slipped quietly into house, flat and bed without my absence having been noticed by anybody. Later we all got up as on any other day.

At about 11 a.m. the bell rang, and two Gestapomen entered the flat. Having apparently searched in vain in Pirna—a few hours after I had left the house—they wanted to make a further search in Mother's flat, now I was staying there. I had just time enough to give a hint to our good old Marie, Mother's house help for 30 years, to dispose of the rucksack. Whilst the men had turned their backs, she seized it, rushed down the stairs to the janitor of the house next door Uncle Alfred's chauffeur, a Nazi hater, who threw the sack and all into the boiler of the central heating.

At first I had been stunned by the appearance of the Gestapo, following on the foot of my "break-in" assuming that it had been discovered. An interrogation and search followed without incriminating results. To my great relief it turned out that—apart from the documents—they were after my dias*** of factory and machinery which I had honestly declared in my inventory of furniture and articles, which I wanted to take abroad. Ostensibly Dressler, who was a motorcar dealer without a clue of the technicalities of a chemical works and not like myself a qualified chemist, overestimated the value—sentimental to me—of such material. I had to hand the dias over, they were broken by them on the spot, but these men were too stupid to realise that I kept the negative films.

Toward the end of January 1939 the N.S.D.A.P. forced us to sign a new and detrimental sales contract for factory and house, etc. with the tormentor Dressler. He afterwards tried everything to avoid supplementing even the shameful forced sales contract and, afraid of my potential competition from abroad, to prevent me and Oma Trude from emigrating at all costs. He accused me of "Rassenchande" and of illicit "Industrieverschleppung" (removal of German industry to a foreign country). The answer to this by the Dresden Chamber of Commerce, as they told me, was, that the latter could only be avoided by chopping my head off. Worst of all he instigated the confiscation of Oma Trude's and my passports (containing our UK and USA visas). We decided therefore to send Ursel and Luise alone out to England to Aunt Grete Ruppel in Sheffield; a goodbye with heavy hearts.

By a stroke of luch a good friend, Rudolf Apt, now 91 years old and living in London, who knew our troubles, introduced me to an influencial Blutorden-Nazi, who wanted to

make use of Jewish business connections abroad, and who thought that I might be helpful in his export of zip-fasteners. He traced our passports and found out that a certain SS man of influence could be able to let us have our passports back, but that he needed a new motorbike costing RM 600. This we were fortunately able to pay, whereas we promptly received our passports, took the next flight possible to Holland and reached England only a few days before the World War II broke out, i.e. on the day on which the Daily Telegraph showed a picture of Stalin and Ribbentroup signing the Russo-German treaty of non-aggression.

Now were were united with Ursel and Iselein again.

Manfred Hess

P.S. My mother had left Germany shortly after Rosensterns (now Roston). They stayed in Bournemouth for some months together before going to USA. I saw her only once again, in London. Rosensterns emigrated in spring 1939. Uncle Curt Simson and family left Germany during the War, just before the USA came in—luckily. Uncle Gunter Hess had emigrated to Belgium, I thin, in 1938, but fled to Frnace after the Nazi invasion. The Vichy-French put him into a camp in the Pyrenees, a bad one. From there he managed to get to the USA. Aunt Grete moved from England to USA also about the same time with ("Putty"=) Kenneth, the younger of her boys; Jochen, now Jack, Ruppel was already there (in USA).

** your great grandmother
***transparencies

AR 25 336 1/3 [illegible] 1977, 1980, after 1984

Simson + Oestreicher family trees
+ Koppel

Genealogy of the line of descent of the Simson family.

From the presently kown ancestors on.

Arranged for continuous additions.

Places of birth 1700 - 1860

Railroads 1846

5 10 km

Scale 1: 500000

Berka
Eisenach
Gotha
Erfurt
Weimar
23 Km
Werra R.
Schmalkalden
Oberhof
Zella Mehlis
Schwarza
Walldorf
Schwarza
Lauter
Suhl
Hasel
Heinrichs
Meiningen
Dreissigacker
Hirschbach
Schleusingen
Streu B.
Schleuse
Hildburghausen
Meilrichstadt
Ober Streu
Milz B.
Eibstadt
Fr. Saale R.
Königshofen
Itz R.
Coburg
Kronach
Sulzdorf
Rodach B.
Bad Kissingen
Rodach R.
Haslach B.
Main R.
Pfarrweisach
Lichtenfels
Baunach R.
Besides those shown, there are hundres of other cities, towns & villages in the area.
Schweinfurt
Hassfurt
Reckendorf
Main R.
Moses Simson's seven sons got here additional education after leaving school.
Bayreuth
Memmelsdorf
Bamberg
N
Würzburg
Regnitz R.
Kitzingen
Area of map
Aisch R.
Forchheim
Marktbreit
German States 1863 Scale 1: 30 000 000
9 Sept 77

Nachfahrentafel des Ruben Ruppel, früher Liebmann

I
Ruben Ruppel aus Gehaus nach (Stadt)Lengsfeld zugezogen (Hzgt. Sa.-Weimar-Eisenach) oo Jachet Sonder
geb. 10.5.1795, gest. ....   1803 - 1862

II
Sara 1826-1884 oo Sonder
Jetty 1830-1887 oo Meyerstein
Emanuel 1834-1897 oo Charlotte Mayer 1840 - 1931
Abraham 1842 - 1908 oo Johanna Frank 1851 - 1924

III
Robert 1864-1931 Kom.-Rat
Julius 1867-82
Sigwart 1875-1936 Dipl.Ing. Prof.
Richard 1874-1931 Dr. med.
Louis (Ludwig) 1876 - 1944 Dr. med.
Jenny 1878-vor 1968 oo Goldstein
Alfred 1883-1918
Siegfried 1883-85
Zwillinge
Walter 1896-1945 Dr.phil.StRat

IV
Elisabeth oo Kauffmann
Ernst Dr. phil.
Frida oo I Strauss
Joachim
Adolf ~~Dr. med.~~
Kurt (Kenneth)
Wolfgang Dr. med.
Heinz Herbert
Hilda
Eleanor
Hartmut
Annette

V
Alfred jetzt Kenyon
Robert
Ernest
Hans
Ursel
Carol
Ellen
Richard
David

VI
Paul
Catherine
Michael
Jaqueline
Caroline
James
Viktoria
Thomas
Alison Ruppel
Joanna Ruppel
Sarah
Elisabeth
Benjamin

Tickel Kauffman = Alfred Kenyon ✓
? retired

Robert Ruppel

Caroline m. to dentist — used to work for Saatchi & Saatchi

Alice about 2 yrs

must be Jacqueline — Jackie m. to a lawyer (solicitor)

(physio-therapist) Amy 4 or 5 yrs

Harry 2 or 3 yrs

Ernest Ruppel m. Liz i.e. Elizabeth — now has a small manufacturing unit concentrating on lampshades for hotels etc

Tom - girl friend solicitor
working freelance as an editor

James
working for himself in his own business

Vicki m. to a sound recordist (engineer) working freelance for BBC — must be Victoria
Personal assistant to Finance Director for T.V.

I didn't know that Robert was Klaus, & Ernest was Dieter.

Robert & his wife were separated (presumably that was Gillian née Vinay, + Ernest's wife Liz must be Elizabeth née Scott)

Genealogy
of the Simson family

Final Edition 2 June 1980

To be rather than to seem

Mehr sein als scheinen...

Giesshübl-Sollmus (Bohemia)
1803
Christian Nonne 1803–1813
Benedikt Knaute 1810
W. Ritter von Neuberg 1846
Johann Schuldes 1902

Giey-sur-Aujon (France)
1809–1840 F. Guignet

Gorbunov (near Moscow)
1806–1875
This factory was set up by Karl Milli and acquired in 1811 by A. Popov. He was assisted as manager by his son Dmitri. A. Popov died during the 1850s and ten years later the family sold the business; after this there were many changes of ownership. Selected pieces were as good as the best Russian porcelain and were made for connoisseurs. Apart from these, the wares were mass-produced. Popov was famous for his figures: dancing peasants in costume, dishes with flowers and fruit, bowls for the bread and salt ceremony, and also for his table-ware in the style of the second rococo. Mark: Cyrillic AP, joined, in underglaze blue.

Gorodnitza (Poland)
1798–1870
Prince Czartoryski
Prince Lubormirsky

Gotha (Thuringia)
1757 (?)
The date of the founding of the factory at Gotha is not known. Albrecht Kurzwelly assumes that it was started in the 1750s, since the founder, Geheimrat Wilhelm Theodor von Rotberg, entered into partnership with the arcanist Nikolaus Paul in Fürstenberg in 1757. But Paul simply sold him the arcanum; he himself did not go to Gotha. He later placed his son there.
The Gotha factory was always a private concern. Until 1767 it is said to have employed only three people; thereafter it was moved to a bigger building and enlarged.
In the period 1772–1806 the painters Christian Schulz, Johann Georg Gabel and Adam Brehm were responsible for the artistic course of the production. With the assistance of Schulz, the flower painter, the body was improved, Brehm worked principally as modeller and Gabel painted landscapes and historical subjects. These three artists leased the business for the period 1782–1788. Och, the kiln-master, Rottmann, a painter, and Arnoldi, a businessman, were also partners. The factory, which was known as 'Schulz und Compagnie' began to flourish in a most gratifying manner. When the founder died in 1795, Frau von Totberg sold the factory for 13,000 thalers to the hereditary prince August von Gotha, who appointed his valet Egidius Henneberg co-lessee and '*Kontroleur*'. In 1804 Duke August, as he had now become, made his favourite Henneberg the sole lessee. After 1807 the name of the business became 'Friedrich Edigius Henneberg & Co.'. After 1813 Henneberg became the sole owner; he died in 1834. He was succeeded by his son Johann Christian (to 1860) and his grandson August Henneberg (to 1881).

Bibliography: Rudolf-Hille, G., and Rakebrand, H., 'Die Gothaer Komödienfiguren', *Keramos 36* (1967), pp. 3–17.

1866 Morgenroth & Co. [1]
1883 Simson Brothers [2]
1892 E. Pfeffer [3]

Gräfenroda (Saxe-Coburg)
1860 Dornheim, Koch & Fischer [4]
1910 Reinhold Voigt OHG [5]
Chr. Carstens KG [6]

Gräfenthal (Thuringia)
1861 Unger, Schneider & Hutschenreuther [7]
1891 Weiss, Kühnert & Co. [8]
1900 Heinz & Co. [9]
1906 Carl Schneidig [10]

's Gravenhage (South Holland)
see The Hague

Grossbreitenbach (Thuringia)
1777
Major Anton Friedrich Wilhelm Ernst von Hopfgarten, a gentleman of the bedchamber, received a concession in 1777 and began to manufacture porcelain with a workman who had been dismissed from the porcelain factory at Limbach. In 1782 he sold the factory for 4,000 thalers to Gotthelf Greiner, whose son Friedemann was made director. Only five years later twenty men were being employed. The concern continued to belong to the Greiner family until 1869. [11]
1780
H. Bühl & Söhne 1869 [12]
1899
'Porzellanfabrik Marienfeld' [13]

Grünlas (Bohemia)
1911
R. Kämpf GmbH [14]

Grünstadt (Palatinate)
1801–present day
Bordollo Brothers [15]

Grusino (Russia)
1900
J.E. Kusnetzov

Giey-sur-Aujon:

Gorbunov:

Gorodnitza:

Gotha:
1757–1783
1783–1805
since 1805
1830 »Henneberg«

Grusino:

Gerson Simson Children

- **Max Simson** 1871 Suhl – 1924 Berlin
  - marr 1901 = **Carola Werthauer** 1876 Hannover – 1957 Bad Neuenahr
  - Children:
    - **Gerhard Emil Simson** 16 Mar 1902 Berlin
      - marr 23 Jul 40 **Sylvia Wolff** 27 Jun 1905 Berlin
    - **Ellen Simson** 28 Nov 1903 Berlin – 4 Feb 44 Berlin
      - marr 2o Apr 29 = **Hans-Günther Rautmann** 11 Nov 1902 – 17 Feb 77
      - Children:
        - **Hans-Dietrich Rautmann** 14 Sept 1930 Berlin
          - marr 1961 = **Gisela Poths** 16 Nov 1935 Frankfurt/Main
        - **Renate Rautmann** 4 Jul 1933
          - marr 1962 **Bernd Redies** 6 Feb 1931 Hoechst Main
    - **Gisela Anita Simson** 25 Jun 1905 Berlin – 19 Aug 59 New York
- **Ernst Simson** 1874 Suhl – 5 Jul 1953 Tutzing
  - marr 1899 = **Alice Magnus** 15 June 1876 Hannover – 7 Apr 1940 Bled Yugoslavia
  - Children:
    - **Elisabeth Louise Gertrude Simson** 27 Jan 1901 Braunschweig
      - marr 1931 **Walter Koestler** 4 Dec 1903 Admont – 25 Mar 68 Wien
    - **Marga Maria Simson** 2 Jun 1904 Berlin
- **Rosalie Simson** 1876 Suhl – 1962 New York
  - marr 1898 = **David Mayer** 1864 Iggelheim – 1943 New York
  - Children:
    - **Georg Joachim Mayer** 19 Nov 1899 Mannheim
      - marr 1933 **Gertrude Schlumbohm** 20 Nov 1904 Kiel – 199[illegible]
    - **Louise Susanne Mayer** 16 Aug 1901 Mannheim – 16 Aug 1964 Lund
      - marr 1930 **Georg Kahlson** 1901 – Högfors (Finland)
    - **Hilde Irmgard Mayer** 23 Nov 1903 Mannheim – 28 Nov 93 NY
    - **Ewald Günther Mayer** 14 Dec 1908 Plauen
      - marr 10 Dec 195o **Eva Pringsheim** r.b. Ladenburg 23 Aug 1918 Breslau
- **Leonhard Simson** 1878 Suhl – 2 Aug 29 Chiemsee

MAYER—Hilde. Former resident of New York Museum Roe. Skier and financier, passed away on Nov 28, 1993, at age 90 after a long bout with Alzheimer's. She is survived by her brothers, George of California and Ewald. Interment private. Donation to one's favorite charity.

David and Rosalie Mayer

- Grandchild: **Cathryn Pringsheim** adopted Mayer 5 Aug 1944 New York
  - marr 24 June 1967 = **Leland Perks Johnson** 16 May 1944 San Dominico, (Dominican Republic)
  - Great-grandchild: **Tonya Johnston** 3 Apr 1969 Southfield, Mich

Continued on page 8 Final Edition Rev.14 Jul 80

Children of Hans-Dietrich Rautmann and Gisela Poths:

- **Kirsten Rautmann** 27 Nov 1963 Düsseldorf
- **Claudius Rautmann** 20 Jul 1966 Düsseldorf

Gerson Simson Children continued

- **Minna Simson** 1879 Suhl – 1975 GreatNeck
  - (1) marr 1902 **Dagobert Asch** – 1905 Berlin
  - (2) = **Ludwig Heine** 1875 Berlin – 1960 Great Neck
  - Children:
    - **Max-Ludwig Heine** 2 Nov 1910 Berlin
      - marr 11 Feb 38 = **Lotte Hirsch** 25 Oct 1909 Stuttgart – [illegible]88
      - Children:
        - **Doris Heine** 25 Aug 1940 New York
          - marr = **Hans Grünwald** 24 July 1935 Stuttgart
        - **Karin** 27 July 1945 New York
        - **Peggy Heine** 19 Apr 1948 New York
    - **Ilse Heine** 12 Feb 1918 Berlin
      - marr 24 Oct 40 = **Friedrich Baum** 7 Dec 1909 Frankfurt/Main
      - Children:
        - **Dennis Andrew Baum** 30 July 1944 New York
          - marr 27 Nov 1971 = **Anne-Margaret Buel** 9 Dec 1948 New York
        - **Barbara Baum** 19 May 1948 New York
          - marr 26 Sept 69 = **Lawrence W. Kessler** 1 May 1945 Chicago, Ill
- **Arthur Simson** 1882 Suhl – 1969 Los Angeles
- **Julius Simson** 1884 Suhl – 1953 Long Beach NY

Julius Simson children

Margarete Simson
1 Apr 1890 — 7 Jan 1969
Gotha — Syracuse NY
marr 1910 =
Richard Ruppel
31 July 1874 — 24 Jan 1931
Gotha

Joachim (Jack) Ruppel
4 Feb 1912
Gotha

Kenneth W Ruppel
25 Jan 1917 — 8 Oct 1976
Gotha — Syracuse NY
marr 6 Aug 1950 =
Ilse Voehl
18 Apr 1926
Frankfurt/Main

Carol Ruppel
28 Apr 1951
Syracuse NY

Ellen Ruppel
11 Nov 1952
Syracuse
marr 13 July 75
Martin Shell
2 Aug 1952

Richard Ruppel
15 Aug 1954
Syracuse
marr 28 Aug 76
Kathleen Sumner
15 May 1952

David Ruppel
17 Sep 1959
Syracuse

Curt J Simson
12 Oct 1892 — 10 Jan 1978
Gotha — New York
marr 1924 =
Claire Mann
5 Dec 1900 — 8 Jan 1978
Frankenthal, Pfalz — New York

Ann Louise Simson
13 May 1929 — 1 Aug 86
München
marr 1954
Edward Friedlander
3 Jun 1923
Wien

Gertrud Simson
13 Dec 1898 — 22 Dec 1983
Gotha — London
marr 1923 =
Manfred Hess
13 Dec 1898 — 3/26/1980
Pirna — Northwood England

Ursula Hess
7 May 1925
Dresden
marr 24 July 54 =
John Wellemin
4 Feb 1925
Prague

Carey Wellemin
15 July 1955
London
Thomas 8/88
~~Tom~~ Mike Phil
6/20/88

Allison Wellemin →
19 May 1957

Luise Hess
29 Oct 1930
Dresden
marr 25 Jun 61 =
Walter Bernkopf
27 July 1926
Heidelberg

Mark Bernkopf
7 Sep 1962
Syracuse NY

Paul Bernkopf
16 Oct 1963
Syracuse NY

Genealogy
of the Simson family

Its line of descent from the earliest known ancestor on

Arranged for future additions

Legend
- • Places of birth 1700 to 1860
- +—+ Railroads 1846

Eisenach, Gotha, Erfurt, Weimar, Berka, Schmalkalden, Oberhof, Zella-Mehlis, Schwarza, Walldorf, Suhl, Heinrichs, Meiningen, Dreissigacker, Hirschbach, Schleusingen, Hildburghausen, Mellrichstadt, Oberstreu, Römhild, Sonneberg, Eibstadt, Königshofen, Neustadt, Coburg, Kronach, Sulzdorf, Bad Kissingen, Pfarrweisach, Lichtenfels, Schweinfurt, Hassfurt, Reckendorf, Memmelsdorf, Bamberg, Kitzingen, Marktbreit, Forchheim

23 Km

After leaving public school, Moses Simson's seven sons were sent here for additional education.

Besides those shown, there are hundreds of other cities, towns and villages in the area.

Simson Automobile Emblem

N

Area of map

German States 1863
Scale: 1 : 30 000 000

Scale:
1 : 500 000
0 5 10 20
Km

Genealogy of the Simson family

Simson Liebmann
ca 1720 — ca 1773 Mühlfeld
marr
Veiele ____ — ca 1778 Schwarza

Our source only gives the name "Veiele", a dialect form of "Veilchen", the english "Violet".

Upon the death of Simson Liebmann, she moved to Schwarza to be with her sons.

Simson Liebmann came 1748 to Mühlfeld near Mellrichstadt, a place not shown anymore on maps. There he had bought the privilege to live and work as "Schutzjude" in the semi-independent territory of one Freiherrn von Wolzogen.

This servitude status was sold to a few selected jews by reigning sovereigns to trade within the boundaries of their states.

As a rule, male heirs had to leave home. Liebmann Simson went 1765 to Heinrichs, a village in Electoral Saxony (Kursachsen). There he was employed by Moses Meyer, a Schutzjude, whose daughter he married. As he could not permanently settle there, he moved 1773 to nearby Schwarza upon admittance as Schutzjude in one of the principalities of the Counts of Stolberg.

—Liebmann Simson or Lippmann Simson
ca 1750 Mühlfeld — 1818 Schwarza
marr 1775
(1) youngest daughter of Moses Meyer (1716-1798)
Heinrichs — Schwarza
(2) Vora (Debora)
1772 — 1830 Schwarza
marr ca 1795

— (D)

—Moses Simson
ca 1752 Mühlfeld — Schwarza

— (D)

Regarding the spellings of Liebmann and Lippmann : The pronouciation of b and p, d and t, g and k were very much alike in the part of Germany where our forefathers lived. They still sound the same today.

—Manna Lippmann
Schwarza — Mellrichstadt
marr ca 1818
Gerson David
____ — Mellrichstadt

—Simson Lippmann
ca 1785 Schwarza — 1812 (+) Schwarza
marr ca 1806
Mindel Meyer Löw
ca 1780 Heinrichs — 1847 Schwarza

—Michel Lippmann
Schwarza

—(S)
—(S)

—Himsen Lippmann
1809 Schwarza
marr ca 1835
Moses Michel

—(S)
—(D)

Simson Lippmann's widow Mindel, pet name for Emilie, took Simson as family name when jews in Prussia had to choose a constant one.

While the choice was their own, the judges in charge of approval and registering, often forced an unlikely one on some petitioner.

The biblical reversal of first and father's names, still the custom in the island republic of Iceland, was thereby ended.

Legend

ca	circa, about, around
____	Name or date unknown
marr	married
(S) (D)	Son or daughter died before having been given a name
(+)	Died by violence, in action of war or Nazi massacre

Final Edition 2 June 1980

Löw (Löb) Simson
1806 — 1862
Schwarza — Schwarza
marr 1828

(1) Morla, daughter of the royal bavarian Schutzjude David Ambach
1807 — 1831
Klein-Eibstadt — Schwarza

(2) Blümchen Massbacher
1809 — 1866
Friesen bei Kronach — Schwarza
marr 1832

- Simson Löw
  1833 — 1833
  Schwarza — Schwarza
- Mathilde Loew Simson
  — 1839
  Schwarza — Schwarza
- Moses Löb Simson
  Schwarza — Schwarza
- Zacharias Löb Simson
  1837
  Schwarza — USA
  marr
  Nany Sacky
  1835
  Oberstreu — USA
  - Daniel (Meda) Simson, 1858, Suhl — USA
  - Louis Simson, 1860, Suhl — USA
  - Anna Simson, 1862, Suhl — USA
  - Betty Simson, 1867, Suhl — USA
- Mila Löb Simson
  Schwarza — Schwarza
- Röse Löb Simson
  Schwarza — Schwarza

Moses Simson
1808 — 1868
Schwarza — Suhl
marr 1 Nov 1837* = page 3
Luise Ehrmann
1817 — 1893
Pfarrweisach — Suhl

Emily Lippmann
ca 1810
Schwarza — New York
marr
Jacob Wolf
ca 1805
Heinrichs — New York
- William Wolf
- Malvina Wolf
- Moses Wolf
- Max Wolf
- Simson Wolf
- Sophie Wolf
- Theresa Wolf

All born in New York, N.Y.

Louise (Heva) Lippmann
ca 1812
Schwarza — Heinrichs
marr 23 Jan 1828*
Daniel Meyer
Heinrichs — Heinrichs
- Louis Meyer
  Heinrichs — Heinrichs
  marr ca 1862
  Fredericke Friedmann
  Berkach
  page 6
- Jacob Meyer
  Heinrichs

Note * : These data are from the "jüdischen Geburts-, Heirats- und Sterberegister" the jewish birth, marriage and death register kept since 1825 bei the magistrate (Gemeinde) of the village of Schwarza.

Simson Moses Simson
1838 — 1907
Schwarza — Suhl
marr
Adelheid Frank
1844 — 1914
Memmelsdorf — Suhl

Emilie Simson
1841 — 1901
Schwarza — Suhl
marr
Simon lonnerstädter
— ca 1896
Hassfurt — Hassfurt
- Rosa Lonnerstädter
  ca 1868 — 1936
  Hassfurt
  marr
  (1) Pinner
  - Else Pinner
    1888 — 1938
    marr 1912
    Sally Neuburger
  (2) Simon Kleemann
  - Max Kleemann
  - Emilie Kleemann
    1901 — 1962
    — Los Angeles
    marr 1942
    Erich Peysack
- Sigmund Lonnerstädter
  1872 — 1916
  Hassfurt — Nürnberg
- Anna Lonnerstädter
  1874 — 1942
  Hassfurt — Theresienstadt (+)
  marr 1896
  Leo Hirschberg
  1872 — 1933
  - Elly Hirschberg
    1910
    Frankfurt/Main
    marr 1943
    (1) Siegfried Schönfeld
    (2) Wilhelm Stern

Gerson Simson
1846 — 1904
Schwarza — Suhl
marr 1871
Jeanette Heller
1847 — 1926
Forchheim — Suhl
page 7 and 8

Leopold Simson
1847 — 9 Sept. 1870 (+) Laon France

Hugo Simson
1852 — 1926
Suhl — Suhl
marr 1880 = page 10
Selma Friedmann
1860 — 1928
Berkach — Jülich

Louis Moses Simson
1854 — 1948
Suhl — New York
marr ca 1883
(1) Hattie Frank
1864 — 1885
New York — New York
- Hattie Simson
  1865 — 1979
  New York — New York
  marr
  Charles H. Freeman
  1878 — 1960
  Belvidere, N.J. — New York
  - Charles M. Freeman
    1908 — 1954
    New York — New York
    marr
    Phylis Saks
    1920 — 1965
    New York
  - John L. Freeman
    1911
    New York
    marr
    Josephine Wilding
    1923
    Frankfurt/Main
    Page 5
  - Elinor Freeman
    1915
    New York
    marr 22 Oct 1936
    William Walter
    1904 — 1978
    New York
  pages 4 and 6
(2) Rae Meiss
1866 — 1938
Cincinnati, O — New York
- Louise Simson
  1895 — 1964
  New York — New York
  marr ca 1917
  Nathaniel Kalmus
  1885 — 1965
  New York — New York

Daniel Simson
1858 — 1892
Suhl — San Francisco

Julius Simson
1860 — 1938
Suhl — Gotha
marr = page 11
Clara Oestreicher
1866 — 1936
Aschaffenburg — Berlin

(S)
(S)

Liselotte Neuburger
5 Oct 1918
Frankfurt/M
marr 4 Apr 1947 =
Gerhard Elkisch
11 Nov 1918
Berlin

Michael Elkisch
3 Aug 1952
New York
marr 20 June 1976
Shelley Landis
6 May 1954
New York

Charles M. Freeman children

Douglas Freeman Greene
1944
New York
marr 1968 =
Carla Swanson
1946
Farmingham, Mass.

Craig F. Greene
1968
Tarrytown, NY

Matthew Greene
1970
Tarrytown, NY

Charles Freeman Greene
1946
New York
marr 21 Dec 1977
Gail Davis

Donald Freeman Greene
1948
New York
marr ______
Charlotte Suslavich
1952
Methuen, Mass.

Stephen Freeman Greene
1952
New York

Nathaniel & Louise Kalmus children

Peggy Louise Kalmus
1919
New York
marr 28 JUly 43 =
Stuart B. Glover
1905
Baltimore, Md.

James David Glover
1945
New York
marr 8 July 69 =
Elain London
1947
Yonkers, NY

Eric Jay Glover
1972
White Plains, N.Y.

Lori Beth Glover
1975
White Plains, N.Y.

Richard Kalmus Glover
1948
New York
marr 14 Feb 71 =
Kathryn Amos
1950
High Point, N.C.

Rachel Ayn Glover
1973
Atlanta, Ga.

Peter Nathaniel Glover
1977
Boston, Mass.

John and Josephine Freeman children

David Freeman
1948
New York
marr ______ =
Ellen Gogolick
1949
Cleveland, O

Matthew Charles Freeman
12 Oct 1978
Washington, D.C.

Elisabeth Freeman
1951
New York

William Simson Freeman
1952
New York

William and Elinor Walter children

Susan Walter
1940
New York
marr May 1974 =
David Kimball
1943
Minneapolis, Minn

Sashi Kimball
1973
Taos, NM

Nicholas Kimball
1975
Taos, NM

Bonnie Walter
marr 6 Nov 1977
Piet Nankman

Carol Walter
1946
New York
marr 21 June 1967 =
Richard Schweder
1944
New York

Jeremy Schweder
1972
Cambridge, Mass

Lauren Schweder
1976
Chicago, Ill

John and Josephine Freeman children

David Freeman
1948
New York
marr
Ellen Gogolick
1949
Cleveland, O

= Matthew Charles Freeman
12 Oct 1978
Washington, D.C.

Elisabeth Freeman
1951
New York

William Simson Freeman
1952
New York

William and Elinor Walter children

Susan Walter
1940
New York
marr May 1974 =
David Kimball
1943
Minneapolis, Minn

Sashi Kimball
1973
Taos, NM

Nicholas Kimball
1975
Taos, NM

Bonnie Walter
marr 6 Nov 1977
Piet Nankman

Carol Walter
1946
New York
marr 21 June 1967=
Richard Schweder
1944
New York

Jeremy Schweder
1972
Cambridge, Mass

Lauren Schweder
1976
Chicago, Ill

Daniel and Louise Meyer children

Daniel Meyer
1863 — 1939
Suhl

Minna Meyer

Meta Meyer

Röse Meyer

Gustav Meyer
1872

Friedrich C. Meyer
Suhl
marr ca 1927 =
Hilde Oestreicher

Nathaniel and Louise Kalmus children

Allan Henry Kalmus
1917
New York
marr 9 Sept 1945=
(1) Jane Waring
marr 16 May 69 =
(2) Ellyn Silberstein
1926
New York

Susan Kalmus
1947
New York
marr =
Don Partier
1942
San Francisco, Ca

Justin Partier
1947
New York

John A. Kalmus
1950
New York

GERMANY

Frankenthal (Cont'd)
- **1** Joseph Anton Hannong. 1759-1762.
- **2** Paul Hannong at Strasbourg.
- **3** Van Recum. 1795-1799.
- **4** This mark also attributed to Nymphenburg. Paul Hannong.
- **5** Paul Hannong at Strasbourg.

Friedberg (6)
Fayence from 1754.
- **6** Chur Bayera.

Fulda (7, 8)
Established 1765. Closed 1790.
- **7, 8** Under-glaze in blue.

Fünfkirchen, Hungary (9)
Established in 1855.
- **9** W. Zsolnay. Mark in blue.

Fürstenberg (10-13)
Founded 1750. Porcelain.
- **10** Mostly on biscuit porcelain.
- **11, 12** Blue underglaze—often reproduced.
- **13** Modern factory mark.

Gera (14,15)
Established in 1779.
- **14** Mark in blue under glaze.
- **15** Later mark. Generally over-glaze red.

Giesshubel (16-22)
Established 1803. Porcelain.
- **16, 17** Early marks.
- **18, 19** From 1815.
- **20-22** From about 1845.

Göggingen (23)
Fayence factory established around 1750.
- **23** 18th century mark.

✓ **Gotha (25-30)**
Established around 1760.
- **25** Before 1795. Rotberg.
- **26** After 1790.
- **27** After 1805.
- **28** After 1805.
- **29** After 1880.
- **30** Simson Bros. From 1881.

Gräfenroda (31)
Fayence.
- **31** 19th century mark. A. Schneider.

Simson Liebmann
ca 1720 — ca 1773 Mühlfeld
= Veiele ____ — ca 1778 Schwarza

He came to Mühlfeld near Mellrichstadt, Bavaria in 1748, where he had bought the privilege of a Schutzjude from Freiherr von Wolzogen, the owner of a semi-independent territory.

Our source gives his wifes first name as Veiele. This is the district's dialect form of Veilchen, Violet in english.

The servitude status as "Schutzjude", given a few selected jews by the reigning sovereign, could not be inherited.
Therefore, the sons had to leave home. Liebmann Simson went 1765 first to Heinrichs, a village near Suhl. There he was employed by Schutzjude Moses Meyer, whose daughter he married.
1776 he moved to Schwarza, a village nearby in one of the Stolberg principalities.

In 1773, the widow of Simson Liebmann came to Schwarza to live with her sons.

Children:

- Liebmann Simson or Lippmann Simson, ca 1750 Mühlfeld — 1818 Schwarza
  = 1775 (1) youngest daughter of Moses Meyer (1716-1798) Heinrichs — Schwarza
  = ca 1795 (2) Vora (Debora), 1772 — 1830 Schwarza
- (d)
- Moses Simson, ca 1752 Mühlfeld — Schwarza
- (d)

Children of Liebmann Simson:

- Manna Lippmann, Schwarza — Mellrichstadt
  = ca 1818 Gerson David, ____ — Mellrichstadt
- Simson Lippmann, ca 1785 Schwarza — 1812 Schwarza
  = ca 1806 Mindel, daughter of Meyer Löw, ca 1780 Heinrichs — 1847 Schwarza
- Michel Lippmann, Schwarza — ____
- (s)
- (s)
- Himsen Lippmann, 1809 Schwarza — ____
  = ca 1835 Moses Michel, ____ — ____
- (s)
- (d)

Re: spellings of Liebmann and Lippmann. Pronounciations of the letters b and p, d and t, g and k were, and still are, much alike in the part of Germany where our forefathers lived.

Simson Lippmann's widow Mindel, pet name for Emilie, took the fixed family name Simson, as from 1847 on, jews in Prussia had to use one.
The reversal of first and father's names, now still the custom in the island republic of Iceland, was thereby ended.
While the name choice was their own, the judge in charge of required approval, often forced an unlikely one on some.

Legend

ca	circa, about, around
____	no data
=	married diss. dissolved marriage
(s) (d)	Son or daughter, died at birth or at an early age without having given a name.

9 Sept 77

Löw (Löb) Simson
1806 — 1862
Schwarza — Schwarza
= 1828
(1) Morla Ambach, daughter of royal bavarian Schutzjude David Ambach
1807 — 1831
Klein-Eibstadt — Schwarza
(2) Blümchen Massbacher
1809 — 1866
Friesen bei Kronach — Schwarza
= 1832

- Simson Löw
  ____ — 1833
  Schwarza — Schwarza
- Mathilde Löb Simson
  ____ — 1839
  Schwarza — Schwarza
- Moses Löb Simson
  Schwarza — Schwarza
- Zacharias Löb Simson
  1837
  Schwarza — USA
  =
  Nany Sacky
  1835
  Oberstreu — USA
  - Daniel (Meda) Simson
    1858
    Suhl — ____
  - Louis Simson
    1860
    Suhl — ____
  - Anna Simson
    1862
    Suhl — ____
  - Betty Simson
    1867
    Suhl — ____
- Mila Löb Simson
  Schwarza — Schwarza
- Rose Löb Simson
  Schwarza — Schwarza

Moses Simson
1808 — 1868
Schwarza — Suhl
= ca 1837 — [3]
Luise Ehrmann
1817 — 1893
Pfarrweisach — Suhl

Emily Lippmann
ca 1810
Schwarza — New York
=
Jacob Wolf
ca 1805
Heinrichs — New York

- William Wolf
  =
- Malvina Wolf
  =
- Moses Wolf
  =
- Max Wolf
  =
- Simson Wolf
  =
- Sophie Wolf
- Theresa Wolf
  =

All born in New York
For offspring see Simson-Wolf - Schloss Genealogical Chart by Jerome H. Schloss dated 1946 & 1952

Louise (Heva) Lippmann
ca 1812
Schwarza — Heinrichs
= ~~1828~~ — [ ]
Daniel Meyer
Heinrichs — Heinrichs

Moses Simson children

Simson Moses Simson
1838 — 1907
Schwarza — Suhl
=
Adelheid Frank
1844 — 1914
Memmelsdorf — Suhl

Emilie Simson
1841 — 1901
Schwarza — Nürnberg
=
Simon Lonnerstädter
ca 1896
Hassfurt

Gerson Simson
1846 — 1904
Schwarza — Suhl
= 1871 — [6]
Jeanette Heller
1847 — 1926
Forchheim — Suhl

Leopold Simson
1847 — 9. 9. 1870
Schwarza — Laon

Hugo Simson
1852 — 1926
Suhl — Suhl
= 1880 — [9]
Selma Friedmann
1860 — 1928
Berkach — Jülich Suhl

Louis Moses Simson
1854 — 1948
Suhl — New York
=
(1) Hattie Frank
1864 — 1885
New York — New York
(2) Rae Meiss
1866 — 1938
Cincinnati — New York

Daniel Simson
1858 — 1892
Suhl — S. Francisco

Julius Simson
1860 — 1938
Suhl — Gotha
= — [10]
Clara Oestreicher
1866 — 1936
Aschaffenburg — Berlin

Rosa Lonnerstädter
ca 1868 — 1936
=
(1) Pinner
(2) Simon Kleemann
= ca 1896

Sigmund Lonnerstädter
1872 — 1916
Nürnberg

Anna Lonnerstädter
1874 — 1942
Theresienstadt
= 1896
Leo Hirschberg
1872 — 1933

Hattie Simson
11 June 1885
New York
=
Charles H. Freeman
1878 — 1960
Belvidere N.J. — New York

Louise Simson
1895 — 1964
New York — New York
=
Nathaniel Kalmus
1885 — 1965
New York — New York
— [4]

Else Pinner
1888 — 1938
= 1912
Sally Neuburger

Max Kleemann

Emilie Kleemann
1901 — 1962
Los Angeles
= 1942
Erich Peysack

Elly Hirschberg
1910
Frankfurt/Main
= 1943
(1) Siegfried Schönfeld
= 1956
(2) Wilhelm Stern

Charles M. Freeman
1908 — 1954
New York — New York
=
Phylis Saks
1920 — 1965
New York

John L. Freeman
1911
New York
= — [5]
Josephine Wilding
1923
Frankfurt/Main

Elinor Freeman
1915
New York
= — [5]
William Walter
1904
New York

[3]

Liselotte Neuburger
5 Oct 1918
=
Gerhard Elkisch
Berlin

Michael Elkisch
= 1976

Douglas (Freeman) Greene
1944
New York
= 1968
Carla Swanson
1946
Farmingham, Mass

Craig F Greene
1968
Tarrytown NY

Matthew Greene
1970
Tarrytown NY

Charles F Greene
1946
New York

Donald F Greene
1948
New York
=
Charlotte Suslavich
1952
Methuen, Mass

Stephen F Greene
1952
New York

Peggy Louise Kalmus
1919
New York
= 28 July 43
Stuart B Glover
1905

James David Glover
1945
New York
= 8 June 1969
Elain London

Eric Jay Glover
1972

Lori Beth Glover

Richard Kalmus Glover
1948
New York
= 14 Feb 1971
Kathryn Amos

Rachel Ayn Glover
1973

Allan Henry Kalmus
1917
New York
= 9 Sept 45
Jane Waring diss.
=
Ellyn Silberstein

Susan Kalmus
1947
=
Don Partier

Justin Partier
1974

John Kalmus
1950

John and Josephine Freeman
children

David Freeman
1948
New York
=
Ellen Gogolick
1949
Cleveland, O

Elisabeth Freeman
1951
New York

William Simson Freeman
1952
New York

William and Elinor Walter
children

Susan Walter
1940
New York
=
David Kimball
1943
Minneapolis, Minn

- Sashi Kimball
  1973
  Taos NM
- Nicholas Kimball
  1975
  Taos NM

Bonnie Walter

Carol Walter
1946
New York
=
Richard Schweder
1944
New York

- Jeremy Schweder
  1972
  Cambridge, Mass
- Lauren Schweder
  1976
  Chicago, Ill

Gerson Simson children

Max Simson
1871 1924
Suhl Berlin
= 1901
Carola Werthauer
1876 2/4/76 or 2/5 1957
Hannover Bad Neuenahr

- Gerhard Emil Simson
  16 Mar 1902
  Berlin
  = 23 Jul 1940
  Sylvia Wolff
  27 Jun 1905
  Berlin
- Ellen Simson
  28 Nov 1903 4 Feb 1944
  Berlin Berlin
  =
  Hans-Günther Rautmann
  Magdeburg Hamburg
  11 Nov 1902 13 Feb 1977
  - Hans-Dietrich Rautmann
    14 Sep 1930
    Berlin
    = 1961
    Gisela Poths
    16 Nov 1935
    Frankfurt/Main
  - Renate Rautmann
    4 Jul 1933
    Berlin
    = 1962
    Bernd Redies
    6 Feb 1931
    Hoechst/Main
- Gisela Anita Simson
  25 Jun 1905 19 Au 1959
  Berlin New York

Ernst Simson
1874 1953
Suhl Tutzing
= 1899
Alice Magnus
1940
Hannover Bled

- Elisabeth Louise Gertrude
  27 Jan 1901
  Braunschweig
  = 1931
  Walter Koestler
  4 Dec 1903 25Mar 1968
  Admont Wien
- Marga Maria Simson
  2 Jun 1904
  Berlin

Rosalie Simson
1876 1962
Suhl New York
= 1898
David Mayer
1864 1943
Iggelheim New York

- Georg Joachim Mayer
  19 Nov 99
  Mannheim
  = 1933
  Gertrud Schlumbohm
  20 Nov 1904
  Kiel
- Louise Susanne Mayer
  16 Au 1901 16Au 1964
  Mannheim Lund
  = 1930
  Georg Kahlson
  23 Sep 1901
- Hilde Irmagard Mayer
  23 Nov 1903
  Mannheim
- Ewald Günther Mayer
  14 Dec 1908
  Plauen = 1950
  Eva Ladenburg
  16 Au 1918
  Breslau

Leonnard Simson
1878 1929
Suhl Chiemsee

Continued on page (7)

Gerson Simson children
continued

Max Simson offspring

Kirsten Rautmann
27 Nov 1963
Düsseldorf

Claudius Rautmann
20 Jul 1966
Düsseldorf

Minna Simson
1879 1975
Suhl Great Neck
= 1902
Dagobert Asch
1905

= 1909
Ludwig Heine
1875 1960
Berlin Great Neck NY

Arthur Simson
1882 1969
Suhl Los Angeles

Julius Simson
1884 1953
Suhl Long Beach NY

Max-Ludwig Heine
2 Nov 1910
Berlin
=
Lotte Hirsch
25 Oct 1909
Stuttgart

Ilse Heine
12 Feb 1918
Berlin
= 24 Oct 1940
Friedrich Baum
7 Dec 1909
Frankfurt/Main

Doris Heine
25 Aug 1940
New York
=
Hans Grünwald
24 Mar 1935
Stuttgart

Karin
27 Mar 1945
New York

Peggy
19 Feb 1948
New York

Dennis Andrew Baum
30 Jul 1944
New York
= 27 Nov 1971
Anne-Margaret Buel
9 Dec 1948
New York

Barbara Baum
19 May 1947
New York = 26 Sep 1969
Lawrence W Kessler
1 May 1945
Chicago, Ill

Gerson Simson children
continued

Minna Heine offspring

Michael Ralph Grünwald
16 Aug 1970
Buffalo, NY

Judith Ann Grünwald
15 Jul 1973
Roslyn Harbor NY

Ronald Terrance Baum
5 Aug 1974
Great Neck NY

Kimberly Ann Kessler
2 April 1972
Great Neck NY

Bethany Jo Kessler
25 May 1974
Great Neck NY

Hugo Simson children

- Röse Simson, 1883 Suhl – 1944 Auschwitz
  = 1906 Alfred Joel, 1871 Labischin – 1944 Auschwitz
  - Ellen Ruth Joel, 1908 Berlin
    = Egon Kaskeline

- Meta Simson, 1885 Suhl – 1959 Brussels
  = ca 1908 Otto Hertz, 1880 Jülich – 1960 Brussels
  - Ilse Margot Hertz, 26 Feb 1909 Jülich
    = ca 1935 Giovanni Rilletta – 1949 Rome
    - Marcello Rilletta, 1937 Imperia

- Frieda Simson, 1887 Suhl – 1944 Auschwitz
  = ca 1912 Otto Doernberg, 1875 Eschwege – 1944 Auschwitz
  - Hans Adolf Doernberg, 1912 Eschwege
    = Annette

- Else Simson, 1889 Suhl – 1971 Rockville Md
  = 1919 Wilhelm Hess, 1884 Stuttgart – 1966 Kensington, Md
  - William Hess, 8 Aug 1921 Stuttgart
    = 14 Oct 1945 Shirley Klein, 29 Nov 1924 Pittsburgh Pa
    - Carol Susan Hess, 19 Oct 1948 Washington DC
      =
    - Diane Lynn Hess, 22 Sep 1952 Pittsburgh, Pa

- Paul Martin Simson, 1900 Suhl – 1948 Port Elizabeth So. Africa

Julius Simson children

Margarete Simson
1 Apr 1890 7 (4) Jan 1969
Gotha Syracuse NY
= 1910
Richard Ruppel
31 Jul 1874 24 Jan 1931
Gotha Gotha

Jack (Joachim) Ruppel
4 Feb 1912
Gotha

Kenneth W Ruppel
25 Jan 1917 8 Oct 1976
Gotha Syracuse NY
= ca 1950
Ilse Voehl
18 Apr 1926
Frankfurt/Main

Carol Ruppel
28 Apr 1951
Syracuse NY

Brian Williams born 10/3/39
8/19/95
Lake Placid, NY

Ellen Ruppel
11 Nov 1952
Syracuse NY
=
Martin Shell
2 Aug 1952

Richard Ruppel
15 Aug 1954
Syracuse NY
= n
Kathleen Summer
15 May 1952

David Ruppel
17 Sep 1959

Curt J Simson
12 Oct 1892
Gotha
= 1924
Claire Mann
5 Dec 1900
Frankenthal, Pfalz

Ann Louise Simson
13 May 1929
München
= 1954
Edward Friedlander
3 Jun 1923
Wien

Gertrud Simson
13 Dec 1898
Gotha
= 1923
Manfred Hess
13 Dec 1898
Pirna
May 1980

Ursula Hess
7 May 1925
Dresden
= 24 Jul 1954
John Wellemin
4 Feb 1925
Prag

Carey Wellemin
15 Jul 1955
London

Allison Wellemin
19 May 1957

Luise Hess
29 Oct 1930
Dresden
= 25 Jun 1961
Walter Bernkopf
27 Jul 1926
Heidelberg

11

Julius Simson children

Manfred & Gertrud Hess offspring
Walter & Luise Bernkopf children

- Mark Bernkopf
  7 Sep 1962
  Syracuse NY
- Paul Bernkopf
  16 Oct 1963
  Syracuse NY

Oestreicher Genealogy

Alison Shell
b. Jan.28,1984
Boston

Sara Ruppel
b. July 15,1984
Chapel Hill,N.C.

Elizabeth Ruppel
b. Feb.7,1984
Chapel Hill

Barbara Oestreicher
b. Apr. 26,1959
Rüsselsheim

Martin Oestreicher
b. Mar.10, 1961
London

Nicola Oestreicher
b. Nov.12,1967
Welwyn Garden City

Daniel Oestreicher
b. July 25,1969
Oxford
(Black)
adopted

Carol Ruppel
b. Apr.28,1951
Auburn, N.Y.

Ellen Ruppel
b. Nov.11,1952
Auburn, N.Y.
m. Jul.13,1975
Syracuse
Martin Shell
b.Aug.2,1952
Brooklyn,N.Y.

Richard Ruppel
b. Aug.15,1954
Auburn, N.Y.
m. Aug.28,1976
Ann Arbor, Mich.
Kathleen Sumner
b. May 15,1952
Ann Arbor, Mich.

David Ruppel
b. Sep.17,1959
Syracuse

Carey Wellemin
b. July 14,1955
London

Alison Wellemin
b. May 19,1957
London

Mark Bernkopf
b. Sep.7,1962
Syracuse

Paul Bernkopf
b. Oct.16,1963
Syracuse

Daniel Bernheimer
b. May 23, 1958
San Luis Obispo
adopted
(Chicano)

Heather Marie Meyer
b.

Barbara Mannina
Christina Mannina
b.

Rev. Paul Oestreicher
b. Sep.29, 1931 Meiningen
m. May 31, 1958 Lincoln England
Lore Feind
b. Mar.31, 1934 Gotha

Joachim (Jack) Ruppel
b. Feb.4, 1912 Gotha

Kenneth W. Ruppel M.D.
b. Jan.25, 1917 Gotha
d. Oct.8, 1976 Syracuse
m. Aug.6, 1950 Syracuse
Ilse Voehl
b. Apr. 18,1926 Fft/Main

Ann Louise Simson
b. May 13,1929 Munich
m. Jan.10, 1954 N.Y.C.
Edward Friedlander
b. June 3, 1923 Vienna

Ursula Hess
b. May 7,1925 Dresden
m. July 24,1954 London
John Wellemin
b. Feb. 4,1925 Prague

Luise Hess
b. Oct. 29,1930 Dresden
m. June 25,1961 Wolverhampton Engl.
Walter Bernkopf
b. Jul.27,1926 Heidelberg

David Bernheimer
b. Aug.12, 1920 Karlsruhe
m. Winthrop, Mass.
Elizabeth Goober
b. Feb. 26 Winthrop
divorced

George Bernheimer
b. June 22,1923 Karlsruhe
d. Dec. 1944 Belgium
Battle of Bulge

Peter Meyer
b.
m.
Betty
b.
divorced
Black lady

Ursula Meyer
b.
m.
Frank Mannina
b.

Paul Oestreicher M.D.
b. May 18, 1896 Aschaffenburg
d. Apr. 22,1980 London
1) m. Dec. 28,1921 Meiningen
Emma Augusta Schnaus
b. Aug. 5, 1898 Witzebroda
d. Oct. 5, 1974 London
2) m. Oct.14, 1976 Lahstedt
Eva Könnicker
b. Mar. 7, 1935 Adenstedt

Margarete Simson
b. Apr.1,1890 Gotha
d. Jan.7,1969 Syracuse,N.Y.
m. March 31,1910 Gotha
Richard Ruppel M.D.
b. July 31,1874 Gotha
d. Jan. 24,1931 Gotha

Curt Simson
b. Oct.12,1892 Gotha
d. Jan.10,1978 N.Y.C.
m. June 11,1924 Munich
Claire Mann
b. Dec.5,1900 Frankenthal/Pfalz
d. Jan.8,1978 N.Y.C.

Gertrud Simson
b. Dec.13,1898 Gotha
d. Dec.23,1983 Northwood
m. May 4,1923 Gotha
Manfred Hess
b. Dec.13,1898 Pirna ,Saxony
d. Mar.26,1980 Northwood Middx.

Eva Oestreicher
b. May 16,1901 Aschaffenburg
m. Sep. 8,1921 Aschaffenburg
Norbert Bernheimer
b. 1887 Karlsruhe
d. Dec. 1954 Waterbury, Vt.

Hilde Oestreicher
b. June 17, 1906 Aschaffenburg
m. ca.1927 Aschaffenburg
Friedrich Meyer
b. April 14, 1895 Suhl
on Simson genealogy

Julius Östreicher M.D.
b. approx. 1865 Aschaffenburg
d. 1915 Aschaffenburg
m.
Else Sacki
b. Dec. 28,1872 Meiningen
d. Feb. 25,1942 Meiningen

Clara Karolina Oestreicher
b. Apr. 23, 1866 Aschaffenburg
d. Jan. 26, 1936 Berlin
m. Jan. 25, 1888 Aschaffenburg
Julius Simson
b. Oct. 23, 1860 Suhl
d. July 7, 1938 Gotha

Rudolf Östreicher
b. April 3, 1869 Aschaffenburg
d. Aug. 20, 1940 N.Y.C.
m. June 5, 1900 Meiningen
Martha Lang
b. Nov. 24, 1879 Meiningen
d. May 4, 1954 Middlebury,Vt.

David Östreicher
b. Apr.5, 1842 Obernau
d. 1888 Aschaffenburg

m. 1865

Röschen Hessberg
b. July 8,1843 Schleusingen (Thür)
d. Nov. 1909 Niederzwehen bei Kassel

Gerson Östreicher
b. Obernau Kreis Aschaffenburg
d.
m.

Josef Hessberg
b. Schwarza Kreis Schleusingen
d.
m. Blümchen Meyer

AR 25336 1/4 1913-1943

Jack Ruppel. Emigration & naturalization

DEUTSCHES
REICH

REISE-
PASS

Wert-
marke
29. MRZ. 35
1.00
RM

Der Rat der Stadt Pirna
Wert-
marke
2.00
RM

DEUTSCHES REICH

(Stempelmarke)

REISEPASS

Nr. 57/35

NAME DES PASSINHABERS

Joachim Ruppel

BEGLEITET VON SEINER EHEFRAU

UND VON —— KINDERN

STAATSANGEHÖRIGKEIT:

DEUTSCHES REICH

Dieser Paß enthält 32 Seiten

Ehefrau

Lichtbild

DER RAT DER STADT PIRNA

Unterschrift des Paßinhabers

Joachim Ruppel

und seiner Ehefrau

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Inhaber die durch das obenstehende Lichtbild dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.

DER RAT DER STADT PIRNA

Pirna den 29. MRZ. 35.

PERSONENBESCHREIBUNG

	Ehefrau
Beruf Volontär	
Geburtsort Gotha	
Geburtstag 4. 2. 1912	
Wohnort Pirna	
Gestalt schlank	
Gesicht oval	
Farbe der Augen braun	
Farbe des Haares d. braun	
Besond. Kennzeichen keine	

KINDER

Name	Alter	Geschlecht

GELTUNGSBEREICH DES PASSES

Inland und Ausland

Der Paß wird ungültig am

28. März 1940

~~wenn er nicht verlängert wird~~.

Ausstellende Behörde

Der Rat der Stadt Pirna

Datum

29. MRZ. 35.

DER RAT DER STADT * PIRNA *

Unterschrift

Rosa
I. V.

VERLÄNGERUNGEN

1.
Verlängert bis ....

.............................., den ....
Dienststelle

....
Unterschrift

....

2.
Verlängert bis ....

.............................., den ....
Dienststelle

....
Unterschrift

....

3.
Verlängert bis ....

.............................., den ....
Dienststelle

....
Unterschrift

....

Devisenrechtliche Eintragungen im alten Paß Nr 847/1930 [illegible] vorhanden.

Der Rat der Stadt [illegible]

29 [illegible] 35

ISTANBUL

EMNİYET. Ş. 5. MÜDÜRLÜĞÜ

ÇIKAR

27 Ağustos 1935

Vu les mesures restrictives monétaires, le bénéfie claire du visa est obligé, à son arrivée en Turquie, de déclarer aux autorités douanières turques, la montent des devises etrangères dont il est porteur, et de le faire inscrire dans son passeport.

No. 8291/417 tar. mad. 4

Türkiyaya azimeti tarafımızdan görülmüştür. İşbu viza altmiş gün için muteberdir.

Mark: 11.50 13. 8. 1935

Kuruş: 500

Berlin Konsolosu Vekili

TÜRKİYE CUMHURİYETİ BERLİN KONSOLOSLUĞU

13 Aug. 1935

BUN [illegible] PENTRU
TRA[illegible] CONSTANȚA

[illegible]
2[illegible] AUG. 19[illegible]

POLIȚIA PORTULUI CONSTANȚA
Văzut pentru Eșire
[illegible] August [illegible]

Joachim Küpper

Legațiunea Regală a României în Germania

Viza [illegible] *valabila 60 zile* ....

Bun pentru a merge în România.

Scopul călătoriei: transit Turcia

Termen de ședere în România: .... *zile*

Conform art. 3. din regulamentul legii asupra migrațiunilor. (Ohne Berechtigung zur Annahme einer Stellung oder Ausübung eines freien Berufes).

Berlin, în 21 August 1934

p. Ministru:

Consul General

[signature]

LEGAȚIUNEA REGALĂ A ROMÂNIEI BERLIN

ZUR BEACHTUNG:

Der Inhaber dieses Passes ist verpflichtet, innerhalb 8 Tage nach der erfolgten Einreise sich bei den zuständigen Polizeibehörden Rumäniens zu melden.

Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung wird eine Geldstrafe von Lei 1.000.— erhoben.

Viză gratuită în baza tel. No. 2508/18 Febr. Regală ... [illegible]

Prezentat Bilet S. M. R.

CONSULATUL GENERAL AL ROMANIEI
DIN STAMBUL
VIZA DE TRANZIT
No. 2248/3225 Valabila 30 de zile
Bun pentru a traversa România
o singura data fara drept de oprire
Punctul de INTRARE Constanta
Punctul de EŞIRE Ing. Ghica Vodă
Luna Octombre ziua 12 anul 1935
CONSUL GENERAL
GERANTUL CONSULATULUI GENERAL

CONSULATUL G-RAL AL ROMANIEI STAMBUL

TIMBRU CONSULAR
TREI ZECI SI PATRU 34 LEI

ANULAT

Ghica

Joachim Rüppel

Konsulat Generalny R. P. w Berlinie
Pobrano opłaty 2.50
31324
WIZA PRZEJAZDOWA
Jednorazowy przejazd do Rumunji
dozwolony w czasie ważności wizy przez każdy punkt przejściowy
Przejazd może być rozpoczęty w ciągu ... od daty wystawienia wizy i może trwać ... dni ... za każdym razem.
Wiza ważna do dn ... 19... r. włącznie.
Dn. 22.8.35. 19... r.
Za Konsula Generalnego.
Michał ...
sekretarz konsularny

-200- ili. yüz key 1.

.... Ağustos 1935

60 Gün Mutebendir.

No. 1088.

Tarihi 11 Eylül 1935

İsmi Joachim Ruppel

Refakatinde yalnız

İsmi —

Gideceği Mahal Almanya

Ankara
Emniyet Müdürü

11 Eylül 1935

DAMGA PULU

18 T.Evel 1935

POLIȚIA PORTULUI CONSTANȚA

Văzut pentru Intrare

19

Șeful Poliției

Eșit - Țară

Reiseverkehr Schweiz

Reisescheck 108658
über 690.– Sfrs = RM 400.–
für Monat Mai 1937
ausgehändigt
zugeteilt 9. Mai 37
Erfurt, 11. Mai 37
i. A. Roller

~~Reiseverkehrskonto.~~ Gegen Reisechecks, ~~Kreditbrief, Akkreditiv~~ Fr. 690.–
ausbezahlt. ~~(Hotelbescheinigung von~~
gegen 4 Bargutscheine & 4 Postgutscheine

Basel, 21. Mai 1937 EIDGENÖSSISCHE BANK
(Aktien-Gesellschaft)
(Unterschrift)

1 Bargutschein v. f 50.– eingelöst

21. Mai 1937 EIDGENÖSSISCHE BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Reiseburo A. Kuoni
20. MAI 1937
ZÜRICH

Reisebureau A. Kuoni
-3. JUN. 1937
ZÜRICH

Reiseverkehr Schweiz
Weltreisescheck 183988
über 690.– Frcs = Rm 402.–
für Monat Oktober 1937
ausgehändigt.
Ausgestellt 28.9.37
Erfurt, 8.10.37
i.A. Rollert

.... Gegen ~~Reiseschecks~~, ~~Kreditbrief~~, Akkreditiv Fr. 690.–
ausbezahlt. (Hotelbescheinigung von
gegen 4 Bargutscheine à fr 50.– & 49 Hotelgutscheine à fr 10.–

Basel, 11.X.37 EIDGENÖSSISCHE BANK
(Aktien-Gesellschaft)
(Unterschrift)

Eingelöst 1 Bargutschein
No 240591 fr 50.–
Basel 11. Okt 37
EIDGENÖSSISCHE BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

~~Reiseverkehrskonto~~. Gegen ~~Reiseschecks~~, ~~Kreditbrief~~ ... Fr. 50.–
ausbezahlt. (Hotelbescheinigung von
Bargutschein No 240592.)
Lugano, 12.10.37 Reisebureau A. Kuoni
Aktiengesellschaft
(Unterschrift)

~~Reiseverkehrskonto~~. Gegen ~~Reiseschecks~~, ~~Kreditbrief~~ ... 50.–
ausbezahlt. (Hotelbescheinigung von
Bargutschein No 240594.)
Lugano, 18.10.37 Reisebureau A. Kuoni
Aktiengesellschaft

Bargutschein No 240593 eingelöst
Locarno, 25. Okt 1937
Reisebureau A. Kuoni A.G.
Filiale Locarno

Hamburg, Hafen.
ausgereist am
22. FEB. 1938

IMMIGRATION OFFICER
25 FEB 1938
SOUTHAMPTON

TEMPORARY SHORE LEAVE
during SHIP'S stay in Port

IDENTIFICATION CARD NO. 942609

Quota Immigration Visa No. 3252
Issued to Joachim Ruppel
on 23rd day of November 1937
No charge
[signature]
American Vice Consul
Berlin, Germany

Dringlichkeitsbescheinigung

Der Inhaber dieses Passes, Joachim Ruppel, hat heute eine Dringlichkeitsbescheinigung über 50.- RM - Fünfzig RM - ausgehändigt erhalten.

Gotha, den 16. Februar 1938

Der Polizeidirektor

[signature]

29.4.36 = 10.- [illegible]
9.98 Rm St. 5 36

Freigrenze Monat
Juni 1936. 9.95 Rm
[illegible]

Freigrenze Monat Juli 1936 = 9,95 Rm
[illegible]

BERLIN SCHÖNEBERG 1
[illegible].5.36

BERLIN S
28.7.36.

[illegible]stelle
24. MAI 1937
Weil-Otterbach
[illegible]

SCHWEIZ
E 21 MAI 37
BASEL, OTTERBACH

SCHWEIZ
E [illegible]
BASEL [illegible]

$ 24.- = Rk 58.51
auf Grund einer Möglichkeitsbe-
scheinigung einer Freigrenze
für Monat Februar 1938
mitgenommen. Gotha, den 18 Feb. 1938
Reichsbanknebenstelle
[illegible]

10 RM nach Maiden Erlegh
Reading

10 RM Klumke

am 16. 7. 35 10 RM
10 RM Klumke

10 RM am 30/12. 35 nach
Reading Berks. Engl.

10 RM am 28/1 nach Reading

am 28. 2. 36

10/1

28/3 36 10 RM

Finanzamt

Steuernummer 44, 1360

Bei allen Eingaben und Einzahlungen sind Steuerart und Steuernummer — bei Einzahlungen außerdem der Zeitraum, für den gezahlt wird — anzugeben

Gotha, 29. Januar 1938
Kaiserstr. 50
Postschließfach 87

Herrn/~~Frau~~
~~Firma~~

Joachim Rüppel,

Gotha

Friedrichstraße 19

Des Finanzamts

Fernsprecher: 1221—1224

Sprechzeit: 8—12½ Uhr, Dienstag u. Freitag geschlossen

Kassenstunden: 8—12½ Uhr, Freitag geschlossen

Postscheckkonto: Erfurt 71

Bankkonten: Reichsbank Gotha

Betrifft: Unbedenklichkeitsbescheinigung.

Auf: Ihren Antrag vom 17. Jan. 1938

Gegen Ihre Auswanderung bestehen keine steuerlichen Bedenken. Ihre fällig gewesenen Steuern haben Sie ebenso wie die Reichsfluchtsteuer bezahlt.

Im Auftrage

[illegible]

Regierungsrat

2. Ausfertigung.

B e s c h e i n i g u n g .

Ich bescheinige hiermit, dass für

Herrn - ~~Frau~~ - ...Joachim Riegel, hier..

.Friedrichstr. Nr. 14

Rückstände an städtischen Steuern und Abgaben z.Zt. nicht bestehen.

G o t h a , den 11. Februar 193[illegible].

Der Oberbürgermeister
Abt. Stadtkasse
Im Auftrage

Stadtinspektor.

44

Aa. 1900

Geburtsurkunde.

Nr. 92

Gotha, am 8. Februar 1912.

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach

bekannt,

die Hebamme Mathilde Barca geborene Gau,

wohnhaft in Gotha,

Religion, und zeigte an, daß von der Margarete R u p p e l geborenen Simson, Ehefrau des Augenartzes Doktor der Medizin Richard Ruppel,

beide mosaischer Religion,

wohnhaft bei ihrem Ehemanne in Gotha, Friedrich-Straße 7,

zu Gotha in der Wohnung ihres Ehemannes

am vierten Februar des Jahres tausend neunhundert und zwölf, vor mittags um zwölf einhalb Uhr ein Knabe geboren worden sei und daß das Kind die Vornamen

Joachim Adolf

erhalten habe. Die Anzeigende erklärte, daß sie bei der Niederkunft der Frau Ruppel zugegen gewesen sei.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Mathilde Barca.

Der Standesbeamte.
In Vertretung:
Jacobs.

Daß vorstehender Auszug mit dem Geburts-Haupt-Register des Standesamts zu Gotha I gleichlautend ist, wird hiermit bestätigt.

Gotha, am 4. September 1933.

Der Standesbeamte.
In Vertretung:
[signature]

(Siegel.)

0,60 1677/33

Formular I.

Impfschein.

Impfliste XX. Nr.

Impfbezirk Gotha

Joachim Ruppel

geboren den Februar 1912, wurde am 22. Oktober 1913

zum ersten Male ~~mit~~ ohne Erfolg geimpft.

Durch die Impfung ist der gesetzlichen Pflicht genügt.

~~Die Impfung muß im nächsten Jahre wiederholt werden.~~

Gotha am 29ten Oktober 1913

Dr. Meyer

Impfarzt.

Bemerkung: Die Formulare sind bei der Ausfertigung von dem betreffenden Arzt mit seiner Namensunterschrift und seiner Eigenschaft als „Arzt" bzw. „Impfarzt" zu versehen.

Impfschein.
(Wiederimpfung.)

Impfliste Nr. 1924

Impfbezirk Gotha Stadt

Joachim Ruppel

geboren den 4. 2. 1912, wurde am 10. 9. 1924

zum ersten Male mit Erfolg wiedergeimpft.

Durch die Impfung ist der gesetzlichen Pflicht genügt.

Gotha am 17. Sept. 1924

Kreisarzt
Dr. [illegible]

Bemerkung: Die Vordrucke sind bei der Ausfertigung von dem betreffenden Arzte mit seiner Namensunterschrift und seiner Eigenschaft als „Arzt" bzw. „Impfarzt" zu versehen.

Fm. 1.

Wiedemannsche Druckerei A.-G. Abteilung Gera-Reuß

U. S. DEPARTMENT OF LABOR
IMMIGRATION AND NATURALIZATION SERVICE
Federal Bldg. - Christopher St.
641 Washington St.
New York, N. Y.

OFFICIAL BUSINESS

Return after 5 days

NEW YORK, N. Y. STA. C
MAR 17
5-PM
1938

Penalty for private use to avoid payment of postage, $300.

MAR 17 [illegible]

MR JACK A RUPPEL
8208 GRENFELL AVE
KEW GARDENS LI NY

U. S. DEPARTMENT OF LABOR
IMMIGRATION AND NATURALIZATION SERVICE

OFFICIAL BUSINESS

RETURN AFTER 5 DAYS

WASHINGTON, D.C. 3
MAR 10
7-PM
1939

PENALTY FOR PRIVATE USE TO AVOID PAYMENT OF POSTAGE, $300

14—3079

Jack Adolf Ruppel,
82-08 Grenfell Ave.,
Kew Gardens, L.I., N.Y.

TELEGRAPHIC ADDRESSES:
"FERRUM, LONDON."
"BATAVIER, BILGATE, LONDON."

CODES:
A.B.C. 5TH AND 6TH EDITIONS SCOTT'S 10TH EDITION.
BENTLEY'S BOE WATKINS
LOMBARD

TELEPHONE NOS.:
MANSION HOUSE 1555 (20 LINES)
" " 2130 (NIGHT)

WM H. MÜLLER & CO.
(LONDON) LTD.

SHIPBROKERS, CHARTERING AGENTS, WHARFINGERS AND BUNKERING CONTRACTORS.

IN REPLY PLEASE QUOTE

OCEAN/F/LB.

WHEN TELEPHONING PLEASE ASK
FOR EXTENSION No. 13.

CUSTOM HOUSE & WOOL QUAYS,
LOWER THAMES STREET,
LONDON, E.C.3

4th October, 1939.

Mrs. M. Ruppel,
88, Harcourt Road,
SHEFFIELD.

Dear Madam,

We acknowledge receipt of your letter of the 1st October, from which we note that you hold a ticket to New York by the Hamburg-American Line.

We regret to inform you that such tickets cannot be transferred to another line and, even under normal circumstances, a refund could only be made in Germany where the passage money was paid. Owing to the War, however, we are unable to arrange such a refund at present, and we would suggest that you hold the ticket pending the cessation of hostilities.

Yours faithfully,

WM H. MÜLLER & CO. (LONDON) LTD.

Smith

Secretary.

THE UNITED STATES OF AMERICA

ORIGINAL
TO BE GIVEN TO
THE PERSON NATURALIZED

No. 5826438

CERTIFICATE OF NATURALIZATION

Petition No. M-494

Personal description of holder as of date of naturalization: Age 31 years; sex Male ; color White ; complexion fair ; color of eyes brown ; color of hair brown ; height 5 feet 6 inches; weight 131 pounds; visible distinctive marks Small scar under chin
Marital status Single ; former nationality German

I certify that the description above given is true, and that the photograph affixed hereto is a likeness of me.

Sign: Jack Adolf Ruppel
(Complete and true signature of holder)

State of North Carolina } ss:
County of Cumberland }

Be it known, that at a term of the Superior Court of Cumberland County held pursuant to law at Fayetteville, N. C. on July 9, 1943 the Court having found that Jack Adolf Ruppel then residing at Fort Bragg, N. C. intends to reside permanently in the United States (when so required by the Naturalization Laws of the United States), had in all other respects complied with the applicable provisions of such naturalization laws, and was entitled to be admitted to citizenship, thereupon ordered that such person be and (s)he was admitted as a citizen of the United States of America.

In testimony whereof the seal of the court is hereunto affixed this 9th day of July in the year of our Lord nineteen hundred and Forty-three , and of our Independence the one hundred and Sixty-eighth

C. W. Broadfoot,
Clerk of the Superior Court.

By W. H. Tillinghast Deputy Clerk.

It is a violation of the U. S. Code (and punishable as such) to copy, print, photograph, or otherwise illegally use this certificate.

DEPARTMENT OF JUSTICE

Name changed by decree of Court
from Joachim Ruppel as a part of
the Naturalization, July 9, 1943.

K. W. BROADFOOT
Clerk of the Superior Court

BY W. N. Tillinghast
Deputy Clerk

AR 25334 1/5

1930-1945, 1970

Jack Ruppel: Educational

Immatrikulations-Nr. 63

Universität Freiburg im Breisgau

Legitimationskarte

für

Herrn ~~Fräulein~~ stud. med.

Joachim Ruppel

von Gotha

Freiburg i. Br.,

im Sommersemester 1930

Der Rektor:

Aschoff.

Eigenhändige Unterschrift des Inhabers:

Joachim Ruppel

Gültig nur für diejenigen weiteren Semester, deren Feld mit dem Universitäts-Siegel bedruckt ist.

Wintersemester 1930/31	Sommersemester 1931
UNIVERSITÄT FREIBURG i. Br.	UNIVERSITÄT FREIBURG i. Br.
Wintersemester 1931/32	Sommersemester 1932
Wintersemester 1932/33	Sommersemester 1933

bers

Eigenhändige Unterschrift des Inhabers:

(mit vollem Vor- und Zunamen)

Bonn, den

Der Rektor
der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität

Die Ausweiskarte ist nur mit der angehängten ersten Hälfte und nur für die von der Hochschule bescheinigten Halbjahre gültig.

Gültigkeitsvermerke der Hochschulbehörden:

~~Universität Bonn~~
Winter ~~Semester 19~~ 33/34

W. S
33/34

Gültigkeitsvermerke der Hochschulbehörden:

Ausweiskarte

für

Herrn / Frl. stud. [illegible]

[illegible]

(Vor- und Zuname)

aus [illegible]

(Wohnort der Eltern oder Erzieher)

Staatsangehörigkeit: [illegible]

Die Ausweiskarte ist nur mit der angehängten zweiten Hälfte und nur für die von der Hochschule bescheinigten Halbjahre gültig.

Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Gebr. Scheur

Chemisches Laboratorium
der Universität

Freiburg i. Br., 25.Februar 1931.
Albertstraße 21

Zeugnis.

Herr stud.med.Joachim R u p p e l aus Gotha

hat im Winter - -Semester 1930/31 am **sechsstündigen**

chemischen Praktikum für Mediziner und Studierende der Zahnheilkunde

regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen.

Der Leiter der Übungen:

Dr. Landy

CHEM. LABORATORIUM D. UNIVERSITÄT FREIBURG

Der Jnstitutsdirektor:

H. Staudinger

Zeugnis

über die

Teilnahme an den Präparierübungen
an der Universität zu Freiburg i. Br., Baden.

Dem Studierenden der Medizin Joachim Rüppel

aus Gotha wird hiermit bescheinigt, daß er

im Winter-Halbjahr 1930/31 vom 1. ten November 1930

bis 27. ten Februar 1931 an den Präparierübungen regelmäßig und

mit Erfolg teilgenommen hat.

Freiburg i. Br., den 27. ten Februar 1931

Prof. Dr. [illegible]

i. V. Direktor des anatomischen Instituts.

Zeugnis

über die Teilnahme an den mikroskopischen Übungen an der Universität zu Freiburg i. Br., Baden.

Dem Studierenden der Medizin Joachim Rüppel

aus Gotha wird hiermit bescheinigt, daß er im

Sommer-Halbjahr 1931 vom 1. ten Mai 1931

bis 30. ten Juli 1931 an den mikroskopisch-anatomischen Uebungen

regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen hat.

Freiburg i. Br., den 30. ten Juli 1931

Prof. Dr. v. Möllendorff

Direktor des anatomischen Instituts.

ANATOM. INSTITUT D. UNIVERSITÄT FREIBURG

Das Belegen der Vorlesungen kann erst nach erfolgter Einschreibung ins Fakultäts-Album erfolgen.

Rheinische
Friedrich Wilhelms-Universität
zu
Bonn

*

Anmeldebuch

des ~~der~~ stud. med. Herrn ~~Fräulein~~ Joachim Rüppel

aus Gotha
(Wohnort der Eltern)

*

Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität
zu
Bonn

*

No. 176.

Eingetragen in das Album der ~~math.~~ Fakultät

durch den Dekan: Selter

am 3. ten Nov. 1931.

Abgangsvermerk:

Tag der Aufnahme: 3. Nov. 1931

Tag des Abgangs: – 6. April 1934

Ueber die Führung ist Nachteiliges nicht bekannt geworden.

Hat an den Leibesübungen ——— teilgenommen.

BONN, den 6. April 1934 19

DER REKTOR.
I. V.
[signature]

Sorgfältige Behandlung des Buches wird dringend empfohlen.

Auszug aus den Vorschriften für die Studierenden.

Vor Annahme der Vorlesungen muß die Einschreibung in das Fakultäts-Album durch den Dekan erfolgt sein. Diese findet in der Regel im Anschluß an die Anmeldung oder an die Immatrikulation statt.

Von dem Uebertritt aus einer Fakultät zur anderen, oder der erfolgten Einschreibung in eine zweite Fakultät hat der Studierende nach erfolgter Bescheinigung in dem Anmeldebuch durch die Dekane dem Universitäts-Sekretariat unter Vorlage des Anmeldebuches Mitteilung zu machen.

Zur Einschreibung in eine zweite Fakultät, die nur in den vier ersten und vier letzten Wochen des Semesters erfolgen kann, ist die Genehmigung des Rektors erforderlich.

1. Die Annahme der Vorlesungen soll innerhalb **der ersten fünf Wochen** nach dem vorgeschriebenen Anfang des Semesters persönlich erfolgen. Um einen Andrang an der Kasse zu vermeiden, wird empfohlen, sofort nach der Einschreibung in das Fakultäts-Album zu belegen.

Für spätere Annahme ist die nur auf nachgewiesene ausreichende Entschuldigungsgründe zu erteilende Erlaubnis des Rektors erforderlich. Diese Erlaubnis, die nur in Ausnahmefällen erteilt wird, ist in das Anmeldebuch einzutragen.

2. Wer nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist (Nr. 1) mindestens eine Privatvorlesung gehörig angenommen hat, kann entweder aus dem Verzeichnis der Studierenden gestrichen oder im Wege des Disziplinarverfahrens wegen Unfleißes mit Nichtanrechnung des laufenden Halbjahres auf die vorgeschriebene Studienzeit und im Wiederholungsfall mit Entfernung von der Universität bestraft werden.

3. Binnen der vorgeschriebenen Frist (Nr. 1) haben sich ferner die Studierenden bei den betreffenden akademischen Lehrern persönlich zu melden und sie um Eintragung ihres Namens und des Datums der Meldung in die dazu bestimmte Spalte des Anmeldebuchs zu ersuchen. Wer durch besondere Gründe an der rechtzeitigen Meldung verhindert worden ist, hat diese dem Rektor nachzuweisen, welcher, wenn er die Verspätung entschuldigt findet, darüber einen Vermerk in das Anmeldebuch einträgt.

Fehlt die Eintragung des Lehrers oder fehlt bei einer verspätet erfolgten Eintragung der Vermerk des Rektors, so wird die Vorlesung bei Erteilung des Abgangsvermerks im Anmeldebuch gestrichen.

4. Soweit es sich um Uebungsvorlesungen handelt, haben die Studierenden, mit Ausnahme der Mediziner, außerdem die Pflicht, sich bei den Lehrern innerhalb der letzten 14 Tage vor dem vorgeschriebenen Schlusse des Semesters abermals persönlich zu melden und sie um Eintragung ihres Namens und des Datums in die für die Abmeldung bestimmte Spalte des Anmeldebuchs zu ersuchen.

Zu einem früheren Termin darf diese Abmeldung nur erfolgen, wenn in das Anmeldebuch die besondere Erlaubnis des Rektors eingetragen ist.

Wenn die Abmeldung einer Uebungsvorlesung wegen Abwesenheit, Krankheit oder Tod eines Lehrers nicht rechtzeitig vorgenommen werden kann, so ist sie innerhalb der oben bezeichneten Frist bei dem Dekan der betreffenden Fakultät zu bewirken.

Ist der Studierende ohne sein Verschulden an der Innehaltung der Abmeldefrist verhindert worden, so hat er dies dem Rektor nachzuweisen und ihn um Eintragung eines die nachträgliche Abmeldung gestattenden Vermerks in das Anmeldebuch zu ersuchen.

Ist die Abmeldung unterblieben, oder nach Maßgabe der vorstehenden Vorschriften zu früh oder zu spät erfolgt, so wird die Uebungsvorlesung bei der Erteilung des Abgangsvermerks im Anmeldebuch gestrichen.

5. Verliert ein Studierender sein Anmeldebuch, so wird ihm auf Antrag ein neues Exemplar ausgefertigt. Die Gebühr hierfür beträgt 20 Mark; sie kann von dem Rektor ganz oder teilweise nachgelassen werden, wenn der Verlust unverschuldet war.

Die Vorlesungen, für welche die vorschriftsmäßige Anmeldung oder Abmeldung nicht mehr nachgewiesen werden kann, bleiben bei Erteilung des Abgangsvermerks nur bestehen, wenn ihr Besuch dem Studierenden von den betreffenden Lehrern bescheinigt wird.

6. Die Honorare für die Vorlesungen werden auf der Quästur unter Vorlegung des Anmeldebuchs entrichtet.

Zählkarte ausgefüllt.

Die Titel der Vorlesungen sind in Spalte 1 von den **Studierenden** so einzutragen, wie sie im Vorlesungs-Verzeichnis aufgeführt sind.

Halbjahr 19

Angenommene Vorlesungen	Vermerk des Quästors über die Gebühren	Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Anmeldung	Bemerkungen
	A. Private und öffentliche Vorlesungen.		
Bei Herrn Prof. Dr.			15 M. Immatrikulationsgebühren
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			Belegen von Vorlesungen bis einschl. 1. 11. Mts. gestattet. BONN, den 21/11. 1921 Der Rektor. P. Pfeiffer
Bei Herrn Prof. Dr.			30.25
Bei Herrn Prof. Dr.			20

Angenommene Vorlesungen		Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Abmeldung	Bemerkungen
	B. Übungsvorlesungen.		
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			

Die Titel der Vorlesungen sind in Spalte 1 von den **Studierenden** so einzutragen, wie sie im Vorlesungs-Verzeichnis aufgeführt sind.

W **Halbjahr** **19**31/32 Joachim Ruppel

Angenommene Vorlesungen	Vermerk des Quästors über die Gebühren	Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Anmeldung	Bemerkungen
A. Private und öffentliche Vorlesungen.			
Bei Herrn Prof. Dr. Junkersdorff Physiol. Chemie II.	10	17. XII 31 Junkersdorf	
Bei Herrn Prof. Dr. Thörner Physiologie des veg. Nervensystems und der inneren Sekretion	10	Thörner 14. XII 31	
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr. 167 50 187 50			
Bei Herrn Prof. Dr.			

B. Übungsvorlesungen.		Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Abmeldung	Bemerkungen
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			

[illegible]

Zählkarte ausgefüllt.

Die Titel der Vorlesungen sind in Spalte 1 von den **Studierenden** so einzutragen, wie sie im Vorlesungs-Verzeichnis aufgeführt sind.

Sommer-**Halbjahr** **19**32 Joachim Ruppel

Angenommene Vorlesungen	Vermerk des Quästors über die Gebühren	Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Anmeldung	Bemerkungen
A. Private und öffentliche Vorlesungen.			
Bei Herrn Prof. Dr. Junkersdorf Physiologische Chemie, I. Teil	15	31 V 32 Junkersdorf	Einschreibegebühr —; Studiengebühr 100.-; Ersatzgeld —; Institutsgeb. f. Leibesübungen —; Akad. Krankenkasse 5,-; Wohlfahrtsgebühr 6,50; Leibesübungen 3.75; Studentenhausbeitrag 2.-; 17.25
Bei Herrn Prof. Dr. ~~Junkersdorf Physiologisch-chemisches Praktikum~~	—		
Bei Herrn Prof. Dr. Junkersdorf Physiologisch-chemisches Kolloquium	5	31 V 32 Junkersdorf	
Bei Herrn Prof. Dr. Ebbecke Physiologie des Menschen (Vegetativer Teil)	20	1. VI. 32 Ebbecke	Dazu Gebühren 152 RM 17 Rpf; Sa. 2[illegible] RM 21 Rpf; sind gez. [illegible]
Bei Herrn Prof. Dr. Sobotta Anatomie der Sinnesorgane	15	2. 6. 32. Sobotta	[illegible]
B. Übungsvorlesungen.		**Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Abmeldung**	**Bemerkungen**
Bei Herrn Prof. Dr. Junkersdorf Physiologisch-chemisches Praktikum	20	31 V 31 Junkersdorf	
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			

Bei der Zahlung der letzten Rate ist das Anmeldebuch zur Quittungsleistung der Quästur vorzulegen.

Die Titel der Vorlesungen sind in Spalte 1 von den **Studierenden** so einzutragen, wie sie im Vorlesungs-Verzeichnis aufgeführt sind.

Winter-Halbjahr 1932/33

Angenommene Vorlesungen	Vermerk des Quästors über die Gebühren	Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Anmeldung	Bemerkungen
A. Private und öffentliche Vorlesungen.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.		Beurlaubt ~~mit~~ ohne Anspruch auf Berechtigungen d. R. bez. der Rektor [signature]	
Bei Herrn Prof. Dr.			

Angenommene Vorlesungen		Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Abmeldung	Bemerkungen
B. Übungs-vorlesungen.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			

Die Titel der Vorlesungen sind in Spalte 1 von den **Studierenden** so einzutragen, wie sie im Vorlesungs-Verzeichnis aufgeführt sind.

Halbjahr 19

Angenommene Vorlesungen	Vermerk des Quästors über die Gebühren	Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Anmeldung	Bemerkungen
A. Private und öffentliche Vorlesungen.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			Einschreibgebühr …… Studiengebühr …… Ersatzgeld …… [illegible] Akad.Krankenkasse Wohlfahrtsgebühr 10.50 [illegible] Studentenschaftsbeitrag [illegible] 2.25
Bei Herrn Prof. Dr.		Beurlaubt ~~mit~~ ohne Anspruch auf Berechtigungen.	27. Mai [illegible]
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			

B. Übungsvorlesungen.		Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Abmeldung	Bemerkungen
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			

Die Titel der Vorlesungen sind in Spalte 1 von den **Studierenden** so einzutragen, wie sie im Vorlesungs-Verzeichnis aufgeführt sind.

Winter **Halbjahr** 1933/34

Angenommene Vorlesungen	Vermerk des Quästors über die Gebühren	Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Anmeldung	Bemerkungen
	A. Private und öffentliche Vorlesungen.		
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.		9. Dez. 1933	1933
Bei Herrn Prof. Dr.			
Bei Herrn Prof. Dr.			

Angenommene Vorlesungen			Bescheinigung des Dozenten über den Tag der Abmeldung	Bemerkungen
	B. Übungs-	**vorlesungen.**		
Bei Herrn Prof. Dr.				
Bei Herrn Prof. Dr.				
Bei Herrn Prof. Dr.				

Rüppell

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.

Anmeldungsbuch

für stud. med. Joachim Rüppel

Dieses Blatt darf nur vom Universitätssekretariat entfernt werden.

Seminarschlüssel.

Der akademische Senat der Universität hat beschlossen:

Jeder Studierende und Hörer hat bei Empfangnahme der Seminarschlüssel, die nur auf Vorlage des Genehmigungsscheines oder der Seminarkarte (Juristisches Seminar) ausgegeben werden, für jeden Schlüssel den Betrag von 5 RM. auf Zimmer 43 zu hinterlegen.

Sämtliche Studierende und Hörer haben am **Schlusse des Semesters** und zwar **im Wintersemester bis spätestens 5. März** und **im Sommersemester bis spätestens 5. August** die Seminarschlüssel abzugeben oder eine Bescheinigung der Seminardirektion auf Zimmer 44 vorzulegen, daß sie die Seminarschlüssel **für die nächstfolgenden Ferien und Semester** behalten dürfen. **Nach Ablauf der jeweils bezeichneten Frist sind die Seminarschlüssel abzugeben oder erneut Verlängerung im Voraus vorzuzeigen.**

Studierende und Hörer, die dieser Anordnung zuwiderhandeln, haben eine Geldstrafe von 3 RM. zu bezahlen, welche von dem hinterlegten Betrag von 5 RM. einbehalten wird.

Bei Empfangnahme, Rückgabe und Verlängerungsnachweis sind Anmeldungs-(Kolleg)buch und Hinterlegungsschein jeweils unbedingt mitvorzulegen.

Akademische Quästur.

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.

23. April 1930

Aufgenommen am 22. April 1930

Anmeldungsbuch

für stud. med. Joachim Ruppel

aus (Geburtsort) Gotha Staatsangehörigkeit Thüringen

Zur Beachtung! Da das Anmeldebuch später als Abgangszeugnis dient und somit für alle Prüfungsmeldungen der Prüfungsbehörde in Urschrift vorzulegen ist, liegt die Fertigung deutlich geschriebener Einträge und eine gute Instandhaltung im Interesse des Inhabers!

Belegen der Vorlesungen.

Die belegten Vorlesungen sind in das Anmeldungsbuch auf beiden Seiten einzutragen und werden von den Dozenten antestiert. (Siehe hierwegen Anschlag am schwarzen Brett der Universität.)

Der Besuch der Vorlesungen ist nur gestattet, wenn dieselben belegt worden sind.

Es wird darauf hingewiesen, daß die im Vorlesungsverzeichnis angegebenen Vortragsstunden sich manchmal ändern, daher vergleiche man die Anschläge am schwarzen Brett.

Wird eine Vorlesung (nicht Praktikum) in Freiburg zum zweiten Male – gleichgültig bei welchem Dozenten – belegt, so ist für die Vorlesung nur die Hälfte des Unterrichtsgeldes zu bezahlen.

Duplikate von Anmeldungsbüchern dürfen nur mit Erlaubnis des Disziplinarbeamten, dem der Verlust des Buches und der Besitz der Testate der Dozenten glaubhaft zu machen ist, ausgestellt werden. Außerdem wird hierfür von der Universitätskasse eine Grundgebühr von 4 Mark und für jedes einzutragende Semester der Betrag von 50 Pfennig erhoben.

Die Einzugszeiten für die Unterrichtsgelder werden von der Quästur jeweils am schwarzen Brett in der Universität und in den Universitäts-Instituten bekannt gegeben.

Wer nach diesem Termin bezahlt, hat eine Versäumnisgebühr, deren Höhe vom Senat festgesetzt wird, zu entrichten.

Bedingung für die Beibehaltung des akademischen Bürgerrechts. Die Studierenden werden darauf aufmerksam gemacht, daß die in § 20 der akademischen Vorschriften zur Beibehaltung des akademischen Bürgerrechts vorgeschriebene Privatvorlesung mindestens **vierstündig** sein muß, wobei jedoch unbenommen bleibt, an Stelle einer solchen auch mehrere diese Zahl von Wochenstunden erreichende Vorlesungen zu belegen. Das Belegen von Vorlesungen, bei denen Stunden zusammenfallen, ist unstatthaft.

Fakultätswechsel. Der Übertritt eines Studierenden von einer Fakultät zu einer anderen ist jederzeit zulässig. Ein Anspruch auf Anrechnung des Semesters für die Zulassung zu staatlichen, kirchlichen oder akademischen Prüfungen besteht aber nur dann, wenn der Fakultätswechsel vor dem letzten regelmäßigen Immatrikulationstermin erfolgt ist. Beim Übertritt ist dieses Buch dem Universitätssekretariat zwecks Eintrags des Fakultätswechsels vorzulegen.

Die Zugehörigkeit zu zwei Fakultäten zu gleicher Zeit ist unzulässig.

Zählkarte. Alle Studierenden (auch die mit Vorbehalt des akademischen Bürgerrechts exmatrikulierten) haben in den ersten sechs Wochen **jedes** Semesters eine Zählkarte **sorgfältigst** auszufüllen.

Die Formulare sind im Sekretariat (Universitäts-Hauptgebäude Zimmer Nr. 38) erhältlich und nach Ausfüllung ebendaselbst, im Sommer-Semester spätestens bis 1. Juni, im Winter-Semester spätestens bis 1. Dezember, persönlich abzugeben.

Wohnungswechsel. Nach § 16 der akad. Vorschriften ist jeder immatrikulierte Studierende verpflichtet, dem Universitätssekretariat über einen Wechsel seiner Wohnung binnen 3 Tagen Mitteilung zu machen. Angabe des Wohnungswechsels auf der Zählkarte genügt nicht. Die Unterlassung kann disziplinär geahndet werden und außerdem ist – wenn das Aufsuchen der Wohnung durch einen Universitätsbediensteten notwendig wird – an den hiermit Betrauten eine Ganggebühr von 1 RM. zu entrichten.

Legitimationskarte. Die Studierenden werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach § 13 der akademischen Vorschriften verpflichtet sind, die ihnen bei der Immatrikulation behändigte Legitimationskarte stets bei sich zu tragen, auch den Organen der öffentlichen Sicherheit auf deren Verlangen vorzuzeigen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß eine Befugnis, die Vorzeigung oder Abgabe der Karte zu verweigern, unter keinen Umständen besteht, also z. B. auch nicht, wenn der Studierende sich der Begehung einer strafbaren Handlung nicht bewußt ist.

Abmeldung am Schluß des Semesters und Verhalten beim Abgang von der Universität. Verläßt der Studierende die Hochschule, so ist das Anmeldungsbuch behufs Ausstellung des Abgangszeugnisses (Exmatrikel) dem Universitäts-Sekretariat vorzulegen. Dabei ist weiter zu übergeben: Die Legitimationskarte und eine Bescheinigung der Universitäts-Bibliothek darüber, daß der Abgehende keine Bücher der Bibliothek besitzt. Vorlesungen, bei welchen der Eintrag des Dozenten in Spalte 4 fehlt, werden gestrichen. Sämtliche etwa empfangenen Seminarschlüssel sind vor Beantragung der Exmatrikel zurückzugeben.

Auch diejenigen Studierenden, welche die Hochschule ohne Abgangszeugnis **endgültig** verlassen, haben hiervon dem Universitäts-Sekretariat Anzeige zu erstatten.

Unterlassungen haben Unrichtigkeiten in den akademischen Verzeichnissen und Unannehmlichkeiten für die betr. Studierenden zur Folge.

Karl Schillinger, Freiburg i. B.

Die Überschrift und Spalte 1a bis c sind vom Studierenden auszufüllen.

Anmeldungsbuch für stud. med. Joachim Kuppel

Sommer-Winter-Semester 19 30 Einzugsliste O.-Z. 6,68

1a Vorlesungen und Übungen (Die Titel derselben sind vollständig einzutragen)	1b Stundenzahl wöchentlich	1c Namen der Lehrer	2 Vermerk der Quästur: Unterrichtsgelder RM.	Rpf.	3 Ersatzgelder RM.	4 Antestat der Lehrer
1. Grundzüge der Botanik	5	Oltmanns	20			Oltmanns 2/6.
2. Experimentalchemie	5	Staudinger	20			H. Staudinger 28. Mai 1930
3. Experimentalphysik	5	Mie	20			28.5.30 G. Mie
~~4. Vererbungs- und Abstammungslehre~~	~~2~~	~~Heckel~~				
4. Bewegungsapparat	5	Böker	20			[illegible]
5. Einführung i. d. Studium der Medizin	1	Schüle	5			
6. Spezielle Arbeitswissenschaft	1	Mann	8			Mann
8. Teilnahme an Leibesübungen? 1. Semester						
9.						
10. Teilnahme an Leibesübungen						Befreit [illegible]
11.						
12.						

	RM.	Rpf.
Unterrichtsgelder	93	
Ersatzgelder		
Studien- und Institutsgebühr	60	
Beitrag für soziale Einrichtungen	16	
Diebstahl- und Unfallversicherung	2	10
Sonstige Beiträge		
Summe	171	10

bezahlt 28. V. 31

Summe 171,10

Akad. Quästur [illegible]

Die Überschrift und Spalte 1a bis c sind vom Studierenden auszufüllen.

Anmeldungsbuch für stud. med Joachim Russel

Sommer-Winter-Semester 1930 Einzugsliste O.-Z. 0358

Vorlesungen und Übungen (Die Titel derselben sind vollständig einzutragen)	Stundenzahl wöchentlich	Namen der Lehrer	Vermerk der Quästur Unterrichtsgelder RM.	Rpf.	Ersatzgelder RM.	Antestat der Lehrer
1. Systematische Anatomie des Menschen I. Teil	5	v. Möllendorff	20			v. Möllendorff
2. Histologie	3	v. Möllendorff	12.–			
3. Experimentalchemie II	5	Staudinger	20.–			H. Staudinger
4. Experimentalphysik II	5	Mie	20.–			24.1.30 G. Mie
5. Zoologie I	5	Spemann	20			Spemann
6. Praeparierübungen	15	v. Möllendorff	50		30	v. Möllendorff
7. Chem. Praktikum für Mediziner	6	Staudinger	17		12,50	H. Staudinger
8.						
9.						
10. Am Sportfechten regelmäßig teilgenommen	2	Reinboth				Reinboth
11.						
12. Teilnahme an Leibesübungen						Burgheister

Teilnahme an Leibesübungen? II Semester

		bezahlt	RM.	Rpf.
Unterrichtsgelder	159			
Ersatzgelder	42 50			
Studien- und Institutsgebühr	60			
Beitrag für soziale Einrichtungen	16 50	21. X. 30		
Diebstahl- und Unfallversicherung	2 50	Summe	280 50	
Sonstige Beiträge		Akad. Quästur		
Summe	280 50	[signature]		

Die Überschrift und Spalte 1a bis c sind vom Studierenden auszufüllen.

Anmeldungsbuch für stud. med Joachim Russel

Sommer-Winter-Semester 1931 Einzugsliste O.-Z. 1485

Vorlesungen und Übungen (Die Titel derselben sind vollständig einzutragen)	Stundenzahl wöchentlich	Namen der Lehrer	Vermerk der Quästur Unterrichtsgelder RM.	Rpf.	Ersatzgelder RM.	Antestat der Lehrer
1. Systematische Anatomie II	5	v. Möllendorff	20			v. Möllendorff
2. Histologischer Kurs	6	v. Möllendorff	15			v. Möllendorff
3. Entwicklungsgeschichte ~~Embryologie~~		Nagel	37		15	Nagel
4. Physiologie I.	5	Hoffmann	20			Hoffmann 1.2.?
5. Physiologische Chemie	5	Knapfhammer	20			Knapfhammer 15.5.
6. Allgemeine Physiologie	2	Rein	8			H. Rein
7.						
8.						
9.						
10.						
11.						
12.						

Teilnahme an Leibesübungen? III Semester

		bezahlt	RM.	Rpf.
Unterrichtsgelder	120			
Ersatzgelder	15			
Studien- und Institutsgebühr	60			
Beitrag für soziale Einrichtungen	16 50	12.5.31		
Diebstahl- und Unfallversicherung	2 50	Summe	214.–	
Sonstige Beiträge	2	Akad. Quästur		
Summe	214.50	[signature]		

Die Überschrift und Spalte 1a bis c sind vom Studierenden auszufüllen.

Anmeldungsbuch für stud. ....

Sommer-Winter-Semester 19........ Einzugsliste O.-Z. ....

1a Vorlesungen und Übungen Die Titel derselben sind vollständig einzutragen	1b Stundenzahl wöchentlich	1c Namen der Lehrer	2 Vermerk der Quästur Unterrichts-gelder RM.	Rpf.	3 Ersatz-gelder RM.	4 Antestat der Lehrer
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
7.						
8.						
9.						
10.						
11.						
12.						

			bezahlt	RM.	Rpf
Unterrichtsgelder					
Ersatzgelder					
Studien- und Institutsgebühr					
Beitrag für soziale Einrichtungen					
Diebstahl- und Unfallversicherung			Summe		
Sonstige Beiträge			Akad. Quästur		
Summe					

Überschrift und Spalte 1a bis c sind vom Studierenden auszufüllen.

Anmeldungsbuch für stud. ....

Sommer-Winter-Semester 19........ Einzugsliste O.-Z. ....

1a Vorlesungen und Übungen Die Titel derselben sind vollständig einzutragen	1b Stundenzahl wöchentlich	1c Namen der Lehrer	2 Vermerk der Quästur Unterrichts-gelder RM.	Rpf.	3 Ersatz-gelder RM.	4 Antestat der Lehrer

Nr. 20[illegible]

Universität Freiburg i. Br.

Abgangsvermerk.

Tag der Aufnahme: 23. IV. 30.

Tag des Abgangs: 27. Juli 1931

Bestrafungen: Keine

Freiburg i. Br., den 27. Juli 1931 19....

Der Rektor

Weber.

			bezahlt	RM.	Rpf.
Unterrichtsgelder					
Ersatzgelder					
Studien- und Institutsgebühr					
Beitrag für soziale Einrichtungen					
Diebstahl- und Unfallversicherung			Summe		
Sonstige Beiträge			Akad. Quästur		
Summe					

BONN, den 22. Juli 1932

Zeugnis

über die

Teilnahme an dem physiologisch-chemischen Praktikum

bei der

Universität Bonn

Dem Studierenden der Medizin, Joachim Ruppel

geboren in Gotha wird hiermit bescheinigt, daß er — ~~sie~~

im Sommer-Halbjahr 1932 vom 18ten April

bis 22ten Juli 1932 an dem physiologisch-chemischen

Praktikum regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen hat.

Prof. Dr. phil. et med. [illegible]

Ebbecke

Direktor des physiologischen Instituts.

Gymnasium Ernestinum

Gymnasium mit Realgymnasium

Gotha

Zeugnis der Reife

Joachim Adolf Ruppel

geboren den 4. Februar 1912 zu Gotha

Sohn ~~(Tochter)~~ des Augenarztes Dr. med. Richard Ruppel

zu Gotha

war 9 Jahre auf dem Gymnasium und zwar 2 Jahre in Prima

Betragen und Fleiß

Sein Betragen war sehr gut, sein Fleiß gut

Hofbuchdruckerei, Gotha

Kenntnisse und Leistungen

Religion (Lebenskunde): ———

Deutsch (Deutschkunde): genügend

Geschichte (Staatsbürgerkunde): genügend

Erdkunde: nicht genügend

Mathematik: nicht genügend

Physik: genügend

Latein: gut

Griechisch: gut

Französisch: gut

Englisch: ———

Zeichnen: genügend

Musik und Gesang: ———

Leibesübungen: ———

Handschrift: nicht genügend

Der unterzeichnete Prüfungsausschuß

hat ihm danach das

Zeugnis der Reife

zuerkannt

Gotha, den 28. Februar 1930.

Staatlicher Prüfungsausschuß

Prof. Dr. Anz, Oberstudiendirektor, zugleich Regierungsvertreter

Dr. M. [illegible], Oberstudienrat.

Dr. H. Fischer, Studienrat.

[illegible], Studienrat

Dr. W. Langbein, Studienrat.

H. G. [illegible], Studienrat.

Alf. [illegible], Studienrat

G. [illegible], Realabiturient

THE GRADUATE FACULTY OF POLITICAL AND SOCIAL SCIENCE
ORGANIZED UNDER THE NEW SCHOOL FOR SOCIAL RESEARCH
66 WEST 12th STREET • NEW YORK 11 • GRAMERCY 7-8465

September 29, 1945

Dear Mr. Ruppel:

The Committee on Requirements at its meeting on September 26 has examined your records and has come to the conclusion that your educational background is the equivalent of the B. A.

You are therefore admitted as a regular student to the Graduate Faculty.

Sincerely,

Carl Meyer

Carl Meyer, Chairman
Committee on Requirements

AR 25336 1/6 undated, 1933-1945, after 1962

Jack Ruppel: work records

Gültig im Gebiete des Deutschen Reiches

FREISTAAT SACHSEN

Auf das Jahr 1935

Nr. der Karte 73

Legitimationskarte

für Kaufleute, Handlungsreisende und Handlungsagenten für einen inländischen Gewerbebetrieb

(§§ 44, 44a Abs. 1 bis 5 der Reichsgewerbeordnung)

Daß der Inhaber

Herr/Frau Joachim Ruppell

die durch das Lichtbild und die Beschreibung dargestellte Person ist, wird beglaubigt.

Pirna, den 6. April 1935

Der Rat der Stadt Pirna
Gewerbeamt
I. A. Meissel

5616 33 II D

Wertmarke 5.00 RM

10. April 1935

Bezeichnung der Person
des Inhabers

Alter: 4. 2. 1912 Haare: schwarz Augen: braun

Gestalt: mittel

Staatsangehörigkeit: deutsche

Geburtsort und Kreis: Halle

Besondere Kennzeichen: keine

Unterschrift: Joachim [illegible]

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Inhaber dieser Karte

für die hiesige [illegible]
Fabrik Gustav Heß
reist.

Zur Beachtung

Diese Legitimationskarte gilt nur für den Inhaber eines inländischen stehenden Gewerbebetriebs, für in seinen Diensten stehende Reisende und für Handlungsagenten. Sie muß während der Ausübung der Reisetätigkeit mitgeführt und auf obrigkeitliches Verlangen vorgezeigt werden. Sie ist nicht übertragbar.

Diese Karte berechtigt den Inhaber, für die Zwecke dieses Gewerbebetriebs:

Im Inlande: A. Bestellungen auf Waren zu suchen,
B. Waren aufzukaufen.

Zu A.

1. Auf vorherige Aufforderung kann der Karteninhaber bei jedermann Bestellungen aufsuchen;
2. ohne Aufforderung darf er Bestellungen aufsuchen
   a) bei Kaufleuten in deren Geschäftsräumen,

Arbeitsbuch

(Gesetz vom 26. Februar 1935, RGBl. I S. 311).

Nr [illegible] 14623

Joachim Rüppel

(Vor- und Zuname, bei Frauen auch Geburtsname)

Joachim Rüppel

(Eigenhändige Unterschrift des Inhabers)

1	Geburtstag	4. Feb. 1912
2	Geburtsort	Gotha
	Kreis	
3	Staatsangehörigkeit	Deutsches Reich
4	Familienstand a led., verh., gesch., verw.	ledig
	b Zahl der minderjährigen Kinder	keine
5	Wohnort und Wohnung	Gotha, Friedrichstr. [illegible] 19

Berufsausbildung

a	Abgeschlossene Lehre	von 1.4.33 bis 31.3.35
		als Chem. Lehrling
	Lehrbetrieb (Art)	Chemische Fabrik
	Ort	Pirna
b	Fachschulbildung	Universität Freiburg u. Bonn 1930/32
c	Sonstige Fachausbildung	Volontär in Chem. Fabrik Mai 1933/Apr. [illegible] 1935 20.8.36 [illegible]
d	Landwirtschaftl. Kenntnisse	keine
e	Besondere Fertigkeiten (z. B. Führerschein für Kraftfahrzeuge, für Flugzeuge)	Führerschein Kl. III

Bisherige Beschäftigungsarten von längerer Dauer	vom	bis
Geschäftsführer b/ ~~Chemische Fabr.~~ Export-Agent	1.8.35	—

Berufsgruppe 25

Berufsart a 1

Ausgestellt am: 4. Aug. 1935

(Stempel des Arbeitsamts)

Arbeitsamt Gotha Dienstsiegel

Arbeitsamt Gotha

Angelhardt

(Unterschrift)

1 Name und Sitz des Betriebes (Unternehmers) (Firmenstempel)	2 Art des Betriebes oder der Betriebsabteilung	3 Tag des Beginns der Beschäftigung	4 Art der Beschäftigung (möglichst genau angeben)	5 Tag der Beendigung der Beschäftigung	6 Unterschrift des Unternehmers
Teodoro [illegible] Barcelona		1 August 1935	Export	15. I. 36.	[illegible]

Anzeige über die
Entlassung
eines Arbeiters oder Angestellten.

(§ 6 Abs. 1 der 1. Durchführungs-Verordnung zum Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches vom 16. 5. 1935, §§ 5 und 8 der Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt vom 18. 5. 1935.)

Name des Entlassenen: R u p p e l

Vorname: Joachim **Beruf:** Kaufmann

Geboren am: 4.2.12 **Nr. des Arbeitsbuches:** 228/14623

Wohnung: Gotha, Friedrichstr. 7
(Ort) (Straße) (Nr.)

Entlassen am: 15.1.1936

Beschäftigt gewesen als: Geschäftsführer

Die vorgeschriebene Eintragung im Arbeitsbuch ist erfolgt.

Berlin, den 5. August 1936.

Unterschrift des Unternehmers
(Führer des Betriebes oder der Verwaltung,
Haushaltungsvorstand):

Art des Betriebes: sollte erst in der Türkei gegründet werden.

Anschrift: -.-

An das
Arbeitsamt

G o t h a

TEODORO PARPAROF

Director Gerente y Fundador del SUD-OESTE COMERCIAL

Teléfono 73775
Guillermo Tell, 44, 3.º-2.ª

BARCELONA

SUD-OESTE COMERCIAL

Moncada-Reixac (Barcelona)
Calle Mayor, 98.

Chemische u. pharmazeutische Produkte
Drogeriebedarf — Neuheiten

Deutsche Generalvertretung

Berlin W 50, Nürnberger Str. 53/55

Tel.
B 4 7926

Merkblatt

für Arbeitsbuchinhaber und Betriebsführer

JUNI 1935

Merkblatt

für Arbeitsbuchinhaber und Betriebsführer

A. Pflichten des Arbeiters und Angestellten

1. Arbeitsbuch sorgfältig aufbewahren.
2. Verlust dem Arbeitsamt sofort anzeigen.
3. Bei Aufnahme von Beschäftigung Arbeitsbuch dem Unternehmer sofort aushändigen.
4. Neben dem Arbeitsbuch müssen besitzen:

a) Ausländer und Staatenlose: Arbeitserlaubnis oder Befreiungsschein *),

b) Mitglieder der Reichskulturkammer: Mitgliedsausweis,

c) Beschäftigte in der Binnenschiffahrt: Fahrtenbücher, soweit diese vorgeschrieben sind,

d) Minderjährige: Arbeitsbuch für Minderjährige nach der Reichsgewerbeordnung

*) Neben der Arbeitserlaubnis bedarf der Unternehmer für die Beschäftigung eines Ausländers oder Staatenlosen der Beschäftigungsgenehmigung des Landesarbeitsamtes.

B. Pflichten des Unternehmers

1. Arbeitsbuch sorgfältig aufbewahren.
   Bei mehreren gleichzeitigen Beschäftigungen bewahrt der Unternehmer das Arbeitsbuch auf, bei dem der Arbeiter oder Angestellte zuerst beschäftigt war.
2. Bei Beendigung der Beschäftigung Arbeitsbuch (ebenso wie die Quittungskarte der Invalidenversicherung) dem Arbeiter oder Angestellten zurückgeben. Ein Zurückhaltungsrecht besteht nicht.
3. Verlust dem Arbeitsamt sofort anzeigen.
4. In das Arbeitsbuch eintragen:

a) Beginn, Art und Beendigung der Beschäftigung,

b) Wesentliche Änderungen der Beschäftigungsart,

c) Wohnungsänderungen.

Nicht eingetragen werden gelegentliche Dienstleistungen oder Beschäftigungen gegen geringfügiges Entgelt, die krankenversicherungsfrei sind.

Verboten sind Merkmale, die den Arbeiter oder

wenden

Berlin, den 27. 1. 36.

Herrn
Joachim R u p p e l ,
Gotha,
.-.-.-.
Friedrichstr. 7.

Sehr geehrter Herr Ruppel !

Herr Parparof, der eben bei mir ist, bestätigt Ihnen den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 26. d. M, aus dem er ersehen hat, dass die Vereinbarung so, wie sie besprochen ist, nunmehr rechtsgültig zustande gekommen ist.

Er hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, dass Sie einen Todesfall in Ihrer Familie haben, der Ihre Rückkehr verzögerte, bittet Sie aber um gefl. umgehende Mitteilung, wann er Sie hier erwarten kann, damit die notwendigen Dispositionen getroffen werden können und die Abreise des Herrn Parparof nicht unnötig verzögert zu werden braucht.

Hochachtungsvoll

[signature]

Rechtsanwalt.

Herzliche Grüsse
Par

Herr Joachim R u p p e l aus Gotha hat mit mir von August 1935 bis Februar 1937 zusammengearbeitet, zuerst als Angestellter und später als selbständiger Vertreter. Er ist mir stets ein angenehmer und wertvoller Mitarbeiter gewesen, den ich ganz besonders wegen seines Einfühlungsvermögens, seiner Gewissenhaftigkeit und unbedingten Zuverlässigkeit zu schaetzen gelernt habe.
Vor allem hat sich Herr R. auf den Gebieten der Organisation und der Erforschung fremder Märkte bewährt.

Die Vertretung gibt Herr R. auf, weil das spanische Stammhaus wegen der dortigen Unruhen zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen war, und ich bedauere es ganz außerordentlich, somit seine Mitarbeit verlieren zu müssen.

Ich wünsche Herrn Ruppel herzlich und aufrichtig eine erfolgreiche Zukunft.

Berlin, 28. Februar 1937

für Teodoro Parparof:

[signature]

Sud-Oeste Comercial
IMPORTADORES
PRODUCTOS QUÍMICOS Y FARMACÉUTICOS
DROGUERÍA - ORTOPEDIA
INVENCIONES - DESCUBRIMIENTOS - APLICACIONES PRÁCTICAS

Teléfono 110, Moncada
Teleg.: PARPARO, Barcelona
Código teleg. A B C - 6.ª ed. y Particular

MONCADA-REIXAC (Barcelona)
Calle Mayor, 98

4.Oktober 35

Herrn
Joachim Ruppel
A n k a r a
Rasim Hayri B.Apartmani Nr.8.
Isiklar Cadesi

Sehr geehrter Herr Ruppel,

ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 30.9.
In Ergänzung des gestrigen Schreibens von Herrn Bender
bitte ich Sie, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen:

Den Entwurf der Vollmachtfür Herrn Atif habe ich erhalten, ich kann mich aber nicht dazu entschliessen, eine derartig weitgehende Vollmacht auszustellen. Nicht etwa infolge mangelnden Vertrauens zu Herrn Atif, sondern aus dem prinzipiellen Grunde,dass die kaufmännischen Eigenschaften des Herrn Atif noch nicht genügend ausgebildet sind,dass er in der Lage wäre, sich auf Grund derartiger Befugnisse entsprechend zu verpflichten. Es wäre noch die Möglichkeit gegeben,diese Vollmacht Herrn Atif zu erteilen, wenn die Sicherheit bestünde, dass auf Grund einer weiteren internen Abmachung bezw. infolge des Geschäftsganges selbst die Leitung, die Entscheidung sowie die praktische Durchführung aller Geschäfte in Ihren Händen liegen würde. Mit anderen Worten, dass die ganze Arbeit in der Türkei in den in Berlin besprochenen Richtlinien von Ihnen sowie von Herrn Atif geführt wird. Infolge Ihrer Mitteilung, dass Ihnen die Aufenthaltsgenehmigung dort nur alsTourist erteilt wor-

SUD-OESTE COMERCIAL
MONCADA - REIXAC (BARCELONA)

Herrn Ruppel 4.10.35.

den ist, bezweifle ich aber, dass dieser zweite Variant durchführbar ist, und werde mich freuen, wenn Sie diese Frage so regulieren werden, dass die Arbeit unter Ihrer ständigen Kontrolle geführt wird und dass Sie, sei es in Berlin, sei es in der Türkei , offiziell auftreten können.

Abgesehen davon sehe ich übrigens nach nochmaligem gründlichem Studium Ihrer Briefe vom 31.8. und 2.9. nicht die Notwendigkeit einer speziellen Vollmacht für die Firmengründung, denn es würde zunächst genügen, dass wir uns gemäss Ihrem Schreiben vom 2.9. für die Bearbeitung der Behörden- Lieferungen eintragen lassen. Dieses kann uns doch nicht hindern, auch Untersuchungen des Privatmarktes anzustellen und Sie wissen ja, dass noch viel Zeit vergehen wird bis wir Privataufträge erhalten werden, sodass wir Zeit genug haben. nötigenfalls die Registrierung der Firma nachträglich entsprechend zu erweitern.

Ich sehe auch nicht ein, warum eine Eintragung bei der Handelskammer in diesem Falle nötig ist bezw. Ausstellung einer Vollmacht im Zusammenhange mit der Freigabe der Ware vom Zoll. Soweit ich mir vorstelle, werden wir keine Warenempfänger sein, denn wir sind ausschliesslich Vertreter, sei es bei Lieferungen an die Behörden, sei es bei Lieferungen an die Privatkundschaft und wird die Ware direkt an die Käufer gesandt und auch die Zahlungen direkt an die Verkäufer, ohne uns als Zwischenstelle zu benutzen, geleistet werden. Sollte es sich in einzelnen Fällen um Zollformalitäten etc. handeln, so kann diese Frage durch eine Speditionsfirma im Auftrage der Fabrik geregelt werden und bei evtl. erforderlichen Interventionen unsererseits würde die Vollmacht der einzelnen Fabriken, die uns im allgemeinen ausgestellt wer-

SUD-OESTE COMERCIAL
MONCADA - REIXAC (BARCELONA)

Herrn Ruppel 4.10.35.

den ist, bezweifle ich aber, dass dieser zweite Variant durchführbar ist, und werde mich freuen, wenn Sie diese Frage so regulieren werden, dass die Arbeit unter Ihrer ständigen Kontrolle geführt wird und dass Sie, sei es in Berlin, sei es in der Türkei , offiziell auftreten können.

Abgesehen davon sehe ich übrigens nach nochmaligem gründlichem Studium Ihrer Briefe vom 31.8. und 2.9. nicht die Notwendigkeit einer speziellen Vollmacht für die Firmengründung, denn es würde zunächst genügen, dass wir uns gemäss Ihrem Schreiben vom 2.9. für die Bearbeitung der Behörden- Lieferungen eintragen lassen. Dieses kann uns doch nicht hindern, auch Untersuchungen des Privatmarktes anzustellen und Sie wissen ja, dass noch viel Zeit vergehen wird bis wir Privataufträge erhalten werden, sodass wir Zeit genug haben. nötigenfalls die Registrierung der Firma nachträglich entsprechend zu erweitern.

Ich sehe auch nicht ein, warum eine Eintragung bei der Handelskammer in diesem Falle nötig ist bezw. Ausstellung einer Vollmacht im Zusammenhange mit der Freigabe der Ware vom Zoll. Soweit ich mir vorstelle, werden wir keine Warenempfänger sein, denn wir sind ausschliesslich Vertreter, sei es bei Lieferungen an die Behörden, sei es bei Lieferungen an die Privatkundschaft und wird die Ware direkt an die Käufer gesandt und auch die Zahlungen direkt an die Verkäufer, ohne uns als Zwischenstelle zu benutzen, geleistet werden. Sollte es sich in einzelnen Fällen um Zollformalitäten etc. handeln, so kann diese Frage durch eine Speditionsfirma im Auftrage der Fabrik geregelt werden und bei evtl. erforderlichen Interventionen unsererseits würdedie Vollmacht der einzelnen Fabriken, die uns im allgemeinen ausgestellt wer-

den müssen, vollständig genügen.

Es sei, dass uns Ware in Konsignation gegeben wird und wird auch in diesem Falle die Vollmacht der Fabrik sowie die Instruktionen, die die Absender an den Spediteur erteilen werden, genügen. Ich wiederhole aber, dass die Frage des Konsignationslagers noch lange nicht akut ist und auch hier werden wir genug Zeit haben, uns entsprechend umzustellen.

Was für den Anfang unbedingt notwendig ist, ist die Eintragung der Ya-Do-Tev, gleichgültig in welcher Form, um in der Lage zu sein, sich gegenüber den Fabriken rechtfertigen zu können und auch eine entsprechende Stellung einzunehmen. Letzen Endes ist es gleichgültig, unter welchem Mantel wir die Arbeit dort führen. Die Hauptsache ist, dass wir zu Geschäften kommen. Ich glaube, dass Sie sowie auch Herr Atif meinen Standpunkt teilen werden. Denn ich möchte unsere dortige Organisation möglichst klar und einfach aufziehen, damit wir keinerlei Komplikationen erleben.

Wenn diese meine Ausführungen den Tatsachen entsprechen, so bitte ich Sie, die Ya-Do-Tev unverzüglich zu legalisieren. Sollte es nicht möglich sein, so sehe ich zur Zeit keine andere Lösung, als Ihnen zu empfehlen, zu versuchen, die Arbeit in der jetzigen Form fortzusetzen oder eine andere Form ausfindig zu machen, die mit der Ausstellung von speziellen Vollmachten in meinem Namen nicht verbunden ist. Allerdings glaube ich kaum, dass es logisch sein wird, die Arbeit unter der Abschrift "Übersee- und Orient- Exporthandel" fortzusetzen, da

Herrn Joachim Ruppel , Ankara 4.10.35.

die Firma hier bereits gelöscht ist.

Vielleicht lässt es sich so arrangieren, dass wir unsere Tätigkeit dort unter der Abschrift " als"Vertreterbüro" im Namen der von uns vertretenen Fabriken führen. Mit anderen Worten, dass wir,anstatt als selbständige türkische Firma auftreten, wodurch man uns als Unternehmen, das für eigene Rechnung und Gefahr arbeitet, betrachtet, als Agentur der von uns vertretenen Fabriken und auf Grund deren Vollmachten fungieren. Ich glaube, dass auf diese Weise die Formalitäten, die für die Gründung einer selbständigen Firma notwendig sind, hinfällig sein werden. Die Registrierung könnte evtl. unter folgender Firmierung stattfinden, die auch auf unseren Briefbogen zu verwenden sein würde:

Dr. Thilo, Wenderoth (und die anderen Firmen)
Vertreterbüro, Ankara
oder:(Türkische Agentur)

Die einzelnen Vollmachten der Fabriken werden wir auf den Namen von Atif in der üblichen Form ausstellen lassen. Die Steuern für die einzelnen Lieferungen werden laut den Ihnen bekannten Gesetzen von den Fabriken selbst in Abzug gebracht. Die Einkommensteuer des Buros werden wir selbst bezahlen müssen. Den Fabriken gegenüber könnten wir eine derartige Firmierung verschiedenartig erklären, wie z.B. mit der Tatsache, dass wir in Wirklichkeit als Vertreter fungieren und die evtl. Aufträge direkt überschreiben und diese auch direkt ausgeführt werden, weniger Formalitäten etc.

Da für Ihren dortigen Aufenthalt wenig Zeit geblieben ist, bitte ich Sie, sich dieser Frage mit grösster Eile zu widmen,um noch vor Ihrer Reise die Organisation so

SUD-OESTE COMERCIAL
MONCADA - REIXAC (BARCELONA)

Herrn Ruppel. Ankara 4.10.35.

oder so zu vollenden.

Was die Untersuchungen in Istanbul anbetrifft, so habe ich nichts dagegen, dass Sie sich Zeit nehmen, den dortigen Markt zu untersuchen. Ihr Brief vom 30.9. sieht nicht so optimistisch aus, wie Ihre vorherigen und ich bitte Sie, die Untersuchungen, die Sie anstellen, so abzuschliessen, dass wir bei unserer nächsten Besprechung in Berlin vollständig im Klaren sein sollen, welche Firmen wir aus unserem Arbeitsprogramm streichen sollen. oder neu aufnehmen.
Ich wünsche Ihnen guten Erfolg und verbleibe mit besten Grüssen

Einschreiben!

CHEMISCHE FABRIK

GUSTAV HESS

Gegründet 1895

Telegramme Chemische

Telefon Sa.Nr. 2641.

Reichsbank Giro-Konto

Postscheck Dresden 2692

Rudolf Mosse Code

Ihr Zeichen -

Ihre Nachricht vom -

Unser Zeichen -

PIRNA a.E.
14.Februar 1938

Z E U G N I S

Herr Joachim R u p p e l , geb.4.2.1912 war seit dem 1.Mai 1933 bis 1. Juli 1935 in unserem Fabrikbüro beschäftigt. Er hatte sich in der Hauptsache mit der Verkaufskorrespondenz, nicht nur in Deutsch, sondern auch in Englisch und Französisch, in welchen Sprachen er ausgezeichnete Kenntnisse besitzt, zu befassen. Infolge seiner vielseitigen Begabung arbeitete er zeitweise auch im Einkaufsbüro und in der Hauptbuchhaltung, wo er in der Urlaubszeit den Prokuristen zu vertreten hatte und während welcher Zeit ihm erhebliche Beträge anvertraut waren.

Nachdem Herr Ruppel in unseren verschiedenen Abteilungen genügend Gesamtüberblick erworben hatte, konnten wir ihm das gesamte Werbewesen übertragen, das er mit viel Geschick besorgte. Schließlich bemerken wir, dass Herr Ruppel auch Gelegenheit hatte, mit der Kundschaft persönlich in Fühlung zu kommen, wobei er überraschend schnell Verkaufserfolge hatte. Wir benutzten daher gern die Gelegenheit, Herrn Ruppel während seiner freiberuflichen Tätigkeit in den Jahren 1936 und 1937, soweit es seine eigene Zeit gestattete, wiederholt zur Vertretung beurlaubter oder erkrankter Herren bei uns zu beschäftigen.

Zusammenfassend bemerken wir, dass wir mit den Leistungen des Herrn Ruppel in jeder Beziehung zufrieden waren. Er ist ausgesprochen intelligent, hat eine leichte Auffassungsgabe und verfügt über großes Wissen und gutes technisches Verständnis. Er war stets fleißig, ehrlich und pünktlich und seine Führung ohne jeden Tadel.

Wir wünschen ihm viel Glück für seine Zukunft.

CHEMISCHE FABRIK GUSTAV HESS

Muster 7
(zu § 14 Abs. 3)

Führerschein.

Ausgestellt für Herrn Joachim

Adolf Rüppel

geboren am 4 ten Februar 1912

in Gotha

wohnhaft in Pirna a. E.

Hoßmanz Straße Nr. 64

Herr Rüppel

ist ermächtigt, ein Kraftfahrzeug mit Antrieb durch

der Klasse „3" zu führen.

Pirna, den 2ten Okt. 1933.

(Stempel)

Liste Nr. 313 3

Eigenhändige Namensunterschrift des Inhabers:

Der Polizeidirektor

Gotha, den 12. Februar 1937.

Führungszeugnis

Dem Kaufmann Herrn Joachim Ruppel,

geboren am 4ten Febr. 1912 zu Gotha,

wird auf Ansuchen

bescheinigt, daß der selbe

vom Geburt bis 21.4.1930,
" 2.8.1930 " 27.10.1930,
" 4.8.1931 " 16.4.1932,
" 1.12.1932 " 25.5.1933 und
" 5.6.1935 an "
" "
" "

hier gemeldet - - - - - und in den polizeilichen Listen als bestraft nicht verzeichnet ist.

Jedes Führungszeugnis hat die Erklärung zu enthalten, daß etwaige Verurteilungen, über die nach dem Reichsgesetz vom 9. April 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 507) keine Auskunft erteilt werden darf, als nicht verzeichnet behandelt werden.

Land Thüringen — Der Polizeidirektor Gotha

J. A.
[signature]

Land Thüringen 1 RM Polizeikosten — 16. Feb. 1937
Land Thüringen 1 RM Polizeikosten — 16. Feb. 1937

2,-- RM Gebühr

2000. 5. 36. K.

STRATHMORE CAREER COUNSELORS
INCORPORATED

Consultants on Career Problems since 1920

119 West 57th Street • New York 19, N. Y. • Circle 7-0558

....

....
....
....

Gentlemen:

We have available for employment a man who, we believe, would be an asset to your organization.

This gentleman is now doing market research for a well-known firm of Market Research Consultants of this city, but is seeking wider scope for his talents and abilities. He could leave his present position at short notice and would receive highest credentials from his employer.

As a result of our aptitude tests we find that this man has:

1. An Intelligence Quotient which is greater than 94% of the general population;
2. Social Intelligcne which is greater than 71% of college men;
3. Knowledge of Business Practices and Procedures which is equal to 90% of business school graduates;
4. English vocabulary which is equal to that of a college graduate;
5. Analytical Ability which is above the median for male adults;
6. Creative Originality which is rated as superior.

While the applicant is trained to do market research, he would like to utilize his aptitudes and abilities to the maximum extent in the field of Advertising and, therefore, is willing to start at a modest salary in order to prove his worth to your organization.

His background is: 32 years of age, single (no dependents), 2 years of college training. Recently he has been honorably discharged from the United States Army.

If you would like more information regarding this gentleman we shall be glad to furnish any details you may desire, or arrange for a personal interview.

Yours very truly,

RS:gmh

STRATHMORE CAREER COUNSELORS,Inc.

Breakdowns used in Industrial Surveys Company's Consumer Panel, 1945

City Size :

Farm Homes
Cities to 10.000
Cities 10.000 to 100.000
Cities over 100.000
also : Urban Families
Rural Families

Regions :

East
South
West
Central

Occupation :

Professional, Executive
Clerical, Sales, Service
Craftsman, Laborer
Farmers, Farm Hands

Education :

Grade School
High School
College

Economic Classification :

A,B,C, D - ; sometimes : Economic Halves

Age of Respondents :

under 35 (1)
36-44
over 44

Age of Children :

under 5

6-12
13-20
(and : people without children)

Nationality

Panel Size : 2.500 Families(8.800 persons)

Field of application : Food Products, Drug Products.

Family Diary of purchases is used. Compensation paid (data are collected weekly).

Complete balance of sample is claimed, according to income, occupation, age, sex, family size, education, etc.

[illegible] LIST : CITIES

* City is within the metropolitan district (as defined by the Census) of a city having 50,000 or more population.

** City is one of a group of contiguous cities which, together, have 50,000 or more population and therefore the center of a metropolitan district.

(Gov. & Fin.) City is classified as Institutional because of relatively high percentage employed in finance, insurance, real estate, and government.

(R. R.) City is classified as Institutional because of relatively high percentage employed in railroads (including railroad repair shops) and railway express.

(Special) City is classified as Institutional because of relatively high percentage employed in professional and related services. These cities are college towns, resorts, health centers, etc.

Cities 25,000 - 50,000 Population

Mercantile
Abilene, Tex.
Bangor, Me.
Belvedere, Calif. *
Burlington, Ia.
Chelsea, Mass. *
Ft. Smith, Ark.
Great Falls, Mont.
Green Bay, Wisc.
Huntington Park, Cal.
Hutchinson, Kan.
Joplin, Mo.
Lubbock, Tex.
Mason City, Ia.
Monroe, La.
Quincy, Ill.
Stockton, Cal.

Institutional
Ann Arbor, Mich. (Spec)
Alameda, Cal. (Gov-&Fin)
Alexandria, Va. **
Arlington, Mass. **
Bakersfield, Cal. (Spec.)
Baton Rouge, La. (Gov & Fin)
Battle Creek, Mich. (Spec.)
Beverly Hills, Cal. (G & F)
Bloomington, Ill. (Spec.)
Boise, Idaho (G & F)
Colorado Springs, Col. (Spec.)
Concord, N.H. (G & F)
Cumberland, Md. (R. R.)
Danville, Ill. (Spec.)
Galesburg, Ill. (R. R.)
Hackensack, N.J. * (G & F)*
Haverford T'nshp., Pa. **
Lafayette, Ind. (Spec.)
Laredo, Tex. (G & F)
Lexington, Ky. (Spec.)
Lower Merion T'nshp., Pa. (Spec)*
Miami Beach, Fla. (G&F)
Montclair, NJ (G&F) *
New London, Conn. (G & F)
Newport, R.I. (G&F) *
Ogden, Utah (R. R.)
Orange, N J (G & F)
Pensacola, Fla. (G & F)
Raleigh, N.C. (G & F)
Rochester, Minn. (Spec.)
Rocky Mt., NC (R. R.)
Salem, Ore. (G & F)
San Bernardino, Cal. (RR)
Santa Barbara, Cal. (Spec)
Tuscaloosa, Ala. (Spec)
Tucson, Ariz. (Spec.)
West Hartford, Conn. (G&F) *
West Orange, NJ (G & F) *
W. Palm Beach, Fla. (Spec)
White Plains, NY (G&F)
Wilmington, NC (R.R.)

Institutional - Trade
Albuquerque, N.M.
Alexandria, La.
Alhambra, Cal. *
Belmont, Mass.
Brookline, Mass. *
Council Bluffs, Ia. **
Enid, Okla.
Fargo, N.D.
La Crosse, Wis.
Melrose, Mass.
Muskogee, Okla.
Orlando, Fla.
Riverside, Cal.
San Angelo, Tex.
Santa Ana, Cal. *
Sioux Falls, S.D.
Superior, Wis.
Teaneck, N.J. *
Tyler, Tex.
University City, Mo.*
Wauwatosa, Wis.
Yakima, Wash.

Balanced
Appleton, Wis.
Ashland, Ky.
Aurora, Ill.
Bay City, Mich.
Belleville, Ill.
Bellingham, Wash.
Berwyn, Ill. *
Burbank, Cal.
Butte, Mont.
Clarksburg, W.Va.
Clinton, Ia.
Cranston, R.I. *
Danville, Va.
Dubuque, Ia.
E. Cleveland, O. *
E. Providence, RI*
Eau Claire, Wis.
Elmira, NY
Everett, Mass. *
Everett, Wash.
Fond du Lac, Wis.
Greenville, SC
Hagerstown, Md.
Inglewood, Cal.
Jackson, Mich.
Joliet, Ill.
Kingston, NY.
Lima, O.
Lynchburg, Va.
Marion, O.
Maywood, Ill.
Meriden, Conn.
New Albany, Ind. *
Newburgh, N.Y.
Newcastle, Pa.
Newport, Ky. *
North Bergen, NJ *
Norwood, O. *
Oshkosh, Wis.
Ottumwa, Ia.
Owensboro, Ky.
Paducah, Ky.
Parkersburg, W.Va.
Petersburg, Va.
Plainfield, NJ
Port Huron, Mich.
Portsmouth, O.
Poughkeepsie, NY

Balanced (cont'd)
Revere, Mass. *
Rock Island, Ill. *
Southgate, Cal.
Spartanburg, S.C.
Watertown, Mass. *
Watertown, NY
Wausau, Wis.
West Haven, Conn. *
Wichita Falls, Tex.
Wilkinsburg, Pa. *
Zanesville, O.

Industrial
Aliquippa, Pa.*
Alton, Ill.
Amsterdam, NY
Anderson, Ind.
Anniston, Ala.
Auburn, NY
Belleville, NJ (also Inst.)
Beloit, Wis.
Beverly, Mass. *
Bloomfield, NJ (also Inst.) *
Bristol, Conn.
Central Falls, RI *
Chicopee, Mass. *
Clifton, NJ
Easton, Pa.
Elgin, Ill.
Elkhart, Ind.
Elyria, O.
Fitchburg, Mass.
Gadsden, Ala.
Garfield, NJ *
Hamtramck, Mich. *
Hazleton, Pa.
Haverhill, Mass.
High Point, NC
Jamestown, NY
Kearny, NJ (also Inst.)
Kenosha, Wis.
Kokomo, Ind.
Lebanon, Pa.
Lewiston, Me.
Lorain, O.
Mansfield, O.
Marion, Ind.
Massillon, O. *
Meriden, Conn. *
Michigan City, Ind.
Middletown, Conn.
Middletown, O. *
Mishawaka, Ind.
Moline, Ill.
Muncie, Ind.
Muskegon, Mich.
Nanticoke, Pa.
Nashua, NH
Newark, O.
New Brunswick, NJ *
Newport News, Va.
Norristown, Pa.
Norwalk, Conn.
Perth Amboy, NJ
Pittsfield, Mass.
Pt. Arthur, Tex.
Richmond, Ind.
Rome, Ga.
Rome, NY
Royal Oak, Mich. *
Salem, Mass.
Sharon, Pa.
Sheboygan, Wis.
Stamford, Conn.
Steubenville, O.
Taunton, Mass.
Torrington, Conn.
Waltham, Mass.
Warren, O.
Warwick, RI *
Washington, Pa. *
Waukegan, Ill. *
West Allis, Wis. *
W. New York, NJ *
Williamsport, Pa., Woodbridge, NJ, Woonsocket, RI*, Wyandotte, Mich*

50,000 to 100,000

Mercantile Centers
Amarillo, Tex.
Cedar Rapids, Ia.
El Paso, Tex.
Fresno, Cal.
Lakewood, O. *
Medford, Mass. *
Oak Park, Ill. *
Portland, Me.
St. Joseph, Mo.
Shreveport, La.
Sioux City, Ia.

Institutional - Trade
Cleveland Hts., O. *
Columbia, S.C.
Glendale, Cal. *
Little Rock, Ark.
Lincoln, Neb.
Mt. Vernon, NY *
Phoenix, Ariz.
San Jose, Cal.
Springfield, Mo.
Stockton, Cal.
Up. Darby Twnshp., Pa.*
Waco, Tex.

Institutional
Altoona, Pa. (RR)
Arlington Co., Va. (G&F)
Asheville NC (Spec)
Atlantic City, NJ
Austin, Tex. (G&F)
Berkeley, Cal. (Spec) *
Covington, Ky (RR) *
Decatur, Ill. (RR)
East Orange, NJ (G&F) *
E. St. Louis, Ill. (RR)
Evanston, Ill (Spec) *
Galveston, Tex.
Harrisburg, Pa. (G&F)
Huntington, W.Va. RR
Lansing, Mich. G & F
Madison, Wis. Spec.
Montgomery, Ala. G&F
New Rochelle, NY G&F
Newton, Mass. Spec. *
Pasadena, Cal. Spec. *
Portsmouth, Va. G & F
Pueblo, Colo —
Roanoke, Va. R R
St. Petersburg, Fla. G&F
Springfield, Ill. G&F
Topeka, Kans. R.R.

Balanced
Augusta, Ga.
Beaumont, Tex.
Binghamton, NY
Charleston, SC
Charleston, W.Va.
Columbus, Ga.
Corpus Christi, Tex.
Davenport, Ia. **
Evansville, Ind.
Greensboro, NC
Hoboken, NJ *
Irvington, NJ *
Jackson, Miss.
Kalamazoo, Mich.
Lancaster, Pa.
Macon, Ga.
Malden, Mass. *

Balanced (cont'd)
Mobile, Ala.
Quincy, Mass. *
Saginaw, Mich. **
Santa Monica, Cal. *
Savannah, Ga.
Terre Haute, Ind.
Troy, N.Y.
Union City, NJ*
Waterloo, Ia.
Wheeling, W.Va.
Wilkes Barre, Pa.*

Industrial
Allentown, Pa. **
Bayonne, N.J. *
Bethlehem, Pa. **
Brockton, Mass. *
Chester, Pa.
Cicero, Ill. *
Dearborn, Mich. *
Durham, NC
East Chicago, Ind.*
Hamilton, O.
Hammond, Ind. *
Highland Park, Mich. *
Holyoke, Mass.
Johnstown, Pa.
Lawrence, Mass. *
Lynn, Mass.
Manchester, N.H.
McKeesport, Pa.
New Britain, Conn.*
Niagara Falls, NY *
Passaic, N.J. *
Pawtucket, R.I. *
Pontiac, Mich.
Racine, Wis.
Rockford, Ill.
Schenectady, NY *
Springfield, O.
Waterbury, Conn.
Winston-Salem, NC
York, Pa.

For cities 50 - 100,000 :

* within metropolitan area of a city with over 100,000 pop.

** two or more cities with less than 100,000 population within a single metropolitan area.

Cities 100,000 Population and over

Marketing Centers

- Atlanta, Ga.
- Boston, Mass.
- Charlotte, N.C.
- Chicago, Ill.
- Cincinnati, O.
- Dallas, Tex.
- Duluth, Minn.
- Houston, Tex.
- Jacksonville, Fla.
- Kansas City, Mo.
- Memphis, Tenn.
- Minneapolis, Minn.
- New Orleans, La.
- New York City, NY
- Omaha, Neb.
- Pittsburgh, Pa.
- Richmond, Va.
- San Francisco, Cal.
- St. Louis, Mo.

Satellites

- Cambridge, Mass.
- Jersey City, NJ
- Kansas City, Kas.
- Oakland, Cal.
- Somerville, Mass.
- Tacoma, Wash.
- Yonkers, NY

Industrial

- Akron, O.
- Bridgeport, Conn.
- Camden, N.J.
- Canton, NY
- Cleveland, O.
- Dayton, O.
- Detroit, Mich.
- Elizabeth, NJ
- Erie, Pa.
- Fall River, Mass.
- Flint, Mich.
- Fort Wayne, Ind.
- Gary, Ind.
- Lowell, Mass.
- Milwaukee, Wis.
- New Bedford, Mass.
- Patterson, N.J.
- Providence, R.I.
- Reading, Pa.
- Rochester, N.Y.
- Scranton, Pa.
- South Bend, Ind.
- Tampa, Fla.
- Trenton, N.J.
- Utica, N.Y.
- Worcester, Mass.
- Youngstown, O.

Institutional

- Albany, N.Y.
- Columbus, O.
- Denver, Colo.
- Des Moines, Ia.
- Fort Worth, Tex.
- Long Beach, Cal.
- Los Angeles, Cal.
- Miami, Fla.
- Nashville, Tenn.
- Norfolk, Va.
- Oklahoma City, Okla.
- Portland, Ore.
- Sacramento, Cal.
- Salt Lake City, Utah
- San Antonio, Tex.
- San Diego, Cal.
- St. Paul, Minn.
- Seattle, Wash.
- Spokane, Wash.
- Tulsa, Okla.
- Washington, D.C.
- Wichita, Kas. (??)

Middle

- Baltimore, Md.
- Birmingham, Ala.
- Buffalo, N.Y.
- Chattanooga, Tenn.
- Grand Rapids, Mich.
- Hartford, Conn.
- Indianapolis, Ind.
- Knoxville, Tenn.
- Louisville, Ky.
- Newark, N.J.
- New Haven, Conn.
- Philadelphia, Pa.
- Peoria, Ill.
- Springfield, Mass.
- Syracuse, N.Y.
- Toledo, O.
- Wilmington, Del.

NIELSEN DRUG INDEX TERRITORIES

Eastern States

Connecticut
Delaware
District of Columbia
Maine
Maryland
Massachusetts
New Hampshire
New Jersey
New York
Pennsylvania
Rhode Island
Vermont
West Virginia

Central States

Illinois
Indiana
Iowa
Kansas
Michigan
Minnesota
Missouri
Nebraska
North Dakota
Ohio
South Dakota
Wisconsin

Southern States

Alabama
Arkansas
Florida
Georgia
Kentucky
Louisiana
Mississippi
North Carolina
Oklahoma
South Carolina
Tennessee
Texas
Virginia

Pacific States

Arizona
California
Colorado
Idaho
Montana
Nevada
New Mexico
Oregon
Utah
Washington
Wyoming

Stadtbezirk C. 8
Steuerbezirk 11
Steuernummer

Berlin Charlottenburg, den 19. II. 1936
[illegible] Straße Nr. 72/73 Zimmer Nr. 46
Anruf [illegible] 339

Bescheinigung über die An- oder ~~Abmeldung~~ eines Gewerbes.

Die ~~Firma~~ — Herr — ~~Frau~~ — ~~Fräulein~~ — Joachim Rupsel

(Ort) Berlin Schöneberg [illegible] Straße Nr. 12

hat am 10. II. 1936 den selbständigen Gewerbebetrieb

[illegible] für die Betriebsstätte [illegible]

Berlin Charlottenburg [illegible] Straße Nr. 53/5

vom 3. II. 1936 ab hier angemeldet — ~~abgemeldet~~.

Für diesen Betrieb sind zuständig:

a) zur Veranlagung der ~~Umsatz~~steuer das Finanzamt Charlottenburg, Berlin Ost, [illegible] Str. 17, Postscheckkonto Berlin Nr.

b) zur Entgegennahme der Zahlungen auf Gewerbesteuer (Gewerbeertragsteuer und Lohnsummensteuer) die Stadtsteuerkasse 7 C, Berlin Charlottenburg, [illegible] Str. 53/5

Postscheckkonto Berlin Nr.

Jede Veränderung sowie die Einstellung des Gewerbebetriebes ist der unterzeichneten Behörde schriftlich oder mündlich **unter Vorlegung dieser Bescheinigung** anzuzeigen.

Durch diese Anmeldung wird die auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen etwa erforderliche polizeiliche oder sonstige Erlaubnis zum Betriebe des angemeldeten Gewerbes nicht ersetzt. Fällt der angemeldete Betrieb unter § 537 der Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung), so ist die Anmeldung auch bei der für den Betriebssitz zuständigen Abteilung des Versicherungsamts der Stadt Berlin zu bewirken. Der Handel mit **Tabakwaren** ist auch bei dem zuständigen **Hauptzollamt** anzumelden.

Handwerksbetriebe sind außerdem bei der Innung ihres Handwerks an-, ab- und umzumelden.

Der Bezirksbürgermeister des Verwaltungsbezirks Charlottenburg der Stadt Berlin.

Steueramt Abt. C. 8
Im Auftrage
[signature]

STADT BERLIN

Ergänzungen und Berichtigungen:

Gewerbebetrieb ist mit dem 28.2.37 [illegible] gänzlich eingestellt abgemeldet.

Berlin-Charlottenburg, den 9. 3. 1937.
[illegible]
[signature]

HStB. IV. 24. — Din A 4.
Mat. 15393. ● 30000. 10. 35.

Bitte Rückseite beachten!

Diese Bescheinigung ist sorgfältig aufzubewahren und bei der Abmeldung des Gewerbebetriebes an das Steueramt zurückzugeben.

Die wesentlichsten Bestimmungen über die Umsatzsteuer und die Zahlungen auf die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) sowie die Gewerbesteuer.

A. 1. Der **Umsatzsteuer** unterliegen:

a) die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt;

b) der Eigenverbrauch. Solcher liegt vor, wenn ein Unternehmer im Inland Gegenstände aus seinem Unternehmen für Zwecke entnimmt, die außerhalb des Unternehmens liegen;

c) die Einfuhr in das Inland (Ausgleichsteuer).

2. Die Umsatzsteuer beträgt 2%. Geringere Steuersätze gelten für den Großhandel (teils frei, teils ½%) sowie für die Hersteller und Kleinverkäufer von Getreide, Mehl, Backwaren (1%). Betriebe mit Jahresumsätzen von mehr als 1 Million Reichsmark zahlen einen Zuschlag von ½%.

3. Der Steuerpflichtige hat zur Feststellung des Umsatzes fortlaufende Aufzeichnungen zu machen und auch ein Wareneingangsbuch nach der Verordnung vom 20. Juni 1935 (RGBl. 1935 I S. 752) zu führen, sofern er nicht in den dort (§ 1 Abs. 2 und Abs. 9) aufgeführten Fällen — insbesondere als ein in das Handelsregister eingetragener, bücherführender Vollkaufmann — davon befreit ist.

4. Größere Betriebe (mit mehr als 20 000 RM Jahresumsatz) haben monatlich (bis zum 10.), die kleineren Betriebe vierteljährlich (bis zum 10. April, 10. Juli, 10. Oktober und 10. Januar) eine Voranmeldung an das für sie zuständige Finanzamt einzureichen und darin den Umsatz des abgelaufenen Monats bzw. Vierteljahres anzugeben. Gleichzeitig ist die darin errechnete Vorauszahlung an die Kasse des Finanzamts zu entrichten. Vordrucke für die Voranmeldung sind beim Finanzamt erhältlich.

5. Wird der Betrieb eingestellt, so hat der Steuerpflichtige innerhalb eines Monats danach dem Finanzamt eine Umsatzsteuererklärung über die seit Beginn des Steuerabschnittes vereinnahmten Entgelte einzureichen.

6. Straßenhändler haben vor Beginn der Tätigkeit bei dem für ihre Wohnung zuständigen Finanzamt ein Steuerheft zu lösen.

7. Bei Unternehmen, die in Berlin nur Zweigbetriebe haben, ist für die Umsatzsteuer das Finanzamt zuständig, in dessen Bezirk sich die Leitung des Gesamtunternehmens befindet.

B. Vorauszahlungen auf die **Einkommensteuer (Körperschaftsteuer)** sind vierteljährlich nach Maßgabe des von dem zuständigen Finanzamt erteilten Bescheides zu den gesetzlichen Terminen (10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember) zu entrichten.

C. **Gewerbesteuer** (Gewerbeertragsteuer und Lohnsummensteuer):

1. Die Gewerbeertragsteuer ist nach der Veranlagung gemäß dem ergehenden Heranziehungsbescheide zu zahlen.

2. Die Lohnsummensteuer ist **ohne besondere Aufforderung** monatlich nachträglich bis zum 15. des folgenden Monats unter gleichzeitiger Abgabe einer Erklärung nach dem vorgeschriebenen Muster (Vordruck HStV. IV. 33) zu zahlen.

D. Bei verspäteter Zahlung hat der Steuerschuldner damit zu rechnen, daß

a) ein Säumniszuschlag von 2 v. H. erhoben und

b) er gegebenenfalls in die Liste der säumigen Steuerzahler aufgenommen wird.

AR 25334 1/7

1943, 1970-1980

Jack Ruppel: Military service

VETERANS ADMINISTRATION
CENTER
Wissahickon Ave. & Manheim St.
P. O. Box 8079
Philadelphia, Pa. 19101

June 26, 1970

YOUR FILE REFERENCE:

IN REPLY REFER TO:
310/232A
C-3 509 785

Mr. Jack A. Ruppel
7753 B Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

Dear Sir:

The following certificate is furnished for your use in establishing Civil Service preference.

This is to certify that the records of the Veterans Administration disclose that JACK A. RUPPEL is in receipt of disability compensation on account of service connected disability. This payment is made in accordance with public laws administered by the Veterans Administration. The records of the Veterans Administration show that the veteran was discharged under honorable conditions.

Sincerely yours,

L J Cochrane
L. J. COCHRANE
Contact Officer

FL 21-802
Nov 1965

Show veteran's full name and VA file number on all correspondence. If VA number is unknown, show service number.

6370916

VETERANS ADMINISTRATION

Certificate of Eligibility

FOR LOAN GUARANTY BENEFITS

NAME OF VETERAN *(First, Middle, Last)*		SERVICE SERIAL NUMBER/SOCIAL SECURITY NUMBER
Jack Adof Ruppel		32872023
ENTITLEMENT CODE	**BRANCH OF SERVICE**	**DATE OF BIRTH**
1	Army	2/4/12

IS ELIGIBLE FOR THE BENEFITS OF CHAPTER 37, TITLE 38, U.S. CODE, AND HAS THE AMOUNT OF ENTITLEMENT SHOWN AS AVAILABLE ON THE REVERSE, SUBJECT TO THE STATEMENT BELOW, IF CHECKED.

☐ Valid unless discharged or released subsequent to date of this certificate. A certification of continuous active duty as of date of note required.

MAX CLELAND
ADMINISTRATOR OF VETERANS AFFAIRS

Betty Kempen
(Signature of Authorized Agent)

February 12, 1980
(Date Issued)

Veterans Administration Center
Wissahickon Ave. & Manheim Sts.
P. O. Box 8079
Philadelphia, Penna. 19101
(Issuing Office)

2 42358

Army of the United States

Honorable Discharge

This is to certify that

JACK A. RUPPEL

32872023, PRIVATE, BATTERY D, TWELFTH BATTALION, FOURTH REGIMENT, F.A. R.T.C.

Army of the United States

is hereby Honorably Discharged from the military service of the United States of America.

This certificate is awarded as a testimonial of Honest and Faithful Service to his country.

Given at FORT BRAGG, NORTH CAROLINA

Date 22 OCTOBER 1943

1948 1167

H. S. HEATH, MAJOR INFANTRY
CHIEF, MILITARY PERSONNEL BRANCH

W. D., A. G. O. Form No. 55
January 22, 1943

ENLISTED RECORD OF

Ruppel (Last name) Jack (First name) A. (Middle initial), 32872023 (Army serial number), Pvt. (Grade)

Born in Gotha, in the State of Germany

~~Enlisted~~ or inducted [1] 23 March, 1943, at New York City, N. Y.

When enlisted or inducted he was 31 years of age and by occupation a Office Clerk

He had Brown eyes, Brown hair, Fair complexion, and was 5 feet 6 inches in height.

Completed 0 years, 7 months, 0 days service for longevity pay.

Prior service: [2] None

Noncommissioned officer Never

Military qualifications [3] None

Army specialty Radio Operator, Low Speed (776) Semi-Skilled.

Attendance at None (Name of noncommissioned officers' or special service school)

PAID IN FULL
[stamp date illegible] 22 1943
Amount paid $50.97
Moses Alexander
MOSES ALEXANDER, 7 COL F.D.

Battles, engagements, skirmishes, expeditions None

Decorations, service medals, citations None

Wounds received in service None

Date and result of smallpox vaccination [4] 31 March 1943, Vaccinoid

Date of completion of all typhoid-paratyphoid vaccinations [4] 14 April 1943

Date and result of diphtheria immunity test (Schick) [4] None

Date of other vaccinations (specify vaccine used) [4] Tetanus Toxoid, 21 April 1943

Physical condition when discharged Poor. Married or single Single

Honorably discharged by reason of [5] SEC II AR 615-360 & CDD App 2nd Ind Hq Ft Bragg NC dtd 9 Oct/43.

Character Excellent Ltd Periods of active duty [6] 30 March 1943 to 22 October 1943.

Remarks [7] No time lost under AW 107. Sol entitled to travel pay to his home, Kew Gardens, New York.

HQ. SO. N. Y. RCTG. & IND. DIST.
[illegible] LEXINGTON AVE. N. Y. C.
20 DEC 1943

Print of Right Thumb

Signature of soldier Jack A Ruppel

Frank W. Reams
FRANK W. REAMS
MAJOR, C. M. P.

Commanding Hq. Det. #1, Sta. Comp.

INSTRUCTIONS FOR ENLISTED RECORD

[1] Enter date of induction only in case of trainee inducted under Selective Training and Service Act of 1940 (Bull. 25, W. D., 1940); in all other cases enter date of enlistment. Eliminate word not applicable.

[2] For each enlistment give company, regiment, or arm or service with inclusive dates of service, grade, cause of discharge, number of days lost under AW 107 (if none, so state), and number of days retained and cause of retention in service for convenience of the Government, if any.

[3] Enter qualifications in arms, horsemanship, etc. Show the qualification, date thereof: and number, date, and source of order announcing same.

[4] See paragraph 12, AR 40-210.

[5] If discharged prior to expiration of service, give number, date, and source of order or full description of authority therefor.

[6] Enter periods of active duty of enlisted men of the Regular Army Reserve and the Enlisted Reserve Corps and dates of induction into Federal Service in the cases of members of the National Guard.

[7] In all cases of men who are entitled to receive Certificates of Service under AR 345-500, enter here appointments and ratings held and all other items of special proficiency or merit other than those shown above.

INSTRUCTIONS FOR CERTIFICATE OF DISCHARGE

AR 345-470.

Insert name; as, "John J. Doe," in center of form.

Insert Army serial number, grade, company, regiment, or arm or service; as "1620302"; "Corporal, Company A, 1st Infantry"; "Sergeant, Quartermaster Corps."

The name and grade of the officer signing the certificate will be typewritten or printed below the signature.

U. S. GOVERNMENT PRINTING OFFICE: 1943 O - 530071

AR 25336 1/8 1936-1964

Rippel, Jack - personal correspondence

Louis M. Simson
24 West 59th Street
New York 19, New York

Dec 15/47

My dears,

I enclose my New Year present.
I wish you a
Merry Xmas & a happy
New Year.
Good health & prosperity.
Please deposit the Check
to day.

With love
Uncle
Louis.

Dear Jack,

I should write you another line. I was so touched about all your kindness and I want to thank you from all my heart. All the flowers I received were really extra ordinary beautiful, but it was no waste, because I never thought I would enjoy them so so much under the circumstances. O dear Jack's love I had yellow chrysanthemums from Cecil an Claire which were laid on Sawyer's in the morning. I shall never forget the morning. Harold and Pussy were with me, and Harold was so touching in everything, so that I was not very aware of the [illegible] what I mostly of those at the [illegible]

Welk and Liese are mostly special nice at their visits and enjoy themselves. He speaks about his mother also about the children.

Dolly is always like a sonne. Bless her.

Darling! You are always like son and a daughter

100000 Küssen

[illegible] Mutter. Sweeti! You wrote while [illegible] That is what [illegible] yours ago. Dein Morgenrock hat mir [illegible] u. [illegible] and beides [illegible]

Kuss u. Dank

Mutter.

Die Schwestern [illegible] der Mansarde, hat [illegible]

Pirna, 13 Mai 1936

Lieber Jochen!

Heute an Annelieses Geburtstag schreibe ich Dir vom Elbestrand wo es mir ausgezeichnet gefällt. Ich bin seit vorgestern hier & seit dieser Zeit haben wir richtigen Sommer. Die neue Umgebung tut mir sehr gut, trotzdem es auch Friedrichstr. 19 sehr schön ist. Du weißt wie es hier aussieht, die Kinder sind noch ebenso reizend, wie bei Deiner Abreise & die Eltern dageblieben.

Deine l. Mutter ist ~~heute~~ gestern nach Nürnberg gefahren zu Tante Etta & fährt heute zu Hilde, von Dahlem habe ich gute Berichte, auch von Wolfgang.

Am meisten freuen wir uns mit der Reise nach N.Y. ich hoffe daß es Dir weiter in Deiner Stellung gefällt, die Hauptsache ist daß Du Dich zunächst einarbeitest, das Übrige kommt dann von selbst. Die Spitze einer Leiter erreicht man am bequemsten & sichersten wenn man mit der untersten ~~Stufe~~ Sprosse beginnt. Grüße alle Lieben & sei herzlich gegrüßt.

Dein Großvater

wenden!

Liebes Jochelchen!

Opa hat sich schon gut hier eingelebt u.
genießt den Frühling mit uns. Wir haben es sehr
gemütlich zusammen. Deine Mutter wird auf
der Reise auch eine schöne Zeit haben.
Nach Opas Ankunft sprachen wir sie telefo-
nisch, damit sie noch vor der Abreise hörte,
wie gut es ihm geht. Mit Deinen Briefen
freuen wir uns immer besonders, l. Jackie,
auch Putti schreibt zufrieden. Fred fährt
Ende Mai auf 3 Wochen ca zur Pariser
Messe. Willi begleitet ihn. Die Kinder
sind sehr vergnügt. Ursel wird Dir noch selbst
für Deinen Geburtstagsbrief danken, der ge-
nau am 7. hier ankam. Die Kinder in der Klas-
se hatten ihren Platz am Geburtstag mit Blu-
men geschmückt. Und bald hätte ich's ver-
gessen: ich hab mich ja noch gar nicht für
das Oxford Dictionary bedankt, das Du uns
geschenkt hast. Es ist das prima.

Viele Küsse u. allen Lieben viele Grüße.

Es ist rührend wie oft u. nett alle schrei-
ben.

Deine

Tante Lyde.

Fred ist im Betrieb u. unterschreibt deshalb
nicht.

[illegible] 1964

Mein geliebter Jochen! Es gelingt mir
besser, wenn ich es schon selbst sage.
Alles ist von selbst u. durch [illegible] ge-
kommen. Ich habe mehr [illegible] u. [illegible] —
Liebe als verdient. Gestern [illegible] u. [illegible] war
mit ihrem Jüngsten gebracht. Es war
eine große Freude. Paul hat es [illegible]
Die Nase hat ein [illegible] —
gefallen. Das hat [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible], als sie mich [illegible]
er sogar verstanden zu sehen.
Wie gut daß Du
im Haushalt [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] Freunde u. [illegible] [illegible]
kommen. Ob [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible]
Nichts ist [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible].
Suche es unter all meinen Dingen
u. bring mir [illegible] von meinen [illegible]
4 oder 5 Stücke mit. Danke. [illegible]
Bank gibt Dir einiges! Danke!!!! ...

5. März

Liebster Jojo!

Vielen Dank für Deinen Brief, der mich in seiner Ausführlichkeit sehr erfreute. Nur daß Du so viele anlernen mußt, gefällt mir sonst nicht. Da hast Du es dort gut getroffen.

Mit Deinem Sommer müssen wir es auf das Wetter ankommen lassen. Wir haben ab und zu Schnee, daß man nicht fahren kann.

1000 herzliche wie immer

Mutter.

Julius Simson

Gotha,
Friedrichstraße 19

22. Ap. 38

Lieber Peja!

Heute hatten wir eine schöne Postkram auch ein, gute Nachricht von Dahlem & Berna, Deinen Brief vom 9/4 nach dem Du noch keine Stelle hattest, Deine Karte & Onkel's Brief vom 13/4, nach denen Du zu unserer großen Freude eine Anfangsstelle hast. Ich gratuliere Dir vom Ganzen u. bin überzeugt, daß Du in jeder Hinsicht Deine Schuldigkeit tust und bald avancierst. Der erste Schritt für eine Tätigkeit ist trotz der schlechten Zeiten getan und die weiteren werden sich von selbst anschließen, wenn auch nicht so schnell.

Die Branche, in die Du gekommen bist und die Dir nicht ganz fremd ist habe ich mir gewünscht.

Dein ausführlicher Brief hat uns auch im Übrigen erfreut, wir lesen ihn mehr als ein Mal. Die an d. Mütter beantwortet ihn gewissenhaft. Ich schließe das heute mit herzlichen Grüßen für Dich Heinz & allen übrigen Verwandten Dein alter Opa

Ich schreibe [illegible] an Onkel

TELEPHONE
STillwell 4-4413-4-5

The Monroe Sander Corporation
MANUFACTURERS OF
SANCO
VARNISHES, LACQUERS, ENAMELS, PAINTS
AND
SALORÉ POLISHES

CABLE ADDRESS
MONROSAND

MAIN OFFICE AND WORKS
10-18 46TH AVENUE, LONG ISLAND CITY, 1
NEW YORK
U.S.A.

10/1/43

Dear Jack:-

Your letter of 29th received.
So sorry to see that you are in Hospital again. Why don't you try to get a medical discharge from the Army? You know your job is waiting for you. My daughter & I are O.K. again, but it was a long drawn out affair. All I can say is that ones health is the most important thing in the world.

Walter was drafted last week,

Everything else around here is going on about as usual with a few extra troubles in getting raw materials etc.

At this time I want to wish you a very happy New Year & hope that this War will be over before next year.

Sincerely

Monroe H. Sandy

AR 25336 1/9 1998, after 2005

Oral history transcripts -- Jack Ruppel

JACK RUPPEL
1912-2005

Jack Ruppel died peacefully on February 20 at the Cadbury retirement home in Cherry Hill, New Jersey. He was born on February 4, 1912 in Gotha, Germany. His father was a well-known opthamologist who founded the Ruppel eye clinic in Rumania while serving in the German army during World War I. His mother was Margarete Simson of the Simson car family. One of Jack's earliest childhood memories is of a revolution staged against Kaiser Wilhelm, during which his family's house was attacked. Another early memory is of watching Hitler visit the duke, whose castle was across the street from the Ruppels.

Jack was educated at the Ernestiunum Gymnasium in Gotha, which he believed was one of the oldest schools in Germany, having celebrated its 400th anniversary during his time there. He then studied medicine at the University of Freiburg, but left the university after Hitler came to power, recognizing that under Hitler's Nuremberg laws he would never be permitted to practice. Jack attributed his own and much of his family's early survival in part to his father's medical and military careers, and later, to an unnamed protector.

After Freiburg, Jack studied English and learned something about paint properties from his closest uncle, a paint chemist and manufacturer, to prepare for emigration. This uncle had a White Russian émigré acquaintance in Berlin, who wanted to do business in Turkey. He sent Jack to Turkey, with permission from the German authorities, to represent his interests. (Jack conducted his Turkish business transactions in French.) Jack soon returned to Berlin to work for the same Russian. While in Berlin in November 1938, Jack witnessed Kristallnacht from a boarding house window. Shortly afterwards he left for New York where another uncle lived and sponsored the escape of 75 relatives.

In New York, while working for an American paint company, he was drafted into the U.S. Army and World War II. He briefly served in the army as a radio operator and translator. After his army service, Jack became interested in the new business of market research. He quickly developed expertise as an interviewer and market analyst and made his career in the field, working for some of the best companies in New York and Philadelphia.

Jack's mother was able get out of Germany in 1939 to join her younger son, Jack's brother, who was studying medicine in England. The uncle who'd sponsored Jack secured visas for them to go to New York. Jack and his mother moved from New York to Elkins Park, PA. He subsequently lived in Collingswood, NJ, and in 1990 moved to the Cadbury retirement community.

Jack will be remembered for his keen interest in politics, literature and art, his kindness, gentility and wit. He was a wonderful writer who always saw the irony. In a note to the director of the funeral home where he'd made his arrangements, Jack wrote, "I know that most people wouldn't say this, but, I look forward to doing business with you."

Jack Ruppel Interview 1
April 5, 1998
[Transcript edited by Ursula Wellemin]

Brien Williams [BW] All right. This is the first interview with Jack Ruppel in the Cadbury Retirement Home in Cherry Hill, New Jersey. And it's April 5th, 1998 and we're in Jack's room and I'm Brien Williams. So, we want to start here, I think, with who you are, what your beginnings were.

Jack Ruppel [JR]: Yeah. What my beginnings were? I started out an embryo like everybody else and I think we can jump to 1914, the beginning of the war when my father left. Whoops. I wish my voice were a little stronger.

BW: You're fine. I can hear you very clearly.

JR: Oh, it's up to me. Well, there's one thing I remember before then. I told somebody about it the other day. Ladies wore a hat, an enhancement, a coiffeur enhancement, which was known as "a mouse" in Germany. Now a mouse is something else, I know. But anyway, we had a [free] treppe [stairs], a big staircase leading down, of course, and it had a big window at the landing. And I was playing and opened the door somehow and got onto that staircase and rolled down the stairs towards the landing and my mother ran after me and I looked at her—my mother was in despair—and she lost her mouse. So I looked at her and I said, Mama, kaput! and stopped my fall which some people think saved my life. [Laughs.] So that's how I came to exist still.

BW: And now what year was that?

JR: I don't know but it was between . . . I was about 6 years old so let's say [19]18. I was . . . yeah in about '18.

BW: Because you were born in . . .

JR: Twelve.

BW: 1912. And where were you born?

JR: In Gotha.

BW: In Gotha.

JR: Which was right in the center of Germany.

BW: And that had been your family home for a number of years.

JR: I was born . . . my father had bought it before he got married and he ran it with a manservant and a woman who was known as "die Perle," in English "Pearl" because she did what she wanted to do anyway. Nobody quite knew how he managed to do it under her command, he could exist under her command. And the manservant used to be at the baronial estate as a gardener, I think. No, he was not a gardener. He really became our gardener but first he was a manservant, which he had been for the baron himself too. And he—which might be of interest—he was used to calling all the ladies that were invited on occasions as the "die Hohe Frau," ["my Lady"]. Apparently from your expression, it seems, I don't have to translate that. And so my father, when he had parties he had lawyers' wives and doctors' wives. They were not used to be called the "die Hohe Frau" but he always called them "Hohe Frau." So much of that . . . he [the gardener] had the strange name of Weisbrot and he claimed he was also entitled to be, he was an ordained pastor. which was unusual among gardeners, in Germany, at least. Nowadays you can come across all sorts of people that are ordained. But that was the first ordained pastor I met.

BW: And your father? Tell me what he did.

JR: He was an ophthalmologist, which is still hard for me to spell. He was an eye specialist.

BW: What early memories do you have of your life in Gotha?

JR: Well, one was the mouse that fell out of my mother's hair and . . . early memories . . . off-hand I don't think I have any! I fell into a fountain chasing a strawberry. The fountain was very deep and somebody salvaged me. That was another way I stayed alive.

BW: And you had one brother?

JR: I had one brother who was seven years younger than I. Our mother had a stillborn baby girl in the meantime. When my brother was born I was very disappointed that he was so small and I couldn't quite understand why we had readied a new playroom for him. [German: für dag haven wir ein Spielzimmer "eingerichtet"] "and for a person like that we got a new playroom, altogether."

BW: Describe the house, then, that you grew up in.

JR: The house . . . well, I happened to be very familiar [with it] because I had to describe it for reasons of restitution. So, it used to be owned by the right-hand man of the duke of Gotha, the Baron von [Wellemin: Scheel] . . . I can't remember his name now. Anyway, he was hostile to everybody, he was attacked by everybody and attacking everybody, so he had two apartments in the house. The house had two floors of 20 rooms each, approximately, and he had, I remember he had two heating boilers because when one was broken he had to wait for months to get it repaired. He had electricity, plus gas. He had everything twice. And I remember we had a Diele [landing] on the second floor, which was the main floor which was occupied by the husband. We also had a connection which

I have seen only in the movies elsewhere, which was in the walls, a system of tubes imbedded in the walls which you could use by . . . it was stopped by a whistle which you activated and then the person downstairs heard you and got on her receiver, receiving end and you conversed through that . . . which sticks in my mind because I never saw it anywhere else except in the movies. Our Diele. which was the main room without a direct window, had an overhead light which was removable and the glass that covered it was surrounded by a railing and the room above was used by a band when there was a dance going on. This all sounds like something out of a fairy tale somehow, thinking back now. I once dreamt there was a hidden museum up in our attic. I don't think it existed but it had the arrangements, it was possible there were some hidden floors.

BW: You said the prior owner had been the Baron . . .

JR: Yeah.

BW: t he house was large enough, there were two living units in it.

JR: Yes.

BW: But when you were there it was . . .

JR: It was divided. There was, my father's best friend moved in with him. He was a professor, a surgeon. He became the head of the hospital in, the state hospital in Gotha. Both men were bachelors at that time. And, oh, I remember that my schoolteacher, the main teacher in the Gymnasium, was invited by my father once when my mother was away. So my father felt free to invite people he felt like inviting and this was an interesting person. So he was my teacher. So he obviously knew that my father had a son. In addition to which, I remember, he instructed me on making headstands at home

on that visit. So he knew I was there. But I also remember that he told his fellows at the Gymnasium, "It's incredible what kind of a house Dr. Ruppel has, especially considering that he is a bachelor." [Laughs.] So memories of myself are always connected with other people, just like dreams are always connected with somebody else which probably indicates how much I think of myself. I'm a nobody. I just exist for my surroundings, a reflection.

BW: So, your father did marry . . .

JR: My father did marry . . .

BW: and had two sons.

JR: He married into a very prominent family. Both were Jewish, so when somebody asks me, "You are German?" I say, well, that depends on your outlook. Hitler would not have thought of me as German. [Laughs.]

BW: Describe your mother's family just a little bit.

JR: Well, their name was Simson and they were owners of a factory which manufactured arms and later on to utilize all of it, automobiles and bicycles and even baby carriages. Their cars were very well known at the time as racing cars, for instance.

BW: So what kind of a life did your parents have as you were . . .

JR: Well, my father worked very hard as a doctor. I remember that his patients were almost all working people, like the population of my hometown was. I remember he had one banker from out of town so he figured he finally had a private patient! And I remember he told us, Can you imagine this fellow is still covered by the insurance he had as an apprentice! So he got 50 pfennigs for consultation. So he had to have about 50 patients a

day to make both ends meet. As a matter of fact, unknown to him, my mother was frequently helped out financially by her father.

BW: And did he have his practice right in the home or . . .

JR: No, he built a clinic on the premises which he also used for patients that he operated on but they were only eye operations, of course, which were very rare in those days. He got very nervous before he had an operation and always practiced on rabbits' eyes before he had an operation. Those eyes, incidentally, were taken . . . were on dead rabbits taken out. So it was very rare. My mother was in charge of the clinic which didn't involve very much because they were [unclear, fed?], he had maybe six patients a year or something like that. And the patients stayed for two weeks or so.

BW: Is this the Ruppel Eye Institute that I've heard of?

JR: I don't think you have heard of it. [Laughs.] Well, my father had a few well known patients like Johanna Spyri, the author of *Heidi*, who came from Switzerland, but there were not many like that. I guess that's why you're asking.

BW: Right. I just want to stop the tape here for a second and make an adjustment on the microphone. [Stop in the tape.] OK, tell me about a birthday party.

JR: Yes, well, one of my closest friends was the son of the Landratsdirektor, which is the head of the country division of the state of Gotha, Herzogstum, of the Duchy of Germany, of Gotha. And . . .[pause] Well, I was the one who got you onto birthday parties and I don't know what to tell about it! Maybe I should tell you about my friends.

BW: OK, tell me about your friends.

JR: So this was one of my very best friends. The top friend was the son of an employee in an

insurance company who had no money at all and who studied, I think, at the expense of an institution of which my father's best friend was the head. So one day he sent me a letter that . . . in which he indicated that he had become a member of the National Socialist Party and he explained how he had come to that. So I answered him, saying that I didn't quite understand how somebody with his background could get there but apparently it was just the movement. And the son of the director of the Luntklatz [phonetic] wrote me a letter . . . no, visited me and said he had to tell me it was the last time that he was allowed to visit me. [Laughs.] But his father was not a Nazi. He was finally removed from office himself because he didn't say "Heil Hitler" often enough and antagonized the Nazis somehow.

BW: So you were about how old when you're talking about . . .

JR: When that happened . . . well, the Nazis came into power when I was 21. So, at least, we were all out of school but I was in close contact with these friends.

BW: Let's go back to a little earlier. How large a city is Gotha?

JR: Gotha was a little over sixty thousand so it was a very small town.

BW: And how many of the people in town did you know and would you be going down the street to school and be saying "Hi, hi, hi"?

JR: Well, just about. Well, I'd say the people that didn't know me were the exception and I knew most people myself, too.

BW: And the house we were talking about, it was located right in town?

JR: The house was right in the middle of town, yes. Oh, I could talk about the Revolution that shows the location of the house. The house was opposite the ducal gardens, which in

the back had a little mountain. They call it "a mountain" here in New Jersey anyway! It was much higher than the mountains here. And it led up to the castle which was on top of a higher mountain. But, anyway, during the revolution my father came back from the War in his uniform--he was, I think, a major in the medical corps--and he had his epaulettes and all his insignia, officer's insignia torn off but his coat was fortunately good enough to serve as my overcoat eventually during the inflation after it had been dyed from his officer's grey. But during the revolution--that was before my father came home--some Communists had established some gun nests in the small hill opposite our house and we had a nurse, a children's nurse, who was very curious about what was going on and she lifted the Venetian blinds a little bit. So the people behind the guns noticed that we were there and they started shooting. So my mother took us all into the cellar and she had presence of mind to take a loaf of bread along. But my brother, who was about two years old then, upbraided her for not taking some marmalade along too. [Laughs.] So, anyway, we wound up having something like 17 shots in the front of our house and all our windows were shot.

BW: You say this was the Revolution. What revolution?

JR: It was the Revolution of 1918, the German revolution against the Kaiser which apparently started in Gotha or Gotha was a very important town. And I was in school at the time and my grandmother quietly left and called for me on foot. My grandmother never walked two blocks. But she decided to go very quietly without letting anybody know. She was in danger of being shot at. She called for me at the school and took me home. We managed to get home and I never forget that my grandmother, who was normally very superficial

and very much the Fabrikbesitrer's wife [wife of the factory owner], but she forgot all about it and was just concerned about her grandson. That's something else I remember because I wrote it down.

BW: And where did you write that down? In your . . .

JR: I wrote that . . . my niece . . . my cousin Ursula in England asked me what I could remember about our grandfather and our grandparents because she's interested in anecdotes. And the first thing that I remember is about our grandmother, so I wrote that.

BW: How long did this revolution go on?

JR: It was . . . I don't know. It seems that my father came while the shooting was still going on but it probably was not. So it didn't last very long. I know we could go back to our living room eventually the same day. We could eat, other than bread.

BW: Well, you see, I've never heard of this revolution. But this was after World War I had ended.

JR: Yes, it was called the "Spartikus Revolution." And it started around Gotha. Gotha, incidentally, was the first meeting place of the Communist Party too, which is probably not very well known.

BW: The German Communist Party?

JR: Yes.

BW: Let's just step back here for the historical record for a moment. Was there a lot of damage done to Gotha during World War I or was it not in any way involved in battle?

JR: In World War I they didn't attack Germany at all as far as I remember. When they come to World War II, it's a different story. But I wasn't there anymore.

BW: OK. Tell me about the first school that you went to.

JR: The first school was a Realschule, because the Gymnasium started only at the fourth grade, something like that. Except that it was a fairly good walk into the other part of town, I don't remember very much.

BW: So after that you went to . . . what was your next school?

JR: The next school was the Gymnasium Ernestinum, which was one of the . . . probably the oldest school in Germany, at least the oldest Gymnasium. It had its four hundredth anniversary while I was still there . . .

BW: Describe it a little bit.

JR: . . . in 1924 roughly?

BW: What kind of a school was it and what did you study?

JR: Well, it had two branches. The humanistic branch, which I went to, where we learned some modern languages but mostly Latin and Greek. The old version of Greek. I found out that my old Greek doesn't do me much good in modern Greece because . . . [pause] . . . that's in the written records too. When my mother registered me, she was asked by the director, Is she related to Walter Ruppel? And she said, Yes. And the director said, That was my most favorite student of all times. And then I remark in the report, I didn't make any competition for Uncle Walter in that. I never came close to being his most favorite student. But there were, according to this fellow who wrote about the Ruppel family, there were eleven members of the Ruppel family in the Gymnasium, which was the largest number of any family in that school over the last 400 years. I don't know how true that is.

BW: So, obviously, there were other Ruppels attending the school. At the same time?

JR: Not at the same time. This Uncle Walter who was the favorite of the director became a teacher at the time I was there but there were no students at my time.

BW: And you went to school from early in the morning until late in the day?

JR: No. That was only in the morning and then you had homework. Except we had some optional classes in the afternoon. One of them was English where we had a lady teacher which was something very unusual in Germany. And she was an awful bore and we didn't like the English instruction. And I'm afraid I'm the one that finally was instrumental in giving up the English instruction. So that was dropped out.

BW: How did that come about?

JR: Well, by everybody disliking the instructions and Jack, the young Ruppel, eventually said, Well, why do we go there, it's too boring. Let's just go out on strike. And that was the end of the English instructions. I really didn't know much English when I came to this country. There's something else that just comes to my mind. We had three school institutions which were secret fraternities. And they had in their constitutions, Juden und Neger are not allowed as members. Which was a historical thing, somehow. It said Jews and niggers were not allowed. Now there wasn't any nigger without, within 300 miles, so it was obviously just anti-Semitic. And I was asked by the son of one of my friends if I wanted to join one of them. I could even be one of the directors. And I said, No, I didn't feel under these circumstances I should unless they changed the rule which, evidently, they couldn't do.

BW: So you never joined one of . . .

JR: No.

BW: Can you put yourself back in that kind of a situation and how that type of situation made you feel?

JR: Well, I thought it was silly. This school regulation, that was way before Hitler, I thought it was awfully silly. We also had one teacher who was anti-Semitic, who tried to instigate something . . . well that was still in Realschule, in the basic school, who tried to instigate something against me. It didn't . . . he wasn't very successful. So I felt very much above that. Didn't touch me really.

BW: What kind of a . . .

JR: He had some pupil . . . he wrote . . . I had very bad handwriting even then. And he wrote on a composition something about "Schmierax [or Schmiejrax], pfui!" [untidy scribbler, yuk!] or something. And she thought that, he made it known and he thought I would be pursued in recess with people yelling that at me or something. Somebody tried to start it. I squashed it right away and he was a little frustrated. So I felt it was an awfully silly thing.

BW: What did that expression mean?

JR: "Schmierax" means . . . I don't know the English [Wellemin: "untidy scribbler"]. It's probably "illegibility" or something. And "pfui," I suppose, is something like "yuk' or something. So that only happened to me and I'm pretty sure there was an ulterior motive behind that. And he was . . . oh, yes, he was a patient of my father's and he came one day to me when I was talking to somebody and he said, You tell . . . you keep your report about your vacation to Italy to yourself. It turned out my father had mentioned that he

had been in Italy. So that shows his mentality. My father was rather naive. He shouldn't have mentioned it at all, of course, to him. But he was . . .

BW: What does that signify? What was the man saying really?

JR: The man's name was Tribol [phonetic]. And I met somebody here whose name was Tribol [phonetic] and I asked him if he was related and he said as far as he knows he was not. I said that was in his favor in my opinion.

BW: I don't understand. A man comes to your father for . . .

JR: . . . as a patient and my father . . . there were only two eye doctors in my hometown and the other one was not any good.

BW: And your father mentioned that you'd all gone to Italy.

JR: No, he mentioned that he was in Italy. He told him a few things about his trip to Italy because he thought it would interest him.

BW: Your father told him your father had gone to Italy and then the teacher told you not to talk about this trip to Italy. Is that what you say?

JR: No. Not to mention my trip . . . to stop talking in school. I could talk about my trip to Italy later. So he assumed I was talking about my father's trip to Italy as if it was my trip or something like that. And I, of course, hadn't been talking about that at all. Just showed how he was hateful and spiteful and jealous or something like that.

BW: So this is very . . . in your memories of childhood this was an isolated incident?

JR: It was a very isolated case, yes.

BW: But at some point as you started growing up you had to incorporate your Jewish identity . . .

JR: I knew that I was Jewish but I didn't know that was supposed to be inferior.

BW: Did your mother or father sit you down and talk to you about that or . . .

JR: No, my father was not particularly Jewish. As a matter of fact, I took the religious instruction in school until we got a baptized Jew as teacher, on evangelical instruction. He came from Berlin. His father was a banker. His name was Spiegel [phonetic], which is a Jewish name. He looked Jewish and during the instruction he, I remember, he said something about the Jews had big noses in those days too and he had a big nose and on a signal from me we all looked at his nose when he said that and I refused to go to religion from there on in. I mention it in connection with your asking if my father mentioned we were Jewish. Well, we kept a Christmas tree, which I didn't particularly like. The ostensible reason was that our employees wanted a Christmas tree and they got their presents under the Christmas tree. But we got our presents under the Christmas tree too. One year we had a composition to write, "What I did during Christmas," "How I spent Christmas." And the teacher told me, You can pick another subject, which I was very glad to do and found very natural. When I told it at home, my father said, Why don 't you write up that I celebrated Christmas like everybody else? I said, No, I'm going to pick . . . I'm going to stick to my picked topic, which had nothing to do with Christmas. So . . .

[end of Interview 1, Side A; beginning of Side B]

BW: OK.

JR: I was never circumcised which serves me in good stead here in this Quaker community

because they are more Jewish than Quakers and I never participate in the Jewish events. So I told them I wouldn't be any good for "minion" [a type of quorum for certain Jewish ceremonies] because I do not count, not being circumcised. I don't count as Jew. But I don't see why I suddenly should be Jewish because I'm not Christian, I'm not a Quaker, or anything like that. So, I . . . when they ask me what I am by religion I say I am a nonconforming Jew.

BW: Where there many Jewish families in Gotha when you were growing up?

JR: There were about 60 German [sic] families and 70 families that came after the war upon invitation by Ludendorff, who issued a proclamation to the Jews in Poland. I still don't know quite why. I think it was to spite the Polish regime which was anti-Semitic but anti-Hitler or something in those days. So we had 70 Polish-Jewish families who antagonized the German-Jewish families. So I consider them more alien than Germans.

BW: And did you tend to associate more with the other German-Jewish families or . . .

JR: I treated them like everybody else. I didn't have any close Jewish friends but there wasn't anybody in that group who would appeal to me particularly. But I wouldn't have cut them because they were Jewish.

BW: And would you say that the majority of other Jewish families were nonconforming like your family? What was the breakdown?

JR: No, but they all had Christian friends. There's the old story that there were 80 mil . . . 60 million good Jews in Germany because every German had a very close friend who was Jewish and was a very good person. And there were 60 million Germans. So . . . [pause], well, if you're interested in that, you know the Kaiser was supposed to be not anti-Semitic

and he . . . the proof was always his good friend Albert Ballin, who was the founder and CEO of the Hamburg-American shipbuilding company. But I heard later on that the Kaiser did not accept him as Jewish. He said he was not Jewish. But the crown prince had a Jewish girlfriend whom I met later and so, apparently, it was not an obstacle. In Gotha it was more important to be "hoffähig," that means "admitted at court," than to be Jewish or not Jewish. And my family, of course, was all admitted at court. I remember . . . oh, that's a useful remembrance . . . I used to ice skate with the Princess Sybilla [phonetic] who became Queen of Sweden and the Duke had big conversations with me, as a boy when I went in the park, the Ducal Park, and he went for his constitutional and I went for my constitutional with my nurse. And, then, later, I was invited to their part . . . Christmas parties at court. But I remember my mother went to court and she came back and reported laughingly on how they were talking there. People who had a stilted way of talking were called "Hofschranz." This was the meaning, term, that I was used . . . when I heard that I connected that with Hofschranz and I was led to Santa Claus at the Christmas party at court by the lady-in-waiting of the duchess . . . the duchess, yes . . . and so she talked to me and I said to her, "Du bist ein Hofschranz." So she pretended that she hadn't heard it but I was not admitted in future. [Laughs.] But the Duke still talked with me.

BW: About how old would you have been?

JR: I was about six when I said that.

BW: Now, fill in the details on going to court and what not. Which court are you talking about? Where was it located? Who was . . .

JR: The court was the ducal court in the castle. And the duke had two castles. [Wellemin: opposite the Ruppels was a castle on a hill and another castle was next door to them.] One castle was not used which was next door to us which became the main—suddenly I can't think of the English terms—anyway the main court house. And Hitler was invited as a witness before he became . . . before the revolution that was the Hitler Putsch. He had some doings with some prominent person in Thüringen and he was invited as a witness and I knew he was very anti-Semitic and we didn't have any good to expect from him. So I was considering in the back of my mind if I should take advantage of him going across the entrance there next door to us and shoot him but then I thought the repercussion to my family would be terrible. So I don't think I seriously thought of it, apart from the fact that I had never shot a gun. But my father had a Dienstrevolver. So I thought of using that.

BW: So you were telling me a little bit about the importance of the court in your life in Gotha.

JR: Well, the court was the thing that was setting the tone. It was not whether you were evangelical or Jewish. If you were admitted at court you were in. If you were not admitted at court you were second rate. Regardless of religion. So religion was not, as I remember it, the decisive thing. And it shows in the report there [gesturing], when they boycotted Jewish homes they had to recruit people to boycott outside of Gotha because we were too well known. No good, regular person from Gotha would boycott a Jewish member.

BW: And were there neighborhoods that were notoriously Jewish or . . .

JR: No. There were not enough Jews. The Jews lived in the better neighborhoods but they

were a very small minority. Most of the Jews were in the professions and so, well I remember one Jew who was not very prominent. He was the dealer in liquor in the area and one of the eastern European Jews had a store, a notions store. One German Jew had a 5-and-10, which was not considered very much up to snuff. One was a representative for factories which was not considered up to snuff. One was a cattle dealer and he is, he was related to us the long way but we didn't know them which probably means they were not hoffähig as cattle dealers. And they were the Meyerstein family, which, this fellow Keyl who wrote about the Jews, the Ruppels in Germany, discovered in Stadhengsfeld, and he discovered that one of the Meyersteins moved to Gotha but he didn't pick it up. So if he had picked it up he would have found out probably that we were related to them.

BW: At about what age did you graduate from the Gymnasium?

JR: Twenty-one, which was fairly young. So I was one of the youngest students at the university. I had a girlfriend who was my girlfriend because she thought I would be a good connection to one of the most high-class people, a grandson of the very leading person who was Lustus Pertus [phonetic] who had the leading cartographic institute in Germany. But I did not function as conduit but she stuck to me to some degree until finally when Hitler took over, she parted company and became the girlfriend of a sturmtruppen fuher, , an S.A. leader.

BW: She was someone you knew in Gotha or . . .

JR: Yes, I knew her in Gotha. She lived three houses from me. Her father was not entirely up to snuff. He was a bank director but a hired bank director, Rufart [phonetic] by name.

BW: So what were you doing as a young man, at 17, 18, 19, in town. I mean, what were your

interests and where were you headed, you thought, professionally and such?

JR: Well, I was always interested in languages and I followed that to some degree and I did my school homework and I went on outings with my friends and with my family. I don't think . . . when we think of being educated we think of dancing lessons and fencing lessons, all sorts of extracurricular things which did not happen in those days too much. At least not in small towns in Germany. Like "a football mother" would have been a term that would not have made any sense in my youth. So we have to think of different circumstances. We had a dancing class in the Gymnasium which was extracurricular but it was just for my class. Oh, and there was one Jewish girl whose parents owned a clothing store, so they were not really very fashionable. But she was admitted. And I didn't do too well. I wasn't interested in dancing. I was not particularly interested in girls. And I had some additional instruction in dancing in order to keep up. And there was only one dancing instructor in Germany [Gotha?], that was a man from Holland who had married a Gotha girl who was good at dancing and he was the dancing instructor. Her name, his name was Dollis [phonetic] and her maiden name was Augustine [phonetic] and so it was the "Tanzschule Dollis Augustine." And she eventually came to the class too to see how people were doing and she gave me preferential treatment of course because I was her student which was somewhat misinterpreted by me, I remember. She was relatively young and attractive. But, no, she, she was the German. He was the Dutchman. But she had some relations who were very low class and who were very obviously anti-Semitic. But I never thought of them as anybody to be considered. And my father talked of these people as "substratum" that was supposed to be ignored.

BW: Was your father giving you any direction, push in a certain profession or . . .

JR: No, my father was really much more interested in my brother. First of all, I got to know my father after I was six. He went into the army when I was not quite two. The war in Germany started in 1914 and I was born in 1912. And my father went into the army very soon, very early. But, oh, to describe the situation in Germany [Gotha?], we had some 40 doctors there and I knew just about every one of them. Some of them were Jewish, very few of them were. And they were all "my uncles." So when something was the matter with me it stood to reason "Uncle So-and-so" came and called on me but when I had some children's disease my parents had the nearest specialist from the university, which happened to be in Leipzig. So he came and treated me. So I had a professor from Leipzig coming to look at me because we had no specialist, children's specialist in Gotha.

BW: Were you . . . did you have a particularly sickly . . .

JR: I don't think so. Except when I ate my first solid food it was spinach. That was also some family story. And my mother didn't want me to eat anything wrong and she didn't want the gardener to pick the spinach for me so she had to pick it herself. And it turned out when she came back with the spinach picked by her that it was not spinach at all. So she let the gardener pick the spinach. And I was, and it was deemed inedible even by the crown prince, namely me.

BW: You mentioned that you felt your father had more interest in your . . .

JR: . . . interest in my brother, yeah. He adored me from afar but when he got to know me he was very disappointed in me and he preferred Kenneth quite a bit. Kenneth, I think, was aware of it. I talked with him later on and I told him there were some things that

happened to me later that I couldn't quite understand but now that we talk about father I begin to understand it. For one thing, when we called for father's ashes, I carried them in an urn and I had my hat on in a very crooked angle and my grandmother said, Jochen, I don't think you wear your hat correctly. So I apparently felt my oats now that I carried my father instead of the other way around. There was some other indication. [Pause.] Well, he preferred Kenneth. I think Kenneth was aware of it. But I liked him dutifully but I never paid much attention to him. I loved my mother much more than my father.

BW: And the person you spent more time with . . .

JR: . . . was my mother. But Kenneth claimed my mother spent too much time with her friends than with her sons. She left her sons mostly to their attendants which I didn't notice so much but Kenneth missed the motherly influence.

BW: So you headed off, then, to university where?

JR: I started in Freiburg and it is interesting for the times that I was solicited by all fraternities, including the Kösener K.C., which was extremely exclusive, which was the fraternity the Kaiser was in, for instance. And the director of the Landhospital, my father's friend, was in, and he remarked that the Landratsamt who had a very high position was not a Kösener K.C. man so he couldn't be worth all he was cracked up to be, anyway. So, all but the Catholic fraternity was interested in me. And my landlady said it had never happened to her that all fraternities came to her--the landlady was not Jewish, of course. I didn't think anything of it but it dawned on me eventually it was an unusual thing. So I, out of contradiction, in my contradictory mood, eventually joined a Jewish fraternity which nobody knows. I'm not sure that Carol [Ruppel] knows it. Her father,

her grandfather, was in that fraternity but she never knew that I was in there because I didn't like it. But I was a member. And they were very proud to have me, of course.

BW: And why was that? Why were you such a desirable member of the fraternity?

JR: Because of my family. I believe it was mostly the Simson origin than the Ruppel. But the Ruppel, but Ruppel carried some weight too. We had, oh, we had one leather manufacturer in Gotha who was Jewish: Herxheimer. No, his daughter married a Herxheimer. His name was Ledermann which was very unusual because he had a leather factory. He was Ledermann. And his daughter married a Herxheimer, who was a skin specialist in Frankfurt and the Frankfurt University is now the Herxheimer University. She's posthumously and after Hitler, they were named after him so he was an important man and Hans Herxheimer studied medicine after him and he was in Frankfurt, in Freiburg and in that Jewish fraternity. So he informed them on where I came from. So they were terribly after me for that reason. I was not otherwise very desirable, I would believe. I was a rather meek person, even then. Never put myself into the foreground. But . . . so it was doubly surprising, I think, for a person like my landlady that every fraternity wanted me to become a member. So I . . . my father was very much against my joining any fraternity. He had not been a fraternity member at all. But I finally decided to cut off all this visiting by all the members, of members of other fraternities to join them and I decided it would be the Jewish one.

BW: But that didn't become a real center of your activities while you were at Freiburg, is that right?

JR: No, but you had to go there frequently. And I did . . . fencing was a very important part

of it. But I had a bad foot and could not fence very well so I became a "Pistolenbusch." That would be, if I would be challenged, I would have to defend myself with a pistol instead of a sword. You know, I didn't get any . . . I never went on any of those secret fencing sprees which were making a man of you and which were done by fraternity members only. Every fraternity had their secret fencing dates and fencing Lokale [tavern] which was, of course, completely ignored by the authorities. They winked at it.

BW: And what were you studying then?

JR: I studied medicine. Oh, I was supposed to become a doctor and then Hitler came and since my father was the head of a "front hospital," he was considered a front Frontkämpfer, which is a front-line war participant, I was allowed to study but I never would have been allowed to settle down and open my own practice. So I decided that doesn't make any sense and I took leave from the university for a few semesters. I was matriculated for a lot of semesters but the last time I was matriculated a friend of mine matriculated for me. And, oh, there's another thing that may have been typical for German student life. I had this uncle who was a well known physicist, Professor Siegwart Ruppel and he got a Rockefeller Prize for Physics one day. So he was very well known in Germany for that year and especially in physics circles. And that year I went to the university and I had matriculated, or enlisted, in a physics course, but it was so boring that I didn't go there. Now in German universities you didn't have to attend courses, you just had to pass the final exam. And when I went to the final exam, the professor said, Oh, Herr Ruppel, I'm so glad I meet you on this occasion! [Laughs.] So the name Ruppel meant something to him, obviously. And he had noticed that I had never participated.

Somehow I had managed to pass. [Laughs.]

BW: So what year did you leave Freiburg, then?

JR: Thirty-four, probably '34. I went to Bonn and I studied . . . Hitler was in power then but I did go to Bonn and I could participate and in those days, theoretically, I could still have settled as a doctor. That came later, late in '35, I believe. We have one Jewish refugee woman here whose father was a banker in Germany and I told her one day that I could have studied and she said, Oh, you were a Heldensprössling too? That was a front fighter's son. It turned out she was too but she decided to leave Germany shortly after Hitler came to power.

BW: So you were at Freiburg, then you took a few semesters off and then. . .?

JR: Yes. And I went to Uncle Fred as an apprentice because I figured I had to leave Germany eventually. Well, Kenneth, [to BW] your father-in-law whom you never met because he died before you met your wife, he was sent to England by our mother. He studied in England.

BW: And what year was that he left for England?

JR: Must have been in '34, if not in '33. It was very early.

BW: And that was for political reasons?

JR: That was for political reasons. My mother saw what was coming. Oh, I went to school with the later wife of Hjalmar Schacht's right-hand man, Fritz Reinhart. She told me, If I were you, I would leave the country because I know what they have in store for you. Take my word for it. Go away. She was right but I didn't believe it then.

BW: So, there must be a series of events or recollections you have which indicated the

gathering storm.

JR: Yes, and I took heed of that to the degree that I began to take some English lessons in Dresden and I learned a trade which happened to be paint. I don't know if you know Uncle Fred wrote the leading book on paint failure or shortcomings with paint which still apparently is the leading book in this country too. Walter [Bernkopf] mentioned once to one of his colleagues at GE [General Electric] that he had a visit from his father-in-law, Manfred Hess, and he said, The Manfred Hess? and he said, What do you mean? The one who wrote the book on paint? And he was that well known. And he was here once as an expert for England on paint in connection . . . there was a holdup, a robbery of a Brinks . . .

BW: . . . truck . . .

JR: . . . truck. There was some paint indication and Uncle Fred was here for the British government as expert to talk with the FBI. So he was considered an expert there, obviously. His book came out in an English edition and still Ursel told me that the man who worked on this edition, on his English edition, was a friend of Mr. Fletcher's who also was a paint chemist. So he must have been pretty important. I could tell you an awful lot about the Hessens in England but that certainly doesn't go in here.

BW: I think we're just about at the end of this tape, so I think we'd better stop now.

JR: Yes.

[end of Side B]

Jack Ruppel Interview 2
June 27, 1998
[Transcript edited by Ursula Wellemin]

Brien Williams [BW]: All right. This is the second interview with Jack Ruppel. We're at the Cadbury Retirement Home in Cherry Hill New Jersey. This is July, or June 27th, 1998 and we're in Jack's room and I'm Brien Williams. And I was just asking you about the situation where your father served in World War I and there were certain things you could and couldn't do.

Jack Ruppel [JR]: Yes. Well, I was allowed to continue my studies but I would not have been allowed to open a practice or to work as a doctor at all in Germany.

BW: And account for that. Why was that so?

JR: Just one of Hitler's chicaneries, ideas, chicaneries ....

BW: Chicanery.

JR: Chicanery, ideas. Just to make . . . he did a . . . for instance, when a dog had a pedigree, it lost it's pedigree when it was owned by a Jew. Or a Jewish male who lived by himself was not allowed to have a female employee under 45. This was one of the Nuremberg Laws.

BW: So this rule that applied to your father applied because he was a veteran of World War I or because he was Jewish?

JR: Because he was Jewish. He was a Jewish "Frontkämpfer" not only because he was in World War I, I believe, but also because he had a prominent position in World War I. So . . . of the same things a story I like to tell "for frata unlicant," [phonetic] the "loyal eyes," the most popular German song, or was the most popular German song, and Hitler could

not do without it. So they had to publish it among German songs. But instead of Otto Hemlich Heine, they said "Author Unknown." Everybody knew, of course, that it was Heine.

BW: I want to just stop here for a second and check the tape. OK, there may be a little difficulty here. [Pause.] OK, I think we're all right. Let me just the pause the tape here a second. Now you mentioned your father's service in World War I. Is that connected with the Ruppel Eye Institute in Romania or where does that come into the picture?

JR: There was no such thing. There was a . . . my father had a small clinic in Gotha. But he never had more than one patient in there. And that was very seldom. As a matter of fact they didn't do any eye operations much in those days. So my father was very excited before any operation and once you had an operation, you had to stay in the clinic for two weeks or something like that. So now-a-days it's absolutely routine here, they take cataract operations, ambulatory, you stay in the hospital for two hours. Then you go home. But it was a big event [then].

BW: So where have I heard about the Eye Institute, the Ruppel Eye Institute?

JR: Don't ask me. It consisted of the clinic which had the office and one or two rooms for patients.

BW: In Gotha?

JR: In Gotha.

BW: All right. I'm going to stop again just for technical reasons. [Pause.]

JR: The only story I could have told somebody was when my father was head of the field hospital in Romania for which he didn't feel qualified at all because he was an eye

specialist. One day his help came very exasperated, they had a patient whose stomach was very extended all the way up to the ceiling, practically. And they didn't know what to do. My father didn't know what to do either. But they were going to the bedside and discussing this thing and suddenly father got an idea. He saw a band-aid there and he put it on the person's navel and he contracted and down went the stomach. That is the only story I can remember . . .

BW: So what did your father do during the war?

JR: He was an eye doctor.

BW: At the front or somewhere else in Germany or . . .?

JR: At the front. At the front. Right at the start, as a matter of fact, he volunteered. I didn't know him for several years.

BW: But did he refer often back to his experiences during World War I?

JR: No.

BW: That was sort of a closed book?

JR: Yes.

BW: Now, another question I had from our first interview was, ah . . . let's see, we've covered the reason why you couldn't be a doctor which was just something Hitler concocted . . .

JR: Yes, the Nuremberg Laws. I couldn't have finished my . . . my brother Kenneth did manage to circumvent that by going to England.

BW: So he, obviously, would have been subjected to the same . . .

JR: Yes.

BW: So . . .

JR: But my mother insisted that he didn't go . . . he didn't have the same experience that I had and sent him to England.

BW: So just to get this straight, because your father served as he did in World War I and because you were Jewish you could continue to study but you couldn't follow in your father's profession.

JR: Well, that's one way of putting it. Because I was Jewish I would not normally have been allowed to continue my studies but I was allowed because my father was a "Frontkämfher," f-r-o-n-t-k-a-m-p-f-e-r.

BW: If your father had not served in World War I . . .

JR: I would have been thrown out of the university, period. And put into a concentration camp.

BW: And when did that start?

JR: [19]33.

BW: As early as '33? [Wellemin: As far as we know, only anti-Nazi activists were put in concentration camps in 1933. Perhaps they were the only prisons at that time.]

JR: Yes.

BW: And, remind me, in '33 you were still in Freiburg?

JR: Freiburg.

BW: And then did you come home for a while?

JR: No. There wasn't any interruption on account of that. We also had somebody who protected us and maybe I mentioned that somewhere, no? Because I would have ended up in a concentration camp anyway. My grandfather never was in a concentration camp

which is very unusual and it was thanks to some unknown protector we had. [Wellemin: Grandfather Julius Simson died 7 July 1938 before Kristallmacht, which was 9 November 1938, when most Jewish men were sent to concentration camps.]

BW: So at what point did you go on to Bonn University?

JR: Well, that had nothing to do with Hitler. I was bored with Freiburg or something. So in Germany you could change universities. They had a universal curriculum more or less, so you could, without interrupting your studies, change universities.

BW: So you went from Freiburg to Bonn. And then your mother's plan developed to leave, is that correct?

JR: I can't exactly remember when my mother finally . . . oh, she left after our grandfather died. She stayed with her [?] father until he died. Then she left. And since Kenneth was in England, the logical thing for her was to go to England.

BW: And you said your father died? or your grandfather?

JR: My grandfather. My father died in '31. He never knew Hitler.

BW: Now we didn't talk about that at all last time. Just tell me a little bit about that.

JR: My father was very unimportant in my development because as I explained to you, he was away during my formative years and then he was much more interested in his other son, his younger son, so he really doesn't enter much into my life.

BW: When he died, he died in Gotha?

JR: Yes.

BW: And you were at university at the time?

JR: Yes. When my father died now. Yes. And my Uncle Curt came to Freiburg to break it

to me gently that my father had died. That's how I remember that it was Freiburg.

BW: And how did you absorb that news? What was that like?

JR: Well, I was really prepared for it. My father's doctor . . . So I thought it was very nice of Uncle Curt to spare my thoughts but it was unnecessary.

BW: And you knew your father was not well because he had been having heart problems.

JR: Yes. Well, I didn't want to admit it but in my heart of hearts I knew that he wouldn't be long for this world.

BW: Did you return then to Gotha to be with your mother at that point or did you continue your studies in Freiburg?

JR: I returned to Gotha for the funeral and then I continued my studies in Freiburg.

BW: And in 1931 Kenneth had not left for England? or had he?

JR: Yes, he was in England. He left halfway through Gymnasium. He took the rest of his schooling in England. He went to school in England. To a "public school," which in England is a private school. [Wellemin: It was in Reading, England.]

BW: So he must have left '28? 29? '30?

JR: Around that time, yes.

BW: And tell me again the reason why your mother wanted him to go to England.

JR: So he could become what he wanted. And not go to a concentration camp. We were not sure. We always had the concentration camp hanging over us. We didn't know we were "protected" then.

BW: But . . .

JR: There were very few Jews that did not go to concentration camp at all.

BW: Right. But you were not aware of concentration camps when Kenneth left for England.

JR: Oh yes. I went to school with the woman who was to marry the right-hand of the Hjalmar Schacht, his name was Fritz Reinhart [phonetic] . And she told me, I know what's in store for you and if I were you I would go. In a friendly sort of way. Well, I didn't believe it too much. But before I went to America, I gave up my studies and I went to Pirna to Uncle Fred. I don't know if you know about that. Uncle Fred had a paint manufacture in Pirna.

BW: We did talk about that the last time. So you're telling me that even in the late '20s Jews in Germany were aware . . .

JR: No. No, we're talking after '33 now. My father died in '31 and he was very optimistic about Germany.

BW: And, as you say, he never knew Hitler existed.

JR: No. He never knew of his existence.

BW: But then you told me your mother wanted Kenneth to go to school in England . . .

JR: That was after '33.

BW: Oh, I see. Maybe I misunderstood. I thought you said Kenneth had gone to England . . .

JR: Yes. I think I said that. [Pause] Now I can see what our family historian was up against! When did Kenneth . . . [Pause] I guess the fact that I'm confused unless it's interesting enough for my history, isn't it?

BW: Yes, well, let's not spend more time on that now but maybe come back to it next time. I'll make a note that we're going to do that. Now, tell me a little bit about your grandfather and his passing.

JR: My grandfather was Julius Simson, the original Julius Simson. He had a nephew by that name too. And he was one of eleven children. Was born in Suhl, Germany. And he . . . one of his brothers was in the War of 1871 and fell in action or was killed. And his mother sent Julius, who was her youngest, to Paris so he wouldn't be conscribed. No, that wasn't my grandfather. That was my grandfather's brother in New York. It was Louis that went to Paris. [Wellemin: Louis was sent to the U.S.A. aged 16 or 17 by his mother because one of his brothers was killed in the Franco-russian War, 1870 to '71 as Jack said. Our grandfather Julius was only 10 years old then. I doubt he would have been sent to Paris. I think he did go to Paris later on as an apprentice. Jack mentions Uncle Louis again on pages 12 and 13.]

BW: OK, it's unfair for me to be asking you about that without you having reviewed the record so let's defer that. OK. And I really want to pursue today the chronology as we've been discussing it. So Kenneth went to England and then your grandfather died.

JR: Yes, in '39. [Wellemin: Grandfather Louis died 7 July 1938.] I remember that. Because it was just a few months after I had arrived in this country that my grandfather died. And then my mother was free to leave Germany too.

BW: OK, then let's step back and pick up your story when you left Bonn University. Then you did the paint?

JR: Well, I went to Pirna and learned the paint trade, so to speak. And then a Turkish representative . . . no, somebody asked Uncle Fred . . . let's not give him a name yet . . . if he could recommend somebody to take care of his affairs in Turkey. He was a White Russian, a Russian refugee in Germany. And he wanted to open a branch in Turkey. He

had gone to Spain himself. Theodoro Poporoff [phonetic] . . . so we have something to hold onto. His name was Poporoff and Feodore, I suppose, in Russian, so he became Theodoro. So Uncle Fred asked me if I wanted to do that and I said, Why not? That's one way of getting out of here. And I inquired . . . I don't know how I came to Ber . . . Oh, yes, he started me in Berlin. He had an office in Berlin, this Poporoff, in Tarinsienstrasse in AfeminaHouse [phonetic] which was a very well known office building. And so eventually I went to Turkey but not without getting advice from the German authorities and Uncle Curt was very helpful and he went with me to the German authorities and I remember there was a man in charge there who looked very Jewish, had a very Jewish name, and had a Party membership emblem with a gold rim which means that he was in the Party from the beginning. And he warned me not to get lost in Turkey. If I didn't like it to come back within eight weeks. I remember he said, That's what happens to all of us if we stay abroad for more than eight weeks, we can't come back. I don't know if it was true but it would have happened to an Aryan too. But, anyway, he had a very nice way of breaking it to me which I remember and I kept that in mind and I came back within those eight weeks.

BW: Had you ever been to Turkey before?

JR: No.

BW: What was that like?

JR: Very primitive. And I remember one of the advisors I had was working for Ullstein [phonetic], which was the largest publisher of popular literature in Germany, who was Jewish, and this man, a Professor Fromkin, who was a Russian Jew who had emigrated

into Germany and he told me, Never emigrate to a country that is culturally below the one that you come from, which is what applied to me and I should have listened to him before I went to Turkey. So I disliked it there.

BW: And what did you spend your days doing?

JR: Calling on people. I spoke French with them which they didn't understand too well when I wanted to sell them something. When I went to a store as a customer, they understood my French beautifully.

BW: And you were selling paints.

JR: No. Poporoff was exporting things for Bayer, for instance, the aspirin people, and for big German concerns. I wouldn't try to do that anymore now anyway. It's probably one of the things that I disliked too, that I was supposed to sell German products to the new Turkish Republic. Atatürk was only a few years in power.

BW: So you were there for several weeks . . .

JR: I was there for several weeks . . . under eight weeks. Yes, probably about seven weeks. Then I went back.

BW: And then what?

JR: Well, the thing I remember now is this Professor Fromkin came on the last boat from Europe. It doesn't have anything to do with the story but maybe with me He was the one who told me never to go to a country that is lower in culture than the one that you are used to. And he escaped from Germany at the very last minute. I was speechless when I saw him come off the boat which I was at to receive Uncle Curt, who came from Spain, who was going to go to the United States but was waylaid in Spain and he got out with

the last boat. And this Professor Fromkin was on there too. Well, now let's get away from them. I was . . . oh, I came back from Turkey so I think I went back to Pirna. Yes. And I tried to go to the United States, which was very difficult in those days, and you had to wait for at least two years. I didn't have to wait quite that long but I don't want to put that on record what happens there. It had something to do with the protection we had in Germany too.

BW: And your mother was still in Germany at this point?

JR: My mother was still in Germany. She moved to Berlin. And my Uncle Curt was still in Germany and the Hessens' parents were still in Germany. Their daughters, Ursula and Luise, were in England with my mother. But we haven't covered how my mother got to England! [Pause.] Well, we had one cousin in England by the name of Phineas Quass, he married a niece . . . a cousin of mine. Phineas Quass was an Eastern Jew but he was very influential in the Labour Party and he was associated with one of the Labour ministers, Michael Foote, I think his name was. And this Phineas Quass wrote the constitution for one of the African republics. So he helped Kenneth a little bit but I don't think he had anything to do with my mother. Now, my mother had a cousin, Elisabeth Kauffmann, whose husband, whose name originally was Cohen—changed it to Kaufmann—he was an international lawyer. He managed to get to England somehow and I wonder if they had something to do with my mother getting there. But it was very difficult for my mother to get there too but she, at least, had my brother there. And my uncle in New York helped her financially in England.

BW: So you came back from Turkey. Your mother was still in Berlin.

JR: She was still . . . no she was not in Berlin. She was still in Gotha, I think. My grandfather was still alive.

BW: OK. Take me through the sequence of events, then, that caused her to move to Berlin and what happened to the house in Gotha, and then . . .

JR: The house in Gotha was sold under duress. My mother wanted to stay in the house. And I said, I don't think it's a very good idea. If the two largest houses in Gotha are owned by Jews and occupied, each, by one widow or widower. And she said, I think you're right. I'll move in with Grandfather. So she sold the house to a surgeon by the name of Grosse . . . I don't know if . . . well, let's go into that. He was gentile, of course, and he lived with his wife and two daughters downstairs in our house. So he bought it for 40-thousand dollars or something like that . . . for 50 thousand marks which was absolutely nothing and he had to . . . I remember all the unnecessary things very clearly. He had to take his life insurance out because he took his mortgage with an insurance company and he had to take the life insurance with his insurance company and he died within a few months. So the house didn't cost him anything.

BW: And he had been a tenant of your mother's before, is that what you're telling me?

JR: Yes.

BW: And then your mother moved in with your grandfather in Gotha.

JR: Yes. And then I don't know what became of my mother's house, the upper floor which she lived in.

BW: So she and your grandfather lived together for some months.

JR: Yes. And my grandfather had an over 45-year-old cook and an over 45-year-old nurse.

That was according to Nuremberg laws. With my mother he might have been able to . . . if my mother had lived with him at the time of the Nuremberg laws, then there would have been some mitigating circumstances. He might have kept his personnel, his female under-45 personnel. But my mother didn't live with him then. He had to get rid of his personnel and hire a 60-year-old cook.

BW: This was some kind of employment program that the German government had developed, is that it?

JR: Well, the main reason was to make it difficult for Jews. You know, the Jews that were put into concentration camps had their money confiscated and they also had to pay for their transport, at first class passenger prices, or something like that. So the Jews were a source of income and the rule that no male, regardless of age, if he lived by himself, could have an Aryan employee under 45 was purely to annoy the Jews. Like the dogs, the purebred dogs that lost their purebred status when they were owned by Jews. So that doesn't make any sense. I don't think the other thing made any more sense. So officially it was to prevent rosenshandar [phonetic] which was a mixture, racial mixture, sexual mixture between the Jewish employer and the non-Jewish, under-45 employee, female employee.

BW: Of which there had been a large tradition of that going on?

JR: No. That was just a pretext.

BW: Your grandfather at this point was a widower?

JR: Yes. And he was over 70 then. But he had to let go of his female employees who were under 45 and had to settle for a cook over 45. The only one he could find was about 60.

BW: So the two of them lived together, your mother and her father?

JR: Yes.

BW: And for several years, you say?

JR: I think it must have been for several years. Till '39. [Wellemin: 1938.] Then my mother, after my grandfather died, left the house and it was taken over by the Luftwaffe. Originally it was destined to become Goebbels office in exile, in case he should have to leave Berlin. But he didn't have to leave Berlin before the Luftwaffe took to Berlin.

BW: And, did you accompany your mother? No.

JR: No. I was in the United States and never came back.

BW: So tell me how you got to the United States. Maybe you already told me . . .

JR: No, I didn't. I filed for it at the U-S Consulate General in Berlin. I was told I would have to wait about two years. And my Uncle Louis had to give an affidavit for me which he gave for 75 family members [Wellemin: I thought for less]. He, fortunately, was very wealthy. And he swore that he would support us if we needed him.

BW: And he was located in . . .

JR: . . . in New York. He was the one whose mother sent him to France and he came to New York and he started a neckwear factory and he was very successful and he lived at the Plaza in New York and had the money to go with it. [Wellemin: his mother sent him to the U.S.A. The story goes that Uncle Louis started off sleeping under the counter (presumably of a store). He became a millionaire.]

BW: So you didn't have to wait two years.

JR: I waited about a year or so and . . . Oh, I worked for Poporoff in Berlin, then.

BW: What was that like? What was Berlin like that late?

JR: Well, I spent the Kristallnacht in a boarding house in Berlin on the Kurfürstendamm and I saw everything going on. And the maid who did not know that I was Jewish came and . . . because I had the best view of the Kurfürstendamm and she enjoyed it hugely. So that wasn't too pleasant.

BW: Any other memories from that time?

JR: Well, we had this uncle who was a doctor in Berlin. He was a society doctor. So . . . he was a good doctor, I found out later but we didn't think of him very highly. And he had his family there. He was married to an aunt of mine who was born a Simson and had some money, of course. The Simsons had some money in Thuringia. And . . . it's funny how all these things that don't enter into this at all come to my mind. This aunt looked like a Gutsbesitzersfrau, the wife of a [farming estate owner] . . .

[End of Interview 2, Tape 1, Side A]

[Beginning of Interview 2, Tape 1, Side B]

JR: This doctor was the doctor of Hitler's top minister but I think he resigned. But he had some very good connections himself. And he moved later to . . . oh, his son, Max, was the first one who went to the United States. He had studied law . . . he studied law in Freiburg where I was and we knew each other pretty well from Freiburg. And when I came to this country . . . but, that's jumping. I stayed with his parents. He had just gotten married. Max had just gotten married so I took his room and stayed there for years.

BW: Stayed where?

JR: In Kew Gardens, New York.

BW: Anything else you want to say about that last period in Germany?

JR: I try not to remember that. I don't remember too much. I remember very vividly the Kristallnacht and apparently I didn't look too Jewish . Others didn't recognize me as Jewish so I was left alone pretty much.

BW: Did you take steps to dissemble your Jewishness?

JR: Never. No, not at all.

BW: So you just were never confronted.

JR: Yes. I always used to say I'm only Jewish when it is being attacked, my Jewishness is being attacked. But then I came out completely. I never tried to hide it. But I wouldn't say, I'm Jewish or something like that. When I went to that pension, for instance, or the bed and breakfast, whatever you would call it on the Kurfürstendamm.

BW: And at that point what was your awareness of what was going on in the concentration camps and what not?

JR: We knew, like everybody else. You are referring to people who said they didn't know what was going on. That was just a very convenient lie.

BW: So, literally, how did you come to the States?

JR: Well, by boat. [Laughs]

BW: From where to where?

JR: I finally got my affidavit, or my papers, or whatever. I remember some of the passengers who were on there. For instance, Joey Davidson [phonetic], the sculptor.

BW: The what?

JR: The sculptor. He was very well known in those days. I don't think he was well known later on. And the daughter of a dentist who was very well known. Marmaduke [Marinaluk?], or something like that. I visited them later and their parents came out later too. But somebody wrote a drama about him, Professor Marmaduke.

BW: You sailed from a German port?

JR: Yes. On a German boat. No. No, on a U-S boat. But my mother had tickets on a German boat which she never used and never got replaced or anything. But I came on an American boat.

BW: So you came across the Atlantic and landed in New York.

JR: Yes. And that was early in '39, very early in '39.

BW: And had you thought of going to England to join your brother, or not?

JR: No. I wanted to stay in New York and they wanted to come over. Later on, in '41, I think, after the war, I managed to get them over. That's a long story that I remember pretty well. [Ursula: Probably 1947.]

BW: You say '41?

JR: Forty- one. You see, they always wanted to come to the United States. For them England was just an intermediate, first residence.

BW: And you kept up a correspondence with Kenneth during this time?

JR: Yes. And Kenneth was visiting back home in Germany one day when it looked as if war would start and I remember sending a warning to Germany: "Kenneth's to return to school immediately."

BW: Say that again.

JR: "Kenneth, return to school immediately." They didn't know why but they did, otherwise he would have been drafted in World War I . . . in World War II.

BW: You sent that? You sent that wire?

JR: Yes. I sent that wire.

BW: From . . .

JR: New York. I knew what was coming. They didn't. Of course, it was all hushed up. It was all hushed up in Germany.

BW: So, now, where was your mother at this point?

JR: In Germany and my brother was visiting. So the two of them stayed there when the war started. She was "protected." So she didn't go to a concentration camp. But she finally managed to go over to England and stay with Kenneth.

BW: So she was protected and that was when she was in Berlin.

JR: She was protected in all of Germany. She was protected from Hitler somehow. As was I without knowing it. I discovered the secret in terms of an arms-cache and I didn't go to a concentration camp and I didn't know why. I discovered something else. I was very much without fear because nothing happened to me. But I didn't know why nothing happened to me.

BW: So, you're saying things were happening behind . . .

JR: Old people disappeared. We had one lawyer in my hometown who lost his mind and he went to the Gestapo and said, "Take me into custody. I just said something against the Fuhrer." He was a Jew. He disappeared. The nurse that my grandfather had from Berlin turned out to be a Nazi and she tried to accuse my mother of something. So she went to

the head of the Nazi female, women's complement, who happened to be a very good friend of my mother's from way back and she said, "I know Mrs. Ruppel better than you do and I know she wouldn't be capable of doing that" so my mother threw her out which was very dangerous, of course. But she had . . . in that particular instance she had protection from the Nazis through her former friend.

BW: OK. So, you were living in Kew Gardens. So what did you start doing as . . .

JR: My uncle Louis who had vouchsafed for me had to place me somewhere. Then he was in his eighties and he didn't have a car but he went job-hunting among his friends by subway . . . at 82 or 83. And he came to a paint factory in Long Island City who said, "Oh, of course, I can only pay him 10 dollars," and my uncle said, "Oh, I'll make up for the balance," which he never even asked me to explain. He never asked me how I managed on 10 dollars. The Heines took me in and I lived with them. That's how I managed on 10 dollars. I sometimes walked home, six miles, to save 5 cents on the subway.

BW: That was 10 dollars a week.

JR: A week. And I found out he fired somebody because he had no opening really, but he wanted to be joining a club in which my Uncle Louis was an important . . . had some say so. So my uncle showed me laughingly a letter two months later. "Your nephew does very well and I wonder if you could put in a word for me at the Harmony Club," which was a German club, a German-Jewish club on Fifth Avenue. And my uncle said he . . . he didn't need me, they are so glad to get new members because they have no swimming pool, they have nothing of what people ask for nowadays. [Laughs.] But that's how I got

a job right away. 10 dollars! And I don't think I ever made much more. Then I was drafted and after half a year or so in the Army I got a letter from that boss who had gotten rid of . . . who paid me 10 dollars . . . he went as high as 15 or so . . . and he made me sell on the side, which I did fairly well, so I could live. But then he told me, "Didn't I think I'd done enough for my country?" And I didn't even answer because I didn't feel that was the way to do it. But he apparently had some connections. He was related to an assistant of [New York Gov. Thomas] Dewey's and he could have managed to get me out of something like that. But I didn't even answer that letter. I decided never to go back to that place.

BW: How long did you work there?

JR: Two and a half years, or something like that. I started as billing clerk. But I managed. And then he found out that somebody he knew had used the billing clerk as salesman on the side and so he got the idea of trying me as a salesman too. And I did fairly well. So I could manage.

BW: Now, it surprises me that you were inducted into the U-S Army after having been here for such a short period of time. How was that?

JR: I didn't get the question. "A doctor" in the U-S Army?

BW: No, "inducted."

JR: Oh, inducted. Oh, I got out because I injured my big toes. I have Hallux Rigiditus in both toes and I still get a 10 percent pension.

BW: My question was . . .

JR: That' how I got out after exactly nine months, exactly, to the day.

BW: But my question is, You have to be a U-S citizen to be a member of the U-S Army.

JR: No, I was not a U-S citizen but I was drafted . . . or the government . . . you want to hear these things . . . I remember these things very well. The government sent an inspector to find out if I was trustworthy and I was out that day and my boss told him I was very trustworthy. He said, Well, he had to convince himself. And then one day a man came, went into the boss' office, which was the only air conditioned office in the building and the boss sent out for ice cubes—he had liquor in his office—and he had to get the ice cubes from outside. Then the man left again and then the boss came out and said to me, "Do you know who that was? That was the inspector who had to see you in person. So I talked with him and you are approved for citizenship." And they interviewed my neighbors, too, I found out, and they gave me a good bill of health. But they could have told him anything. So nobody ever talked to me. I was approved for citizenship without citizenship . . . it would have taken me a total of five years. In the meantime I was in the Army and I had to have two people . . . then my papers came through while I was in the Army and I had to have two witnesses who had to swear that they had known me for the last two years constantly and one of them was a lieutenant who looked at me and said, This is funny. I have seen you before. [Laughs] The other one had never seen me before and this is how I became a citizen.

BW: And where were you stationed and what were you doing?

JR: Fort Bragg. I was in the field artillery and I was trained to become a radio operator for which I learned the very secret Morse code for field artillery which only some very safe people learned.

BW: And was the plan that eventually you would end up in the European theater?

JR: In the field as a radio operator. But my Army tests were such that they had to offer me to go to O-C-S and no radio operator is an officer. So that would have spoiled that. And I had a talk with my company commander and he said, "Well, there are three ways, as you may know. The normal way . . . the right way, the wrong way, and the Army way and you got into the Army way. Could you imagine how we could use you in intelligence but you were determined . . . you passed." Oh, I passed on top of the Morse code exam which was purely differentiating between dots and dashes. So I didn't see any difficulty there and I got every dash right and every dot right. So I was destined to become a radio operator in field artillery. So . . . my company commander incidentally was a lawyer who was a [involved] in the Lindbergh case. He was very well known and he said, Well, this is the Army. You got into the Army. Let's see if I can get you out but I don't know how." Then I told him about Hallux rigiditus and had a professor who, I found out later, was a very well known orthopedic specialist. He said I couldn't possibly do things by the numbers in the Army. And I couldn't because of this. He says, "There are two occupations where Hallux rigiditus is prohibitive. One is Catholic priests: you cannot genuflect and the other is a soldier." So the Army decided they had to let me go. And I had one fellow who had a malformed toe and he had some trouble in the Army on account of that and they let him go too because when somebody had something wrong with their toes they were not good for the Army. He didn't know what hit him. He said, I would accept it. I had found out in the meantime. When I got into the Army I said, "I want to see some action against Hitler" and they said, "We'll take note of it." And I was

very gung-ho for about a year. Then I saw what they do in the Army with people and I turned the opposite.

BW: You mean just the way the Army treats its own people or . . .

JR: The Army ignored actual impediments and accepted impediments with people who were very well connected. There were no impediments. So I took advantage of it. Mine was legitimate. But this other fellow definitely was not. But I accepted that. I wouldn't have said that before. And I was very glad. There was somebody else . . . we have somebody here [at the Cadbury Home] who knows another fellow and I know him. He was drafted around the same time. He got a discharge so he wrote his family, "I'm going to see young Ruppel pretty soon." And they knew what it meant. Nobody else knew it. [Laughs.] And as luck would have it, a friend of this fellow is a resident here now.

BW: So then what did you do after Fort Bragg?

JR: Well, I decided I would try my luck in market research. And men were very scarce in those days and I took . . . I went to . . . well, somebody in Rockefeller City . . . the snazziest market research company and they said, "Well, if I wanted to do some interviews for them, fine." So I did some interviews for them. In the meantime, one of the associates liked me very much and she said, "You are not a run of the mill refugee." And then it turned out that one of the associates had been in Berlin and he knew the Ruppels and the Simsons. And so she had heard that I really was not run of the mill. So she wanted to . . . She said, "If you can" . . . she also came up with the grandparents. Obviously the Simson grandparents were Jewish so you can't say anything about that. "What about the Ruppel grandparents?" I said, "They were Jewish and that's that and if

they don't want to take me on account of that, we can't change that." But she later on went with another agency and she got me in there.

BW. OK. So at this point, the U-S was preparing to fight Hitler . . .

JR: Yes.

BW: . . . and you were experiencing anti-Semitism in New York City.

JR: In employment, yes. Yes. And I wanted to fight too. Also, I had a power of attorney for Uncle Fred for monies that were coming to him through a New York bank. And there was some money and they said, "This does not have the necessary credentials. You can't get it" even though I had a very good form [phonetic] from him, a power of attorney. So I talked to a bank employee and explained the situation and he said, "Well, in that case you have to see one of our vice presidents." And I was really pretty furious and I said, "What you are doing amounts to playing ball with Hitler." I remember the term "playing ball" because I had just learned that and he turned pale and said, "If you look at it like that I have to check into it." And the next day I read some article in the New York Times that that bank had some German connection. So I had hit pay dirt. And so I got the money. So there was quite a bit of cooperation with Hitler in high circles in New York too.

BW: How were you handling English when you got to the States?

JR: I went to a gymnasium in Gotha, which happened to the oldest on the continent, and they didn't think very highly of English, so we had optional English in the afternoon. And we had it from the only lady teacher in the whole faculty. She was awful and . . .

BW: Yes, you told me about this before. You told me this on the other tape, right?

JR: Yes, I gave up. We gave up the entire course and I was the instigator. Well, I knew some

English and, oh, there was a U-S woman in Berlin by the name of Miss Ebsen and you may have guessed, she had a nephew and Buddy who was a beginning hoofer then and a sister who was her niece and she was awful, so I gave it up. She talked constantly about Buddy and his sister--I don't know what her name was. But that was Buddy Ebsen. So I gave that up. That was terrible. So I thought I would manage and I did apparently. But I remember something which might be interesting in connection with me. I did some interviewing for Stewart Dougall, was the company name I couldn't [remember]. I don't think they exist anymore. They were in Rockefeller Center and were the cream of the crop of market research in those days. So I did some interviewing for them and I had to interview people with specific . . . with specific people and I went after one that was a very young man but I got his wife and I said, "Well, when does he come home?" And she said, "I hope he'll be home around eight o'clock." And I said, "Oh, will it be all right with you if I come at eight o'clock?" And she said, "Yes, but I can't guarantee that he is here." And I wanted to say, "That's a chance I have to take." And I said, "That would be my chance if he isn't there." So that's how my English was. [Laughs] But I managed.

BW: So your next step professionally was . . . you were still living in Kew Gardens?

JR: I still lived in Kew Gardens and where Max stayed married. He left his wife only about 12 years ago and then he was run over in Arizona but he was very sick. His sister said it was a blessing in disguise that he died.

BW: So at what point now did your mother and brother come over? Is that way ahead of this?

JR: My brother came way ahead. Early in Hitler's day in probably around '35. Contrary to what I said before. Must have been around '35. It may be in the family history. But I

don't know where. If you have some time . . . I don't think it is fair to let Carol [Ruppel] sit down there while we are looking at these things.

BW: OK. But let's continue on because we are getting near the end of this tape anyway. So let's leave your brother and mother coming to the States till later but tell me a little bit about what you continued to do.

JR: Well, I was in the Army and I was discharged. I got an honorable discharge but I antagonized my superiors so much that I did not get the . . .

BW: Insignia?

JR: Medal, discharge medal. So I was rather proud of that because I had worked for that more or less. But I got an honorable discharge. They told us, If you get a dishonorable discharge, you might as well cease living because nobody would hire you. Nobody ever asked me what kind of discharge I got. So, yes, I decided . . . oh, I got connected somehow with the Market Research Company of America which was the father of American market research. His wife was Pauline Arnold, but his name was . . . good heavens . . . mere names and that goes back quite a while so I should remember it. Anyway, he was the man for market research. But I got a strub [phonetic] in his office. He had a refugee statistician whose wife or sister was a designer of china. I can't remember his name, either. But I met him in Chicago on the street and that shows how small this world is. But he had left to go to Chicago and they thought I could become a statistician or something like that. But I wasn't very good at statistics in those days so I did coding for them. And then, Matilda Arnold [phonetic], who was the daughter of the man, the boss, asked me if I could do some [Ernest] Dichter interviews. I did some

interviews for them too. And I had heard of him but I had never met him so I went over to him and asked him and he showed me what he did. He was a refugee. He is the main man in The Hidden Persuaders. Did you ever read that? by Vance Packard? Ernest Dichter is the man. So I went with him after I left Pauline Arnold. And I did quite well. I did interviews for him and . . . oh, he interviewed me first. And he did something I never did in interviewing. He hurt my feelings in the beginning. So I came out with a very outspoken interview. He said he'd never had an interview quite as outspoken as mine and he certainly would want me to work for him.

BW: What was it that provoked you? Do you recall?

JR: I don't remember. He stepped on my toes. Inadvertently. I remember he interviewed me on M&Ms. M&M wanted to get a name for their M&M drops which are still called "M&Ms," so he didn't find anything. But I told him that chocolate reminded me of dirt and somehow it was rumored that I came out and said "M&M" was absolutely out of the question. And I came up with "Dotties" which I thought was a good name but M&M didn't like it. Then I found out somebody shortly after that with "Polka Dotties," which was sort of an M&M, but M&M under their own name did better than Polka Dotties. So I was in with Dichter and what happened then? Well, Dichter paid me thirty dollars or something like that.

BW: You came to this market research sort of serendipitously, didn't you.

JR: I liked the idea, yes. And in Germany there was a Professor Vershoven [phonetic] who was a protégé of our grandfather and I talked to him over about 10 years and I liked the idea very much. It's actually consumer research. And then we had a cousin who was

vice president for an agency and he recommended me to Frenshon [phonetic] who worked for Life Magazine and he and I did not get along at all. He said he would rather take 300 masked interviews and I said, "What do you really prove by that?" So I didn't like the idea at all. As I was for Dichter interviews. Now Dichter allegedly was the inventor of the depth interview. You know, he is the creator of the "Tiger in Your Tank," for instance. And of the famous car that was like all . . . could be driven as easily as any other car only it was much more rewarding because, among other things, it had a false cabriolet [J. Ruppel: Plymouth]. Plymouth was the first that came out with that imitation roof and Dichter found that that would attract some old people who would fancy themselves as Romeos but were not really up to it anymore. And apparently he hit it right. So I worked with him and I came up with a few ideas that he liked.

[End of tape 2]

Jack Ruppel Interview 3
September 27, 1998
[Transcript edited by Ursula Wellemin]

Brien Williams: Let me see now. Let me just check this. Why don't I hear this? There we go. OK. This is the third interview with Jack Ruppel. Again, we are in his room at the Cadbury House in Cherry Hill, New Jersey. And it is Sunday, September 27th, 1998 and I am Brien Williams. We left off the last interview talking about your work with [Ernest] Dichter and take it from there.

Jack Ruppel: Dichter finally employed me at its freelance work for him. He finally employed me for a while. Then he didn't have enough work for me and I went back on a freelance basis for him. But I did work for the Market Research Company of America. I don't think I've mentioned that yet, which was Percival White. And who wrote the book on market research that came out in '37. So he was It for the time in market research. He was a partner with Pauline White who was his wife in spite of the names, difference in names. And Pauline White had a daughter, Matilda White, who one day asked me to do some interviews. Oh, that was before I contacted Dichter but I don't think I've mentioned that yet.

BW: I think you did talk about that.

JR: I did talk about Matilda White? The one who put me in touch with Dichter?

BW: Right.

JR: I keep repeating myself. All right. So, I don't have to mention that. So we covered Market Research Company of America or Percival White, plus Dichter. Then I thought of going into business for my own and do some market research on market researchers because I

noticed that in one company that I worked for briefly they were of the opinion that they were on everybody's lists, every potential client's list, whereas they really didn't think very highly of them. So the thing was, I figured out that in order to break even I needed a certain number of clients and a number of people I had worked for who knew me were anxious, apparently to become my clients but it wasn't enough. So I gave that up. Also, I was a little bit afraid of doing it myself. Then I don't know if I mentioned a partner in . . . which turned out to become the agency that put Eisenhower over which was . . . weird names . . . well, I'll come to that. It was named after one man who was then taken over by Saatchi and Saatchi. And Saatchi and Saatchi was apparently the one agency that put Margaret Thatcher over. So they wanted me to start with them. The American agency was swallowed by Saatchi and Saatchi. They were in Rockefeller Center. And I remember one thing I did for them. They were also the agency for Carter's Little Liver Pills. And the Carter people came out with something to combat aspirin and it didn't go over too well so I set up a test. I found out that aspirin was good to revive cut flowers so I had a desk, a table set up with samples of Black Eyed Suzies which I picked wild and brought to the office and some of them were with aspirin and some of them were with water, some of them were with this new product and I remember I labeled it, "Say it with flowers," a test on such-and-such, and it turned out that the new aspirin failed miserably on that count too. And I remember one of the vice presidents of Ted Bates, that's the name, Ted Bates was the agency, and she came and saw this and laughed herself sick. And after that, a few odd things like that, Ted Bates wanted to hire me but they wanted me to start as traveling buyer for radio, this was before television, and their incentive for

me was that if I was doing that I would get in on the ground floor and it was highly lucrative. But I didn't want to do it because my mother and Kenneth were on their way coming over and it would have meant traveling a great deal. So I didn't join Ted Bates and I probably mentioned that I was hired by the Graham agency. And Pat Graham was the man who wrote the article in the leading book then on advertising. He wrote the chapter on market research. He was a member of the Market Research Council of which you only became a member by election by other members. So that was fairly prestigious. And I worked for him a while. Then he finally said, I have to let you go for your own good because here you are mired. You can't develop your own potential.

BW: You said you were mired?

JR: I was fired. He let me go. And he gave this as an explanation. I suppose it was to soften the blow. Anyway, I was at loose ends and I freelanced a bit. Now I am a little bit at a loss about the chronology of it, as you notice. So anyway, when I freelanced I had one fellow who used to be a psychologist who used to work for one of the agencies I used to work for as a market research psychologist and who claimed I was way above him in getting information so he hired me for getting information for his jobs, one of which was for a Ten-and-Eleven chain of markets which their market research director didn't take the job very seriously. He introduced me to their market research director. He was on a visit here. He wasn't interested in the work at all. He was interested only in the girls he met through them. So I got a job that had gone awry under their supervision in Miami and I found it was completely fake and I had to start from scratch again. And it took an awfully long time. And so I eventually resigned on that because it was all a fake. And that was

about the last time that I did some freelance work and so I decided to call it quits. I was in my early sixties then. Market research had come to a pass where you were not allowed to check on your respondents any more which was the only check we had on interviewers and it became illegal to ask people that gave their information for their names so you could check back. So that was the sword that broke my camel's back. I couldn't check and the interviewers took tremendous advantage of that and they just gave some imaginary reports and you couldn't do anything. So that's why I gave up on market research. And I am still not following it to this day because I don't believe in it at all anymore the way it's practiced now.

BW: You said a moment ago that you left market research in the early '60s or when you were in your sixties?

JR: I was in my early 60s.

BW: Oh, my.

JR: Which was in the '70s. In the 1970s.

BW: 1970s. When was this job you had in Florida?

JR: It was the last one that I took . . . no, I took one after that in Houston with my former company which was A.J. Wood. I haven't mentioned that at all, yet. I worked for them for a while and Wood told me they didn't want me to do any freelancing while I was working for them because they wanted to keep the publicity all for themselves. And their market research director, a man by the name of Schreier--S-C-H-R-E-I-E-R wrote a book in which he believed it would be the book, the final book, on market research. He was eventually fired from Wood and he contacted me to send him certain interviews that he

wanted to publish in his book. This is just to toot my own horn. And I wrote back to him, Unfortunately this was property of A.J. Wood, with whom he was at odds at that time, and I could not, did not feel free to give them to him. While I was at Wood I did a job, a very hush-hush job on IBM and a motor company, whose name I can't remember, and IBM, both of them were to find out why people who were actually in the driver's seat, how they felt about IBM as customer. These were either presidents of companies or, in very large companies, the purchasing agents. And so it was very essential that nobody found out for whom it was done and to this day people seem to be marveling that I managed to get the information I got. Incidentally, I got a copy of the findings which were very hush-hush and I destroyed them when I came to this place unfortunately to keep them very secret. But I apparently found out quite a few things that they didn't know. So, to describe my work and why people who apparently knew me were very anxious to keep me working for them but I just couldn't make it jib with my conscience.

BW: Let me ask you, During this period when you were doing this work was it mainly one-on-one interviewing that you were doing?

JR: Yeah. Which really was my forte.

BW: And were you designing the surveys that you were doing?

JR: Yeah . . . which was very important. There was a book on the art of interviewing and while I was doing that three A-A agencies, four A-A agencies which were the top advertising agencies, I remember one of them, Orsof and Ryan [phonetic] which is now merged with a number of them came to us to help them with a questionnaire that they ran afoul of that they didn't get any where. And I put my finger on what was wrong with them right away.

BW: Did you publish at all in this field?

JR: No. I refused to. I drew up something but then I decided not to.

BW: You mentioned going to Florida. But were most of these other positions in New York City?

JR: Yes. All of them, as a matter of fact.

BW: OK.

JR: Except for A.J. Wood which I started in their branch in New York City which they gave up. So that's how I moved to Philadelphia, as a matter of fact. That's pretty essential, I guess. It should have been mentioned.

BW: And about what year was that?

JR: I suspect it was in the late Fifties.

BW: So would that mean that you worked for A. J. Wood for about 10 years?

JR: For 20.

BW: For 20 years?

JR: Yes.

BW: That was the longest you worked for one company?

JR: Yes, by far.

BW: And when they moved to Philadelphia they were still doing surveys for big companies on a national basis?

JR: Yes. And they were a growing company which was being put on the map for research largely on the basis of research done by this director Schreier with whom they fell out towards the end. Incidentally what credit Wood gets in The Hidden Persuaders is actually attributable to Schreier. So Wood didn't know anything about research. But Wood

turned more and more toward solicitation . . . telemarketing. Something I hated. And I slid more and more into telemarketing so that prompted my leaving them too. For all I know, they are still in telemarketing. They're not well known anymore.

BW: But the firm still exists, as far as you know?

JR: I don't know. The last time I was there was about 12 years ago.

BW: Was it a large company? Were there a lot of people?

JR: I think it was fairly large. It had about 200 employees. So I think as companies go it was not very large but as far as market research companies go it was fairly large. But that's about as much . . . I'm tooting my own horn now which I don't like but I wanted to give you the background.

BW: Now before we go into what you did professionally after you left Wood just give me a hint here and we can come back to this later, you left market research and then what did you get into?

JR: Nothing. I was past 60 and I found it extremely difficult. All I really knew about was market research. My forte was . . . I was a frustrated informationalist, fact getter, a direct fact getter. And there wasn't any possibility of doing that anymore unless you pretended also some things. I think Mr. Clinton has become a victim of that now.

BW: So you retired then after you left . . .

JR: I think for all practical purposes I retired. And since I was in Philadelphia I gradually moved to South Jersey because Philadelphia became too dangerous.

BW: About what year was that that you moved? Was that when you moved to Collingwood?

R: Yes. It must have been in the early . . . before I was 70, was in the sixties. I celebrated my

70th birthday in Collingswood, I remember that. By then I had moved over and I was completely retired. I had some Social Security which while I lived in Elkins Park paid for my rent and the rest came from investments which I gave up in '78 much to my regret now looking back.

BW: You mentioned Elkins Park. Now that was in Philadelphia?

JR: Yes, that was in Pennsylvania, just outside of Philadelphia, Elkins Park.

BW: Shall we pick up now from the point at which your mother and brother came to the United States?

JR: I think yes. As far as my own development goes was when I decided against going to the agency in New York whose name, again, I can't remember. Two names. Which became a political agency. BW: Ted Bates?

JR: Ted Bates. So I suppose I wouldn't have liked it there anyway because they worked very much in the background for Ike. And they were apparently the ones who put him over the top.

BW: OK, now create the scene when your mother and brother came to the U.S.

JR: Yes, well, I remember there was a telegraphers' strike and I only found out that they were on the boat. They were supposed to by getting me manifests which contained them so I knew. And I went . . . there was also a cab strike, I think, for the summer. I didn't have a car. I managed to get to the airport and the airlines provided transportation to go home.

BW: What year was this?

JR: Well, whenever this strike was. Must have been in the mid-sixties. I was still in New York at the time. And I found them some room in Jamaica with a private party.

BW: Now, Carol [Ruppel] was born in '51 in Port Byron, New York. So Kenneth could not have come to the States in the sixties.

JR: No, he came in the Forties.

BW: OK. So you see I didn't know that they came at different times.

JR: No, no. I think that I misled you and myself there. Kenneth came in the Forties. I was still living in New York. Kenneth, as you know, worked on Staten Island in the hospital as resident.

BW: That was the first job he had in the United States?

JR: Yes. And Kenneth was in the United States for roughly about 10 years before we moved to Pennsylvania. So, did I say we moved in the Fifties? Which still is possible. So we got off the beaten path somehow. Kenneth and mother came here in the early Forties. And about 10 years later, which would have been in the Fifties, we moved to Pennsylvania because Wood for whom I worked at that time gave up their Manhattan branch.

BW: But when your mother and Kenneth came, they flew during the Forties?

JR: Now, flying in the sense of escaping? Not by transportation. You couldn't fly in those days.

BW: I didn't think so but you told me you went and met them at the airport.

JR: Yes. They must have flown. And the manifest is something that happens on a boat too?

BW: Probably.

JR: So they must have flown.

BW: Could they have put in at a different port and then flown from Boston to New York or Montreal to New York?

JR: No, no. They flew across the ocean. They flew in one piece. They didn't change.

BW: So they flew from England to New York City.

JR: Yes, they did fly.

BW: And that was in the Forties before the war was over?

JR: No that was after the war.

BW: So it was somewhere around '47.

JR: Yes. And I got them . . . in the early Forties I went to Washington for a hearing. I don't know if I mentioned that. I had a hearing in Washington about them because I was sponsoring them. Not financially but spiritually, I think. And I know I manifested it so well that they were probably the only ones in that hearing who were permitted to come over. I was very proud of that. I remember the Army representative on the board took me aside later on and said, Were you a lawyer in Germany? Which I disliked very much. He said, You really presented the case beautifully. I said, No, I never was a lawyer.

BW: And this was before an immigration board or something like that.

JR: It was before an immigration board. And Uncle Julius Simson, whose younger brother was Julius Simson [i.e. Jack's grandfather—UW], wanted to give me his lawyer to help me. He said, Nobody ever gets anybody over through that board right after the war, or something like that. But I did manage which was the main feather in my cap, I think.

BW: So you did that and then subsequent to that they came.

JR: Yes. It took a while but they were permitted . . . they were the only ones at that particular meeting, I think, that came through the board's recommendation.

BW: And you were living in Kew Gardens still?

JR: I was living not with the Heines in Kew Gardens. I was living in Elkins Park with a refugee family, the Hailparns. They have no bearing otherwise but I stayed with them for quite a while

after I left the Heines because Fred Baum had come back and Ilse Heine wanted her room available or something. I stayed with the Heines for quite a while. And they were very instrumental in my living in New York for a while.

BW: So you moved to Elkins Park before your mother came to the United States.

JR: No. We are talking about Kew Gardens. I moved to Kew Gardens directly from the boat. I moved in with the Heines and I stayed with them for quite a few years. Then I moved to a refugee family in Kew Gardens across the tracks, so to speak, which was not nearly as elegant as Kew Gardens but it was till called Kew Gardens. I had come back from the Army at that time. I don't think I mentioned the Army at all, which for me was Fort Bragg where I got my foot injury which netted me a 10-percent pension which I am still getting. Ten percent are now about eighty dollars. It used to start at 10 dollars.

BW: We did talk about that the last time. So you moved to the other side of the tracks in Kew Gardens and you stayed there in an apartment . . .

JR: No, it was a private home which was owned by some refugees together with another refugee family. And I was the third party in that building.

BW: Did you still consider yourself at the time a refugee? Because you were an American citizen by that time, right?

JR: I became an American citizen in the Army.

BW: So were you living in this place you are describing now when Kenneth and his mother came over?

JR: Yes. I was living with the Hailparns.

BW: How do you spell their name?

JR: H-a-i-l-p-a-r-n-s. But they were of very secondary importance. Just that I rented there and . . . But things fall into chronological perspective more. I got into the armed . . . I came to this country either at the end of '38 or early in '39. Probably early in '39. I came into the Army in '41 after Pearl Harbor and I became a citizen in the Army roughly five years after I had come which would put that at '44 that [I got] my citizenship. So I was in the Army at Fort Bragg in '44. I remember that I ignored the repeated request to appear before the publicity people in Fort Bragg because I was told that was an Army order I didn't have to follow. So I didn't get any publicity in becoming a citizen which was just as well to my way of thinking because I would have had to tell them about things . . . that's probably why they were interested in me in the first place. I think I mentioned about the intelligence I contributed to CIA or whatever it was while I was in New York. No? I had started in New York working for Monroe Sanders [phonetic] which was a paint factory where I got in through Uncle Louis Simson . . .

BW: You did tell me that.

JR: Yes. And he was a member of the Harmony Club. That's why he took me. So . . . Then I may have mentioned the CIA or whatever it was [unclear]. They were trying to get some information from me on the industry around the Dresden area. That was because of the air raid on Dresden And when they called me we were disconnected. So I went to the boss and I said, This is what happened to me. And since I am a refugee I really don't want to avoid contributing to whatever you can get on information. I am very anxious to get in touch with them again. So they were not in the phone directory. But I found their hush-hush address so the boss said by all means go there. So I took off and I found them and they asked me about industry and I turned out not to know as much as they thought. But they had a book in front of them--a German book--

which had advertising on the back which was for Gebruder Arnhold who owned much of the industry and who were much more informed about these things. And some of the Arnholdt's were in New York now. There was a company of brokers, Arnhold and Bleichroder, which still exists. And allegedly the agency that . . . the people in the agency didn't know of their existence. So I told them they could give them much more information. I gave them all I could but then there was the air raid on Dresden so . . . apparently the information helped.

BW: That was the only sort of covert activity that you were involved in?

JR: I believe that was the only one that I can remember, yes.

BW: OK. So you were probably still living in this refugee home, as you describe it, when your brother and mother came to the U.S.?

JR: Yes. Very much so. I remember Frau Hailparn inviting Mother who was fresh from the boat and instructing her a little bit on how to act as a foreigner in this country.

BW: Now you just said fresh from the boat . . . from the airplane.

JR: Yes. Fresh from the boat is just an expression, I hope! She was a green-horn refugee.

BW: And you got them an apartment in Jamaica, you said.

JR: It was not an apartment. It was rooms. Sublet. That was in a private home in Jamaica, yes.

BW: And did Kenneth get this job at Staten Island right away or was there a period of time while he was looking?

JR: Probably soon, yes. He got it rather soon.

BW: Rather soon.

End of Side A.

Beginning of Side B.

BW: Tell me now . . . this was a family reunion when they came.

JR: Very much so. I'd not seen them for many years.

BW: What was that like?

JR: I don't remember too much.

BW: You had remained in close touch by writing.

JR: Yes. And I was instrumental in getting Kenneth away from Gotha just before the war started because they were not clear about that in Europe. But I could see it very clearly so I sent a telegram, Kenneth to go home or something. Go back to school. They didn't understand why but he followed the advice.

BW: Had Kenneth practiced as a doctor in England before he came to the U.S.?

JR: No, he . . . I suppose you know about it. He went to school there. He studied medicine. He was a locum tenum [physician] for a while. That's where he learned to drive a car. Kenneth . . . I suppose you know about it . . . he was very conscientious and he visited his patients at the end of the day to make sure that they had followed his advice and he had given them the right advice. I don't know if you know about that, but he was extremely conscientious. But he was an intern . . . the counterpart of an intern, I think, in a hospital where he learned how to change blood, blue blood in infants. And he was the topmost expert in this country in that transfusion. So they consulted him, which probably Carol doesn't know about because Kenneth wasn't tooting his own horn either. I retract the "either." I am beginning to toot my own horn now.

BW: He worked on this procedure in England or here? In England?

JR: Yes, while he was sort of an intern in a hospital. I can't remember the name of the hospital.

In Newcastle-on-Tyne, I think it was. But he, for this country, he was by virtue of doing this in hospital in England--and nobody had done it here yet--he was the top expert on that procedure. So he was called on a few times to do that sort of thing. I think he did the first transfer of blood in infants, blue blood or whatever it was.

BW: What prompted their coming to the U.S.?

JR: Well, they went to England only as an intermediary station. They wanted to come to the U.S. from the beginning but they couldn't come directly because they didn't get the permit. Kenneth was sent by Mother at the beginning of Hitler in '34, probably because she felt there was no future for us. I think I mentioned, yes I mentioned that I was allowed to continue my studies under Hitler because I was a Frontkaimpferkind. I remember you asked me what was a Frontkaimpfer. But I could not have settled down and opened a practice so I went to England too but I think we didn't have enough money for me to continue, for two people to study the practice of medicine so I was . . . I had a bent towards getting information, anyway and so I drifted into market research.

BW: You had not mentioned before to me that you had gone to the U.K. as well as Kenneth.

JR: No, I did not go to the U.K.

BW: You just said, I went to the U.K. too but because there wasn't enough money . . .

JR: No. I went to the U.S. I went directly to the U.S. I only went to the U.K. for about an hour. I set foot in the U.K. on my way to the U.S. which I had to do by boat and they stopped on the Channel somewhere for about an hour. That's my only experience on U.K. soil.

BW: OK. But you say that it was Kenneth's ambition to come to the United States as well as your mother's.

JR: We had planned to emigrate all to the U.S. Kenneth got stuck in the U.K. on the way to the U.S. so to speak and Mother managed, after grandfather's death in '39 [grandfather Julius died in July 1938.—Ursula Wellemin] to go to the U.K. to join Kenneth. Her eventual goal was to join me with Kenneth and they could not achieve that until the end of the war. I don' know if you know that Kenneth was destined to go to the Isle of Man . . . you know about Kenneth on the Isle of Man. That's a very interesting chapter which possibly Carol doesn't know about. So from the Isle of Man where he was . . . he became because of his medical knowledge, he became the assistant to the head cook on the Isle of Man which was a refugee camp, internment camp and . . . I might as well go into a little bit of Kenneth's history there. He became the assistant to the cook, who was a banker from Vienna, who had some heart trouble. He was a gourmet cook and he cooked for the camp. But in case he should get a sudden heart attack, they gave him Kenneth who was almost a doctor as his kitchen boy. Then Kenneth was taken out by the camp commander on his motorcycle and the camp commander had to go back prematurely and he left Kenneth in town and Kenneth returned by himself and he had some trouble legitimizing his being admitted to the camp, to the refugee camp. He could have stayed out. But he dutifully reported to camp and against all odds was readmitted. This is just a sidelight on what happened in England. But then he was slated to be deported to Canada which was a very dangerous voyage by sea against German minefields. And I know one good man from Gotha perished that way. So Kenneth wasn't particularly keen to go there and he somehow managed to keep out of that transport. So he stayed in England in internment.

BW: Was that the common practice during the war in England that Germans were put in camps?

JR: All German refugees were put in camps, including Uncle Fred Hess who had emigrated as a

paint expert and joined a company, an existing paint company in England whose owners, at least one of them, was a Member of Parliament and had a great deal of influence. Originally Uncle Fred was made head of the Hess Department of Manders and Company, Paints. Uncle Fred apparently was and apparently still does count as the foremost expert on industrial paints. He wrote a book on industrial paints which apparently still is the leading book. It had an English renaissance . . .

BW: But Kenneth had gone to public school for a while in England and had gone through medical training . . .

JR: . . . to a public, private . . . it was . . . you know "public school" in England was "private school" and he was on an estate of a former Member of Parliament or something like that.

BW: That was not a German school. That was an English school.

JR: But there were quite a few European immigrants or European people who escaped from Europe, including Pirelli. Of course you knew about that. Pirelli was one of Kenneth's close friends in that school, in that public school as were two Rumanian barons, young barons, whose father was a friend of Horthy, [Hungarian prime minister], who was the top Nazi and I think Pirelli, father Pirelli, was officially a Fascist too. But he sent his son to England and his son wanted to take Kenneth on vacation home to Italy but Kenneth preferred to visit his mother. So Pirelli didn't go to Italy because he didn't want to go alone somehow.

BW: So was Kenneth on the Isle of Man through the whole war or just a part . . .

JR: No. He was released eventually. [Ursula Wellemin: Kenneth was interned for one year.] I don't remember if it was in connection with the end of the war or not. I'm not clear about that at all. [Ursula Wellemin: Before internment Kenneth was studying medicine at Sheffield

University and after internment he completed his degree at Newcastle-on-Tyne. When he arrived in the U.S.A., he had to take some exams because an English degree was not valid in the U.S.A.] But he became a student at the University of Newcastle-on-Tyne, I believe, and he passed his medical exam in England. So he was entitled to practice medicine on account of that. He was a medical doctor but not an M.D. for technical purposes. He went . . . when he specialized he took a course at Harvard, a specialized course. You are probably familiar with that. So he was allowed to call himself a specialist in child treatment. Pediatrics. So you know that much about your father-in-law. Because he didn't mention too much about it.

BW: So his medical studies were interrupted by the period of time that he was on the Isle of Man or not?

JR: Yes, he studied medicine. No, he went to the public school. And I think from the public school he went to the Isle of Man. And then he took up the study of medicine. I'm not very sure about the chronology of that. Anyway, he did those three things: he went to public school, because he did not have his final German exam. He did that in public school in England. And then he studied medicine. In between he was in the public school. But he was there . . . I know mother managed to finance that from Germany. So that came before '39. Obviously, because in '41 they came over and he was a finished English medical doctor [Ursula Wellemin: It must have been later, possibly as late as 1947]. So he had to take an internship here . . . or a residency here, I believe. He started on Staten Island. Then finally he took over as a general practitioner in Fort Byron and Fort Byron was taken care of medically by one intern out of Syracuse. I don't know if you know about that. He came there for one day but people lost interest in him and they all went to Kenneth and it got to be too much. Even some people from Auburn, which was the nearest

big city came to consult Kenneth and Kenneth took refuge into Syracuse and became a specialist by going to Harvard to some special courses in pediatrics. And eventually he got so busy in pediatrics in Syracuse that he gave that up and he joined Union Carbide, I think it was, where also one of the bosses wanted him to take care of his family and Kenneth refused that because he had his hands full with his factory people. And apparently he became very popular with the union people there and it got a little too much for him too and I think that's what precipitated his giving up altogether.

BW: Did he go through a black period before.

JR: He had a period of manic depression.

BW: Did he ever seek counsel for that or did he suffer quietly?

JR: I think Ilse provided a pastoral counsel which was not very good. Ilse for some reason had a hard time with her husband who still apparently loved her very much. I told the story yesterday about my going to Upper Michigan and Kenneth was completely absent-minded. He had his mind completely on his wife's whereabouts because his wife was driving home one day and . . .

BW: And so when Kenneth took his life, that was not a total surprise.

JR: It was a surprise to me because I had been with him. And he told me that he had found a new way of driving from Syracuse to New York City which he was going to use in the future. So that's why things seemed to begin to look up for him. So it was . . . the timing was a surprise, probably for everybody.

BW: Explain what you mean by "the timing was a surprise."

JR: The timing was just that, the moment that he committed suicide. Ilse says he did take that particular day because the by-then married eldest son, Dick, was visiting her and he figured Dick

could take care of his mother. So Dick came on the day that his father committed suicide. His private nurse noticed--it came out later--that he took all the medication that he used to poison himself which he had access to and she said she should have reported that, of course. She didn't. So she felt remiss because she didn't so she felt a little bit guilty about that. She didn't suspect anything but she didn't know why he took all that . . .

BW: So he never saw Dick on that visit.

JR: He never saw Dick, no. Dick came . . . he committed suicide about the time Dick arrived, as I recollect. And Dick called me at 2 o'clock in the morning to notify me. I remember that.

BW: And it was that late at night because Kenneth was not discovered until fairly late in the day, is that right?

JR: Well, he was discovered towards evening, I think.

BW: How did your mother adjust to life in the United States?

JR: Very well. She enjoyed the absence of domestic help. Eric, especially. We originally had somebody coming in once a week to clean up our apartment but mother didn't like that at all. She was using our toilet, for instance. [Laughs] So she got rid of her. Oh, mother said, whenever I have trained somebody she gets up and leaves and we get a new one and I have to train her again so I might as well do it myself. So that was one of the things . . . she said, this is gracious living especially without help, outside help. But she'd got used to that from England, of course.

BW: And she had acquired some skill in speaking English while she was in England?

JR: Yes, she spoke English with a slight accent but fluently and after she had her stroke she lost the accent. And my explanation was she'd lost her inhibitions. Kenneth asked me, how come that mother doesn't have an accent any more? And the only explanation was, judging for myself,

we were poking fun at the American pronunciation by pinching our nose and things like that. And so I had an inhibition about using an American accent and I still think I have it. Mother lost it with her stroke, I think.

BW: So Kenneth and his mother lived together while he was practicing on Staten Island or not?

JR: No. While he was looking they stayed together. But that was not very long. Then mother was alone and I was alone and finally we got together in Sunnyside, mother and I. Sunnyside is a not very good section of Long Island, within New York City.

BW: So you and she stayed there for several years . . .

JR: I think we stayed there for several years.

BW: And moved from there down here?

JR: Yes, because I had to move . . . my company gave up their Manhattan branch so I moved and mother came along, of course. So we moved to Elkins Park into our garden apartment which was quite nice in those days.

BW: And was that were you stayed for the duration of her life?

JR: Yes. And I stayed after she died. And her doctor by accident was a refugee doctor who was the boyfriend of my cousin, Ilse Heine, who later married Fred Baum. And I was at their wedding and I discovered that his chinger [phonetic] was near Elkins Park, so we went there. He was very nice to mother. I didn't get along too well with him. Kenneth said you don't change doctors because you don't like the doctor. Then he got to know Hans Abraham who was the doctor rather well and he said that I can see why you don't like him. So I changed to a very good one in Elkins Park which was recommended by a friend of Ilse's.

BW: Describe a little bit the kind of life you lead in Elkins Park. You were doing a fair amount

of business travel or not?

JR: I was doing an awful lot of business travel which made me very valuable to my company because I was willing to leave at a drop of a pin. I remember our research dirctor called one night and said be prepared to go to all sorts of climates tomorrow and you leave right away so I packed a bag with some change of wardrobe.

BW: And was most of your work at that point in product research or how would you describe it? Was it political at all?

JR: There was some political research. But mostly nonpolitical.

BW: So if nonpolitical, then what was it?

JR: Largely product. And then IBM was position among buyers [?] which was declared impossible to obtain. Otherwise, the amount of getting it [?] Apparently I came across as a very credible person which worked very much in my favor. I remember I interviewed somebody who went into a diatribe against German refugees and I interviewed him to the end. Our market research director was terribly amused by my staying completely impartial and getting all that information and he was weathering [?] against the Jew refugees and he told me everything he had on his mind against them and I interviewed somebody who was a manufacturer who was sick and tired of it all and had escaped his office and he was going to take a rest in a park and I approached him and he spoke to me for about an hour and he said, if I ever get into a situation that I was in before I hope I run into somebody like you again. He said he apreacted [phonetic] to me completely and our research director and the owner was fascinated by the research that was about Monopoly. And so we were pretty much leading in Monopoly research and that sort of thing.

BW: Was most of your interviewing technique open ended or . . .

JR: Completely. As a matter of fact I kept some of the methods to myself and even when I recorded it I didn't open the recording machine until I had established some contact.

BW: And your mother never worked in this country, is that right?

JR: Well, she worked on some models for her aunt, Martha Oestreicher who had models which were taken by Marshall Field and Bergdoff Goodman. She had an extremely good taste. She had never worked. But she had a very good taste and she was very good with needlework. Mother was good with needlework but not good enough to make models for Marshall Fields and Bergdoff Goodman and somebody in Hollywood, Mr. Such and Such, Mr. Fredricks of Hollywood.

BW: So you're saying she did do . . .

JR: She did do some work. She also worked for the father of a fraternity brother of mine who had become a psychiatrist in Bellevue. But the father was a supervisor of a group of people who were knitting. So mother worked for him for a while to make some money.

BW: And when she moved to Philadelphia . . .

JR: She didn't do anything in Philadelphia.

BW: What kind of a life did she lead?

JR: She was very active in a reading group and she became active in . . . she founded a knitting group in Lynwood Gardens because in Lynwood Gardens a group of retired people was formed with the purpose of . . . they were all very frivolous and were always playing bridge and that sort of thing and mother said, why don't I open a knitting group for philanthropic purposes and that was quite a success and her knitting . . . this is the last sample of what she knitted. There is a

throw rug or something and the group became a supplier of Quakers in Philadelphia. They had members of all sorts of confessions [Ursula Wellemin: That is, religions.] from Jewish to Quakers to Protestants to other Protestants, I don't know what categories, so they decided to limit it to the Quakers. And the head lady of the Quakers came and visited them. I remember that mother was very surprised that she sported a Kennedy button as a Quaker and officially Nixon was a Quaker but he was not really well received. So my mother also became the darling of the Knitting Guild of America which normally was a very Protestant section. And they had planned a day in her honor replete with a dinner in her honor and things like that but she had a stroke just a few days before that. She was also active as a volunteer in Manhattan. I came across a certificate that she was a very active volunteer and I remember that they had a meeting and the president of the group came and called for her and took her there. And she was feted there.

BW: And when you and she went on vacations often you would go up to Syracuse, right?

JR: We went for weekends to Syracuse about four times a year on the average I would say. Even before I had a car we would hire a car and go up. So we were there very frequently.

BW: And did you take vacations together elsewhere?

JR: Yes, we took vacations . . . I liked to take vacations after Labor Day and I took mother a few times. And I'm very glad I did because she remembered them very well.

BW: I, of course, never met your mother. How would you describe her?

JR: My mother was a very optimistic, cheerful person. I remember when she called me at Graham [phonetic] in New York the receptionist always said it made her day because that voice made her day. She sounded so very cheerful. That was our mother. And Carol obviously liked her very much because I know Carol differentiated between my family, Herr Court [?] and

mother's family. But the Voehls were very nice to us despite all his shortcomings Voehl was very supportive of people he liked. I know Carol didn't hit it off too well with him and she apparently she doesn't have too good a memory of him. I have a very good memory of both of them.

BW: I get the impression he was a very strong personality.

JR: In a way, yes, he was domineering. And Dolly who was probably more valuable as a human being submitted to him, was a little bit submissive. She came into her own . . . Dick had a beautiful little homily for her at her funeral which I think hit the . . . which I admire greatly.

BW: Well, we're at the end of today's tape, I think.

JR: All right. I got very confused again. That's not good.

BW: Let me stop the tape.

AR 25336 1/10 1939-1952

Margarete Ruppel: emigration + naturalization

A
(Dieser Empfangsschein ist dem Reisenden auszuhändigen)

Nicht übertragbar
Not transferable

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg.

Kajütenklasse
Cabin Class

Falls **Studienreise etc.** nähere Bezeichnung der Reise ....

Empfangsschein Nr. 215343
Deposit Receipt

Gegen diesen Empfangsschein ist spätestens am Tage vor Abgang des Dampfers unter Vorzeigung des Passes und Sichtvermerkes im Büro der Hamburg-Amerika Linie die Schiffahrtskarte in Empfang zu nehmen.

This Deposit Receipt must be exchanged for the final ticket at the office of the Hamburg-Amerika Linie against presentation of the passport and visa not later than on the day before sailing.

Es sind entrichtet von Herrn - Mr. / Frau - Mrs / Frl. - Miss ...., Staatsangehörigkeit: ....
It has been paid by .... Nationality

für die Westwärts-Reise — **for the Westbound Voyage**

von .... nach ....
from .... to ....

mit dem Dampfer/M.S. .... am .... 19..
by the Steamer/m. s. .... on

auf das Gesamtfahrgeld für — Zimmer Nr. .... Bett ....
on the total passage money for — Room No. — Berth

			abzüglich Rundreise-Ermäßigung / Round trip reduction		
1	Erwachsene / adult(s)	à $ 194		%	$ 194
....	Kind unter 10 Jahren / child(ren) under 10 years	à $	"	%	$ ....
....	Kind unter 1 Jahr / child(ren) under 1 year	à $	"	%	$ ....
....	Bedienung / servant	à $	"	%	$ ....

für Landungsscheck / for Landingmoney	à $	$ ....
für amerikanisches Kopfgeld pro Person / for U. S. Head Tax	à $ 8.—	$ 8.—
für Landausflüge in Amerika / for Excursions in U. S. A.	à $	$ ....
für die Fahrt von New York bis / for the trip from New York to	à $	$ ....
für / for		$ ....
für Einschiffungsgebühr in Frankreich / for Embarkation Fee in France	.... frcs.	
zusammen / total	frcs.	$ ....

für die Ostwärts-Reise — **for the Eastbound Voyage**

von .... nach ....
from .... to ....

mit dem Dampfer/M.S. .... am .... 19..
by the Steamer/m. s. .... on

auf das Gesamtfahrgeld für — Zimmer Nr. .... Bett ....
on the total passage money for — Room No. — Berth

			abzüglich Rundreise-Ermäßigung / Round trip reduction		
....	Erwachsene / adult(s)	à $		%	$ ....
....	Kind unter 10 Jahren / child(ren) under 10 years	à $	"	%	$ ....
....	Kind unter 1 Jahr / child(ren) under 1 year	à $	"	%	$ ....
....	Bedienung / servant	à $	"	%	$ ....

für amerikanische Staatssteuer / for U. S. Revenue tax	à $	$ ....
für / for		$ ....
für Ausschiffungsgebühr in Frankreich / for Disembarkation Fee in France	.... frcs.	
zusammen / total	frcs.	$ ....

........, den .... 19..
the

Gesamt-Fahrgeld frcs. .... $ ....
Total Passage Money

Bezahlt in / Paid in { Devisen .... Kurs .... / RM .... Kurs .... } frcs. .... $ ....

so daß ein vor der Einschiffung zu zahlender Rest verbleibt von frcs. .... $ ....
so that the balance still payable before embarkation is

....
Unterschrift des Vertreters

Auszug aus den „Allgemeinen Beförderungsbedingungen".

Beköstigung und Unterbringung. Der Fahrpreis schließt vollständige Beköstigung ein; ausgenommen sind Wein, Bier, Spirituosen, Mineralwasser und derartige Getränke. Zu den an Bord befindlichen vollständigen Betten erhalten die Reisenden Bettwäsche und Handtücher.

Eintreffen der Reisenden. a) **In Hamburg.** Die Reisenden haben sich spätestens am Tage vor Abfahrt des Schiffes im Büro der Gesellschaft, Alsterdamm 25, in Hamburg (von 9 Uhr morgens an geöffnet), einzufinden, wo etwaige Restzahlungen entgegengenommen, gegen Vorzeigung der Pässe und Sichtvermerke die Schiffsfahrkarten ausgefertigt und weitere Auskünfte erteilt werden. Nach Empfang der Schiffsfahrkarte hat sich der Reisende zum Gepäckbüro der Hamburg-Amerika Linie, Glockengießerwall (neben dem Hauptbahnhof) zu begeben, um die Ausstellung des Gepäckscheines für das zu verladende Gepäck zu bewirken.

b) **London.** Der Umtausch der Fahrkarten, die Entrichtung des Rest-Fahrgeldes, sowie die Gepäckbeförderung der ab London reisenden Passagiere erfolgt spätestens am Tage vor Abfahrt des Schiffes bei der dortigen Vertretung der Gesellschaft, der Firma Wm. H. Muller & Co. (London) Ltd., Greener House, 66—68, Haymarket, London S. W. In diesem Büro werden auch Anweisungen für die Eisenbahnfahrt London—Southampton ausgegeben.

c) **Paris.** Für Reisende ab Paris finden Fahrkartenumtausch, Gepäckabfertigung und Restzahlung spätestens am Tage vor Abfahrt des Dampfers bei der dortigen Vertretung der Hamburg-Amerika Linie: Société Maritime Universelle, 12, Rue Auber, statt. Dieses Büro ist auch die einzige Ausgabestelle der Eisenbahnfahrkarten Paris-Cherbourg.

Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen kann ein späteres Eintreffen von Reisenden am Hafenplatz gestattet werden. Wenn ein Reisender, für den ein Platz belegt worden ist, von der Fahrt zurücktritt, ist die geleistete Anzahlung bis zur Höhe des halben Ueberfahrtsbetrages verfallen. Geschieht die Abmeldung so zeitig, daß es gelingt, den betreffenden Platz anderweitig zu verwerten, ist die Gesellschaft in der Regel zu einer Umschreibung des Scheines auf ein anderes ihrer innerhalb eines Jahres fahrenden Schiffe bereit unter Berücksichtigung des dann gültigen Fahrpreises. Der gezahlte Betrag kann auch gegen eine Löschungsgebühr von 10% des vollen Fahrpreises zurückgezahlt werden. Das Ausbleiben zur festgesetzten Abfahrt ohne vorherige Abmeldung zieht den Verlust der geleisteten Anzahlung bis zur Höhe des halben Ueberfahrtsbetrages nach sich.

Ausweispapiere. Jeder Passagier muß, bevor er zur Mitfahrt angenommen werden kann, seine Ausweispapiere in Ordnung gebracht haben.

a) **Für außerhalb Deutschlands Wohnende** gehört dazu vor allem ein von der Behörde ihres **Heimatlandes** ausgestellter Reisepaß. Dieser Paß des Heimatlandes muß mit einem Sichtvermerke versehen werden:

1. von dem im Heimatlande des Passagiers ansässigen amerikanischen Konsul,
2. von dem Konsul jedes Landes, das der Passagier auf der Fahrt nach Hamburg durchreist,
3. von dem deutschen Konsul, soweit ein deutscher Sichtvermerk erforderlich ist.

Der Sichtvermerk des deutschen Konsuls muß bei aus außerdeutschen Ländern Kommenden nicht nur zur Einreise nach Deutschland, sondern auch zur Wiederausreise aus Deutschland (beziehungsweise Durchreise durch Deutschland) mit Gültigkeit bis zum Abfahrtstage des Dampfers berechtigen. Reisende, die einen von einer deutschen Vertretung im Auslande ausgestellten deutschen Paß besitzen, benötigen keinen deutschen Einreise- bezw. Wiederausreisesichtvermerk. Bezüglich Erteilung des Sichtvermerkes durch den amerikanischen Konsul wird auf das amerikanische Einwanderungsgesetz verwiesen, dessen wesentliche Bestimmungen in einer gesonderten von der Hamburg-Amerika Linie herausgegebenen Druckschrift, betitelt: „Einreisebestimmungen für die Vereinigten Staaten von Nordamerika", enthalten sind. Diese Drucksache wird den Passagieren von der Hamburg-Amerika Linie oder deren Vertretungen zur Verfügung gestellt.

Bitte wenden!

Extract of „General Rules and Regulations".

Board. The fares include full board, except wine, mineral waters, spirits, beer, etc., which are extras. Passengers are provided with beds, and bedding complete, and with towels.

Arrival of Passengers at the Port of Embarkation. (a) **Hamburg.** Passengers should call, not later than on the day before sailing, at the Office of the Company, 25 Alsterdamm, Hamburg (Office opens at 9 a. m.), where the balance of the passage-money (if any) should be paid. Upon such payment, and against presentation of their passports and visas, final steamer tickets will be issued, and further instructions given. On producing the proper steamer-ticket a baggage-receipt will be issued at the Baggage Office of the Company, at Glockengiesserwall (adjoining the Central Station).

(b) **London.** For procuring tickets, for the payment of the balance of the passage-money, and the transfer of baggage, passengers embarking at Southampton should call at the Office of the London Agent of the Company, Wm. H. Muller & Co. (London) Ltd., Greener House, 66-68, Haymarket, London, S.W., not later than on the day before sailing. Tickets for the trains from London to Southampton are issued at this Office only.

(c) **Paris.** Passengers sailing from Paris should pay any balances due, take up their tickets, and arrange for the transfer of their baggage at the Agency of the Hamburg-Amerika Linie: Société Maritime Universelle, 12, Rue Auber, not later than on the day before sailing. Tickets for the journey from Paris to Cherbourg are only issued at this Office in Paris.

A later arrival of Passengers at port of embarkation than on the day before sailing, can be permitted only in case of emergency. In the event of a passenger definitely booking a berth and not proceeding, the amount paid up to one-half of the passage money is forfeited. — In cases, however, where sufficient notice is given to enable the Company to otherwise dispose of the accommodation, the Company, as a rule, will be prepared to transfer the deposit to a later sailing by one of their steamers within one year against payment of any increase in fare, or to refund the amount paid less a cancellation fee of 10% of the entire passage money. Passengers not sailing without previously informing the Company, forfeit the amount paid up to one-half of the passage money.

Identification Papers. All passengers, before accommodation can be reserved, must have their identification papers in order.

(a) **Persons resident outside of Germany** must obtain a passport or travelling permit from the Government of their own country, which must be visaed as follows:

1. By the nearest United States Consular Officer residing in their native country.
2. By the Consul of each country through which they pass on their way to Hamburg.
3. By the German Consul (if still required).

The visa of the German Consul to passengers coming from non-German countries must contain not only the permit for entering Germany but also the permit for leaving Germany, and must be valid until the sailing day of the steamer. Passengers in possession of a German passport issued by a German Consul abroad do not require a special permit for entering or leaving Germany. As regards the American consular visa, passengers are requested to refer to the United States Immigration Law, the principal contents of which have been reprinted in a separate pamphlet issued by the Company. Copies of said pamphlet are obtainable upon application to the Company's offices or agencies.

P. T. O.

Form. 995 H. 2. 38 hd & u x hs

b) **In Deutschland wohnende Passagiere deutscher Staatsangehörigkeit** mussen sich einen für das Ausland gültigen deutschen Paß lösen und diesen Paß von einem der in Deutschland befindlichen amerikanischen Konsularbüros mit den Einreisesichtvermerken versehen lassen. Hierbei wird auf die vorstehend erwähnte Druckschrift verwiesen, in der auch die Adressen aller in Deutschland befindlichen amerikanischen Konsulate enthalten sind.

c) **Amerikanische Bürger**, die nach den Vereinigten Staaten zurückkehren wollen, müssen im Besitze eines gültigen Passes sein und haben diesen, wie alle übrigen Reisenden, mit den erwähnten Ausreise- und Durchreise-Sichtvermerken deutscher und außerdeutscher Behörden versehen zu lassen. Ablaufende Sichtvermerke müssen rechtzeitig verlängert werden.

d) **In den Vereinigten Staaten wohnende Ausländer**, sofern sie nicht bereits im Besitze der amerikanischen Wiedereinreise- und der deutschen Ausreise-Erlaubnis sind, haben sich diese Beglaubigungen vor Antritt der Rückfahrt nach den Vereinigten Staaten bei einem der amerikanischen Konsulate bzw. der deutschen Paßpolizei zu beschaffen. Reisende mit deutschem Paß sowie Angehörige der in den Beförderungsbedingungen der Gesellschaft aufgeführten Länder benötigen eine deutsche Ausreise-Erlaubnis nicht. Diese Beförderungsbedingungen sind in einer besonderen Druckschrift enthalten.

Reisegepäck.

Freigepäck. Die Gesellschaft befördert für jeden vollzahlenden Reisenden in der Kajüten-Klasse neben dem Handgepäck 100 Kilo Reiseeffekten während der Seefahrt frei; für Kinder von 1—10 Jahren die Hälfte. Fahrgäste, die mehr Gepäck mit sich führen, haben für eine das zugestandene Freigewicht übersteigende Gepäckmenge nach nordamerikanischen Bestimmungshäfen folgende Fracht zu zahlen:

$ 4.— per 100 Kilo ab Hamburg und Cherbourg;
sh 2/6 per Kubikfuß oder 2 d per lb ab Southampton;
$ 2.— per 100 Kilo im Verkehr zwischen deutschen, englischen, irischen oder französischen Häfen.

Freigepäck wird nur auf das im Einschiffungshafen abgefertigte Gepäck gewährt. Die Fracht für Umzugsgut und dergl. ist besonders zu vereinbaren.

Inhalt. Das Gepäck der Reisenden soll nur persönliche Reiseeffekten, wie Kleidungsstücke usw., enthalten. Die Beförderung von Haushaltungsgerät, Umzugsgut usw. als Reisegepäck unterliegt besonderen Bestimmungen. — Kaufmannsgüter, Gelder, Wertpapiere, Juwelen oder sonstige wertvolle oder zollpflichtige Gegenstände sowie Geschäftspapiere dürfen sich nicht im aufgegebenen Gepäck befinden. Die Gesellschaft übernimmt für solche Artikel keinerlei Verantwortung. Wertsachen können versiegelt und mit dem vollständigen, deutlich geschriebenen Namen des Eigentümers versehen, dem Zahlmeister zur Aufbewahrung während der Fahrt eingehändigt werden, jedoch ohne Haftpflicht der Gesellschaft. Wein, Bier, Spirituosen und derartige Getränke zum Verbrauch an Bord darf niemand mitbringen; sie sind zu festgesetzten Preisen an Bord zu kaufen. Die Mitnahme von Waffen, feuergefährlichen und explosiven Gegenständen, gefährlichen Chemikalien, Flüssigkeiten in zerbrechlichen Flaschen usw. im Gepäck kann unter keinen Umständen gestattet werden. Werden Filme in größerer Menge mitgenommen, so sind sie getrennt zu verpacken und gesondert vom übrigen Gepäck aufzuliefern. Die Verwahrung in der Kabine ist nicht erlaubt. Zuwiderhandelnde werden für allen Schaden haftbar gemacht und nötigenfalls gerichtlich zur Verantwortung gezogen.

Haftung der Gesellschaft. Die Beförderung erfolgt unter den Bedingungen des mit der Gesellschaft abgeschlossenen Beförderungsvertrages. Für diesen sind sowohl die von der Gesellschaft herausgegebenen und in allen ihren Verkaufsstellen erhältlichen „Beförderungsbedingungen nach Nordamerika" als auch die besonderen auf die Fahrkarte aufgedruckten Bedingungen maßgebend.

Die Gesellschaft haftet, wenn überhaupt, für beschädigtes oder abhandengekommenes Gepäck in keinem Falle mit mehr als $ 100.— für das Gepäck eines vollzahlenden Reisenden der Kajüten-Klasse.

Wird von dem Reisenden eine diese Summe übersteigende Haftbarkeit gewünscht, so hat er sie durch Versicherung zu decken. Versicherungs-Policen sind in den Büros der Gesellschaft erhältlich. Für Gepäck, das nicht ordnungsgemäß mit den Gepäckzetteln der Gesellschaft versehen wurde, für Handgepäck, sonstiges Gepäck, das die Reisenden während der Ueberfahrt im eigenen Gewahrsam halten, oder für das kein Gepäckschein ausgefertigt wurde, sowie für als Gepäck beförderte lebende Tiere, Haushaltsgut, Automobile, Fahr- und Motorräder usw. und für alle aus ungenügender oder mangelhafter Verpackung entstehenden Schäden übernimmt die Hamburg-Amerika Linie keine Verantwortung. Desgleichen wird keinerlei Verantwortung übernommen für Kleidungsstücke, Pelze, fotografische Apparate, Ferngläser usw., die vom Reisenden an Bord unverschlossen in der Kabine, in den Garderoben, Gesellschaftsräumen, auf Deck usw. abgelegt werden.

Die Beförderung von Tieren, Automobilen, Motor- und Fahrrädern als Gepäck unterliegt besonderer Vereinbarung gemäß unseren Beförderungsbestimmungen. Da jegliche Haftung seitens der Gesellschaft hierfür ausgeschlossen wird, ist der Abschluß einer ausreichenden Versicherung erforderlich.

Gepäckvoraussendungen nach Hamburg.

Den Reisenden wird dringend empfohlen, das große Gepäck so rechtzeitig als Fracht- oder Eilgut abzusenden, daß es spätestens drei Tage vor Abfahrt des Dampfers in Hamburg eintrifft. Für alles im voraus zu sendende Gepäck ist die Bahnfracht am Abgangsort zu entrichten; die Gesellschaft verauslagt unter keinen Umständen irgendwelche auf Gepäck ruhende Nachnahme oder sonstige Spesen.

Der Frachtbrief ist zu addressieren:

An den

Gepäckdienst der Hamburg-Amerika Linie, Hamburg

für .... *(Name des Passagiers)*

mit Dampfer .... *(Name des Dampfers)*

Kajüten-Klasse

am..........*(Abfahrtstag des Dampfers von Hamburg) nach*.............................. *(Bestimmungshafen)*

Derart an die Hamburg-Amerika Linie abgesandtes Gepäck wird bis zum Abgange des Dampfers auf Risiko des Eigentümers kostenfrei in ihrem Lagerhause aufbewahrt.

Alle erforderlichen Drucksachen für die Gepäckvoraussendung, wie vorschriftsmäßige Eisenbahnfrachtbriefe, Gepäckadressen und Anhänger, sind bei unseren Vertretern erhältlich. Auf Wunsch werden die Drucksachen den Reisenden direkt zugesandt.

Gepäck aus dem Auslande, welches nur durch Deutschland zur Wiederausfuhr ins Ausland befördert werden soll, wird an der deutschen Eingangsgrenze auf Antrag von der Zollbehörde plombiert und bedarf dann einer zollamtlichen Durchsuchung in Deutschland nicht.

Gepäckabfertigung in Hamburg.

Alles Gepäck — mit Ausnahme des Handgepäcks — ist bei dem Gepäckdienst der Hamburg-Amerika Linie (neben dem Hauptbahnhof) anzuliefern. Dort lagern auch die an den Gepäckdienst der Hamburg-Amerika Linie vorausgesandten Stücke. Die Abfertigung des Gepäcks muß rechtzeitig vor der Abfahrt des Schiffes bei dem Gepäckdienst der Hamburg-Amerika Linie erwirkt werden. Die Schiffahrkarten sind bei der Gepäckabfertigung vorzuzeigen, müssen daher vorher im Hauptbüro der Hamburg-Amerika Linie, Alsterdamm 25, eingelöst werden. Nach Entrichtung etwaiger Gebühren für Ueberfracht und für Ueberführung der Gepäckstücke von der Bahn zur Gepäckverladungsstelle der Hamburg-Amerika Linie erhalten die Reisenden ihren Gepäckschein. — Der Gepäckdienst ist werktäglich von 9 Uhr bis 17 Uhr (Sonnabends bis 13 Uhr) geöffnet. Die Reisenden werden gebeten, sich persönlich davon zu überzeugen, daß ihr Gepäck angekommen und abgefertigt ist. Dasselbe gilt für die Gepäckabfertigung in London, Southampton, Cobh, Galway, Paris und Cherbourg. Im Unterlassungsfalle übernimmt die Gesellschaft keine Gewähr für eine ordnungsgemäße Verladung. Einzelheiten sind im Merkblatt über Reisegepäck enthalten. Eine besondere schriftliche Verfügung für nach Cherbourg, Southampton, Cobh und Galway gesandtes Gepäck, gerichtet an die betreffende Hafenvertretung, ist erforderlich.

Gepäckforderungen wegen etwa beschädigten oder fehlenden Gepäcks müssen dem an Bord diensttuenden Gepäckbeamten sogleich gemeldet werden. Sie sind spätestens unmittelbar nach Ankunft im Bestimmungshafen der dortigen Vertretung schriftlich einzureichen; andernfalls erlischt die oben näher bezeichnete Haftpflicht und die Nachforschungen werden erschwert. — Für die Auslegung aller das Gepäck und dessen Beförderung betreffenden Verträge sind die deutschen Reichsgesetze und die Entscheidung des zuständigen Gerichts in Hamburg maßgebend.

(b) **German subjects resident in Germany** must obtain a German passport valid for foreign countries and have it visaed by one of the United States Consular Offices established in Germany. As to the details of application, reference is made to the aforementioned pamphlet, where the addresses of the United States Consular Offices are also given.

(c) **American Citizens** returning to the United States of America must be in possession of a valid passport endorsed like those of all other passengers, by German and non-German authorities for passing through or leaving the various countries. If the visaes have expired passengers are requested to have them renewed in good time.

(d) **Aliens resident in the United States** who have not yet secured the American permit for reentering the United States nor the German one entitling them to leave Germany have to obtain these visaes from the competent United States Consulate or the German Passport Department respectively prior to their departure for the United States. Passengers in possession of a German passport as well as citizens belonging to one of the countries specified in the General Passenger Regulations do not require any German visa. As to the details of application, reference is made to the regulations just mentioned.

Baggage Regulations.

Baggage carried free. The Company carries free of charge for each Cabin Class passenger paying full fare 100 kilos weight and for each child between 1 and 10 years 50 kilos weight in addition to hand baggage. Passengers whose destination is a United States port and who are taking additional baggage with them have to pay for such excess at the rate of

$ 4.— per 100 kilograms from Hamburg and Cherbourg.
sh 2/6 per cubic foot or 2 d per lb from Southampton.
$ 2.— per 100 kilograms between German, English, Irish and French Ports.

The free baggage allowance is only made for baggage actually shipped at port of embarkation. Freight for household goods etc. to be arranged specially.

Contents. Passengers' baggage should only contain articles for personal use during the voyage, such as wearing apparel, etc. The carriage of household effects, furniture, etc. as baggage is subject to special regulations. Merchandise, money, securities, jewelry, or other valuable or dutiable articles and documents, should not be placed in baggage, and the Company declines all responsibility concerning such articles. Valuables in sealed packages with the owner's name plainly written thereon, may be given to the Purser for safe-keeping during the voyage, but without guarantee of the Company. No one is permitted to bring on board the steamer wine, beer, spirits, etc.; they can be purchased on board at fixed prices. Arms, ammunition, combustibles, explosives, dangerous chemicals, fluids in fragile bottles etc. are under no circumstances permitted as baggage. Films in larger quantities must be packed and delivered separately. Passengers may not keep them in the stateroom. Anyone infringing these regulations will be held responsible for all damages sustained in consequence of such shipment and, if necessary, be liable to prosecution.

Liability of the Company. Passengers are carried in accordance with the terms of the passage contract between themselves and the Company, the terms of which are required to be interpreted in conformity with the special regulations printed on the passage tickets and with the "General Passenger Regulations (North America)" issued by the Company and obtainable from any of its offices.

The Company's liability in respect of lost or damaged baggage if at all is strictly limited to a maximum amount of $ 100 — for the baggage of anyone passenger paying the full Cabin Class fare.

If the passenger desires to have this liability increased, he will have to take out a special insurance policy, which he may obtain at any of the Company's offices. The Company will on no account hold itself liable for any baggage not properly labeled with the Company's labels and tags, parcels and packets which passengers have in their own care during the voyage, nor for any baggage in respect to which no baggage receipt has been issued, nor for any animals, household-goods, unpacked automobiles, bicycles, motor-cycles etc. conveyed as passengers' baggage, nor for all other damages arising from insufficient or defective packing. Neither does the Company accept any liability for any wearing-apparel, furs, cameras, telescopes or other valuables unlocked and lying about in the cabin, wardrobes, public rooms, decks etc.

The Conveyance of Animals, Automobiles, Motorcycles and Bicycles. as baggage is subject to special arrangement as set forth in our passage regulations. The Company will not on any account assume any liability in respect of them and passengers are therefore urged to have them properly insured.

Advance Baggage sent to Hamburg.

Passengers are urgently advised to send their large pieces of baggage by special delivery, and to ensure its arrival at Hamburg three clear days before the departure of their steamer. Carriage for all baggage thus sent in advance must be paid beforehand, as the Company will on no account pay any charges thus arising.

The baggage should be addressed as follows:

An den

Gepäckdienst der Hamburg-Amerika Linie, Hamburg

Baggage for .... *(passenger's name)*

Travelling Cabin class by S. S. .... *(Name of steamer)*

Sailing on .... *(date)*

from Hamburg to .... *(Port of destination)*

All baggage thus sent to the Company in advance will be stored free of charge, but at owner's risk, until the departure of the steamer in question.

Baggage tags, labels, railroad bills of lading etc. can be obtained at any of the Company's agencies or on application, from the Company direct.

Baggage from abroad passing through Germany in transit only, is sealed on application by the custom authorities on entering Germany, and therefore no examination is required in Germany.

Booking of Baggage.

All baggage — except hand baggage — must be delivered to the Baggage Department of the Hamburg-Amerika Linie, (adjoining the Central Railway Station); and there, the baggage sent to that Department in advance will also be found. Baggage must be booked well ahead of the steamer's sailing time.

The final passage tickets must be produced when baggage is booked, and must therefore be previously procured from the Company's Head Office at 25, Alsterdamm. After paying any excess baggage and any charges made for the transfer of baggage from the Railway Station to the Company's Baggage Receiving Office, the baggage receipts are issued to passengers. — The office hours are from 9 a. m. to 5 p. m. (Weekdays only), but on Saturdays from 9 a. m. to 1 p. m. only. Passengers are requested to personally see to it that their baggage has been properly booked, failing which the Company will not guarantee its due shipment. The same applies to the booking of baggage in London, Southampton, Cobh, Galway, Paris and Cherbourg. — Details of the regulations will be found in the leaflet on baggage. When baggage is forwarded to Cherbourg, Southampton, Cobh or Galway, written instructions with regard to it should be sent to the Company's agents at these ports.

Baggage Claims for damaged or missing baggage should be immediately reported to the official on board who is in charge of the baggage, and must in any case be presented in writing to the Agent at port of arrival immediately upon passenger's arrival at that port. If written claim is not made promptly, the above mentioned responsibility of the Company ceases, and later investigation of the claim is rendered difficult. All agreements regarding the handling and forwarding of baggage must be interpreted according to German laws and are subject, in the case of any disputes, to the jurisdiction of the competent Hamburg courts

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg

New York-Dienst
Personenverkehr

Büros der Gesellschaft beziehungsweise deren Vertreter. — Company's Offices and Agencies.

in **Hamburg**: Alsterdamm 25.
in **London** S. W.: Wm. H. Muller & Co. (London) Ltd., Greener House, 66—68, Haymarket.
in **Southampton**: Wm. H. Muller & Co., (London) Ltd. 21—22, Queen's Terrace.
in **Cobh (Queenstown)**: Limerick Steam Ship Company, Limited, Hapag-Lloyd-Pier.
in **Galway**: Limerick Steam Ship Company, Limited, New Docks.
in **Paris**: Société Maritime Universelle, 12, Rue Auber.
in **Boulogne s. M.**: Hernu, Péron, (France) Société Anonyme, 35—41, Rue du Moulin à Vapeur
in **Cherbourg**: Agence Transatlantique, 46, Rue Alfred Rossel.
in **New York**: Hamburg-American Line / North German Lloyd, 57, Broadway

NUMBER

KIDW 118 : 1

SURNAME

RUPPEL

CHRISTIAN NAMES (First only in full)

MARGARET

CLASS CODE

A

FULL POSTAL ADDRESS

22 CAVENDISH ROAD
NEWCASTLE-ON-TYNE

NATIONAL REGISTRATION OFFICE GAA 31 M 47

HOLDER'S SIGNATURE

Margarete Ruppel

CHANGES OF ADDRESS. No entry except by National Registration Officer, to whom removal must be notified.

REMOVED TO (Full Postal Address)

removal to USA
notified

NATIONAL REGISTRATION OFFICE GAA DE 44

REMOVED TO (Full Postal Address)

145-18 88th Ave
Jamaica, NY.

REMOVED TO (Full Postal Address)

In case of emergency
notify Jack A. Ruppel

REMOVED TO (Full Postal Address)

office: PL 3-4565
~~residence RE 9-8204~~

REMOVED TO (Full Postal Address)

FOR OFFICIAL ENTRY ONLY (apart from Holder's Signature). ANY OTHER ENTRY OR ANY ALTERATION, MARKING OR ERASURE, IS PUNISHABLE BY A FINE OR IMPRISONMENT OR BOTH.

THE UNITED STATES OF AMERICA

ORIGINAL
TO BE GIVEN TO
THE PERSON NATURALIZED

No. 7077916

CERTIFICATE OF NATURALIZATION

Petition No. 195725

Personal description of holder as of date of naturalization: Date of birth April 1, 1890 ; sex female ; complexion fair ; color of eyes grey ; color of hair white ; height 5 feet 2 inches; weight 130 pounds; visible distinctive marks none.
Marital status widow ; former nationality German.

I certify that the description above given is true, and that the photograph affixed hereto is a likeness of me.

sign here

Margarete Ruppel
(Complete and true signature of holder)

Margarete Ruppel

Seal

UNITED STATES OF AMERICA
EASTERN DIST. OF PENNSYLVANIA } ss:

Be it known, that at a term of the District Court of The United States held pursuant to law at Philadelphia on July 14, 1952 the Court having found that MARGARETE RUPPEL then residing at 7753 B Washington Lane, Elkins Park, Phila 17, Pa. intends to reside permanently in the United States (when so required by the Naturalization Laws of the United States), had in all other respects complied with the applicable provisions of such naturalization laws, and was entitled to be admitted to citizenship, thereupon ordered that such person be and (s)he was admitted as a citizen of the United States of America.

In testimony whereof the seal of the court is hereunto affixed this 14th day of July in the year of our Lord nineteen hundred and fifty-two, and of our Independence the one hundred and seventy-seventh.

LEO A. LILLY
Clerk of the U. S. District Court.
By D W Plender, Deputy Clerk.

It is a violation of the U.S. Code (and punishable as such) to copy, print, photograph, or otherwise illegally use this certificate.

DEPARTMENT OF JUSTICE

I.B. 113

No. R.15586.

Date 29th December, 1944.

Authority issuing certificate :—HOME OFFICE.
Indication de l'autorité qui délivre le certificat

Place of issue of certificate :—LONDON.
Lieu où l'on délivre le certificat

CERTIFICATE OF IDENTITY.
CERTIFICAT D'IDENTITE.

Valid until 28th December, 1945.
Valable jusqu'

The present certificate is issued for the sole purpose of providing the holder with identity papers in lieu of a national passport. It is without prejudice to and in no way affects the national status of the holder. If the holder obtains a national passport it ceases to be valid and must be surrendered to the issuing authority.

Le présent certificat est délivré à seule fin de fournir au titulaire une pièce d'identité pouvant tenir lieu de passeport national. Il ne préjuge pas la nationalité du titulaire et est sans effet sur celle-ci. Au cas où le titulaire obtiendrait un passeport national, ce certificat cessera d'être valable et devra être renvoyé à l'autorité qui l'a délivré.

Surname / Nom de famille: RUPPEL.

Forenames / Prénoms: Margarethe.

Date of birth / Date de naissance: 1st April, 1890.

Place of birth / Lieu de naissance: Gotha.

Nationality of origin / Nationalité d'origine: German.

Surname and forenames of Father / Nom de famille et prénoms du père: SIMSON, Julius.

Surname and forenames of Mother / Nom de famille et prénoms de la mère: OESTREICHER, Clara.

Name of wife (husband) / Nom de la femme (mari): Widow.

Names of children / Noms des enfants: -

Occupation / Profession: -

Former residence abroad / Ancien domicile à l'étranger: Gotha.

Present residence in the United Kingdom / Résidence actuelle dans le Royaume Uni: 22, Cavendish Road, Newcastle-on-Tyne.

Police Registration Certificate / Certificat d'enregistrement délivré par la Police: 665380.

Signature of Holder,
Signature du titulaire,

Margarethe Ruppel

DESCRIPTION.
SIGNALEMENT.

Age / Age: 54.

Height / Taille: 5'3".

Hair / Cheveux: Grey.

Eyes / Yeux: Grey.

Face / Visage: Oval.

Nose / Nez: Straight.

Special peculiarities / Signes particuliers:

Remarks
Observations

This Certificate is available during its validity for the holder's return to the United Kingdom without visa.

Durant la période de sa validité le présent certificat sera valable pour la rentrée du titulaire dans le Royaume Uni sans formalite dé Visa.

The undersigned certifies that the photograph and signature hereon are those of the bearer of the present document.

Le soussigné certifie que la photographie et la signature apposées ci-contre sont bien celles du porteur du présent document.

Signature of the issuing authority,
Signature de l'autorité,

J Blaymore

H.M. CHIEF INSPECTOR,
IMMIGRATION BRANCH,
HOME OFFICE,
LONDON, S.W.1.

This Certificate must be endorsed with an Exit Permit ... by a British Consular Authority abroad for return to the United Kingdom.

CERTIFICATE OF IDENTITY FEE. DEC 44 7/6 5750 HOME OFFICE

(S.O. 8384). Wt. 10092/687. 5,000. 5/40. C.T. Gp. 680
(S.O.8950). Wt. 24749/946. 5,000 8/40.

Holder was permitted to land at Croydon on the 1st June, 1939, on condition that she should emigrate from the United Kingdom and should not take any employment or engage in any business, profession or occupation in the United Kingdom.

B M Cotterill
for

This Certificate of Identity is hereby re-issued to holder.
Valid until 28 December 1946
Date 10 September 1945
Signed B M Cotterill
H.M. Chief Inspector,
Immigration Branch,
Home Office,
London, S.W.1
for

Non-quota / Quota Immigration Visa
No. 3953 -
dated MAY 10 1945
Issued to Margarethe RUPPEL
William F. Ford
WILLIAM F. FORD
American Consul at LONDON, ENGLAND

CERTIFICATE OF IDENTITY FEE. 5/- 387

Immigration Visa
No. -856-
OCT 9 1945
Margarethe Ruppel
R. D. Boyd
R. D. BOYD
LONDON, ENGLAND

Valid for the single journey and only for embarkation by a vessel sailing for United States of America direct from a port in the United Kingdom.

KIDW 118 1

CERTIFICATE OF IDENTITY.
CERTIFICAT D'IDENTITE.

VISAS AND ENDORSEMENTS.

BARCLAYS BANK LIMITED, COLLINGWOOD STREET, NEWCASTLE-ON-TYNE

Basic Allowance

FORM PP

Foreign Exchange for Travelling Expenses.

No entries to be made on this page except by a Bank or Travel Agency in the United Kingdom.

Date	Serial Number of Exchange Control Application Form (For refunds, the word "Refunded.")	Amount issued or refunded (Sterling equivalent to nearest £1)	Stamp of Bank or Travel Agent issuing exchange
29/12/1945	T.033556.	£93. 5. 9	BARCLAYS BANK LIMITED, COLLINGWOOD STREET, NEWCASTLE-ON-TYNE
11/1/46	T033556	£12. 10	

ADMITTED PERMANENT
at New York, N. Y.
on JAN 14 1946
(Immigrant Inspector)
Station New York, N. Y.
Date .... File No. ....

AR 25336 1/11

undated, 1946-1980

Jack Ruppel - restitution

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
23. April 1979

AUFBAU
2121 Broadway
New York City, NY 10023

Sehr geehrte Herren:

Wie ich eben erfahre, enthaelt Ihre Ausgabe No.453 vom 23.2.79 unter der Rubrik "Die Wiedergutmachung und Recht des Alters" eine Zuschrift betreffend "Entwicklung der Rechtssprechung zu Artikel 144 BEG", dessen Inhalt moeglicherweise von grossem Interesse fuer mich sein koennte.

Der Korrespondent zeichnet Karl Stern, New York,NY, und ich weiss nicht, ob er auf Anfrage von mir bereit waere, einen gewissen Paragraphen seines Briefes etwas weiter zu erlaeutern, oder auf welche andere Weise ich mehr darueber erfahren koennte.(Es handelt sich um den ersten Paragraphen in der zweiten Reihe des Artikels, "Darnach bekommt ein Verfolgter...").

Ich waere Ihnen aeusserst verbunden, falls Sie mir entweder mitteilen koennten, wie ich direkt mit Herrn Stern in Verbindung treten kann oder mir sonst einen Rat geben koennten, wie ich die Sache verfolgen kann. Falls das deutsche Konsulat in Frage kaeme, koennten Sie mir vielleicht den Namen des Sachverstaendigen in New York mitteilen, da hier in Philadelphia kein funktionierendes Konsulat mehr besteht.

Ein Rueckumschlag liegt dieser Anfrage bei.

Mit bestem Dank im voraus fuer Ihre Hilfe

Hochachtungsvoll

(Jack A. Ruppel)

/Rueckumschlag

the mineral collection.......the mineral collection.......the mineral collection.......

Hi,

I've good news! "the mineral collection" will move to new quarters as of September 1st, 1977. The new address will be 721 West Avenue, Jenkintown, Pa. 19046.

I've made this move for several reasons. The location is better, it has much more storage area so I can carry a more complete stock, and offer a larger selection and fuller service.

There are three parking areas on West Ave. I've drawn a map below to show where they are located in respect to my shop.

I also intend to have special events from time to time that will be informative and enjoyable.

Your support has been greatly appreciated, and I look forward to the opportunity of serving you in my new shop.

Sincerely,

[illegible signature]

Municipal Parking Lot
Leedom St.
Leedom St.
Greenwood Avenue
Parking Lot
West Avenue
Johnson St.
the mineral collection
Woolworths
Oswald Drugs
Old York Road
Rosnov's
IVB
Shoppers Parking Lot

the mineral collection.......the mineral collection.......the mineral collection.......

und Recht des Alters

No. 453 — 23. Februar 1979 Ein Wegweiser für alle, die es angeht Erscheint monatlich

dahinstehen; denn in dem vom Landessozialgericht festgestellten Sachverhalt finden sich jedenfalls keine Hinweise darauf, dass eindeutig solche Motive L. im Jahre 1948 zum Verlassen der Tschechoslowakei veranlasst hätten.

Steht nach alledem die auf der Verfolgung beruhende endgültige Abkehr L.'s vom deutschen Sprach- und Kulturkreis der Vertriebeneneigenschaft im Sinne von Par. 20 WGSVG in der anzuwendenden Fassung nicht entgegen, so kann hieran auch die Neufassung dieser Vorschrift durch das 20. RAG vom 27. Juni 1977 nichts ändern. Zwar ist statt auf Par. 4 BEG jetzt (entsprechend) auf Par. 19 Abs. 2 Buchst. a, 2. Halbsatz WGSVG abgehoben. Dort genügt es für die deutsche Volkszugehörigkeit, wenn Vertriebene "im Zeitpunkt des Verlassens des Vertreibungsgebiets" dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehört haben. Damit sollte jedoch gleichfalls nicht gesagt werden, dass es nur auf diesen Zeitpunkt und auf keinen früheren ankommt; die Entstehungsgeschichte des Gesetzes ergibt eine solche Schlussfolge nicht.

Entwicklung der Rechtsprechung zu Artikel 114 BEG

Dem "Aufbau" wird geschrieben:

Artikel 114 lautet: "Nichtaufnahme einer Erwerbstätigkeit trotz abgeschlossener Berufsausbildung. Der Verfolgte, der trotz abgeschlossener Berufsausbildung aus den Verfolgungsgründen des Par. 1 keine dieser Ausbildung entsprechende Erwerbstätigkeit hat aufnehmen können, sowie seine Hinterbliebenen, haben Anspruch auf Entschädigung nach Par. 66 bis 86 . . .". Hier tauchte die Rechtsfrage immer auf, ob eine verfolgte Person, die bereits eine Leistung wegen Schaden an der Ausbildung erhalten hat, noch zusätzlich den viel grösseren Schaden am beruflichen Fortkommen erhalten kann. Die Landesentschädigungsbehörden hatten die Neigung, nur den kleineren Schaden an der Ausbildung zu erstatten. Die verschiedenen Oberlandesgerichte haben widersprechende Urteile hierzu gefällt. Zum Beispiel wurde der Rechtsbegriff des Ausweichsberufs verankert.

Demnach bekommt ein Verfolgter beide genannten Entschädigungsarten ausbezahlt, falls er seine Ausbildung nicht abschliessen konnte und noch im Reichsgebiet einen Beruf erlernte und ausübte, der eine geringere Ausbildung benötigte als der erstrebte Beruf.

Hat aber eine verfolgte Person seine erstrebte Ausbildung noch vollenden können, z.B. im Ausland, und hat, weil er oder sie im Ausland war, noch Mehrkosten in der Ausbildung gehabt, so haben die Entschädigungsämter das Recht, zuerst die Mehrkosten der Ausbildung im Ausland zu erstatten und den grossen Anspruch auf Entschädigung des Berufsschadens nach Par. 14 zu versagen. Die Meinung des Bundesgerichtes ist, dass nach Par. 114 des BEG immer nur ein Anspruch auszuzahlen ist. Der eine Anspruch befriedigt und schliesst somit den Gesamtanspruch des Par. 114 des BEG ein. Praktisch bedeutet dies, dass die Entschädigungsämter immer nachforschen, ob neben dem Schaden am beruflichen Fortkommen auch ein Schaden an der Ausbildung eingetreten war. Die Entschädigungsämter leisten dann gewöhnlich eine Pauschalentschädigung von DM 10,000.—. Der viele grössere Schaden am beruflichen Fortkommen, besonders falls eine Rente in Frage kommt, wird nicht erstattet.

Karl Stern, New York, N.Y.

Lastenausgleich ging nach 27 Jahren zu Ende

Nach 27 Jahren endete am 10. Februar mit der letzten Ratenzahlung der Schuldner das 1952 geschaffene Lastenausgleichgesetz. In einer Pressseerklärung nahm der deutsche Bundesfinanzminister Hans Matthöfer diesen Termin zum Anlass, den rund 2,5 Millionen Abgabeschuldnern zu danken, die Lastenausgleichverpflichtungen erfüllt zu haben.

Ziel des Lastenausgleichgesetzes war es, die durch Schäden des letzten Weltkriegs betroffenen Bevölkerungsteile nach den Grundlagen der sozialen Gerechtigkeit einzugliedern und zu entschädigen. Personen, die ihr Vermögen über den Krieg hinweg retten konnten, wurden gesetzlich zu Zahlungen in den Lastenausgleich verpflichtet.

Nach Angaben des Ministers wird der Lastenausgleichfonds, aus dem noch Jahrzehnte lang etwa 300,000 alte und erwerbsunfähige Geschädigte sowie die neuen Aussiedler aus den Ostgebieten Zahlungen erhalten, insgesamt rund 140 Milliarden D-Mark an Ausgaben aufzubringen haben. Davon sind bisher etwa 110 Milliarden geleistet.

7753 Washington Lane
Elkins Park,Pa. 19117
USA

15. Juni 1977

Rechtsanwälte in Wiesbaden
z.H. Dr. Gerhard Hempel
Wiesbaden
Langasse 42

Sehr geehreter Herr Dr. Hempel:

Vor sehr langer Zeit haben Sie mir auf Anregung von Hilde Mayer, New York, zu einer Entschaedigungszahlung für nicht nachgeholte Berufsausbildung bei der Entscheidungsbehörde in Hildesheim verholfen, unter deren Aktenzeichen Z: I EB 230 748. Der letzte diesbezügliche Brief von Ihnen an mich ist vom 4.2.66.

Inzwischen habe ich von einer grossen Menge von Leuten in ähnlichen Situationen gehört, die schon länger eine Pension erhalten auf Grund ihrer Tätigkeit vor ihrer Auswanderung von Deutschland.

Laut telephonischer Auskunft vom Deutschen General konsulat in New York City soll eine Moeglichkeit für mich bestehen, auch einen Antrag zu stellen, selbst nach so langer Zeit (ich habe mich erst jetzt erkundigt, weil ich der Annahme war, dass man dazu 65 Jahre alt sein musste -was ich vor ein paar Monaten erreicht habe) Die Länge (oder Kürze) meiner belegbaren Tätigkeit in Deutschland soll danach nicht von ausschalggebender Bedeutung sein.Wie ich dem Konsulatsvertreter gesagt habe, habe ich meiner Meinung nach nie Angestelltenversicherung bezahlt, was nach meiner Quelle den Fall unter das Wiedergutmachungsverfahren bringen soll, basiert auf meinen früheren, obenerwähnten Antrag.

Ich besitze ein Arbeitsbuch, aus dem hervorgeht, dass ich 1935/36 erst als "Reisender" für eine chemische Fabrik und dann als Geschäftsführer für eine Exportagentur tätig war.

Da ich in der Vergangenheit mehrere Auskünfte erhalten habe, die nicht ganz stichhaltig waren, würde ich gern von Ihnen hören, ob Sie eine Möglichkeit für einen Antrag sehen und gegebenenfalls ob Sie bereit sind mich wieder zu vertreten sowie was Ihre Bedingungen sind.

Da ich seit sehr langer Zeit nicht in New York war, habe ich Hilde Mayer nicht gesehen seit sie das Skilaufen aufgegeben hat (was sie tatsächlich getan haben soll).

Ich sehe Ihrer Antwort mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüssen

Ihr

(Jack A. Ruppel)

TWA
605 THIRD AVENUE, NEW YORK, NEW YORK, U.S.A. 10016

Dear Vacationer:

Many thanks for your request for a TWA Getaway brochure. We are pleased to send it to you.

Getaway vacations open a whole world of travel, no matter what your interest or budget. We have been putting together vacation packages for so many years that we feel our professional expertise is second to none. And you benefit in that you will experience a memorable vacation, at very reasonable cost, and backed by the dependable TWA Tour Warranty. In fact, based on our many competitive comparisons, we believe that Getaway is the best way to get more vacation for your travel dollar.

To assist you in paying for your trip, TWA offers the Getaway Card, one of the world's most popular airline credit cards. It lets you have one credit card for travel and keep your other charge card credit limits free for other purchases. You even have the privilege of extending payments over many months if you wish.

Besides Getaway vacation packages, the Getaway Card lets you charge all of your air travel on TWA -- even on other airlines, when part of your trip is on TWA, and you buy your ticket at a TWA ticket office or travel agency.

An added benefit as a Getaway cardholder is that you can normally cash a personal check at any TWA ticket office for up to $50.00 when you fly TWA in the U.S.; $100.00 if you are overseas. And you can even use your Getaway Card to shop at home -- the TWA Flight Shop brings exciting new products and unusual gift ideas right to your door.

To get your Getaway Card just fill out the short application form enclosed and mail it today. And then call or stop by your TWA ticket office or travel agent because you can make it happen with the Getaway Card. And if you want to travel immediately, ask us or your travel agent to arrange for "Instant Credit".

We look forward to seeing you on a TWA Getaway vacation soon.

Sincerely,

Melvyn S. Berger

Melvyn S. Berger
Supervisor -
Passenger Marketing

TRANS WORLD AIRLINES, INC.

Bundesverband gerichtlich zugelassener
Sozialversicherungs- und Rentenberater e.V.
Kurfürstenstraße 24
5400 Koblenz

Hans Dittmar
Adolfstraße 4
2000 Hamburg 22

Fritz Engel
Pestalozzistraße 17
7000 Stuttgart 80

Ingeborg Müller
Potsdamer Straße 76
1000 Berlin 30

Ingeborg Possiwan
Brandenburgische Straße 18
1000 Berlin 31

Alfred Ruge
Spitaler Straße 11
2000 Hamburg 1

Franz Egon Schunck
N 7, 13-15 (Columbushaus)
6800 Mannheim 1

Generalkonsulat
der Bundesrepublik Deutschland
Consulate General
of the Federal Republic of Germany

460 Park Avenue
New York, N. Y. 10022
Tel.: (212) ~~688-3523~~ 940.9269
Telegrammadresse: Consugerma
Telex: 127615

Az.: RK 541 Ruppel, J.A.

Bei Antwort obiges Aktenzeichen angeben
Please quote the above file number in your reply

29. Febr. 1980 HK/jo

Mr. J. A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Sehr geehrter Herr Ruppel,

die Entscheidung über die Anerkennung Ihrer Versicherungszeiten fällt grundsätzlich der zuständige deutscheSozialversicherungsträger.

Ob Sie einen Rentenanspruch haben, bemisst sich an den enerkannten Versicherungszeiten. Über Ihre Möglichkeiten zur Nachentrichtung unterrichtet Sie das beigefügte Merkblatt. Ein Antragsformular liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

H. Klein, KS I

Anlagen

Generalkonsulat
der Bundesrepublik Deutschland

Consulate General
of the Federal Republic of Germany

460 Park Avenue
New York, N. Y. 10022

Tel.: (212) ~~688-3523~~ 940.9269
Telegrammadresse: Consugerma
Telex: 127615

Az.: RK 541 Ruppel, J.A.

Bei Antwort obiges Aktenzeichen angeben
Please quote the above file number in your reply

6. Dez. 1979 jo

mailed 12/11
rec'd 12/14

Mr. J. A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Betr.: Ihr Schreiben vom 1.12.1979

Sehr geehrter Herr Ruppel,

ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Generalkonsulat im Laufe der nächsten Tage (ausser sonnabends) zwischen 2.30 und 4.30 Uhr nachmittags in obiger Angelegenheit anrufen wollten. Meine Telefon-Nummer ist: ~~688-3523,~~ ~~App.~~ Direktanschluß 940-9269.

Mit freundlichen Grüssen
Im Auftrag

Klein, KS I

H. Klein, KS I

Write him again end of January
Has no info as yet

RK 10
(1978)

Der Regierungspräsident
-Entschädigungsbehörde-
I EB - 230 748 -

Hildesheim, den 22. Nov. 1965
Ro./IV.

- B e s c h e i d

In der Entschädigungssache

des (der) xxxx Angestellten Jack A. (fr. Joachim Adolf) Ruppel

geb. am 4.2.1912 in Gotha/Thüringen,

wohnhaft in 7755 B Washington Lane, Elkins Park 17, Pa./USA.

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt u. Notar Dr. Gerhard Hempel,
Wiesbaden, Langgasse 42,

wird auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 29.6.1956 (BGBl. I S. 559) in der Fassung des Bundesentschädigungs-Schlußgesetzes vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1315) auf den Antrag vom 9.7.1965 festgestellt:

Der (Die) Antragsteller (in) hat Anspruch auf Entschädigung für Schaden im beruflichen Fortkommen - Schaden in der Ausbildung - in Höhe von

10.000,-- DM

(in Worten: Zehntausend Deutsche Mark).

Hierauf werden die bereits mit Teil-Bescheid vom 27.11.1958 gewährten 5.000,-- DM angerechnet.

Die Entscheidung ergeht gebühren- und auslagenfrei.

- 2 -

4207 - 74 : 10176

G r ü n d e :

Teil-
Mit Bescheid vom 27.11.1958 ist dem (der) Antragsteller (in) für Schaden in der Ausbildung gem. §§ 115, 116 (115, 118) BEG eine Entschädigung in Höhe von 5.000,-- DM zuerkannt worden.

Die am 9.7.1965 fristgemäß erfolgte erneute Anmeldung dieses Berufsschadensanspruchs ist gem. Artikel III Nummer 2 (1) BEG-SG zulässig.

Der (die) Antragsteller (in) hat nunmehr gem. §§ 115, 116 BEG (in der Fassung vom 14.9.1965) Anspruch auf Kapitalentschädigung in der festgestellten Höhe. Hierauf war die auf Grund des o.a. Bescheides gewährte Entschädigung anzurechnen.

Die Entscheidung über Gebühren und Auslagen beruht auf § 207 Abs. 1 BEG.

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit durch diesen Bescheid der geltend gemachte Anspruch abgelehnt worden ist, kann der (die) Antragsteller (in) ihn innerhalb einer Frist von drei Monaten - wenn er (sie) im außereuropäischen Ausland wohnt innerhalb einer Frist von sechs Monaten - vom Tage der Zustellung des Bescheides an gerechnet dadurch anfechten, daß er (sie) den abgelehnten Anspruch durch Klage gegen das Land Niedersachsen vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hildesheim geltend macht.

/ Vergl. hierzu den angeschlossenen Hinweis.

Im Auftrage:
gez. Köhler

Beglaubigt
Wohm.
Reg.-Angest.

IN FLIGHT WITH **TWA**

[illegible]

[illegible] $228/1462\frac{1}{2}$ [illegible]

4.12.35 [illegible]

[illegible] 1.4.38 [illegible]

b. [illegible] 1930/32

c. [illegible]

[illegible]

24 [illegible]

24 [illegible]

[illegible]

53 [illegible]

[illegible]

geschickt werden. Die beiden [illegible] 5/5 33 [illegible]
laufen gleich mit meinem Vertrag [illegible]
Fabrik vom Mai 33 an, sodass sie [illegible]
können vielleicht [illegible] 10/5 [illegible]/33 [illegible]
[illegible] Dazu gehe ich [illegible] 6 Monate und [illegible]
[illegible] die 5 Jahre [illegible]
Falls das [illegible] nicht [illegible]
[illegible] vom 15/11/26 [illegible] (22/2/[illegible])
[illegible]
(23/11/27 [illegible]) [illegible] werden.
[illegible]

BOARDROOM BOOKS
500 Fifth Avenue, New York, New York 10036

Dear Business Colleague:

Ever hear of anyone who'd offer to sell you a book with a money-back guarantee that's good for one year?

Neither have I.

But now you have; because I'm doing it. Here's the deal:

The book's title is THE BOOK OF BUSINESS KNOWLEDGE.

Buy it. It's not cheap, but it sure is a fail-safe investment. There's no down-side risk.

What you'll get is fairly big - 8½ x 11 inches, 542 pages, handsomely bound in durable brown Kivar, gold stamped, easy-to-read type, and a terrific index. Then -

Use it. Refer to it, maybe only once a week, even once a month, during the year ahead, and follow its counsel.

> If the book hasn't at least paid for itself in that time - by making you money, saving you money, getting you off a tenterhook, easing your way up - send it back with a negative note on your working letterhead. We'll refund every cent you paid.

My bet, of course, is that we couldn't pry the book out of your hands after you see what it can do for you.

THE BOOK OF BUSINESS KNOWLEDGE is a major new reference work, compiled by the editors of Boardroom Reports with the aid of some 200 of America's most eminent business reference works and individual experts - experts in law, banking, brokerage, insurance, advertising, computers, personnel, psychology, labor, manufacturing, selling, purchasing, taxes... the best there are. (We list them all in the book.)

Their knowledge is condensed to the essence, written in non-technical terms for quick and easy understanding, organized and indexed so you can find sound advice on almost any business problem in seconds, read it in minutes.

> Some time in the year ahead, you're going to run a meeting, make a speech, hire or fire someone, sell your product or service, buy products and services for your organization, give or deny a raise, ask for one, think of changing jobs,

continued...

Sehr geehrter Herr [illegible]:

Vielen Dank für Ihren Brief vom 19. 4. 79, der gerade an einem sehr kritischen Moment hier ankam und mir eine ~~[illegible]~~ [illegible] Hoffnung für die Zukunft gibt, wie ich am Ende des Briefs [illegible] erklären werde.

Mit Ihrer Angabe kann ich mich nun [illegible] auf die Periode konzentrieren und ~~[illegible]~~ [illegible] an Hand der vorhandenen originalen Unterlagen das folgende Bild geben:

			Monate
Universität Freiburg	S/S 30 – SS 31 (ANMELDEBUCH)		18
" Bonn	W/S 31/32 – S/S 32	"	12
" "	"beurlaubt mit Berechtigungen" W/S 32/33 – W/S 33/34		
Chemische Fabrik Gustav Hess	~~1/4~~ Mai 33 – April 35 ARBEITSBUCH		24
Sud Depot Comercial, Alm	" 1/8/35 – 15/1/36		5 ½
			60½

~~[illegible]~~

In dieser Berechnung ist kein Semester in Bonn eingerechnet, während dessen ich beurlaubt mit Berechtigungen war.

Wir könnten wohl im Notfall das Wintersemester 32/33 aufnehmen (während der beiden anderen Semester war es [illegible] [illegible], so daß Sie meine [illegible] noch nicht [illegible] können). Wir sollten also wohl in jedem Fall die kritischen 60 Monate erreichen können, selbst ohne auf die Zeit nach der Auswanderung zurückgreifen zu müssen.

Was die Zeit von 15/1/36 bis zu meiner Auswanderung am 22/2/38 (PASSBUCH) anbetrifft, [illegible] möchte ich [illegible] ~~[illegible] [illegible] FÜHRUNGSZEUGNIS [illegible] von [illegible] 35~~ sagen, ich [illegible] mich an [illegible] erinnern, bei [illegible] eine weitere [illegible] zu finden, was mein [illegible] Jahres [illegible] als [illegible] für meine Zukunft [illegible], daß die Bankiers aber der Ansicht waren, daß auf Grund meiner [illegible] Auswanderung [illegible] [illegible] vor

TRANSFER OF MATURED CERTIFICATE TO A NEW RATE AND A NEW TERM

Enclosed is my certificate No. 8-38398-7 Maturity 1-30-79

Please convert it to a new savings certificate earning:

RATE	MINIMUM	TERM	YIELD WHEN ACCUMULATED
( ) 5.75%	$ 500.00	3 to 11 months	6.00%
( ) 6.50%	500.00	12 to 36 months	6.81%
( ) 6.75%	500.00	30 to 60 months	7.08%
( ) 7.50%	1,000.00	4 years to 71 months	7.90%
( ) 7.75%	1,000.00	6 years	8.17%
( ) 8.00%	1,000.00	8 years	8.45%

Specify number of months________or years________ you wish certificate to run.

Please check how you would like to receive your earnings.

( ) At Maturity ( ) Semi-Annually ( ) Monthly
( ) Quarterly ( ) Annually

Other Information________________________

Federal regulations for all banks, savings banks and savings and loans require that all new certificates must contain the following penalty clause:

> "In the event of withdrawal before maturity, of all or part of your certificate, the amount withdrawn shall earn at the rate paid on regular passbook savings accounts, less three months. In the event the funds are on deposit for less than ninety (90) days, no interest shall have been earned."

Please sign here:____________________

Print Name here:____________________

Address.____________City, State, Zip__________

Social Security #__________Telephone #__________

Please fill in and return this form ONLY if you wish to transfer your matured Certificate to a new rate and term. BE SURE TO INCLUDE YOUR CERTIFICATE WITH THIS FORM.

Your new Certificate will be issued and mailed to you when the transaction is completed.

fuer juedische Frontkaempfer-Soehne entwickelte.(Ich brauche Ihnen jetzt nicht zu erzaehlen, dass die Situation sich mehr und mehr verschlechterte).
Der Nachteil dieser Beweismethode erscheint mir darin zu liegen, dass er der Fachschulbildungs-Angabe im Arbeitsbuch widerspricht, indem naemlich diese Periode nich von 1930/32 dauerte, sondern bis 1933. Das ist natuerlich sehr viel logischer, wenn man berücksichtigt, dass Hitler im Januar 1933 zur Macht kam - aber es koennte im Busen der Behoerde Zweifel an die Unfällbarkeit des Arbeitsbuchs stellen.
Eine andere Beweismethode fuer meine Fachschulbildung, falls benoetigt, waere die Vorlage meiner Anmeldebuecher. Dabei ergibt sich folgendes Bild: Freiburg -3 Semester, voellig belegt mit Vorlesungen (S/S 30 bisS/S 31)
Bonn -2 Semester voellig belegt(W/S 31/32 and S/S 32) sowie
3 Semester"beurlaubt mit Berechtigungen"(W/S32/33 bis W/S33/34, von denen,wie gesagt,nur das erste nicht mit der Beschaeftigung in Pirna zusammenfaellt).
Was mir in's Auge fiel ist Punkt 25 des Antrags auf Versicherungsrente ("...Fuer Verfolgte nach $1 BEG auch Zeiten einer o.a.Ausbildung, die aus Verfolgungsgruenden nicht abgeschlossen wurde..") Es ist zweifelhaft ob das im letztangefuehrten Fall geltendgemacht werden kann, da ich im Winter-Semester 32/33 technisch noch nicht verfolgt, nur bedroht, war. Falls die Anmeldekarten-Methode in Frage kaeme, wuerde es vielleicht zutreffen.
Ein wesentlicher Faktor des Aussetzens im Jahre 1932 war eine Fussverletzung, die das Stehen schwierig machte fuer einige Zeit. Aber Punkt 21. wuerde wohl hier nur geltendgemacht werden koennen wenn es eine "versicherungspflichtige Beschaeftigung oder Taetigkeit" unterbrochen haette. Vielleicht ist diese Luecke im Gesetz im Falle von Verfolgten (selbst wenn es kurz v o r der Verfolgung stattfand) inzwischen gefuellt?

Sehr geehrter Herr [illegible]!

Ihr liebenswürdiges [illegible] Schreiben vom 19/4/79 hat sehr dazu beigetragen, meinen Gedanken eine feste Form zu geben. Danach könnte es, theoretisch wenigstens, möglich sein, die ~~[illegible]~~ Minimum-Grenze 5 Jahre lediglich durch mein [illegible] zu belegen.

Das würde folgendermaßen aussehen (alles von Arbeitsbuch-Eintragungen) u. a. abgeschlossene Lehre.

		Monate
		24
b) Fachschulbildung	6 Semester →	36
Exportagent		5 1/2
		65 1/2

Der ~~möglicherweise~~ etwas schwache Punkt ist, daß die Eintragung etwas vage ist, was das Amt beanstanden könnte.

Theoretisch habe ich folgende Belegmittel, die im Moment in meinem Besitz sind:

Anmeldebücher ~~beider~~ Universitäten und Legitimation bzw. Ausweiskarte.

Mein Freiburger Anmeldungsbuch zeigt ganz klar 3 Semester (S/S 30 bis S/S 31) mit Vorlesungsbelegungen; mein Buch aus Bonn zeigt 2 solche Semester (W/S 31/32 und S/S 32). Darüber hinaus bezeugt es, daß vom W/S 32/33 bis W/S 33/34 mein akademischer Zustand „Beurlaubt mit Berechtigungen" war. Abgesehen davon, daß ich während der 2 letzten dieser Semester in [illegible] tätig war, [illegible] mir nichts helfen, weiß ich nicht, ob das erste, W/S 32/33 mit angerechnet werden könnte, [illegible] Punkt 25 des Antrags auf Versicherungsrente. (... „Für Verfolgte nach § 1 BEG auch Zeiten einer o. a. Ausbildung, die aus Verfolgungsgründen nicht abgeschlossen wurde.") Der Grund weshalb ich keine Vorlesungen belegte, aber nur eine [illegible] Fortführung der Studien nicht ganz [illegible] wollen, war die in meinem vorhergehenden Schreiben geschilderte Annahme, daß ich als Sohn eines Frontkämpfers nach dem damaligen Stand der Dinge zwar weiter studieren konnte, aber keine Aussichten zur Ausübung einer [illegible] Tätigkeit nach Vollendung des Studiums erhalten hätte.

Falls das nicht genügen sollte habe ich eine viel kompliziertere Idee die ich aber hier nur skizzieren will. Danach ist [illegible] viel [illegible]

QUALITY PAPERBACK BOOK CLUB, INC. Middletown, Pennsylvania 17057

Dear Reader,

You may never have joined a book club before...
You may be a member of one now...

Still, I hope you can find five minutes today to leaf through the QPB prospectus which is enclosed.

If the incredible rising cost of hardcover books is hitting you as hard as it's hitting me, that five minutes could change your reading habits for life.

Very briefly, this prospectus tells of a new book-club idea:

It offers important writers.
It offers important books.
It offers them in full-size, highest-quality softcover editions at savings of up to 65% over the hardcover prices.

As you browse through our prospectus, please note that we're not offering ordinary, drugstore-type, mass-market paperbacks. QPB offerings are printed on quality paper, often the same type size and page size as the hardcover edition and bound as durably as most hardcover books.

"If you don't judge a book by its cover...why pay for the cover?" That's our philosophy. If that sounds sensible to you, too, use the enclosed postage-free card and try us out for six months. There's no obligation; you have nothing to lose and a library of good books to gain.

Sincerely,

Lorraine Shanley

Lorraine Shanley
Director

P.S. Please note that under QPB's special trial offer you may choose any 3 books or sets for only $1 each.

QH:LS

Sehr geehrter Herr Horn:

Es ist nicht uebertrieben zu sagen, dass Ihr Brief v.19/4/79 mehr als hochwillkommen war. Ich habe darauf einen grossen Stoss von Unterlagen gewaelzt und bin auf eine Erklaerung fuer die Luecke seit 1936 gekommen.

Danach sieht ein kurzer Umriss meiner Taetigkeit nach dem Abitur wie folgt aus:

S/S30 bis S/S 32 Universitaeten Freiburg & Bonn. 5 voellig belegte und testierte Semester. Beide Anmelde buecher liegen vor. Meiner Berechnung nach 30 Monate)

1.April 33 - 31.3.35 Volontaer bei Gustav Hess Pirna (das ebenfalls vorliegende Arbeitsbuch hat eine Aenderung, naemlich von "Mai 33 bis April 35). In beiden Faellen beliefe sich das auf weitere 25 Monate

1.August35 bis 15. Januar 36 Sud-Oeste Comercial,Berlin als Leiter (ebenfalls im Arbeitsbuch) 5½Mon.

3.Feb.36 bis 28.2.37 Besitzer der Sud-Oeste Comercial,Bln. (lt. An- und Abmeldungsform fuer einen Betrieb, Buergermeister, Charlottenburg) weitere 13 Mon.

Das sollte zu etwa 73 ½ Monaten fuehren,

Soweit ich weiss, war keine dieser Taetigkeiten versicherungspflichtig;falls eine Pflicht bestanden haben sollte, war sie bestimmt erfuellt.(Ich habe noch eine photostatische Kopie meiner Unbedenklichkeitsbestaetigung, die ich bestimmt nicht erhalten haette, wenn ich dem Staat Geld geschuldet haette).

Falls meine Funktion als "Besitzer" des letztgenannten Unternehmens Schwierigkeiten bereiten sollte, kann ich Ihnen sagen, dass gemaess einer ungeschriebenen Vereinbarung zwischen dem Gruender, Teodoro Parparof, und mir, Herr Parparof das Unternehmen persoenlich garantierte. Es war tatsaechlich eine Fortsetzung der Sud-Oeste Comercial [illegible] Weiss-Russe, der im Begriff war [illegible] seinen Fuss noch in Deutschland [illegible]

Mit allen diesen [illegible] eine Schwierigkeit haben, die von [illegible] meiner weiteren Verfolgungszeit (nach [illegible] zu bauen, falls das wuenschenswert sein [illegible]

Darf ich Sie wohl bitten, Herr Horn, diese Sache so schnell wie moeglich zu bearbeiten. Sie koennen sich wohl auch denken, dass meine Schwaegerin und ich sehr hoffen, dass die erste Rate von der Simson-Ruppel-Hess Wiedergutmachungs-Zahlung, mit der wir Ruppels infolge mehrerer ungluecklicher Ereignisse so sehr in's Hintertreffen gekommen sind bald zur Wirklichkeit wird.

			Erfolg Anmeldebescheinigung
5/5 30 – 4/5 32	Erfolg / Bonn	30 months	
1/5/33 – 30/4/35	Hess	25 m.	Arbeitsbuch
1/8/35 – 1/15/36	Parhamof	5 1/2	"
3 Feb. 36 – 28.2.37	[illegible] der SOC	13 m.	Bescheinigung der Chg. An- + Abmeldung seitens einer Behörde
		73 1/2	

Somit dürfte wohl kein Zweifel über die Mindestzahl von 60 Monaten bestehen.

Soweit ich weiss, war keine dieser Beschäftigungen versicherungspflichtig.

Falls die Tatsache des Berichts über mich als Besitzer der letztgenannten Export-Agentur bedenklich sein sollte, kann ich Ihnen versichern, dass gemäss eines privaten Abmachens zwischen dem Besitzer der Agentur, Teodoro Parhamof, die mich vorher beschäftigt [illegible] und mir [illegible]. Er war ein Weiss-Russe und im Begriff nach [illegible] auszuwandern, weshalb er vorzog mich in der [illegible] zu lassen.

Mit all diesen Unterlagen würden wir wohl auch ebenfalls in der Lage sein, einen Bericht für die Verfolgungszeit in USA (ca 46 Monate) zu liefern, falls das nötig oder wünschenswert wäre.

Sehr geehrter Herr!

Vielen Dank für Ihren mehr als liebenswürdigen Brief v. 19/4/79.
Ich habe daraufhin noch einmal einen großen Stoß von Unterlagen gesichtet und habe die Antwort für die Eintragung [illegible] nach 1/36 an die gefundenen [illegible]
Danach [illegible] mein Tätigkeits-[illegible] von 1930 – 1937 in großen Zügen folgendermaßen aus:

S/S 1930 – S/S 1932 U's Freiburg + Rom – 5 völlig dokumentierte Semester in Belegbüchern S/S ~~[illegible]~~

April
1/4/33 – 30/35 Volontär bei [illegible] in [illegible] (Total 2½ Jahre, 30 mon.)
(die Eintragung in Arbeitsbuch ist später offiziell für Mai 33 – April 35, jedenfalls,
in beiden Fällen ein Total von 2.5 ~~Jahre~~ mon.

1/8/35 – 1/15/36 [illegible] Agent, Bln 5½ mon

3 Feb 36 – 28. Feb 37 [illegible] Berlin. 13 mon

23.11.37 Erhalt der [illegible]

22.2.38 Auswanderung

11. Juli 1980
wb/di

WV 10.od

Frau
Ilse Ruppel
423 Buffington Rd.

Syracuse N. Y./USA

Herrn
Jack A. Ruppel
Elkins Park, Pa. 19117

7753 Washington Lane/USA

Betr.: ~~abschließende~~ Schadensfeststellung nach
Margarete Ruppel

Sehr geehrte Frau Ruppel!
Sehr geehrter Herr Ruppel!

In obiger Sache hatte ich das Ausgleichsamt Berlin mit Schreiben vom 9.6.1980 um Mitteilung gebeten, was der abschließenden Schadensfeststellung noch entgegensteht. Ein Teilbescheid war bekanntlich bereits am 21.1.1977 ergangen. Aufgrund dieses Teilbescheides waren 4.783,16 DM zur Verfügung gestellt worden. Ich verweise insoweit auf mein Schreiben vom 16.8.1979.

Ich übermittle Ihnen nunmehr jeweils eine Fotokopie des Schreibens des Ausgleichsamtes Berlin vom 2.7.1980 mit der Bitte, die beigefügten Formulare auszufüllen, zu unterzeichnen und mir möglichst schnell zuzuleiten.

Mit freundlichem Gruß

Rechtsanwalt

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa.19117

14/10/71

Lieber Dieter,

Du hast Dich sicher gewundert dass ich mich so lange ausschweige -aber unser guter Rechtsanwalt hat erst gestern auf meinen Brief vom 21.8. geantwortet. Er scheint ein ziemlich alter Herr zu sein und seine Zeit meistens "auf Urlaub" zu verbringen.(Dr. Kurt Landsberger, Berlin-Charlottenburg). Der Grund dass ich seinen Namen erwaehne ist, dass er vorschlaegt, mit Dir direkt wegen der erwuenschten Auskunft in Verbindung zu treten. Ich hoffe, das ist Dir nicht unangenehm, und ich lege eine Kopie der etwas blumigen (gibt es das Wort of Deutsch -ich denke wohl an flowery ?) Beschreibung des Grundstuecks bei. Es scheint als ob man etwas dick auftragen sollte und, rueckblickend kommt mir alles recht grossartig vor -moeglicherweise auf Grund des Kontrasts von Gegenwart und Vergangenheit.

Ich lege eine photostatische Kopie unseres Geburtshauses bei, dass sicher auch in Dir Erinnerungen wecken wird. Die Blaufichten stehen nicht mehr, da sie das Wohnzimmer in der unteren Etage zu sehr verdunkelt hatten.(Komisch, wie so einzelne Erinnerungen hier und da zutage kommen).

Der Anwalt weiss uebrigens ueber unsere Familienverhaelthisse ziemlich gut Bescheid, da er fuer mehrere Generationen der Familie Simson gearbeitet hat.(Du gehoerst schliesslich auch etwas dazu, ebenso wie Haensa, denn mein Grossvater war Euer Vormund -ein anderer Geistesblitz, der mir eben zutage kam). Ja, das waren die guten alten Tage, als wir noch Vormuender brauchten. Ich darf nicht zu sehr darueber nachdenken, denn ich naehere mich sichtbar meiner zweiten Jugend! -Tatsaechlich muss ich aber gestehen, dass ich mich wieder ziemlich wohl fuehle und sogar meine Arbeitslosigkeit gewissermassen geniesse; man sollte das immermal haben -aber nicht fuer eine zu lange Zeit.

Das ist so ungefaehr alles, was ich von mir zu berichten habe. Putti (jetzt Kenneth) laesst sehr herzlich gruessen. Er hat seine Haende voll mit seiner Praxis und vier Kindern, von denen jetzt der dritte auf die College-Suche geht. Die Eltern haben manchmal nicht viel Ahnung, wo einzelne ihrer Kinder gerade sind. Aber, wie ich hoere, ist das jetzt in Deutschland ganz aehnlich? Tatsaechlich [illegible]

sind als hierzulande die Eingeborenen.

$154.96

Elkins Park, Pa. 16/10/71

Dres. Landsberger & Horn
Berlin-Schoeneberg

Sehr geehrte Herren:

Vielen Dank f.Ihren ausführlichen Brief v.11.10, der
eine sehr willkommene Unterlage f.einen kompletten Be-
richt bietet. Ich versuche, dabei Ihrem Stichwort-For-
mat zu folgen.

Zu <u>Punkt I</u> Ihres Briefes:
1. Frau Kohlhammer geht eine grosse Weile zurück.
Ich zitiere hier aus zwei Briefen von Herrn Curt Simson,
einen an Dr. Peschke v.4/9/50 :
"Der Notar Dr. Rothe hat den Anteil v.Frau Ruppel
auf deren Auswandererkto.bei der Deutschen Bank, Gotha
ordnungsgemäss eingezahlt. Frau R. kam niemals in den
Besitz dieses Geldes. Die Deutsche Bank, Berlin W8 be-
stätigte dies mit ihrem in Abschrift beigefügten Briefe
v.21.4.1947, nämlich dass das bei der Filiale in Gotha
geführte Konto von 49.003.-am 17.9.42 vom Finanzamt ein-
gezogen wurde."
Der zweite Hinweis ist in einem Brief an Sie in
Berlin v.1.4.57 enthalten:
"...Frau Kohlhammer war inzwischen Eigentümerin des
Grundstücks in Wilmersdorf, Duisburgerstr. 16. Frau Rup-
pel musste lt. Beschluss RM 40.000.- aus ihrem Bankgut-
haben in Gotha an Frau Kohlhammer als Rückzahlung der ehe-
maligen Kaufsumme abtreten. Der Rechtsanwalt v.Fr. Kohl-
hammer hatte s.Zt. gedroht, Frau R. schadenersatzpflichtig
zu halten, wenn sie ihre Ansprüche nicht anmeldet u.Ab-
tretungsurkunde ausstellt. Eventuell müsste die Rückzieh-
ung annulliert werden..."
Frau Kohlhammer war die Witwe von Dr.K., der das
Haus gekauft u.dann wieder zurückgegeben hat. Meine Mutter
konnte natürlich den Betrag dann nicht mehr transferieren,
und so ist er beschlagnahmt worden.

Soweit ich aus der Korrespondenz ersehe, haben Sie
die Akten von Dr. Peschke nach seinem Tode übernommen.
Vielleicht ersparen Ihnen aber diese Auszüge eine Durchsi
cht dieser Akten.

2. Schmucksachen etc. :Ursprünglich hatte die Behörde
unserer Mutter versehentlich den vollen Betrag gezahlt;
dann wurden etwa 10.000 M. wieder von einer späteren Zah-
lung zurückbehalten (cf. Ihr Schreiben v.30.4.64 u.a.)
Dieses Schreiben erwähnt 12.441,10 DM.

<u>Punkt II</u>
1.Gotha, Friedrichstr. 7: Ich hoffe die beiliegende Beschrei
bung entspricht Ihren Wünschen. Die Tatsache dass unser
Vater Arzt war ist in Zusammenhang mit der Pensionsforder
unserer Mutter geklärt worden, ebenso wohl die Frage der
Erbschaft nach unserem Vater. Die Lage des Hauses,ebenso
wie v. Friedrichstr. 19 war zweifellos eine der besten in
Gotha, sowohl fü privatwohnung als auch für ärtliche oder

juristische Praxis.
Die eidesstattlich Versicherung v.Herrn C.Simson anbei.

2. Instrumentarium etc.: ~~eine~~ dieser Posten is ebenfalls in der Anlage behandelt.
Unser Vater starb am 24.1.1931.

3. Wegen eventueller Ansprüche an Simson & Co. (oder Waffa?) warte ich noch auf eine genauere Auskunft. Ich hoffe es ist möglich, die anderen Anträge einzureichen und diesen einen Posten offen zu lassen bis zur Klarstellung ?

Nun muss ich aber eine erhebliche Unterlassungssünde meinerseits gestehen:
Unsere Mütter war natürlich Miterbin der Gothaer Grundstücke, die Herr Curt Simson und Frau Gertrud Hess in ihren Anträgen aufführen, woran mich Herr Simson soeben erinnert hat. Er arbeitet gerade an diesen Anträgen, und ich hoffe, Sie können alle Daten von den Anträgen dieser Geschwister entnehmen.
Es handelt sich um: Friedrichstr. 19
Steinmühlenallee und
Nützleber Weg.

Das Testament unserer Mutter liegt ebenfalls bei der Behörde vor, im Zusammenhang mit der Freigabe der angelaufenen Renten und Medikament-Entschädigung nach ihrem Hinscheiden. (cf.Ihr Schreiben v. 23.6.69)

Der Zeuge für Friedrichstr. 7 ist:
Herr Dietrich Rausch, Anne-Frank-Str. 14
D-6 Frankfurt/M ain 50

(Die Adresse kommt mir irgendwie wie ein gutes Omen vor).
Ich habe ihm einen Durchschlag meiner Beschreibung von Friedrichstr. 7, das auch sein Geburtshaus ist (er ist der Sohn von Prof. Erwin Rausch, eines lebenslangen ~~Freun~~ intimen Freundes unseres Vaters) zugeschickt; ich nehme an, dass das Ihre Anfrage vereinfachen könnte. Da er ein Ingenieur ist, hat er versucht, die Ausmasse des Grundstücks etwas wissenschaftlicher festzustellen als es mir möglich war von hier aus; ich weiss noch nicht ob es ihm geglückt ist. Sie mögen ihn aber deswegen fragen.

Ich halte dieses Schreiben bis Montag, damit ich Ihnen Angaben über die Überweisung der gewünschten 500.-DM Anzahlung machen kann. (Receipt bei).
In der Hoffnung sehr bald wieder von Ihnen zu hören bin ich mit besten Grüssen

Ihr
(J.A.Ruppel)

Anlagen: ~~Vollmacht~~, Eidesstattl. Versich.
Photokopieen v. Hausansichten
Beschreibungen v.Friedrichstr.7 & Instrumentarium

Draft FA 12728 3 10/18/71 Fidelity to Deutsche Bank

Der Polizeipräsident in Berlin
-Einwohnermeldeamt GB.-
EMA.32.04 Tgb.Nr.I/12991/54 GB.

(1) Berlin-Tempelhof, den 22.Sept.1954
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 66 00 17, App. 2816

An

Herrn Jack A. R u p p e l ,

7753 B Washington Lane
Elkins Park 17, Pa. / U.S.A.

Betrifft: Übersendung einer Aufenthaltsbescheinigung.

Sehr geehrter Herr Ruppel !

Auf Ihr Schreiben, das mir zuständigkeitshalber übersandt wurde, muß ich zu meinem Bedauern mitteilen, daß die geringen Reste der erhalten gebliebenen alten Kartei keinen Hinweis auf Ihren Berliner Aufenthalt unter dem Namen " Joachim Ruppel " bis zum Jahre 1937 enthalten.

Da Aufenthaltsbescheinigungen nur an Hand vorhandener Meldeunterlagen gefertigt werden können, bedauere ich, Ihrem Wunsche nicht entsprechen zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage
Hran

Din A 5 (148 × 210 mm) Vordruck R. Pol. Nr. 152 30000 8. 51

Mat. 11 934 di

IN REPLY, PLEASE REFER TO FILE NUMBER

[illegible]

OFFICE OF ALIEN PROPERTY
DEPARTMENT OF JUSTICE
120 BROADWAY
NEW YORK CITY 5, NEW YORK

November 22, 1946

Mr. Jack A. Ruppel
147-35 Coolidge Ave.
Jamaica, L. I., N. Y.

Dear Sir:

In compliance with your request, we enclose herewith Form APC-1C, Notice of Claim, complete with instructions.

You will note that two copies of the form marked "ORIGINAL" and "DUPLICATE", when filled out, are to be filed with the Office of Alien Property, Department of Justice, Washington 25, D. C. The third copy marked "CLAIMANT'S COPY" may be retained for your future reference.

Your attention is particularly directed to Instruction "(A)" of the form. Claimants asserting a lien or other interest in vested property should use Form APC-1A.

Executed Notices of Claim will be filed and will receive serial numbers in order of receipt, and their filing will be acknowledged by letter. The forwarding of forms and the acknowledgment of their filing willnot constitute an admission of the validity of the claim or the correctness of the Notice of Claim.

Very truly yours,

C. Gordon Lamude

C. Gordon Lamude
Manager - New York Office

Enclosures

IN REPLY, PLEASE REFER TO FILE NUMBER

CGL:jr

OFFICE OF ALIEN PROPERTY
DEPARTMENT OF JUSTICE
120 BROADWAY
NEW YORK CITY 5, NEW YORK

July 20, 1948

Mr. Jack A. Ruppel
39-11 48th Street
Sunnyside 4, L. I., N. Y.

Dear Sir:

Your letter dated July 17, 1948 has been received in which you request a set of forms for the filing of a claim against the former Deutsche Reichsbank. You also request information as to the deadline for filing of such claim.

A set of claim form APC-1C, with instructions, is enclosed herewith to be used by you in the filing of claim. The deadline for such filing is August 8, 1948.

Very truly yours

David L. Bazelon
Assistant Attorney General
Director, Office of Alien Property

By C. Gordon Lamude

C. Gordon Lamude
Manager, New York Office

Encl.

AR 25336 1/12 1978-1981

Foreign Claims Settlement Commission of US

COPY

DEPARTMENT OF STATE

Washington, D.C. 20520

April 10, 1978

Dear Senator Javits:

Thank you for your letter of March 27 concerning the efforts of your constituent, Mrs. Ann Friedlander, to receive compensation for the loss of her property in the German Democratic Republic.

The United States Foreign Claims Settlement Commission has been accepting the claims of American citizens for property taken by the German Democratic Republic. The Commission will continue accepting such claims until May 15, 1978 and, after evaluating and processing them, will begin settlement negotiations with the GDR. The only way for Mrs. Friedlander to determine eligibility is to file a claim with the U.S. Foreign Claims Settlement Commission, 1111 20th Street, N.W., Washington, D.C. 20597, and I urge her to do so as soon as possible regardless of the status of her efforts to obtain compensation through the Bezirksamt Zehlendorf.

After the U.S. Foreign Claims Settlement Commission began accepting claims against the GDR on May 15, 1977, the Government of the Federal Republic of Germany suspended the processing of such claims on behalf of those who are now American citizens. This suspension was, we believe, based on a misunderstanding, which we are presently attempting to clarify in discussions with the Government of the Federal Republic. We hope that those discussions will lead in the near future to the resumption of processing by the Federal Republic and Berlin of cases like Mrs. Friedlander's.

I hope that this information will prove useful in responding to Mrs. Friendlander's query.

Sincerely,

Douglas J. Bennet, Jr.
Assistant Secretary
for Congressional Relations

The Honorable
Jacob Javits,
United States Senate.

COPY

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

January 11, 1979

Mrs. Ann L. Friedlander
140 Van Cortlandt Avenue West
Bronx, NY 10463

Re: Claim No. G-1295

Dear Mrs. Friedlander:

We have reviewed the materials submitted in reference to the above claim against the German Democratic Republic under Public Law 94-542.

Under Public Law 94-542, the Commission can grant an award for losses where the evidence of record establishes the following:

1. That the owner of the property was a United States national on the date the property was taken;

2. That the claim arising from the taking was continuously owned by a United States national from the date of loss until the date of filing the claim with the Commission;

3. That the GDR did in fact take the property and the date of such taking;

4. That the claimant was the owner of the property on the date of loss or the legal successor in interest to the owner; and,

5. The value for the property taken.

It is suggested that you submit evidence to establish the original ownership of the property by your father. Examples of such ownership might be an extract from the land records, a contract of sale indicating the original purchase of the property, proof of inheritance of the property, other documents listing such ownership interest, or any other information you may have indicating such ownership.

In order to establish the manner in which the present right to claim was acquired, please submit a copy of a certificate of heirship or a copy of the will of your father as admitted to probate. If these are not available, please complete the enclosed affidavit of inheritance and return it to the Commission.

It is requested that you obtain and submit evidence to establish the date and manner of the taking of your property by the GDR. Examples of such evidence might be a copy of a governmental decree affecting the property, an extract from the land records showing a transfer to the GDR or one of its agencies, notification from GDR authorities of action taken against the property or any other information you may personally have or may have received from third parties that might help to show the date and manner of the asserted taking.

In order to establish that this claim was owned by a United States national from the date of loss to the date of filing with the Commission, it is requested that you complete and return the enclosed DSP-13 concerning the nationality of your father.

In order to establish the value of the real property claimed, it is suggested that you submit evidence such as tax records, appraisals, a contract of sale showing the purchase price, rental income receipts, or insurance policies upon the property. A detailed description of the property, including photographs, if available, and information concerning the date and type of construction, size of lot, and type of neighborhood in which the property was located would also be helpful.

Please note that the Commission's regulations require that any documentation in a foreign language must be submitted with a verified English translation.

As soon as the above suggested evidence is received, it will be reviewed. If additional documentation is required, you will be advised.

Very truly yours,

Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Division

Enclosure

FORM DSP-13 Budget Bureau No. 47 RO 53-4

DEPARTEMENT OF STATE
REQUEST FOR CONFIRMATION OF NATURALIZATION

DATE OF THIS APPLICATION

FOR USE ONLY OF NATURALIZED AMERICAN CITIZENS IN CONNECTION WITH INTERESTS ABROAD

INSTRUCTION - Fill out and transmit the information requested below to the Foreign Claims Settlement Commission. Do not send to any other Agency.

1. NAME OF PERSON TO WHOM NATURALIZATION RECORDS RELATE

2. PLACE OF BIRTH

3. DATE OF BIRTH

4. OTHER NAMES USED

5. PRESENT ADDRESS OF PERSON

6. ADDRESS OF PERSON AT THE TIME RECORD WAS MADE

7. ALIEN REGISTRATION NO. (if any)

8. DATE OF NATURALIZATION

9. NAME OF COURT

10. ADDRESS OF COURT

11. CERTIFICATE NUMBER OF NATURALIZATION

12. COUNTRY IN WHICH PROPERTY IS LOCATED

13. PORT OF ENTRY

14. DATE OF ARRIVAL

15. NAME OF SHIP

16. ACCOMPANYING PERSONS

17. OFFICIAL TITLE OF PERSON OR AGENCY DESIRING INFORMATION
Foreign Claims Settlement Commission of the United States

18. REMARKS
Please verify date of naturalization

19. NAME OF PERSON REQUESTING INFORMATION
F. T. Masterson

20. PROFESSION OR OCCUPATION
Executive Director, F. C. S. C.

COMPLETE ADDRESS
Foreign Claims Settlement Commission
1111 20th Street
Washington, D. C. 20579

The information contained in this form is subject to disclosure to the Immigration and Naturalization Service, the Commissioners and staff of the Foreign Claims Settlement Commission, and to the public if requested pursuant to a valid request under the Freedom of Information Act.

March 3,1978

Dear Ann, dear Eddie:

I just received your note and forms; thanks. The Commission is obviously much more generous with you than they are with me.(Did you, maybe, use your red-white and blue stationery?). I first asked for enough forms for 3 applicants and got one double set, then I asked for two more and got one, minus the Citizenship form DSP 13. Now, thanks to you, I have enough for Ilse and me, and you have all you need.

The Public Law, a copy of which I requested and got, has made me wiser in only these respects: As yet, there are no monies available from the DDR, and, when they should be received, 5% of them will be taken by the Commission for their services (of the entire payment, not of the individual disbursements, of course). When available, claims up to $1.000.- that have been certified, will be reimbursed in full, with subsequent payments "from time to time" or so. So, let's not count our chickens just yet. Also, I do not see any reference to retroactive interest payments which in the past were contributing close to half of the repayments. Also, the law was published in May 1977 - so we are pretty late. Shame on Landsberger, and God bless Eddie and the Aufbau... or we might never have known about it.

I am just submitting my first draft and ask for suggestions if changes should be needed. My main problem is also with Question 5, as you can see from the copy of my letter to Landsberger (needless to say, no answer from him, so far).

Another problem I have is with the innocuous-looking requirement for "signatures of any additional claimants". I am trying to have each share handled by itself (one for you, one for me, one for Ilse, and one for Hessens). If I do not succeed, they'll have to tell me what to do with the Hessens who are not US citizens (and, accordingly not under the Commission's jurisdiction). It would also mean that all of us would have to wait till Ann is cleared away with her inheritance problem, and that takes months even after she has finally made that call on the consulate. I hope that is by now done, dear Ann? You might jeopardize matters for all of us, otherwise, as we know from Ilse's case.

There is one decision I have black on white from the commission's director, David H. Rogers, who answers a question of mine on 2/27/78 as follows:

"...I would suggest you file the claim form at this time based upon an "educated guess". You might note on the form that you are securing additional information. Under the Commission's rules we are happy to accept any information a claimant can obtain within a reasonable time..."

So, that one item is out of the way. As soon as I get the additional information needed, I plan to send you my answers, fitted to the questionnaire format. Meanwhile you might want to go over the various "Beiblaetter", so you have a little bit of an idea about the objects and values involved. In a way I am glad we don't have to fuss with Suhl, which should be the one big item, we hope.

I'll keep you posted.

Meanwhile all the best, and I hope the meeting on Sunday will take place - we've had the snow plow in our court three times, so far, and the snow is supposed to reach 6-7".

As ever yours, and my best to the family

"All other notices, orders, papers and communications, including a copy of the award, may be served on any party by delivering or mailing the same to the party or his attorney-in-fact or counsel." (*Rule 487 – Board of Directors.*)

IX. Oath of the Arbitrators and Witnesses

"Before proceeding with an arbitration, an oath shall be administered to the Arbitrators in the presence of the parties, except where the parties or their attorneys-in-fact or counsel continue the arbitration without objection to the failure of the Arbitrators to take the oath, or where the oath is waived in writing by the parties to the submission or their attorneys-in-fact or counsel.

"Witnesses shall be sworn before testifying, unless the taking of an oath is waived by the parties or their attorneys-in-fact or counsel." (*Rule 488 – Board of Directors.*)

X. Subpoenas

"The Arbitrators and any attorney of record in the arbitration proceeding shall have such powers of subpoena as may be provided by law, but so far as it is possible for them to do so, the parties shall produce witnesses and present proofs without the issuance of subpoena." (*Rule 489 – Board of Directors.*)

XI. Constitutional Provisions and Rules Part of Submission

"The provisions of Article VIII of the Constitution and of Rules 481-491 of the Board of Directors shall be deemed to be a part of the submission and the parties shall be bound thereby, except that, with the prior consent of the Exchange, the parties may otherwise agree, in so far as the Rules of the Board are concerned." (*Rule 490 – Board of Directors.*)

XII. Interpretation of Rules

"During the course of proceedings, the Arbitrators in a particular case shall have the power to interpret and apply Rules 481-491 of the Board of Directors and the provisions of the submission and such interpretation shall be binding upon the parties." (*Rule 491 – Board of Directors.*)

XIII. Amendment to Rules

The Board of Directors may from time to time amend, alter or repeal any of the Rules of the Board with respect to arbitration, either generally or in reference to a particular case, as it in its sole discretion may find expedient.

3/3/78

P.S. to my letter:

I've had to fudge one number, so far. It comes from the "ANTRAG" form, Question 24a)
My carbon copy is not clear in connection with " im Jahre 1948, dem Ministerpraesidenten des Landes Thuringen, Praesidialabteilung, Referat für Wiedergutmachung.
AZ : I A ..," and that's where I have the problem.
I think I can make out
37..7082 , but the figures represented here by two dots are utterly illegible in my copy.
Could you help me with that? Thanks.

3/9/78

Dear Ann, dear Eddie:

. Thank you for last night's call(s). Meanwhile another mail has come and gone -and still nothing from Landsberger. Part of the problem may be that he works on an Erfolgshonorar -8½% of the results. And he may be afraid that if the scene shifts to the US, he might be cut out entirely.(On the other hand he got a total of DM 1,000.- advance from Kenneth & me, and I believe another DM 300.- from your father, and probably the same from Hessens.) I suggest you do the following, if you agree. Why not send him a letter telling him that you are waiting for his answer to yours of 1/ ...You may want to send a photostat along."Inzwischen haben wir vorsorglich auf dem deutschen Konsulat eine .(description of the certificate you got) erhalten, damit wir die noetigen Unterlagen zum Beweis der Erbfolge haben. Was muessen wir nun dafuer tun? Weegen der Unterbrechung in der Bearbeitung unserer Forderungen in Berlin sind wir mit Senator Jacob Javits in Verbindung getreten. Jack Ruppel hat sich diesbezueglich mit dem State Department in Verbindung gesetzt, die ziemlich positiv in der Ansicht zu sein scheinen, dass die Verhandlungen wie bevor von Berlin bald weitergefuehrt werden koennten. -Alle Quellen weisen aber darauf hin, dass auch in Berlin nichts gemacht werden kann ohne fristgemaesse Wiederaufwaermung der Auftraege vor der Commission in Washington. Wir haben dies soweit wie moeglich getan und angegeben, dass wir noch auf die Betraege von Berlin warten (im Sinne des Briefes von Jack R. v.15/2)
Sie sehen, dass wir etwas in einer etwas prekaeren Situation sind; ungluecklicherweise hatten wir von der Regelung vom Mai 1977 erst sehr spaet erfahren.
Die Familie Ruppel sowie wir waeren Ihnen fuer eine umgehende Mitteilung verbunden, und wir hoffen dann bald wieder die Sache aufnehmen zu koennen, wo sie unterbrochen wurde. Das State Department schrieb, dass diesbezuegliche Verhandlungen in Muenchen stattfaenden. "

If you agree, write EILT in blue or red on top of the letter. I think you should do it, a) because you have a good reason, now that you have the Tuerk document, and b) I am Landsberger's red flag, because I once gave him a piece of my mind. I know you dislike German, that's why I've tried to relieve you of that chore (Incidentally, I've found the new Germans at the consulate very congenial. Did you know,e.g.that the Vertrauensarzt for Western NY is a refugee recommended by Kenneth, on request? So, let's try not to have any blocks (mental or otherwise) in dealing with them. Now they are doing u s the favors, we hope.

To come back to the matter of all 3 of us rolled in to one that I dealt with in my last letter: our claim number is

Agl. 282 A 10/Ef 4241 BF USA

Landsberger referred to it back in 1975 as "BFG-Sache Simson, Ruppel, Hess", but I've found that Aunt Trude has a different number in Aachen. So..why not take a look at Landsberger's correspondence with your father, starting around 75; look for a copy of something he sent to the authorities and see what reference he gives, at the top of the letter. It will probably be the same as the above, which would indicate that he dealt with the matter as one.
How about a PS to Landsberger:
"P.S. Wir finden dass die Verhandlungen fuer alle Erben von Julius Simson,Sr. in Berlin unter derselben Akten-Nummer gefuehrt worden sind. Ist das korrekt? "

To salvage part of yesterday's work, I send you the part of it that refers to my answers to Form 542.

One special note on Question 5, though:

Land a n d Buildings DM 45.000.-

This is an estimate. My share of this would be 5/9 of DM 35.000.-
and 1/3 " DM 10.000.-

The estimate was necessary because all data that were available are in Berlin. If and when more accurate information becomes available, I'll submit it immediately; it has been requested from Berlin.
The values are given in DM rather than dollars, as the rate of exchange to be used as a base is unknown.
All data, incidentally, come from the Antraege and Beiblaetter.(You know where to findthem now)

This does, of course, not include any interest that may have accrued, nor does it take into consideration the payment from the dollar sale(s)

THE New York Stock Exchange

Office of the Secretary
(212) 623 2???

Mr. Jack A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, Pennsylvania 19117

December 4, 1975

Dear Mr. Ruppel:

The Investor/Broker Liasion section has advised us of their previous correspondence with you.

You raised two questions regarding the location of an arbitration hearing and the composition of the panel. Before responding to those questions, however, you should be advised of alternatives to arbitration.

It appears your dispute with Smith Barney & Co., Inc. involves a loss of $202.50. This amount is most likely within the jurisdiction of the Small Claims Court of Philadelphia. You should consider this as an alternative to arbitration, since the use of the local court could be a more expeditious, and less expensive method of resolving your dispute.

An arbitration panel is composed of a majority of persons employed outside the securities business. The location of the hearing is decided by the Arbitration Director. The non-member may request that the hearing be held in a city outside New York.

Kindly advise us, within twenty days of intention in this regard.

Very truly yours,

BJD/mh
Enclosure

New York Stock Exchange, Inc. New York, New York 10005

Mr. and Mrs. Edward Friedlander
140 Van Cortlandt Av. W. • Bx., N.Y. 10463

March 12, 1978

Dear Jack,

Regarding the March 3, 1978 letter where you asked me about Account # I A etc
I found the letter TODAY -

It reads: Der Ministrpraesident
des Landes Thueringen
Praesidialabtaeilung
Ref. Wiedergutmachung
Nr: I A 3 /WJ/ 931

Der Brief is datiert 12. Jaenner 1948
und war gesendet von Weimar - DDR
A/Mue
same day and date

Otherwise I have just formulated the letter to Dr Landsberger - and will write it ins Reine - during the day.

Die Antrag Nr: Fuer Gertrude Hess/Margarete Ruppel und Curt Simsoh - ist korrekt - nach aufzeichnungen von letters EG Landsberger

O.K. Best regards
Ann & Eddy

PS: Ann wants you to know, that she would very much appreciate if you could FILL IN THE Answers to the Questions on the FORM FOR Washington Commission - She does not know anything about the Erbschaft - and I have to through mountains of letters - all of which I now have - don't get me wrong, but there are so many questions, I do not find, yet the abrechnung about Property in Gohta I did find.

II

THE POINT IS - THERE ARE MOST QUESTIONS in ALL THESE MANY letters Ⓚ but ALTHOUGH I CAN READ & WRITE GERMAN, SOME of this INFORMATION I CAN NOT make out - since I do NOT KNOW THE <u>AMTLICHE Deutsche</u> <u>SPRACHE.</u>

Kindest regards
Yours
Anne Eddy

Ⓚ ALL THE WAY BACK to 1947 to 1977

MR. & MRS. EDWARD FRIEDLANDER
140 VAN CORTLANDT AVE. W
BRONX, N. Y. 10463

Feb 27, 1978

Dear Jack,

Ann and I were very gald to speak you on the phone from Elkins Park, yesterday -Sunday.
In today's Mail Ann Received the Forms For Claims of US Citizens against DDR.
The Commission in Washington DC mailed us 4 forms - 2 each together - as you see enclosed
The other 2 we keep - Perhaps this way you can read the instrmctions, plus forms, and we can communicate by phone or letter, concerning this matter - since we have identical Claim Forms on hand.

There are a lot of questions, also value of property etc.
I hope you would be able to suggest how to tackle this problem, and or fill in these forms correctly.
By the way are these forms the same you received?
Please note: PUBLIC LAW 94/542
Kindest regards from Ann and Yours

Eddy

912DSutton Apts.
Collingswood,N.J. 08107
February 11,1981

Dear Ann & Eddy:

I just received your SOS re Foreign Claims Settlement Commission, and I'll try to make the last mail collection in 50 minutes, so this may be a bit jumbled.

a) Commision 's letter of 1/11/81 :

Point 3 seems the important point. If the property was indeed taken after Uncle Curt's naturalization on 12/30/46, then there might be some validity to going through Washington (if you expect they will ever have any money to pay for such claims). So.. if you have a way to find that date, and it actually was a f t e r 12/30/46, you may want to send the required information. ~~You could then refer to my note of March 19,1979 , the "interim answer" to their letters to you of 1/11/79.~~

In their letter of 4/10/79 they say that it might be possible to get an award by "both offices", Berlin and Washington. By then, I had given up all hope of any help from Washington...and by now Berlin seems very hopeless,too.

Without going through my file, I'd venture a guess that I did not answer that letter of 4/10/79, and you probably did not,either, which seems their official reason for turning you down.

If you really expect anything from that office, it would be well to stall them until you can find out the date of confiscation by the DDR. Maybe you could write that you have not found that date yet and that was the reason you have not reported it, but that you want them to give you a chance to keep trying and extend your final denial beyond the 2 weeks past receipt of their letter of 2/4/81.

Maybe Mrs. House can tell you if there is anything to be expected, and there is a

Committee for the Protection of American Property
in the GDR and East Berlin at 45 Faitview Ave.
New York 10040, Tel. 212-569-1324 (Samuel Gutwein,Pres.)

Maybe they know more about the date of confiscation in Thueringen.

If you want them, or anyone else, to continue, it is, of course essential to overcome the objection that you never sent the information requested by letter of 4/10/79 and do that before 2/19 to 9/20. You may want to phone Washington to save time. The points, again, would be that you don't see how you could fall under their jurisdiction in view of Uncle Curt's 1964 naturalization date. It never occurred to me that the confiscation should have taken place later than that...but you should be able to get that information from some NYC source.Of course not for your special case but for confiscation by DDR in Thueringen in general. Mr. Klein at the Consulate might be a good source.

My point is that the FCSC would have some possible jurisdiction in your case if your father was a citizen at the time of confiscation.

I've got to mail this now. Hope it is of some help.

All the best.

LEXINGTON MANAGEMENT CORPORATION
476 HUDSON TERRACE, BOX 1515
ENGLEWOOD CLIFFS, NEW JERSEY 07632

(201) 567-2375 • (800) 526-4791

Dear Investor:

In a short period of time there has been a great deal of interest in money market funds. While short term rates have recently declined from historic levels, interest in this new, convenient method of earning interest on short term deposits has remained high. We believe this is due in part to the excellent liquidity features of the telephone or check writing redemption privileges available to investors at no cost.

Perhaps you have not yet taken advantage of these conveniences or you prefer to avoid Federal income taxes on your short term cash deposits. If this is so, we invite you to send for a free prospectus and descriptive literature (no obligation, of course) relative to:

LEXINGTON MONEY MARKET TRUST
Objective:
"A HIGH LEVEL OF CURRENT INCOME CONSISTENT WITH PRESERVATION OF CAPITAL AND LIQUIDITY."

LEXINGTON TAX FREE DAILY INCOME FUND
Objective:
"ACHIEVE CURRENT INCOME EXEMPT FROM FEDERAL INCOME TAXES WHILE ALSO MAINTAINING STABILITY OF PRINCIPAL, LIQUIDITY AND PRESERVATION OF CAPITAL."

We suggest you give thoughtful consideration to these important features:

- Daily Dividends*
- Daily Liquidity
- Telephone Withdrawal
- Free Check Writing
- Diversified Portfolio
- Constant Supervision
- Exchange Flexibility
- IRA and Keogh Plans**
- Monthly Account Statements

No Charges or Fees for Investment or Withdrawals

*Free from Federal income taxes for Tax Free Daily Income Fund; a portion of the dividends may be subject to state and local taxes.

**Applicable to Lexington Money Market Trust only.

In order to receive additional information, simply check the appropriate section(s) on the enclosed postage free card. On receipt of your card, literature will be sent to you by return mail.

Thank you and if you need any assistance, please call toll-free

(800) 526-4791, or

in New Jersey (201) 567-2375, collect.

Sincerely,

Money Market Division
Lexington Management Corporation

Investment Adviser and Distributor/The Lexington Group of **No Load** Investment Companies

A & E Friedlander
140 Van CortlaNDT Ave WEST
Bronx, NY 10463

Feb 9, 1981

Dear Jack,

We were sorry that you could not come over last weekend, but hope that you will be able to visit with us in March/April.

As we mentioned to you on the phone, the Washington -DC FCSC, sent to Ann the denial on the Claim she had with the Commission.

They refere to the fact that she did not answer Letter dated Jan 11, 1979, and April 10, 1979 - Now that letter of Jan 11, which was mailed to you Jack at that time, and where you were the spokesman for all that American Cousins, and you also made a special note on that, which was mailed to the Commission a few days later, with your repley for all 3 of you, apparently was overlooked by the Washington Lawyers.

We await your expert opinon, on this matter, and in the meantime we hope you well, and with our love

Best regards,

Ann & Eddy

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

February 4, 1981

Mrs. Ann Louise Friedlander
140 Van Cortlandt Avenue West
Bronx, NY 10463

Re. Claim No. G-1295
Decision No. G-3103

Dear Mrs. Friedlander:

Enclosed is a copy of the Proposed Decision on the above claim.

Commission regulations provide that where the Proposed Decision denies a claim, in whole or in part, the claimant may file objections within 15 days of receipt of the decision. In addition, the claimant may request an oral hearing before the Commission.

Objections must be clearly stated and each instance of alleged error in the Proposed Decision whether of law or fact, should be set forth.

The statement of objections must also clearly indicate whether an oral hearing is requested. Such hearings are conducted by one or more Commissioners at the office of the Commission, 1111 - 20th Street, N.W., Washington, D.C. Ordinarily, no verbatim record of an oral hearing will be made except upon prior request and at the claimant's expense. If an oral hearing is requested, the claimant or his counsel will be notified as to the time when the hearing will be held.

If objections are filed, but no oral hearing is requested, the objections, including any brief or evidence submitted in support thereof, will be thoroughly considered by the Commission before the issuance of a Final Decision. Submissions of documents not previously provided to the Commission should include the original and three copies, with verified translations into English of any matter in a foreign language.

The purpose of an oral hearing is to permit the presentation of oral argument and the submission of additional evidence. If documentary evidence, a written statement, or a brief is to be submitted, it must be forwarded to the Commission at least 15 days prior to the date of the hearing.

Very truly yours,

Francis T. Masterson
Executive Director

Enclosure

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

IN THE MATTER OF THE CLAIM OF

ANN LOUISE FRIEDLANDER

Under the International Claims Settlement Act of 1949, as amended

Claim No. G-1295

Decision No. G-3103

PROPOSED DECISION

This claim in an unstated dollar amount against the Government of the German Democratic Republic, under Title VI of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended by Public Law 94-542 (90 Stat. 2509), is based upon the loss of improved real property in Gotha-Siebleben at Nuetzleberweg, improved real property in Gotha at Steinmuehlenallee 4 and securities.

The record indicates that claimant became a United States citizen on December 30, 1946.

Under section 602, Title VI of the Act the Commission is given jurisdiction as follows:

> "The Commission shall receive and determine in accordance with applicable substantive law, including international law, the validity and amounts of claims by nationals of the United States against the German Democratic Republic for losses arising as a result of the nationalization, expropriation, or other taking of (or special measures directed against) property, including any rights or interests therein, owned wholly or partially, directly or indirectly, at the time by nationals of the United States whether such losses occurred in the German Democratic Republic or in East Berlin. . ."

Section 603 of Title VI of the Act limits the Commission's jurisdiction as follows:

> "A claim shall not be favorably considered under section 602 of this title unless the property right on which it is based was owned, wholly or partially, directly or indirectly, by a national of the United States on the date of loss, and if favorably considered, the claim shall be considered only if it has been held by one or more nationals of the United States continuously from the date that the loss occurred until the date of filing with the Commission."

Claimant states and the evidence indicates that the property which is the subject of this claim was owned before World War II by Julius and Curt J. Simson or by Julius Simson individually, and that Curt J. Simson became a citizen of the United States on December 30, 1946. Claimant further states that Curt J. Simson was heir to 1/3 of the estate of Julius Simson and that claimant was the sole heir of Curt J. Simson upon his death on January 9, 1978.

By letters dated January 11, 1979 and April 10, 1979 claimant was requested to submit evidence of succession after Julius and Curt J. Simson on which the Commission could base its necessary findings of fact under sections 602 and 603 of the Act. No evidence of the succession in interests has been received by the Commission.

The Regulations of the Commission provide:

> The claimant shall be the moving party and shall have the burden of proof on all issues involved in the determination of his claim. (FCSC Reg., 45 C.F.R. §531.6(d) (1977)).

The Commission finds, therefore, that claimant has failed to meet the burden of proving that she is entitled to an award for a loss caused by the nationalization, expropriation or other taking by the German Democratic Republic of property which was owned by a United States citizen.

For the above cited reasons, the claim must be and hereby is denied.

The Commission finds it unnecessary to make determinations with respect to other elements of this claim.

Dated at Washington, D.C. and entered as the Proposed Decision of the Commission.

FEB 4 1981

Richard W. Yarborough, Chairman

Francis L. Jung, Commissioner

Ralph W. Emerson, Commissioner

NOTICE: Pursuant to the Regulations of the Commission, if no objections are filed within 15 days after service or receipt of notice of this Proposed Decision, the decision will be entered as the Final Decision of the Commission upon the expiration of 30 days after such service or receipt of notice, unless the Commission otherwise orders. (FCSC Reg., 45 C.F.R. 531.5 (e) and (g), as amended.)

At any time after a Final Decision has been issued on a claim, or a Proposed Decision has become the Final Decision on a claim, but not later than 60 days before the completion date of the Commission's affairs in connection with this program, a petition to reopen on the ground of newly discovered evidence may be filed. (FCSC Reg., 45 C.F.R. 531.5 (l), as amended).

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

January 11, 1979

Mrs. Ann L. Friedlander
140 Van Cortlandt Avenue West
Bronx, NY 10463

Re: Claim No. G-1295

Dear Mrs. Friedlander:

We have reviewed the materials submitted in reference to the above claim against the German Democratic Republic under Public Law 94-542.

Under Public Law 94-542, the Commission can grant an award for losses where the evidence of record establishes the following:

1. That the owner of the property was a United States national on the date the property was taken;

2. That the claim arising from the taking was continuously owned by a United States national from the date of loss until the date of filing the claim with the Commission;

3. That the GDR did in fact take the property and the date of such taking;

4. That the claimant was the owner of the property on the date of loss or the legal successor in interest to the owner; and,

5. The value for the property taken.

It is suggested that you submit evidence to establish the original ownership of the property by your father. Examples of such ownership might be an extract from the land records, a contract of sale indicating the original purchase of the property, proof of inheritance of the property, other documents listing such ownership interest, or any other information you may have indicating such ownership.

In order to establish the manner in which the present right to claim was acquired, please submit a copy of a certificate of heirship or a copy of the will of your father as admitted to probate. If these are not available, please complete the enclosed affidavit of inheritance and return it to the Commission.

It is requested that you obtain and submit evidence to establish the date and manner of the taking of your property by the GDR. Examples of such evidence might be a copy of a governmental decree affecting the property, an extract from the land records showing a transfer to the GDR or one of its agencies, notification from GDR authorities of action taken against the property or any other information you may personally have or may have received from third parties that might help to show the date and manner of the asserted taking.

In order to establish that this claim was owned by a United States national from the date of loss to the date of filing with the Commission, it is requested that you complete and return the enclosed DSP-13 concerning the nationality of your father.

In order to establish the value of the real property claimed, it is suggested that you submit evidence such as tax records, appraisals, a contract of sale showing the purchase price, rental income receipts, or insurance policies upon the property. A detailed description of the property, including photographs, if available, and information concerning the date and type of construction, size of lot, and type of neighborhood in which the property was located would also be helpful.

Please note that the Commission's regulations require that any documentation in a foreign language must be submitted with a verified English translation.

As soon as the above suggested evidence is received, it will be reviewed. If additional documentation is required, you will be advised.

Very truly yours,

Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Division

Enclosure

3/19/79

MEMO FROM:

Jack Ruppel

Dear Ann, dear Eddy,

enclosed my latest effort at de-riddling the case of the FCSC. As it turns out, the same man signs the letters to both of us, and I am quite convinced this is an effort at make-work to justify the existence of the commission, or part of it. On the other hand — you never know if you don't need them again, in view of Horn's tardiness. But if we fold tight... we'll never see anything.

Incidentally, the new power of atty that Horn has requested only from Ilse + me may have to do with our particular case

the leftovers from Friedrichstr. 19 nebenhaus, which has been settled for you others. But, a note to him should not do any harm, I expect.

We'll be in touch.

All the best

Jack

How do you like my attempt at Governmentese?!

MEMO FROM:

7753 Washington La.
Elkins Park,Pa.19117
March 19,1979

Jack Ruppel

Gentlemen: Re: Claim No.G-1295 -Ann L. Friedlaender,Bronx,NY

Will you please add this to the above file as an interim answer to your letter of 1/11/79 to Mrs. Friedlaender.

I had suggested to Mrs.F. to hold her reply until I have been able to resolve the problem as to whether or not a continuation of pursuing our cases through your Commission would amount to a duplication of efforts between the Commission and our Berlin lawyer, as expressed in my letter of today in my own case, G 1045.

At your option, I'll be glad to keep Mrs. F. informed when I receive your reply.

Very truly yours,

To:
Foreign Claims Settlement
Commission of the U.S.
Washington,DC 20579

COPY

ANSWER TO: JAN 11, 79 Letter From FCSC

Foreign Claims Settlement Commission
Washington, DC 20579

Elkins Park, Pa. 19117
March 19,1979

Re Claims G 1045 and G -1314

Gentlemen:

Thank you for your letter of 2/28.

To be perfectly frank, I am thoroughly puzzled, and here is why.

According to a press report, the German Bundesverwaltungsgericht decided on 11/27/78 to eliminate the stoppage that was imposed as result of Public Law 94-542; this stoppage was at least with reference to pending applications, such as ours.

The successor to our Berlin lawyer has submitted for signature,x) and received, new powers-of-attorney to take up the matter again where, as I understand it, it was interrupted by 94-542. He has given me the impression that we are back to the status quo ante 94-542.

His predecessor has, over the years, submitted all available documents to the Bezirksamt Zehlendorf von Berlin which still seems to be in possession of the entire file.

As I have mentioned before, we never were sure whether or not a re-application to your Commission was necessary, given the provisions on nationality of the damaged parties at the time of confiscation, and our notification took place so that we would be covered if it should be required in spite of the antecedents in Berlin. This was suggested in the press as a precaution.

If my initially given interpretation of the more recent press report is correct, and if the report is based on facts, my assumption would be that further use of your services beyond that decision of 11/27/78 would amount to a duplication of efforts, parallel with those of the Berlin lawyer.

For myself as well as my sister-in-law, Ilse Voehl Ruppel & my cousin Ann Friedlander (whose Claim G-1295 closely resembles ours), I should greatly appreciate your clarification of this matter.

In order to simplify the correspondence back and forth, I am enclosing a note re Claim G-1295, Ann Friedlaender, for that particular file.

Thank you for your cooperation this far and anticipating with great interest your clarification of my above problem

Very truly yours,

(Jack A. Ruppel)

encl:

x) So far, at least, to my sister-in-law + myself

Jack

P.S.: Your Reply For All of US

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

April 10, 1979

Mr. Jack Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re: Claim No. G-1045

Dear Mr. Ruppel:

We acknowledge receipt of your letter of March 19, 1979.

Hopefully, this letter will clarify the matter concerning the processing of your claim before the Equalizations of Burdens Office and before this Commission.

In 1964, the Government of the Federal Republic of Germany enacted a law to provide a record of people who had suffered a loss that occurred in the GDR. No funds were appropriated at that time to pay compensation for the losses determined. In 1969, appropriations were made for the payment of claims. The West German statute which authorized their program stated that persons who received compensation from other sources, for the same loss, must return the compensation received from the Equalization of Burdens Office.

Upon the passage by the U.S. Congress of Public Law 94-542, to determine the validity and amounts of claims of U.S. nationals against the GDR for losses occurring in East Berlin or East Germany, the Bundesaugleichsamt suspended the processing of claims held by U.S. nationals. Their rationale was that payment by the Federal Republic and by the United States for the same property would constitute double payment for one loss. The action of the Bundesaugleichsamt was challenged in the West German courts. Late last year, the Supreme Court of the Federal Republic held that the suspension by the Bundesaugleichsamt of processing of claims held by U.S. national was in violation of law and ordered processing to continue.

What you should bear in mind is that the Equalization of Burdens law is not related to or depended upon Public Law 94-542. Moreover, the work or the Equalization of Burdens Office and that of the Foreign Claims Settlement Commission is seperate and distinct. It is possible that you may be

granted an award by both offices. To receive an award from the Commission, you must submit the evidence suggested in the Commisison letter of January 11, 1979.

If you have any questions concerning the matter, please feel free to clal me at (202) 653-5883.

Very truly yours,

Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Division

cc: Mrs. Ilse V. Ruppel
Mrs. Ann L. Friedlander

RICHARD S. SCHWEIKER
PENNSYLVANIA

COMMITTEES:
APPROPRIATIONS
LABOR AND PUBLIC WELFARE
SELECT COMMITTEE ON
NUTRITION AND HUMAN NEEDS
TECHNOLOGY ASSESSMENT BOARD

United States Senate
WASHINGTON, D.C. 20510

FEB 8 1978

To: Mr. Jack A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

From: Dick Schweiker RSS
U. S. Senator

Enclosed is the reply I received to the inquiry I made in your behalf.

Because I have always felt constituents should be able to view their Senator as someone to whom they can turn at no cost for help, I was pleased you gave me this chance to try.

Should you feel there is anything further I can do, I hope you will not hesitate to let me know.

RSS:ci

DEPARTMENT OF STATE

Washington, D.C. 20520

February 2, 1978

Dear Senator Schweiker:

I am responding to your referral to the Department of State of a letter from your constituent, Jack A. Ruppel, regarding the suspension of restitution payments by the Federal Government of Germany to American citizens for damages incurred by them in Central Germany and East Berlin.

The Department is concerned about the hardships and inequities suffered by a number of American citizens such as your constituent as a result of the German Government's suspension of these restitution proceedings. Our Embassy in Bonn has been in consultation with the Federal Government on this matter. As a result of those consultations, the Foreign Claims Settlement Commission and the Department are currently coordinating our efforts to resolve this difficulty on a government-to-government level. We are hopeful that arrangements with the Federal Republic of Germany can be worked out in the near future which will result in the resumption of these restitution payments to American citizens.

For further information concerning this matter, please call Julia W. Willis in the Office of the Legal Adviser on 632-2559.

Sincerely,

Douglas J. Bennet

Douglas J. Bennet, Jr.
Assistant Secretary
for Congressional Relations

The Honorable
Richard S. Schweiker,
United States Senate.

FCSC FORM 542
(4-77)

OMB No. 91 R0034

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION OF THE UNITED STATES
Washington, D.C. 20579

CLAIM NO.

G- 1045

(DO NOT WRITE IN THIS SPACE)

STATEMENT OF CLAIM

NOTE: In order to assist the Foreign Claims Settlement Commission in fairly deciding your claim as quickly as possible, you must CAREFULLY and THOROUGHLY complete this form. BEFORE starting this form, PLEASE READ the accompanying *Information and Instruction* sheet.

Send *one* copy of the completed form to the Commission, retain the other copy for your files.

To avoid mistakes by the Commission in understanding your answers, please TYPE or PRINT clearly!

1. Name of claimant RUPPEL (Last) JACK (First) Adolf (Middle)

2. Other names used Joachim Ruppel

3. Address of claimant 7753B (No.) Washington Lane (Street)
Elkins Park (City) PA. (State) 19117 (ZIP) (215) 884-6407 (Phone)

4. Name and address of attorney (if any) (**Note:** *Attorney must be licensed to practice in a State or Territory of the United States or the District of Columbia.*)

(No attorney in US - however, all claims are represented in Germany by (Name)
Dr. Kurt Landsberger & Hans-Joachim Horn, Schluesterstr.53 1000 Berlin 12 (No.) (Street)
They, however, are n o t licensed in the US and are purely in charge in (City) (State) (ZIP) (Phone)
the now suspended claim before German authorities.

5. **SUMMARY OF LOSSES CLAIMED**

Land	$
Buildings	$
Personal property (furniture, household goods, etc.)	$
Interests in business enterprises (shares, participations, etc.)	$
Other	$
TOTAL AMOUNT CLAIMED	$

NOTE: These are estimates, as explained in the enclosure (Please refer to encl.)
I am trying to obtain addtl. information from our Berlin lawyers.

6. If evidence of claimant's United States nationality has ever been filed with Foreign Claims Settlement Commission give claim number: --

7. If evidence of claimant's United States citizenship has not been filed previously with the Commission and claimant is an individual, indicate how United States citizenship was acquired (check one), and submit supporting documentary evidence.

- ☐ Birth . . . . Date ______ Place ______
- ☒ Naturalization . Date 7/9/43 Place Fayetteville, NC Cert. No. 582543[illegible]
- ☐ Marriage . . . Date ______ Name of spouse ______
- ☐ Through parents Date ______ Name of parent(s) ______

Form DSP-13 attached

8. If claimant is a corporation or other legal entity, state under what laws it was organized and give the percentage of ownership held by United States citizens: -- (Where organized or incorporated) (Percent of U.S. ownership)

9. Has claimant ever lost his United States citizenship? NO (Yes or No). If Yes, attach a statement of the circumstances, reasons, and present status.

10. Has claimant or any relative of claimant filed or asserted any claim relating to all or some of the subject matter of this claim with the Foreign Claims Settlement Commission under the War Claim's Act of 1948 *or* with any other agency of the United States *or* with any foreign government? If the answer is Yes, give details including claim numbers, if known, and the full name of the person who filed the claim.

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin, Abteilung Finanzen - Ausgleichsamt -
Az1.282 A 10/EF 4241 BF USA by Dr. Landsberger & Horn, Berlin (see #4)
approximately in December, 1972. | Properties A - D also originally claimed in 1948 - Pres. of Thuringia, Presidial Div.
Referat für Wiedergutmachung, AZ IA 37 - 7932; believed without practical consequences. Remaining props. claimed 12/1/52, but taken back 8/8/57
(Entschaedigungsamt Berlin, Reg.No.71[illegible]) This reported for completeness.

11. In the spaces indicated below, give a description and the exact location of *each* item of real estate (land and/or buildings) for which you make claim.

On the lines following the description and location answer the following questions as to *each* piece of property: (*a*) date the property was taken; (*b*) circumstances under which the property was taken including the law or decree, if known; (*c*) name and nationality of the owner of the property at the time it was taken; (*d*) how the property was acquired by the owner; (*e*) how the present claimant acquired the right to claim for the loss; (*f*) name, address and nationality of anyone other than claimant who may have an interest in this claim; (*g*) the value of the property at the time it was taken and explain how you arrived at that value; (*h*) any additional information which would help the Commission decide this claim.

(If claim is made for more than four pieces of real property, provide the identical information for each on a separate sheet of paper.)

2) Sorry about transposition. Claims A + B were erroneously put on next page.

Description of Property: (C) Land containing former China Factory, plus Railroad siding . 1 bldg.with 5 floors, one with 4 fl., one with three floors, 2 with one. One janitor's residence -2 floors; 2 sheds. Basements for storage.

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): Gotha-Siebleben, Nützlebenweg suburb of Gotha/Thuringia

Answers to questions (*a*)–(*h*) above: a) 10/31/38 about 20% of area, including buildings b) Sold under duress "in the interest of the NS Reichsnährstand" (to create grain storage for the NS Nutrition Guild) .
c) Three heirs of Julius Simson, Gotha:(see f) d. inheritance after mother, Margarete Ruppel, née Simson e. by inheritance.
f) ~~Original heirs:~~ Margarete Ruppel, who became US citizen (was German in 1938) and lived in Elkins Park, Pa. as well as Syracuse, NY.
Curt J. Simson, German at the time; later U.S. citizen, living in New York City (both now deceased) and
Gertrud Hess, also German at the time, later British subject, now living at 101, Westbury Rd., Northwood, Mddx. (Heirs to Margarete Ruppel besides myself: Dr. Kenneth Ruppel, now also deceased. His heir: Ilse Voehl Ruppel ,US citizen, born in Germany, now at 423 Buffington Rd., Syracuse, NY 13224
Heir to Curt J.Simson: Mrs. Edward Friedlaender, 140 Van Cortlandt Ave. West, Bronx, NY 10463
f) Gertrud Hess in Britain, Ilse Voehl Ruppel in Syracuse, Mrs. E.Friedlaender [illegible]
g) "educated guess : RM 350.000.- (purely a guess, based on my recollection of buildings and area (425,4 ar, approx. 11.7 acres). Probably on conservative side.

Description of Property: (D) Property with former China factory. Old factory, on valuable city grounds. (The production had been transferred to factory C), above) .There also was a residence on the premises. Both properties were somewhat neglected and very picturesque at time of loss.

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): Stein[illegible] [illegible]allee 4 Gotha/Thuringia

Answers to questions (*a*)–(*h*) above: a) 8/20/35. b) sold under duress to Gothaer Wohnhausbau- und Grundstücksgesellschaft mbH, Gotha (a parently a realty firm)
c) through f) : as above, for Property C)
g) estimate RM ~~80.000.-~~ 100.000.- (price received under duress was RM 56,000.- Tax Value: RM 58.000?) I am not too well versed in the proportion of taxable vs. real value at the time, but it seems likely that the payment was not more than about 50% of the real value, under the circumstances.

On all properties claimed, we have not been able to find any official documents, due to the conditions prevailing after the war when claims were first submitted.

This particular property, D) was declared "Property of the People" in 1948, according to reports received.

1).

Description of Property: A) Residence : 2 private apts. first-floor chauffeur's apt. added emergency housing (post-WWI) on top floor. Total: 4 apts., 28 rooms . Garage in basement. Elevator, etc.

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): Friedrichstr.19 (now: Karl Marx-Str.19) City of Gotha/Thuringia (now DDR)

Answers to questions (*a*)–(*h*) above: a) 3/30/39 b) forced sale to National Socialist Fliegerkorps,Berlin c) three heirs of Julius Simson,Gotha (see f.)
d).inheritance after my mother,Margarete Ruppel née Simson e)by inheritance
f)original heirs: Margarete Ruppel,who became US citizen and lived in Elkins Pk, Pa., Curt J.Simson,who also became US citizen & lived in NYC (both now deceased) and Mrs. Gertrud Hess, now a British subject, residing at101,Westbury Rd. Northwood,Mddx. (England)
g. Restitution for 1/3 of the property, made in 1976, to the best of my knowledge, was DM 12.450-(plus interest of 4%pa. starting 1/53). This was paid to Mrs. Hess in England (see f)

The 2 other heirs of my grandfather Julius Simson have received their share on this property. Payment to us was pending, delayed by a change in heirs,caused by the death of my brother and co-heir,Dr.Kenneth W.Ruppel, of Syracuse, and by proceedings to withhold a sum pre-paid, in the eyes of the German authorities, to our mother, which our mother,however, never seemed to have received before she emigrated. This sum has been set at RM 40.000– (DM 4.000–)

Description of Property: B) Garden area, connected with Property A) above, same address. Total area for A) and B) 24.65 ~~xxx~~ ar, or approx..60 acre

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): same as A)

Answers to questions (*a*)–(*h*) above: a)10/1/39
b) sold under duress to Gothaer Lebensversicherungsbank a.G.(life ins. co).
c) same as for A) above –
d) through f) same as A).
g) Restitution as per g). above , under the same date, was DM 1350.-,plus interest.

Continued on separate sheet

~~Properties A & B also originally claimed in 1948 [illegible] of Thuringia,Presidial Div. [illegible] political con- [illegible] This reported for completeness.~~

~~Referat für Wiedergutmachung [illegible] (Entschädigungsamt Berlin,Reg.No.72298)~~

12. List below any other property such as personal property, shares of stock, securities or any other type of property for which you make a claim. Give complete information concerning its ownership, circumstances and date it was taken and value at the time it was taken.

E) Medical Instruments and Library, Appliances etc., taken from clinic, Friedrichstr.7, Gotha.

a) in 1936 b) taken illegally by Dr. Peter Loose who had rented the clinic including use of the instruments etc. and who decided it was in the spirit of the times to just take all these things along when he broke his contract and moved into a house he had obtained at a distress sale by the family of a Jewish lawyer who had been expelled by the NS hordes.

c) through f) - same as for D), above

g) Estimate : RM 3.000.- (Ophthalmological instrumentarium needed for diagnosis, treatment, and surgery. Operation table, furniture to contain instrumentarium, highly specailized library of up-to-date as well as books of historical ophthalmological interest, etc.)

F) Checking Account with Deutsche Bank, Gotha/Thur. Branch.

a) 9/17/42

b) confiscated by Internal Revenue as Jewish property. The total account was RM 49,008.- according to letter from Bank Branch dated 4/21/47. RM 40.000.- of this amount were liquidated in a real estate transaction (involving a Berlin property n o t involved in any of these claims), so that the actual lose came to RM 9.008.-

c) through f) : same as above

g) RM 9.008.-

NOTE: All obtainable means of proof are before the Wiedergutmachungsamt Berlin (as given in Point 10 of this Form. -December 1972 application which superseded the partial claim of 12/1/52 as well as that of 1948 in Thuringia, both also reported in Point 10).

13. Was the property damaged during World War II? ______ (Yes or No). If Yes, to what extent had the damage been repaired at the date of loss and at whose expense? All transactions pre-dated World War II, so that there was no war damage at the time.

14. Apart from this claim, has claimant or any predecessor in interest received, or has he any reason to expect to receive, any benefits, pecuniary or otherwise, on account of the loss resulting from the action for which this claim is filed? No (Yes or No). If answer is Yes, explain on a separate sheet. Two of the co-heirs after Julius Simson have been reimbursed for properties A + B, as noted. The share of Margarete Ruppel has not yet received anything. So, for my part, the answer is "No".

NOTE: The information contained in this form may be subject to disclosure under the Freedom of Information Act (Public Law 93-502). Your signature acknowledges that you are aware that such disclosure may be made, and further authorizes the Commission and its staff to conduct such investigation as may be required to adjudicate your claim.

(*For use by individual claimant.*) The undersigned states that he has read the foregoing Statement of Claim and knows the contents thereof and the same is true to the best of his knowledge and belief.

Dated March 2, 1978 Jack Adolf Ruppel
(*Signature of claimant listed on first page*)

______
(*Signatures of any additional claimants*)

(*For use in the case of a corporate or other entity claimant.*) The undersigned states that he is the ______ (*Title or Office*) of the claimant herein; that he is duly authorized to sign and file this claim and on behalf of the claimant; that he has read the foregoing Statement of Claim and each statement and exhibit attached thereto and knows the contents thereof; that the same is true to his own knowledge, except as to matters therein stated to be alleged on information and belief, and that as to those matters he believes them to be true.

Dated ______, 197__ ______
(*Signature*)

SEAL (*If any; if none, so state.*) none

BE SURE TO ATTACH ANY DOCUMENTS IN SUPPORT OF YOUR CLAIM!

NOTE: Each document in a foreign language *must* be accompanied by a verified English translation.

U.S. GOVERNMENT PRINTING OFFICE : 1977—O-232-455

FCSC FORM 542
(4-77)

OMB No. 91 R0034

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION OF THE UNITED STATES

Washington, D.C. 20579

CLAIM NO.

G- 1045

(DO NOT WRITE IN THIS SPACE)

STATEMENT OF CLAIM

NOTE: In order to assist the Foreign Claims Settlement Commission in fairly deciding your claim as quickly as possible, you must CAREFULLY and THOROUGHLY complete this form. BEFORE starting this form, PLEASE READ the accompanying *Information and Instruction* sheet.

Send *one* copy of the completed form to the Commission, retain the other copy for your files.

To avoid mistakes by the Commission in understanding your answers, please TYPE or PRINT clearly!

1. Name of claimant RUPPEL (Last) JACK (First) Adolf (Middle)

2. Other names used Joachim Ruppel

3. Address of claimant 7753B (No.) Washington Lane (Street)
Elkins Park (City) PA. (State) 19117 (ZIP) 215, 881-6407 (Phone)

4. Name and address of attorney (if any) (**Note:** *Attorney must be licensed to practice in a State or Territory of the United States or the District of Columbia.*)

(No attorney in US -however, all claims are represented in Germany by (Name)
Dr. Kurt Landsberger & Hans-Joachim Horn, Schlueterstr.52 1000 Berlin 12 (No.) (Street)
They, however, are n o t licensed in the US and are purely in charge in the now suspended claim before German authorities. (City) (State) (ZIP) (Phone)

5. SUMMARY OF LOSSES CLAIMED

Land	$
Buildings	$
Personal property (furniture, household goods, etc.)	$
Interests in business enterprises (shares, participations, etc.)	$
Other	$
TOTAL AMOUNT CLAIMED	$

DM 17.005.03

NOTE: These are estimates, as ~~explained in the enclosure~~. (Please refer to encl.
I am trying to obtain accurate information from our Berlin lawyers

6. If evidence of claimant's United States nationality has ever been filed with Foreign Claims Settlement Commission give claim number: --

7. If evidence of claimant's United States citizenship has not been filed previously with the Commission and claimant is an individual, indicate how United States citizenship was acquired (check one), and submit supporting documentary evidence.

- ☐ Birth . . . . Date ______ Place ______
- ☒ Naturalization . Date 7/9/43 Place Fayetteville,NC Cert. No. 5826438
- ☐ Marriage . . . Date ______ Name of spouse ______
- ☐ Through parents Date ______ Name of parent(s) ______

Form ISP-13 attached

8. If claimant is a corporation or other legal entity, state under what laws it was organized and give the percentage of ownership held by United States citizens: -- (Where organized or incorporated) (Percent of U.S. ownership)

9. Has claimant ever lost his United States citizenship? NO (Yes or No). If Yes, attach a statement of the circumstances, reasons, and present status.

10. Has claimant or any relative of claimant filed or asserted any claim relating to all or some of the subject matter of this claim with the Foreign Claims Settlement Commission under the War Claim's Act of 1948 *or* with any other agency of the United States *or* with any foreign government? If the answer is Yes, give details including claim numbers, if known, and the full name of the person who filed the claim.

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin,Abteilung Finanzen -Ausgleichsamt -
Agl.282 A 10/EF 4241 EF USA by Dr.Landsberger & Horn, Berlin (see #4)
approximately in December, 1972 Properties A-D also originally claimed in 1948 -
Pres of Thuringia, Presidial Div Referat für Wiedergutmachung, AZ 1A 37??932; believed without practical consequences. Remaining props. claimed 12/1/52, but taken back 8/8/57 (Entschädigungsamt Bln, Reg. No. 74298). This report for complete

11. In the spaces indicated below, give a description and the exact location of *each* item of real estate (land and/or buildings) for which you make claim.

On the lines following the description and location answer the following questions as to *each* piece of property: (*a*) date the property was taken; (*b*) circumstances under which the property was taken including the law or decree, if known; (*c*) name and nationality of the owner of the property at the time it was taken; (*d*) how the property was acquired by the owner; (*e*) how the present claimant acquired the right to claim for the loss; (*f*) name, address and nationality of anyone other than claimant who may have an interest in this claim; (*g*) the value of the property at the time it was taken and explain how you arrived at that value; (*h*) any additional information which would help the Commission decide this claim.

(*If claim is made for more than four pieces of real property, provide the identical information for each on a separate sheet of paper.*)

2) Sorry about transposition. Claims A + B were erroneously put on next page.

Description of Property: C) Land containing former China Factory, plus Railroad siding . 1 bldg.with 5 floors, one with 4 fl., one with three floors, 2 with one. One janitor's residence -2 floors; 2 sheds. Basements for storage.

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): Gotha-Siebleben, Hützleberg suburb of Gotha/Thuringia

Answers to questions (*a*)–(*h*) above: a) 10/31/38 about 20% of area, including buildings ~~sold under duress~~ b) Sold under duress "in the interest of the NS Reichsnährstand" (to create grain storage for the NS Nutrition Guild) .

c) Three heirs of Julius Simson, Gotha: (see f) d. inheritance after mother, Margarete Ruppel, née Simson e. by inheritance.

f) Original heirs: Margarete Ruppel, who became US citizen (was German in 1939) and lived in Elkins Park, Pa. as well as Syracuse, NY.

Curt J. Simson, German at the time; later U.S. citizen, living in New York City (both now deceased) and

Gertrud Hess, also German at the time, later British subject, now living at 101, Westbury Rd., Northwood, Mddx. (Heirs to Margarete Ruppel besides myself: Dr. Kenneth Ruppel, now also deceased. His heir: Ilse Voehl Ruppel, US citizen, born in Germany, now at 423 Buffington Rd., Syracuse, NY 13224

Heir to Curt J. Simson: Mrs. Edward Friedlaender, 140 Van Cortlandt Ave. West, Bronx, NY 10463

f) Gertrud Hess in Britain, Ilse Voehl Ruppel in Syracuse, Mrs. E. Friedlaender NYC

g) "educated guess : RM 300.000.- (purely a guess, based on my recollection of buildings and area (485,4 ar, approx. 11.7 acres). Probably on conservative side.

Description of Property: D) Property with former China factory. Old factory, on valuable city grounds. (The production had been transferred to factory C), above) .There also was a residence on the premises. Both properties were somewhat neglected and very picturesque at time of loss.

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): Steinmühlenallee 4 Gotha/Thuringia

Answers to questions (*a*)–(*h*) above: a) 8/20/35. b) sold under duress to Gothaer Wohnhausbau- und Grundstücksgesellschaft mbH, Gotha (apparently a realty firm)

e) through f) : as above, for Property C)

g) estimate RM ~~[illegible]~~ 100.000.- (price ~~[illegible]~~ received under duress was RM 56,000.- Tax Value: RM58.000) I am not too well versed in the proportion of taxable vs. real value at the time, but it seems likely that the payment was not more than about 50% of the real value, under the circumstances.

On all properties claimed, we have not been able to find any official documents, due to the conditions prevailing after the war when claims were first submitted.

This particular property, D) was declared "Property of the People" in 1948, according to reports received.

1).

Description of Property: A) Residence : 2 private apts. first-floor chauffeur's apt. added emergency housing (post-WWI) on top floor. Total: 4 apts., 28 rooms . Garage in basement. Elevator, etc.

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): Friedrichstr.19 (now: Karl Marx-Str.19) City of Gotha/Thuringia (now DDR)

Answers to questions (a)-(h) above: a) 3/30/39 b) forced sale to National Socialist Fliegerkorps,Berlin c) three heirs of Julius Simson,Gotha (see f.)
d).inheritance after my mother,Margarete Ruppel née Simson e)by inheritance
f)original heirs: Margarete Ruppel,who became US citizen and lived in Elkins Park, Pa., Curt J.Simson,who also became US citizen & lived in NYC (both now deceased) and Mrs. Gertrud Hess, now a British subject, residing at101,Westbury Rd. Northwood,Middx. (England)
g. Restitution for 1/3 of the property, made in 1976, to the best of my knowledge, was DM 12.450-(plus interest of 4%pa. starting 1/53)' This was paid to Mrs. Hess in England (see f)

The 2 other heirs of my grandfather Julius Simson have received their share on this property. Payment to us was pending, delayed by a change in heirs,caused by the death of my brother and co-heir,Dr.Kenneth W.Ruppel, of Syracuse, and by proceedings to withhold a sum pre-paid, in the eyes of the German authorities. to our mother, which our mother,however, never seemed to have received before she emigrated. This sum is now given as RM 40.000- (DM 4.000-)

Description of Property: B) Garden area, connected with Property A) above, same address. Total area for A) and B) 24.65 ar, or approx..60 acre

Exact Location of Property (Street, number, town, district, etc.): same as A)

Answers to questions (a)-(h) above: a)10/4/39
b) sold under duress to Gothaer Lebensversicherungsbank a.G.(life ins. co).
c) same as for A) above
d) through f) same as A).
g) Restitution as per g). above , under the same date, was DM 1350.- plus interest.

continued on separate sheet

12. List below any other property such as personal property, shares of stock, securities or any other type of property for which you make a claim. Give complete information concerning its ownership, circumstances and date it was taken and value at the time it was taken.

13. Was the property damaged during World War II? ________ (Yes or No). If Yes, to what extent had the damage been repaired at the date of loss and at whose expense?

14. Apart from this claim, has claimant or any predecessor in interest received, or has he any reason to expect to receive, any benefits, pecuniary or otherwise, on account of the loss resulting from the action for which this claim is filed? ________ (Yes or No). If answer is Yes, explain on a separate sheet. Two of the co-heirs after Julius Simson have been reimbursed for properties A+B, as noted. The heirs of Margarete Ruppel have not received anything. So, for my part, the answer is "No".

NOTE: The information contained in this form may be subject to disclosure under the Freedom of Information Act (Public Law 93-502). Your signature acknowledges that you are aware that such disclosure may be made, and further authorizes the Commission and its staff to conduct such investigation as may be required to adjudicate your claim.

(*For use by individual claimant.*) The undersigned states that he has read the foregoing Statement of Claim and knows the contents thereof and the same is true to the best of his knowledge and belief.

Dated ________, 197__ ________
(*Signature of claimant listed on first page*)

____
(*Signatures of any additional claimants*)

(*For use in the case of a corporate or other entity claimant.*) The undersigned states that he is the ________ (*Title or Office*) of the claimant herein; that he is duly authorized to sign and file this claim and on behalf of the claimant; that he has read the foregoing Statement of Claim and each statement and exhibit attached thereto and knows the contents thereof; that the same is true to his own knowledge, except as to matters therein stated to be alleged on information and belief, and that as to those matters he believes them to be true.

Dated ________, 197__ ________
(*Signature*)

SEAL (*If any; if none, so state.*)

BE SURE TO ATTACH ANY DOCUMENTS IN SUPPORT OF YOUR CLAIM!

NOTE: Each document in a foreign language *must* be accompanied by a verified English translation.

U.S. GOVERNMENT PRINTING OFFICE : 1977—O-232-455

CLAIMS AGAINST THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

TEXT OF TITLE VI OF THE INTERNATIONAL CLAIMS SETTLEMENT ACT OF 1949 AS AMENDED BY PUBLIC LAW 94–542 APPROVED OCTOBER 18, 1976

REGULATIONS OF THE FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION GOVERNING THE RECEIPT AND SETTLEMENT OF CLAIMS UNDER THE INTERNATIONAL CLAIMS SETTLEMENT ACT OF 1949, AS AMENDED

PUBLIC NOTICE OF DATE FOR FILING CLAIMS AGAINST THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

Foreign Claims Settlement Commission of the United States
Washington, D.C. 20579
May 16, 1977

Public Law 94-542
94th Congress

An Act

To amend the International Claims Settlement Act of 1949 to provide for the determination of the validity and amounts of claims of nationals of the United States against the German Democratic Republic.

Oct. 18, 1976
[S. 3621]

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, That the International Claims Settlement Act of 1949, as amended, is amended by adding at the end thereof the following new title:

International Claims Settlement Act 1949, amendments.

"TITLE VI

"PURPOSE OF TITLE

"SEC. 600. It is the purpose of this title to provide for the determination of the validity and amounts of outstanding claims against the German Democratic Republic which arose out of the nationalization, expropriation, or other taking of (or special measures directed against) property interests of nationals of the United States. This title shall not be construed as authorizing or as any intention to authorize an appropriation by the United States for the purpose of paying such claims.

22 USC 1644.

"DEFINITIONS

"SEC. 601. As used in this title—

22 USC 1644a.

"(1) The term 'national of the United States' means—

"(a) a natural person who is a citizen of the United States:

"(b) a corporation or other legal entity which is organized under the laws of the United States or of any State, the District of Columbia, or the Commonwealth of Puerto Rico, if natural persons who are citizens of the United States own, directly or indirectly, 50 per centum or more of the outstanding capital stock or other beneficial interest of such corporation or entity. The term does not include aliens.

"(2) The term 'Commission' means the Foreign Claims Settlement Commission of the United States.

"(3) The term 'property' means any property, right, or interest, including any leasehold interest, and debts owed by enterprises which have been nationalized, expropriated, or taken by the German Democratic Republic for which no restoration or no adequate compensation has been made to the former owners of such property.

"(4) The term 'German Democratic Republic' includes the government of any political subdivision, agency, or instrumentality thereof or under its control.

"(5) The term 'Claims Fund' is the special fund established in the Treasury of the United States composed of such sums as may be paid to the United States by the German Democratic Republic pursuant to the terms of any agreement settling such claims that may be entered into by the Governments of the United States and the German Democratic Republic.

"RECEIPT AND DETERMINATION OF CLAIMS

22 USC 1644b.

"SEC. 602. The Commission shall receive and determine in accordance with applicable substantive law, including international law, the validity and amounts of claims by nationals of the United States against the German Democratic Republic for losses arising as a result of the nationalization, expropriation, or other taking of (or special measures directed against) property, including any rights or interests therein, owned wholly or partially, directly or indirectly, at the time by nationals of the United States whether such losses occurred in the German Democratic Republic or in East Berlin. Such claims must be submitted to the Commission within the period specified by the Commission by notice published in the Federal Register (which period shall not be more than twelve months after such publication) within sixty days after the enactment of this title or of legislation making appropriations to the Commission for payment of administrative expenses incurred in carrying out its functions under this title, whichever date is later.

Notice: publication in Federal Register.

"OWNERSHIP OF CLAIMS

22 USC 1644c.

"SEC. 603. A claim shall not be favorably considered under section 602 of this title unless the property right on which it is based was owned, wholly or partially, directly or indirectly, by a national of the United States on the date of loss and if favorably considered, the claim shall be considered only if it has been held by one or more nationals of the United States continuously from the date that the loss occurred until the date of filing with the Commission.

"CORPORATE CLAIMS

22 USC 1644d.

"SEC. 605. (a) A claim under section 602 of this title based upon an ownership interest in any corporation, association, or other entity which is a national of the United States, shall not be considered. A claim under section 602 of this title based upon a debt or other obligation owing by any corporation, association, or other entity organized under the laws of the United States, or of any State, the District of Columbia, or the Commonwealth of Puerto Rico shall be considered only when such debt or other obligation is a charge on property which has been nationalized, expropriated, or taken by the German Democratic Republic.

"(b) A claim under section 602 of this title based upon a direct ownership interest in a corporation, association, or other entity for loss, shall be considered subject to the provisions of this title, if such corporation, association or other entity on the date of the loss was not a national of the United States, without regard to the per centum of ownership vested in the claimant.

"(c) A claim under section 602 of this title for losses based upon an indirect ownership interest in a corporation, association, or other entity, shall be considered, subject to the other provisions of this title, only if at least 25 per centum of the entire ownership interest thereof, at the time of such loss, was vested in nationals of the United States.

"(d) The amount of any claim covered by subsections (b) or (c) of this section shall be calculated on the basis of the total loss suffered by such corporation, association, or other entity, and shall bear the same proportion to such loss as the ownership interest of the claimant at the time of loss bears to the entire ownership interest thereof.

"OFFSETS

22 USC 1644e.

"SEC. 605. In determining the amount of any claim, the Commission shall deduct all amounts the claimant has received from any source on account of the same loss or losses, including any amount claimant received under section 202(a) of the War Claims Act of 1948, as amended, for losses which occurred as a direct consequence of special measures directed against such property in any area covered under this title.

50 USC app. 2017a.

"CONSOLIDATED AWARDS

22 USC 1644f.

"SEC. 606. With respect to any claim under section 602 of this title which, at the time of the award, is vested in persons other than the person by whom the original loss was sustained, the Commission shall issue a consolidated award in favor of all claimants then entitled thereto, which award shall indicate the respective interests of such claimants therein, and all such claimants shall participate, in proportion to their indicated interests, in any payments that may be made under this title in all respects as if the award had been in favor of a single person.

"CLAIMS FUND

Establishment. 22 USC 1644g.

"SEC. 607. (a) The Secretary of the Treasury is hereby authorized to establish in the Treasury of the United States a fund to be designated the Claims Fund as defined under section 601 (5) for the payment of unsatisfied claims of nationals of the United

States against the German Democratic Republic as authorized in this title.

"(b) The Secretary of the Treasury shall deduct from any amounts covered into the Claims Fund, an amount equal to 5 per centum thereof as reimbursement to the Government of the United States for expenses incurred by the Commission and by the Treasury Department in the administration of this title. The amounts so deducted shall be covered into the Treasury to the credit of miscellaneous receipts.

"AWARD PAYMENT PROCEDURES

22 USC 1644h.

"SEC. 608. (a) The Commission shall certify to the Secretary of Treasury, in terms of United States currency, each award made pursuant to section 602 of this title.

"(b) Upon certification of such award, the Secretary of the Treasury is authorized and directed, out of the sums covered into the Claims Fund, to make payments on account of such awards as follows, and in the following order of priority:

"(1) payment in full of the principal amount of each award of $1,000 or less;

"(2) payment in the amount of $1,000 on account of the principal amount of each award of more than $1,000 in principal amount;

"(3) thereafter, payments from time to time, in ratable proportions, on account of the unpaid balance of the principal amounts of all awards according to the proportions which the unpaid balance of such awards bear to the total amount in the fund available for distribution at the time such payments are made;

"(4) after such payment has been made in full of the principal amounts of all awards, pro rata payments may be made on account of any interest that may be allowed on such awards;

"(5) payments or applications for payments shall be made in accordance with such regulations as the Secretary of the Treasury may prescribe.

"SETTLEMENT PERIOD

22 USC 1644i.

"SEC. 609. The Commission shall complete its affairs in connection with the settlement of claims pursuant to this title not later than three years following the final date for the filing of claims as provided in section 602 of this title.

"TRANSFER OF RECORDS

22 USC 1644j.

"SEC. 610. The Secretary of State is authorized and directed to transfer or otherwise make available to the Commission such rec-

ords and documents relating to claims authorized by this title as may be required by the Commission in carrying out its functions under this title.

"APPROPRIATIONS

22 USC 1644k.

"SEC. 611. There are hereby authorized to be appropriated such sums as may be necessary to enable the Commission and the Treasury Department of pay their respective administrative expenses incurred in carrying out their functions under this title.

"FEES FOR SERVICES

22 USC 1644l.

"SEC. 612. No remuneration on account of services rendered on behalf of any claimant, in connection with any claim filed with the Commission under this title, shall exceed 10 per centum of the total amount paid pursuant to any award certified under the provisions of this title on account of such claims. Any agreement to the contrary shall be unlawful and void. Whoever, in the United States or elsewhere demands or receives, on account of services so rendered, any remuneration in excess of the maximum permitted by this section shall be guilty of a misdemeanor, and, upon conviction thereof, shall be fined not more than $5,000 or imprisoned not more than twelve months, or both.

"APPLICATIONS OF OTHER LAWS

22 USC 1644m.

22 USC 1623, 1626.

"SEC. 613. To the extent they are not inconsistent with the provisions of this title, the following provisions of title I of the Act shall be applicable to this title: subsections (b) (c), (d), (e), (h), and (j) of section 4; subsections (c), (d),(e), and (f) of section 7.

"SEPARABILITY

22 USC 1644 note.

"SEC. 614. If any provisions of this Act or the application thereof to any person or circumstances shall be held invalid, the remainder of the Act or the application of such provision to other persons or circumstances shall not be affected.

"PROTESTS

22 USC 1623 note.
50 USC app. 2017i, 2017j.
50 USC app. 2001 note.
5 USC app. II, 22 USC 1622 note.

"SEC. 615. Notwithstanding the provision of sections 210 and 211 of the War Claims Act of 1948 (Act of July 3, 1948), as amended by Public Law 87-846, the Foreign Claims Settlement Commission established by Reorganization Plan No. 1 of 1954 (68 Stat. 1279) is authorized and directed to receive and consider protests relating to awards made by the Commission during the ten calendar days immediately preceding the expiration of the

Commission's mandate to make such awards on May 17, 1967. Any such protests must be filed within ninety days after notice of the enactment of this provision is filed with and published in the Federal Rgistger, which shall take place within thirty days of enactment. Such protests may include the submission of new evidence not previously before the Commission, and shall be acted upon within thirty days after receipt by the Commission. The Commission may modify awards made during the subject period in accordance with the procedures established by the War Claims Act of 1948, and any increases in awards determined to be appropriated by the Commission shall be certified to and paid by the Secretary of the Treasury out of funds which are now or may hereafter become available in the War Claims Fund in accordance with section 213 of the Act.".

Notice; publication in Federal Register.

50 USC app. 2001 note.

50 USC app. 2017l.

Approved October 18, 1976.

LEGISLATIVE HISTORY:

SENATE REPORT No. 94-1188 (Comm. on Foreign Relations).
CONGRESSIONAL RECORD, Vol. 122 (1976):
Sept. 17, considered and passed Senate.
Sept. 30, considered and passed House.

REGULATIONS GOVERNING THE RECEIPT AND SETTLEMENT OF CLAIMS UNDER THE INTERNATIONAL CLAIMS SETTLEMENT ACT OF 1949, AS AMENDED [1]

Code of Federal Regulations

TITLE 45—PUBLIC WELFARE

Chapter V—Foreign Claims Settlement Commission of the United States

Subchapter A—Rules of Practice

PART 500—APPEARANCE AND PRACTICE BEFORE THE COMMISSION

AUTHORITY: § § 500.1 to 500.7 issued under sec. 2, 62 Stat. 1240, as amended, sec. 3, 64 Stat. 13, as amended; 50 U.S.C. App. 2001, 22 U.S.C 1622.

§ 500.1 Appearance and practice.

(a) An individual may appear in his own behalf; a member of a partnership may represent the partnership; a bona fide officer of a corporation, trust or association may represent the corporation, trust, or association; any officer or employee of the United States Department of Justice, when designated by the Attorney General of the United States, may represent the United States in a claim proceeding.

(b) A person may be represented by an attorney at law admitted to practice in any State or Territory of the United States, or the District of Columbia. With respect to Philippine war damage claims under the provisions of Public Law 87-616 (76 Stat. 411), a person may also be represented by an attorney at law in good standing with the Philippine Bar Association or the Philippine Supreme Court. However, such attorney may be required to furnish a certificate to this effect.

[1] Including amendments pertaining thereto through Nov. 15, 1974.

(c) In cases falling within the purview of Subchapter B of this chapter, persons designated by veterans' service, and other organizations to appear before the Commission in a representative capacity on behalf of claimants shall be deemed duly authorized to practice before the Commission when the designating organization shall have been issued a letter of accreditation by the Commission. Petitions for accreditation shall be in writing, executed by duly authorized officer or officers, addressed to the Foreign Claims Settlement Commission of the United States, Washington, D.C. Upon receipt of a petition setting forth pertinent facts as to the organization's history, purpose, number of posts or chapters and their locations, approximate number of paid-up membership, statements that the organization will not charge any fee for services rendered by its designees in behalf of claimants and that it will not refuse on the grounds of non-membership to represent any claimant who applies for such representation if he has an apparently valid claim, accompanied by a copy of the organization's constitution or charter, bylaws, and its latest financial statement, the Commission in its discretion will consider and in appropriate cases issue or deny letters of accreditation.

(d) A person may not be represented before the Commission except as authorized in paragraph (a), (b) or (c) of this section.

§ 500.2 Notice of entry or withdrawal of counsel in claims.

(a) Counsel entering an appearance in a claim originally filed by claimant in his own behalf or requesting a substitution of attorneys, and counsel filing a claim on behalf of a claimant under Public Law 87–616, shall be required to file an authorization by claimant.

(b) When counsel seeks to withdraw from the prosecution of a claim, it must appear that he had duly notified his client (claimant).

(c) When a claimant advises the Commission that counsel no longer represents him, a copy of the Commission's acknowledgement shall be forwarded to such counsel.

§ 500.3 Fees.

(a) No remuneration on account of services rendered or to be rendered to or on behalf of any claimant in connection with any claim falling with the purview of Subchapter B and Subchapter F of this chapter shall exceed ten per centum of the amount allowed on account of such claim, except that the Commission in its discretion may fix a lesser per centum with respect to any claim filed thereunder.

(b) The total remuneration on account of services rendered or to be rendered to or on behalf of any claimant in connection with any claim falling within the purview of Title III of the Act [2] shall not exceed ten per centum of the total amount paid on account of such claim, except that the Commission may upon petition, as prescribed in § 500.4, in its discretion enter an order authorizing such remuneration in an amount which exceeds the maximum otherwise permitted.

(c) The total remuneration on account of services rendered or to be rendered to or on behalf of any claimant in connection with any claim falling within Title I, Title IV, or Title VI of the International Claims Settlement Act shall not exceed ten per centum of the total amount paid on account of such claim.

(d) No remuneration on account of any services rendered on behalf of any claimant in connection with any claim filed with the Commission under Title V of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended (claims against the Government of Cuba and the Chinese Communist regime), shall exceed 10 per centum of so much of the total amount of such claim, as determined by the Commission under Title V of the Act, as does not exceed $20,000, plus 5 percentum of so much of such amount, if any, as exceeds $20,000.

(e) The total remuneration on account of services rendered or to be rendered to or on behalf of any applicant in connection with any application filed under Public Law 87–616 (76 Stat. 411) shall not exceed five per centum of the amount paid by the Commission on account of such application.

§ 500.4 Petitions for additional remuneration pursuant to section 317(b) of Title III of the Act.[4]

A petition under section 317(b) of the Act for an order authorizing the payment of remuneration in excess of the maximum prescribed by section 317(a) of the Act shall be in writing and verified by the petitioner. It shall include (a) a fully itemized statement of all services at any time rendered by the petitioner on behalf of the claimant in connection with the claim with respect to which the petition is filed, whether rendered before or after the filing of the claim with the Commission, (b) a statement of all remuneration theretofore received by the petitioner on account of such services, and (c) an itemized statement to the best of petitioner's knowledge, information and belief, of all services theretofore at any time rendered by any other person or persons on behalf of the claimant in connection with such claim and of all remuneration paid on account of such other services; shall state in detail such special circumstances of unusual hardship as, in the opinion of the petitioner, justify payment in excess of the maximum remuneration otherwise permitted by Section 317(a); shall be accompanied, as exhibits, by all documents including agreements relating to remuneration, available to petitioner evidencing the allegations of his petition; and shall state the total amount of remuneration which it is believed should be authorized.

§ 500.5 Order allowing fees in excess of ten per centum of amount paid on account of claims under Title III of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended.

The Commission may, upon the petition described in § 500.4 and

[4] Refers to the International Claims Settlement Act of 1949, as amended.

supporting affidavit, after consultation with the claimant and consideration of the evidence, in its sole discretion, upon a finding that there exist special circumstances of unusual hardship which require the payment of a fee in excess of the maximum amount otherwise allowable, issue an order authorizing such excess, the said order to specify the amount of such excess.

§ 500.6 Suspension of attorneys.

(a) The Commission may disqualify, or deny, temporarily or permanently, the privilege of appearing or practicing before it in any way to any person who is found after a hearing in the matter—

(1) Not to possess the requisite qualifications to represent others before the Commission; or

(2) To be lacking in character or integrity or to have engaged in unethical or improper professional conduct; or

(3) To have violated sections 10 and 214 of the War Claims Act of 1948, as amended, or sections 4(f), 317(a), 414, and 512 of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended, or § 500.3 of Part 500 of the regulations.

(b) Contemptuous or contumacious conduct at any hearing shall be ground for exclusion from said hearing and for summary suspension without a hearing for the duration of the hearing.

§ 500.7 Restrictions on former employees.

(a) No former officer or employee of the executive branch of the United States Government, of any independent agency of the United States, or of the District of Columbia, shall act in any way as agent or attorney for anyone other than the United States in connection with any matter before the Commission if he participated in the matter personally and substantially through decision, approval, disapproval, recommendation, the rendering of advice, investigation, or otherwise, while so employed.

(b) No former officer or employee of the executive branch of the United States Government, of any independent agency of the United States, or of the District of Columbia, shall, for a period of one year following such service, appear personally before the Commission as agent or attorney for anyone other than the United States with respect to a matter which was within the boundaries of his official responsibility during the last year of his service as an officer or employee of the Government.

PART 501—SUBPOENAS, DEPOSITIONS, AND OATHS

AUTHORITY: § § 501.1 to 501.7 issued under sec. 2, 62 Stat. 1240, as amended, sec. 3, 64 Stat. 13, as amended; 50 U.S.C. App. 2001, 22 U.S.C. 1622.

§ 501.1 Extent of authority.

(a) Subpoenas, oaths and affirmations. The Commission or any member thereof may issue subpoenas, administer oaths and affirmations, take affidavits, conduct investigations and examine witnesses in connection with any hearing, examination, or investigation within its jurisdiction.

(b) Certification. The Commission or any member thereof may, for the purpose of any such hearing, examination, or investigation certify the correctness of any papers, documents, and other matters pertaining to the administration of any laws relating to the functions of the Commission.

§ 501.2 Subpoenas.

(a) Issuance. A member of the Commission or a designated employee may, on his own volition or upon written application by any party and upon a showing of general relevance and reasonable scope of the evidence sought, issue subpoenas requiring persons to appear and testify or to appear and produce documents. Applications for the issuance of subpoenas duces tecum shall specify the books, records, correspondence, or other documents sought. The subpoena shall show on its face the name and address of the party at whose request the subpoena was issued.

(b) Deposit for costs. The Commission or designated employees, before issuing any subpoena in response to any application by an interested party, may require a deposit in an amount adequate to cover the fees and mileage involved.

(c) Motion to quash. If any person subpoenaed does not intend to comply with the subpoena, he shall, within 15 days after the date of service of the subpoena upon him, petition in writing to quash the subpoena. The basis for the motion must be stated in detail. Any party desiring to file an answer to a motion to quash must file such answer not later than 15 days after the filing of the motion. The Commission shall rule on the motion to quash, duly recognizing any answer thereto filed. The motion, answer, and any ruling thereon shall become part of the official record.

(d) Appeal from interlocutory order. An appeal may be taken to the Commission by the interested parties from the denial of a motion to quash or from the refusal to issue a subpoena for the production of documentary evidence.

(e) Order of court upon failure to comply. Upon the failure or refusal of any person to comply with a subpoena, the Commission may invoke the aid of the United States District Court within the jurisdiction of which the hearing, examination or investigation is being conducted, or wherein such person resides or transacts business. Such court, pursuant to the provisions of Public Law 696, 81st Congress, approved August 16, 1950, 50 U.S.C. App. 2001(d), may issue an order requring such person to appear at the designated place of hearing, examination or investigation, then and there to

give or produce testimony or documentary evidence concerning the matter in question. Any failure to obey such an order may be punished by the court as a contempt thereof. All processes in any such case may be served in the judicial district wherein such person resides or transacts business or wherever such person may be found.

§ 501.3 Service of Process.

(a) By whom served. The Commission shall serve all orders, notices and other papers issued by it, together with any other papers which it is required by law to serve.

(b) Kinds of service. Subpoenas, orders, rulings, and other processes of the Commission may be served by delivering in person, by first class or registered mail, or by telegraph or by publications.

(c) Personal service. Service by delivering in person may be accomplished by:

(1) Delivering a copy of the document to the person to be served, to a member of the partnership to be served, to an executive officer, or a director of the corporation to be served or to a person competent to accept service; or

(2) By leaving a copy thereof at the residence, principal office or place of business of such person, partnership, or corporation.

(3) Proof of service. The return receipt for said order, other process or supporting papers, or the verification by the person serving, setting forth the manner of said service, shall be proof of the service of the document.

(4) Service upon attorney or agent. When any party has appeared by an authorized attorney or agent, service upon such attorney or agent shall be deemed service upon the party.

(d) Service by first class mail. Service by first class mail shall be regarded as complete, upon deposit in the United States mail properly stamped and addressed.

(e) Service by registered mail. Service by registered mail shall be regarded as complete on the date the return post office registered receipt for said orders, notices and other papers, is received by the Commission.

(f) Service by telegraph. Service by telegraph shall be regarded as complete when deposited with a telegraph company properly addressed and with charges prepaid.

(g) Service by publication. Service by publication is complete when due notice shall have been given in the publication for the time and in the manner provided by law or rule.

(h) Date of service. The date of service shall be the day upon which the document is deposited in the United States mail or delivered in person, as the case may be.

(i) Filing with Commission. Papers required to be filed with the agency shall be deemed filed upon actual receipt by the Commission accompanied by proof of service upon parties required to be served. Upon such actual receipt the filing shall be deemed complete as of the date of deposit in the mail or with the telegraph company as provided in paragraphs (e) and (f) of this section.

§ 501.4 Witnesses.

(a) Examination of witnesses. Witnesses shall appear in person and be examined orally under oath, except that for good cause shown, testimony may be taken by deposition.

(b) Witness fees and mileage. Witnesses summoned by the Commission on its own behalf or on behalf of a claimant or interested party shall be paid the same fees and mileage that are allowed and paid witnesses in the District Courts of the United States. Witness fees and mileage shall be paid by the Commission or by the party at whose request the witness appears.

(c) Transcript of testimony. Every person required to attend and testify or to submit documents or other evidence shall be entitled to retain or, on payment of prescribed costs, procure a copy or transcript of his testimony or the documents produced.

§ 501.5 Depositions.

(a) Application to take. (1) An application to take a deposition shall be in writing setting forth the reason why such deposition should be taken, the name and address of the witness, the matters concerning which it is expected the witness will testify, and the time and place proposed for the taking of the deposition, together with the name and address of the person before whom it is desired that the deposition be taken. If such deposition is being offered in connection with a hearing or examination, the application for deposition shall be made to the Commission at least 15 days prior to the proposed date of such hearing or examination.

(2) Application to take a deposition may be made during a hearing or examination, or subsequent to a hearing or examination only where it is shown for good cause that such testimony is essential and that the facts as set forth in the application to take the deposition were not within the knowledge of the person signing the application prior to the time of the hearing or examination.

(3) The Commission or its representative shall, upon receipt of the application and a showing of good cause, make and cause to be served upon the parties an order which will specify the name of the witness whose deposition is to be taken, the time, the place, and where practicable the designation of the officer before whom the witness is to testify. Such officer may or may not be the one specified in the application. The order shall be served upon all parties at least 10 days prior to the date of the taking of the deposition.

(b) Who may take. Such a deposition may be taken before the designated officer or, if none is designated, before any officer authorized to administer oaths by the laws of the United States. If the examination is held in a foreign country, it may be taken before a secretary of an embassy or legation, consul general, consul, vice consul, or consular agent of the United States.

(c) Examination and certification of testimony. At the time and place specified in said order the officer taking such deposition shall permit the witness to be examined and cross examined under oath by all parties appearing, and his testimony shall be reduced to writ-

ing by, or under the direction of, the presiding officer. All objections to questions or evidence shall be deemed waived unless made in accordance with paragraph (d) of this section. The officer shall not have power to rule upon any objections but he shall note them upon the deposition. The testimony shall be subscribed by the witness in the presence of the officer who shall attach his certificate stating that the witness was duly sworn by him, that the deposition is a true record of the testimony and exhibits given by the witness and that said officer is not counsel or attorney to any of the interested parties. The officer shall immediately seal and deliver an original and two copies of said transcript, together with his certificate, by registered mail to the Foreign Claims Settlement Commission, Washington, D.C. 20579, or to the field office designated.

(d) Admissibility in evidence. The deposition shall be admissible in evidence, subject to such objections to the questions and answers as were noted at the time of taking the deposition, or within ten (10) days after the return thereof, and would be valid were the witness personally present at the hearing.

(e) Errors and irregularities. All errors or irregularities occurring shall be deemed waived unless a motion to suppress the deposition or some part thereof is made with reasonable promptness after such defect is, or with due diligence might have been, ascertained.

(f) Scope of use. The deposition of a witness, if relevant, may be used if the Commission finds: (1) That the witness has died since the deposition was taken; or (2) that the witness is beyond a distance greater than 100 miles radius of Washington, D.C., the designated field office or the designated place of the hearing; or (3) that the witness is unable to attend because of other good cause shown.

(g) Interrogatories and cross-interrogations. Depositions may also be taken and submitted on written interrogatories in substantially the same manner as depositions taken by oral examinations. When a deposition is taken upon interrogatories and cross-interrogatories, none of the parties shall be present or represented, and no person, other than the witness, and his representative or attorney, a stenographic reporter and the presiding officer, shall be present at the examination of the witness, which fact shall be certified by such officer, who shall propound the interrogatories and cross-interrogatories to the witness in their order and reduce the testimony to writing in the witness' own words.

(h) Fees. A witness whose deposition is taken pursuant to the regulations in this part and the officer taking the deposition, shall be entitled to the same fees and mileage allowed and paid for like service in the United States District Court for the district in which the deposition is taken. Such fees shall be paid by the Commission or by the party at whose request the deposition is being taken.

§ 501.6 Documentary evidence.

Documentary evidence may consist of books, records, correspondence or other documents pertinent to any hearing, examination, or investigation within the jurisdiction of the Commission. The

application for the issuance of subpoenas duces tecum shall specify the books, records, correspondence or other documents sought. The production of documentary evidence shall not be required at any place other than the witness' place of business. The production of such documents shall not be required at any place if, prior to the return date specified in the subpoena, such person either has furnished the issuer of the subpoena with a properly certified copy of such documents or has entered into a stipulation as to the information contained in such documents.

§ 501.7 Time.

(a) Computation. In computing any period of time prescribed or allowed by the regulations by order of the Commission, or by any applicable statute, the day of the act, event, or default after which the designated period of time begins to run is not to be included. The last day of the period so computed is to be included, unless it is a Saturday, Sunday or legal holiday, in which event the period runs until the end of the next day which is neither a Saturday, Sunday nor a holiday. When the period of time prescribed or allowed is less than 7 days, intermediate Saturdays, Sundays and holidays shall be excluded in the computation.

(b) Enlargement. When by the regulations in this chapter or by a notice given thereunder or by order of the Commission an act is required or allowed to be done at or within a specific time, the Commission for good cause shown may, at any time in its discretion (1) with or without motion or notice, previous order or (2) upon motion permit the act to be done after the expiration of the specified period.

Subchapter C—Receipt, Administration and Payment of Claims Under the International Claims Settlement Act of 1949, as amended

Part 531—Filing Of Claims and Procedures Therefor

Sec.

Authority: § § 531.1 to 531.7 issued under sec. 3, 64 Stat. 13, as amended; 22 U.S.C. 1622.

§ 531.1 Time for filing.

(a) Claims under Title III of the Act shall be filed with Commission on or before September 30, 1956, except that claims pursuant to section 305 (Soviet claims) shall be filed on or before March 31, 1956.

(b) Claims under Title IV (Czechoslovakian claims) of the Act shall be filed with the Commission on or before September 15, 1959.

(c) Claims under Title I of the Act (Polish claims) shall be filed with the Commission on or before March 31, 1962.

(d) Claims under Title V of the Act (Cuban claims) shall be filed with the Commission on or before May 1, 1967.

(e) Claims under Title I of the Act pursuant to the Yugoslav Claims Agreement of November 5, 1964, shall be filed with the Commission on or before January 15, 1968.

(f) Claims under Title V of the Act against the Chinese Communist regime shall be filed with the Commission on or before July 6, 1969.

(g) Claims against the Governments of Bulgaria, Rumania, and Italy, in accordance with the Bulgarian Claims Agreement of July 2, 1963, the Rumanian Claims Agreement of March 30, 1960, and subsections (b) and (c) of section 304, Title III of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended by Public Law 90-421, respectively, must be filed with the Commission, on or before June 30, 1970.

(h) Claims against the Government of Hungary, in accordance with the Hungarian Claims Agreement of March 6, 1973, subsection (5) of section 303, and claims referred to under subsection (d) of section 306, Title III of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended by Public Law 93-460, approved October 20, 1974, must be filed with the Commission on or before May 15, 1975.

(i) Claims under Title VI of the Act against the German Democratic Republic shall be filed on or before May 16, 1978.

§ 531.2 Form, content and filing of claims.

(a) Claims shall be filed on official forms provided by the Commission upon request in writing addressed to the Commission at its principal office at Washington, D.C., shall include all of the information called for in the appropriate form indicated below, and shall be completed and signed in accordance with the instructions accompanying the form.

(b) FCSC Form 285—Statement of Claim Against the Government of (Bulgaria, Hungary, Rumania, Italy, Soviet Union).

(c) FCSC Form 604—Claim against the Government of Czechoslovakia.

(d) FCSC Form 709—Claim against the Government of the Polish People's Republic.

(e) FCSC Form 666—Claims against the Government of Cuba.

(f) FCSC Form 701—Claims against the Government of Yugoslavia under the Yugoslav Claims Agreement of November 5, 1964.

(g) FCSC Form 780—Claims against the Chinese Communist regime.

(h) FCSC Form 285—Statement of Claim against the Government of (Bulgaria, Rumania, and Italy under the Title III of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended by Public Law 90-421, approved July 24, 1968; and Hungary in accordance with the Hungarian Claims Agreement of March 6, 1973, subsection (5) of section 303 and subsection (d) of section 306, Title III of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended by Public Law 93-460, approved October 20, 1974).

(i) FCSC Form 542—Statement of Claim against the German Democratic Republic.

(j) Notice to the Foreign Claims Settlement Commission, the Department of State, or any other governmental office or agency, prior to the enactment of the statute authorizing a claims program or the effective date of a lump-sum claims settlement agreement, or an intention to file a claim against a foreign country, shall not be considered as a timely filing of a claim under the statute or agreement.

(k) Any initial written indication of an intention to file a claim received within 30 days prior to the expiration of the filing period thereof shall be considered as a timely filing of a claim if formalized within 30 days after the expiration of the filing period.

§ 531.3 Exhibits and documents in support of claim.

(a) If available, all exhibits and documents shall be filed with and at the same time as the claim, and shall, wherever possible, be in the form of original documents, or copies of originals certified as such by their public or other official custodian.

(b) Documents in foreign language. Each copy of a document, exhibit or paper filed, which is written or printed in a language other than English, shall be accompanied by an English translation thereof duly verified under oath by its translator to be a true and accurate translation thereof, together with the name and adress of the translator.

(c) Preparation of papers. All claims, briefs, and memoranda filed shall be typewritten or printed and, if typewritten, shall be on legal size paper.

§ 531.4 Acknowledgment and numbering.

The Commission will acknowledge the receipt of a claim in writing and will notify the claimant of the claim number assigned to it, which number shall be used on all further correspondence and papers filed with regard to the claim.

§ 531.5 Procedure for determination of claims.

(a) The Commission may on its own motion order a hearing upon any claim, specifying the questions to which the hearing shall be limited.

(b) Without previous hearing, the Commission may issue a proposed decision in determination of a claim.

(c) Such proposed decision shall be delivered to the claimant or his attorney of record in person or by mail. Delivery by mail shall be deemed completed 5 days after the mailing of such proposed decision addressed to the last known address of the claimant or his attorney of record. One copy of the proposed decision shall be avail-

able for public inspection at the office of the Commission. Notice of proposed decision shall be posted on the bulletin board at the office of the Commission on the day of its issuance and for 20 days thereafter.

(d) It shall be the policy of the Commission to post on said bulletin board other information of general interest to the claimants before the Commission.

(e) Where such proposed decision denies the claim in whole or in part, claimant may within 15 days of service thereof file objection to such denial assigning the errors relied upon, with accompanying brief in support thereof, and may request a hearing on the claim, specifying whether for the taking of evidence or only for the hearing of oral argument upon the errors assigned.

(f) Public notice shall be promptly posted on said bulletin board of the filing of any objection to, or request for a hearing on any proposed decision.

(g) Upon the expiration of 30 days after such service or receipt of notice, if no objection under this section has in the meantime been filed, such proposed decision shall, without further order or decision of the Commission, become the Commission's final determination and decision on the claim.

(h) If any such objections have in the meantime been filed, but no hearing requested, the Commission may, after due consideration thereof, (1) issue its final decision affirming or modifying its proposed decision, (2) issue a further proposed decision, or (3) on its own motion order hearing thereon, indicating whether for the taking of evidence on specified questions or only for the hearing of oral argument.

(i) After the conclusion of a hearing, upon the expiration of any time allowed by the Commission for further submissions, the Commission may proceed to final decision and determination of the claim.

(j) (1) In case an individual claimant dies prior to the issuance of a final decision his legal representative shall be substituted as party claimant. However, upon failure to comply with the foregoing, the Commission may issue its decision in the name of the estate and, in case of an award, certify the award to the Secretary of the Treasury for payment, if the payment of such award is provided for by statute.

(2) Notice of the Commission's action under this subparagraph shall be forwarded to the claimant's attorney of record, or if claimant is not represented by an attorney, such notice shall be addressed to the estate of the claimant at the last known place of residence.

(3) The term "legal representative" as applied in the subparagraph means, in general, the administrator or executor, heir(s), next of kin, or descendant(s).

(k) After the date of filing with the Commission no claim shall be amended to reflect the assignment thereof by the claimant to any other person or entity except as otherwise provided by statute.

(l) At any time after a final decision has been issued on a claim, or a proposed decision has become the final decision on a claim, but not later than 60 days before the completion date of the Commission's affairs in connection with the program under which such claim is filed, a petition to reopen on the ground of newly discovered evidence may be filed. No such petition shall be entertained unless it appears therein that the newly discovered evidence came to the knowledge of the party filing the petition subsequent to the date of issuance of the final decision or the date on which the proposed decision became the final decision; that it was not for want of due diligence that such evidence did not come sooner to his knowledge; and that the evidence is material, and not merely cumulative, and the reconsideration of the matter on the basis of such evidence would produce a different decision. Such petition shall include a statement of the facts which the petitioner expects to prove, the name and address of each witness, the identity of documents, and the reasons for failure to make earlier submission of the evidence.

§ 531.6 Hearings.

(a) Hearings, whether upon the Commission's own motion or upon request of claimant, shall be held upon not less than fifteen days' notice of the time and place thereof.

(b) Such hearings shall be open to the public unless otherwise requested by claimant and ordered by the Commission.

(c) Such hearings shall be conducted by the Commission, its designee or designees. Oral testimony and documentary evidence, including depositions that may have been taken as provided by statute and the rules of practice, may be offered in evidence on claimant's behalf or by counsel for the Commission designated by it to represent the public interest opposed to the allowance of any unjust or unfounded claim or portion thereof; and either may cross-examine as to evidence offered through witnesses on behalf of the other. Objections to the admission of any such evidence shall be ruled upon by the presiding officer.

(d) The claimant shall be the moving party, and shall have the burden of proof on all issues involved in the determination of his claim.

(e) Hearings may be stenographically reported either at the request of the claimant or upon the discretion of the Commission. Claimants making such a request shall notify the Commission at the least ten (10) days prior to the hearing date. When a stenographic record of a hearing is ordered at the claimant's request, the cost of such reporting and transcription may be charged to him.

§ 531.7 Presettlement conference.

The Commission on its own initiative or upon the application of a claimant for good cause shown, may direct that a presettlement conference be held with respect to any issue involved in a claim.

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION

German Democratic Republic

Deadline for Filing Claim and Completion Date of Program

AGENCY: Foreign Claims Settlement Commission of the United States.

ACTION: Notice.

SUMMARY: Notice of program for claims against the German Democratic Republic, deadline for filing claims and completion date of program, as provided by Pub. L. 94–542.

EFFECTIVE DATE: May 16, 1977.

FOR FURTHER INFORMATION CONTACT:

Wayland D. McClellan, General Counsel, Foreign Claims Settlement Commission, 1111 20th Street, Washington, D.C. 20579, 202/653–6166.

NOTICE OF TIME FOR FILING

Notice is hereby given that pursuant to section 600, Title VI of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended, the Foreign Claims Settlement Commission of the United States will receive at its principal office located at 1111 20th Street, N.W., Washington, D.C. 20579, during the period beginning on the publication of this notice, and ending May 16, 1978, claims against the German Democratic Republic, as authorized by Title VI of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended by Pub. L. 94–542, approved October 18, 1976, (90 Stat. 2509), and in accordance with the Regulations of the Commission made with respect thereto.

Title VI of the International Claims Settlement Act, as amended, provides for the determination of the validity and amounts of outstanding claims against the German Democratic Republic which arose out of the nationalization, expropriation, or other taking of (or special measures directed against) property interests of nationals of the United States, whether such losses occurred in the German Democratic Republic or East Berlin.

Details concerning the filing and claim applications may be obtained by contacting the Office of the General Counsel, Foreign Claims Settlement Commission, Washington, D.C. 20579, 202/653–6166.

Dated: May 11, 1967.

WAYLAND D. MCCLELLAN,
General Counsel.

[FR Doc. 77–13842 Filed 5–13–77; 8:45 am]

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION

INFORMATION AND INSTRUCTIONS FOR CLAIMANTS UNDER PUBLIC LAW 94-542

Public Law 94-542 authorizes the Foreign Claims Settlement Commission to receive and adjudicate certain claims for losses of property which has been nationalized, expropriated or otherwise taken by the German Democratic Republic (East Germany).

The following information is to help you make such a claim. Please read this information carefully. It will help you properly fill out the claim form and will inform you of additional documents or other evidence you should obtain to successfully pursue your claim.

WHEN AND WHERE TO FILE YOUR CLAIM

The accompanying claim form should be filed as soon as possible. The sooner it is filed, the sooner the Commission can start action on your claim. Additional material may be submitted at a later date if it is not presently available to you. In any event the claim must be filed no later than May 15, 1978! YOU MUST FILE A CLAIM ON THE ENCLOSED FORM EVEN THOUGH YOU HAVE FILED A REGISTRATION OF CLAIM PREVIOUSLY WITH THE COMMISSION. Send your claim to the Foreign Claims Settlement Commission, 1111 20th Street, NW, Washington, D.C. 20579.

WHO IS AN ELIGIBLE CLAIMANT

To be eligible to file a claim, if you are an individual, you must be a United States citizen. For a corporation or other entity to be eligible to file a claim it must be organized under the laws of the United States or of any state, the District of Columbia or Puerto Rico and natural persons who are citizens of the United States must directly or indirectly own 50% or more of the outstanding stock or other beneficial interest of such corporation or entity.

WHAT LOSSES MAY BE CLAIMED

The Law allows consideration of any claims against the German Democratic Republic which arose out of the nationalization, expropriation, or other taking of (or special measures directed against) property interests of nationals of the United States. Property includes any property, right or interest, including a leasehold interest, and debts owed by enterprises which have been nationalized, expropriated or taken by the German Democratic Republic for which no restoration or no adequate compensation has been made to the former owners of the property.

If you are not sure whether your claim falls within this definition, it is advisable to file a claim giving all details so that the Commission can decide whether the claim is compensable under the Act.

OWNERSHIP OF PROPERTY AND CLAIMS

To be compensable, the property interest which has been taken must have been directly or indirectly, in whole or in part, owned by a United States national at the time the property interest was taken and the claim for the loss must have been continuously held by one or more United States nationals from the date the property interest was taken until the date of filing the claim with the Commission.

Therefore, to establish your claim you must show who the owner of the property interest was at the time the property was taken and show that at that time the property was owned directly or indirectly, in whole or in part, by a United States national. You must also provide the name of anyone else who has had an interest in this claim from the time the property was taken until the claim was filed and you must prove the nationality of any such people.

HOW TO PROVE UNITED STATES CITIZENSHIP

There are several ways to establish the fact of United States citizenship of yourself or of another person whose citizenship is important, such as the owner of the property at the time it was taken. If you or such other person has previously filed a claim in another program with this Commission, the fact of citizenship may already have been established. The Commission will check this for you if you will furnish the claim number of the previous claim and the full name of the claimant in that claim.

If such citizenship has not previously been established with the Commission, and you or the person whose citizenship you must establish were born in the United States, forward a copy of the appropriate Birth Certificate. If a Birth Certificate is not available, forward a Baptismal Certificate for consideration by the Commission.

If you or the person whose citizenship you must prove was naturalized as a United States citizen, you should provide the Commission on the appropriate form enclosed, the date, place, and certificate number of such naturalization.

If United States citizenship is claimed through marriage to a United States citizen, or through parents who were United States citizens, forward full details in support of your claim.

HOW TO PROVE OWNERSHIP OF THE PROPERTY

The best evidence of ownership is official government records or recorded deeds showing such registered ownership. If these are not available, submit any secondary evidence such as deeds, wills, leases, receipts for rent, taxes paid, tax bills or affidavits of persons who were in a position to know the facts of ownership. It is very important that you furnish detailed information as to the exact location of the property taken.

HOW TO PROVE THAT PROPERTY HAS BEEN TAKEN

The best evidence to establish the fact and date of taking of the property by the German Democratic Republic, would be official decrees and notices issued by that government. If these are not available, affidavits or even letters from friends or relatives who have personal knowledge of the ownership or use of the property should be submitted. In any event, provide in detail any and all information you have concerning the taking of the property by the Government.

HOW TO ESTABLISH THE VALUE OF PROPERTY

To finally determine your claim, the Commission must be able to establish the value of the property at the time it was taken. In most cases this may be less than the value of such property now. The following suggestions are the type of evidence which will assist in arriving at the value of your property:

assessment or tax records; purchase price, if the property was purchased, and the date such price was paid; appraisals of the property or of similar property located nearby; affidavits of persons who were familiar with your property; in the case of business property, inventories, corporate books, proof of rental income; photographs, if available; and in all cases, a detailed description of your property, including size of any parcel of land, and age, condition and type of buildings or improvements, if any.

PREPARING THE CLAIM FORM

In addition to the directions contained on the enclosed Statement of Claim, PLEASE READ the following explanation BEFORE attempting to fill out the form.

ITEMS 1-4: This information will allow the Commission to communicate with you or your attorney and will assist the Commission in investigating your claim. Please note the following: Give not only your present full name, but any other names you may have used in the past, for any reason, such as having legally changed your name, or having assumed a married name. Be sure to include your ZIP code in your address.

If more than one claimant is filing a claim based on the same property, submit the names and addresses of such other claimants on a separate sheet of paper. Do not try to squeeze more than one claimant's name and address on the first sheet of the claim form.

NOTE: IF YOU SHOULD CHANGE YOUR ADDRESS, BE SURE TO NOTIFY THE COMMISSION.

ITEM 5: The purpose of this Summary of Losses Claimed is to provide the Commission with your best estimate of the amount of your loss, and when compiled with other claims, to give statistical information concerning the total amount being claimed by all claimants filing claims against the German Democratic Republic.

Give as accurate an estimate of the value per category as of the time the property was taken. If after its investigation and review of your claim, the Commission should determine that you are entitled to more than you have estimated, it will not reduce an award because you understated your estimate. On the other hand, a review of all the evidence may convince the Commission that an award should be less than the amount you have estimated.

ITEMS 6-9: This information is very important, as it allows the Commission to determine whether you are entitled to make a claim. If you have previously filed a claim with the Commission in some other claims program, the facts concerning citizenship may already have been established. Furnish the claim number in your answer to item 6 so that the Commission can review the previous claim file.

If your citizenship has not previously been established with the Commission, fill out item 7. See the section on the preceding page concerning proof of citizenship and documents needed.

If you are filing on behalf of a corporation, partnership or other such entity, prepare and attach a statement giving information as to the ownership, date and place of incorporation, and history of any reorganizations or changes in ownership between the time the property was taken and the date of filing the claim.

ITEM 10: You or a relative may previously have filed a claim for the same property with the Foreign Claims Settlement Commission, or with the German

Federal Republic (West Germany). Information in the files of those claims could help establish your claim. Give the claim number, if known, complete name of the person who filed the claim, and the agency with which it was filed.

ITEM 11: Provide for each item of land and buildings the complete information requested. The Commission must have a complete history of ownership and complete information as to the circumstances of the loss, along with a detailed description of the property and information as to value. If there is additional property, use additional sheets of paper giving all the information called for on the form.

ITEM 12: Give full information concerning any other property which was taken including any personal property, securities, or any other property of any type for which you claim. List and describe such property in detail and give complete information concerning ownership, circumstances and date of the loss.

ITEMS 13-14: Describe fully any damage to the property from World War II and any repairs made before the property was taken. Also give the details of any amount of money received or bank accounts established for you or anyone else as compensation for the property taken.

HOW YOUR CLAIM WILL BE HANDLED

After the Foreign Claims Settlement Commission receives your claim form and the documents submitted, they will be reviewed. If additional information is required, the Commission will so inform you. After the Commission completes its review of your material and conducts whatever investigation may be necessary, the Commission will issue a Proposed Decision which will be forwarded to you or your attorney. If you do not object to the Proposed Decision, after thirty days it will become final. If you are not satisfied with the Proposed Decision, you will be given an opportunity to file objections and submit any further evidence you wish to be reviewed by the Commission. You may request an oral hearing before the Commission and furnish, in person or through an attorney, additional documents, testimony or argument. After consideration of such evidence the Commission will issue a Final Decision.

Even though the decision is final, if you thereafter secure new evidence which you feel would cause the Commission to change is Final Decision, you may file a petition to reopen the claim and submit such evidence for consideration by the Commission within a reasonable time prior to the statutory deadline for the completion of the claims program.

PAYMENT OF AWARDS

At the present time the German Democratic Republic has provided no funds to pay the awards made by the Commission. Obtaining funds to make such payment will be the subject of future negotiations between the United States Department of State and the German Democratic Republic.

A copy of Public Law 94-542 and the complete regulations of the Foreign Claims Settlement Commission will be forwarded to you upon request.

Claim No. G-1045 (Date) 4/7/78

(1) X Receipt is acknowledged of your communication of 3/30/78

(2) X and enclosure

(3) ___ If further information or evidence is desirable, you will be advised.

(4) ___ More detailed reply may be made when the submitted material has been analyzed

(5) ___ Please comply with suggestions contained in Commission letter of ______________

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES

FL-68-1

GPO 898.490

The Foreign Claims Settlement Commission is in receipt of your application which has been assigned Claim No. G-1045

Unnecessary correspondence will delay the processing of claims. However, *if you move*, notify this office of your new address.

All correspondence relative to your case should bear the above claim number and be addressed to:

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
WASHINGTON, D.C. 20579

GSA DC 75-10694

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

OFFICIAL BUSINESS

POSTAGE AND FEES PAID
FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION

Mr. Jack A. Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

OFFICIAL BUSINESS

POSTAGE AND FEES PAID
FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION

Mr. Jack Ruppel
7753 B Washington Lane
Elkins Park, PA. 19117

FORM DSP-13 Budget Bureau No. 47 RO 53-4

DEPARTMENT OF STATE
REQUEST FOR CONFIRMATION OF NATURALIZATION

DATE OF THIS APPLICATION
February 17,1978

FOR USE ONLY OF NATURALIZED AMERICAN CITIZENS IN CONNECTION WITH INTERESTS ABROAD

INSTRUCTION - Fill out and transmit the information requested below to the Foreign Claims Settlement Commission. Do not send to any other Agency.

1. NAME OF PERSON TO WHOM NATURALIZATION RECORDS RELATE
Jack Adolf Ruppel

2. PLACE OF BIRTH
Gotha/Germany

3. DATE OF BIRTH
Feb.4,1912

4. OTHER NAMES USED
Joachim Adolf Ruppel

5. PRESENT ADDRESS OF PERSON
7753 Washington Lane,Elkins Pk,PA 19117

6. ADDRESS OF PERSON AT THE TIME RECORD WAS MADE
Fort Bragg,N.C.

7. ALIEN REGISTRATION NO. (if any)
-

8. DATE OF NATURALIZATION
July 9,1943

9. NAME OF COURT
Superior Court of Cumberland Co,NC

10. ADDRESS OF COURT
Fayetteville,NC

11. CERTIFICATE NUMBER OF NATURALIZATION
5826438 (Petition No. M-494)

12. COUNTRY IN WHICH PROPERTY IS LOCATED
Eastern Germany

13. PORT OF ENTRY
New York,NY

14. DATE OF ARRIVAL
February,1938

15. NAME OF SHIP
S S Washington

16. ACCOMPANYING PERSONS
None

17. OFFICIAL TITLE OF PERSON OR AGENCY DESIRING INFORMATION
Foreign Claims Settlement Commission of the United States

18. REMARKS
Please verify date of naturalization

19. NAME OF PERSON REQUESTING INFORMATION
F. T. Masterson

20. PROFESSION OR OCCUPATION
Executive Director, F. C. S. C.

21. COMPLETE ADDRESS
Foreign Claims Settlement Commission
1111 20th Street
Washington D. C. 20579

The information contained in this form is subject to disclosure to the Department of Imigration and Naturalization, the Commissioners and staff of the Foreign Claims Settlement Commission, and to the public if requested pursuant to a valid request under the Freedom of Information Act.

March 2,1978

Question 11 (cont'd)

D) Residence, Clinic, Gardener's House, all on large, parklike property . 2 apts. in 24-room main house.Clinic converted to 2 apts.(13 rms)

Friedrichstr. (now Karl Marx Str.) 7, Gotha/Thür.(Thuringia)

a) Sold to Dr. Karl Grosse, Gotha, in 1936 or 1937, under duress.

c) Mrs. Margaret Ruppel, as heir to Dr.Richard Ruppel. German, later US citizen.

d) through inheritance from husband (children were part heirs at the time).

e) partly (2/8) direct, balance through inheritance from mother.

f. Mrs. Ilse Voehl Ruppel, as heir to her husband.

g. RM 120.000- estimate. I believe to remember being told that the property minus the clinic, which was built by my father, cost RM 100,000.- in 1910. The clinic ~~should have added~~ cost another RM ~~60.000~~ 19.000.- The distress sale price was RM 49.000.-

The house was in the best residential location, immediately adjacent to the old ducal residence; it had previously belonged to the duke's Kammerherr (top executive officer) .

E). Medical instruments and library, taken from Friedrichstr.7,Gotha

a) in 1936

b) taken illegally by Dr. Peter Loose, who had rented the clinic including use of the instruments and books, and who decided it was in the spirit of the times to just remove these things when he reneged on his lease and moved to another house, left behind under duress by another Jewish family, that he had obtained at a distress sale.

c.through f : as above,for D.

g. Estimate: RM 3.000.- (ophthalmological instruments, for examination as well as surgery, steel furniture for the instruments, table for operations, Apparatus for sterilization of instrumente; highly spezialized library of up-to-date as well as books of historical interest,etc.)

F. checking account with theDeutsche Bank, Gotha Branch

a) 9/17/42

b) confiscated by the Internal Revenue. The total amount was RM 49.003.-

There is a sort of justification for retaining RM 40,000.-, ~~but for payment~~ in exchange for an amount received, but the balance of RM 9000 had no justifiable excuse other than the owner was Jewish. (Details are on the file kept in Berlin). There is a reference to the justification for that in my records: "11.Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (Edict #11 of the Law for Citizens dated 11/25/41).

CONTINUATION of Claim, FSC FORM 542
Jack A. RUPPEL, Elkins Park, Pa. 19117
March 2, 1978

G) Residence, Medical Clinic, Gardener's House - all on large, parklike property, with vegetable fields, orchard, deer paddock, etc. Main house with 2 apartments - 24 rooms total, a lso a post WWI apartment for DPs. Clinic at time of sale converted to two apartments with 8 - 10 rooms total.
   a) & b) Sold to Dr. Karl Grosse, Gotha, in 1936 or 1937, under duress.
   c) Mrs. Margarete Ruppel, as heir to Dr. Richard Ruppel. German (later US citizen).
   d) through inheritance
   e) through inheritance
   f) Mrs. Ilse Voehl Ruppel, 423 Buffington Rd., Syracuse, NY 13224 as heir to her husband, Dr. Kenneth W. Ruppel, son of Mrs. Margarete Ruppel
   g) Estimate: RM 119.000.- The property, minus the clinic, was acquired by Dr. Ruppel for RM 100.000.-, in 1910. The cost of building the clinic came to an additional RM 19.000.- The distress sale price to Dr. Grosse was RM 49.000.-

   The property was in the town's best residential location, alongside the old ducal residence; it was bought from the duke's "Kammerherr". Across the Street were formal gardens that formed the entrance to the ducal park which, in turn, connected the old and new ducal residences.

Addendum to Question 5:

The following table seems the easiest way to explain the total estimated and the individual share of each property claimed by me.

Property	Est. total value R M	Est. total (10:1 conversion) D M	Individual share (D M)	Estimated total f. individual share (D M)	
A	....	12.450.-			
	-	4.000.-			
		8.450.-	½	4.225.--	(Bldgs)
B	....	1.350.-	½	675.-	(Land)
C	350.000.-	35.000.-	~~1/6~~ 1/9	~~5.833.-~~ 3.888.-	(Bldgs)
D	100.000.-	10.000.-	1/6	1.666.-	"
E	3.000.-	300.-	½	150.-	(Pers. Prop)
F	9.003.-	900.30	½	450.15	(Chkg. acct)
G	119.000.-	11.900.-	½	5.950.--	

Margarete R's third of total

Total estimate for my share DM ~~18.949.-~~ 17004

These estimates tie in with the various Parts g) of Question 11 of each property, on Form 542. There is, of course, no consideration of the 4% interest paid retroactively heretofore, nor of the duress sales price, if any.

As in all preceeding discussions the base has been either RM or DM, I have carried this method through here. If this should not be acceptable and the Commission wants the applicant to do the converting, please let me know the rate of exchange that is applicable.

G) Residence,Medical Clinic, Gardener's House - all on large, parklike property, with vegetable fields, orchard, deer paddock, etc. Main house with 2 apartments - 24 rooms total, also a post WWI apartment for DPs. Clinic at time of sale converted to two apartments with 8 - 10 rooms total.

a) & b) Sold to Dr. Karl Grosse, Gotha, in 1936 or 1937,under duress.
c) Mrs. Margarete Ruppel, as heir to Dr. Richard Ruppel. German (later US citizen).
d) through inheritance
e) through inheritance
f) Mrs. Ilse Voehl Ruppel, 42? Buffington Rd., Syracuse,NY 13224 as heir to her husband,Dr. Kenneth W. Ruppel, son of Mrs. Margarete Ruppel
g) Estimate: RM 119.000.- The property, minus the clinic, was acquired by Dr. Ruppel for RM 100.000.-, in 1910. The cost of building the clinic came to an additional RM 19.000.- The distress sale price to Dr. Grosse was RM 40.000.-

The property was in the town's best residential location, alongside the old ducal residence; it was bought from the duke's "Kammerherr". Across the Street were formal gardens that formed the entrance to the ducal park which, in turn, connected the old and new ducal residences.

Addendum to Question 5:

The following table seems the easiest way to explain the total estimated and the individual share of each property claimed by me.

Property	Est.total value R M	Est.total (10:1 conversion) D M	Individual share (D M)	Estimated total f.individual share (D M)
A	....	12.450.-		
		- 4.000.-		
		8.450.-	½	4.225.-- (Bldgs)
B	....	1.350.-	½	675.- (Land)
C	350.000.-	35.000.-	1/6 should be 1/9	~~5.833.-~~ 3888.88 (Bldgs)
D	100.000.-	10.000.-	1/6	1.666.- "
E	3.000.-	300.-	½	150.- (Pers.Prop)
F	9.003.-	900.30	½	450.15 (Chkg.acct)
G	119.000.-	11.900.-	½	5.950.--
		Total estimate for my share		DM ~~18.949.-~~ 17004.

These estimates tie in with the various Parts g) of Question 11 of each property, on Form 542. There is, of course, no consideration of the 4% interest paid retroactively heretofore, nor of the duress sales price, if any.

As in all preceeding discussions the base has been either RM or DM, I have carried this method through here. If this should not be acceptable and the Commission wants the applicant to do the converting, please let me know the rate of exchange that is applicable.

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

April 24, 1978

Mr. Jack A. Ruppel
7753 B Washington Lane
Elkings Park, PA 19117

Re: Claim No. G-1045

Dear Mr. Ruppel:

Your letter of April 11, 1978, has been received at the Commission.

In response to your inquiry, you may request the Commission to be allowed to amend your claim at a later date to include whatever additional property interests that may come to mind. I must inform you that "a rent from Germany, based on my work there in 1935/36" is not the type of claim likely to be found compensable by the Commission unless it can be established that the funds were still in existence (in a bank account, for example) at the end of the war and subsequently taken by the GDR. This matter would be considered at the time the Commission reached a decision on your claim, should you decide to include this loss.

Respectfully yours,

John H. Vaughan

John H. Vaughan, Attorney
GDR Claimd Division

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
April 11, 1978

Foreign Claims Settlement
Commission of the U.S.
Washington, DC 20579

Addendum to Claim G-1045

Gentlemen:

In the course of working on your application form, it became clear to me that I should have applied for a rent from Germany, based on my work there in the years 1935/36.

Encouraged by some information from the New York City German Consulate General, I have requested from my Berlin lawyers that they check into the matter.

While I do not see how this would fit in with your work, I nevertheless went to inform you of this matter, in case this should be required under the new regulations.

Due to the nature of the problem, among other things the fact that it would be an open-ended rent, if and when it should be approved, I find myself unable to put even a ball-park estimate on the sum that might be involved.

I will, of course, submit any other information that might be available to me, on request, but I trust this will satisfy any requirement that might be existing under the new East Zone regulations.

The purpose of this, again, is purely to notify you of that added possibility of a claim in case you should need it, in plenty of time before your deadline.

Thank you.

Yours very truly,

(Jack A. Ruppel)

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
3/30/78

Foreign Claims Settlement Commission of the US
Washington, DC 20579

Claim G-1045

Gentlemen:

In preparing a parallel claim for my sister-in-law, I am sorry to say I came across 2 points in my own claim that require clarification by me, a possible omission of vital entries on the back page of my Form 542* and a change of percentage to be used in calculations for Question 5 of that Form.

These two points are covered in the enclosure. I hope this has not caused you any inconvenience.

Thank you.

Sincerely yours,

(Jack A. Ruppel)

encl:

*) my carbon copy of that claim form shows a blank, and, in case that should have happened to the original, too, I am sending along a description of Questions 12ff, for use with the application, if needed.

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
March 30, 1978

Addendum to Application G 1045

JACK A. RUPPEL, ELKINS PARK, PA.

12. Item F. Instruments, Furnish ings, Library of Ophthalmological Practice.

From the Clinic, Friedrichstr.7, Gotha, Thueringen.
Dr. Richard Ruppel's successor, a Dr. Peter Loose, took it upon himself to break the 10-year lease and contract with Dr.Ruppel's widow, and moved from the premises, around 1936, taking with him the instrumentarium, etc. He had bought a house that had belonged to a Jewish lawyer and found it advantageous and, in accordance with the customs of the times, feasible, to break his contract and steal the paraphernalia. Surgical instruments, operating table, sterilization equipment, collections of test lense sets, lamps, magnets, etc. Conservative estimate of value at the time: RM 3.000.-

Item G. Bank account.
Deutsche Bank, Gotha Branch, Gotha, Thüringia

An account of Mrs. Margarete Ruppel in the amount of RM 49.008.- was confiscated on 9/12/42 as Jewish property. RM 40.000.- were applied to a propert transaction. This leaves a balance of RM 9.008.- not accounted for and believed subject to claim.

Co-heiress in these two items is my sister-in-law,
Mrs. Ilse Ruppel,423 Buffington Rd., Syracuse, NY 13224.

13. Loss occurred before WWII.

14. The two other co-heirs after Julius Simson have been reimbursed for properties A) & B) as noted. The heirs of Margarete Ruppel have not received anything so far.

.-.

Correction of error in "Addendum to Qu.5 of enclosure of 2/2/78:

Property C) in Individual Share column should read 1/9 (instead of 1/6), making the estimated total for that item DM 3.888.- (n o t 5.833.-). Consequently, the total estimate is reduced from DM 18.949.- to DM 17.001.15.

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

January 11, 1979

Mr. Jack A. Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re: Claim Nos.
G-1045 &
G-1314, Ilse V. Ruppel

Dear Mr. Ruppel:

In order to establish the manner in which the present right to claim was acquired, please submit a copy of a certificate of heirship or a copy of the will of your mother as admitted to probate. If these are not available, please complete the enclosed affidavit of inheritance and return it to the Commission.

It is requested that you obtain and submit evidence to establish the date and manner of the taking of your property by the GDR. Examples of such evidence might be a copy of a governmental decree affecting the property, an extract from the land records showing a transfer to the GDR or one of its agencies, notification from GDR authorities of action taken against the property or any other information you may personally have or may have received from third parties that might help to show the date and manner of the asserted taking. You have indicated that the former China factory located at Steinmuehlenalle 4 in Gotha was declared "People's Property" in 1948. It is suggested that you submit a copy of the evidence on which you base this conclusion.

It appears that the properties claimed under letter "E", medical instruments etc., and "F", checking account with the Deutsche Bank, were taken at a time when they were not owned by a United States national. If this is correct, the Commission would not have authority to grant an award for the loss of these properties. However, if there is a possibility that the loss of these properties may have occurred after they became owned by United States nationals, please notify the Commission.

In order to establish that this claim has been owned by United States nationals from the date of loss to the date of filing with the Commission, it is requested that you complete and return the enclosed DSP-13 concerning the nationality of your mother.

The tone of your letter seems to suggest that your predecessors in interest received at least a portion of the purchase price paid under the duress sales. Please provide us with the amounts received in hand from the sale of each property.

In order to establish the value of the real property claimed, it is suggested that you submit evidence such as tax records, appraisals, a contract of sale showing the purchase price, rental income receipts, or insurance policies upon the property. A detailed description of the property, including photographs, if available, and information concerning the date and type of contruction, size of lot, and type of neighborhood in which the property was located would also be helpful.

We also note that you have failed to sign your claim form. Please sign it and return it to the Commission.

Please note that the Commission's regulations require that any documentation in a foreign language must be submitted with a verified English translation.

As soon as the above suggested evidence is received, it will be reviewed. If additional documentation is required, you will be advised.

Very truly yours,

Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Division

Enclosure

FORM DSP-13 Budget Bureau No. 47 RO 53-4

DEPARTEMENT OF STATE
REQUEST FOR CONFIRMATION OF NATURALIZATION

DATE OF THIS APPLICATION

FOR USE ONLY OF NATURALIZED AMERICAN CITIZENS IN CONNECTION WITH INTERESTS ABROAD

INSTRUCTION - Fill out and transmit the information requested below to the Foreign Claims Settlement Commission. Do not send to any other Agency.

1. NAME OF PERSON TO WHOM NATURALIZATION RECORDS RELATE	2. PLACE OF BIRTH	3. DATE OF BIRTH
4. OTHER NAMES USED	5. PRESENT ADDRESS OF PERSON	
6. ADDRESS OF PERSON AT THE TIME RECORD WAS MADE	7. ALIEN REGISTRATION NO. (if any)	8. DATE OF NATURALIZATION
9. NAME OF COURT	10. ADDRESS OF COURT	
11. CERTIFICATE NUMBER OF NATURALIZATION	12. COUNTRY IN WHICH PROPERTY IS LOCATED	
13. PORT OF ENTRY	14. DATE OF ARRIVAL	

15. NAME OF SHIP

16. ACCOMPANYING PERSONS

17. OFFICIAL TITLE OF PERSON OR AGENCY DESIRING INFORMATION
Foreign Claims Settlement Commission of the United States

18. REMARKS
Please verify date of naturalization

19. NAME OF PERSON REQUESTING INFORMATION	20. PROFESSION OR OCCUPATION
F. T. Masterson	Executive Director, F. C. S. C.

COMPLETE ADDRESS Foreign Claims Settlement Commission
1111 20th Street
Washington, D. C. 20579

The information contained in this form is subject to disclosure to the Immigration and Naturalization Service, the Commissioners and staff of the Foreign Claims Settlement Commission, and to the public if requested pursuant to a valid request under the Freedom of Information Act.

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON D.C. 20579

Claim No. G-__________
(This number will be the same as that assigned to FCSC Form 542)

AFFIDAVIT

State of ____________________)
ss.
County of ____________________)

______________________________, residing at ______________________________

______________________________, being duly sworn deposes and says:

(1) I am the claimant in the above-numbered claim which was filed by me under Public Law 94-542.

(2) I affirm that ____,
formerly of ______________________________________died intestate on or about ____________________ at ______________________________

(3) I am related to the decedent as follows: ______________________________
____

(4) The aforenamed decedent was not survived by a spouse, child (natural or adopted), grandchild, father, mother, grandparent, brother, sister, child of any deceased brother or sister, or any other lawful heir, other than myself and the following:

NAMES OF SURVIVORS (If also deceased, their dates of death)	NATIONALITY OF SURVIVORS	RELATIONSHIP TO DECEASED

(5) To the best of my knowledge and belief, no determination or decision has been made by any court or other tribunal as to the heirs of the above-named decedent.

(6) I am aware that this affidavit is to be considered by the Foreign Claims Settlement Commission of the United States in connection with my aforesaid claim and that any willfully false statement contained herein may subject me to criminal penalties provided by law in such cases.

____

Sworn to before me this __________ day
of ____________________ 19_____

____

Amended FCSC Form 64-14 (1977)

7743 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

January 31, 1979

Foreign Claims Settlement Commission
of the United States
Washington, DC 20579

Gentlemen: Claim # G-1314

Thank you for your letter of 1/11/79, and please excuse my tardiness in answering.

Meanwhile, I've been able to reestablish contact with my Berlin lawyer, or rather his successors, and they have confirmed that the embargo on pending claims has now been lifted.

Our submitting the claims originally was a result of some press release plus the suggestion in your Commission's initial leaflet : "... If you are not sure...it is advisable to file a claim...."

I believe I indicated in the corespondence that my father died in Germany (which occurred in 1931) as did my grandfather (in 1939). My mother was naturalized in 1952, while I became a US citizen in 1943. My one doubt was about the effective date of the various confiscations.

The last paragraph of the first page of your letter dispells my doubts; it seems to be applicable to all other items claimed as well.

It would appear to me that we are back to the status quo, before the embargo by the West German government.

For this reason, I believe there is no need to encumber you any longer with this case, and I think I might keep the Statement of Claim that I had failed to sign, in my file rather than burden you with it any longer. It is, of course, available, in case you should not agree with my above thoughts on the matter.

With my thanks for your assistance

Very truly yours,

(Jack A. Ruppel)

WCAU-TV
CBS Television Stations
A Division of CBS Inc
City Avenue and Monument Road
Philadelphia, Pennsylvania 19131
(215) 839-7000

Dear Mr. Ruppel,

I'm cynical, too, but I would suggest you give arbitration a chance. You could also consider going into the Small Claims Court.

Good Luck. With best regards, I am

Sincerely,

Herbert S. Denenberg
Channel 10 News

J.A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, Penna. 19117

12 November 1975

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
February 5, 1978

Foreign Claims Settlement Commission
Washington,DC 20579

Gentlemen: re:Property Loss in DDR

A recent news item suggests that all claims for restitution on damages incurr d by US citizens in what is now known as DDR are to be re-validated in most cases, regardless of the status of those claims in West Germany.

I am involved in such a claim, filed under BFG with the Ausgleichsamt of the Bezirksamt Zehlendorf, Berlin (Agl.282-A10/EF 4241 BF USA), in December of 1972. The claim was filed in the interest of 3 groups, all heirs to basically the same persons, through a Berlin lawyer (Dr.Kurt Landsberger & Hans-Joachim Horn, 1 Berlin 12 (Charlottenburg), Schlueterstr. 53), and each of the 3 groups had filed the forms described below.

There is an indication in a letter from the Bezirksamt Zehlendorf, dated 10.?.74 that the 3 real property claims had been evaluated (ausgewertet) by that date.The letter indicated they would start with one of those 3 properties for which they required some more detailed information. This was given to them, and 2 of the three groups have since received compensation for this one property. The third group (of which I happen to be a member), had the decision delayed by a legal technicality, which was removed last Fall. However, according to a communication from the West Germ n Authority, all actions on restitution claims connected with the DDR have been temporarily suspended, regardless of status, pending some decision on the whole from Washington.

We have no idea whether or not a re-filing of these claims before your Commission is necessary in our case, but the news item has made us aware of a May 1978 deadline.

All corroborative proof available is, of course, in Berlin with the original claims.

In view of the relative closeness of the deadline (especially considering that some correspondence with Germany might be involved) we would appreciate to hear from you at your very earliest convenience whether or not the case outlined here does require any more action on our part and, if so, what forms would be needed in view of the details given below. If you could supply those forms, I'd request your sending them all to me for distribution among the other parties, in order to conserve time.

Here are the forms submitted so far to Berlin:
2 each cover forms ("Antrag")centered around person who incurred the loss originally,
11 each itemized claims specifying nature of loss("Beiblatt") (3 each plant capital,5 real property,2 each general).
All of them were on BFG forms.

Thank you in anticipation for your prompt assistance
Yours very truly,

(Jack A. Ruppel)

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

February 16, 1978

Mr. Jack A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Dear Mr. Ruppel:

Enclosed please find appropriate claim forms for filing a claim with the Commission under Public Law 94-542. I would suggest that this claim be filed with the Commission, providing us all the details which you have concerning the events relating to your property. You should also provide in the form the number of your claim filed before the West German authorities. Through our office in Munich we will attempt to obtain this information, if necessary, without requiring you to reproduce copies of all documents which you may have forwarded there.

Let me give a brief explanation of the problem which has arisen which affects a number of claimants such as yourself. The West German Government, as you know, has been administering a number of restitution programs. In October 1976 the United States Congress passed a law to allow adjudication of certain claims against the German Democratic Republic by individuals whose property was nationalized, expropriated or taken by the East German Government at a time when it was owned by a United States national. In some cases there is the possibility that some part of a claim filed with the West German Government might be duplicated by a claim before the Commission under Public Law 94-542. For this reason, the West German Government has stopped processing of all their claims where the claimant is now a United States citizen, awaiting a determination that the claim is not duplicated. A number of efforts are under way to attempt to get the West German Government to change this policy. In the meantime, we suggest that anyone in that position do file a claim with the Commission as soon as possible and the Commission will attempt to investigate as expeditiously as possible to be able to come to an official determination either that part of the claim is compensable or a determination that it is not compensable under Public Law 94-542, so that the West Germans can continue processing the claim in West Germany.

Very truly yours,

David H. Rogers, Director
GDR Claims Division

Enclosures

Elkins Park, Pa. 19117
February 17, 1978

Foreign Settlement Commission of the US
Washington,D.C. 20579

Gentlemen: German East Zone Restitution

Thank you for your letter of 2/16/78 and the set of forms it contained.

I'd appreciate it if you would send me another 2 sets of forms, to fill out for my fellow applicants with related claims

In addition, would you please send one copy of Public Law 94-542,as offered in your Instructions.

In view of the advisability of filing as soon as possible - would it help to send you the Statements of Claims without final answers to Point 5 and give you that particular piece of information as soon as I receive it from our Berlin lawyers, who have been handling that aspect. So far, I know the evaluation of only one out of a number of items, as restitution has been made for that one to the other two claimants (while our 1/3 has been suspended for the time being)?

What I mean is -can you start matters going with Statements that leave Question 5 open until further notice? Or, if not - would an "educated guess" do for the time being?

Awaiting your early reply with great interest

Very truly yours,

(Jack A. Kuppel)

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

February 27, 1978

Mr. Jack A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Dear Mr. Ruppel:

Thank you for your letter of February 17, 1978. Enclosed please find additional claim forms plus a copy of Public Law 94-542 and the regulations of the Commission.

I would suggest you file the claim form at this time based upon an "educated guess." You might note on the form that you are securing additional information. Under the Commission's rules we are happy to accept any information a claimant can obtain within a reasonable time.

Very truly yours,

[signature]

David H. Rogers, Director
GDR Claims Division

Enclosures

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

February 28, 1979

Mr. Jack A. Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re: Claim No. G-1045

Dear Mr. Ruppel:

We acknowledge receipt of your communication of January 31, 1979. You have indicated that because of the statements made in the last paragraph on the first page of my letter of January 11, 1979, (a copy of which is enclosed) you do not wish to proceed with your claim. Please be advised that that paragraph refers to only personal property for which you are claiming. Because, these items of personal property are movable and could have been destroyed or otherwise lost during the war, the Commission cannot assume that these items survived to be taken by the German Democratic Republic. However, land is not destructible. Therefore, a claim based upon the loss of land could be found compensable if those elements stated in my communication of January 11, 1979, are established. Therefore, we renew our request for the information outlined in the Commission's letter of January 11, 1979.

Very truly yours,

Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Division

Enclosure

January 11, 1979

Mr. Jack A. Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re: Claim Nos.
G-1045 &
G-1314, Ilse V. Ruppel

Dear Mr. Ruppel:

In order to establish the manner in which the present right to claim was acquired, please submit a copy of a certificate of heirship or a copy of the will of your mother as admitted to probate. If these are not available, please complete the enclosed affidavit of inheritance and return it to the Commission.

It is requested that you obtain and submit evidence to establish the date and manner of the taking of your property by the GDR. Examples of such evidence might be a copy of a governmental decree affecting the property, an extract from the land records showing a transfer to the GDR or one of its agencies, notification from GDR authorities of action taken against the property or any other information you may personally have or may have received from third parties that might help to show the date and manner of the asserted taking. You have indicated that the former China factory located at Steinmuehlenalle 4 in Gotha was declared "People's Property" in 1948. It is suggested that you submit a copy of the evidence on which you base this conclusion.

It appears that the properties claimed under letter "E", medical instruments etc., and "F", checking account with the Deutsche Bank, were taken at a time when they were not owned by a United States national. If this is correct, the Commission would not have authority to grant an award for the loss of these properties. However, if there is a possibility that the loss of these properties may have occurred after they became owned by United States nationals, please notify the Commission.

In order to establish that this claim has been owned by United States nationals from the date of loss to the date of filing with the Commission, it is requested that you complete and return the enclosed DSP-13 concerning the nationality of your mother.

The tone of your letter seems to suggest that your predecessors in interest received at least a portion of the purchase price paid under the duress sales. Please provide us with the amounts received in hand from the sale of each property.

In order to establish the value of the real property claimed, it is suggested that you submit evidence such as tax records, appraisals, a contract of sale showing the purchase price, rental income receipts, or insurance policies upon the property. A detailed description of the property, including photographs, if available, and information concerning the date and type of contruction, size of lot, and type of neighborhood in which the property was located would also be helpful.

We also note that you have failed to sign your claim form. Please sign it and return it to the Commission.

Please note that the Commission's regulations require that any documentation in a foreign language must be submitted with a verified English translation.

As soon as the above suggested evidence is received, it will be reviewed. If additional documentation is required, you will be advised.

Very truly yours,

Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Division

Enclosure

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
March 2, 1978

Foreign Claims Settlement Commission
of the United States
Washington,DC 20579

Gentlemen:

Thank you for your letter of February 27. and the addtl. forms.

Enclosed are the forms, filled out to the best of my ability; I seem to have some problems with the following:

Form 542 has a provision for "Signatures of any additional claimants. By definition, this re-application seems to apply only to U.S. citizens. My case involves two inheritances. One of them originated with my grandfather from my mother's side who had 3 heirs. One of them is now a British subject.

In view of this, I have arranged my claim, as you will see, around my individual share, rather than the total accruing from these two inheritances. If this is acceptable, I plan to have my brother's widow file an identical claim for her share as heiress to my brother; and the third U.S. claimant is prepared, if acceptable, to do likewise for the one inheritance she is sharing.

The claim pending in Berlin is, as far as I know, combining everything, so that, I hope, a check into the validity of one person's share should supply the answer for all family members involved. We are, of course, in close cooperation on this and it has fallen to me, as the oldest survivor, to take the first step. Which I fervently hope proves to be acceptable.

As to Question 5, in particular, I hope the table on the "Continuation" enclosure explains the situation. All proofs, as stated, are in Berlin, and even our lawyers' reply to my SOS, dated 2/15 has not yet found its way through the mails.

Thank you for your assistance.

Sincerely yours,

(Jack A. Ruppel)

Encl: Form 542 with enclosure
Form DSP-13

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
March 19,1979

Foreign Claims Settlement Commission
Washington, DC 20579

Re Claims G 1045 and G -1314

Gentlemen:

Thank you for your letter of 2/28.

To be perfectly frank, I am thoroughly puzzled, and here is why.

According to a press report, the German Bundesverwaltungsgericht decided on 11/27/78 to eliminate the stoppage that was imposed as result of Public Law 94-542; this stoppage was at least with reference to pending applications, such as ours.*)

The successor to our Berlin lawyer has submitted for signature, and received, new powers-of-attorney to take up the matter again where, as I understand it, it was interrupted by 94-542. He has given me the impression that we are back to the status quo ante 94-542.

His predecessor has, over the years, submitted all available documents to the Bezirksamt Zehlendorf von Berlin which still seems to be in possession of the entire file.

As I have mentioned before, we never were sure whether or not a re-application to your Commission was necessary, given the provisions on nationality of the damaged parties at the time of confiscation, and our notification took place so that we would be covered if it should be required in spite of the antecedents in Berlin. This was suggested in the press as a precaution.

If my initially given interpretation of the more recent press report is correct, and if the report is based on facts, my assumption would be that further use of your services beyond that decision of 11/27/78 would amount to a duplication of efforts, parallel with those of the Berlin lawyer.

For myself as well as my sister-in-law, Ilse Voehl Ruppel and my cousin Ann Friedlander (whose Claim G-1205 closely resembles ours), I should greatly appreciate your clarification of this matter.

In order to simplify the correspondence back and forth, I am enclosing a note re Claim G-1205, Ann Friedlaender, for that particular file.

Thank you for your cooperation this far and anticipating with great interest your clarification of my above problem

Very truly yours,

(Jack A. Ruppel)

encl:

*) So far, at least, to my sister-in law + myself

MEMO FROM: [illegible] Washington [illegible].
[illegible]kins Park, Pa. 19117
[illegible], [illegible]

Jack Ruppel

Gentlemen: Re: Claim No. G-[illegible]
Friedlaender, Bronx, NY

Will you please add this to the
above file as an interim answer to
your letter of 1/[illegible]/7[illegible] to Mrs. Fried-
lender.

I had suggested to Mrs. F. to
hold her reply until I have been able
to resolve the problem as to whether
or not a continuation of pursuing
our case through your Commission would
amount to a duplication of efforts
between the Commission and our Berlin
lawyer, as expressed in my letter of
today in my own case, G 1045.

At your option, I'll be glad to
keep Mrs. F. informed when I receive
your reply.

Very truly yours,

Foreign Claims Settlement
Commission of the U.S.
Washington, DC 20579

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

April 10, 1979

Mr. Jack Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re: Claim No. G-1045

Dear Mr. Ruppel:

We acknowledge receipt of your letter of March 19, 1979.

Hopefully, this letter will clarify the matter concerning the processing of your claim before the Equalizations of Burdens Office and before this Commission.

In 1964, the Government of the Federal Republic of Germany enacted a law to provide a record of people who had suffered a loss that occurred in the GDR. No funds were appropriated at that time to pay compensation for the losses determined. In 1969, appropriations were made for the payment of claims. The West German statute which authorized their program stated that persons who received compensation from other sources, for the same loss, must return the compensation received from the Equalization of Burdens Office.

Upon the passage by the U.S. Congress of Public Law 94-542, to determine the validity and amounts of claims of U.S. nationals against the GDR for losses occurring in East Berlin or East Germany, the Bundesaugleichsamt suspended the processing of claims held by U.S. nationals. Their rationale was that payment by the Federal Republic and by the United States for the same property would constitute double payment for one loss. The action of the Bundesaugleichsamt was challenged in the West German courts. Late last year, the Supreme Court of the Federal Republic held that the suspension by the Bundesaugleichsamt of processing of claims held by U.S. national was in violation of law and ordered processing to continue.

What you should bear in mind is that the Equalization of Burdens law is not related to or depended upon Public Law 94-542. Moreover, the work or the Equalization of Burdens Office and that of the Foreign Claims Settlement Commission is seperate and distinct. It is possible that you may be

granted an award by both offices. To receive an award from the Commission, you must submit the evidence suggested in the Commisison letter of January 11, 1979.

If you have any questions concerning the matter, please feel free to clal me at (202) 653-5883.

Very truly yours,

Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Division

cc: Mrs. Ilse V. Ruppel
Mrs. Ann L. Friedlander

4/15/79

Dear Ilse:

According to the Foreign Claims Settlement Commission, you seem to have a copy of their letter of April 10, in answer to mine of March 19, the contents of which you also are familiar with.

Since I am, willy-nilly, the spokesman for three parties -Ann, you and myself, I'd like to be sure you agree with my thinking before I answer, and here is what I plan to say:

"Thank you, etc.....

Briefly stated, there are two questions:

a) Do our claims really qualify for treatment by your Commission in light of the citizenship-at-time-of-confiscation clause and our status in this respect, as explained in my letter of 3/19, and, if we do,

b) which of our claims as outlined in the original correspondence of...... would hold promise of compensation over and above whatever we might expect from our Berlin lawyer's efforts with the Entschaedigungsamt in West Berlin (which I suppose is what seems now to be known as Equalization of Burdens Office, judging from your letter)?

Our situation, in a nutshell, is that whatever proof exists has been for years in the hands of the Berlin Ausgl eichsamt, through the efforts of our lawyer (who works by and large on a contingent fee basis). You will, no doubt, understand that it would be an extremelydelicate matter to use this lawyer's good offices to retrieve these proofs (apart from the fact that such action might jeopardize the potential results from Berlin directly). I'd certainly contemplate this step only if we are without a doubt in the category for which your Office was designed to work and if the odds are clearly in favor of this switch in procedure. ~~The more I look at the literature in connection with Public Law 94-542, the more I become convinced that we do not qualify...~~but I'd greatly appreciate your further clarification of the two points brought up here,

With many thanks for past favors....."

I cannot help feeling more and more that that exchange is an exercise in futility with the sole object to justify the existence of that Foreign Claims Office (I suppose you have noticed the quality of typing, too...I hope the typist allows of no conclusion as to the mentality of her boss! She wouldn't last 2 weeks in a well-run office.

Other than that, I'm looking forward to a medical test next week in a Bucks Co. retirement village; it seems the only thing left over for me -I've taken a quikkie trip to Atlanta and Asheville, and I just can't see myself among the Crackers and even the Northern Tarheels. The home in question

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
April 21, 1979

Foreign Claims Settlement Commission
of the United States
Washington, DC 20579

Att:Robert L. Walker, Attorney
GDR Claims Div.

Re: Claims G-1045(Ruppel, Jack)
G-1314(" Ilse)
G-1295 (Friedlander ,A)

Dear Mr. Walker:

Thank you for your communication of 4/10/79.

Briefly stated, there are two questions:

a), and basic to it all, it seems to me is this: Do our claims really qualify for treatment by your Commission, in light of the citizenship-at-time-of-confiscation clause of Public Law 94-542 and considering our status in this respect, as explained in my letter of 3/19. If we should pass this hurdle, then there would be

b) which of our claims as outlined in the original correspondence of March 1979 would hold promise of compensation over and above whatever we might expect from our lawyer's efforts with the West Berlin Entschaedigungsamt (which, I suppose is what your letter refers to as Equalization of Burdens Office)?

They were the following items:

A: Residence Gotha, Friedrichstr. 10, B: Garden area of A,
C:Property around former China Factory, Gotha/Siebleben,
D: Property containing former China Factory, Gotha
E: Home and Garden as well as Clinic, etc.,Gotha,Friedrichstr.7,
F: Instruments, Furnishings, etc, from Clinic connected with E.
G: Bank Account.

Our situation, in a nutshell is that whatever proof exists is and has been for years in the hands of the Berlin Ausgleichsamt, through the efforts of our lawyer (who works by and large on a contingent fee basis). You will, no doubt, understand what a delicate matter it would be to use this lawyer's good offices to retrieve these proofs (apart from the potential jeopardy of the pending transactions in Berlin). I, for one, would contemplate such a step only if we qualify without a doubt, in accordance with question a), above, and if the odds should be clearly in favor of such a switch in case we do qualify.

We would all greatly appreciate your clarification of these two points.

With many thanks for past favors,

Very truly yours,

(Jack A. Ruppel)

cc:Mrs.Ilse Ruppel
Mrs.Ann Friedlander

P.S. A completely filled-in Claim Form should be in my sister-in-law's file, G1314.

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

October 18, 1979

Mr. Jack A. Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re: Claim No. G-1045

Dear Mr. Ruppel:

Thank you for your letter of September 30, 1979.

You are quite correct in your assumption that your rights under Public Law 94-542 have been preserved by the timely filing of your claim. I would caution you, however, that the Commission's work must be completed under this statute before May 15, 1981.

This deadline will allow us to wait for a response from your German lawyer. I would urge you to return the form DSP-13 indicating the date of naturalization of your mother as soon as possible and to forward copies of any communciation you may recieve from your German attorney.

We will await further word from you before continuing with the adjudication of this claim.

Very truly yours,

Thomas E. Stamey

Thomas E. Stamey, Attorney
GDR Claims Division

cc: Mrs. Ann L. Friedlander
(G-1295)

Mrs. Ilse V. Ruppel
(G-1314)

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

May 18, 1979

Mr. Jack A. Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re: Claim No. G-1045

Dear Mr. Ruppel:

Thank you for your letter of April 21, 1979 in which you ask some questions concerning the above captioned claim.

Before all the evidence is associated in the file and reviewed by the Commission, it is impossible to say whether a claim might be compensable. I would, however, like to clarify some points concerning Public Law 94-542.

Although the file indicates that the property involved in the claim was originally lost during the Nazi regime, it is possible that the Commission may consider that loss of ownership as a legal nullity since it resulted from racial persecutory laws. If some action involving this property were subsequently taken by the German Democratic Republic after the rightful owner had become a United States citizen, there is the possibility that the claim may be compensable.

It is important that the date of naturalization of your mother be verified. I have enclosed a form DSP-13 which may be completed and returned to the Commission for this purpose.

Please be assured that your claim in West Germany and your claim under 94-542 are not exclusive or contradictory in any way. In fact, the Ausgleichsamt in Berlin cooperates with our office in attempting to gather additional information in support of claims. Your claim has been referred to our field office in West Germany, which will contact the Ausgleichsamt in order to obtain additional evidence. You will be kept informed of the progress of our field office.

Although I cannot predict the chances of your receiving an award under Public Law 94-542, I urge you to continue with this claim by returning the signed claimed form and the enclosed form DSP-13.

If I may be of any assistance to you in any way, please do not hesitate to contact me.

Very truly yours,

Thomas E. Stamey

Thomas E. Stamey, Attorney
GDR Claims Division

Enclosure

cc: Mrs. Ann Louise Friedlander, G-1295
Mrs. Ilse Voehl Ruppel, G-1314

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
October 22,1979

Foreign Claims Settlement Commission
of the United States
Washington,D C 20579

Gentlemen: Re:Claim # G-1045 & G1314

Thank you for your letter of 10/18/79.

I am reassured by your information with reference to the deadline and have re-contacted our Berlin lawyer, stressing the time limit involved.

To keep matters moving as much as possible, I am enclosing Form DCP-13 referring to the naturalization of our mother.

I hope this is somewhat of a help in the matter.

Very truly yours,

(Jack A. Huppel)

encl.

7753 Washington Lane, Elkins Pk. PA
19117
9/30/1979

Foreign Claims Settle-
ment Commission of the U.S.
Washington, D.C. 20579

Gentlemen: re: Claim # G-1015

Please accept my apologies for this late reply to your letter of 5/18.

At the time of its arrival, I was quite absorbed in a project of entering a retirement village, and as soon as that came to naught, I contacted our Berlin lawyer, who with his now defunct ex-partner and predecessor, has been handling our claims before the Berlin Wiedergutmachungsamt for several decades and in the process has passed on all available materials to that agency. My request to him was to find out exactly where matters stand now; however, so far, he does not seem to have too clear a picture himself.

It occurred to me in this predicament that it might be the least strain on your Commission, and still serve our original purpose in contacting you, if we let matters go at this end for awhile, waiting for the dust to settle, especially with regard to the third paragraph of your last letter ("... Although the file indicates...").

Am I correct in assuming that our original purpose for notifying your Commission, viz. to beat the deadline (whether or not this notification was actually required), and so to give us the possibility of calling on the Commission for assistance in case of applicability has been fulfilled, so that we can now await further developments in the knowledge that we may call on you again if the need should arise?

Thank you again for your assistance.

Very truly yours,

(Jack A. Ruppel)

cc: Mrs. Ann L. Friedlander, G-1295
Mrs. Ilse V. Ruppel, G-1314

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

February 27, 1980

Mr. Jack A. Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park, PA 19117

Re. Claim No. G-1045
Decision No. G-1937

Dear Mr. Ruppel:

Enclosed is a copy of the Proposed Decision on the above claim.

Commission regulations provide that where the Proposed Decision denies a claim, in whole or in part, the claimant may file objections within 15 days of receipt of the decision. In addition, the claimant may request an oral hearing before the Commission.

Objections must be clearly stated and each instance of alleged error in the Proposed Decision whether of law or fact, should be set forth.

The statement of objections must also clearly indicate whether an oral hearing is requested. Such hearings are conducted by one or more Commissioners at the office of the Commission, 1111 - 20th Street, N.W., Washington, D.C. Ordinarily, no verbatim record of an oral hearing will be made except upon prior request and at the claimant's expense. If an oral hearing is requested, the claimant or his counsel will be notified as to the time when the hearing will be held.

If objections are filed, but no oral hearing is requested, the objections, including any brief or evidence submitted in support thereof, will be thoroughly considered by the Commission before the issuance of a Final Decision. Submissions of documents not previously provided to the Commission should include the original and three copies, with verified translations into English of any matter in a foreign language.

The purpose of an oral hearing is to permit the presentation of oral argument and the submission of additional evidence. If documentary evidence, a written statement, or a brief is to be submitted, it must be forwarded to the Commission at least 15 days prior to the date of the hearing.

Very truly yours,

Francis T. Masterson
Executive Director

Enclosure

FOREIGN CLAIMS SETTLEMENT COMMISSION
OF THE UNITED STATES
WASHINGTON, D.C. 20579

IN THE MATTER OF THE CLAIM OF

JACK A. RUPPEL
ILSE V. RUPPEL

Claim No. G-1045
G-1314

Decision No. G-1937

Under the International Claims Settlement
Act of 1949, as amended

PROPOSED DECISION

These claims in an unstated dollar amount against the Government of the German Democratic Republic, under Title VI of the International Claims Settlement Act of 1949, as amended by Public Law 94-542 (90 Stat. 2509), are based upon the loss of improved real property and adjoining garden in Gotha at Friedrichstrasse 19, improved real property in Gotha-Siebleben, Nuetzleberweg, improved real property in Gotha at Steinmuehlenallee 4, a medical clinic including real and personal property in Gotha at Friedrichstrasse 7, and a bank account in Gotha.

Under section 602, Title VI of the Act the Commission is given jurisdiction as follows:

> "The Commission shall receive and determine in accordance with applicable substantive law, including international law, the validity and amounts of claims by nationals of the United States against the German Democratic Republic for losses arising as a result of the nationalization, expropriation, or other taking of (or special measures directed against) property, including any rights or interests therein, owned wholly or partially, directly or indirectly, at the time by nationals of the United States whether such losses occurred in the German Democratic Republic or in East Berlin. . ."

Section 603 of Title VI of the Act limits the Commission's jurisdiction as follows:

> "A claim shall not be favorably considered under section 602 of this title unless the property right on which it is based was owned, wholly or partially, directly or indirectly, by a national of the United States on the date of loss, and if favorably considered, the claim shall be considered only if it has been held by one or more nationals of the United States continuously from the date that the loss occurred until the date of filing with the Commission."

Claimants assert that all of the property for which a claim is made was owned before World War II by the three heirs of Julius Simpson who included Margarete Ruppel, from whom claimants assert their right to claim for the loss of the property derived. The record indicates that Margarete Ruppel became a United States citizen on July 14, 1952.

The record in these claims indicates that legal title to the subject property was originally lost during the Nazi regime as a result of racial and religious persecution. The Commission has held in the Claim of MARTHA TACHAU, Claim No. G-0177, Decision No. G-1071, that such persecutory losses will not be considered by the Commission to have cut off all rights of the original owners or their heirs, and that the persecuted owners retained a beneficial interest in the property.

The Commission has also held in the Claim of MARK PRICEMAN, Claim No. G-2116, Decision No. G-1073, that decrees of September 6, 1951, effective in the German Democratic Republic, and December 18, 1951, effective in Berlin, which provided for taking over the administration of foreign owned property, and the decree of July 17, 1952, confiscating or taking under administration property of former residents of the GDR, constituted a governmental program which terminated all rights of restitution of former persecutees or their heirs. The Commission found such a termination of rights to be a taking of the property interests of such persons; and, where the property interests were owned by United States nationals at the time of loss, the termination of rights would form the basis of a compensable claim.

The beneficial ownership interest involved herein, however, was not owned by a United States national at the time of the termination of the right of restitution on September 6, 1951 by the German Democratic Republic and the Commission concludes, therefore, that the loss of this property occurred on a date when claimants' interest therein was not owned by a national of the United States as required by section 603 of the Act. See Claim of ARTHUR SIMON, Claim No. G-0479, Decision No. G-1072.

G-1045
G-1314

For the above cited reasons, these claims must be and hereby are denied.

The Commission finds it unnecessary to make determinations with respect to other elements of these claims.

Dated at Washington, D.C.
and entered as the Proposed
Decision of the Commission.

FEB 27 1980

For Presentation to the Commission

by David H. Rogers, Director
German Democratic Republic Claims Division

NOTICE: Pursuant to the Regulations of the Commission, if no objections are filed within 15 days after service or receipt of notice of this Proposed Decision, a Final Decision based upon the Proposed Decision will be issued upon approval by the Commission any time after the expiration of the 30 day period following such service or receipt of notice. (FCSC Reg., 45 C.F.R. 531.5 (e) and (g), as amended.)

At any time after Final Decision has been issued on a claim, or a Proposed Decision has become the Final Decision on a claim, but not later than 60 days before the completion date of the Commission's affairs in connection with this program, a petition to reopen on the ground of newly discovered evidence may be filed. (FCSC Reg., 45 C.F.R. 531.5 (l), as amended.)

G-1045
G-1314

AR 25336 1/13 1968-1980

Ruppel, Jack — clippings from Aufbau + instructions

Erläuterungen

zum Ausfüllen des Antrags auf Feststellung und Beweissicherung von Vermögensschäden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin nach dem BFG

1. Nach § 30 BFG sind Anträge auf Feststellung und Beweissicherung von Vermögensschäden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin auf amtlichem Formblatt zu stellen, und zwar auf Vordruck BAA 10/30 (Hauptantrag), dem je nach Art der Vermögensschäden die besonderen Beiblätter „Landwirtschaft" (Vordruck BAA 10/30a), „Grundvermögen" (Vordruck BAA 10/30b), „Betriebsvermögen" (Vordruck BAA 10/30c), „Ansprüche und Anteilsrechte" (Vordruck BAA 10/30e), „übriges Vermögen" (Vordruck BAA 10/30g) und „Hausrat" (Vordruck BAA 10/30h) sowie in jedem Fall die „BFG-Karteikarte" (Vordruck BAA 10/30d) und gegebenenfalls eine „Erklärung über langfristige Verbindlichkeiten" (Vordruck BAA 10/30f) beizufügen sind.

2. Die Antragstellung vereinfacht sich, wenn vor Ausfüllen des Hauptantrags und der Beiblätter diese Erläuterungen sowie die Vorbemerkungen im Hauptantrag durchgelesen werden. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß in ein und denselben Hauptantrag sowie die dazugehörigen Beiblätter nur die Schäden desselben unmittelbar Geschädigten (vgl. nachstehend Ziffern 6 und 7) aufzunehmen sind. Ist ein Antragsberechtigter Erbe nach einem oder mehreren unmittelbar Geschädigten und außerdem selbst unmittelbar Geschädigter, müssen somit für jeden unmittelbar Geschädigten je ein Hauptantrag und die erforderlichen Beiblätter eingereicht werden. Miteigentümer, auch wenn es sich um Ehegatten handelt, müssen jeder einen eigenen Antrag stellen.

Hauptantrag und Beiblätter sind von besonderen Fußnoten und Erläuterungen freigehalten worden. Bevor der Hauptantrag und die dazugehörigen Beiblätter ausgefüllt werden, sollte sich der Antragsteller anhand der nachstehenden Ziffern 5 bis 7 orientieren, wer als unmittelbar Geschädigter und wer als Antragberechtigter in Betracht kommt.

3. Bei der Beantwortung der Fragen im Antrag braucht der Antragsteller keine Rücksicht darauf zu nehmen, daß das Gesetz zwischen einem Feststellungsverfahren und einem besonderen Beweisverfahren unterscheidet. Beim besonderen Beweisverfahren entfällt insbesondere die Feststellung der Schadenshöhe. In welchem Verfahren ein Verlust festgehalten wird, entscheidet das Ausgleichsamt im Bescheid.

4. Es wird gebeten, in den Anträgen und Beiblättern nur die Wirtschaftsgüter anzugeben, an denen nach Auffassung des Antragstellers Schäden im Sinne des BFG festzustellen oder über die Beweise zu sichern sind. Welche Schäden in Betracht kommen, ist nachstehend unter Ziffern 10 bis 13 näher ausgeführt. Hat der Antragsberechtigte Zweifel, empfiehlt es sich trotzdem, das betreffende Wirtschaftsgut vorsorglich im Antrag aufzuführen; das Ausgleichsamt wird zu gegebener Zeit nach den gesetzlichen Vorschriften entscheiden, ob und inwieweit ein Schaden berücksichtigt werden kann.

5. Der Antrag kann von dem unmittelbar Geschädigten oder seinen Erben oder weiteren Erben gestellt werden. Wer unmittelbar Geschädigter ist, ergibt sich aus nachstehender Ziffer 6. Der Erbfolge steht die Übernahme von Vermögen zu Lebzeiten des unmittelbar Geschädigten — sog. vorweggenommene Erbfolge — vor Inkrafttreten des BFG gleich. Antragsberechtigt für das Feststellungsverfahren sind nur natürliche Personen. Dem besonderen Beweisverfahren dagegen unterliegen neben Schäden natürlicher Personen auch Schäden juristischer Personen des privaten Rechts, von Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts, wenn sie ihren Sitz oder den Ort ihrer Geschäftsleitung im Geltungsbereich des BFG haben, sowie solcher juristischen Personen, die eine unmittelbar geschädigte natürliche Person beerbt haben. Diese juristischen Personen sollen — soweit zutreffend und in Betracht kommend — sämtliche Fragen in den Antragsvordrucken sinngemäß beantworten. Soweit es sich um Schäden juristischer Personen des privaten Rechts handelt, die einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten, ist lediglich der Hauptantrag sowie das Beiblatt „Betriebsvermögen" auszufüllen.

Das Antragsrecht ruht und kann somit nicht ausgeübt werden, solange der Antragsberechtigte oder derjenige, der für ihn einen Antrag stellen könnte (vgl. Text hinter Frage 19c des Hauptantrags), seinen ständigen Aufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, im Sowjetsektor von Berlin oder in einem östlichen Vertreibungsgebiet (im Sinne des § 11 Abs. 2 Nr. 3 des Lastenausgleichsgesetzes) hat.

Die persönlichen Voraussetzungen für die Antragsberechtigung natürlicher Personen ergeben sich aus §§ 11 und 12 BFG. War der unmittelbar Geschädigte im Zeitpunkt des Schadenseintritts (Ziffer 7) deutscher Staatsangehöriger, ist immer Antragsberechtigung gegeben. War er lediglich deutscher Volkszugehöriger und bestehen Zweifel über die Antragsberechtigung, kann beim Ausgleichsamt erfragt werden, ob eine Antragstellung sinnvoll ist.

6. Unmittelbar Geschädigter ist, wer im Zeitpunkt des Schadenseintritts (Ziffer 7) Eigentümer oder sonstiger Rechtsinhaber des Wirtschaftsguts (Vermögensgegenstands) war. Ist der unmittelbar Geschädigte nach dem Schaden (z. B. nach einer Entziehung) verstorben, so können seine Erben den Schaden geltend machen.

Ist der Eigentümer ein und desselben Wirtschaftsguts nach Eintritt eines Teilschadens (z. B. eines Kriegssachschadens) verstorben und ist das beschädigte Wirtschaftsgut, z. B. ein Grundstück, auf den Erben übergegangen, der es seinerseits durch spätere Wegnahme verloren hat, so ist der Erblasser unmittelbar Geschädigter hinsichtlich des Kriegssachschadens und der Erbe unmittelbar Geschädigter hinsichtlich des Wegnahmeschadens. Der Erbe ist Antragsberechtigter für beide Schäden und hat jeweils den Hauptantrag und das Beiblatt „Grundvermögen" einzureichen, und zwar als unmittelbar Geschädigter wegen des Wegnahmeschadens und als Erbe nach dem unmittelbar geschädigten Erblasser wegen des Kriegssachschadens.

Wenn ein Schaden im Schadensgebiet dadurch entstanden ist, daß bei Todesfällen dem Erben das Erbrecht durch Eingriffe von Behörden oder sonstigen Stellen des Schadensgebiets versagt oder der Erbantritt verwehrt oder er an der Ausübung seiner Rechte in anderer Weise gehindert wird, so gilt der Erbe oder derjenige, der ohne die Wegnahme des

Merkblatt BAA 13—65

Mat. 1116. A 3/4. 20 000. 1. 66

Wirtschaftsguts Erbe geworden wäre, als unmittelbar Geschädigter. Dies setzt voraus, daß das betreffende Wirtschaftsgut im Zeitpunkt des Todesfalles noch nicht weggenommen war.

Im übrigen steht dem Eigentümer der „wirtschaftliche Eigentümer" im Sinne des § 11 des Steueranpassungsgesetzes gleich.

Der Abschnitt B des Hauptantrags ist nur auszufüllen, wenn der unmittelbar Geschädigte verstorben ist. Von einer juristischen Person im Sinne der Ziffer 5 ist der Abschnitt B nur dann auszufüllen, wenn sie Erbe einer verstorbenen unmittelbar geschädigten natürlichen Person ist. Im übrigen beziehen sich sämtliche Beiblätter ausschließlich auf die Schäden des unmittelbar Geschädigten.

7. Zu den Fragen Nr. 6 im Vordruck BAA 10/30a, Nr. 7 im Vordruck BAA 10/30b, Nr. 4 im Vordruck BAA 10/30c, Nr. 5 im Vordruck BAA 10/30e, Nr. 18 im Vordruck BAA 10/30g und Nr. 1 im Vordruck BAA 10/30h (Wann und durch welches Ereignis ist der Schaden eingetreten?):

Zeitpunkt des Schadenseintritts ist der Zeitpunkt des Beginns des jeweiligen schädigenden Ereignisses im Sinne der nachstehenden Ziffer 8, das ist z. B. der Beginn eines Kriegssachschadens, einer Demontage oder einer Wegnahme desselben Wirtschaftsguts, z. B. eines gewerblichen Betriebs. Bei langfristiger allmählicher Entziehung kommen, falls in diesem Zeitraum ein Todesfall eingetreten ist, nach näherer Prüfung durch das Ausgleichsamt Erblasser und Erben als unmittelbar Geschädigte in Betracht.

8. Ebenfalls zu den in Ziffer 7 bezeichneten Fragen (Wann und wodurch ist der Schaden eingetreten?):

Schadensursachen (schädigende Ereignisse) sind:

a) Wegnahme von Wirtschaftsgütern im Zusammenhang mit den nach der Besetzung des Schadensgebiets entstandenen politischen Verhältnissen durch die sowjetische Besatzungsmacht, durch Behörden sowie durch politische oder sonstige Stellen im Schadensgebiet;

b) Reparationen, Restitutionen und Rückerstattungen von Wirtschaftsgütern im Sinne des § 3 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes; das sind insbesondere Demontagen zugunsten der Besatzungsmacht, Zerstörungen von sog. Kriegspotential, Rückführung von Wirtschaftsgütern, die während des Krieges im Ausland ordnungsgemäß erworben waren, und Rückerstattung von Wirtschaftsgütern, die Verfolgten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entzogen und zu einem angemessenen Kaufpreis erworben worden waren;

c) Kriegssachschäden im Sinne des § 13 des Lastenausgleichsgesetzes, somit Schäden an Sachen, die in der Zeit vom 26. August 1939 bis zum 31. Juli 1945 durch unmittelbare Kriegseinwirkung, z. B. durch Zerstörungen bei Luftangriffen oder Plünderungen im Zuge von Kriegshandlungen, entstanden sind.

Eine Wegnahme im Sinne des Buchstaben a ist der förmliche Entzug des Eigentums oder eines sonstigen Rechts an einem Wirtschaftsgut sowie jede andere Maßnahme, insbesondere eine Verfügungsbeschränkung, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen dem förmlichen Entzug entspricht. Einer Wegnahme steht die tatsächliche Unmöglichkeit, über im Schadensgebiet befindliche Wirtschaftsgüter zu verfügen, gleich. Eine Wegnahme liegt ferner vor, wenn ein Schaden dadurch entstanden ist, daß bei Todesfällen dem Erben das Erbrecht versagt oder der Erbantritt verwehrt oder er an der Ausübung seiner Rechte in anderer Weise gehindert wird (vgl. Ziffer 6).

Hat sich eine Wegnahme gegen das Vermögen einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft mit damaligem Sitz im Schadensgebiet gerichtet und haben dadurch Anteilsrechte an der Kapitalgesellschaft (z. B. Aktien) oder Geschäftsguthaben der Mitglieder der Genossenschaft ganz oder teilweise ihren Wert verloren, so gilt dies als entsprechende Wegnahme des Anteilsrechts oder des Geschäftsguthabens der natürlichen Person oder des entsprechenden Betriebsvermögensbestandteils einer juristischen Person des privaten Rechts. Dasselbe gilt bezüglich des Wertverlustes an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen bei gegen das Vermögen des Schuldners gerichteten Wegnahmen (z. B. bei Industrieobligationen).

Wie eine Wegnahme werden Schäden an Wirtschaftsgütern behandelt, die Verfolgten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Schadensgebiet in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 durch Entziehungsmaßnahmen entstanden sind, falls diese Wirtschaftsgüter nicht nachfolgend rückerstattet worden sind; sind sie zwar rückerstattet, später aber wieder weggenommen worden, so liegt ein Wegnahmeschaden im Sinne des Buchstaben a vor. Die Schadensfeststellung zugunsten des Erwerbers eines solchen Wirtschaftsgutes richtet sich nach §§ 2 und 8 der 11. LeistungsDV-LA.

Keine Wegnahmeschäden sind solche Schäden, die ausschließlich im Zuge oder als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, von Währungsmaßnahmen oder von allgemeinen Maßnahmen der Wirtschaftsplanung entstanden sind, doch kann ein Wegnahmeschaden vorliegen, wenn eine allgemeine Maßnahme der Wirtschaftsplanung die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse bezweckt oder bewirkt hat. Im Zweifel sollten allgemeine Maßnahmen im Antrag aufgeführt werden; es ist Sache des Ausgleichsamtes nachzuprüfen, welche der geltendgemachten Ereignisse als Schäden bzw. Schadensursachen berücksichtigt werden können.

9. Zu den Fragen Nr. 9 in den Vordrucken BAA 10/30a bis c, Nr. 6 im Vordruck BAA 10/30e, Nr. 17 im Vordruck BAA 10/30g und den Fragen 6 und 7 im Vordruck BAA 10/30h (Erwerb von Vermögen, das früher einem Geschädigten im Sinne des BFG oder einem Verfolgten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gehört hatte):

Ist ein Wirtschaftsgut einem anderen unmittelbar Geschädigten durch einen Schaden im Sinne der Ziffer 8, insbesondere durch einen Wegnahmeschaden verlorengegangen, so kann dem Erwerber dieses Wirtschaftsguts nur ein Schaden an dem von ihm entrichteten und nicht in der Übernahme von Verbindlichkeiten bestehenden Kaufpreis festgestellt werden; hat das erworbene Wirtschaftsgut durch Aufwendung eigener Mittel des Erwerbers bis zu seiner Schädigung eine Wertsteigerung erfahren, wird neben dem Schaden am Kaufpreis auch der Mehrwert an dem Wirtschaftsgut als Schaden festgestellt.

Gilt ein Verfolgter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als unmittelbar Geschädigter an dem Wirtschaftsgut, an dem Schäden im Sinne der Ziffer 8 entstanden sind, so kann sich der Erwerber des Wirtschaftsguts, dem es nachfolgend insbesondere weggenommen worden ist, nur insoweit auf den Schaden berufen, als der von ihm oder seinem Rechtsvorgänger tatsächlich entrichtete und nicht in der Übernahme von Verbindlichkeiten bestehende angemessene Kaufpreis in die freie Verfügung des Verfolgten gelangt war. Daneben ist, falls bis zur Wegnahme eine Wertsteigerung an dem Wirtschaftsgut eingetreten war, auch diese als Schaden des Erwerbers festzustellen. Im übrigen kommt für den Erwerber als Schaden nur der tatsächlich entrichtete Kaufpreis in Betracht (vgl. auch Ziffer 8).

10. Gegenstand des Feststellungsverfahrens; dem Hauptantrag (Vordruck BAA 10/30) beizufügende Beiblätter:

Schäden im Sinne der Ziffer 8 werden festgestellt, wenn sie einer natürlichen Person entstanden sind,

1) an Wirtschaftsgütern, die zum
   a) land- und forstwirtschaftlichen Vermögen (Vordruck BAA 10/30a),
   b) Grundvermögen (Vordruck BAA 10/30b) und zum
   c) Betriebsvermögen (Vordruck BAA 10/30c)

   im Sinne des Bewertungsgesetzes gehörten,

2) an folgenden Wirtschaftsgütern, soweit sie nicht unter Nr. 1 fallen:
   a) an Gegenständen, die für die Berufsausübung oder für die wissenschaftliche Forschung erforderlich waren, sowie an diesen Gegenständen gleichgestellten eigenen Erzeugnissen der bildenden Kunst (Vordruck BAA 10/30g),
   b) an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen (Vordruck 10/30e),
   c) an Anteilsrechten an Kapitalgesellschaften und an Geschäftsguthaben der Mitglieder von Genossenschaften (Vordruck BAA 10/30e),
   d) an Gewerbeberechtigungen im Sinne des Bewertungsgesetzes, soweit sie nicht zum Betriebsvermögen des Berechtigten gehörten (Vordruck BAA 10/30g),
   e) an literarischen und künstlerischen Urheberrechten, an gewerblichen Schutzrechten und ungeschützten Erfindungen sowie an Lizenzen an solchen Rechten und Erfindungen, soweit diese im Schadensgebiet nach der Wegnahme verwertet worden sind (Vordruck BAA 10/30g). Waren solche Rechte vor Schadenseintritt einem Dritten gegen Zahlung fester Beträge zur Auswertung überlassen, so handelt es sich um einen privatrechtlichen geldwerten Anspruch (Buchstabe b), der jedoch ebenfalls im Vordruck BAA 10/30g näher zu beschreiben ist.

Außerdem werden gesondert festgestellt

a) Beträge aus der Nutzung weggenommener Wirtschaftsgüter, über die der unmittelbar Geschädigte oder seine Erben nach der Wegnahme verfügt haben, sowie
b) Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Schaden gewährt worden sind.

11. Dem Feststellungsverfahren (Ziffer 10) unterliegen nicht:

1) Nutzungsschäden und mittelbare Schäden; hierzu gehören insbesondere entgangener Gewinn sowie Verluste, die durch Produktions- und Betriebsverbote oder -einschränkungen oder durch Verringerung von Aufträgen oder Zuteilungen entstanden sind, ferner Aufwendungen zur Vermeidung weiterer Schäden, die Minderung von Erfolgsaussichten und Betriebsumstellungskosten;
2) Schäden an Hausrat; es werden aber Beweise gesichert (vgl. Ziffer 12);
3) Schäden an
   a) inländischen und ausländischen Zahlungsmitteln (Bargeld),
   b) Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen,

   c) Gegenständen aus Edelmetallen, Schmuckgegenständen und sonstigen Luxusgegenständen,
   d) Kunstgegenständen, Archiven und Sammlungen,

   soweit diese Wirtschaftsgüter (a bis d) nicht zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören (vgl. Ziffer 10 Nr. 1c) oder als eigene Erzeugnisse der bildenden Kunst den Gegenständen der Berufsausübung gleichgestellt sind (vgl. Ziffer 10 Nr. 2a); wegen der Beweissicherung von Schäden an Kunstgegenständen, Archiven und Sammlungen vgl. Ziffer 12;
4) Schäden an Anteilen an Kapitalgesellschaften sowie an Geschäftsguthaben der Mitglieder von Genossenschaften, wenn der Wertverlust der einzelnen Beteiligung 100 RM/DM-Ost/M-Ost nicht erreicht;
5) Besatzungsschäden, für die nach den im Schadensgebiet geltenden Vorschriften eine angemessene Entschädigung gewährt worden ist;
6) Schäden an Wirtschaftsgütern, die zum Betriebsvermögen von Geldinstituten, Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen gehörten, sofern diese *Unternehmen wegen ihrer Belegenheit im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)* eine Umstellungsrechnung oder Altbankenrechnung zu erstellen hatten;
7) Schäden an Wirtschaftsgütern, die unrechtmäßig aus den im zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzten oder kontrollierten Gebieten beschafft oder fortgeführt worden sind, es sei denn, daß der unmittelbar Geschädigte bei Erwerb des Wirtschaftsguts (aus dritter Hand) in gutem Glauben war; ist das Wirtschaftsgut im Erbgang erworben worden, kommt es auf den guten Glauben des Erblassers an (bei ordnungsgemäßem Erwerb vgl. Ziffer 8b);
8) Schäden an Forderungen gegen die in § 14 des Umstellungsgesetzes bezeichneten Schuldner (insbesondere Deutsches Reich) und gegen das ehemalige Land Preußen; dies gilt auch für Forderungen eines Betriebes gegen diese Schuldner;
9) Schäden an Ansprüchen aus Geldkonten, die nach einer Wegnahme von Wirtschaftsgütern aus den Erträgen dieser Wirtschaftsgüter gebildet worden sind (insbesondere auch Sperrkonten); es werden jedoch Beweise gesichert;
10) Schäden an Wirtschaftsgütern, die aus Entschädigungszahlungen für frühere Kriegssachschäden beschafft worden waren und im Schadensgebiet durch Kriegseinwirkungen erneut verlorengegangen sind, sofern diese Entschädigungszahlungen wegen des erneuten Verlustes bei Anwendung des § 8 Abs 2 Nr. 4 des Feststellungsgesetzes außer Betracht geblieben sind;
11) Schäden an Wirtschaftsgütern, deren Erwerb im Zeitpunkt des Schadenseintritts aufschiebend bedingt oder auf einen unbestimmten Zeitpunkt befristet war; es werden aber Beweise gesichert;
12) Schäden an Wirtschaftsgütern, die sich noch im Besitz des im Schadensgebiet wohnhaften Ehegatten befinden; es werden aber Beweise gesichert;
13) Schäden, deren Gesamtbetrag 500 RM/DM-Ost/M-Ost nicht erreicht.

12. Gegenstand des besonderen Beweisverfahrens; insoweit dem Hauptantrag (BAA 10/30) beizufügende Beiblätter:

Im besonderen Beweisverfahren werden für natürliche Personen Beweise über Schäden an denjenigen Wirtschaftsgütern gesichert, die nicht der

Feststellung unterliegen, vorausgesetzt, daß sie nicht ausdrücklich von der Beweissicherung ausgenommen sind (vgl. nachstehende Ziffer 13). Es sind dies insbesondere Schäden an Hausrat (Vordruck BAA 10/30 h), an Kunstgegenständen, Gegenständen des Kunsthandwerks, Archiven und Sammlungen, soweit sie als Kulturgut von öffentlichem Interesse allgemein anerkannt waren (Vordruck BAA 10/30 g), und an übrigem Vermögen, wie z. B. privatgenutzte Kraftfahrzeuge (Vordruck BAA 10/30 g). Ob es sich besonders bei in vorstehender Ziffer 11 aufgeführten Wirtschaftsgütern um solche handelt, über die lediglich Beweise zu sichern sind, braucht der Antragsberechtigte beim Ausfüllen der Vordrucke BAA 10/30 e und BAA 10/30 g nicht zu beachten; darüber entscheidet das Ausgleichsamt durch Bescheid. Es wird jedoch gebeten, keine zur üblichen gehobenen Wohnungseinrichtung gehörenden Kunstwerke und Gegenstände des Kunsthandwerks anzumelden, da bei diesen die geforderten besonderen Merkmale nicht erfüllt sein können.

Bei juristischen Personen des privaten Rechts, Kirchen oder sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts unterliegen der Beweissicherung (keinesfalls der Feststellung) vor allem Schäden an solchen Wirtschaftsgütern, die — hätten sie natürlichen Personen gehört — zugunsten natürlicher Personen festgestellt werden könnten; es sind dies grundsätzlich nur die in Ziffer 10 aufgeführten Wirtschaftsgüter. Der Ausnahmekatalog in Ziffer 11 hat bei juristischen Personen des privaten Rechts, die einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten, mit Ausnahme der dort in Nr. 1, 6, 7 und 8 aufgeführten Schäden, deswegen wenig praktische Bedeutung, weil ihre Verluste am Betriebsvermögen entstanden sind und somit als solche (Vordruck BAA 10/30 c) dem besonderen Beweisverfahren unterliegen. Bei anderen juristischen Personen des privaten Rechts sowie Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts bezieht sich der Umfang der Beweissicherung auf dieselben Wirtschaftsgüter, an denen Schäden zugunsten natürlicher Personen festgestellt oder im besonderen Beweisverfahren festgehalten werden.

13. Dem besonderen Beweisverfahren (Ziffer 12) unterliegen nicht, ganz gleich, ob die Schäden natürlichen Personen oder antragsberechtigten juristischen Personen entstanden sind:

1) Nutzungsschäden und mittelbare Schäden; hierzu gehören insbesondere entgangener Gewinn sowie Verluste, die durch Produktions- und Betriebsverbote oder -einschränkungen oder durch Verringerung von Aufträgen oder Zuteilungen entstanden sind, ferner Aufwendungen zur Vermeidung weiterer Schäden, die Minderung von Erfolgsaussichten und Betriebsumstellungskosten (vgl. Ziffer 11 Nr. 1);

2) Schäden an inländischen und ausländischen Zahlungsmitteln, Edelmetallen, Edelsteinen, Perlen, Gegenständen aus Edelmetallen, Schmuckgegenständen, sonstigen Luxusgegenständen, Kunstgegenständen, Archiven und Sammlungen, die nicht zum Betriebsvermögen und auch nicht zu den Gegenständen der Berufsausübung oder wissenschaftlichen Forschung gehörten (vgl. Ziffer 11 Nr. 3), es sei denn, daß es sich um Kunstgegenstände und Gegenstände des Kunsthandwerks, Archive und Sammlungen gehandelt hat, die als Kulturgut von öffentlichem Interesse allgemein anerkannt waren oder nach der Wegnahme als solches Kulturgut behandelt worden sind (vgl. Ziffer 12);

3) Besatzungsschäden, für die nach den im Schadensgebiet geltenden Vorschriften eine angemessene Entschädigung gewährt worden ist (vgl. Ziffer 11 Nr. 5);

4) Schäden an Wirtschaftsgütern, die unrechtmäßig aus den im zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzten oder kontrollierten Gebieten beschafft oder fortgeführt worden sind (vgl. Ziffer 11 Nr. 7);

5) Schäden an Forderungen gegen die in § 14 des Umstellungsgesetzes bezeichneten Schuldner (insbesondere Deutsches Reich, Wehrmachtfiskus) und gegen das ehemalige Land Preußen (vgl. Ziffer 11 Nr. 8);

6) Schäden an Ansprüchen aus Geldkonten, die nach einer Wegnahme von Wirtschaftsgütern aus den Erträgen dieser Wirtschaftsgüter gebildet worden sind (vgl. Ziffer 11 Nr. 9);

7) Schäden an Wirtschaftsgütern, die aus Entschädigungszahlungen für frühere Kriegssachschäden beschafft worden waren und im Schadensgebiet durch Kriegseinwirkungen erneut verlorengegangen sind, sofern sie bei Anwendung des § 8 Abs 2 Nr. 4 des Feststellungsgesetzes wegen des erneuten Verlustes außer Betracht geblieben sind (vgl. Ziffer 11 Nr. 10);

8) Schäden, deren Gesamtbetrag 500 RM/DM-Ost/M-Ost nicht erreicht (vgl. Ziffer 11 Nr. 13);

9) Schäden an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen und Anteilsrechten an Kapitalgesellschaften oder an Geschäftsguthaben der Mitglieder von Genossenschaften, bei denen der Schuldner bzw die Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft den Sitz (Wohnsitz) nicht im Schadensgebiet hatten;

10) Schäden an öffentlich-rechtlichen Ansprüchen;

11) Schäden an eigenen Erzeugnissen der Berufsausübung oder der wissenschaftlichen Forschung, soweit diese Erzeugnisse nicht als eigene Erzeugnisse der bildenden Kunst nach der 13 FeststellungsDV den Gegenständen der Berufsausübung gleichgestellt sind;

12) Schäden an literarischen und künstlerischen Urheberrechten, an gewerblichen Schutzrechten, an ungeschützten Erfindungen sowie an Lizenzen an solchen Rechten und Erfindungen, soweit sie nach der Wegnahme nicht im Schadensgebiet verwertet worden sind (vgl. aber Ziff. 10 Nr. 2 e).

14. Eine Antragsfrist besteht zur Zeit nicht Noch nicht verfügbare Beweismittel können nachgereicht oder nachträglich angegeben werden.

Anleitung

zur Ausfüllung der Vermögenserklärung

Vorbemerkungen

Die Vermögenserklärung ist vom Antragsteller eigenhändig – ggf. durch den gesetzlichen Vertreter – zu unterschreiben.

Alle Fragen sind zu beantworten. Nichtzutreffendes ist zu streichen oder in der DM-Spalte mit einem Strich zu versehen.

Reicht der Raum, der in der Vermögenserklärung vorgesehen ist, nicht aus, so sind weitere Angaben auf einer Anlage zu machen.

Ist sich der Antragsteller im Einzelfall darüber im Unklaren, in welche Spalten der Vermögenserklärung er bestimmte Vermögensteile einzusetzen hat, dann sind diese auf einem besonderen Blatt unter näherer Bezeichnung gesondert aufzuführen (Hausrat ist nicht anzugeben).

Die im Feststellungsantrag angemeldeten Schäden sind kein Vermögen und daher in der Vermögenserklärung nicht aufzuführuen.

Die Angaben über das Vermögen sind nach dem Stand zu Beginn des 1. 4. 1949 zu machen, für Vermögen im Bundesgebiet zu Beginn des 21. 6. 1948. Änderungen des Werts des Vermögens, die in der Zeit nach dem Beginn des 1. 4. 1949 eingetreten sind, bleiben außer Betracht. Für die Angaben zur Person und zum Familienstand sind die Verhältnisse zu Beginn des 1. 4. 1949 maßgebend.

Vermögen

a) Allgemeines

Für die Zurechnung zum Vermögen gelten folgende Grundsätze:

Wirtschaftsgüter, die zum Zwecke der Sicherung übereignet sind, werden dem Veräußerer, verpfändete Wirtschaftsgüter werden dem Eigentümer voll zugerechnet. Wirtschaftsgüter, die zu treuen Händen übereignet sind, werden dem Treugeber zugerechnet. Wirtschaftsgüter, die jemand im Eigenbesitz hat, werden dem Eigenbesitzer zugerechnet. Eigenbesitzer ist, wer ein Wirtschaftsgut als ihm gehörig besitzt.

Wirtschaftsgüter, die mehreren zur gesamten Hand zustehen, werden den Beteiligten nach Bruchteilen zugerechnet.

Vermögen, das vor dem 1. 4. 1949 durch Erbschaft oder Vermächtnis erworben worden ist, ist auch dann anzugeben, wenn eine Auseinandersetzung noch nicht stattgefunden hat.

War der unmittelbar Geschädigte am Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft beteiligt, ist ihm sein Anteil am Gesamtgut zuzurechnen.

Wirtschaftsgüter des Inlandsvermögens im Sinne von § 77 BewG (darunter fallen insbesondere das land- und forstwirtschaftliche Vermögen, das Grundvermögen, das Betriebsvermögen sowie dinglich gesicherte Forderungen) in der **sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, im sowjetisch besetzten Sektor Berlins oder im Saargebiet**, die nach dem Vermögensteuerrecht außer Ansatz bleiben, sind auf einer **besonderen Anlage** aufzuführen.

Auslandsvermögen ist auf einer besonderen Anlage mit dem gemeinen Wert der Vermögensgegenstände anzugeben.

Der gemeine Wert eines Wirtschaftsgutes wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Dabei sind alle Umstände, die den Preis beeinflussen, zu berücksichtigen. Ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse sind nicht zu berücksichtigen.

b) Besonderheiten für politisch, rassisch und religiös Verfolgte, denen Vermögensverluste im Zusammenhang mit gegen sie gerichteten Verfolgungsmaßnahmen entstanden sind, sowie für die Erwerber entzogener Wirtschaftsgüter.

Zum Vermögen des Verfolgten[1] gehören auch entzogene Wirtschaftsgüter, die ihm im Rahmen eines Rückerstattungsverfahrens oder eines diesem rechtlich gleichstehenden Vergleichs rückerstattet worden sind, und zwar auch dann, wenn die Rückerstattung erst nach dem 20. 6. 1948 (in Berlin West nach dem 31. 3. 1949) erfolgt ist. Außer dem Wert des rückerstatteten Vermögens gehören hierzu alle sonstigen Leistungen, die der Verfolgte[1] von dem Rückerstattungspflichtigen oder einem Dritten auf Grund des Rückerstattungsverfahrens nach den Alliierten Rückerstattungsgesetzen oder eines rechtlich gleichstehenden Vergleichs erhalten hat oder erhält, ohne Rücksicht auf den Grund der Leistungen, ferner alle **zivilrechtlichen** Ansprüche wegen Schäden an Eigentum, an Vermögen oder wegen Schäden im beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen, soweit sie nicht unter § 68 des Bewertungsgesetzes fallen.

Zu dem Vermögen gehören nicht Ansprüche und Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz und dem Bundesrückerstattungsgesetz.

Außerhalb des Geltungsbereichs des Lastenausgleichsgesetzes belegenes Vermögen des in das Ausland ausgewanderten Verfolgten[1], das dieser nach der Entziehung erworben hat, ist vorbehaltlich der nachstehenden Ausnahmen nicht aufzuführen.

Anzugeben sind in jedem Falle:

im Ausland belegenes Vermögen ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Erwerbs, wenn der Verfolgte[1] immer im Ausland gewohnt hat; dies gilt auch für nach Abschluß der Verfolgungsmaßnahmen im Ausland erworbenes Vermögen,

Vermögenswerte, die der Verfolgte[1] mit Verkaufserlösen als Gegenwert für entzogene Wirtschaftsgüter im In- oder Ausland erworben hat,

Vermögen, das aus dem freien Verkauf von Wirtschaftsgütern erworben wurde, die bereits vor der Zeit der Verfolgungsmaßnahmen dem Verfolgten[1] im In- oder Ausland gehörten,

Vermögenswerte, die sich in einem Ostvertreibungsgebiet befinden und dem Verfolgten[1] vor dem 21. 6. 1948 zurückgegeben worden sind; es sei denn, daß der Verfolgte[1], sein Erbe oder sonstige nahe Familienangehörige über das zurückgegebene Eigentum in keiner Weise verfügen konnten.

Zum Vermögen des Erwerbers (Rückerstattungspflichtigen) gehören nicht die Wirtschaftsgüter, die dieser an den Verfolgten (Rückerstattungsberechtigten) rückerstattet hat. Dagegen sind jedoch Rückerstattungsansprüche des Erwerbers gegen seinen Rechtsvorgänger sowie die weiteren Rückgriffsansprüche der Rechtsvorgänger gegen ihren jeweiligen Rechtsvorgänger als Vermögen anzugeben.

Land und forstwirtschaftliches Vermögen

1. Für die inländischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist der Einheitswert anzugeben, der auf den 1. Januar 1935 oder auf einen späteren Feststellungszeitpunkt (einschl. 1. 1. 1949[2]) festgestellt worden ist. Für Betriebe im Ausland ist der gemeine Wert in Deutscher Mark anzugeben. Erstreckt sich ein Betrieb an der Grenze des Bundesgebietes oder von Berlin West sowohl auf das Inland als auch auf das Ausland, so ist der für den Gesamtbetrieb festgestellte Einheitswert anzugeben.

   Land- und forstwirtschaftliches Vermögen, das im Gebiet der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, im sowjetisch besetzten Sektor Berlins oder im Saargebiet gelegen ist, ist unter Angabe der am 21. 6. 1948 geltenden Einheitswerte gesondert anzugeben.

   Zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen rechnen nicht:

---

[1] — im Falle seines Todes vor dem Schadenseintritt — der als unmittelbar Geschädigter geltende Erbe.
[2] Für im Bundesgebiet belegene land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Grundstücke und gewerbliche Betriebe: 21. Juni 1948.

a) Die bei Beginn des 30. 6. 1948[2] vorhanden gewesenen Zahlungsmittel, Geldforderungen (z. B. ausstehende Forderungen aus dem Verkauf von Getreide, Bankguthaben, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften) und Wertpapiere (z. B. Aktien).

b) Ein Überbestand an umlaufenden Betriebsmitteln, das ist ein größerer Vorrat an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Düngemitteln und sonstigen umlaufenden Betriebsmitteln, als am 30. 6. 1948[2], zur Fortführung des Betriebes bis zum Beginn der Ernte des Jahres 1948 erforderlich war.

Die zu a und b bezeichneten Posten gehören zum „Sonstigen Vermögen", insbesondere zum Kapitalvermögen.

Grundvermögen

2. Hier sind die am 1. 4. 1949[2] vorhandenen Grundstücke anzugeben, die weder dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen noch dem Betriebsvermögen zuzurechnen waren (z. B. Einfamilienhäuser, Mietwohngrundstücke, unbebaute Grundstücke). Hierzu rechnen auch Wohnbauten auf fremden Grund und Boden.

   Für die inländischen Grundstücke ist der Einheitswert anzugeben, der auf den 1. Januar 1935 oder auf einen späteren Feststellungszeitpunkt (einschl. 1. 4. 1949[2]) festgestellt worden ist. Wurde ein Sonderwert auf den 1. 4. 1949 festgestellt, oder wurde eine Grundsteuerbilligkeitsermäßigung wegen Wertminderung für das Kalenderjahr 1948 gewährt, so ist der Sonderwert oder der Grundsteuerbilligkeitswert anzugeben.

   Befand sich ein Grundstück zu Beginn des 1. 4. 1949 im Zustand der Bebauung, so ist dieses Grundstück gesondert aufzuführen.

   Ein besonderer Hinweis ist erforderlich, wenn für eine neue wirtschaftliche Einheit, z. B. eine abgetrennte Bauparzelle, ein Einheitswert noch nicht festgestellt worden ist.

   Für Grundstücke im Ausland ist der gemeine Wert in Deutscher Mark anzugeben. Grundstücke, die in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, im sowjetisch besetzten Sektor Berlins oder im Saargebiet belegen sind, sind unter Angabe der am 21. 6. 1948 geltenden Einheitswerte gesondert aufzuführen.

Betriebsvermögen

3. Hier ist jeder gewerbliche Betrieb, der am 1. 4. 1949[2] von den unmittelbar Geschädigten ausgeübt wurde, anzugeben. Als Gewerbe gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung, z. B. der Bergbau und die Gewinnung von Torf, Steinen und Erden, soweit es sich nicht um einen Nebenbetrieb eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes handelt.

   Dem Betrieb eines Gewerbes steht die Ausübung eines freien Berufs insoweit gleich, als das dem freien Beruf gewidmete Vermögen Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes ist. Als Gewerbe gilt jedoch nicht eine rein künstlerische oder rein wissenschaftliche Tätigkeit. Gegenstände, die der Ausübung einer solchen Tätigkeit dienen, sind unter Abschnitt B 4 m anzugeben.

   Anteile an offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften oder ähnlichen Gesellschaften sind immer Betriebsvermögen des Gesellschafters und von diesem als Vermögensteil anzusetzen.

   Soweit Einheitswerte auf den 1. 4. 1949[2] festgestellt worden sind, sind diese anzugeben. Betriebsvermögen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, im sowjetisch besetzten Sektor Berlins oder im Saargebiet ist gesondert anzugeben.

Sonstiges Vermögen

4. Darunter fallen alle Gegenstände (Wirtschaftsgüter), die nicht zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, zum Betriebsvermögen oder zum Grundvermögen rechnen. Vor allem kommt hier das Kapitalvermögen in Betracht.

5. Kapitalforderungen sind alle Forderungen auf Geld- oder Sachwerte, die auf Geld umgerechnet werden können. Unter den Kapitalforderungen sind auch die Forderungen aus stiller Beteiligung und die durch Hypotheken, Grundschulden und dergleichen gesicherten Forderungen aufzuführen.

   Kapitalforderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert zu bewerten ohne Rücksicht darauf, ob sie eine längere oder kürzere Laufzeit haben. Berliner Uraltkonten, d. h. Reichsmarkguthaben aus der Zeit vor dem Zusammenbruch die erst durch das Gesetz vom 21. 9. 1953 (BGBl. I S. 1439) auf DM umgestellt worden sind, ist ein Wert auf den 1. 4. 1949 nicht beizumessen. Sie sind außer Ansatz zu lassen.

   Auf Grund der Uraltkontenbestimmung von 1949 umgestellte RM-Forderungen sind nach § 12 des II. Vermögensbesteuerungsgesetzes in Berlin vom 9. 3. 1954 für Bewohner von Berlin West zur Ermittlung des Vermögens auf den 1. 4. 1949 mit 50 v. H. des auf Deutsche Mark umgestellten Betrages anzusetzen.

   Bei ausländischen Währungen ist der Umrechnungskurs von 0,30 USA-Dollar zu einer DM zugrunde zu legen. Die Umrechnungskurse sind u. a. abgedruckt in der Anlage 3 der Vermögensteuerrichtlinien 1949 (Steuer- und Zollbl. 1954 Seite 694). Ein Abweichen vom Nennwert, das in jedem Fall begründet werden muß, ist nur dann zulässig, wenn besondere Umstände einen höheren oder niedrigeren Wert begründen. Tatsachen, die in der Person des Geschädigten begründet sind, können nicht als besondere Umstände angesehen werden.

6. Inländische und ausländische Zahlungsmittel (bares Geld), Spareinlagen, Anlagekonten, Bankguthaben, Postscheckguthaben und sonstige lfd. Guthaben sind in voller Höhe des Betrages einzustellen, der sich unter Berücksichtigung der Währungsumstellung von RM in DM ergeben hat. Das gilt auch für die noch gesperrten Beträge (Anlagekonten).

7. Für den Bestand (Anzahl) an Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an inländischen Kapitalgesellschaften (§ 56 des Bewertungsgesetzes) kommt es ausschließlich auf die Verhältnisse am 1. April 1949 an.

   Bis zum 8. Mai 1945 ausgestellte Wertpapiere von Ausstellern im Bundesgebiet und in Berlin West, die sich zuletzt im Girosammeldepot befunden haben, sind besonders als solche zu kennzeichnen.

   Wertpapiere von Ausstellern im Bundesgebiet und in Berlin West, die sich zuletzt im Streifbanddepot außerhalb des Bundesgebietes befunden haben, aber bei Bankinstituten des Bundesgebietes und von Berlin West als Erstverwahrer gebucht sind, sind ebenfalls als solche besonders zu kennzeichnen. Auch bis zum 8. Mai 1945 ausgestellte Wertpapiere von Ausstellern im Währungsgebiet und in Berlin West, für die die vorstehenden Ausführungen nicht zutreffen und für die Lieferbarkeitsbescheinigungen nach den „Richtlinien für die Bescheinigung der Lieferbarkeit von Wertpapieren" oder die entsprechenden Besitzerzeugnisse in Berlin West nicht erteilt worden sind und auch nicht mehr erteilt werden können (§ 11 Abs. 1 Ziff. 4 / II. Vermögenbesteuerungsgesetz), sind besonders als solche zu kennzeichnen. Es wird sich hierbei hauptsächlich um vernichtete oder verlorene Wertpapiere handeln.

   In jedem Falle ist immer die Ordnungsnummer des Wertpapiere, soweit vorhanden, einzutragen.

8. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sind mit dem Nennbetrag in Deutscher Mark anzusetzen.

9. Hier sind alle noch nicht fälligen Ansprüche aus Lebensversicherungen, Kapitalversicherungen oder Rentenversicherungen einzusetzen, die am 1. April 1949 bestanden haben. Derartige Ansprüche sind grundsätzlich mit ⅔ der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeiträgen zu bewerten. Soweit es sich um noch nicht fällige Ansprüche aus der Zeit vor der Währungs-

2) Für im Bundesgebiet belegene land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Grundstücke und gewerbliche Betriebe: 21. Juni 1948.

reform handelt, sind sie mit 6 v. H. des Unterschiedsbetrages der alten RM-Versicherungssumme und der umgestellten DM-Versicherungssumme zuzüglich ⅔ der nach der Währungsreform bis zum 31. 3. 1949 eingezahlten Prämien oder Kapitalbeträge zu bewerten.

   Ist der Gesamtbetrag der alten RM-Versicherungssummen nicht höher als 75 000,— RM, so sind nur die Spalten 1—3 unter Abschnitt B Nr. 4 d auszufüllen. Eine Ermittlung des Wertes auf den 1. 4. 1949 ist in diesen Fällen nicht erforderlich.

10. Hier sind alle Rechte auf Nießbrauch, Renten und andere wiederkehrende Nutzungen und Leistungen anzuführen, die dem Berechtigten auf Lebenszeit oder auf die Lebenszeit einer anderen Person, auf unbestimmte Zeit oder auf die Dauer von mindestens 10 Jahren gewährt werden.

    Der einjährige Betrag der Nutzung einer Geldsumme ist, wenn kein anderer Wert feststeht, zu 5½ v. H. anzunehmen. Nutzungen oder Leistungen, die nicht in Geld bestehen (Wohnung, Kost, Waren und sonstige Sachbezüge), sind mit den üblichen Mittelpreisen des Verbrauchsortes anzusetzen. Bei Nutzungen und Leistungen, die in ihrem Betrag ungewiß sind oder schwanken, ist als Jahreswert der Betrag zugrunde zu legen, der in Zukunft im Durchschnitt der Jahre voraussichtlich erzielt werden wird.

11. Hier sind nur unverarbeitete und ungefaßte Egelmetalle, Edelsteine und Perlen mit dem gemeinen Wert vom 1. 4. 1949 aufzuführen, soweit sie nicht unter Nr. 12 dieser Anleitung fallen.

12. Hierunter fallen Gegenstände aus edlem Metall (z. B. Tafelsilber), Schmuckgegenstände (z. B. Ringe, Ketten) und Luxusgegenstände (z. B. wertvolle Teppiche, Vasen), wenn ihr gemeiner Wert insgesamt 10 000 DM übersteigt.

    Luxusgegenstände sind auch dann anzugeben, wenn sie zur Wohnungsausstattung gehören. Zum sonstigen Vermögen gehören als Luxusgegenstände auch besonders wertvolle Personenkraftwagen und Segeljachten sowie Flugzeuge und Motorjachten. Bei den Personenkraftwagen sind insbesondere alle nicht in Serienfabrikation hergestellten Fahrzeuge anzugeben. Außerdem sind grundsätzlich alle ausländischen Fabrikate anzugeben, die im Anschaffungspreis nicht den durchschnittlichen deutschen Serienfahrzeugen entsprechen.

13. Hierunter fallen Kunstgegenstände und Sammlungen (z. B. Briefmarken- und Münzsammlungen), wenn ihr gemeiner Wert insgesamt 10 000 DM übersteigt. Nicht zum sonstigen Vermögen gehören dagegen Kunstgegenstände ohne Rücksicht auf den Wert, wenn sie von deutschen Künstlern geschaffen sind, die noch leben oder seit nicht mehr als 15 Jahren verstorben sind.

14. Hier sind alle Gegenstände (Wirtschaftsgüter) des sonstigen Vermögens anzugeben, die nicht unter 4 a bis k der Erklärung fallen, insbesondere:

    a) Urheberrechte, geschützte und nichtgeschützte Erfindungen (Patente, Rechte an Gebrauchsmustern, Warenzeichen, Geheimverfahren, nicht eingetragene Erfindungen).

       Davon gehören jedoch nicht zum sonstigen Vermögen:

       aa) Werke der bildenden Kunst, des Schrifttums und der Tonkunst,

       bb) Urheberrechte an solchen Werken,

       cc) nichtgeschützte Erfindungen, wenn sie dem Urheber oder im Fall seines Todes seiner Ehefrau oder seinen Kindern zustehen.

       Sind die Urheberrechte oder die nichtgeschützten Erfindungen einem Dritten gegen die Verpflichtung zur einmaligen oder wiederholten Zahlung fester Beträge (Lizenzen) auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zur Ausnutzung überlassen, so gehören sie dagegen zum sonstigen Vermögen;

    b) Der Überbestand an umlaufenden Betriebsmitteln eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes (§ 29 Abs. 2 Nr. 3 des Bewertungsgesetzes);

    c) Wirtschaftsgüter, die einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb oder einem gewerblichen Betrieb zu dienen bestimmt waren, tatsächlich aber am 1. April 1949[2] einem derartigen Betrieb des Eigentümers nicht dienten. Darunter fallen auch Gewerbeberechtigungen (z. B. Apothekengerechtigkeiten, Fährgerechtigkeiten, Abdeckereigerechtigkeiten, Mineralgewinnungsrechte), die nicht zu einem gewerblichen Betrieb des Berechtigten gehören;

    d) Wirtschaftsgüter, die Gewerbetreibenden außerhalb ihres Gewerbebetriebs oder Nichtgewerbetreibenden gehören, soweit den Umständen nach anzunehmen ist, daß sie dazu bestimmt sind, zum Verkauf, zum Tausch oder zu ähnlichen Zwecken verwendet zu werden (nichtgewerbliches Vorratsvermögen).

    Die unter Buchstaben c und d fallenden Wirtschaftsgüter gehören nicht zum sonstigen Vermögen, wenn ihr Wert insgesamt je 1000 DM nicht übersteigt.

    Die unter Abschnitt 4 l fallenden Wirtschaftsgüter sind mit dem gemeinen Wert vom 1. April 1949 anzusetzen.

15. Hierzu rechnen Gegenstände, die für die Berufsausübung oder wissenschaftliche Forschung erforderlich sind und nicht zum Betriebsvermögen gehören. Als Wert dieser Gegenstände auf den 1. 4. 1949 ist der Anschaffungspreis abzüglich einer angemessenen Abschreibung, mindestens jedoch der gemeine Wert am 1. 4. 1949 anzusetzen.

Schulden und sonstige Abzüge

16. Hier kommen die bei Beginn des 1. April 1949[2] vorhandenen Schulden in Betracht. Diese Schulden sind einzeln aufzuführen. Zu ihnen gehören insbesondere Hypothekenschulden, Grundschulden und Darlehensschulden, jedoch grundsätzlich mit Ausnahme solcher, für die ein Rückgriffsrecht (z. B. aus einer Bürgschaft) gegen eine dritte Person bestand. Schulden, zu deren Erfüllung außer dem unmittelbar Geschädigten noch andere Personen verpflichtet sind (wie z. B. bei Hypothekenschulden auf Grundstücken, die mehreren Miteigentümern gehören), dürfen grundsätzlich nur mit dem Anteil abgezogen werden, der auf den unmittelbar Geschädigten entfällt.

    Schulden, die mit Gegenständen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, die nicht zum steuerpflichtigen Vermögen gehören, dürfen nicht aufgeführt werden (z. B. Schulden im Zusammenhang mit Erwerb von Hausrat).

    Schulden sind mit dem Nennbetrag anzusetzen. Schulden aus der Zeit vor der Währungsumstellung sind mit dem umgestellten Nennbetrag anzusetzen.

17. Die Hypothekengewinnabgabe ist mit ihrem Wert vom 25. 6. 1948[3] anzusetzen (vgl. II Nr. 14 des Hypothekengewinnabgabebescheides).

18. Die Sorforthilfesonderabgabebeträge, die nach § 48 Abs. 2 Nr. 2 LAG nicht auf die Vermögensabgabe anzurechnen sind, sind abzugsfähig. Es handelt sich um die Beträge, die nach einem Abgabesatz von 15 v. H. bemessen worden sind und auf betriebsfremde (branchenfremde) Wirtschaftsgüter oder auf nichtgewerbliches Vorratsvermögen entfallen.

19. Zu den Schulden gehören auch Nachzahlungsverpflichtungen, Nutzungsentschädigungen sowie die Kosten des Rückerstattungsverfahrens, die einem Erwerber (Rückerstattungspflichtigen) als Folge des Rückerstattungsverfahrens auferlegt worden sind.

2) Für im Bundesgebiet belegene land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Grundstücke und gewerbliche Betriebe: 21. Juni 1948.
3) Bei Schulden, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben oder Grundvermögen im Bundesgebiet stehen: 21. Juni 1948.

DIE WIEDERGUTMACHUNG

No. 276 — 17. Mai 1968 Ein Wegweiser für alle, die es angeht Erscheint alle 14 Tage

Zum Berufsschaden der Ehefrau

Von HEINZ KURT FABIAN

Der Bundesgerichtshof hat unter Modifizierung seiner früheren Rechtssprechung (Beschluss vom 31. 5. 1967-IV ZB 644/66 und RzW 1960, 388 Nr. 50) in einem Urteil vom 14. Februar 1968-IX (IV) ZR 205/66- ausgesprochen, dass auch eine Ehefrau, die in sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebte, ihre Arbeitskraft im Sinne des Par. 65 BEG genutzt hat, wenn sie im Geschäft ihres Vaters eine Halbtagsbeschäftigung gegen angemessene Bezahlung ausgeübt hat.

Der Sachverhalt war folgender: Die Klägerin besuchte das Lyzeum und anschliessend zwei Jahre eine Frauenschule und nahm dann an einem knapp drei Monate dauernden Kurs einer kaufmännischen Privatschule teil; anschliessend arbeitete sie im Büro ihres Vaters, um sich Kenntnisse auf dem Gebiet der Buchführung, der Stenografie und des Maschinenschreibens anzueignen. Ende 1929 heiratete die Klägerin den Rechtsanwalt und Direktor der Commerz- und Privatbank W. Im Jahre 1937 wanderte die Klägerin in die USA aus, wo sie noch heute erwerbstätig ist.

Zu ihrem Berufsschadenanspruch hat die Klägerin angegeben, sie habe bis zur Aufgabe des Geschäfts ihres Vaters bei diesem als Sekretärin gearbeitet; Das Geschäft habe im Dezember 1937 veräussert werden müssen; damit habe sie ihre Stellung verloren. Sie habe auch nach ihrer Heirat regelmässig im Geschäft ihres Vaters weitergearbeitet, dort die Buchhaltung gemacht und Diktate aufgenommen; sie sei täglich mindestens von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr und bei grossem Arbeitsanfall auch nachmittags im Geschäft tätig gewesen; sie habe hierfür in dem Geschäft, das sie vielleicht einmal hätte übernehmen, monatlich 200.00 bis 250.00 RM erhalten. Bei den Entschädigungsorganen hat die Klägerin mit ihrem Entschädigungsanspruch keinen Erfolg gehabt.

Der Bundesgerichtshof hat die Vorentscheidungen, die den Anspruch verneint haben, aufgehoben, und zwar mit folgender Begründung: Anspruch auf Entschädigung für Schaden im beruflichen Fortkommen besteht, wenn der Verfolgte in der **wirtschaftlichen** Nutzung seiner Arbeitskraft geschädigt worden ist.

Eine wirtschaftliche Nutzung der Arbeitskraft kann aber nicht mit der Begründung verneint werden, die Verfolgte sei so gut verheiratet gewesen, dass sie es nicht nötig gehabt habe, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, und dass es in den sozialen Kreisen, denen sie angehört habe, auch nicht üblich gewesen sei, einer solchen nachzugehen. — Man kann auch nicht ausschliesslich auf die Motive abstellen, aus denen die Verfolgte tätig war. In dem hier zu entscheidenden Falle kommt es im wesentlichen auf die tatsächlichen Umstände an.

Es muss berücksichtigt werden, dass die Klägerin regelmässig den ganzen Vormittag im Geschäft ihres Vaters tätig war und dort gelegentlich auch noch nachmittags Arbeit leistete. Sie bekam dafür eine dieser Arbeit angemessene Entlohnung von 200.00 bis 250.00 RM monatlich. Es mag sein, dass dieses Entgelt für die Klägerin in Anbetracht ihrer sehr guten wirtschaftlichen Verhältnisse nur ein Taschengeld war, und es mag auch sein, dass der Grund für ihre Tätigkeit im väterlichen Geschäft nicht der Wunsch war, sich ein solches Taschengeld zu verdienen. Entscheidend ist, dass die Klägerin mindestens in dem Umfange tätig war, wie es eine halbtäglich beschäftigte Arbeitskraft ist, und dass sie für diese Tätigkeit ein durchaus angemessenes Entgelt entgegennahm.

Damit hat sie ihre Arbeitskraft wirtschaftlich genutzt. Abgesehen davon wäre eine solche Nutzung der Arbeitskraft gleichfalls anzunehmen, wenn die Klägerin in dem Geschäft ihres Vaters, wie sie es behauptet, tätig gewesen ist, um damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Geschäft in späterer Zeit einmal auf sie überging.

Auch dies erscheint als eine beachtliche Nutzung der Arbeitskraft, und es konnte auch für die Klägerin in ihren sehr günstigen Verhältnissen wirtschaftlich durchaus von hohem Interesse sein, einmal das Geschäft ihres Vaters zu übernehmen. Dabei kam es nicht darauf an, in welcher Weise sie das Geschäft dann später genutzt hätte.

In Fällen der hier vorliegenden Art kann es sein, dass eine aus ihrer Stellung verdrängte Verfolgte nach Par. 92,75 BEG deswegen keine Entschädigung bekommt, weil sie unter Berücksichtigung des Einkommens ihres Ehemannes noch immer nachhaltig eine ausreichende Lebensgrundlage gehabt hat. So lag es hier aber nicht: denn die Klägerin musste mit ihrem Ehemann zusammen im Jahre 1937 auswandern. Auch er verlor damit sein bisheriges Einkommen.

Aus diesen Gründen hat der Bundesgerichtshof angenommen, dass ein Berufsentschädigungsanspruch gegeben sein kann.

Vortrag Professor Venzlaffs in New York

Kürzlich veranstaltete die Association of Former European Jurists in New York einen Vortrag des bekannten Psychiaters, Oberarzt der psychiatrischen Universitätsklinik in Göttingen, Prof. Dr. Ulbrich Venzlaff, zum Thema "Grundlagen der Begutachtung psychischer Schäden und Krankheiten, eingetreten durch die Nazi-Verfolgung".

Prof. Venzlaff ist einer der führenden deutschen Psychiater, der auf dem Forschungsgebiet der "Psychiatrie der Verfolgten" Hervorragendes geleistet hat. Seine erste Arbeit über Neurosen wurde vor 11 Jahren in "Nervenarzt" veröffentlicht. Ein Jahr später veröffentlichte er "Die psychoreaktiven Störungen nach entschädigungspflichtigen Ereignissen". Das ist wohl das erste Werk auf dem Gebiete der "Psychiatrie der Verfolgten".

Die Versammlung, die von vielen Juristen und Ärzten besucht war, wurde von dem Präsidenten der Association, R. A. Oscar Kahn, eröffnet, der in seiner Einführung die Wichtigkeit der Problematik, die hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen des Vortragenden und seine positive Einstellung zum gesamten Entschädigungsprogramm betonte.

Prof. Venzlaff behandelte drei Probleme der Schlussgesetzgebung, die sogenannte "Angleichung", die Ein-Jahr-K.Z.-Klausel und die Ungewissheit über die Ursache des Leidens. Nach Ansicht des Vortragenden wird die Angleichungsvorschrift von den Verwaltungsbehörden besonders restriktiv ausgelegt. Prof. Venzlaff hat jedoch, wenn auch bisher nur in einigen Fällen, die Erfahrung gemacht, dass die Gerichte bei der Frage, ob eine Angleichung überhaupt stattfinden kann, grosszügig verfahren. Hierbei kann er sich auf den Text des Gesetzes stützen, der eine erneute Entscheidung zulässt, wenn der Anspruch auf Rente für Schaden an Gesundheit aus **medizinischen** Gründen im vollen Umfang abgelehnt worden ist. Es steht jedoch nicht einwandfrei fest, ob und ab wann sich die medizinische Wissenschaft geändert hat.

Venzlaff betonte, dass die Ein-Jahr-K.Z.-Klausel (Par. 31 II) vielen Verfolgten zur Erlangung der Entschädigung verhelfen wird, da ihre Ansprüche sonst wegen der Schwierigkeit, Brückensymptome nachzuweisen, nicht durchsetzbar wären. Er glaubt, dass, jedenfalls soweit psychiatrische Schäden in Betracht kommen, in aller Regel die Vermutung des Par. 31 Abs. 2 nicht widerlegt werden könne.

Prof. Venzlaff ist einer der Gefahr des Art. IV Abs. 5 Satz 2 aufmerksam, nämlich dass die Entschädigungsbehörden an die früheren tatsächlichen Feststellungen gebunden sind. Er ist der Meinung, dass die Gerichte von dieser Bestimmung dann eine Ausnahme machen werden, wenn die früheren tatsächlichen Feststellungen offenbar unzulänglich oder widerspruchsvoll sind.

Soweit es sich um den Härteausgleich handelt, der gewährt werden kann, wenn die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs deshalb nicht festgestellt werden kann, weil über die Ursache des Leidens in der ärztlichen Wissenschaft Ungewissheit besteht, glaubt Prof. Venzlaff, dass von dieser Vorschrift nicht allzuviel zu erwarten sei. Erstens handele es sich nur um eine Kann-Vorschrift. Zweitens kann eine "Ungewissheit" eigentlich bei allen Krankheiten bestehen. Deshalb richtet man sich nach einem Katalog von Krankheiten, der für die Kriegsopferversorgung aufgestellt worden ist. Die in diesem Katalog erwähnten Krankheiten kommen bei den Verfolgten — mit Ausnahme der Multiple Sklerose — nur selten vor.

An den Vortrag schloss sich eine Diskussion an, bei der Prof. Venzlaff viele Fragen beantwortete. Der Vortrag zeigte, welche Unklarheiten noch heute bei der Bearbeitung von Gesundheitsschäden vorhanden sind. Zur Klärung dieser Frage hat der Vortragende einen wertvollen Beitrag geleistet.

Gr.

Leistungsgesetz zum Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vom 22. V. 1965 in Sicht

In der Wiedergutmachungsbeilage vom "Aufbau" wurde bereits über das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz betreffend Vermögenschäden in der Sowjetzone Deutschlands und im Ostsektor von Berlin vom 22. 5. 65 (BFG) berichtet. Es wurde besonders darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem Gesetz nur um ein Provisorium handelt, um eine "lex imperfecta", d. h. um ein Gesetz, das neben der Beweissicherung im besten Falle eine Feststellung von Ansprüchen ermöglicht, eine Befriedigung derselben aber nicht gewährt. Diese wird vielmehr gemäss Par. 2 BFG einer künftigen Gesetzgebung vorbehalten. Bei Erlass des BFG hatte die Bundesrepublik auch offenbar noch nicht die Absicht, dem BFG in kurzer Zeit das Leistungsgesetz folgen zu lassen. Dies zeigt die Begründung zum schriftlichen Bericht des Ausschusses für den Lastenausgleich, wo es u. a. heisst: "Der Zweck des BFG ist, den Geschädigten Beweise für die in der Zone verursachten Schäden zu sichern, diese in ihren Werten festzustellen, um den Betreffenden damit die Beweismittel zur Wahrung ihrer Rechte zu geben."

Diese Situation hat sich in der jüngeren Vergangenheit grundlegend geändert. Auf Drängen der ostzonalen Flüchtlinge haben die massgebenden Minister und auch der Bundeskanzler die Schaffung eines Leistungsgesetzes zum BFG für die ostzonalen Schäden zugesagt.

Dieses 20. Änderungsgesetz hat nicht das geringste mit dem erst zu erwartenden Leistungsgesetz für ostzonale Ansprüche zu tun. Das 20. Änderungsgesetz ist keineswegs identisch mit dem zugesagten Leistungsgesetz zum BFG. Es bezieht sich vielmehr auf die von jeher schon bestehenden Ansprüche nach dem seit 1952 in Kraft befindlichen LAG nebst dem dazugehörigen alten Feststellungsgesetz; es enthält in keiner Weise irgendwelche Regelungen über die Befriedigung der nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vom 22. 5. 65 festgestellten Ansprüche.

Wenn auch über das Vorliegen des Regierungsentwurfs zu einem Leistungsgesetz zum BFG zurzeit noch nichts bekannt ist, bedeutet doch die obenerwähnte Zusage der zuständigen Minister und des Bundeskanzlers für die Ostgeschädigten einen entscheidenden, grossen Schritt vorwärts. Der Erlass des Leistungsgesetzes ist nicht mehr, wie bisher, "ad calendas Graecas" vertagt, sondern bereits in nahe Sicht gerückt. Dieser Umstand sollte den nach dem BFG berechtigten Ostgeschädigten Anlass geben, ihre bisherige lethargische Haltung gegenüber dem BFG zu ändern. Die übergrosse Mehrzahl der Berechtigten hat nämlich von den ihnen durch das BFG gewährten Rechten und Möglichkeiten bisher noch keinen Gebrauch gemacht. Der Grund hierfür ist offenbar darin zu suchen, dass für diese Gruppe Geschädigter das BFG — zunächst wenigstens — nur platonische Bedeutung hatte, weil es von einer Befriedigung der festgestellten Ansprüche ausdrücklich absieht. Nunmehr, da das Befriedigungsgesetz in Sicht ist, sollten aber die Berechtigten, die bisher in der Antragsstellung säumig waren, daran denken, ihre Anträge nach dem BFG zu stellen und hierdurch die Erfüllung ihrer durch die bevorstehende Gesetzgebung realisierbar werdenden Ansprüche zu sichern. Ein weiteres Zögern könnte sich schon wegen der Gefahr des Verlustes jetzt noch vorhandener Beweismittel unheilvoll auswirken. Es handelt sich immerhin um aussichtsreiche Ansprüche nicht unerheblichen Umfanges.

Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, dass die Durchführung der BFG-Verfahren in manchen Fällen zunächst auf gewisse Schwierigkeiten stossen kann. Der zeitlich grosse Abstand vom Schadenseintritt bis zur Gegenwart bringt es mit sich, dass z. B. durch den Tod von Zeugen und durch Abhandenkommen von Urkunden etc. Beweismittel verlorengegangen sind. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die Behörden und Gerichte der DDR grundsätzlich Auskunft, Hilfe und Kooperation in Fällen verweigern, die mit Wiedergutmachungsansprüchen auch nur im losesten Zusammenhang stehen.

(Fortsetzung auf Seite 26)

Veränderungen beim Bundesgerichtshof

Für Entschädigungssachen nach dem BEG war ursprünglich beim Bundesgerichtshof der IV. Zivilsenat zuständig, der gleichzeitig auch Revisionsinstanz für alle Ehe- und Familienrechtssachen war. Die zunehmende Überlastung dieses Senats hat dazu geführt, dass zwischen Revisionsbegründung und Terminsanberaumung zur Zeit ein Zeitraum von 18 bis 20 Monaten liegt. Wenn, um die Zulassung der Revision zu erreichen, noch eine Zulassungsbeschwerde voranging, so erfordern Beschwerdeverfahren und Revisionsverfahren einen Zeitraum von fast 2½ Jahren, bis das Urteil des BGH vorliegt.

Man ist sich beim BGH darüber im Klaren, dass dieser Zustand nicht länger haltbar ist. Wenn ein mit der Klage geltend gemachter Anspruch gerechtfertigt ist, lässt es sich nicht vertreten, dass der Revisionskläger über zwei Jahre lang auf die Entscheidung seines Prozesses warten muss. Nach einem Beschluss des Präsidiums des Bundesgerichtshofs vom 29. 1. 1968 führt der bisherige IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs ab 1. 3. 1968 die Bezeichnung IX. Zivilsenat. Der IX. Zivilsenat ist nur noch für Entschädigungsansprüche nach dem BEG sowie für Rückerstattungssachen — soweit nicht eine Zuständigkeit der Rückerstattungsgerichte gegeben ist — zuständig.

Dadurch, dass der Entschädigungssenat nicht mehr — wie der frühere IV. Zivilsenat — auch für Ehe- und Familiensachen zuständig ist, soll eine Entlastung des durch die überaus zahlreichen Revisionszulassungsbeschwerden und durch die vielen Revisionen überlasteten Senats herbeigeführt werden.

Wie verlautet, sind zwei Mitglieder des Senats selber Verfolgte im Sinne des BEG.

W. Brunn, Berlin

Alle diese Schwierigkeiten sind aber keineswegs unüberwindlich. Es gibt Beweisquellen, die, wenn sie sachgemäss ausgeschöpft werden, die Geschädigten gleichwohl zum erstrebten Ziele führen werden. So ist z. B. greifbares Beweismaterial, wie Telefonbücher, Adressbücher, auch Grundbücher aus der Sowjetzone nach dem Westen teilweise verlagert worden. Als Beweisquellen kommen weiterhin in Frage die "Dachorganisation der Sowjetzonen-Flüchtlinge, Landesverband Nordrhein-Westfalen" in Sohlingen-Ohligs, Bahn Strasse 6, die "Vereinigung sowjetzonaler Flüchtlingsverbände Nordrhein-Westfalen" in Düsseldorf, Jürgenplatz 58 etc. Als Informationsquellen sind weiter zu nennen: "Das geheime Staatsarchiv" in Berlin-Dahlem, auch das "Institut für Weltwirtschaft" in Kiel.

Auch die in Israel bestehenden Ostzonalen Landsmannschaften, wie z. B. Verband der Dresdner, Verband der Leipziger etc. werden den Geschädigten durch Auskünfte nützlich werden können. Es sei in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen, dass eine in Israel bestehende Arbeitsgemeinschaft von gemeinnützigen Verfolgtenverbänden im Hinblick auf das BFG und das kommende Leistungsgesetz kürzlich beschlossen hat, in Kooperation mit in Deutschland bestehenden gleichartigen Arbeitsgemeinschaften eine besondere Forschungsstelle zur Auffindung von benötigtem Beweismaterial ins Leben zu rufen.

Bereits aus vorstehendem ist ersichtlich, dass man eventueller zunächst auftretender Beweisschwierigkeiten letzten Endes doch wird Herr werden können; ein zusätzlicher Grund für die Berechtigten, um nunmehr aus ihrer bisherigen Inaktivität herauszutreten.

H. Knopf

Nachtrag

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. 3. 68 erschien die nachfolgende wichtige Notiz, die sich mit der Antragsstellung nach den vorerwähnten Gesetzen beschäftigt. Sie lautet:

"Anträge wegen Vermögensschäden

Seit 1965 kann die Feststellung und Beweissicherung von Vermögensschäden in der sowjetischen B e s a t z u n g s z o n e Deutschlands und dem Sowjetsektor von Berlin nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz beantragt werden. Viele Berechtigte haben den Antrag noch nicht gestellt. Das Bundesausgleichsamt empfiehlt, von dem Antragsrecht so früh wie möglich Gebrauch zu machen. Wer die Antragsstellung unterlässt, kann bei der Gewährung von Leistungen erhebliche Nachteile haben, wenn Beihilfen und Darlehen aus dem Härtefonds oder nach dem Flüchtlingshilfegesetz in B e t r a c h t kommen, oder wenn es künftig vielleicht zu weitergehenden Ansprüchen kommt."

Von Bedeutung ist, dass die vorerwähnte Mitteilung auch durch die gesamte deutsche Presse gegangen ist und auch im deutschen Rundfunk bekanntgegeben wurde.

Dies vorausgeschickt, wird hiermit nochmals den in Frage kommenden Ostzonen-Geschädigten dringend geraten, ihre Anträge ehemöglichst zu stellen.

H. K.

Tätigkeit der Bibliothek "Germania Judaica"

Die "Germania Judaica" Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e. V., bereitet für den Frühsommer 1968 die 6. Ausgabe ihrer "Arbeitsinformationen über Studienprojekte auf dem Gebiet der Geschichte des deutschen Judentums und des Antisemitismus" vor.

Wie in den vergangenen Jahren möchte die Bibliothek in den "Arbeitsinformationen" e i n e n Überblick geben über die zur Zeit laufenden Forschungsarbeiten und Studienvorhaben auf dem Gebiet der jüdisch-nichtjüdischen Beziehungen in Deutschland und — über die im Titel gegebene Begrenzung auf deutsches Judentum hinaus — zur Entstehung und zu den gegenwärtigen Problemen des Staates Israel. Erfasst werden sollen auch diesmal wissenschaftliche Untersuchungen, deren Veröffentlichung in Buch- odere Zeitschriftenform geplant ist, Dissertationen und Staatsexamensarbeiten.

Die "Germania Judaica" (Köln, Hansaring 97) erbittet Hinweise und Adressen von Wissenschaftlern, Publizisten und Studenten, die zur Zeit ein Thema aus dem oben gekennzeichneten Bereich bearbeiten, um ihnen einen Fragebogen zuschicken zu können.

AUS DEN GEMEINDEN

Congregation Habonim, 44 West 66th Str. Friday, May 17, 8.30 PM., Sat. May 18, 10.15 AM., Friday May 24, 8.30 PM., Sat. May 25, 10.15 AM.

Mizpah Temple, 87-11 Whitney Ave., Elmhurst, N. Y., Friday, May 17th, 8.30 PM. Sat. May 25, 10.15 AM.

American Jewish Congregation, 257 West 93 St. Friday May 17, 8:15 PM. Sat. May 18, 10 AM. Fri. May 24, 8:15 PM. Sat. May 25, 10 AM.

Congregation Adath Machsike Hadath, 240 West 98 St. Friday May 17, 7:15 PM. Shabbos 9 AM. Sermon 11 AM. Mincha 8 PM. Maariv 8.57 PM. Friday May 24, 7:15 PM. Shabbos 9 AM. Sermon 11 AM. Mincha 8:10 PM. Maariv 9:03 PM. Sunday 8 AM.

Congregation Ramath Orah, 550 W. 110 St. Fri. May 17, 8 PM. Sat. May 18, Emor, 9 AM. Minha 7:45, Shiur 6:45, 8:15; concl. 8:57 PM. Wkdays 7 AM., 8 PM.; Sun. 8:00 AM. Fri. May 24, 8 PM. Sat. May 25, 9 AM.; Minha 7:45; Shiur 6:45, 8:15; concl. 9:03 PM. — Weekd. 7 AM., 8 PM.

Congregation Sichraun Kedaushim, 610 West 149th St., Donnerstag, 16. Mai, Lag b'Aumer, Freitag, 17. Mai, Schabbos-Eing.: 7.30 PM., Schabbos, Schaharis: 9 AM. Minchoh: 8 PM., Schabbos-Ausg.: 8.57 PM., Freitag, 24. Mai, Schabbos-Eing.:: 7:30 PM. Schabbos, Schaharis: 9 AM., Minchoh: 8 PM., Schabbos-Ausg.: 9.03 PM., Dienstag, 28. Mai, Rausch Chaudesch Sivan, Wochentags (in Yeshiva Haichel Hatorah), Schaharis: 6.30 (Sonntags 8) AM., Maariv: 9.05 PM.

Cong. Avavath Torah v'Tikvoh Chadoshoh of Wash. Heights, Inc. 23 Fort Washington Ave., Schabbos 18. Mai, Parshas Emaur. Schabbos-Eing. 7, Schachris 8.30, Minchah 8.15, Maariv u. Schabbos-Ausg. 9, Schabbos 25. Mai, Parshas B'har-B'chukausay, Schabbos-Eing. 7, Schachris 8.30, Neumond-Verk. Minchah 8.25, Maariv u. Schabbos-Ausg. 9.10, So. Schachris 8, Wochentags 7, Minchah u. Maariv jeweils 25 Minuten vor Nacht. Office hours So 10-12, Mon.-Donn. 10-12, 4-6.

Congregation Emes Wozedek, Audubon Hall, 166. Str. & Broadway, Freitag 7 PM., Samstag 9 AM.: Predigt Rabb. Dr. Max Koppel, Sonntag 9-12: Sprechstunde, Täglich 3-6 Unterricht, Andachten: 6.30 AM., 7 PM.

Congregation Agudas Yeshorim, 4046 Broadway (Ecke 171. Str.) Freitag 17. Mai 7.15 PM., Sonnab. 8.30 AM., Shiur 7.50, Mincho 8.20, Ausgang 8.57. Freitag 24. Mai 7.15 PM., Sonnab. 8.30 AM. Shiur 8. Mincho 8.30, Ausgang 9.03. Sonntag 7.30 AM., 8.30 PM. Werkt. 6.15 AM., 8.30 PM.

Congregation Shaare Hatikvah, 711 W. 179 St. Friday May 17, 7:15 PM. Shabbos, May 18, Hashkomo 6:45 AM. Main service 8:30 AM. Children: 9:45 AM. Minchoh 8 PM. Maariv 8:56 PM. Sun. 7:30 AM., 8:25 PM. Mon.-Fri. 6:30 AM. 8:25 PM. Friday 7:15 PM. Shabbos, May 25: Hashkomo 6:45 AM. Main service 8:30 AM. Youth: 9 AM. Children: 9:45 AM. Minchoh 8:05 PM. Maariv 9:03 PM., Sun. 7:30 AM., 8:30 PM. Mon.-Thurs. 6:30 AM. (except Thursday 7:30 AM.) and 8:30 PM. Monday also 12:45 PM.

Congregation Beth Hillel of Washington Heights, 571 West 182 St. Friday, May 17, 7:30 PM., Sat., May 18, 9 AM. Mincha 8:20 PM., End 8:50 PM. Fri., May 24, 7:30 PM. Sat., May 25, 9 AM., Mincha 8:30 PM., End 8:57 PM. Weekdays: Sun 8 AM., Mon-Fri 7 AM., 7:15 PM.

Congregation Machane Chodosh, 1032 Carroll St., Brooklyn, N. Y. — Friday, May 17, 7 PM. Shabbath, May 18, 8:30 AM. Mishna Class 7:40 PM. Minchah 8:10 PM. Perek IV Concl. 8:54 PM. Sunday, May 19, 7:45 AM.-8PM. Friday, May 24, 7 PM. Shabbath, May 25, 8:30 AM. (Bar Mitzvah) M'vorchim Hachodesh Sivan, Mishna Class 7:45 AM. Minchah 8:15 PM. Perek V. Concl. 9 PM. Sunday, May 26, 7:45 AM.-8PM. Weekdays: 7 AM., 8 PM.

Der Wochenabschnitt

"Emor"

"Und nehmt euch am ersten Tag: Prächtige Baumfrucht, Palmenzweige und Zweige von dichtbelaubten Bäumen und Bachweiden, und freut euch vor dem Ewigen, eurem Gott, sieben Tage" (Leviticus 23,40).

Fromme Sage berichtet:

"Prächtige Baumfrucht" ist ein Symbol für Israel. Wie denn? Gerade so wie der Ethrog wohlschmeckend ist und angenehm duftet, so gibt es auch Menschen in Israel, die durch rechtes Wissen und rechtes Tun sich auszeichnen. "Palmenzweige" deuten ebenfalls auf Israel hin. Wie denn? Gerade so wie die Palme wohlschmeckend ist, jedoch des angenehmen Duftes entbehrt, so gibt es auch Menschen in Israel, die zwar durch rechtes Wissen, aber nicht durch rechtes Tun sich auszeichnen.

Auch "Zweige von dichtbelaubten Bäumen" beziehen sich auf Israel. Wie denn? Genau so wie die Myrte zwar angenehm duftet, aber nicht wohlschmeckend ist, so gibt es auch Menschen in Israel, die durch rechtes Tun, wenngleich nicht durch rechtes Wissen, glänzen. Schliesslich weisen auch "Bachweiden" auf Israel hin. Wie denn? Gerade so wie die Bachweide weder wohlschmeckend ist noch angenehm duftet, so gibt es auch Menschen in Israel, die weder durch rechtes Wissen noch durch rechtes Tun glänzen.

Was fängt nun der Herr mit ihnen an? Sie verkommen lassen? Das ist ausgeschlossen. Er lässt sie ins Eins zusammenbinden und für einander sühnen. Sobald dies geschieht, spricht der Herr, werde Er erhoben. Wie es heisst: "Er ist's, der seinen Saal in den Himmel baut und seine Hütte auf der Erde gründet" (Amos 9,6).

J. m.

PERSONALIA

100. Geburtstag: **Rosa K. Hagen, (Kleinmenhagen),** (fr. Neheim/Ruhr) — 28. Mai — 2819 N. Delaware St., Indianapolis, Ind. 46205.

91. Geburtstag: **Marie Baumann,** (fr. Frankfurt/M.) — 22. Mai — 5527 Laurel Kenyon Blvd., North Hollywood, Calif. 91607.

90. Geburtstag: **Fannie Henlein** — 19. Mai — 785 S. Ardmore Ave., Apt. 503, Los Angeles, Calif. 90005.

89. Geburtstag: **Adolf Selvyn,** (fr. Recklinghausen, Dortmund) — 16. Mai — 140 West 106 St., New York, N. Y. 10025, room 214.

81. Geburtstag: **Morris Glaser,** (fr. Berlin, Shanghai) — 19. Mai — 1201 46. Ave., San Francisco, Calif. 94122.

80. Geburtstag: **Fred S. Fernich,** (fr. Krefeld) 14-19 Chandler Drive, Fair Lawn, N. J. 07410.

75. Geburtstag: **William (Willy) Hessekiel** — 26. Mai — 1034 So. Sherburne, Apt. 3, Los Angeles, Calif. 90035; **Dr. Walter Goldstein,** (fr. Breslau) — 19. Mai — 16 Shoshana St., Kiryat Moshe, Jerusalem, Israel.

70. Geburtstag: **Walter Stein,** (fr. Bremen, Hamburg) — 29. Mai — 232 So. Swall Dr., Beverly Hills, Calif. 90211; **Cantor Hersch Friedmann,** (fr. Breslau, Shanghai) — 26. Mai — 23 City Vew Road, Brookline, Mass. 02146; **Joseph Suessman,** (fr. Ochtenburg b. Koblenz) — 12. Mai — 8205 So. East End Ave., Chicago, Ill. 60617; **Robert Baer** — 25. Mai — 300-61 St., West New York, New Jersey. **Ernst Edelmuth,** (fr. Frankfurt/M., New Haven, Conn.) 3611 Mayette Ave., Santa Rosa, Calif. 95405.

65. Geburtstag: **Oscar Brown (Oscar Braun),** (fr. Shanghai, Lienz/Austria) — 20 — 20 N. Maine Ave., Apt. 41, Atlantic City, N. J. 08401; **Max Osborn (Oschitzki),** (fr. Berlin, Shanghai) — 18. Mai — 515 NE. 159 St., N. Miami Beach, Fla. 33162.

55. Hochzeitstag: **David u. Clara Prager,** geb. **Goldmeier** — 8. Mai — 2913 Forster Ave., Brooklyn, N. Y.

50. Hochzeitstag: **Jakob u. Bessy Ginsberger,** (fr. Frankfurt/M., Berlin) — 25. Mai — 24 Bennett Ave., New York, N. Y. 10033.

40. Hochzeitstag: **Walter u. Lisl Kolm,** geb. **Rosenberger,** (fr. Bamberg, München) — 23. Mai — 3217 W. Grace St., Richmond, Va. 23221.

30. Hochzeitstag: **Meinhard u. Charlotte Koopmann,** geb. **Hirschfeld,** (fr. Hamburg) — 19. Mai — 75 Academy Hill Road, Brighton, Mass. 02135; **Arthur u. Ilse Kimmelman,** geb. **Friedländer,** (fr. Berlin, Shanghai) — 26. Mai — 5710 Wellesley Ave., Pittsburgh, Pa. 15206.

25. Hochzeitstag: **Sigmar u. Rosetta Seif,** geb. **Levie,** (fr. Bocholt/W., Rotterdam) — 16. Mai — 146 E. 33 St., Paterson, N. J. 07514.

BUENOS AIRES

19. Landeskongress des Keren Hajessod

In Anwesenheit von mehr als 500 Delegierten aus ganz Argentinien fand Ende März der 19. Kongress der "Magbit", (Keren Hajessod), statt. Seinen besonderen Charakter erhielt die Tagung durch die Anwesenheit dreier Ehrengäste aus Israel, des Präsidenten des Weltdirektoriums des Keren Hajessod, Rabb. Dr. Israel Goldstein (früher New York), des Knessetabgeordneten Josef Almogui und des Oberstleutnants von "Zahal", Michael Levin.

Dem Kongress ging ein F r e i t a g abend - Festgottesdienst im grossen "Libertad-Tempel" voran, in dessen Verlauf Dr. Israel Goldstein eine Ansprache hielt. Dieser Gast gab in der Eröffnungssitzung der Tagung und auf einer grossen Kundgebung vor mehr als 3000 Personen im Opera-Cine-Theater am Sonntagvormittag bedeutungsvolle Erklärungen zur Lage Israels ab und forderte mit eindringlichen, leidenschaftlichen Worten die argentinische Judenheit auf, die neue Kampagne auf die gleiche stolze Höhe der vorjährigen Aktion zu bringen.

Die Ehrengäste des argentinischen Jischuw, ganz besonders Dr. Israel Goldstein, wurden Gegenstand grosser Ovationen und leiteten die neue Keren Hajessod-Tätigkeit für 1968 ein. Der Kongress stand unter der Leitung des Präsidenten von Magbit für Argentinien, Dr. Hardi Swarsensky, unter dessen Führung im Jahre 1967 Argentiniens Judenheit eine solch wunderbare Solidarität mit Israel bewiesen hatte. Der Kongress stand im Zeichen ungewöhnlicher Entschlossenheit, in den bisherigen Anstrengungen zu Gunsten Israels nicht nachzulassen.

C. W.

MAYEN (Eifel)

Zwei Jahre nach der 675-Jahrfeier der Industrie- und Kreisstadt Mayen ist eine von der Stadtverwaltung herausgegebene Festschrift erschienen, in der auch der jüdischen Bevölkerung gedacht wird. Die Ansässigkeit von Juden ist seit 1339 nachgewiesen; seit Ende des 18. Jahrhunderts gab es eine Betstube, 1855 wurde eine Synagoge errichtet.

Unter den bedeutenden Persönlichkeiten in oder aus Mayen befinden sich die Brüder Isaak und Leo Loeb, die als Wissenschaftler in Amerika tätig waren. Die frühere Synagogengemeinde Mayen, in deren Verwaltung u.a. die Familie Freidel eine Rolle spielte, stand als rabbinerlose Gemeinschaft unter der Aufsicht des orthodoxen Rabbiners Dr. Benedikt Wolf (Köln, jetzt Petach-Tikwah) und zählte Albert Levi und Max Petrokowski zu ihren Kultusbeamten. Unter den Zivilopfern des Zweiten Weltkrieges werden 61 Juden gezählt, deren Ende in der Deportation jedoch nicht ausdrücklich erwähnt wird.

E. G. L.

Gesucht wird:

SUCHE ZEUGEN die bestätigen können, dass **IMRE MARTON** geb. 31. Mai 1903 in Ungarn, ehem. Präsident der Jüdischen Gemeinde Kövag-Oors-Revfülöp im April-September 1944 in Bor Minen war, nachher nach Westen transportiert und mit einer flüchtenden Gruppe am Wege umgebracht wurde. Nachr. an: **THOMAS MERON** Beer Sheba, POB 9154, Israel

GESUCHT WIRD: **ULLA GERBER** widow of Dr. Gerber, Shanghai, China, later married Dr. Salomon. As far as I know last known address Upper N.Y. State. Irma Schonfeld, 73-20 112th St., Forest Hills, N. Y. 11375.

Lyssy, Mary, geb. **Baran** (geb. in Frankfurt, zuletzt Berlin) von: Rose Muzykant, 240 West 73 Street, New York, N. Y. 10023.

Behnsch (oder **Bensch**), **Rudolf** (geb. in Tarnowitz O.S., ca. 1910, verheiratet mit Erika Lustig) von Lotte Freund geb. Proskauer, 9 Tel Maneh, Haifa-Achusa, Israel.

Die Wiedergutmachung und Recht des Alters

Nr. 462 — 23. November 1979 | Ein Wegweiser für alle, die es angeht | Erscheint monatlich

Erläuterungen zum Sozialversicherungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA

Nachdem bereits am 7. Januar 1976 das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über soziale Sicherheit in Washington unterschrieben wurde und nunmehr am 30. Oktober 1979 in Bonn die Ratifizierungs-Urkunden ausgetauscht worden sind, wird das Abkommen am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft treten, also am 1. Dezember dieses Jahres.

Das Abkommen bringt erhebliche Verbesserungen und Vorteile für die Verfolgten des Nationalsozialismus, welche die Staatsangehörigkeit der USA besitzen und sich im Gebiete der USA aufhalten.

Diese können nunmehr durch Zahlung von Beiträgen unter bestimmten Voraussetzungen eine Rente aus der deutschen Sozialversicherung für sich und, im Falle ihres Todes, für ihre Ehefrauen erhalten.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Personen:

I.

Alle Angestellten, welche Beiträge zur Sozialversicherung geleistet (Marken geklebt) haben und durch nationalsozialistische Verfolgungsmassnahmen ihre Beitragszahlungen unterbrechen mussten. Hierunter fallen auch die vertriebenen Verfolgten aus den Ostblockländern, soweit sie dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehörten. Diese Personen konnten zwar bereits nach dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung vom 22. 12. 1970 Beiträge zur Rentengewährung oder für eine Rentenanwartschaft nachentrichten: die Frist zur Stellung derartiger Anträge lief jedoch am 31. Dezember 1975 ab. Durch das Abkommen wird diese Frist von neuem eröffnet. Es können nunmehr also

1) Antragsteller, welche seinerzeit die am 31.12.1975 abgelaufene Frist versäumt haben,

2) Antragsteller, deren Anträge bereits früher abgewiesen worden sind,

3) Antragsteller, die zu wenige oder zu geringe Beiträge nachentrichtet haben,

von neuem Anträge zur Nachentrichtung von Beiträgen stellen, um sich eine deutsche Sozialversicherungsrente oder eine Rentenanwartschaft zu sichern.

II.

Personen, welche Beiträge zur Sozialversicherung geleistet haben, aber schon vor der Verfolgung keine Beiträge zahlen mussten, weil sie entweder selbständig, höhere Angestellte oder Hausfrauen waren. Dieser Personenkreis war bisher von der Nachentrichtung von Beiträgen ausgeschlossen. Das neue Abkommen gewährt ihnen durch das Rentenreformgesetz vom 19. Oktober 1972 diese Möglichkeit und damit die Sicherung für eine Rente oder eine Rentenanwartschaft.

Die Möglichkeit, Beiträge nach dem Rentenreformgesetz nachzuentrichten, ist besonders wichtig für die vertriebenen Verfolgten aus den Ostblockländern, soweit sie dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehörten.

III.

Personen, die eine Entschädigung für einen Ausbildungsschaden nach Par. 116, 118 BEG erhalten oder bei welchen die Verfolgungsmassnahmen innerhalb von 12 Monaten nach Beendigung der Ausbildung begonnen haben.

Da dieser Personenkreis bisher niemals Beiträge zur deutschen Sozialversicherung gezahlt hat, **müssen verhältnismässig viele und hohe Beiträge zur Rentengewährung oder -anwartschaft nachentrichtet werden.** Hinzukommt, dass im Gegensatz zu dem unter I. und II. genannten Personenkreis nach der Praxis der Versicherungsanstalten die durch Verfolgung bedingten Zeiten der Arbeitslosigkeit und des Auslandsaufenthalts als Versicherungszeiten (Ersatzzeiten) nicht anerkannt werden.

Es wird deshalb eine Nachentrichtung nur in Ausnahme-Fällen (zum Beispiel soweit die altersbedingten Voraussetzungen für eine Rente vorliegen und noch in der Ausbildung befindliche Kinder unter 25 Jahren vorhanden sind) zu empfehlen sein.

Hier muss gesagt werden, dass solche Personen ausgeschlossen sind, die später als Mai 1929 geboren sind, weil nach Par. 10 a WGSVG nur für die Zeit von Januar 1933 bis Mai 1945 nachentrichtet werden kann und der Antragsteller in dieser Zeit das 16. Lebensjahr vollendet haben muss.

Ausbildungsgeschädigte, die in einem jüdischen Ausbildungs-Zentrum eine Berufsumschichtung (Hachscharah) vorgenommen haben, nehmen eine Sonderstellung ein. Soweit eine landwirtschaftliche Hachscharah in Betracht kommt, hat das Bundessozialgericht anerkannt, dass die Zeiten der Hachscharah so behandelt werden müssen, als ob Sozialversicherungs-Beiträge geleistet worden wären. Dies hat zur Folge, dass im Gegensatz zu den reinen Ausbildungs-Fällen die Ersatzzeiten anerkannt werden, wodurch sich erheblich längere Versicherungszeiten und eine niedrigere Nachentrichtung ergibt.

Die Entscheidung des Bundessozialgerichts ist leider nach wie vor umstritten. Es kann aber allen Personen, die eine landwirtschaftliche oder hauswirtschaftliche Hachscharah im damaligen Reichsgebiet durchgeführt haben, nur empfohlen werden, vorsorglich Anträge zu stellen.

IV.

Personen, die vor dem 19. Oktober 1972 das 60. Lebensjahr vollendet und im ehemaligen Reichsgebiet mindestens fünf Jahre eine selbständige Erwerbstätigkeit gehabt haben. Obwohl dieser Personenkreis bisher keine Beiträge zur deutschen Sozialversicherung gezahlt hat, wird ihm durch das Abkommen die Möglichkeit gegeben, nach dem Rentenreformgesetz Beiträge nachzuentrichten. Die Zahl der geleisteten Nachentrichtungsbeiträge wird zusätzlich als Ersatzzeit (siehe zu III.) anerkannt. Hier wird eine Nachentrichtung von Beiträgen oft lohnend sein.

V.

Die Witwen und Waisen der zu I. genannten Personen; der zu II. bis IV. genannten Personen aber nur unter gewissen Voraussetzungen.

VI.

Die in Betracht kommenden Renten sind folgende:

1) Das Altersruhegeld wird bei Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt. Es setzt eine Beitrags- und Ersatzzeit von 180 Monaten voraus;

2) die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente setzt eine Beitrags- und Ersatzzeit von 60 Monaten voraus;

3) das flexible Altorgeld wird bei Gewährung des 63. Lebensjahres gewährt und setzt eine Gesamtversicherungszeit von 420 Monaten voraus;

4) das vorgezogene Altersruhegeld wird weiblichen Versicherten bei Vollendung des 60. Lebensjahres gewährt und setzt eine Beitrags- und Ersatzzeit von 180 Monaten voraus, von welchen 121 Pflichtbeiträge während der letzten 20 Jahre entrichtet sein müssen.

Neu und wichtig ist, dass bei der Berechnung der erforderlichen Beitragszeiten die Versicherungszeiten in den USA mitgerechnet werden, soweit sie sich nicht mit deutschen Versicherungszeiten decken. Die Versicherungszeiten in den USA dienen jedoch lediglich der Erreichung der erforderlichen Deckung der sogenannten Bemessungsgrundlage! Somit hängt die Höhe der Rente ausschliesslich von der Höhe der deutschen Beiträge bzw. den deutschen Versicherungszeiten ab.

Neben der Rente wird für die in der Ausbildung befindlichen Kinder unter 25 Jahren ein Kinderzuschuss von monalich DM 152.90 gewährt, der sich um die Hälfte vermindert, sofern auch in den USA ein Kinderzuschuss gewährt wird. Ausserdem wird unter bestimmten Voraussetzungen ein Beitragszuschuss zur Krankenversicherung gezahlt.

VII.

Wichtiger Fristablauf

Die Frist zur Stellung von Nachentrichtungsanträgen läuft am 30. November 1980 ab. Diese Frist muss unbedingt eingehalten werden. Es empfiehlt sich deshalb, die Anträge so schnell wie möglich zu stellen. Alle erforderlichen Unterlagen können notfalls später beigebracht werden.

Die Anträge können sowohl bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Berlin als auch bei den Versicherungsanstalten der Bundesrepublik oder der Vereinigten Staaten gestellt werden.

Die Nachentrichtung der Beiträge kann in Teilbeträgen bis 30. Nov. 1983 erfolgen. Wenn von der Möglichkeit der Nachentrichtung in Teilbeträgen Gebrauch gemacht wird, so werden allerdings, falls der Versicherungsfall vor Leistung der gesamten Nachentrichtungsbeträge eintritt, nur die bis zum Eintritt des Versicherungsfalles gezahlten Beiträge berücksichtigt.

VIIII.

Bei der Frage, ob und in welcher Höhe eine Nachentrichtung erfolgen soll, ist immer zu berücksichtigen, dass die Witwe im Falle des Todes des Berechtigten 60 Prozent der diesem zustehenden Rente erhält.

Edith Kosterlitz

Wichtige Informationen zum neuen Sozialabkommen USA-Deutschland

Für die Anrechnung amerikanischer Beitragszahlungen zu deutschen Sozialleistungen benötigt man eine genaue Angabe aller bisherigen amerikanischen Zahlungen. Zu diesem Zweck muss man sich bei seinem örtlichen Social Security District Office das Formular OAR 7004 besorgen, einen "Request for Statements of Earnings". Dieses Formular, etwa einer Postkarte gleich, muss man ausfüllen und dann, wichtig, mit der Hand in lesbarer Druckschrift oben oder unten hinzufügen "Please add statements of quarters of coverage". Das so komplettierte Formular schickt man dann ein an: Social Security Administration, Division of International Operations (D.I.O.), Office of Totalisation, P.O. Box 17049, Baltimore, Maryland 21235. Es wird empfohlen, das bald zu tun, weil die Antwort gewöhnlich mehrere Wochen benötigt.

Es hat keinen Sinn, sich bei seinem örtlichen Social Security District Office Auskunft und Information über den neuen Staatsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland holen zu wollen; diese Angestellten sind meist überlastet und mit ungewöhnlicheren und seltener vorkommenden Problemen, vor allem wenn sie ganz neu sind, nicht vertraut.

Es wird auch dringend gebeten, nicht beim "Aufbau" anzufragen. "Aufbau" berichtet über die Einzelheiten des neuen Staatsvertrages nach bestem Wissen und Gewissen und mit Hilfe der besten und erfahrensten sachkundigen Juristen, kann aber keinerlei Gewähr übernehmen und ist im übrigen, wie seit langem bekannt, nicht autorisiert, individuelle Rechtsauskunft zu erteilen.

Von dieser heutigen Seite unserer Beilage "Die Wiedergutmachung" wird ein Sonderdruck angefertigt, der in wenigen Tagen im Büro des "Aufbau" vorliegen wird; Interessenten können sich ihn beim "Aufbau", 2121 Broadway, New York 10023, gegen Zahlung von einem Dollar abholen oder gegen die gleiche Zahlung und Beifügung eines selbstadressierten Freiumschlags schicken lassen.

Dank und Anerkennung

Kleiner Beitrag zur Vorgeschichte des amerikanisch-deutschen Abkommens

Das am 1. Dezember 1979 in Kraft tretende amerikanisch-deutsche Sozialabkommen, dessen wesentlichen Punkte heute im "Aufbau" von bester und sachkundigster Seite beschrieben werden, hat eine kleine Vorgeschichte, die erklärt, warum sich die Ratifizierung viele, viele Monate lang verzögert hat. Ähnliche Abkommen sind zwischen vielen Staaten abgeschlossen worden, Prinzipien wie gegenseitige Anerkennung von Sozialversicherungsansprüchen usw. sind Routinesache, und zahlreiche Arbeitnehmer in vielen Ländern profitieren bereits davon. Entsprechende Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland mit westeuropäischen Ländern, Kanada und Israel abgeschlossen hat, haben auch immer die Ansprüche von Verfolgten des Naziregimes anerkannt und Nachzahlklauseln z.B. für die sog. "Ausbildungsgeschädigten" eingeschlossen.

Aber bei dem Abkommen mit den Vereinigten Staaten ergab sich eine vorher nicht vorhandene Schwierigkeit: die in den Wiedergutmachungsgesetzen gestellten Fristen für Einreichung von Anträgen waren abgelaufen, als das Abkommen unterzeichnet wurde; die letzte gesetzliche Frist genau eine Woche vor Unterzeichnung. Alle Beteiligten erkannten, dass das unfair ist; der Vertreter der U.R.O. (United Restitution Organization) in der Bundesrepublik, Rechtsanwalt Katzenstein, der sich in diesem Zusammenhang wie auch bei unzähligen Anlässen unendliche Verdienste um die Opfer des Naziregimes erworben hat, zitierte den logischen Schulfall von den Drillingsbrüdern, die alle drei direkt von der Schulbank emigriert waren: die beiden, die nach Israel bzw. Kanada gegangen waren, fallen unter "ihre" Abkommen, aber der, der in die USA ging, ist wegen Fristablaufs ausgeschlossen.

(Fortsetzung auf Seite 18)

Dank und Anerkennung

(Fortsetzung von Seite 17)

Es gab also nunmehr Verhandlungen um die Wiedereröffnung der Fristen, wogegen gewisse juristische und, wegen der zusätzlichen Belastung für den deutschen Bundeshaushalt, auch finanzielle Argumente vorgebracht wurden. Sie wurden aber, ohne grosse Spannungen, überwunden; die Fristen werden wieder geöffnet (auf ein Jahr), und der Ratifizierung stand nunmehr nichts im Wege. Aber die Personen, die sich kraftvoll und erfolgreich für diesen Zusatz zu dem Abkommen (und einige andere, die ebenfalls offen geblieben waren) einsetzten, sollen nachstehend genannt werden, um ihnen schwarz auf weiss Anerkennung auszusprechen.

Da ist zunächst der amerikanische Delegationsführer William Yoffe zu nennen, der sich um das Gesamtabkommen, einschliesslich dieser Fristenöffnung, höchst verdient gemacht hat. Zweitens muss, ebenfalls mit ehrlicher Lobeshymne, der damalige amerikanische Gesundheits-, Bildungs- und Wohlfahrtsminister Califano erwähnt werden, von dem das Wort kolportiert wird: "Kein amerikanischer Bürger darf dafür bestraft werden, dass er vor den Nazis fliehen musste", — und ähnlich äusserten sich Senatoren und Kongressabgeordnete, die ja zu dem Abkommensentwurf Stellung zu nehmen hatten, an der Spitze die Senatoren Ribicoff und Moynihan und der Abgeordnete Mikwa. Fairness gebietet hinzuzufügen, dass Califanos Gesprächspartner, der deutsche Arbeitsminister Ehrenberg, zu diesem Punkt keinerlei Widerstand äusserte; er ebenso wie die Beamten der deutschen Botschaft in Washington, die naturgemäss mit allen Aspekten unserer Emigration vertraut sind, unterstützten unseren Standpunkt ohne Einschränkung.

Vor allem wurde dieser natürlich von unseren eigenen Sprechern vorgebracht. Ausser dem schon genannten Dr. Katzenstein sind da die Herren Ferencz und Kagan zu erwähnen, "alte Kämpfer" der Claims Conference, und, vielleicht an erster Stelle, der New Yorker URO-Direktor Dr. Gunther Kamm, der leider den Erfolg seiner hervorragenden Bemühungen nicht mehr erleben durfte. Und natürlich nahm auch die Dachorganisation unserer Emigration, die "American Federation of Jews from Central Europe", an den Verhandlungen teil, ebenso wie mehrere Privatpersonen nützliche Gutachten einreichten.

Letzten Endes aber sei, in aller Bescheidenheit, auch die Rolle nicht verschwiegen, die "Aufbau" in dem ganz grossen Fragenkomplex gespielt hat. Namentlich auf Drängen von Dr. Kamm und seiner Mitarbeiterin Dr. Kosterlitz hatte "Aufbau" immer wieder in langen Artikeln die Bedeutung dieser Fristenfrage unterstrichen und weite Kreise damit mobilisieren können; einmal rief "Aufbau" sogar zu einem Petitionsfeldzug auf, der grossen Erfolg hatte und bei beiden beteiligten Regierungen tiefen Eindruck hinterliess. Als vor wenigen Tagen Mr. William Yoffe im Jewish Philanthropic Fund vor den zahlreich erschienenen Juristen des Emigrationskreises über den Inhalt des Abkommens Bericht erstattete, unterliess er nicht, auf die wichtige Schützenhilfe hinzuweisen, die er und seine Mitdelegierten durch "Aufbau" erfahren hatten.

H. St.

Die psychotherapeutische Behandlung im Entschädigungsrecht

Von HEINZ KURT FABIAN

In einem Urteil vom 21. Juni 1979 — IX ZR 119/75, hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass psychotherapeutische Behandlung der vorherigen Zustimmung durch die Entschädigungsbehörde bedarf. Mit diesem Urteil hat der Bundesgerichtshof unter erneuter Prüfung der Rechtslage an einem früheren Beschluss (RzW 1978, 185 Nr. 21) festgehalten, dass ohne die vorherige Zustimmung der Behörde eine Erstattung der Kosten für eine psychotherapeutische Behandlung nicht in Betracht kommt.

Gegen die Rechtswirksamkeit des durch die 7. ÄndVO zur 2. DV-BEG vom 31. März (BGBl I 285) eingeführten Par. 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 der 2. DV-BEG bestehen keine durchgreifenden Bedenken. Die von der Bundesregierung aufgrund der Ermächtigung in Par. 42 Abs. 1 Satz 1 BEG erlassenen Vorschrift überträgt die nach Par. 30 Abs. 1 BEG für Umfang und Erfüllung des Anspruchs auf ein Heilverfahren massgebenden Regelungen über die Unfallfürsorge der Bundesbeamten sachgerecht auf eine Einzelfrage des Entschädigungsrechts nach dessen besonderen Bedingungen und Bedürfnissen. Sie hält sich damit im Rahmen der nur entsprechenden Anwendung des Par. 137 BBG und der Durchführungsverordnung zu Par. 137 BBG, die Par. 30 Abs. 1 Satz 2 BEG anordnet.

Allerdings schützen die Vorschriften über die beamtenrechtliche Dienstunfallfürsorge den Dienstherrn nicht davor, sich im nachhinein gegen das Verlangen nach Ersatz der Kosten für in Wahrheit nicht notwendige psychotherapeutische Bemühungen wehren zu müssen, und sie entheben den Beamten dementsprechend nicht des Risikos, die dafür aufgewandten, in aller Regel beträchtlichen Kosten selbst tragen zu müssen. Das erklärt sich zwanglos daraus, dass im Dienstunfallrecht der Beamten körperliche Verletzungen ganz im Vordergrund stehen und Schäden, die einer Behandlung mit seelischen Mitteln zugänglich sind, die Ausnahme sein werden, wenn man von der kostenmässig nicht ins Gewicht fallenden "kleinen Psychotherapie" absieht, derer sich der Arzt allenthalben in Form von Rat, Ablenkung, Zuspruch, Beruhigung und suggestiver Erfolgsvorhersage bedient.

Im Gegensatz dazu sind seelische und psychogene Störungen, bei denen sich der Versuch einer Behandlung mit einer der Methoden der "grossen Psychotherapie" anbieten kann, unter den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung häufig anzutreffen. Die Schwere und die Dauer der Verfolgungsbelastungen haben dort auffallend oft zu tiefgreifenden seelischen und psychogenen Gesundheitsschäden geführt. Ob diese zweckmässig mit Psychotherapie, also mit einer geplanten Behandlung durch unmittelbare Einwirkung auf die Psyche des Patienten, angegangen werden sollen, kann jedoch im Einzelfall zweifelhaft sein.

Über das mit psychotherapeutischen Mitteln Erreichbare bestehen zum Teil erheblich unterschiedliche Auffassungen. Die über die Welt verstreut lebenden Verfolgten liefen also Gefahr, mit erheblichen Kosten für langdauernde psychotherapeutische Bemühungen belastet zu bleiben, wenn die Entschädigungsbehörden und Entschädigungsgerichte deren Notwendigkeit nachträglich verneinten. Anders als im Dienstunfallrecht der Bundesbeamten besteht mithin im Entschädigungsrecht, nicht zuletzt im Interesse der geschädigten Verfolgten, das Bedürfnis, auch die Psychotherapie von der vorherigen Zustimmung der Entschädigungsbehörden abhängig zu machen.

In der Bundesratsdrucksache 38/66 ist die Erweiterung des Par. 10, Abs. 2, Satz 1 der 2. DV-BEG durch die neue Nummer 5 mit der durch Praxis erwiesenen Notwendigkeit begründet worden. Das praktische Bedürfnis rechtfertigt die auf besonderen Umstände des Entschädigungsrechts abgestellte Regelung, die zu einer sachgerechten Anwendung der dienstunfallrechtlichen Vorschriften führt. Wie die Rechtslage zu beurteilen ist, wenn im Einzelfall die psychotherapeutische Behandlung dazu bestimmt und erforderlich ist, einer konkreten Notlage zu begegnen, lässt der Bundesgerichtshof dahingestellt.

Bonn plant "Stiftung Wiedergutmachung"

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist entschlossen, in Sachen Wiedergutmachung für Naziopfer eine Stiftung zu gründen. Aus dem Fonds von zunächst 150 Millionen D-Mark, den der Bund in drei Jahresraten aufbringen will, sollen vor allem jene Opfer unbürokratisch entschädigt werden, die bisher noch gar nicht berücksichtigt worden sind oder die aus zwingenden Gründen die Termine nicht einhalten konnten.

Zur ersten Gruppe gehören z.B. jene Menschen, die gegen ihren Willen sterilisiert worden sind, sowie Zigeuner. Zur zweiten Gruppe zählen Menschen, die erst in die Bundesrepublik gekommen sind, als die Termine verstrichen waren. Hier handelt es sich besonders um Spätaussiedler aus osteuropäischen Staaten. Schliesslich soll der Fonds auch NS-Opfern in besonderen Notlagen helfen.

Das für den Fonds erforderliche Gesetz wird von den Sozialdemokraten, den Freien Demokraten und einigen CDU-Abgeordneten getragen. Über die Verwendung der Gelder aus Stiftungen, zu der aufgerufen werden soll, wird ein Stiftungsrat entscheiden, dem 15 Mitglieder angehören dürften. Sie sollen von Bundesfinanzminister Hans Matthöfer berufen werden. Der Rat soll unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes seine Aufgabe aufnehmen. Zu Spenden werden die Bundesländer sowie Verbände, Organisationen und Einzelpersonen aufgerufen. Rechtsansprüche können nicht erhoben werden. Auch Forderungen von Erben NS-Verfolgter sind ausgeschlossen.

Mit dem Gesetz ist einer jahrelang vorgetragenen Bitte von ehemals Verfolgten endlich entsprochen worden. Einer der beharrlichsten Fürsprecher dieser Lösung ist der Sekretär des Internationalen Auschwitzkomitees in Wien, Hermann Langbein.

Es ist jedoch zu bemerken, dass das Projekt (das im übrigen mit dem ebenfalls schwebenden "Goldmann-Fonds" nicht zu tun hat) noch nicht Gesetzeskraft erlangt hat.

H. L.

LESERBRIEFE

Big Oil and Big Profits

I generally enjoy your common sense editorials, but am genuinely puzzled by the anti-"Big Oil"-position you and the magazine take at every opportunity..

The US government collects no taxes on the money the oil sheiks collect for their oil. They do collect taxes on the oil the privately owned oil companies sell both here and abroad: income, federal and state excise and state sales taxes. What profit is left is taxed again when it is disbursed to the stockholders. So, if oil is worth whatever it is, why don't *you prefer to* see the US oil companies profit, rather than the oil sheiks?

The scoundrels whom you pillory in the US, obscene profits and all, bring you your gas at $1.00 to $1.25 a gallon, if you lived some place else, say France or England, or Germany, or Israel, you would pay twice as much or more.

Do you ever go to a grocery store? Please do, buy a six-pack of 7-Up, and figure out how much you paid per gallon. I did that just yesterday; it came to $4.07! This is for something which is 99 percent plain water with a little sweetener and flavoring syrup added. They don't have to pipeline it, drill for it, park $100 million platforms in the Gulf and North Sea, run it through expensive refineries. So how is gasoline a "rip-off"?

Just who is "big oil"? It is 1:7 million U.S. workers from oil fields to gas stations; it is about five million shareholders, in the U.S. directly, and indirectly every U.S. worker who is in a pension fund, because they all own a substantial equity in this industry.

A substantial portion of oil company profits are earned overseas, big oil is one of the greatest dollar earners we have, think about what the dollar outflow would be if some of it would not come back as profits.

The energy companies are not part of the problem. They are part of the solution.

George G. Maltenfort,
Skokie, Illinois

Widows Under German Compensation Laws

I write to you from England in the hope that you will find the cause of my writing worth your while. After continuously reading, hearing and seeing Holocaust on television about the victims of Nazism and K.Z. inmates, I would like to draw attention to the plight of widows of those people.

I have recently been widowed. My husband had been in the K.Z. Sachsenhausen. He got a pension for ill-treatment received there, from the German Government.

After nearly 35 years of continuous sufferings, which were connected with the injuries received in the concentration camp, he died of an illness not related to the persecutions of the Nazis.

I have now been informed that unter the circumstances I am not entitled to a widow's pension. After all those years of suffering by my husband during which I had to nurse him, I would have thought that a pension would have been due to me. I am sure there are more women like m[illegible] 'n the same position and I w[illegible] if there would be somebody to help us in our predicament.

Margit Rosenberg (Mrs.)
Kingston upon Thames,
Surrey, England

Chomeini und Andy Young

Zu ihrem Artikel "Drama in Teheran" möchte ich bemerken, dass man diese so beschämende Tragödie zum Anlass nehmen sollte, die Worte und Taten des heute gefeierten früheren Botschafters bei den United Nations, Herrn Andrew Young, nochmals unter die Lupe zu nehmen. Es war Botschafter Young, der den irrsinnigen Ayatollah Chomeini als Heiligen apostrophierte.

Die tragische Entwicklung in Teheran mit der voreiligen "Heiligsprechung" des früheren Botschafters, lässt die von so vielen gepriesene Entscheidung Herrn Youngs, mit der PLO zu verhandeln, heute sicherlich in anderem Licht erscheinen.

Eric E. Schwager,
Hollywood, Florida

Leistungen der öffentlichen Hand der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Wiedergutmachung

(Stand: 1. Januar 1979)

I. Bereits geleistet

Bundesentschädigungsgesetz (BEG)	46,174 Mrd DM
davon im Haushaltsjahr 1978: 2,057 Mrd DM	
Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG)	3,879 Mrd DM
davon im Haushaltsjahr 1978: 0,005 Mrd DM	
Israelvertrag	3,450 Mrd DM
Globalverträge mit 12 Staaten	1,000 Mrd DM
Sonstige Leistungen (Öffentl. Dienst u.a.)	4,650 Mrd DM
insgesamt:	59,153 Mrd DM

davon über den Bundeshaushalt ca.: 37,077 Mrd DM

II. Voraussichtliche künftige Leistungen

BEG	23,826 Mrd DM
BRüG	0,371 Mrd DM
Sonstige Leistungen	1,950 Mrd DM
insgesamt:	26,147 Mrd DM

davon über den Bundeshaushalt ca.: 14,833 Mrd DM

III. Gesamtzahlungen

BEG	70,000 Mrd DM
BRüG	4,250 Mrd DM
Israelvertrag	3,450 Mrd DM
Globalverträge mit 12 Staaten	1,000 Mrd DM
Sonstige Leistungen	6,600 Mrd DM
insgesamt:	85,300 Mrd DM

davon über den Bundeshaushalt ca.: 51,910 DM

Gesamtaufwand für die Wiedergutmachung 85,50 Mrd DM

IV. Die Leistungen nach **BEG** verteilen sich mit

etwa	20%	auf Inland
	40%	auf Israel
	40%	übriges Ausland

die nach **BRüG** mit

etwa	25%	auf Inland
	40%	auf Israel
	35%	übriges Ausland

Stand der Verfahren am 1. Januar 1979

BEG:

Eingegangen bis 1. Januar 1979	4.329.612	
erledigt	4.316.243	
anhängig am 1. Januar 1979	13.369	(0,31%)

BRüG:

Eingegangen bis 1. Januar 1979	733.705	
erledigt	732.666	
anhängig am 1. Januar 1979	1.039	(0,14%)

Härteausgleich nach Par. 44 a BRüG:

Eingegangen bis 1. Januar 1979	291.852	
erledigt	255.035	
anhängig am 1. Januar 1979	36.817	(12,6%)

In 181.748 Härteverfahren wurden stattgegebene Bescheide erteilt. Gesamtaufwendungen hierfür 453.683.635 DM, die in der für das BRüG oben unter I. genannten Summe enthalten sind.

D.B.

Die Wiedergutmachung und Recht des Alters

Nr. 461 — 19. Oktober 1979 Ein Wegweiser für alle, die es angeht Erscheint monatlich

Die Witwerrente in der deutschen Sozialversicherung

Von HEINZ KURT FABIAN

Einen der Hauptpunkte in der Reform der deutschen Sozialversicherung stellt die Neugestaltung der Hinterbliebenenrente dar. Es erscheint ungerecht und unbillig, dass zwar die Witwe aus der Sozialversicherung ihres verstorbenen Gatten eine Rente erhält, der Witwer aber nur in Ausnahmefällen. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht als einen Verstoss gegen den Gleichheitsgrundsatz der Geschlechter anerkannt und dem Gesetzgeber den Auftrag erteilt, bis zum Jahre 1984 eine Änderung zu treffen. Vielfach sind die Vorschläge hierfür. Einer geht dahin, dass Mann oder Frau nach dem Tode des Partners 70 Prozent der gemeinsamen Rentenansprüche erhalten sollen; liegen die 70 Prozent unter der selbsterworbenen Rente, so soll auf die Höhe des eigenen Anspruchs aufgestockt werden.

Da nicht abzusehen ist, wann die Neuordnung erfolgen wird, soll im Nachstehenden die heutige Rechtslage klargelegt werden.

* * *

Nach Par. 43 Abs. 1 AVG, der derzeit geltendes Recht ist (Bundesverfassungsgericht 39,169), erhält ein Ehemann nach dem Tode seiner versicherten Ehefrau Witwerrente, wenn diese den Unterhalt ihrer Familie überwiegend bestritten hat. Dies muss während des letzten wirtschaftlichen Dauerzustandes vor dem Tode der Versicherten der Fall gewesen sein. Wie das Bundessozialgericht, in einem Urteil vom 30. Mai 1978 1 RA 71/77, seine bisherige Rechtsprechung erläutert, hat es niemals ausgesprochen, dass generell eine dem Tode der Versicherten vorausgehende Zeit der Erkrankung bei der Bestimmung des letzten wirtschaftlichen Dauerzustandes ausser Betracht zu bleiben hat.

Vielmehr kann eine solche Erkrankung, insbesondere wenn sie sich über einen längeren Zeitraum erstreckt hat und ohne den Tod der Versicherten voraussichtlich fortbestanden hätte, sehr wohl den letzten wirtschaftlichen Dauerzustand prägen. Lediglich in den Fällen, in denen die Erkrankung in verhältnismässig kurzer Zeit zum Tode geführt und somit gleichsam die "Vorstufe des Todes" dargestellt hat, kann es unbillig sein, die durch sie herbeigeführte Verschlechterung der Unterhaltslage zum Prüfungsmasstab für die Vor[...]gen der Witwerrente zu [...] Dem Familienunterhalt ist [...]n Arbeitseinkommen des [...] auch ein ihm gewährtes Blindengeld, das Wohngeld und ähnl. zuzusprechen.

Hinsichtlich der Leistungen der Versicherten zum Familienunterhalt ist die Haushaltsführung, die Kinderbetreuung, sowie die Betreuung des körperlich behinderten Ehemannes zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung des wirtschaftlichen Wertes der Haushaltsführung ist davon auszugehen, dass ihre Bewertung und die Kindererziehung durch eine Versicherte den Wert des vom Ehemann erzielten Einkommens nicht übersteigen kann. Die Ehefrau kann ihre Arbeit als Hausfrau nur in dem wirtschaftlichen Rahmen des Lebenszuschnittes der Familie erbringen, der durch den Arbeitsverdienst des Ehemannes bestimmt ist. Eine andere Auffassung hätte eine vom Gesetz nicht gewollte Ausbreitung der Witwerrente zur Folge, die den materiellen Verlust, der dem Ehemann durch den Tod der Ehefrau entsteht, ausgleichen soll.

Bei der Bewertung der Aufwendungen für die Haushaltsführung durch familienfremde Hilfskräfte ist daher u.U. eine dem Lebenszuschnitt der Familie angemessene Korrektur erforderlich, um den wirtschaftlichen Wert der Haushaltsführung zutreffend wiederzugeben. Das gilt auch dann, wenn die Versicherte auf Grund der Behinderung ihres Ehemannes erhöhte Leistungen im Haushalt und für die Familie zu erbringen hatte. Denn auch insoweit kann der Wert ihrer einzelnen Unterhaltsbeiträge nur nach den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen der Familie bemessen werden, die durch das Arbeitseinkommen bestimmt werden. Hiergegen bestehen auch keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Eine Verletzung des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG, die den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. Abs. 1 GG konkretisiert, scheidet bereits deshalb aus, weil die Rechtsprechung des BSG nicht von einer unterschiedlichen Behandlung von Mann und Frau ausgeht.

Anknüpfungspunkt der Rechtsprechung ist nicht die Bewertung der Haushaltstätigkeit der Ehefrau, sondern die Bewertung der Haushaltstätigkeit an sich ungeachtet dessen, dass diese zurzeit überwiegend noch von Frauen ausgeübt wird. Diese Bewertung folgt aus dem Normzweck des Par. 43 Abs. 1 AVG. Die Vorschrift geht davon aus, dass die Witwenrente die Ausnahme ist (vgl. BSGE 31,90,97), weil mit ihr der materielle Verlust ausgeglichen werden soll, den der Witwer durch den Tod der Versicherten erleidet. Für die Annahme einer überwiegenden Unterhaltsleistung der Ehefrau ist demnach im Regelfall erforderlich, dass die Versicherte aufgrund eigener Erwerbstätigkeit Einkommen erzielt und mit diesem zum Unterhalt der Familie beiträgt. Die vorgenommene Bewertung der Haushaltstätigkeit im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie führt somit nicht, was hier allein in Betracht kommt, zu einer Benachteiligung des Witwers gegenüber der Witwe.

Darin liegt der Unterschied zu dem Sachverhalt, der der Entscheidung des Bundesverfasungsgerichts vom 12. März 1975 (BVerfGE 39, 169) zugrunde liegt. Dort hat die Ungleichbehandlung des Witwers gegenüber der Witwe für den Fall, dass beide Eheleute berufstätig gewesen sind, Anlass für die Bedenken gegen die Verfasungsmässigkeit des Par. 43 Abs. 1 AVG gegeben. Die Hausfrau hat demgegenüber gerade nicht durch Sozialversicherungsbeiträge aufgrund eigener Erwerbstätigkeit zur Versorgung des Mannes beitragen können. Dass die Haushaltstätigkeit je nach dem Lebenszuschnitt der Familie unterschiedlich bewertet wird, begründet ferner keinen Verstoss gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG). Eine Differenzierung der Bewertung nach unterschiedlichen Lebensverhältnissen der einzelnen Familien und deren Beurteilung anhand der Höhe des Einkommens des erwerbstätigen Ehegatten ist sachgerecht und nicht willkürlich.

Bildet somit das Einkommen des erwerbstätigen Ehegatten die Obergrenze des wirtschaftlichen Wertes der Haushaltsführung des nicht erwerbstätigen Ehegatten, so ist dies nicht gleichbedeutend damit, dass der Wert der Haushaltsführung stets die Höhe des Einkommens des erwerbstätigen Ehegatten erreicht. Vielmehr kann er auch unter diesem Betrag liegen. Dies schliesst es aus, den Wert der Haushaltsführung generell und ohne einzelfallsbezogene Feststellungen mit einem der Höhe des Einkommens des erwerbstätigen Ehegatten entsprechenden Betrag anzusetzen.

Vielmehr muss festgestellt werden, welchen Zeitaufwand die Haushaltsführung erfordert und wie dieser Zeitaufwand wirtschaftlich zu bewerten ist. Zur Haushaltsführung als Teil des Beitrages der Versicherten gehört auch die Betreuung des behinderten Ehemannes. Sie ist als gesonderter Unterhaltsbeitrag zu berücksichtigen, sofern die Pflege über das übliche Mass der Haushaltstätigkeit, die an sich die Betreuung eines erkrankten Familienmitgliedes einschliesst, hinausgeht. Die Versicherte muss somit durch die Betreuung des behinderten Familienmitgliedes zusätzlich besonders stark belastet worden sein.

Dies bedarf grundsätzlich des Nachweises im Einzelfalle, eine besonders starke zusätzliche Belastung kann lediglich in den Fällen unterstellt werden, in denen an oder für das behinderte Familienmitglied ein Pflegegeld oder eine vergleichbare Leistung gezahlt wird. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass die Versicherte durch seine Betreuung über die gewöhnliche Haushaltsführung hinaus besonders stark belastet worden ist und einen gesondert zu bewertenden Beitrag zum Familienunterhalt geleistet hat.

Social Security und deutsche Sozialversicherung: Ein wichtiger Fristablauf!

Die seit langem erwartete Inkraftsetzung des am 7. Januar 1976 abgeschlossenen deutsch-amerikanischen Sozialversicherungsabkommens samt der Durchführungsvereinbarung vom 21. Juni 1978 wird voraussichtlich in naher Zukunft erfolgen, wenn die Ratifizierungsurkunden in Bonn ausgetauscht werden.

Im Mittelpunkt des Vertragswerks steht die Eröffnung von Möglichkeiten der freiwilligen Versicherung mit dem Recht der Nachentrichtung von Beiträgen für die Zeit von Januar 1956 bis Dezember 1973 und unter gewissen Voraussetzungen Zeiten vor dem 1. Februar 1971 bis zurück zum 1. Januar 1933, mit Ausnahme von Zeiten vor Vollendung des 16. und nach Vollendung des 65. Lebensjahres.

Während im allgemeinen eine vor dem Beginn der Verfolgung liegende Entrichtung von freiwilligen deutschen Beiträgen für mindestens 12 Monate zu den Voraussetzungen für die Berechtigung zur Nachentrichtung gehört, entfällt diese Vorbedingung für diejenigen, die Entschädigung für Ausbildungsschaden erhalten haben oder bei denen die Verfolgungsmassnahmen innerhalb von 12 Monaten nach Beendigung ihrer Ausfallzeit begonnen haben.

Von besonderer Dringlichkeit ist der Hinweis, dass das Recht auf freiwillige Versicherung und Nachentrichtung von Beiträgen nur auf Antrag erteilt wird, und Anträge müssen fristgerecht eingereicht werden. Die Antragsfristen sind kurz: Ein Jahr vom Tage des Inkrafttretens der Durchführungsvereinbarung.

Jeder Antrag bedarf der sorgfältigsten Vorbereitung und dazu gehört in der Vielzahl der Fälle die Beschaffung von unerlässlichen Urkunden. Damit kann nicht früh genug begonnen werden. Die Beschaffung der Beitragsnachweise zur US Social Security nimmt erfahrungsgemäss bis zu neun Monate in Anspruch. **Die Beitragsnachweise sind anzufordern von der Social Security Administration, Bureau of Data Processing, Baltimore, Maryland 21235.** Es empfiehlt sich, für die Anfrage ein vom örtlichen Social-Security-Amt erhältliches Formblatt zu benutzen, das auch eine Skala der für die Bescheinigung zu zahlenden Gebühr enthält, die sich nach der Anzahl der Beitragsquartale richtet.

Lionell J. Hillburn

(Ausführliche Darstellungen des Inhalts dieses neuen Abkommens werden an dieser Stelle folgen, sowie es in Kraft getreten ist.)

Medicare ist nicht genug . . .

Von WALTER STRAUSS

Die zweifellos beste Ergänzungsversicherung zur allgemeinen "Medicare" ist und bleibt immer noch die B'nai B'rith Senior Security Police. Die bedeutsamste Deckung der Police sind bekanntlich die Krankenschwesternkosten, die von Medicare überhaupt nicht gedeckt sind, aber von der B'nai-B'rith-Versicherung bis zu einem Höchstbetrag von 50,000 Dollar bezahlt werden. Bis zu diesem Höchstbetrag werden übrigens alle Gesamtkosten bezahlt. Daneben zahlt diese Police den Abzugsbetrag von $160 bei Hospitalaufenthalt — und ausserdem $40 pro Hospitaltag vom 61sten bis zum 90sten Tag eines Hospitalaufenthaltes; $80 pro Tag vom 91sten bis zum 150sten Tag eines Hospitalaufenthaltes. Nursing Home $20 pro Tag, vom 20sten bis zum 100sten Tag.

Arztkosten: Grundsätzlich werden alle Beträge bezahlt, die Medicare von der Arztrechnung abzieht. Psychische Erkrankungen ausserhalb des Hospitals, die bei Medicare auf $250 begrenzt sind, werden von B'nai B'rith uneingeschränkt bis zu $500 bezahlt, sogar Ausgaben ausserhalb der Vereinigten Staaten haben eine gewisse, wenn auch begrenzte Deckung: die Arztkosten werden bis zu einem Lebenshöchstbetrag von $2500 bezahlt mit einem Maximum von 90 Tagen. Wenn eine Krankheit schon bei Abschluss der Police besteht, tritt die Deckung dafür nach einem Jahr in Kraft.

Die Prämie dieser Police hat sich kürzlich erhöht, und zwar jährlich auf $295, halbjährlich auf $180, vierteljährlich auf $70.25 pro Person. Ich halte auch bei dieser neuen Prämie die Police immer noch für ausserordentlich günstig und empfehlenswert. Man kann auch mit dem Versicherungsantrag um Aufnahme in B'nai B'rith ersuchen, wobei der Mitgliedsbeitrag für einen Mann oder ein Ehepaar $35 jährlich und für eine Frau allein $15 beträgt. Die Police ist übrigens auch für eine geringere Prämie und zwar für $166 jährlich ($83.50 halbjährlich und $42 vierteljährlich) erhältlich. Da diese billigere Police aber Wesentliches nicht deckt, vor allem nicht die Kosten für Krankenschwestern, kann ich diese mit gutem Gewissen nicht empfehlen.

Die Wiedergutmachung und Recht des Alters

Nr. 461 — 19. Oktober 1979 — Ein Wegweiser für alle, die es angeht — Erscheint monatlich

Die Witwerrente in der deutschen Sozialversicherung

Von HEINZ KURT FABIAN

Einen der Hauptpunkte in der Reform der deutschen Sozialversicherung stellt die Neugestaltung der Hinterbliebenenrente dar. Es erscheint ungerecht und unbillig, dass zwar die Witwe aus der Sozialversicherung ihres verstorbenen Gatten eine Rente erhält, der Witwer aber nur in Ausnahmefällen. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht als einen Verstoss gegen den Gleichheitsgrundsatz der Geschlechter anerkannt und dem Gesetzgeber den Auftrag erteilt, bis zum Jahre 1984 eine Änderung zu treffen. Vielfach sind die Vorschläge hierfür. Einer geht dahin, dass Mann oder Frau nach dem Tode des Partners 70 Prozent der gemeinsamen Rentenansprüche erhalten sollen; liegen die 70 Prozent unter der selbsterworbenen Rente, so soll auf die Höhe des eigenen Anspruchs aufgestockt werden.

Da nicht abzusehen ist, wann die Neuordnung erfolgen wird, soll im Nachstehenden die heutige Rechtslage klargelegt werden.

* * *

Nach Par. 43 Abs. 1 AVG, der derzeit geltendes Recht ist (Bundesverfassungsgericht 39,169), erhält ein Ehemann nach dem Tode seiner versicherten Ehefrau Witwerrente, wenn diese den Unterhalt ihrer Familie überwiegend bestritten hat. Dies muss während des letzten wirtschaftlichen Dauerzustandes vor dem Tode der Versicherten der Fall gewesen sein. Wie das Bundessozialgericht, in einem Urteil vom 30. Mai 1978 1 RA 71/77, seine bisherige Rechtsprechung erläutert, hat es niemals ausgesprochen, dass generell eine dem Tode der Versicherten vorausgehende Zeit der Erkrankung bei der Bestimmung des letzten wirtschaftlichen Dauerzustandes ausser Betracht zu bleiben hat.

Vielmehr kann eine solche Erkrankung, insbesondere wenn sie sich über einen längeren Zeitraum erstreckt hat und ohne den Tod der Versicherten voraussichtlich fortbestanden hätte, sehr wohl den letzten wirtschaftlichen Dauerzustand prägen. Lediglich in den Fällen, in denen die Erkrankung in verhältnismässig kurzer Zeit zum Tode geführt und somit gleichsam die "Vorstufe des Todes" dargestellt hat, kann es unbillig sein, die durch sie herbeigeführte Verschlechterung der Unterhaltslage zum Prüfungsmasstab für die Voraussetzungen der Witwerrente zu nehmen. Dem Familienunterhalt ist neben dem Arbeitseinkommen des Ehemannes auch ein ihm gewährtes Blindengeld, das Wohngeld und ähnl. zuzusprechen.

Hinsichtlich der Leistungen der Versicherten zum Familienunterhalt ist die Haushaltsführung, die Kinderbetreuung, sowie die Betreuung des körperlich behinderten Ehemannes zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung des wirtschaftlichen Wertes der Haushaltsführung ist davon auszugehen, dass ihre Bewertung und die Kindererziehung durch eine Versicherte den Wert des vom Ehemann erzielten Einkommens nicht übersteigen kann. Die Ehefrau kann ihre Arbeit als Hausfrau nur in dem wirtschaftlichen Rahmen des Lebenszuschnittes der Familie erbringen, der durch den Arbeitsverdienst des Ehemannes bestimmt ist. Eine andere Auffassung hätte eine vom Gesetz nicht gewollte Ausbreitung der Witwerrente zur Folge, die den materiellen Verlust, der dem Ehemann durch den Tod der Ehefrau entsteht, ausgleichen soll.

Bei der Bewertung der Aufwendungen für die Haushaltsführung durch familienfremde Hilfskräfte ist daher u.U. eine dem Lebenszuschnitt der Familie angemessene Korrektur erforderlich, um den wirtschaftlichen Wert der Haushaltsführung zutreffend wiederzugeben. Das gilt auch dann, wenn die Versicherte auf Grund der Behinderung ihres Ehemannes erhöhte Leistungen im Haushalt und für die Familie zu erbringen hatte. Denn auch insoweit kann der Wert ihrer einzelnen Unterhaltsbeiträge nur nach den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen der Familie bemessen werden, die durch das Arbeitseinkommen bestimmt werden. Hiergegen bestehen auch keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Eine Verletzung des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG, die den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. Abs. 1 GG konkretisiert, scheidet bereits deshalb aus, weil die Rechtsprechung des BSG nicht von einer unterschiedlichen Behandlung von Mann und Frau ausgeht.

Anknüpfungspunkt der Rechtsprechung ist nicht die Bewertung der Haushaltstätigkeit der Ehefrau, sondern die Bewertung der Haushaltstätigkeit an sich ungeachtet dessen, dass diese zurzeit überwiegend noch von Frauen ausgeübt wird. Diese Bewertung folgt aus dem Normzweck des Par. 43 Abs. 1 AVG. Die Vorschrift geht davon aus, dass die Witwenrente die Ausnahme ist (vgl. BSGE 31,90,97), weil mit ihr der materielle Verlust ausgeglichen werden soll, den der Witwer durch den Tod der Versicherten erleidet. Für die Annahme einer überwiegenden Unterhaltsleistung der Ehefrau ist demnach im Regelfall erforderlich, dass die Versicherte aufgrund eigener Erwerbstätigkeit Einkommen erzielt und mit diesem zum Unterhalt der Familie beiträgt. Die vorgenommene Bewertung der Haushaltstätigkeit im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie führt somit nicht, was hier allein in Betracht kommt, zu einer Benachteiligung des Witwers gegenüber der Witwe.

Darin liegt der Unterschied zu dem Sachverhalt, der der Entscheidung des Bundesverfasungsgerichts vom 12. März 1975 (BVerfGE 39, 169) zugrunde liegt. Dort hat die Ungleichbehandlung des Witwers gegenüber der Witwe für den Fall, dass beide Eheleute berufstätig gewesen sind, Anlass für die Bedenken gegen die Verfasungsmässigkeit des Par. 43 Abs. 1 AVG gegeben. Die Hausfrau hat demgegenüber gerade nicht durch Sozialversicherungsbeiträge aufgrund eigener Erwerbstätigkeit zur Versorgung des Mannes beitragen können. Dass die Haushaltstätigkeit je nach dem Lebenszuschnitt der Familie unterschiedlich bewertet wird, begründet ferner keinen Verstoss gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG). Eine Differenzierung der Bewertung nach unterschiedlichen Lebensverhältnissen der einzelnen Familien und deren Beurteilung anhand der Höhe des Einkommens des erwerbstätigen Ehegatten ist sachgerecht und nicht willkürlich.

Bildet somit das Einkommen des erwerbstätigen Ehegatten die Obergrenze des wirtschaftlichen Wertes der Haushaltsführung des nicht erwerbstätigen Ehegatten, so ist dies nicht gleichbedeutend damit, dass der Wert der Haushaltsführung stets die Höhe des Einkommens des erwerbstätigen Ehegatten erreicht. Vielmehr kann er auch unter diesem Betrag liegen. Dies schliesst es aus, den Wert der Haushaltsführung generell und ohne einzelfallsbezogene Feststellungen mit einem der Höhe des Einkommens des erwerbstätigen Ehegatten entsprechenden Betrag anzusetzen.

Vielmehr muss festgestellt werden, welchen Zeitaufwand die Haushaltsführung erfordert und wie dieser Zeitaufwand wirtschaftlich zu bewerten ist. Zur Haushaltsführung als Teil des Beitrages der Versicherten gehört auch die Betreuung des behinderten Ehemannes. Sie ist als gesonderter Unterhaltsbeitrag zu berücksichtigen, sofern die Pflege über das übliche Mass der Haushaltstätigkeit, die an sich die Betreuung eines erkrankten Familienmitgliedes einschliesst, hinausgeht. Die Versicherte muss somit durch die Betreuung des behinderten Familienmitgliedes zusätzlich besonders stark belastet worden sein.

Dies bedarf grundsätzlich des Nachweises im Einzelfalle, eine besonders starke zusätzliche Belastung kann lediglich in den Fällen unterstellt werden, in denen an oder für das behinderte Familienmitglied ein Pflegegeld oder eine vergleichbare Leistung gezahlt wird. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass die Versicherte durch seine Betreuung über die gewöhnliche Haushaltsführung hinaus besonders stark belastet worden ist und einen gesondert zu bewertenden Beitrag zum Familienunterhalt geleistet hat.

Social Security und deutsche Sozialversicherung: Ein wichtiger Fristablauf!

Die seit langem erwartete Inkraftsetzung des am 7. Januar 1976 abgeschlossenen deutsch-amerikanischen Sozialversicherungsabkommens samt der Durchführungsvereinbarung vom 21. Juni 1978 wird voraussichtlich in naher Zukunft erfolgen, wenn die Ratifizierungsurkunden in Bonn ausgetauscht werden.

Im Mittelpunkt des Vertragswerks steht die Eröffnung von Möglichkeiten der freiwilligen Versicherung mit dem Recht der Nachentrichtung von Beiträgen für die Zeit von Januar 1956 bis Dezember 1973 und unter gewissen Voraussetzungen Zeiten vor dem 1. Februar 1971 bis zurück zum 1. Januar 1933, mit Ausnahme von Zeiten vor Vollendung des 16. und nach Vollendung des 65. Lebensjahres.

Während im allgemeinen eine vor dem Beginn der Verfolgung liegende Entrichtung von freiwilligen deutschen Beiträgen für mindestens 12 Monate zu den Voraussetzungen für die Berechtigung zur Nachentrichtung gehört, entfällt diese Vorbedingung für diejenigen, die Entschädigung für Ausbildungsschaden erhalten haben oder bei denen die Verfolgungsmassnahmen innerhalb von 12 Monaten nach Beendigung ihrer Ausfallzeit begonnen haben.

Von besonderer Dringlichkeit ist der Hinweis, dass das Recht auf freiwillige Versicherung und Nachentrichtung von Beiträgen nur auf Antrag erteilt wird, und Anträge müssen fristgerecht eingereicht werden. Die Antragsfristen sind kurz: Ein Jahr vom Tage des Inkrafttretens der Durchführungsvereinbarung.

Jeder Antrag bedarf der sorgfältigsten Vorbereitung und dazu gehört in der Vielzahl der Fälle die Beschaffung von unerlässlichen Urkunden. Damit kann nicht früh genug begonnen werden. Die Beschaffung der Beitragsnachweise zur US Social Security nimmt erfahrungsgemäss bis zu neun Monate in Anspruch. **Die Beitragsnachweise sind anzufordern von der Social Security Administration, Bureau of Data Processing, Baltimore, Maryland 21235.** Es empfiehlt sich, für die Anfrage ein vom örtlichen Social - Security - Amt erhältliches Formblatt zu benutzen, das auch eine Skala der für die Bescheinigung zu zahlenden Gebühr enthält, die sich nach der Anzahl der Beitragsquartale richtet.

Lionell J. Hillburn

(Ausführliche Darstellungen des Inhalts dieses neuen Abkommens werden an dieser Stelle folgen, sowie es in Kraft getreten ist.)

Medicare ist nicht genug . . .

Von WALTER STRAUSS

Die zweifellos beste Ergänzungsversicherung zur allgemeinen "Medicare" ist und bleibt immer noch die B'nai B'rith Senior Security Police. Die bedeutsamste Deckung der Police sind bekanntlich die Krankenschwesternkosten, die von Medicare überhaupt nicht gedeckt sind, aber von der B'nai-B'rith-Versicherung bis zu einem Höchstbetrag von 50,000 Dollar bezahlt werden. Bis zu diesem Höchstbetrag werden übrigens alle Gesamtkosten bezahlt. Daneben zahlt diese Police den Abzugsbetrag von $160 bei Hospitalaufenthalt — und ausserdem $40 pro Hospitaltag vom 61sten bis zum 90sten Tag eines Hospitalaufenthaltes; $80 pro Tag vom 91sten bis zum 150sten Tag eines Hospitalaufenthaltes. Nursing Home $20 pro Tag, vom 20sten bis zum 100sten Tag.

Arztkosten: Grundsätzlich werden alle Beträge bezahlt, die Medicare von der Arztrechnung abzieht. Psychische Erkrankungen ausserhalb des Hospitals, die bei Medicare auf $250 begrenzt sind, werden von B'nai B'rith uneingeschränkt bis zu $500 bezahlt, sogar Ausgaben ausserhalb der Vereinigten Staaten haben eine gewisse, wenn auch begrenzte Deckung: die Arztkosten werden bis zu einem Lebenshöchstbetrag von $2500 bezahlt mit einem Maximum von 90 Tagen. Wenn eine Krankheit schon bei Abschluss der Police besteht, tritt die Deckung dafür nach einem Jahr in Kraft.

Die Prämie dieser Police hat sich kürzlich erhöht, und zwar jährlich auf $295, halbjährlich auf $180, vierteljährlich auf $70.25 pro Person. Ich halte auch bei dieser neuen Prämie die Police immer noch für ausserordentlich günstig und empfehlenswert. Man kann auch mit dem Versicherungsantrag um Aufnahme in B'nai B'rith ersuchen, wobei der Mitgliedsbeitrag für einen Mann oder ein Ehepaar $35 jährlich und für eine Frau allein $15 beträgt. Die Police ist übrigens auch für eine geringere Prämie und zwar für $166 jährlich ($83.50 halbjährlich und $42 vierteljährlich) erhältlich. Da diese billigere Police aber Wesentliches nicht deckt, vor allem nicht die Kosten für Krankenschwestern, kann ich diese mit gutem Gewissen nicht empfehlen.

SPORT

Von ERIC KORF

Internationale Ergebnisse

Frankreich-USA 3:0. Zu dem am Mittwoch in Paris stattgefundenen Länderspiel hatten sich trotz des schlechten Wetters 30,000 Zuschauer eingefunden. Der berühmte Platini, der das erste Tor erzielte, musste später verletzt ausscheiden.

Cup der europäischen Meister (in Klammern das Ergebnis des ersten Spieles): HSV-Valur Reykjavik 2:1 (3:0); Dynamo Tiflis-Liverpool 3:0 (1:2)!; AEK Athen-Arges Pitesti 2:0 (0:3); Real Madrid-Levsky/Spartak Sofia 2:0 (1:0); SK Beveren-Servette 1:1 (1:3); Austria-Vejle BK 1:1 (2:3); Östers Växjö-Nottingham F. 1:1 (0:2); AC Milan-FC Porto 0:1 (0:0); Omonia Nikosia-RB Differdingen 6:1 (1:2); Trabzonspor-Hajduk 0:1 (0:1); Hibernian Malta-FC Dundalk 1:0 (0:2); Racing Strassburg-Start Kristiansand 4:0 (2:1); Celtic-Partisan Tirana 4:1 (0:1); Ajax-HJK Helsinki 8:1 (8:1); Dukla-Ujpest 2:0 (2:3); Ruch Chorzow-Dynamo Berlin 0:0 (1:4).

Cup der europäischen Pokalsieger: Fortuna Düsseldorf-Rangers 0:0 (1:2); ETO Raba Györ-Juventus 2:1 (0:2); FC Twente-Panionios Athen 3:1 (0:4); Beroe Stara Zagora-Arka Gdingen 2:0 (2:3); FC Magdeburg-FC Wrexham 5:2 (2:3); Steaua Bukarest-Young Boys 6:0 (2:2); Aris Bonneweg-Reipas Lahti 1:0 (1:0); Lokomotive Kosice-Wakker Innsbruck 1:0 (2:1); FC Valencia-B 1903 Kopenhagen 4:0 4:0 (2:2); Fenerbahce-Arsenal 0:0 (0:2); FC Waterford-IFK Göteborg 1:1 (0:1); FC Rijeka-AC Beerschot 2:1 (0:0); FC Nantes-Cliftonville Belfast 7:0 (1:0); FC Barcelona-IA Akranes 5:0 (1:0); Boavista Porto-Sliema Wanderers 8:0 (1:2); Dynamo Moskau kampflos Sieger über Vilaznia Shoder.

UEFA-Pokal: Viking Stavanger-M.-Gladbach 1:1 (0:3); Eintracht Frankfurt-FC Aberdeen 1:0 (1:1); AC Torino-VFB Stuttgart 2:1 (0:1); FC Kaiserslautern-FC Zürich 5:1 (3:1); Bayern München-Bohemians Prag 2:2 (2:0); PSV Eindhoven-Sporting Gijon 1:0 (0:0); Bohemians Dublin-Sporting Lissabon 0:0 (0:2); EFB Esbjerg-Zbrjovka Brünn 1:1 (0:6); Roter Stern Belgrad-Galatasaray 3:1 (0:0); VTK Diosgyör-Rapid 3:2 (1:0); Real San Sebastian-Inter 2:0 (0:3); Dynamo Dresden-Atletico Madrid 3:0 (2:1); Benfica-Aris Saloniki 2:1 (1:3); St. Etienne-Widzew Lodz 3:0 (1:2); Ipswich-Skeid Oslo 7:0 (3:1); FC Keflavik-Kalmar FF 1:0 (1:2); RSC Anderlecht-Dundee U. 1:1 (0:0); Stal Mielec-AGF Aarhus 0:1 (1:1); W. Bromwich-Carl-Zeiss Jena 1:2 (0:2); Malmö FF-Kuopio PT 2:0 (2:1); Everton-Feyenoord 0:1 (0:1); Standard Liège-Glenavon 1:0 (1:0); FTC-Lokomotive Sofia 2:0 (0:3); Olympiakos Piräus-Napoli 1:0 (0:2); AS Monaco-Schachtjor Donezk 2:0 (1:2); Alki Larnax-Dynamo Bukarest 0:9 (0:3); ZSKA Sofia-Dynamo Kiew 1:1 (1:2); Dynamo Zagreb-AC Perugia 0:0 (0:1); Banik Ostrava-Orduspor 6:0 (0:2); Leeds-FC Valetta 3:0 (4:0); Grashoppers-Progres Niederkorn 4:0 (2:0); Universitatea Craiova-Sportklub 3:1 (0:0).

Seitdem es einen Cup der Meister (1955), Cup der Pokalsieger (1960) und Messepokal (1957) — nachher UEFA-Cup — gibt, ist es nur einem einzigen Spieler gelungen, sich in die Siegerliste dieser drei Wettbewerbe einzutragen. Es handelt sich um den italienischen Torhüter Cudicini, der 1961 mit AS Roma den Messepokal, 1968 mit AC Milan den Cup der Pokalsieger und mit demselben Klub 1969 den Pokal der Meister gewann.

Für die 2. Runde, die am 24. Oktober, bzw. 7. November, stattfindet, wurde folgende Auslosung vorgenommen:

Cup der Meister: HSV-Dynamo Tiflis, Dynamo Berlin-Servette, Celtic-FC Dundalk, FC Porto-Real Madrid, Vejle BK-Hajduk, Ajax-Omonia Nikosia, Dukla-Racing Strassburg, Nottingham F.-Arges Pitesti.

Cup der Pokalsieger: Arsenal-FC Magdeburg, Aris Bonneweg-FC Barcelona, Panionios Athen-IFK Göteborg, Lokomotive Kosice-FC Rijeka, FC Nantes-Steaua Bukarest, Dynamo Moskau-Boavista Porto, Beroe Stara Zagora-Juventus, FC Valencia-Rangers.

Die wichtigsten Paarungen im UEFA-Pokal sind: M.-Gladbach-Inter, AGF Aarhus-Bayern München, Sporting Lissabon-FC Kaiserslautern, Dynamo Dresden-VFB Stuttgart, Dinamo Bukarest-Eintracht Frankfurt, Roter Stern Belgrad-Carl-Zeiss Jena, Grashoppers-Ipswich, Banik Ostrava-Dynamo Kiew. PSV Eindhoven-St. Etienne, Feyenoord-Malmö FF, Lokomotive Sofia-AS Monaco.

In der DDR führt Dynamo Dresden (12), das noch keinen Punkt abgegeben hat, vor Dynamo Berlin und Chemie Halle (je 11).

Österreichische Bundesliga: Rapid-Austria 0:0, Admira/Wacker-V. Linz 1:1, GAK-Vienna 2:1, LASK-A. Salzburg 2:0, Sportklub-Sturm Graz 0:3. — In der Schweiz liegen Grashoppers und FC Zürich (je 14) punktegleich an der Spitze. Grashoppers-Lausanne 4:0, Luzern-FC Zürich 2:1, Chaux-de-Fond-Xamax 4:1, Basel-Chenois 0:0, Chiasso-Young Boys 2:1, Servette-Lugano 8:0, Sion-St. Gallen 2:2. — In Ungarn stehen FTC und Honved (je 14) punktegleich an der Spitze. FTC-Raba 5:2, Honved-Debrecen 1:0. — In Holland führt Ajax (14) vor Feyenoord und Alkmar (je 13). — In Frankreich bilden St. Etienne (18) und Monaco (17) die Tabellenspitze. RC Lens-St. Etienne 4:3, Monaco-Racing Strassburg 4:1.

Cosmos im Fernen Osten

Cosmos trat am Mittwoch in Osaka an und erzielte ein 1:1 (1:0). Etherington hatte Cosmos in der 10. Minute in Führung gebracht. Der Mittelfeldspieler Davis erhielt einen Muskelriss und ist nach New York zurückgekehrt.

NASL

Die NASL hält in dieser Woche ihre Jahresversammlung in Washington ab. Einer der wichtigsten Punkte ist die Soccer Bowl 1980, um die sich Washington, Detroit, New England und Vancouver bewerben; Edmonton hat seine Bewerbung zurückgezogen.

Ein Vertreter von München 1860 hält sich derzeit in den USA auf; er verhandelt mit den Ft. Lauderdale Strikers, um Gerd Müllers Vertrag zu kaufen. Er wäre eine grosse Verstärkung für München 1860, das in den bisherigen acht Punktespielen nur sieben Tore erzielen konnte.

TENNIS

Bei den Spielen im Rahmen des Davis Cups zwischen den USA und Australien in Sydney fiel die Entscheidung erst am dritten Spieltag; bis dahin hatten die USA 2:1 geführt. Vitas Gerulaitis trat gegen den besten Spieler des Gegners, John Alexander, an und siegte in vier Sätzen 5-7, 6-4, 8-6, 6-2 und stellte dadurch den Sieg der USA fest, die in der nächsten Runde — entweder in San Francisco oder in Washington — gegen Italien anzutreten haben. Im letzten Spiel, das keinerlei Bedeutung mehr hatte, wurde Mark Edmondson von John McEnroe 6-3, 6-4 geschlagen.

Verschiedenes

Kürzlich ist Giuseppe Meazza, der als einer der besten italienischen Fussballspieler aller Zeiten galt, verschieden. Ihm zu Ehren wollen die beiden Mailänder Klubs, Internazionale und AC Milan, die gemeinsam das San-Siro-Stadion benutzen, dieses in Meazza-Stadion umbenennen.

Um die Austragung der olympischen Sommerspiele 1988 bewerben sich die japanische Stadt Nagoya, ferner Seoul, Brüssel und Sao Paulo. Eine endgültige Entscheidung wird bei der Generalversammlung des IOK im September 1981 (!) in Baden-Baden getroffen werden.

Cosmopolitan Soccer League

Major Division A: N.Y. Freedoms-Brooklyn Dodgers 1:1, N.Y. Astros-N.Y. Stars & Crescent 1:0, Blue Angels-Red/White/Blue 0:5.

B.W. Ridgewood-Blue Star 0:0

Die erste Hälfte verlief fair und ausgeglichen. Nach der Pause hatte Blue Star bedeutend mehr vom Spiel, ganz besonders in den letzten 20 Minuten, als der schwache Reiter durch Young ersetzt wurde. Dem Sturm bot sich eine Reihe von Torgelegenheiten, die jedoch nicht ausgenutzt werden konnten, zumal der Gegner sehr grob spielte. Bei Blue Star war die gesamte Hintermannschaft sehr gut, ganz besonders Markus und Mor. Der Tormann D'Agostino hatte überhaupt nichts zu tun. Blue Star spielte mit: D'Agostino; Stern, Lajos, Mor, Markus, Schneider (Young), Roitman; Nissanoff, O'Shea, Cohen. Das Spiel der Reserven endete 1:1.

Major Division B: Brooklyn Kosmos-Union Lancers 3:0, N.Y. Fradi-Franklin Square Lions 3:0, Washington Heights Eagles-AFC Rapid 0:0, Olympic Flames-Poughkeepsie 1:1, Hermes-Bergen Kickers 1:0.

Cosmopolitan League Cup: N.Y. Atlas-Sportfriends 4:0, Union County-Astoria Red Lions 1:1, Haledon-Vikings 1:2, Kearny American-Queens United 6:0, Gjoa-USC New York 4:0, Clarkstown-Blackpool 3:4, Greenpoint-Bedford Youth 2:0, Cavaliers-Homenetmen 4:0, Adriatic-Hudson Dalmatians 1:2, PSC Brooklyn-Yonkers Strikers 6:1, N.Y. Athletic Club-Brooklyn Eagles 9:2, College Point-St. Dominic 1:1, Bronx ISC-Union ESC 3:0, Yonkers Youth-Thunderbolts 3:3, Kolping-Manhattan Kickers 0:4.

Kommende Spiele. Major Division A: Blue Star-N.Y. Stars & Crescent (Downing Stadium, 3 Uhr), vorher Red/White/Blue-BW Ridgewood; ferner Brooklyn Dodgers-N.Y. Astros, Blue Angels-GH Metros, N.Y. Inter-N.Y. Freedoms. Major Division B: Union Lancers-N.Y. Fradi, Bergen Kickers-Washington Heights Eagles, Franklin Square Lions-Hermes, AFC Rapid-Olympic Flames, Poughkeepsie-Brooklyn Kosmos.

Letzte Nachrichten: Die US-Nationalmannschaft trat am Samstag in Neuchatel gegen Xamax an und wurde nach Fehlern der Hintermannschaft 2:1 besiegt. Bandov erzielte das Ehrentor der Unterlegenen. Wegen des ständigen Regens waren nur 3200 Zuschauer erschienen.

Cosmos spielte am Sonntag in Tokio gegen die Nationalmannschaft Japans und erreichte ein 2:2-Unentschieden.

BASEBALL

Die 76. "World Series" hatte wie noch nie zuvor unter den schlechten Wetterverhältnissen zu leiden. Das erste Spiel musste am Dienstag in Baltimore wegen der ständigen Regengüsse abgesagt werden, was noch niemals vorher passiert ist. Auch an den folgenden Spieltagen musste bei nassem und ungewöhnlich kaltem Wetter gespielt werden, so dass es viele "Errors" gab, da die Spieler mit ihren kalten Händen den Ball nicht richtig behandeln konnten.

Die beiden ersten Spiele fanden in Baltimore statt. Am Mittwoch siegten die Baltimore Orioles 5:4 über die Pittsburgh Pirates; am Donnerstag gingen die Pirates mit 3:2 als Sieger hervor. Am Freitag wurde in Pittsburgh gespielt, und das Spiel musste im dritten "Inning" wegen Schnee und Regen über eine Stunde lang unterbrochen werden. Schliesslich siegten die Orioles 8:4; auch am Samstag gingen diese als Sieger hervor, diesmal 9:6. Die Pirates hatten im achten "Inning" noch 6:3 geführt!

Am Sonntag siegten die Pirates 7:1. Das sechste Spiel am Dienstag in Baltimore endete mit einem 4:0-Sieg für die Pirates und somit fiel die Entscheidung über die "World Championship" erst am Mittwochabend (nach Redaktionsschluss).

Computer-Buchung

Als erste europäische Fluggesellschaft hat die Lufthansa vor zehn Jahren ein elektronisches System eingeführt, um ihren Kunden die Buchung der Flüge zu erleichtern und zu beschleunigen. Inzwischen versieht bei der Lufthansa der dritte Computer-Generation diese Aufgaben.

Bonn fördert Einstein-Center des Weizmann-Instituts

Der Haushaltsausschuss des Bonner Bundestages hat finanzielle Mittel für die Errichtung eines Albert-Einstein-Centers am Weizmann-Institut in Rehovot bewilligt. Wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Dübber in Bonn mitteilte, soll dieses Center die engen Bindungen zwischen den deutschen und israelischen Physikern verstärken.

Mit den zunächst bewilligten 1.5 Millionen Mark soll es einer Reihe europäischer und amerikanischer Physiker möglich gemacht werden, ihre Forschungen am Weizmann-Institut fortzusetzen.

Ausserdem beschloss der Ausschuss nach Angaben Dübbers, 500,000 Mark für den Lehrstuhl für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv bereitzustellen, dessen Finanzierung durch die Stiftung Volkswagenwerk ausgel...

Informationsabend über das neue amerikanisch-deutsche Sozialabkommen

Gemeinsame Veranstaltung von "Aufbau" / New World Club, Hebrew Tabernacle, und Leo Baeck Lodge & Chapter

Sonnabend-Abend 26. Januar um 8:30 in der Social Hall des HEBREW TABERNACLE

551 Fort Washington Avenue, (an der 185. St.), Manhattan

Frau Marion House, Wiedergutmachungssachverständige, wird über Inhalt und Bedeutung des neuen Abkommens berichten und Fragen aus dem Publikum beantworten. Ein Eintrittspreis von $2.50 wird erhoben; Erfrischungen werden gereicht.

Interessierte Leser wollen bitte untenstehenden Kupon ausfüllen und an das Hebrew Tabernacle, 551 Fort Washington Avenue, New York 10033 einschicken (der Eintrittspreis kann am Saaleingang gezahlt werden).

- -

I/We plan to attend the Saturday Jan. 26 function on Social Security.

2 PERSONS

We will be .... persons .... Phone: ....

Name: Mr + Mrs Edward Friedlander

Address: 140 Van Cortlandt Ave. West, Bronx, N.Y. 10463

FLEISCHMANNS, N. Y.

Die Wiedergutmachung und Recht des Alters

Nr. 465 — 8. Februar 1980 Ein Wegweiser für alle, die es angeht Erscheint monatlich

Die Rechte der Verfolgten nach dem Sozialversicherungsabkommen USA-Bundesrepublik

"Aufbau" hat bereits ausführliche Erläuterungen zum Sozialversicherungsabkommen USA-Westdeutschland veröffenlicht. Diese Erläuterungen sollen im folgenden durch koknrete Nachentrichtungsbeispiele ergänzt werden, damit die Berechtigten erkennen können, welche Vorteile mit der Beitragsnachentrichtung verbunden sind, und welche geldlichen Aufwendungen hierfür notwendig sind. Zu jedem Beispielsfall ist auch die sogenannte Annuität angegeben worden, die besagt, wieviel Prozent der investierten Summe in einem Rentenjahr zurückfliesst (Verzinsung). Zugleich wird in jedem Falle angegeben, wieviele Rentenmonate verstreichen müssen, bis der Nachentrichtungsbetrag zurückkommt. Bemerkt sei noch, dass es sich im folgenden um Beispieltypen handelt und dass jeder Einzelfall anders liegen kann. Es muss hier betont betont werden, dass die Wiedergutmachung völlig abgeschlossen ist. Es gibt nicht nochmals "Schuldgeld", wie oftmals behauptet und gefragt wird.

* * *

1.) Das Nachzahlungsrecht der Verfolgten, die einen **Ausbildungsschaden** erhalten haben, hat grosse Beachtung gefunden. Es ist aber hervorgehoben worden, dass die Nachentrichtung beträchtliche Summen erfordert, während die damit "erkaufte" Rente verhältnismässig gering ist.

Hierfür zwei Beispiele, die für Verfolgte gelten, die auch amerikanische Versicherungszeiten nachweisen können, welche zumindest 60 Kalendermonate (5 Jahre = 20 Quartale) umfassen müssen: (Alle Dollarwerte sind nur ungefähr und natürlich Schwankungen unterworfen.)

Wer zum Beispiel DM 10,728.— (ca. $6276.—) einmalig einzahlt, erwirbt damit das Recht auf eine Altersrente von DM 89.40 (ca. $51.00) monatlich. Das sind jährlich ca. $612.00. Die Annuität, also der jährliche Rückfluss ist hier zehn Prozent, was bedeutet, dass die Nachentrichtungssumme nach 10 Rentenjahren zurückfliesst. Ein zweites Beispiel: Bei einer Nachentrichtung von DM 49,680.— (ca. $29,062.00) entsteht das Recht auf eine monatliche Altersrente von DM 413.00 (ca $239.00). Das sind jährlich ca. $2868.00. Auch hier ist die Annuität zehn Prozent, und es dauert also etwa zehn Jahre, bis die Aufwendung zurückkehrt.

Ein drittes Beispiel, das für Verfolgte gilt, die keine amerikanischen Versicherungszeiten aufweisen können: Bei einer Nachentrichtung von DM 12,960.— (ca. $7582.—) ergibt sich eine Altersrente von DM 108.— (ca. $62.—) monatlich. Das sind jährlich ca. $744.—. Auch hier dauert es zehn Jahre, bis die "Investition" zurückkommt. Die Annuität ist also zehn Prozent. Das zeigt, dass sich diese Nachzahlungen für diese Klasse der Verfolgten nicht lohnen.

Wenn der Versicherte zur Zeit der Rentenbewilligung noch Kinder bis zu 25 Jahren, die sich noch in der Ausbildung befinden (was in den wenigsten Fällen vorkommt), kann er für die Dauer der Ausbildung dieser Kinder einen Kinderzuschuss verlangen, der monatlich DM 152.90 (ca. $88.00) beträgt. Im ersten Beispielsfalle würde die Rente dann auf DM 566,0 (ca. $327.00) ansteigen, und der Rückfluss dauert 89 Monate. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass der volle Kinderzuschuss nur dann gewährt wird, wenn keine amerikanische Kinderrente bezogen wird. Sollte dies der Fall sein, dann wird der deutsche Kinderzuschuss nur zur Hälfte gewährt.

* * *

2.) Verfolgte, deren versicherungspflichtige Beschäftigung wegen der Verfolgung unterbrochen oder beendet werden musste; d.h. die bis zu ihrer Auswanderung versicherungspflichtig gearbeitet haben oder nachweislich aus Verfolgungsgründen arbeitslos waren: (Für Versicherte, die bereits einmal richtig und vorteilhaft eingezahlt und damit ihre jetzige oder zukünftige Rente erhöht haben, ist der Fall abgeschlossen, und es lohnt sich in den meisten Fällen nicht, nochmals einzuzahlen.)

Hier bietet sich eine besondere wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeit, bestehende Rentenrechte wesentlich zu verbessern. Nehmen wir an, dass Herr H.B., geboren 1913, in Deutschland versichert war, und zwar in der Zeit von April 1931 bis September 1933. Er hat in dieser Zeit 21 Monatsbeiträge gezahlt und hat sogenannte Ersatzzeiten, die von der Auswanderung im Oktober 1933 bis Ende Dezember 1949 reichen. Herr B. hat damit Anspruch auf eine deutsche Altersrente von DM 520.10 (ca. $301.—) monatlich. Wenn er jetzt DM 486.— (ca. $285.00) (nur) nachentrichtet, so erhöht sich der Rentenbetrag auf DM 901.90 (ca. $523.—) monatlich, also um DM 381.80 (ca $222.—). Die Aufwendung kehrt also bereits nach zwei Rentenmonaten zurück. In diesem Fall handelt es sich um einen V[illegible]folgten, der weniger als f[illegible] Jahre Beiträge gezahlt h[illegible] und in einem solchen F[illegible] wirkt sich die Nachentrichtung besonders günstig aus. Sie bringt jedoch auch dann erhebliche Vorteile mit sich, wenn die Beitragszahlung mehr als fünf Jahre gedauert hat.

Für Frauen, die ein ähnliches Verfolgungsschicksal erlitten haben wie Herr H.B. und Versicherungsprämien gezahlt haben, ergeben sich weitere Vorteile, wenn sie eine Nachentrichtung vornehmen. Wenn zum Beispiel Frau M.G., geboren 1919, fünf Beiträge im Jahre 1938 eingezahlt hat und im Dezember 1938 ausgewandert ist, so hat sie einschliesslich der Ersatzzeit eine Versicherungszeit von 138 Monaten und ein Recht auf eine Erwerbsunfähigkeitsrente von DM 242.90 (ca. $140.00), aber kein Recht auf *Altersrente, da man hierfür* 180 Monate = 15 Jahre Beitrags- und Ersatzzeit — benötigt.

(Fortsetzung auf Seite 18)

Die Mindestrente im Entschädigungsrecht

Von HEINZ KURT FABIAN

In einem Urteil vom 4. Oktober 1979 — IX ZR 64/78 — hat der Bundesgerichtshof folgenden Leitsatz aufgestellt:

a) Die Überleitung der Mindestrente in die Hundertsatzrente hängt nicht davon ab, aus welchem Grunde die Parteien im Vergleich die Mindestrente vereinbart und welche Vorstellungen und Erwartungen sie über deren künftige Entwicklung gehabt haben. Es kommt allein darauf an, ob sich nach Abschluss des Vergleichs durch die 7. oder eine der folgenden Änderungsverordnungen zur 2. DV-BEG das Verhältnis zwischen der Mindestrente und der bei Einreihung in den einfachen Dienst und mittlerem Hundertsatz errechneten Rente umgekehrt hat.

b) Aus dem Wortlaut der Vereinbarung, dass die Rente den gesetzlichen Änderungen der Mindestbeträge nach Par. 32 BEG unterliegt und der Antragsteller auf weitergehende Entschädigung wegen Schadens an Körper und Gesundheit verzichtet, ergibt sich nicht unmittelbar, dass auch im Falle künftiger Rechtsänderungen nur die Mindestrente gezahlt werden sollte.

Die Klägerin und die Entschädigungsbehörde hatten in einem Vergleich wegen Gesundheitsentschädigung unter Verzicht auf Einreihung in eine vergleichsweise Beamtengruppe und auf Bemessung des Hundertsatzes der Rente die Mindestrente vereinbart. Nachdem diese aufgrund der 8. bis 14. ÄndDVO zur 2. DV-BEG erhöht worden waren, verlangte die Klägerin, die Mindestrente auf den mittleren Hundertsatz im einfachen Dienst anzuheben. Dementsprechend erging in den Vorinstanzen das Urteil.

Die hiergegen von der Entschädigungsbehörde eingelegte Revision hat der Bundesgerichtshof zurückgewiesen und in der Begründung ausgeführt: Dem Klageanspruch steht nicht entgegen, dass die Behörde die Rente der Klägerin nach Abschluss des Vergleichs jeweils nur auf die Mindestrente angehoben und die Klägerin diese Neufestsetzungen nicht angefochten hat. Soweit in den an die Klägerin persönlich gerichteten Mitteilungen Leistungsverbesserungen der 8. und folgenden Änderungsverordnungen abgelehnt worden sein sollten, ist die Klagefrist des Par. 210 nicht in Lauf gesetzt worden und das Klagerecht auch nicht verwirkt.

Der Senat hat sich in seinen beiden grundlegenden Entscheidungen RzW 976, 116 Nr. 31 und 1978, 151 eingehend mit der Problematik der Umstellung von sogenannten Mindestrentenvergleichen befasst. Er hält an den dort niedergelegten Grundsätzen fest. Die Revision wendet in erster Linie ein, dass die Rechtsprechung des Senats nur für die Fälle Geltung habe, in denen es vor Erlass der 7. ÄndDVO zur 2. DV-BEG vom 31. März 1966 zu einem Mindestrentenvergleich gekommen sei. Nach dem Erlass dieser Verordnung sei den Verfolgten klar gewesen oder habe von ihnen erkannt werden müssen, dass die nach Par. 31 BEG mit Par. 15, 15a der 2. DV-BEG errechneten Renten stärker angehoben werden würden als die Mindestrenten nach Par. 32 Abs. 1 BEG. Schon der Ausgangspunkt dieses Einwandes ist falsch.

Die Überleitung der Mindestrente in die Hundertsatzrente hängt nicht davon ab, aus welchen Gründen die Parteien die Mindestrente im Vergleich vereinbart und welche Vorstellungen und Erwartungen sie über die zukünftige Entwicklung gehabt haben. Es kommt allein darauf an, ob sich nach Abschluss des Vergleichs durch die 7. oder eine der folgenden Änderungsverordnungen zur 2. DV-BEG das Verhältnis der Mindestrente und der bei Einreihung in den einfachen Dienst und mittleren Hundertsatz errechneten Rente umgekehrt hat. So liegt der Fall der Klägerin. Bei ihr bemass sich die Rente im einfachen Dienst bei dem mittleren Hundertsatz bei Vergleichsabschluss auf (aufgerundet) 152 DM, während die Mindestrente nach Par. 32 Abs. 1 BEG, Par. 21a der 2. DV-BEG 159 DM betrug. Die Mindestrente war damals für die Klägerin günstiger als die errechnete Rente.

Erst aufgrund der im Juli 1970 verkündeten ÄndVO überstieg die errechnete Rente die Mindestrente. Ohne Rechtsfehler verneint das Berufungsgericht auch, dass der Vergleich einen ausdrücklichen Ausschluss künftiger Leistungsverbesserungen oder eine Beschränkung auf bestimmte Leistungsverbesserungen enthalte. Die gegen diese richterliche Auslegung gerichteten Rügen des Beklagten greifen nicht durch. Sein Einwand, aus dem Aktenvermerk des Dezernenten der Behörde und der Streichung verschiedener Passagen im Vergleichsformular ergebe sich, dass nur, und zwar auch für die Zukunft, die Mindestrente gewährt werden sollte, ist schon deswegen unbeachtlich, weil weder der Vermerk noch die Streichungen im Vergleichsformular der Klägerin mitgeteilt worden sind. Der Klägerin ist lediglich der endgültige Vergleichstext zugeleitet worden.

Diesem konnte aber nur durch Auslegung eine Beschränkung auf künftige Leistungsverbesserungen entnommen werden, wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt. Dies gilt insbesondere auch für die Nummern 3 und 4 des Vergleichs, wonach die Rente "den gesetzlichen Änderungen der Mindestrente nach Par. 32 BEG" unterliegt und die Klägerin "auf weitgehende Entschädigung wegen Schadens an Körper und Gesundheit" verzichtet. Aus dem Wortlaut dieser Vereinbarungen ergibt sich nicht unmittelbar, dass auch im Falle künftiger Rechtsänderungen nur die Mindestrente gezahlt werden sollte.

Abkommen USA-Bundesrepublik

(Fortsetzung von Seite 17)

Nehmen wir nun an, dass sie keine amerikanischen Beiträge entrichtet hat, so kann sie durch die Nachentrichtung von 42 Beiträgen das Recht auf die Altersrente mit 65 Jahren sichern. Sie kann aber auch durch eine grössere gezielte Nachentrichtung den Beginn der Altersrente um fünf Jahre vorziehen und dabei den Rentenbetrag erheblich erhöhen. Allerdings darf sie dann aus beruflicher Tätigkeit höchstens DM 425.— (ca. $240.—) monatlich verdienen. Wenn eine solche Verfolgte z.B DM 14,508.— (ca. $8487.—) nachentrichtet, so erhöht sich der Rentenbetrag von DM 242.90 (ca. $140.—) auf DM 419.30 (ca. 243.—) monatlich, und der Betrag von DM 14,508.— ist längst zurückgeflossen, wenn sie das normale Rentenalter von 65 Jahren erreicht. (Annuität 34,68 Prozent und Rückfluss nach 35 Rentenmonaten, also weniger als drei Jahre).

Ein anderes Beispiel: Für die Nachentrichtung wendet sie DM 27,774.— (ca. $16,248.00) auf, dann steigt die Rente auf DM 911.40 (ca. $528.—) monatlich, also um DM 668.50 (ca. $388.—), und die Annuität macht 39,38 Prozent aus, so dass der aufgewendete Betrag nach 31 Rentenmonaten zurückkehrt.

* * *

3.) Eine neue Nachentrichtungsmöglichkeit, die Interesse hervorrufen dürfte, ist denjenigen Verfolgten gegeben, die an dem Stichtag (18.10.1972) bereits 60 Jahre alt waren und im ehemaligen Deutschen Reich eine selbständige Tätigkeit ausgeübt hatten, die wenigstens fünf Jahre angedauert hat. Diese muss durch die Wiedergutmachung [illegible] oder sonstige Beweise nachgewiesen werden. (Personen, die im elterlichen Geschäft mitgearbeitet haben und nicht Inhaber waren, fallen nicht hierunter.) Wenn die obengenannten Personen eine gezielte Nachentrichtung vornehmen, so können sie sich dadurch die Anrechnung von Ersatzzeiten (z.B. des verfolgungsbedingten Auslandsaufenthaltes) sichern. Das sieht folgendermassen aus:

Herr J. St., geboren am 16. 12. 1902 war fünf Jahre (oder mehr) als Kaufmann selbständig tätig, ehe er im Januar 1934 auswandern musste. Wenn er DM12,096.— (ca. $7076.—) einzahlt, so erwirbt er ein sofort realisierbares Rentenrecht von DM 499.70 (ca. $289.—) monatlich (Rückfluss nach 25 Rentenmonaten!).

Wenn es sich aber um einen Verfolgten handelt, der fünf Jahre als Arzt oder als Anwalt selbständig in Deutschland gewirkt hat, und um die gleiche Zeit (Januar 1934) wie Herr J.St. ausgewandert ist, so würde seine Altersrente bei dem gleichen Nachentrichtungsbetrag von DM 12,096.— (ca. $7076.—) im Monat DM 693.— (ca. $402) ausmachen (Rückfluss bereits nach 18 Rentenmonaten!). Dies beruht auf der günstigeren Bewertung der Ersatzzeiten bei Akademikern.

Es ist zu hoffen, dass alle in Betracht kommenden Verfolgten von dieser Nachentrichtungsmöglichkeit Gebrauch machen. Hierbei handelt es sich durchweg um höhere Altersklassen, und daher muss hervorgehoben werden, dass auch die Witwe eines Mannes, welcher in Deutschland selbständig gewesen ist, durch eine ähnliche Nachentrichtung ihre eigenen Ersatzzeiten zur Berücksichtigung bringen kann unter der Voraussetzung, dass sie selbst am 18.10.72 60 Jahre alt war.

Hier gilt Ähnliches wie in den beiden vorstehenden Beispielen: Frau M.M., geboren am 1. 12. 1909, ausgewandert im Oktober 1938, ist die Witwe eines Mannes, der fünf Jahre lang selbständig gewesen ist. Bei Einzahlung von DM 9720.— (ca. $5686.—) hat sie eine sofortige Altersrente von DM 317.30 (ca. $184.—) monatlich (Rückfluss nach 31 Monaten). Die selbständige Tätigkeit muss im ehemaligen deutschen Reichsgebiet ausgeübt worden sein.

* * *

4. Aber auch Akademiker, die im ehemaligen Deutschen Reich nicht oder weniger als fünf Jahre selbständig gewesen sind, haben ein wichtiges Nachentrichtungsrecht erworben. Es muss sich aber auch hier um Verfolgte handeln. Sie können nämlich u.a. für die Zeit der versicherungsfreien wissenschaftlichen Ausbildung, z.B. als Assistenzarzt oder als Referendar nachentrichten. Wenn beispielsweise Dr. X.Y. 36 Monate als unbezahlter Assistenzarzt oder als Gerichts- oder Studienreferendar beschäftigt war und eine Nachentrichtung von 96 Monaten im Gesamtbetrage von DM 9180.— (ca. $5370.—) vornimmt, so erwirbt er (oder sie) damit ein Recht auf Altersrente in Höhe von DM 182.80 (ca. $106.—) monatlich (Rückfluss nach 51 Rentenmonaten = 4¼ Jahren). Voraussetzung ist in diesem Beispielfalle, dass eine amerikanische Versicherungszeit von mindestens 84 Monaten (sieben Jahre) vorliegt. Ist dies nicht der Fall, so muss er (oder sie) z.B. DM 15,228.— (ca. $8908.—) einzahlen, um damit eine Rente von DM 233.20 (ca. $135.—) monatlich zu erhalten. Wenn es sich aber z.B. um einen Spezialarzt für innere Krankheiten handelt, der in Deutschland im allgemeinen vier Jahre als unbezahlter Assistenzarzt tätig sein musste, so würde seine Altersrente bei einer Nachentrichtung von nur DM 10,800.— (ca. $6319.—) monatlich DM 231.70 (ca. $134.—) ausmachen.

In diesen unter Nr. 4 erwähnten Beispielsfällen kann allerdings das Nachentrichtungsrecht im Gegensatz zu den anderen Nachentrichtungen nur von den Berechtigten selbst, aber nicht von der Witwe ausgeübt werden.

Dagegen besteht bei allen hier erwähnten Rentenrechten ein Recht auf Witwenrente, die 60 Prozent derjenigen Rente beträgt, die der Versicherte selbst erhalten hat oder erhalten hätte. Dies gilt auch für die Renten, die durch eine Nachentrichtung der Ausbildungsgeschädigten erworben werden.

H.S-m.

Noch einmal: amerikanisch-deutsches Sozialabkommen

Es wird noch einmal daran erinnert, dass über das kürzlich in Kraft getretene Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland über Sozialversicherung ein Merkblatt vorliegt, das "Aufbau" aus Beiträgen aus seiner allmonatlichen Wiedergutmachungsbeilage zusammengestellt hat. Dieses Merkblatt kann vom "Aufbau" (2121 Broadway, New York 10023) bezogen werden für eine Gebühr von $1.—. Interessenten können es sich in unserer Geschäftsstelle abholen oder per Post anfordern; in diesem Fall bitte Zahlung beilegen sowie präadressierten und frankierten Briefumschlag.

* * *

Bei dieser Gelegenheit wird daran erinnert, dass die Büros der U.R.O. (United Restitution Organization, 570 Seventh Avenue, in Manhattan) Montag bis Donnerstag von 8 a.m. bis 4 p.m. geöffnet sind; freitags ist das Büro geschlossen.

Leben verschönern — Leben erleichtern

Asien ist "in"

Seitdem die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu China immer freundschaftlicher werden und kaum noch jemand "Red China" oder "Mainland" sagt, sondern "People's Republic of China", gehören Gegenstände, die die Importwelle aus China nach Amerika gebracht hat, zum täglichen Bedarf. Es werden dabei keine grossen Unterschiede zwischen Dingen aus den einzelnen asiatischen Ländern gemacht. Sie sind alle in die fernöstliche Welle eingeschlossen.

So kommt aus dem japanischen Kyoto ein wunderschöner sogenannter "Happi Coat", der eine Jacke ist, die man beispielsweise über dem Badeanzug tragen kann. Japan liefert auch interessante Teeservices, zu denen eine Büchse, in der der Tee aufbewahrt wird, und ein Teewärmer gehören. Und selbstverständlich Vasen, deren Besitz Freude macht. Bereits die Holzkästen, in denen sie verpackt sind, sind ein ästhetischer Genuss.

Ausserordentlich dekorativ ist eine koreanische Kommode aus Lindenholz mit vielen Messingbeschlägen; sie ist 55 mal 25 mal 63 cm gross. Es wird empfohlen, seine Alkoholvorräte darin zu verstecken. Aber sie lässt sich wohl auch für andere Zwecke benutzen. In kleinerer Ausführung wird diese Art von Behältern als Schmuckkästen empfohlen.

Aus China kommen Gläser, auf denen in chinesischer Schrift langes Leben, viel Glück, doppeltes Wohlbefinden und Friede propagiert werden.

Wer von chinesischem Porzellan essen will, braucht dazu Schüsseln und Löffel mit chinesischen Ornamenten. Ein Teeservice trägt Abbildungen aus dem Zeitalter, als in der chinesischen Volksrepublik noch Mandarine regierten.

* * *

Im Jahre 626 vor unserer Zeitrechnung wurde in China unter dem Kaiser Tai-tung bereits Polo gespielt. Übrig geblieben davon sind die Bronzepferde, die in dem Museum von Peking stehen. Einer der Ausfuhrartikel Chinas ist eine neun Pfund schwere, ungefähr 31 cm hohe Nachbildung dieser graziösen Rösser.

* * *

Der fernöstliche Einfluss ist auf den Strassen New Yorks sichtbar. Es werden immer mehr wattierte Jacken und Mäntel gesehen, wie sie Bauern in asiatischen Ländern tragen. Wer sich auch für asiatische Gegenstände interessiert, bestelle einen Katalog von The Clipper Trade (P.O.B. 595, 590 Commonwealth Ave., Boston, MA 02215). Vergessen Sie nicht, bei Ihrer Anforderung den "Aufbau" zu erwähnen.

L. W.

ZEITUNGSWELT

Hermann Lewy nicht mehr bei der "Allgemeinen"

Seit dem Beginn dieses Jahres steht der Name Hermann Lewys, der viele Jahre lang Chefredakteur der "Jüdischen Allgemeinen" in Düsseldorf war und in den letzten Jahren, seit er die Altersgrenze erreichte, noch als "leitender beratender Redakteur" bei der "Allgemeinen" mitwirkte, nicht mehr im Impressum dieses Blattes. Er schreibt uns, dass er, nunmehr 73 Jahre alt, gänzlich aus der Redaktion ausgeschieden ist, aber weiterhin als freier Schriftsteller, unter anderem auch weiter als Mitarbeiter am "Aufbau", tätig sein will. Unsere Leser kennen die Signatur dieses angesehensten aller jüdischen Journalisten in Deutschland seit vielen Jahren unter vielen hervorragend beobachteten Darstellungen von Tagesfragen — wie auch oftmals als hochgebildeten und kultivierten Theaterrezensenten.

H. St.

"High Country News" machen Geschichte

In dem kleinen und vermutlich allgemein unbekannten Städtchen Lander im Staate Wyoming erscheint seit einigen Jahren 14tägig eine kleine Zeitung, die "High Country News" heisst und mit einer Auflage von weniger als 4000 Exemplaren wohl eines der kleinsten und unbedeutendsten Blätter dieses Landes ist. Das Blättchen ist aber höchst bedeutend und erstaunlich einflussreich. Es ist ein Blatt, das für Umweltschutz kämpft, namentlich im Westen des Landes, wo die riesigen Staatswälder, Landflächen im Bundeseigentum, Nationalparks und Wildschutzgebiete liegen, und das Blatt prangert alle Verstösse gegen die bestehenden Schutzbestimmungen und alle Versuche geldgieriger "Developers" an, die sich auf öffentlichen Ländern Baukonzessionen zu sichern suchen. Alle Gouverneure der westlichen Staaten, alle dortigen State Attorneys und die meisten öffentlichen Gesetzgeber sowie alle Bürgermeister und grossen Zeitungsredaktionen des Westens in Städten wie Denver, Des Moines, Salt Lake City, Albuquerque usw. lesen das Blättchen.

AUFBAU JAN 27, 1978 ISSUE

Rotary-Luncheons, Pressekonferenzen, Fernsehauftritten oder wo

ne Neinsager sind, überwiegend konservative Republikaner, 20 weitere schwanken noch, und von de-

minenter Redner, die Flut verschickter Flugblätter und Broschüren. Der Verdacht drängt sich auf,

aber im Augenblick ist weder die Ratifizierung des Vertrages gesichert, noch die innenpolitische Kraftprobe entschieden.

Wiedergutmachungsansprüche gegen Ostdeutschland

WA2-7415

Wichtige Mitteilung der Foreign Claims Settlement Commission (Washington)

Wie im "Aufbau" mehrfach mitgeteilt, müssen Anträge bei der Foreign Claims Settlement Commission wegen Entziehung von Vermögensgegenständen in der DDR bis zum 16. Mai 1978 gestellt werden. Soweit Antragsteller sich vertreten lassen, müssen diese Vertreter hier zugelassene Anwälte sein. Die meisten der hier zugelassenn Anwälte lehnen die Annahme solcher Mandate ab, weil gesetzlich nur ein Erfolgshonorar von zehn Prozent berechnet werden darf und in keiner Weise feststeht, ob oder wann ein Erfolg erzielt wird. Auf der anderen Seite können den Berechtigten durch eine Unterlassung der Antragstellung Rechtsnachteile erwachsen, wenn für das gleiche Objekt ein Anspruch nach dem Lastenausgleichsgesetz oder dem BFG schwebt.

Da viele der Antragsteller in New York oder im Umkreis von New York wohnen, hat die Kommission beschlossen, in **New York eine vorübergehende Geschäftsstelle: 252 7th Avenue, 8. Stockwerk, einzurichten.**

Für die ersten sechs Wochen werden folgende Geschäftsstunden festgesetzt, jeweils von 10 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags:

Montag, den 6. Februar
Dienstag, den 7. Februar
Montag, den 13. Februar
Dienstag, den 14. Februar
Dienstag, den 21. Februar
Mittwoch, den 22. Februar
Montag, den 27. Februar
Dienstag, den 28. Februar
Montag, den 6. März
Dienstag, den 7. März
Montag, den 13: März
Dienstag, den 14. März

Auf Antragsteller, die bereits einen Antrag in Washington gestellt haben, bezieht sich diese Mitteilung nicht. Schriftliche oder telefonische Vorstellungen sollen an F.C.S.C., Washington, D.C. 20579; Telephon: Area Code 202/653-5883, gerichtet werden.

Bei einem Interview in New York wird den Antragstellern empfohlen, Unterlagen, Bürgerpapiere, evtl. auch solche der Erblasser oder Miterben mitzubringen. Sollten Antragsteller oder deren Rechtsvorgänger nicht die US-Staatsangehörigkeit erlangt haben, sollen die Alien Registration Cards vorgelegt, mindestens aber die Nummer angegeben werden.

G.M.K.

Hausverwaltungen

AUFBAU - ISSUE OF Dec 15, 78

kehrte nach ca. zweimonatiger KZ-Haft schwer verletzt — Fusstritte in den Unterleib — als körperlich-seelisch gebrochener Mann zurück und siechte ohne Arbeit bis zur Auswanderung des damalig achtjährigen Jungen vor dessen Augen dahin. Einige Monate danach gelang es den Eltern, den zarten, verängstigten Jungen auf einen der damals nach England gehenden Kindertransporte zu bringen und ihm dadurch wahrscheinlich das Leben zu retten. Er sah seine Eltern nie mehr wieder. Später — nach Kriegsende — erfuhr er, dass sie in einem KZ ums Leben gekommen waren.

Er selbst gelangte mit dem Kindertransport im Jahre 1939 nach England, wurde dort von fremden, [...] der amerikanischen Armee.

Als Soldat in der Garnisonsstadt Norfolk (Virginia) stationiert, hatte er das folgende akut-traumatische Erlebnis, das zu einem Nervenzusammenbruch führte: Eines Abends durch die Strassen von Norfolk gehend, sah er eine Gruppe von ihm lümmelhaft und gefährlich erscheinenden Burschen stehen. Obschon diese Burschen nichts taten und sich nur ziemlich laut unterhielten, glaubte er plötzlich, dass diese "Kerle" ganz ähnlich denen (oder vielleicht auch die gleichen) seien, die 1938 das elterliche Ladengeschäft in Westfalen zerstört, das Heim überfallen und seinen Vater mit sich fortgeführt hatten. Daraufhin begann er loszubrüllen, mit Steinen aus einer nahegelegenen [...]

Grade, ist.

Jedoch von Bedeutung ist dieser Tatbestand: Seine Wiedergutmachungsansprüche — von mir und anderen Gutachtern positiv beurteilt — wurden von deutschen Entschädigungsämtern und -gerichten wiederholt abgelehnt. Ein Obermedizinalrat L. in D. erklärte (als Amtsarzt) die Geisterkrankheit des H. W. als eine "eigengesetzliche" Entwicklungsstörung, die nichts mit der Verfolgung zu tun habe, sondern eben aus "eigengesetzlichen" Gründen anlagegemäss entstanden sei. Um diese Argumentation zu verstärken, wandelte der gute Medizinalrat sogar das verstörte Flüchtlingsdasein des Jungen in England, in dem ihm sprach- und kulturfremden Ausland, in einen idyllisch beschriebenen Aufenthalt bei nahen "Verwandten" um, in einem dokumentarisch in meinem Besitz befindlichen Amtsgutachten.

Als ich daraufhin in meiner erneuten gutachtlichen Stellungnahme auf diese eindeutige Verfälschung des Tatbestands verwies, wurde seitens des gleichen Amtsarztes meine Richtigstellung als persönliche "Verunglimpfung" erklärt. Und so ging es weiter mit Gutachten, Gegengutachten, erneuten Begutachtungen und so fort — über nahezu 15 Jahre! Immer wieder musste meinerseits betont werden, dass der erste akute und schwerwiegende Nervenzusammenbruch des W., nämlich der in Norfolk, mit dessen plötzlich auftretenden Irresein, seinen Steinwürfen gegen die dortigen Ladenfenster usw. genau die aktive Wiederholung dessen darstellten, was er als damals durch die Verfolgung schon traumatisiertes Kind bei der Zerstörung des elterlichen Geschäfts und Heims p a s s i v erlebt und erduldet hatte. Von den weiteren traumatischen Vorgängen, dem ihn seelisch zertümmernden Anblick des gebrochen aus dem KZ zurückkehrenden Vaters und dem Verfol-

und frei leben. Fi[...]
und auswärtige P[...]
che der Ostblock i[...]
de Verbrecher. In[...]
man scheinheilig [...]
sprechende Dokun[...]
gefunden zu haben.

Für die Ostbloc[...]
nach Ansicht von W[...]
Veröffentlichungen[...]
mene Ablenkung [...]
nen Problemen wie[...]
Unterdrückung [...]
sein.

gungstod der Elter[...]
erfuhr, ganz zu sch[...]

Zum Abschluss u[...]
deutschen Gerichte[...]
dass H. W. nach [...]
Rentenkampfverfah[...]
machung erhielt [...]
erhält. Doch seit [...]
ist seine geistige [...]
mals mehr völlig [...]
worden.

Aufhebung der Stopp-Verordnung des Bundesausgleichsamts für Ansprüche in der DDR

Bekanntlich wurden die Verfahren, die aufgrund des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes für Verluste in der Deutschen Demokratischen Repblik in Gang gesetzt wurden, im März ds. Js. zum Stillstand gebracht. Public Law 94-542, das in Washington erlassen wurde, hatte nämlich die Möglichkeit geschaffen, bei Vorliegen gewisser Staatsangehörigkeits-Voraussetzungen für derartige Fälle Ansprüche hier in den USA geltend zu machen.

Die Grundlage für die Stopp-Verfügung war eine Bestimmung im Lastenausgleichsrecht, aufgrund deren Leistungen Dritter in Ansatz zu bringen sind, und zwar selbst dann, falls eine Geltendmachung aufgrund des amerikanischen Gesetzes möglich gewesen wäre, aber unterlassen wurde.

Das Bundesverwaltungsgericht hat nun in einer Entscheidung vom 27. November ds. Js. die Revisionszulassungsbeschwerde in einem derartigen Fall zurückgewiesen. In den Gründen des Beschlusses wird ausgeführt, dass für den Bescheid-Stopp auch unter Berücksichtigung des USA-Gesetzes 94-542 keine gesetzliche Grundlage gegeben sei. Dieses Gesetz habe lediglich den Zweck, Gültigkeit und Höhe der Forderungen von USA-Bürgern gegen die DDR zu ermitteln, ohne jedoch Ansprüche auf Entscheidungsleistungen zu begründen.

Die Entscheidung ist ausserordentlich erfreulich. Eine sehr grosse Anzahl von anhängigen Verfahren, die zum Stillstand gekommen waren, werden wieder in Gang gesetzt werden, so dass die Berechtigten in den Genuss der ihnen zustehenden Beträge gelangen können.

Die Ingangsetzung wird von den Vertretern der Berechtigten veranlasst werden, ohne dass von den Berechtigten selbst irgend etwas zu geschehen hat.

Edith Kosterlitz

2

AR 25336 1/14 undated, 1936-1939

Restitution - Simson family

[illegible], Wirtschaftsprüfer, BERLIN

Uebertrag:	RM. 15.600.--	
Für Pflegschaftskostenanteil und Bilanzhonorare etc.	" 15.062.--	RM. 30.662.--
Für [illegible] ./. Frisch & Co.,		" 36.000.--
		RM. 66.662.--

KAPITAL-KONTEN

In den Salden dieses Kontos sind das Kapital und die Guthaben [illegible] vom 31. Dezember 1933 zuzüglich der über Kapitalkonto verbuchten Veränderungen der Jahre 1934/1936 enthalten:

		Stand am 31.12.1936
[illegible]		
Kapital 1.1.1934	RM. 1.997.089,31	
+ Zugang 1936	" 30.000.--	RM. 2.027.089.31
[illegible]		
Kapital 1.1.1934	RM. 100.000.--	
+ Guthaben 1934	" [illegible]	
	RM. [illegible]	
./. [illegible] 1934	" 60.000.--	
./. " 1935	" [illegible]	
	RM. [illegible]	
./. [illegible] 1936	" [illegible]	" [illegible]
[illegible]		
Kapital 1.1.1934	RM. 100.000.--	
[illegible] 1934	" [illegible]	
	RM. [illegible]	
[illegible] 1934	" [illegible]	
	RM. [illegible]	
[illegible] 1936	" [illegible]	" [illegible]
[illegible]		
[illegible] 1936		" [illegible]
[illegible]		
[illegible]		" [illegible]
		RM. [illegible]

EFFEKTENGEWINN

Bestand am 1.1.1936		RM. 4.350.966.49
Verkäufe und Auslosungen 1936	RM. 227.618.14	
an B.S.W. übergeben	" 284.979.94	
v/ Inhabern entnommen	" 4.322.826.98	
Bestand am 31.12.1936	" 63.346.75	" 4.898.771.81
		RM. 547.805.32

PRIVATENTNAHME-KONTEN

In diesem Saldo sind alle in den Jahren 1934/1936 eingezahlten bezw. entnommenen und über Kontokorrentkonto verbuchte Beträge enthalten.

			Stand am 31. Dezember 36 S=Soll H=Haben
Arthur Simson			
1934	RM. 51.811.03		
1935		RM. 217.172.28	
1936	" 5.800.--	" 24.755.60	
	RM. 57.611.03	RM. 241.927.88	H. 184.316.85
Dr. Julius Simson			
1934	RM. 121.438.81		
1935	" 149.614.67		
1936	" 25.083.98		
	RM. 296.137.46		S. 296.137.46
Frau Carola Simson			
1934	RM. 1.057.378.69		
1935	" 52.466.09		
1936	" 128.--		
	RM. 1.109.972.78		S. 1.109.972.78
Separat			
1934	RM. 7.200.--		
1935	" 6.600.--		
1936	" -.--		
	RM. 13.800.--		S. 13.800.--
Julius Simson			
1934	RM. 40.497.92		
1935	" 22.409.60		
1936		RM. 288.--	
	RM. 62.907.52	RM. 288.--	S. 62.619.52
		Uebertrag	S. 1.298.212.91

c 1.

Uebertrag: RM. 1.298.212.91

Gebr. Simson

1934	RM.	32.157.15			
1935	"	44.405.95			
1936	"	-.--			
	RM.	76.563.10		S	76.563.10

Haushalts-Konto A.S.

1934	RM.	21.511.29			
1935	"	16.623.28			
1936	"	3.140.17			
	RM.	41.274.74		S	41.274.74

Privat II A.S. [illegible]

1934	RM.	8.901.90			
1935	"	6.115.85			
1936	"	21.300.30			
	RM.	36.318.05		S	36.318.05

Steuerkonto s. Aufstellg. von [illegible]: A.S. D.S. C.S. [illegible]

			A.S.	D.S.	C.S.	[illegible]		
1934	RM.	934.785.95	387.651.74	350.064.15	129.257.63	67.813.13		
1935	"	417.425.48	163.740.--	155.088.15	65.467.60	33.133.08		
1936	"	-.--	551.391.74	[illegible]	194.725.23	100.946.21		
	RM.	1.352.211.43					S	1.352.211.43

Dr. Hilde Mayer

1934	RM.	24.381.92				
1935			RM.	24.163.31		
1936	"	17.079.26				
	RM.	41.461.18	RM.	24.163.31	S	17.297.87

Dr. Ewald Mayer

1934	RM.	25.784.64				
1935			RM.	7.577.65		
1936	"	19.804.--				
	RM.	45.588.64	RM.	7.577.65	S	38.010.99

B. & D. Mayer	S	5.000.--
Effekten- und Bankentnahme Konto 1936	S	4.323.519.59
	S	7.188.408.68

----- ... -----

Simson & Co., Verwaltungsgesellschaft, Berlin

B i l a n z - per 31. Dezember 1936

A K T I V A			
Inventar			
Vortrag	4.370.--		
Zugang	11.884.--		
	16.254.--		
Abgang	12.000.--		
	4.254.--		
Abschreibung	454.--	3.800.--	
Postscheckguthaben		253.08	
Reichsbank		555.88	
Bankguthaben		17.461.60	
Debitoren		166.808.87	
Effekten		63.346.75	
Privatentnahmen			
1934/35	2.792.596.98		
1936	72.292.11		
Effektenentnahm.	4.323.519.59	7.188.408.68	
P A S S I V A			
Kassa - Konto			2.450.68
Kreditoren			26.106.45
Rückstellungen			
für Abfindungen	30.662.--		
" Prozesse	36.000.--		66.662.--
Kapital - Konten			5.246.316.53
Gewinnverteilungs-Konto		1934 970.566.- / 35 464.483.-	
Vortrag	1.435.039.63		
Gewinn 1936	664.059.57		2.099.099.20
		7.440.634.86	7.440.634.86

FRANZ GRUBERT, Wirtschaftsprüfer, BERLIN-SCHÖNEBERG

Simson & Co., Verwaltungsgesellschaft, Berlin

Gewinn- und Verlust - Rechnung - per 31. Dezember 1936

A U F W A N D		
Handlungsunkosten	133.513.91	
Abschreibung a/Inventar	454.--	
Dubiose: K. Simson 30.000.-- S. Strauss 16.426.30	46.426.30	
weniger übergebene Debitoren	90.--	
Prozessrisiko-Rückstellung	36.000.--	
Pflegschaftskostenanteil und Honorar für Bilanz etc.	15.062.--	
Gewinn 1936	664.059.57	
E R T R A G		
Zinseneinnahme		23.578.59
Dubioseneingänge		9.877.12
Skonto		49.991.57
Auflösung von Rückstellungen		34.550.--
Effektengewinn		547.805.32
Ueberschüsse b/Uebergabe der Grundstücke & Gebäude 130.858.-- Maschinen 15.000.-- Waren 83.945.18		229.803.18
	895.605.78	895.605.78

1. 4. 36. HD.

FRANZ GRUBERT, Wirtschaftsprüfer, BERLIN-SCHÖNEBERG

Simson & Co., Verwaltungsgesellschaft - Berlin

Vorläufige-

Handels-Bilanz per 31. Dezember 1935

AKTIVA			
Grundstücke		28.742.--	
Gebäude	136.200.--		
./. Abschreibung	2.800.--	133.400.--	
Maschinen		10.000.--	
Inventar	4.300.--		
+ Zugang	558.30		
	4.858.30		
./. Abschreibung	488.30	4.370.--	
Warenbestände		227.058.96	
Debitoren		258.076.62	
Banken		12.106.50	
Effektenbestand		4.350.966.49	
Kasse, Postscheck		57.369.18	
Reichsbank		3.851.45	
Privat-Konten		2.792.596.98	
PASSIVA			
Kapital - Konto			5.253.704.73
Kreditoren			89.643.82
Gewinn-Rückzahlungskonto			1.050.000.--
Rückstellungen			50.150.--
Gewinn:			
Vortrag aus 1934	970.556.29		
in 1935	464.483.34		1.435.039.63
		7.878.538.18	7.878.538.18

1. 4. 36. HD.

FRANZ GRUBERT, Wirtschaftsprüfer, BERLIN-SCHÖNEBERG

Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft - Berlin

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1935

D E B E T		
Handlungsunkosten	328.295.59	
Abschreibungen	3.288.30	
Rückstellungen f.Abfindungen	50.150.--	
Gewinn-Rückzahlung	9.750.000.--	
Gewinn: Vortrag aus 1934 970.556.29 in 1935 464.483.34	1.435.039.63	
K R E D I T		
Gewinn - Vortrag		970.556.29
Warengewinn		9.760.--
Effektengewinn		52.514.89
Veräusserungsgewinn		4.500.000.--
Gewinn aus Beteiligung		1.128.448.33
Auflösung von Rückstellungen		4.676.406.--
Zinsen		224.900.20
Dubiose		4.187.81
	11.566.773.52	11.566.773.52

1. 4. 36. HO.

[illegible]
FRANZ GRUBERT, Wirtschaftsprüfer, BERLIN-SCHÖNEBERG

Simson & Co., Verwaltungsgesellschaft - Berlin

Vorläufige

Handels-Bilanz per 31. Dezember 1934

AKTIVA			
Grundstücke		28.742.--	
Gebäude	139.089.--		
./. Abschreibung	2.889.--	136.200.--	
Inventar	4.790.60		
./. Abschreibung	490.60	4.300.--	
Maschinen		10.000.--	
Warenbestände		249.458.96	
Debitoren		254.136.25	
Banken		121.139.88	
Wechsel		9.092.01	
Effekten		4.706.219.86	
Beteiligungen		3.480.000.--	
Fuhrpark	.2.000.--		
./. Abschreibung	2.000.--	-.--	
Kasse, Postscheck		102.326.56	
Reichsbank		14.239.99	
Privat - Konten		2.325.849.30	
PASSIVA			
Kapital - Konten			5.193.704.73
Kreditoren			601.038.39
Prozess-Risiken			300.000.--
Grunderwerbsteuer			25.000.--
Gleichschaltungskosten			350.000.--
Luftschutz			45.000.--
Garantieverpflichtung			306.406.--
Wertberichtigungen			3.650.000.--
Gewinn			970.556.29
		11.441.705.41	11.441.705.41

FRANZ GRUBERT, Wirtschaftsprüfer, BERLIN-SCHÖNEBERG

Simson & Co., Verwaltungsgesellschaft - Berlin

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1934

DEBET		
Handlungsunkosten	296.861.15	
Abschreibungen	5.379.60	
Gewinn	970.556.29	
KREDIT		
Warengewinn		506.03
Effektengewinn		59.882.60
Gewinn aus Beteiligungen		600.081.30
Wechselkonto		50.61
Auflösung von Rückstellungen		266.828.60
Zinsen		332.509.97
Eingänge auf Dubiosen 13.442.71 ./. Währungsverluste 504.78		12.937.93
	1.272.797.04	1.272.797.04

1. 4. 35. HD.

FRANZ GRUBERT, Wirtschaftsprüfer, BERLIN-SCHÖNEBERG

Simson & Co., Verwaltungsgesellschaft, Berlin

B i l a n z - per 31. Dezember 1936

A K T I V A			
Inventar			
Vortrag	4.370.--		
Zugang	11.884.--		
	16.254.--		
Abgang	12.000.--		
	4.254.--		
Abschreibung	454.--	3.800.--	
Postscheckguthaben		253.08	
Reichsbank		555.88	
Bankguthaben		17.461.60	
Debitoren		166.808.87	
Effekten		63.346.75	
Privatentnahmen			
1934/35	2.792.596.98		
1936	72.292.11		
Effektenentnahm.	4.323.519.59	7.188.408.68	
P A S S I V A			
Kassa - Konto			2.450.68
Kreditoren			26.106.45
Rückstellungen			
für Abfindungen	30.662.--		
" Prozesse	36.000.--		66.662.--
Kapital - Konten			5.246.316.53
Gewinnverteilungs-Konto		1934 970.556.- / 35 464.483.-	
Vortrag	1.435.039.63		
Gewinn 1936	664.059.57	✓	2.099.099.20
		7.440.634.86	7.440.634.86

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT
FILIALE GOTHA

Drahtanschrift: DEUTSCHBANK
Postscheckkonto: ERFURT Nr. 957
Fernsprecher Nr. 1911—13

Tagesauszug vom 7.5.1937

3989

Frau
Margarete Ruppel geb. Simson

Gotha

Friedrichstr. 7

Nr.

Reichsmark

Wir bitten davon Vormerkung zu nehmen, daß wir heute nachstehende Buchungen auf Ihrem Konto vorgenommen haben:

Einzelheiten	Beleg-Nr.	SOLL Reichsmark	HABEN Reichsmark	Wert
Saldo-Vortrag von Bogen Nr.				
Verg. lt. Auftr.	489	680.— [illegible]		7.5.
2 do	487	409.87		7.5.
einger. Scheck	349		43.—	8.5.
		Vermögenst. / Einkommenst. / Bürgersteuer	10. Juni / 10. Mai	
Heutiger Saldo				

Kontrolle:

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT
FILIALE GOTHA

Der Tagesauszug muß sämtliche Umsätze mit Ihnen enthalten! — Von Abweichungen bitten wir uns sofort bei Empfang in Kenntnis zu setzen! — Da wir bei Semesterschluß lediglich Zinsabrechnung erteilen, wollen Sie diese Auszüge gut aufbewahren. — Gutschriften über Schecks (außer über Schecks auf uns) und Wechsel gelten Eingang vorbehalten.

Nr. 257 I

Änderungen Ihrer Adresse bitten wir umgehend uns sowie auch Ihren deutschen Schuldnern aufzugeben.

Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden

Bi ✓

Bei allen Anfragen bitten wir um Angabe der Konto-Nr.

Berlin C 111, den 16.August 1939

6

An

Frau Margarete Sara Ruppel, geb.Simson

10

Sheffield/Grossbritannien

88 Harcourt Road

Wir teilen Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß wir Ihrem Konto Nr. 4523.036 gutgeschrieben haben

RM 222.-- Wert 12.8.39

(in Worten: RM zweihundertzweiundzwanzig --)

Zahlung von: Deutsche Bank,Gotha

als Gegenwert von - zum Kurse von - (vom -)

für Kupons per 1.7.1939 a/GM 5.000.-- 4 1/2 % Westdeutsche Bodenkreditbank Goldpfandbriefe, dergl. a/GM 5.000.-- 4 1/2 % Westfäl.Landesbank Goldpfandbriefe. Abzüglich RM 3.-- Spesen obiger Bank.

Keine abkommensgemässe Abwicklung.
Nachricht wegen Abgeltung lassen wir folgen.

Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden

Kontrolle:

KK. Vordr. Nr. 11
23. 6. 39

Aerztliche Instrumente etc. aus dem Besitz von Dr. Richard Ruppel

Die Instrumente und Buecher, die Dr. Loose mitnahm o
Bezahlung, waren hauptsaechlich die ueblichen ophtha
logischen Geraete der Zeit -verschiedene Saetze von
tischen Linsen, chirurgische Instrumente fuer Star-
Operationen, elektrische Magnete, Sterilisierappa ra
Schraenke fuer das Instrumentarium, Lesetabellen,etc
sowie Fachbuecher und einige Medikamente.

Ich habe bei Durchsicht der Korrespondenz gefunden,
meine Mutter den Gesamtwert auf etwa RM 2000.- setzt
und ich nehme an dass das recht bescheiden ist.

Grundstueck Gotha, Friedrichstr. 7

Dieses Grundstueck bestand aus Hauptheus, Klinik, Gaertnerhaus mit Geraeteschuppen und Garten.
Das Hauptheus hatte 2 Stockwerke mit je etwa 12 Zimmern, einen entsprechend grossen Boden mit Wohnung fuer "Zwangsmieter, sowie entsprechende Kelleranlagen. Der Vorbesitzer war ein Kammerherr von Scheel. Die Diele im ersten Stock hatte ein grosses Oberlicht, das herausnehmbar war, und vor dem ersten Weltkrieg wurden Baelle in dieser Diele abgehalten, mit einer Kapelle arrangiert um das Oberlicht auf dem Dachboden. (Dies lediglich als Illustration der Ausmasse des Gebaeudes).
Meine Eltern bewohnten das obere Stockwerk; im unteren Stock wohnte der Chirurg Prof. Dr. Erwin Rausch und Familie. Nach Professor Rauschs Tod wurde es von seinem Schwager, Dr.jur. Hermann Zinn uebernommen und spaeter von Medizinalrat Dr. Karl Grosse, der das gesamte Grundstueck in der Hitlerzeit von meiner verwitweten Mutter uebernahm.
Die Klinik wurde nach dem Tode meines Vaters z.T. von Dr. Rauschs Witwe und Kindern bewohnt und zum anderen Teil von Dr. Peter Loose, der die ophthalmologische Praxis ~~m~~ ~~des Va~~ ters (meines Vaters) uebernommen hatte und die Raeume behielt bis er es guenstiger fand seinen Vetrag zu brechen und, unter Mitnahme des Instrumentariums, etc. in eine anderes von einer juedischen Anwaltsfamilie verlassenes und von Dr.Loose erworbenes Haus zu ziehen. Die Klinik wurde dann ausschliesslich fuer Wohnzwecke benutzt. Die beiden oberen Stockwerke waren an einen frueheren herzoglichen Staatsminister, H.B.von Bassewitz u. Frau vermietet, und der untere Stock an deren Tochter, Frau Sylvia [illegible]lzecher und Kinder. Die [illegible] hatte wahrscheinlich etwa 15 Raeume.
Das Gaertnerhaus bestand aus etwa 9 Zimmern in 2 Stockwerken und war im Besitz der jeweiligen Gaertnerfamilie.
Der Garten bestand aus einem Vorgarten, einem grossen Hof mit Springbrunnen, 3 sehr grossen Rasenplaetzen, einem Gemuesebeet und einer Beerenanpflanzung. Die einzelnen Rasenplaetze und Beete waren von etwa gleicher Groesse und, in Ermangelung von Groessenangaben moechte ich nur erwaehnen, dass Dr. Grosse eine kleine Gruppe von Rehen hielt, deren Gehege vielleicht 1/12 von einer Rasenflaeche einnahm. Das ganze war im Stile eines englischen Parks, mit vielen alten Baeumen und mehreren schattigen Aufenthaltsplaetzen.
Die Lage des Grundtuecks ist wohl am besten durch Aufzaehlung der Nachbarn beschrieben. Im Norden war das fruehere herzogliche Schloss Friedrichsthal, das als Landratsamt etc. benutzt wurde und dessen Grundstueck sich dem unseren in seiner ganzen Laenge anschloss. Im Sueden lebte Rechtsanwalt & Notar Dr. Leo Gutmann und Familie; sein Grundstueck hatte ebenfalls Chauffeurhaus und ~~Garg~~ Garage nebst Gruenhaus fuer Pflanzen und die Anwaltsbueros der Firma Gutman, Christ & Zinn. Dann kam Rechtsanwalt Hans Echartis Haus und Praxis und, im

naechsten Stadtblock war Haus und Praxis von Dr.jur. Bruno Oppenheim. Dann kam das Haus des Architekten Sandrock und ein weiteres Gebaeude das mehrmals Haende wechselte, und schliesslich Friedrichstr. 19 -bewohnt im Haupthaus von meinem Grossvater, Julius Simson, und im Annex von seinem Sohn, Curt Simson.

Von Berichten schliesse ich, das unser Haus nach dem Krieg von den Russen beschlagnahmt und in ein Offizierskasino verwandelt wurde. Jedoch ist das nur Hoerensagen, waehrend der Rest natuerlich auf mir gut bekannten Tatsachen beruht.

Gegenueber von Schloss Friedrichsthal und unserem Haus war die fruehere herzogliche Orangerie, ein sehr grosszuegiger Park.
Photostatische Kopieen von einigen Ansichten liegen bei.

Aerztliche Instrumente etc. aus dem Besitz
von Dr. Richard Ruppel

Die Instrumente und Buecher, die Dr. Loose mitnahm ohne Bezahlung, waren hauptsaechlich die ueblichen ophthalmologischen Geraete der Zeit -verschiedene Saetze von optischen Linsen, chirurgische Instrumente fuer Star-Operationen, elektrische Magnete, Sterilisierapparate, Schraenke fuer das Instrumentarium, Augentabellen, etc. sowie Fachbuecher und einige Medikamente.

Ich habe bei Durchsicht der Korrespondenz gefunden, dass meine Mutter den Gesamtwert auf etwa RM [illegible].- setzte, und ich nehme an dass das recht bescheiden ist.

Ich versichere hiermit an Eidesstatt, nach bestem Wissen und Gewissen, dass mein Schwager, Dr.med. Richard Ruppel, das Grundstück Friedrichstrasse 7 in Gotha, Thüringen im Jahre 1910 zu einem Gesamtpreis von 100,000 Mark (einhundert tausend) erworben hat. Zur Zeit des Kaufes waren auf dem Grundstück ein Haupthaus und ein Gärtnerhaus; man Schwager hat dann noch eine dreistöckige Klinik darauf errichtet, die etwa 19,000 Mark (neunzehntausend) gekostet hat.

Aufgrund der Zustände im Dritten Reich waren die Erben meines Schwagers -meine Schwester, Frau Margarete Ruppel, geb.Simson, und ihre zwei Soehne gezwungen das Grundstück erheblich unter seinem Wert zu verkaufen. Der Erlös, im Jahre 1936 oder 1937 war vierzigtausend Mark.

Der Käaufer war Medizinalrat Dr. Karl Grosse.

New York, N.Y.,

....
(Curt Julius Simson)

Ich versichere hiermit an Eidesstatt, nach bestem Wissen und Gewissen, dass mein Schwager, Dr. med. Richard Ruppel das Grundstück Friedrichstrasse 7 in Gotha, Thüringen im Jahre 1910 zu einem Gesamtpreis von 100,000 Mark (einhundert tausend) erworben hat. Zur Zeit des Kaufes waren auf dem Grundstück ein Hauptaus und ein Gärtnerhaus; mein Schwager hat dann noch eine dreistöckige Klinik darauf errichtet, die etwa 19,000.-Mark (neunzehntausend) gekostet hat.

Aufgrund der Zustände im Dritten Reich waren die Erben meines Schwagers - meine Schwester, Frau Margarete Ruppel,geb. Simson, und ihre zwei Söhne gezwungen das Grundstück erheblich unter seinem Wert zu verkaufen. Der Erlös, im Jahre 1936 oder 1937 war neunundvierzigtausend Mark.

Der Käufer war Medizinalrat Dr.Karl Grosse.

New York, N.Y.,

....
(Curt Jukius Simson)

Grundstueck Gotha, Friedrichstr. 7

Dieses Grundstueck bestand aus Haupthaus, Klinik, Gaertnerhaus mit Geraeteschuppen und Garten.
Das Haupthaus hatte 2 Stockwerke mit je etwa 12 Zimmern, einen entsprechend grossen Boden mit Wohnung fuer "Zwangsmieter, sowie entsprechende Kelleranlagen. Der Vorbesitzer war ein Kammerherr von Scheel. Die Diele im ersten Stock hatte ein grosses Oberlicht, das herausnehmbar war, und vor dem ersten Weltkrieg wurden Baelle in dieser Diele abgehalten, mit einer Kapelle arrangiert um das Oberlicht auf dem Dachboden. (Dies lediglich als Illustration der Ausmaasse des Gebaeudes).
Meine Eltern bewohnten das obere Stockwerk; im unteren Stock wohnte der Chirurg Prof. Dr. Erwin Rausch und Familie. Nach Professor Rauschs Tod wurde es von seinem Schwager, Dr.jur. Hermann Zinn uebernommen und spaeter von Medizinalrat Dr. Karl Grosse, der das gesamte Grundstueck in der Hitlerzeit von meiner verwitweten Mutter uebernahm.
Die Klinik wurde nach dem Tode meines Vaters z.T. von Dr. Rauschs Witwe und Kindern bewohnt und zum anderen Teil von Dr. Peter Loose, der die ophthalmologische Praxis ~~m ms Va~~ ters (meines Vaters) uebernommen hatte und die Raeume behielt bis er es guenstiger fand seinen Vetrag zu brechen und, unter Mitnahme des Instrumentariums, etc. in eine anderes von einer juedischen Anwaltsfamilie verlassenes und von Dr.Loose erworbenes Haus zu ziehen. Die Klinik wurde dann ausschliesslich fuer Wohnzwecke benutzt. Die beiden oberen Stockwerke waren an einen frueheren herzoglichen Staatsminister, H.B.von Bassewitz und Frau vermietet, und der untere Stock an deren Tochter, Frau Sylvia Malzacher und Kinder. Die gesamte Klinik hatte wahrscheinlich etwa 15 Raeume.
Das Gaertnerhaus bestand aus etwa 9 Zimmern in 2 Stockwerken und war im Besitz der jeweiligen Gaertnerfamilie.
Der Garten bestand aus einem Vorgarten, einem grossen Hof mit Springbrunnen, 3 sehr grossen Rasenplaetzen, einem Gemuesebeet und einer Beerenanpflanzung. Die einzelnen Rasenplaetze und Beete waren von etwa gleicher Groeesse und, in Ermangelung von Groessenangaben moechte ich nur erwaehnen, dass Dr. Grosse eine kleine Gruppe von Rehen hielt, deren Gehege vielleicht 1/12 von einer Rasenflaeche einnahm. Das ganze war im Stile eines englischen Parks, mit vielen alten Baeumen und mehreren schattigen Aufenthaltsplaetzen.
Die Lage des Grundtuecks ist wohl am besten durch Aufzaehlung der Nachbarn beschrieben. Im Norden war das fruehere herzogliche Schloss Friedrichsthal, das als Landratsamt etc. benutzt wurde und dessen Grundstueck sich dem unseren in seiner ganzen Laenge anschloss. Im Sueden lebte Rechtsanwalt & Notar Dr. Leo Gutmann und Familie;sein Grundstueck hatte ebenfalls Chauffeurhaus und ~~Garag~~ Garage nebst Gruenhaus fuer Pflanzen und die Anwaltsbueros der Firma Gutman, Christ & Zinn. Dann kam Rechtsanwalt Hans Echartis Haus und Praxis und, im

naechsten Stadtblock war Haus und Praxis von Dr.jur. Bruno Oppenheim. Dann kam das Haus des Architekten Sandrock und ein weiteres Gebaeude das mehrmals Haende wechselte, und schliesslich Friedrichstr. 19 -bewohnt im Haupthaus von meinem Grossvater, Julius Simson, und im Annex von seinem Sohn, Curt Simson.

Von Berichten schliesse ich, das unser Haus nach dem Krieg von den Russen beschlagnahmt und in ein Offizierskasino verwendelt wurde. Jedoch ist das nur Hoerensagen, waehrend der Rest natuerlich auf mir gut bekannten Tatsachen beruht.

Gegenueber von Schloss Friedrichsthal und unserem Haus war die fruehere herzogliche Orangerie, ein sehr grosszuegiger Park.
Photostatische Kopieen von einigen Ansichten liegen bei.

Aerztliche Instrumente etc. aus dem Besitz
von Dr. Richard Ruppel

Die Instrumente und Buecher, die Dr. Loose mitnahm ohne Bezahlung, waren hauptsaechlich die ueblichen ophthalmologischen Geraete der Zeit -verschiedene Saetze von optischen Linsen, chirurgische Instrumente fuer Star-Operationen, elektrische Magnete, Sterilisierappa rate, Schraenke fuer das Instrumentarium, Lesetabellen,etc. sowie Fachbuecher und einige Medikamente.

Ich habe bei Durchsicht der Korrespondenz gefunden, dass meine Mutter den Gesamtwert auf etwa RM 2000.- setzte, und ich nehme an dass das recht bescheiden ist.

AR 25336 1/15 1946-1952

Restitution - Simson family

Elkins Park, 15. Nov. 1951

Meine Lieben,

Ich habe gerade noch Deinen zweiten Brief vom 10. Dezember aus dem Kasten genommen, liebe Trude, bevor ich nach Elkins Park abgereist bin. Ich hatte ganz richtig verstanden, dass Ihr Peschke als Anwalt eventuell zu nehmen gedenkt, wie ich es getan habe, und nicht nur als Zustellungsbevollmächtigten. Wenn sich P. auf ein Erfolgshonorar einlässt, fände ich das sehr erfreulich, an sich hat Peschke Anspruch auf Bezahlung gemäss der Gebührenordnung.

Wir haben eben zu dritt den Fall sehr gemütlich gesprochen, und dabei habe ich erfahren, dass ich Gretes Aufenthalt in Berlin ganz falsch in Erinnerung hatte. Grete hat ja mit Euch in der Eisenacherstrasse gewohnt, und daher liegt ihr Fall genau wie der Eurige.

Wenn Ihr also nach dem Bescheid des restitutin office Euch entschliesst Ansprüche zu stellen, so wird Grete ebenso verfahren.

Bitte schickt aus Gretes Bankakten alle Blätter als Brief, die als Beweis für die Zahlungen von Reichsfluchtsteuer, Judenabgabe und Auswandererabgaben dienen können. Am einfachsten wäre es, wenn Ihr zugleich ein dreifaches Anmeldeformular mitschicken könntet, aber nur mit den Anlagen D. Grete würde dann auch Peschke als Vertreter nehmen. Bitte ~~schickt~~ besorgt mit Euren Formularen diese für Grete gleich mit.

Ich nehmen an, dass der Feoruartermin für das restitution office in London gilt und dieses, soweit es als Vertreter handelt, bis zum März in Berlin einreicht.

Peschke kann dann für Grete en Wohnungsnachweis in Berlin besorgen, für Euch auch.

Grete ist damit einverstanden, dass wir die Rückzahlung wegen des Berliner Hauses in 3 Teile teilen, und sofern Grete für ihren Kaufpreis entschädigt werden sollte und an Frau Kohlhammer zurückzuzahlen hat, diese Rückzahlung auch wieder gedrittelt wird. Eine Einigung über diesen Punkt war sehr schnell erreicht, und sie hat Jochens Zustimmung.

Ich habe neulich, als ich von den Erkältungen berichtete, zu früh gejubelt. Klare hat auch gerade eine kl ine Grippe, wird aber wohl aber morgen nach zwei Tagen wieder aufstehen. Jochen hatte auch ein bisschen Grippe, Ann einen Schnupfen, der nicht von Pappe war, und Grete

hatte auch eine tüchtige Grippe, wie ich hier gehört habe, mit anschliessender Migräne, die sie schon seit 14 Tagen hat. Sie hat sich aber während meines zweistündigen Hierseins schon gehörig aufgemöbelt.

Jochen werden wir Weihnachten in New York sehen, und zu Neujahr Kenneth mit Ilse.

That's all for today.

Herzliche Grüsse Euer

Kurt J [illegible]sson, 425 Central Park West, New York 25, N.Y. Sept.4,195[illegible]

Herrn Rechtsanwalt Dr. Kurt Peschke
Sulthenowstr.4
Berlin- Steglitz

Germany
West Berlin

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt ,

Ich erhielt Ihr w. Schreiben vom 1. Aug.1950, dem ich die Einwendungen des Herrn Dr. Goetze, Wiesbaden entnahm. Ich habe hierzu zugleich im Namen meiner Schwestern zu erwidern :

1. Über die Beurteilung des Kaufpreises hat Herr Kölle mit seinem Briefe v. 13. August ausführlich an Sie berichtet. Ich halte es für selbstverständlich, dass der Käufer die Kosten wie üblich übernommen hatte.
2. Ich habe den Verkaufspreis von RM 120 000,-- nicht vorgeschlagen, und kann mich anderer Interessenten nicht erinnern. Ich kann mich nicht erinnern, einen Makler beauftragt zu haben, noch eine Maklerprovision bezahlt zu haben. Der Name Feldländer ist mir unbekannt. Möglicherweise ist aber ohne mein Zutun von anderer Seite der Verkauf angeregt worden. Jedenfalls war ich im Jahre 1939 unter dem Drucke der Judenverfolgungen, der Propaganda zur Entjudung deutschen Bodens und der Verordnung zum Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.38 reif zum Verkauf. Die Auswanderung meiner Familie schien in greifbare Nähe gerückt zu sein, und ich sah mich gezwungen, mein Vermögen zu liquidieren. Dazu kam, dass der Ehemann von Frau Hess am 9. November 1938 anlässlich des bekannten Judenpogroms nach Buchenwald verschleppt worden war, und er seine Entlassung nur dadurch erreichen konnte, dass er seine chemische Fabrik in Pirna, Sachsen, verkaufte. Dieselbe wurde bis heute nicht bezahlt, er aber war gezwungen, binnen kurzem Deutschland zu verlassen, da ihm bei seiner Entlassung aus Buchenwald eröffnet worden war, dass er andernfalls mit seiner ganzen Familie auf Lebenszeit nach Buchenwald zurück geholt werden würde. Da die Fabrik unbezahlt blieb, war das Ehepaar Hess in Geldschwierigkeiten, u. so musste für sie um jeden Preis Geld geschafft werden, um die bekannten Steuern und Abgaben vor der Auswanderung ohne Verzug zu leisten.

   Ich erinnere mich genau an folgendes : eines Tages erschien Herr Salomo als Bevollmächtigter von Dr. Kohlhammer in meiner Wohnung in Berlin-Dahlem, erklärte sich bereit, das Grundstück für RM 120 000,-- zu kaufen, und ich willigte ohne Widerspruch ein. Ich hatte erkannt, dass es der sicherste Weg war, so zu handeln, um keine neuen Gefahren herauf zu beschwören.
3. Ich bezweifle, dass Dr. Kohlhammer nicht im Bilde war, dass er im Dritten Reiche bei Juden unter dem Werte kaufen konnte.
4. Der Notar Dr. Rothe hat den Anteil von Frau Huppel auf deren Auswanderer Konto bei der Deutschen Bank, Gotha Zahlungsweise eingezahlt. Frau Huppel kam niemals in Besitz des Geldes. Die Deutsche Bank, Berlin W 8 bestätigte dies mit ihrem in Abschrift beigefügten Briefe v. 21 4 1947, nämlich, dass das bei der Filiale in Gotha geführte Konto von RM 49.[illegible],-- am 17. 9.42 vom Finanzamt eingezogen wurde. Natürlich musste Frau Huppel ihre Steuern vor der Auswanderung bezahlt haben. Es kann sich nicht um Rückstände handeln.
5. Es ist nicht glaubwürdig, dass Herr Dr. Kohlhammer mit dem geschilderten Modus der Auszahlung den jüdischen Verkäufern hat eine Wohltat erweisen wollen. Einmal waren ihm die Verkäufer persönlich völlig fremd, u. zweitens hätte er sich der Gefahr ausgesetzt, als Judenknecht wie ein Jude misshandelt zu werden. Der Modus hat sich auch durchaus nicht so ausgewirkt wie es sich Herr Dr. Goetze nachträglich vorstellt.

Im Zusammenhang mit der zuvor geschilderten misslichen Lage der Familie Hess musste der Anteil von Frau Hess sogleich an das Finanzamt Pirna abgetreten werden. Mein Anteil wurde auf mein J Konto bei der Commerzbank, AG überwiesen. Es ist sich jeder wohl darüber klar, dass die J Konten eingeführt wurden, um die jüdischen Inhaber der Konten in ihrer Verfügungsgewalt zu behindern und zu kontrollieren.

a) Der Kaufpreis kann nicht als angemessen angesehen werden, selbst wenn andere Interessenten existiert haben sollten, u. selbst wenn Dr. Kohlhammer von allen Interessenten das höchste Gebot gemacht haben sollte. Auch dann nicht, wenn vielleicht jemand, ev. ein Makler, versucht haben sollte, einen möglichst guten Preis auszuhandeln. Herr Dr. Kohlhammer hatte kein Interesse daran, den Einheitswert oder darunter zu bieten, da er sonst mit einer Arisierungsabgabe belastet worden wäre.

b) Der Kaufpreis ist nicht zur freien Verfügung der Verkäufer gelangt, sei es, dass er auf dem Auswandererkonto der Frau Ruppel vom Reiche geschluckt oder auf dem Konto Hess dem Finanzamt zwangsläufig verfiel, oder in das Judenkonto Curt Israel Simson einging.

c) In der Übertragung auf ein Auswandererkonto sehe ich keinen besonderen Schutz, wie ja auch die Entwicklung gezeigt hat. Übertragung konnte nur mit Genehmigung der Devisenstelle erfolgen, und Dr. Kohlhammer hatte keine Veranlassung, diese Genehmigung zu erschweren, da ja der Anteil Ruppel beim Notar gegen Zugriffe von Dr. Kohlhammer sichergestellt war.

d) Ich wiederhole, dass es Dr. Kohlhammer bekannt sein musste, wie billig man 1939 bei Juden kaufen konnte. Wegen der günstigen Rendite des Hauses verweise ich auf die Ausführungen des Herrn Hölle.

e) Wie erwähnt hätte ich nicht gewagt, den Verkauf zu verweigern, sondern an Geld angenommen, was uns gerade angeboten wurde. An einer Barzahlung hing allerdings aus der damaligen Situation gesehen, das Leben von Herrn u. Frau Hess, ein vergeblich beantragter Transfer für Frau Ruppel nach England u. auch die möglichst reibungslose Abwicklung der Auswanderung der Familie Curt Simson.

Es wäre mir interessant zu erfahren, von welchem Makler Dr. Goetze schreibt, und von wem der Makler die Anregung erhalten hat. Ich habe hierüber keinerlei Unterlagen, und mein Gedächtnis versagt hier vollkommen, was schliesslich entschuldbar ist.

Um jedoch die Frage zu klären, ob wir auch ohne die Judenverfolgungen des Dritten Reiches das Grundstück in der Duisburgerstrasse verkauft hätten, möchte ich auf folgendes hinweisen : wir haben das Grundstück von unserem Vater geerbt. Es war in gutem Zustande, stets rentabel, und wurde so sorgfältig verwaltet, dass wir uns um die Verwaltung überhaupt nicht zu kümmern brauchten. Ich sehe keinen anderen Grund zum Verkaufe als die zuvor geschilderten Verhältnisse, nämlich der Propaganda zur Entjudung deutschen Bodens Rechnung zu tragen, Barmittel zu schaffen, um vor allem das Leben des Ehepaares Hess zu retten, u. die Auswanderung der Familie Curt Simson zu erleichtern, sowie durch einen Transfer nach England, Frau Ruppel mit etwas Geld zu versorgen. Diese meine Auffassung wird durch den Wortlaut des beim Notar Dr. Bothe abgeschlossenen Kaufvertrag bestätigt, der alle Formalitäten für Judenverkäufe, und das sind Zwangsverkäufe gewesen, enthält, die das Dritte Reich für diese Art von Verkäufen vorgeschrieben hatte. Es muss ferner als gegeben angesehen werden, dass Dr. Kohlhammer die Verhältnisse im Dritten Reiche genügend bekannt waren

Er hat es wohl verstanden, Nutzen daraus zu ziehen, und im vorliegenden Falle die judischen Verkäufer zu schädigen.
Wenn Sie weitere Fragen haben, hoffe ich diese klären zu können.

Hochachtungsvoll

Curt J Simson
New York, NY, USA
17. Jan. 1952

Copy

Herrn Rechtsanwalt Dr. Kurt Peschke
Berlin- Steglitz

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

Auf Ihre w. Schreiben vom 11. und 13. Januar 1952 erwidere ich zugleich im Namen von Frau Ruppel :
ich bin nicht Kaufmann sondern ein kleiner Gehaltsempfänger.
Die Anteile Curt Simson und Gertrud Hess von zusammen RM 80 000,-- gelten zwar nach der deutschen Auffassung als unter freier Verfügung. Praktisch konnte darüber aber nicht verfügt werden, weil dieselben von der Devisenstelle gesperrt wurden. Eine Frist von wenigen Tagen bedeudete nichts, da die Empfänger als Juden mit der Sperre rechnen mussten, und nicht wagen konnten, der Sperre zuvor zu kommen.
Frau Ruppel ist legal ausgewandert. Sie hat dabei jede Verfügung getroffen, welche auch immer das Gesetz vorsah. Frau Ruppel bemühte sich, Ihren Anteil nach England zu transferieren, was ihr aber nicht gelang(trotz der Bemühungen des Notars des Dr. Kohlhammer ?!). Das Dritte Reich hatte jedoch eine Beschlagnahme einer Genehmigung zu Gunsten von Frau Ruppel vorgezogen.
Zu I) Frau Ruppel ist Jüdin. Wenn sie nicht rechtzeitig ausgewandert wäre, so würde sie heute nicht mehr unter den Lebenden sein. Als deutsche Volksgenossin hätte sie nicht ihr Leben durch Auswanderung retten müssen, und wäre nicht in dieser Weise mit den Devisengestzen bekannt geworden.
Man konnte Frau Ruppel nicht zumuten, in Deutschland auf ihren Anteil zu warten, zumal dieser ja erfahrungsgemäss gesperrt werden musste, und somit der freien Verfügung entzogen wurde. Es hätte auch wenig Sinn gehabt, den gesperrten Betrag den Geschwistern zu schenken, vielmehr bestand die Hoffnung auf einen Transfer, um etwas zu retten. Auch Frau Ruppel wurde von den Nazis ausgeplündert.
Zu II) Aus dem Kaufvertrag geht hervor, dass es sich um einen Judenverkauf handelt. Die Verkäufer wurden vom Notar danach gefragt, und die Kennkarte ist genannt. Für die Verkäufer war es gleichgültig, ob das Geld noch kurze Zeit in den Händen des Notars verblieb, unerreichbar für sie, aber geschützt zugunsten des Käufers, oder ob es etwas früher von der Devisenstelle gesperrt wurde. Die Verkäufer hatten keinerlei Vorteil aus dem Zahlungsmodus, der Käufer zumindest keinen Nachteil. Wenn der Käufer für ein Grundstück RM 120 000,-- zahlte, für welches unser Vater RM 160 000,-- oder etwas mehr zahlte, so kann der Kaufpreis nicht als sehr hoch angesprochen werden. (Herr Hölle wird den genauen Preis kennen).
Zu III) Bei einer Unterbezahlung war wohl nicht mit der Veranlagung einer Wertzuwachssteuer zu rechnen. Der Notar hatte deshalb keine Veranlassung einen Steuerbescheid abzuwarten. Nicht Dr. Kohlhammer sondern der Notar hat pflichtgemäss die Interessen beider Parteien wahrgenommen.
Zu IV) Die" gewisse Wahrscheinlichkeit" ist für uns eine grosse Unwahrscheinlichkeit. Von der Erbschaft wurden verteilt der Hausrat bei der Auflösung des Haushaltes, die Wertpapiere und ein Teil des Bankkontos. Das geschwisterliche Verhältnis der Erben war so gestaltet, dass keinerlei Veranlassung für eine Aufteilung vorlag, und eine starke Wahrscheinlichkeit vorliegt, dass das Grundstück unter einem normalen Ablauf der Geschehnisse noch heute in dem gemeinsamen Eigentum der 3 Erben stünde.

Das Grundstück war bis zum Verkauf recht rentabel. Leider hat das Gericht nicht die Bücher des Herrn Hölle nachprüfen lassen, und hat geglaubt, dass die Bücher des Käufers verloren gegangen sind. Immerhin wäre es interessant, aus den Steuerakten Kohlhammer, die wohl in Stuttgart nicht vernichtet wurden, wenigstens hat Dr. Götze die Korrespondenzen aus Stuttgart noch angetroffen, zu ersehen, ob tatsächlich das Grundstück so wenig gebracht hat, wie Dr. Götze behauptet hat. Wenn Dr. Götze glaubt, dass ich 1939 noch Geld in meiner Fabrik verwenden konnte, so mag er einmal angeben in welcher. Allgemein möchte ich sagen, dass man unter normalen Verhältnisenn und als wohlhabender Mann oder Frau sich immer bares Geld verschaffen konnte, nicht aber als Jude im Dritten Reiche.
Zu V. Ich kann keine Stellung dazu nehmen, welchen Wert die Reichsmark im Jahre 1939 hatte. Ich hatte angenommen, dass eine Rückzahlung 1:1 erfolgt, und ebenso dievon Kohlhammers eingenommenen Überschüsse, die ich nach meiner Erfahrung auf rund RM 12 000,-- pro Jahr geschätzt hatte. Das Gericht hat jedoch zugunsten von Kohlhammers abgerechnet. Ich habe nur auf eine Beschwerde verzichtet, weil ich darüber belehrt wurde, dass diese Art der Abrechnung der Gepflogenheit entspräche u und eine Beschwerde zwecklos sei.
ragen
Ich bitte Herrn Dr. Götze aufzuf~~ordern~~, mit welchem Rechte er behauptet, dass ich in guten Verhältnissen in New York als Kaufmann lebe. Ich möchte behaupten, in geordneten Verhältnissen. Herr Dr. Götze mag folgendes durch den deutschen Konsul oder sonstwie nachprüfen lassen. Ich bewohne mit erwachsener Tochter und Frau eine Zweizimmerwohnung. Ich bin Gehaltsempfänger, ceramic engineer,bei der Curran Pfeiff Corporation, Metuchen, NJ. Meine Frau arbeitet als Verkäuferin in einem Damenhutladen, meine Tochter in einem Büro. Wir haben am 17. Juli 1941 Berlin verlassen, weil wir unser US Visum nicht früher bekamen, ausgeraubt bis auf das, was wir gnädigst mit unseren Händen tragen konnten. Ich erwarte keine Tränen von Dr. Götze wegen eines Verlutes meines stattlichen Vermögens. Ich bedauere aber auch Frau Kohlhammer, die ich nicht kenne, nicht mehr als irgend jemand aus den vielen Millionen der Verarmten.
Die Schreibweise des Dr. Götze " Sie leben im Ausland, Kurt Simson als Kaufmann in New York in guten Verhältnissen, und haben von der deutschen Währungsreform höchstens durch die Zeitung etwas erfahren, ihr Vermögen blieb davon unberührt etc." beweist mir, dass noch immer der Nazigeist in ihm lebendig ist. The Board of Review sollte darauf aufmerksam gemacht werden, um den Schriftsatz des Dr. Götze richtig zu bewerten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

PS. Besten Dank für Übersendung der Formulare. Ich lasse meinen weiteren Antrag baldigst folgen.

425 Central Park West
New York 25, N.Y.
August 5, 1946

Department of State
Washington, D.C.

Gentlemen :

Re: Property in Gotha (Germany)

I beg to ask your assistance in the following matter :

I used to reside in Germany from where I emigrated on account of the persecution of the Jews by the Nazi Government. I left Germany in 1941, immigrated to the United States on September 12, 1941, and filed my Declaration of Intention No. 515148, Southern District of New York, N.Y. on March 3, 1942.

Among other property in Germany I used to own the former china factory of Gebr. Simson at Gotha-Siebleben, Mützleberweg 1a and adjacent fields to the north and east, as recorded in the Grundbuch Gotha, Band C, Blatt 790 S.235 and Flurstück No.747.

The value of the property amounts to about RM 250.000.-

The land was purchased in 1905 by the firm of Gebr. Simson, the buildings were erected approximately between 1906 and 1923 by same.

The buildings and fenced-in grounds were taken over by Hugo Umbreit, Gotha, "in the interest of the Reichsnährstand to create storage facilities for grain for bread". The purchaser took advantage of my precarious situation by deducting the 10% "Arisierungsabgabe" from the price representing already only about 50% of the value. (Proof of this illegal action is a letter by Umbreit, dated July 25, 1939). The contract, dated October 31, 1938 calls for RM 100.000.-, the sum actually paid, was RM 90.000.-

The un-fenced part of the property was taken away by the decree of the Thüringische Wirtschaftsminister, Weimar, according to the "Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938", as evidenced by letter of April 5, 1939, forcing me to sell the land to the Thüringische Landessiedlungsgesellschaft, GmbH, Weimar, for a decreed price of RM 10.000.-(Contract of Sale dated July 20, 1939).

The present state of premises is reported as fair.

I became sole owner of the firm of Gebr. Simson and the premises owned by it by buying out with cash my sisters' part of the inheritance from our father, Julius Simson. My sisters are Mrs. Margaret Ruppel of Jamaica, N.Y. and Mrs. Gertrud Hess of Wolverhampton, England. The inheritance is documented by Gemeinschaftlicher Erbschein vom 15. August 1938 vom Amtsgericht Gotha.

I have not, as yet, acquired American citizenship but have taken steps to that end and shall submit the number of my naturalization certificate as soon as I receive it.

The property was sold under duress and the transaction would never have taken place if I had not been forced by the Nazis.

I shall appreciate any assistance and advice you may be able to give me, and your confirmation of receipt.

Thanking you in anticipation for your cooperation

Yours very truly,

....

Sworn to before me this day of , 1946

425 Central Park West
New York 25, N.Y.
August 5, 1946

Department of State
Washington, D.C.

Gentlemen :

Re: Property in Gotha (Germany)

We beg to ask your assistance in the following matter :

We used to reside in Germany from where we emigrated on account of the persecution of Jews by the Nazi Government.
Curt J. Simson left Germany in 1941, immigrated to the United States on September 17, 1941, and received his Declaration of Intention No.515148, Southern District of New York, N.Y. on March 3, 1942.
Margarete Ruppel, née Simson, left Germany in 1939, immigrated to the United States on January 14, 1946 after a transit stay in England and filed her Declaration of Intention, No.560153, Southern District of New York, N.Y. on March 7, 1946.

Among other property in Germany we used to own jointly with our sister, Mrs. Gertrud Hess, née Simson, residing at 25, York Avenue, Wolverhampton, England, the property at Friedrichstrasse 19, corner of Schoene Allee, Gotha, Thueringen, consisting of main building, attached smaller building, and garden. Identification in the Grundbuch of the Amtsgericht Gotha, Abteilung 3 is as follows :
For the buildings : Band 21, Blatt 6365/66, Auflassung June 7,1939,
for the garden : " " , " 1439 " October 4,1939.
The complete parcel represents an investment of well above Reichsmark 200.000.-
The main building was erected by our father, the late Julius Simson of Gotha, and the smaller building was modernized and remodeled by him.

The buildings were taken over by the N.S.Fliegerkorps, Berlin, according to Genehmigung des Reichsstatthalters in Thüringen (Fritz Sauckel) vom 1. Juni 1939, based on the Verordnung über den Einzug des jüdischen Vermögens vom 3.Dezember 1938. The price was put at RM 65.000.- The N.S. Fliegerkorps resold the smaller, attached building to Frau Elisabeth Friedrichs, née Seeber.

The Garden was acquired by the Gothaer Lebensversicherungsbank a.G., Gotha, for RM 8.000.-

The present state of repair is reported as good.

According to "Gemeinschaftlicher Erbschein des Amtsgerichts Gotha", dated August 15,1938 the 3 children of the original owner, Julius Simson, inherited this property in equal shares.

We have not, as yet, acquired American citizenship but have taken steps to that end and shall submit the numbers of our naturalization certificates as soon as we receive them.

The property was sold under duress and the transaction would never have taken place if we had not been forced to do so because of the persecution by the Nazis.

We shall appreciate any assistance and advice you may be able to give us, and your confirmation of receipt of this letter.

Thanking you in anticipation for your cooperation

Yours very truly,

....

Sworn to before me this day of , 1946

4?5 Central Park West
New York 25, N. Y.
May 4, 1946

Office of Military Government for Germany (United States)
Finance Division, Property Control Branch
A P O 742, New York, N. Y.

Gentlemen :

Re: Property in Gotha (Germany)

I beg to ask your assistance in the following matter :

I used to reside in Germany from where I emigrated on account of the persecution of the Jews by the Nazi Government. I immigrated to the United States on September 1?, 1941 and received my Declaration of Intention No. 515148, Southern District of New York, N.Y. on March 3, 1942.

I used to own among other property in Germany the grounds and buildings formerly occupied by the firm of Gebrueder Simson, Gotha, located at Gotha-Siebleben, Huetzleberweg 1a. I was a co-partner in this firm, together with my father, the late Julius Simson of Gotha. After his death in 1938, I became the sole owner as a result of paying my two sisters' shares of the inheritance on this parcel in cash. (My sisters are : Mrs. Margarete Ruppel, 145-18 88th Avenue, Jamaica, N.Y. and Mrs. Gertrud Hess, 25, York Avenue, Wolverhampton, Staffs., England).

I sold the property under duress in 2 parts as follows :

1. Fenced-in property including buildings to Hugo Umbreit, Gotha for Reichsmark 100.000.- According to his letter of July 25, 1939, this purchaser deducted Reichsmark 10.000.- from that sum as "Arisierungsabgabe", leaving Reichsmark 90.000.-, contrary to the rules which charged the purchaser with this "Arisierungsabgabe". File Number : Grundbuch Gotha, Band C, Blatt 790 S.235.

2. The unfenced property, located east and north of the above, to Thuer. Landessiedlungsgesellschaft G.m.b.H., Weimar, for Reichsmark 10.000.-. File Number as above, Flurst. Nr. 747. The sale of this property was forced by a letter of the Thueringische Wirtschaftsminister, Weimar, of April 5, 1939, based on the "Verordnung ueber den Einsatz des juedischen Vermoegens vom 3. Dezember 1938".

I would not have sold these properties but force used, as mentioned.

These properties are located in the Russian zone of occupation. I should appreciate any assistance and advice you may be able to give, particularly your contacting the Russian occupational authorities, so that the properties can be taken under control in accordance with Military Government Law No. 52. Kindly let me also have acknowledgement of receipt.

Thanking you in anticipation for your cooperation

Yours very truly,

....

Sworn to before me this ... day of May, 1946

425 Central Park West
New York 25, N. Y.
May 4, 1946

Office of Military Government for Germany (United States)
Finance Division, Property Control Branch
APO 742, New York, N.Y.

Gentlemen : Re: Property in Gotha (Germany)

We beg to ask your assistance in the following matter :

We used to reside in Germany from where we emigrated on account of the persecution of the Jews by the Nazi Government. Curt J. Simson left Germany in 1941, immigrated to the United States on September 12, 1941 and received his Declaration of Intention No. 515148, Southern District of New York, N.Y. on March 3, 1942. Margarete Rummel, née Simson, left Germany in 1939, immigrated to the United States on January 14, 1946 after a transit stay in England and received her Declaration of Intention No. 560153, Southern District of New York, N.Y. on March 7, 1946.

Among other property in Germany we used to own jointly with our sister, Mrs. Gertrud Hess, née Simson, residing at 25, York Avenue, Wolverhampton, England, the property No. 19 Friedrichstrasse, corner of Schoene Allee, Gotha (Thuringia). We inherited this property, according to Erbschein des Amtsgerichts Gotha of August 15,1938 -4.VI. 310/38, from our father, Julius Simson, Gotha, Friedrichstrasse 19. We sold the property under duress in 2 parts :

1. Main Building to the NS-Fliegerkorps, Berlin for Reichsmark 65.000.-. This price also included the attached, smaller building, which the NS-Fliegerkorps resold to a family by the name of Friedrichs. They obtained Reichsmark 15.000.- for this smaller building. The file numbers for these buildings are : Amtsgericht, Abt. 3, Gotha, Grundbuch Band 21, Blatt 6365/66, Auflassung June 7, 1939.

2. Garden, east of the building, alongside the Schoene Allee, to the Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, Gotha for Reichsmark 8.000.-. The file number is : Amtsgericht, Abt.3, Gotha, Grundbuch Band F, Blatt 1439, Auflassung October 4, 1939.

We would not have soldthese properties but for the fact that we were forced to do so because of the persecution by the Nazis.

These properties are located in the Russian zone of occupatio[n]. We should appreciate your contacting the Russian occupational authoriti[es] so that the property can be taken under control in accordance with Military Government Law No. 52.

We shall appreciate any assistance and advice you may be able to give us, and your confirmation of receipt.

Thanking you in advance for your cooperation

Yours very truly,

....

Sworn to before me this ... day of May, 1946

425 Central Park West
New York 25, N.Y.
August 5, 1946

Department of State
Washington, D.C.
Gentlemen :

Re: Property in Berlin (Germany)

We beg to ask your assistance in the following matter :

We used to reside in Germany from where we emigrated on account of the persecution of Jews by the Nazi Government.
Curt J. Simson left Germany in 1941, immigrated to the United States on September 12, 1941, and received his Declaration of Intention No.515148, Southern District of New York, N.Y. on March 3, 1942.
Margarete Ruppel, née Simson, left Germany in 1939, immigrated to the United States on January 14, 1946 after a transit stay in England and received her Declaration of Intention No.560153, Southern District of New York, N.Y. on March 7, 1946.

Among other property in Germany we used to own jointly with our sister, Mrs,Gertrud Hess, née Simson, residing at 25, York Avenue, Wolverhampton, England, the apartment house at No. 16 Duisburger Strasse, Berlin-Wilmersdorf, identified in the Grundbuch des Amtsgerichts Charlottenburg von Berlin-Wilmersdorf in Volume 117, Page 3491. The price paid for this property by our father, the late Julius Simson of Gotha, Germany, was Reichsmark 160.000.- The purchaser, a notorious Nazi, a publisher Dr. Walter Kohlhammer of Stuttgart, Schellbergstrasse 3, took over the proprty at a Nazi-decreed price of Reichsmark 120.000.-, the discrepancy between value and purchase price being explained by the explicit statement, in the contract of sale, that it was a transaction between Jews and "Aryans".

The present state of repair of the property is reported as satisfactory.

The original owner was Julius Simson of Friedrichstrasse 19, Gotha (Germany) from whom his three children inherited this property in equal shares as set forth in the Gemeinschaftlicher Erbschein des Amtsgerichts Gotha, dated August 15, 1938.

We have not, as yet, acquired American citizenship but have taken steps to that end and shall submit the numbers of our naturalisation certificates as soon as we receive them.

The property was sold under duress and the transaction would never have taken place if we had not been forced to do so because of the persecution by the Nazis.

We have been informed that the former manager who held our Power of Attorney for administration, Georg Hoelle, Sybelstrasse 41, Berlin-Charlottenburg is still alive. We have no objection against his appointment as property custodian, provided the occupational authorities regard him as politically unobjectionable.

We shall appreciate any assistance and advice you may be able to give us, and should also appreciate receiving your confirmation of receipt.

Thanking you in anticipation for your cooperation

Yours very truly,

....

Sworn to before me this day of , 1946

425 Central Park West
New York 25, N. Y.
May 4, 1946

Office of Military Government for Germany (United States)
Finance Division
Property Control Branch
APO 742
New York, N.Y.

Gentlemen :

Re: Property in Berlin

We beg to ask your assistance in the following matter :

We used to reside in Germany from where we emigrated on account of the persecution of the Jews by the Nazi Government.
Curt J. Simson left Germany in 1941, immigrated to the United States on September 12, 1941 and received his First Papers (Declaration of Intention No.515148, Southern District of New York, N.Y.) on March 3, 1942.
Margarete Ruppel, n'ee Simson, left Germany in 1939, immigrated to the United States in 1946 after a transit stay in England, and received her First Papers (No. 560153, Southern District of New York, N.Y.) on March 7, 1946.

Among other property in Germany we used to own jointly with our sister, Mrs. Gertrud Hess, née Simson, residing in Wolverhampton, England, the apartment house at No. 16 Duisburger Strasse, Berlin-Wilmersdorf. We inherited this building, according to Erbschein des Amtsgerichts Gotha vom 15. August 1938 -4.VI.310/38, from our father, Julius Simson, Gotha (Thuringia), Friedrichstrasse 1[illegible]
We sold the building under duress on March 22, 1939 for Reichsmark 12o.ooo.- to Verlagsbuchhaendler Dr. Walter Kohlhammer, Stuttgart, Schellbergstrasse 3. We would not have sold the building but for the fact that we were forced to do so because of the persecution by the Nazis.

We believe that the property is located in the United States zone of occupation and should appreciate your taking the necessary steps to bring the property under control in accordance with Military Government Law No. 52.

We have been informed that the former manager who held our Power of Attorney for administration, Georg Hoelle, Sybelstrasse 41, Berlin-Charlottenburg is still alive. We have no objection against his appointment as property custodian, provided the occupational authorities regard him as politically unobjectionable.

We shall appreciate any assistance and advice you may be able to give us, and your confirmation of receipt.

Thanking you in anticipation for your cooperation

Yours very truly,

....

Sworn to before me this ... day of May, 1946

COPY

Department of State
Washington

RECOVERY OF PROPERTY LOST DURING NAZI REGIME

The Department of State is not at present in a position to state whether or what procedures may be set up to enable former owners or their heirs to recover property interests of which they were deprived during the Nazi regime. No doubt, due publicity will be given in the press to any measures that may be adopted.

Meanwhile, it is suggested that American nationals furnish the Department with a sworn statement, in duplicate, setting forth

1. a description of the property, its exact location, means of identification, and value.

2. the manner in which the property was acquired.

3. the circumstances relating to any involuntary transfer, confiscation or seizure and especially the facts indicating that the transfer was not voluntary.

4. Any known facts relating to the present status of the property.

5. In case the claimant is not the original owner, but claims as an heir or other successor in interest, the manner in which the original ownerb interest passed to the claimant, and the date thereof.

6. A statement showing how and when American Citizenship was obtained, and, if acquired by naturalisation, the number of the naturalization certificate should be given and the name and location of the Court by which the certificate was issued.

If the person seeking to assert rights to such property has not yet acquired American citizenship but has taken steps to that end, he may, if he so desires, submitthe information indicated for possible future consideration. When he shall have obtained his citizenship, he should notify the Department of that fact, with a reference to the number of his naturalisation certificate.

The extent to which the Department may be able to render assistance in such matters will depend largely upon the cooperation of the interested individuals in supplying full information along the lines indicated.

145-18 88th Avenue
Jamaica N.Y. U.S.A.
28. Februar 1947

Deutsche Bank u. Disconto Ges.
Berlin

Ich bin im Jahre 1939 nach England ausgewandert und habe meinen Wohnsitz jetzt in Amerika

Bei meiner Auswanderung habe ich bei Ihrer Filiale in Gotha ein Conto Nr. 3989 zurückgelassen unter dem Namen Frau Margarete Ruppel geb. Simson
Gotha Friedrichstr.

Die Höhe des Contos war ca. RM 40 000.
Ich bitte um Ihre Mitteilung wo sich das Conto heute befindet u. welcher Betrag auf demselben verbucht ist.

Hochachtungsvoll
Margarete Ruppel geb. S.

145-18 88 Ave
Jamaica Long Island
New York N.Y.
U.S.A.
29. Juni 1946

Deutsche Bank, Gotha

Ich bitte um Mitteilung des jetzigen Standes meines Contos Nr. 3989
Sollte das Conto nicht mehr bestehen, bitte ich um Aufklärung.

Hochachtungsvoll
Margarete Ruppel
geb. Simson

retour

NEW YORK, N.Y.
JUN 30
3-PM
1946

Deutsche Bank

~~Gotha~~

Thüringen
Russische Zone

Germany

27/7
/2

Kurt J Simson, 425 Central Park West, New York 25, NY.USA.

18. Mai 1951

Herrn Rechtsanwalt Dr Kurt Peschke
Berlin- Steglitz

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,
im Besitz Ihres Briefes vom 11.Mai mit dem Schriftsatz von Dr. Goetze vom 26. 4.51 habe ich folgendes zu erwidern :
zu 1. und 6. Angemessenheit des Preises.

ich bitte Herrn Hölle zu veranlassen, möglichst viele fortlaufende Jahresabrechnungen aus der Zeit vor 1939 vorzulegen. Es wird sich dann ausweisen, dass das Haus einen regelmässigen Ertrag von rund RM 12000,-- gebracht hat. Ich bitte den Gegner anzuregen, dass er aus der ihm zugänglichen Korrespondenz des Dr. Kohlhammer die Jahresabrechnungen für die Zeit von 1939-1945 herausnimmt und vorlegt. Ich muss annehmen, dass der ausgebombte Verwalter solche Abrechnungen nach Stuttgart geschickt hat. Auch sollten sich Angaben über den Ertrag aus dem Haus in den Einkommensteuerakten des Herrn Dr. Kohlhammer vorfinden. Die Erträge aus den Katastropfenjahren 1945 -1947 kann ich nicht als massgebend für die Zeit des Verkaufes ansehen.

zu 2.bis 4. freie Verfügung

ich habe bereits belegt, dass Frau Ruppel, da bereits ausgewandert, nicht mehr über ihren Anteil hat verfügen können. Selbst wenn ein nur in der Theorie noch möglicher Transfer in das Ausland hätte ermöglicht werden können, so hätte Frau Ruppel gemäss dem jeweiligen Kurs der Auswanderer Sperrmark 90 bis 96 % verloren. Es war aber damals die Praxis bereits bekannt, dass Auswanderer ausgebürgert wurden, um eine sogenannte gesetzliche Handhabung für Konfiskation des zurückgelassenen Vermögens zu schaffen. Praktisch waren zurückgelassene Bankkonten mit dem Grenzübertritt des Auswanderers dem Raubstaat, wie der Gegner sagt, verfallen.
Ferner habe ich bereits belegt, dassFrau Hess ihren Anteil,ohne denselben in die Hände zu erhalten, direkt an das Finanzamt Pirna,Sachsen, abgetreten hat. Das Vermögen Hess unterlag der Beschlagnahme, war somit schon vor Verkauf des Hauses nicht unter freier Verfügung. Unterlagen hierfür bitte ich falls nötig von Herrn Manfred Hess, 25. York Avenue, Wolverhampton, Staffs, England, einzufordern. Wie bereits früher ausgeführt, musste das Ehepaar Hess schnell handeln, um ihr Leben zu retten, welches nur noch nach einer Auskunft in Buchenwald befristet war, und konnte nicht auf den Eingang von Geldern warten, die tatsächlich bis heute nicht gezahlt worden sind.
Es ist durchaus möglich, dass mein Bankkonto bei der Commerbank Dep.Kasse K.L.Halensee noch nicht gesperrt war, sondern als ein gezeichnetes"J" Konto geführt wurde, und erst nach dem Hausverkauf zur Sperrung kam. Der Unterschied zwischen einem Judenkonto und einem Judensperrkonto ist bezüglich der freien Verfügungsgewalt nicht sehr erheblich gewesen. Für Juden mit einem Vermögen von RM50 000,-- und mehr bestand eine Vermögensaufsich durch die Devisenstelle. Sie wurden zur Zollfahndungsstelle vorgeladen, und hatten Auskunft über den Vermögensstand und etwaige Veränderungen zu geben. Eine Anlagemöglichkeit für Barbeträge bestand für Juden nicht mehr. Die Einkaufsmöglichkeiten waren fast gänzlich eingeschränkt. Auf diese Weise wurden die Barvermögen und sonstigen beweglichen Vermögenswerte festgelegt, um sie dann, wie es bei Frau Ruppel geschehen ist, zu konfiszieren, oder wenigstens jederzeit greifbar für den Raubstaat zu haben. Praktisch bestand für mich 1939 keine frei Verfügungsgewalt mehr, wenn es auch in der Öffentlich keit anders dargestellt wurde.

42)

Wie weit ein Gutachten aus Württemberg-Baden und die angezogenen Kommentare für Berlin von Bedeutung sind entzieht sich meiner Urteilskraft.

zu 5. Wahrnehmung der Vermögensinteressen der Verfolgten.

Ich bezweifele, dass Herr Dr. Rothe als Notar des Käufers fungiert hat. Als Notar hatte Dr. Rothe die Interessen beider Parteien zu schützen. Immerhin ist die Ausdrucksweise des Dr. Goetze ein Beweis, dass der Käufer den Notar als seine Partei angesehen hat, und hat ihm gern den Kaufpreis anvertraut, um allen "jüdischen Schiebungen" vorzubeugen. Dr. Kohlhammer hat in seinem Interesse gehandelt nicht in dem der Verkäufer. Es wird zugegeben, dass Herr Dr. Kohlhammer eine höfliche Art hatte, auf ebensolche Briefe des Herrn Hess zu antworten und sich nicht gescheut hat, auch dem Finanzamt Pirna etc. Mitteilung zu machen. Ich sehe daraus aber nur, dass Herr Dr. Kohlhammer ein Mann von guter Erziehung war. Herr Hess wird in der Lage sein, die Korrespondenz mit Dr. Kohlhammer zur Verfügung zu stellen, wenn Sie diese von ihm einfordern.

Über Hauszinssteuer und Umfang von Kriegsbeschädigung wird Herr Hölle Auskunft geben können.

xx) Zur freien Verfügung meines Anteils möchte ich noch nachtragen, dass mich der Notar bei Abschluss des Vertrages ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hat, dass er den Verkauf pflichtgemäss der Devisenstelle umgehend melden würde. Das bedeutet praktisch, dass er mich gewarnt hat, auch in der Zwischenzeit bis zu einer ev. Sperre über das Geld zu verfügen.

Hochachtungsvoll

Margarete Ruppel
geb. Simson

39-11 48th. Street,
Sunnyside 4, N.Y. USA

25. Juli 1947

An das Präsidialamt
Abtlg. I A 3 W J
Weimar/Thüringen
Fürstenplatz 2
Germany, Russian Zone

Einschreiben
Luftpost

Hiermit möchte ich termingemäß die folgenden mir durch die bekannten Zustände unter den Nationalsozialisten entstandenen Schadensersatzansprüche anmelden :

Mein Bankguthaben war im Dezember 1938 ca, RM 295.000.- (Deutsche Bank, Filiale Gotha), soweit ich mich erinnere, war das die Summe nach Abzug der ersten "Judenvermögensabgabe". Ich selbst habe von dieser Summe etwa RM 5.000.- zum Lebensunterhalt bis zu meiner Auswanderung im Juni 1939 bezogen. Außerdem haben mein Neffe Hartmut Ruppel und meine Nichte Annette Ruppel, beide damals wohnhaft in Gotha, Gradlerstraße 3, einen monatlichen kleinen Erziehungsbeitrag erhalten, ungefähr vom Spätsommer 1939 bis höchstens zum September 1942. Schließlich habe ich selbst einen Transfer von ca. £ 331.- überwiesen bekommen, zum damaligen Kurse etwa RM 4300.--.
Die Differenz ist meines Wissens im wesentlichen folgendermaßen verschwunden :
"... auf Veranlassung des Finanzamtes Gotha am 17.3.1942 auf das Reichsbankgirokonto des Finanzamtes Gotha bei der Reichsbanknebenstelle Gotha überwiesen" (lt. Brief der Deutschen Bank, Berlin, vom 21.4.1947) RM 49.003.-

Auswandererabgabe an die Jüdische Kultusgemeinde, Erfurt, am 28.3.1939 .... RM 14.750.-

Die Unterlagen für die restliche Summe habe ich noch nicht erhalten können, ich bemühe mich aber, sie schnellstmöglich aufzutreiben. Hauptsächlich sind es wohl die folgenden Posten :

Reichsfluchtssteuer an das Finanzamt Gotha (Steuer-Nummer 44/1177),
~~Auswandererabgabe an die Golddiskontbank, Berlin,~~
Abgaben für Deportation von Juden,
2. "Judensvermögensabgabe", etc.

Nach meiner besten Schätzung stehen mir neben der Summe für die erste "Judenvermögensabgabe" noch etwa RM 275.000 - 280.000.- zu (zweihundertundfünfundsiebzigtausend bis zweihundertundachtzigtausend), nämlich

ca. RM 295.000.-
- ca. " 4.300.- (Transfer nach England)
- ca. " 5.000.- (für meinen Lebensunterhalt Dezember 1938 bis Ende Mai 1949)
- Betrag für Erziehungsbeitrag der obengenannten minderjährigen Verwandten.

Der Zweck dieses Schreibens ist im wesentlichen, wie erwähnt, die Einhaltung der Anmeldefrist. Sie würden mich außerordentlich verbinden, wenn Sie mir mitteilen wollten, wie Sie mir beim Erhalt der erforderlichen Unterlagen behilflich sein könnten.

Hochachtungsvoll

425 Central Park West
New York 25,NY, USA , November 6, 1946

Vollmacht

Wir, der unterzeichnete Curt Julius Simson, wohnhaft 425 Central Park West, New York25, NY, USA, im Dritten Reich genannt Curt Israel Simson, und die unterzeichnete Margarete verwitwete Ruppel, geb. Simson, wohnhaft 145-18 88 Avenue, Jamaica,NY,USA, im Dritten Reich genannt Margarethe Sara Ruppel ,
bevollmächtigen hiermit
Herrn Heinrich Pohlmann, Ruhla,Thüringen, Ecke 20
uns in allen Angelegenheiten zu vertreten, welche die unten bezeichneten Grundstücke betreffen, sowohl bei Gerichten und anderen Behörden als auch Privatpersonen und Firmen gegenüber.
Es handelt sich um die Grundstücke

1) Gotha, Thüringen, Friedrichstrasse 19

   Hauptgebäude, Nebengebäude und Gartengrundstück

2) Gotha, Thüringen, Hützleberweg 1a

   Grundstück der ehemaligen Porzellanfabrik der Firma Gebr. Simson, Gotha, bebautes Grundstück sowie anschliessendes Baugelände.

.... Margarete Ruppel

.... Curt Julius Simson

Sworn to before me this .... day of .... 1946.

Hoefe

Curt J Simson
425 Central Park West
New York 25, NY, USA
Jan. 19,1952

Herrn Georg Hölle
Berlin- Charlottenburg 4

Sehr geehrter Herr Hölle,

Haben Sie vielen Dank für Ihre Briefe vom 14. Dezember und 15. Januar. Ich habe bereits einen Antrag beim Entschädigungsamt Berlin durch Dr. Peschke einreichen lassen, und ein zweiter folgt in diesen Tagen. Vielen Dank für Ihre Erinnerung und die mir angebotene Hilfe.
Von der miserablen Auskunft über Friedrich nahm ich Kenntnis. So schlecht hatte ich sie allerdings nicht erwartet. Sie bewahrt mich wenigstens vor weiterem Schaden, wofür ich Ihnen ebenfalls sehr dankbar bin.
Dass die Umschreibung des Grundstückes Duisburgerstr. 16 nochmals aufgehalten wurde, ist eine üble Überraschung. Im Übrigen sieht man jedoch klar, und die Schäden werden mit der Zeit behoben werden können. Es dürfte Dr. Peschke in Hinblick auf den Fortgang des Prozesses interessiern, dass Sie bereits feststellen konnten, dass die Mieteingänge sich seit 1939 nicht verändert haben. Damit bricht die Behauptung des Dr. Götze zusammen, dass das Haus in der Zeit des Besitzes Kohlhammer sich schlecht rentiert habe.
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bei dieser Gelegenheit Dr. Peschke mitteilen würden, dass die Bankgesellschaft Berlin A.G. mein Konto von RM 3.789.-- auf DM West 189.45 umgestellt hat also zu 5%. Ich schlage deshalb vor zu beantragen, dass die bekannten RM 80 000,-- mit 5% auf DM West 4 000,-- umgestellt werden und ebenso die von Kohlhammers vereinnahmten Mieten, damit der deutschen Währungsreform zum vollen Rechte verholfen wird, die ich angeblich nur aus der New Yorker Zeitung kenne.
Ist es denn nicht möglich zu beantragen, dass die Kriegsschäden von der Stadt Berlin oder auf deren Kosten beseitigt werden ?
Wie ich sehe haben Sie einen grossen Stall auszumisten, und es wird nötig sein, dass die Handwerker langsam bezahlt werden. Natürlich hat Frau Kohlhammer Priorität. Es liegt mir viel daran, dass Dr. Peschke schnell zu seinem Gelde kommt, und ich stimme jedem Zahlungsmodus zu, den Sie vorschlagen.
Würden Sie bitte auch einen Durchschlag Ihrer Abrechnungen nach England schicken, da dies ja keine besondere Mühe macht. Luftpost ist wohl nicht nötig.
Ich bin mit Ihrem Vorschlag betr. Verwaltungskosten in der Höhe, wie Sie dieselben meinem Vetter berechnen gern einverstanden.
Falls Betrügereien nachweisbar sind, bitte ich die Schuldigen zu verfolgen, sofern dies rentabel erscheint.

Mit vielen Grüssen, zugleich Ihrer Frau, verbleibe ich

Ihr

Curt J Simson

New York 25, NY, USA
425 Central Park West
Febr. 8,1948.

Herrn Rechtsanwalt Dr. Hermann Zinn
Goethestrasse 1a
Gera, Thüringen, Russ. Zone, Germany

Betr. Wiedergutmachungssache
gegen Frau Elis. Friedrichs.

Lieber Herr Dr. Zinn ,

ich erhielt Ihren Brief vom 8. Jan. 1948 und danke Ihnen vielmals für Ihre Rechtsauskunft. Frau Friedrichs hat RM 15 000,00 tatsächlich bezahlt, aber da mein Konto wie die Konten meiner beiden Schwestern gesperrt waren, haben wir keinen Nutzen von der Zahlung gehabt. Solche Gelder pflegten von Sonderabgaben absorbiert zu werden, oder gingen nach der Auswanderung verloren.

Die Thür. Aufwertungssteuer aus dem Jahre 1942 ist mir gänzlich unbekannt. Für eine Rückfrage beim Finanzamt Gotha wollen Sie sich der Steuernummer 44 III 769 bedienen. Der Steuermessbetrag war am 9. Juli 1940 RM 107,00.

Ich sehe die Güteverhandlungen mit Friedrichs als gescheitert an. Soll ich diesHerrn Friedrichs ausdrücklich mitteilen ?

Auf Anforderung habe ich gestern einen Gemeinschaftlichen Erbschein nach Weimar geschickt. Wegen der Grundstücke noch unter Sequester erwarte ich Ihren Bescheid. Es handelt sich dabei nicht nur um das Haus Gotha Friedrichstr. 19, ein Teil der Erbschaft meines Vaters, sondern auch um die mir allein gehörige ehemalige Porzellanfabrik, Gotha, Nützleberweg 1a.

Ferner beanspruche ich persönlich ein ausgedehntes Bauland, anschliessend an die ehem. Porzellanfabrik, welches ich unter Auflage, Brief aus Weimar befindet sich in meinen Händen, an die Thür. Siedlungsgesellschaft, Weimar verkaufen musste. Soviel ich weiss, ist das Grundstück nicht besiedelt worden, sondern wurde an die Stadt Gotha weiter verkauft, und zwar mit Nutzen.

Ferner gehört noch zur Erbengemeinschaft der Hausgarten Friedrichstr. 19, entlang der Schönen Allee in Gotha, welcher von der Lebensbank gekauft wurde.

Aus diesen Ausführungen ersehen Sie, lieber Herr Dr. Zinn, dass es sich um einen ganzen Rattenschwanz von Prozessen mit viel Arbeit und Mühe handeln wird. Wir würden uns glücklich schätzen, wenn Sie alle diese Objekte übernehmen würden. Es ist natürlich ganz unmöglich Ihnen zu gestatten, dass Sie daraus einen Freundschaftsdienst machen, und ich bitte Sie zugleich im Namen von Frau Ruppel. auf meinen Vorschlag wegen späterer Honorarzahlung einzugehen. Ihr freundschaftliches Anerbieten hat mich und ganz besonders Frau Ruppel tief beeindruckt, und meine Schwester in England wird ebenso empfinden. Wir nehmen mit Freude und dankbarer Anerkennung Ihre Worte für die Tat. Vergessen Sie nicht ganz, dass deutsches Geld für uns wenig wert ist, für Sie schliesslich doch aber etwas bedeutet.

Wir haben uns ausserordentlich gefreut zu hören, dass Sie mit Ihrer Familie die Kriegszeit relativ gut überstanden haben. Frau Ruppel, die Sie herzlich grüssen lässt, hat Ihnen ja selbst geschrieben. Sie erhielt auch einen Brief von Dieter Rausch.

Ich möchte noch erwähnen, dass Frau Ruppel bereit ist,ihre Ansprüche an ihren amerikanischen Sohn abzutreten, falls es von Nutzen sein sollte, dass alle drei Besitzer des Hauses unter Sequester

unter Sequester Ausländer sind.

Sie fragen auch nach unserem Ergehen. Wir sind ausgewandert, nicht umgezogen, mit dem was wir mit unseren Händen tragen konnten. Wir hatten das grosse Glück noch im Juli 1941 den letzten Zug zu erreichen, nachdem wir die Zeit von Ende 1935 in Berlin Dahlem in einem eigenen Häuschen zurückgezogen und relativ persönlich wenig belästigt verbracht hatten. Solange mussten wir auf unser Visum und einen Schiffsplatz warten. Hier hatte ich das grosse Glück ziemlich bald und von dieser Zeit regelmässig in meinem Beruf zu arbeiten. Ich bin nun im sechsten Jahre ceramic engineer in einer kleinen Fabrik in New Jersey, die techn. Porzellan und andere techn. Keramik herstellt. Ich habe wie Sie einen weiten Weg zur Arbeit, nur dass ich täglich beinahe 4 Stunden unterwegs bin, weil wir uns einen doppelten Haushalt nicht leisten können. Meine Frau hat schon in Berlin als Putzmacherin "umgeschichtet", und arbeitet halbtäglich in diesem Beruf. Anneliese ist 18 Jahre alt, und wird im Sommer mit der Highschool fertig. Ihre Berufswahl ist noch nicht entschieden. Wir bewohnen eine zwei Zimmerwohnung mit winziger Küche für New Yorker Verhältnisse herrlich am Park gelegen. Wenn auch der grüne Zweig, auf den wir gekommen sind, recht dünn ist, so muss ich Ihre Frage doch damit beantworten, dass es uns recht gut geht.

Ich hoffe bald wieder von Ihnen zu hören, und bitte Sie Ihre Gattin von Ruppels und uns recht herzlich zu grüssen.

Mit freundschaftlichen Grüssen

verbleibe ich

Ihr

Ich, der Unterzeichnete, in Berlin Wilmersdorf, Bruchsalerstrasse 6 unter dem Namen Salomon Ullmann wohnhaft, bestätige hierdurch unter Eid vor dem endsunterzeichneten Notar, dass

Frau Margarete Ruppel, geb. Simson, mir seit vielen Jahren persönlich bekannt, im Februar und März 1939 in der Pension Carsch, Berlin Dahlem, Pücklerstrasse 8 gewohnt hat, sodann von dort nach Berlin W 30, Eisenacherstr. 96 verzogen ist als Untermieter des Herrn Arthur Süssmann. Frau Ruppel hat in der letzt genannten Wohnung gewohnt bis zu ihrer Auswanderung am 30. Juni 1939.

Sol Frank Ullman

Sworn to before me this ..27.. day of September 1952.

V o l l m a c h t

Hierdurch bevollmächtigen wir für uns und unsere Erben

Mrs. Gertrud Hess, geb. Simson, wohnhaft zu Wolverhampton, Staffs.
25, York Avenue, England

uns in allen unseren Angelegenheiten, die die Rückerstattung des Grundstückes : Berlin-Wilmersdorf, Duisburgerstrasse 16 betreffen, sowohl bei Gerichten und anderen Behörden als auch Firmen und Privatpersonen gegenüber zu vertreten. Ihre Vertretungsmacht soll sich auf alle Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen erstrecken, welche von uns und uns gegenüber vorgenommen werden können, soweit die Gesetze überhaupt eine Vertretung zulassen.

New York, NY. USA, den 21. Aug 1948

.... ,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,
Margarete Ruppel Curt Julius Simson

Sworn to before me this ...... day of ....,,,,1948

Curt Julius Simson
425 Central Park West
New York 25, NY. USA

August 21,1948

An das Zentralamt für Vermögensverwaltung
(20a) Bad Nenndorf.
Land Niedersachsen, britische Zone, Germany

Aktenzeichen. J 1581

Infolge Ihres an meine Schwester Mrs.Gertrud Hess, Wolverhampton, Staffs, England gerichtete Schreiben vom 11.6.1948 sende ich anbei Erbschein betreffend den Nachlass unseres Vaters, des Herrn Julius Simson,Gotha, sowie Vollmacht von mir und meiner Schwester Mrs. Margarete Ruppel auf unsere Schwester Mrs. Gertrud Hess.

Ich schätze den Wert des Mietgrundstückes Berlin-Wilmersdorf, Duisburgerstr. 16 am Tage der Wegnahme auf RM 192.000.--

Infolge Ihres Schreibens vom gleichen Tage an mich gerichtet sende ich anbei Vordrucke wie gewünscht ausgefüllt. Dieselben wurden auf Verlangen des Office of Military Government for Germany (US) Property Division, Wiesbaden notarisiert und dreifach beglaubigt.

Hochachtungsvoll

A b s c h r i f t

Für Gegner

Wirtschaftsprüfer
Dr.Peter Goetze
Wiesbaden
Biebrich-Allee 23
Telefon 2 44 65

- 14.11.1951.-

An den
Board of Review

Board of Review
Received 26 Nov.1951

H e r f o r d /Westfalen.
Rathaus

über

Office of the Legal Branch
Military Government

B e r l i n.

A n t r a g

gemäss BK/O 49, 180 Art. 61

In der Rückerstattungssache

1) der Frau Gertrud H e s s, geborene Simson, 25 York Avenue, Wolverhampton, Gt.Britain,

2) des Kaufmanns Curt Simson, 425 Central Park West, New York 25 N.Y.,

3) der Frau Margarete Ruppel geb.Simson, 39-11, 48 Street, Sunnyside 11, N.Y.US.,

Antragsteller,

Verfahrensbevollmächtigter für 1 - 3: Rechtsanwalt Dr.Peschke
Berlin-Steglitz, Wuthenowstr.4,

gegen

Frau Theodora Kohlhammer geborene Behr in Stuttgart, Schellbergstrasse 3,

Antragsgegnerin,

Verfahrensbevollmächtigter: Wirtschaftprüfer Dr.Peter Goetze, Wiesbaden, Biebrich-Allee 23

Aktenzeichen des Landgerichts Berlin (44 WGK) 4 WGA

1466/ 50 (196/51)
1467/ (198/51)

---

wird im Namen von Frau Theodora Kohlhammer geborene Behr, Stuttgart, Schellbergstrasse 3 gegen den Beschluss der 44.Zivilkammer (Wiedergutmachungskammer) des Landgerichts Berlin vom 11.8.1951, zugestellt am 26.9.1951

Antrag auf Nachprüfung

an den Board of Review gestellt.

Es wird beantragt, 1) vorab schnellstens eine

einstweilige Verfügung

dahin zu erlassen, dass das Grundstück Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Strasse 16, das auf Grund des angefochtenen Beschlusses der Antragstellerin ausgeliefert wird, bis zur Entscheidung des Board of Review nicht im Grundbuch umgeschrieben werden darf,

2) den Antrag abzuweisen, weil keine Entziehung im Sinne des Artikels 1 REAO vorliegt und

3) falls der Board of Review doch das Vorliegen einer Entziehung annehmen sollte, den in die freie Verfügung der Verfolgten gelangten Betrag von RM 80.000.-- im Verhältnis 1 : 1 auf deutsche Mark umzustellen,

4) Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen.

Diesem Antrage werden beigefügt:

1) eidesstattliche Versicherung der Frau Theodora Kohlhammer, dass die angeführten Tatsachen nach bestem Wissen und Unterrichtung der Wahrheit entsprechend,

2) Abschriften und englische Uebersetzungen des angefochtenen Beschlusses und derjenigen Dokumente, auf die Bezug genommen wird.

3) Eine Angabe, dass eine mündliche Verhandlung beantragt, aber keine Zeugen vernommen werden sollen,

4) Vollmacht auf den Wirtschaftsprüfer Dr.Goetze,

5) Antrag des Wirtschaftsprüfers Dr.Goetze gemäss Art. 5 Nummer 18 c, durch den Vorsitzenden eine allgemeine Genehmigung zu erteilen, vor dem Board aufzutreten.

<u>Begründung:</u>

Der Antrag auf Nachprüfung bezieht sich auf folgende Fragen:

Antragsteller ist eine ungeteilte Erbengemeinschaft, bestehend aus 3 Geschwistern. An zwei von diesen drei Geschwistern ist, wie das Landgericht feststellt, ein angemessener Kaufpreis zur freien Verfügung ausbezahlt worden. Die Anteile dieser beiden Geschwister machten 80.000.- RM aus. An die dritte Berechtigte, Frau Ruppel, konnte der anteilige Betrag von 40.000.-- Reichsmark nicht ausbezahlt werden, weil sie ohne Nachricht zu geben oder eine Verfügung zu treffen, zwischen dem 22.3. und 14.6.1939 ausgewandert war. Nach den deutschen Devisengesetzen musste der Betrag auf ein Auswanderer - Sperrkonto eingezahlt werden. Der Notar des Erwerbers Dr.Kohlhammer bemühte sich vergeblich um die Freigabe. 2 1/2 Jahre später wurde der Betrag vom Staat beschlagnahmt.

I. Die erste entscheidende Frage lautet, ob in diesem Tatbestand eine "Verweigerung der freien Verfügung " im Sinne des Art. 3 Abs. 2 REAO. gesehen werden kann, wie die Wiedergutmachungskammer es annimmt. Dies bestreitet der Antragsgegner und zwar aus folgenden Gründen:

Die Rückerstattungsgesetze sind nach Art. 1 REAO. dazu da, die Folgen der Verfolgung rückgängig zu machen, nicht aber jemand von der Devisengesetzgebung auszunehmen, die jedermann betraf, und heute noch betrifft und keine Verfolgung aus religiösen, rassischen oder politischen Gründen darstellt.

Die devisenrechtliche Beschränkung wird auch nicht dadurch zu einer Verfolgungsmassnahme, dass Frau Ruppeler durch die Judenverfolgung zur Auswanderung gezwungen worden ist. Bei Kaufabschluss am 22.3.1939 wohnte sie nach dem notariellen Protokoll noch in Gotha, Friedrichstrasse 19, also in Deutschland, Sie wusste an diesem Tage, dass sie den Kaufpreis demnächst bekommen sollte. Sie wusste, dass es ihr nach der Auswanderung aus Gründen der Devisengesetze, also nicht aus Verfolgungsgründen nicht mehr ausbezahlt werden konnte. Sie hatte also die Wahl, entweder Auswanderung bis nach der Auszahlung am 14.6.1939 zu verschieben oder aber über ihre Forderung vor der Auswanderung durch Zession oder in anderer Weise zu verfügen, z.B., durch Abtretung an ihre Geschwister oder an eine andere Vertrauensperson oder zur Bezahlung von Steuerzahlungen, die anlässlich der Auswanderung fällig wurden. Dass diese Verfügung auch vor der Auszahlung möglich gewesen wäre, zeigt das Verhalten ihrer Schwester, Frau Hess, die ihren Anteil durch freie Verfügung am 8.4.1939 an das Finanzamt Pirna abgetreten hat und der Fall ihres Bruders, dem sein Anteil am 12.6.1939 auf sein Konto zur freien Verfügung überwiesen worden ist. Der Grund, weshalb Frau Ruppeler ihren Anteil nicht erhalten hat, liegt also weder in der Judenverfolgung noch in der Devisengesetzgebung, sondern einzig in ihrem eigenen Verhalten. Das kann dem Erwerber aber nicht angerechnet werden, der garnicht davon gewusst hat, dass Frau Ruppeler in den drei Monaten nach Vertragsabschluss auswandern wollte.

II. Der Verkauf hat nach dem 15.9.1939 stattgefunden. Die Vermutung, im Sinne von Art.3, Abs. 3 REAO., dass es sich um eine Entziehung handele, kann u.a. dadurch beseitigt werden, dass der Erwerber Dr.Kohlhammer " in besonderer Weise und mit wesentlichem Erfolge den Schutz der Vermögensinteressen des Berechtigten wahrgenommen hat." Der Antragsgegner hat hierzu vorgetragen, dass eine solche Wahrnehmung der Vermögensinteressen in der besonderen und ungewöhnlichen Gestaltung des Vertrages und seiner Erfüllung zu sehen ist. Im allgemeinen musste in damaliger Zeit der Kaufpreisauf ein amtliches Sperrkonto eingezahlt werden, wo er dann von der Behörde beschlagnahmt wurde. Im vorliegenden Fall ist er auf ein privates Sperrkonto eingezahlt worden, über das nicht eine staatliche Behörde, sondern nur der Notar verfügte. Der Notar hat den Betrag nach Vorliegen der Voraussetzungen so schnell an die Berechtigten, Frau Hess und Herrn Simson ausgezahlt, dass die behördliche Beschlagnahme 4 Tage später erfolglos war.. Dies war der einzige Weg, den Berechtigten ihren Kaufpreis voll zur freien Verfügung zu stellen. Die Wiedergutmachungs-

kammer hat auf Seite 9 ihrer Begründung auch erkannt, dass " der Erblasser der Antragsgegnerin alles getan hat, um zu erreichen, dass ein grosser Teil des Kaufpreises so schnell in die freie Verfügung des Antragstellers gelangen konnte, dass er dem sofortigen Zugriff des Staates entzogen wurde." Der Erwerber hat sogar alles getan, dass der gesamte Kaufpreis so schnell in die freie Verfügung des Antragstellers kam; denn es kann keinem Zweifel unterliegen, dass der Notar auch den Anteil an Frau Buppler ausbezahlt hätte, wenn diese sich nicht so unzweckmässig verhalten hätte, wie oben dargestellt.

Die Wiedergutmachungskammer verlangt jedoch, dass die Wahrnehmung der Vermögensinteressen im Sinne von Art.3. REAO. über die Erfüllung vertraglicher Pflichten hinausgehen solle. Die Wiedergutmachungskammer bezieht sich hierzu auf eine, wie sie schreibt "ständige Rechtsprechung".

Diese Auffassung findet im Gesetz keine Stütze. Das Gesetz verlangt, dass der Erwerber den Schutz der Vermögensinteressen des Verfolgten in besonderer, d.h. ungewöhnlicher Weise und mit wesentlichem Erfolge wahrgenommen hat. Das ist hier geschehen. Infolge der ungewöhnlichen Abwicklung des Geschäftes sind die Antragssteller in den Besitz von 80.000.-- RM gekommen, die sie in der damaligen Zeit bei einer üblichen Abwicklung des Geschäftes nie erhalten hätten. Es kann nun nicht darauf ankommen, wie die Wiedergutmachungskammer sagt, ob diese Interessenwahrnehmung auf dem Veräusserungsvertrag beruht oder ausserhalb des Veräusserungsvertrages vereinbart worden ist. Der Sinn der Vorschrift besteht darin, dass ein Geschäft, dass dem Verfolgten in der damaligen Zeit zum grossen Vorteil gereichte, keine ungerechtfertigte Entziehung gewesen sein kann. Wenn man das annehmen wollte, so käme man zu dem Schluss, dass derartige Rettungsgeschäfte, denen oftmals die Verfolgten ihr Leben verdanken, hätten unterbleiben müssen. Es muss daher genügen, dass Herr Dr. Kohlhammer, wie es hier geschehen ist, in dem notariellen Vertrag besondere und für die damalige Zeit höchst ungewöhnliche Pflichten vertraglich übernahm, die allein darin ihren Sinn haben konnten, durch Geschwindigkeit der Auszahlung den zu erwartenden Zugriff des Raubstaates zu vereiteln und dass diese Vertragspflichten nur im Interesse der Verfolgten und nicht auch im Interesse von Herrn Dr. Kohlhammer lagen. Im gleichen Sinne hat sich auch das Oberlandesgericht München am 15.2.1950 Rzw 50/176 ausgesprochen: " ...... in der besonderen Gestaltung der Vertragsbedingungen und ihrer gehörigen Erfüllung kann eine Wahrnehmung der Vermögensinteressen des Verfolgten in besonderer Weise gegeben sein, so etwa bei sofortiger Barzahlung eines sehr hohen Kaufpreises zur Erleichterung der Auswanderung ....".

III. Um die schnelle Auszahlung zu ermöglichen, ist der Erwerber im übrigen auch über die Erfüllung seiner Vertragspflichten hinausgegangen und zwar dadurch, dass er den Kaufpreis in voller Höhe auszahlte, ohne vorher einen Veranlagungsbescheid des städtischen Steueramtes über die Wertzuwachssteuer abzuwarten, wozu er nach § 2 des notariellen Vertrages berechtigt gewesen wäre. Da eine solche Veranlagung jedoch am 14.6.1939 nicht vorlag und alle auf die schnelle Auszahlung ankam, hat der Erwerber darauf verzichtet, die Veranlagung abzuwarten.

IV. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass der Verkauf auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus zu ähnlichen Bedingungen stattgefunden hätte, und zwar aus Gründen

der Erbteilung. Der ursprüngliche Besitzer Julius Simson in Gotha war im Jahre 1938 verstorben und war von seinen drei Kindern Kurt Simson, Gertrud Hess geb.Simson, und Margarete Ruppeler geb.Simson beerbt worden. Keiner der Erben wohnte in dem Haus. Vielmehr wohnte Herr Kurt Simson in Berlin-Dahlem, Frau Ruppeler in Gotha und Frau Hess in Pirna. Entgegen den Angaben der Antragstellerin war das Haus nicht sehr rentabel. Es hat in den Jahren 1945-1947 nur einen Ueberschuss von etwas über 4% per Jahr für das aufgewendete Kapital erbracht. Durch die sofortige bare Auszahlung eines über dem steuerlichen Einheitswertes liegenden Preises , bei dem der Käufer sogar noch alle Nebenkosten und die Provision übernahm, konnten die drei Erben gesondert über ihr Erbteil verfügen, und das Geld in ihrer Weise Kurt Simson in seiner Fabrik, Frau Hess zur Zahlung von Steuern verwenden, ohne die Erbteilung nicht möglich gewesen wäre.

V. Wenn der Board of Reviewe dennoch annehmen sollte, dass in der Veräusserung eine ungerechtfertigte Entziehung gelegen habe, so wird hilfsweise beantragt

> die Rückgewähr des Kaufpreises in einer solchen Höhe festzusetzen, dass der Zweck des Gesetzes erfüllt wird, das Vermögen der Berechtigten ohne Verlust wiederherzustellen, jedoch nicht diesen einen Gewinn zukommen zu lassen.

Hierzu wird auf die Entscheidung des Board of Review im Fall Borchardt ./. Vogel vom 27.3.1951 Bezug genommen.

Wie das Landgericht feststellt, haben die Berechtigten einen Betrag von 80.000.-- RM als angemessenen Kaufpreis zur freien Verfügung ausbezahlt erhalten. Wenn sie nunmehr das Haus einschliesslich der Nutzungen zurückerhalten, so muss mindestens dieser Betrag nebst Zinsen zurückgewährt werden. Die Wiedergutmachungskammer hat indessen diesen Betrag im Verhältnis 10 : 3 abgewertet und hält eine höhere Umstellung deshalb nicht für vertretbar, "" .... weil der im Jahre 1939 gezahlte Kaufpreis infolge der beginnenden Entwertung der Reichsmark nicht mehr den vollen Wert hatte ....." (Seite 9 der Begründung).

Die Annahme der Wiedergutmachungskammer, wonach die Reichsmark 1939 nur 0,30 DM in heutiger Währung wert gewesen sein soll, ist unrichtig und es ist überhaupt nicht zu verstehen, wie die Wiedergutmachungskammer zu dieser Annahme kommt. Man kann den Wert, den die Reichsmark 1939 hatte und den die Deutsche Mark heute hat, nur dadurch miteinander vergleichen, dass man vergleicht, was dafür gekauft werden konnte. Man erkennt dann, dass im Gegenteil die Reichsmark von 1939 erheblich mehr wert war als die Deutsche Mark heute. Da es sich hier um ein Hausgrundstück handelt, kann man dies vor allem mit dem amtlichen Baukostenindex beweisen. Der amtliche Baukostenindex auf der Grundlage 1939 = 100 steht, wie das statistische Bundesamt bestätigt, jetzt, d.h. im Juli 1951 auf 210, 4 (Anlage).

Ein Haus, das 1939 für 100.000 Reichsmark zu errichten war, kostet heute also 210.400.-- Deutsche Mark. Gemessen am gleich bleibenden Wert des Hauses ist der Wert des Kaufpreises auf weniger als die Hälfte gesunken. Gemessen am Wert des Geldes

wobei eine Reichsmark gleich eine Deutsche Mark gesetzt wird, ist der Bauwert des Hauses mehr als das Doppelte gestiegen. (Der Wert des Grundstücks ist dabei nicht berücksichtigt).

Infolgedessen entspricht es nicht der Billigkeit, wenn die Wiedergutmachungskammer bei der Umrechnung den damaligen Veräusserern

1) das Haus in natura und
2) ausserdem noch 7/10 des Kaufpreises zuspricht,

der in seine freie Verfügung gekommen ist, während sie dem damaligen Erwerber nur 3/1o dieses Kaufpreises zubilligt und ihn obendrein noch den vollen Verlust jener 4o.ooo RM tragen lässt, die infolge des Verhaltens der Frau Ruppel aus devisenrechtlichen Gründen beschlagnahmt worden sind. Es entspricht nicht dem Zweck der REAO, den Verfolgten Vorteile aus der deutschen Währungsabwertung zugute kommen zu lassen, die mit den Verfolgungen nichts zu tun haben. Sie leben im Ausland, Kurt Simson als Kaufmann in New York in guten Verhältnissen und haben von der deutschen Währungsreform höchstens durch die Zeitung etwas erfahren, ihr Vermögen blieb davon unberührt, während die Antragsgegnerin Frau Kohlhammer, wie die Wiedergutmachungskammer festgestellt hat, als Witwe in Deutschland nicht in günstigen Verhältnissen lebt und hier von der Währungsreform voll betroffen worden ist.

Von Frau Hess ist bekannt, dass sie damals den Betrag von 4o.ooo .--RM voll zur Zahlung von Steuern hat verwenden können, wobei ihr die Reichsmark sicher zu 1oo und nicht zu 30 Pfennigen angerecht worden ist.

Der Board of Review wird daher gebeten, wenn er das Vorliegen einer ungerechtfertigten Entziehung annehmen sollte, den Betrag von 8o.ooo.-- RM, der in die freie Verfügung der Antragsteller kam, im Verhältnis 1 : 1 auf 8o.ooo.--DM umzustellen. Wenn dies geschieht, so trägt der Antragsgegner bereits die Verluste, die sich einerseits aus der Steigung der Baukosten und andererseits aus dem Verhalten der Frau Ruppel ergeben haben. Die Antragsteller würden dann in die Lage versetzt, in der sie sich befinden würden, wenn sie das Haus behalten hätten.

gez. Dr. Goetze
Dr. P. Goetze
Wirtschaftsprüfer
Beglaubigt:

Curt Julius Simson
425 Central Park West
New York 25, NY USA

December 14, 1947

Herrn Rechtsanwalt Dr. jur. Hermann Zinn
1a Goethestrasse
Gera, Thüringen, Russische Zone, Germany

Sehr geehrter Herr Dr. Zinn ,

Durch Herrn Max Blau, Jena, erhielt ich den Durchschlag Ihres Briefes vom 17. November 1947, mit welchem Sie anbieten, meine Schwestern und mich in unseren Prozessen wegen Wiedergutmachung zu vertreten. Ich bin sehr erfreut darüber, und Frau Ruppel ist es ganz besonders, dass Herr Blau gerade Sie, Herr Rechtsanwalt, vorgeschlagen hat. Ich füge Vollmacht von Frau Ruppel und mir bei, und bitte Sie, die Vollmacht meiner Schwester Mrs. Gertrud Hess, 25 York Avenue, Wolverhampton, Staffs, England, direkt anzufordern, und dabei mitzuteilen, ob dieselbe beglaubigt sein muss. In einem Punkte gehe ich nicht mit Ihnen überein, das ist die Honorar etc. Frage. Ich mache mir wohl Sorge darüber. Meine Schwestern und ich sind nicht in der Lage, Prozesse von USA oder England zu finanzieren. Selbstverständlich sind wir uns darüber klar, dass Sie als erster Anspruch haben auf die Erträgnisse aus den Objekten, abgesehen von Steuern, etc. sowie auf Gelder, die in der Zwischenzeit in Deutschland bei Banken, Finanzämtern oder sonstwo frei werden sollten. Wenn Sie unser Mandat übernehmen, so bitte ich Sie, Ihr Einverständnis zu bestätigen oder andere Vorschläge zu machen. Auch würde es uns interessieren, mit welchen Kosten etwa zu rechnen wäre.

Zur Sache selbst habe ich zu bemerken :
Durch Kaufvertrag vom 30. März 1939(Notar Heinz Bretzfeld) wurde das Grundstück Gotha, Friedrichstr. 19 mit Ausnahme des Gartens für RM 65 000,-- an das NS Fliegerkorps, Berlin, verkauft. Die Verkäufer waren die Julius Simson Erben : Frau Margarete Ruppel, Curt J Simson und Frau Gertrud Hess. (Gemeinschaftlicher Erbschein vom 15. August 1938, 4 VI 310/38).
Das NS Fliegerkorps hat sogleich ein Teilgrundstück an der Friedrichstr. Gotha an FrauElisabeth Friedrichs, geb.Seeber, weiterverkauft. (Siehe Amtsgericht Gotha Abt. 3, Aktenzeich. Gotha 1704, 4.April 1940 Eintragung im Grundbuch) Das NS Fliegerkorps zahlte RM 50 000,-- an mich und Frau Friedrichs zahlte RM 15 000,-- an mich.

Mein inzwischen verstorbener Vertreter Heinrich Pohlmann hat unsere Ansprüche fristgerecht im Weimar angemeldet.

Ich erhielt einen Brief von Herrn Max Friedrichs vom 15. Mai 1947, in welchem er anfragt, ob ich mich geschädigt fühle. Er spricht den Wunsch aus, die Angelegenheit in Güte zu bereinigen. Ich habe am 22. Juni 1947 seine Anfrage bejaht, und mich seinem Wunsche angeschlossen.

Am 23. Juli 1947 schickte mir Friedrichs eine Taxe des Amtsschöppen Maurermeister Curt Hess für das Grundstück jetzt Karl Marxstr.17a auf RM 22 200,--(Maurermeister W.Ulrich,Gotha hat es gerade auf RM 29 500,-- Wert vor 1914 geschätzt). Daraus errechnet Friedrichs eine Nachzahlung seiner Frau von RM 7 200,--, die als erste Hypothek für uns einzutragen wären. Mit Brief vom 1. September 1947 lehne ich diesen Vorschlag ab, und schlage selbst vor : Rückgabe des Grundstücks und Eintragung einer Hypothek von RM 15 000,-- entsprechend dem Kaufpreis zu Gunsten von Frau Friedrichs unter Aufrechnung von abgewohnter Miete, etc, auch bitte ich um Härte zu vermeiden, einen langjährigen Mietvertrag an.
Vom 12. Sept 47 stammt ein Vermittlungsvorschlag von Friedrichs, Abtretung von ein Drittel des Hauses an die Simsonschen Erben. Am 1. Nov. 47 habe ich Friedrichs wissen lassen, dass ich darin keine Entschädigung sehe ,und auf Rückgabe verbunden mit einem langjähr. Mietvertrag bestehe. Am 13. Nov. erhöht Friedrichs das Angebot auf die Hälfte am Hauseigentum. Am 13. Dez. lehne ich auch dieses Angebot ab, bestehe auf Rückgabe, um die Wiedergutmachung laut Gesetz voll in die Tat umzusetzen. Ich verweise darauf, dass es seine Absicht war.

Absicht war, Härten in der Wohnungsfrage zu vermeiden.
Ich habe Veranlassung anzunehmen, dass Herr Rechtsanwalt Tantz die Korrespondenz geführt hat. Ich habe Friedrichs nicht wissen lassen, dass ich mit Ihnen in Verbindung getreten bin. Soll ich Ihnen die Korrespondenz im Original schicken, was leider nicht per Einschreiben möglich ist ? Herr Blau hat sich liebenswürdiger Weise erboten, weiter behilflich zu sein, und ich sende ihm einen Durchschlag des Briefes.

Was ist zu veranlassen, um die Sequester auf den anderen Grundstücken aufzuheben ? Die Deutsche Kommission für Sequestrierung in der Sowjetschen Zone, Berlin, hat vor längerer Zeit den Nachweis eingefordert und erhalten, dass die ehem. Eigentümer Ausländer sind, bezw. im Begriffe sind, Amerikaner zu werden (Frau Ruppel)

Ich hoffe bald Nachricht von Ihnen zu erhalten
und begrüsse Sie freundschaftlich
Ihr

Sehr geehrter Herr Doktor,

auf Ihre persönlichen Fragen noch ein paar persönliche Zeilen. Frau Ruppel und ihre Söhne sind wohlbehalten in Amerika. Jochen, jetzt Jack A. Ruppel, wanderte bereits 1938 aus und war in der US Army. Frau Ruppel und Wolfgang, jetzt Kennet W Ruppel, kamen vor etwa 2 Jahren von England. Wolfgang war bereits Arzt in England, und hat gerade sein amerik. Staatsexamen nachgemacht und ist Ass. Arzt in einem Hospital. Wie geht es Ihnen, Ihrer Frau und Ihrem Töchterchen ?

Nochmals freundliche Grüsse !

D.O.

Curt J Simson
425 Central Park West
New York 25, NY

Mrs. Margarete Ruppel
39- 11 48 Street
Sunnyside, LI NY

63

Nr. 44856 a

Eingangsstempel:

Register-Nr.: ....

Es wird gebeten, dem Entschädigungsantrag einen kurzen Lebenslauf beizufügen, der **insbesondere die Jahre der national-sozialistischen Verfolgung** schildert.

Entschädigungsamt Berlin

Entsch. - Anm. 20 - Anf. f. Lebensl. Mat. 10 332. Din A 7. 30 000 7. 51

...g

...r die Entschädigung

...nalsozialismus

...gesetz)

An das
Entschädigungsamt Berlin
Berlin-Wilmersdorf

A	B	C	D	E	F

Anspruchsklasse:

I. Angaben über den Verfolgten:

Familienname: RUPPEL Vorname: MARGARETE

Bei Frauen Mädchenname: SIMSON

Geboren am: 1.4.1890 in Gotha Kreis — Land Thüringen

Staatsangehörigkeit im Jahre 1933 Deutschland

Erlernter Beruf: — derzeitig ausgeübter Beruf: —

Jetziger Wohnsitz (Ort, Straße, Kreis, Land): Elkins Park 17, 7753 B Washington Lane, Pennsylvania, USA

falls ausländischer Wohnsitz, Name und Anschrift des Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland: Dr. Kurt Peschke, Berlin Steglitz, Wulfhenowstr. 4

Wohnsitz am 1. 1. 1947 (Ort, Straße): 145-18 88 Ave, Jamaica, NY, USA

Bei Wohnsitz in Berlin Bescheinigung der Bezirksstelle Statistik und Wahlen über den Bezug von Lebensmittelkarten am 1. Januar 1947 beifügen!

bei Flüchtlingen: Tag der endgültigen Zuzugsgenehmigung: ....

Bezirksamt: ....

bei Emigranten: ständiger Wohnsitz vor der Emigration: Berlin - (letzte Adresse in Berlin:) bei Arthur Süssmann, Eisenacherstrasse, Berlin von April bis Juni 1939)

~~[illegible] in Berlin von Dez. 38 oder Januar 39)~~

Von wo und wann erfolgte die Auswanderung? Berlin, Juni 39

Erfolgte Rückkehr aus der Emigration? ~~ja~~/nein

wann — wohin (Ort, Straße) —

in Berlin seit —

Mat. 12917. Din A 4. 70000 2. 51.

63

Nr. 44856 a

Eingangsstempel:

Register-Nr.:

Antrag

auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus

(Entschädigungsgesetz)

An das
Entschädigungsamt Berlin
Berlin-Wilmersdorf

A	B	C	D	E	F

Anspruchsklasse:

I. Angaben über den Verfolgten:

Familienname: RUPPEL Vorname: MARGARETE

Bei Frauen Mädchenname: SIMSON

Geboren am: 1.4.1890 in Gotha Kreis — Land Thüringen

Staatsangehörigkeit im Jahre 1933 Deutschland

Erlernter Beruf: — derzeitig ausgeübter Beruf: —

Jetziger Wohnsitz (Ort, Straße, Kreis, Land): Elkins Park 17, 7753 B Washington Lane, Pennsylvania, USA

falls ausländischer Wohnsitz, Name und Anschrift des Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland: Dr. Kurt Peschke, Berlin-Steglitz, Wathenowstr. 4

Wohnsitz am 1. 1. 1947 (Ort, Straße): 145-18 88 Ave, Jamaica, NY, USA

Bei Wohnsitz in Berlin Bescheinigung der Bezirksstelle Statistik und Wahlen über den Bezug von Lebensmittelkarten am 1. Januar 1947 beifügen!

bei Flüchtlingen: Tag der endgültigen Zuzugsgenehmigung:

Bezirksamt: Berlin - (letzte Adresse in Berlin:)

bei Emigranten: ständiger Wohnsitz vor der Emigration: bei Arthur Süssmann, Eisenacherstrasse, Berlin von April bis Juni 1939)

~~(wohnhaft in Berlin von Dez. 38 oder Januar 39)~~

Von wo und wann erfolgte die Auswanderung? Berlin, Juni 39

Erfolgte Rückkehr aus der Emigration? ~~ja~~/nein

wann — wohin (Ort, Straße) —

in Berlin seit —

Mat. 12917. Din A 4. 70000 2. 51.

nd Ort der Ausstellung der Kennkarte:
nd Ort der Meldung beim Arbeitsamt bzw. Anmeldung eines Gewerbebetriebes oder freien
s beim Gewerbe- und Finanzamt:

e beilegen)
reits durchgeführter Auswanderung letzter dauernder Aufenthalt vor der Auswanderung:
Durchgangslager)

zter inländischer Wohnsitz: Ort, Straße:
von bis
d Datum des Todes:

(durch die Polizeibehörde bzw. IRO-Dienststellen auszufüllen):

eldeamt Berlin bestätigt, daß
geb. in
nen rechtmäßigen Wohnsitz in hatte.

(Stempel) (Unterschrift)

n bestätigt, daß
geb. in
in ansässig ist. (Derz. rechtmäßiger Wohnsitz)
am
Nr. ausgestellt von

(Stempel) (Unterschrift)

Zehlendorf, Fischerhüttenstraße 24, bestätigt, daß
geb. in
chtmäßig seinen Aufenthalt im DP-Lager hatte.

(Stempel) (Unterschrift)

des DP-Lagers in bestätigt, daß
geb. in
im DP-Lager
d die DP-Karte Nr. ausgestellt am von
vom DP-Lager

(Stempel) (Unterschrift)

ng als PrV beantragt: Ja — nein
Nr. des Ausweises:
unter die Ausschlußgründe des § 2 des Gesetzes (vgl. Anleitung unter B):

II. Angaben über den Antragsteller (nur auszufüllen, wenn der Antragsteller
folgte ist, z. B. wenn der Verfolgte verstorben ist und seine berechtigten E
Es ist dabei mit Urkunden eindeutig zu beweisen, daß der Antragsteller d
bigte und genehmigte Abtretung auf Grund des Gesetzes berechtigt ist, I
bestimmungen des Entschädigungsgesetzes (§§ 49 u. 50) wird hierbei bes

Familienname: Vorname:
Bei Frauen Mädchenname:
Geboren am: in Kreis
Erlernter Beruf: derz. ausgeübter B
Jetziger Wohnsitz (Ort, Straße, Kreis und Land):

Falls ausländischer Wohnsitz, Name und Anschrift des Zustellungsbevollm

Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt am 1. 1. 1947:
Bei Wohnsitz in Berlin Bescheinigung der Bezirksstelle Statistik und Wa
karten am 1. Januar 1947 beifügen!
Ehem. Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen: ja — nein
Treffen sonstige Ausschlußgründe des § 2 des Gesetzes zu:
(Vgl. Anleitung unter B)

Verhältnis zum Verfolgten (Erbe, Gläubiger mit Abtretungserklärung):

Amtliche Belege, z. B. Erbschein, beilegen!
Ich versichere, daß ich gegenüber dem verstorbenen Verfolgten nicht w
ich meine sittlichen Verpflichtungen gegen ihn stets voll erfüllt habe.

III. Erklärung über bereits bezogene finanzielle Entschädigungen.

Hier sind sämtliche Leistungen aufzuführen, die der Antragsteller resp
religiösen oder politischen Verfolgung von einer Wiedergutmachungsstel
gestellten Einrichtungen bezogen hat:

a) Ich habe im Rahmen der Wiedergutmachung bisher folgende finanzi
Berlin erhalten:

Art der Beihilfe	Zeit	RM

ferner Wiedergutmachungsleistungen von anderen Stellen außerhalb

Gesamtbetrag: RM

(Die Bezeichnung der Beihilfe ist genau anzugeben, z. B. Kredite, I
gen oder sonstige finanzielle Zuwendungen)

b) Ich habe bis jetzt noch keinerlei finanzielle Leistungen von einer Ei
politisch Verfolgten bezogen.

IV. Angaben über Abtretungen von Wiedergutmachungsansprüchen:

Hier ist anzugeben, ob der Antragsteller an irgendeine natürliche oder
kasse, Bank usw.) seine Wiedergutmachungsansprüche oder Teile davo

a) Ich habe keinerlei Wiedergutmachungsansprüche abgetreten oder
b) Ich habe Wiedergutmachungsansprüche in Höhe von
an am (I

V. Angaben über Rückerstattungsanträge:

Ich habe auf Grund Alliierter Rückerstattungsgesetze Anträge auf Rückerstattung folgender Objekte gestellt:

Rückerstattungsobjekt	Antrag gestellt am	Anmeldebehörde	Registr.-Nr. d. Antrages, soweit bekannt
Grundstück Berlin-Wilmersdorf Duisburgerstr. 16	2. 6. 1950	Wiedergutmachungsamt Berlin	44 WGA 1848-49/50

Ich habe im Rahmen dieses Antrages Ansprüche nach Formblatt

A) (Schaden an Leben)

B) (Schaden an Körper und Gesundheit)

C) (Schaden an Freiheit)

(D)) (Schaden an Vermögen)

E) (Schaden im beruflichen Fortkommen)

1. im öff. Dienst
2. in der Privatwirtschaft

F) (Schaden durch Ausfall von Versicherungs- und Versorgungsleistungen)

gestellt. (Zutreffendes ist anzustreichen.)

Ich erkläre hiermit, daß alle in der vorstehenden Anmeldung enthaltenen Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen genau, vollständig und der Wahrheit entsprechend gemacht worden sind. Es ist mir bekannt, daß mir eine Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann,

a) wenn ich wissentlich oder grob fahrlässig falsche Angaben über die Entstehung oder den Umfang des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen oder zum Zwecke der Täuschung sonstige, für die Entscheidung erhebliche Tatsachen verschwiegen, entstellt oder vorgespiegelt habe

b) wenn ich einem Zeugen, einem Sachverständigen oder einem Mitglied der über die Wiedergutmachung entscheidenden Stelle Geschenke oder andere Vorteile anbiete, verspreche oder gewähre, um ihn zu einer falschen Aussage, einem falschen Gutachten oder zu einer Handlung zu bestimmen, die eine gröbliche Verletzung seiner Dienst- und Amtspflicht zugunsten des Berechtigten enthält.

Ich erkläre hiermit, daß weder ich noch ein anderer für mich oder für den von mir Vertretenen einen Antrag auf Wiedergutmachung resp. Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht in einem anderen deutschen Lande gestellt haben.

Meine Schäden wurden [illegible] in Thüringen angemeldet, jedoch wurde kein Antrag auf Entschädigung [illegible], da zwecklos.

Elkins Park, Pa., 12. Januar 1952 — [illegible signature]

Ort und Datum — (Unterschrift)

7753B Washington Lane
Elkins Park 17, Penna.
USA

25. Januar 1952

Herrn Dr. Kurt Peschke
Rechtsanwalt & Notar
Berlin-Steglitz
[illegible]therowstr. 4

Sehr geehrter Herr Dr. Peschke:

In der Anlage übersende ich Ihnen meinen Antrag an das Entschädigungsamt in Berlin, mit der Bitte ihn genauso zu behandeln wie die Anträge meiner Geschwister Gertrud Hess und Curt Simson.

Ich würde es besonders begrüßen, wenn die Bezahlung in der gleichen Weise erfolgen könnte wie bei meiner Schwester.

Ich hoffe, die fehlenden Unterlagen vom Finanzamt in Gotha durch Vermittelung von dortigen Vetrauensleuten zu erhalten. Die Originale sind ausgebombt worden.

Sollten die Anlagen 4 und 5 nicht genügen in der Form, in der sie sich jetzt befinden, lassen Sie es mich bitte wissen, damit ich Ihnen photostatische Kopieen zusenden kann. Ich nehme dabei an, daß solche Kopieen anstelle von beglaubigten Abschriften anerkannt werden. Ich wüßte sonst nicht, wer hier in Amerika eine beglaubigte Abschrift für eine Behörde in Deutschland ausstellen kann.

Falls die Frage des Erbscheines von unserem Vater, Julius Simson, aufkommen sollte, so möchte ich darauf hinweisen, daß unser gemeinschaftlicher Erbschein dem Antrag meines Bruders beiliegt, wie auf den Beilagen erwähnt.

Sollte ferner die Tatsache meines Berliner Wohnsitzes vor meiner Auswanderung im Jahre 1939 angezweifelt werden, so müßte ich Sie bitten, einen Wohnungsnachweis zu beschaffen. Ich kann leider keine genaueren Angaben machen als auf dem Antrag, nämlich p.A. Arthur Süßmann, Eisenacherstraße, von April bis Ende Juni 1939. Vorher habe ich in einer Pension in Dahlem gewohnt, etwa im Februar und März 1939. Der Name ist mir leider entfallen. Es war eine große Pension, m.W. die einzige jüdische Pension in Dahlem.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und besten Dank im voraus für Ihre Bemühungen

Margarete Ruppel geb. Simson

7753B Washington Lane
Elkins Park, Penna., USA

2[illegible]. Januar 1952

<u>L u f t p o s t</u>

Frau Käthe Börner
Gotha/ Thüringen
Gartenstraße 34

Russische Zone

Sehr geehrte Frau Börner:

Darf ich Sie bitten mir bei der Beschaffung einiger Unterlagen behilflich zu sein? Ich benötige eine Bescheinigung vom Gothaer Finanzamt über die Höhe meiner Zahlungen für die verschiedenen Judenvermögensabgaben (ich glaube es waren im ganzen fünf) und meine Reichsfluchtsteuer.

Meine Konto-Nummer beim Gothaer Finanzamt war 44/1177 (Arbeitsgebiet A 6).

Sollten noch andere Abgaben existiert haben, so bitte ich, auch diese in der Bestätigung mit anführen zu lassen. Ich benötige die Unterlagen für einen Wiedergutmachungsantrag in Berlin.

Falls es Ihnen ungelegen sein sollte, sich selbst an das Finanzamt zu wenden, wissen Sie sicher jemanden, den Sie damit beauftragen können. Ich bin selbstverständlich bereit für die Unkosten aufzukommen.

Ich wäre besonders dankbar für eine umgehende Erledigung, da die Sache dringlich ist.

Im vergangenen November war ich kurz in Kew Gardens zu Besuch und habe dabei auch Ihre Schwester, Frau Ledermann gesprochen.

Mit freundlichen Grüßen und bestem Dank im voraus

Ihre

(Margarete Ruppel,
geb. [illegible])

7753B Washington Lane
Elkins Park 17, Pa.
6. März 1952

Sehr geehrter Herr Dr. [illegible],

Soeben erhielt ich durch eine in Gotha wohnhafte Bekannte folgende Antwort vom Finanzamt Gotha auf Ihre Anfrage:

"Die von Ihnen beantragte Bescheinigung können wir Ihnen leider nicht erteilen, weil die Unterlagen über die von Ihnen angeführten Abgaben bei dem Zusammenbruch verloren gegangen sind. Unter der von Ihnen angegebenen Steuernummer 44/[illegible] wurde nach der Steuerliste ab 1946 nicht Frau Margarete Ruppel geb. Simon (sic), sondern eine andere Steuerpflichtige geführt.

Im Auftrage:
gez. Walther
Referent "

Das Datum ist 22.2.52.

Da meine eigenen Unterlagen nach Angabe von Dr. [illegible] auch seinerzeit in Gotha ausgebombt worden sein sollen, scheint die Bestätigung von der Jüdischen Gemeinde in Erfurt, die ich Ihnen kürzlich [illegible], der einzige noch existierende Beleg über die Höhe meines Vermögens zu sein.

Es ist anzunehmen, daß mein Fall nicht zu ungewöhnlich ist, da vermutlich ein großer Teil der amtlichen Unterlagen [illegible] worden ~~sixx~~ ist.

Dagegen habe ich inzwischen die vollständige Adresse von Arthur [illegible], wo ich meinen Aufenthalt von ca. 1. April bis ~~xxx~~ 1. Juni 1939 hatte. Es ist Berlin W 30, Eisenacher Str. 96, II Etage.

Ich danke Ihnen sehr für alle Ihre Bemühungen.

In vorzüglicher Hochachtung

Entwurf

Entschädigungsamt
An das ~~Wiedergutm~~achungsamt Berlin

Mein Vertreter Herr Dr. L. veranlasst mich, Ihnen Einzelheiten anzugeben, welche zur ~~Entstehung~~ Ursache der von mir angeführten Schäden geführt haben.

Ich darf mir wohl versagen, auf die ~~allgemein~~ verzweifelte Lage der Juden im Dritten Reiche einzugehen, und auf den gesetzlichen Zwang, der zur Zahlung von Reichsfluchtsteuer, Auswandererabgaben und Judenvermögensabgabe geführt haben.

Ich befand mich noch unter besonderem Drucke, da ich anlässlich eine Besuches in Pirna, Sachsen bei meiner Schwester Frau Gertrud Hess anlässlich eines Pogroms am 9. November 1938 auf dem Postwege vor dem Hause tätlich angegriffen wurde, und meine Rettung nur der Polizei verdanke, die mich in Schutzhaft nahm, und sodann nach Dresden entliess. Dieser Vorfall veranlasste mich meinen Wohnsitz von der kleinen Stadt Gotha nach dem grösseren und sicherern Berlin zu verlegen. XX)

Mein Konto bei der Deutschen Bank in Gotha wurde durch das Finanzamt Gotha ohne mein Wissen eingezogen. Ich war bereits nach England ordnungsgemäss ausgewandert, woraus schon hervorgeht, dass ich keine Steuerschulden hinterlassen haben konnte.

Wegen meiner Ansprüche betreffend Schaden durch die zwangsweisen Verkäufe von 3 Grundstücken in Gotha, von denen ich mit meinem Bruder CJS, New York und meiner Schwester G.Hess Miteigentümer war erlaube ich mir auf die entsprechenden Anträge meines Bruders hinzuweisen registriert unter Nr. 7o 873 .

Mein Bruder hat Abschrift der Kaufverträge beigefügt, soweit noch vorhanden. Mein Bruder hat für uns Geschwister die Verkaufsverhandlungen geführt, und war sich dabei bewusst, dass er nach dem geltenden Grundsatz der Entjudung deutschen Bodens zu verkaufen hatte, sofern er dazu aufgefordert wurde. Er hat auch grundsätzlich jeden gebotenen Preis angenommen, wenn er auch noch so schlecht war, um nicht wie andere Juden durch Freiheitsberaubung zum Verkaufe gezwungen zu werden.

XX) ebenso wie die Tatsache, dass die Nazis in Gotha in meiner Wohnung nach meinem bereits in England befindlichen Sohne suchten, obwohl er mit Genehmigung in England war.

Mir fällt auf, dass Du von 2 Raten Judensteuer sprichst. Ich würde nachträglich beantragen, dass alle 5 Raten vergütet werden. Wer die erste bezahlte, hat alle bezahlt , oder er konnte nicht auswandern.
Wenn sie 5 Quittungen haben wollen, sollen sie ablehnen.

7755B Washington Lane
Elkins Park 17, Pa.
7. April 1952

Sehr geehrter Herr Strobel,

Mein Bruder Curt Simson gab mir Ihre Adresse, und ich möchte Sie um eine Gefälligkeit bitten. Sie brachten mir freundlicherweise im Jahre 1939 eine Schreibmaschine in meine "Bude" in der Eisenacherstraße 96, die ich damals von Ihnen käuflich erworben hatte. Sie werden sich wohl auch noch erinnern, daß wir uns öfters zwischen März und Juni 1939 bei meinem Bruder getroffen haben.

Ich benötige nun zum Zwecke der Wiedererlangung enteigneten Eigentums einen Nachweis daß ich vor meiner Auswanderung in Berlin gelebt habe, und es würde mir natürlich sehr helfen, wenn Sie mir eine Bestätigung ausstellen könnten, im Inhalt ungefähr wie der angefügte Entwurf.

Der einfachste und schnellste Weg wäre wohl, wenn Sie diese Bestätigung direkt an Dr. Kurt Peschke, Rechtsanwalt & Notar, Berlin-Steglitz, Rathenowstr. 4 senden könnten. Dr. P. vertritt mich in Berlin in dieser Angelegenheit.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Bemühung, und würde mich sehr freuen, wenn ich Ihnen auch einmal eine Gefälligkeit erweisen könnte.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Ich dachte mir die Bestätigung etwa folgendermaßen:

Ich bestätige hierdurch eidesstattlich, daß Frau Margarete Ruppel, geb. Simson im Februar und März 1939 in der Pension Carsch (Carsch), Pücklerstr. 8, Berlin-Dahlem gewohnt hat und sodann von dort nach der Eisenacherstr. 96, Berlin W 30 verzogen ist als Untermieter des Herrn Arthur Süßmann. Sie hat gewohnt bis zu ihrer Auswanderung am 30. Juni 1939

Dr. jur. et rer. pol.
Kurt Peschke
Rechtsanwalt und Notar

Postscheckkonto: Berlin-West 275 49
Bankkonto: Berliner Bank A. G.
Dep.-Kasse 24, Berlin-Steglitz
Schloßstraße 36
Sprechstunden von 1/2 16–18 Uhr
und nach Vereinbarung

Berlin-Steglitz, den 5. März 52
Wuthenowstraße 4
Telefon 72 30 56

Frau
Margarete Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park 17
Pennsylvania/USA

Sehr verehrte gnädige Frau !

Die mir am 13.2. übersandten Urkunden habe ich in beglaubigter Abschrift dem Entschädigungsamt weitergereicht, wo Sie unter Nr. 74 298 registriert sind.

In vorzüglicher Hochachtung

[signature]

Rechtsanwalt

Dr. jur. et rer. pol.
Kurt Peschke
Rechtsanwalt und Notar

Postscheckkonto: Berlin-West 27549
Bankkonto: Berliner Bank A. G.
Dep.-Kasse 24, Berlin-Steglitz
Schloßstraße 36
Sprechstunden von ½16—18 Uhr
und nach Vereinbarung

Berlin-Steglitz, den
Wuthenowstraße 4
Telefon 72 30 56

20.März 1952

Frau
Margarete Ruppel
7753B Washington Lane
Elkins Park 17, Pa.
Pennsylvania/USA.

Sehr verehrte gnädige Frau !

Gemäss Ihrem Schreiben vom 8.3.hatte ich an Herrn Arthur Süssmann, Berlin W 30, Eisenacher Str. 96 geschrieben. Ich erhielt jetzt den Brief als unbestellbar zurück, da das Haus zerstört und der Empfänger unbekannt ist.

In vorzüglicher Hochachtung

Peschke

Rechtsanwalt

Donnerstag

Liebes Curt!

Ich weiß natürlich nicht, was ich tun soll, ohne Deinen Rat.

Jack schreibt zufrieden, aber er muß länger in Buffalo bleiben als ursprünglich geplant. Von Mart B. habe ich auch gute Nachrichten.

Der Besuch von Anne u. Eddy macht mir heute noch Freude. Ich bin ganz vergnügt wenn ich daran denke. Herzliche Grüße, besonders für Elsie u. Dank für die Magazine

Käte

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES THÜRINGEN
- [illegible] -
[illegible]
[illegible]/H-5

WEIMAR, 21. 11. 1947
[illegible]

Frau
[illegible] Huppel
[illegible]-11 [illegible] Street

[illegible], NY.
U.S.A.

Ich [illegible] vom [illegible] 1947. [illegible] des Herrn Heinrich Pohlmann vom 26.1o.46 liegt hier vor. Sie wurde [illegible] vorgemerkt und in den hiesigen Akten registriert. Da der [illegible] und der Befehle 124/126 der russischen [illegible], habe ich Herrn Pohl[illegible] gestellt, [illegible] mit der [illegible]lichen Kommission [illegible] zu [illegible], um [illegible] zu [illegible]. [illegible] dann ist [illegible] [illegible]lich.

Im Auftrag:
[illegible]
([illegible])
[illegible]

23. September, 1952.

Liebe Simsons, vielen Dank fuer Deinen Brief vom 1. Tischri, l. Curt, happy new year to you too. Mit gleicher Post kamen beil. kopierte Briefe der Berl. Bank. Die Höhe unsere 3 Konten ist doch die gleiche? Am besten geben wir alle 3 unabhaengig eine entsprechende Erklaerung.

Wir sind im Gegensatz zu Euch daran interessiert, Geld in Dtschland zu entnehmen. Der goldene Mittelweg wird wohl das richtige sein. Genaess Arthur findet man z.Zt. in Berlin keine gutzahlenden Kaeufer, weshalb sollte man unserer Ansicht nach wegen des möglicherweise zu erzielenden Verkaufspreises im Augenblick nicht unnoetig viel ins Haus stecken. Sowie die Verkaufsmoeglichkeit besser wird, koennte man natuerlich Instandsetzen beschleunigen.

Wir sind der Ansicht, dass man, wenn ein angemessener Preis erzielbar und der Transfer guenstig ist, verkaufen sollte, ~~Evtl.~~ notfalls koennte man auch bei schlechtem Transfer den Erloes in W-Deutschland (s. beil. Bankbrief) anlegen.

Congratulations zum Gunzenhauser Vergleich, l. Klaere. Schreibe uns doch bitte, was Hattie am Telefon von England und uns erzaehlt hat.

Beil. den interessanten Brief von Frau Boerner mit Dank zurueck.

Nochmal viele Kuesse,

Eure

Trude.

Gelesen und geschauen
Herzlichste
Deine Fred.

26. 9. 52.

Liebes Gretchen,

der Fall liegt sehr einfach. Bitte unterzeichne bei dem x die beiliegende Abtretungserklärung vor dem Notar, und stecke sie in den Umschlag für Pescheke und in den Briefkasten. Bitte tue es baldmöglichst, d h. wenn Du Dich danach fühlst.

Briefe und Kopieen habe ich bei den Akten.
Es handelt sich um die Rückzahlung. die Du auf Dein Sperr-
in Gotha
konto erhalten hast. Wenn das Deutsche Reich Deinen Anspruch nicht anerkennt, hat Frau Kohlhammer nichts zu kriegen. Wenn Frau Kohlhammer kriegt, so erhälst Du zwei Drittel von Deinen Geschwistern zurück, da Du auch für Deine Geschwister mit abgerechnet hast. So hatten wir vereinbart.

Soeben hat Rosalie die Kinder für Donnerstag Abend eingeladen. Minna sei wieder fast ok.

Herzlichst

Dein Carl

Abschrift. Original an Büro Peschke
11.8.1952.

Eidesstattliche Erklärung

Es erscheint
Herr Ernst Strobel, Kaufmann, geb. 19.11.1894
wohnhaft : Meersburg, Gehauweg 16

----- persönlich bekannt --

und erklärt zur Wahrheit ermahnt und nach Belehrung darüber, dass wissentlich falsche Aussagen gem. § 156 mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft werden, an Eides Statt das Folgende :

" Frau Ruppel(ihr Vorname ist mir nicht mehr erinnerlich) hatte ihren letzten inländischen Wohnsitz vor der Emigration in BerlinW, Eisenacherstr. 96 b/Süssmann.

Frau Ruppel wanderte etwa im Jahre 1939 nach England aus.

Ich kann dies aus eigener Anschauung bestätigen, da ich Frau Ruppel des öfteren in ihrer Wohnung aufgesucht habe ."

Konstanz, sen 22. Oktober 1952

v.g.u. Zur Beglaubigung

Finanzamt Konstanz
Dienststelle für Vermögenskonten u. Wiedergutmachung.

gez. Ernst Strobel

Unterschrift

Form 3806-S (Rev. 7-51)
Receipt for Registered Article No. 673251
Fee paid ..... cents. Class postage ...
Declared value ... Surcharge paid, $ ...
Return Receipt fee ... Spl. Del'y fee ...
Delivery restricted to addressee:
in person ... or order ... Fee paid ...
Accepting employee will place his initials in space indicating restricted delivery.
Postmaster per ...
POSTMARK
NOTICE TO SENDER—Enter below name and address of addressee as an identification. Preserve and submit this receipt in case of injury or application for indemnity.
47—16—19433-5 GPO
(Name of addressee)
(P. O. and State of address)

27.November 52

Herrn
Curt J.Simson
425 Central Park West
New York 25, NY

Sehr geehrter Herr Simson !

Ihr Schreiben vom 12.November 52 bestätigend, möchte ich Sie heute befragen, ob die Sache Simson u.a./Kohlhammer nun in die Berufung nach Herford gehen soll.
Nach Rücksprache mit einem Herrn Sachverständigen wurde mir erklärt, dass bei einer Berufung nicht die restliche strittige Summe als Streitwert zugrunde gelegt wird, sondern die Höhe des ganzen Objektes, wofür also nochmals eine volle Gebühr zu entrichten wäre.
Ob die Berufung Aussicht auf Erfüllung hat, hängt von der Einstellung des Herforder Gerichts ab und kann ich Ihnen weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin Zusagen machen.
Ev. könnten einige Tausend für das noch bedürftige Haus gewonnen werden, andererseits müsste es ohne Erreichung des Gewinnes trotzdem die nochmaligen Gebühren aufbringen.
Sollte Frau Kohlhammer aber Berufung einlegen, würde unser Anwalt in diesem Falle der Berufung beitreten.

Frau Ruppel werde ich die Abtretung nochmals bestätigen und sie über diese Angelegenheit auch informieren, ebenso Frau Hess.
Die Bescheinigungen sind beim Entschädigungsamt eingereicht. Das Amt hat z.Zt. mit der Sonderaktion für Siebzigjährige sehr zu tun und stellte mir anheim, dass ich wegen anderer Anliegen mich erst im Januar melden solle.

In vorzüglicher Hochachtung
gez.Adelheid Peschke

Falls Sie wünschen [illegible]
Meinung von Herrn Petrich , des Herforder Rechtsanwalts erfragen, selbstverständlich wird das mit Kosten verbunden sein.

Dr. jur. et rer. pol.
Kurt Peschke
Rechtsanwalt und Notar
verstorben
Postscheckkonto: Berlin-West 27549
Bankkonto: Berliner Bank A. G.
Dep.-Kasse 24, Berlin-Steglitz
Schloßstraße 36
Sprechstunden von ½16—18 Uhr
und nach Vereinbarung

Berlin-Steglitz, den
Wuthenowstraße 4
Telefon 72 30 56 13.November 52

Frau
Margarete Ruppel
Washington Lane
Elkins Park 17
Pennsylvania USA

Sehr verehrte Frau Ruppel !

Wie Herr Simson Ihnen wohl bereits mitteilte, ist mein Mann RA Dr.Kurt Peschke verstorben. Die Rückerstattungssache Kohlhammer wird vertreten durch einen hier in Aussicht genommenen Anwalt oder falls die Sache wieder nach Herford geht, von einem Herforder Anwalt. Ich bitte, anliegendes Vollmachtsformular mir zu der noch zu entschliessenden Weiterreichung zu unterschreiben. Beide Anwälte gelten als sehr mit der Rückerstattung vertraut. Ihre wie die anderen Entschädigungen bearbeitet das Büro bis zur Terminswahrnehmung durch einen Anwalt weiter. Durch die Sonderaktion für Siebzigjährige wird die Erledigung der grossen Zahl der Anträge noch sehr auf sich warten lassen.

In vorzüglicher Hochachtung

Adelfried Peschke

Georg Hölle, Berlin, 22.März 1952

Betr. Auskunft Frau Ruppel

Nach den Recherchen, die meine Frau in Ermangelung von Adressbüchern an Ort und Stelle angestellt hat, hat Graf von Schwerin Krosigk in der Pücklerstrasse 8 gewohnt und Bewohner der Nachbarschaft haben meiner Frau auch bestätigt, dass vorher in dem Hause auch eine Pension gewesen ist. Somit dürften der Anmeldung der Ansprüche von Frau Ruppel nichts mehr im Wege stehen. Ich darf nur nochmals hervorheben, dass die Frist für die Anmeldungen bis zum 31. Oktober 1952 verlängert worden ist.

Der Stadtteil ist Berlin-Dahlem.

Ernst Strobel, Meersburg am Bodensee, Gehauweg 16, West Germany

---

An diesen würde ich schreiben wie umseitige Bescheinigung, und um umgehende Erledigung bitten. Er soll die Bescheinigung direkt an Peschke senden, der selbst nichts ermitteln konnte, und copy nach USA.

Ich bescheinige hierdurch eidesstattlich,

dass Frau M.R. von .... bis...... in der Pension Carsch, Pücklerstr. 8, Berlin Dahlem gewohnt hat, und sodann von dort nach der Eisenacherstr. 96 in Berlin W 30 als Untermieter des Herrn A.S. bis zu ihrer Auswanderung am 30. Juni von Berlin aus xxxxxxxxxxx.

Ich würde ferner Peschke mitteilen, dass er diese Bescheinigung von Strobel erhält, und die Nachforwchungen in Gotha noch im Gange sind.

Margarete Ruppel
geb. Simson

39-11 48th. Street
Sunnyside 4, NY - USA

27. Juki 1947

An das Präsidialamt
Abtlg. I A 3WJ
Weimar/ Thüringen
Fürstenplatz 2
Deutschland, Russische Zone

Einschreiben
Luftpost

Hiermit melde ich fristgemäß Schadensersatzansprüche an, die mir durch die bekannten Zustände unter den Nationalsozialisten entstanden sind. Soweit ich über Unterlagen verfüge, habe ich die genauen Summen angegeben, in den anderen Fällen, kann ich vorläufig die Beträge nur schätzen. Ich bleibe aber bemüht, auch dafür Unterlagen zu erhalten und nachzureichen.

1. Auswandererabgabe (lt. Quittung der Jüdischen Kultusgemeinde, Erfurt, vom 28.3.1939 — RM 14.750.-
2. Bankkonto, hinterlassen bei Auswanderung auf der Deutschen Bank, Filiale Gotha (und laut Brief der Deutschen Bank, Berlin, vom 21.4.1947 "...auf Veranlassung des Finanzamtes Gotha am 17.9.1942 auf das Reichsbankgirokonto des Finanzamtes Gotha bei der Reichsbanknebenstelle Gotha überwiesen...") — RM 49.003.-
3. Reichsfluchtsteuer an das Finanzamt Gotha, bezahlt für mich sowohl als meine beiden Söhne, Joachim (jetzt: Jack A.) Ruppel und Kurt Wolfgang (jetzt: Dr. Kenneth W.) Ruppel. Die Reichsfluchtsteuer wurde für unser gesamtes Guthaben erhoben, obwohl jeder meiner Söhne unter der Freigrenze war, da wir zusammen beim Finanzamt veranlagt waren.
Betrag der Reichsfluchtsteuer, ungefähr — RM 66.200.-

Meine Schätzung beruht auf folgender Berechnung :

Guthaben Margarete Ruppel	RM 295.000.-
Guthaben Joachim Ruppel	RM 43.000.-
Guthaben Kurt W. Ruppel	RM 43.000.-
Gesamtguthaben ca.	381.000.-
abzüglich Freigrenze	50.000.-
	RM 331.000.-

Fluchtsteuer : 20% dieser Summe, oder RM 66.200.-

Meine Steuernummer war 44/1177, die Nummern meiner Söhne sind uns im Moment nicht bekannt.

4. Judensvermögensabgabe in Höhe von 25% von meinem Vermögen von etwa RM 295.000.- oder etwa — RM 73.750.-
5. Auswandererabgabe an die Golddiskontbank, Berlin ca. RM 1.200.-
6. Abgaben für Deportation von Juden (Betrag im Moment unbekannt).

Der Hauptzweck dieses Schreibens ist die Einhaltung der Anmeldefrist.
Falls Sie mir im übrigen mitteilen wollten, ob und wie Sie mir beim Erhalt der erforderlichen Unterlagen behilflich sein könnten und welche Unterlagen Ihrerseits erforderlich sind, wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Hochachtungsvoll

Vollmacht

Hierdurch erteile ich Herrn Georg Hölle, Berlin-Charlottenburg, Sybelstraße 41

Vollmacht

die Entlastungserklärung hinsichtlich des Grundstuckes Berlin-Wilmersdorf, Duisburgerstr. 16, von dem ich gemeinsam mit meinem Bruder Mr. Curt J. Simson, New York, N.Y., USA und meiner Schwester Mrs. Gertrud Hess, Wolverhampton, England, Mitbesitzer bin, gegenüber der Britischen Militärregierung - Vermögenskontrolle - abzugeben.

....

Elkins Park 17, Pa.
früher Sunnyside, L.I., NY.

Sworn to before me this .... day of October, 1951

[illegible]

Die [illegible] – Bild des

~~[illegible]~~

[illegible] die [illegible] Welt

[illegible]. Die Frau[illegible]

[illegible]

[illegible]

erhalten. [illegible]

[illegible] in meiner [illegible]

die [illegible]

müssen [illegible]

verspielen [illegible]

[illegible] die

[illegible]

[illegible]

Geld von [illegible]

RE: BP [illegible]
1334

Mr. Jack A. Rhyppel
7753 [illegible] Avenue
Elkins Park 17, Pa

Wir erhielten Ihren Brief vom 8. Juni 55
betr. Güter, die Sie bei W. L. Byrnes [illegible]
gelagert u. die in unserem Lager 1031
125. Street am 16. 4. 1946 eingelagert wurden.
Die Sachen wurden von Ihnen am 8. 6.
1950 von diesem Lager ausgegeben [illegible]
unseren Aufzeichnungen [illegible]. Nach
der Gesamtheit [illegible]
in unserem Lager [illegible] 1046 [illegible]
78 [illegible]. – Wir haben festgestellt dass das
Konto für diese Güter ursprünglich
auf den Namen Jack A Rhyppel aus-
gestellt war u. auf diesem Namen
blieb während der gesamten Zeit der
Einlagerung.
Da Sie uns keine näheren

Finanzamt

XXXXXXX
Steuernummer
V/C.1

Bitte diese Steuernummer
bei der Antwort angeben

Gotha, den 22. II. 1952.
18.-März-Straße 50
Fernruf: 1221-1224 und 2603
Bankkonto: Deutsche Notenbank, Gotha

Zimmer-Nr.:

XXX
XXXXX/ Frau

Käte B ö r n e r

(15a) G o t h a

Gartenstr. 34

Betrifft: Abgabe jüdischen Vermögens von Frau Margarethe R u p p e l geb. Simon.

Auf: Schreiben vom 5.2.1952.

Die von Ihnen beantragte Bescheinigung können wir Ihnen leider nicht erteilen, weil die Unterlagen über die von Ihnen angeführten Abgaben bei dem Zusammenbruch verloren gegangen sind. Unter der von Ihnen angegebenen Steuernummer 44/1177 wurde nach der Steuerliste ab 1946 nicht Frau Margarethe R u p p e l geb. Simon, sondern eine andere Steuerpflichtige geführt.

Im Auftrage:
gez. Walther
Referent

Beglaubigt:

Angestellte

FINANZAMT GOTHA

5688 D/V/6/1 — 10 ThVG 4980

Margarete Ruppel
geb. Simson

39-11 48th. Street
Sunnyside 4, NY - USA

27. Juki 1947

An das Präsidialamt
Abtlg. I A 3WJ
Weimar/ Thüringen
Fürstenplatz 2
Deutschland, Russische Zone

Einschreiben
Luftpost

Hiermit melde ich fristgemäß Schadensersatzansprüche an, die mir durch die bekannten Zustände unter den Nationalsozialisten entstanden sind. Soweit ich über Unterlagen verfüge, habe ich die genauen Summen angegeben, in den anderen Fällen, kann ich vorläufig die Beträge nur schätzen. Ich bleibe aber bemüht, auch dafür Unterlagen zu erhalten und nachzureichen.

1. Auswandererabgabe (lt. Quittung der Jüdischen Kultusgemeinde, Erfurt, vom 28.3.1939 — RM 14.750.-
2. Bankkonto, hinterlassen bei Auswanderung auf der Deutschen Bank, Filiale Gotha (und laut Brief der Deutschen Bank, Berlin, vom 21.4.1947 "...auf Veranlassung des Finanzamtes Gotha am 17.9.1942 auf das Reichsbankgirokonto des Finanzamtes Gotha bei der Reichsbanknebenstelle Gotha überwiesen...") — RM 43.003.-
3. Reichsfluchtsteuer an das Finanzamt Gotha, bezahlt für mich sowohl als meine beiden Söhne, Joachim (jetzt: Jack A.) Ruppel und Kurt Wolfgang (jetzt: Dr. Kenneth W.) Ruppel. Die Reichsfluchtsteuer wurde für unser gesamtes Guthaben erhoben, obwohl jeder meiner Söhne unter der Freigrenze war, da wir zusammen beim Finanzamt veranlagt waren.
   Betrag der Reichsfluchtsteuer, ungefähr — RM 66.200.-

   Meine Schätzung beruht auf folgender Berechnung :

Guthaben Margarete Ruppel	RM 295.000.-
Guthaben Joachim Ruppel	RM 43.000.-
Guthaben Kurt W. Ruppel	RM 43.000.-
Gesamtguthaben ca.	381.000.-
abzüglich Freigrenze	50.000.-
	RM 331.000.-

   Fluchtsteuer : 20% dieser Summe, oder RM 66.200.-

   Meine Steuernummer war 44/1177, die Nummern meiner Söhne sind uns im Moment nicht bekannt.
4. Judensvermögensabgabe in Höhe von 25% von meinem Vermögen von etwa RM 295.000.- oder etwa — RM 73.750.-
5. Auswandererabgabe an die Golddiskontbank, Berlin ca. RM 1.200.-
6. Abgaben für Deportation von Juden (Betrag im Moment unbekannt).

Der Hauptzweck dieses Schreibens ist die Einhaltung der Anmeldefrist.
Falls Sie mir im übrigen mitteilen wollten, ob und wie Sie mir beim Erhalt der erforderlichen Unterlagen behilflich sein könnten und welche Unterlagen Ihrerseits erforderlich sind, wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Hochachtungsvoll

Elkins Park 17, Pa.
16. Februar 1952

Lieber Fred,

ich erhielt Deinen Brief vom 9.2. an Dr. Peschke wegen der Entschädigungen in Gotha. Ich habe leider versäumt, Dir die Gründe anzugeben, warum ich eine Entschädigung einer Rückgabe der Grundstücke vorziehe, da ich die Anträge eiligst fertigstellte um den nahen Termin für uns alle einzuhalten.

Das Grundstück Steinmühlenallee 4 ist inzwischen mit mindestens 3 Wohnhäusern bebaut worden. Nach der Berliner Rechtssprechung müßten wir also im Falle einer Rückgabe nicht nur RM 54.000.- zurückzahlen, sondern auch die neuen Häuser bezahlen. Da der Verkauf 1935 erfolgte, müßten wir mit einem noch schlechteren Umrechnungskurs rechnen, als wir ihn in Wilmersdorf erlebt haben. Wir wollen doch nicht etwaige Mieten a us Berlin in Ostdeutschland anlegen? Ich ziehe eine Zahlung in Westmark auf ein Berliner Konto vor.

Vaters Haus ist ein Objekt welches nur für einen Millionär oder einen Mann mit großem Einkommen paßt (Friedrichstraße 19). Diese sind nicht mehr in Gotha zu finden. Der Staat hat in Gotha so viele Gebäude und Schlösser zur Verfügung, daß er nicht nötig hat, für ein solches Haus Geld auszugeben. Wenn wir es umbauen würden, müßten wir wieder erhebliche Westmar-Beträge hineinstecken, und bei den niedrigen Mieten kann das Haus nicht rentabel werden und nur Ostmark bringen. Außerdem soll die sogenannte Demokratische [illegible] wie die Vandalen darin gehaust haben und sind dabei die Miete schuldig geblieben. Eine Rückgabe des Hauses würde eine entsetzliche Last bedeuten.

Der separate verkaufte [illegible] ist an sich ein wertvoller Bauplatz an der Schönen Allee, der mit RM 2.- pro qm verkauft worden ist. Dies wäre ein angemessener Preis in einer schlechteren Gegend. Die Nazibehörde hat selbst den Preis für niedrig befunden, denn sie hat dem Käufer eine Arisierungsabgabe von RM 2.000.- aufgebrummt. An sich ist es ein kleines Objekt, und ich habe [illegible] von RM 3.000.- gefordert. Wenn wir den Garten zurückerhielten, würde er nichts einbringen, sondern zunächst Steuern und Abgaben kosten. Ich bezweifle, daß wir, falls ein Verkauf möglich wäre, erheblich mehr erzielten als wir ursprünglich bekamen. Dieser Fall lohnt kaum behandelt zu werden, ich habe ihn aber in den Akten haben wollen.

Die Höchstgrenze für eine Entschädigung in West Berlin beträgt DM West. Angeblich werden RM und DM im Verhältnis von 40.000.-
5:1 bei Entschädigungen umgerechnet. Theoretisch sollten also alle genehmigten Anträge bis zu RM 200.000.- entschädigt werden. Nach der New York Times soll die Höchstgrenze auf 75.000.- DMWest erhöht werden, oder bis zu RM 375.000.- Diese Zahlen sollten für Trude ausreichend sein. Ich nehme an, daß Du Deine Ansprüche in Pirna separat behandelt hast, wie auch Deine Töchter [illegible] separate Ansprüche wegen Judenabgabe gestellt haben sollten.

Meine Bemerkung, daß Anträge in Thüringen nicht gestellt worden sind, da zwecklos hat keinerlei Einfluß auf die Anträge Manfred Hess, sofern sich Trude dieser Formulierung anschließt. Ich habe dies für wichtig gehalten, um jedem späteren Vorwurf vorzubeugen, daß wir in Gotha verhandelt haben. Der Tatbestand is folgender:

Frau Friedrichs hat das Grundstück Gotha, heute Karl Marx-str. 19a (das ist das von mir bewohnte Nebenhaus an Vaters Grundstück) vom NS Fliegerkorps, Berlin, gekauft, welches das Grundstück von uns gekauft hatte. Nach dem während der amerikanischen Besatzungszeit in Gotha erlassenen Entschädigungsgesetz für Thüringen war Frau Friedrichs entschädigungs - pflichtig. Bei Rückgabe des Hauses hatte sie keinerlei Anspruch auf den Kaufpreis. Eines Tages hat Frau Friedrichs eine Entschädigung in Höhe vom halben Kaufpreis, etwa, angeboten, die als Hypothek eingetragen werden sollte, da Frau Friedrichs zahlungsunfähig war. Ich habe dieses Angebot abgelehnt, wie auch weitere Angebote, nämlich daß wir zu einem Drittel oder zur Hälfte Miteigentümer des Hauses werden sollten. Ich wollte nicht haben daß wir mit der vermögenslosen Frau Gesamtschuldner werden. Inzwischen hatte der Rechtsanwalt Dr. Zinn die Sache übernommen und hatte versucht, Klage auf Herausgabe anzustrengen. Das Gericht hatte die Annahme der Klage verweigert, mit der Begründung, daß das Thüringische Entschädigungsgesetz außer Kraft gesetzt sei, da man ein allgemeines Entschädigungsgesetz für die gesamte Ostzone erwarte. Darauf hat der Rechtsanwalt mir mitgeteilt, daß es keinen Sinn habe Anträge zu stellen, da zwecklos. Trotzdem ist ein Wunder geschehen, und Frau Fr. hat ohne Mitwirkung einer Behörde das Haus herausgegeben und hat lediglich ein Wohnrecht auf 10 Jahre erhalten.

Nebenbei gesagt hat die sächsische Regierung das thür. Entschädigungsgesetz nachahmen wollen, ist aber durch die Russische Militärregierung daran gehindert worden.

Sollten die Anträge wegen Gothaer Grundstücke teilweise oder ganz in Berlin abgelehnt werden, so bleibt nichts anderes übrig als auf das in Aussicht gestellte Entschädigungsgesetz der kommunistischen Regierung in Thüringen zu warten.

Ich schicke Kopie dieses Briefes an Herrn Dr. Peschke. Da der Melde termin bis Oktober 1952 verschoben wurde, läßt sich meine Auffassung korrigieren, wenn sie falsch sein sollte.

Herzliche Grüße

Dein

AR 25336 1/16 1955-1959

Restitution - Simson family

Philadelphia, Pa. 3. Mai 1958

Lieber Arthur,

Wir besitzen Deinen Brief vom 16. April und bedauern sehr Deine Verstimmung. Du hast unserer Rückfrage, mit der wir Dich persönlich gar nicht behelligen wollten, eine Bedeutung beigelegt, die wir nicht vorausgesehen haben.

Wir hatten niemals die Absicht, Dein wohlgemeintes Angebot abzulehnen , und wir haben niemals geglaubt , Ansprüche zu haben .

Wie Du Dich auch entscheiden magst, wird es uns recht sein. Um ev. weiter an der Restitution teilnehmen zu können, lassen wir die von Dir gewünschte Erklärung folgen.

Mit besten Grüssen

Dein

Erklärung

Wir erkennen hierdurch an, für uns und unsere Erben, dass wir keinerlei Ansprüche irgend welcher Art aus Wiedergutmachungs-oder sonstigen Gründen haben gegen Simson u. Co. Verwaltungsgesellschaft, deren Liquidatoren oder Gesellschafter und deren Erben.

Philadelphia, Pa. 3. Mai 1958

Lieber Arthur,

Wir besitzen Deinen Brief vom 16. April und bedauern sehr Deine Verstimmung. Du hast unserer Rückfrage, mit der wir Dich persönlich gar nicht behelligen wollten, eine Bedeutung beigelegt, die wir nicht vorausgesehen haben.

Wir hatten niemals die Absicht, Dein wohlgemeintes Angebot abzulehnen , und wir haben niemals geglaubt , Ansprüche zu haben .

Wie Du Dich auch entscheiden magst, wird es uns recht sein.

Um ev. weiter an der Restitution teilnehmen zu können, lassen wir die von Dir gewünschte Erklärung folgen.

Mit besten Grüssen

Dein

Erklärung

Wir erkennen hierdurch an, für uns und unsere Erben, dass wir keinerlei Ansprüche irgend welcher Art aus Wiedergutmachungs-oder sonstigen Gründen haben gegen Simson u. Co. Verwaltungsgesellschaft, deren Liquidatoren oder Gesellschafter und deren Erben.

16. März 1958

Liebe K"ppels "nd liebe Hessens,

ich habe beide Briefe vom 12. März a"s England erhalten. Ich habe keinerlei Bedenken, dass Ihr E"ch an Dr.Bley wendet, in dem Umfang, welcher sich als nötig erachtet. Ich möchte keinen NY. deutschen Anwalt ins Vertra"en ziehen, z"mal die Anwaltsrechn"ngen in USA sehr hoch sind.
Die uns.betrffenden Zahlen-in Arth"rs zweitem Briefe erscheinen mir richtig, soweit ich sie be"rteilen kann, "nd ich hege keinerlei Zweifel. Eine stillschweigende Anerkenn"ng ist.a"ch eine Anerkenn"ng, aber da keinerlei Frist gesetzt worden ist, können wir jederzeit m.E. dem ersten Vorschlag widersprechen. "nd "ns a"f den A"strittsvertrag vom Febr"ar 1936 ber"fen.
Ich beabsichtige den Bescheid über das Umstellungsgesetz abz"warten, "nd mich dann, wenn nicht fruher mit Hilde z" "nterhalten.
Ich gehe mit dem Gedanken Um, einen Vergleich vorz"schlagen, "nd z" sehen, was Hilde für Vorschläge z" machen hat. Dara"s können wir ev. a"ch erkennen, wie Hilde die ganze Sit"ation be"rteilt. Ich werde davon a"sgehen, dass nicht nach Gründen der Billigkeit gehandelt wird, entgegen Hildes Ansicht, nachdem sie selbst die Frage der Billigkeit a"fgeworfen hat.
Wenn.Fred das Gesetz einsehen kann, oder man das Gesetzblatt ka"fen kann, so erübrigt sich ev. der Anwalt. Ich gla"be a"ch, dass Gerhard widersprechen wird, wenn eine Möglichkeit besteht. Aber immerhin Zweifel im Gesetz können n"r die Möglichkeit eines Vergleiches erhöhen, "nd deshalb sollte man doch den Londoner Anwalt fragen. Er m"ss natürlich so viel wissen, dass er a"ch "rteilen kann.

Herzliche Grüsse !

E"er

Curt

19. April 1958

Liebe R"ppels "nd liebe Hessens,

ich schätze E"ch in Besitz von Arth"rs brief vom 16. April, der noch schlimmer a"sgefallen ist als ich ihn erwartet habe. Über gewisse Fragen sind sich oft die Gelehrten nicht einig, aber die Form "nd Mentalität erinnert schon an etwas anderes.
Da wir doch wohl keinen Prozess führen wollen, dessen A"sgang zweifelhaft sein würde, "nd sicherlich ein Vermögen kosten würde, so bleibt "ns nichts anderes übrig, als die Verzichterklär"ng z" geben, "nd a"f die Güte des Vetter Arth"r z" ba"en, oder stillschweigend a"f den Anteil an der Restit"tion z" verzichten.

Andererseits bleibt der Verzicht bestehen, den Vater bei seinem A"stritt "nterschrieben hat, nämlich, die Verwalt"ngsgesellschaft verzichtet a"f alle Ansprüche gegen Vater, Gebr. Simson "nd deren Inhaber.

Ich werde die Erklär"ng am Ende meines briefs abgeben, damit a"s dem Z"sammenhang hervorgeht, dass die Erklär"ng "nter Zwang abgegeben worden ist.
Die Ha"ptsache ist, wie Grete sagte, dass alles ges"nd ist, "nd ich füge hinz", dass es Vater nicht erlebt hat.

Herzliche Grüsse !

Curt J Simson
425 Central Park West
New York 25, NY

30 März 1958

Liebe Hilde,

Ich danke Dir vielmals für Deine prompte Antwort aus der Schweiz vom 4. März, und hoffe, dass die Reise ein voller Erfolg war.

Inzwischen hatte ich Nachricht von meinem Schwager Fred, der einen Rechtsanwalt Dr.Bley in London mit der Regelung des Nachlasses seiner Mutter beauftragt hat. Bei dieser Regelung sind ähnliche Fragen der Umstellung der Markwährungen aufgekommen.

Mein Schwager hat die Gelegenheit benutzt, der Bley um seine Ansicht zu fragen in unserem Falle, jedoch ohne den Namen der Gesellschaft und Zahlen zu nennen.

Ich berichte Dir, was mir Fred darüber mit seinen Worten schreibt

Das Gesetz wird oft als "Gesetz 63" bezeichnet, genauer ist es das Umstellungsgesetz 63 der Militärregierung vom Juni 1948, der fragliche §18.

Der Mann, welcher das Gesetz, ich weiss nicht, ob allein, ausgearbeitet hat Dr. H.H.Walb hat einen Commentar unter dem Titel "Erläuterungen.... veröffentlicht. Es gäbe möglicherweise noch andere Commentare.

Der § 18 des Gesetzes sagt zwar, dass zwischen Gesellschaftern 1: 1= RM :DM aufzurechnen seien. Dieses Gesetz sei eigentlich nicht für alle Fälle, deren Wurzel in der Naziumsturzzeit liegen bestimmt. Er sagte wenn z.B. ein Teilhaber der AEG 1947 oder so ausgeschieden wäre und der Wert seiner Beteiligung de facto unverändert geblieben sei, dass dann 1:1 in Frage käme.

Es sei vorgesehen eine Clausula rebus sic standibus, d.h. eine Klausel für den Fall, dass sich der finanzielle Status des Schuldners verändert habe.

Dr . Bley ist der Ansicht, dass Vaters Schuld nur ein Darlehn gewesen sei, und als solches 10:1 abzuwerten sei,

Wenn die Schuld aber ein Auseinandersetzungsguthaben wäre, dass es dann angebracht wäre, vor dem Amtsgericht das Vertragshilfeverfahren gemäss § 21 auf Herabsetzung gemäss der clausula rebus sic standibus zu beantragen.

Ich hoffe, Du wirst Verständnis dafür haben, wenn ich Euch bitte die Angelegenheit noch einmal zu prüfen.
Was hälst Du von einem Vorschlage, dass Dr. Landsberger im Auftrage der Gesellschaft ein Gutachten abgibt ?

Ich erhielt gestern beiliegenden Brief von Dr. Landsberger vom 25.3.1958. Ich denke, die erbetene Vollmacht erübrigt sich, da ja wohl Arthur von allen Beteiligten bevollmächtigt ist. Was soll ich tun ? Den Brief erbitte ich zurück.

Mit herzlichen Grüssen

Dein

Abschrift

Wengen, Park Hotel 4.3.58

Lieber C''rt,

Das Büro hat mir Deinen Brief vom 26. 2. hierher nachgeschickt. Leztes Jahr haben wir in Berlin sehr a''sführlich ''nd gründlich die Folgen für die Ste''ern z'' berechnen vers''cht. (Unleserl Name) hat damit einige Tage verbracht. Der Erfolg war negativ, wir können keinen Rückerstatt ungsantrag wegen z''viel gezahlter Ste''ern stellen. Es hat also keinen Zweck, eine Anmeld''ng z'' machen.

Die Umstellung von 1:1 für RM ''nd DM in der A''seinandersetz''ng der Gesellschafter entspricht dem Gesetz. Ich gla''be der Name des Gesetzes ist Umstellungsgesetz ''nd der betreffende § 11.

Meines Erachtens entspricht diese Umstellung von RM ''nd DM a''ch der Billigkeit, aber wie gesagt, die gesetzliche Regel''ng lässt keinen Zweifel darüber z''.

Hier ist es ganz herrlich, sogar das Wetter ist meistens schön. Die Schweiz hat dieses Jahr das an Schnee z'' wenig was Ihr in Ne York z'' viel davon habt.

Grüsse Deine Damen recht herzlich. Mit vielen Grüssen

Deine

Hilde

Curt J Simson
425 Central Park West
New York 25, NY

28. Sept. 1958.

Liebe Grete,

Nach Durchführung des Wiedergutmachungs Verfahrens wegen der Firma Simson u. Co. Berlin und Suhl hat sich bei der Abrechnung der Konten der Teilhaber für unseren Vater ein Buchmässiges Schuldkonto von ca. M 85.000,-- ergeben.

Da Du die Befürchtung hast, dass zu einer späteren Zeit von irgend einer beteiligten Seite ein Anspruch an unsere Erben gestellt werden könnte, zwecks Ausgleich dieses Kontos, mache ich die folgenden Ausführungen, um Deine Zweifel zu beheben :

1) Anfang Februar 1936 ist unser Vater aus den obigen Firmen sowie der Verwaltungsgesellschaft Simson und Co ausgetreten, und hat in Gotha einen Vertrag abgeschlossen, nach dem weder die Firma Ansprüche an Vater hat, noch Vater Ansprüche an die Firma. Dieser Vertrag trägt die Unterschriften Julius Simson, Verwaltungsgesellschaft Simson und Co. und Dr. Ewald Mayer.
2) Im Laufe dieses Jahres hat sich unser Vetter Arthur Simson als einen Akt der Verwandtschaftlichkeit auf den Standpunkt gestellt, dass die Abrechnung so vorsich gehen solle, als wenn unser Vater bis zu seinem Ableben im Juli 1938 Teilhaber geblieben wäre. Unter diesen Umständen errechnet sich ein Schuldkonto von etwa gleicher Höhe.
Unser Vater war an der Firma als Kommandantist beteiligt. Ein Kommandantist haftet nur mit seiner Einlage bei seiner Firma .
Wenn das Deutsche Reich noch weitere Zahlungen leisten sollte, und Arthur Simson bereit ist, Vater bez. seine Erben an diesen Einnahmen zu beteiligen, so sind zunächst daraus obige ca M 85 000,-- auszugleichen. Höhere Ansprüche können aber an die Erben nicht gestellt werden.

Ich bemerke noch, dass wir bis zu dem heuteigen Tage Arthurs Vorschlag weder angenommen noch abgelehnt haben.

Dein

Curt

ARTHUR SIMSON
716 So. Mullen Avenue
Los Angeles 5, Cal.

den 9. Januar 1958

Meine Lieben,

in unserer Wiedergutmachungsangelegenheit wegen der Simson-Werke kann ich Euch erfreulicherweise mitteilen, dass es uns gelungen ist, nach langen Bemuehungen mit dem Senator fuer Finanzen in Berlin als Vertreter der Deutschen Bundesrepublik und Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches einen Vergleich zu schliessen. Abschrift des Textes des Vergleiches liegt bei.

Wir, d.h. mein verstorbener Bruder Julius und ich, hatten im Jahr 1950 bei dem Treuhaender der amerikanischen, britischen und franzoesischen Militaerregierung in Berlin die Wiedergutmachungsansprueche wegen der Wegnahme der Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke (Simson-Werke) durch das Deutsche Reich im Jahre 1935 angemeldet. Da die Werke in der Ostzone belegen sind, hat sich der Senator der Finanzen in Berlin gegenueber unseren Wiedergutmachungsanspruechen zunaechst voellig ablehnend verhalten. Wir haben sodann eingehend begruendet, warum wir glaubten, dass unser Anspruch unter der Wiedergutmachungs-Gesetzgebung fuer Westberlin zu befriedigen sei. Der Sitz aller beteiligten Gesellschaften war Berlin: die Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft hatte ihren Sitz in Berlin und war ihrerseits Gesellschafterin der Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke mit Sitz in Berlin und Suhl und der Berlin-Suhler Beteiligungs G.m.b.H. mit Sitz in Berlin. Der Entziehungsvorgang fand in Berlin statt durch Abschluss des unter Druck geschlossenen Vertrags vom 23./28. November 1935 mit dem Reichskriegsministerium in Berlin, vertreten durch den Reichsstatthalter Sauckel. Weiter hielt uns der Senator fuer Finanzen entgegen, dass das Reich gegen die Firma einen Rueckzahlungsanspruch in Hoehe von 9 3/4 Millionen RM gehabt habe, zu dessen teilweiser Tilgung die Simson-Werke an das Reich abgegeben worden seien. Diese Forderung des Reiches habe zu Recht bestanden, wie sich auch aus der jetzigen Stellungnahme des Vorstandsmitglieds der damals mit der Abfassung des Berichtes beauftragten Revisions- und Treuhandgesellschaft ergebe.

Es ist uns gelungen, ueber jeden Zweifel hinaus juristisch darzutun, dass die Berliner Wiedergutmachungsgesetzgebung unseren Fall umfasst und Berlin zustaendig ist. Nachdem diese grundsaetzliche Frage nach unserem Dafuerhalten einwandfrei klargestellt war und der Senator fuer Finanzen sich darauf versteifte, die Frage der Gegenforderung des Reiches wegen angeblicher Ueberpreise durch Beweisaufnahme klaeren zu lassen, hielten wir den Zeitpunkt fuer gekommen, uns direkt mit dem Finanzministerium in Bonn in Verbindung zu setzen. Unsere Anwaelte trugen dort den Sachverhalt vor und wiesen darauf hin, dass dieser eklatante und brutale Entziehungsvorgang eine schleunige Bereinigung ohne jahrelange Verhandlungen vor Gericht angebracht erscheinen lasse.

Unser Antrag ging dahin, uns fuer die entzogenen Simson-Werke vollen Schadenersatz mit Zinsen vom Zeitpunkt der Entziehung an zu leisten. Voller Schadenersatz wuerde bedeutet haben, dass uns die Gegenseite diejenige Summe zur Verfuegung stellen wuerde, die notwendig waere, um die Simson-Werke jetzt wieder in dem Umfang herzustellen, den sie zum Zeitpunkt der Entziehung im November 1935 gehabt haben. Dass eine Naturalrestitution durch Rueckgabe der in der Ostzone belegenen Werke nicht moeglich ist, war von vornherein offensichtlich.

Die erste Verhandlung in Bonn zeigte, dass Bonn keine Schwierigkeiten machte in der Frage, ob die westliche Zone zur Wiedergutmachung verpflichtet sei, jedoch nahm es die Haltung ein, dass der Umstand von besonderer Bedeutung sei, dass die Vermoegenswerte selbst in der Ostzone belegen seien. Obwohl man sich also grundsaetzlich der Verpflichtung zur Wiedergutmachung nicht entziehen konnte oder wollte, lehnte man es doch ab, unsere Ansprueche so zu behandeln, als ob die Simson-Werke selbst in der Westzone belegen seien. Bonn hat den groessten Wert darauf gelegt, dass nicht etwa der Anschein erweckt werden koenne, als ob es verpflichtet sei, fuer in der Ostzone belegene Vermoegenswerte Ersatz zu leisten. Es hat sich nur dazu bereitgefunden Nachzahlung zu leisten fuer diejenigen Werte, die in Berlin entzogen worden sind. Die in Berlin entzogenen Werte waren nicht die Werke selbst, sondern die Beteiligungen daran, naemlich die Anteile an der Kommanditgesellschaft Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke und der Geschaeftsanteil an der Berlin-Suhler Beteiligungs G.m.b.H.

Der Nachzahlungsanspruch sieht vor, dass dem Berechtigten der Unterschiedsbetrag zwischen dem verguetet wird, was er wirklich erhalten hat und was er im Zeitpunkt der Entziehung erhalten haben wuerde wenn der Verkauf nicht unter Druck stattgefunden haette. Die Rechtssprechung hat sich dahin entwickelt, dass die Gerichte regelmaessig den Nachzahlungsanspruch 10:1 abwerten. Da wir fuer die dem Reich uebergebenen Werte ja seinerzeit ueberhaupt nichts bekommen haben, belaeuft sich unser Nachzahlungsanspruch auf den vollen Wert der Fabrik im Jahre 1935, abgewertet 10:1.

Wir haben ein Gutachten von Professor Rittershausen und der sehr angesehenen Wirtschaftsprueferfirma Dres. Lauter, Fischer, Drees in Koeln anfertigen lassen, die zu diesem Zweck den ehemaligen Ministerial Dirigenten Dr. Zeidler des Reichskriegsministeriums zuzog. Das Gutachten schaetzte den Wert der Fabrik zum Zeitpunkt der Entziehung auf RM 34.600.000.- . Es widerlegte auch eingehend und ueberzeugend die angebliche Gegenforderung des Reichskriegsministeriums gegen die Firma aus angeblichen Uebergewinnen. Das Finanzministerium in Bonn hat dieses von uns vorgelegte Gutachten vollinhaltlich anerkannt.

Wir haben in wiederholten Verhandlungen versucht, Bonn davon zu ueberzeugen, dass wir Anspruch auf vollen Schadensersatz und nicht nur auf Nachzahlung haben. Diese Bemuehungen haben leider nicht zum Erfolg gefuehrt.

Wir haben sehr eingehend eroertert und erwogen, ob wir uns unter diesen Umstaenden auf einen Vergleich einlassen oder lieber das Wiedergutmachungsverfahren weiter fuehren und die Fragen durch das Gericht entscheiden lassen sollten. Die Rechtssprechung in den unseren Fall betreffenden Fragen ist keineswegs eindeutig. Rechtsanwalt Dr. Landsberger hat die Chancen eines Prozesses auf etwa 50:50 geschaetzt. Rechtsanwalt Dufhues sah die Aussichten wesentlich weniger guenstig an. Wir hielten uns bei unseren Entschliessungen auch vor Augen, dass in einem Prozess Bonn's Einverstaendnis mit der Hoehe der Schaetzung des Werkes nicht gewaehrleistet gewesen und eine nochmalige Aufrollung der Argumente der Gegenseite wegen der angeblichen Uebergewinne zu erwarten gewesen waere. Auch mussten wir damit rechnen, dass ein anderer Punkt, den Bonn uns entgegenhielt, aber spaeter fallen liess, die sogenannte 'ueberholende Kausalitaet' wieder aufgenommen werden wuerde. Der Einwand ging dahin, dass wir durch die Ereignisse der Nachkriegszeit die Fabrik sowieso verloren haben wuerden, weil sie in der russischen Zone belegen und uns von den Russen weggenommen worden waere. Fuer den Verlust der Fabrik seien also nicht die Nazis sondern die Russen verantwortlich zu machen.

Beide Anwaelte kamen uebereinstimmend zu dem Ergebnis, uns von einer Durchfuehrung des Prozesses abzuraten, ganz besonders mit Ruecksicht darauf, dass das neu erlassene Bundesrueckerstattungsgesetz eine Abwertung aller Verpflichtungen des ehemaligen Deutschen Reiches auf 10:1 vorsieht und uns daher auch eine erfolgreiche Durchfuehrung des Prozesses und Zubilligung vollen Schadensersatzes vermutlich keine bessere Behandlung, als die von Bonn gebotene, bringen wuerde. Ein weiterer und sehr wichtiger Vorteil in dem vergleichsweisen Abschluss mit Bonn liegt darin, dass Bonn uns eine Art von Besserungsschein in Abs. V des Vergleichs zugestanden hat. Die Bestimmung sieht vor, dass wir berechtigt sind, auf Grund kuenftiger gesetzlicher Bestimmungen weitergehende Rueckerstattungsansprueche geltend zu machen, und insbesondere dann, wenn die Gesetzgebung sich hinsichtlich der Ostzone aendert. Sollte eine Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland stattfinden, oder sollte in der Sowietzone eine Wiedergutmachungsgesetzgebung eingefuehrt werden, so sind wir berechtigt, alle uns aus dieser neuen Gesetzgebung zustehenden Ansprueche voll geltend zu machen. Wir muessten uns dann nur das anrechnen lassen, was wir unter dem jetzigen Vergleich erhalten haben.

Die Verhandlungen mit Bonn in der Frage der Verzinsung des uns zustehenden Nachzahlungsanspruches waren besonders schwierig. Das Bundesrueckerstattungsgesetz sieht eine Abfindung aller vom Zeitpunkt der Entziehung bis zum 1. April 1956 angewachsenen Zinsen mit 25% des Kapitals vor. Dies wirkt sich in unserem Fall als besonders unangemessen niedrig aus. Wir haben versucht, die Unterstuetzung der fuer diese Gesetzgebung verantwortlichen Herren zu gewinnen, um eine Abaenderung zu unseren Gunsten in dieser Frage zu erreichen. Leider vergeblich.

Neben der Hingabe der Simson-Werke mussten wir dem Deutschen Reich im Jahr 1935/36 noch eine Zuzahlung in Hoehe von RM 1.750.000.- leisten. Diese Zuzahlung wird von dem vorliegenden Vergleich nicht erfasst. Das Finanzministerium hat erkennen lassen, dass es auch wegen dieser Forderung bereit ist, Wiedergutmachung zu leisten. Die Schwierigkeit liegt auch bei diesem weiteren Anspruch darin, dass ein grosser

Teil der in Zahlung gegebenen Sachwerte in der russischen Zone belegen ist.

Der Vergleich enthaelt leider keine Bestimmung, wann und wie die Zahlung der Vergleichssumme erfolgen soll. Das Bundesrueckerstattungsgesetz sieht vor, dass 50% der Vergleichssumme im Jahr 1960 zu zahlen ist. Die weiteren 50% werden von der Deutschen Bundesrepublik nur insoweit gezahlt, als die fuer alle Verpflichtungen aus dem Gesetz zur Verfuegung gestellten Mittel von 1.5 Milliarden dafuer ausreichen. Eventuell findet eine prozentuale Zuteilung der vorhandenen Mittel auf die festgestellten Ansprueche statt. Auch Zinsen vom 1. April 1956 an werden nur gezahlt, soweit diese 1.5 Milliarden nicht durch anderweitige Ansprueche aufgebraucht worden sind. Es steht zu befuerchten, dass die bereitgestellten 1,5 Milliarden bei weitem nicht zur Befriedigung aller Ansprueche ausreichen werden.

Es ist uns gelungen, unter Darlegung der besonderen Umstaende, die eine sofortige Zahlung billig und angebracht erscheinen lassen, jetzt das Versprechen einer Teilzahlung als Darlehen in Hoehe von 2 Millionen DM zu erreichen.

Das getroffene Abkommen ist zwar materiell unbefriedigend, aber es ist unsere nach langer, gewissenhafter Pruefung gewonnene Ueberzeugung, dass sich zur Zeit eine bessere Regelung nicht erreichen laesst. Ob der Vorbehalt im Vergleich, dass Verbesserungen in der zukuenftigen Gesetzgebung uns zugutekommen werden, sich je praktisch auswerten lassen wird, laesst sich nicht voraussagen. Wir empfinden mit Genugtuung die Rehabilitierung unseres Ansehens, die in der Anerkennung unserer Ansprueche durch die deutsche Bundesrepublik liegt. Obwohl wir selbst immer wussten, dass die Anschuldigungen und Schmaehungen der Nazis voellig ohne Grundlage waren, so zeigt diese Anerkennung unserer Rueckerstattungsansprueche doch auch den Aussenstehenden, dass uns damals Unrecht geschehen ist.

Auf Wunsch der den Vergleich beurkundenden Beamtin sind im Vergleichstext die Worte aufgenommen worden, dass die frueheren Gesellschafter der Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligungen abgefunden worden sind. Das geschah, um das sog. Befriedigungsverfahren reibungslos durchfuehren zu koennen und zu vermeiden, dass von den Behoerden fuer jeden einzelnen ehemaligen Gesellschafter festgestellt werden muss, welche Vorschuesse an ihn bereits wegen anderer fuer ihn laufenden Wiedergutmachungsverfahren geleistet worden sind, die auf Leistungen aus diesem Vergleich eventuell anzurechnen waeren. Im Verhaeltnis zwischen den Gesellschaftern gelten selbstverstaendlich nur die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages der ehemaligen Firma Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft.

Mit vielen Gruessen,

Euer

Arthur

25.3.1958.
KL/W

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 91 29 78

DEN

1. Frau
   Margarete R u p p e l

   7753 B Washington Lane,
   Elkins Park 17, Pa/USA

2. Herrn
   Curt Julius S i m s o n

   425 Central Park West,
   N e w Y o r k 25, N.Y./USA

3. Frau
   Gertrud H e s s

   Rayleigh
   25, York Avenue
   Wolverhampton/England

Betr.: Julius Simson sen., Entschädigung

Sehr geehrte Frau Ruppel!
Sehr geehrter Herr Simson!
Sehr geehrte Frau Hess!

Wie Sie wohl wissen werden, läuft die Frist zur Anmeldung von Entschädigungsansprüchen am 31.3.58 ab.

Aus aller Vorsorge habe ich es für richtig befunden, damit Herrn Arthur Simson keine Ansprüche verlorengehen, die aus der Anlage ersichtlichen Ansprüche anzumelden und zwar für Sie als Erben Jhres verstorbenen Herrn Vaters, Herrn Julius Simson sen. Es könnte möglich sein, dass diese Ansprüche aus formellen Gründen und mit unter Jhrem Namen angemeldet werden müssen, ohne dass sich hierdurch an der materiellen Rechtslage etwas ändert.

Es sollte in keinem Falle durch Ablauf der Frist etwas versäumt werden. Jch persönlich glaube nicht, dass diese Ansprüche formell für Sie zum Zuge kommen werden.

Bitte

Bitte, unterzeichnen Sie mir die im Entwurf beiliegende Vollmacht.

Jrgendwelche Kostenverbindlichkeiten bei mir entstehen Jhnen durch die Anmeldung nicht.

Jch grüsse Sie

hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

ARTHUR SIMSON
716 So.Mullen Ave.
Los Angeles 5, Cal.

den 15. Februar 1958

Meine Lieben,

zu meinem Brief vom [illegible].1. kann ich jetzt nachtragen, dass gemaess dem Vergleich vom 4.12.1957 inzwischen ein Vorschuss in Hoehe von einer Million DM als Darlehen gezahlt worden ist. Die Zahlung einer zweiten Million DM als Darlehen ist in den naechsten Monaten zu erwarten. Es ist noch nicht voellig klar, wie hoch die Unkosten fuer das Verfahren sein werden, doch werden sie fuer die ersten zwei Millionen Darlehen DM 300.000.- wohl kaum uebersteigen. Es wuerden demnach also zunaechst DM 1.700.000.- netto zur Verfuegung stehen.

Zum besseren Verstaendnis der folgenden Zahlen moechte ich vorausschicken, dass der Buchwert der Simsonwerke zur Zeit der Enteignung 3½ Millionen betrug. Die jetzt dafuer zugesagte 'Nachzahlung' belaeuft sich auf noch nicht einmal diesen Betrag, naemlich...DM 3.464.200.-
Dazu kommt eine Pauschale von 25% Zinsen fuer die
Zeit bis zum 1.4.56.. 866.050.-
(das sind etwa 1.161% pro Jahr)
Dies ergibt insgesamt die Vergleichssumme von DM 4.330.250.-

Wenn wir daran gehen auszurechnen, welcher Anteil an diesem Erloes den einzelnen frueher an der Firma Simson & Co., Verwaltungsgesellschaft Beteiligten, bezw. ihren Erben zustehen, so sind wir uns wohl darueber einig, dass wir untereinander das durch die Ereignisse der Hitlerzeit veranlasste vorzeitige Ausscheiden von Gesellschaftern und die vorzeitige Rueckzahlung des Darlehens von Carola Simson ausserachtlassen. Wir gehen also davon aus, dass Julius Simson sen. bis zu seinem Tode und Carola Simson

bis zur Aufloesung der Gesellschaft am Gewinn und Verlust beteiligt blieben.

Die Wirren der Nazizeit brachten es mit sich, dass die Bilanzen fuer die Zeit nach dem 31.12.33 erst nach unserer Auswanderung aus Deutschland aufgestellt wurden durch einen von den Abwesenheitspflegern eingesetzten Buchpruefer, Herrn Grubert. Er hat sich damals mit uns in der Schweiz in Verbindung gesetzt. Seine Bilanzentwuerfe liegen uns vor. Dagegen sind alle Buecher der Firma Simson & Co.Verwaltungsgesellschaft von der Gestapo beschlagnahmt worden und nicht mehr zugaenglich.

Die letzte von Grubert aufgestellte Bilanz datiert per 31.12.1936. Sie zeigt kaum noch Aktiva, und auch diese wenigen Posten sind spaeter noch verloren gegangen.

Mangels besserer Unterlagen muessen wir die von Grubert errechneten Ziffern zugrundelegen, jedoch mit einer Ausnahme: Er hat das sogenannte 'Wertberichtigungskonto', eine Rueckstellung in Hoehe von RM 3.650.000.- aufgeloest. Es hat sich im Laufe des Wiedergutmachungsverfahrens wegen der Wegnahme der Simsonwerke herausgestellt, dass die Verpflichtung, fuer welche die Rueckstellung gemacht wurde, noch weiterbestand und sogar im Zuge des Verfahrens erfuellt werden musste. Insofern sind also die Bilanzen von 1935 an zu berichtigen. Das hat zur Folge, dass die von Grubert fuer die Jahre 1934-1936 errechneten Gewinne von.........RM2.099.099.20
sich verringern um.....................RM3.650.000.-

und um die noch in der Bilanz per 31.12.36 ausgewiesenen Aktiven von die spaeterhin saemtlich verloren gingen.	252.226.18	
Summe der abzusetzenden Verluste		3.902.226.18
Netto Verlust		RM 1.803.126.98

2

Herr Grubert hat im Einzelnen aufgestellt, welche Entnahmen die Beteiligten fuer die Zeit von 1934 bis 1936 gemacht haben. Die Aufstellungen liegen in Photokopie bei. Unter Zugrundelegung der Ziffern von Grubert, wie oben berichtigt, ergibt sich folgendes Bild: <u>Carola Simson</u>

Guthaben am 1.1.1934........................	RM 1.264.103.94	
Abzueglich Entnahmen lt. Grubert		1.318.498.01
Abzueglich Entnahmen ueber Separatkonto, das Grubert faelschlich Arthur Simson belastet hat............................		13.800.00
Abzueglich 18.3% des Verlustes von RM 1.803.126.98		329.972.24
		1.662.270.25

Schulden bei der Gesellschaft RM 398.166.31

<u>Julius Simson, Gotha</u>

Guthaben am 1.1.1934........................	RM 410.330.06 ✓	
Gutschrift fuer G.m.b.H.Anteil............	20.000.00	
	RM 430.330.06	
Abzueglich Entnahme lt.Grubert		504.779.93 ?*
Abzueglich 13.6% des Verlustes von RM 1.803.126.98		245.258.81
		750.038.74

Schulden bei der Gesellschaft RM 319.708.68

Wenn man von dem zur Verfuegung stehenden Darlehen von netto ca. DM 1.700.000.- 18.3% auf Carola Simson's Darlehen anrechnet, so ergibt sich fuer sie eine Ermaessigung ihrer Schulden von 398.166.31
um 311.100.00

sodass noch eine Schuld von DM 87.066.31

verbleibt.

Reduziert man die Schuld von Julius Simson, Gotha von 319.708.68
um 13.6% von 1.700.000.- = 231.200.00

so verbleibt noch eine Schuld von DM 88.508.68

Wir sind also auf weitere erhebliche Leistungen der Deutschen Republik angewiesen, bis diese Schulden getilgt sind und Mittel zur Verteilung an die Erben zur Verfuegung stehen.

* "Eingang 1934" Kapital Konto J S 264.651.10
Privatentnahmen 1934/36 62.619.52
RM 327.270.62

Ihr fragt Euch vermutlich, ob es nicht guenstiger fuer Euch waere, wenn man es dabei beliesse, dass die Verstorbenen vorzeitig ausgeschieden sind. Die Resultate waeren rechnerisch folgendermassen:

<u>Carola Simson</u> Das Darlehen ist erloschen durch Aufrechnungserklaerung vom 28.3.1935 mit Wirkung vom 17.8.1934 an, dem Tage, an dem sich die Forderungen der Darlehensgeberin und der Firma aufrechenbar gegenueberstanden. Gemaess dem Darlehensvertrag erlosch damit jeder Anteil am Gewinn vom 1.1.1934 an.

Das Guthaben betrug am 1.1.1934	RM 1.264.103.94	
Die Entnahmen, wie oben.........		1.318.498.01
plus Entnahmen ueber Separatkonto		13.800.00
		1.332.298.01
Schulden bei der Gesellschaft	68.194.07	

Da am Tag der Entziehung der Simsonwerke, 23./27.11.1935 keine Beteiligung am Gewinn oder Verlust mehr bestand, besteht auch kein Anspruch auf einen Anteil an dem Entgelt fuer die Wiedergutmachung. Dagegen schuldet der Nachlass von Carola Simson mir RM 68.194.07.

<u>Julius Simson, Gotha.</u> Laut Gesellschaftsvertrag §11 hat der ausgeschiedene Gesellschafter nur Anspruch auf sein Guthaben lt. der letzten von den Gesellschaftern unterschriebenen Bilanz, abzueglich seiner Entnahmen. Er nimmt auch von diesem Zeitpunkt an nicht mehr am Gewinn oder Verlust der Gesellshaft teil. Die letzte unterschriebene Bilanz der Gesellschaft datiert vom 31.12.1933. An diesem Tag betrug das Guthaben von Julius Simson, Gotha

	RM 410.330.06
seine Entnahmen betrugen von 1934-1936	504.779.93
seine Schulden beliefen sich also auf	RM 94.449.87 .

Da er am Tage der Entziehung des Werkes durch das Deutsche Reich

nicht mehr am Gewinn oder Verlust beteiligt war, steht ihm auch kein Anteil zu an den im Zuge der Rueckerstattung erhaltenen Betraegen.

Photokopien der Bilanzen und Unterlagen anbei.

Wenn ich nichts Gegenteiliges von Euch hoere, nehme ich an, dass Ihr mit den oben errechneten Ziffern konform geht. Ich werde Euch weiter auf dem Laufenden halten und bin mit vielen Gruessen,

Euer

Arthur

nicht mehr am Gewinn oder Verlust beteiligt war, steht ihm auch kein Anteil zu an den im Zuge der Rueckerstattung erhaltenen Betraegen.

Photokopien der Bilanzen und Unterlagen anbei.

Wenn ich nichts Gegenteiliges von Euch hoere, nehme ich an, dass Ihr mit den oben errechneten Ziffern konform geht. Ich werde Euch weiter auf dem Laufenden halten und bin mit vielen Gruessen,

Euer

Arthur

8. März 1958

Liebe Ruppel und liebe Hessens,

Ich hatte an Hilde die Frage gerichtet, ob wegen Rückforderung von Steuern Anträge zu stellen seien, und wie sich die ungewöhnliche Verrechnung von RM und DM erkläre. Hilde hat mir aus der Schweiz lt. Anlage geantwortet. Danach besteht keine Möglichkeit auf Rückforderung von überzahlten Steuern, und die Umrechnung von RM : DM im Verhältnis 1:1 entspräche dem Gesetz. Dass sie die Frage der Billigkeit überhaupt erwähnt, spricht für Hilde.-Von Arthur ist in dieser Beziehung nichts zu erwarten.

Ich stehe weiter auf dem Standpunkt, auf Arthurs zweiten Brief nicht zu antworten, und sich nicht festzulegen, zumal er keine Antwort oder Zustimmung erwartet.
Ich schliesse mich auch Jacks Vorschlag an, den Austrittsvertrag von Vater vom Februar 1936 vorläufig nicht zu erwähnen, und auf alle Fälle in Reserve zu halten. Sobald ich Zeit habe, lasse ich Euch eine beglaubigte Photokopie zugehen. Ich werde das Original in meinen Banksafe legen.

Immerhin ist das "Umstellungsgesetz" zu prüfen. Ich halte John Freeman für absolut ungeeignet. Auch einen hiesigen deutschen Rechtsanwalt möchte ich nicht ins Vertrauen ziehen. Da Hessens mit dem Restitutions Office, London in Verbindung stehen, ist dort ev. eine Rechtsauskunft zu erhalten.

Aus dem Fall mit meinem Freund Friedrich ist mir erinnerlich, dass gegen Ende des Jahres 1948 ein Stichtag liegt, zu dem man Einspruch gegen die Abwertung von Schuldkonten erheben musste, anderenfalls galten sie als abgewertet. Möglicherweise handelt es sich um das gleiche Gesetz.

Zu Freds Brief :

Der Wiederbeschaffungswert der Fabrik mit 34 Millionen ist die Grundlage für die Entschädigung, und hat mit der Abrechnung der Inhaber untereinander nichts zu tun. Eine Teilhaberschaft ist nicht vererblich. Nach dem Gesellschaftsvertrag erhält der ausscheidende Teilhaber oder seine Erben den Betrag seines Kapitalkontos nach der lezten Billanz, abzüglich seiner Entnahmen nach Bilanzabschluss.
Bei dem Übergang der offenen Handelsgesellschaft in eine Commanditgesellschaft war auch eine GmbH eingeschaltet, die ich niemals recht verstanden hatte. Vater wurde damals für seinen Anteil mit M 20.000.— belastet, und als Herr Saukel diesen Anteil übernahm, wurden sie ihm wieder gutgeschrieben
Ich glaube nicht, dass es richtig gewesen wäre, Arthur nicht für alle Beteiligten dem Reiche gegenüber handeln zu lassen.
Julius und Arthur haben mit Grubert von der Schweiz aus in Verbindung gestanden. Er hat für sie gearbeitet. Ich war einmal in seinem Büro und habe keinerlei zeitgemässen Schmuck gesehen. Nebenbei ich bin mit ihm 1899 in die Schule in Gotha eingeführt worden.
Das Wertberichtigungskonto war schon ein Kopfschmerz als uns noch Strauss die Billanzen nach Gotha brachte.
Ich beantworte gern alle Fragen, soweit ich kann. Ich glaube, Trude beurteilt Arthur ganz richtig. Man darf keinen Fehler machen, und wir haben ja Zeit.

Herzliche Grüsse !

Euer

Curt

A n l a g e :

I. Berechtigte:

1. Margarete Ruppel geb.Simson,
   geb.am 1.4.1890 in Gotha/Thür.,
   wohnhaft 7753 B Washington Lane, Elkins Park 17, Pa/USA
   Staatsangehörigkeit: frühere: deutsch, jetzige: USA

2. Curt Julius Simson,
   geb.am 12.10.1892 in Gotha/Thür.
   wohnhaft 425 Central Park West, New York 25, N.Y./USA,
   Staatsangehörigkeit: früher: deutsch, jetzige: USA.

3. Gertrud Hess geb.Simson,
   geb.am 13.12.1898 in Gotha/Tür.
   wohnhaft: Rayleigh, 25, York Avenue, Wolverhampton/England
   Staatsangehörigkeit: früher: deutsch.

II. Anlässlich der Entziehung der sogen. "Simson-Werke" durch die Verträge vom 23./28.11.1935 wurde den Veräusserern eine Sonderabgabe dergestalt auferlegt, dass sie einen Betrag von 1.750.000 RM in verschiedenen Werten an den Fiskus zahlen mussten.

Gesellschafter der Verwaltungsgesellschaft bezw. der Beteiligungsgesellschaft waren damals u.a. der verstorbene Herr Julius Simson sen.

Seine Erben sind die unter I benannten Personen (Kinder).

Es sind noch weitere Zahlungen im Zuge der Verfolgungsmassnahmen geleistet worden und zwar

Pflegschaftskosten,
Anwalts- und Verteidigerkosten,
Kautionen und
Abfindungen an die Angestellten.

Ferner sind der Verwaltungsgesellschaft rechtswidrigerweise durch den eingesetzten Treuhänder über die "Simson-Werke" Gewinne für die Jahre 1934 u.1935 gekürzt worden.

Nähere Ausführungen und Beweismittel bleiben vorbehalten. Die Anmeldung erfolgt zunächst zur Fristwahrung.

Bln,den 18.3.1958.
KL/W

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2
TELEFON: 91 29 78

DEN 2. Sept. 1959
Kl/V

1) Frau
Gertrud H e s s
25, York Avenue, Wolverhampton/Engl.

2) Herrn
Curt Julius S i m s o n
425 Central Park West,
New York, 25, N. Y. /USA

3) Frau
Margarete R u p p e l
7753 B Washington Lane, Elkins Park 17,
Philadelphia, Pa., USA

Betr.: Grundstückskaufvertrag
Grundstück Berlin W 15, Duisburger Str. 16

Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrter Herr Simson!

Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass der Kaufvertrag mit Herrn Henning zustande gekommen und am 28. 8. ds. Js. von mir als Notar protokolliert worden ist. Beglaubigte Abschrift des Kaufvertrages finden Sie in der Anlage.

Eine Höhere Abzahlung als 2.500,-- DM war bei Herrn Henning nicht zu erreichen; andererseits hat er sich vorbehalten, den Restkaufpreis früher zurückzuzahlen. Sie wissen, dass er sich das Geld durch Aufnahme einer Hypothek verschaffen will. Die Zusage des Berliner Pfandbriefamts, dass der Kaufpreis zu meinen Händen ausgezahlt wird, ist noch nicht bei mir eingegangen, weil der massgebliche Direktor auf kurze Zeit verreist ist. Ich habe keinen Zweifel, dass die Zusage eingeht und sich die Sache glatt abwickelt. Ich habe Sie aber vorsorglich gesichert, dadurch, dass eine Ausfertigung vor Eingang der Zusage nicht erteilt wird und habe Ihnen ausserdem noch ein Rücktrittrecht vom Kaufvertrage einräumen lassen.

Über die Abwicklung des Vertrages werde ich Sie auf dem laufenden halten.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

Beglaubigte

Abschrift

Nr. 68 der Urkundenrolle für 1959

Verhandelt

zu Berlin-Charlottenburg am 28. August 1959

Vor dem unterzeichneten Notar
Dr. Kurt Landsberger

in Berlin - Charlottenburg, Schlüterstrasse 53

erschienen heute

1) der Kaufmann Hans Henning
aus Berlin W 15, Kurfürstendamm 179.

2) Herr Georg Hölle
aus Berlin - Charlottenburg, Sybelstrasse 41

Beide Erschienenen sind dem Notar von Person bekannt.

Vorab

Vorab erklärte der Erschienene zu 2):

Eingetragene Eigentümer des in Berlin W 15, Duisburger Str. 16 belegenen, im Grundbuche des Amtsgerichts Charlottenburg von Berlin-Wilmersdorf Band 117 Blatt 3491 eingetragenen Grundstücks in ungeteilter Erbengemeinschaft sind

a) Frau Gertrud H e s s geb. Simson,
25, York Avenue, Wolverhampton/England,

b) der Kaufmann Curt Julius S i m s o n,
425 Central Park West, New York, 25, N.Y. / USA,

c) Frau Margarete K u p p e l, geb. Simson,
7753 B Washington Lane, Elkins Park 17,
Philadelphia, Pa., USA.

Meine nachstehenden Erklärungen gebe ich nicht im eigenen Namen, sondern im Namen und Vollmacht der vorbezeichneten Grundstückseigentümer ab.
Er legte legalisierte Vollmachten seiner Vollmachtgeber vor.

Alsdann erklärten beide Erschienenen:
Sie schliessen folgenden

<u>Grundstückskaufvertrag :</u>

§ 1

Frau Gertrud Hess geb. Simson, Herr Curt Julius Simson und Frau Margarete Kuppel geb. Simson (im folgenden " Verkäufer " genannt), verkaufen das vorgenannte Grundstück an Herrn Hans Henning (im folgenden " Käufer " genannt).

Es handelt sich um ein bebautes Grundstück.
Der letzte Einheitswert beträgt 114.500,-- DM dDBB
(i.W.: Einhundertvierzehntausendundfünfhundert Deutsche Mark der Deutschen Bundesbank).

§ 2

Der Kaufpreis beträgt

132.000,-- DM dDBB

(i.W.: Einhundertundzweiunddreissigtausend Deutsche Mark der Deutschen Bundesbank).

Hierauf

Hierauf zahlt der Käufer nach seiner Eintragung als Eigentümer im vorgenannten Grundbuche 92.000,-- DMdBDB
(i.W.: Zweiundneunzigtausend Mark der Deutschen Bundesbank)
an die Verkäufer zu Händen des unterzeichneten Notars,
restliche 40.000,-- DMdBDB
(i.W.: Vierzigtausend Mark der Deutschen Bundesbank)
folgendermassen:
Das Restkaufgeld ist in vierteljährlichen Raten von 2.500,-- DMdBdB,
beginnend mit dem 10. Januar 1960, und zwar am zehnten Tage jedes beginnenden Quartals zu zahlen. Es ist zu 6 % jährlich zu verzinsen. Die Zinsen sind vierteljährlich nachträglich zugleich mit der jeweiligen Kapital-rate fällig. Der Käufer ist jedoch berechtigt, vorzeitig das Restkaufgeld im ganzen oder in Teilbeträgen zu bezahlen. Jedoch muss der Teilbetrag mindestens 1.000,-- DMdBDB betragen.
Das Restkaufgeld wird ohne Kündigung in der jeweiligen Höhe sofort fällig, wenn

1) die Kapital- oder Zinsraten nicht binnen 10 Tagen nach Fälligkeit gezahlt werden,
2) wenn die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung wegen des vorbezeichneten Grundstücks angeordnet wird,
3) wenn der Grundstückseigentümer oder der persönliche Schuldner seine Zahlungen einstellt oder über das Vermögen einer dieser Personen das Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet wird.

Wegen aller Ansprüche an Kapital, Kapitalraten und Zinsen unterwirft sich der Käufer der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen, insbesondere in das vorbezeichnete Grundstück mit der Massgabe, dass die Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde auch gegen den jeweiligen Eigentümer des Grundstücks zulässig sein soll und vollstreck-

bare

vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde dem Gläubiger auf seinen Antrag ohne Nachweis der Fälligkeit zu erteilen ist.

Die Zahlung des Restkaufpreises und der Zinsen hat zu je einem Drittel an jeden der drei Verkäufer zu erfolgen, und zwar auf deren Konto bei der Firma Hardy & Co. in Frankfurt am Main. Die Verkäufer haben sich in dieser Weise über den Restkaufpreis auseinandergesetzt.

Wegen des Restkaufpreises bestellt der Käufer drei gleichrangige Hypotheken, verzinslich zu 6 % jährlich, und zwar in Höhe von je 13.333,33 DMdDB für Frau Margarete Ruppel geb. Simson und Frau Gertrud Hess geb. Simson und von 13.333,34 DMdBB für Herrn Curt Julius Simson und bewilligt und beantragt die Eintragung nebst angegebenen Zinsen, Zahlungsbedingungen sowie der Unterwerfung in die Zwangsvollstreckung im vorgenannten Grundbuch. Die Hypothekenbriefe sind an den unterzeichneten Notar auszuhändigen.

Die Verkäufer sind damit einverstanden, dass eine vom Käufer zu bestellende, neu einzutragende Hypothek bis zur Höhe von 105.000,-- DMdBB nebst 8 unter Umständen 8 1/2 % Jahresleistungen den drei Restkaufgeldhypotheken im Range vorausgehen darf, und sie räumen dieser Hypothek in der angegebenen Höhe den Vorrang vor den drei Restkaufgeldhypotheken ein.

§ 3

Dem Käufer sind die in Abt. II des vorbezeichneten Grundbuches eingetragenen Grunddienstbarkeiten sowie die in Abt. II unter laufender Nr. 3 eingetragene Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Eintragung einer Grunddienstbarkeit bekannt. Er übernimmt diese Grunddienstbarkeiten nebst Vormerkung ohne Anrechnung auf den Kaufpreis.

Die Verkäufer verpflichten sich, die in Abt. II unter Nr.17 noch eingetragene Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs

auf

auf Eigentumsübertragung für den Verlagsbuchhändler Walter Kohlhammer und in Abt. III unter Nr. 19 für die Deutsche Centralbodenkredit AG eingetragene Abgeltungshypothek über 1.430.-- DMdDBB löschen zu lassen, und die evtl. hierfür entstehenden Kosten zu tragen.

Die Verkäufer beantragen hiermit die Löschung der vorgenannten Abgeltungshypothek im Grundbuche. Der Käufer stimmt der beantragten Löschung zu.

Die ~~Käufer~~ Verkäufer stehen dafür ein, dass ausser den vorgenannten Belastungen keine Lasten in Abt. III des Grundbuchs eingetragen sind.

Ein Verpflichtungsbetrag aus der Baunotabgabe besteht nicht. Eine etwaige Vermögensabgabe, soweit sie das vorbezeichnete Grundstück betrifft, tragen die Verkäufer. Etwaige Kriegsschädenersatzansprüche nach dem Lastenausgleichsgesetz verbleiben den Verkäufern.

Die Verkäufer verpflichten sich, die Hypothekengewinnabgabe auf ihre Kosten zu beseitigen.

§ 4

Das Grundstück wird so verkauft, wie es steht und liegt. Der Käufer hat das Grundstück besichtigt.

Die Verkäufer leisten keine Gewähr für Grösse und Beschaffenheit des Grundstücks. Sie erklären, dass ihnen von Schwamm oder Schwammverdacht nichts bekannt ist. Der Käufer hat bei Besichtigung des Grundstücks festgestellt, dass das Grundstück vom Hausbock befallen ist. Er erklärte, dass er hieraus keinerlei Ansprüche gegen die Verkäufer herleitet.

§ 5

Die Übergabe des Grundstücks an den Käufer erfolgt nach Leistung der Anzahlung von 92.000,-- DMdDBB gem. § 2 des

Kaufvertrages

Kaufvertrages und zwar rückwirkend mit dem 1. desjenigen Monats, in dem die vorgenannte Anzahlung geleistet wird, sofern die Anzahlung bis zum 15. dieses Monats erfolgt ist, sonst erst mit dem ersten Tage des darauf folgenden Monats.

Gefahren, Nutzungen, Lasten, Steuern und öffentliche Abgaben gehen mit dem Tage der Übergabe auf den Käufer über.

§ 6

Der Käufer tritt in die bestehenden Miet- und Versicherungsverträge ein, in letztere unter dem Vorbehalt der Kündigung. Die Verträge sind dem Käufer bekannt.

§ 7

Die Beteiligten erklärten:
Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem vorbezeichneten Grundstück auf den Käufer übergehen soll und beantragen, die Eigentumsänderung im Grundbuche einzutragen.
Die Verkäufer beantragen ferner, eine Auflassungsvormerkung für den Käufer einzutragen. Der Käufer beantragt, die Auflassungsvormerkung zu löschen, sobald er als Eigentümer im Grundbuch eingetragen ist, vorausgesetzt, dass zwischenzeitlich keine Eintragung beantragt ist.

§ 8

Die Kosten dieser Verhandlung und ihrer Durchführung sowie die Grunderwerbsteuer trägt der Käufer. Der Käufer verpflichtet sich, die Grunderwerbsteuer sofort zu bezahlen und dem unterzeichneten Notar den schriftlichen Nachweis zur Zahlung zu erbringen.

§ 9

§ 9

Der Käufer erklärte, dass er mit seiner Ehefrau in Gütertrennung lebt.

§ 10

Der Notar wies die Beteiligten darauf hin, dass der Vertrag der Genehmigung der Preisbehörde bedarf und dass die Eigentumsumschreibung im Grundbuch erst nach Beibringung der Unbedenklichkeitsbescheinigung der Grunderwerbsteuerbehörde erfolgen kann.
Der Notar belehrte die Beteiligten über die Vorschriften des Grunderwerbsteuergesetzes sowie über die Preisvorschriften und wies auf die Folgen unrichtiger oder unvollständiger Angaben, insbesondere hinsichtlich der wahren Leistungen für den Erwerb des Grundstücks hin.

Die Beteiligten versicherten die Richtigkeit und Vollständigkeit der beurkundeten Angaben.

Die Beteiligten beantragen eine Ausfertigung dieser Verhandlung für das Grundbuchamt, die erforderliche Anzahl von beglaubigten Abschriften für die zu benachrichtigenden Behörden, zugleich mit dem Auftrage, die erforderlichen Genehmigungen herbeizuführen, sowie 3 beglaubigte Abschriften für die Verkäufer und 2 für den Käufer.

Der unterzeichnete Notar darf jedoch eine Ausfertigung dieser Verhandlung erst erteilen, nachdem der Käufer ihm die schriftliche Bestätigung des Berliner Pfandbriefamts darüber beigebracht hat, dass es die Anzahlung von 92.000,-- DMdBB unwiderruflich an die Verkäufer zu Händen des unterzeichneten Notars zahlen wird, sobald für das Berliner Pfandbriefamt eine Hypothek von 105.000,-- DMdBB in Abt. III des vorbezeichneten Grundbuchs an erster Stelle eingetragen und die Hypothekengewinnabgabe sowie die Löschung der Vormerkung in Abt. II Nr. 17 beseitigt sind.

Sollte

Sollte trotz Eintragung des Käufers als Eigentümer im Grundbuche sowie trotz Löschung der Hypothek in Abt. III Nr. 19 und der Vormerkung in Abt. II Nr. 17 und der Beseitigung der Hypothekengewinnabgabe die Auszahlung der Anzahlung von 92 000,-- [illegible] nicht innerhalb von zwei Wochen nach Erledigung der vorgenannten Voraussetzungen erfolgt sein, so haben die Verkäufer das Recht, von diesem Vertrage zurückzutreten, jedoch nicht vor dem 31.Oktober 1959, wobei sämtliche bis dahin entstandenen Kosten von dem Käufer zu tragen sind. Die Rücktrittserklärung hat schriftlich zu erfolgen.

Das Protokoll wurde in Gegenwart des Notars vorgelesen, von den Beteiligten genehmigt, und, wie folgt, unterschrieben:

Hans Henning
Georg Dölle
Dr. Landsberger, Notar

Dass vorstehende Abschrift mit der von mir gefertigten Urschrift wörtlich übereinstimmt, beglaubige ich hiermit.

Berlin, den 31. August 1959

[signature]

Notar

ARTHUR SIMSON
716 SO. MULLEN AVENUE
LOS ANGELES, CALIFORNIA

den 16.April 1958

Herrn Curt J.Simson
425 Central Park West
New York 25,N.Y.

Frau Margarete Ruppel
7753 B Washington Lane
Elkins Park, Pa.

Frau Gertrud Hess
Raleigh, 25 York A venue
Wolverhampton,England.

Meine Lieben,

Hilde hat mir von der Korrespondenz mit Euch, insbesondere von dem Schreiben von Curt vom 30.3.58 Kenntnis gegeben.

Mein Vorschlag an Euch in meinem Brief vom 15.Februar 1958 war nicht auf juristische Erwaegungen aufgebaut, sondern lediglich auf den verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gefuehlen, Euch ohne Ruecksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen der Wiedergutmachungsgesetzgebung so viel zu geben, wie Ihr als Erben Eures Vaters im Hoechstfalle haettet bekommen koennen, wenn Euer Vater bis zu seinem Tode Teilhaber geblieben waere. Eine grosszuegigere Regelung ist wohl nicht vorstellbar.

Juristisch habt Ihr ueberhaupt keinerlei Ansprueche auf Wiedergutmachung. Ihr habt auch nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages keinen Anspruch, weil Euer Vater gemaess § 11 des Gesellschaftsvertrages nur Anspruch auf das ziffernmaessig errechnete Guthaben der letzten unterschriebenen Bilanz, - das ist die Bilanz vom 31.12.1933, - abzueglich seiner Entnahmen gehabt hat. Ich verweise auf mein Schreiben vom 15.2.1958.

Es ist mir nicht verstaendlich, wie ein Anwalt zu der Auffassung kommen kann, es handle sich hier nicht um ein Auseinandersetzungsguthaben zwischen Gesellschaftern, sondern um ein von der Firma Eurem Vater gewaehrtes Darlehen. Euer Vater war Kommanditist, und alle Transaktionen zwischen ihm und der Gesellschaft haben auf diesem Gesellschaftsverhaeltnis beruht.

s.Bl. 2.

ARTHUR SIMSON
716 SO. MULLEN AVENUE
LOS ANGELES, CALIFORNIA

den 16. April, 1958

An: Herrn Curt J. Simson
Frau Margarete Ruppel,
Frau Gertrud Hess.

Ich bedaure es ausserordentlich, dass Ihr meinen wohlgemeinten Vroschlag in meinem Brief vom 15.2.1958 abgelehnt habt. Er ist damit hinfaellig geworden. Es muss demnach bei der gesetzlichen Regelung bleiben, nach der Ihr keinerlei Ansprueche irgendwelcher Art gegen die Firma oder gegen mich habt. Wir haben uns die Richtigkeit dieser Ansicht von unserem New Yorker Anwalt, der Spezialist in Wiedergutmachungsangelegenheiten ist, ausdruecklich bestaetigen lassen. Auch Dr. Landsberger teilt sie.

Nur wenn Ihr bereit seid, schriftlich fuer Euch und Eure Erben anzuerkennen, dass Ihr keinerlei Absprueche irgendwelcher Art aus Wiedergutmachungs- oder sonstigen Gruenden gegen die Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft, ihre Liquidatoren oder Gesellschafter und deren Erben habt, bin ich bereit, mir zu ueberlegen, ob ich aus verwandtschaftlichen Gruenden eine Regelung in Aussicht nehmen kann, die sich im Rahmen der in meinem Brief vom 15.2.1958 enthaltenen Ausfuehrungen bewegt.

Ich hoffe, dass es Euch allen gut geht und verbleibe mit besten Gruessen,

Euer

H/en

7753 Washington Lane
Elkins Park 17, Pa.

10. Januar 1959

Dr. Kurt Landsberger
Schlüterstraße 53
Berlin-Charlottenburg 4

Sehr geehrter Herr Dr. Landsberger,

Heute erhielt ich Ihren Brief vom 7.1.59 zusammen mit dem Teilbescheid über die Versicherungsentschädigung in Höhe von 2808.70 DM. Ich bedauere sehr, daß ich Ihre Liquidation nicht eher erhalten habe und habe die Berliner Bank heute benachrichtigt, Ihnen Ihr Honorar von 224.70 DM zu überweisen sobald die Summe wieder auf meinem Konto ist.

Gleichzeitig habe ich zum Jahresanfang unsere Korrespondenz durchgesehen. Soweit ich sehen kann, sind die noch ausstehenden Posten die folgenden:

a) Mein Transferschaden von ca. 44.000.- DM (lt. meiner Eidesstattlichen Versicherung vom 18.1.58)
b) die Ausbildungsgelder für meinen Sohn Kenneth Ruppel, einschließlich 2000.- Dollar von Mr. Louis M. Simson, N.Y. (von Ihnen angemeldet lt. Brief vom 3.2.58)
c) die etwaige Entschädigung für Schmuck und Silber (lt. unserer Korrespondenz vom Nov.58).

Ich bin mir bewußt, daß c) noch aus prinzipiellen Gründen nicht geklärt werden kann, aber ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie es erreichten, daß a) und b) mit Rücksicht auf mein vorgeschrittenes Alter nunmehr zu einer Erledigung kämen. Vielen Dank für Ihre Bemühungen in der Angelegenheit der Gothaer Lebensversicherungsbank.

Was den Fall meines Sohnes Kenneth Ruppel anbetrifft, so handelt es sich um

Transferverlust und Vermögensabgabe (lt.Brief vom 7.7.57) und

Reisekosten.

Falls ich richtig informiert bin, sollen im allgemeinen die Reisekosten ohne Rücksicht auf die Altersgruppe des Antragsstellers bevorzugte Behandlung erhalten, sodaß wohl Hoffnung besteht, daß der Fall meines Sohnes nun auch wenigstens mit dieser Teilsumme ins Rollen kommt

Hochachtungsvoll

(Margarete Ruppel)

Copy

New York, NY, 5.4.1958

Dear Hattie and Charlie,

I want to thank you again for the nice time you gave us last week and for your good advice and patient listening. You will remember that the only worry I had was father's debt account. After I was thinking more quietly I found out that I made a mistake.
Arthur called father a "Kommandentist" of the company in his latest letter , an expression which had not been mentioned before.
My mistake was not to remember this fact in time.
The liability of a Kommandantist is limited to his investment.
If the German Reich should not cover the debt account in full by its final payment, the company cannot make any claims against us. in this respect .
Therefor I answered Arthur's letter yesterday the way he wanted it with the consent of my sisters. I feel we have to do our duty in securing some part of the restitution. We cannot afford to loose any money. We do not want to let Arthur wait for some more weeks. Arthur's offer is correct concerning books and law.

It was very good of you to recomment John's advice. I feel sure if we need him he would kindly give it to us. But as matters look we do not need to make claims on his time.

With love from all of us ,

yours,

Curt

Abschrift von Arthur an Curt
Los Angeles 21. Mai 1962

.. Ich habe zwar die Absicht Euch an den Ergebnissen der Wiedergutmachung für die Simson-Werke teilnehmen zu lassen, jedoch würden die bisher eingegangenen Zahlungen nicht ausreichen um unsere [illegible] abzudecken. Man spricht davon, daß Bonn eine Gesetzgebung plant, die weitere Zahlungen auf Grund des Bundesrückerstattungsgesetzes ermöglichen soll. Das Resultat muß man abwarten..

7.11.72.
[illegible] Rd.
Northwood, Middx

Liebe Hilde,
das ist noch kein Geburtstagsbrief. Wir haben
nämlich gerade von Landsberger die B F G etc
Anmeldungsformulare zur Unterschrift ge-
sandt bekommen u. sind uns nicht über
alles im Klaren. Ich möchte Ernst jetzt nicht
anstrengen, ihm auch nicht verraten, daß
ich mich an Dich direkt gewandt habe. Also
bitte sage ihm nichts von diesem Brief.
Landsberger schreibt, daß für uns keine An-
meldung für [illegible] in Frage kommt (d.h. auf
Grund unserer Erklärung vom 3.5.1958). Nun
haben wir in unseren Akten eine Kopie, die
Ernst von einem Brief von Arthur vom 21.5.62
gemacht hat (s. meine beil. Abschrift).
Hat nicht das neue B F G Gesetz mit den
möglichen weiteren Zahlungen zu tun?
Nach dem Brief v. 21.5.62
Arthur hatte uns nach [illegible]
allerdings 2 Zahlungen gemacht, sagte aber,
"daß Bonn eine neue Gesetzgebung plant."
Wir verstanden auch Deinen Brief v. 25.2.69
in diesem Sinne: "Trude könnte
im [illegible] in ihrem eigenen Antrag auf den oben-
genannten Antrag (A8/BF 3944) Bezug
nehmen." Vielen Dank! Uns geht es gut
Mehr davon am 23. Love von uns Beiden
Deine Trude.

Vor mir, dem unterzeichneten Notar Hayes Rainier, erschien heute Herr Jack A. Ruppel, 7753 Washington Lane, Elkins Park, Pa. 19117, von Person bekannt, und erklaerte an Eides Statt folgendes:

In der Erbschaftsangelegenheit nach der verstorbenen Frau Margarete Ruppel geb. Simson -Aktenzeichen des Amtgerichts Zehlendorf: 61 VI 493/72 - hatte ich am 25. Januar 1972 eine eidesstattliche Versicherung zum Zwecke der Erteilung eines Erbscheins abgegeben. Diese eidesstattliche Versicherung ergaenze ich dahin, dass die Erblasserin keine andere letztwilligen Verfuegungen hinterlassen hat als diejenige vom 24.11.1964 . In diesem Testament ist Testamentsvollstreckung angeordnet. Ich versichere an Eides Statt, dass mir nichts bekannt ist, was der Richtigkeit der vorstehenden Angaben entgegensteht.

Das Protokoll wurde dem Erschienenen vorgelesen, von ihm genehmigt und unterschrieben:

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 912878

DEN 13.10.55 KL/Sch

Herrn
Jack R u p p e l
7753 Washington Lane
Elkins Park 17, Penna
USA

Luftpost

Betr.: Entschädigungsansprüche Margarete Ruppel

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Die Festsetzung des Vermögensschadens Ihrer Frau Mutter ist auf formelle Schwierigkeiten gestossen. Das Entschädigungsamt will den Wohnsitz Ihrer Frau Mutter in Berlin nicht anerkennen. Ohne Anerkennung des Wohnsitzes wird aber eine Entschädigung nach den bisherigen Bestimmungen nicht zugebilligt. Das Amt steht auf dem Standpunkt, dass der letzte Wohnsitz Gotha gewesen ist. Auf der anderen Seite will das Entschädigungsamt den Anspruch Ihrer Frau Mutter noch nicht zurückweisen, weil wahrscheinlich alsbald eine neue gesetzliche Bestimmung erlassen wird, nach der auch Anspruchsberechtigte, die früher in der jetzigen Ostzone gewohnt haben, für die Entschädigungsansprüche zugelassen werden sollen.

Es wird unter diesen Umständen leider nichts anderes übrigbleiben, als sich hier zunächst abwartend zu verhalten.

Ich grüsse Sie

Hochachtungsvoll

[signature]

Rechtsanwalt.

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 91 28 78

DEN 26. 9. 1957
Lu/V

Frau
Margarete R u p p e l

7753 B. Washington Lane
Elkins Park 17, Pa./USA

Luftpost

Betr.: Entschädigung, Vermögensschaden

Sehr geehrte Frau Ruppel!

Ich kann Ihnen heute endlich den erfreulichen Abschluss des wesentlichsten Teiles Ihres Vermögensschadens mitteilen. Ich habe soeben den Vergleich mit dem Entschädigungsamt auf Zahlung des Vermögensschadens in Höhe von 34.5oo.-- DM - vergleiche mein Schreiben vom 8. 8. 57 - abgeschlossen. Eine Ausfertigung dieses Vergleichs füge ich Ihnen bei.

Ich werde nunmehr die Anmeldung Ihres weiteren Transferschadens und der Kosten, die Sie im Zusammenhang mit Ihrem Sohn aufwenden müssten, zur Nachmeldung bringen.

Es ist bedauerlich, dass Sie nicht hinsichtlich des Transfers mich mit Beweismitteln unterstützen können. Ich komme auf diese Sache nach Durcharbeitung zurück.

Der Entschädigungsbetrag selbst wird in etwa zwei Wochen auf Ihrem Konto bei der Berliner Bank zu Ihrer Verfügung stehen. Sie können hierüber in voller Höhe verfügen. Es genügt, wenn Sie der Berliner Bank, ~~wenn Sie~~ Ihre entsprechenden Überweisungswünsche mitteilen.

Ich grüsse Sie

hochachtungsvoll

[signature]

Rechtsanwalt

P.S.

P.S. Auf Jhr Schreiben vom 18.9.57 teile ich Jhnen mit, dass Transport- und Passagekosten nach dem Gesetz, sofern sie in Devisen bezahlt sind, nach dem heutigen Kurswert umgerechnet in DM entschädigt werden. Vergleichen Sie hierzu mein Schreiben vom 24.6.1957 S.3. Sie erkennen hieraus, dass über 5.000 DM hinaus eine weitere Entschädigung an Sie nicht erfolgen kann.

D.U.

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 91 29 78

DEN 7. 6. 1957
Sp/V

Frau
Margarete R u p p e l

7753 Washigton Lane
Elkins Park 17, Pa. USA

Luftpost

Betr.: Rückerstattung von Bankguthaben

Sehr geehrte Frau Ruppel!

Ich bestätige Ihnen den Eingang Ihres Schreibens vom 1. April 1957.

Sie haben meine Mitteilung vom 4. 3. 1957 anscheinend missverstanden. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit nicht um Entschädigungsansprüche, sondern um ein sogenanntes Rückerstattungsverfahren. Bei diesem Verfahren kommt es nicht darauf an, wer Nutzniesser des Bankguthabens geworden ist, sondern vielmehr darauf, wo das Guthaben eingezogen worden ist. Da von den Rückerstattungsgesetzen nur solche Gegenstände erfasst werden, die in der heutigen Bundesrepublik Deutschlands oder in Westberlin entzogen worden sind, besteht ein Rückerstattungsanspruch wegen des Guthabens bei der Filiale in Gotha nicht.

Ich habe den Antrag bisher noch nicht zurückgenommen. Aufgrund der Abtretung der Rückerstattungsansprüche an Frau Kohlhammer werde ich den Anspruch auch erst dann zurücknehmen, wenn die Angelegenheit mit ihr geklärt ist. Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie sich direkt mit Frau Kohlhammer in Verbindung setzen und ihr mitteilen, aus welchen Gründen unter der gegenwärtigen Rechtslage eine weitere Verfolgung der Rückerstattungsansprüche nicht möglich ist.

Es wird in Kürze mit dem Erscheinen eines Bundesrückerstattungsgesetzes gerechnet. Nach dessen Erscheinen werde ich Ihnen mitteilen, ob nunmehr auch eine weitere Verfolgung Ihres Anspruchs möglich ist.

Ich grüsse Sie

hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

Curt J Simson
425 Central Park West
New York, NY, USA

14. März 1953

Herrn Rechtsanwalt Dr. K. Landsberger
Berlin- Charlottenburg 4
Schlüterstr. 55

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

ich frage hiermit bei Ihnen an, ob Sie bereit sind, meine Vertretung sowiedie meiner Tochter Ann Louise(Anneliese) Simson sowie die meiner Schwester Mrs Margarete Ruppel, Witwe, Elkins Park 17, Penna. USA, Washington Lane 7755 B gegenüber dem Entschädigungsamt Berlin zu übernehmen.

Sofern Sie die Akten benötigen, bitte ich diese bei Frau Peschke anzufordern, die ich gleichzeitig benachrichtige.

Ich nehme an, dass Sie diese drei Mandate zu den gleichen Bedingungen übernehmen würden, als die vier Mandate der Familie Hess in England.

Der Schriftwechsel meines Schwagers Manfred Hess mit Ihnen ist mir bis zum 9. März bekannt.

Ich bin in der Lage für mich und meine Tochter einen Unkostenbeitrag von DM 100,-- von einem Bankkonto in Berlin zu zahlen, und Mrs. Ruppel kann ebenfalls DM 50,-- von der gleichen Bank überweisen. Falls Sie als Unterlage für die Zahlung eine Rechnung ausstellen müssen, so bitte ich DM 100,-- Mr. Curt Julius Simson, New York, NY zu berechnen.

Es handelt sich um die Anträge Curt J Simson, New York, NY

1) Reg. Nr. 70 873, 11.9.1951 Anspruch RM 285.750,- wegen Sondersteuern.
2) " " "" 28.2.1952 Ansprüche in Gotha Thüringen von RM 223.323,-- u. Silberabgabe
3) " " "" 15.10.1952 RM 1.231,50 und US Dollars 966,04 wegen Kosten von Auswanderungsgut.
4) Antrag Ann Louise Simson, New York, NY Reg. Nr. 70 872 vom 11.9.1951 wegen RM 12,750,-- Judenabgabe.

Mrs. Ruppel ist unter Nr 74 298 registriert und hat ausser Ansprüchen in Gotha unter RM 60 000,-- beansprucht, von denen RM 40 000,-- an Frau Kohlhammer, Voreigentümerin eines Hauses in Wilmersdorf abgetreten werden mussten.

Falls Sie Ihre Gebühren nicht auf Grund einer gezahlten Entschädigung berechnen, sondern auf Grund der Höhe der Ansprüche, so behalte ich mir vor, die Ansprüche in Gotha zurückzuziehen, ev. auch andere. Frau Ruppel würde entsprechend handeln. Herr Dr. Peschke hatte s. Zt. empfohlen, möglichst alles anzumelden, obgleich die Ansprüche in Gotha sehr zweifelhaft sind, zumal die Grundstück volkseigen wurden. Ich bitte um Ihren Rat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

3 Vollmachten bitte an mich zu senden.

Margarete Ruppel
7753 B Washington Lane
Elkins Park 17, Penna. USA

14. Juni 1957

Frau Teodora Kohlhammer
Uhlandshöhe 18
Stuttgart

Sehr geehrte Frau Kohlhammer,

Wegen Ihres Anspruches in Höhe von RM 40.000,-- an mich habe ich Ihnen auf Veranlassung meines Rechtsanwaltes des Herrn Dr.Kurt Landsberger, Berlin Charlottenburg 4, Schlüterstr.53 das Folgende mitzuteilen :
Ich habe gegen das Deutsche Röich ein Rückerstattungsverfahren eingeleitet wegen Rückerstattung meines Guthabens bei der Deutschen Bank, Fil. Gotha in Gotha, Thüringen. Sie werden sich erinnerm, dass ich aus meinem Anspruch oben genannten Betrag an Sie abgetreten habe.
Da aber von den Rückerstattungsgesetzen nur solche Gegenstände erfasst werden, die in der heutigen Bundesrépublick Deutschlands oder Westbeflin entzogen worden sind, besteht ein Rückerstattungsanspruch wegen des Guthabens bei der Filiale in Gotha nicht .
Ich bitte um Ihre Mitteilung, wie Sie über die weitere Verfolgung dieses Rückerstattungsverfahrens denken, welches nach der heutigen Rechtslage nutzlos ist.
Herr Rechtsanwalt Dr. Landsberger wird Ihre Rückäusserung abwarten sowie das Erscheinen eines Bundesrückerstattungsgesetzes in Kürze, bevor er meinen Antrag auf Rückerstattung zurückzieht .

Ich hoffe bald von Ihnen zu hören, und

begrüsse Sie hochachtungsvell

Margarete Ruppel
7753 B Wshington Lane
Elkins Park- Philadelphia 17, Pa. USA

Abtretungserklärung

Als Miterbin nach unserem Vater Julius Simsen stand mir 1939 aus dem Hausverkauf Berlin, Duisburgerstrasse 16 eine Forderung von 40.000 RM zu, die durch den Käufer Dr. Kohlhammer durch seinen Notar Dr. Rothe auf mein Konto bei der Deutschen Bank, Filiale Gotha überwiesen wurden.

Während meiner Auswanderung wurde das Konto vom Finanzamt Gotha beschlagnahmt und der Reichsbank überwiesen. Ich habe auf Grund des Entschädigungsgesetzes vom 10.1.1951 den Anspruch gegen das Deutsche Reich angemeldet und dieser ist unter Nr. 74298 registriert worden.
Auf Grund des Beschlusses der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Berlin in Sachen Hess u.a./ Kohlhammer vom 11.8. 1951- (44WGK) 4 WGA 1466/1467 50 (196/51) (198/51)
bin ich verurteilt, diesen Anspruch an Frau Theodora Kohlhammer Stuttgart, abzutreten.

Ich erkläre hierdurch diese Abtretung.

Margarete Ruppel

Sworn to before me this.... day of 1952

15. Juli 1953.

Lieber Jochen,

Frau Peschke hat die Akten bei Dr. Landsberger abgeliefert, sodass Du dort alles erfahren oder zurückerhalten kannst.
Zu Deiner Orientierung :

Die Judenvermögensabgabe hat als Basis die Judenvermögenserklärung, nicht die Veranlagung zur Vermögenssteuer oder zur Reichsfluchtsteuer. Sie beträgt 25% in fünf Raten, die gleich sein sollten. Bei mir ist die 5. Rate um 100 Mark höher.
Bei uns Geschwistern ist insofern eine Ungleichmässigkeit in den Raten, weil ich znächst auch Abgabe auf die ungeteilte Erbmasse gezahlt habe. Sodann hat aber das Finanzamt Gotha die ungeteilte Erbmasse zu je einem Drittel den 3 Vermögen zugeschlagen und die Raten entsprechend erhöht. Ich glaube es war bei der dritten Rate.
Wenn Du also einen Bescheid hast oder Unterlage einer Zahlung, so musst Du diese Zahl mit 20 multiplizieren, um die Basis zu finden. Diese kann dann natürlich mit oder ohne Zuschlag des Anteils an der ungeteilten Erbmasse sein. x)
Ich glaube auch die Auswandererabgabe hat die Basis der Judenvermögensabgabe, welche laut Beleg 14 750 Mark beträgt, wie Du schreibst.
Wenn dies so ist, kann Dr. Lansberger die Basis berechnen, wovon 25 % der Judenvermögensabgabe entsprechen sollte.
Ich würde Dr. Landsberger etwa schreiben :
Ich habe meine Judenvermögensabgabe berechnet mit 5 Raten, je 5%, =25% eines Vermögens von 295 000,-- M gleich 73 750,-- M auf Grund des Reichsfluchtsteuer Bescheides. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass diese Basis nicht richtig ist. Vielmehr wird mir gesagt, daß in der Judenvermögensabgabe deklarierte Vermögen bilde die Basis der Judenvermögensabgabe.
Weiter wird mir gesagt, die Auswandererabgabe, für die ich laut Beleg 14750 Mark bezahlt habe, gründe sich auch auf die Judenvermögenserklärung. Wenn dies richtig ist, bitte ich Sie, meine Judenvermögensabgabe zu berechnen und meinen Antrag zu berichtigen.
Ich habe weiter keinerlei Belege, und bitte Sie, wenn keine ausreichende Begründung für meinen Antrag zu berechnen ist, den Vorbehalt zu machen, dass ich später entschädigt werde, sofern einmal wieder die Akten des Finanzamtes Gotha, jetzt in der DDR, zugänglich seien sollten.
Ich bin natürlich kein Rechtsanwalt oder Prophet, und für Euch auch nur ein Professor. Ich denke mir aber, wenn etwas nicht richtig ist, werden sie sich in Berlin schon rühren. Auf jeden Fall muss Entschädigung für 5 Raten beantragt werde.
Ich habe bereits Trude geschrieben, dass Ihr im Bilde seid.
Herzliche Grüsse, alles ok.

Curt

x) Wenn die Auswandererabgabe wirklich auf Grund der Judenvermögenserklärung berechnet wurde, so ist um diese Zeit natürlich der Anteil an die ungeteilte Erbmasse zugerechnet gewesen.

25. Juli 1953

Liebes Gretchen und lieber Jack,

wir haben schönes Wetter und ich komme gerade von Rockaway zurück. Es war sehr schön.
Von Heines hatten wir auch eine Karte, und Rosalie wird inzwischen bei ihnen eingetroffen sein. Ich habe einmal im selben Hotel gewohnt.
Trude hat Euch inzwischen direkt geschrieben.
Hilde war Donnerstag Abend bei uns. Sie war reizend und es war ein besonders netter Abend.

Für Jack :
Du bist also mit 295000 ℳ von der Auswandererabgabe ausgegangen.
Daher sollten 25% davon für die Judenvermögensabgabe richtig berechnet sein. Ich kenne die Daten der 5 Raten zu je 5% nicht, aber alle zusammen sind das, was Ihr in Eurer Sprache Grünspanabgabe nennt. Offiziell gibt es keine Grünspanabgabe. Wenn Ihr mehr als 25 % gemeldet habt, so war es zu viel.

Hilde hält es für richtig, Ansprüche in Thüringen in Berlin anzumelden.
Ich bilde mir ein, dass Ihr eine Unterlage für die Auswandererabgabe besitzt. Diese wäre dann richtig angegeben.
Nach meiner Ansicht wären 25% der Basis der Auswandererabgabe auch richtig für die Judenvermögensabgabe. (nur nach Gedächtnis)
Ob die Reichsfluchtsteuer richtig berechnet ist, scheint mir zweifelhaft, aber dazu werden sie sich in Berlin schon äussern.
Was Du erste Judenvermögensabgabe ca Herbst 37 5% nennst scheint mir unberechtigt gemeldet zu sein, wie Du selbst schreibst.
Ich würde aber Landsberger schreiben, damit er vorbereitet ist, und ev. berichtigt.

An, und Eddie sind vergnügt auf das Land gefahren. Ann wird immer hübscher. Die Sommerfarbe steht ihr sehr gut. Claire arbeitet.

Machts gut und möglichst kühl.

Love

Euer

Curt

Der alte Reissmann hat geschrieben. Es gefällt ihm gar nicht in der DDR.

2.6.1956.
H/W

Jn der Rückerstattungssache

Margarete Ruppel ./. Deutsches Reich

- 41 WGA 786/55 -

- Konto bei der Deutschen Bank -

wird auf die dortige Verfügung vom 25.4.1956 die Bankauskunft vom 21.4.1947 überreicht. Daraus ergibt sich, dass das Konto in Höhe von 49.003.- RM. auf Veranlassung des Finanzamts Gotha am 17.9.1942 auf das Reichsbankgirokonto ~~des Finanzamts Gotha bei~~ der Reichsbanknebenstelle Gotha überwiesen worden ist. Da es sich nur um eine Filiale der Deutschen Bank handelt, die ihren Hauptsitz im jetzigen Gebiet des Ostsektors hatte, ist die Voraussetzung der Belegenheit der Sache nach der BK/O (54) 15 vom 15.11.54 gegeben.

Wegen der Wohnsitzvoraussetzungen verweise ich auf das

Rückerstattungsverfahren 4 WGA 1466 und 1467.50,

aus dem sich auch die Aktivlegitimation der Antragstellerin Margarete Ruppel in Höhe von 9.003.- RM. ergibt. Hinsichtlich des abgetretenen Kaufpreisanteils von 40.000 RM. ist Frau Theodora Kohlhammer geb.Behr in Stuttgart,Schellbergstr.3, Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr.A.B.Krause, Berlin-Steglitz, Buggestr. aktivlegitimiert. Ich habe Herrn Rechtsanwalt Dr.Krause als Verfahrensbevollmächtigten der Antragstellerin Kohlhammer gebeten, sich zum vorliegenden Verfahren zu melden.

An das
Wiedergutmachungsamt,
Berlin W.35,
Potsdamer Str.192.

Dem-

Dementsprechend wird beantragt,

> den Antragsgegner zu verurteilen,
> an die Antragstellerin Margarete Ruppel
> wegen eines Betrages von 9.003.- RM. und
> an die Antragstellerin Theodora Kohlhammer
> wegen eines Betrages von 40.000.- RM.
> Schadensersatz, mindestens jedoch Wertersatz
> nebst 4% Zinsen vom 17.9.1942 ab zu leisten.

/ Abschrift der Vollmacht der Antragstellerin Margarete Ruppel auf mich anbei. Das Original der Vollmacht befindet sich beim Entschädigungsamt Berlin - Reg.Nr. 74 298 -.

/ Begl.Abschrift anbei.

gez.Dr.Landsberger

Rechtsanwalt.

Luftpost

7753B Washington Lane
Elkins Park 17, Penna.
U.S.A.

Dr. K. Harro Schmidt
Waltershausen, Thüringen
Bahnhofstraße 40
Russische Zone, Deutschland

26. Dezember 195[illegible]

Sehr geehrter Herr Dr. Schmidt:

Für einen Wiedergutmachungs-Entschädigungs-Antrag in Berlin brauche ich noch die folgenden Papiere:

Beleg über Reichsfluchtsteuer,
" " Judenverfolgungsabgabe,
" " Auswandererabgabe an die Golddiskontbank,
" " Abgabe für Deportation von Juden.

Da alle meine Papiere vom Jahre 1939 seinerzeit bei Ihnen zur Aufbewahrung geblieben sind, möchte ich Sie freundlichst bitten, mir alle aufgeführten Papiere, soweit sie noch erhalten sind, umgehend per Luftpost zuzusenden.

Ich bin selbstverständlich gern bereit, Sie für Ihre Auslagen und Ihre Bemühungen zu entschädigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Margarete Purnel
geb. Wirson

P.S. Falls Sie noch andere Unterlagen haben sollten, die für den Zweck nützlich sein könnten, bitte ich Sie herzlich, sie ebenfalls beizulegen.

MIT LUFTPOST
PAR AVION
BY AIR MAIL

gesammte Correspondenz
1956

Frau
Margarete Ruppel,

7753 Washington Lane
Elkins Park 17, Pa. USA.

Berlin, 2.6.1956
H/W

Betr. Rückerstattung v. Bankguthaben

Sehr geehrte etc.

Auf Grund einer gesetzlichen Neuregelung hatte ich den Kaufpreis von 49.003 RM, der seinerzeit an die Reichsbankhauptstelle Gotha abgeliefert worden war, im Rückerstattungsverfahren geltend gemacht.

Hier sind Sie jedoch nur wegen eines Teilbetrages von 9.003 RM legitimiert, da die 40.000 RM in dem Rückerstattungsverfahren wegen des Grundstücks an Fr. Rolfhamer abgetreten worden sind. Ich wollte Ihnen nur der Ordnung halber von dem Kauf des Verfahrens Kenntnis geben.

Landsberger.

In der Rückerstattungssache M. Kuppel ./. Deutsches Reich. -41 W GA 786/55
Konto bei der Deutschen Bank.

wird auf die dortige Verfügung vom 25.4.1956 die Bankauskunft vom 21.4.1956 überreicht. Daraus ergibt sich, daß das Konto in Höhe von 49.003 RM auf Veranlassung Finanzamt Gotha am 17.9.1942 auf das Reichsbankgirokonto des Finanzamts Gotha bei der Reichsbanknebenstelle Gotha überwiesen worden ist. Da es sich nur um eine Filiale der Deutschen

Bank handelt, die ihren Hauptsitz im jetzigen Gebiet des Ostsektors hatte, ist die Voraussetzung der Belegenheit der Sache nach der BK/O (54) 15 vom 15.11.54 gegeben.

Wegen der Wohnsitzvoraussetzungen verweise ich auf das Rückerstattungsverfahren 4 WGA 1466 und 1467.50

aus dem sich auch die Aktivlegitimation der Antragstellerin M. Ruppel in Höhe von 9.003.- RM ergibt. Hinsichtlich des gesperrten Kaufpreisanteils von 40.000 RM. ist Frau Thea Marie Rohlhamer geb. Behr in Stuttgart, Schellbergerstr. 3 Verfahrensbevollmächtigter Rechtsanw. Dr. A.B. Krause, Berlin-Steglitz, Buggestr. 5 aktivlegitimiert. Ich habe Rechtsanw. Dr. Krause als Verfahrensbevollmächtigten der Antragstellerin Rohlhamer gebeten, sich zum vorliegenden Verfahren zu melden. Dementsprechend wird beantragt,

den Antragsgegner zu verurteilen, an die Antragstellerin Ruppel wegen eines Betrages von 9.003 RM u. an die Rohlhamer wegen eines Betrages von 40.000 RM Schadenersatz mindestens jedoch Wertersatz nebst 4% Zinsen vom 17.9.1942 ab zu leisten.

Abschrift der Vollmacht der Antragstellerin Ruppel füge ich anbei. Das Original der Vollmacht befindet sich beim Entschädigungsamt Berlin. Reg. Nr. 74 298

Begl. Abschrift anbei

gez. Landsberger

An Wiedergutmachungsamt
Berlin W 35
Potsdamer Str. 182

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 91 28 78

DEN 17.1.1956.
Lu/W

Herrn
Jack A.R u p.p e l ,

7753 Washington Lane
Elins Park 17, Pa./USA.

Luftpost!

Betr.: Entschädigungsansprüche Margarete Ruppel

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Jn der obenbezeichneten Entschädigungsangelegenheit komme ich heute auf Jhr Schreiben vom 5.11.1955 zurück. Jn Ergänzung meines Schreibens vom 13.10.55 teile ich Jhnen zu Jhrer Jnformation noch folgendes mit:

Das Entschädigungsamt hat den Entschädigungsanspruch Jhrer Frau Mutter nicht abgelehnt, sondern mit Rücksicht auf die zu erwartende Novelle, wonach Personen, die ihren letzten Wohnsitz vor der Auswanderung in der jetzigen Ostzone hatten, auch anspruchsberechtigt sind, zurückgestellt, womit ich mich auch einverstanden erklärt habe. Die Sache wird also sofort wieder aufgenommen, sobald die Novelle ergangen ist. Wir erwarten sie alle in diesem Frühjahr. Jch beobachte diese Sache ständig und komme von selbst auf die Angelegenheit zurück, sobald ich hier in der Lage bin, für Jhre Frau Mutter wieder tätig zu sein.

Jch grüsse Sie

hochachtungsvoll

[signature]

Rechtsanwalt.

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 91 28 78

DEN 5.4.1956..
Lu/W

Frau
Margarete R u p p e l ,

7753 Washington Lane
Elkins Park 17, Pa. USA

Luftpost!

Betr.: Jhre Entschädigungsansprüche.

Sehr geehrte Frau Ruppel!

Auf Jhr Schreiben vom 25.3.1956 teile ich Jhnen mit, dass die Novelle zur Ergänzung des Bundesentschädigungsgesetzes noch nicht in Kraft getreten ist. Wir erwarten diese, wie ich Jhnen schon früher schrieb, hier täglich. Jch werde Jhre Sache in kurzen Abständen daraufhin beobachten und Jhnen Nachricht geben, sobald die neue gesetzliche Regelung für den Personenkreis, der seinen Wohnsitz zuletzt in der heutigen Ostzone hatte, ergangen ist. Einer besonderen Anmeldung bedarf es hier dann nicht mehr, ich werde das Verfahren lediglich wieder aufnehmen. Mit Rücksicht auf Jhr hohes Alter hoffe ich auch, dass eine verhältnismässig schnelle Abwicklung zu erreichen sein wird.

Jch grüsse Sie

hochachtungsvoll

Rechtsanwalt.

Elkins Park, 17, Pa.
25.März 1956

Sehr geehrter Herr Dr. Landsberger !

Am 17. Januar 1956 schrieben Sie meinem Sohn, daß mein Entschädigungsantrag zurückgestellt wäre bis zur Entscheidung über die Ostzonennovelle, die für diesen Frühling erwartet war.

Es würde mich natürlich sehr interessieren zu hören wie die Aussichten jetzt sind. Ich sehe Ihrer freundlichen Antwort entgegen.

Hochachtungsvoll

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 912878

DEN 2.6.1956.
H/W.

Frau
Margarete R u p p e l ,

7753 Washington Lane
Elkins Park 17, Pa. USA.

Luftpost!

Betr.: Rückerstattung von Bankguthaben.

Sehr geehrte Frau Ruppel!

Aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung hatte ich den Kaufpreis in Höhe von 49.003 RM., der seinerzeit an die Reichsbanknebenstelle Gotha abgeliefert worden war, im Rückerstattungsverfahren geltend gemacht. Hier sind Sie jedoch nur wegen eines Teilbetrages von 9.003.- RM. legitimiert, da die 40.000 RM. in dem Rückerstattungsverfahren wegen des Grundstücks an Frau Kohlhammer abgetreten worden sind. Jch wollte Jhnen nur der Ordnung halber von dem Lauf des Verfahrens Kenntnis geben. Abschrift meiner heutigen Eingabe an das Wiedergutmachungsamt füge ich bei.

Jch grüsse Sie

hochachtungsvoll

[signature]

Rechtsanwalt.

Ausfertigung !

Wiedergutmachungsämter von Berlin

Berlin W 35, den 4. Dez. 1957
Potsdamer Str. 192

Wr.

Aktenzeichen: 32 WGA 1779/51

Reg. Nr. C/ 100/S
Journal-Nr. AL 13.561/51

des Zentralmeldeamts (Treuhänder) Berlin W 30, Nürnberger Str. 53-55

Bitte bei allen Eingaben obige Aktenzeichen anzugeben

Gegenwärtig

Druschky als Richter

In dem Rückerstattungsverfahren

des Herrn Arthur S i m s o n ,
716 So.Mullen Ave., Los Angeles 5, USA,
zugleich als Erbe nach Dr. Julius Simson,

Antragsteller,

Verfahrensbevollmächtigter : Rechtsanwalt Dr. Kurt Landsberger,
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 53,

gegen

das Deutsche Reich,
Verfahrensstandschafter: B e r l i n ,
vertreten durch den Senator für Finanzen,
Sondervermögens- und Bauverwaltung,
Berlin-Charlottenburg, Fasanenstr. 87,
sowie gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesfinanzminister,
dieser wieder vertreten durch den Senator für Finanzen,
Sondervermögens- und Bauverwaltung, wie oben,

Antragsgegner,

Verfahrensbevollmächtigter
Zustellungsbevollmächtigter -----

erschien(en) vor dem Wiedergutmachungsamt 32

für den Antragsteller: RA. Dr. Landsberger,

für den Antragsgegner: Sachbearbeiter Raimund Bayer mit Vollmacht vom 3.12.1957.

WGA 12 R. Gütliche Einigung gem. Art. 56 Abs. 3 REAO

— Die Erschienenen — sind — dem Wiedergutmachungsamt persönlich — bekannt.

Nach ordnungsmäßiger Feststellung der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit des vorbezeichneten Wiedergutmachungsamtes sowie nach Prüfung aller Legitimationen und Vertretungsvollmachten der Parteien erklärten diese:

Wir gehören zu dem Kreis der nach der Rückerstattungsanordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (49) 180 vom 26. Juli 1949 berechtigten und zur Rückerstattung verpflichteten Personen

Wir sind zur gütlichen Einigung bereit und bestätigen unsere gegenseitigen Vollmachten.

Grund des Gesetzes Nr. 52 Art. I, 2 der Militärregierung unter Vermögensaufsicht gestellt [illegible] werden darf, wenn er aus dieser Vermögensaufsicht ausdrücklich entlassen [illegible] ebenso, daß bei Rückerstattung von Grundstücken, Hypotheken oder sonstigen [illegible] Rechten die zur Umschreibung oder Berichtigung des Grundbuches erforderlichen [illegible] an das Grundbuchamt im Falle des Vergleichs seitens der Parteien bewilligt [illegible] werden müssen

[illegible] den anliegenden Vergleich — Vergleichsentwurf — und bestätigen die aus ihm ersicht-

— Die Parteien schlossen den — aus der Anlage ersichtlichen Vergleich

Diese Verhandlungsniederschrift — einschließlich der Anlage — wurde vorgelesen, von den Erschienenen genehmigt und von ihnen, wie folgt, unterschrieben:

gez. Dr. Kurt Landsberger
gez. Raimund Bayer
gez. Annemarie Druschky

— Verhandelt wie oben —

Vorstehende Niederschrift wird hiermit ~~xxxxx~~ — ~~xxxxxxxxxxx~~ — ausgefertigt und diese Ausfertigung	Vorstehende Ausfertigung wird
Herrn ~~Frau~~ Rechtsanwalt Dr. Landsberger, als Bevollmächtigter des Antragstellers,	Herrn Frau
wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 53,	wohnhaft
erteilt.	zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.
Berlin, den 5. Dezember 1957	Berlin, den 195
Weber Angestellte Urkundsbeamter der Geschäftsstelle Wiedergutmachungsämter von Berlin	Urkundsbeamter der Geschäftsstelle der Wiedergutmachungsämter von Berlin

Anlage zum Vergleichsprotokoll vom 4.Dez.1957
in 32 WGA 1779/51

Herr Arthur Simson in Los Angeles 5/USA, 716 So.mullen Ave, hat im eigenen Namen und zugleich als Erbe seines verstorbenen Bruders Dr.Julius Simson gegen das frühere Deutsche Reich Rückerstattungsansprüche gemäss der REAO wegen Entziehung der der Firma Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke Simson & Co. in Berlin gehörenden "Simson-Werke" geltend gemacht. Die Entziehung der "Simson-Werke" ist durch den am 23./28.November 1935 zwischen dem früheren Reichsstatthalter und Gauleiter Fritz Sauckel und Angehörigen der Familie Simson geschlossenen Vertrag erfolgt (U.R. Nr.221/35 des Notars Dr.Friedrich Liebeskind in Weimar und U.R. Nr.576/35 des Notars Werner Feaux de Lacroix in Berlin).

Herr Arthur Simson schliesst unter Zustimmung der übrigen Mitglieder der Familie Simson, die früher Gesellschafter der Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft und zum Teil der Berlin-Suhler Beteiligungs-GmbH waren, jedoch wegen ihrer Beteiligungen abgefunden worden sind, nämlich

1. Fräulein Dr.Hilde Mayer, 27 West 72 St., New York 23,
2. Dr.Ewald Mayer, Souderton, Pennsylvanien/USA,
   -zu 1) und 2) zugleich als Testamentsvollstrecker über den Nachlass des verstorbenen Dr.Julius Simson-
3. der Erben des verstorbenen Julius Simson sen.
   a) Curt Julius Simson, 425 Central Park West, New York 25, N.Y./USA,
   b) Frau Margarete [illegible] geb.Simson, 7753 B. Washington Lane, Elkins Park 17 Pa./USA,
   c) Frau Gertrud Hess geb.Simson, Rayleigh, 25, York Avenue, Wolverhampton/England,

- künftig Berechtigter genannt - mit dem früheren Deutschen Reich sowie der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Senator für Finanzen in Berlin,

folgenden
----

folgenden

V e r g l e i c h :

I.

Jn Anbetracht dessen, dass die "Simson-Werke", wie sie in dem Vertrage vom 23./28.11.1935 beschrieben und in dem Gutachten vom 11.3.1957 des Professor Dr.Rittershausen und Wirtschaftsprüfer Dr.Lauter,Fischer, Drees und Dr.Zeidler bewertet sind, in der sowjetisch besetzten Zone liegen und deshalb eine Rückerstattung dieser Vermögensgegenstände in natura nicht durchgesetzt werden kann, verzichtet der Berechtigte auf alle sonstigen gemäss der REAO begründeten Ansprüche und verlangt Nachzahlung gemäss Art.14 REAO.

II.

Die rückerstattungsrechtlichen Ansprüche des Berechtigten - umgestellt 10:1 - werden nach massgabe des § 15 Abs.1 und 2 des Bundesrückerstattungsgesetzes (BRüG) auf

4.330.250.-- DMdBDL

(in Worten: Vier Millionen Dreihundertdreissigtausend - zweihundertfünfzig Deutsche mark der Bank Deutscher Länder)

zum 1.4.1956 festgestellt.

Diese Gesamtforderung ist vom 1.4.1956 ab mit 4% jährlich gemäss § 34 BRüG zu verzinsen.

Die Zahlung des vorerwähnten Betrages sowie der auf die Zeit seit dem 1.4.1956 entfallenden Zinsen dieses Betrages erfolgt nach massgabe des BRüG auf das Libkakonto des Herrn Arthur Simson Nr. 798028/006 bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin-Charlottenburg 2, Uhlandstr. 9/11.

III.

III.

Durch diesen Vergleich sind die Ansprüche, die gemäss den Bestimmungen der REAO auf Grund des Vertrages vom 23./28.November 1935 begründet sind, abgegolten und damit auch dieselben Ansprüche, die von Herrn Arthur Simson in den Akten der Wiedergutmachungsämter von Berlin geltend gemacht worden sind.

Ausgenommen sind die Ansprüche, die dem Berechtigten zustehen, weil er gemäss § 4 des Vertrages vom 23./28. November 1935 1.750.000.- RM (Eine Million Siebenhundertfünfzigtausend Reichsmark) teils in bar, teils in anderen Werten geleistet hat.

IV.

Sonstige Wiedergutmachungsansprüche des Berechtigten, die nicht auf dem Vertrag vom 23./28.November 1935 beruhen, werden durch diesen Vergleich nicht berührt.

V.

Sollte der Berechtigte oder dessen Rechtsnachfolger auf Grund künftiger Gesetze, Verordnungen oder Bestimmungen das Recht erhalten, weitergehende rückerstattungsrechtliche Ansprüche in Ansehung der durch den Vertrag vom 23./28.November 1935 entzogenen Vermögensgegenstände, insbesondere hinsichtlich der in der sowjetisch besetzten Zone belegenen Vermögensgegenstände, geltend zu machen, so ist er daran durch diesen Vergleich nicht gehindert. Die auf Grund dieses Vergleiches geleisteten Zahlungen sind nach Massgabe der alsdann geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen.

gez. Dr. Kurt Landsberger
gez. Raimund Bayer

Margarete Ruppel
7753 B Washington Lane
Elkins Park 17, Penna.

1. April 1957

Herrn Rechtsanwalt Dr. Kurt Landsberger
Schlüterstr. 53
Berlin Charlottenburg 4

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

ich hatte gestern Gelegenheit meine Schwester Frau Ruppel zu sprechen, und Frau Ruppel hat mich ersucht, Ihnen Folgendes mitzuteilen wegen der Zurückziehung ihres Antrages das Bankguthaben in Gotha betreffend.
Es ist merkwürdig; dass das Entschädigungsamt in Berlin einen Unterschied macht, ob sich das Dritte Reich ~~nich~~ an fremden Eigentum vergreift durch das Finanzamt Gotha oder eine andere Stelle etwa in Westdeutschland. Nutznieser waren weder die Deutsche Bank Berlin noch ihre Filiale in Gotha, sondern das Dritte Reich hat das Bankguthaben eingezogen.

Wenn aber der Antrag auf Grund dieser Auffassung gegenstanslos geworden ist, so ist es ev. notwendig, Frau Theodora Kohlhammer, Stuttgart, Uhlandshöhe 18 zu informieren. Frau Kohlhammer war inzwischen Eigentümerin des Grundstückes in Wilmersdorf, Duisburgerstr. 16. Frau Ruppel musste laut Beschluss RM40 000.-- aus ihrem Bankguthaben in Gotha an Frau Kohlhammer als Rückzahlung der ehemaligen Kaufsumme abtreten. Der Rechtsanwalt von Frau Kohlhammer hatte s.Zt gedroht, Frau Ruppel Schadenersatz pflichtig zu halten; wenn sie ihre Ansprüche nicht anmeldet und Abtretungsurkunde ausstellt.
Ev. müsste die Rückziehung annuliert werden.

Mein Neffe Herr Jack A Ruppel möchte seine Ansprüche anmelden, und erwartet noch Ihre Anwort auf seinen Brief.

Mit vorzüglicher Hochachtung

10. Nov. 1956

Liebe Ruppels und liebe Hessens,

heute schreibe ich Euch allen zusammen, um Euch die Antwort von Dr Landsberger mitzuteilen auf meine Frage, wie man sich wegen der Ansprüche im Osten verhalten soll. Zufällig erhalte ich auch gerade Trudes Brief vom 4. November nach Elkins Park, der von Ursels Erfolg berichtet. Ich gratuliere b esonders gern, da ich doch der Vater des Gedankens war wenn auch nicht der Vater des Kindes. Ich freue mich sehr über Jacks Besuch bei seiner Mutter, und benutze die Gelegenheit, noch nachträglich für seine Glückwünsche zu meinem Geburtstage und sonstige Ovationen herzlich zu danken. Natürlich transferieren wir immer so schnell wie möglich von Berlin, liebe Trude.
Kurz gesagt, bei uns ist alles ok, am Sonntag sind wir bei den Kindern.
Also Dr. Landsberger schreibt : 1. Nov. 1956

Auf Ihren Brief vom 16.9.1956 möchte ich Ihnen mitteilen, dass wegen der schon angemeldeten Entschädigungsverfahren die Zuständigkeit des Entschädigungs Amtes auch nach dem BEG nicht wechselt, wenn die Sache schon in Berlin bearbeitet worden ist. Wenn das Entschädigungsamt allerdings noch keine Vorarbeiten in den Akten geleistet hat, kann es möglich sein, dass die Sache von amtswegen an die nunmehr zuständige Entschädigungsbehörde abgegeben wird. In diesem Falle werden die Antragssteller aber vorher entsprechend benachrichtigt, sodass sie genau erfahren, wo die Verfahren anhängig sind.

Etwas anderes gilt wegen Ihres Neffen, Herrn Jack A Ruppel, der noch keinen Antrag gestellt hat. Wie ich Ihrem Schreiben entnehme, hat Ihr Herr Neffe seinen letzten inländischen Wohnsitz in der heute sowjetisch besetzten Zone Deutschlands gehabt. Es sind deshalb für seine Ansprüche die Entschädigungsbehörden des Landes Niedersachsen zuständig, bei denen ein entsprechender Antrag gestellt werden müsste. Ich überreiche Ihnen deshalb zu diesem Zwecke ein sogen. Mantelformular, das Ihr Herr Neffe ausfüllen kann, und das dann an die für Niedersachsen zuständige Entschädigungsbehörde übersandt werden müsste.

M.E. hat Grete, Trude, Fred, Ursel und Luise abzuwarten, wie sich die Behörde verhält. Jack und Kenneth müssen aber neue Anträge in Niedersachsen stellen. Anscheinend war Ursels Fall doch schon in Bearbeitung. Natürlich empfiehlt es sich, ev. Fragen an Landsber zu richten, ev. unter Bezug auf seinen Brief vom 1. November an mich.

Wir sind hocherfreut über Trudes Berichte. Aber sie soll nur nicht so viel schreiben und sauber machen, letzteres hilft erfahrungsgemäss nicht lange, take it easy, wie man hier sagt.

Herzliche Grüsse

Euer

Curt

15. April 54

BERLINER BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

GRUNDKAPITAL 20 MILLIONEN DM
RÜCKLAGEN 2 MILLIONEN DM

STADTZENTRALE
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2
Hardenbergstrasse 32
Telefon: Sammel-Nummer 32 51 51

Frau
Margarete R u p p e l

7753 B Washington Lane
Elkine Park 17 Pa
Philadelphia, Pa. / USA.

Datum 15. April 1954

Ihre Nachricht vom: Ihr Zeichen: Bitte in der Antwort angeben:
Sta/Ma. -App.407-

Sehr geehrte gnädige Frau!

Hierdurch teilen wir Ihnen höflichst mit, daß uns von Herrn Georg Hölle, Berlin-Charlottenburg

DM-West 1.500,--

überwiesen wurden. Wir haben den Betrag einem unter der Bezeichnung

Erbengemeinschaft des Julius Simson

neu errichteten Ausländer-Sperrkonto Nummer

S/6746

gutgeschrieben. Tagesauszug hierüber fügen wir zu Ihrer gefälligen Bedienung bei.

Zwecks Erfüllung der Kontoeröffnungsformalitäten überreichen wir Ihnen als Anlage ein Exemplar unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie ein Unterschriftenblatt und bitten Sie höflichst, uns dasselbe entsprechend ausgefüllt und unterschrieben baldmöglichst wieder zurückzusenden. Von einer Beglaubigung Ihrer Handzeichnung kann abgesehen werden, da uns diese bereits bekannt ist.

Zu Ihrer Information erlauben wir uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß das Konto den Beschränkungen der Verordnung über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs vom 15.7.50 unterliegt und Verfügungen nur mit Genehmigung der Berliner Zentralbank zulässig sind.

Abschließend gestatten wir uns zu bemerken, daß wir gleichlautende Schreiben an Frau Gertrud Hess, Wolverhampton, und Herrn Curt Julius Simon, New York, gesandt haben.

Wir empfehlen uns Ihnen

hochachtungsvoll

B E R L I N E R B A N K
Aktiengesellschaft
Stadtzentrale

Anlagen

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dr. oec. publ. Dr.-Ing. E. h. Friedrich Haas
Vorstand: Dr. jur. Wolfgang Buder, Ernst Heinzelmann, Paul Hoffmann, Willi Rühl
Telegramm-Adresse: Bankkredit Berlin / Fernschreiber: 028 441 / Postscheckkonto: Berlin West 31 / Girokonto: Berliner Zentralbank 1/11

Margarete Ruppel
7753 B Washington Lane
Elkins Park 17, Penna. USA

Januar 1955

Berliner Bank AG
Hardenbergstr. 32
Berlin- Charlottenburg 2

Ich bitte Sie zu Lasten meines liberalisierten Kapitalguthabens

DM West

zum Tageskurs für mich nach USA zu transferieren.
Ich erkläre hierdurch, dass ich in diesem Monate keinen gleichlautenden Auftrag bei einer Bank in West Berlin oder der Westdeutschen Bundesrepublik gestellt habe.

Hochachtungsvoll

Curt J Simson
425 Central Park West

20. Jan. 1952
New York 25, NY, USA

Herrn Rechtsanwalt Dr. Kurt Peschke
Berlin- Steglitz

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

Anbei sende ich einen weiteren Antrag für das Entschädigungsamt Berlin, dreifach, mit 6 Anlagen, je ein Objekt betreffend. Die siebende Anlage, welche fehlt, ist die Aufstellung von Silber und Schmuck, welche Herr Strobel zu beglaubigen versprach. Hoffentlich ist er meinem Wunsche nachgekommen, dieselbe an Sie direkt nach Beglaubigung abzuschicken. Anderenfalls bitte ich Sie, dieselbe beizuziehen und an das Amt nachzureichen.

Ich habe Entschädigung wegen aller unserer Grundstücke in Gotha, Thüringen gefordert, weil es von hier aus schwierig ist. die augenblicklichen Eigentumsverhältnisse festzustellen, d.h. ob das eine oder andere Grundstück wirklich volkseigen geworden ist, oder der Stadt Gotha gehört. Die ehemaligen Verwalter sind alle nach dem Westen oder Ausland getürmt, mein Rechtsanwalt, der zuvor in Jena und Gera und jetzt in Erfurt wohnt, schreibt seit Jahren nicht mehr, obgleich er die Angelegenheiten weiter im Auge hat. Er ist ein alter Freund, der auch ein Haus in Gotha ohne Hilfe der Behörde zurückgebracht hat, und ich darf ihn nicht kompromittieren. Die alten Angaben wiedersprechen sich. Das Restitution Office in London scheint auf dem Standpunkt zu stehen, dass man auch volkseigene Grundstücke anmelden soll. Wenn Sie die Anträge einreichen bitte ich Sie zu bemerken, dass ich bereit bin, alle in Abschrift beigefügten Urkunden im Original vorzulegen. Ich würdegern vorher klar sehen, welche Fälle das Entschädigungsamt behandeln wird, damit die Urkunden nicht dort in den Akten verschwinden. Ev. werde ich sie doch einmal in Thüringen gebrauchen, sofern sie in Berlin abgelehnt werden. Nur der Kaufvertrag für Anlage 1 wurde noch nicht aufgefunden. Ev. können aber andere Beweise von Gotha beigezogen werden, wie Auszug aus dem Grundbuch. Aber das wird schwierig sein. Falls ich Ihnen Originale einsende, ist Herr Hölle vielleicht in der Lage, beglaubigte Abschriften machen zu lassen.
Erbschein füge ich bei.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Falls Sie der Ansicht sind, dass ich Ihnen die Originale sogleich schicke, bin ich natürlich dazu bereit.

20. Jan. 1952

Meine Lieben,

wie Ihr auf der anderen Seite lesen könnt, bin ich dabei, meine Anträge abzuschicken. Wenn Ihr die Gothaer Grundstücke anmeldet, fasst Euch möglichst kurz und bezieht Euch auf mein Formular Nr, 60572 und den beigefügten Erbschein. Ich habe am Schluss vor der Unterschrift bemerkt :

Meine Schäden wurden zwar in Thüringen angemeldet, jedoch wurde kein Antrag auf Entschädigung gestellt, da zwecklos.

Auf der braunen Einlage D letzte Seite habe ich unter IV 2. Ersatz des Schadens in Höhe von RM....... Gegenwert in DM West.

Ich habe keine Wiederherstellung des Zustandes oder beantragt.

Mit herzlichen Grüssen

Euer

Curt

16. Jan 54

BERLINER BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Frau
5357 Margarete Ruppel
S

7753 B.Washington Lane
Elkins Park 17 Pa.
n.A. Philadelphia Pa./USA.

GRUNDKAPITAL 20 MILLIONEN DM
RÜCKLAGEN 2 MILLIONEN DM

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2
Hardenbergstrasse 32
Telefon: Sammel-Nummer 32 51 51

Auslands-Abteilung

Datum 16. Januar 1954

Ihre Nachricht vom: Ihr Zeichen: Bitte in der Antwort angeben:

Betrifft: Ihr Konto Nr. S 357 (originäres Sperrguthaben)

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß der Transfer von originären Sperrguthaben erleichtert wurde.

Nunmehr können sich die Inhaber von originären Sperrmark-Guthaben zur Bestreitung ihres Unterhaltes monatlich DM 500,- statt bisher DM 300,- in das Ausland überweisen lassen. Darüber hinaus kann das gesamte Guthaben in einer Summe transferiert werden, wenn sich auf dem Konto am 31. Dezember 1953 nicht mehr als DM 10.000,- befanden.

Entgegen den bisherigen Richtlinien ist es nicht mehr erforderlich, daß der Kontoinhaber einen Nachweis der Bedürftigkeit beibringt. Der Antragsteller hat in beiden Fällen lediglich eine Erklärung abzugeben, daß er bei anderen Geldinstituten im Bundesgebiet oder Westberlin einen entsprechenden Freigabeantrag nicht gestellt hat.

Eventuelle Anträge richten Sie bitte formlos an die kontoführende Depositenkasse unserer Bank. Wir werden die erforderliche Genehmigung der Berliner Zentralbank einholen und die Überweisung an Sie durchführen.

Da wir annehmen, daß diese Erleichterungen für Sie von besonderem Interesse sind, wollten wir nicht verfehlen, Ihnen hiervon Kenntnis zu geben, und empfehlen uns

mit vorzüglicher Hochachtung
BERLINER BANK
Aktiengesellschaft

[signatures]

English translation
overleaf

Translation

Re: Your Account No.
(Original Blocked Mark Balance)

We have pleasure in informing you that the transfer of original blocked mark balances has been facilitated.

From now on holders of original blocked mark balances, for the purpose of defraying their living expenses, may have transferred to them abroad DM 500.- per month instead of DM 300.- as heretofore. Moreover, it is possible to have the whole credit balance transferred in one sum providing that the balance of the account as of 31st December, 1953 did not exceed DM 10,000.-.

Contrary to previous regulations it is not necessary any more for the account holder to produce evidence that he is in need of the money. In both cases it is sufficient for the applicant to render a statement to the effect that he has not lodged a corresponding application of release with another bank in the Federal German Republic or West Berlin.

Applications, if any, may be forwarded in a non-formal manner to the branch office of our bank where the account is kept. We shall procure the requisite sanction of the Berlin Central Bank and effect the transfer to you.

Assuming that the above facilities might be of special interest to you, we thought it expedient to bring this to your notice.

Yours faithfully,

B E R L I N E R B A N K
Aktiengesellschaft

Frau
5357 [illegible] R u p p e l
S

7703 [illegible] Lane
[illegible] 17 Pa.
n.A. [illegible] Pa./USA.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
STADTZENTRALE

Berlin-Charlottenburg 2 — Hardenbergstraße 32
Telefon: Sammel-Nr. 32 51 51, App. 353 — Postscheckkonto: Berlin West 31

Wir beehren uns, Ihnen hiermit den Abschluß Ihres Kontos **per 31. Dezember 1954** zu übersenden.

[Lib]eralisiertes Kapitalkonto
gemäß
[V.] O. über Devisenbewirtschaftung und [Kon]trolle des Güterverkehrs vom 15. 7. 1950

Kontonummer	Abschluß-Spesen: Soll 1) Porti, Material usw. 2) Zinsen u. Provision	Abschluß-Spesen: Haben Zinsen	Neuer Saldo (incl. Zinsen u. Spesen) Soll = So bzw. * Haben = Ha *	Alter Saldo per 31. Dez. 1954 DM
5357	1,20		3,40 Ha	4,60

Irrtum vorbehalten!

Wir bitten Sie, den Kontoabschluß zu prüfen und die Richtigkeit auf anhängendem Formular unter Benutzung des beigefügten Freiumschlages der Revisions-Abteilung unserer Zentrale zu bestätigen.

Für den Geschäftsverkehr mit uns gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der privaten Banken, die während der Geschäftsstunden im Schalterraum eingesehen werden können.

Gemäß Ziffer 15 dieser Geschäftsbedingungen müssen Einwendungen gegen den Rechnungsabschluß innerhalb einer Ausschlußfrist von 14 Tagen erfolgen.

Hochachtungsvoll
BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Stadtzentrale

1 Freiumschlag

Über Sparkonten ist die Jahresabschluß-Rechnung bereits erteilt worden.

Datum im Januar 1955

7749B

Vordr. 1444a I 11. 10. 54 1500

Curt J Simson
425 Central Park West
New York 25, NY, USA

26. Jan. 1953

Copy

Frau Adelheid Peschke
Berlin- Steglitz

Sehr geehrte Frau Peschke,

ich komme erst heute dazu, Ihre w. Briefe vom 8. und 22 Dezember zu beantworten, nachdem ich soeben Ihr w. Schreiben vom 22.1 erhielt.

Obgleich der verstorbene Herr Dr. Peschke ohne jeden Vorbehal s. Zt. Rechnung für den Termin in Herford u n d Berlin erteilt hatte, sind wir bereit , Ihre Rechnung vom 22. Jan. 1953 wegen Gebühren in Herford anzuerkennen. Wir stellen daran jedoch die Bedingung, dass es Herrn Hölle überlassen bleiben soll, im Laufe dieses Jahres in Raten zu bezahlen. Den Grund hierfür brauche ich Ihnen wohl nicht zu erklären Anstatt dass uns der Staat für entstandene Kriegsschäden entschädigt, scheint uns jetzt auch noch ein Baunotabgabe auferlegt zu werden, die in viele Tausende zu gehen scheint.

Wie Sie wissen, haben wir von einem Einspruch in Herford abgesehen. Wir entschlossen uns dazu auf Grund des Gutachtens von Dr. Landsberger. Nach Ihren Ausführungen vom 27. November 1952 konnten wir zu keinem Entschlusse kommen, obgleich die Zeit drängte. Ich darf wohl off sein. Wir sind selbst keine Juristen und benötigen den Rat eines erfahrenen Juristen. Das bezieht sich natürlich auch auf die beanspruchten Entschädigungen als Verfolgte der Nazis, und wir können uns nicht leisten etwas zu verlieren, was uns nach dem Rechte zusteht. In diesem Sinne bitte ich den Brief meines Schwagers Hess vom 14.1.1953 aufzufassen.

Seien Sie überzeugt, dass wir uns in Ihre Lage versetzen. Deshalb ist es unser Wunsch, wenn möglich unsere Entschädigungsansprüche von Ihrem Abwicklungsbüro bearbeiten und vertreten zu lassen.

Ich bitte Sie deshalb mir umgehend mitzuteilen, wann Herr Dr. Schumann seine Tätigkeit in Ihrem Büro aufnimmt, damit wir ihm unsere Vollmacht übertragen können, und er für seine Tätigkeit uns gegenüber verantwortlich ist.

Vereinbarungen mit Dr. Schumann, Ihre Person betreffend, müssen Sie selber treffen.

Ich schreibe zugleich im Namen meiner Schwester Frau Ruppel.

Mit vorzüglicher Hochachtung

7753B Washington Lane
Elkins Park 17, Penna.

12. Juli 1953

An das Entschädigungsamt Berlin

Betr. Antrag 044863

Mein Vertreter, Herr Dr.Landsberger, Berlin, veranlaßt mich, Ihnen Einzelheiten über die Ursachen der von mir angeführten Schäden zu geben.

Es ist wohl nich nötig die verzweifelte Lage der Juden im Dritten Reiche zu schildern und den gesetzlichen Zwang anzuführen, der zur Zahlung von Reichsfluchtsteuer, Auswandererabgaben und Judenvermögensabgabe geführt haben.

Ich befand mich noch unter besonderem Drucke, da ich anläßlich eines Besuches in Pirna, Sachsen bei meiner Schwester, Gertrud Hess anläßlich eines Pogroms am 9. November 1938 vor deren Haus auf dem Postweg tätlich angegriffen wurde und meine Rettung nur der Polizei verdanke, die mich in Schutzhaft nahm und sodann nach Dresden entließ.

Dieser Vorfall, ebenso wie die Tatsache, daß die Nationalsozialisten in Gotha in meiner Wohnung nach meinem bereits in England befindlichen Sohne suchten, obwohl dieser mit voller Genehmigung in England war, veranlaßte mich meinen Wohnsitz von der kleinen Stadt Gotha nach dem größeren und verhältnißmäßig sichereren Berlin zu verlegen.

Mein Konto bei der Deutschen Bank in Gotha wurde durch das Finanzamt Gotha ohne mein Wissens eingezogen. Ich war bereits ordnungsgemäß nach England ausgewandert, woraus schon hervorgeht, daß ich keine Steuerschulden hinterlassen haben konnte.

Wegen meiner Ansprüche betreffend Schaden durch die zwangsweisen Verkäufe von 3 Grundstücken in Gotha, von denen ich mit meinem Bruder Curt J. Simson, New York und meiner Schwester Gertrud Hess, Wolverhampton Miteigentümer war, möchte ich auf die entsprechenden Anträge meines Bruders, Curt J. Simson, New York hinweisen, registriert unter No. 70 873. Mein Bruder hat Abschrift der Kaufverträge beigefügt, soweit noch vorhanden. Mein Bruder hat für uns Geschwister die Verkaufsverhand-

lungen geführt und war sich dabei bewußt, daß er nach dem geltenden Grundsatz der "Entjudung deutschen Bodens" zu verkaufen hatte, sobald er dazu aufgefordert wurde. Er hat auch grundsätzlich jeden gebotenen Preis angenommen, wenn er auch noch so schlecht war, um nicht wie andere Juden durch Freiheitsberaubung zum Verkaufe gezwungen zu werden.

Hochachtungsvoll

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 91 29 78

DEN 3.6.1957.
KL/W

Frau
Margarete R u p p e l

7753B Washington Lane
Elkins Park 17, Pa. /USA

Luftpost!

Betr.: Jhre Entschädigungsansprüche.

Sehr geehrte Frau Ruppel!

Jch kann Jhnen heute die Mitteilung machen, dass es mir durch eine nochmalige Verhandlung bei dem Entschädigungsamt gelungen ist, dass Jhr Wohnsitz in Berlin anerkannt worden ist. Die Sache kann nunmehr von dem Berliner Entschädigungsamt fortgeführt werden und ich hoffe, Jhnen alsbald einen günstigen Bescheid in dieser Sache geben zu können.

Für heute wollte ich Jhnen nur diesen Zwischenbescheid geben, damit Sie informiert bleiben.

Jch grüsse Sie

hochachtungsvoll

Rechtsanwalt.

7753 Washington Lane
Elkins Park 17, Pa.
10. November 1957

Sehr geehrter Herr Dr. Landsberger !

Ihr letzter Brief war vom 26.9. mit der Mitteilung, daß der mir zugesprochene Entschädigungsbetrag in etwa zwei Wochen auf meinem Konto bei der Berliner Bank zu meiner Verfügung stehen würde. Ich habe der Bank daraufhin am 30.9. geschrieben, wie Sie aus der von mir Ihnen zugesandten Kopie ersehen haben. Bisher habe ich noch nichts von der Bank gehört und nehme deshalb an, daß die Einzahlung dort noch nicht erfolgt ist.

Nun möchte ich bei Ihnen anfragen, ob es Ihnen möglich ist, beim Wiedergutmachungsamt die Auszahlung zu beschleunigen.

Mit bestem Dank und vorzüglicher
Hochachtung

Margarete Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park 17, Pa.

17. März 1957

Herrn Dr. Kurt Landsberger
Berlin-Charlottenburg 4
Schlüterstraße 53

Sehr geehrter Herr Dr. Landsberger !

Ihrem Wunsche gemäß erteile ich Ihnen hierdurch Ermächtigung, Ihren Antrag für Rückerstattung wegen des Entzugs meines Kontos bei der Deutschen Bank in Gotha nunmehr zurückzuziehen.

Gleichzeitig benutze ich die Gelegenheit, Ihren Brief vom 4. März zu bestätigen.

Hochachtungsvoll

(Margarete Ruppel)

DR. KURT LANDSBERGER
RECHTSANWALT UND NOTAR
SCHLÜTERSTRASSE 53
BERLIN-CHARLOTTENBURG 4
TELEFON: 91 28 78

91 29 78

DEN 4.3.1957.
Sp/W

Frau
Margarete R u p p e l

7753 Washigton Lane
Elkins Park 17, Pa. USA.

Luftpost!

Betr.: Rückerstattung von Bankguthaben

Sehr geehrte Frau Ruppel!

Jn meinem Schreiben vom 2.6.1956 hatte ich Jhnen mitgeteilt, dass ich wegen des Entzugs des Kontos bei der Deutschen Bank in Gotha Rückerstattungsansprüche angemeldet hatte. Jch hatte mich seinerzeit auf den Standpunkt gestellt, dass die Entziehung im Ostsektor von Berlin erfolgt sei, weil die Deutsche Bank dort ihren Sitz hatte. Voraussetzung des von mir angemeldeten Rückerstattungsanspruches ist nämlich, dass die Entziehung im heutigen Ostsektor von Berlin erfolgt ist.

Jnzwishen hat sich jedoch das Oberste Rückerstattungsgericht auf den Standpunkt gestellt, dass nicht der Hauptsitz der Bank massgeblich ist, sondern der Sitz der Filiale. Unter diesen Umständen ist der angemeldete Rückerstattungsanspruch nicht begründet. Jch beabsichtige deshalb, den Antrag zurückzunehmen, und bitte insoweit um Jhre Ermächtigung.

Jch grüsse Sie

hochachtungsvoll

Rechtsanwalt.

AR 25336 1/17 1960-1979

Restitution - Simson family

New York, 18. Mai 1968.

Liebe Ruppels und liebe Hessens,

Betr. Beweissicherung fuer Verluste im Ostdeutschland.

Zuf Erklaerung fuer Ruppels sende ich anbei einen Artikel im Aufbau.
Ebenfalls fuer Ruppels sende ich anbei Formulare.
Ich schicke voraus, dass noch kein Termin fuer Einreichung der Formulare gesetzt ist. Es sind auch keinerlei Versprechungen oder Hoffnungen auf eine ev. Entschaedigung ergangen .
Ich bin mir noch nicht darueber klar, ob man sich schon jetzt unseres Rechtsanwaltes bedienen soll. Dieserhalb werde ich Hilde Mayer fragen. Ein Erfolgshonorar fuer den RA scheint mir unmoeglich, da ein Erfolg sehr ungewiss ist, allgemein gedacht.

Anbei Entwurf betr. Schaden an Vermoegen : Gotha, Friedrichstr. 19
Die Erklaerung ueber langfristige Verbindlichkeit ist mit
4. keine Verbindlichkeiten im Zeitpunkt der Schaedigung.
Fuer Margarete : ev. fehlt hierfuer noch das Formular.
Anleitung 11 9) Sperrkonten, es werden jedoch Beweise gesichert.
Deutsche Bank, Gotha, ca 40 000,-- Mark, Beleg bei Dr. Landsberger.
Weitere Formulare sind bei mir zu haben oder

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin
Abt Finanzen Ausgleichsamt
1 Berlin Dahlem
Koenigin Luisenstr. 88 West Berlin, Germany.

Ich nehme an, dass sich Hessens Formulare direkt kommen lassen

CURT J. SIMSON
425 CENTRAL PARK WEST
NEW YORK, N. Y. 10025

Der 1. Mai ist gekommen.

Lieber Jack,

Wir freuten uns sehr mit Deinem Briefe. Die Forsythien sind bei uns schon abgebluent, und ich habe den Fruehling heute im kleinen Zoo und Park fuer 3 Stunden genossen. Heute Morgen haetten wir die Heizung gebrauchen koennen und haben uns mit dem Gasofen geholfen. Trotzdem bezahle ich die Miete puenktlkich.
Ich habe alle Unterlagen nach Syracuse geschickt, damit sie nicht von Deiner Tuere verschwinden koennten, wenn Du unterwegs bist. Dabei wird wohl auch der Brief vom 11.11.68 sein. Ich fuege meine copy des Briefes mit der berliner Adresse bei, sowie einen Entwurf wegen Friedrichstr 19 fuer Deine Akten. Auch diese copy ging nach Syracuse.
Ich weiss leider nicht den Anmeldetermin, aber es koennen noch 2 Jahre sein.

Als Deine Mutter auswanderte, war nach meiner Erinnerung nur noch der "zweite Transfer" (40.000 – M) rueckstaendig, der bei der Deutschen Bank in Gotha haengen geblieben ist. So moechte ich annnehmen, dass die Pfandbriefe verkauft wurden.

Wir sind im November 1935 nach Dahlem verzogen, sodass ich dann wohl keine Mappen mehr geordnet habe. Mutter ist im Januar 1936 gestorben, und Deine Mutter ist darauf zu Opa gezogen.
Du weisst wohl nicht, ob die genannten Pfandbriefe bei der Wiedergutmachung (Deiner Mutter) angemeldet wurden, dann koennte Dr Landsberger die Bankauszuege haben. Er erhielt wlche mit meiner Unterschrift, (für) worauf er mich zugezogen hat. In diesem Falle sollten die Meiniger dabei sein , da die bezuegliche Bank nach dem Westen gegangen sein mag.
Sicherlich hast Du Deine Papiere verkauft zu Gunsten Deines Transfers.

Herzlichste Gruesse, schreib mal wieder
Dein noch aelterer Onkel

Curt

u Tante Clara

11. Mai 1969

Liber Onkel Curt:

Schoenen Dank fuer Deinen Brief mit Beilagen, wegen der evtl.Ostzonenwiedergutmachung . Ausserdem muss ich gestehen, dass ich diese Woche mein Fruehlingsreinemachen angefangen habe, nachdem ich die Autoschule und den Zahnarzt ueberstanden habe, und dabei einen dritten Umschlag von Dir in dieser Angelegenheit gefunden habe, der u.a. einen Brief vom 18.5.68 enthaelt, also ziemlich ein Jahr alt, aus dem ich zitieren moechte:

"Fuer Margarete... Sperrkonten... Deutsche Bank, Gotha, ca. 40 000,-- Mark, Beleg bei Dr. Landsberger".

Das letztere scheint mir besonders interessant.

Du schriebst damals auch :"Ich bin mir noch nicht darueber klar, ob man sich schon jetzt unseres Rechtsanwaltes bedienen soll (Auf jeden Fall sollte man auf Festsetzung des Termins warten). Dieserhalb werde ich Hilde Mayer fragen." Du schreibts dann auch, dass es wohl nicht moeglich waere, unter den gegebenen Umstaenden ein Erfolgshonorar vorzuschlagen.

Sollte man trotzdem mal bei Landsberger anfragen, und ihn daran erinnern, dass er die 40 000 Mark-Unterlagen hat und ihn im allgemeinen um seine Meinung fragen, fuer uns alle? Was meinst Du? Mir ist es nicht geheuer, dass man so garnichts ueber einen Endtermin weiss.

Soviel fuer's Geschaeftliche. Dieser Brief erreicht Euch sicher an Annas Geburtstage. Ich habe diesmal eine ganze Woche vorher daran gedacht, und die Post meinte, mein Paeckchen anlaesslich des Vierzigsten, mit meinen Glueckwuenschen sollte wohl rechtzeitig am Dienstag dort sein.

Feiert sehr schoen, so'nen 40sten hat man nicht jedes Jahr! (Unsereiner hat in sogar nie mehr in diesem Leben!)

Von hier gibt es (ausser dem beginnenden Fruehlings-Reinemachen) nicht viel neues zu berichten; ich habe sehr viel im Buero zu tun, aber es sind alles jobs die in etwa 90 Staedten gleichzeitig vor sich gehen, sodass ich nicht persoenlich sie ueberwachen kann. Ich verbringe aber wohl so etwa 4 Stunden am Tage am Telephon und bin manchmal etwas heiser vom vielen Sprechen. Mit Kenneths habe ich gestern auch telephoniert; sie hatten nichts Neues zu berichten. Ihr wisst vielleicht, dass Carol an ihrem Geburtstag die Mitteilung von ihrem bevorzugten college gekriegt hat, dass sie angenommen ist. Sie hatte nun die Wahl zwischen allen

New York, 18. Mai 1968.

Liebe Ruppels und liebe Hessens,

Betr. Beweissicherung fuer Verluste i
Ostdeutschland.

Zuf Erklaerung fuer Ruppels sende ich anbei einen Artikel im Auf
Ebenfalls fuer Ruppels sende ich anbei Formulare.
Ich schicke voraus, dass noch kein Termin fuer Einreichung der
Formulare gesetzt ist. Es sind auch keinerlei Versprechungen oder
Hoffnungen auf eine ev. Entschaedigung ergangen .
Ich bin mir noch nicht darueber klar, ob man sich schon jetzt unse-
res Rechtsanwaltes bedienen soll.x) Dieserhalb werde ich Hilde Mayer
fragen. Ein Erfolgshonorar fuer den RA scheint mir unmoeglich, da
ein Erfolg sehr ungewiss ist, allgemein gedacht.
Anbei Entwurf betr. Schaden an Vermoegen : Gotha, Friedrichstr. 19
Die Erklaerung ueber langfristige Verbindlichkeit ist mit
"4. keine Verbindlichkeiten im Zeitpunkt der Schaedigung." auszufuellen.
Fuer Margarete : ev. fehlt ~~hier~~fuer noch das Formular.
Anleitung 11 9) Sperrkonten, es werden jedoch Beweise gesichert.
Deutsche Bank, Gotha, ca 40 000,-- Mark, Beleg bei Dr. Landsberger.
Weitere Formulare sind bei mir zu haben oder

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin
Abt Finanzen Ausgleichsamt
1 Berlin Dahlem
Koenigin Luisenstr. 88 West Berlin, Germany.

Ich nehme an, dass sich Hessens Formulare direkt kommen lassen .

x) auf jeden Fall sollte man
auf Festsetzung des Termins warten.

N. a. w. f. und Fortsetzung folgt.

13. Mai 1969

Lieber Jack,

Der heilige Vater hat scheinbar die 3 Eisheiligen nicht gestrichen. Denn sie haben sich hier sehr fuehlbar gemacht, zumal die heilige Alcoa nicht mehr geheizt hatte. Wir haben aber kein Gas gescheut, und tuechtig und genuegend damit nachgeholt.

Deine Idee, bei Dr Landsberger anzufragen wegen des Beweises von Gretes Deutsche Bank Guthaben von Mark 40 000,-- ist sehr gut. Er sollte eine Bescheinigung in Haenden haben, dass obige vom Finanzamt Gotha eingezogen worden sind. Dabei frage auch nach dem Termin, der m.E. noch ca. 2 Jahre Zeit hat. Ich werde mich nun ueber die restlichen Fragebogen stuerzen muessen.

Wir haben am Sonntag bei Friedlanders Muttertag und Geburtstag von Mutter und Tochter gefeiert. Heute Abend sind Friedlanders bei uns. Sie haben wieder mit einem befreundeten Ehepaar ein Sommerhaeuschen in New Jersey an einem See gemietet, und sind schon jetzt an Sonntagen dort. Der Endtermin ist erst nach dem Brief vom 18.5.68 festgesetzt worden, aber hoere einmal, wie Dr Landsberger allgemein denkt.
Die Nachricht aus Syracuse freut mich sehr.

That is all for today.

Herzlichste

Onkel Curt

Claire hat gerade Minna gesprochen. Sie ist full of pepp. Sie meint, Arthur sei ein kranker Mann.

Lieber Jacki, Dein Brief u. Geschenk für Anne haben wir Sonntag zum Muttertag bei ihr bewundert. Nun [illegible] Deine Schule abgeschlossen hast, wäre es sehr schön, wenn Du mal langsam [illegible] angefahren kämst, um das Bild von Deiner lb. Mutter mitzubringen. Wir würden so gerne mal wieder mit Dir zusammen sein. Herzlichst Tante Clara

N V Sehr geehrte Herren,

wie ich von meinem Bruder in Syracuse, N.Y. hörte, hatten Sie eine Korrespondenz mit ihm in Zusammenhang mit dem Hinscheiden unserer Mutter im Anfang des letzten Januar. Er hat Ihnen daher wohl berichtet, daß das Ende eine Erlösung für unsere Mutter war, die sehr lange + sehr schwer gelitten hatte, und daß wir alle es ihr nur gönnen können.

Ich möchte nun heute bei Ihnen anfragen, was für Aussichten Ihrer Meinung nach bestehen für eine eventuelle Wiedergutmachung für Schäden in der Ostzone. Es würde sich dabei in unserem Fall um Besitz unserer verstorbenen Mutter handeln. Falls Sie eine Verfolgung dieses Projekts befürworten, möchte ich Sie um Auskünfte in den folgenden Punkten bitten:

~~Wann~~ Ist ein Endtermin für Antragstellung bestimmt, und wann ist es?

Würden Sie uns gegebenenfalls darin vertreten, unter den Bedingungen, die Sie mit unserer Mutter hatten?

Unser Onkel, Herr Curt Simson, meint daß Sie in Ihren Akten Unterlagen über etwa $ 40.000.- Mark hätten, die bei der Deutschen Bank in Gotha eingefroren waren bei der Auswanderung meiner Mutter. Diese Unterlagen waren wohl in Zusammenhang mit einem früheren Antrag nach Thüringen ... vor ~~[illegible]~~ vielen Jahren eingereicht worden.

Sie haben wohl auch die Unterlagen über die Silber- und Schmuck-Entschädigung gemacht, die dann wieder zurückgezogen wurde, weil ursprünglich die Gegenstände in der Ostzone waren.

CURT J. SIMSON
425 CENTRAL PARK WEST
NEW YORK, N.Y. 10025

Im wesentlichen handelt es sich bei unserer Mutter um Grundstücksbesitz ihres Vaters, den sie mit ihren Geschwistern (Curt Simson + Mrs Winifred Hess, England) teilte, dieselben sollen einen Antrag stellen würden

Airmail

To: Mrs.
Margarete Ruppel
7753 Washington Lane
Philadelphia 17, Penna.
U S A

From: THE STATE OF ISRAEL

MINISTRY OF JUSTICE, ADMINISTRATOR GENERAL
P.O.B. 1254. JERUSALEM

40877

Jerusalem, 20.12. 196[illegible].

Re: Ruppel, Margarete née Simson fr. Gotha/Thuer. [illegible]/16

(to be quoted in case of further inquiries)
Your letter of 20.9. 196[illegible].

The claim lodged in due time refers to the following goods:

1. Confiscated Securities (Reichstitel)

RM 125.-/25.- Schuldverschreibungen der Anleiheabloesungsschuld des Deutschen Reiches 1925 mit Auslosungsscheinen.
RM Schuldverschreibungen der Anleiheabloesungsschuld des Deutschen Reiches 1925 ohne Auslosungsscheine.
RM 19 4½%-ige auslosbare Schatzanweisungen des Deutschen Reiches.
RM 19 4 %-ige Schatzanweisungen des Deutschen Reiches.

We have a photostat copy of a document regarding this confiscation, which we are prepared to send you against payment of Dollars 2.- in cash, as contribution to our expenses.

2. Household Effects (Hausrat):
This item of the claim was lodged as a precautionary measure. Details and proofs were not at our disposal, but may in our opinion be brought forward even now.

Because of the small value of the claim, we suggest to defer its pursuance. We intend to reach at some future date a general settlement of such cases with the Restitution Authorities.

Yours faithfully,

[signature]

f/Administrator General

P.S. In case of further inquiries please enclose International Reply Coupons.

DRAHTANSCHRIFT: HARDYBANK
Fernschreiber: 04 11445
Girokonto: Landeszentralbank Frankfurt a. M. 4/414
Postscheckkonto: Frankfurt (Main) 1021 07

HARDY & CO.
G. M. B. H.
FRANKFURT A.M. - BERLIN
GEGRÜNDET 1881

FRANKFURT AM MAIN
Marienstraße 19, Ecke Mainzer Landstraße
Postfach 4069
Fernsprecher: Sammelnummer 830071

Datum		
29.9.60	Frau Margarete Ruppel oder Herrn Jack A.Ruppel Elkins Park 17, Pa.	Wir buchen in Ihr **HABEN**
Bezug 3g/Gr.	7480	

	DM	Wert
auftrags: Kasse des Berliner Pfandbrief-Amts (Berliner Stadtschaft) für Grundstück Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str.16 zugunsten: Frau Margarete Ruppel	8.300.--	29.9.60

Hochachtungsvoll
HARDY & CO.
G. M. B. H.

Kontrolle:

K. 61

21. Mai 1960

Herren Dr. Kurt Landsberger
u. ~~Dr~~ Herrn Dr. Hans Joachim Horn

Besten Dank für Ihren Brief vom 16. Mai. Den Fall Gottlaer Lebensvers. wollen wir nunmehr als erledigt ansehen.

Ich beziehe mich nun auf meinen Brief vom 10. Jan 1959, ~~die darin angeführten 3 Punkte Ihre~~ und bitte Sie den darin angeführten 3 Punkten Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch darf ich wohl auf die zwei notarisierten ~~eides-~~ Aufstellungen betreffend Silber u. Schmuck hinweisen, die ich Ihnen wunschgemäß einsandte

Im vorzüglicher

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG., DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, den 2. Sept. 1960
SCHLÜTERSTRASSE 53
RUF: 91 29 78

KL/B

Eilt

1. Frau
   Gertrud H e s s

   25, York Avenue
   Wolverhampton/England

2. Frau
   Margarete R u p p e l

   7753 B Washinton Lane, Elkins Park 17
   Philadelphia, Pa., USA

3. Herrn
   Curt Julius S i m s o n

   425 Central Park West
   New York 25, N. Y./USA

Betr.: Grundstückskaufvertrag, Grundstück
Berlin W 15, Duisburger Str. 16

Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrter Herr Simson!

Ich nehme Bezug auf das Schreiben des Herr Curt Simson vom 23. 7.. Inzwischen habe ich mit Herrn Henning verhandelt. Er hat sich mit einem Abzug von 10 % einverstanden erklärt. Die Sache soll schon Anfang Oktober abgewickelt werden.

Um die Löschung der Hypotheken im Grundbuch und die Auszahlung der Hypothekenvaluta an Sie herbeizuführen, benötige ich von Ihnen die Hypothekenbirefe über je 13.333,33 DM bzw. 13.333,34 DM. Ich bitte, mir die Hypothekenbirefe auf schnellstem Wege zuzusenden.

Mit verbindlichstem Gruss

[signature]

NOTAR
Dr. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG., DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, SCHLÜTERSTRASSE 53
RUF: 91 29 78

den 3. Okt. 1960
Lu/B

1. Frau
   Gertrud H e s s

   25, York Avenue
   Wolverhampton/England

2. Frau
   Margarete R u p p e l

   7753 B Washinton Lane, Elkins Park 17
   Philadelphia, Pa., USA Luftpost!

3. Herrn
   Julius S i m s o n

   425 Central Park West
   New York 25, N. Y./USA Luftpost!

Betr.: Grundstückskaufvertrag, Grundstück Berlin W 15, Duisburger Strasse 16

Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrter Herr Simson!

In der obenbezeichneten Grundstücksangelegenheit sind Ihnen inzwischen, Herr Simson, durch das Berliner Pfandbriefamt 8400,-- DM und Ihnen Frau Hess und Frau Ruppel je 8.300,-- DM überwiesen worden.

Den Differenzbetrag hat Herr Henning inzwischen an mich überwiesen, so dass ich Ihnen jetzt Abrechnung wie folgt erteilen kann.

Unter Berücksichtigung der geleisteten Vierteljahresbeträge durch Herrn Henning beträgt nun das Restkaufgeld insgesamt 32.500,-- DM. Von diesem Betrage sind 10 % mit 3.250,-- DM nachgelassen, so dass die Restvaluta 29.250,-- DM.
Es sind Herrn Henning, wie mir Herr Hölle mitteilt, 177,50 "
gutzubringen, und zwar wegen des Wasserschadens
29.072,50 DM

Übertrag: 29.072,50 DM

in der Wohnung Gudge, so dass die Verkäufer einen Gesamtbetrag von - siehe nebenstehend - zu erhalten haben. Hierzu treten die Zinsen vom 1. 7. 1960 bis zum 27. 9. 1960 in Höhe von insgesamt 470,13 DM,
so dass zum Ausgleich der Ansprüche der Verkäufer 29.542,63 DM
zu zahlen sind.

Unter Berücksichtigung der obenerwähnten Zahlungen haben Herr Simson noch 1.447,55 DM und Frau Ruppel und Frau Hess je 1.547,54 DM zu erhalten.

Ich habe meine Bank angewiesen, die vorgenannten Beträge an Sie zu überweisen und darf bitten mir zu bestätigen, dass dann die Angelegenheit abgewickelt und Sie in vollem Umfange befriedigt worden sind.

Mit verbindlichstem Gruss

[Unterschrift]

Hausverwaltung
Hölle
Berlin-Charlottenburg
Sybelstr. 41

B e s c h e i n i g u n g !

Hiermit bescheinige ich, daß das von mir, dem Hausverwalter Georg H ö l l e , Berlin - Charlottenburg 2, Sybel - strasse 41, seit dem Jahre 1932 bis 1939 und nach dem Kriege, nach Durchführung des Restitutionsverfahrens, vom 1. Januar 1952 bis zum 30. September 1959 verwaltete Grundstück

Berlin - Wilmersdorf, Duisburgerstrasse 16

der Eigentümer:

1.) Frau Gertrud H e s s , geb. Simson,
25, York Avenue, Wolverhampton / England,

2.) Frau Margarete R u p p e l , geb. Simson,
7753 B Washington Lane, Elkins Park 17,
Philadelphia, Pa. USA.

3.) Herr Curt Julius S i m s o n ,
425 Central Park West, New York, 25 , N.Y., USA.

im Jahre 1932 zum Preise von = RM 160'000.-- erworben und am 28. August 1959 zum Preise von = DM 132'000.-- an den
Kaufmann Herrn Hans H e n n i n g , Berlin W 15,
Kurfürstendamm 179
verkauft wurde.

Somit ist für die vorgenannten Eigentümer des Grundstücks ein Kapitalverlust von = DM 28'000.-- entstanden.

Berlin - Charlottenburg 2, den 13. Februar 1960

Für die Richtigkeit:

Hausverwaltung
Hölle
Berlin-Charlottenburg
Sybelstr. 41

Georg Hölle

CURT J. SIMSON
425 CENTRAL PARK WEST
NEW YORK, N. Y. 10025

16. Sept. 1969

Lieber Jochen,

Herzlichen Dank fuer Deinen Brief.
Da ich nicht weiss, ob Du eine Copie davon nach England geschickt hast, werde ich ihn dahin weiter geben.
Ich bin unbedingt dafuer, Landsberger einen Auftrag zu erteilen.
Die Fragen von Landsberger a bis g kannst Du aus meinen Entwuerfen beantworten. Du kannst dabei schreiben, dass er entsprechende Angaben von mir und Trude und Kenneth erhalten wird.
f) ich besitze eine Ansichtskarte von Friedrichstr. 19.
Wegen Simson und Co. hat Hilde bereits Formulare an Landsberger geschickt. Es sind darin alle Erben genannt. Hilde meint, damit sei alles gedeckt, wir koennten uns aber darauf beziehen, ich weiss nur nicht an welcher Stelle.
Du findest auch ein Formular wegen der Steinmuehlenallee.
In den Fragen 13 und 14, beide Grundstuecke in Siebleben betreffend, ja oder nein oder keine war ich ev. nicht ganz korrekt. Der Schaden war in der noch nicht bestehenden sowjet russ. Besatzungszohne entstanden. Landsberger wird dies schliesslich richtig stellen.
Siebleben 13 p Ja und zwar seit 1933 allmaehlich, Grund Boykott juedischer Firmen.
Wir koennen uns ueber alles noch unterhalten, oder benutzt Du dies einmal als Anlass, uns zu besuchen.
Wir haben 5730 bei Friedlanders in the country angetreten und haben in Sparta in einem Motel uebernachtet. Es war wunderschoen.
Lass bald von Dir hoeren.
Ich habe auch noch viele Formulare.

Herzlichst, auch von Claire, die sehr scharf auf das Porzellanbild ist

Dein Onkel

Curt

C O P Y

February 14, 1969

Public Federal Savings & Loan Association
800 Chestnut Street
Philadelphia, Pennsylvania 19107

Attention: Mrs. Barbara Lipson
Savings Department

Re: <u>Estate of Margarete Ruppel, Savings #1-26273</u>

Dear Mrs. Lipson:

Thank you for your letter of February 4, 1969.

I am enclosing a certified copy of the death certificate of Margarete Ruppel and returning herewith the signature card which has been signed by Dr. Kenneth W. Ruppel as Administrator with the Will Annexed. Will you kindly complete the transfer of this account on your records and return the passbook to me in the enclosed envelope.

The funds will not be withdrawn for the time being.

Very truly yours,

HANCOCK, RYAN, SHOVE & HUST

By: Howard B. Helf
Howard B. Helf

HBH:djh
Encs.
CCs: Mr. Jack A. Ruppel
Dr. Kenneth W. Ruppel

II C 31
Zim.: 604
App.: 576

Reg.-Nr.: 74 298

Kostenzusammenstellung

für die Zeit vom 2. 1. 1968 bis 6. 1. 1969

Lfd. Nr.	Datum der Rechnung	Behandlungs-Zeitraum vom bis	Art der Kosten	Rechnungsbetrag in Landeswährung	Erstattungsbetrag in $		in DM	Pf	Beleg Nr.
1		24. 2. – 21. 3. 68	Dr. S. T. Killian		30,	–			1
2	2. 1. 68		Medikamente		3.	–			2
3	9. 1. 68		"		6,	50			3
4	11. 1. 68		"		7,	25			4
5	29. 1. 68		"		10,	25			5
6	15. 2. 68		"		10,	25			7
7	26. 2. 68		"		6,	50			8
8	29. 2. 68		"	(20,75)	7,	25			9
9	5. 3. 68		"		9,	50			10
10	14. 3. 68		"		6,	50			11
11	18. 3. 68		"		7,	25			12
12	25. 3. 68		"		3,	–			13
13	1. 4. 68		"		7,	25			14
14	11. 4. 68		"	(20,–)	6,	50			15
15	15. 4. 68		"		3,	–			16
16	19. 4. 68		"		13,	75			17
17	2. 5. 68		"		9,	50			18
18	8. 5. 68		"		7,	25			19
19	11. 5. 68		"		6,	50			20
20	18. 5. 68		"		6,	50			21
21	20. 5. 68		"	(17,–)	6,	50			22
22	28. 5. 68		"		3,	–			23
23	4. 6. 68		"		3.	–			25
24	15. 6. 68		"		3,	–			26
25	27. 6. 68		"		9,	50			27
26	9. 7. 68				3,	–			28
				Übertrag:	195,	50			

Entsch 341 — Zusammenstellung der erstattungsfähigen Hv.-Kosten
Mat. 4441. A 4. 60 Blocks à 60 Bl. 5. 68

Lfd. Nr.	Datum der Rechnung	Behandlungs-Zeitraum vom bis	Art der Kosten	Rechnungs-betrag in Landeswährung	Erstattungsbetrag in $		in DM	Pf	Beleg Nr.
—	—	—	—	Übertrag:	195,	50			
27	15.7.68		Medicamente		6,	50			29
28	18.7.68		"	(10,50)	3,	-			30
29	29.7.68		"	(10,50)	3,	-			31
30	7.8.68		"	(24.-)	3,	-			32
31	15.8.68		"		9,	50			33
32	26.8.68		"		3,	-			34
33	9.9.68		"		3,	-			35
34	19.9.68		"		3,	-			36
35	1.10.68		"		3,	-			37
36	10.10.68		"		3,	-			39
37	24.10.68		"	(10,50)	3,	-			40
38	31.10.68		"		6,	50			41
39	2.11.68		"		7,	25			42
40	5.11.68		"	(10,50)	3,	-			43
41	6.11.68		"		6,	50			44
42	13.11.68		"		3,	-			45
43	17.11.68		"		3,	-			46
44	23.11.68		"	(13,25)	5,	75			48
45	24.11.68		"		7,	25			49
46	7.12.68		"		3,	-			51
47	9.12.68		"		6,	50			52
48	14.12.68		"		3,	-			53
49	26.12.68		"		7,	25			55
50	16.12.68		"		3,	-			56
				Zwischen- Summe	303,	50			
				~~abzüglich des Vorschusses~~					
				~~Mithin sind zu zahlen — einzuziehen~~					

~~Aufgestellt:~~ ~~Festgestellt:~~

b. w.

Entsch
II C 31
Zim.: 674
App.: 576

2. Blatt

Reg.-Nr.: 74298

Kostenzusammenstellung

für die Zeit vom .... bis ....

Lfd. Nr.	Datum der Rechnung	Behandlungs-Zeitraum vom bis	Art der Kosten	Rechnungsbetrag in Landeswährung	Erstattungsbetrag in $		in DM	Pf	Beleg Nr.
			Übertrag	:	303,	50			
51	27.12.68		Medikamente		3,	–			57
52	6.1.69		"		3,	–			58
	(Kurs: $ 1.-- = 3.992 DM)				309,	50	1.235	52	

Erläuterung: Die Belege 5, 24, 38, 47, 50 u. 54 reichen wir zurück. Die darauf verschriebenen Präparate dienten der Behandlung anderer Leiden (Diabetes mell.) Aus dem gleichen Grunde wurden auf den

Übertrag: 1.235,52

Entsch 341 — Zusammenstellung der erstattungsfähigen Hv.-Kosten
Mat. 4441. Blocks à 50 Blatt

Lfd. Nr.	Datum der Rechnung	Behandlungs-Zeitraum vom	bis	Art der Kosten	Rechnungs-betrag in Landeswährung	Erstattungsbetrag in		in DM	Pf	Beleg Nr.
—	—	—		—	Übertrag:			1.235	52	
	Belegen 9, 15, 22, 30-32, 40 u. 48									
	Kürzungen vorgenommen.									
	Anlagen.									
					Summe			1.235	52	
					abzüglich des Vorschusses			—		
					Mithin sind zu zahlen ~~einzuziehen~~			1.235	52	

Aufgestellt: Doberstein 5/8.70

Festgestellt auf: Doberstein 5/8.70

74-298 37

THE GALLOWAY PHARMACY

B. H. G. Inc.

1935 James St. Syracuse, New York 13206

463-1361 - 463-9364

Customer's Order No. ______ Date 10-4-68 19__

Name M. Raymond

Address Hall Hown

SOLD BY	CASH	C.O.D.	CHARGE	ON ACCT	MDSE. RETD	PAID OUT

QUAN.	DESCRIPTION	PRICE	AMOUNT
	Rx 151-479		13 50
	(Orinase)		
	Rx 160-602		7 50
	(Gantrisal Susp)		
			$21.00
	TOTAL		

All claims and returned goods **MUST** be accompanied by this bill. 503

74-298 46

THE GALLOWAY PHARMACY

B. H. G. Inc.

1935 James St. Syracuse, New York 13206

463-1361 - 463-9364

Customer's Order No. ______ Date 11-20- 1967

Name M. Ruppel

Address Hill Haven

SOLD BY	CASH	C.O.D.	CHARGE	ON ACCT.	MDSE. RETD.	PAID OUT	

QUAN.	DESCRIPTION	PRICE	AMOUNT	
	Rx 151-479		$13	50
	ORINASE TABS			
	TOTAL			

All claims and returned goods **MUST** be accompanied by this bill. 503-1

4550

REC'D BY Dr. Hagman

FLATPAKIT R MOORE BUSINESS FORMS, INC.

74-298 49

THE GALLOWAY PHARMACY
B. H. G. Inc.

1935 James St. Syracuse, New York 13206

463-1361 - 463-9364

Customer's Order No. ______ Date 12-7- 1968

Name Mrs M. Ruggall

Address Hill Down

SOLD BY	CASH	C.O.D.	CHARGE	ON ACCT.	MDSE. RETD.	PAID OUT	

QUAN.	DESCRIPTION	PRICE	AMOUNT
	Rx 160-~~803~~		~~7 50~~
	(Gantanol)		
	Rx 51-479		13 50
	(Orinase)		
			~~21.00~~
	TOTAL		

All claims and returned goods MUST be accompanied by this bill. 503

7416 REC'D BY D Ruggal & Hagman

FLATPAKIT R MOORE BUSINESS FORMS, INC.

74-298 . 53

THE GALLOWAY PHARMACY

B. H. G. Inc.

1935 James St. Syracuse, New York 13206

463-1361 - 463-9364

Customer's Order No. ______ Date 12-21- 1967

Name [illegible]

Address [illegible]

SOLD BY	CASH	C.O.D.	CHARGE	ON ACCT.	MDSE. RETD.	PAID OUT

QUAN.	DESCRIPTION	PRICE	AMOUNT
	Rx 151-479		$12.50
	(Corinase)		
	TOTAL		

All claims and returned goods **MUST** be accompanied by this bill. 503-1

4798

REC'D BY Dr. [illegible]

FLATPAKIT R MOORE BUSINESS FORMS, INC., L

74-298 . 4

THE GALLOWAY PHARMACY

B. H. G. Inc.

1935 James St. Syracuse, New York 13206

463-1361 - 463-9364

Customer's Order No. ______ Date 1-19-68 19__

Name Mr. Russel

Address Hill Haven

SOLD BY	CASH	C.O.D.	CHARGE	ON ACCT	MDSE RETD	PAID OUT	

QUAN	DESCRIPTION	PRICE	AMOUNT
	8451-479 (Orinase)		13 50
	TOTAL		

All claims and returned goods **MUST** be accompanied by this bill. 503

5029 REC'D BY Dr Hayman

FLATPAKIT R MOORE BUSINESS FORMS, INC.

74-29 · 23

THE GALLOWAY PHARMACY

B. H. G. Inc.

1935 James St. Syracuse, New York 13206

463-1361 - 463-9364

Customer's Order No. ______ Date 5-29-68 19__

Name M. Ruggel

Address Hill Haven

SOLD BY	CASH	C.O.D.	CHARGE	ON ACCT	MDSE RETD.	PAID OUT

QUAN.	DESCRIPTION	PRICE	AMOUNT	
	Rx 151-479		$ 13	50
	(aminose)			
	~~Rx 160-602~~		~~7~~	~~50~~
	~~(Gantrisol Susp)~~			
			~~$ 21~~	~~.00~~
	TOTAL			

All claims and returned goods **MUST** be accompanied by this bill. 503

6145 ~~Dr. Hayman~~ & Ruggel

FLATPAKIT R MOORE BUSINESS FORMS, INC.

11/25/79

Dear Ise, dear Walt:

I just tried to call you back, but you seem to be out, and it is probably just as well, as I think I am the bearer of bad news.

Under the circumstances I can hardly say that I struck it rich, but I did find that correspondence referring to Suhl without much trouble. There is, no doubt, the same material in England and John will have a chance to see it there.

First off, there are those white-on-black balance sheets that I seemed to visualize in my mind. They are as of 12/31/36, and there seems little use to refer to them at all, since on 2/15/58 Uncle Arthur reported that the man who submitted them was installed by the Nazis and had since managed to fritter away even the small amounts reported in them. As to trying to figure out a proportion of our Grandfather's share...it would take an expert to see if there is any possibility. It gives various totals under various headings (on 10 pages!) E.g. KAPITAL-KONTEN, which add up to RM 5.246,316.53 (as you'll probably be aware, the RM was the pre-conversion unit, now it is DM -and all figures in that balance are, of course in that old RM mode). Out of that total Julius Simson accounts for RM 165,678.96 which is composed of "Kapital 1.1.34 RM 100.000.-

Kapital 1.1.34	RM 100.000.-
Guthaben 1934	310.330.06
	410.330,06
- Abgang 1934	264,651.10
	145,678.96
+ Zugang 1936	20,000.00
	165,678.96 "

All in all, there are 5 persons on that sheet, and I list them with their totals, for whatever that may be worth:

1. Arthur Simson	2,027,089.31
2.Dr.Julius "	1,778.694,32
3. Julius "	165,678.96
4. Carola "	1,264,103.94
5.Frl.Dr.Mayer	10,750
	5,246.316.53

In case the "Zugang 1936" should give any clue, here it is :

1. 30,000.-
2. 28,250.-
3. 20,000
4. --- (her entire amount is labeled "Guthaben 1934")
5. 10,750.- (which, as you'll notice, is h e r sum total)

My feeble attempt at using this as an indicator of the relative involvement is futher foiled by the fact that "2." has a "Zugang 1935" of 60.000.- or more than twice that of the following year (he is the only one who can boast two "Zugaenge".

There is also a report on Privatentnahmekonten, which I doubt to be of much help. It lists Ewald Mayer, in addition to 1 to 5 above, also Gebrueder Simson (the china factory in Gotha), as well as B&D Mayer (the Mayer's lace factory). And so it goes. In the Gewinn- und Verlust-Rechnung is a "Dubiose K. Simson 30.000.-" which I believe were for gambling debts of his father-in-law (let's consider that a sleeping dog). There is also a Vorlaeufige Handels-Bilanz for 7.878.538.18, but since all of the data seem meaningless (except for the possible extrapolation of our grandfather's share), I think I stop right here with that. If John should not find a duplicate in England, which seems very unlikely, I'll gladly see if I can get photostats of the reduced format in reverse color, hoping you have appropriate magnification to decipher it.

If Uncle Arthur had not written on 2/15/58 that "...alle Buecher der Firma Simson & Co.Verwaltungsgesellschaft waren von der Gestapo beschlagnahmt und sind nicht mehr zugaenglich", it might have been worth mentioning that on 1/9/58 he had written that in spite of all legal manoeuvers..."Im Ver-

hältnis zwischen den Gesellschaftern gelten selbstverstaendlich nur die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages der ehemaligen Firma Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft", so that there must have been such an animal at one time.

In addition, I own a Photostat of a very formal understanding through the good offices of the Wiedergutmachungsaemter von Berlin, dated 4.Dez.1957 which arranges for the payment of DM 4.310.250.- plus 4%pa. interest starting April 1, 1956, which is declared final for the subject matter, viz."die den Berlin-Suhler Waffen u.Fahrzeugwerken in Berlin gehoerenden "Simson Werke". Now, who on earth knows if that is part or all of the package?! However, Section V of the arrangement specifically leaves the door open for future claims in case of future laws, etc., especially with reference to property in the Soviet zone. THAT, I BELIEVE, now that I've got my feet wet in the matter Suhl, IS WHAT THE NEW LAWYER IS WORKING ON. (F)

As to the above-mentioned DM 4,310,250.00, there is a letter from Uncle Arthur of 2/15/58 that this amount is by no means enough to allow any payments to (anyone including) the heirs of Julius Simson,* and that we have to hope for considerable improvement in the future. (Maybe those $35.000.-, if that is the correct amount, really had nothing to do with Suhl -I don't find any reference in the correspondence) but is based on sale of the apartment house in Berlin (and the figure is probably inflated in my memory, at that)).

Incidentally, I had more or less written off that Suhl business before I talked to the W's; I was more concerned about the two china factories which I considered a little less pie in the sky, rightly or wrongly, and which, based on our combined research, seems to have been neglected by our Hornochs lawyer since 1935 (the time your parents got the partial payment on Friedrichstr.19 from Aachen, which kept the ball rolling on that part of our claims; that momentum seems to continue since both your parents and Friedlaenders have received announcements of small additional payments to come, apparently on that one item).

Horn sporadically gets enormously busy on my pension claim, and alternatingly states that I have a good chance and no chance at all, completely ignoring some of the information I've supplied in the matter, and absolutely stone-walling inquiries re the china factories, even if they are sent by registered mail (which has happened to both Eddie and myself).

So, the Suhl discussion is really something I had not had in mind when I went to Stamford (or I'd have been a little better prepared for it). I subconsciously thought then (as I am getting more and more convinced as I delve into it a little deeper) that we have to "trust our cousins" on that. Doris Gruenfeld or -berg(?) was purely an emergency thought, since the Mayer's have no heirs (or is Cathy one, whom I met once some 25 years ago) and I wouldn't go to the offspring of Max's sister, Ilse Baum.

Finally, it might be of some use to place the unpleasantness between Uncles Curt & Arthur in its proper time frame. There is a very nasty letter from U. Arthur in the file, dated 4/16/58 and addressed to all 3 heirs, in legal style.

Ughhh - I'm glad I didn't have to transmit all of that by phone.

All the best, anyway. I'm sure you won't let it spoil your Sunday out (not this one, to be sure). But it seems to indicate that we are treading water or else skating on rather thin ice (depending on the temperature), and it seems a bit ticklish to beard Hilde with it. You'll find a way, though, I suppose.

(F) U.A.'s letter of 2/15/58 ... [illegible] states that an additional reserve of RM 3,650,000 — was still needed by [illegible] to be taken off the [illegible] ... in my opinion, this [illegible] ... before the [illegible] ...

* he demonstrates that it still leaves a debt of 85.000 — a good thing grandfather was a Kommanditist and as such not responsible beyond his own investment.

Sun City West
18 MONTH PROGRESS REPORT
Del E. Webb Development Co. ★ Public Relations Dept. ★ P.O. Box 1705 ★ Sun City, Arizona 85372 ★ August, 1979

DevCo's Sun City West sales top $92 million

Sun City West new home sales topped $92 million during the first half of 1979, according to a Del E. Webb Development Co. spokesman.

The company also said that of that amount, more than $51 million in new sales was recorded during the second quarter this year.

More than 1,250 new homes were sold in the new resort-retirement community during the six-month period. Sales were best during April, when 440 were recorded.

More than 180,000 persons visited the Sun City West sales pavilion during the first half of 1979.

DevCo construction crews are currently completing approximately 40 homes per week in Sun City West. More than 1,000 have been built in 1979. Construction of the 5,700-acre first phase of Sun City West began in February 1978.

Estimates are that approximately 2,300 persons are Sun City West residents.

The community's newly-opened R.H. Johnson Recreation Center is Arizona's largest private complex for recreational and creative activities, according to DevCo. In use are the Olympic-size swimming pool, jacuzzi, handball and racquetball courts, tennis courts, table tennis room, game room, indoor shuffleboard courts, 25-table billiards room, therapy pools, crafts rooms and social hall.

Opening soon will be the center's 24-lane bowling alley, 18-hole miniature golf course, volleyball and badminton courts, lawn bowling greens, physical fitness room, ¼-mile running track with obstacle course and 40,000-volume library.

Currently under construction are Sun City West's first shopping center and the Sundome Center for the Performing Arts.

The $3.5 million shopping center will include a Safeway supermarket and a Walgreens drug store among its tenants. The 126,000-square foot facility is expected to be completed during the first quarter of 1980.

Construction of the 6,800-seat Sundome is expected to be completed in mid-1980.

As this article from the July 7, 1979, Sun City Newspaper indicates, Sun City West is on the move, welcoming new residents and premiering new facilities. More than 1,000 homes have been built in 1979 and Del E. Webb Development Co. construction crews are presently completing 30 to 40 homes per week.

Hilde Mayer
205 East 85th Street
New York,N.Y. 10028

November 27, 1972

Frau Gertrud Hess
101 Westbury Road
Northwood, Middlesex
England

Liebe Trude:

Max Ludwig und ich haben Deinen Brief vom 7. XI. besprochen.

Wie Ihr wisst, sind wir die Vollstrecker des Testaments von Onkel Arthur. Dies war das erste Mal, dass ich Gelegenheit hatte, mit ihm auf die Entwicklung der Restitutionsangelegenheit einzugehen, und ihn ueber die vorangegangenen Entwicklungen zu informieren.

Wir haben uns daraufhin geeinigt, dass es im Sinne von Onkel Arthur ist, dass Ihr auf derselben Basis an weiteren Erloesen teilnehmt, wie es mit dem Vergleich mit der Bundesrepublik geschehen ist.

Das neue Feststellungs- und Beweissicherungsgesetz betrifft Ansprueche in der DDR, die nicht von der Bundesregierung befriedigt worden sind. In der DDR gibt es ja keine Wiedergutmachung bis jetzt und, dass dieser Zustand im Rahmen einer Generalregelung des Normalisierungsprozesses sich je aendert - das ist heute nur eine vage Hoffnung. Sicherlich wird eine Regelung dort von anderen Gesichtspunkten ausgehen als die Regelung, die in den fuenfziger Jahren von der Bundesrepublik gemacht wurde.

Daher glaube ich, dass es besser ist, wenn zu viel angemeldet wird anstatt zu wenig. Dieser Gedanke, und nichts anderes, lag auch meinem Brief an Fred vom 25.2.69 zu Grunde. Es ist durchaus denkbar, dass Restitution - wenn es je kommt- auf Grund der "Beduerftigkeit" und nicht auf der Basis von geldlichen Anspruechen geleistet wird. In dem Falle sind wir moeglicherweise besser dran, wenn so viele Ansprueche gemacht werden, wie moeglich. Alles das hat mit der Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen den ehemaligen Gesellschaftern nichts zu tun.

Herzlichst

[signature]

JACK A. RUPPEL
7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
19. Oktober 1970

Lieber Onkel Curt:

Ich hatte eben eine lange Telephon-Unterhaltung mit dem Wiedergutmachungs-Sachbearbeiter im hiesigen deutschen Konsulat, und im wesentlichen hat das folgendes ergeben:

a) Nach meiner Erklaerung nimmt der Mann an, dass wir unter die Reparationsschaeden-Abteilung des Gesetzes fallen, da wir Juden sind und nicht seit 1952 wieder in Deutschland gelebt haben. Der Termin fuer diese Abteilung laeuft im Jahre 1974 ab. (Die 1970-Frist ist fuer eine Regelung, die als Lasten-Ausgleich bezeichnet wird, und die sich auf Auslandsdeutsche bezieht, die nach 1952 in Deutschland gelebt haben - das erklaert wohl die vielen Hinweise auf diese Umstaende auf den Formularen, die wir haben). Es gibt noch eine dritte Gruppe, fuer rassisch Verfolgte, die aber mindestens fuer ein Jahr seit 1952 in Deutschland gelebt haben; ich habe mir darueber keine weiteren Erklaerungen geben lassen. Der Unterschied in den Terminen ist dadurch begruendet, dass die Lastenausgleich-Gesetze schon seit 1952 bestehen, und dass es der Behoerde nur nach und nach aufgegangen ist, dass das sehr ungerecht gegen Leute ist, die nicht wieder nach Deutschland kommen konnten oder wollten.(Ausserdem ginge es Dtschld.auch finanziell besser).

b). Der Hoechstbetrag von 75.000 per Objekt soll noch bestehen, aber es waere Aussicht, dass jedes Jahr eine Addition zustande kaeme, sodass hoehere Betraege nach und nach abgestottert wuerden (schade, dass wir keine Urenkel haben - aber Ursels Ises, und Kenneths Enkel koennen sich schon ein bisschen darauf freuen -erzaehlt es aber Carol und Ellen noch nicht, damit sie nicht daraufhin sich schon zur Ruhe setzen; Ilse ist sehr gegen sowas).

c) Es duerfte fuer Ilka und Eddies von Interesse sein zu hoeren, dass Bestrebungen im Gange sind, auch Oesterreich einzubegreifen.

Der Sachbearbeiter hat mir angeboten, die Formulare mir zuzusenden. Ich glaube beinahe, dass es sich fuer Dich lohnt, mal mit dem New Yorker Konsulat, zunaechst wenigstens telephonisch, auch in Verbindung zu treten; Du hast doch jetzt eine Gelegenheit, wenn Du einen Deiner freien Tage hast.

Im Prinzip , hat man mir noch gesagt, waere die Behandlung der drei Klassen die gleiche; sie wuerde nur von ver-

schiedenen Aemtern vorgenommen, und ginge vermutlich schneller fuer die Leute, die den 1970-Schlusstermin haben.

Landsberger haette uns ja wohl ein bisschen auf dem laufenden halten koennen, aber es sieht so aus, als ob wir uns mit Hilfe des Konsulates von ihm etwas emanzipieren koennen.

Uebrigens schien der Mann hier sich etwas davon zu versprechen, dass Mutters Silber-Entschaedigung schon einmal ausgezahlt war, und dann wieder zurueckgefordert wurde. Das waere ein guter Anfang, falls die Akten noch vorliegen; und man sollte ja annehmen, dass das noch der Fall ist. Ich hatte Landsberger auch daran erinnert, ehe er angefragt hat, ob er nun die Akten weglegen koennte. Vielleicht kennst Du, oder Hilde, ihn gelegentlich mal wieder ein bisschen aufmuntern; ich habe damit bei ihm nicht viel Glueck; eine zeitlang schien er recht interessiert, aber inzwischen ist er wohl wieder eingedusselt.

Nun noch meine Adresse fuer etwa 3 Wochen , ab naechsten Sonntag:

Grand Traverse Motel
1010 E Front Street (Tel:616-947-9410)
Traverse City, Mich.49684

Uebrigens habe ich die folgenden Zahlen gefunden, um nochmal auf die Berliner Angelegenheit zurueckzukommen:

Miete, Grosse 185.00 " v.Bassewitz 90.00 " Malzacher (untere Klinik) 60.00	Wenn man annimmt, dass unsere Etage dasselbe ergeben haette als Grosses, kaeme man auf 520.00 im Monat, plus Zwangsmiete von der Wohnung auf dem Boden, oder etwa 6,500 im Jahr - das scheint doch einen Gesamtwert von 117.000 plausibel zu machen?

Ausserdem liegt eine Bankabrechnung fuer RM 165.04 vom 30/1/35 fuer Weser-Sielzins vor. Meinst Du, dass das irgendwie helfen koennte?
Das Formular hat auch eine Frage ueber Steuerfestlagen, und ich finde einen Bankzettel, datiert vom 5.Juni 35 fuer:
122 Einkommensteuer 2. Quartal und
129 Aufwerungssteuer, Mai, sowie eine Nachzahlung von RM 200.00 fuer 1934 (mit einem frueheren Datum). Hat das irgendwelche Bedeutung? Scheinbar war die monatliche Aufwertungssteuer hoeher als die dreimonatliche neue Steuer -wohl ein Zeichen fuer vergangenen Wohlstand? Du bist doch bekannt als einer der prominenten Gothaer Steuersachverstaendigen!

Nochmals alles Gute fuer Euch alle, and hope to see you on 12/5

Viele allerherzlichste Eure Jr.

Love
u. Fred

Northwood 21.11.74

Mein lieber Curt,

wir bewundern Dein klares Köpfchen und glänzendes Gedächtnis, was Du mit Deinem Brief v. 15. 11. 74 an Dr,Landsberger, wofür vielen Dank, wieder 'mal bewiesen hast.

Der Fall 2 liegt bei uns und m. Wissens Ruppels allerdings anders als bei Dir.. Unsere Gelder waren alle seit etwa Herbst 1938 auf Sicherungskonten und nur mit Genehmigung durfte über sie verfügt werden und, wie Dr. L. schreibt, diese wurde nur für einen gewissen Betrag für Lebensunterhalt etc. erteilt und darüber ~~hinaus~~ musste -wohl monatlich- Rechnung gelegt werden.

/ Vorsorglich habe ich gem. beiliegender Copie Dr. L. einen Vorbescheid gegeben.

Wir versuchen Fischschwänze und Flossen wachsen zu lassen, so giesst es hier alle Tage und Nächte.Im Sommer war man besorgt, ob die grossen Reservoire im Land je wieder normale Höhe erreichen könnten. Sähn se so isses sagte Herr.....? Auszahlungen erfolgten sicher nach unserer + Ruppels Auswanderung!

Ansonsten ist alles in Butter.

Love Dein Fred,

PS für Jochen; der eine Copie erhält:
Falls ich von Dir höre,dass meine Annahme betr.Euch stimmt, soll ich Dr.L. ~~gle~~ gleich für Dich mit schreiben?

May 1, 1978

Dear Ise, dear Walt,

I don't have to tell you how I enjoyed you our chat on Saturday. Due to the nature of things, it didn't entirely clear up my worries about the Northwoods situation, though it put my mind a little more at ease about it; and it certainly had the added advantage of that discussion of the Wiedergutmachungs business.

From what developed during that conversation, I feel a bit like the notorious Army instructors who don't seem to understand why anybody should not be thoroughly familiar with the basic facts of a subject that even they seem to be in complete command of. Applied to the case at hand...I failed to go into the background, and that omission could have been rather catastrophic.

So, here are some quotes, as advertised, to sketch out the background:

Bezirksamt Zehlendorf to Landsberger, 1. Nov. 77 :

"...dass eine Erfüllung von Hauptentschaedigung durch Auszahlung z.Zt.nicht moeglich ist, weil nach einem Gesetzentwurf des amerik. Senats eine Entschaedigungsregelung fuer Schaeden amerik.Staatsbuerger in Mitteldeutschland und Berlin (Ost) geplant ist. Weitere Einzelheiten hierzu sind auch uns z.Zt. noch unbekannt. Aufgrund dieser Entwicklung sind wir von unserer Fachaufsichtsbehoerde angewiesen worden, voruebergehend keine weiteren Erfuellungen von Hauptentschaedigung mehr vorzunehmen. An diese Weisung sind wir gebunden..."

Landsberger's Office to me, 3.April 1978:

"Das obengenannte Gesetz enthaelt im Grunde noch viel Zukunftsmusik, da verbindliche Zahlungszusagen seitens der DDR bislang nicht vorliegen...

Aus diesem Grunde gehe ich auch davon aus, dass der derzeitige Stop von Auszahlungen...nur von voruebergehender Natur sein wird..."

State Dept. to Sen. Javits, April 10, 1978:

"...After the US Claims Settlement Comm. began accepting claims against the GDR (sic) on 5/15/77, the Government of the Fed.Rep. of Germany suspended the Processing of such claims on behalf of those who are now American citizens (underlining is mine,JAR). This suspension was, we believe, based on a misunderstanding, which we are presently attempting to clarify in discussions with the Govt.of the Fed. Rep. We hope that those discussions will lead in the near future to the resumption of processing by the Federal Republic and Berlin of cases like Mrs. Friedlander's..."

In the same letter, they also strongly recommend to file a claim with that new Washington commission, which, as you know, we US claimants have done. The State Dept. thinks it is advisable, just in case. No one, but no one, seems willing to put a definitive interpretation of which US citizens are really affected by that law (which, incidentally, is Public Law 94-542, approved 10/18/76).

Incidentally, at the beginning of this game, I did suggest to Uncle Fred that they, as definitely not US citizens of any stripe, take advantage of the lull caused by our US claims' being sidelined to stress their British interests; but I am not at all sure if he has taken it up with Landsberger's office, especially since he mentioned that he was planning on leaving those matters to the younger generation.

Armed with the above quotations you will, I am sure, agree that our one hope is having the case revert to the status quo, rather than trying to press a continuation of the present mess, and to give the US Foreign Claim Commission the widest possible berth, staying away from their kind of "settlement".

(Sorry about ~~the~~ clipping off the first page, but my typewriter went on the war path; this is Monday morning, you know!)

Again - my one aim is, and I trust you will agree, armed with the above quotations, that our one hope is in having the status quo reinstated; and all that I can see that we can do is try and have as many people of influence communicate with the State Dept. along those lines. I'd rather you use your own approach in your letter, as I've written to two Senators, so far, my own dear turncoat Schweiker that former ex-liberal and current staunch me-on-Reagan's-coattails man, and Javits, in Ann's name.

Heaven help us if we should actually get into the Public Law 94-542 mill!

You know that this by no means only involves the Friedrichstr. 19 claim of us Ruppels, which will at best be very meagre pickings after the deduction of Frau Friedrich's claim. What is mainly involved now are the two china factories, especially the one on Nuetzleberweg in Gotha/Siebleben, a large group of buildings on extensive grounds with their own railroadsiding etc.(The Beiblatt shows details, if you are interested).

In view of Uncle Fred's remark of turning the matter over to the next generation, I've made a copy of this for Wellemins, who -poor dears- don't have a senator, but should be kept abreast of these developments. Somehow, I hope, your children and theirs might be able to collect whatever inflation may have left (rate of interest so far has been around 4% pa.)

So much for that today.

All the best for all four of you, including favorable real estate deals on both ends.

As always yours,

[signature]

P.S. If I shouldn't have done so yet, it may be well to mention that Hilde Mayer told me she had a set of US lawyers working on the whole case, which was turned down once.

[illegible handwritten marginal note]

March 27,1978

Dear Ise, dear Walt:

It was indeed nice to hear from you, even though it made completely obsolete my letter of Saturday, which I hadn't mailed yet as result of the awful Easter weather we were blessed with all day yesterday.

To make my cup run over, the mailman showed up at 9:40 today -a clear record speed for the full 27+ years of my residence hereabouts, with a letter from your parents. So that meant a complete rewriting of my opus to them of last Saturday. So, between you, you've kept me pleasantly occupied all morning. (And when you have as few obligations as yours truly has currently, it does make a difference, believe you me).

So, the main content of my now discarded letter revolved around your impending move, with my commiserating with you about the fact that it had to happen, but in blissful ignorance of your selling problems. And still, I think GE owes it to you to engage some out-of-town family under the condition that they take over your house! That seems to be the least loyal mover-oners like you could expect, methinks.

How is the situation at the other end? I.e. - any decent propsective homes there within the realm of the possible,"pricewise" ? And when does your sons' school term end? Probably pretty soon.

Other than that, I did some cackling what I've about my health test results, as you can imagine. (If my doctor is so proud of them that he called me, rather than waiting for my phone inquiry from him - I think I can take some part of the credit, too. After all, who cooked all the turkeys etc., with nary a trace of poisoning or lesser ill effects?! And now I can add, what I did not know entirely last Saturday, that that same doctor may have been wrong in one respect, in which he differed with your local hiatus hernia man. Mine claimed that my hernia is only affected by mechanical stimuli, not chemical, and that in his opinion, I could go back to eating apples. Being the old market research wheel horse I am, I decided to put that theory to the test, and on Friday I sat down with a can of apple sauce. No results as I ate it, so I continued the test until I had eaten the whole pound in one swell phoop. No immediate results whomsoever. So I -almost- got ready to visit my orchard man again. Until 25 hours after the apple sauce test, I got my first explosion in many a week, and one that seemed to make up for a good deal I had missed. It's another 24 hours now, and all is well; but I can't help but suspect that apple sauce. Chalk up one probable win for y o u r doctor. I'll see what happens along those lines for a few more apple-less weeks; and if all stays serene, I have another can of apple sauce for a repeat test. At any rate...my orchard won't see my for quite awhile yet. To be continued.

As to the letter you may or may not want to write to Sen. Ribicoff, depending on that certain lawyer's verdict -here are the facts, ma'am. Our Berlin lawyers have been dealing with theBezirksamt Zehlendorf von Berlin, Ausgleichsamt in reference to restitution for objects located in what is now the Eastern Zone, since December of 1971, and restitution for one of the objects has been obtained, in part. However, ~~under~~ with letter of the date of 11/1/77 this German authority has notified our lawyers that, owing to a planned regulation through Congress a total revamping of all claims of US citizens for properties in Central ~~and East~~ Germany and East Berlin is anticipated and, consequently, the authority has been advised that all pending claims have to be temporarily suspended.

We now believe that this refers to Public Law 94-542 which as far as we can see, ~~refers to~~ covers losses "by any national of the United States on the date of loss.." Since none of the heirs to the original loss-taker (who himself was German) were naturalized before 1946, we have come to the conclusion that this law has no reference to our case and

that we have become some innocent victims of the suspension of activities imposed on the proceedings. As far as we have been able to ascertain, this suspension is still in effect and our claim has so far been set back for close to 7 months, just after the German authorities seemed to have reached their stride in beginning to make restitution.

We would appreciate anything you could do, etc...

This is a greatly refined suggestion, compared to my plaint to Sen. Schweiger; I did not know about that Law at the time, and I purely suggested that this sudden rather surprising cut-off of restitution payments had an effect, no matter how small, on our balance of trade as well as on the financial situation and buying power of the victims who for the most part were elderly, rather marginal consumers, for whom this added income represented a noticeable boost of their discretionary buying power. I'm sure you wouldn't want to stress the latter, and I also would think it advisable to write as differently as possible from what I stated...as I am sure all letters will wind up at the same desk of the State Dept. For that reason, I've omitted any file numbers and such, in all these communications. (For Friedlanders, to Sen. "Neinwitz", I chose some other reasoning, which escapes me right now). So, if you agree to go along the lines suggested, in a more lawyerly form, citing the law, maybe, it should be different enough from the others. The State Dept. also answered to Sen.Schweiker (he, of all senators), that they'd had a number of inquiries and were trying hard, etc. I hadn't thought of you in connection with that because it seemed that your parents as British subjects were exempt; but now it appears that we are really all in the same stew and that our only hope is that this muddle get disentangle and Landsberger can continue where he was so rudely interrupted. I'll have to mention that we Ruppels might be the first to profit from a de-limbo-ation, as our case for Friedrichstr. 19 was close to the payoff, ~~where that for~~ the rest of you had already gotten. But then we'll all profit in the long run if the wheels should start spinning again (for lack of a better term for slow motion that I can think off right now).

So, that's it, and good luck...first of all with the house sale, of course.

All the best,

as ever

Li

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Berlin 12, 17.9.1970 Ausl/Überw/A/Bm.

Zahlungs-Auftrag / Payment order
Ordre de paiement / Ordine di pagamento No. 497081

Wir bitten Sie zu vergüten, ohne Spesen für uns
Please pay without any charges to us
Nous vous prions de verser sans frais pour nous
Vi preghiamo di versare senza spese per noi

US$ 153,76 Val. Sicht/sight

In Worten / in words / en lettres / in lettere: one hundred and fifty three US$

Dezimale bzw. Bruchteile wie oben / Decimals or fractions as stated above / Décimales ou fractions comme ci-haut / Decimali o frazioni come sopra

153.76
1.00
152.76

Auftraggeber / By order of / Donneur d'ordre / Ordinante — 1

Herren Dr.Kurt Landsberger
Hans-Joachim Horn
Rechtsanwälte u.Notare
Berlin 12

Auftrag vom / Order dated / Ordre du / Ordine del: 16.9.70

Konto No. / Account / Compte / Conto

Zahlungsgrund / Details of payment / Motif du paiement / Motivo del pagamento

equivalent of DM 565,ol less charges
"restitution payment re Mrs.Margarete Ruppel less fees Dr.Landsberger & Horn"

Begünstigter / Beneficiary / Bénéficiaire / Beneficiario

Mr. Jack E.Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

auf sein Konto bei / in his account with / son compte auprès de / suo conto presso:
Hatboro Office, S.York Rd.,
Hatboro, Pa.

Beauftragte Bank / Paying bank / Banque chargée de l'ordre / Banca incaricata:
The Philadelphia National Bank
Philadelphia

Konto / Reimbursement / Compte / Conto — No.

Hochachtungsvoll / Yours truly / Vos dévoués / Distinti saluti

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

CK

RECEIVED

7753 Washington Lane

Elkins Park, Pa. 19117
5. Sept. 1972

Dres. Landsberger & Horn
1 Berlin 12 (Charlottenburg
Schluesterstr. 53

Sehr geehrte Herren,

Ihr Schreiben vom 30.8.72 traf heute hier ein, und ich habe sogleich die gewuenschte zusaetzliche eidesstattliche Versicherung notarisieren lassen, die ich mit einem Durchschlag fuer Ihre Akten hier beilege.

Bezueglich eines weiteren Unkostenvorschusses, diesmal von meinem Bruder, werden Sie wohl verstehen koennen, dass ich ihn nicht bitten werde, eine Zahlung einzugehen, für die er sich meiner Meinung nach nie verpflichtet hat und von deren Existenz weder er noch ich informiert waren. Ich moechte wiederholen, dass ich annehme, die von mir vorgeschossenen M 500.-, die, falls ich richtig informiert bin, beinahe zeimal den von Ihrem Bureau sonst verlangten Betrag darstellen, sind genuegend zur Deckung Ihrer unmittelbaren Unkosten in diesem Fall.

Mit besten Gruessen

Ihr

(Jack A. Ruppel)

Beilagen

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

12. Juli 1970

Sehr geehrte Herren:

Im Nachgang zu meinem gestrigen Schreiben moechte ich heute noch auf einen anderen unerledigten Fall zurueckkommen, naemlich die Medikamenten-Entschaedigung, derentwegen sich das Entschaedigungsamt vor einiger Zeit an Sie gewandt hatte. Ich wollte Sie seinerzeit nicht mit dieser Bagatelle behelligen, aber da Sie nun einmal sich mit der Renten-Frage befasst haben, moechte ich Sie doch bitten, auch die Abwickelung der Medikamenten-Rechnungen zu uebernehmen, nachdem nun die Frage der Erbschaftsfolge geklaert ist.

Die Unterlagen waren von mir Ende Januar 1969 an das Entschaedigungsamt durch das New Yorker Konsulat eingesandt, wie das Entschaedigungsamt es

vorgeschlagen hatte. Der Gesamtbetrag belaeuft sich nach meinen Aufzeichnungen auf $ 421.25, und ich habe noch nichts von Berlin darueber gehoert. Es scheint mir nun, dass sie moeglicherweise auf Angabe der Adressen der Erben warten, und es waere vielleicht einfacher, dies ebenfalls durch Sie zu tun. Falls Sie einverstanden sind, moechte ich Sie bitten, das Amt an die Erledigung zu erinnern und nach Eingang der Zahlung Ihre Gebuehren zurueckzuhalten und den Restbetrag zu gleichen Teilen fuer meinen Bruder und mich an die gestern genannten zwei hiesigen Banken einzusenden.

Mit bestem Dank und frdl.Gruessen

Ihr

Jack Ruppel

Landsberger-Horn

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

1.7.1972
kl/w

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. /USA

Betr.: Beweissicherungs- und Feststellungswerfahren
nach Jhrer Frau Mutter

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Wir bestätigen Jhnen dankendden Empfang Jhres Schreibens nebst den unterzeichneten Formularen und Jhrer Vollmachten.

Wegen des Vorfalls Loose haben wir den Zeitpunkt um etwa 1936 angegeben, Es ist übrigens nicht so wichtig, ob der Vorfall in dem einen oder dem anderen Jahr erfolgte; die Hauptsache ist, dass der Vorgang sich während der Hitlerzeit abgespielt hat.

Die Mietbeträge wegen Haupthaus Friedrichstrasse 7 und Klinikgebäude haben wir noch einmal nachgeprüft; in der Tat sind die Zahlen umzudrehen, und das haben wir vorgenommen.

Um dem strengen Blick des Beamten, den Sie vor sich sehen, zu genügen, haben wir die beiden Fehler verbessert. Ganz so streng ist übrigens die Beamtenschaft seit 1945 nicht mehr.

Wir werden Sie weiter auf dem laufenden halten und grüssen Sie für heute

verbindlichst

Rechtsanwälte
Dr.Landsberger undHorn
durch

Rechtsanwlt

Entwurf der eidesstattlichen Versicherung

An das
Amtsgericht Zehlendorf

1 B e r l i n 37
Argentinische Allee 4 - 6

Aktenzeichen: 61 VI 493/72

In der Erbschaftsangelegenheit nach der verstorbenen Frau Margarete Ruppel geb. Simson hatte ich am 25. Januar 1972 eine eidesstattliche Versicherung zum Zwecke der Erteilung eines Erbscheins abgegeben. Diese eidesstattliche Versicherung ergänze ich dahin, daß die Erblasserin keine anderen letzwilligen Verfügungen hinterlassen hat, als diejenige vom 24. 11. 1954. In diesem Testament ist Testamentsvollstreckung angeordnet. Ich versichere an Eides Statt, daß mir nichts bekannt ist, was der Richtigkeit der vorstehenden Angaben entgegensteht.

................., den............

....

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 30. August 1972
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

USA

Betr.: Beweissicherungs- und Feststellungsverfahren

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Infolge der Urlaubszeit komme ich erst heute auf Ihr Schreiben vom 18. Juli 1972 zurück. Vorweg möchte ich bemerken, daß die Anträge bereits im Juni dem Ausgleichsamt Zehlendorf eingereicht worden sind. Das Aktenzeichen für Sie lautet: A 10/ BF 6541 USA, das Aktenzeichen für Ihren Herrn Bruder lautet: A 10/ BF 6542 USA.

Sie brauchen nicht zu befürchten, daß Sie, wie Sie sich ausdrücken "als letzten die Hunde beißen". Die Durchführung der Sache wird in jedem Falle leider längere Zeit benötigen. Die Anträge mußten sorgfältig vorbereitet werden, damit nicht zeitraubende Rückfragen erfolgen.

Wir hatten bei dem Amtsgericht Zehlendorf einen Erbschein nach Ihrer verstorbenen Frau Mutter beantragt. Sie hatten hierfür früher eine eidesstattliche Versicherung abgegeben. Das Gericht wünscht noch eine Ergänzung dieser eidesstattlichen Versicherung vor einem dortigen Notar, und zwar in der Richtung, ob Ihre Frau Mutter noch andere Testamente hinterlassen hat, ferner, daß Testamentsvollstreckung angeordnet ist. In der Anlage füge ich Ihnen den Entwurf einer solchen eidesstattlichen Versicherung bei, die Sie vor einem dortigen Notar vollziehen wollen. Ich habe hier angenommen, daß Ihre Frau Mutter keine anderen letzwilligen Verfügungen hinterlassen.*Andernfalls müßsen Sie diese angeben.

hat

Was schließlich die Honorarangelegenheit angeht, so

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62

POSTSCHECKKONTO BERLIN WEST 173 81

BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179

haben Sie unsere Vereinbarung richtig wiedergegeben und Sie haben auch die Überweisung von 500,-- DM vorgenommen, aber unsere Abrede betraf jeden der einzelnen Berechtigten. Es sind ja hier getrennte Ansprüche für verschiedene Erben geltendzumachen und wir wünschen von jedem der Erben angesichts der umfangreichen Vorarbeiten eine a conto Zahlung von 500,-- DM, die wir nunmehr auch von Ihrem Herrn Bruder erbitten. Wir dürfen Sie bitten, bei Ihrem Herrn Bruder das Erforderliche zu veranlassen.

Ihrer eidesstattlichen Versicherung sehe ich entgegen und grüße Sie für heute

verbindlichst

Rechtsanwalt

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa.19117

11. July 1970

Dres. Landsberger & Horn
1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Schluesterstrasse 53

Sehr geehrte Herren:

Soeben erhielt ich von meinem Bruder Ihr Schreiben vom 2.7.70 bezueglich Disposition von angefallenen Entschaedigungsrenten fuer unsere verstorbene Mutter.

Wir danken Ihnen fuer die Erledigung und sind selbstverstaendlich mit Ihrem Vorschlag zur Regelung der Ueberweisung undBehandlung sowie Betrag Ihrer Gebuehren einverstanden.

Wollen Sie bitte die Ueberweisungen wie folgt vornehmen:

Fuer meinen Bruder, ~~anx~~ die folgende Bank:
Marine Midland Trust Co. of Central N.Y.
Shoppingtown Office
Shoppingtown
De Witt = Syracuse, N.Y.

Fuer meinen Anteil:
Philadelphia National Bank
Hatboro Office
S. York Rd.
Hatboro, Pa.

Wie ich auf dem Weg ueber New York City hoere, sind in Deutschland Bestrebungen im Gange, die Ostzonen-Wiedergutmachungs-Bedingungen zu liberalisieren. Ich nehme an, dass Sie mich benachrichtigen werden, falls die Entscheidung aussichtsreich fuer unseren Fall werden sollte. Wir moechten dann natuerlich Ihre Hilfe dabei in Anspruch nehmen.

Wie die Dinge augenblicklich liegen, bitten wir, Ihre Korrespondenz wieder an mich direkt hier in Elkins Park zu richten; ich werde fuer die naehere Zukunft voraussichtlich hier zu erreichen sein, da meine Reisetaetigkeit vorlaeufig beendet ist.

Mit freundlichen Gruessen, auch von meinem Bruder,

Ihr

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
RUF: 8 81 29 78

17. August 197o
lu/lz

Herrn
Jack E. R u p p e l

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa 19117 / USA

Betr.: Entschädigung Ihrer verstorbenen Frau Mutter,
- Heilverfahrenskosten -

Sehr geehrter Herr Ruppel !

In der obenbezeichneten Angelegenheit kommen wir auf Ihr Schreiben vom 12. Juli 1970 zurück und dürfen Ihnen nur der Ordnung halber mitteilen, daß wir bisher nicht mit der Regulierung der Heilverfahrenskosten, insbesondere der Erstattung derselben zu Lebzeiten Ihrer Frau Mutter befasst haben.

Entsprechend Ihrem Wunsche jedoch sind wir bei dieser Abteilung des Entschädigungsamts jetzt vorstellig geworden, die sich auf unsere Anregung hin die Rentenakte heranziehen wird, um auch hinsichtlich der Heilverfahrenskosten das festgestellte Erbrecht zu übernehmen, sodaß dann die Erstattung dieser geringfügigen Aufwendungen erfolgen kann.

Wir haben bei dieser Gelegenheit Einblick in die ärztliche Beurteilung der Erstattungsfähigkeit der von Ihnen eingereichten Rechnungen nehmen können und haben festgestellt, daß geringfügige Abstriche erfolgen müssen, da erstattungsfähig nur die Beträge sind, die im Zusammenhang mit dem anerkannten Leiden, nämlich dem Bluthochdruckleiden stehen. Offenbar sind in den von Ihnen eingereichten Rechnungen Honorare von Arztkonsulationen oder Medikamente enthalten, die sie für andere nicht direkt anerkannte Verfolgungsleiden aufgewendet haben, und nicht erstattungsfähig sind. Es wird sich hierbei aber auch nur um geringfügige Abstriche handeln. Wir werden Ihnen wieder berichten, sobald uns die entsprechende Benachrichtigung des Entschädigungsamts zugeht.

Mit den besten Grüßen, auch an Ihren Herrn Bruder,

Ihre
Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Horn

Rechtsanwalt

Vor mir, dem unterzeichneten Notar Hayes Rainier, erschien heute Herr Jack A. Ruppel, 7753 Washington Lane, Elkins Park, Pa. 19117, von Person bekannt, und erklaerte an Eides Statt folgendes:

In der Erbschaftsangelegenheit nach der verstorbenen Frau Margarete Ruppel geb. Simson -Aktenzeichen des Amtgerichts Zehlendorf: 61 VI 493/72 - hatte ich am 25. Januar 1972 eine eidesstattliche Versicherung zum Zwecke der Erteilung eines Erbscheins abgegeben. Diese eidesstattliche Versicherung ergaenze ich dahin, dass die Erblasserin keine andere letztwilligen Verfuegungen hinterlassen hat als diejenige vom 24.11.1954 . In diesem Testament ist Testamentsvollstreckung angeordnet. Ich versichere an Eides Statt, dass mir nichts bekannt ist, was der Richtigkeit der vorstehenden Angaben entgegensteht.

Das Protokoll wurde dem Erschienenen vorgelesen, von ihm genehmigt und unterschrieben:

Eidesstattliche Versicherung

An das
Amtsgericht Zehlendorf

1 Berlin 37
Argentinische Allee 4 - 6

Aktenzeichen: 61 VI 493/72

In der Erbschaftsangelegenheit nach der verstorbenen Frau Margarete Ruppel geb. Simson hatte ich am 25. Januar 1972 eine eidesstattliche Versicherung zum Zwecke der Erteilung eines Erbscheins abgegeben. Diese eidesstattliche Versicherung ergänze ich dahin, dass die Erblasserin keine anderen letztwilligen Verfügungen hinterlassen hat, als diejenige vom 24.11.1954. In diesem Testament ist Testamentsvollstreckung angeordnet. Ich versichere an Eides Statt, dass mir nichts bekannt ist was der Richtigkeit der vorstehenden Angaben entgegensteht.

Elkins Park, den ...September 1972

(Jack A. Ruppel)

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
RUF: 8 81 29 78

2.7.1970
lu/w

Herrn
Dr. Kenneth Ruppel

423 Buffington Rd.
De Witt 14 (Syracuse) N.Y./USA

Betr.: Entschädigungsrenten Jhrer verstorbenen Frau Mutter

Sehr geehrter Herr Dr. Ruppel!

Jn der obenbezeichneten Angelegenheit kommen wir auf unser Schreiben vom 9.5.1969 zurück und übersenden Jhnen nunmehr anliegend, nachdem das Erbrecht festgestellt wurde, die Ergänzungsbescheide des Entschädigungsamts vom 19.6.70 über die Gesundheitsschadens- und Berufsschadensrente, die Jhrer Frau Mutter noch zu Lebzeiten zugestanden hatten. Zweitexemplare dieser Bescheide fügen wir für Jhren Herrn Bruder ebenfalls bei.

Aus beiden Bescheiden hat sich eine Nachzahlung in Höhe von 800,56 DM errechnet, die wir nachgeprüft und in Ordnung befunden haben, so dass sich ein Rechtsmittel hiergegen erübrigt.

Die Nachzahlung wird in etwa 2 Wochen auf unserm Treuhandkonto eingehen.

Für unsere Bemühungen in dieser Sache gestatten wir uns, Jhnen und Jhrem Herrn Bruder ein Pauschalhonorar einschl. Auslagen in Höhe von 70.- DM zuzüglich der inzwischen in Kraft getretenen Mehrwertsteuer in Höhe von 3,86 DM, insgesamt also einen Betrag von 73, 86 DM in Vorschlag zu bringen und zu liquidieren. Wir dürfen Sie und Jhren Herrn Bruder um Zustimmung hierzu und auch um Jhr Einverständnis bitten, dass wir diesen Betrag von der bei uns eingehenden Entschädigungssumme in Abzug bringen dürfen. Jn diesem Falle stünden Jhnen beiden dann noch ein Betrag in Höhe von 726,70 DM zur Verfügung. Bitte, teilen Sie uns mit, auf welche Konten wir diesen Betrag gegebenenfalls je zur Hälfte an Sie und an Jhren Herrn Bruder überweisen sollen.

Mit den besten Grüssen
Jhr

Horn

Rechtsanwalt

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
RUF: 8 81 29 78

14.9.70
lu/si

Herrn
Jack E. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa 19117/USA

Betr.: Entschädigung Ihrer verstorbenen Frau Mutter,
- Heilverfahrenskosten -

Sehr geehrter Herr Ruppel!

In der obenbezeichneten Angelegenheit kommen wir auf unser Schreiben vom 17.8.1970 zurück und können Ihnen heute die erfreuliche Mitteilung machen, daß das Entschädigungsamt die erstattungsfähigen Kosten entsprechend der anliegenden Kostenzusammenstellung vom 5.8.1970 für den Zeitraum vom 2.1.1968 bis zum 6.1.1969 im wesentlichen anerkannt und hierfür eine Entschädigung in Höhe von 1.235,52 DM festgesetzt hat.

Wegen der geringfügigen Abstriche dürfen wir auf die Erleuterung des Entschädigungsamts auf dem Blatt 2 der Kostenzusammenstellung aufmerksam machen. Wir hatten Ihnen ja bereits in dem letzten Absatz unseres Schreibens vom 17.8.1970 hiervon Mitteilung gemacht, und wir sind der Auffassung, daß hiergegen nichts einzuwenden ist.

Die einzelnen Positionen insbesondere die vorgelegten Rechnungen können wir natürlich auf ihre Vollständigkeit hier nicht überprüfen insbesondere auch nicht hinsichtlich des Zeitraumes vom 2.1.68 bis zum 6.1.69. Sie werden dies sicher aber von dort aus genau feststellen können. Sollten Sie der Meinung sein, daß die eine oder andere Rechnung nicht entsprechend aufgeführt oder berücksichtigt worden ist, so dürfen wir Sie bitten, uns zu benachrichtigen, und uns zu informieren, ob und ggf. welche Schritte von uns nachträglich hier noch eingeleitet werden müssen.

Der Entschädigungsbetrag in Höhe von 1.235,52 DM ist inzwischen auf unserem Treuhandkonto eingegangen. Für unsere Bemühungen gestatten wir uns IHnen und Ihrem Herrn Bruder

ein Pauschalhonorar einschließlich aller Auslagen in Höhe von 100,-- DM zuzüglich der inzwischen in Kraft getretenen Mehrwertsteuer in Höhe von 5,50 DM in Vorschlag zu bringen und zu liquidieren. Wir dürfen Ihr Einverständnis wie früher voraussetzen, daß wir dieses Honorar von der bei uns eingegangenen Entschädigungssumme in Abzug bringen dürfen und haben den dann noch verbleibenen Betrag je zur Hälfte auf Ihr Konto und auf das Konto Ihres Herrn Bruder überweisen lassen, wie Sie uns mit Ihrem Schreiben vom 11.7.70 mitgeteilt haben.

Sofern von Ihrer Seite aus Beanstandungen gegen die Berechnung und Festsetzung nicht erhoben werden, dürfen wir davon ausgehen, daß dann die Entschädigungsansprüche nach Ihrer verstorbenen Frau Mutter in vollem Umfange abgewickelt sind, Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns dies der Ordnung halber bestätigen würden, damit wir alsdann unsere Akten abschließen und weglegen können.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn durch:

Rechtsanwalt

Entschädigungsamt Berlin
GeschZ.: **II A** 54

Reg.Nr.: 74 298

Über ~~Zustellungs~~-Bevollmächtigten

Über Abholfach

Zugestellt mit Empfangsbekenntnis – ~~Einschreiben mit Rückschein~~ – ~~Zustellungsersuchen Ausland~~

Berlin 30, den 18. Juni 1970

Postanschrift:
1 Berlin 30, Potsdamer Straße 186

Dienstsitz:
Berlin 30 (Schöneberg), Potsdamer Str. 186

Fernruf: 71 05 11, App.: 293 Zim.: 425

Sprechzeit: Dienstag von 8.30 bis 14 Uhr

Herrn
Rechtsanwalt & Notar
Dr. Kurt Landsberger
1 Berlin 12

2 3. JUNI 1970

Bescheid

Der Bescheid vom 15. November 1968 wegen **Schadens im beruflichen Fortkommen,**

~~Hinterbliebene(r)*~~:

Verfolgte(r)*: Ruppel geb. Simson, Margarete,

geboren am 1. 4. 1890 in Gotha,

~~wohnhaft in~~ verstorben am 7. 1. 1969,

Erben:
a) Jack A. Ruppel, wohnhaft: Elkins Park, Penna.
b) Dr. Kenneth W. Ruppel, wohnhaft: Port Byron, N.Y./USA

wird – unter Aufrechterhaltung im übrigen – nach §~~§ 206, 206 a – 125 a i. V. m. §§ 85 – 95 – 97~~* 81 des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559 / GVBl. S. 764) in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG-SG) vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1315 / GVBl. S. 1258) und der Dritten Durchführungsverordnung (3. DV-BEG) in der jeweils geltenden Fassung wie folgt geändert:

I. Die Leistungen werden für die Zeit vom 1.7.68 bis 31.1.1969 ~~an~~ neu festgesetzt. ~~Es wird eine laufende Rente für die Dauer der Verhältnisse, die der Berechnung zugrunde gelegt sind, von monatlich DM gewährt.~~

Die Berechnung ergibt sich aus der Anlage, die Bestandteil des Bescheides ist.

II. Die im Zuge der Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung bewirkten Leistungen werden nach § 10 BEG angerechnet.

III/

Der Widerruf dieses Bescheides – ~~Vergleiche~~ und die Rückforderung von bewirkten Entschädigungsleistungen bleiben für den Fall vorbehalten, daß sich die Erbberechtigung anderer Personen allein oder neben dem (den) Antragsteller(n) ergibt.

~~Sollte der Rentenzahlungsgrund vorzeitig entfallen, bleibt die Rückforderung des Restbetrages vorbehalten.~~

* Nichtzutreffendes streichen

Entsch 716 b — Änderungsbescheid - Berufsschadensrente — Reinschrift (Blatt 1)
Mat. 1054. A 4. 6000. 3. 69

Begründung

~~Die Rente war neu festzusetzen, weil sich die auf diese Leistung anzurechnenden Bezüge der (des) Berechtigten in ihrer Höhe geändert haben.~~

~~Die Änderungen sind rechtzeitig – verspätet – mitgeteilt worden.~~

Der am 7.1.69 verstorbenen Rentenberechtigten stand gemäß der 8. Änd. VO zur 3. DV-BEG noch die gesetzliche Rentenerhöhung bis zum Ablauf des Sterbemonats zu.

~~Das Wirksamwerden der Neufestsetzung(en) ergibt sich aus der nachstehend mit einem Kreuz (×) gekennzeichneten Erläuterung.~~

a		Die Erhöhung der Rente wird nach § 27 Abs. 1 der 3. DV vom Ersten des Monats an wirksam, der dem Monat folgt, in dem die Verhältnisse sich geändert haben.
b		Die Minderung oder Entziehung der Rente wird nach § 27 Abs. 2 Satz 1 der 3. DV mit Ablauf des auf die Zustellung des Bescheides folgenden Monats wirksam.
c		Die Rentenminderung war nach § 27 Abs. 2 der 3. DV wegen verspäteter Mitteilung der Veränderung(en) im Interesse der Gleichbehandlung aller Berechtigten rückwirkend vorzunehmen.
d		Auf Grund des Leistungsvorbehalts (§ 177 a BEG) war die Rente rückwirkend neu festzusetzen.
e		In den Fällen der §§ 141 d–k BEG wird die Rentenänderung nach § 206 a BEG rückwirkend wirksam.

Rechtsmittel

Der (Die) Antragsteller(in) kann gegen das Land Berlin, vertreten durch ~~den Senator für Inneres, dieser vertreten durch den Direktor des Entschädigungsamts~~ das Entschädigungsamt, nur insoweit Klage erheben, als der vorstehende Bescheid von dem abgeänderten Bescheid abweicht.

Die Klage ist innerhalb einer Frist von 3 – sofern der (die) Kläger(in) im außereuropäischen Ausland wohnt, von 6 – Monaten seit der Zustellung dieses Bescheides beim Landgericht Berlin – Entschädigungskammern –, 1 Berlin 20 (Spandau), Altstädter Ring 7, einzureichen.

Die Klageschrift muß die Bezeichnung des Gerichts und der Parteien, die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag und die erforderlichen Beweismittel enthalten und von dem (der) Kläger(in) oder seinem (ihrem) Bevollmächtigten unterschrieben sein.

Die Klageschrift ist in **doppelter Ausfertigung** einzureichen.

Im Verfahren vor dem Landgericht besteht kein Anwaltszwang.

ENTSCHÄDIGUNGSAMT BERLIN · 15 ·

Im Auftrage

Rieicke

Entsch II A 54

Reg.Nr.: 74 298

Anlage zum Bescheid

Rentenberechnung

1. **Rente:**

vom	bis	Monate	monatlich DM	25 v. H. nach § 141 e BEG DM	DM	DM
1.7.68	31.1.69	7	473.-	119.-	-	833.-

Zusammen: 833.-

2. **Anrechnung:**

vom	bis	Monate	monatlich DM	DM
1.7.68	31.1.69	7	114.-	798.-

798.-

verbleiben – ~~Überzahlt~~: 35.-

3. **Verrechnung der Überzahlung:**

4. Hiervon werden wegen der für die Zeit vom bis gewährten auf Grund des hier vorliegenden Ersatzanspruchs nach § an das / den

gezahlt: 0.-

verbleiben: 35.-

5. Von diesem Betrag werden wegen vorliegender Abtretungen, Pfändungen usw. einbehalten: -0-

bleiben zu zahlen: 35.-

6. Dieser Betrag wird auf das dem Entschädigungsamt mitgeteilte Konto überwiesen.

7. ~~Die Rente von DM wird vom 1. 196 an laufend monatlich im voraus gezahlt.~~

Entsch 716 c / 724 d / 733 d — Zusatz-Berechnungsblatt zu den Rechnungsänderungsbescheiden

Elkins Park, Pa. 19117
19.9.1970

Sehr geehrte Herren:

Ich danke Ihnen fuer Ihr Schreiben vom 14.9. betreffend der Abwickelung der Heilverfahrenskosten fuer unsere Mutter. Es scheint mir ebenso wie Ihnen, nicht wert, weitere Schritte wegen der Abzuege in die Wege zu leiten, und ich bin deshalb dafuer, diese Sache auf sich beruhen zu lassen und nehme an, dass Ihre Ueberweisungen an meinen Bruder und mich uns bald erreichen werden.

Mit Ihrer Regelung fuer Honorarberechnung und Methode der Zahlung sind wir selbstverstaendlich einverstanden.

Wie ich von New York hoere, sind Bemuehungen im Gange, die Ostzonen-Wiedergutmachung wieder auf eine breitere Basis zu stellen, und ich hoffe, dass diese Angelegenheit noch einmal bald wieder aufgenommen werden kann. Ich bitte Sie deshalb, die Akten bis auf weiteres noch nicht abzuschliessen und wegzulegen.

Mit besten Gruessen

Jack A. Ruppel

Beschwerdeausschuß
beim Senator für Finanzen – Landesausgleichsamt –

BERLIN

Übersendung geschieht
zum Zwecke der Zustellung

Senator für Finanzen Nürnberger Straße 53-55 1000 Berlin 30 (nur Postanschrift)

Ausfertigung für

Frau
Gertrud Hess
Northwood, Middlesex HAG 3, DA
Westburg Rd.
England

Geschäftszeichen (bitte immer angeben)
V C 6/BA I BF (EF) 276/75
Dienstgebäude: Berlin-Charlottenburg,
Fasanenstraße 7-8

Zimmer
220

Fernsprecher (0 30) 24 01 11 <21 23-1>

Apparat (intern 982)
202

Datum Ausgefertigt am
18. November 1976

Zutreffendes ist angekreuzt oder eingesetzt

Beschluß

In der Sache ~~des~~/der Antragsteller/~~xin~~
1) Herrn Dr. Kenneth Ruppel, 423 Buffington Rd., De Witt, N.Y.
2) Herrn Jack A. Ruppel, 7753 Washington Lane, Elkins Park, PA 19171

— beteiligt:
1) Herr Curt Julius Simson, 205 West End Ave., New York, N.Y. 10023
2) Frau Gertrud Hess geb. Simson, Northwood, Middlesex HAG 3, DA Westburg Rd., England

Bevollmächtigte für Antragsteller und Beteiligte:
~~Bevollmächtigte~~ Herren Rechtsanwälte und Notare Dr. Kurt Landsberger und Hans-Joachim Horn, Schlüterstr. 53, 1000 Berlin 12

hat der Beschwerdeausschuß auf die Beschwerde ~~des~~/der vom 13. Mai 1975

[X] Antragsteller/~~xin~~ [ ] Vertreters der Interessen des Ausgleichsfonds/des Bundesinteresses

gegen den Bescheid des Ausgleichsamtes Berlin-Zehlendorf
vom 19.März 1975 Geschäftszeichen A 10/EF 4241 BF
über die einheitliche Feststellung von Vermögensschäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) bei Beteiligung mehrerer unmittelbar Geschädigter

und den Bescheid
vom Geschäftszeichen
über

in seiner Sitzung am 15. November 1976
an der teilgenommen haben, Herr Oberreg.-Rat Dr. Begerow als Vorsitzender,
Herr Runge als Beisitzer,
Herr Langholz als Beisitzer,

beschlossen:

A. Entscheidung

[ ] Die Beschwerde wird als [ ] unzulässig verworfen [ ] unbegründet zurückgewiesen.

[X] Der angefochtene Bescheid wird ~~aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung an das Ausgleichsamt zurückverwiesen.~~ wie folgt geändert:

Es wird festgestellt, daß 1. ein Kaufpreis von 1.008,33 RM in die freie Verfügung der Verfolgten Margarete Ruppel geb. Simson gelangt ist (Abschnitt B Ziff. 5a des Bescheides) und 2. wegen anteiligen Entziehungsschadens an Grundvermögen in Höhe von 20.700 RM eine Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz in Höhe von 2.916,90 DM gewährt worden ist (Abschnitt B Ziff. 5b)

Bitte wenden

Zu Ihrer Erleichterung vorgelocht

Fin LA 12 — Beschluß BA Mat. 1172 3000. 6. 76

☐ Unter Aufhebung des angefochtenen Bescheids wird der Antrag abgelehnt.

Der angefochtene Bescheid wird

☐ aufgehoben und durch folgende Entscheidung ersetzt: ☐ wie folgt geändert:

Das Verfahren ist gebührenfrei.

☐ Die Zuziehung eines Bevollmächtigten zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung für das Beschwerdeverfahren war notwendig. Die Kosten der Vertretung trägt insoweit das Land Berlin.

Der Streitwert beträgt

☐ Die Kosten seiner Vertretung trägt der Antragsteller.

☐ Über die Kosten wird nach Abschluß des Verwaltungsverfahrens entschieden.

B. Begründung siehe Anlage

C. Rechtsmittelbelehrung

☒ Gegen diesen Beschluß kann binnen eines Monats nach Zustellung, vom Vertreter ~~der Interessen des Ausgleichsfonds~~ des Bundesinteresses binnen eines Monats nach Bekanntgabe, Anfechtungsklage bei dem Verwaltungsgericht Berlin, 1 Berlin 12, Hardenbergstraße 21, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten; die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

☐ Die Anfechtungsklage hat aufschiebende Wirkung.

☐ Die Anfechtungsklage hat, soweit sie sich auf Änderungen zugunsten des Berechtigten bezieht, aufschiebende Wirkung, soweit sie sich auf Änderungen zuungunsten des Berechtigten bezieht, keine aufschiebende Wirkung.

☐ Hinsichtlich des Rückforderungsbescheides hat die Anfechtungsklage aufschiebende, hinsichtlich des Verrechnungsbescheides keine aufschiebende Wirkung.

☐ Ein Rechtsmittel ist nur insoweit gegeben, als in dem zugrunde liegenden Bescheid des Ausgleichsamtes und in diesem Beschluß Änderungen ausgesprochen wurden.

☐ Ein Rechtsmittel ist nicht gegeben,

a) soweit durch vorangegangene Bescheide, deren festgestellte Beträge in dem diesem Beschluß zugrunde liegenden Feststellungsbescheid oder in diesem Beschluß lediglich wiederholt sind, bereits entschieden ist,

b) soweit die in dem zugrunde liegenden Bescheid des Ausgleichsamtes oder in diesem Beschluß neu festgestellten Beträge der für die Schadensfeststellung verbindlichen, vom Finanzamt bei der Veranlagung zur Vermögensabgabe getroffenen Schadensberechnung entnommen sind,

c) wenn auch bei erfolgreicher Durchführung des Rechtsmittelverfahrens höhere Ausgleichsleistungen nach den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes nicht gewährt werden könnten (§ 344 in Verbindung mit §§ 245 ff des Lastenausgleichsgesetzes).

☒ Ein von einem Beteiligten eingelegtes Rechtsmittel wirkt für und gegen alle übrigen Beteiligten.

☐ Gegen diesen Beschluß ist ein Rechtsmittel nicht gegeben.

DER SENATOR FÜR FINANZEN BERLIN KANZLEI (Siegel)

Dr. Begerow
(Unterschrift)

Runge
(Unterschrift)

Langholz
(Unterschrift)

Ausgefertigt

Je eine Ausfertigung dieses Beschlusses erhalten die im Beschluß Genannten.

Bö

Anlage zum Beschluß vom 15. November 1976

Das Ausgleichsamt hat im Bescheid über die einheitliche Schadensfeststellung vom 19. März 1975 u.a. für die in den USA am 7. Januar 1969 verstorbene unmittelbar Geschädigte Margarete Ruppel einen Entziehungsschaden an einem Zweifamilienhaus,ausschließlich Gartenland in Gotha, Friedrichstr. 19, nach den Bestimmungen des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes (BFG) in Höhe von anteilig 20.700,-- RM festgestellt.
In Abschnitt B Ziffer 5 a des Bescheides ist festgestellt, daß im Wege des Transfers ein Betrag von 16.666,67 RM in die freie Verfügung der unmittelbar Geschädigten gelangt ist. Dabei ist das Ausgleichsamt davon ausgegangen, daß entsprechend ihrem Anteil an dem Grundbesitz 1/3 eines Teilbetrages von 50.000,-- RM des Gesamtkaufpreises von 73.000,-- RM = 16.666,67 RM zum Transfer freigegeben worden sind.
Gegen die Anrechnung dieses zum Transfer freigegebenen Betrages von 16.666,67 RM richtet sich die fristgerecht eingelegte Beschwerde, zu deren Begründung die Beschwerdeführer vortragen, der seinerzeit transferierte Betrag stamme nicht aus dem Verkaufserlös des oben erwähnten Grundstücks, sondern aus dem Verkauf des Grundstücks Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 16. Dieses Grundstück sei nicht Gegenstand des lastenausgleichsrechtlichen Feststellungsverfahrens.
Wegen der Einzelheiten des Vorbringens der Beschwerdeführer wird auf die Schriftsätze der Bevollmächtigten vom 13. Mai und 19. August 1975 Bezug genommen.

Der Bescheid war in dem sich aus dem Tenor des Beschlusses ergebenden Umfange zu ändern.
Das Ausgleichsamt hat zutreffend entschieden, daß der transferierte Betrag aus dem Verkaufserlös des Grundstücks Gotha, Friedrichstr. 19, stammt. Die Transferierung des Kaufpreises für das Grundstück Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str.16, war aus tatsächlichen Gründen ausgeschlossen. Aus den Gründen des in der Rückerstattungssache am 11. Mai 1951 ergangenen Beschlusses der 44. Zivilkammer (Wiedergutmachungskammer) des Landgerichts Berlin ergibt sich, daß der auf die unmittelbar Geschädigte entfallende anteilige Kaufpreis von 40.000,-- RM auf ihr Auswanderersperrkonto bei der Deutschen Bank, Gotha, eingezahlt wurde. Durch den Beschluß wurde die unmittelbar Geschädigte verpflichtet, Ansprüche gegen das Reich oder wen auch immer wegen des nicht erlangten Kaufpreises an die Rückerstattungsverpflichtete abzutreten. Dieser Verpflichtung ist sie mit der Abtretungserklärung vom 7. Oktober 1952 nachgekommen. In der Erklärung wird eindeutig dargelegt,

daß das Kaufgeld von 40.000,-- RM vom Finanzamt Gotha beschlagnahmt und eingezogen wurde. Dies stimmt auch mit den späteren Antragsangaben der Beschwerdeführer überein. Dementsprechend hat das Entschädigungsamt dieses Kaufgeld weder bei der Entschädigung der Sonderabgaben noch bei der Abgeltung des Transferverlustes berücksichtigt. Dem Vorbringen der Beschwerdeführer, der seinerzeit transferierte Betrag betreffe nicht das Grundstück in Gotha, Friedrichstt. 19, konnte daher nicht gefolgt werden.
Aus der vom Ausgleichsamt beigezogenen Entschädigungsakte (Reg.Nr. 74298) ergibt sich aber, daß Beträge nach England transferiert worden sind. Das Entschädigungsamt ist davon ausgegangen, daß die unmittelbar Geschädigte für einen aufgewendeten Betrag von 40.000,-- RM den Gegenwert von 2.420,-- RM zur freien Verfügung erhalten hat, so daß noch 37.580,-- RM Transferverlust zu entschädigen waren.
Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 1. Juli 1965 (Az: III C 3.73) ist der von einem Sperrkonto zum Transfer freigegebene Betrag nur insoweit in die freie Verfügung gelangt, wie der Verfolgte ihn bei Durchführung des Transfers sinnvoll wirtschaftlich hätte nutzen können. Dies ist im vorliegenden Fall nur hinsichtlich des Betrages von 2.420,-- RM möglich gewesen. Das sind 6,05 % des Transferbetrages. In dem Transferbetrag von 40.000,--RM sind (1/ 3 von 50.000,-- RM Kaufgeld =) 16.666,67 RM Kaufpreis enthalten. Die unmittelbar Geschädigte hat also (6,05 % von 16.666,67 RM =) 1.008,33 RM zur freien Verfügung erhalten, die nach § 6 Abs. 2 der 11. LeistungsDV-LA vom Schadensbetrag (§ 245 Lastenausgleichsgesetz - LAG -) abzusetzen sind.

Andererseits ist die Hauptentschädigung gemäß § 250 Abs. 2 Nr. 1 LAG um den Betrag zu kürzen, den die unmittelbar Geschädigte im Entschädigungsverfahren durch Vergleich vom 27. November 1961 für den Transferverlust erhalten hat. Da der Anteil des Kaufpreises von 16.666,67 RM an dem Transferbetrag von 40.000,-- RM 41,67 % beträgt, ist die Transferentschädigung in Höhe von (41,67 % von 7.000,-- DM Transferentschädigung =) 2.916,90 DM von dem Hauptentschädigungsbetrag abzuziehen.
Unter Abänderung des angefochtenen Bescheides wird festgestellt, daß

1. ein Kaufpreisbetrag von 1.008,33 RM in die freie Verfügung der Verfolgten gelangt ist (Abschnitt B Ziffer 5 a des Bescheides) und
2. wegen anteiligen Entziehungsschadens an Grundvermögen in Höhe von 20.700,--RM eine Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz in Höhe von 2.916,90 DM gewährt worden ist (Abschnitt B Ziffer 5 b).

Da für den Beschwerdeausschuß wegen der weiteren geltend gemachten Schäden nicht übersehbar ist, ob sich die Änderung des Bescheides bei der Hauptentschädigung zugunsten der Beschwerdeführer auswirken wird, konnte eine Entscheidung über die Kostentragung noch nicht getroffen werden. Hierüber kann erst nach Abschluß des Hauptentschädigungsverfahrens entschieden werden.

Dr.Beg/Pi

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

21.2.1972

kl/w

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Herrn
Jack A.Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

Betr.: Ansprüche nach Jhrer Frau Mutter nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Aufgrund der Jnformationen, die wir inzwischen von Herrn Curt J.Simson und von Jhnen erhalten haben, konnten wir nunmehr die Formulare ausfüllen, Wenn auch hier und da noch einige Lücken vorhanden sind, so wollen wir nicht länger warten, damit das Verfahren in Gang kommt.

Jn der Anlage übermittle ich Jhnen die Formulare, die Sie bitte an den angekreuzten Stellen unterzeichnen wollen und mir alsdann zurücksenden. Einen Satz Formularefür Jhre Akten habe ich ebenfalls beigefügt. Das ist besser so, weil wir uns auf diese Weise schneller verständigen können, wenn uns die Behörde Auflagen macht. Auf ein langwieriges Verfahren müssen Sie sich allerdings von vornherein gefasst machen bei der Überfülle der Anträge, die in diesem Jahr eingehen werden.

Können Sie mir bitte noch zu dem Formular "Schaden anBetriebsvermögen" wegen des Jnstrumentariums sagen, wann Herr Dr. Loose unter Mitnahme des Jnstrumentariums ausgezogen ist? Evtl.müssten wir über diesen Vorgang noch eidesstattliche Versicherungen von Jhnen, Herrn Simson und auch evtl.von Herrn Rausch haben.

Mit freundlichen Grüssen
Jhr

Rechtsanwalt

P.S. Gleichzeitig bitte ich um Unterzeichnung und Rücksendung der anliegenden Vollmacht für das Erbscheinsverfahren.

D.O.

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

29.7.1971
kl/w

Herrn
Jack A.Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa.19117/USA

Betr.: Schäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungs-gesetz

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Nach Rückkehr von meinem Urlaub famd ich Jhr Schreiben vom 7.6.1971 vor und beeile mich, dieses zu beantworten.

Jch habe zunächst mit Bedauern ersehen, dass Sie erkrankt sind, und will gerne hoffen, dass Sie inzwischen Jhre Krankheit überwunden haben. Jn jedem Falle wünsche ich Jhnen aufrichtig weitere Genesung.

Aus unseren früheren Akten haben wir die Werte festgestellt, die ich Jhnen mit meinem Schreiben vom 29.8.1969 mitgeteilt hatte. Wegen der Grundstücke wird, sofern Sie keinerlei Unterlagen besitzen, nichts anderes übrig bleiben, als uns auf Zeugen zu berufen. Jch würde also empfehlen, dass Sie sich mit Zeugen, die Sie noch ausfindig machen können, in Verbindung setzen und deren Auskünfte herbeiziehen.

Das gleiche gilt für das ärztliche Jnventar. Vielleicht geben Sie mir hierüber erst eine genaue Darstellung, so dass es möglich ist, mit eidesstattlichen Versicherungen von Jhnen und Jhrem Herrn Bruder auszukommen.

Wegen der Beteiligung Jhrer Familie an den Simson-Werken muss ich mir über Frau Dr.Meyer noch nähere Aufklärung verschaffen. Mir ist aber noch aus dem Rückerstattungs-verfahren, das wir hier in Berlin geführt haben, in Erinne-rung, dass Jhre Familie früher bereits abgefunden war, so dass Alleinberechtigte die Herren Arthur und Julius Simson gewesen sind. Aber hierüber muss ich erst endgültige Ermittlungen anstellen.

Wegen der Höhe der Entschädigung schwanken die Bestimmungen. Nach der Auskunft, die ich heute von dem sogen.Ausgleichsamt erhalten habe, sind die Höchstbeträge für die Entschädigung in Fortfall gekommen. Entschädigt wird nach § 15a des Lastenausgleichsgesetzes; hier ist eine besondere Tabelle

auf-

aufgestellt. Es werden zunächst Grundbeträge errechnet und von den Grundbeträgen die Entschädigungssumme festgestellt. Man kann also im voraus nicht sagen, wie hoch sich die Entschädigung gestalten wird.

Wir hatten Sie mit Schreiben vom 29.8.1969 um einen Betrag von 500.- DM zur Deckung unserer Unkosten gebeten.

Wir grüssen Sie

verbindlichst

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

COPY

Notar

Dr. Kurt Landsberger
Hans-Joachim Horn
Rechtsanwälte

1 Berlin 12 (Charlottenburg), den
Schlüterstrasse 53.

6.1.1970.
hz/W

Herrn Manfred Hess

Betr: Jhr Lastenausgleichsverfahren

Sehr geehrter Herr Hess!

Jn der obigen Angelegenheit dürfen wir auf unsere früher geführte Korrespondenz zurückkommen. Jn diese Korrespondenz hat sich auch Herr Albert G. Hess eingeschaltet, so dass wir das beabsichtigte Beweissicherungs- und Feststellungsver-fahren hinsichtlich der Chemischen Fabrik Gustav Hess in Pirna nun mit Jhnen allen als ehemaligen Anteilsinhabern bzw. als Erben von Anteilen durchführen können.

Zur klärung der gesamten Situation haben wir zunächst einmal die gesamten Aken Hess daraufhin durchgesehen, inwieweit sie Angaben über die Fabrik enthalten. Bei dieser Durchsicht der Akten ist uns aufgefallen, dass sich die genaueren Beteiligungsverhältnisse nicht ganz klar ergeben. Insbesondere ist nicht ganz klar, inwieweit Herr Albert G. Hess letztendlich auch in die Fabrik als Teilhaber mit eingetreten ist. Auch die Höhe der einzelnen Anteile ist insbesondere nach dem Tode von Frau Hermine Hess nicht ganz eindeutig und klar.

Wir wollen es daher so halten, dass wir Jhnen die erforderlichen Antragsformulare überreichen und Sie bitten, diese soweit wie möglich selbst auszufüllen. Was von Jhnen offengelassen wird, werden wir anhand unserer Akten noch einfügen.

Die Formulare sind wie folgt zu benutzen:

Zunächst einmal das Hauptantragsformular ist von jedem unmittelbar Geschädigten, das sind die damals - und zwar zurzeit des Verkaufes der Firma - vorhandenen Anteilseigner der Firma, also Sie selbst, Jhre Schwester Frau Jlse Koston und Frau Hermine Hess, gegebenenfalls auch Albert G. Hess. Diese Antragsformulare sind von jedem Geschädigten auszufüllen, wobei bei dem Formular für Frau Hermine Hess als unmittelbar Geschädigter die Erben als Antragsberechtigte einzusetzen sind. Diese Antragsformulare sind von jedem Antragsteller in doppelter Ausfertigung einzusenden, sodass wir Sie bitten, ein Formular jeweils auszufüllen und zu unterschreiben, das Zweitformular nur zu unterschreiben.

Ebenso bitten wir, bei dem Beiblatt "Schäden an Betriebsvermögen" zu verfahren und bei dem Beiblatt "Schäden an Ansprüchen und Anteilsrechten", wobei für Jhren Fall die Nr. 4 in Betracht kommt. Für Sie selbst kommt dann noch der Verlust des Laboratoriums als ein "Schaden an Gegenständen, die für die

Ebenso...

Berufsausübung erfonderlich waren", in Betracht. Diesbezüglich haben wir 2 gesonderte Beiblätter für Sie selbst beigefügt.

Wenngleich nach der bisherigen Rechtslage im Rahmen der Beweissicherung und noch keine Hauptentschädigung erfolgt ist, werden wir bei Gelegenheit prüfen, ob sich für Jhren Fall evtl. nach dem neuen Reparationsschädengesetz eine Ausnahme ergibt.

Wir weisen noch darauf hin, dass auch im Rahmen der Beweissicherung und Feststellung eine Hauptentschädigung nach der neuesten Änderung des entsprechenden Gesetzes gezahlt werden kann, wenn in den letzten 3 Jahren vor Antragstellung das jährliche Einkommen nicht mehr als 8.000 DM betragen hat und wenn ausserdem ein versteuerbares Vermögen in Höhe von nicht mehr als 50.000 DM vorhanden war.

Wir hoffen, Jhnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben, und bitten Sie, von sich aus die Formulare für die übrigen Anteilseigner an die Betreffenden weiterzuleiten und unterschreiben zu lassen.

Wir verbleiben für heute mit den besten Wünschen für das Neue Jahr

Hochachtungsvoll

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn durch:

Rechtsanwalt

Antworten zu Jack A.Ruppel 8/5/75
Formblatt LA 15 - 72

2. Am Stichtag: Sunnyside, L.I., NY bis Juni 1950
6/50 - 10/63 : Elkins Park, Pa.
(10/11)Oktober/Nov. 63 Krankenhaus, Philadelphia, Pa.
11/63 bis 1/69 : Pflegeheime, Syracuse, N.Y.

8e. Zahlungsmittel u.lfde.Guthaben: Mutter war 1939 ausgewandert, mehr als 10 Jahre vor dem Stichtag.Sie hatte jahrelang in England mit meinem Bruder gelebt,der Student war, und hatte ihren Transfer verbraucht, sodass wohl kaum ein laufendes Guthaben bestand. Sie hat von ihrer Ankunft in USA bis zu ihrem Schlaganfall bei mir gewohnt. Die Antwort ist sonach : Kein Guthaben.

9. Witwe; kein Beruf.

11d. Alle US Staatsangehoerige. Mutter seit Juli 52, Kenneth , der gleichzeitig mit ihr ankam, um dieselbe Zeit; ich, Jack R., im Juli 1943.

17a. Ja.
b. Ja - Testament. Weitere Erben (Nacherben?) waren im Testament vorgesehen, im Falle dass die direkten Erben vor der Erblasserin versterben sollten; das war aber nicht der Fall.(Ich bin mir nicht klar, ob Nacherben demnach "eingesetzt"waren oder nicht).
c. Haelfte
d. Dr. Kenneth Ruppel, Syracuse,NY, geb.25.1.17;Haelfte.

Alle anderen von Ihnen angestrichenen Fragen sind negativ zu beantworten.

Antworten zum Ergaenzungsbogen A 10/BF 6541 USA :
Alle Antworten sind negativ; zum zweiten Teil von f): Die Sonderabgaben wurden einfach konfisziert; ich glaube das hiess"im Zuge der Arisierung".

Im uebrigen moechte ich auf meine Zusammenfassung im beiliegenden Begleitbrief hinfuegen.

EMPLOYEE STATEMENT *Supporting Petition for* ☐ REFUND or ☐ CREDIT of Wage Tax Withheld by Employer and filed by Employer as Agent for and on behalf of Employee	CITY OF PHILADELPHIA DEPARTMENT OF COLLECTIONS *PLEASE TYPE OR PRINT*	*FOR OFFICE USE*	
		CLAIM NO.	DATE RECEIVED
		10. TAX WITHHELD	$
EMPLOYEE'S NAME		11. TAX DUE	
EMPLOYEE'S ADDRESS		12. TAX OVERPAID *(Line 10 less Line 11)*	
EMPLOYER'S NAME	ACCOUNT NO.	13. TAX REFUND ON BUSINESS EXPENSES	
EMPLOYER'S ADDRESS		14. TOTAL REFUND APPROVED	$
PERIOD OF EMPLOYMENT	YEAR FOR WHICH CLAIM IS MADE *(File separate claim for each year)*	COMPUTED BY	APPROVED BY

COMPUTATION OF CLAIM

1. Salaries, wages on which CITY WAGE TAX was deducted *(from Schedule A, Line 8)* .... $ ________
2. Total earnings *(from Schedule A, Line 7 or, if non-resident, from Schedule C)* .... $ ________
3. Less net expenses claimed *(Total from Schedule B)*........................ $ ________
4. Net earnings subject to tax *(Line 2 minus Line 3)*.................................. $ ________
5. Earnings subject to refund *(Line 1 minus Line 4)*.................................. $ ________
6. Refund Claimed (*% of Line 5)*.. $ ________

SCHEDULE A – SALARY DATA *(As per Employer's Payroll Record)*

7. Total earnings *(Salaries, wages, etc.)* .... $ ________
8. Salaries and wages on which CITY WAGE TAX was deducted .... $ ________
9. Amount of CITY WAGE TAX deducted.. $ ________

SCHEDULE B – EXPENSES

DESCRIPTION	TOTAL SPENT	AMOUNT REIMBURSED	NET EXP. CLAIMED
		TOTAL NET EXPENSES *(Enter in Line 3)*	

Was any allowance by your employer for such expenses included in net earnings?...................... ☐ YES ☐ NO
If "yes", is amount included in Total Earnings *(Item 2 above)*.. ☐ YES ☐ NO
Was the same amount claimed for Federal Income and/or Social Security and
Pennsylvania Unemployment Compensation Tax purposes?...................................... ☐ YES ☐ NO
If not, state amount of and reason for any difference:

SCHEDULE C – RESIDENCE *(Check One)*

☐ Resident not entitled to Allocation of Earnings
NOTE: *Expenses claimed must also be allocated in Schedule B – Show basis of allocation.*

☐ Non-Resident – Income earned in Philadelphia ________ Percent
Amount .... $ ________

I HEREBY DESIGNATE my employer named above as my agent to submit petition for refund claimed and to receive payment of any refund approved by the City for and on my behalf; and I unconditionally authorize the City of Philadelphia to make such payment to my employer-agent.

I HEREBY CERTIFY that the statements contained herein and in any supporting schedule or exhibit are true and correct to the best of my knowledge and belief. I understand that if I knowingly make any false statements herein, I am subject to such penalties as may be prescribed by statute or ordinance.

________________ *Date*   ________________ *Signature of Taxpayer (Employee)*

 FOR CITY WAGE TAX ERRONEOUSLY OR INADVERTENTLY PAID BY EMPLOYER

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
8/5/75

Sehr geehrte Herren:

Besten Dank fuer Ihre Mitteilung vom 2.5.75 mit Beilagen. Es freut mich natuerlich, daraus zu sehen, dass die Antraege Fortschritte machen. -Wegen des Einspruchs hoeren Sie von unserem Onkel Curt Simson, der darueber natuerlich viel besser informiert ist.

In der Anlage ist der von mir unterschriebene Antrag nebst Ergaenzungsbogen, sowie meine Antworten zu den von Ihnen angestrichenen Fragen.

Ich bin bei der Beantwortung davon ausgegangen, dass weder das im Jahre 59 verkaufte Miethaus in Berlin, noch die davon entstandenen Mietzahlungen, noch die Berufsrente, Gesundheitsrente oder Heilmittelbeihilfe hierhergehoeren, noch die in Ihrem letzten Schreiben erwaehnten 40.000.- DM(die Basis fuer Mutter's Leben nach der Auswanderung, solange sie ausreichten).

Der Sicherheit halber habe ich uebrigens eben diese Frage telephonisch mit unserem Onkel Curt Simson in New York besprochen. Er ist meiner Ansicht, aber bittet Sie durch mich, falls wir uns darin irren sollten, seine Bundesangestellten-Versicherungsrente und/oder seine Berufsschaden-Entschaedigung in seinem Antrag anzufuehren; er hat naemlich in seiner ueblichen Promptheit seinen Antrag schon heute morgen abgesandt.

Wir duerfen Sie wohl bitten uns wissen zu lassen, falls Sie es noetig finden sollten, unsere Antraege zu korrigieren.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen
Ihr

Dres. Landsberger & Horn
1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Schlüterstr. 53

Anla gen: (3)

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (030) 8 81 70 78

19. August 1975
kl/Gr

Bearbeitet 9/4/75

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Herrn
Jack A. Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

U. S. A

In der Angelegenheit **Beweissicherungs- und Feststellungsverfahren**
überreichen wir Ihnen das anliegende Schriftstück **(Abschrift unseres heutigen Schreibens an das Ausgleichsamt Berlin-Zehlendorf)**

- [x] zur gefälligen Kenntnisnahme
- [ ] zu unserer Entlastung
- [ ] mit der Bitte um Stellungnahme
- [ ] um Anruf
- [ ] um Erledigung
- [ ] um Rücksprache nach telefonischer Vereinbarung mit dem Büro
- [ ] um Rückgabe - nach Unterzeichnung
- [ ]

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (030) 8 81 70 78

19. August 1975
Kl/Gr

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Ausgleichsamt Zehlendorf

1 Berlin 33
Königin-Luise-Str. 92

Betr.: BFG-Sache Simson, Ruppel, Hess
Agl. 232 - A 10/Ef 4241 BF USA

Sehr geehrte Damen und Herren!

In obenbezeichneter Angelegenheit sind wir nicht in der Lage, die für die Herren Ruppel eingelegte Beschwerde zurückzunehmen.

Die Ausführungen des Ausgleichsamtes vom 11. Juni 1975 nicht überzeugend.

Zunächst hat Herr Kurt Simson erklärt, dem wir eine Abschrift der vorstehenden Ausführungen vorgelegt hatten, daß der Transfer von 40.000,-- REichsmark aus dem Kaufpreisanteil der Frau Margarete Ruppel für das Grundstück Duisburger Straße 16, erfolgte. Das ist an sich wahrscheinlich. Man wird doch nicht eine so„krumme Summe" von 16.666,-- RM für den Transfer benutzt haben, da dieser Betrag nicht ausreichte, wohl aber der Betrag von 40.000,-- RM des Kaufpreisanteils.

Mag auch Frau Ruppel über den Betrag von 40.000,-- RM nicht frei fre verfügen konnte, so bedeutet das doch nur, daß sie ohne Devisengenehmigung nicht frei verfügen konnte. Die Devisengenehmigung wurde für einen Transfer aber oft erteilt, da hier der Fiskus bei einem minimalen Transferkurs erheblich Gewinn machte.

Hinzu kommt, wie Herr Simson auf R ückfrage erklärt, daß das NS-Fliegerkorps nic ht pünktlich bezahlte. Das Fliegerkorps mußte erst durch den Notar zur Zahlung aufgefordert werden. Die Zahlungstermine hat Herr Kurt Simson, der die Verhandlungen führte, nach rund 36 Jahren nicht mehr in Erinnerung. Jedenfalls erfolgte die Zahlung nicht nach der Auflassung.

Wer die damaligen Verhältnisse kennt, dem wird klar sein, daß eine nazistische Einrichtung gegenüber einem jüdischen Vertragspartner ihre Verpflichtungen aus dem Kaufvertrage nicht präzise erfüllt hat.

Aus diesen Gründen wird die Beschwerde aufrecht erhalten. Wir bitte, diese Beschwerde, von der wir eine Abschrift beifügen, an das Landesausgleichsamt weiterzuleiten.

Dessen ungeachtet wiederholen wir unsere Bitte, über die Ansprüche der von der Beschwerde nicht betroffenen Herrn Kurt Simson und Frau Gertrud Hess vorab zu entscheiden.

Wir weisen nochmals auf das hohe Alter des Herrn Curt Simson hin.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
21. Mai 1975

Sehr geehrte Herren:
Besten Dank fuer die Beschwerde-Einlage im Falle unserer Erbschaft fuer Friedrichstr. 19, Gotha. Ich stimme natuerlich mit den von Ihnen angebrachten Einwaenden voellig ueberein, und mein Bruder wird sich mir anschliessen.
In letzter Zeit habe ich verschiedentlich an meine Taetigkeit im 3. Reich gedacht, und ich moechte Sie heute fragen, ob irgendwelche Moeglichkeiten fuer einen diesbezueglichen Anspruch bestehen.
Am 4.2. 77 werde ich 65 Jahre alt, aber ich habe seit etwa 5 Jahren nicht arbeiten koennen (Darmkrebs, also kaum die Schuld der Nazis)und finde es jetzt, nachdem ich wieder in besserem Gesundheitszustand bin, recht hoffnungslos wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten, infolge einer Mischung von meinem Alter, meinem Gesundheitszustand bzw.meiner Krankengeschichte, und der Wirtschaftslage.
Meine -nicht sehr lange - Arbeits-Geschichte in Deutschland ist etwa die folgende: Im Wintersemester 1933/34 gab ich mein Medizinstudium auf, da ich zwar als Sohn eines "Frontkaempfers" weiter studieren durfte, aber keine Aussicht hatte, je zur Praxis zugelassen zu werde (Ich moechte hier erwaehnen, dass ich meine 5,000 RM Entschaedigung fuer Schaden in der Fortbildung erhalten habe, sodass dieser Teil wohl erledigt ist). Danach arbeitete ich bis Mitte 1935 in der Chemischen Fabrik Gustav Hess in Pirna.(Der damalige Leiter ist der Ehemann meiner Tante, Frau Gertrud Hess in Northwood/England, der darueber natuerlich voellig alle Auskuenfte geben koennte). Dann wurde ich Geschaeftsfuehrer einer Berliner Export-Agentur, die einem Herrn Theodor Parparof gehoerte (1.8.35 bis 15.1.36; die Firma wurde dann aufgeloest. Mein Arbeitsbuch ist noch in meinem Besitz und hat die noetigen Eintragungen. Ich reiste in dieser Kapazitaet eine zeitlang im Ausland, was durch Visa-Eintragungen in meinem ebenfalls noch vorhandenen deutschen Reisepass-Buch belegt werden kann). Das Buero der Firma, Deutsche Generalvertretung der Sud-Oeste Comercial, war im Femina-Haus in der Tauentzienstr. nahe dem Kurfürstendamm , und ich glaube, ich bin im Berliner Telephonbuch fuer 1936 mit dieser Adresse eingetragen (als Joachim Ruppel). Im uebrigen glaube ich mich noch sehr vague daran zu erinnern, dass eine Anfrage beim zustaendigen Stadtamt (Schoeneberg?) zur Auskunft fuehrte, dass die Unterlagen nicht mehr vorhanden waren. Falls ich jemals "Marken geklebt" haben sollte, kann ich dafuer keinen Beweis hier finden.
Ich bin nicht gerade sehr optimistisch in diesem Fall, aber ich wollte ihn Ihnen doch unterbreiten, angesichts der Zahlungen an all moeglichen Leute, von denen man jetzt hoert. Im Falle, dass Sie keinerlei Moeglichkeit darin sehen sollten, moechte ich Sie keineswegs zu einer grossen Korrespondenz darueber veranlassen; es wuerde genuegen, wenn Sie das parenthetisch erwaehnen wollen, wenn Sie sowie wieder zu schreiben haben. Andernfalls wuerde ich natuerlich sehr gern Ihre Ideen darueber hoeren.

Mit besten Gruessen
Ihr

(Jack Ruppel)

COPY

13. November, 1974.

MH/BZ

Herren R.A.
Dr. K. Landsberger & H.J. Horn,
1 Berlin 12 (Charlottenburg),
Schlüterstr. 53.

Sehr geehrte Herren!

Betr. Beweissichgs.- & Feststellgsverfahren
Julius Simson Erben

Besten Dank für Ihre Information mit Anlagen v. 7 November 1974 betr. Frau G. Hess.

Wir nehmen an, dass das Aktenzeichen für diese Sache Ag. 282/A10/EF 4241 BF ist. Ist dieses bitte auch für ihre Anmeldung betr. Sperrkonto bei der Deutschen Bank, Dresden gültig und Simson & Co., Suhl ?

Wir hoffen, dass Herr Curt Simson, New York die gestellten Fragen beantworten kann.

Mit freundlichen Grüssen,

Manfred Hess

ccc

21. Nov. 1974

Herren R.A.
Dr. Landsberger & Horn
1 Berlin 12 Charlottenburg
Schlüterstr. 58

Betr. Beweissichgs.- u. Feststellgs.verf. Erben Julius Simson

Sehr geehrte Herren,

Sie haben inzwischen Herrn Curt Simsons Antwort v. 15.11. erhalten. Es ist möglich, dass die Situation bei den anderen Erben vielleicht in einem Punkt anders lag, als bei ihm. Ich habe deshalb bei ihm rückgefragt.

Mit bester Empfehlung

Manfred Hess .

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
REOHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (030) 8 81 70 78

7. November 1974
kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

1. Frau
Gertrud Hess

101 Westbury Road/Northwood
HA 6 3 DA, Middlesex/England

2. Herrn
Dr. Kenneth Ruppel

423 Buffington Road
De Witt, N. Y./USA

3. Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

Betr.: Beweissicherungs-und Feststellungsverfahren

Sehr geehrte Frau Hess!
Sehr geehrte Herren!

Wir bitten Sie, von unserem anliegenden Schreiben an Herrn Curt Simson und dem Schreiben des Ausgleichsamtes vom 2. Oktober 1974 Kenntnis zu nehmen.

//

Falls Sie aus eigener Wissenschaft noch etwas in der Sache zu sagen hätten, so bitten wir um Ihre gefl. umgehende Information.

Hochachtungsvoll
Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn durch:

Rechtsanwalt

Dr. Kurt Landsberger
Hans-Jo...
... 33
... Berlin West 178 61

Herrn
Curt Simson

205 West End Avenue
New York, N. Y. 10023

Betr.: Beweissicherungs- und Feststellungsverfahren

Sehr geehrter Herr Simson!

Das Entschädigungsverfahren nach dem Lastenausgleichs-gesetzt kommt jetzt in Gang.

/ Von dem Ausgleichsamt Zehlendorf erhielten wir das in Fotokopie beiliegende Schreiben vom 2. Oktober 1974.

Mit Recht Schreibt das Ausgleichsamt, daß das Betriebs-vermögen (Porzellanfabrik Gotha-Siebleben, Nützleberweg) von den anderen Grundstücken getrennt bearbeitet werden muß, weil bei dem Betriebsvermögen die Eigentumsverhält-nisse anders liegen als bei den sonstigen Grundstücken.

1. Bei dem Betriebsvermögen (Porzellanfabrik) wissen wir aus Ihren früheren Informationen, daß Sie vor 1933 die Porzellanfabrik wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse selbst stillgelegt haben, sie aber nach 1933 wegen der Judenverfolgungen die Fabrik nicht wieder in Gang gesetzt haben. Wäre hierzu noch etwas zu sagen?

2. Wegen des Zweifamilienhauses und des Gartengrund-stückes mußten Sie den Kaufpreis auf ein sogenanntes beschränktverfügbares Sicherungskonto einzahlen. Sie durften über diese Beträge, wie sich aus der Geneh-migung ergibt, nicht ohne Zustimmung der Devisenbehörde verfügen. Die Zustimmung wurde damals nur für einen ge-wissen Lebensunterhaltsbetrag erteilt.

Trotzdem haben Sie uns mitgeteilt, daß Sie die Kaufpreise voll erhalten haben. Wie ist dies zu verstehen?

- 2 -

Meinen Sie damit, daß Sie allmählich für den Lenbensunterhalten, Steuern etc. die Beträge mit Zustimmung der Devisenbehörde voll verbraucht haben?

3. Das Nebenhaus (neben dem Zweifamilienhaus) ist auf Anordnung des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen an Sie zurückgegeben worden. Hatten Sie einen besonderen Rückerstattungsantrag an den Ministerpräsidenten gestell oder wie ist die Sache in Gang gekommen? Das Grundstück ist zwar an Sie wieder zurückgegeben worden, aber es ist doch unter die Verwaltung der Stadt Gotha genommen worden.

   Wann ist das Nebenhaus unter die Verwaltung der Stadt Gotha genommen worden?
   Der Einheitswert ist uns bekannt, weil wir den Bescheid in Händen haben.

4. Hatten Sie sonst Rückerstattungsverfahren eingeleitet? Damals gab es ein Thüringisches Rückerstattungsgesetz, das aber meines Wissens nie zur Durchführung gekommen ist. Sie hatten doch keines der Grundstücke zurückerhalten, weder die Grundstücke der Porzellanfabrik noch das Zweifamilienhaus und das Gartenland.

Ich hoffe, daß Sie sich wohl befinden und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Brief möglichst umgehend beantworten würden, damti ich das Verfahren fördern kann.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn durch

Rechtsanwalt

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin
Abteilung Finanzen Ausgleichsamt

BERLIN

Bezirksamt Zehlendorf, 1 Berlin 37, Kirchstraße 1-3 (nur Postanschrift)

Herren Rechtsanwälte
Dr. Landsberger u. H.J. H o r n

1 Berlin 12
Schlüterstraße 53

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
Agl. 282/A 10/ EF 4241 BF

Dienstgebäude Berlin 33,
Königin-Luise-Straße ~~88/92/94/96~~
Zimmer 33

Fernruf 832 60 61
Apparat 33
Intern (984)

Datum 2. Oktober 1974

Betr.: BFG-Anträge ~~Gertrud Hess~~, Curt Simson u. Margarete Ruppel.

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

Wir haben die Akten des Entschädigungsamtes Berlin sowie des früheren Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg inzwischen ausgewertet.

Für das einheitliche Verfahren sind folgende Vermögensverluste angemeldet worden:

1. Zweifamilienhaus Gotha, Friedrichstraße 19
2. Gartenland in Gotha, Friedrichstraße 19
3. Fabrikgrundstück in Gotha-Siebleben, Nuetzleberweg.

Laut Kaufvertrag v. 31.10.1939 war das Fabrikgrundstück Eigentum der Firma Gebrüder Simson. Da nicht dieselben Eigentumsanteile wie an den beiden anderen Grundstücken bestanden, muß hierüber in einem gesonderten Verfahren entschieden werden. Für die Prüfung, ob es sich um einen Schaden am Betriebsvermögen handelt, benötigen wir noch Angaben über die Gründe der Stillegung bzw. Einstellung des Betriebes.

Wir planen daher zunächst eine Entscheidung über die Grundstücke Friedrichstraße 19. Hier muß noch geklärt werden, inwieweit der Kaufpreis in die freie Verfügung gelangt ist oder zur Bezahlung von verfolgungsbedingten Verpflichtungen verwandt worden ist. Außerdem ist nach dem Kriege beim Ministerpräsidenten des Landes Thüringen ein Rückerstattungsverfahren eingeleitet worden. Der von Frau ~~von~~ Friedrichs erworbene Teil des Grundstücks ist zurückgegeben worden.

Sprechzeiten
Dienstag und Freitag von 8.30 bis 14 Uhr

Zahlungen nur an die Bezirkskasse Zehlendorf (bargeldlos erbeten)

Geldinstitut	Kontonummer	Bankleitzahl
PSchA Bln W	1605-101	100 100 10
Spk Berlin West	10 1000300	100 500 00
Berliner Bank	391 1001000	100 200 00

Wie hoch wurde der Einheitswert für diesen Grundstücksteil festgestellt und ist noch weiterer Grundbesitz in Gotha rückerstattet worden?

Da der Sachverhalt über die Zahlung und Verwendung des Kaufpreises und die Rückerstattung des Grundbesitzes in Thüringen nach dem Kriege aus den vorliegenden Beweismitteln nicht klar zu erkennen ist, bitten wir um nähere Angaben hierzu.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bruckmann)

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 70 78

10. Mai 1973
kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Bezirksamt Zehlendorf
von Berlin
- Ausgleichsamt -

1 Berlin 33
Königin-Luise-Straße 92

Betr.: Antrag nach dem BFG der Herren Dr. Kenneth und Jack Ruppel als Nacherben nach Julius Simson - Agl. 23 A 10 BF 6542 - (USA)

Sehr geehrte Damen und Herren!

In obenbezeichneter Angelegenheit hatten wir nachträglich am 12. 12. 72 zu unserem Antrag vom 1. 11. 72 u. a. eine Villa in Suhl/Thüringen, Dombergsweg 7, angemeldet.

Diese Anmeldung war irrtümlich, weil diese Villa den Herren Arthur Simson und seinem verstorbenen Bruder Dr. Julius Simson gehörte und infolgedessen Herr Julius Simson und seine Erben nicht antragsberechtigt sind.

Wir nehmen infolgedessen den Antrag, soweit er die Villa betrifft, zurück.

Hochachtungsvoll
Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 11. Mai 1973
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

1. Herrn
Curt Simson

205 West End Avenue
Nöw York, N. Y. 10023

2. Frau
Gertrud Hess

101 Westbury Road/Northwood
HA6 3 DA, Middlesex/England

3. Herrn
Dr. Kenneth Ruppel

423 Buffington Road
De Witt, N. Y./USA

4. Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

Betr.: Beweissicherungs- und Festellungsverfahren

Sehr geehrte Frau Hess!
Sehr geehrte Herren!

Frau Dr. Hilde Mayer hat uns darafu aufmerksam gemacht, daß die Villa in Suhl/Thüringen, nicht zu den Suhler Werken, sondern den Herren Arthur Simson un-d Dr. Julius Simson persönlich gehörte.$

Infolgedessen mußten wir die ergänzende Anmeldung hinsichtlich der Suhler Werke berichtigen und den Antrag wegen der Villa zurücknehmen. Das Nähere wollen Sie aus unserem anliegenden Schriftsatz vom heutigen Tage entnehmen.

Abschrift unserer Eingabe an das Ausgleichsamt Zehlendorf fügen wir bei.

Mit freundlichen Grüßen
Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

Neue Rufnummer: 8817078

16.10.1972
kl/w

GA

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Herrn
Manfred Hess

GB Northwood HA6 3DA, Middlesex
101 Westbury Road / England

Betr.: Gertrud Hess - Beweissicherungs- und Feststellungsverfahren

Sehr geehrter Herr Hess!

Wir können heute die obenbezeichnete Sache zum Abschluss bringen und fügen Jhnen deshalb die ausgefüllten Formulare für Jhre Gattin mit der Bitte um Unterzeichnung durch Jhre Gattin und Rücksendung bei.

Zu den Einzelheiten bemerke ich folgendes:

1. Wegen der Porzellanfabriken selbst kommt eine Anmeldung nicht in Frage, weil seinerzeit nur eine Entziehung der Grundstücke erfolgt war, nicht der bereits vor 1933 stillgelegten Porzellanfabrik. So ist die Sache auch bei der Anmeldung für Herrn Curt Julius Simson gehandhabt worden.

2. Das Guthaben aus dem Gemeinschaftskonto der Erben bei der Deutschen Bank in Gotha und das Guthaben von 4.453,75 RM bei der Deutschen Bank in Dresden haben wir entsprechend Jhrem Wunsche deshalb nicht angemeldet, weil eine solche Anmeldung bei Herrn Curt Julius Simson nicht erfolgt ist.

3. Wegen der Suhler Werke kommt eine Anmeldung nicht in Frage, weil nach anliegender Auskunft der Frau Dr. Mayer sich dieserhalb die Erben auseinandergesetzt haben.

4. Bei dem Bauland Nützleber Feld kommt rechtlich als Anmelder nur Herr Curt Julius Simson in Frage. Er bemerkt aber, dass er es für seine moralische Pflicht halte, alle Entschädigungen mit seinen Geschwistern zu teilen. Deshalb habe wir dieses Grundstück nur für Herrn Curt Julius Simson angemeldet.

5.

5. Wir können bisher nicht erkennen, dass Jhre Gattin ander Fabrik Gustav Hess beteiligt war - allerdings haben wir noch nicht die Akten Manfred Hess vollständig durchgearbeitet. Sollte sich hierbei herausstellen, dass doch eine Beteiligung Jhrer Gattin bestand, so müssen wir die Anmeldung ergänzen. Evtl. bitten wir Sie, uns über diesen Punkt noch zu informieren.

Wir erwarten die baldgefl.Rücksendung der unterschriebenen Formulare, ebenso der beiden anliegenden Vollmachtsformulare.

Wir grüssen Sie

hochachtungsvoll
Jhre
Rechtsanwälte
Dr.Landsberger und Horn
durch

Rechtsanwalt

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 76

11. Mai 1973
11. Mai 1973
kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Bezirksamt Zehlendorf
von Berlin
– Ausgleichsamt –

1 Berlin 33
Königin-Luise-Straße 92

Betr.: Anträge nach dem BFG des Herrn Curt Simson, New York, sowie der Nacherben nach Julius Simson: Dr. Kenneth Ruppel und Jack Ruppel
Agl. 23 A 19 / BF 5911 USA, BF 6542 USA

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir kommen heute auf Ihr Schreiben vom 19. 1. 1973 zurück, nachdem wir uns in der Sache weitere Aufklärung verschafft haben.

1. Wir nehmen an, daß Sie inzwischen den gesamten Nachtragsantrag vom 12. 12. zum Aktenzeichen 5911 an das Ausgleichsamt Spandau gesandt haben. Bisher waren nur die Anlagen zu diesem Antrag nach Spandau gelangt, und der Ordnung halber bitten wir, uns dies zu bestätigen.

2. Die Villa in Suhl stand in der Tat, wie sich jetzt herausgestellt hat, lediglich Herrn Arthur Simson und Herrn Dr. Julius Simson persönlich zu. Sie hatte mit dem Suhler Betrieb nichts zu tun. Wir haben deswegen den berichtigt und hinsichtlich der vorgenannten Villa zurückgenommen.

3. Wegen der Fabrik zur Herstellung von Waffen, Fahrzeugen und feinmechanischen Geräten liegen die Rechtsverhältnisse formell anders.

   Die Simson Werke in Suhl wurden durch die Verträge vom 23./28. 11. 1935 mit dem Reichskriegsministerium der Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft entzogen. Zu diesem Zeitpunkt war Herr Julius Simson (nicht zu verwechseln mit Dr. Julius Simson) Kommanditist der Verwaltungsgesellschaft. Erst im Frühjahr 1936 -6

schied

der Kommanditist Julius Simson aus der Verwaltungsgesellschaft aus. Bei seinem Tode im Jahre 1938 war er nicht mehr Kommanditist, also auch nicht bei der Auflösung der Verwaltungsgesellschaft im Jahre 1939.

Im Außenverhältnis hat Herr Julius Simson durch die vorgenannten Verträge und die dadurch herbeigeführte Entziehung der Suhler Werke Schaden erlitten und seine Erben sind an seine Stelle getreten.

Im Innenverhältnis zwischen den Gesellschaftern war er abgefunden.

Seine Erben, nämlich Frau Gertrud Hess, Herr Curt Simson und die Herren Dr. Kenneth und Jack Huppel müssen in dem Verfahren als Antragsteller (nicht als unmittelbar Geschädigte) mitwirken.

4. Die in Ihrem Schreiben erwähnte und vermißte Anlage über die Beteilungsverhältnisse, fügen wir vorsorglich in Fotokopie bei.

5. Die Antragsberechtigung der Frau Gertrud Hess, des Herren Curt Simson und der Herren Huppel dürfte nunmehr geklärt werden.

Sollten noch weitere Aufklärungen erforderlich sein, so bitten wir um eine entsprechende Auflage.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

Dr. Hilde Mayer
205 East 85th Street
New York, N.Y. 10028

December 7, 1971

Herrn Dr. Kurt Landsberger
1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Schlueterstrasse 53
Western Sector

Betr.: Ansprueche der Herren Jack und Kenneth Ruppel nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrter Herr Dr. Landsberger:

Ich danke Ihnen vielmals fuer Ihr Schreiben datiert vom 11.10, das erst gestern in meine Haende kam. Weder der Grossvater noch die Mutter von Jack und Kenneth Ruppel haben irgendwelche Ansprueche wegen der Simsonwerke. Alle Teilhaber sind abgefunden worden, und Arthur und Dr. Julius Simson waren die Alleinberechtigten. Wir haben eine Erklaerung vom 3. Mai 1958 in Haenden, in der die drei Kinder von Julius Simson Senior bestaetigen, dass sie keinerlei Ansprueche irgendwelcher Art haben.

Mit verbindlichen Gruessen bin ich

Ihre

Dr.HM:EN
Anlage: Erklaerung vom 3.Mai 1958

Kopie

Philadelphia, Pa. 3. Mai 1958

Lieber Arthur,

Wir besitzen Deinen Brief vom 16. April und bedauern sehr Deine Verstimmung. Du hast unserer Rueckfrage, mit der wir Dich persoenlich gar nicht behelligen wollten, eine Bedeutung beigelegt, die wir nicht vorausgesehen haben.

Wir hatten niemals die Absicht, Dein wohlgemeintes Angebot abzulehnen, und wir haben niemals geglaubt, Ansprueche zu haben.

Wie Du Dich auch entscheiden magst, wird es uns recht sein. Um ev. weiter an der Restitution teilnehmen zu koennen, lassen wir die von Dir gewuenschte Erklaerung folgen.

Mit besten Gruessen,

Dein

gez. Curt

Erklaerung

Wir erkennen hierdurch an, fuer uns und unsere Erben, dass wir keinerlei Ansprueche irgend welcher Art aus Wiedergutmachungs- oder sonstigen Gruenden haben gegen Simson & Co. Verwaltungsgesellschaft, deren Liquidatoren oder Gesellschafter und deren Erben.

Gez. Margarete Ruppel
gez. Curt J. Simson
gez. Gertrud Hess

SUMMARY OF EAST GERMAN INHERITANCE AND CLAIMS AFTER JULIUS SIMSON.

During Jack's visit to Stamford on November 18, 1979 we went through the files of papers lent to us by Manfred Hess and, as we see it, the present position is as follows:

1. Home of Julius Simson at Gotha, Friedrichstr. 19.
   A claim has been made some time ago and a settlement by Germany made in 1975. A small sum was still in dispute whibh may be the very small amount now being paid to Julius Simson's heirs.

2. Real estate and buildings of two china factories in Gotha and Gotha-Siebleben.
   The factories stopped working in OR BEFORE 1933 and the grounds and buildings were sold under duress during the Nazi regime. Claims have been made and to the best of our knowledge are still pending resolution.

XX 3. Gebr. Simson, Suhl. Julius Simson was a Kommanditist in the original factory and, after this was purchased by the War Ministry in 1933, of the Management Company. (Kommanditist is a sleeping partner who is responsible for the business only to the value of his investment, i.e. not with his total assets as a Kommanditaer is). At the time the Management Company was confiscated by the Nazis Julius SIMSON was NO LONGER a Kommanditist. Agreements have been made by the family assuring that any benefits that are received from this inheritance will include the heirs of Julius Simson. The Friedlaenders have a letter to this effect and in the correspondence we reveewed today there is a leteer from Hilde Mayer restating this fact and it is also referred to by the German solicitors Landsberger and Horn.
   This claim is being persued by Hilde Mayer and Max Heine as executors of Arthur Simson's will.

If any recipients have additional information of substance to add to this summary please inform Jack.

Distribution:

Bernkopfs - Trumbull
Friedlaenders - New York
Hess - London
Ruppel - Syracuse
Ruppel - Philadelphia ✓
Wellemin - Stamford

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

21.10.1971
kl/w

Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

Betr.: Schäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Jch möchte Jhnen heute nur den Empfang Jhres Briefes vom 16.10.1971 und zugleich des Schecks über 500.- DM dankend bestätigen.

Jhre ausführliche Jnformation muss ich erst durcharbeiten und komme dann alsbald auf die Sache zurück. Jch muss Jhre Sache auch im Zusammenhang mit den anderen Erben bearbeit

Für heute grüsse ich Sie

verbindlichst

Rechtsanwalt

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 20 78

12.10.1971
kl/w

Herrn
Curt J. Simson

205 West End Avenue
New York, N.Y.10023/USA

Betr.: Ansprüche nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrter Herr Simson!

Wir kommen erst heute auf Jhr Schreiben vom 23.5.d.Js. zurück und haben uns inzwischen mit Jhrer Angelegenheit beschäftigt. Wir bedürfen noch einer ergänzenden Jnformation, und zwar bitten wir Sie, uns eine zusammenhängende, möglichst genaue Darstellung über die verschiedenen Entziehungen, also des Hauses Friedrichstr.19 und der Porzellanfabrik Gebr.Simson zu geben. Aus der kurzen Darstellung, die Sie in dem Formular vermerkt haben, haben wir nur ein unvollständiges Bild, so dass wir etwaige Rückfragen des Ausgleichsamts nicht beantworten können.

1. Wegen des Hauses Friedrichstr.19 ist uns Jhre Bemerkung nicht klar über die Rückgabe eines Nebenhauses an die Erben. Was soll dass bedeuten? Haben Sie nach Kriegsende dieses Nebenhaus zurückerhalten und scheidet infolgedessen dieses Nachbarhaus aus dem Verfahren ganz aus?

   Wir bitten um Übersendung der Kaufverträge für das Haus. Wenn Sie eineUnterlage ausser dem Kaufvertrag über den Einheitswert, also eine Steuerbenachrichtigung etc., haben, bitten wir auch um Übersendung dieser Unterlagen.

2. Über den Verkauf der Porzellanfabrik liegen 2 Veräusserungen vor, eine aus dem Jahre 1935 an die Gothaer Wohnhausbau und Grundstücksgesellschaft und eine andere Veräusserung im Jahre 1938 an Herrn Hugo Umbreit im Jnteresse des Reichsnährstandes.

   Handelt es sich hier um dieselbe Fabrik oder geht es um 2 Porzellanfabriken? Sie besitzen aber die Kaufverträge bzw. Aktennotizen; ich bitte um Übersendung.

   Ferner ist von der Porzellanfabrik Bauland an die Thür. Landessiedlungsgesellschaft in Weimar verkauft worden.

Auch

Auch hier bitte ich um Übersendung des Kaufvertrages.
- Jch nehme an, dass dieses Grundstück tatsächlich der Porzellanfabrik gehörte und nicht etwa der Erbengemeinschaft.

Bei allen Veräusserungen wäre es mir erwünscht, wenn Sie noch Grundbuchauszüge oder Benachrichtigungen des Grundbuchamts besitzen würden. Das sind immer besonders gute Beweismittel.

Wir sehen nunmehr Jhrer baldigen Rückäusserung entgegen und grüssen Sie

verbindlichst

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

P.S. Jch bestätige Jhnen noch dankend den Eingang des Betrages von 300.-- DM.

D.O.

TRANSLATION of letter dated 1. November 1977
from the Bezirksamt Zehlendorf von Bln.
to Dr. K.Landsberger & H-J Horn of "

"Re: Fulfillment of Main Restitution after Margarete
R u p p e l née Simson

Gentlemen:

We are acknowledging receipt of your letter of 10/11/77 and wish to inform you that it is not possible to fulfill main restitution claims at the present time because of a planned law, on the part of the U S Senate, to regulate restitution procedures for damages incurred by U S citizens in Central Germany and Berlin (East).

We regret to say that we, too, do not have any more details available at present.

As a result of this development our supervisory authorities have instructed us not to fulfill any more Main Restitution cases for the moment.

This instruction is binding for us.

We very much regret that this measure somewhat delays the fulfilment procedure, but we hope to have a final arrangement within a short time that will facilitate payment of main restitution claims in the near future.

Until that time, we have to ask you to show some patience.........."

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
December 15, 1977

The Hon. Senator Richard S. Schweiker
U.S. Senate
Washington,DC 20510

Dear Senator Schweiker:

Re: Restitution Proceedings,
East German Claims of US Citizen.

The enclosed copy of a letter to my Berlin lawyers from the Bezirksamt Zehlendorf (West Berlin) highlights a situation that I consider well worth of the Congress' consideration.

While I am convinced there are good and sufficient reasons for a discussion of Restitution procedures for damages incurred by US citizens in Central Germany and Berlin (East), I think it might be of interest to look into some of the results,such as the fact that this action has given the West German authorities cause to stop all pending actions, as stated in the enclosure.

In my case - I am one of the heirs of my grandfather, Julius Simson (deceased 1938) and his heir, my mother, Margarete Ruppel who died in 1969. My grandfather had 3 immediate heirs, and my brother's widow and myself are next in line, as heirs to my mother, one of those three.

Another of the three original heirs is a British subject and received the first instalment of her heritage sometime in 1975; the third member of the group who is, a s we are, a U.S. citizen, was reimbursed for the initial instalment about one year later. Which leaves us whose payment was delayed for reasons that have nothing to do with the matter under discussion. However, the other obstacles were removed in due course, and it seemed that the way was finally cleared for remedying the situation early in 1977 -when the events occurred that are cited in the enclosure. If I read it correctly, that means that everything has been suspended until a Washington decision has been reached -meaning in cases like ours that we will, in effect be shunted aside as US citizens, whereas it seems to follow that citizens of other countries will be free from that interruption.

It is quite obvious that I do not have the larger viewpoint, being ignorant of the purpose of the exercise and its doubtless beneficial effect, over-all. I just wanted to supply our particular case for the debate, and I assume that there are quite a few others in our situation. If that is correct, they are all of very advanced age, due to the many decades of delay on East Zone restitutions. And, judging from my example, we are, most of us, retired and somewhat marginal consumers now, for whom any payments from abroad would be discretionary income, to be spent on consumer goods in this country (if I may immodestly come back once more to my own case: I've been waiting for that instalment to replace my automobile that has been aging along with me). Apatt from this immediate effect on our economy, there is the effect, no matter how modest, of the aggrega te of those payments, now deferred, on our balance of payments.

Maybe you can think of a way of speeding matters up, Senator, or, at least, find a way of convincing the powers in Germany that it is safe to continue processing those claims of US citizens along with those of other countries? According to the German authorities themselves the progress was very slow, even while it was still going on. Thank you for anything you might be able to do in this matter.

Sincerely,

(Jack A. Ruppel)

encl: Letter & translation.

Copy

Finanzamt Kreuzberg

Steuer-Nr.: 2/5457 HGA

Im Dienstgebäude Berlin 61, Mehringdamm 22, sind nachstehende Dienststellen untergebracht:
Bewertungs- und Grundsteuerstelle, Betriebsprüfungsstelle, Strafsachenstelle, Sonderstelle für Lastenausgleichsabgaben, Hypothekengewinnabgabe - Zentralstelle

1 Berlin 61, den 27. April 1971
Alexandrinenstraße 128, Zimmer: --
(Ecke Gitschiner Straße)
Fernruf: 18 01 81 App. 202
(961) 191, App. (nur im Innenbetrieb)
Sprechzeiten: Montag, Dienstag, Freitag von 8 bis 14 Uhr.
Kassenstunden: Montag bis Freitag von 8 bis 14 Uhr.
Am letzten Werktag des Monats ist die Finanzkasse geschlossen.
Postscheckkonto: Berlin West Nr. 2700
Bankkonto: Berliner Bank AG, Depka 5, Konto-Nr. 05/00112
Sparkasse der Stadt Berlin West.
Zweigstelle 61, Konto-Nr. 061 000321

Dienstgebäude Mehringdamm 22
Zimmer 250

Frau
Gertrud H e s s
101 Westbury Road
Northwood England

Betr.: HGA auf dem Grundstück Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 16
Bezug: Ihr Schreiben vom 18.3.1971

Sehr geehrte Frau Hess!

Hiermit bestätige ich den Eingang Ihres o.a. Schreibens und teile Ihnen dazu folgendes mit:

Nach dem BFH-Urteil vom 31.10.1969 - III R 27/67 - bedarf es zuvor des Nachweises, ab wann das betreffende Grundstück sowie auch die sonstigen Vermögenswerte der Eigentümer außerhalb ihrer Verfügungsgewalt und zwar entzogen, im Sinne des Rückerstattungsrechts, waren.

Ich bitte, in Verbindung mit dem zwischenzeitlich abgeschlossenen RE-Verfahren und unter Vorlage geeigneter Unterlagen für sämtliche ehemaligen Miteigentümer des o.a. Grundstücks nachzuweisen, inwieweit die Voraussetzungen für einen etwaigen Erlaß gegeben sind.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag
Senkpiel

Beglaubigt:

FINANZAMT KREUZBERG BERLIN 18

Copy ~~for CS Dr. Lff~~ X XXXXX Road 111

30.April 1971

FINANZAMT KREUZBERG

1 Berlin 61

Alexandrinenstr. 128 (App. 202 Steuer Nr. 2/5457 HGA

Ihr Schr. v. 27.4.

Sehr geehrte Herren, Betr:Bln.-Wimsdf.,Duisburgerstr. 16- HGA

Besten Dank für Ihre prompte Antwort .

Ich hoffe, dass die beiliegende Originalkopie des [illegible] der 44. Zivilkammer(Wiedergutmachungskammer) des Landgerichts Berlin v. 11.8. 1951 Ihre Fragen beantwortet. Ich möchte noch hinzufügen, dass unser seinerzeitiger Rechtsanwalt Herr Dr. Peschke schon vor Jahren verstorben ist, und seine Praxis m.W. nicht mehr besteht. Auch meine Schwester ist vor einigen Jahren verstorben (Frau Dr. M. Ruppel), an ihre Stelle treten ihre beiden Söhne Herr J. Ruppel in Philadelphia und Herr Dr. med.K.W. Ruppel in Syracuse, U.S.A. Mein Bruder, Herr C.J. Simson, New York war kürzlich recht krank, weshalb ich wenigstens einstweilen die Korrespondenz führe.

Wir sind alle schon sehr alt und wären dankbar, wenn die Angelegenheit so schnell, wie möglich behandelt werden könnte.

Hochachtungsvoll

Beilage [illegible] Frau Gertrud Hess .

CC

Der Senator für Finanzen

Dad - for info.

Senator für Finanzen, 1 Berlin 30, Nürnberger Straße 63-55

Geschäftszeichen (bitte immer angeben)
III D 1 - LA 2637 - 1/71

Herrn
Bruno G r ü t t n e r
Grundstücksverwaltungen - Immobilien

1 B e r l i n 15

Schaperstr. 14/ Ecke Joachimsthaler Straße

Zimmer
469

Fernruf 24 01 11 (Vermittlung)

Apparat
412 Intern (982)

Datum
9. Februar 1971

Betrifft: Hypothekengewinnabgabe auf dem Grundstück Berlin-Charlottenburg, Pestalozzistraße 37

Vorgang: Meine Beschwerdeentscheidung vom 6.Mai 1966 - III D 11 - LA 2637 - 2/66 -

Sehr geehrter Herr Grüttner !

Im Hinblick auf die inzwischen ergangene Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs halte ich die Versagung eines Billigkeitserlasses der Hypothekengewinnabgabe auf dem o.b. Grundstück nicht mehr für gerechtfertigt. Gem. § 93 der Reichsabgabenordnung (AO) habe ich deshalb in Abänderung meiner Entscheidung vom 6.Mai 1966 die Oberfinanzdirektion Berlin ermächtigt, die Hypothekengewinnabgabeschuld aus der Hauszinssteuer-Abgeltungshypothek in Höhe von 14.820,20 DM per 25.Juni 1948 bzw. von 11.470,47 DM per 1.April 1952 aus Billigkeitsgründen gem. § 131 AO in Verbindung mit § 203 Abs. 5 des Lastenausgleichsgesetzes zu erlassen. Damit ist der Beschwerde gegen die Entscheidung des damaligen Landesfinanzamts Berlin vom 20.Januar 1966 nachträglich im vollen Umfange stattgegeben worden. Gleichzeitig hat sich Ihre Klage gegen diese Entscheidung in der Hauptsache erledigt. Das Finanzgericht Berlin ist von der Änderung in Kenntnis gesetzt worden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage

(Hofferberth)

Zahlungen nur an die
Landeshauptkasse Berlin (bitte bargeldlos)
Postscheckkonto Berlin West ...

Bankkonten
Sparkasse der Stadt Berlin West, Konto ...

E I N S C H R E I B E N

18. März 1971

Aktenzeichen: 2/5457

Finanzamt Hallesches Tor
Zentralstelle für Hypothekengewinnabgabe
Berlin - Charlottenburg

Sehr geehrte Herren,

Betrifft:Hypothekengewinnabgabe für Haus Berlin-Wilmersdorf,
Duisburgerstr. 16, von der Erbengemeinschaft G.Hess, C.J.Simson,
M. Huppel(verstorben),vor etwa 10 Jahren verkauft.

Uns ist die Entscheidung des Herrn Senators für Finanzen III D 1 - IA 2637 - 1/71 (Bruno Grüttner,Berlin) zur Kenntnis gekommen. Die Umstände liegen in unserem Falle ganz gleich. Wir beantragen daher Rückzahlung der gezahlten Abgaben.

Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, welche Schritte wir zu unternehmen haben.

Hochachtungsvoll

Frau Gertrud Hess
geb. Simson

CC

Kopie

27/8/1979

Sehr geehrter Herr Horn:

Ihr Schreiben v.16/8 zeigt erfreulicherweise, dass unser Entschaedigungdantrag langsam vorangeht. Leider hat das Amt, im Gegensatz zu der frueheren Methode, kein Anzeichen gegeben, worum sich die Abzahlung handelt. Habe ich recht, dass es der Hauptbetrag fuer unseren Anteil an Friedrichstr. 19 (abzgl. Frau Friedrichs) ist, und darf ich hoffen, dass die dazugehoerigen Zinsen auch bald nachfolgen, nun dass wir ueber den toten Punkt gekpmmen sind?

Der Scheck ist auch heute angekommen, aber leider an mich direkt gerichtet; nach Angabe meiner Bank muss der Scheck nun wieder zurueckgehen, was rech zeit- und Spesenverschlingend ist. Bisher waren die Zahlungen immer direkt an meine Bank gegangen, innerhalb sehr weniger Tage und fuer eine sehr geringe Gebuehr. Ich hatte vorsorglich am 17/1 meine Bankverbindung angegeb en, viz. First Pennsylvania Bank, Melrose Park Office,241 West Cheltenham Ave., Melrose Park,Pa.,19126. Die Bank meiner Schwaegerin ist wohl noch nach wie vor die Marine Midland Bank, Syracuse, NY. Duerfte ich Sie bitten, Ihre Kanzlei zu veranlassen unsere Akten entsprechend zu annotieren, sodass kuenftige Zahlungen wieder wie frueher vor sich gehen koennen?

Der Scheck der Berliner Bank lautet uebrigens auf DM 4562.32 (vor Abzug der Bankgebuehren),waehrend ich Ihrem Brief entnahm, dass es sich um eine Uebertragung von DM 4607.16 handelte. Falls ich recht habe, moechte ich bitten, die restlichen DM 44.84 dem Rest der Voranzahlung zuzufuegen, sodass dieser auf DM 294.84 kommt. (Es ist eine sehr lange Zeit und sehr viel Inflation ueber den Ozean geflossen, seit ich am 18.10.71 Ihrem Bureau DM 500.- ueberwies (Fidelity Bank FB 127283). Soviel ich weiss, ist meine Schwaegerin in derselben Lage, da mein Bruder einen gleichen Betrag ueberwies).

Schliesslich moechte ich noch auf meine Antwort auf Ihren Breif v. 25/5 zurueckkommen, den ich am 12/6/ mit Anlagen sandte. Er scheint nicht dort angekommen zu sein, und ich lege meine Kopieen bei, da die Photokopien meiner linken-Zeigefinger-Methode fast ganz unleserlich sind. Da Sie ja bei der Behoerde breits wegen meiner Versicherungsunterlagen angefragt haben, ist es wohl genug, wenn die Zusammenfassung meiner Daten nunmehr in Ihre Akten kommen.

Wegen der Anlagen bzgl. Foreign Claims Settlement Off. werde ich der Behoerde schreiben und fragen, ob unsere weitere Behandlung nicht auf die Regelung der "legal nullity"- Erklaerung warten koennte.(Die sicher nicht waehrend meiner Lebzeit gereg elt wird, falls jemals?)

Meine Hand ist besser, aber Schreiben doch noch schmerzlich. Ich hoffe, Sie Koennen bald eine Erklaerung der letzten Ueberweisung einsenden, und der Scheck ended bald seine Odysee, und die Zahlungen gehen nun weiter, nachdem das Eis gebrochen ist.

Mit frdl. Gruessen Ihr

JR

Finanzamt Kreuzberg

Steuer-Nr.: 2/5457 - HGA

Im Dienstgebäude Berlin 61, Mehringdamm 22,
sind nachstehende Dienststellen untergebracht:
Bewertungs- und Grundsteuerstelle,
Betriebsprüfungsstelle, Strafsachenstelle,
Sonderstelle für Lastenausgleichsabgaben,
Hypothekengewinnabgabe - Zentralstelle, Zim. 250

1 Berlin 61, den 7. Juni 1971

Alexandrinenstraße 128, Zimmer: ---
(Ecke Gitschiner Straße)
Fernruf: 25 89 81 App. 202
(961) 192, App. --- (nur im Innenbetrieb)
Sprechzeiten: Montag, Dienstag, Freitag von 8 bis 14 Uhr.
Kassenstunden: Montag bis Freitag von 8 bis 14 Uhr.
Am letzten Werktag des Monats ist die Finanzkasse geschlossen.
Postscheckkonto: Postscheckamt Berlin West Nr. 2700
Bankkonto: Berliner Bank AG, Depka 5, Konto-Nr. 05/00113
Sparkasse der Stadt Berlin West,
Zweigstelle 61, Konto-Nr. 061000321

Vorbescheid 12/6/71

Frau
Gertrud H e s s
101 Westbury Road

N o r t h w o o d
HA 6 3 DA
Middlesex

Betr.: Hypothekengewinnabgabe (HGA) auf dem Grundstück
Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 16

Bezug: Ihr Schreiben vom 30. 4. 1971

Sehr geehrte Frau Hess !

Anhand der mir eingesandten Originalkopie des Beschlusses des Landgerichts Berlin (Wiedergutmachungskammer) vom 11.8.1951 - (44 WGK) 4 WGA 1466/1467/50 (196/51) (198/51) - habe ich Ihren Antrag vom 18.3.1971 auf Erlaß der aus der Umstellung der Hauszinssteuerabgeltungshypothek entstandenen HGA für das o.a. Grundstück gem. § 131 AO überprüft und teile Ihnen hierzu folgendes mit:

Voraussetzung für einen derartigen Erlaß ist u.a., daß das gesamte Vermögen - das Grundstück <u>und</u> das sonstige Vermögen - eines rassisch Verfolgten spätestens im Zeitpunkt der Entstehung der Hauszinssteuerabgeltungslast (31.12.1942) vom ehemaligen Deutschen Reich entzogen bzw. <u>dem ehemaligen Deutschen Reich</u> für verfallen erklärt worden ist. Diese Voraussetzung ist bei dem Grundstück Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 16, jedoch nicht erfüllt, da es 1939 an eine <u>Privatperson</u> veräußert worden ist.

Es ist zwar unbestritten, daß diese Veräußerung seinerzeit zur Vermeidung von Behinderungen im Eigentum und zur Vermeidung von Vermögensentziehungen durch die damaligen Behörden und Einrichtungen des Staates und der NSDAP erfolgt ist und somit ebenfalls

- 2 -

eine Eigentumsentziehung darstellt. Da jedoch die Entziehung durch eine Privatperson - und nicht durch das ehemalige Deutsche Reich - erfolgt ist, stimmt der Sachverhalt hier - entgegen Ihrer Meinung - nicht mit dem durch das BFH-Urteil vom 31.10.1969 - III R 27/67 - entschiedenen Fall überein. Entzieher des Grundstücks und Gläubiger des Hauszinssteuerabgeltungsbetrages waren nicht identisch, so daß auch bei Berücksichtigung der Grundsätze von Treu und Glauben von der Erhebung des Hauszinssteuerabgeltungsbetrages damals nicht hätte abgesehen werden können. Ihrem o.a. Erlaßantrag kann daher leider nicht entsprochen werden.

Ich bitte Sie nun, mir bis zum 30. Juni 1971 mitzuteilen, ob Sie Ihren vorerwähnten Erlaßantrag unter diesen Umständen zurücknehmen oder ob Sie ihn aufrechterhalten und auf einer förmlichen Entscheidung, die - wie oben ausgeführt - nur eine Ablehnung sein wird - bestehen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

E r l e r

FINANZAMT KREUZBERG BERLIN

Beglaubigt:

Curt J. Simson
205 West End Avenue
New York, N.Y.10023

November 15, 1974

Herrn Dr. Kurt Landsberger
Berlin 12 Charlottenburg

betr.: Ihr Schreiben vom 5.11.74

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt:

In Beantwortung Ihrer Fragen vom 5. 11. 1974 teile ich mit:

1) Wie bekannt haben wir wegen der unguenstigen Wirtschaftslage die Genehmigung der Stadt Gotha eingeholt, die Produktion einzustellen. Wir haben diese erhalten, nachdem ~~sich~~ die Zustaendige Stelle der Stadt davon ueberzeugt war, dass genuegent Mittel vorhanden waren, den Betrieb wieder aufzunehmen. In der Zwischenzeit habe wir kleinere Lieferungen vom Lager durchgefuert, und Vorbereitungen zur Fabrikation von Industrieller Keramik getroffen. Fuer diesen Zweck hatten wir auch einen Experten stundenweise in der Fabrik arbeiten lassen, sodass die Fabrik nicht vollkommen still gestanden hat.

2) Mein Konto bei der Deutschen Bank Gotha war niemals durch die Devisen - stelle gesperrt worden. Ich konnte ueber die Kaufpreise frei verfuegen. Erst etwa 1940, kurz vor meiner Auswanderung wurde mein Konto bei der Commerzbank, Berlin - Halensee gesperrt.

3) Wie ich mich erinnere hat Rechtsanwalt Dr. Herman Zinn fuer alle Grund - stuecke in Gotha bei dem Lande Thueringen Antraege auf Schadenersatz oder Rueckerstattung gestellt. Ich denke, dass daraufhin das Neben - haus von der Kaeuferin Frau Friedrichs zurueckgegeben wurde, und so - gleich zum Schutze auslaendischen Eigentumes von der Stadt Gotha ueber - nommen wurde. Dies geschah/ etwa 1950.

4) Andere Rueckerstattungsverfahren sind mir nicht in Erinnerung. Wir haben kein weiteres Grundstueck zurueck erhalten. Ich erinnere mich noch eines Bescheides der Thuer. Regierung Weimar, dass das Thuer. Gesetz ausser Kraft gesetzt sei, da ein Wiedergutmachungsgesetz fuer das ganze Reich zu erwarten sei.

Ich vermisse in der Aufstellung das Grundstueck der alten Porzellan - fabrik mit Wohnhaus in Gotha - Steinmuehlenalle 4 sowie Bauland Gotha - Siebleben angrenzend an die Porzellanfabrik.

Um Irrtuemer zu vermeiden: das Nebenhaus voruebergehend im Eigentum der Frau Friedrichs war ein abgetrennter Teil des Grundstuecks Friederichstrasse 19.

Ich danke Ihnen vielmals, dass Sie sich nach meinen Befinden erkundigen. Es geht mir gut, meinen Alter entsprechend.

Mit freundlichen Gruessen,

Ihr

[illegible] Ulrich Rausch

6 Frankfurt [illegible], [illegible]
Anne-Frank-Str. 14

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Kurt Landsberger

1 Berlin 12
Schlüterstr. 53

Betr: Wiedergutmachung Joachim Ruppel

Wie ich durch Herrn Ruppel erfuhr, vertreten Sie seinen Wiedergutmachungsanspruch. Ich schicke Ihnen dazu einen Stadtplan von Gotha. Er muß etwa aus dem Jahr 1934 stammen; die Umbenennung von Straßen - z. B. Hauptmarkt in Adolf-Hitler-Platz - ist noch nicht erfolgt. Das Stück zwischen Helenenstraße, Friedrichstraße und Justus-Perthes-Straße habe ich 1o-fach vergrößert herausgezeichnet und versucht, die Bebauung von Friedrichstraße 7 und9 genauer als auf dem in Einzelheiten nicht sehr exakten Plan darzustellen. Für die Häusergröße kann ich nicht garantieren, der Garten hat aber sicher mindestens die gezeichneten 30 x 150 m gehabt.
Hinter dem Hauptgebäude befindet sich links das Gärtnerhaus, rechts das Klinikgebäude, in dem ich mit Mutter und Bruder von 1925 bis etwa 1935 gewohnt habe. Im Erdgeschoß befand sich die Augenklinik, im 1. Stock waren 4 größere und 1 kleineres Zimmer und ein langer Gang mit einer Diele am einen Ende. Im 2. Stock waren 2 Mansardenzimmer und die Küche.
Ich füge noch 2 Fotos beiß: Das eine zeigt den Blick über den Orangeriegarten auf das Schloß Friedrichsthal und rechts daneben das Ruppelsche Haus. Auf dem zweite ist ein Ausschnitt des Gartens, den ich auf der Skizze angedeutet habe, mit Wolfgang Ruppel, meinem jüngeren Bruder und mir.
Ich hoffe, daß meine Angaben von Nutzen sind.

Mit freundlichen Grüßen

4.95ar

3/26/77

Dear Ilse:

As you know, I suggested to Landsberggr that he proceed on the restitution case without waiting for the will to be cleared, since according to information given to me by the consulate I was not able to do anything about it (my letter to L. was sent 1/15). I had also asked him simultaneously to treat the two halves separately, as I had told you during one of our phone conversations. It seems now that he does not heed this request of mine (and also has not heard from you); I mean with reference to corresponding with you, as I received a letter today (mailed in Berlin on 3/9!) with this last paragraph, obviously intended for you:

" Hinsichtlich des Erfüllungsverfahrens nach Ihrem verstorbenen Bruder... ist die Vorlage eines Erbscheins zwingend erforderlich. Wir verweisen insoweit noch einmal auf unser Schreiben vom 20/12/76 und möchten Sie bitten, die dort genannten Schritte so schnell wie möglich zu veranlassen".

You do have the salient part of that letter (we did go over it also over the phone while you were looking at it).

Landsberger now received a preliminary notification of some impending preliminary down payment, still subject to another decision; but it seems the matter got off to a start again.

He does acknowledge my request for separation of the halves, which he says he'll try and follow through.

But Ix thought I should let you know about this, so you can get in touch with him re your half, as I really have no understanding of how you plan to work it.

Regards,

4. "No atty.in US - Negotiations before Berlin autorities transacted by Landsberger"(give address)

5. ~~see above. And, if still applies when you file:" these are estimates; additional data~~ ~~xxxxxxxxxx~~ ~~requested from Berlin.~~ If and when supplied, they will be ~~passed on to CSC"~~ Amounts in DM"

to question 7: give Date, Place etc. and note : "Form DSP-13 attached"

Q.11:"Land containing former china factory, plus Railroad siding, one bldg. w. 5 floors, one with 4 floors, one with 3 floors, 2 with one. One janitor's residence - 2 floors; 2 sheds. Basements for storage".

"Gotha-Siebleben, Nuetzleberweg
suburb of Gotha/Thuringia

a)10/31/38 about 20% of area, including blogs. sold under duress "in the interest of the NS Reichsnaehrstand" (to create grain storage for the NS Nutrition Guild)

c) Three heirs of Julius Simson, Gotha (see f.)

d) inheritance after father, C J S. e) inheritance

f) Original heirs: Margarete Ruppel, Elkins Park, pa/Syracuse, NY (was German, became US citizen), Curt J. Simson (became US citizen, was German at time of sale) NYC -both now deceased Mrs. Gertrud Hess, also German at time -now British subject 101 Westbury Rd, Northwood Mddx. England)

(Heirs after Margarete Ruppel: Jack A. Ruppel, Elkins Park, Ilse Voehl Ruppel, Syracuse -after her late husband, Dr.K. R. -- I am the sole heir after my father, Curt J. Simson).

~~Note to Friedlaenders: I went overboard here by giving all names, including that of applicant; you may not want to do this as the form asks for "anyone other than claimant"~~).

Gertrud Hess in Britain, Jack R, Ilse Voehl R. (spell out names and give complete addresses) My~~self... Ann F. (not necessary to mention, it seems, from formulation of question~~

g) educated guess: DM 350.000.- (Area is approx. 11.7 acres) Estimate is probably on conservative side according to people that remember property better than I do.

-.-

Property with former china factory. Old factory, somewhat neglected, on valuable city grounds. Also residence on premises

Steinmuehlenallee 4 Gotha, Thuringia

a) 8/20/35 b) sold under duress to Gothaer Wohnhausbau & Grundstuecksgesellschaft mbH, Gotha (apparently a realty firm)

c) through f) : as above

g) estimate DM 100.000.- (price received under duress was RM 5 6.000.- Tax value RM 58.000.- Proportion of real value to tax value at the time unknown, ~~but seems to have run around 25 -30%, based on example known, on closer consideration~~)

We have not been able to find any official documents, due to prevailing conditions after the war when claims were first submitted. All available proofs were filed with Berlin lawyers (see Point 4)

14: You ~~have to answer that yourself, Ann and Eddie. Your answer will be~~ "Yes" NO

7753 Washington Lane
Elkins Park, PA. 19117
December 15, 1977

The Hon. Senator Richard S. Schweiker
U.S. Senate
Washington, DC 20510

Dear Senator Schweiker:

Re: Restitution Proceedings,
West German Claims of US Citizens

The enclosed copy of a letter to my Berlin lawyers from the Bezirksamt Zehlendorf (West Berlin) highlights a situation that I consider well worth of the Congress' consideration.

While I am convinced there are good and sufficient reasons for a discussion of Restitution procedures for damages incurred by US citizens in Central Germany and Berlin (East), I think it might be of interest to look into some of the results, such as the fact that this action has given the West German authorities cause to stop all pending actions, as stated in the enclosure.

In my case - I am one of the heirs of my grandfather, Julius Simson (deceased 1938) and his heir, my mother, Margarete Ruppel who died in 1969. My grandfather had 3 immediate heirs, and my brother's widow and myself are next in line, as heirs to my mother, one of those three.

Another of the three original heirs is a British subject and received the first instalment of her heritage sometime in 1975; the third member of the group who is, as we are, a U.S. citizen, was reimbursed for the initial instalment about one year later. Which leaves us whose payment was delayed for reasons that have nothing to do with the matter under discussion. However, the other obstacles were removed in due course, and it seemed that the way was finally cleared for remedying the situation early in 1977 -when the events occurred that are cited in the enclosure. If I read it correctly, that means that everything has been suspended until a Washington decision has been reached -meaning in cases like ours that we will, in effect be shunted aside as US citizens, whereas it seems to follow that citizens of other countries will be free from that interruption.

It is quite obvious that I do not have the larger viewpoint, being ignorant of the purpose of the exercise and its doubtless beneficial effect, over-all. I just wanted to supply our particular case for the debate, and I assume that there are quite a few others in our situation. If that is correct, they are all of very advanced age, due to the many decades of delay on West Zone restitutions. And, judging from my example, we are, most of us, retired and somewhat marginal consumers now, for whom any payments from abroad would be discretionary income, to be spent on consumer goods in this country (if I may immodestly come back once more to my own case: I've been waiting for that instalment to replace my automobile that has been aging along with me). Apart from this immediate effect on our economy, there is the effect, no matter how modest, of the aggregate of those payments, now deferred, on our balance of payments.

Maybe you can think of a way of speeding matters up, Senator, or, at least, find a way of convincing the powers in Germany that it is safe to continue processing those claims of US citizens along with those of other countries? According to the German authorities themselves the progress was very slow, even while it was still going on.

Thank you for anything you might be able to do in this matter.

Sincerely,

(Jack A. Ruppel)

encl: Letter & translation.

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

30.12.1971
kl/w

Herrn
Jack A.Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

Betr-: Schäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Nachdem ich inzwischen weitere Akten herangezogen und studiert habe, komme ich auf Jhr Schreiben vom 16.10.1971 zurück. Folgende Punkte sind noch zu klären und zu erörtern:

1. Bisher hatte ich angenommen, dass die 3 Häuser zugleich und an dieselbe Person verkauft worden sind. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Nach den Akten des verstorbenen Herrn Rechtsanwalt Peschke sind für die Verkäufe folgende Daten angegeben:
   20.8.1935, 30.3.1939 und 4.10.1939.
   Es sind hierzu auch Belege über den entstandenen Schaden überreicht worden. - Jch werde versuchen, die Akten des Entschädigungsamts zu erhalten, um hieraus weitere Jnformationen zu erhalten. Zu diesem Zweck benötige ich die anliegende Vollmacht von Jhnen, die Sie mir nach Unterzeichnung zurücksenden wollen.

   Kennen Sie die Grundbuchbezeichnung des Grundstücks und evtl.Belastungen? Besitzen Sie noch die Kaufverträge und evtl. einen Einheitswertbescheid?

   Herr Rausch hat sich inzwischen gemeldet und mir eine anschauliche Beschreibung des Grundstücks gegeben, die ich im Verfahren gut verwenden kann.

2. Das Jnstrumentarium, das Herr Dr. Loose ohne Bezahlung an sich genommen hat, muss im wesentlichen angeführt werden. Jch darf Sie bitten, evtl.durch Rückfrage bei einem dortigen Augenarzt festzustellen, was gewöhnlich zu dem Jnstrumentarium eines Augenarztes gehört und was das Jnstrumentarium gekostet hat. Jhre Frau Mutter hatte es im ganzen mit 2.000 RM angegeben; der Betrag erscheint mir etwas zu gering.

3. Wegen des Guthabens bei der Deutschen Bank in Höhe von 49.003 RM, welches das Finanzamt beschlagnahmt hatte, bin ich mir jetzt im klaren. 40.000 RM rührten aus dem anteiligen Kaufpreis der Frau Kohlhammer für das Grundstück Duisburger Str.16 her. Dieser Kaufpreisanteil musste an sich, da Frau Kohlhammer das Grundstück zurückerstattet hatte, an sie zurückgegeben werden. Das konnte aber Jhre Frau Mutter nicht, weil eben dieser Betrag beschlagnahmt war. Jnfolgedessen hatte sie ihre Entschädigungsansprüche wegen dieses Betrages an Frau Kohlhammer abgetreten. Die Abtretungsurkunde habe ich in den Akten des Herrn Kollegen Peschke gefunden. Jnsoweit können Sie also nach Jhrer Frau Mutter keine Ansprüche geltend machen, sondern nur wegen der restlichen 9.003 RM, die auf dem Konto noch vorhanden gewesen sein müssen laut Bestätigung der Deutschen Bank. Jch mache also nur wegen dieses Betrages einen Anspruch geltend.

4. Wegen der restlichen Entschädigung der Schmucksachen kann, wie ich anhand des Gesetzes festgestellt habe, kein Entschädigungsanspruch geltend gemacht werden. Solche Ansprüche sind laut § 13 Abs.3c des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes ausgenommen worden. Jnsoweit muss ich meine früheren Schreiben berichtigen.

5. Wegen der Suhler Werke hatte ich mich an Frau Dr.Mayer gewandt und von ihr die aus der Anlage ersichtliche Antwort erhalten. Da dieser Zweig der Familie Simson abgefunden worden ist, können Sie keine Ansprüche erheben.

6. Nachgewiesen werden muss noch das Erbrecht von Jhnen und Jhrem Herrn Bruder nach Jhrer verstorbenen Frau Mutter. Zu diesem Zweck werden Sie sich am besten zum dortigen Deutschen Konsulat begeben, das Originaltestament vorlegen und eine sogen.Erbscheinsverhandlung aufnehmen lassen, die übrigens für Lastenausgleichsansprüche kostenlos erfolgt. Jn dem Testament ist von 2 Testamentsvollstreckern die Rede, aber die Testamentsvollstrecker sind wohl von den dortigen Behörden nicht eingesetzt worden, weil die Abwicklung des Nachlasses sehr einfach war. Jn der Erbscheinsverhandlung muss hierüber etwas gesagt werden. Hierauf bitte ich den dortigen Konsulatsbeamten aufmerksam zu machen.

Den anliegenden Entwurf des Antragsformulars bitte ich Sie an den angekreuzten Stellen zu ergänzen und mir möglichst umgehend wieder zurückzusenden.

Das

Das wäre für heute alles, was ich Jhnen mitzuteilen habe. Bei dieser Gelegenheit wünsche ich Jhnen und Jhrem Herrn Bruder ein gesundes und gutes Neues Jahr und grüsse Sie

freundlichst
Jhr

Rechtsanwalt

Terry

NOTAR
DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE

BERLINER BANK AG, DEPKA 2
KURFÜRSTENDAMM 62
BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AG,
DEPKA 17, KURFÜRSTENDAMM 179
POSTSCHECKKONTO: BERLIN WEST 173 61

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

11.10.1971
kl/w

Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa.19117/USA

Betr.: Schäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Jch befand mich in Urlaub und komme infolgedessen erst heute zur Beantwortung Jhres Schreibens vom 21.8.1971. Jnzwischen habe ich nochmals die bei mir aufbewahrten Akten, die Jhre Frau Mutter betreffen, durchgesehen und komme in Stichworten zu folgendem Ergebnis, wobei ich zu Jhrer besseren Orientierung wunschgemäss eine Fotokopie meines Schreibens vom 29.8.1969 beifüge.

I. Ansprüche nach Jhrer verstorbenen Frau Mutter:

1. Bankguthaben bei der Deutschen Bank in Gotha.

   Dieses Guthaben musste seinerzeit an die Reichsbank abgeliefert werden. Der Betrag machte rd. 9.003 RM aus, Daneben bestand ein Anspruch in Höhe von 40.000 RM für eine Frau Kohlhammer. Beide Ansprüche waren hier bei den Wiedergutmachungsämtern angemeldet*, weil Gotha nicht im Geltungsbereich der Rückerstattungsgesetze lag. Über den Betrag besitzen wir noch eine Originalauskunft der Deutschen Bank. so dass damit der Schaden belegt ist und nunmehr im Beweissicherungs- und Feststellungsverfahren geltend gemacht werden kann. * sind aber deshalb abgewiesen worden,

   Welche Bewandtnis es mit dem Betrage der Frau Kohlhammer hat, vermag ich nicht zu sagen; vielleicht können Sie hierüber Aufklärung geben.

2. Entziehung von Schmucksachen etc..

   Hier war ein Betrag von insgesamt 12.000 DM, nachdem ein Sachverständigengutachten beigebracht war, von Jhrer Frau Mutter geltend gemacht worden. Über einen Betrag von 2.000 DM wurde ein Teilvergleich geschlossen, und diesen Betrag hat Jhrer Frau Mutter erhalten, nicht aber die weiteren rd. 10.000 DM. Zwar hatte das Landgericht Jhrer Frau Mutter

dieses

diesen Betrag zugesprochen, die beiden weiteren Jnstanzen hatten aber das Urteil aufgehoben, so dass Jhre Frau Mutter diesen Betrag nicht erhielt. Dieser Schadensbetrag kann jetzt ebenfalls nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz geltend gemacht werden.

Beide Ansprüche sind aussichtsreich.

Weitere Ansprüche Jhrer Frau Mutter sind hier nicht erhoben worden und mir infolgedessen auch nicht bekannt.

II. Ansprüche nach Jhrem verstorbenen Herrn Vater, die wohl Jhre verstorbene Frau Mutter geerbt hatte:

1. Das Grundstück in Gotha, Friedrichstr. 7:

   Dieses Grundstück soll Jhre Frau Mutter im Jahre 1936 oder 1937 für 40.000 RM verkauft haben, wohl richtiger verschleudert haben. Das Grundstück hatte Jhr Herr Vater nach der Erklärung von Herrn Curt Simson im Jahre 1910 für 100,000 RM gekauft und ein Klinikgebäude für etwa 19.000 RM erbaut. Ausserdem befand sich ein Gärtnerhaus auef dem Grundstück. Einige Unterlagen über Vermietung befinden sich in Jhrem Besitz.

   Hier fehlt uns aber eine zusammenhängende Darstellung, um die ich Sie bitten muss.

   War Jhr Herr Vater selber Arzt?
   Wo lag das Grundstück, an prominenter Stelle oder in einer Wohngegend?

   Jch müsste von Jhnen, so gut es geht, eine möglichst genaue Darstellung erhalten neben der eidesstattlichen Versicherung des Herrn Curt Simson, die er erteilen möchte. Jch bitte mir auch die Anschrift des Herrn in Frankfurt/M anzugeben, an den ich mich wegen einer ergänzenden Darstellung wenden würde.

2. Welche Bewandtnis hat es mit dem Jnstrumentarium? Gehörte dieses Jnstrumentarium Jhrem Herrn Vater, und wer war der Nachfolger, der dieses Jnstrumentarium, wie Sie schreiben, unterschlagen hat? Hatte dieser die Praxis Jhres Herrn Vater übernommen oder gekauft und wann war dies geschehen?

   Jch bitte Sie, mir auch hierüber, eine genaue Darstellung zu geben, damit ich eidesstattliche Versicherungen entwerfen kann.

   Wann ist Jhr Herr Vater gestorben? Existiert ein Erbschein nach Jhrem Herrn Vater?

3.

3. Etwaige Erbansprüche nach der Familie Simson:

   Hier muss ich erst die Rechtsverhältnisse bei Frau Dr. Hilde Mayer klären.

Jch gehe davon aus, dass Alleinerben Jhrer Frau Mutter Sie und Jhr Bruder sind. Jch bitte mir noch zu sagen, ob Sie einem Erbschein nach Jhrer Frau Mutter besitzen, und erwarte im übrigen Jhre gefl.Rückäusserung zu diesem Brief.

Wir grüssen Sie

verbindlichst

Rechtsanwälte
Dr.Landsberger und Horn
durch: [signature]

Rechtsanwalt

29.8.1969
kl/w

318

Herrn
Jack A. Ruppel

7758 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

Betr.: Schäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Jch habe in der Zwischenzeit die alten Akten heraussuchen lassen, die teilweise über 10 Jahre zurückliegen. Aus diesen Akten konnte ich folgendes feststellen:

1. Ein Bankguthaben Jhrer Frau Mutter in Höhe von 49.003 RM bei der Deutschen Bank Gotha ist seinerzeit auf Veranlassung des Finanzamts Gotha auf ein Sonderkonto des Finanzamts bei der Reichsbanknebenstelle Gotha überwiesen worden.

2. Ferner sind Schmucksachen, für die wir seinerzeit eine Entschädigung von 12.441,10 DM verlangt haben, Jhrer Frau Mutter in Höhe von 2.000 DM zuerkannt worden. Wegen der restlichen Schmucksachen konnte der erforderliche Verbringungsnachweis der Schmuckgegenstände in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik oder Berlin nicht geführt werden; infolgedessen wurde die Entschädigung hierfür abgelehnt.

Wegen dieser beidenAnsprüche könnte nunmehr das Verfahren nach dem sogen.Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz eingeleitet werden.

Jn Jhrem Schreiben vom 17.5.d.Js. erwähnen Sie aber noch Grundbesitz in der Ostzone, Hierüber sind wir bisher nicht informiert, und ich darf Sie bitten, uns eine detaillierte Darstellung zu geben, insbesondere über folgendes:

a) Wo lag der Grundbesitz mitvStrassenbezeichnung und Grundbuchbezeichnung?

b) Auf wessen Namen waren die Grundstücke eingetragen?

c) Waren die Grundstücke belastet und mit welchen Hypotheken?

d) Sind die Einheitswerte der Grundstücke bekannt?

e)

e) Welcher Art Grundstücke waren es, Miethäuser, Landhäuser, gewerbliche Häuser etc.?

f) Wenn Abbildungen vorhanden sind, bitten wir um Übersendung.

g) Wenn keinerlei Unterlagen mehr vorhanden sind, können Sie Zeugen angeben, evtl. frühere Verwalter?

Erst wenn wir Jhre Jnformation erhalten haben, können wir Jhnen die entsprechenden Formulare, die wir hier vorbereiten, übersenden und auch den Entwurf einer Vollmacht.
Wir würden die Sache zu den früheren Bedingungen übernehmen, müssen aber darum bitten, uns für unsere Auslagen einen Betrag von 500.- DM zu überweisen, da die Verfahren sich sehr lange hinziehen werden. Dieser Betrag wird später auf das Honorar angerechnet.

Jndem wir Jhrer gefl.Rückäusserung entgegensehen, grüssen wir Sie und Jhren Herrn Bruder

verbindlichst
Rechtsanwälte
Dr.Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa.,19117 USA
18. Juli 1972

Dres. Landsberger & Horn
Berlin-Charlottenburg

Sehr gehhrte Herren:

Ich bestaetige Ihre Antwort zu meinem Schrieben vom
29.2.72. Wie ich gleichzeitig von meinem Bruder hoere,
haben Sie unseren Antrag erst kuerzlich der Behoerde ein-
gereicht, und ich hoffe sehr, dass dieser spaete Termin
keine nachteiligen Folgen hat. In der hiesigen Presse war
Anfang dieses Jahres darauf hingewiesen worden, dass die
Antraege so schnell wie moeglich eingereicht werden sollten,
ohne Ruecksicht of die Anmeldefrist; es schien dabei eine
Drohung gemaess der alten Redensart "den letzten beissen
die Hunde".Jedoch hoffe ich aus Ihrer Bemerkung ueber
den Wechsel in der Mentalitaet der beamten entnehemn zu
koennen, dass wir vielleicht in dieser Hinsicht hier
nicht ganz richtig informiert sind.

Ausserdem teilt mir aber mein Bruder mit, dass Sie ihn
um einen weiteren Vorschuss von 500.-DM gebeten haben, und
ich habe daraufhin unsere Korrespondenz auf einen Hinweis
darauf durchgesehen. Es ist darin, soweit ich sehen kann,
lediglich eine Ahmachung ueber diesen Punkt enthalten,
naemlich in Ihrem Schreiben vom 29.8.69, wie folgt:

> "Wir wuerden die Sache zu den frueheren Bedingungen
> uebernehmen, muessen aber darum bitten, uns fuer
> unsere Auslagen einen Betrag von 500.- DM zu ueber-
> weisen, da die Verfahren sich sehr lange hin-
> ziehen werden. Dieser Betrag wird spaeter auf
> das Honorar angerechnet".

Diese Verpflichtung habe ich mit meiner Zahlung von
500.- DM vom 16.10.71 voellig erfuellt.

Wollen Sie bitte die Sache meinem Bruder gegenueber so
schnell wie moeglich richtigstellen.

Mit Dank im voraus

(Jack A. Ruppel)

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 28.1.1972
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

1. Herrn
   Jack A. Ruppel

   7753 Washington Lane
   Elkins Park, Pa.19117/USA

2. Herrn
   Curt J. Simson

   205 West End Avenue
   New York, N.Y.10023/USA

Betr.: Ansprüche nach Frau Margarete Ruppel nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Sehr geehrte Herren!

Bei dem Studium der Akten ist uns aufgefallen, dass Sie für den Verkauf des Grundstücks Friedrichstr.7 als Kaufpreis 40.000 RM angegeben haben. Dagegen hatte Frau Margarete Ruppel in ihrer eidesstattlichen Versicherung in der Entschädigungsangelegenheit des Herrn Dr.Kenneth Ruppel, die in Fotokopie beiliegt, einen Betrag von 49.000 RM genannt.

Angesichts dieses Widerspruchsdarf ich nochmals um Jhre Stellungnahme bitten, damit ich den richtigen Kaufpreis in dem Formular angeben kann. Sollten Sie die Angaben von Frau Ruppel für richtig halten, dann bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Simson, Jhre frühere eidesstattliche Versicherung hinsichtlich der Höhe des Kaufpreises zu berichtigen, und zwar in einer neuen eidesstattlichen Versicherung.

Mit freundlichen Grüssen
Jhr

Rechtsanwalt

Abschrift

14

Eidesstattliche Versicherung

Die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung ist mir bekannt. Ich weiß auch, daß diese eidesstattliche Versicherung zur Vorlage beim Entschädigungsamt Berlin bestimmt ist.

Hiermit versichere ich folgendes an Eidesstatt:

Das Vermögen meines Sohnes Dr. Kenneth Ruppel (vormals Kurt Wolfgang Ruppel) entstand wie folgt :

M 25.000- Schenkung von seinem Großvater, Fabrikbesitzer Julius Simon, Gotha

M 18.400,- Erbteil von seinem Vater, Dr.Richard Ruppel -3/8 von M 49.000.-, Erlös aus dem Verkauf des Grundstücks Friedrichstr.7 in Gotha/Thür.

Seine 4 Raten Judenvermögensabgabe betrug M 8.680,-, so daß ihm zum Transfer nach England M 34.720.- verblieben, die gemäß Bankbuch HH 469119 der Midland Bank, Sheffields, England die Summe von £ 145/7/4, übersandt durch die Deutsche Bank, ergeben hat (in Worten : Einhundertfünfundvierzig Pfund Sterling, sieben Schilling und vier Pence).

Des weiteren bestätige ich die folgenden Ausbildungsdaten für meinen Sohn Dr. Kenneth Ruppel vor seiner Auswanderung, ebenfalls an Eidesstatt:

Gotthardschule Gotha: April 1923 bis März 1927
Gymnasium Ernestinum, Gotha: April 1927 bis März 1934.

Margarete Ruppel.

Beglaubigungsvermerk

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 29 78

26. September 1972
kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

USA

Betr.: Beweissicherungs- und
Feststellungsverfahren

Sehr geehrter Herr Ruppel!

In der Erbscheinssache schickt uns das Amtsgericht Zehlendorf die eidesstattliche Versicherung zurück, mit dem Bemerken, daß aus dieser eidesstattlichen Versicherung nicht hervorgeht, daß Sie diese Erklärung vor dem Notar abgegeben haben. Es könnte sein, daß der Notar nur Ihre Unterschrift beglaubigt hat.

Ich bitte Sie deshalb, sich noch einmal zu dem Notar zu begeben und folgende Erklärung von ihm aufnehmen zu lassen:

" Vor mir, dem unterzeichneten Notar.(Name.)....., erschien heute Herr Jack A. Ruppel, 7753 Washington Lane, Elkins Park, Pa. 19117, ausgewiesen durch Vorlage seines Passes Nr..(oder, wenn Sie ihm bereits bekannt sein sollten, genügt der Zusatz "von Person bekannt") und erklärte an Eides Statt folgendes:

In der Erbschaftsangelegenheit nach der verstorbenen Frau Margarete Ruppel geb. Simson - Aktenzeichen des Amtsgerichts Zehlendorf: 61 VI 493/72 - hatte ich am 25. Januar 1972 eine eidesstattliche Versicherung zum Zwecke der Erteilung eines Erbscheins abgegeben. Diese eidesstattliche Versicherung ergänze ich dahin, daß die Erblasser-in keine anderen letztwilligen Verfügungen hinterlassen hat , als diejenige vom 24. 11. 1954. In diesem Testament ist Testamentsvollstreckung angeordnet. Ich versichere an Eides Statt, daß mir nichts bekannt ist, was der Richtigkeit der

- ...

vorstehenden Angaben entgegensteht.

Das Protokoll wurde dem Erschienen vorgelesen, von ihm genehmigt und unterschrieben:

(Amtssitz des Notars ...., den Datum ....) "

Ich bitte um baldige Übersendung der Urkunde und grüße Sie

hochachtungsvoll

[Signature]

Rechtsanwalt

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (0311) 8 81 70 78

14. Januar 1975
kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

In der Angelegenheit Beweissicherungs- und Festellungsverfahren

überreichen wir Ihnen das anliegende Schriftstück

- [x] zur gefälligen Kenntnisnahme .
- [ ] zu unserer Entlastung
- [ ] mit der Bitte um Stellungnahme
- [ ] um Anruf
- [ ] um Erledigung
- [ ] um Rücksprache nach tel. Vereinbarung mit dem Büro
- [ ] um Rückgabe - nach Unterzeichnung
- [ ]

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (030) 8 81 70 78

14. Januar 1975
kl/n

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin
Ausgleichsamt

1 Berlin 33
Königin-Luise-Straße 92

Betr.: BEG-Anträge Gertrud Hess, Curt Simson
und nach Margarete Ruppel
- Agl. 282 / A 10 / EF 4241 BF -

Wir kommen heute auf Ihr Schreiben vom 2. Oktober 1974 zurück, nachdem wir inzwischen weitere Informationen eingeholt haben.

1) Fabrikgrundstück Gotha-Siebleben, Kuetzleberweg:

Hierzu teilt uns Herr Curt Simson folgendes mit:

"Wie bekannt, haben wir wegen der ungünstigen Wirtschaftslage die Genehmigung der Stadt Gotha eingeholt, die Produktion einzustellen.
Wir haben diese erhalten, nachdem die zuständige Stelle der Stadt davon überzeugt war, daß genügend Mittel vorhanden waren, den Betrieb wieder aufzunehmen. In der Zwischenzeit haben wir kleine Lieferungen vom Lager durchgeführt und Vorbereitungen zur Fabrikation von industrieller Keramik getroffen. Für diesen Zweck hatten wir auch einen Experten stundenweise in der Fabrik arbeiten lassen, so daß die Fabrik nicht vollkommen stillgestanden hat. "

Am 31. Oktober 1938 fand dann der Teilverkauf an Herrn Hugo Umbreit statt, wie im Antrag näher angegeben.

Von dem Kaufpreis von 100.000 RM mußte der Käufer eine sog. "Arisierungsabgabe" von 10.000 RM an die Behörde abführen, so daß die Verkäufer nur 90.000 RM erhielten (lt. Fotokopie des beiliegenden Schreibens an Herr Curt Simson). Hieraus ergibt sich klar der Zwangsverkauf und ferner, daß die Verkäufer über den Kaufpreis nicht vollständig frei verfügen konnten.

- 2 -

2) Zweifamilienhaus und Gartenland Gotha,
Friedrichstraße 19

Bei diesem Grundstück handelt es sich um drei Verkäu fe:

a) um den Verkauf an das NS-Fliegerkorps, und zwar wurden die Baulichkeiten und ein Teil des Gartenlandes verkauft, laut Kaufvertrag vom 30. 3. 1939.

Der Kaufpreis betrug 65.000 RM. Der Einheitswert für das gesamte Grundstücks laut Kaufvertrag 72.800 RM.

/ Laut dem in Fotokopie beigefügten Genehmigungsbescheid vom 1. Juni 1939 mußte der Kaufpreis auf ein Konto bei einer inländischen Devisenbank eingezahlt werden, über das die Verkäufer nur mit Zustimmung der Devisenstelle verfügen durften.

b) um einen Verkauf des Fliegerkorps an Frau Friedrich, laut Auflassung vom 7. 6. 1939.

Hierbei handelt es sich um das Nebenhaus und einen Teil des Gartenlandes.

/ Der Kaufpreis betrug 15.000 RM. Der Einheitswert betrug 10.7000 RM laut dem in Fotokopie beiliegenden Einheitswertbescheid vom 1. 4. 1940.

- Die Zahlung zu a) und b) erfolgte dergestalt, daß das Fliegerkorps einen Teilbetrag von 50.000 RM zahlt und Frau Friedrich 15.000 RM für Rechnung des Fliegerkorps an die Verkäufer zahlte. -

c) um den Verkauf des restlichen Gartenlandes von 9 60 qm laut Kaufvertrag vom 4. 10. 1939 an die Gothaer Versicherungsbank für einen Kaufpreis von 8.000 RM.

/ Auch hier durfte laut dem in Fotokopie beiliegenden Genehmigungsbescheid die Einzahlung des Kaufpreises nur auf ein Konto einer Devisenbank erfolgen, über das die Käufer nur mit Genehmigung der Devisenstelle verfügen durften.

- Der Käufer mußte eine Ausgleichsleistung von 2.000 RM zahlen. Hieraus ergibt sich, daß das Grundstück unter dem Verkehrswert zwangsverkauft worden ist. -

Ein Einheitswertbescheid liegt nicht vor.

3) Andere Rückerstattungsansprüche als die unter 2) angegebenen Verkäufe haben die Erben nicht gestellt. Auch andere Grundstücke haben sie nicht zurückerhalten.

Frau Friedrichs hatte das Grundstück zurückgegeben aufgrund des kurzlebigen Thüringischen R ückerstattungsgesetzes. Das Grundstück ist dann als ausländisches Eigentum in die Verwaltung der Stadt Gotha genommen worden, und zwar ohne Entschädigung für die Verkäufer.

Auch das Gartenland, das die Gothaer Versicherungsbank erworben hatte, wurde als ausländisches Eigentum in die Verwaltung der Stadt Gotha genommen.

Wir haben nunmehr die gewünschten Aufklärungen gegeben und dürfen um beschleunigte Entscheidung bitten. Herr Curt Simson befindet sich bereits im 83. Lebensjahr.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Born
durch:

Rechtsanwalt

14. Januar 1975
kl/m

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin
Ausgleichsamt

1 Berlin 33
Königin-Luise-Straße 92

Betr.: BEG-Anträge Gertrud Hess, Curt Simson
und nach Margarete Ruppel
- Agl. 282 / A 10 / BF 4241 BF -

Wir kommen heute auf Ihr Schreiben vom 2. Oktober 1974 zurück, nachdem wir inzwischen weitere Informationen eingeholt haben.

1) Fabrikgrundstück Gotha-Siebleben, Nuetzleberweg:

Hierzu teilt uns Herr Curt Simson folgendes mit:

"Wie bekannt, haben wir wegen der ungünstigen Wirtschaftslage die Genehmigung der Stadt Gotha eingeholt, die Produktion einzustellen.
Wir haben diese erhalten, nachdem die zuständige Stelle der Stadt davon überzeugt war, daß genügend Mittel vorhanden waren, den Betrieb wieder aufzunehmen. In der Zwischenzeit haben wir kleine Lieferungen vom Lager durchgeführt und Vorbereitungen zur Fabrikation von industrieller Keramik getroffen. Für diesen Zweck hatten wir auch einen Experten stundenweise in der Fabrik arbeiten lassen, so daß die Fabrik nicht vollkommen stillgestanden hat."

Am 31. Oktober 1938 fand dann der Teilverkauf an Herrn Hugo Umbreit statt, wie im Antrag näher angegeben.

Von dem Kaufpreis von 100.000 RM mußte der Käufer eine sog. "Arisierungsabgabe" von 10.000 RM an die Behörde abführen, so daß die Verkäufer nur 90.000 RM erhielten (lt. Fotokopie des beiliegenden Schreibens an Herr Curt Simson). Hieraus ergibt sich klar der Zwangsverkauf und ferner, daß die Verkäufer über den Kaufpreis nicht vollständig frei verfügen konnten.

- 2 -

2) Zweifamilienhaus und Gartenland Gotha, Friedrichstraße 19

Bei diesem Grundstück handelt es sich um drei Verkäufe:

a) um den Verkauf an das NS-Fliegerkorps, und zwar wurden die Baulichkeiten und ein Teil des Gartenlandes verkauft, laut Kaufvertrag vom 30. 3. 1939.

Der Kaufpreis betrug 65.000 RM. Der Einheitswert für das gesamte Grundstück laut Kaufvertrag 72.800 RM.

/ Laut dem in Fotokopie beigefügten Genehmigungsbescheid vom 1. Juni 1939 mußte der Kaufpreis auf ein Konto bei einer inländischen Devisenbank eingezahlt werden, über das die Verkäufer nur mit Zustimmung der Devisenstelle verfügen durften.

b) um einen Verkauf des Fliegerkorps an Frau Friedrich, laut Auflassung vom 7. 6. 1939.

Hierbei handelt es sich um das Nebenhaus und einen Teil des Gartenlandes.

Der Kaufpreis betrug 15.000 RM. Der Einheitswert betrug 10.7000 RM laut dem in Fotokopie beiliegenden
/ Einheitswertbescheid vom 1. 4. 1940.

- Die Zahlung zu a) und b) erfolgte dergestalt, daß das Fliegerkorps einen Teilbetrag von 50.000 RM zahlt und Frau Friedrich 15.000 RM für Rechnung des Fliegerkorps an die Verkäufer zahlte. -

c) um den Verkauf des restlichen Gartenlandes von 9 60 qm laut Kaufvertrag vom 4. 10. 1939 an die Gothaer Versicherungsbank für einen Kaufpreis von 8.000 RM.

/ Auch hier durfte laut dem in Fotokopie beiliegenden Genehmigungsbescheid die Einzahlung des Kaufpreises nur auf ein Konto einer Devisenbank erfolgen, über das die Käufer nur mit Genehmigung der Devisenstelle verfügen durften.

- Der Käufer mußte eine Ausgleichsleistung von 2.000 RM zahlen. Hieraus ergibt sich, daß das Grundstück unter dem Verkehrswert zwangsverkauft worden ist. -

Ein Einheitswertbescheid liegt nicht vor.

3) Andere Rückerstattungsansprüche als die unter 2) angegebenen Verkäufe haben die Erben nicht gestellt. Auch andere Grundstücke haben sie nicht zurückerhalten.

Frau Friedrichs hatte das Grundstück zurückgegeben aufgrund des kurzlebigen Thüringischen R ückerstattungsgesetzes. Das Grundstück ist dann als ausländisches Eigentum in die Verwaltung der Stadt Gotha genommen worden, und zwar ohne Entschädigung für die Verkäufer.

Auch das Gartenland, das die Gothaer Versicherungsbank erworben hatte, wurde als ausländisches Eigentum in die Verwaltung der Stadt Gotha genommen.

Wir haben nunmehr die gewünschten Aufklärungen gegeben und dürfen um beschleunigte Entscheidung bitten. Herr Curt Simson befindet sich bereits im 83. Lebensjahr.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwälte
Dr. Landsberger und Horn
durch:

Rechtsanwalt

DR. KURT LANDSBERGER
HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE

1 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
SCHLÜTERSTRASSE 53
TEL. (030) 8 81 70 78

2. Mai 1975
kl/n

E. lt

RAe und Notare Dr. Landsberger · H.-J. Horn
1 Berlin 12 · Schlüterstraße 53

1. Herrn
Curt Simson

205 West End Avenue
New York, N. Y. 10023

2. Frau
Gertrud Hess

101 Westbury Road/Northwood
HA6 3 DA, Middlesex/England

3. Herrn
Dr. Kenneth Ruppel

423 Buffington Road
De Witt, N. Y./USA

4. Herrn
Jack A. Ruppel

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117/USA

Betr.: Beweissicherungs- und Feststellungsverfahren

Sehr geehrte Frau Hess!
Sehr geehrte Herren!

Inzwischen ist der Feststellungsbeschluß des Ausgleichsamtes Zehlendorf vom 19. 3. 1975 ergangen, von dem ich jedem Brief eine Ausfertigung beifüge.

Der Beschluß ist in Ordnung, bis auf zwei Punkte, um die ich noch Ihre Aufklärung, insbesondere von Ihnen, Herr Simson, erbitte.

1. In dem Beschluß wird erklärt, daß Frau Ruppel 40.000 DM seinerzeit transferiert habe und dafür entsch[ä]digt worden ist. Ich bin mir nicht sicher, ob in diesen 40.000 DM der Kaufpreisanteil von 16.666 DM enthalten war, den Frau Ruppel aus dem Verkauf des Hauses Friedrichstraße 19 an das NS-Fliegerkorps erhalten hat. Nur wenn dies der Fall ist, muß ihr dieser Anteilsbetrag angerechnet werden.

   Aus früheren Akten erinnere ich mich, daß Frau Ruppel auch noch andere Werte, z. B. das Grundstück Berlin, Duisburger Straße 16, sowie auch ihren Anteil an der Porzellanfabrik verkauft hat. Es wäre ja auch möglich, daß sie ohnedies auf ihrem Bankkonto Guthaben besessen hat, aus denen sie den Transfer vorgenommen hat.

   Hierüber bitte ich Sie, mich möglichst genau aufzuklären.

- 2 -

2. Ein Teil des Grundstücks Friedrichstraße 19 wurde aufgrund des Thüringischen Rückerstattungsgesetzes zurückgegeben, wie das Ausgleichsamt feststellt. Es soll sich hierbei um den von Frau Friedrichs erworbenen Teil des Gartenlandes handeln, dessen Einheitswert 10.700 DM ausmacht. Das soll auch Ihr Rechtsanwalt Zinn in einem Schreiben vom 28. 10. 1948 mitgeteilt haben. Eine Entschädigung wird Ihnen aber für diesen Teil des Grundstücks nicht zugebilligt, weil dieser Grundstücksteil wieder in Ihren Besitz gelangt und erst später, etwa im Jahre 1951, von der thüringischen Behörde Ihnen weggenommen worden sein soll

Mir ist dieser Vorgang nicht ganz klar. Haben Sie denn wirklich das Gartenland zurückerhalten und ist es Wieder in Ihren Besitz gelangt, bevor es Ihnen von der thüringischen Behörde weggenommen worden ist? Oder haben Sie es überhaupt nicht bekommen und die thüringischen Behörden haben, nachdem der Rückerstattungsbeschluß ergangen ist, das Grundstück gleich wieder mit Beschlag belegt? Wenn Letzteres der Fall sein sollte, dann müßten Sie m. E. doch entschädigt werden.

Der Sachbearbeiter, mit dem ich kürzlich telefoniert habe, meinte, daß es Ihnen freigestellt worden ist, sich einen Verwalter für das Grundstück zu bestellen.

Aber ich bitte hier zunächst um Ihre tatsächliche Aufklärung.

Ich müßte evt. gegen den Beschluß, der uns am 22. 4. zugestellt worden ist, innerhalb eines Monats seit Zustellung Rechtsmittel einlegen. Daher bitte ich Sie um umgehenden Bescheid.

Dies ist zunächst der Feststellungsbescheid. Es muß vom Ausgleichsamt noch die Hauptentschädigung ermittelt und festgestellt werden. Diese ist in DM umgerechnet geringer, als der festgestellte Entschädigungsbetrag von 20.700 RM. Um die Hauptentschädigung in GAng zu setzen, müssen die anliegenden Formulare ausgefüllt werden.

Mir genügt es, wenn Sie die an der Seite angestrichenen Fragen auf einem besonderen Blatt ausfüllen und die Formulare unterschrieben. Ich ergänze dann die Fragen. Sie, sehr geehrte Frau Hess, erhalten erst später ein Formular von dem für die Hauptentschädigung zuständigen Ausgleichsamt Aachen.

Ich erbitte Ihre möglichst baldige Rückäußerung und grüße Sie bestens

Ihr

[signature]

Rechtsanwalt

PS:
Einen Durchdruck dieses Schreibens füge ich für Ihren Herrn Bruder bei.

D. O.

Kopie

27/8/1979

Sehr geehrter Herr Horn:

Ihr Schreiben v.16/8 zeigt erfreulicherweise, dass unser Entschaedigungdantrag langsam vorangeht. Leider hat das Amt, im Gegensatz zu der frueheren Methode, kein Anzeichen gegeben, worum sich die Abzahlung handelt. Habe ich recht, dass es der Hauptbetrag fuer unseren Anteil an Friedrichstr. 19 (abzgl. Frau Friedrichs) ist, und darf ich hoffen, dass die dazugehoerigen Zinsen auch bald nachfolgen, nun dass wir ueber den toten Punkt gekpmmen sind?

Der Scheck ist auch heute angekommen, aber leider an mich direkt gerichtet; nach Angabe meiner Bank muss der Scheck nun wieder zurueckgehen, was rech zeit- und Spesenverschlingend ist. Bisher waren die Zahlungen immer direkt an meine Bank gegangen, innerhalb sehr weniger Tage und fuer eine sehr geringe Gebuehr. Ich hatte vorsorglich am 17/1 meine Bankverbindung angegeben, viz. First Pennsylvania Bank, Melrose Park Office,241 West Cheltenham Ave., Melrose Park,Pa.,19126. Die Bank meiner Schwaegerin ist wohl noch nach wie vor die Marine Midland Bank, Syracuse, NY. Duerfte ich Sie bitten, Ihre Kanzlei zu veranlassen unsere Akten entsprechend zu annotieren, sodass kuenftige Zahlungen wieder wie frueher vor sich gehen koennen?

Der Scheck der Berliner Bank lautet uebrigens auf DM 4562.32 (vor Abzug der Bankgebuehren),waehrend ich Ihrem Brief entnahm, dass es sich um eine Uebertragung von DM 4607.16 handelte. Falls ich recht habe, moechte ich bitten, die restlichen DM 44.84 dem Rest der Voranzahlung zuzufuegen, sodass dieser auf DM 294.84 kommt. (Es ist eine sehr lange Zeit und sehr viel Inflation ueber den Ozean geflossen, seit ich am 18.10.71 Ihrem Bureau DM 500.- ueberwies (Fidelity Bank FB 127283). Soviel ich weiss, ist meine Schwaegerin in derselben Lage, da mein Bruder einen gleichen Betrag ueberwies).

Schliesslich moechte ich noch auf meine Antwort auf Ihren Breif v. 25/5 zurueckkommen, den ich am 12/6/ mit Anlagen sandte. Er scheint nicht dort angekommen zu sein, und ich lege meine Kopieen bei, da die Photokopien meiner linken-Zeigefinger-Methode fast ganz unleserlich sind. Da Sie ja bei der Behoerde breits wegen meiner Versicherungsunterlagen angefragt haben, ist es wohl genug, wenn die Zusammenfassung meiner Daten nunmehr in Ihre Akten kommen.

Wegen der Anlagen bzgl. Foreign Claims Settlement Off. werde ich der Behoerde schreiben und fragen, ob unsere weitere Behandlung nicht auf die Regelung der "legal nullity"- Erklaerung warten koennte.(Die sicher nicht waehrend meiner Lebzeit gereg elt wird, falls jemals?)

Meine Hand ist besser, aber Schreiben doch noch schmerzlich. Ich hoffe, Sie Koennen bald eine Erklaerung der letzten Ueberweisung einsenden, und der Scheck endet bald seine Odysee, und die Zahlungen gehen nun weiter, nachdem das Eis gebrochen ist.

Mit frdl. Gruessen Ihr

JR

[illegible] /8/1979

Sehr geehrter Herr Horn:

Ihr Schreiben v.16/8 zeigt erfreulicherweise, [illegible] unser Entschaedigungsantrag [illegible]. [illegible] hat das Amt, im Gegensatz zu [illegible], Anzeichen gegeben, [illegible] ich die [illegible] ich recht, dass es der Hauptbetrag fuer [illegible] an Friedrichstr. 19 (abzgl. Frau [illegible]) ist, [illegible] darf ich hoffen, dass die [illegible] Zinsen [illegible] bald nachfolgen, nun dass wir ueber [illegible] kommen sind?

Der Scheck ist auch heute [illegible], aber [illegible] mich direkt gerichtet; nach [illegible] meiner Bank muss der Scheck nun wieder zurueckgehen, was [illegible] spesenverschlingend ist. Bisher [illegible] direkt an meine Bank gekommen, [illegible] Tage und fuer eine sehr geringe Gebuehr. Ich [illegible] vorsorglich am 17/1 meine Bankverbindung [illegible], d.i. First Pennsylvania Bank, Melrose [illegible] Office, [illegible] Cheltenham Avenue, Melrose Park, Pa. [illegible]. Die Bank meiner Schwaegerin ist wohl noch [illegible] Marine Midland Bank, Syracuse, [illegible]. [illegible] ich Sie bitten, Ihre Kanzlei zu veranlassen, unsere Akten [illegible] zu annotieren, sodass kuenftige [illegible] wieder [illegible] frueher vor sich gehen koennen.

Der Scheck der [illegible] Bank lautet [illegible] DM 4562.[illegible] (vor Abzug der [illegible]), waehrend ich Ihrem Brief entnahm, dass es sich um eine Uebertragung von DM 4607.16 handelte. [illegible] ich [illegible], moechte ich bitten, die restlichen DM [illegible] dem Rest der [illegible]zahlung zuzufuegen, [illegible] DM 394.84 kommt. (Es ist eine sehr lange Zeit und sehr viel Inflation ueber den Ozean geflossen, seit ich am 19.10.71 Ihrem Bureau DM 500.- ueberwies ([illegible] Bank FB 127[illegible]).

Soviel ich weiss, ist meine [illegible] in derselben Lage, da mein Bruder einen gleichen [illegible] uebertrug.)

[illegible] ich noch [illegible] in Antwort auf Ihren Brief v.[illegible], den ich am 12/6 mit Anlage sandte. [illegible] ist nicht [illegible] zu sein, und ich lege meine Kopien bei, [illegible] Photokopien meiner Linken-Zeigefinger-Methode fast ganz unleserlich sind. Da Sie [illegible] bei der Behoerde bereits [illegible] meiner Versicherungsunterlagen angefragt haben, ist [illegible] genug, wenn die Zusammenfassung meiner Daten [illegible] Ihre Akten kommen.

[illegible] der Anlage betr. Foreign Claims Settlement [illegible] werde ich der Behoerde schreiben und fragen, ob unsere weitere Behandlung nicht auf die Regelung der "[illegible] nullity"-Erklaerung warten koennte. (Die sicher nicht waehrend meiner Lebzeit geregelt wird, falls [illegible])

[illegible] ist besser, aber Schreiben doch noch [illegible]. Ich hoffe, Sie koennen bald eine Erklaerung [illegible] letzten Ueberweisung einsenden, und der Scheck [illegible]

[illegible] weiter [illegible]

Mit [illegible] Gruessen [illegible]

28.10.1971

Herrn Dr. Kurt Landsberger
Herrn Hans-Joachim Horn
1 Berlin 12 Charlottenburg
Schueterstrasse 53

Betrifft: Ihr
Schreiben vom 12.10.71
Beweissicherungs Gesetz

Sehr geehrte Herren:

Zu Ihrer Frage 1

Das Nebenhaus scheidet aus dem Verfahren ganz aus, da dieUS Army das Haus bei ihrem kurzen Aufenthalt in Thueringen, an die ehemaligen Eigentuemer zurueckgegeben hatte, auf Grund eines kurzlebigen Thueringer Entschaedigungs Gesetzes. Das Grundstueck befindet sich heute als auslaendisches Eigentum unter dem Schutze des Staates.

Das NS Fliegerkorps hatte gleichzeitig neben Kaufvertrag vom 30.3.1939 das Nebenhaus 169/2 mit seperatem Vertrage fuer RM 15 000,-- an Frau Friedrichs verkauft. Der im Kaufvertrag genannte Einheitswert von RM 72 800,-- bezieht sich offentsichtlich auf Grundstueck 169/3 bis 1. Der Einheitswert des 3 geteilten Grundstueckes ist mir mit RM 100 000,-- in Erinnerung.

Das NS Fliegerkorps zahlte an die Erben	RM 50 000,--
Frau Friedrichs zahlte an die Erben	15 000,--
Gothaer Lebensversicherungs Gesellschaft	8 000,--
	RM 73 000,--

Zu Ihrer Frage 2

Es handelt sich um 2 Fabriken - Die sogenannte alte Fabrik in Gotha, Steinmuehlenalle 4, Ecke Helenenstrasze, mit einem Wohnhaus fuer 2 Werkswohnungen

Einheitswert von Grund und Boden	RM 50 000,--
Einheitswert vom Wohnhaus	RM 8 000,--

ferner die sogenannte neue Fabrik in Gotha Siebleben, Nuetzleberweg, mit Reichsbahn Anschluss, Brunnen, Einzaeunung von ¼ des Grundstueckes, drei Viertel verblieben Baugelaende. Letzteres gehoerte zur Fabrik. Einheitswert RM 100 000,--.

Die Entziehung aller Grundstuecke erfolgte unter

CURT J. SIMSON
425 CENTRAL PARK WEST
NEW YORK. N. Y. 10025

Zwang, der am besten dokumentiert ist, als die Verkaeufer als Juden bezeichnet werden. Die Kaeufer waren Parteigenossen oder hohe Partei Funktionaere. Die Verkaeufe dienten der Entjudung deutschen Bodens, sowie dem Einsatz juedischen Vermoegens; die neue Fabrik diente dem Reichsnaehrstand als Lager und spaeter dem KZ Buchenwald bei Weimar, in gleicher Weise. Laengs der Helenenstrasse wurden sogleich Wohnungen fuer Flieger Offiziere gebaut.

Moeglicherweise befinden sich noch Angaben unter den Akten des Herrn Rechtsanwalt Dr. Peschke, zum Beispiel, eine Aufstellung des Rechtsanwalt Dr. Zinn, auf Durchschlagpapier, die die Groesse des Grundstueckes der alten Fabrik enthalten koennte. Sie haben seinerzeit die Akten des Herrn Dr. Peschke uebernommen.

Mit verbindlichen Gruessen

Ihr

Curt J. Simson

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin

DER GRÜNE BEZIRK

BERLIN 37 Postkarte 27.10.76 1

DEUTSCHE BUNDESPOST 0 50 BERLIN

Bezirksamt Zehlendorf von Berlin
[illegible]
Königin-Luise-Str. 88/92/94/96

Sprechzeiten
nur dienstags und freitags
von 8.30 bis 14.00 Uhr

Adressenänderung
bitte sofort mitteilen.

~~Herrn~~ / Frau

Gertraud Hess
101 Westbury Road
Northwood HA6 3 DA
Middlesex / England

Bezirksamt Zehlendorf
von Berlin
Abteilung Finanzen
– Ausgleichsamt –

Berlin 33, den 26. 10. 1976
Königin-Luise-Str. 88/92/94
(Straße)

Betrifft: Antrag auf einheitliche Feststellung von ~~Vertreibungsschäden – Kriegs-sachschäden – Ost~~ BF schäden an Grundvermögen der Geschädigtengemeinschaft Simson
(z. B. OHG., KG., Erbengemeinschaft usw.)
gemäß § 31 Abs. 2 FG.

Sehr geehrte ~~r~~ Frau / ~~Herr~~ Hess!

Ihr Antrag vom 17. 11. 72 ~~– Die Anträge vom der von Ihnen vertretenen Gemeinschaft~~ – ist – ~~sind~~ – unter

A 10 / EF 4888 BF USA

registriert worden.

Wir bitten um Verständnis, daß bei der Vielzahl der Anträge mit einer längeren Bearbeitungszeit gerechnet werden muß.

Bitte Rückseite beachten.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage
Säckel

LA Bln 6 a
Mat. 1163. A 6. 2000. 3. 76

Friedr.str. 19

Bezirksamt Zehlendorf
von Berlin
Abteilung Finanzen
— Ausgleichsamt —

GeschZ.: Agl.282-A10/EF 4241 BF USA

1 Berlin 33, den 19. 3. 1975
Königin-Luise- Str. / ~~Pl.~~ Nr. 92
Fernruf: 8326061 App.: 33 Zimmer: 33
(.........) .... (nur im Innenbetrieb)

2. Ausfertigung für
Frau Gertrud Hess

Herren Rechtsanwälte
Dr. Kurt Landsberger
Hans-Joachim Horn

1 Berlin 12
Schlüterstr. 53

Angaben für die Statistik			
3 U	~~xxx~~	~~xxx~~	HASt Nr. 38

Bei Schäden an Einheitswertvermögen:
Hauptschaden in Ort: Gotha
Kreis: "

Bescheid — ~~Teilbescheid~~ [1])
über die einheitliche Feststellung von Vermögensschäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) bei Beteiligung mehrerer unmittelbar Geschädigter

I. Unmittelbar Geschädigte:

(Name, Vorname, bei Frauen auch Geburtsname)	(Postleitzahl — letzter — Wohnort, Straße und Hausnummer)	Ggf. Todestag:
1) Simson, Curt Julius	New York, N.Y. 10023 205 West End Ave.	---
2) Ruppel, Margarete geb. Simson	Syracuse, N.Y., 1472 So. Sate Street	7.1.69
3) Hess, Gertrud geb. Simson	Northwood, Middlesex HAG 3 DA Westbury Rd., England	----

II. A. Antragsberechtigte am 1. April 1952 (wenn nicht personengleich mit I): [2])

(Name, Vorname, bei Frauen auch Geburtsname)	(Postleitzahl — letzter — Wohnort, Straße und Hausnummer)	Erbe zu I Nr.	Ggf. Todestag:
—			

B. Antragsberechtigte bei Tod des unmittelbar Geschädigten in Mitteldeutschland [3]) nach dem 31. März 1952: [2])

(Name, Vorname, bei Frauen auch Geburtsname)	(Postleitzahl — letzter — Wohnort, Straße und Hausnummer)	Erbe zu I Nr.	Ggf. Todestag:
—			

III. Antragsteller (wenn nicht personengleich mit I oder II):

(Name, Vorname, bei Frauen auch Geburtsname)	(Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer)	Erbe zu I Nr.	zu II A Nr.	zu II B Nr.
1. Dr. Ruppel, Kenneth	De Witt, N.Y. 423 Buffington Rd.	2		
2. Ruppel, Jack A.	7753 Washington Lane Elkins Park, Pa. 19117	2		

Vordruck BAA 10/31 a—71

Mat. 1509a. A 4. 10000. 3. 73. (Blatt 1)

Bei Abwesenden (Kriegsgefangenen, Vermißten usw. in den Fällen des § 12 Abs. 1 Satz 2 BFG):
Antrag ist gestellt für den unter

.... (Ziff.) .... (Nr.) Genannten von ...., wohnhaft in ....

.... (Ziff.) .... (Nr.) Genannten von ...., wohnhaft in ....

Auf die Anträge auf Feststellung von Vermögensschäden — und auf Beweissicherung — nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) ergeht — auf Grund des Beschlusses des Ausgleichsausschusses vom 19.3.1975 — folgender — Bescheid —XXXXXXXX —:

A. Allgemeine Voraussetzungen

1. Die persönlichen Merkmale nach § 11 Abs. 1 BFG sind erfüllt. Es sind keine Tatsachen bekannt, wonach die unmittelbar Geschädigten zu den in § 11 Abs. 3 BFG genannten Personen gehören.

   Die Antragsberechtigung nach § 12 BFG liegt für die unter Ziffer I bzw. II Genannten und ggf. deren Erben vor.

2. Das Antragsrecht bzw. das Verfahren für die unter Ziffer — I XXX III — Genannten ruht nicht (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG).

3. Erbverhältnisse nach den unmittelbar Geschädigten:
   Die nachstehend genannten **Antragsberechtigten** (II A bzw. II B) sind Erben (Erbeserben)*) der unmittelbar Geschädigten

zu I Nr.	Name, Vorname	Anteil	zu I Nr.	Name, Vorname	Anteil

B. Schadensfeststellung

4. **Folgende Schäden der unmittelbar Geschädigten werden mit den in Spalte 2 und 2a aufgeführten Beträgen nach dem BFG festgestellt und sind damit zugleich Zonenschäden im Sinne des § 15a des Lastenausgleichsgesetzes (LAG):**

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Anteile	Neu festgestellter Betrag		Bereits früher festgestellter Betrag		Insgesamt festgestellt		Statistische Angaben nur zu Sp. 2:
		Schäden an RM/M-Ost	Verbindlichkeiten (bei Betriebsvermögen: staatliche Beteiligung) RM/M-Ost	Schäden RM/M-Ost	Verbindlichkeiten (bei Betriebsvermögen: staatliche Beteiligung) RM/M-Ost	Schäden (Sp. 2 + 3) RM/M-Ost	Verbindlichkeiten (bei Betriebsvermögen: staatliche Beteiligung) (Sp. 2a + 3a) RM/M-Ost	Anzahl der Schaden
1	1a	2	2a	3	3a	4	4a	5

a) land- und forstwirtschaftlichem Vermögen — Feststellung insgesamt:

—	1/1							

Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:

Vordruck BAA 10/31 a—71

Blatt: 2

GeschZ.: Agl.282-A10/EF 4241 BF USA

Bescheid vom 19.3.1975

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Anteile	Neu festgestellter Betrag		Bereits früher festgestellter Betrag		Insgesamt festgestellt		Statistische Angaben nur zu Sp. 2: Anzahl der Schäden
		Schäden an RM/~~M-Ost~~	Verbindlichkeiten (bei Betriebsvermögen: staatliche Beteiligung) RM/M-Ost	Schäden RM/M-Ost	Verbindlichkeiten (bei Betriebsvermögen: staatliche Beteiligung) RM/M-Ost	Schäden (Sp. 2 + 3) RM/M-Ost	Verbindlichkeiten (bei Betriebsvermögen: staatliche Beteiligung) (Sp. 2a + 3a) RM/~~M-Ost~~	
1	1a	2	2a	3	3a	4	4a	5
b) Grundvermögen — Feststellung insgesamt:								
—	1/1	62.100,-	keine	—	—	62.100,-	keine	6
Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:								
1	1/3	20.700,-	---	—	—	20.700,-	---	
2	1/3	20.700,-	---	—	—	20.700,-	---	
3	1/3	20.700,-	---	—	—	20.700,-	---	
c) Betriebsvermögen — Feststellung insgesamt:[4])								
—	1/1		staatl. Beteiligung [5])		staatl. Beteiligung [5])		staatl. Beteiligung [5])	
Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:								

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Anteile	Neu festgestellter Betrag Schäden an RM/M-Ost	Bereits früher festgestellter Betrag Schäden RM/M-Ost	Insgesamt festgestellt Schäden (Sp. 2 + 3) RM/M-Ost	Statistische Angaben nur zu Sp. 2: Anzahl der Schäden
1	1a	2	3	4	5
d) Gegenständen der Berufsausübung sowie an gleichgestellten Erzeugnissen — Feststellung insgesamt:					
—	1/1				
Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:					

Vordruck BAA 10/31 a—71

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Anteile	Neu festgestellter Betrag Schäden an RM/M-Ost	Bereits früher festgestellter Betrag Schäden RM/M-Ost	Insgesamt festgestellt Schäden (Sp. 2 + 3) RM/M-Ost	Statistische Angaben nur zu Sp. 2: Anzahl der Schaden
1	1 a	2	3	4	5

e) privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen (einschließlich Kaufpreisen im Sinne der §§ 7 Abs. 5, 17 b BFG) — Feststellung insgesamt: [6])

Bei Wegnahme durch Verfügungsbeschränkung wird außerdem der Nennwert des Anspruchs im Zeitpunkt der Entscheidung mit folgenden in Klammern gesetzten Beträgen festgestellt: [7])

—	1/1				—

Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:

f) Anteilen an Kapitalgesellschaften oder an Geschäftsguthaben der Mitglieder von Genossenschaften — Feststellung insgesamt:

—	1/1				—

Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:

g) Gewerbeberechtigungen (soweit nicht Betriebsvermögen) — Feststellung insgesamt:

—	1/1				

Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:

h) — Lizenzen an — Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten und ungeschützten Erfindungen — Feststellung insgesamt: [8])

—	1/1				

Davon entfallen auf die unmittelbar Geschädigten:

Vordruck BAA 10/31 a—71

Blatt: 3

GeschZ.: Agl. 282-A10/EF 4241 BF USA

Bescheid vom 19.3.75

5. **Bei Schäden von Verfolgten und bei Erwerb von Verfolgtenvermögen bzw. von Vermögen, an dem einem sonstigen Voreigentümer Schäden entstanden sind (§ 7 Abs. 5 BFG):[9])**

— a) In die freie Verfügung der Verfolgten oder ihrer Erben ist ein Kaufpreis in Höhe von ~~XXXXXXXX~~ — 16.666,67 RM gelangt.

— Davon entfallen auf Verfolgte: [10]) —

— ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ —

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Betrag RM	Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Betrag RM	Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Betrag RM
2	16.666,67				

— b) Wegen folgender Schäden sind Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG), dem Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) oder nach landesrechtlichen Vorschriften gewährt worden:

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	zu Nr. 4 Buchst.	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des Schadens RM/M-Ost	Höhe der festgestellten Verbindlichkeiten [11]) RM/M-Ost	Höhe der Entschädigung DM

— c) Der — Wert — Einheitswert bzw. Ersatzeinheitswert — des erworbenen Wirtschaftsguts beträgt im Zeitpunkt des Schadenseintritts .... RM/M-Ost — ggf. darauf ruhende Verbindlichkeiten .... RM/M-Ost. —

6. **Zeitpunkt des Schadenseintritts und Ursache des Schadens:**

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Der Schaden: zu Nr. 4 Buchst.	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des Schadens RM/~~M-Ost~~	ist eingetreten am	Schadensursache [12])
1-3	b	Grundvermögen	62.100,--	1939	Entziehung

7. **Folgende Beträge aus der Nutzung weggenommener Wirtschaftsgüter, über die die unmittelbar Geschädigten oder ihre Erben nach der Wegnahme verfügt haben, werden mit den in Spalte 3 aufgeführten Beträgen festgestellt:**

Zu Nr. 4 Buchst.	a) Bezeichnung des Wirtschaftsguts b) Art der Nutzung	Verfügender (unmittelbar Geschädigter oder Erbe)	Beträge: Neu festgestellter Betrag RM/M-Ost	Bereits früher festgestellter Betrag RM/M-Ost	Insgesamt festgestellt (Summe der Spalten 3 und 4) RM/M-Ost
1	1a	2	3	4	5
Hiervon entfallen auf Zeiträume nach dem 31. Dezember 1969: [14])					

Vordruck BAA 10 31 a—71

Mat. 1509a. A 4. 10000. 3. 73. (Blatt 3)

8. **Bei Schäden an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen in Reichsmark oder in Mark-Ost, denen ein Reichsmarkbetrag zugrunde liegt (Nr. 4 Buchst. e):[4]) [15])**

Höhe des Schadens RM/M-Ost	zugrunde liegender RM-Betrag bei Schaden in M-Ost	Art des Anspruchs und ggf. Umwertungsverhältnis	Bei Reichsmarkspareinlagen: Begründung des Anspruchs vor dem 9. Mai 1945 oder nach dem 8. Mai 1945

9. **Bei nachträglicher Schadensminderung (§ 20 a BFG):**

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	Für Schäden Nr. 4 Buchst. ...	ist in Nr. 4 folgende Minderung des Schadens vorgenommen			wegen [16])
		von ursprünglich RM/~~M-Ost~~	um (ggf. umgerechnet) RM/~~M-Ost~~	auf RM/~~M-Ost~~	
1-3	b	72.800,--	10.700,--	62.100,--	Rückerstattung

10. **Bei auf Grund der Kriegssachschädenverordnung, des Reichsleistungsgesetzes oder anderer innerdeutscher Vorschriften gewährten Entschädigungszahlungen**

Folgende Entschädigungszahlungen, insbesondere solche, die 50 v. H. des maßgebenden Werts nach den in § 13 Nr. 12 BFG genannten Vorschriften nicht übersteigen, sind für eine Kürzung nach § 249 Abs. 2 LAG zu berücksichtigen:

Lfd. Nr. des unmittelbar Geschädigten	zu Nr. 4 Buchst. ...	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe der Zahlungen RM

C. Umfang der Entscheidung

11. ~~— Der Bescheid vom .... wird hiermit zum Teilbescheid erklärt. —~~

— Über die geltend gemachten Schäden ist in vollem Umfange entschieden worden. —

~~— Über folgende Schäden wird im besonderen Beweisverfahren, zu dem ein besonderer Bescheid ergeht, entschieden: —~~

— Hinsichtlich folgender Schäden wird — die Schadensfeststellung — und — die Beweissicherung — abgelehnt:

— **Bei Teilbescheiden:** Sofern noch über die einheitliche Feststellung weiterer Schäden zu entscheiden ist, ergeht nach Abschluß des Feststellungsverfahrens ein Bescheid, in dem alle einheitlich festzustellenden Schäden der unmittelbar Geschädigten zusammengefaßt werden. Dieser Teilbescheid enthält jedoch bereits die vollen feststellungsfähigen Beträge für die Schäden an den nachfolgend aufgeführten Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten):

— Hinsichtlich der folgenden — Schäden (Abschnitt B Nr. 4) — und —
Fälle, in denen Beträge aus der Nutzung weggenommener Wirtschaftsgüter in die Verfügung eines unmittelbar Geschädigten oder eines Erben gelangt sind (Abschnitt B Nr. 7) oder gelangen —,
über die zu gegebener Zeit ein weiterer Bescheid ergeht,

a) wurde nur teilweise entschieden:

b) wurde noch nicht entschieden:

12. Bei Schäden, die nach verschiedenen Gesetzen zu berücksichtigen sind:

Soweit Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes (BFG) und Schäden im Sinne des Feststellungsgesetzes (FG) oder des Reparationsschädengesetzes (RepG) entstanden sind,

— wird wegen der Feststellung der Schäden

— nach dem FG auf den Bescheid vom .... —

— nach dem RepG auf den Bescheid vom .... —

und auf den anliegenden Einlagebogen „Zusammenfassung der nach verschiedenen Gesetzen festgestellten Schäden" (Vordruck BAA 11 38) verwiesen. —

— wird über die Feststellung der Schäden nach dem — FG — RepG — durch späteren Bescheid entschieden. —

13. Berechnungsgrundlage und Auswirkungen auf künftige Leistungen

Die in diesem Bescheid festgestellten Beträge sind errechnet nach Wertmaßstäben, die das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vorschreibt. Sie stellen noch nicht die zu zahlende Entschädigung dar, sondern bilden lediglich eine Grundlage für die bei der Berechnung eines Anspruchs auf Hauptentschädigung zugrunde zu legenden Ausgangswerte. Die in Abschnitt B festgestellten Schäden werden bei der Berechnung des Beihilfegrundbetrags zur Gewährung laufender Beihilfen berücksichtigt, sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Die in Abschnitt B Nr. 5, 8 und 10 aufgeführten Beträge haben ausschließlich, die Beträge in Nr. 6 und 7 teilweise Bedeutung für das Zuerkennungsverfahren (Nr. 5 wegen § 6 Abs. 2 und 4 der 11. LeistungsDV-LA und § 250 Abs. 1 und 2 LAG, Nr. 6 und 7 wegen § 250 Abs. 6 LAG, Nr. 8 wegen § 245 Nr. 5 und § 249 a LAG und Nr. 10 wegen § 249 Abs. 2 LAG).

Die Feststellung der Vermögensschäden ist noch keine Grundlage, um in Erwartung künftiger Leistungen Verpflichtungen einzugehen oder sonstige Anstalten zu treffen.

Inwieweit wegen Ruhens des Antragsrechts oder des Verfahrens (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG) die Feststellung hinsichtlich einzelner Erben (Erbeserben) derzeit nicht wirksam ist und demzufolge bei der Zuerkennung des Anspruchs auf Hauptentschädigung insoweit nicht berücksichtigt wird, ergibt sich aus Abschnitt D.

14. Bei Erbfällen nach den Antragsberechtigten:

Dieser Bescheid wirkt auch für und gegen diejenigen unter III aufgeführten Erben (Erbeserben) eines verstorbenen Antragsberechtigten, die einen Antrag auf Feststellung nicht gestellt haben. ———————————

D. Erbverhältnisse nach den Antragsberechtigten

15. Bei Erbfällen nach den unmittelbar Geschädigten (I) bzw. Antragsberechtigten (II)

a) **Feststellungsberechtigt** sind folgende Erben (Erbeserben):

zu (I, II A, II B, Nr.)	Name, Vorname	wohnhaft in	Anteil
I/2	Dr. Ruppel, Kenneth	De Witt, N.Y. 423 Buffington Rd.	1/2
I/2	Ruppel, Jack A.	7753 Washington Lane Elkins Park, Pa 19117	1/2

Diese Aufteilung wird so lange zugrunde gelegt, als nicht dem Ausgleichsamt gegenüber eine andere Aufteilung nachgewiesen wird.

Vordruck BAA 10 31 a—71

Mat. 1509a. A 4. 10000. 3. 73. (Blatt 4)

b) **Nicht feststellungsberechtigt** sind wegen Ruhens des Antragsrechts bzw. des Verfahrens (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG) folgende Erben (Erbeserben): [17])

zu (I, II A, II B, Nr.)	Name, Vorname	wohnhaft in	Anteil

Soweit es an der Feststellungsberechtigung fehlt und damit die Feststellung von Schäden nicht wirksam ist, darf auch ein Anspruch auf Hauptentschädigung nicht zuerkannt werden.

E. Begründung

Es werden folgende Vermögensverluste geltend gemacht:

1) Zweifamilienhaus in Gotha, Friedrichstr.19
2) Gartenland in Gotha, Friedrichstr. 19

Beide Grundstücke bildeten ursprünglich eine wirtschaftliche Einheit; die Teilung erfolgte erst durch die Entziehung im Jahre 1939.

Zu 1. und 2.:

Das Grundstück wurde im Jahre 1939 durch Zwangsverkauf entzogen. Dadurch ist ein Schaden im Sinne des § 1 Abs. 1 der 11. Leistungs-Durchführungs-Verordnung-LA (LDV-LA) eingetreten.

Schäden an Grundvermögen werden gemäß § 6 Abs. 1 der 11. LDV-LA in Verbindung mit § 12 Abs. 1 des Feststellungsgesetzes (FG) mit dem zuletzt vor der Entziehung festgestellten Einheitswert festgestellt. Dieser wurde für das gesamte Grundstück mit 72.800,-- RM nachgewiesen.
Nach dem Kriege wurde auf Grund des Thüringischen Rückerstattungsgesetzes ein Teil des Grundstücks zurückgegeben. Gemäß § 20a BFG in Verbindung mit § 21a des Feststellungsgesetzes ist der Schaden dadurch teilweise ausgeglichen worden, wenn auch die Behörden des Schadensgebietes das Grundstück später wieder weggenommen haben und die Rückgabe somit nur vorübergehender Natur war.
Für die Anerkennung eines Wegnahmeschadens aber erfüllen die Antragsteller nicht die Stichtagsvoraussetzungen nach § 230 des Lastenausgleichsgesetzes.
Der Einheitswert des zurückgegebenen Grundstücksteils ist mit 10.700,-- RM nachgewiesen worden.
Die Schadenssumme beträgt somit

72.800,-- RM - 10.700,-- RM = 62.100,-RM.

Nach § 15 Abs. 1 BFG in Verbindung mit § 12 Abs. 3 FG sind langfristige Verbindlichkeiten, die im Schadenszeitpunkt mit dem Grundvermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang standen oder daran dinglich gesichert waren, gesondert festzustellen.
Nach den Angaben der Antragsteller und den vorliegenden Beweismitteln waren keine Verbindlichkeiten vorhanden.

Der Kaufpreis betrug insgesamt 73.000,-- RM. Davon wurden nach Genehmigung des Kaufvertrages am 1.6.39 zunächst 15.000,--RM

von Frau F r i e d r i c h s gezahlt, etwa 4 Wochen später hat das NS-Fliegerkorps 50.000,-- RM überwiesen; die Gothaer Lebensversicherungsbank AG zahlte im Oktober 1939 die restlichen 8.000,-RM. Die Beträge mußten auf ein Sperrkonto eingezahlt werden.

Im August 1939 konnte Frau Margaret R u p p e l 40.000,--RM nach England transferieren. Es wird deshalb davon ausgegangen, daß ihr Kaufpreisanteil aus der Summe von 50.000,-- RM in Höhe von 16.666,67 RM, der zwar zunächst auf ein Sperrkonto eingezahlt werden mußte, für den Transfer freigegeben worden ist und somit in die freie Verfügung gelangt ist.
Für den Transferverlust ist bereits nach dem Bundesentschädigungsgesetz eine Entschädigung gewährt worden.

F. Verpflichtung zu nachträglicher Mitteilung

Bescheidempfänger und ihre Erben haben dem Ausgleichsamt unverzüglich anzuzeigen, wenn sich die in den Anträgen einschließlich der Beiblätter angegebenen tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse nachträglich als unrichtig erweisen oder ändern, insbesondere wenn weitere Beweismittel (vor allem Urkunden) verfügbar werden, wenn Vermögen zurückgegeben oder dafür Ersatz in Natur geleistet wird, wenn privatrechtliche geldwerte Ansprüche erfüllt werden oder wenn im Zusammenhang mit den Schäden sonstige Leistungen Dritter gewährt werden.

Weitere Schäden können nur bis zum Ablauf der Antragsfrist geltend gemacht werden, die nach § 30 Abs. 3 BFG grundsätzlich am 31. Dezember 1972 endet.

G. Belehrung über Rechtsbehelf

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung, vom Vertreter des Bundesinteresses binnen eines Monats nach Bekanntgabe, B e s c h w e r d e bei dem Senator für Finanzen – Landesausgleichsamt –, 1 Berlin 12, Fasanenstraße 7-8, eingelegt werden.

Die Beschwerde soll beim Ausgleichsamt eingereicht werden; die Frist ist jedoch auch gewahrt, wenn die Beschwerde rechtzeitig unmittelbar beim Beschwerdeausschuß eingereicht wird. Die Beschwerde kann schriftlich oder zur Niederschrift angebracht werden und ist zu begründen. Sofern die Begründung nicht gleichzeitig mit der Beschwerde erfolgt, kann sie in angemessener, ggf. festzusetzender Frist nachgeholt werden.

Ein Rechtsbehelf gegen diesen Bescheid ist nicht gegeben,

a) soweit durch vorangegangene Bescheide, deren Beträge in diesem Bescheid lediglich wiederholt sind, bereits entschieden ist,
b) wenn auch bei erfolgreicher Durchführung des Rechtsmittelverfahrens höhere Ausgleichsleistungen nach den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes nicht gewährt werden könnten (§ 344 in Verbindung mit §§ 245 ff. des Lastenausgleichsgesetzes).

Ein von einem Beteiligten eingelegter Rechtsbehelf wirkt für und gegen alle übrigen Beteiligten.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs hat aufschiebende Wirkung.

~~Bei Teilbescheiden wegen Schäden an Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten), die in Abschnitt C Nr. II nicht als auf den vollen feststellungsfähigen Schaden erfaßt aufgeführt sind, bedarf es der Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen diesen Bescheid nicht, weil hierüber ein weiterer rechtsmittelfähiger Bescheid ergeht.~~

~~Sofern an Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten) Schäden im Sinne verschiedener Gesetze entstanden sind und hierüber in getrennten Bescheiden gleichzeitig entschieden wird:~~
~~Wird gegen einen dieser Bescheide ein Rechtsbehelf eingelegt, so erstreckt sich der Rechtsbehelf auch auf die anderen Bescheide.~~

Im Auftrage

Je eine Ausfertigung erhalten:

(Dienstsiegel)

Kretke
(Unterschrift)

Beglaubigt:
Krause
Kanzl.-Vorsteherin

Vordruck BAA 10/31 a—71

Elkins Park, 29.8. 72

Sehr geehrte Herren,

Anbei die neue Version der Eidesstattlichen Versicherung.

Ich hoffe, dass meine Unterschrift am richtigen Platz ist und dass auch sonst nun alles in Ordnung ist und die Bearbeitung des Falles weiter vor sich geht.

Hochachtungsvoll

(Jack A. Kuppel)

An:
Drs. Landsberger & Horn
Berlin-Charlottenburg

Elkins Park,18/7/1972

Sehr geehrte Herren:

Ich bestaetige Ihre Antwort zu meinem Schreiben v.23.2
Wie ich gleichzeitig von meinem Bruder hoere,haben Sie unseren Antrag erst kuerzlich eingereicht, und ich hoffe sehr dass dieser spaete Termin keine nachteiligen Folgen hat. In der hiesigen Presse war Anfang des Jahres darauf hingewiesen worden, dass man nicht zu lange warten sollte, um nicht in's Hintertreffen zu geraten.(Wie ich aber aus Ihrem Hinweis auf die neue Mentalitaet der Beamtenschaft entnehme, haben wir vielleicht hier nicht ganz den richtigen Eindruck von diesen Dingen).

Ausserdem schreibt mir aber mein Bruder, dass Sie ihn um einen weiteren Vorschuss, ebenfalls von M 500.- gebeten haben, und ich muss gestehen, dass diese Anfrage fuer mich ebenso raetselhaft war wie fuer ihn. In Ihrem Schreiben vom 29.8.69 sagen Sie:"Wir wuerden die Sache zu den frueheren Bedingungen uebernehmen, muessen aber darum bitten, uns fuer unsere Auslagen einen Betrag von 500.-DM zu ueberweisen, da die Verfahren sich sehr lange hinziehen werden. Dieser Betrag wird spaeter auf das Honorar angerechnet".

Ich habe Ihnen diese 500.- DM Anfang dieses Jahres ueberwiesen und glaube damit unsere Verbindlichkeit erfuellt zu haben. Mein Bruder, der an den Verhandlungen mit Ihnen nicht teilgenommen hat, hatte keine Ahnung warum er ploetzlich 500.- DM ausspucken sollte, ebensowenig wie ich es verstehen, und ich waere Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die Sache schnellstmoeglich richtigstellen wuerden.

Mit besten Dank im voraus

Ihr

(Jack A. Ruppel)

Drs. Landsberger &
Horn
Berlin-Chbg.

7753 B Washington Lane, Elkins Park, Pa. 19117
21 August 1971

Sehr geehrte Herren:
Ich danke Ihnen sehr fuer Ihr Schreiben vom 29.7. und Ihre guten Wuensche.
Sie werden verstehen, dass ich in meiner gegenwaertigen Situation einen Antrag nur dann stellen und in eine Vorauszahlung nur dann eintreten moechte, wenn eine gute Aussicht auf Erfolg besteht.
Da nach Ihren Angaben die Hoechstgrenzen jetzt behoben sind, wuerde ich diese Vorbedingungen als gegeben betrachten, falls der Silber- und Schmucksachenanspruch allein, der sich nach meinen Unterlagen auf etwa $2,500 bis 3,000 belaeuft, voellig mit den Beweismitteln in Ihrem Besitz dokumentiert werden kann und Ihrer Ansicht nach auch sonst aussichtsreich ist unter den Bestimmungen.
Wie ich aus Ihrem letzten Brief annehme, ist der erste Teil dieser Fragen in Ihrem Schreiben vom 29.8.69 enthalten. Leider kann ich dieses nicht in meinen Unterlagen finden, und ich moechte Sie deshalb hoeflichst um Uebersendung einer Kopie bitten.
Falls die Antwort zu beiden Teilen meiner obigen Frage positiv ist, moechte ich so schnell wie moeglich den Antrag stellen und Ihnen den gewuenschten Vorschuss ueberweisen. Mein Bruder schliesst sich in jedem Fall meiner diesbezueglichen Entscheidung an.
In der Annahme dass diese zwei Vorbedingungen gegeben sind, moechte ich Ihnen mitteilen, dass ich heute von einem frueheren Mitbewohner unseres Grundstuecks Friedrichstr.7 gehoert habe, der ebenso wie mein Bruder und ich dort geboren wurde und eine lange Zeit dort gelebt hat. Er ist jetzt ein Ingenieur in Frankfurt/M. und moechte wissen, welche Form sein Beitrag nehmen soll. Soll er die Nummer der Stockwerke in jedem Gebaeude angeben, die ungefaehre Nummer der Zimmer, die ungefaehre Groesse des Gartens,etc.? Soll die Aussage notarisiert werden, etc?
Ich habe auch Bankunterlagen fuer die Monatsmieten im frueheren Klinikgebaeude, das im Jahre 1936 von einem frueheren herzoglichen Minister und der Familie seiner Tochter bewohnt wurde. Der Minister bezahlte danach 90.- Mark im Monat fuer die oberen Etagen, und die Miete seiner Tochter betrug 60.- Mark. Ich erinnere mich ausserdem genau, dass der Chirurg, der die untere Etage des Haupthauses bewohnte, genau das Doppelte der Miete des Ministers war,nämlich 180.- Ausserdem war auf dem Boden ein "Zwangsmieter",der Besitzer eines Uhrengeschaeftes, der wahrscheinlich etwa 30.-Mark im Monat bezahlte. Wenn man annimmt, dass unsere eigene Etage denselben Mietwert hatte wie die gleichgrosse Etage der Chirurgenfamilie,so kommt man auf eine Monatsmiete von 540.- Mark, ohne das Gartnerhaus, das der Gaertner natürlich mietfrei bewohnte. -Ausserdem habe ich eine Bankunterlage fuer eine Quartalszahlung für"Wasser-,und Sielzins" in Hoehe v.128.34. -Mein Onkel, Curt Simson, der die Bücher für meine Mutter führte, will eine eidesstattliche Versicherung abgeben, dass mein Vater im Jahre 1910 im ganzen 100,000 M. für das Grundstück bezahlt hat und dann eine Klinikgebäude für etwa 19,000.- gebaut hat; meine Mutter hat dann das gesamte Grundstück mit allen Gebäuden für 40,000.- verkaufen müssen;das war im Jahre 1936 or 37.
Ich nehme an, dass diese Unterlagen brauchbar sind, da in Gotha nach früheren Auskünften keinerlei Grundbuchunterlagen etc. mehr vorhanden sind. Ich erwarte Ihre Rückäusserung mit grossem Interesse

Mit Dank im voraus
Ihr

7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117
25/1/1972

Deutsches Konsulat
2623 PSFS Bldg.
12 South 12th St.
Philadelphia, Pa. 19107

Sehr geehrte Herren: V 7 SK 14093

Anbei der notarisierte Antrag fuer eine Erbschaftsbescheinigung, sowie money oder im Betrag von $ 9.90.

Mit bestem Dank fuer Ihre Bemuehungen

Hochachtungsvoll

(Jack A. Ruppel)

Beilagen

GERMAN CONSULATE

V 7 SK 14093

Philadelphia, Pa. 191o7,
U.S.A.
2623 PSFS Building
12 South 12th Street
Tel. WAlnut 2-7415
Telegrammanschrift:
Consugerma Philadelphia

Mr. Jack Ruppel
7753 Washington Lane
Elkins Park, Pa. 19117

January 21, 1972

Dear Mr. Ruppel,

Enclosed please find a prepared application for a certificate of inheritance.

Please sign this application before a Notary Public and return it to this Consulate for legalization. ~~Also, please have the top paragraph of the application pertaining to the Notary Public completed.~~

When returning the document, please enclose a check in the amount of $ 9.90 for consular fees.

Very truly yours,

(J. Mews)
Consular Attaché

Encl.

14.Januar 1972

An das Deutsche Konsulat
2623 PSFS Bldg.
12 So. 12th St.
Philadelphia, Pa. 19107

Sehr geehrte Herren:

Besten Dank für die umgehende Zusendung von Formular V 5 W, das ich einliegendem ausgefüllt und mit Unterlagen zurücksende.

Im Zusammenhang mit dem Testament meiner Mutter möchte ich noch bemerken, dass bei den Erbschafts-verhandlungen in Syracuse,N.Y. sich herausstellte, dass eine Hinzuziehung der in Punkt "FIFTH:" als Vollstrecker angeführten Personen sich als unnötig erwies.

Schliesslich möchte ich noch erwähnen, dass das von mit in dem Antrag angegebenen Aktenzeichen (74 298) aus der bisherigen Korrespondenz stammt, die nichts mit einer Ostzonen-Entschädigung zu tun hatte; ich nehme aber an, dass das die gewünschte Nummer ist.

Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen

Hochachtungsvoll

V 5 W
Beglaubigte Testaments-Kopiee
" Sterbeurkunden-Kopiee meiner Mutter

7753 Washington Lane, Elkins Pk, Pa
28.1.72 19117

Sehr geehrte Herren:

Anbei notarisierter Erbscheinsantrag, vorbereitet und bestaetigt vom hiesigen deutschen Konsulat, sowie amtlich beglaubigter Erbschein und Todesurkunde unserer Mutter. Das Konsulat meint, dass die Abwickelung bei der Berliner Behoerde mindestens 3 Monate dauert, aber ich bin ueberzeugt, dass Sie den noetigen Antrag bisher schon eingereicht haben.

In der noch offenen Frage des Instrumentariums und der Bibliothek unseres Vaters haben bisher weder mein Bruder noch ich jemanden hier finden koennen, der uns eine autentische Aufstellung ueber eine derartige Einrichtung ungefaehr 1930 geben konnte. Da sich unter den Auswanderern eine grosse Anzahl Aerzte befanden, hat das Amt moeglicherweise von anderer Seite geeignete Angaben.

Wie in der vorangegangenen Korrespondenz erwaehnt, besass unser Vater eine Privatklinik, in der er auch Operationen, wie Star-Entfernungen vornahm.

Er besass, ausser den noetigen Instrumenten, einen Operationstisch. Das Metallmobiliar war zum grossen Teil individuell fuer ihn gebaut. Ich erwaehnte schon die verschiedenen Saetze von optischen Linsen, elektrischen Magnete, Sterilisierapparate, Schraenke fuer das Instrumentarium, Lesetabellen, Fachbuecher und Medikamente. Inzwischen kann ich mich noch erinnern an Elektrisierapparate, die irgendwie in meiner Jugend eine Rolle spielten. Und natuerlich waren Augenspiegel ein Teil des Instrumentariums.

Herr Rausch hat mir Kopieen der Skizze und des Stadtplans gesandt, die er Ihnen beschafft hat. Dabei ist mir aufgegangen, dass der Plan auch eine Andeutung der Porzellanfabrik in der Steinmuehlenallee enthaelt. Ich habe meinen Onkel Curt Simson auch darauf aufmerksam gemacht, der sich moeglicherweise daruber mit Ihnen in Verbindung setzen mag.

Mit besten Gruessen

Ihr

(Jack A. Ruppel)

Anlagen

P.S. Im Notfall wuerde sich das Amt wohl mit der Einschaetzung von 2.000.-M fuer die Einrichtung unseres Vaters einverstanden erklaeren ohne naehere Angaben. Ich bin gern bereit, die obenangefuehrten Einzelheiten eidesstattlich zu bestaetigen.

AR25336 1/18 1980-2000

Restitution - Simson family

January 4,1980

[illegible]ear Co-[illegible]rs,

As you can tell from the salutation, this is pretty much a business letter. It goes back to the Horn of our dilemma which some of us discussed pre-Xmas, without much of a real solution, apart from the question of Suhl.

Now, Ann & Eddy have provided me with a set of statistics from the 1?/1? Aufbau (photo copy included), which might be of some help. As I see it, our Horn dilemma is mostly due to the fact that he does not pursue our interests as he should. Both Friedlanders and I, e.g. have never received an answer to registered letters re such objects as the [illegible] China factories (while, at the same time, he engaged in a copious and very capricious correspondence with me about my potential German Social Security claims, where he gives bits of information, fails to answer some pertinent questions and has even managed to contradict himself completely on the basic question of whether or not I am eligible).

But, to come to the enclosure: We, in my opinion, are concerned with the [illegible] part of the statistics that go back one year or (1/1/79). According to "Stand der Verfahren" in this set, all but .21% of all those cases were "erledigt" at that date. Obviously, looking at the 40,17? billion DM vs. 19,[illegible] billion, "erledigt" seemed a bureaucratic misnomer, as of that date, and should probably have read "erledigt oder in Bearbeitung", but...we don't have to mention that to Horn, but maybe just stress the .21% unerledigt cases.

If you-all agree, maybe someone who hasn't been in touch with him of late (and I'm, quite frankly, thinking of B and/or W's), might just refer to these public .21% statistics as of 1/1/79 and express his dismay at the state of our affairs. Of all the many objects claimed jointly and individually by our various groups, the only one in motion is Friedrichstr. [illegible] (which must have got started in Aachen, not Berlin, which then had to follow suit after Aachen had got the ball rolling on the English part of the claim. In addition, I believe that both the [illegible] and the Friedlanders have been notified that the balance of that particular object was being settled, without, as far as I know, any follow-up along the line of payments; as [illegible]'s are (justifiably) behind on their particular item.

My Social Security problem is considered a matter apart; I came up only maybe 1? years ago, and I feel free to deal with that separately. When Horn stopped the flow of information, I got in touch with the local Social Security agency, which will forward my claim, as they are entitled to. They will remark that Horn may or may not have already worked on the matter. (The German Consulate in [illegible] doesn't know from nothing, except that there is a deadline; they have asked me to get in touch again by the end of the month - so they don't have Horn's name yet, and no counter-current from that side could, so far at least, develop).

So, what do you think about that Wiedergutmachungs ball of wax. Think my .21% hunch might be a help to home in on it?

* to their insurance contact in Germany

Hope to hear from you
and to all a good NY 1980

As ever yours,

P.S. In re-reading the preceding, I feel that it does not even come close to conveying my impression that we are completely side-tracked, probably thanks to Horn, and in very real danger of having the results of all efforts in these matters going down the drain, with that one exception.
So, how do you feel about giving Horn a deadline within which to give a full rundown on the action and current status on all matters concerning the heirs of Julius Simson (again, leaving out Suhl -and I suppose the factory in Pirna). If he should continue to keep quiet in spite of that, maybe it might be well to consider if we should go to the Wiedergutmachungsamt over his head, since we probably could not possibly make things worse by that?
The enclosure has once more brought home to me the fact that the time to let matters ride is dangerously past.

Your kind (and constructive) comments are invited.

2 East View Drive
Simsbury CT 06070
November 18, 1999

Dear Ilse and Jack,

Please don't let this batch of paper worry or upset you!!! There is nothing to do – except to read my letter (shudder?). If you want to put yourself to sleep you can also read the attached nine-page communication addressed to you from Germany.

It has to do with repaying Lastenausgleichsgesetz (LAG) payments made to Margarete Ruppel and/or her heirs (which I will refer to as "Ruppel heirs"). The German government is now recovering LAG payments made for properties that have been privatized since the "Wende".

Attached is a preliminary decision of the Landesausgleichsamt Berlin. They want a total of DM 12,883.42 to be repaid for LAG payments made to Ruppel heirs with respect to the Julius Simson villa on Friedrichstraße 17a/19. There is a preliminary decision in each of your names requesting each of you to pay ½ of that, i.e. DM 6,441.74 (or about $3,400). However, you do not have to pay that. I intend to pay it out of the money I have kept in an escrow bank account in Germany. That is the only repayment requested concerning LAG paid to Ruppel heirs for Julius Simson properties. The preliminary decision states that no LAG payments were made to Ruppel heirs for the former Gebr. Simson Porzelan firm.

Please let me know without delay whether you have strong reasons why the repayment demand is excessive. I don't expect that you will have such reasons and do not expect you to search your records. I just want your quick response because I would have to inform the German authority immediately in the unexpected event we object to their proposed decision.

Sometime in the future both of you will get a similar preliminary decision about the Ruppel villa on Friedrichstraße 7. That will happen after the property is officially conveyed to Frank Ebbing. It should be conveyed to him very soon. Frank finally reached agreement with the state of Thüringen and will get the property shortly after he pays them 70,000 DM. Since I do not have power of attorney, the German authority does not deal with me about their reimbursement claim for Friedrichstraße 7. However, the caseworker told me unofficially that they expect to collect a total of DM 19,967 for LAG payments made to Ruppel heirs for

Friedrichstraße 7. Each of you would pay half of that, i.e. 9983.50 DM or currently about $5270.

The attached preliminary decision states that the total LAG payments to Ruppel heirs comprised 34,676.72 DM. If you two will be requested to pay back DM 19,967 for Friedrichstraße 7, the total repayment requested for all LAG payments made to Ruppel heirs is about 32,850 DM (19,967 DM for the Ruppel villa plus 12,883.42 DM for the Julius Simson villa). That would be less than the 34,676.72 DM LAG payments that you supposedly received. I have no idea whether Ruppel heirs actually received 34,676.72 DM LAG payments. Also I don't understand the mysterious calculations on the last three pages of the attached preliminary decision. However, the arrangement seems reasonable based on prior such decisions that I have seen and I have no reason to question it. I assume that the Ruppel heirs received greater LAG payments for your 100% share of the Ruppel villa than for your 1/3 share of the Julius Simson villa. That is probably why the amounts requested to be repaid for the two villas are unequal.

Are you still awake?

Love from both of us,

NEUE ADRESSE: 912D Sutton Apts.
Collingswood,NJ 08107

An:Frau v.Lübtow
Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
D-1000 Berlin 31

8/11 86

E 225 A10/BF 6541 USA

Sehr geehrte Frau von Lübtow!

Im Anschluss an unser Gespräch von heute morgen möchte ich Ihnen nochmals für Ihre Mitteilung danken und zunächst meine neue Adresse (wie oben) mitteilen.

Inzwischen, hoffe ich, hat Ihr geplanter Anruf bei Herrn Horn zumindest die Zustellung meines ihm am 29. Juni zugesandten Fragebogens mit Skizzen gesichert. Oder haben Sie mehr von ihm erreichen können? Sein Brief an mich vom 11.Juni 86 als Folge Ihres Briefs an Ihn v. 18.März war sein erster seit meinem Umzug etwa 5 Jahre zurück.

Falls Sie übrigens durch Herrn Dr. Landsberger im Besitz der BFG Anträge vom Jahre 1969 sein sollten, könnten Sie damit vielleicht auch die in Frage 38 angeführten Beweismittel in Ihren Akten finden, da zu dieser Zeit Dr. Landsberger noch die Verhandlungen führte. (Anlagen wie eine Vergrösserung des Stadtplans von Gotha, ein Bild des Hauses und eine ausführliche Beschreibung, u.a.)

Die 3 Fragen in Ihrem Brief v.20/10 möchte ich nach bestem Wissen und Gewissen wie folgt beantworten:

1. Es ist korrekt, dass Dr. Karl Grosse in Gotha das Grundstück 1936/37 "erwarb".
2. Falls ein Antrag in Thüringen im Jahre 47 gestell wurde, hat er keinen Erfolg gehabt.
3. Eine Rückerstattung hat demzufolge nicht stattgefunden.

Ich hoffe sehr, dass wir nunmehr die Sache wieder zum Aufleben bringen können, zumal ich jetzt 75 Jahre alt bin.. Demzufolge fürchte ich, nicht mehr ganz den "Schwung" zu haben, der über die letzten 20 Jahre zur Sammlung der Unterlagen führte, die nun von Herrn Horn betreut werden!

Es ist wohl kaum nötig zu betonen, dass ich alles in meinen Kräften tun werde, den Fall wieder aufleben zu lassen.

Mit nochmaligem besten Dank
Ihr

(Jack A. Ruppel)

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
TELEFON (030) 8817078

22. Dez. 1986
wb/t

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood

N.J. 08107
U S A

Betr.: Schadensfeststellung nach Frau Margarete Ruppel
(Grundvermögen Gotha, Friedrichstr. 7)

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Ich bitte um Nachsicht, daß ich erst jetzt auf Ihr Schreiben vom 11. Juni 1986 zurückkomme.

Den Fragebogen zur Ermittlung von Ersatzeinheitswerten bebauter Grundstücke nebst Bildern und Zeichnungen von Haus und Grundstück Friedrichstraße 7 habe ich beim Ausgleichsamt eingereicht.

Betreffend das Grundstück Friedrichstraße 19 kann ich aus meiner Akte nicht ersehen, das mein Schreiben vom 11. Juli 1980 beantwortet worden ist. Eine Kopie der Aktenabschrift dieses Schreibens füge ich nochmals bei.

Ich habe beim Ausgleichsamt angefragt, was der abschließenden Schadensfeststellung dieses Grundstücks noch entgegensteht.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Wiedergutmachungs-Chronologie lt. Unterlagen:

14.Jan.77 : Mein Brief an L. wegen Aenderung in Erbschaftsfolge wegen Ableben ms.Bruders Kenneth

8. Maerz 77 Horn Teilbescheid fuer Hauptentschaedigung

15.Feb.78 Aufzaehlung v.Objekten an Horn durch mich zur Erfrischung von Horn's Gedaechtnis nach Antraegen v.Jahre 1972 (damals gab ich 8 Punkte, da ich Friedrichstr.19 als Haupt- und Nebenhaus betrachtete,statt ein Zweifamilienhaus, wie es jetzt angesehen wird)

8. Maerz 77 Teilbescheid v. Horn weegen Hauptentschaedigungszahlung
7.Nov. 77 Einsendung der Mitteilung v.Amt wegen Stopverfuegens.
11. Jan. 79 Bestaetigung von Horn's Kanzlei, dass Stopverfahren aufgehoben ist und Antraege weitergehen wie vorher
4.Sept. Neue Vollmacht

16.8.79 Mitteilung v. Horn ueber erfolgte Teilzahlung

27.Aug.79 Anmahnung einer Antwort zu meinem Schreiben v.25/5/79 (ich erhielt kuerzlich die Kopie dieses Schreibens v. mir zurueck, jedoch immer noch ohne Beantwortung)

22. Okt.79 Meine erneute Anfrage ueber die Situation

Am 21.Feb.1972 erklaerte Dr. L. dass die Formulare unterzeichnet und eingereicht waren.
Am 1.7.72 bezieht sich Dr.L. auf die Affaire "Loose",i.e. die Klinik und das Mobiliar darin.Dr. Loose war der diebische Nachfolger unseres Vaters. Inzwischen ist natuerlich die Zahl der moeglichen Zeugen weiter sehr durch Tod dezimiert worden,

Das Foreign Claims Settlement hat jetzt formell erklaert, dass es nicht zustaendig ist, da keiner der Geschaedigten zur Zeit das Schadenseintritts amerikanischer Staatsbuerger war (was ja eigentlich von vornherein ziemlich klar schien). Wir haben nicht mehr mit Interferenz dieser US Behoerde zu rechnen, lt. deren Brief vom 27.Februar 1980 ((Claim #G-1045,Decision No.G-1937) mit jetzt hier erhaltener endgueltiger Postkarte datiert 8.Juli 1980,

Ausgleichsamt Berlin

BERLIN

Ausgleichsamt Berlin, Hohenzollerndamm 177, D-1000 Berlin 31 (nur Postanschrift)

Herrn
Rechtsanwalt
Hans-Joachim Horn
Schlüterstr. 53

1000 Berlin 12

Dienstgebäude

Königin-Luise-Straße 92
1000 Berlin 33

Geschäftszeichen (bitte immer angeben), Bearbeiter		Zimmer	Fernsprecher	Datum
E 225 - A10/BF 6541 USA	Frau v. Lübtow	32	832 60 61 App.: 32	20.10.1986

011-49-30-

Betr.: Schadensfeststellung nach dem BFG an Grundvermögen in Gotha, Friedrichstr. 7
nach Margarete Ruppel, verst. 07.01.1969

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Wir bitten unser Schreiben vom 18.03.1986 zu beantworten und uns die mitgesandten Vordrucke ausgefüllt und unterschrieben zurückzusenden.

Sind evtl. auch noch Unterlagen über den Zwangsverkauf bzw. die im Zeitpunkt des Zwangsverkauf bestehenden Verbindlichkeiten (Resthypotheken) vorhanden? Sollten keine Unterlagen mehr vorhanden sein, bitten wir uns dies zu bestätigen.

Außerdem bitten wir um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Das Grundstück wurde 1936/37 von Herrn Dr. Grosse in Gotha erworben.
2. Wurde die Rückerstattung des Grundstücks nach dem Thüringischen Wiedergutmachungsgesetz von 1947 geltend gemacht und durchgeführt, ggfs. mit welchem Ergebnis?
3. Falls eine Rückerstattung stattgefunden hat, in welcher Weise wurde das Eigentumsrecht wahrgenommen und was ist mit dem Grundstück geschehen?

Zu diesem Punkt bitten wir um eine ausführliche Schilderung der Ereignisse und Übersendung sämtlicher Unterlagen hierzu (Rückerstattungsbeschlusse, Schriftwechsel mit dem Verwalter u.a.)

...

Um in der Sache voranzukommen, wären wir Ihnen für eine baldige Antwort dankbar.

Eine Durchschrift dieses Schreibens hat Ihr Mandant Jack Ruppel in 7753 Washington Lane, Elkins Park, Pa. 19117 erhalten.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

v. Lübtow

Kaufpreis Friedrichstr. 7
in 1912 - 100,000

Klinik 17,000

Zweifamilienhaus etwa 24 Zimmer
+ [illegible] nach ~~dem Krieg~~ Weltkrieg I, 3 Zimmer auf dem Dachboden
Insgesamt 3 Küchen, etwa 7 Schlafzimmer, 2 Dielen
Gärtnerhaus mit etwa 5 Zimmer
Klinik habe zwei Etagen von Zweifamilienhaus umgewandelt etwa 12 Zimmer
Grundstück ca 250 x [illegible] m.

Hütte 8,000 [illegible]
Klinikeinrichtung [illegible] ca 3.000 - [illegible]

Anträge

angemäßigte Praxis
{ Friedrichstr. 19 Zweifamilienhaus:
{ Gartenland

Nießbrauch
Betriebsgrundstück
Friedrichstr. 7
Bankguthaben

1978 / Landsberger 11/10/71
Seite 2, II, 1.

mein Brief v. 21/8/71 für Mieten, Kaufpreis von 100,000
Decker's Brief v. 8/12/71 + Preis der Klinik 19 [illegible]
mit Skizze [illegible] von Landsberger 30/12/71

BFG Antrag 1969 # 38 : (Beweismittel) „Fotografie des
Hauses Gotha, Friedrichstr. 7; Vergrößerung aus
dem Stadtplan von Gotha der Friedrichstr.
Bestätigung [illegible] „

Grundstück mit 3 Gebäuden, einem Wohnhaus, Klinik, einem Gärtnerhaus und sehr großem Garten u. Park, [illegible] selbst genutzt, teils vermietet.
Gotha Fr. Str. 7. „

Anlage von einer Beschreibung (Auszug): Hauptbau 2 Stockwerke, [illegible] etwa 12 Zimmer, entsprechende Böden mit [illegible], sowie einen Keller anlegen [illegible] großen Saal, [illegible] für Bälle verwendet
Klinik

[illegible] 40 [illegible]

[illegible] Material [illegible]
Die Klinik [illegible]
das Gärtnerhaus [illegible]
[illegible] das Grundstück [illegible]

Ausgleichsamt Berlin
[illegible]damm 177
1000 Berlin 31

E 225 -A10/BF 6541 USA

MIT LUFTPOST
PAR AVION

LUFTPOST
Herrn
Jack A. Ruppel
7753 Washington Lane

Elkins Park Pa. 19117
USA

Moved to
Sutton at
Collingwood
N.J.
White Horse Pk. & Collings Ave.
N.J. 08107
Apt. 912 D

9120 Sutton Apts.
Collingswood, NJ.08107, USA
14. Oktober 1988

Sehr geehrte Herren:

Ich bestaetige den Erhalt des 2.Teilbescheids vom Ausgleichsamt, datiert 5/9/88, zusammen mit Ihrer Begleitnotiz v.26/9/88.
Verstehe ich den 2.Teilbeschid richtig, wenn ich annehme, dass uns DM 15,333.10 sowie Zinsen beginnend mit den angefuehrten Daten nunmehr endgueltig zugesprochen sind (und dass somit Ihr Hinweis v.26/9 bezgl. Vordruck LA 51 erledigt ist, da dieser Vordruck bei der Behoerde vorliegt?) ? Auf der negativen Seite erscheint mir, dass wir keinerlei Auszahlung erwarten koennen ehe alle 4 Punkte erledigt sind, die im Blatt 4 des Teilbescheids v.24/6/88 festgesetzt sind, n aemlich:

1. Friedrichstr. 19, Gotha 2. Friedrich str. 7
3. Bankguthaben und 4. Instrumentar etc.

Ist meine Auslegubg korrekt? Der 2. Teilbescheid bezieht sich offenbar auf Punkt 2. Punkt 1, das Wohnhaus unseres Grossvaters Julius Simson, hatte 3 Erben, unsere Mutter, Margarete Ruppel, das aelteste Kind, und ihre Geschwister, Curt Simson und Gertrud Hess, alle drei mit den gleichen Anspruechen. Die Geschwister userer Mutter sind vor etwa 16 Jhren abgefunden worden inbezug auf den Anteil an Friedrichstr.19, und es ist mir noch immer unerklaerlich, warum der Ateil unserer Mutter noch immer sozusagen in der Luft schwebt.

Da die tatsaechliche Infaltions-Rate ein Mehrfaches der 4% p.a. b etraegt, ist es nicht schwer vorauszusehen, dass eine weitere Verzoegerung ziemlich schnell zu einer staendigen Verringerung des Kaufwertes jeder Zusprechung an uns fuehrt, dass in der nicht zu fernen Zukunft zu einem voelligen Nichts gehen wird. Im Zusammenhang damit moechte ich Ihnen als unseren Anwaelten heute vertraulich mitteilen dass, falls Sie mit uns uebereinstimmen, wir erwaegen wuerden, moeglicherweise auf Punkt 3 & 4 zu verzichten, falls das eine Auszahlung fuer Punkt 1 & 2 ermoeglicht. Dies ist natuerlich nur fuer Ihre eigene Information in der Hoffnung, dass es Ihnen eine Vereinfachung Ihrer Strategie ermoeglicht. Da alle Zeugen nunmehr verstorben sind, wird es immer schwieriger, neue Unterlagen fuer 3 & 4 zu bringen, wie sie das Amt in der Vergangenheit verlangt hat.

Meine Bitte ist nun, dass Sie schnellstmoeglich Stellung nehmen zu meiner Auffassung des 2.Teilbescheids etc. und meiner Vorschlege bezgl Punkt 1 sowie 3 & 4 und dass Sie sofortige Schritte weegen Punkt 1 einleiten in der bestmoeglichen Form unter den dargelegten Umstaenden. Ich sehe Ihrer schnellstmoeglichen Antwort mit grossem Interesse entgegen.

Hochachtungsvoll

(Jack A. Ruppel)

Hans-J. Horn
Schlueterstr.53
1000 Berlin 12
West Berlin

The Rushmore Funds
4922 Fairmont Avenue
Bethesda, MD 20814-6076
1-(301) 657-1500
1-(800) 343-3355

The RUSHMORE FUNDS

We're changing the face of investing.

April 15, 1988

Mr. Jack A. Ruppel
912-D Sutton Apartments
Collingswood, NJ 08107

Dear Mr. Ruppel:

Enclosed is the Fund for Government Investors application that you requested. I have not enclosed a prospectus because you indicated that you already had one. If you should need additional information, please telephone us toll free at 1-800-343-3355.

Sincerely,

Dawn Knapp
Marketing Administrator

Enclosure

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 11. Juni 1986
TELEFON (030) 8817078
wb/t

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Frau
Ilse Ruppel
423 Buffington Rd.

Syracuse N. Y./USA

Herrn
Jack A. Ruppel
Elkins Park, Pa. 19117

7753 Washington Lane
USA

Betr.: Schadensfeststellung nach Frau Margarete Ruppel
(Grundvermögen Gotha, Friedrich-Straße 7)

Sehr geehrte Frau Ruppel!
Sehr geehrter Herr Ruppel!

Der Schaden an dem obengenannten Grundvermögen ist bislang vom Ausgleichsamt Berlin noch nicht festgestellt worden.

Das Ausgleichsamt benötigt noch den Einheitswertbescheid und alle Unterlagen, die sich auf das Grundstück beziehen.

Insbesondere fragt das Ausgleichsamt nach Unterlagen über den Zwangsverkauf bzw. die im Zeitpunkt des Zwangsverkaufs noch bestehenden Verbidlichkeiten (Resthypotheken).

Sollten Sie über keine Unterlagen mehr verfügen, müßte das Verfahren der Ersatzeinheitsbewertung angewendet werden.

Für diesen Fall übersende ich Ihnen jeweils einen Fragebogen mit der Bitte, diesen so weit wie möglich auszufüllen, zu unterzeichenen und wieder an mich zurückzusenden.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 30. Juni 1988
TELEFON (030) 8817078

wb/k

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood

N.J. 08107
U S A

Frau
Ilse Ruppel
423 Buffington Rd

Syracuse N. Y.
U S A

Betr.: Schadensfeststellung nach Frau Margarete Ruppel
(Grundvermögen Gothe, Friedrichstraße 7)

Sehr geehrte Frau Ruppel,
sehr geehrter Herr Ruppel !

In obiger Sache übersende ich Ihnen anliegend den Teilbescheid des Ausgleichsamtes Berlin vom 24.06. 1988 - mir zugestellt am 29.06. 1988 -.

Wie Sie daraus entnehmen können, hat das Ausgleichsamt RM 35.000,-- als Verbindlichkeiten berücksichtigt, die im Zeitpunkt der Schädigung bestanden.

Dem Ausgleichsamt liegt ein Grundbuchauszug von 1953 vor, wonach am 15.09. 1936 eine Goldmark-Hypothek in Höhe von GM 35.000,- für die Gothaer Lebensversicherungsbank eingetragen worden ist.

Der in die freie Verfügung gelangte Kaufpreis beträgt somit statt RM 49.000,-- nur RM 14.000,-- .

Ich halte den Teilbescheid in sachlicher und rechtlicher Hinsicht für korrekt.

Ich bitte um unverzügliche Mitteilung, ob Sie Einwendungen gegen diesen Bescheid erheben und ich Beschwerde einlegen soll.

Sollte vor Ablauf der einmonatigen Beschwerdefrist (29.07. 1988) noch nichts von Ihnen gehört haben, würde ich vorsorglich zur Fristwahrung Beschwerde einlegen, die selbstverständlich wieder zurückgenommen werden könnte. Ich würde sodann die Zuerkennung von Hauptentschädigung für Sie beantragen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den ersten Absatz unter Ziffer 13 des Bescheides.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

For Ise, Ann and Jack

SUMMARY OF SITUATION REGARDING
GRANDFATHER JULIUS SIMSON'S CLAIM RE SUHL
AS I SEE IT on 1st August 1983.

LEGAL POSITION: Julius Simson (JS) formally renounced any claim to any part of the business about two years before his death. This was done, as I am told, to protect him from pressure from the Nazi8s

There is a further formal renounciation by Grethe, Trude and Curt dated 3rd May 1958. This was due to Arthur's insistence on a similar declaration if the heirs of JS wanted to be considered in any way if any further payments were made to him from Germany. He pointed out that legally the initial declaration ~~xxxxx~~ was valid but he was willing to disregard the 1935/36 renounciation by JS.
Furthermore, J.S. was only a "Komanditist"

VALUES INVOLVED: The initial value of the business was agreed by all concerned to be RM 34.6 mill. Interest to 1.4.56. a further RN ~~x,9xmill~~ 9 mil. This was then changed at the rate of RM 1o = DM 1 and the claim was therefore DM 4.3 mill.

A payment on account was agreed for DM 2 Mill in ~~xxxx~~/ 1958

JS has a share of 13.6% of the profit and loss

In Arthur(s letter of 15th Feb. 1958 he calculates that JS's share of DM 1.7 mill (2 mill less expenses) is DM 231K. But JS's account was overdrawn by RM 319.000 and thus Arthur calculates that JS's heirs still owe DM 88.000. Subsequently further payments were received from Germany and, after this DM 88K was covered, payments were made to JS's heirs. As far as we can see from the correspondence there were two payments.

This looks quite sensible and generous to disregard the renounciation by JS of any claim.

Personally I believe the one fallacy in the calculation in Arthur's letter is that the claim was converted at the rate of RM 10 = DM1 whereas JS's debt was converted at the rate of RM 1 = DM 1.

SUGGESTED ACTION. I would propose we do absolutely nothing at this stage of the development as most of the major parties invo involved have long since passed away and there may have been some logic in Arthur's conversion rates which we can no longer establish. I cannot find any correspondence which queries the calculation although Ursula just found a handwritten note by Opa where he makes a note to himself on that same subject. He did not seem to have taken it any further.

I hope that clarifies the position once and for all.

It appears from Arthur's letter that there are no further claims against W. Germany re Suhl, but there may be some claim pending against the DDR

912D Sutton Apts.
Collingswood,NJ. 08107
9. April 1989

Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
D- 1000 Berlin 31

Betr. B-12 - A 10/BF 6541 USA -MMMM
Herr Prohl MMMMMM

Sehr geehrte Herren:

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 6.März 1989. Ich muss gestehen, dass Ihre Erklärung die erste ist, die ich überdas Projekt erhalten habe. Seit dem Ausscheiden unseres ursprünglichen Vertreters, Herrn Dr. Landsberger, sind wir so ziemlich im dunkeln geblieben über die schwebenden Verfahren.

Soweit ich nunmehr feststellen konnte, ist wohl noch ein Posten in unserem Antrag als Erben meiner Mutter, Frau Margarete Ruppel, entschieden in positiver Form, nämlich, lt. Gesamtbescheid des Ausgleichamts vom 8.Dez.1988, GZ E 144-A 10/BF 6541 USA :

"Punkt 3. Bankguthaben bei der Deutschen Bank in Gotha.....
Festgestellter Betrag RM 9.003.- "

Im Interesse einer baldigen Abwicklung dieses Antrags hoffe ich, dass es möglich ist, diesen Posten alsbald auch abzuschliessen.

Mit Danke im voraus und freundlichen Grüssen

(Jack A, Ruppel)

SERVICE COMPANIES

Weatherman Controls, Inc.
One Cherry Hill
Suite 820
Cherry Hill, New Jersey 08002
609 482-0203

Lee Tobin, President

Company Background

Weatherman Controls, Inc. has been in the energy conservation industry for over thirty years installing and servicing energy systems. They have offices in ten cities with over 125 sales and technical personnel.

They have placed several thousand controls in various industrial and commercial locations.

Their experience in the industry enables them to continuously generate new potential users of energy conservation equipment.

Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
1000 Berlin 31

Geschäftszeichen:

E 32-A 10/BF 6541 USA 19 .05.1989

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood, N.J. 08107
U S A

Sehr geehrter Herr Ruppel!

Mit Schreiben vom 09.04.1989 baten Sie um weitere Entscheidung wegen des mit Gesamtbescheid vom 08.12.1988 neu festgestellten Schadens an einem Bankguthaben bei der Deutschen Bank in Gotha in Höhe von 9.003,-- RM.

Dieser Betrag wurde bereits bei der abschließenden Entscheidung über die sich nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) anschließende Zuerkennung von Hauptentschädigung, und zwar gemäß Gesamtbescheid vom 31.01.1989. /berücksichtigt

Ein weiterer Endgrundbetrag der Hauptentschädigung hat sich jedoch leider nicht ergeben. Die Bescheidausfertigung wurde Ihrem Bevollmächtigten, Herrn Rechtsanwalt Hans-Joachim Horn, Schlüterstr. 53, 1000 Berlin 19, übersandt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

Kantowski

Beglaubigt
Cadelis
Schreibkraft/Sachbearbeiterin

LUFTPOSTLEICHTBRIEF
AEROGRAMME

1000

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.

Collingswood, N.J. 08107
U S A

MIT LUFTPOST
PAR AVION
BY AIR MAIL

2. Falz **2ème pliage** **2nd fold**

Der Luftpostleichtbrief darf nach Vorschrift des Weltpostvertrages keine Einlagen enthalten.
Il est interdit de joindre des annexes. **No enclosures allowed.**

Absender:
Expéditeur:
Sender:

Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
E 32-A 10/BF 6541 USA

1000 Berlin 31

N2

...ace pour d'autres informations ▼ Additional writing space

912 Sutton Apts.
Collingswood,N.J. 08107
July 22,1980

Dear Walt:

This is obviously a business letter to Dr.Bernkopf (and without dickering about the fee in advance!)

I had a letter from Horn today (with a copy to Ilse),stating that he had sent an inquiry to the Ausgleichsamt Berlin re:"abschliessende Schadensfeststellung nach Margarete Ruppel". He passes on as a matter of routine and without comment, a letter from that office,together with a new questionnaire. Let me add that the letter from the Amt has a line: "Die zustaendige Auskunftststelle ist zwecks gutachtlicher Stellungsnahme eingeschaltet worden",which seems to refer to the new,additional form that H. suggests we fill in and return "moeglichst schnell".

The letter I plan to write somewhat along the following lines seems after that introduction rather self-explanatory. However, since it touches on basic points that concern the W's and B's as well as Aunt Trude and the F's and Ilse (who,I am sure, will agree with what we may cook up), I feel I should give you a chance to comment, as I know you have been in contact with Horn, lawyer-to-lawyer.

Here is my draft:

"Es erscheint mir, dass in der letzten Korrespondenz,gemaesss Ihrem Brief v. 11/7 weder Ihre Kanzlei noch die Behoerde sich genuegend auf das massive besatehende Material bezogen hat.

Der "Schaden...nach Margarete Ruppel", auf den sich Ihre Anfrage v.9.6. ganz allgemein zu beziehen scheint, beruht auf sieben Posten:

(Ruppel:) Grundstueck m.3 Gebaeuden,Gotha,Friedrichstr.7
Augenaerztliche Praxis
Bankguthaben, Deutsche Bank,Filiale Gotha
(Simson:) Zweifamilienhaus,Friedrichstr.19, Gotha
Gartenland dafuer
Grundstueck m.Gebaeude u.Geleiseanschluss,Gotha/Siebleben
Ehemaliges Betriebsgrundstueck einer Porzellanfabrik, Gotha

(Die uebrigen Posten aus der Erbschaft von Julius Simson wurden anderweitig durch die Gruppe um Dr.Hilde Mayer bearbeitet)

Alle diese Posten sind in jeder moeglichen Weise mit Antraegen und Beiblaettern vor Jahren belegt worden, und alle erdenklichen oder erreichbaren Unterlagen wurden damals eingereicht. Der Verlauf der Jahre hat offenbar nicht dazu beigetragen, Zeugen zu den Ereignissen, die nun beineahe ein halbes Jahrhundert zuruecklliegen, zu schaffen.

Einer der Posten (wahrscheinlich Friedrichstr.19 -ich habe in den letzten Jahren nicht mehr die frueher ueblichen Kopieen Ihrer Korrespondenz erhalten,sodass ich nur mutmassen kann) wurde an unsere Miterben in zwei Raten bezahlt. Meine Schwaegerin und ich haben bisher trotz Anfragen an Sie unsererseits (s.z.B. meinen Brief v. 27.8.79 an Sie) nur die erste Rate erhalten.

Immerhin scheint mir die Anerkennung e i n e s dieser 7 Antraege ein positiver Punkt, der erwaehnenswert ist, und ich glaube,dass die zweite Rate fuer meine Schwaegerin und mich laengst faellig sein sollte).

Von hier aus gesehen, scheint ein subalterner Beamter der Behoerde nach Empfang Ihres Briefes gesehen zu haben, dass e t w a s getan werden musste, und hat danach den Brief mit neuem Antragsformular ausgesandt ohne auf irgendwelche Einzelheiten wirklich einzugehen. Die Antraege (BAA 10/30) und Beiblaetter (BAA 11/4) scheinen mir weiterzugehen als das neueingereichte Formular BAA 18/4. Da alle drei mit dem BFG verbunden sind, moechte ich annehmen,dass die im Brief der Behoerde angefuehrte Auskunftsstelle nicht etwa neu "eingeschaltet" worden ist,

sondern dass Sie alle Tatsachen zum Saturationspunkt "vorzuliegen" hat, wie man in Berlin zu sagen pflegte.

Ich weiss nicht, warum der Beamte nur einen der 7 Punkte erwaehnt, aber ich befuerchte, dass falls wir dieses weitere Form ausfuellen sollten, und dann die anderen Punkte anfuehren, dasselbe Spiel wieder fuer jeden der Punkte von vorn anfaengt, ohne Ruecksicht auf all das angelaufene Material.

Wie die Korrespondenz zeigt, waren die Verhandlungen gerade als sie fuer uns ins Rollen kamen durch die ominoese Stop Order unterbrochen, die aber im Herbst 1978 gegendstandlos wurde, wie Sie mit Brief v. 11.1.79 bestaetigten. Seitdem ist unser Verfahren irgendwie auf die schiefe Ebene geraten, und wir scheinen, wieder von hier aus gesehen, in der kleinen Gruppe der Nachzuegler zu sein, die noch weiterhin warten.

Im Hinblick auf diese Sachlage duerften Sie wohl mit mir uebereinstimmen, Herr Horn, dass eine persoenliche Ruecksprache mit dem Dezernenten unter persoenlicher Vorlage der sieben Antraege und des Teilbescheids fuer einen davon vor Eintrit der Stop-Entscheidung wohl unsere einzige Hoffnung ist, die erheblichen Vorarbeiten zu retten und den Fall ohne weitere unnoetige Komplikationen zu einem befriedigenden Ende zu fuehren. "

(end of the planned outline)

Incidentally, if Horn should insists on an advance before he goes to see the man in charge (as all such business seems to be conducted...in person, I mean rather than through wishy-washy inquiries every 2 years or so), Ilse and I are in the unique position that he owes each of us DM 250.- from a somewhat underhanded manoeuver by Landsberger. Horn has, so far, not acknowledged this, but we have official proof of the payments. In addition, he seems to have shortchanged each of us by about DM 40.00 or so, about which I inquired discreetly and offhandedly in one of the letters he never answered.

If he should resign, we might have a problem finding a successor who gets the files from him...but I doubt that he'd do that. If he should want a higher percentage, we discussed that that would be OK with us, so long as it remains on a contingency basis. Incidentally, I remember seeing a copy of a letter to your in-laws, in which he states he would credit them for their advance payment after everything was settled (not after that first partial settlement).

I trust everyone is well at your end. Give my very best to all of them. Where is Mark going to wind up as of the moment??

My apt. proves a comfort in this heat wave. Real walls, and proper air conditioning. I hope the same is true in your case. Any vacation plans

Horns letter, incidentally, was dictated by someone else: wb/

Would you please send me a critique or OK or whatever at your earliest convenience. Highly appreciated, whichever way the chips may fall.

Thanks, and again, all the best, as ever

P.S. I'm not writing to anyone else about this except Ilse, to whom I suggest either to wait or, if she feels like answering, not to ... but telling them she is first getting in touch with the rest of us.

912D Sutton Apts., Collingswood, NJ
08107 29. Juni 1986

Sehr geehrte Herren:

Kürzlich rief meine Schwägerin an und fragte u.a. wegen Ihres Briefs v. 11.ds.Mts. Da ich nichts davon wusste, sandte sie mir Ihre Kopie, aus der ergeht, dass Sie meine Adresse in Elkins Park benutzt hatten, obwohl ich Ihnen am 1/10/80 meinen Umzug mitteilte. Ihr letzter Brief an die neue Adresse ist vom 16/3/81. Falls Sie inzwischen mehr Briefe an die erloschene Adresse gesandt haben sollten, z.B. eine Antwort auf meinen Brief v.12.4. 1981, bitte ich dringlichst um Einreichung von Kopieen an die richtige Adresse.

Zu Ihrem Schreiben v.11.ds. muss ich mitteilen, dass alle verfügbaren Dokumente seit über 14 Jahren dort vorliegen. Ich habe sogar einen Brief von Dr. Landsberger v. 30/12/71, in dem er schreibt: "Herr Rausch hat sich inzwischen gemeldet und mir eine anschauliche Beschreibung des Grundstücks gegeben, die ich im Verfahren gut verwenden kann". (Was Dr. L. wohl denken würde wenn er wüsste, dass alle seine Bemühungen 14½ Jahre später lediglich zu einer erneuten Anfrage um dieselben Daten führen würde.).

Der Vollständigkeit halber, da ich nichts darüber in den Unterlagen finde, möchte ich von einer Unterhaltung mit meinem Vater kurz vor seinem Tod im Januar 1931 berichten, anlässlich der Tilgung der Hypothek, in der er sich gewissermassen entschuldigte wegen der Hypothek bei seiner Einstellung gegen Schulden irgendwelcher Art, indem er Namen von sehr prominenten Leuten gab, die das auch getan hatten.

Ich habe soweit wie möglich Photokopieen der Skizzen angefertigt zusammen mit Ausfüllung des Fragebogens. Dazu möchte ich noch bemerken, dass das Wort Ersatzeinheitswerte auf dem Fragebogen Agl. 47 -1280 mich etwas stört, da es sich keineswegs um ein "Einheits"-Grundstück handelt. Es war ursprünglich der Besitz des Kammerherrn Freiherr v. Scheel, in einem parkartigen Garten direkt neben dem Schloss Friedrichsthal, wie der Stadtplan zeigt. Die Antworten zu Fragen 3-7, 9 u.11 beziehen sich auf das Haupthaus, nicht auf die Klinik und das Gärtnerhaus. Die Klinik war wohl Fachwerk und das Gärnerhaus war schiefer-bedeckt, sonst von unbekannter Konstruktion. Um eine Idee des Grundstücks zu entwickeln, sollte angegeben werden, dass es eine Laube hatte, einen Geräte-Schuppen, einen kleinen Fischteich, ein Gehege mit 4 Rehen, mehrere Picknick-Plätze under alten Schattenbäumen, etc. Ungewöhnliche Züge des Haupthauses waren z.B. eine grosse Freitreppe, einen Waren-Aufzug, Röhren in den Wänden für Konverstaion zwischen den Stockwerken (à la Schönbrunn in dem Film "Der Kongress Tanzt") und auf dem Boden über der Diele ein herausnehmbares Oberlicht, wenn bei Bällen die Kapelle vom Dachgeschoss zum Tanzen auf der Diele spielte.

Das Dachgeschoss hatte ausser der Wohnung 4 Lager - räume einschl/ Trockenboden, für die ich einen Mietwert eingesetzt habe, Es erscheint mir auch plausibel, dass zu dem Mietwert der Wohnung des Besitzers der Ertrag in Gemüse und Obst zugefügt wird: wir waren für diese Produkte von Läden unabhängig. Ich überlasse dies Ihnen, da ich nicht weiss, was üblich ist.

Meine Schwägerin hat übrigens keine persönliche Kenntnis von den Verhältnissen, da Sie im Jahre 1950 in Syracuse, USA, in die Familie gekommen ist.

Schliesslich, ohne irgendwie die Fortführung der Verhandlungen bezgl. Friedrichstr. 7 zu verlangsamen (falls das das Wort ist), möchte ich nochmals anfragen, wieso die zweite Hälfte des Anteils für meine Schwägerin und mich am Haues unseres Grossvaters, Friedrichstr.19 noch immer aussteht. Er war uns i.J.1976 zugesprochen worden und die Auszahlung war durch den Tod meines Bruders verzögert worden . Sie rieten damals etwas Geduld an - aber 10 Jahre?! Ich muss dabei wiederholen, dass mich, möglicherweise aus Gründen die eingangs erwähnt sind, kein Brief von Ihnen seit dem 16.3.81 erhalten habe... möglicherweise sind der eine oder andere verlorengegangen.

Ich bin überzeugt, dass Sie sich mir anschliessen in der Feststellung, dass es höchste Zeit ist die Unterlagen zu benutzen und den Fall zur Verhandlung zu bringen.

Ihr

(Jack A. Ruppel)

Beilagen:

Fragebogen Agl. 47 12.80
unterzeichnet, aber undatiert
2 Hausbilder
2 Ausmasse & Lageskizzen

Ich nehme an, dass Sie die geignete Datierung vornehmen. Offensichtlich bin ich nicht in der Lage in "Berlin" zu zeichnen, wie die Form angibt.

Lassen Sie mich noch einmal erwähnen, daß der Kauf[?] preis der Grundstücke ursprünglich 1914 [?] ca RM [illegible] betrug, für den mein Vater nach Ankauf eine Klinik für ca RM 19,000.- anfügte, [illegible]

Jack

Sehr geehrte Frau v. Lübtow !

912 D Sutton Apts.
Collingswood,NJ
USA

Betr: E225-A 10/BF 6541 USA08107

2.Jan.87

Im Nachgang zu meinem Schreiben v.Nov.86 kann ich Ihnen mitteilen,dass ich nunmehr v.Herrn Horn unter dem 22.12.86 gehoert habe.Danach hat er jetzt die ihm von mir am 11/6/86 gesandten Unterlagen incl.Fragebogen weitergereicht(vermutlich als Erfolg Ihrer Anmahnung v.29/ Er beantwortet meine Fragen v. 29/6/86 nicht, erwaehnt lich er haette nichts weiter wegen Friedrichstr.19,Gotha g da er keine Antwort of meine Anfrage v.1980 (sic!)in den Akten faende.Es handelte sich dabei um ein drittes Objekt Instrumentar u.die aerztliche Bibliothek meines Vaters,und eine sehr ausfuehrliche Anwort liegt vor,in der ich vorsch diesen Bagatell-Antrag zurueckzuziehen,da die Unterlagen-E dernisse nicht mehr erfüllbar waren. (Friedrichstr.19 war Haus unseres Grossvaters,im Gegensatz zu unseres Vaters Ha Friedrichtrs.7 -beide in Gotha).

Es kann wohl kein Zweifel mehr bestehen,dass Horn sich mit verschiedenen Vorschüssen von vor etwa 15 Jahren begnügt u pro forma alle paar Jahre eine meinungslose Notiz von sich gibt, um den Fall im Stil des verstorbenen Dr. Landsberger zu bearbeiten und am Ende ein Erfolgshonorar für die Vorschüsse einzutauschen.

Es bleibt demnach nichts übrig als nach mehr als einem Jahrzehnt von Leerlauf zu versuchen, die Sache direkt zu erled Ich nehme an, dass beim Amt alle Korrespondenz mit Dr.Landsberger vorliegt, ganz besonders die Anträge und Beiblätter vom Dezember 1972, die m.E. die Grundlage darstellen.

Besteht eine Möglichkeit, die Unterlagen,die ausstehen,von Horn zu erhalten,ggfls. mit einer Vollmacht von meiner Schwaegerin und mir? Selbstverständlich wereden wir alles t um dabei zu helfen (natürlich hat der Ablauf all dieser Jah das nicht vereinfacht).

Eine Frage, die Horn z.B. nie beantwortet hat ist warum er noch immer nicht die DM 4,782,16 als Teilzahlung für Friedrichstr. 19 erhalten hat, die das Amt uns am 21/1/77 zugesprochen hatte (10 Jahre vor diesem Termin). Scheinbar hat Horn jetzt endlich eine diesbezügliche Frage an Sie weitergeleitet.

Mit bestem Dank im voraus für Ihre Bemühungen und den besten Wünschen für ein erfogreiches 1987 (Wünsche, die nicht völlig selbstlos sind)

Ihr

(Jack A. Ruppel)

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 21. Dez. 1988
TELEFON (030) 8817078

wb/m

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood
N.J. 08107
USA

Frau
Ilse Ruppel
423 Buffington Rd

Syracuse N.Y.
USA

Betr.: Schadensfeststellung nach Frau Margarete Ruppel

Sehr geehrte Frau Ruppel!
Sehr geehrter Herr Ruppel!

In obiger Sache übersende ich Ihnen anliegend den mir am 15.12.1988 zugestellten Gesamtbescheid des Ausgleichsamtes Berlin vom 8.12.1988.

Auch für diesen Bescheid gilt das gleiche wie für die beiden vorausgegangenen Teilbescheide vom 24.6. und 5.9.1988. Ich verweise insoweit auf meine entsprechenden Schreiben, mit denen ich Ihnen diese Teilbescheide übersandt hatte.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Ausgleichsamt Berlin

GZ. E 144 - A 10/BF 6541 USA

1000 Berlin 31, den 08. Dez. 1988

Dienstgebäude
Hohenzollerndamm 177

Fernruf: 867-7783 ~~App.~~ Zimmer: 3126

(95) 7783 (nur im Innenbetrieb)

Ausfertigung für
Herrn Jack A. Ruppel

Ausgleichsamt Bln., Hohenzollerndamm 177, D-1000 Bln. 31 (nur Postanschrift)

Mit Empfangsbekenntnis !
Herrn Rechtsanwalt
Hans-Joachim Horn
Schlüterstr. 53

1000 Berlin 12

Angaben für die Statistik			
1U	— E	— AE	HASt Nr. 38

Bei Schäden an Einheitswertvermögen:
Hauptschäden in Ort: Gotha
Kreis:

~~Bescheid~~
~~Teilbescheid~~ **Gesamtbescheid**
über die Feststellung von Vermögensschäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) [1)]

I. **Unmittelbar Geschädigter:** Ruppel, Margarete geb. Simson 07.01.1969
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (ggf. Todestag)
wohnhaft — zuletzt — ~~in:~~ Syracuse, N.Y./USA
(Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)

II. **Antragsberechtigter am 1. April 1952** (wenn nicht personengleich mit I)
oder Antragsberechtigter bei Tod des unmittelbar Geschädigten in Mitteldeutschland [2)] **nach dem 31. März 1952:** [3)]
wie I.
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (ggf. Todestag)
wohnhaft — zuletzt — in:
(Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)

III. **Antragsteller** (wenn nicht personengleich mit I oder II):
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)

1. Ruppel, Jack A. — 912 D Sutton Apts.
Collingswood, N.Y. 08107

2. Ruppel, Ilse geb. Voehl — 423 Buffington Road
Syracuse, N.Y. 13224

~~Bei Abwesenden (Kriegsgefangenen, Vermißten usw. in den Fällen des § 12 Abs. 1 Satz 2 BFG):
Antrag ist gestellt für den unter ... (Ziff.) ... (Nr.) Genannten von ..., wohnhaft in ...~~

Vordruck BAA 10 31—75

Mat 1509 A 4

Blatt: 1 R
GZ.: E 144 - A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

Auf den Antrag auf Feststellung von Vermögensschäden — ~~und auf Beweissicherung~~ — nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) ergeht — auf Grund des Beschlusses des Ausgleichsausschusses vom 08.12.88 ~~— folgender — Bescheid — Teilbescheid — Gesamtbescheid:~~ unter Einbeziehung vorangegangener Entscheidungen vom 19.03.75 und 24.06.88 folgender Gesamtbescheid:

A. Allgemeine Voraussetzungen

1. Die persönlichen Merkmale nach § 11 Abs. 1 ~~und 2~~ BFG sind erfüllt. Es sind keine Tatsachen bekannt, wonach der unmittelbar Geschädigte zu den in § 11 Abs. 3 BFG genannten Personen gehört.

   Die Antragsberechtigung nach § 12 BFG liegt für den unmittelbar Geschädigten (I) bzw. für den Antragsberechtigten (II) vor.

2. Das Antragsrecht bzw. das Verfahren für den (die) unter Ziffer — I ~~— II — III~~ — Genannten ruht derzeit nicht (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG).

3. Erbverhältnisse nach dem unmittelbar ~~Geschädigten~~:

   Der Antragsberechtigte (II) ist ~~alleiniger~~ — Erbe (Erbeserbe) des vor dem 1. April 1952 — Erbe des nach dem 31. März 1952 in Mitteldeutschland — ~~verstorbenen~~ unmittelbar Geschädigten.[3])

B. Schadensfeststellung[4])

4. Folgende Schäden im Sinne des § 15a des Lastenausgleichsgesetzes (LAG) des unmittelbar Geschädigten werden mit den in Spalte 2 aufgeführten Beträgen nach dem BFG festgestellt:

Schäden an	Neu festgestellter Betrag RM/~~M-Ost~~	Bereits früher festgestellter Betrag RM/~~M-Ost~~	Insgesamt festgestellt (Summe der Spalten 2 und 3) RM/~~M-Ost~~	Statistische Angaben nur zu Sp. 2: Anzahl der Schäden
1	2	3	4	5
a) land- und forstwirtschaftlichem Vermögen		350,--	350,--	
Darauf ruhende Verbindlichkeiten	—	—	—	—
b) Grundvermögen	-	72.600,--	72.600,--	
Darauf ruhende Verbindlichkeiten	-	35.000,--	35.000,--	—
c) Betriebsvermögen[5])				
Höhe einer staatlichen Beteiligung[6])				—
d) Gegenständen der Berufsausübung sowie an gleichgestellten Erzeugnissen				
e) privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen (einschließlich Kaufpreisen im Sinne der §§ 7 Abs. 5, 17b BFG)	9.003,--	--	9.003,--	—
f) Anteilen an Kapitalgesellschaften oder an Geschäftsguthaben der Mitglieder von Genossenschaften				—
g) Gewerbeberechtigungen, die nicht zum Betriebsvermögen gehören				
h) — Lizenzen an — Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten und ungeschützten Erfindungen[7])				

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt: 2
GZ.: E 144 -A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

5. Bei nachträglicher Schadensminderung (§ 20a BFG):

Für Schäden Nr. 4 Buchst. ...	ist in Nr. 4 der Schaden gemindert worden			wegen
	von ursprünglich RM/M-Ost	um (ggf. umgerechnet) RM/M-Ost	auf RM/M-Ost	

6. Bei Schäden von Verfolgten und bei Erwerb von Verfolgtenvermögen (11. LeistungsDV-LA) bzw. von Vermögen, an dem einem sonstigen Voreigentümer Schäden entstanden sind (§ 7 Abs. 5 BFG): [9]

— a) In die freie Verfügung des Verfolgten oder seines Erben ist ein Kaufpreis in Höhe von — umgerechnet — 14.000,-- RM gelangt. —

— b) Wegen folgender Schäden sind Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG), dem Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) oder nach landesrechtlichen Vorschriften gewährt worden, die die Hauptentschädigung mindern (vgl. Nr. 13): [9]

Zu Nr. 4 Buchst. ...	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des festgestellten Schadens RM/M-Ost	Höhe der festgestellten Verbindlichkeiten RM/M-Ost	Höhe der Zahlungen und Rechtsgrundlage
	Hierüber wird bei der Zuerkennung von Hauptentschädigung (HE) entschieden.			

— c) Der — Wert — Einheitswert bzw. Ersatzeinheitswert — des ~~erworbenen~~ Wirtschaftsguts beträgt im Zeitpunkt des Schadenseintritts .... RM/M-Ost — ~~ggf. darauf~~ ruhende Verbindlichkeiten .... RM/M-Ost. —

7. Zeitpunkt des Schadenseintritts und Ursache des Schadens:

a) Der unmittelbar Geschädigte (I)

— hat das Schadensgebiet ~~am~~ 1939 verlassen —

~~— ist am .... im Schadensgebiet verstorben —~~

~~— hat(te) seinen ständigen Aufenthalt seit Kriegsende stets außerhalb des Schadensgebiets. —~~

— b) Wenn Schäden tatsächlich nach dem 31. Dezember 1952 entstanden sind ~~und der~~ unmittelbar Geschädigte das Schadensgebiet verlassen hat:
Soweit in Buchstabe c als Schadenszeitpunkt statt des ~~Zeitpunkts~~ des tatsächlichen Schadenseintritts derjenige des Verlassens des Schadensgebiets am .... als maßgebend eingetragen ist, betrifft dies Schäden, die im ~~unmittelbaren~~ sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Verlassen des Schadensgebiets entstanden ~~sind.~~ [10] —

c)

Zu Nr. 4 Buchst. ...	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des festgestellten Schadens RM/~~M-Ost~~	Höhe der festgestellten Verbindlichkeiten RM/~~M-Ost~~	Zeitpunkt des Schadenseintritts [10]	Schadensursache [10]
b)	Grundvermögen	20.700,--	-	1939	Entziehung
	"	51.900,--	35.000,--	1936	gemäß § 3 Abs. 2
a)	landw. Vermögen	350,--	-		BFG
e)	Bankguthaben	9.003,--	-	25.11.1941	

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt: 2 R
GZ.: E 144 -A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

8. **Folgende Beträge aus der Nutzung weggenommener Wirtschaftsgüter, über die der unmittelbar Geschädigte oder seine Erben nach der Wegnahme verfügt haben, werden mit den in Spalte 3 aufgeführten Beträgen festgestellt:** [11])

Zu Nr. 4 Buchst. ...	a) Bezeichnung des Wirtschaftsguts b) Art der Nutzung c) Bei Ansprüchen: Nennwert im Zeitpunkt der Entscheidung	Verfügender (unmittelbar Geschädigter oder Erbe) und Art der Verfügung	Verfügungsbeträge		
			Neu festgestellter Betrag RM/M-Ost	Bereits früher festgestellter Betrag RM/M-Ost	Insgesamt festgestellt (Summe der Spalten 3 und 4) RM/M-Ost
1	1a	2	3	4	5
Hiervon entfallen auf Zeiträume nach dem 31. Dezember 1952:					

9. **Bei Schäden an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen in Reichsmark oder in Mark-Ost (Nr. 4 Buchst. e):** [12])

Höhe des Schadens RM/~~M-Ost~~	zugrunde liegender RM-Betrag bei Schäden in M-Ost	Art des Anspruchs/der Sparanlage und ggf. Umwertungsverhältnis	Bei Reichsmarkspareinlagen: Begründung des Anspruchs vor dem 9. Mai 1945 oder nach dem 8. Mai 1945
9.003,--	——	Bankguthaben	——

10. **Merkmale für die Entschädigungsminderung** [9])

— a) Entschädigungszahlungen auf Grund der Kriegssachschädenverordnung, des Reichsleistungsgesetzes oder anderer innerdeutscher Vorschriften, die 50 v. H. des maßgebenden Werts nach den in § 13 Nr. 12 BFG genannten Vorschriften nicht übersteigen: —

— b) Beträge aus der Erfüllung von Ansprüchen oder der Verteilung von Überschüssen nach dem Westvermögen-Abwicklungsgesetz (WAbwG): — [13])

Zu Nr. 4 Buchst. ..	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des festgestellten Schadens RM/M-Ost	Höhe der festgestellten Verbindlichkeiten RM/M-Ost	Höhe der Zahlungen und Rechtsgrundlage

C. Umfang der Entscheidung

11. — Der — Bescheid — Gesamtbescheid — vom ...... wird hiermit zum Teilbescheid erklärt. —
— Über die geltend gemachten Schäden ist in vollem Umfange entschieden worden. —
— Über folgende Schäden wird im besonderen Beweisverfahren, zu dem ein besonderer Bescheid ergeht, entschieden:

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt 3
GZ: E 144 - A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

— Hinsichtlich folgender Schäden wird — die Schadensfeststellung — ~~und — die Beweissicherung~~ — abgelehnt:

Instrumente und Bibliothek einer augenärztlichen Praxis in Gotha.

— **Bei Teilbescheiden:** Sofern noch über die Feststellung weiterer Schäden zu entscheiden ist, ergeht nach Abschluß des Feststellungsverfahrens ein Bescheid, in dem alle festzustellenden Schäden des unmittelbar Geschädigten zusammengefaßt werden. Dieser Teilbescheid enthält jedoch bereits die vollen feststellungsfähigen Beträge für die Schäden an den nachfolgend aufgeführten Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten) und die ggf. gesondert festgestellten Verbindlichkeiten:

— Hinsichtlich der folgenden — Schäden — und —
Fälle, in denen Beträge aus der Nutzung weggenommener Wirtschaftsgüter in die Verfügung des unmittelbar Geschädigten oder eines Erben gelangt sind oder gelangen —,
über die zu gegebener Zeit ein weiterer Bescheid ergeht,

a) wurde nur teilweise entschieden:

b) wurde noch nicht entschieden:

12. Bei Schäden, die nach verschiedenen Gesetzen zu berücksichtigen sind:

Soweit Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes (BFG) und Schäden im Sinne des Feststellungsgesetzes (FG) oder des Reparationsschädengesetzes (RepG) entstanden sind,

☐ wird wegen der Feststellung der Schäden

☐ nach dem FG auf den Bescheid vom ....

☐ nach dem RepG auf den Bescheid vom ....

und den anliegenden Einlagebogen „Zusammenfassung der nach verschiedenen Gesetzen festgestellten Schäden" (Vordruck BAA 11/38) verwiesen.

☐ wird über die Feststellung der Schäden nach dem — FG — und — RepG — durch Bescheid später entschieden.

13. Berechnungsgrundlage und Auswirkungen auf künftige Leistungen

Die in diesem Bescheid festgestellten Beträge sind errechnet nach Wertmaßstäben, die das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vorschreibt. Sie stellen noch nicht die zu zahlende Entschädigung dar, sondern bilden lediglich eine Grundlage für die bei der Berechnung eines Anspruchs auf Hauptentschädigung zugrunde zu legenden Ausgangswerte. Die in Abschnitt B festgestellten Schäden werden bei der Berechnung des Beihilfegrundbetrags zur Gewährung laufender Beihilfen berücksichtigt, sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Die Feststellung der Vermögensschäden ist somit noch keine Grundlage, um in Erwartung künftiger Leistungen Verpflichtungen einzugehen oder sonstige Anstalten zu treffen. Zur Zuerkennung von Hauptentschädigung bedarf es eines gesonderten Antrags auf Vordruck LA 15. Ist dieser Antrag noch nicht eingereicht, endet die Frist für die noch erforderliche Antragstellung in der Regel ein Jahr nach Ablauf des Monats, in dem der Bescheid über die Schadensfeststellung — bei Teilbescheiden: die erste Teilentscheidung — unanfechtbar geworden ist (§ 234 Abs. 3 LAG).

Die in Abschnitt B Nr. 6 bis 10 aufgeführten Merkmale und Beträge haben Bedeutung für die Zuerkennung von Hauptentschädigung und bestimmen den Verzinsungsbeginn in diesem Bereich (Nr. 6 wegen § 6 Abs. 2 und 4 der 11. LeistungsDV-LA und § 250 Abs. 1 und 2 LAG, Nr. 7 und 8 wegen § 250 LAG, Nr. 9 wegen § 245 Nr. 5 und § 249 a und Nr. 10 wegen § 249 Abs. 2 und § 250 Abs. 2 Nr. 3 LAG).

Inwieweit wegen Ruhens des Antragsrechts oder des Verfahrens (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG) die Feststellung hinsichtlich einzelner Erben (Erbeserben) derzeit nicht wirksam ist und demzufolge bei der Zuerkennung des Anspruchs auf Hauptentschädigung insoweit nicht berücksichtigt wird, ergibt sich aus Abschnitt D.

14. Bei Erbfällen nach dem Antragsberechtigten:

Dieser Bescheid wirkt auch für und gegen diejenigen unter III aufgeführten Erben (Erbeserben) des verstorbenen Antragsberechtigten, die einen Antrag auf Feststellung nicht gestellt haben.

Blatt 3 R
GZ.: E 144 - A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

D. Erbverhältnisse nach dem Antragsberechtigten

15. **Bei Erbfällen nach dem unmittelbar Geschädigten (I) bzw. Antragsberechtigten (II)**

a) **Feststellungsberechtigt** sind folgende Erben (Erbeserben):

Name, Vorname	wohnhaft in	Anteil
Ruppel, Jack A.	wie III/1	1/2
Ruppel, Ilse	" III/2	1/2

Diese Aufteilung wird so lange zugrunde gelegt, als nicht dem Ausgleichsamt gegenüber eine andere Aufteilung nachgewiesen wird.

b) **Nicht feststellungsberechtigt** sind derzeit wegen Ruhens des Antragsrechts bzw. des Verfahrens (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG) folgende Erben (Erbeserben): [14])

Name, Vorname	wohnhaft in	Anteil

Soweit es an der Feststellungsberechtigung fehlt und damit die Feststellung von Schäden nicht wirksam ist, darf auch ein Anspruch auf Hauptentschädigung nicht zuerkannt werden.

E. Begründung

Siehe Blatt 3 a),

das Bestandteil dieses Bescheides ist

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt 3 a)
GeschZ.: E 144 - A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

Es wurden folgende Vermögensverluste geltend gemacht:

1.) Grundvermögen in Gotha, Friedrichstr. 19,
2.) Grundvermögen in Gotha, Friedrichstr. 7,
3.) Bankguthaben bei der Deutschen Bank in Gotha in Höhe von RM 9.003,—,
4.) Instrumente und Bibliothek einer augenärztlichen Praxis in Gotha.

Zu 1.):

Friedrichstr 19

Über diesen Verlust wurde bereits in einem einheitlichen Verfahren mit Bescheid vom 19.03.75 entschieden. Auf die Begründung dieser unanfechtbaren Entscheidung wird verwiesen.

Zu 2.):

Über diesen Verlust wurde bereits mit Teilbescheid vom 24.06.1988 entschieden. Auf die Begründung dieser unanfechtbaren Entscheidung wird verwiesen.

Zu 3.):

Der Verlust konnte durch ein Schreiben der Deutschen Bank vom 21.04.1947 glaubhaft gemacht werden. Das Guthaben dieses Kontos wurde aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 am 17.09.1942 eingezogen. Durch diese Maßnahme ist auch an dem Teil des Guthabens in beantragter Höhe ein Schaden im Sinne des § 3 Abs. 2 BFG eingetreten.

Festgestellter Betrag RM 9.003,--.

Zu 4.):

Der Verlust dieser Wirtschaftsgüter konnte weder glaubhaft gemacht noch nachgewiesen werden. Nach Antragsangaben war die Praxis seit dem Jahre 1931 verpachtet, so daß aufgrund des langen Zeitraumes keine Zeugenaussagen mehr zu erhalten waren. Auch konnte von Antragstellerseite keine Aufstellung der in Verlust geratenen Instrumente und der Bibliothek vorgelegt werden.

Nach § 36 BFG werden Angaben, die nicht bewiesen oder glaubhaft gemacht worden sind, bei der Schadensfeststellung nicht berücksichtigt.

Der diesbezügliche Antrag war daher abzulehnen.

Dem Bevollmächtigten wurde der Sachverhalt telefonisch am 01.12.1988 mitgeteilt.

Blatt 4
GZ: E 144 - A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

F. Verpflichtung zu nachträglicher Mitteilung (Feststellung)

Bescheidempfänger und ihre Erben haben dem Ausgleichsamt unverzüglich anzuzeigen, wenn sich die in den Anträgen einschließlich der Beiblätter angegebenen tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse nachträglich als unrichtig erweisen oder ändern, insbesondere wenn weitere Beweismittel (vor allem Urkunden) verfügbar werden, wenn Vermögen zurückgegeben oder dafür Ersatz in Natur geleistet wird, wenn privatrechtliche geldwerte Ansprüche ganz oder teilweise erfüllt werden oder wenn im Zusammenhang mit den Schäden sonstige Leistungen Dritter gewährt werden.

Weitere Schäden können nur innerhalb von drei Jahren nach ihrer Entstehung geltend gemacht werden (§ 30 Abs. 3 BFG).

Für den Fall einer Entschädigung von dritter Seite bleiben die Wiederaufnahme des Verfahrens nach § 342 LAG mit nachträglicher Minderung des festgestellten Schadens nach § 20 a BFG, § 21 a FG und Kürzung des zuerkannten Anspruchs auf Entschädigung vorbehalten.

G. Belehrung über Rechtsbehelf

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung, vom Vertreter des Bundesinteresses binnen eines Monats nach Bekanntgabe, Beschwerde bei dem Senator für Finanzen — Landesausgleichsamt —, Otto-Suhr-Allee 18-20, 1000 Berlin 10, eingelegt werden.

Die Beschwerde soll beim Ausgleichsamt* eingereicht werden; die Frist ist jedoch auch gewahrt, wenn die Beschwerde rechtzeitig unmittelbar beim Beschwerdeausschuß eingereicht wird. Die Beschwerde kann schriftlich oder zur Niederschrift angebracht werden und ist zu begründen. Sofern die Begründung nicht gleichzeitig mit der Beschwerde erfolgt, kann sie in angemessener, ggf. festzusetzender Frist nachgeholt werden.

*Berlin

Ein Rechtsbehelf gegen diesen Bescheid ist nicht gegeben,

a) soweit durch vorangegangene Bescheide, deren Beträge in diesem Bescheid lediglich wiederholt oder Grundlage für diesen Bescheid sind, bereits entschieden ist,
b) wenn auch bei erfolgreicher Durchführung des Rechtsmittelverfahrens höhere Ausgleichsleistungen nach den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes nicht gewährt werden könnten (§ 344 in Verbindung mit §§ 245 ff. des Lastenausgleichsgesetzes).

Ein von einem Beteiligten eingelegter Rechtsbehelf wirkt für und gegen alle übrigen Beteiligten.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs hat aufschiebende Wirkung.

~~Bei Teilbescheiden: Wegen Schäden an Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten), die in Abschnitt C Nr. 11 nicht als mit den vollen feststellungsfähigen Schäden erfaßt aufgeführt sind, bedarf es der Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen diesen Bescheid nicht, weil hierüber ein weiterer rechtsmittelfähiger Bescheid ergeht.~~

~~Sofern an Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten) Schäden im Sinne verschiedener Gesetze entstanden sind und hierüber in getrennten Bescheiden gleichzeitig entschieden wird:~~

~~Wird gegen einen dieser Bescheide ein Rechtsbehelf eingelegt, so erstreckt sich der Rechtsbehelf auch auf die anderen Bescheide.~~

Im Auftrag

Richter
(Unterschrift)

(Dienstsiegel) Ausgleichsamt Berlin 14 Schreibdienst

Je eine Ausfertigung erhalten:

Beglaubigt
i.V. Jebke

Vordruck BAA 10/31—75

Mat. 1509 A 4 3000 (Blatt 4) (3 86)

Blatt: 4 R
GZ.: E 144 - A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 08.12.88

Nichtzutreffendes streichen; bei eingedruckten Kästchen nur Zutreffendes ankreuzen.

[1]) Der Vordruck ist zu verwenden, wenn auf der Grundlage von Regelbescheiden zu entscheiden ist.
Im Personenspiegel dürfen nur solche Personen aufgeführt werden, für die das Antragsrecht bzw. das Verfahren nicht ruht.

[2]) Mitteldeutschland ist die Umschreibung für das Schadensgebiet des BFG und umfaßt aus der Sicht der unterschiedlichen Schadenszeitpunkte ab Mai 1945 das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den Sowjetsektor von Berlin und für spätere Schäden die Deutsche Demokratische Republik (DDR) und Ost-Berlin.

[3]) Bei Erbeserben sind die bis zum 1. April 1952 eingetretenen Erbfälle in der Begründung des Bescheides ggf. stufenweise dargestellt. Ist der unmittelbar Geschädigte nach dem 31. März 1952 in Mitteldeutschland verstorben, ist hier nur der antragsberechtigte erste Erbe des unmittelbar Geschädigten eingetragen.

[4]) Bei vorgedruckten Währungsbezeichnungen „RM/M-Ost" in den Spaltenüberschriften genügt die Streichung des Nichtzutreffenden, wenn alle Beträge in der betreffenden Spalte in Reichsmark oder alle in Mark-Ost aufzuführen sind. Kommen wegen unterschiedlicher Schadenszeitpunkte Reichsmarkbeträge und Beträge in Mark-Ost nebeneinander in Betracht, so muß bei der Ausfüllung in den jeweiligen Spalten und Zeilen dem Betrag die Währungsbezeichnung hinzugesetzt werden; in diesen Fällen sind außerdem die Eintragungen innerhalb der einzelnen Schadensarten in der Reihenfolge der Schadensentstehung vorzunehmen.

[5]) Bei einer staatlichen Beteiligung ist der um die staatliche Einlage gekürzte Einheitswert (Ersatzeinheitswert) als Schaden am Betriebsvermögen festzustellen.

[6]) Hier ist die Höhe der staatlichen Beteiligung aufzuführen (§ 15 Abs. 5 BFG).

[7]) Ein Vermögensschaden kann nur festgestellt werden, soweit die Rechte, Erfindungen sowie Lizenzen an solchen Rechten und Erfindungen im Schadensgebiet nach der Wegnahme verwertet worden sind. Schäden durch Verlust von Rechten und Erfindungen (Lizenzen), die nur vor der Wegnahme im Schadensgebiet verwertet wurden oder nur Gegenstand eines bis zur Wegnahme bestehenden Verwertungsvertrages waren, unterliegen dem besonderen Beweisverfahren; sind in solchen Fällen Schäden durch Verlust von Ansprüchen aus Rechten und Erfindungen (Lizenzen) entstanden, sind diese Ansprüche — falls bewertungsfähig — unter Nr. 4 Buchst. e aufgeführt.

[8]) In Nr. 6 Buchst. a ist ggf. „0" einzutragen; sind mehrere Verluste festgestellt und ist ein in die freie Verfügung gelangter Kaufpreis des Verfolgten oder seines Erben eingetragen, so ist hier oder in der Begründung ergänzend einzutragen, auf welchen Schadensfall der Kaufpreis entfällt. In Nr. 6 Buchst. b sind für in Nr. 4 festgestellte Schäden die im Sinne von § 6 Abs. 4 der 11. LeistungsDV-LA je Wirtschaftsgut (wirtschaftliche Einheit) gewährten anrechenbaren Entschädigungszahlungen getrennt aufzuführen, also einschließlich solcher Entschädigungszahlungen, die für Sonderabgaben usw. gewährt wurden. Sind derartige Entschädigungszahlungen nicht gewährt, ist in der Spalte „Höhe der Entschädigung" zu dem betreffenden Wirtschaftsgut „entfällt" einzutragen; sofern ein Entschädigungsverfahren noch nicht oder nicht endgültig abgeschlossen ist, muß hier „steht noch nicht fest" eingetragen werden. Buchstabe c ist sowohl bei Erwerb von Verfolgtenvermögen als auch bei Vermögenserwerb im Sinne des § 7 Abs. 5 BFG auszufüllen.

[9]) Nr. 6 Buchst. b bzw. Nr. 10 wird insoweit nicht ausgefüllt, als Zahlungen in Nr. 4 und 5 zur Schadensminderung geführt haben.

[10]) Stehen Schäden, die tatsächlich nach dem 31. Dezember 1952 entstanden sind, im unmittelbaren sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Verlassen des Schadensgebiets, so wird zu Nr. 7 Buchstabe b ausgefüllt und in Buchstabe c als Zeitpunkt des Schadenseintritts der Zeitpunkt des Verlassens des Schadensgebiets eingetragen. Sind in einer Vermögensart der Nr. 4 die Verluste an mehreren wirtschaftlichen Einheiten zusammengefaßt, so sind sie bei unterschiedlichem Schadenszeitpunkt und unterschiedlicher Verursachung getrennt aufzuführen. Entfallen dabei die gesondert festgestellten Verbindlichkeiten auf mehrere Einheiten, ist in der Begründung dargestellt, auf welchen wirtschaftlichen Einheiten und mit welchen Teilbeträgen sie im maßgebenden Schadenszeitpunkt geruht haben. Bei stufenweisem Schadenseintritt an wirtschaftlichen Einheiten oder einzelnen Wirtschaftsgütern und bei verschiedenartiger Schadensursache sind erforderlichenfalls die unterschiedlichen Schadenszeitpunkte und Schadensursachen in einer besonderen Anlage zum Bescheid dargestellt.

[11]) Nr. 8 dient der Erfassung der seltenen Fälle im Grenzbereich der §§ 14 Abs. 2 und 16 Abs. 2 BFG, in denen (nach Maßgabe der Nr. 40 Wegnahmerundschreiben) trotz gewisser Verfügungen die Anerkennung einer Wegnahme von Wirtschaftsgütern möglich ist und deswegen die Beträge aus der Nutzung solcher Wirtschaftsgüter, über die der unmittelbar Geschädigte oder seine Erben nach der Wegnahme verfügt hatten, gesondert festzustellen sind. Nr. 8 wird nicht oder insoweit nicht ausgefüllt, als in Nr. 4 und 5 Beträge, über die nach der Wegnahme verfügt werden konnte, zur Schadensminderung geführt haben.

Bei Verfügungsbeträgen aus der Nutzung von Ansprüchen ist in Nr. 8 Spalte 1a zu Buchst. c nicht der in Nr. 4 festgestellte Betrag einzutragen, sondern der davon häufig abweichende Betrag im Zeitpunkt der Entscheidung, der in solchen Fällen im Zuge der Anhörung mit Vordruck BAA 10/30m zu ermitteln ist.

[12]) Hier ist zum Zwecke der fiktiven Umwertung (§ 245 Nr. 5 LAG) die Art des Anspruchs aufzuführen und bei Reichsmarkspareinlagen in Spalte 4 festzuhalten, ob der Anspruch vor dem 9. Mai 1945 oder nach dem 8. Mai 1945 begründet worden ist. Soweit es sich nicht um Reichsmarkspareinlagen handelt, ist in Spalte 3 zusätzlich das fiktive oder tatsächliche Umwertungsverhältnis anzugeben.

[13]) Hier sind die Kapitalbeträge gemäß § 9 WAbwG bzw. aus der Ausschüttung von Überschüssen gemäß §§ 20, 21 und 23 WAbwG einzutragen, die für unter Nr. 4 Buchst. c, e oder f festgestellte Schäden gewährt worden sind. Unterliegen solche Ansprüche oder Beteiligungen der Abwicklung nach dem WAbwG, ist aber die Abwicklung noch nicht durchgeführt worden, muß in der Spalte „Höhe der Zahlungen" eingetragen werden: „steht noch nicht fest".

[14]) Sofern Name oder Anschrift der nicht feststellungsberechtigten Erben nicht bekannt ist, bedarf es hierüber keiner besonderen Erhebung. Es genügt insoweit eine je nach den bekannten Umständen abgefaßte allgemeine Erklärung vor allem hinsichtlich der insgesamt ausfallenden Anteile.

Ausgleichsamt Berlin

BERLIN

Ausgleichsamt Berlin, Hohenzollerndamm 177, D-1000 Berlin 31 (nur Postanschrift)

Dienstgebäude

Luftpost

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood, N.Y. 08107
USA

Geschäftszeichen (bitte immer angeben), Bearbeiter	Zimmer	Fernsprecher	Datum
E 225 - A 10/BF 6541 USA Frau v. Lübtow	3012	8677782	11. Feb. 1988

Sehr geehrter Herr Ruppel,

hinsichtlich des Grundstücks mit 3 Gebäuden in Gotha, Friedrichstr. 7 bitten wir noch um Ihre Stellungnahme:

Das Grundstück wurde an Dr. Karl Grosse im Jahre 1936 verkauft. Im Jahre 1936 bestanden noch keine besonderen Verfügungsbeschränkungen für Bankguthaben der Verfolgten, demnach gelte der Verkaufserlös als in die freie Verfügung des Verfolgten gelangt.

Auch gab Ihre Frau Mutter in einer eidesstattlichen Erklärung am 18.01.58 an, daß von ihrer Bank in Gotha 44.000,-- RM nach England transferiert wurden.

Eine Durchschrift dieses Schreibens hat Ihr Bevollmächtigter, Herr Rechtsanwalt Horne, erhalten.

Ihrer baldigen Antwort sehen wir entgegen und zeichnen

hochachtungsvoll
Im Auftrag
[signature]
von Lübtow

Sprechzeiten
Montag, Dienstag, Freitag
von 9 bis 12 Uhr
und nach Vereinbarung

Verkehrsverbindungen

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 30. Juni 1988
TELEFON (030) 8817078

wb/k

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood

N.J. 08107
U S A

Frau
Ilse Ruppel
423 Buffington Rd

Syracuse N. Y.
U S A

Betr.: Schadensfeststellung nach Frau Margarete Ruppel
(Grundvermögen Gotha, Friedrichstraße 7)

Sehr geehrte Frau Ruppel,
sehr geehrter Herr Ruppel !

In obiger Sache übersende ich Ihnen anliegend den Teilbescheid des Ausgleichsamtes Berlin vom 24.06. 1988 - mir zugestellt am 29.06. 1988 -.

Wie Sie daraus entnehmen können, hat das Ausgleichsamt RS 35.000,-- als Verbindlichkeiten berücksichtigt, die im Zeitpunkt der Schädigung bestanden.

Dem Ausgleichsamt liegt ein Grundbuchauszug von 1953 vor, wonach am 15.09. 1936 eine Goldmark-Hypothek in Höhe von GM 35.000,- für die Gothaer Lebensversicherungsbank eingetragen worden ist.

Der in die freie Verfügung gelangte Kaufpreis beträgt somit statt RM 49.000,-- nur RM 14.000,-- .

Ich halte den Teilbescheid in sachlicher und rechtlicher Hinsicht für korrekt.

Ich bitte um unverzügliche Mitteilung, ob Sie Einwendungen gegen diesen Bescheid erheben und ich Beschwerde einlegen soll.

Sollte vor Ablauf der einmonatigen Beschwerdefrist (29.07. 1988) noch nichts von Ihnen gehört haben, würde ich vorsorglich zur Fristwahrung Beschwerde einlegen, die selbstverständlich wieder zurückgenommen werden könnte. Ich würde sondann die Zuerkennung von Hauptentschädigung für Sie beantragen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den ersten Absatz unter Ziffer 13 des Bescheides.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

2

7/7/88

Ich be[illegible] vereinst Weiterleitung der Mitteilung des Ausgleichsamts Berlin vom 24.6.88: die für meine Schwägerin bestimmte Kopie erreichte mich an meiner korrekten Adresse.

Ihr Begleitschreiben erklärt, daß Sie den festgestellten Betrag als korrekt halten; in meinem Laienverstand erscheint mir der wichtigste Teil von Ziffer 13 die Bemerkung daß Vorlage eines Antrags LA 15 eine Voraussetzung für Fortführung des Verfahrens ist. Da Sie nicht davon erwähnen, muß ich annehmen daß diese Erforderung erfüllt ist.

Im übrigen bin ich nach den Jahrzehnten und nach der Unzahl von Anträgen und wiederholten Anträgen die seit Antragstellung vergangen sind nicht mehr in der Lage zu der festgesetzten Summe Stellung zu nehmen zumal alle Unterlagen in Berlin sind.

Ich muß deshalb ordnungsgemäß von einer Beschwerde absehen und hoffe nur, daß wenigstens Antrag LA 15 ordnungsgemäß eingereicht ist.

Jack A Russell

H J Horn
Berlin

Nov.5,1986

Dear Ise,dear Walt:
As these things go, serendipity has showered me with a mixed blessing by passing on the letter from our Wasg leichsamt dated 10/20 and sent to Elkins Park (since I moved from there over 5 yrs.ago,this is strictly against Postal Regulations!)
We now have chapter and verse on Horn's modus non-operandi; even though it concerns only one small aspect I'm sure it is typical of the whole thing and makes Horn's lawyer's assurances to John that everything is being done even more ludicrous.
Here is a time table, based on my file and the Amts letter:

March 18,86:	First request to Horn by Amt
June 11	Horn passes on request to me,errand-boy fashion
June 29*)	My answer to Horn
Oct. 20	Amt re-contacts H.,requesting reply to March 18

*)delay between letter and reply due to mis-sending by Horn to Elkins Park (though I have copy of my notifying him of my move;that letter was n o t forwarded by Elkins Park.Ilse had a copy and sent me hers).

My letter of 7/29 was replete with a filled-out questionnaire and duplicates of several pictures, as well as sketches of location and measurements;I also mentioned that Horn had all documents in his possession, and has had them for about 15 y ears. We know the result by now.

In my experience the direct mailing of a copy from the Amt is unprecedented and appears an indication that they have their doubts about our rep.,too. The official places I've been dealing with of late would be only too happy to close a file in case of non-reply and consider the case as "successfully concluded", and I don't know to what degree the Amt will keep playing along. It is painfully clear to me that anything I can think of in answer to their letter amounts to an admission of my inability to control the worthy rep. (Some years ago, I tried to re-contact a lawyer whom I used on the sly to represent Kenneth and me in our Berufsschaedigungs cases when I was fed up with Landsberger. The letter came b ack "adressee unknown". A similar result with an attempt to enlist the help of a former Reichstagsmember who knew our situation well some 50 years ago. Old connections are just too darn old). We all were agreed that it would be worth a decent rate of commission if we could find a decent law

lawyer who could take matters in his hand...and this might give us a chance, if we had one.
Any ideas? I could stall the Amt in my reply,if we could find someone, preferably under age 80, which all my connections would n o t fit. I realize he'd have to wrest the files from Ho rn, but at least that's where this windfall letter of 10/20 might be of help.

[Handwritten notes at top: "Frau v. Lüttow" · "832-60-61" · "6 hrs. ahead" · "6PM–7AM" · "6AM +6 = noon" · "7AM +6 = 1PM" · "forwarding"]

Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
1000 Berlin 13
Zimmer 2077

912D Sutton Apts.
Collingswood, NJ 08107
7. Februar 1989

bzgl: GZ E 331 - A10/BF 6541 USA

Sehr geehrte Herren:
Als Erben meiner Mutter, Frau Margarete Ruppel, geb. Simson erhielt meine Schwaegerin und ich Ihren Zweiten Teilbescheid v. 5.9.88 unter dem obigen Aktenzeichen durch unseren derzeitigen Vertreter und haben auch inzwischen eine Auszahlung basiert auf DM 25.110.40 bekommen.
Nach Durcharbeitung dieses Bescheides in Verbindung mit der Auszahlung ergibt sich das folgende Problem:
Punkt 6a des Blattes 1R erhaelt die folgenden Daten:

Zinszuschlagstermine	BFG
01.01. 1953	13,733.10
01.01. 1976	1,600.00
	Total BFG 15.333.10

Punkt 6 desselben Blattes 1R lautet im wesentlichen:...Zinszuschlag von 1 v.Hdt. fuer jedes angefangene Kalendervierteljahr...", und ich errechne daraus, dass bis zum Auszahlungstermin am Ende von 1988 der erstgenannte Posten 144 Vierteljahre ausstaendig war und der zweite immerhin auch 88 Vierteljahre, somit errechne ich:

144% v. DM 13.733.10 = DM 19,775.66 und
88% v. DM 1.600.00 = DM 1,408.00 Vollsumme der Zinsen
21,183.66
gemaess Punkt 6 :
Plus BFG 15.333.10 = DM 36.716.76.

Falls Sie mit dieser Berechnung uebereinstimmen, wuerden uns bis Ende 1988 noch der Unterschied von 36,716.76 abzueglich der bereits bezahlten 15.333.10 zustehen. Falls ich mich hierin irgenwie geirrt haben sollte, bitte ich um Ihre frdl. Richtigstellung.
Ich wende mich mit dieser Frage direkt an die Behoerde, da Herr Horn als Nachfolger unseres sehr zuverlaessigen Original-Anwalts Dr. Landsberger leider Anfragen nur sporadisch oder garnicht beantwortet (Beispielsweise habe ich noch heute keine Antwort auf eine dringliche Anfrage vom 19.10.88 an ihn erhalten).
Deshalb waere ich Ihnen im Interesse einer Beschleunigung dieses Verfahrens sehr verbunden fuer eine direkte Antwort an mich, sodass wir dann sehen, wie die Abwicklung des Gesamtverfahrens nunmehr am besten in die Wege geleitet werden kann. Meine Schwaegerin weiss von dieser Anfrage und wird von mir unverzueglich von Ihrer Antwort benachrichtigt.

Mit verbindlichem Dank im voraus fuer eine prompte Beantwortung

Hochachtungsvoll Ihr

(Jack A.Ruppel)

see correction in letter of 2/8/89

912D Sutton Apts.
Collingswood, NJ 08107 USA
8. Februar 1989

Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
1000 Berlin 13
Zimmer 2077

bzgl. GZ E 331 -A10/BF 6541 USA

Sehr geehrte Herren:

Wie ich soeben bei der Durchsicht meiner Kopie feststelle, ist mir im gestrigen Briefe ueber diesen Fall ein Fehler unterlaufen.

Er ist in der dritten Zeile des letzten Paragraphen und handelt sich um den "bereits bezahlten" Betrag, der natuerlich sich auf DM 25,110.40 belaeuft. Ich hatte diese Zahl mit dem Gesamt-BEG verwechselt.

Bitte entschuldigen Sie diesen Fehler; ich hoffe, Sie werden meine Zahlen im uebrigen richtig finden.

Hochachtungsvoll

Ihr

(Jack A. Ruppel)

Ausgleichsamt Berlin

BERLIN

Ausgleichsamt Berlin, Hohenzollerndamm 177, D-1000 Berlin 31 (nur Postanschrift)

Dienstgebäude

Luftpost

Herrn
Jack A. Ruppel
912D Sutton Apts.

Collingswood, NJ. 08107
USA

Geschäftszeichen (bitte immer angeben), Bearbeiter	Zimmer	Fernsprecher	Datum
B 12 - A 10/BF 6541 USA - Herr Prohl	3129	867-7776	06. März 1989

Sehr geehrter Herr Ruppel,

in Beantwortung Ihrer Anfrage vom 07. Februar d.J. teilen wir Ihnen folgendes mit:

Mit Teilbescheid vom 21. Januar 1977 sind für Sie und Dr. Kenneth Ruppel insgesamt 4.973,10 DM zuerkannt worden, wovon 3.673,10 DM ab 01. Januar 1953 und 1.300,-- DM ab 01. Januar 1967 zu verzinsen waren. Dieser Betrag ist im Juli 1979 in Höhe von insgesamt 9.566,32 DM, worin 4.593,22 DM Zinsen enthalten waren, aufgrund der Bevollmächtigung auf ein Konto des Rechtsanwalts Hans-Joachim Horn überwiesen worden.

Mit dem 2. Teilbescheid vom 05.09.1988 sind weitere 10.360,-- DM zuerkannt worden, von denen 10.060,-- DM ab 01.01.1953 und 300,-- DM ab 01.01.1967 zu verzinsen sind, so daß in der Gesamtsumme von 25.110,40 DM Zinsen in Höhe von 144 % bzw. 88% enthalten sind.
Die Überprüfung des Vorganges ergibt also, daß die Berechnung der Zinsen korrekt vorgenommen worden ist, während Sie übersehen haben, daß bei der 1. Erfüllung im Jahre 1979 für den Grundbetrag von 4.973,10 DM bereits Zinsen gezahlt wurden.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Prohl

Sprechzeiten
Montag, Dienstag, Freitag
von 9 bis 12 Uhr
und nach Vereinbarung

Verkehrsverbindungen

E225A 10/BF 6541 USA

22.Februar 1988
921 D Sutton Apts.
Collingswood,NJ.08107

Sehr geehrte Frau v.Lübtow:

Besten Dank fuer Ihr Schreiben v.1.2.88.
Sie werden sich erinnern,dass nach dem Ausscheiden unseres Anwal ts,Dr. Landsberger, die Akten in den Besitz von Herr Horn übergeg angen sind, der die Bearbeitung wohl an einen An g estellten weitergeleitet hat; und nach jahrelangen Versuchen habe ich die Hoffnung aufgeg eben, auf diesem Wege etwas zu erreichen.
Bezgl. Grundstueck Friedrichstr. 7, Gotha, ersehe ich von den spaerlichen Unterlagen oder Hinweisen, die mir unterdiesen Umstaenden zur Verfuegubg stehen, das folgend

Der Wert des Grundstuecks war in den Untersuchungen mit der Behoerde bisher auf DM 119.000.-- festg elegt (100.00 Kaufpreis im Jahre 1910 und weitere DM 19.000.-- fuer eine danach von meinem Vater errichtete Klinik).
Der Kaufpreis, den Dr. Grosse zahlte aufgrund der Judenverfolgung war auf DM 49.000.-- festgelegt. Diese Zahlen bilden die Unterlag e fuer einen Verlust von DM 70.000.-

Es erg eht auch aus der Korrespondenz, dass meine Mutter 49.000.-- als Teilzahlungs au s ihrem Bankkonto erhalten hat. Der Rest des Bankkontos wird in einem der zusaetzlichen, separaten Antraege behandelt, ueber deren Fortschritt ich nicht informiert bin. Sie werden wohl mit mir angesichts der obenangefuehrten Zahlen uebereinstimmen,dass die Bankkonto-Teilzahlung den Unterschied von DM 119.000.-- und DM 49.000.-- nicht beeinflusst.

Ich weiss nicht ob ich zu hoffen wage, dass Herr Horn Zeit gefunden hat, auf die ihm gesandte Kopie Ihres Briefs an mich zu antworten und seinerseits diese Zahlen bestaetigen; jedenfalls waere ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mich auf dem laufenden halten wuerden, und ich nehme gern an, dass in jedem Falle diese Antwort es moeglich macht, den Fall nun moeglichst schnell weiterzufuehren, sodass wir dann au ch die restlichen An trae etwas beschleunigen koennen.

Mit Dank fuer Ihre Bemuehungen
Hochahctungsvoll

(Jack A. Ruppel)

An das
Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
D-1000 Berlin 31

Porzellanfabrik, Gotha/Siebleben
Bauland verbunden mit dieser Fabrik
Frühere Porzellanfabrik,Steinmühlenallee,Gotha
Gartengrundstueck Friedrichstr.19(das nach meinen Unterlagen gesondert behandelt wurde, da es individuell verkauft wurde).

Den ebenfalls vorliegenden Antrag für das aerztliche Instrumentar usw. hatte ich Herrn Horn gebeten zurueckzuziehen, da die Schwierigkeiten nach dem langen Zeitverlust irgendwelche Unterlagen zu erhalten zu gross waren im Vergleich zu dem erwarteten Erfolg. Das bezog sich lediglich auf diesen Posten.

Im Falle einer ankommenden Zahlung moechte ich betonen, dass das Bankkonto meiner Schwaegerin nach wie vor b ei der Marine-Midland Bank in Syracuse,NY ist, waehrend meins jetzt wie folgt geaendert wurde:

HORIZON Princeton Bank
Oaklyn Branch, Oaklyn,NJ USA 08107
Acct.# 1008-856-6

(Falls Sie die Zahlung durch Herrn Horn gehen lassen, moechte ich Sie sehr bitten, ihn gleichzeitig auf diese Aenderung hinzuweisen, da Erfahrung gezeigt hat, dass seine Kanzlei Aenderungen nicht beruecksichtigt falls sie von m i r mitgeteilt werden. Ich bin mir völlig der Ironie bewusst, dass ich die Behörde bitten muss mein Interesse gegenüber meinem Rechtsvertreter wahrzunehmen.)

Mit besten Dank für Ihre Bemühungen
und besten Grüssen

Ihr

(Jack A. Ruppel)

Frau von Lübtow
Ausgleichsamt Berlin
Hohenzollerndamm 177
D-1000 Berlin 31

Luftpost

912D Sutton Apts.
Collingswood,NJ 08107USA
11. Maerz 1987

Re:
E 225-A10/B? 6541 USA

Sehr geehrte Frau von Lübtow,

Zu meiner grossen Freude kam gestern Ihr Brief vom 15.1.87 hier an, der wohl einen postalischen Rekord fuer eine Transatlantische Seereise halten muss, zumal er lt. Vorschrift in der Adresse und wohl auch lt.Frankatur als Luftpost vorgeschrieben war.

Daraus ersehe ich, dass das Verfahren bzgl. Friedrichstr. 7 wieder in Gang gekommen ist, wofuer ich Ihnen vielmals danken moechte.

Wegen Friedrichstr.19 sehe ich in Ihrem Brief eine Klarstellung,die ich von Herrn Horn trotz mehrerer Anfragen im Herbst 79 nicht erhalten konnte. Er schickte meiner Schwaegerin und mir etwa Ende September/Anfang Oktober 1979 Schecks von je DM 4562.32 ohne Angabe worauf sie sich bezogen und hat, soweit ich feststellen kann, noch immer meine diesbezgl. Frage un beantwortet. Am 11.7.80 teilte er mit, dass das Ausgleichsamt "mit Schreiben vom 9.6.1980" anfragte,was der abschliessenden Schadenfeststellung necht entgegensteht.("Schadenfeststellung nach dem BFG für die Erben nach Margarete Ruppel geb. Simson"). Meine ausführliche Antwort an ihn nebst Unterlagen fuehrte ebenfalls zu keiner Antwort für eine lange Zeit.

Von den Betraegen,die die anderen Erben von Friedrichstr.19 erhalten hatten, konnte ich nicht annehmen, dass es sich um das Grundstück handelte im Falle des Schecks, obwohl ich wusste,dass der "Fall Frau Friedrichs" unseren Anteil verkleinern würde.(Es ist ja leider alles so lange her, dass ich der einzige Ueberlebende b in, der an den Verhandlungen etwas beteiligt war als Vertreter unserer Mutter. Meine Onkel, Curt Simson und Manfred Hess waren beide ueber 80 Jahre alt als ich sie fragte, und ich selbst naehere mich schnell dieser Altersstufe).

Das Datum von 1979 und der Betrag der Schecks geben mir Anlass zu der Annahme, dass sie die in Ihrem Schreiben erwaehnte Zahlung fuer Friedrichstr.19 waren und dass das scheinbar die volle Zahlung dafuer darstellte. Ich wuensche nur, Herr Horn haette die Hoeflichkeit besessen, mich darueber aufzuklaeren.

Falls wir nun annehmen koennen, dass Friedrichstr. 19 seit 79 erledigt ist, bleiben ausser Friedrichstr.7 mit Klinik, Gärtnerhaus, u sw. noch die folgenden Objekte :

Ausgleichsamt Berlin

BERLIN

angekommen: 3/10/87

Ausgleichsamt Berlin, Hohenzollerndamm 177, D-1000 Berlin 31 (nur Postanschrift)

Luftpost
Herrn
Jack A. Ruppel
912 Suttan Apts.
Collingswood, N.J. 08107

USA

Dienstgebäude

Geschäftszeichen (bitte immer angeben), Bearbeiter	Zimmer	Fernsprecher	Datum
E 225-A10/BF 6541 USA Frau von Lübtow	32	8326061 App. 32	15. 1. 87

Sehr geehrter Herr Ruppel,

auf Ihr Schreiben vom 02.01.1987 teilen wir mit, daß uns nun Ihr Bevollmächtigter,Herr Rechtsanwalt Horn,die Vordrucke Ende Dezember 1986 zugesandt hat.
Wir haben die Grundstücksbeschreibung unserer Auskunftstelle für Thüringen zur gutachtlichen Stellungnahme übersandt,da uns der Einheitswert nicht nachgewiesen wurde.
Zu dem Grundstück Friedrichstr. 19 senden wir Ihnen in Fotokopie die Mitteilung über die Erfüllung des Anspruchs vom 20.07.1979 aus der Sie entnehmen können, daß der Betrag von je 4.783,16 DM auf das Konto-Nr. 17361 106 des Rechtsanwalts Hans-Joachim Horn überwiesen wurde.
Eine Durchschrift dieses Schreibens hat Ihr Bevollmächtigter Herr Rechtsanwalt Horn, Schlüterstr. 53, D - 1000 Berlin 12 erhalten.

4562.32
8/27/79

4 783.16
4 562.32

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

von Lübtow

Sprechzeiten
Montag, Dienstag, Freitag
von 9 bis 12 Uhr
und nach Vereinbarung

Verkehrsverbindungen

Ausgleichsamt Berlin

GZ.: E 23 - A 10 / BF 6541 USA

1000 Berlin 31, den 24. Juni 1988

Dienstgebäude
Hohenzollerndamm 177

Fernruf: 867 xxxx 7778 Zimmer: 3011
(95) 7778 (nur im Innenbetrieb)

Ausfertigung für
Ilse Ruppel

Ausgleichsamt Bln., Hohenzollerndamm 177, D-1000 Bln. 31 (nur Postanschrift)

Herrn Rechtsanwalt
Hans-Joachim Horn
Schlüterstraße 53

1000 Berlin 12

Angaben für die Statistik			
1 U	/ E	/ AE	HASt Nr. 38

Bei Schäden an Einheitswertvermögen:
Hauptschäden in Ort: Gotha
Kreis:

~~Bescheid~~
- Teilbescheid - ~~Gesamtbescheid~~
über die Feststellung von Vermögensschäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) [1]

I. **Unmittelbar Geschädigter:** Ruppel, Margarete geb. Simson 07.01.1969
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (ggf. Todestag)
wohnhaft — zuletzt — in: Syracuse, N.Y. USA
(Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)

II. **Antragsberechtigter am 1. April 1952** (wenn nicht personengleich mit I)
oder Antragsberechtigter bei Tod des unmittelbar Geschädigten in Mitteldeutschland [2]) nach dem 31. März 1952: [3])

(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (ggf. Todestag)
wohnhaft — zuletzt — in:
(Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)

III. **Antragsteller** (wenn nicht personengleich mit I oder II):
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)

1. Ruppel, Jack A. — 912 D Sutton Apts., Collingswood, N.Y. 08107

2. Ruppel, Ilse geb. Voehl — 423 Buffington Road, Syracuse, N.Y. 13224

Bei Abwesenden (Kriegsgefangenen, Vermißten usw. in den Fällen des § 12 Abs. 1 Satz 2 BFG):
Antrag ist gestellt für den unter
.... Genannten von ...., wohnhaft in ....
(Ziff.) (Nr.)

Vordruck BAA 10/31—75

Mai 1509 A 4

Blatt:	1 R
GZ.:	E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom	24.06.1988

Auf den Antrag auf Feststellung von Vermögensschäden — und auf Beweissicherung — nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) ergeht — **folgender** — **Teilbescheid** — unter Einbeziehung des Bescheides im einheitlichen Verfahren vom 19.03.1975

A. Allgemeine Voraussetzungen

1. Die persönlichen Merkmale nach § 11 Abs. 1 und 2 BFG sind erfüllt. Es sind keine Tatsachen bekannt, wonach der unmittelbar Geschädigte zu den in § 11 Abs. 3 BFG genannten Personen gehört.

   Die Antragsberechtigung nach § 12 BFG liegt für den unmittelbaren Geschädigten (I) bzw. für den Antragsberechtigten (II) vor.

2. Das Antragsrecht bzw. das Verfahren für den (die) unter Ziffer — I — II — III — Genannten ruht derzeit nicht (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG).

3. Erbverhältnisse nach dem unmittelbar Geschädigten:

   Der Antragsberechtigte (II) ist alleiniger — Erbe (Erbeserbe) des vor dem 1. April 1952 — Erbe des nach dem 31. März 1952 in Mitteldeutschland — verstorbenen unmittelbar Geschädigten.[3])

B. Schadensfeststellung[4])

4. Folgende Schäden im Sinne des § 15 a des Lastenausgleichsgesetzes (LAG) des unmittelbar Geschädigten werden mit den in Spalte 2 aufgeführten Beträgen nach dem BFG festgestellt:

Schäden an	Neu festgestellter Betrag RM/	Bereits früher festgestellter Betrag RM/	Insgesamt festgestellt (Summe der Spalten 2 und 3) RM/	Statistische Angaben nur zu Sp. 2: Anzahl der Schäden
1	2	3	4	5
a) land- und forstwirtschaftlichem Vermögen	350,--	--	350,--	1
Darauf ruhende Verbindlichkeiten	keine	--	keine	———
b) Grundvermögen	51.900,--	20.700,--	72.600,--	1
Darauf ruhende Verbindlichkeiten	35.000,--	--	35.000,--	———
c) Betriebsvermögen[5])				
Höhe einer staatlichen Beteiligung[6])				———
d) Gegenständen der Berufsausübung sowie an gleichgestellten Erzeugnissen				
e) privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen (einschließlich Kaufpreisen im Sinne der §§ 7 Abs. 5, 17 b BFG)				———
f) Anteilen an Kapitalgesellschaften oder an Geschäftsguthaben der Mitglieder von Genossenschaften				———
g) Gewerbeberechtigungen, die nicht zum Betriebsvermögen gehören				
h) — Lizenzen an — Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten und ungeschützten Erfindungen[7])				

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt: 2
GZ.: E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 24.06.1988

5. Bei nachträglicher Schadensminderung (§ 20 a BFG):

Für Schäden Nr. 4 Buchst. ...	ist in Nr. 4 der Schaden gemindert worden			wegen
	von ursprünglich RM/M-Ost	um (ggf. umgerechnet) RM/M-Ost	auf RM/M-Ost	

6. Bei Schäden von Verfolgten und bei Erwerb von Verfolgtenvermögen (11. LeistungsDV-LA) bzw. von Vermögen, an dem einem sonstigen Voreigentümer Schäden entstanden sind (§ 7 Abs. 5 BFG): [9]

— a) In die freie Verfügung des Verfolgten oder seines Erben ist ein Kaufpreis in Höhe von — umgerechnet — 14.000,-- RM gelangt. —

— b) Wegen folgender Schäden sind Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG), dem Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) oder nach landesrechtlichen Vorschriften gewährt worden, die die Hauptentschädigung mindern (vgl. Nr. 13): [9]

Zu Nr. 4 Buchst. ...	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des festgestellten Schadens RM/M-Ost	Höhe der festgestellten Verbindlichkeiten RM/M-Ost	Höhe der Zahlungen und Rechtsgrundlage
	Hierüber wird bei der Zuerkennung von Hauptentschädigung entschieden.			

— c) Der — Wert — Einheitswert bzw. Ersatzeinheitswert — des erworbenen Wirtschaftsguts beträgt im Zeitpunkt des Schadenseintritts .... RM/M-Ost — ggf. darauf ruhende Verbindlichkeiten .... RM/M-Ost. —

7. Zeitpunkt des Schadenseintritts und Ursache des Schadens:

a) Der unmittelbar Geschädigte (I)

— hat das Schadensgebiet am .... verlassen —

— ist am .... im Schadensgebiet verstorben —

— hat(te) seinen ständigen Aufenthalt seit Kriegsende stets außerhalb des Schadensgebiets. —

— b) Wenn Schäden tatsächlich nach dem 31. Dezember 1952 entstanden sind und der unmittelbar Geschädigte das Schadensgebiet verlassen hat:
Soweit in Buchstabe c als Schadenszeitpunkt statt des Zeitpunkts des tatsächlichen Schadenseintritts derjenige des Verlassens des Schadensgebiets am .... als maßgebend eingetragen ist, betrifft dies Schäden, die im unmittelbaren sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Verlassen des Schadensgebiets entstanden sind. [10] —

c)

Zu Nr. 4 Buchst. ...	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des festgestellten Schadens RM/~~XXXX~~	Höhe der festgestellten Verbindlichkeiten RM/M-Ost	Zeitpunkt des Schadenseintritts [10]	Schadensursache [10]
b)	Grundvermögen	20.700,--		1939	Entziehung
		51.900,--	35.000,--	} 1936	"
a)	landw.Vermögen	350,--	--		

Vordruck BAA 10/31—75

Mat. 1509 A 4 3000 (Blatt 2) (3.88)

Blatt: 2 R
GZ.: E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 24.06.1988

8. **Folgende Beträge aus der Nutzung weggenommener Wirtschaftsgüter, über die der unmittelbar Geschädigte oder seine Erben nach der Wegnahme verfügt haben, werden mit den in Spalte 3 aufgeführten Beträgen festgestellt:** [11])

Zu Nr. 4 Buchst. ...	a) Bezeichnung des Wirtschaftsguts b) Art der Nutzung c) Bei Ansprüchen: Nennwert im Zeitpunkt der Entscheidung	Verfügender (unmittelbar Geschädigter oder Erbe) und Art der Verfügung	Verfügungsbeträge		
			Neu festgestellter Betrag RM/M-Ost	Bereits früher festgestellter Betrag RM/M-Ost	Insgesamt festgestellt (Summe der Spalten 3 und 4) RM/M-Ost
1	1a	2	3	4	5
Hiervon entfallen auf Zeiträume nach dem 31. Dezember 1952:					

9. **Bei Schäden an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen in Reichsmark oder in Mark-Ost (Nr. 4 Buchst. e):** [12])

Höhe des Schadens RM/M-Ost	zugrunde liegender RM-Betrag bei Schäden in M-Ost	Art des Anspruchs/der Sparanlage und ggf. Umwertungsverhältnis	Bei Reichsmarkspareinlagen: Begründung des Anspruchs vor dem 9. Mai 1945 oder nach dem 8. Mai 1945

10. **Merkmale für die Entschädigungsminderung** [9])

— a) Entschädigungszahlungen auf Grund der Kriegssachschädenverordnung, des Reichsleistungsgesetzes oder anderer innerdeutscher Vorschriften, die 50 v. H. des maßgebenden Werts nach den in § 13 Nr. 12 BFG genannten Vorschriften nicht übersteigen: —

— b) Beträge aus der Erfüllung von Ansprüchen oder der Verteilung von Überschüssen nach dem Westvermögen-Abwicklungsgesetz (WAbwG): — [13])

Zu Nr. 4 Buchst. ..	Bezeichnung des Wirtschaftsguts	Höhe des festgestellten Schadens RM/M-Ost	Höhe der festgestellten Verbindlichkeiten RM/M-Ost	Höhe der Zahlungen und Rechtsgrundlage

C. Umfang der Entscheidung

11. — [illegible] —
— [illegible]
— [illegible]

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt 3
GZ.: E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 24.06.1988

— Hinsichtlich folgender Schäden wird — die Schadensfeststellung — und — die Beweissicherung — abgelehnt:

— **Bei Teilbescheiden:** Sofern noch über die Feststellung weiterer Schäden zu entscheiden ist, ergeht nach Abschluß des Feststellungsverfahrens ein Bescheid, in dem alle festzustellenden Schäden des unmittelbar Geschädigten zusammengefaßt werden. Dieser Teilbescheid enthält jedoch bereits die vollen feststellungsfähigen Beträge für die Schäden an den nachfolgend aufgeführten Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten) und die ggf. gesondert festgestellten Verbindlichkeiten:

- Grundvermögen in Gotha

— Hinsichtlich der folgenden — Schäden xxxxxx xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
über die zu gegebener Zeit ein weiterer Bescheid ergeht,

a) wurde nur teilweise entschieden:

b) wurde noch nicht entschieden:
- Bankguthaben Deutsche Bank Gotha
- Augenärztliche Praxis in Gotha

12. **Bei Schäden, die nach verschiedenen Gesetzen zu berücksichtigen sind:**

Soweit Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes (BFG) und Schäden im Sinne des Feststellungsgesetzes (FG) oder des Reparationsschädengesetzes (RepG) entstanden sind,

☐ wird wegen der Feststellung der Schäden

☐ nach dem FG auf den Bescheid vom ....

☐ nach dem RepG auf den Bescheid vom ....

und den anliegenden Einlagebogen „Zusammenfassung der nach verschiedenen Gesetzen festgestellten Schäden" (Vordruck BAA 11/38) verwiesen.

☐ wird über die Feststellung der Schäden nach dem — FG — und — RepG — durch Bescheid später entschieden.

13. **Berechnungsgrundlage und Auswirkungen auf künftige Leistungen**

Die in diesem Bescheid festgestellten Beträge sind errechnet nach Wertmaßstäben, die das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vorschreibt. Sie stellen noch nicht die zu zahlende Entschädigung dar, sondern bilden lediglich eine Grundlage für die bei der Berechnung eines Anspruchs auf Hauptentschädigung zugrunde zu legenden Ausgangswerte. Die in Abschnitt B festgestellten Schäden werden bei der Berechnung des Beihilfegrundbetrags zur Gewährung laufender Beihilfen berücksichtigt, sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Die Feststellung der Vermögensschäden ist somit noch keine Grundlage, um in Erwartung künftiger Leistungen Verpflichtungen einzugehen oder sonstige Anstalten zu treffen. Zur Zuerkennung von Hauptentschädigung bedarf es eines gesonderten Antrags auf Vordruck LA 15. Ist dieser Antrag noch nicht eingereicht, endet die Frist für die noch erforderliche Antragstellung in der Regel ein Jahr nach Ablauf des Monats, in dem der Bescheid über die Schadensfeststellung — bei Teilbescheiden: die erste Teilentscheidung — unanfechtbar geworden ist (§ 234 Abs. 3 LAG).

Die in Abschnitt B Nr. 6 bis 10 aufgeführten Merkmale und Beträge haben Bedeutung für die Zuerkennung von Hauptentschädigung und bestimmen den Verzinsungsbeginn in diesem Bereich (Nr. 6 wegen § 6 Abs. 2 und 4 der 11. LeistungsDV-LA und § 250 Abs. 1 und 2 LAG, Nr. 7 und 8 wegen § 250 LAG, Nr. 9 wegen § 245 Nr. 5 und § 249 a und Nr. 10 wegen § 249 Abs. 2 und § 250 Abs. 2 Nr. 3 LAG).

Inwieweit wegen Ruhens des Antragsrechts oder des Verfahrens (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG) die Feststellung hinsichtlich einzelner Erben (Erbeserben) derzeit nicht wirksam ist und demzufolge bei der Zuerkennung des Anspruchs auf Hauptentschädigung insoweit nicht berücksichtigt wird, ergibt sich aus Abschnitt D.

14. **Bei Erbfällen nach dem Antragsberechtigten:**

Dieser Bescheid wirkt auch für und gegen diejenigen unter III aufgeführten Erben (Erbeserben) des verstorbenen Antragsberechtigten, die einen Antrag auf Feststellung nicht gestellt haben.

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt 3
GZ.: E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 24.06.1988

— Hinsichtlich folgender Schäden wird — die Schadensfeststellung — und — die Beweissicherung — abgelehnt:

— **Bei Teilbescheiden:** Sofern noch über die Feststellung weiterer Schäden zu entscheiden ist, ergeht nach Abschluß des Feststellungsverfahrens ein Bescheid, in dem alle festzustellenden Schäden des unmittelbar Geschädigten zusammengefaßt werden. Dieser Teilbescheid enthält jedoch bereits die vollen feststellungsfähigen Beträge für die Schäden an den nachfolgend aufgeführten Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten) und die ggf. gesondert festgestellten Verbindlichkeiten:

- Grundvermögen in Gotha

— Hinsichtlich der folgenden — Schäden ~~xxxxxx~~ ~~[crossed out]~~
über die zu gegebener Zeit ein weiterer Bescheid ergeht,

a) wurde nur teilweise entschieden:

b) wurde noch nicht entschieden:
- Bankguthaben Deutsche Bank Gotha
- Augenärztliche Praxis in Gotha

12. **Bei Schäden, die nach verschiedenen Gesetzen zu berücksichtigen sind:**

Soweit Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes (BFG) und Schäden im Sinne des Feststellungsgesetzes (FG) oder des Reparationsschädengesetzes (RepG) entstanden sind,

☐ wird wegen der Feststellung der Schäden

☐ nach dem FG auf den Bescheid vom ....

☐ nach dem RepG auf den Bescheid vom ....

und den anliegenden Einlagebogen „Zusammenfassung der nach verschiedenen Gesetzen festgestellten Schäden" (Vordruck BAA 11/38) verwiesen.

☐ wird über die Feststellung der Schäden nach dem — FG — und — RepG — durch Bescheid später entschieden.

13. **Berechnungsgrundlage und Auswirkungen auf künftige Leistungen**

Die in diesem Bescheid festgestellten Beträge sind errechnet nach Wertmaßstäben, die das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vorschreibt. Sie stellen noch nicht die zu zahlende Entschädigung dar, sondern bilden lediglich eine Grundlage für die bei der Berechnung eines Anspruchs auf Hauptentschädigung zugrunde zu legenden Ausgangswerte. Die in Abschnitt B festgestellten Schäden werden bei der Berechnung des Beihilfegrundbetrags zur Gewährung laufender Beihilfen berücksichtigt, sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Die Feststellung der Vermögensschäden ist somit noch keine Grundlage, um in Erwartung künftiger Leistungen Verpflichtungen einzugehen oder sonstige Anstalten zu treffen. Zur Zuerkennung von Hauptentschädigung bedarf es eines gesonderten Antrags auf Vordruck LA 15. Ist dieser Antrag noch nicht eingereicht, endet die Frist für die noch erforderliche Antragstellung in der Regel ein Jahr nach Ablauf des Monats, in dem der Bescheid über die Schadensfeststellung — bei Teilbescheiden: die erste Teilentscheidung — unanfechtbar geworden ist (§ 234 Abs. 3 LAG).

Die in Abschnitt B Nr. 6 bis 10 aufgeführten Merkmale und Beträge haben Bedeutung für die Zuerkennung von Hauptentschädigung und bestimmen den Verzinsungsbeginn in diesem Bereich (Nr. 6 wegen § 6 Abs. 2 und 4 der 11. LeistungsDV-LA und § 250 Abs. 1 und 2 LAG, Nr. 7 und 8 wegen § 250 LAG, Nr. 9 wegen § 245 Nr. 5 und § 249 a und Nr. 10 wegen § 249 Abs. 2 und § 250 Abs. 2 Nr. 3 LAG).

Inwieweit wegen Ruhens des Antragsrechts oder des Verfahrens (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG) die Feststellung hinsichtlich einzelner Erben (Erbeserben) derzeit nicht wirksam ist und demzufolge bei der Zuerkennung des Anspruchs auf Hauptentschädigung insoweit nicht berücksichtigt wird, ergibt sich aus Abschnitt D.

14. **Bei Erbfällen nach dem Antragsberechtigten:**

Dieser Bescheid wirkt auch für und gegen diejenigen unter III aufgeführten Erben (Erbeserben) des verstorbenen Antragsberechtigten, die einen Antrag auf Feststellung nicht gestellt haben.

Vordruck BAA 10/31—75

Blatt	3 R
GZ.:	E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom	24.06.1988

D. Erbverhältnisse nach dem Antragsberechtigten

15. **Bei Erbfällen nach dem unmittelbar Geschädigten (I) bzw. Antragsberechtigten (II)**

a) **Feststellungsberechtigt** sind folgende Erben (Erbeserben):

Name, Vorname	wohnhaft in	Anteil
Ruppel, Jack A.	wie zu III.1.	1/2
Ruppel, Ilse	wie zu III.2.	1/2

Diese Aufteilung wird so lange zugrunde gelegt, als nicht dem Ausgleichsamt gegenüber eine andere Aufteilung nachgewiesen wird.

b) **Nicht feststellungsberechtigt** sind derzeit wegen Ruhens des Antragsrechts bzw. des Verfahrens (§§ 12 Abs. 3, 40 BFG) folgende Erben (Erbeserben):[14])

Name, Vorname	wohnhaft in	Anteil

Soweit es an der Feststellungsberechtigung fehlt und damit die Feststellung von Schäden nicht wirksam ist, darf auch ein Anspruch auf Hauptentschädigung nicht zuerkannt werden.

E. Begründung

Siehe Blatt 4 !

E. Begründung

Es werden folgende Vermögensverluste geltend gemacht:

1. Grundvermögen in Gotha, Friedrichstraße 19
2. Grundvermögen in Gotha, Friedrichstraße 7
3. Bankguthaben Deutsche Bank Gotha
4. Instrumente und Bibliothek einer augenärztlichen Praxis in Gotha

Über den Verlust zu 1. wurde im einheitlichen Verfahren mit Bescheid vom 19.03.1975 entschieden; auf die Begründung dieses Bescheides wird verwiesen.

Über die Verluste zu 3. und 4. wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Zu 2.:

Der Grundbesitz ist dem Verfolgten im Jahre 1936 durch Zwangsverkauf entzogen worden. Dadurch ist ein Schaden im Sinne des § 3 Abs.2 des Beweissicherungsungs- und Feststellungsgesetzes (BFG) eingetreten.

Schäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen und an Grundvermögen sind nach §§ 15 (1) BFG, 12 (1) des Feststellungsgesetzes (FG) mit dem zuletzt vor der Entziehung festgestellten Einheitswert festzustellen.

Der Einheitswert wurde nicht nachgewiesen; es ist daher gemäß §§ 15 (1) BFG, 12 (2) FG ein Ersatzeinheitswert ermittelt worden.
Ersatzeinheitswert laut Anlage 1 .... 51.900,-- RM

Die Ergänzungsfläche war als landwirtschaftliches Vermögen zu bewerten - Anlage 2 - .... 350,-- RM

Langfristige Verbindlichkeiten, die im Schadenszeitpunkt mit land- und forstwirtschaftlichem Vermögen oder Grundvermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang standen oder an solchem Vermögen dinglich gesichert waren, sind gemäß §§ 15 (1) BFG, 12 (3) FG gesondert festzustellen.

Nach den vorliegenden Unterlagen haben bei Schadenseintritt Verbindlichkeiten in Höhe von 35.000,-- RM bestanden.

Das Grundstück wurde nach den Angaben des Antragstellers für 49.000,-- RM verkauft. Der Barkaufpreis betrug demnach 14.000,-- RM.

Es ist anzunehmen, daß er in die freie Verfügung des Verkäufers gelangt ist, da nach der Devisengesetzgebung im Jahre 1936 noch keine besonderen Verfügungsbeschränkungen für Verfolgte bestanden.

Blatt 5
GZ.: E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom 24.06.1988

F. Verpflichtung zu nachträglicher Mitteilung

Bescheidempfänger und ihre Erben haben dem Ausgleichsamt unverzüglich anzuzeigen, wenn sich die in den Anträgen einschließlich der Beiblätter angegebenen tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse nachträglich als unrichtig erweisen oder ändern, insbesondere wenn weitere Beweismittel (vor allem Urkunden) verfügbar werden, wenn Vermögen zurückgegeben oder dafür Ersatz in Natur geleistet wird, wenn privatrechtliche geldwerte Ansprüche ganz oder teilweise erfüllt werden oder wenn im Zusammenhang mit den Schäden sonstige Leistungen Dritter gewährt werden.

Weitere Schäden können nur innerhalb von drei Jahren nach ihrer Entstehung geltend gemacht werden (§ 30 Abs. 3 BFG).

G. Belehrung über Rechtsbehelf

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung, vom Vertreter des Bundesinteresses binnen eines Monats nach Bekanntgabe, B e s c h w e r d e bei dem Senator für Finanzen — Landesausgleichsamt —, Otto-Suhr-Allee 18-20, 1000 Berlin 10, eingelegt werden.

Die Beschwerde soll beim Ausgleichsamt* eingereicht werden; die Frist ist jedoch auch gewahrt, wenn die Beschwerde rechtzeitig unmittelbar beim Beschwerdeausschuß eingereicht wird. Die Beschwerde kann schriftlich oder zur Niederschrift angebracht werden und ist zu begründen. Sofern die Begründung nicht gleichzeitig mit der Beschwerde erfolgt, kann sie in angemessener, ggf. festzusetzender Frist nachgeholt werden.

Ein Rechtsbehelf gegen diesen Bescheid ist nicht gegeben,

a) soweit durch vorangegangene Bescheide, deren Beträge in diesem Bescheid lediglich wiederholt oder Grundlage für diesen Bescheid sind, bereits entschieden ist,

b) wenn auch bei erfolgreicher Durchführung des Rechtsmittelverfahrens höhere Ausgleichsleistungen nach den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes nicht gewährt werden könnten (§ 344 in Verbindung mit §§ 245 ff. des Lastenausgleichsgesetzes).

Ein von einem Beteiligten eingelegter Rechtsbehelf wirkt für und gegen alle übrigen Beteiligten.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs hat aufschiebende Wirkung.

Bei Teilbescheiden: Wegen Schäden an Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten), die in Abschnitt C Nr. 11 nicht als mit den vollen feststellungsfähigen Schäden erfaßt aufgeführt sind, bedarf es der Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen diesen Bescheid nicht, weil hierüber ein weiterer rechtsmittelfähiger Bescheid ergeht.

Sofern an Wirtschaftsgütern (wirtschaftlichen Einheiten) Schäden im Sinne verschiedener Gesetze entstanden sind und hierüber in getrennten Bescheiden gleichzeitig entschieden wird:

Wird gegen einen dieser Bescheide ein Rechtsbehelf eingelegt, so erstreckt sich der Rechtsbehelf auch auf die anderen Bescheide.

* Berlin

Im Auftrag

Je eine Ausfertigung erhalten:

(Dienstsiegel) AUSGLEICHSAMT BERLIN Schreibdienst

Bruckmann
(Unterschrift)

Beglaubigt
[signature]
Schreibdienstleiter(in)

Vordruck BAA 10/31—75

Mat. 1509. A 4. 3000. (Blatt 4) (3. 86)

Blatt:	5 R
GZ.:	E 23-A 10/BF 6541 USA
Bescheid vom	24.06.1988

Nichtzutreffendes streichen; bei eingedruckten Kästchen nur Zutreffendes ankreuzen.

[1]) Der Vordruck ist zu verwenden, wenn auf der Grundlage von Regelbescheiden zu entscheiden ist.
Im Personenspiegel dürfen nur solche Personen aufgeführt werden, für die das Antragsrecht bzw. das Verfahren nicht ruht.

[2]) Mitteldeutschland ist die Umschreibung für das Schadensgebiet des BFG und umfaßt aus der Sicht der unterschiedlichen Schadenszeitpunkte ab Mai 1945 das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den Sowjetsektor von Berlin und für spätere Schäden die Deutsche Demokratische Republik (DDR) und Ost-Berlin.

[3]) Bei Erbeserben sind die bis zum 1. April 1952 eingetretenen Erbfälle in der Begründung des Bescheides ggf. stufenweise dargestellt. Ist der unmittelbar Geschädigte nach dem 31. März 1952 in Mitteldeutschland verstorben, ist hier nur der antragsberechtigte erste Erbe des unmittelbar Geschädigten eingetragen.

[4]) Bei vorgedruckten Währungsbezeichnungen „RM/M-Ost" in den Spaltenüberschriften genügt die Streichung des Nichtzutreffenden, wenn alle Beträge in der betreffenden Spalte in Reichsmark oder alle in Mark-Ost aufzuführen sind. Kommen wegen unterschiedlicher Schadenszeitpunkte Reichsmarkbeträge und Beträge in Mark-Ost nebeneinander in Betracht, so muß bei der Ausfüllung in den jeweiligen Spalten und Zeilen dem Betrag die Währungsbezeichnung hinzugesetzt werden; in diesen Fällen sind außerdem die Eintragungen innerhalb der einzelnen Schadensarten in der Reihenfolge der Schadensentstehung vorzunehmen.

[5]) Bei einer staatlichen Beteiligung ist der um die staatliche Einlage gekürzte Einheitswert (Ersatzeinheitswert) als Schaden am Betriebsvermögen festzustellen.

[6]) Hier ist die Höhe der staatlichen Beteiligung aufzuführen (§ 15 Abs. 5 BFG).

[7]) Ein Vermögensschaden kann nur festgestellt werden, soweit die Rechte, Erfindungen sowie Lizenzen an solchen Rechten und Erfindungen im Schadensgebiet nach der Wegnahme verwertet worden sind. Schäden durch Verlust von Rechten und Erfindungen (Lizenzen), die nur vor der Wegnahme im Schadensgebiet verwertet wurden oder nur Gegenstand eines bis zur Wegnahme bestehenden Verwertungsvertrages waren, unterliegen dem besonderen Beweisverfahren; sind in solchen Fällen Schäden durch Verlust von Ansprüchen aus Rechten und Erfindungen (Lizenzen) entstanden, sind diese Ansprüche — falls bewertungsfähig — unter Nr. 4 Buchst. e aufgeführt.

[8]) In Nr. 6 Buchst. a ist ggf. „0" einzutragen; sind mehrere Verluste festgestellt und ist ein in die freie Verfügung gelangter Kaufpreis des Verfolgten oder seines Erben eingetragen, so ist hier oder in der Begründung ergänzend einzutragen, auf welchen Schadensfall der Kaufpreis entfällt. In Nr. 6 Buchst. b sind für in Nr. 4 festgestellte Schäden die im Sinne von § 6 Abs. 4 der 11. LeistungsDV-LA je Wirtschaftsgut (wirtschaftliche Einheit) gewährten anrechenbaren Entschädigungszahlungen getrennt aufzuführen, also einschließlich solcher Entschädigungszahlungen, die für Sonderabgaben usw. gewährt wurden. Sind derartige Entschädigungszahlungen nicht gewährt, ist in der Spalte „Höhe der Entschädigung" zu dem betreffenden Wirtschaftsgut „entfällt" einzutragen; sofern ein Entschädigungsverfahren noch nicht oder nicht endgültig abgeschlossen ist, muß hier „steht noch nicht fest" eingetragen werden. Buchstabe c ist sowohl bei Erwerb von Verfolgtenvermögen als auch bei Vermögenserwerb im Sinne des § 7 Abs. 5 BFG auszufüllen.

[9]) Nr. 6 Buchst. b bzw. Nr. 10 wird insoweit nicht ausgefüllt, als Zahlungen in Nr. 4 und 5 zur Schadensminderung geführt haben.

[10]) Stehen Schäden, die tatsächlich nach dem 31. Dezember 1952 entstanden sind, im unmittelbaren sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Verlassen des Schadensgebiets, so wird zu Nr. 7 Buchstabe b ausgefüllt und in Buchstabe c als Zeitpunkt des Schadenseintritts der Zeitpunkt des Verlassens des Schadensgebiets eingetragen. Sind in einer Vermögensart der Nr. 4 die Verluste an mehreren wirtschaftlichen Einheiten zusammengefaßt, so sind sie bei unterschiedlichem Schadenszeitpunkt und unterschiedlicher Verursachung getrennt aufzuführen. Entfallen dabei die gesondert festgestellten Verbindlichkeiten auf mehrere Einheiten, ist in der Begründung dargestellt, auf welchen wirtschaftlichen Einheiten und mit welchen Teilbeträgen sie im maßgebenden Schadenszeitpunkt geruht haben. Bei stufenweisem Schadenseintritt an wirtschaftlichen Einheiten oder einzelnen Wirtschaftsgütern und bei verschiedenartiger Schadensursache sind erforderlichenfalls die unterschiedlichen Schadenszeitpunkte und Schadensursachen in einer besonderen Anlage zum Bescheid dargestellt.

[11]) Nr. 8 dient der Erfassung der seltenen Fälle im Grenzbereich der §§ 14 Abs. 2 und 16 Abs. 2 BFG, in denen (nach Maßgabe der Nr. 40 Wegnahmerundschreiben) trotz gewisser Verfügungen die Anerkennung einer Wegnahme von Wirtschaftsgütern möglich ist und deswegen die Beträge aus der Nutzung solcher Wirtschaftsgüter, über die der unmittelbar Geschädigte oder seine Erben nach der Wegnahme verfügt hatten, gesondert festzustellen sind. Nr. 8 wird nicht oder insoweit nicht ausgefüllt, als in Nr. 4 und 5 Beträge, über die nach der Wegnahme verfügt werden konnte, zur Schadensminderung geführt haben.
Bei Verfügungsbeträgen aus der Nutzung von Ansprüchen ist in Nr. 8 Spalte 1 a zu Buchst. c nicht der in Nr. 4 festgestellte Betrag einzutragen, sondern der davon häufig abweichende Betrag im Zeitpunkt der Entscheidung, der in solchen Fällen im Zuge der Anhörung mit Vordruck BAA 10/30 m zu ermitteln ist.

[12]) Hier ist zum Zwecke der fiktiven Umwertung (§ 245 Nr. 5 LAG) die Art des Anspruchs aufzuführen und bei Reichsmarkspareinlagen in Spalte 4 festzuhalten, ob der Anspruch vor dem 9. Mai 1945 oder nach dem 8. Mai 1945 begründet worden ist. Soweit es sich nicht um Reichsmarkspareinlagen handelt, ist in Spalte 3 zusätzlich das fiktive oder tatsächliche Umwertungsverhältnis anzugeben.

[13]) Hier sind die Kapitalbeträge gemäß § 9 WAbwG bzw. aus der Ausschüttung von Überschüssen gemäß §§ 20, 21 und 23 WAbwG einzutragen, die für unter Nr. 4 Buchst. c, e oder f festgestellte Schäden gewährt worden sind. Unterliegen solche Ansprüche oder Beteiligungen der Abwicklung nach dem WAbwG, ist aber die Abwicklung noch nicht durchgeführt worden, muß in der Spalte „Höhe der Zahlungen" eingetragen werden: „steht noch nicht fest".

[14]) Sofern Name oder Anschrift der nicht feststellungsberechtigten Erben nicht bekannt ist, bedarf es hierüber keiner besonderen Erhebung. Es genügt insoweit eine je nach den bekannten Umständen abgefaßte allgemeine Erklärung vor allem hinsichtlich der insgesamt ausfallenden Anteile.

3 3 cm
Rentamt
Ruppel
Schloss Friedrichsthal
Gutmann
Eckarti
HELENENSTRASSE
FRIEDRICHSTRASSE
M. 1:1000

Az.: A. .... Reg.-Nr. ....

Fragebogen

zur Ermittlung von Ersatzeinheitswerten bebauter Grundstücke
(ausgenommen Fabrikgrundstücke, Hotelgrundstücke und Warenhausgrundstücke)

1. Das bebaute Grundstück lag in Gotha, Friedrichstr. 7, Kreis Gotha, Thüringen, Finanzamt Gotha.
(Gemeinde, Straße, Hausnummer, Kreis, Reg.-Bezirk, Finanzamtsbezirk)
Nach Möglichkeit sind beizufügen: Lageplan, Lageskizze, Baupläne, Fotografien usw. (vorgelegt im Jahre 1971) Skizze beigelegt
2. Eigentümer des Grundstücks war(en) im Zeitpunkt des Schadens:

Zuname (bei OHG und KG der Teilhaber)	Vorname	Heutige Anschrift	Anteil am Grundstück (z. B. die Hälfte, ein Viertel)
Ruppel	Margarete	verstorben	Voll

3. Wann ist das Gebäude errichtet? v. ca. 1860
4. War das Gebäude ein Eckhaus? ~~ja~~/nein*) Lag das Gebäude im geschlossenen Ortsteil? ja/~~nein~~*)
5. Die Vorderfront des Gebäudes betrug ca. 17 m und hatte im Erdgeschoß 8 Fenster, im I. Obergeschoß 8 Fenster.
6. Das Gebäude war ein Stein-, ~~Holz-, Fachwerkbau,~~ Stahlskelettbau *).
7. Das Gebäude hatte: Wasserleitung, Abwasserleitung (Kanalisation), Elektrizitätsanschluß, Gasanschluß, Zentralheizung, ~~Etagenheizung~~, Warmwasserversorgung, ~~Fahrstuhl~~ usw. *).
8. Die Gesamtfläche des Grundstücks betrug ca. 4.500 qm, davon bebaute Fläche ca. 550 qm. (s. Skizze) (V 323, H Nr. 4 [illegible])
Wenn für den unbebauten Teil des Grundstücks wegen besonderer Flächengröße ein Zuschlag zum Einheitswert errechnet war bzw. zu errechnen wäre, oder wegen Verwertbarkeit des unbebauten Teiles z. B. als Bauland, Industrieland und Land für Verkehrszwecke ein gesonderter Einheitswert festgestellt war, ist stets ein Lageplan bzw. eine Lageskizze beizufügen, aus welcher die Flächengröße zu ersehen ist.
9. Das Gebäude war unterkellert (ganz, ~~zur Hälfte, zu einem Viertel~~ *).
10. Sind in Ihren Angaben seit dem 1. 1. 1935 etwa vorgenommene Veränderungen einbegriffen, und zwar bauliche Veränderungen, z. B. Anbauten, Umbauten, Aufstockungen und Veränderungen zu den Fragen 5—7 und 9, sowie Veränderungen der Grundstücksfläche? ~~ja~~/nein *).
Wenn ja, sind diese Veränderungen auf besonderem Blatt aufzuführen.
11. Nur auszufüllen bei Einfamilienhäusern und Geschäftsgrundstücken: a) es war ~~ein Reihenhaus (geschlossene Bauweise), Doppelhaus~~, freistehend *) b) die Seitenfront betrug ca. 19 m, c) die Geschoßhöhe betrug im Erdgeschoß .... m, im I. Obergeschoß .... m, d) war das Dachgeschoß ganz / ~~halb / nicht~~ ausgebaut? *)
12. Bei Ausfüllung der umstehenden Aufstellung ist zu beachten:
   a) Für jeden Wohnungs- oder Geschäftsinhaber ist eine besondere Zeile zu verwenden. Erstreckt sich die Wohnung eines Mieters auf mehrere Geschosse, so ist dies bei den betreffenden Räumen kenntlich zu machen.
   b) Korridore, Klosetträume, Speisekammern und Waschküchen sind nicht anzugeben.
   c) Wenn die Miete oder Pacht nicht in RM/DM-Ost/M-Ost gezahlt worden ist, ist die entsprechende ausländische Währung anzugeben.
   d) Die Miete ist ohne das Entgelt für Zentralheizung anzugeben.
   e) Für eigengenutzte Räume ist die übliche Miete in Anlehnung an die Jahresrohmiete anzugeben, die für die Räume gleicher oder ähnlicher Art und Lage regelmäßig vereinbart worden ist. Für leerstehende und unentgeltlich genutzte Räume ist die letzte Miete und deren Zeitpunkt anzugeben. Ist diese Miete nicht mehr bekannt, findet die Regelung des Satzes 1 Anwendung.
   f) Untermieten sind nicht anzugeben, es sei denn, daß eine Wohnung oder ein Gebäude ungeteilt weitervermietet worden ist.

b. w.

*) Nichtzutreffendes streichen.

1	2	3	4				5												6	
Vorderhaus — V Hinterhaus — H Seitenflügel — Sfl.	Geschoß: z. B. Keller — K Erdgeschoß — E I. Geschoß — I II. Geschoß — II usw. Dachgeschoß — D	Name des Mieters und dessen jetzige Anschrift ** + Eigentümerwohnung — E Pförtnerwohnung — Pf	Anzahl der *)				Geschäftsräume *)												Jahresmiete RM/DM-Ost/M-Ost	
			Zimmer	Küchen	Bad	Wohnkammern	Läden		Büros		Werkst.		Lager		Garagen		Sonstiges		1935	in dem Kalenderjahr vor Schadenseintritt 1936
							Anzahl	qm	Anzahl	qm	Anzahl	qm	Anzahl	qm	Anzahl	qm	Anzahl	qm		
Beispiel: V	E	~~Margarete Ruppel~~	3	1	1	2D													~~600~~	600 X
V	E	Margarete Ruppel ~~Schulze, Bonn, Reuterstraße 50~~	4	–	–	–	~~1~~	~~60~~			~~1K~~	~~40~~			~~1~~	~~20~~			ca 200 ~~800~~	260
V	K	Margarete Ruppel	–	–	–														–	
	E	Dr. Karl Grosse	11	1	1														2160	
	I	Margarete Ruppel	11	1	1														2160	
	D	(Name vergessen) Witwe m. Tochter	2	1	1	2													≈ 860	
H	E	[illegible]alzacher	5	1	1														720	
	I	Exz. v. Nassewitz	5	1	1														↓	
	II	" "	2	1	–														1080	
Gärtnerhaus	E	Otto Walther	4	1	1 +	–													Dienst-	
	I	Otto Walther	2	–	–														wohnung (ca 500)	

*) Soweit diese Räume nicht in dem in Spalte 2 angegebenen Geschoß liegen, ist ihre Lage besonders unter Verwendung der Abkürzungen der Spalte 2 anzugeben.

+ Separat-Bau

Ich versichere, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

** Es ist sehr wahrscheinlich, dass keiner der Mieter noch am Leben ist. Sie waren alle viel älter als ich, (jetzt 74). Am Stichtage war die gemeinsame Adresse Friedrichstr. 7

Berlin ___, ______ 198

Jack A. Ruppel

(eigenhändige Unterschrift)

Ausgleichsamt Berlin

GZ.: E 311 - A 10 / BF 6541 USA

1000 Berlin 31, den 05.09.1988 198_

Dienstgebäude
Hohenzollerndamm 177

Fernruf: 867-1 App.: 7587 Zimmer: 2077

(__________) __________ (nur im Innenbetrieb)

Ausgleichsamt Bln., Hohenzollerndamm 177, D-1000 Bln. 31 (nur Postanschrift)

Herrn
Rechtsanwalt und Notar
Hans-Joachim Horn
Schlüterstr. 53

1000 Berlin 12

Ausfertigung für
Herrn Jack A. Ruppel

~~Bescheid~~

2. Teilbescheid ~~Gesamtbescheid~~

über die Zuerkennung von Hauptentschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz [1])

I. Unmittelbar Geschädigter: Ruppel, Margarete geb. Simson 07.01.1969
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (ggf. Todestag)

wohnhaft — zuletzt — in: Syracuse, N.Y. / USA
(Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer)

II. Anspruchsberechtigter am 1. April 1952 (wenn nicht personengleich mit I) [2])
~~oder Anspruchsberechtigter bei Tod des unmittelbar Geschädigten nach dem 31. März 1952 [3]) — im Aussiedlungsgebiet — in Mitteldeutschland [4]) —~~:

wie zu I.
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (ggf. Todestag)

wohnhaft — zuletzt — in: ....
(Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer)

III. Antragsteller (wenn nicht personengleich mit I oder II):
(Name, Vorname, ggf. auch Geburtsname oder früherer Name) (Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer)

1) Ruppel, Jack A. — 912 D Sutton Apts., Collingswood, N.Y. 08107 / USA

2) Dr. Ruppel, Kenneth — Syracuse, N.Y. / USA — verstorben : 09.10.1976 -

Bei Abwesenden (Kriegsgefangenen, Vermißten usw. in den Fällen des § 234 Abs. 2 LAG):
Antrag ist gestellt für den unter
.... Genannten von ...., wohnhaft in ....
(Ziff.)

Über die beantragte Zuerkennung von Hauptentschädigung nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) ergeht ~~auf Grund des Beschlusses des Ausgleichsausschusses vom~~ __________ folgender ~~Bescheid~~ 2. Teilbescheid ~~Gesamtbescheid~~:

A. Allgemeine Voraussetzungen

1. Die Voraussetzungen nach § 229 — § ~~230 und~~ 230 a — ~~§ 234 Abs. 2~~ — LAG sind erfüllt. Damit ist die Antragsberechtigung für den unmittelbar Geschädigten (I) bzw. für den Anspruchsberechtigten (II) gegeben.
2. Das Antragsrecht bzw. das Verfahren für ~~den~~ (die) unter Ziffer — I — ~~II~~ — III — Genannten ruht derzeit nicht (§§ 234 Abs. 4, 334 a LAG). Die Antragsfrist ist gewahrt (§ 234 Abs. 3 LAG).

Vordruck LA 16—75

Mat 4301. A 4. (Blatt 1)

Blatt 1 R
GZ.: A 10 / BF 6541 USA
Bescheid vom 05.09.1988

3. ~~Erbverhältnisse des anspruchsberechtigten Erben (II) nach dem unmittelbar Geschädigten:~~

— a) Der Anspruchsberechtigte ist — alleiniger — Erbe (Erbeserbe)[3] — zu .... Anteil (Bruchteil) — des unmittelbar Geschädigten, der vor dem 1. April 1952 verstorben ist. —

— b) Der Anspruchsberechtigte ist — alleiniger — Erbe — zu .... Anteil (Bruchteil) — des unmittelbar Geschädigten, der nach dem 31. März 1952 verstorben ist

— in einem Aussiedlungsgebiet nach Eintritt von Schäden im Sinne des Feststellungsgesetzes (FG). —

— in Mitteldeutschland nach Eintritt von Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes (BFG).

B. Zuerkennung des Anspruchs auf Hauptentschädigung

4. Der unmittelbar Geschädigte wird nach dem für seine festgestellten Schäden im Sinne ~~des FG und~~ des BFG — aus Abschnitt B der Anlage(n) 1 — 1c. —
— sich ergebenden ~~gesamten~~ Schadensbetrag[4]) von .... 40.558,34 RM
~~— unter Berücksichtigung der bereits nach dem Reparationsschädengesetz (RepG) festgestellten Schäden sich ergebenden gesamten Schadensbetrag (§ 249 b Nr. 1 LAG) von .... RM[4])~~
in die Schadensgruppe 18 (Schaden bis 44000,-- RM) eingestuft.
~~— Die beim Schadensbetrag nicht berücksichtigten Schäden an Sparanlagen betragen .... RM. —~~

5. Aus — dem ~~gesamten~~ Schadensbetrag ~~— und — den Schäden an Sparanlagen (§ 249 a LAG) —~~ errechnet sich für den unmittelbar Geschädigten (I) ~~bzw. für den Anspruchsberechtigten (II)~~
nach Abschnitt C der Anlage(n) 1 — 1c. —
~~— in Verbindung mit Anlage(n) 2 — und — 2 a —~~

a) ein Endgrundbetrag der Hauptentschädigung von .... (Zeile 1) 15.333,10 DM
Hiervon wurden bereits zuerkannt (Nr. 5 a Zeile 1 des Bescheids vom 21.01.1977) .... (Zeile 2) — 4.973,10 DM
Durch diesen Bescheid werden zuerkannt .... (Zeile 3) 10.360,-- DM

~~— Dieser Endgrundbetrag enthält nicht die Entschädigung nach dem RepG. —~~

b) Es entfallen auf den

	Endgrundbetrag bzw. Teilgrundbetrag für FG-Schäden	Endgrundbetrag ~~bzw. Teilgrundbetrag~~ für BFG-Schäden
insgesamt	.... DM	15.333,10 DM
bereits zuerkannt	— .... DM	— 4.973,10 DM
durch diesen Bescheid zuerkannt	.... DM	10.360,-- DM

~~— c) Hinsichtlich des verstorbenen — unmittelbar Geschädigten (I) — Anspruchsberechtigten (II) — ist nach der Berechnung in Anlage(n) 1 .... nur der anteilige Anspruch auf Hauptentschädigung eingesetzt, der sich für die entschädigungsberechtigten Erben nach Nr. 9 a ergibt.~~

6. Zu dem Endgrundbetrag tritt ein Zinszuschlag von 1 vom Hundert für jedes angefangene Kalendervierteljahr.

a) Die Verzinsung für den Endgrundbetrag nach Nr. 5 a (Zeile 1) beginnt

ab (in der Reihenfolge der Zinszuschlagstermine)	für einen Endgrundbetrag ~~bzw. Teilgrundbetrag~~ für Schäden im Sinne des FG	BFG
01.01.1953	.... DM	13.733,10 DM
01.01.1967	.... DM	1.600,-- DM
	.... DM	.... DM
	.... DM	.... DM
	.... DM	.... DM
	0,-- DM	15.333,10 DM

15.333,10 DM

~~b) Besonderheiten für vorausgegangene und beendete Ruhenszeiträume:[5])~~

c) Auf den Zinszuschlag werden bei der Erfüllung angerechnet
~~— bei Schäden im Sinne des FG: die in Mitteldeutschland auf Grund der Umwertung der früheren RM-Spareinlagen in eine Altguthaben-Ablösungs-Anleihe in die freie Verfügung des unmittelbar Geschädigten, seiner Angehörigen oder seiner Erben gelangten Zinsbeträge für Zeiträume ab 1. Januar 1953, soweit nicht bereits der zugrundeliegende Tilgungsbetrag vom Endgrundbetrag abgesetzt wurde.~~

Vordruck LA 16—75

Blatt 2
GZ.: A 10 / BF 6541 USA
Bescheid vom 05.09.1988

~~bei Schäden im Sinne des BFG: die nach dem 31. Dezember 1952 erzielten Beträge aus der Nutzung weggenommener Wirtschaftsgüter, über die der unmittelbar Geschädigte, seine Angehörigen oder seine Erben verfügt haben (vgl. auch Nr. 8 des Feststellungsbescheids nach dem BFG).~~

C. Umfang der Entscheidung

7. ~~a) — Der — Bescheid — Gesamtbescheid — vom .... wird hiermit zum Teilbescheid erklärt. —~~
— Der Bescheid über die Ablehnung der Zuerkennung von Hauptentschädigung für Schäden im Sinne — des FG — des BFG — vom .... wird hiermit zum Teilbescheid erklärt. —
~~— Über die beantragte Hauptentschädigung ist in vollem Umfang entschieden worden. —~~

b) Bei Zuerkennung von Hauptentschädigung auf Grund von BFG-Schäden:
Sofern BFG-Schäden mit Schäden im Sinne des FG bzw. des RepG zusammentreffen und über eine etwaige Zuerkennung des Anspruchs auf Hauptentschädigung für Schäden im Sinne des FG bzw. des Anspruchs auf Entschädigung nach dem RepG noch nicht oder erst teilweise entschieden ist, kann sich nachträglich die Zuerkennung von Hauptentschädigung für die BFG-Schäden (Abschnitt B) ändern. Ergibt sich als Folge einer nachträglichen Zuerkennung von Entschädigung nach dem RepG in Nr. 5a Zeile 3 ein Minusbetrag und wurde Hauptentschädigung bereits erfüllt, so wird eine etwaige Zuvielzahlung bei der Erfüllung des Anspruchs nach dem RepG ausgeglichen.

c) Bei **Teilbescheiden:** Sofern noch über die Entschädigung weiterer Schäden des unmittelbar Geschädigten im Sinne ~~— des FG bzw~~. des BFG ~~— oder — des RepG —~~ zu entscheiden ist, ergeht nach Abschluß der Verfahren ein Gesamtbescheid über die Zuerkennung von Hauptentschädigung.

8. **Bei Erbfällen nach dem unmittelbar Geschädigten (I)** ~~**bzw. nach dem Anspruchsberechtigten (II)**~~:
Dieser Bescheid wirkt auch für und gegen diejenigen unter III aufgeführten Erben (Erbeserben) des verstorbenen unmittelbar Geschädigten (I) bzw. des verstorbenen Anspruchsberechtigten (II), die einen Antrag auf Zuerkennung von Hauptentschädigung nicht gestellt haben.
Inwieweit wegen Ruhens des Antragsrechts oder des Verfahrens (§§ 234 Abs. 4, 334a LAG) die Zuerkennung von Hauptentschädigung hinsichtlich einzelner Erben derzeit nicht möglich ist, ergibt sich aus Abschnitt D in Verbindung mit der (den) Anlage(n).

D. Erbverhältnisse nach dem Anspruchsberechtigten

9. **Bei Erbfällen nach dem unmittelbar Geschädigten (I)** ~~**bzw. Anspruchsberechtigten (II)**~~
a) **Entschädigungsberechtigt** sind folgende Erben (Erbeserben) *); vgl. III:

Name, Vorname	Anteil	Name, Vorname	Anteil
1) Ruppel, Jack A.	1/2		
2) Dr.Ruppel, Kenneth -nachverstorben: 09.10.1976-	1/2		

Alleinerbin :
Ruppel, Ilse geb. Voekl
423 Buffington Rd., Syracuse, N.Y. 13224 / USA

Diese Aufteilung wird nach Maßgabe des Abschnitts H der Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung zugrundegelegt, wenn nicht dem Ausgleichsamt gegenüber eine andere Aufteilung nachgewiesen wird.

~~b) **Nicht entschädigungsberechtigt** sind wegen derzeitigen Ruhens des Antragsrechts bzw. des Verfahrens (§§ 234 Abs. 4, 334a LAG) folgende Erben (Erbeserben): *)~~

Name, Vorname	Anteil	Name, Vorname	Anteil

E. Begründung

(Siehe ggf. besonderes Blatt, das Bestandteil dieses Bescheides ist)

Die Berechnung der zuerkannten Hauptentschädigung ist aus den Anlagen ersichtlich.
Wegen des entschädigungsmindernden Abzuges nach § 6 Abs. 4 der 11. LDV-LA wird auf den Zuerkennungs-Teilbescheid vom 21.01.1977 verwiesen.
Aufgrund des erhöhten Schadensbetrages und der höheren Schadensgruppe ergibt sich kein Abzug nach § 246 Abs. 1 LAG -wegen Währungsstichtagsvermögen- . mehr

F. Verpflichtung zu nachträglicher Mitteilung (Zuerkennung)

Bescheidempfänger und ihre Erben haben dem Ausgleichsamt unverzüglich anzuzeigen, wenn sich die im Zuerkennungsantrag angegebenen tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse nachträglich als unrichtig erweisen oder ändern, insbesondere wenn weitere Beweismittel (vor allem Urkunden) verfügbar werden oder wenn Vermögen zurückgegeben oder dafür Ersatz in Natur geleistet wird, wenn privatrechtliche geldwerte Ansprüche ganz oder teilweise erfüllt werden oder wenn im Zusammenhang mit den Schäden sonstige Leistungen Dritter gewährt werden.

Für den Fall einer Entschädigung von dritter Seite bleiben die Wiederaufnahme des Verfahrens nach § 342 LAG mit nachträglicher Minderung des festgestellten Schadens nach § 2oo BFG, § 21o FG und Kürzung des zuerkannten Anspruchs auf Entschädigung vorbehalten.

Vordruck LA 10—75

Blatt 2 R
GZ.: A 10 / BF 6541 USA
Bescheid vom 05.09.1988

G. Belehrung über Rechtsbehelf

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung, vom Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds binnen eines Monats nach Bekanntgabe, Beschwerde bei dem Senator für Finanzen – Landesausgleichsamt –, Otto-Suhr-Allee 18-20, 1000 Berlin 10, eingelegt werden.

Die Beschwerde soll beim Ausgleichsamt ~~eingelegt~~ Berlin werden; die Frist ist jedoch auch gewahrt, wenn die Beschwerde rechtzeitig unmittelbar beim Beschwerdeausschuß eingereicht wird. Die Beschwerde kann schriftlich oder zur Niederschrift angebracht werden und ist zu begründen. Sofern die Begründung nicht gleichzeitig mit der Beschwerde erfolgt, kann sie in angemessener, ggf. festzusetzender Frist nachgeholt werden.

Ein Rechtsbehelf gegen diesen Bescheid ist nicht gegeben, soweit durch vorangegangene Bescheide, deren Beträge in diesem Bescheid lediglich wiederholt sind, bereits entschieden ist.

Ein von einem Beteiligten eingelegter Rechtsbehelf wirkt für und gegen alle übrigen Beteiligten.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs hat aufschiebende Wirkung.

Sofern auch Schäden im Sinne des RepG entstanden sind, über deren Zuerkennung des Anspruchs auf Entschädigung in einem besonderen Bescheid gleichzeitig zu entscheiden ist:

Wird gegen den Bescheid über die Zuerkennung des Anspruchs auf Entschädigung nach dem RepG ein Rechtsbehelf eingelegt, so hindert dieser Rechtsbehelf den Eintritt der Unanfechtbarkeit des vorliegenden Bescheids, sofern Hauptentschädigung auf Grund von BFG-Schäden zuerkannt worden ist; als Folge einer etwaigen Änderung des RepG-Bescheids muß ggf. auch die Zuerkennung von Hauptentschädigung auf Grund von BFG-Schäden geändert werden.

H. Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung

1. Die Zuerkennung des Anspruchs auf Hauptentschädigung enthält nicht zugleich eine Entscheidung über die Erfüllung dieses Anspruchs. Über jede Erfüllung wird gesondert entschieden. Aus diesem Bescheid kann noch nicht entnommen werden, daß der zuerkannte Betrag auch in dieser Höhe erfüllt wird. Die wichtigsten Besonderheiten, die die Höhe der Erfüllung beeinflussen, sind nachfolgend aufgeführt. Daher können Vermögensdispositionen in Erwartung der Erfüllung in aller Regel erst nach Erteilung des Erfüllungsbescheids bzw. der Erfüllungsmitteilung getroffen werden.
2. Reihenfolge und Umfang der Erfüllung richten sich (vorbehaltlich der nachfolgenden Nr. 3 bis 7) nach der „Weisung über die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung (HE-Weisung)" des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes.
3. Wenn einer der unter I, II oder III aufgeführten Personen oder einem sonstigen Rechtsvorgänger ein Aufbaudarlehen gewährt worden ist, wird dieses auf den Anspruch auf Hauptentschädigung nach Unanfechtbarkeit oder Rechtskraft dieses Bescheids mit besonderem Umwandlungsbescheid gemäß § 258 LAG angerechnet (Aufbaudarlehen nach § 254 Abs. 3 LAG für den Bau einer Miet- oder Genossenschaftswohnung werden nur auf Antrag angerechnet). Vor anderweitiger Erfüllung ist der Umwandlungsbescheid zu erteilen.
4. Zahlungen an Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente) sowie laufende Beihilfen, die dem unmittelbar Geschädigten (I) oder seinen Rechtsnachfolgern wegen Vermögensschäden oder Existenzverlustes gewährt werden oder wurden, werden auf den Anspruch auf Hauptentschädigung mit besonderem Anrechnungsbescheid angerechnet (§§ 278 a, 283 und 283 a LAG). Bei laufenden Leistungen kommt eine Erfüllung von Hauptentschädigung nur beschränkt nach Maßgabe der 16. LeistungsDV-LA in Betracht. Wenn in der Vergangenheit (inzwischen eingestellte) Kriegsschadenrente oder eine vergleichbare Leistung gewährt wurde, ist zunächst die Erteilung eines Anrechnungsbescheids erforderlich.

   Nach den Unterlagen des Ausgleichsamtes — wird — wurde — Kriegsschadenrente — ....

   gewährt — an .... — zuletzt — wohnhaft in ....
5. Bestehen oder entstehen Rückforderungsansprüche, werden sie kraft gesetzlicher Regelung vorab im allgemeinen mit dem Anspruch auf Hauptentschädigung durch Erteilung eines Verrechnungsbescheids verrechnet (z. B. nach § 350 a LAG).
6. Die in Nr. 3 und 4 erwähnten Aufbaudarlehen und laufenden Leistungen werden auf den Anspruch auf Hauptentschädigung ohne Rücksicht darauf angerechnet, nach welchen Rechtsvorschriften sie gewährt wurden. Sie werden also auch dann angerechnet, wenn sie z. B. aus dem Härtefonds, nach dem Flüchtlingshilfegesetz, nach § 10 des 14. ÄndG LAG oder nach dem Soforthilfegesetz gewährt worden sind. Erst dann entscheidet sich, ob und in welcher Höhe eine etwaige weitere Erfüllung möglich ist.
7. Die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung kann von demjenigen, der für einen Abwesenden die Zuerkennung der Hauptentschädigung nach § 234 Abs. 2 LAG beantragt hat, nicht verlangt werden (§ 251 Abs. 3 LAG).
8. Eine diesem Bescheid vorangegangene Abrechnung von Erfüllungsbeträgen (insbesondere die Aufteilung des Erfüllungsbetrags auf Zinszuschläge und Grundbetrag) wird durch diesen Bescheid nicht berührt.

Je eine Ausfertigung erhalten:

(Dienstsiegel) AUSGLEICHSAMT BERLIN

Im Auftrag

Gstrei l
(Unterschrift)
Vystreil

Beglaubigt
Radeln
Schreibdienstleiterin

19.8.88 Kl.

Nichtzutreffendes streichen

[1]) Der Vordruck ist zu verwenden, wenn auf der Grundlage von Regelbescheiden über die Zuerkennung von Hauptentschädigung für Schäden im Sinne des FG und/oder des BFG (BFG-Schäden nach § 15 a LAG) zu entscheiden ist. Im Personenspiegel dürfen nur solche Personen aufgeführt werden, für die das Antragsrecht bzw. das Verfahren nicht ruht.

[2]) Bei Erbeserben sind die eingetretenen Erbfälle in der Begründung des Bescheids ggf. stufenweise dargestellt.

[3]) Ist der unmittelbar Geschädigte nach dem 31. März 1952 in einem Aussiedlungsgebiet (FG-Schäden nach § 12 Abs. 7 Nr. 1 LAG) bzw. in Mitteldeutschland (BFG-Schäden nach § 15 a Abs. 4 Nr. 1 LAG) verstorben, ist hier nur sein anspruchsberechtigter erster Erbe eingetragen (§ 229 Abs. 1 Satz 2 LAG).

[4]) Mitteldeutschland ist die Umschreibung für das Schadensgebiet des BFG und umfaßt aus der Sicht der unterschiedlichen Schadenszeitpunkte ab Mai 1945 das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den Sowjetsektor von Berlin und für spätere Schäden die Deutsche Demokratische Republik (DDR) und Ost-Berlin.

[5]) Schadensbetrag ist der Betrag, der sich in Anwendung der §§ 242, 243, 245 und 249 a Abs. 4 LAG entweder für Schäden im Sinne des FG allein oder für BFG-Schäden allein ergibt. Gesamter Schadensbetrag ist der Betrag, der sich in Anwendung dieser Vorschriften aus der Zusammenfassung von Schäden im Sinne des FG mit BFG-Schäden ergibt.

[6]) Ist nur auszufüllen, wenn Schäden im Sinne des RepG mit BFG-Schäden zusammentreffen.

[7]) Die Zuerkennung ist in den Fällen, in denen späte Erben infolge derzeitigen Ruhens des Antragsrechts bzw. des Verfahrens ausfallen, nach Maßgabe der Berechnung in den Einlagebogen auf den Betrag begrenzt, der sich für die nicht ausfallenden Erben und ggf. deren entschädigungsberechtigte Erben (Erbeserben) ergibt.

[8]) Für Zeiträume, in denen das Antragsrecht bzw. das Verfahren geruht hat, fallen Zinszuschläge nicht an. Es sind hier die Personen und die auf sie entfallenden anteiligen Grundbetragsteile aus der Tabelle zu Nr. 6 a sowie die darauf bezogenen Ruhenszeiträume kenntlich zu machen.

[9]) Sofern Name oder Anschrift der nicht entschädigungsberechtigten Erben nicht bekannt ist, bedarf es hierüber keiner besonderen Erhebung. Es genügt insoweit eine je nach den bekannten Umständen abgefaßte allgemeine Erklärung vor allem hinsichtlich der insgesamt ausfallenden Anteile.

Anlage — 1 ~~— 1 a — ....~~ zum ~~Bescheid~~ 2. Teilbescheid ~~— Gesamtbescheid —~~ über die Zuerkennung von Hauptentschädigung vom 05.09.1988, Az.: A 10/BF 6541 USA/	**Einlagebogen** **Berechnung des Schadensbetrags und des ~~Endgrundbetrags bzw.~~ Altgrundbetrags für Schäden im Sinne des BFG [1])**

A. Schadensfeststellung nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Wegen der Schadensfeststellung wird auf den Feststellungsbescheid vom 24.06.1988 verwiesen.

B. Berechnung des Schadensbetrags

Für die Berechnung der Hauptentschädigung nach §§ 242, 243, 245 und 249a Abs. 4 LAG werden — alle ~~— die bis zum ....[2]) —~~ entstandenen und nach dem BFG festgestellten Schäden des unmittelbar Geschädigten wie folgt (maßgeblicher Zinszuschlagstermin) in RM zusammengefaßt:

LW = 350,- / RM
GV = 51.900,- / "
GV = 20.700,- / "

1. Schäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen+ Grundvermögen ~~und Betriebsvermögen sowie an Gegenständen der Berufsausübung und der wissenschaftlichen Forschung~~ (Nr. 4a bis d des Feststellungsbescheids) zusammen ..... 72.950,- / RM/~~M-Ost~~
   Erhöhung für Schäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen nach § 245 Nr. 1 LAG (Nr. 4a des Feststellungsbescheids) = 33⅓ v. H. von 350,- / RM/M-Ost + 116,67 / RM/~~M-Ost~~
   zusammen .... 73.066,67 / RM/~~M-Ost~~
   Hiervon ab Verbindlichkeiten nach § 245 Nr. 2 LAG:[3])
   die Hälfte des festgestellten Betrags (Nr. 4a, 4b des Feststellungsbescheids) von .... 35.000,- / RM/~~M-Ost~~ = — 17.500,- / RM/~~M-Ost~~
   bleiben .... 55.566,67 / RM/~~M-Ost~~

2. Schäden an Ansprüchen (Nr. 4e des Feststellungsbescheids) .... RM/M-Ost
   Hiervon ab Sparanlagen (§ 249a Abs. 1 LAG), für die nach Anlage 2 ein Sparerzuschlag zu gewähren ist[4]) .... — .... RM/M-Ost
   bleiben .... RM/M-Ost
   Von diesem Betrag sind anzusetzen
   a) Ansprüche, die in Reichsmark festgestellt und nach § 245 Nr. 5 Buchst. a LAG fiktiv auf M-Ost umzuwerten sind[5])

aa) Guthaben bei Geldinstituten, soweit vor dem 9. Mai 1945 begründet, Guthaben in laufender Rechnung, auch soweit nach dem 8. Mai 1945 begründet, sowie Bausparguthaben	.... RM	mit 10 v.H.	=	.... RM
bb) nach dem 8. Mai 1945 begründete Spareinlage (einschl. Postspareinlagen): für die ersten 100 RM	.... RM	mit 100 v.H.	=	.... RM
übersteigender Betrag bis 1000 RM	.... RM	mit 20 v.H.	=	.... RM
übersteigender Betrag	.... RM	mit 10 v.H.	=	.... RM
Summe	.... RM			
cc) Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen[6])	.... RM	mit 33⅓ v.H.	=	.... RM
dd) Forderungen aus Darlehenshingabe, Auseinandersetzungen, wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen[7]), Hypotheken, Grundpfandrechte	.... RM	mit 100 v.H.	=	.... RM
	.... RM	mit 10 v.H.[8])	=	.... RM
ee) in Wertpapieren verbriefte Forderungen	.... RM	mit 10 v.H.	=	.... RM
	.... RM	mit 100 v.H.[9])	=	.... RM
ff) sonstige privatrechtliche geldwerte Ansprüche[10]) und Ansprüche mit anderen Umwertungsverhältnissen[11])	.... RM	mit ..... v.H.	=	.... RM
	.... RM	mit ..... v.H.	=	.... RM

   b) Ansprüche, die in M-Ost festgestellt worden sind, nach § 245 Nr. 5 Buchst. b LAG voll mit .... M-Ost
   insgesamt anzusetzen (a und b) .... RM/M-Ost = + ... RM/M-Ost

3. Schäden an Anteilen an Kapitalgesellschaften, an Geschäftsguthaben bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, an Gewerbeberechtigungen, an nach der Wegnahme verwerteten Urheberrechten u. ä. (Nr. 4f bis h des Feststellungsbescheids) + ... RM/M-Ost
   Summe .... 55.566,67 / RM/~~M-Ost~~

4. Hiervon ab nach § 6 Abs. 2 der 11. LeistungsDV-LA der in die freie Verfügung des Verfolgten oder seines Erben gelangte Kaufpreis (Nr. 6a des Feststellungsbescheids)[12]) ..... — 15.008,33 / RM
   (1.008,33 + 14.000,-)
   Schadensbetrag nach dem LAG für BFG-Schäden .... 40.558,34 / RM

Nichtzutreffendes streichen

[1]) Der Vordruck ist für die Fälle zu verwenden, in denen Hauptentschädigung für BFG-Schäden (§ 15a LAG) auf der Grundlage von Regelbescheiden zu berechnen ist, ohne daß Schäden im Sinne des FG oder des RepG festgestellt sind oder (gleichzeitig) festgestellt werden können.

[2]) Wegen der stufenweisen Berechnung bei unterschiedlichen Zinszuschlagsterminen vgl. Nr. 4 Abs. 2 und 3 des 28. ÄndG-Rundschreibens.

[3]) Die Kürzung ist auf den sich für die einzelne wirtschaftliche Einheit ergebenden Schaden begrenzt (Nr. 4 Buchst. c Abs. 2 und Buchst. d Abs. 8 HE-SRdschr.).

[4]) Bei Anwendung des § 249a Abs. 4 LAG (Nr. 15 Buchst. i HE-SRdschr.) ist die Summe der festgestellten Schäden an Sparanlagen hier nicht abgezogen, sondern nachstehend aufgegliedert enthalten.

[5]) Nach § 245 Nr. 5 LAG sind Schäden an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen, die auf RM gelautet haben, mit demjenigen Betrag anzusetzen, mit dem diese Schäden auf Deutsche Mark der Deutschen Notenbank umzuwerten gewesen wären.

[6]) Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen sind im Verhältnis 3:1 anzusetzen, und zwar auch dann, wenn es sich um vor dem Währungsstichtag entstandene Forderungen aus bereits fälligen Lebensversicherungen (Guthaben bei Versicherungsunternehmen) handelt.

[7]) Hierzu gehören auch die im Verhältnis 1:1 anzusetzenden Altenteilsansprüche, Wohnrechte und sonstigen Ansprüche auf Sachleistungen.

[8]) Bei einem in Mitteldeutschland dinglich gesicherten Anspruch und (Wohn-)Sitz des Schuldners außerhalb dieses Gebiets ist von einem Umwertungsverhältnis von 10:1 auszugehen. Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen und Nutzungen sind im Verhältnis 1:1 anzusetzen, und zwar auch dann, wenn der Schuldner seinen (Wohn-)Sitz im Zeitpunkt der Währungsreform außerhalb des Schadensgebiets hatte.

Vordruck BAA 10/64—75

Mat. 6081. A 3/4.

C. Berechnung des ~~Endgrundbetrags bzw.~~ Altgrundbetrags

5. Nach dem Schadensbetrag (Abschnitt B) wird der unmittelbar Geschädigte in die Schadensgruppe 18 eingestuft.

Ausgangsgrundbetrag nach § 246 LAG — ohne Erhöhungsbetrag ~~mit Erhöhungsbetrag [13]~~ .... 16.650,– DM

6. **Kürzung des Grundbetrags nach § 249 Abs. 1 LAG**

Vermögen am Währungsstichtag oder früheren Todestag [14])	32.600,– DM		
Hiervon ab 40 v. H.	– 13.040,– DM		
Endvermögen	14.560,– DM		
zuzüglich Ausgangsgrundbetrag (Nr. 5)	+ 16.650,– DM	= 36.210,– DM	
Vermögen am Währungsstichtag oder früheren Todestag	32.600,– DM		
zuzüglich Schadensbetrag nach Nr. 4	+ 40.558,34 RM		
[15])	+ — DM		
Anfangsvermögen	73.158,34 DM : 2 =	– 36.579,17 DM	
Kürzungsbetrag		0,– DM	
höchstens jedoch 50 v. H. des Vermögens am Währungsstichtag oder früheren Todestag		— DM	– 0,– DM
		bleiben	16.650,– DM

7. **Kürzung des Grundbetrags nach § 249 Abs. 2 LAG**

	Betrag in RM	umgerechnet auf DM	
Innerdeutsche Entschädigungszahlungen für nach dem BFG festgestellte Schäden		DM	
aus solchen Entschädigungszahlungen wiederbeschaffte Wirtschaftsgüter, die durch Kriegsereignisse einschl. BFG-Schäden erneut verlorengegangen sind		– DM	
	bleiben	DM	
Höchstbetrag der Kürzung:			
Ausgangsgrundbetrag (Nr. 5)	DM		– DM
Ausgangsgrundbetrag ohne Berücksichtigung der teilentschädigten Schäden	– DM	= DM	
		verbleibender Grundbetrag	DM

8. **Teilung des Grundbetrags in Erbfällen nach § 247 LAG**

Der im Bescheid unter II Genannte ist — Erbe (weiterer Erbe) des vor dem 1. April 1952 — — Erbe des nach dem 31. März 1952 in Mitteldeutschland (§ 15 a Abs. 4 Nr. 1 LAG) — verstorbenen unmittelbar Geschädigten. Daraus ergibt sich, bezogen auf den unmittelbar Geschädigten, ein Anteil von ...., so daß von dem Grundbetrag nach Nr. 7 auf ihn entfallen .... DM

9. **Zuschlag zum Grundbetrag nach § 248 LAG** *entfällt*

Entwurzelungszuschlag für Geschädigte (§ 229 LAG), die anerkannte Sowjetzonenflüchtlinge, Heimatvertriebene oder bis zum 1. April 1952 evakuierte Kriegssachgeschädigte mit Kriegssachschäden im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ohne neue angemessene Lebensgrundlage sind (10 v. H.) .. + DM

Summe .... DM

10. **Sparerzuschlag nach § 249 a LAG** nach der Berechnung in Anlage 2 (in Erbfällen: Anteil wie in Nr. 8) .... + DM

Summe .... DM

11. **Verminderung des Grundbetrags nach § 249 Abs. 3 Satz 2 LAG [16])** um das 35fache des erlassenen Vierteljahresbetrags der Vermögensabgabe nach § 55 a Abs. 2 LAG = 35 × .... DM = – DM

bleiben .... DM

12. **Kürzung des Grundbetrags in Kaufpreisfällen [17])**

Grundbetrag nach Nr. 11 .... DM

Hiervon ab Grundbetrag, der sich unter Berücksichtigung des Werts des erworbenen Wirtschaftsguts nach Nr. 11 des beigefügten weiteren Einlagebogens BAA 10/64 ergibt (Anlage 1..) — .... DM – DM

bleiben .... 16.650,– DM

13. **Aufgerundet auf volle 10 DM nach § 250 Abs. 2 LAG** .... 16.650,– DM

14. **Abzüge [18])** nach ~~§ 250 Abs. 2 Satz 2 LAG~~ § 6 Abs. 4 der 11. Leistungs-DV-LA ~~Nr. 16 Buchst. c HE Sammelrundschreiben~~ für

Transferentschädigung 2.916,90 DM

Höchstbetrag der Kürzung:

Verbleibender Grundbetrag nach Nr. 13 .... 16.650,– DM

Hiervon ab verbleibender Grundbetrag nach Nr. 13 des beigefügten weiteren Einlagebogens BAA 10/64 ohne Berücksichtigung der (teil)entschädigten Wirtschaftsgüter *(Anlage 1a)* – 7.180,– DM = 9.470,– DM – 2.916,90 DM

~~Rechnerischer Endgrundbetrag~~ Altgrundbetrag — der Hauptentschädigung für BFG-Schäden 13.733,10 DM

---

[15]) Kommt im allgemeinen nur bei nach dem 8. Mai 1945 neu ausgegebenen Schuldverschreibungen von Gebietskörperschaften in Betracht.

[16]) Hier sind in den Fällen des § 249 a Abs. 4 LAG auch Kaufpreisschäden (§ 15 a Abs. 3 Nr. 1 LAG, § 8 der 11. LeistungsDV-LA) einzutragen. Für diese ist grundsätzlich das Umwertungsverhältnis 100:10 maßgebend; vgl. im übrigen Fußnote 11.

[17]) Schäden an Ansprüchen und Kaufpreisschäden in fremder Währung sind hier mit dem maßgebenden v. H.-Satz nach der 19. LeistungsDV-LA einzutragen.

[18]) Ist der in die freie Verfügung gelangte Kaufpreis höher als der sich für das einzelne Wirtschaftsgut (wirtschaftliche Einheit) ergebende Schadensbetrag nach § 245 Nr. 1, 2, 5 LAG, darf der Kaufpreis nur in Höhe dieses Schadensbetrags abgesetzt werden.

Vordruck BAA 10/64—75

Übertrag: .... DM

15. Von dem rechnerischen Endgrundbetrag bzw. Altgrundbetrag nach Nr. 14 sind infolge derzeitigen **Ruhens** des Antragsrechts bzw. des Verfahrens für späte Erben (Erbeserben) des unmittelbar Geschädigten (I des Bescheids) bzw. des Anspruchsberechtigten (II des Bescheids) nach Nr. 9 b des Bescheids entsprechend einem ausfallenden Anteil (Bruchteil) von .... insgesamt abzusetzen .... — .... DM

zuerkennungsfähiger — anteiliger — Endgrundbetrag bzw. Altgrundbetrag der Hauptentschädigung für BFG-Schäden .... DM

D. Verzinsungsbeginn [2])

16. Für die nachfolgende Aufteilung werden die Schäden zugrunde gelegt, für die in Abschnitt B der Schadensbetrag und ggf. in Nr. 10 der Sparerzuschlag berechnet worden ist.

a) Endgrundbetrag bzw. Altgrundbetrag der Hauptentschädigung nach Nr. 14 oder Nr. 15 .... DM

b) Davon ab für im Schadensbetrag enthaltene bzw. beim Sparerzuschlag berücksichtigte Schäden [19]), die nach dem Ergebnis der Schadensfeststellung nach dem BFG bereits mit früherem Verzinsungsbeginn angesetzt sind, ein rechnerischer Endgrundbetrag bzw. Altgrundbetrag (Betrag nach Nr. 14 oder Nr. 15 der Anlage 1 a — ...... — zum Bescheid vom ....) von .... — .... DM

c) Es verbleibt als Unterschiedsbetrag für die im Schadensbetrag enthaltenen bzw. beim Sparerzuschlag berücksichtigten Schäden mit späterem Verzinsungsbeginn ein anteiliger Endgrundbetrag (ggf. einschl. Erhöhungsbetrag) bzw. Altgrundbetrag von .... DM

17. Der **Zinszuschlag** ist nach § 250 Abs. 3 bis 6 LAG zu berechnen [20])

a) **ab 1. Januar 1953:** für einen — Teil des — Endgrundbetrag(s) — Altgrundbetrag(s) — nach Nr. 14 oder Nr. 15 — der Anlage .... — — zum Bescheid vom .... — von .... DM

b) ab ....: für einen — Teil des — Endgrundbetrag(s) — Altgrundbetrag(s) — nach Nr. 14 oder Nr. 15 - gemäß Nr. 16 c - der Anlage .... - — zum Bescheid vom .... — von .... DM

c) ab ....: für einen Teil des — Endgrundbetrags — Altgrundbetrags — gemäß Nr. 16 c — der Anlage .... — — zum Bescheid vom .... — von .... DM

d) ab ....: für einen Teil des — Endgrundbetrags — Altgrundbetrags — gemäß Nr. 16 c — der Anlage .... — — zum Bescheid vom .... — von .... DM

e) ab ....: für einen Teil des — Endgrundbetrags — Altgrundbetrags — gemäß Nr. 16 c — der Anlage .... — — zum Bescheid vom .... — von .... DM

---

[13]) Im Ausgangsgrundbetrag ist der Erhöhungsbetrag dann mitenthalten, wenn bei der Berechnung des Endgrundbetrags Schäden mit frühestem Verzinsungsbeginn 1. Januar 1967 berücksichtigt sind und deshalb eine Aufspaltung in Altgrundbetrag und Mehrgrundbetrag entbehrlich ist. Dies betrifft Schäden, die entweder ausschließlich nach dem 31. Dezember 1966 oder zwischen dem 1. Januar 1953 und dem 31. Dezember 1966, insoweit jedoch mit gerafftem Verzinsungsbeginn 1. Januar 1967, eingetreten sind.

[14]) Soweit eine Kürzung in Betracht kommt, ist die Zusammensetzung des Vermögens ggf. in der Begründung des Bescheids darzustellen. Vermögen in Mitteldeutschland ist mit dem Wert angesetzt, der sich aus § 1 Abs. 4 der 9. LeistungsDV-LA ergibt. Sind Schäden im Sinne des BFG ganz oder teilweise erst nach dem Währungsstichtag eingetreten, ist bereits nach § 249 Abs. 1 Satz 5 LAG das um diese Schäden gekürzte Vermögen eingetragen.

[15]) Ist gemäß Fußnote 13 der Erhöhungsbetrag berücksichtigt, muß hier der doppelte Erhöhungsbetrag aus der Tabelle des § 246 Abs. 2 LAG eingetragen sein.

[16]) Kommt in aller Regel nur in Betracht, wenn der unmittelbar Geschädigte

a) noch lebt oder nach dem 31. Dezember 1966 verstorben ist und die Voraussetzungen des § 55 a Abs. 2 LAG (Sowjetzonenflüchtling) in seiner Person erfüllt hat oder

b) vor dem 1. Januar 1967 verstorben ist und mindestens einer der am 1. Januar 1967 vorhandenen Erben als Sowjetzonenflüchtling erlaßberechtigt ist. Sind nicht alle Erben erlaßberechtigt, ist der auf die erlaßberechtigten späten Erben entfallende Anteil am Grundbetrag abzuspalten und um den anteiligen Erlaßbetrag zu vermindern; mit der Abspaltung beginnt eine Zusatzrechnung, die bis zum anteiligen Endgrundbetrag fortzurechnen ist (vgl. im übrigen § 3 a der 9. LeistungsDV-LA).

Einzelheiten der Berechnung des Minderungsbetrags sind ggf. in der Begründung des Bescheids darzustellen.

[17]) Nach § 250 Abs. 1 Satz 2 LAG bzw. § 8 Abs. 3 der 11. LeistungsDV-LA ist der unter Einbeziehung der Kaufpreisschäden errechnete Grundbetrag insoweit zu kürzen, als er den Grundbetrag übersteigt, der sich bei Berücksichtigung des Werts der erworbenen bzw. entzogenen Wirtschaftsgüter ergeben würde.

[18]) Der Abzug ist auf den Unterschiedsbetrag beschränkt, der sich aus dem auf BFG-Schäden entfallenden Endgrundbetrag für alle Wirtschaftsgüter und dem Endgrundbetrag für die nicht (teil-)entschädigten Wirtschaftsgüter ergibt. Die insoweit erforderliche Kontrollrechnung ist auf einem zu diesem Zweck besonders zu kennzeichnenden Einlagebogen BAA 10/64 (und ggf. Einlagebogen BAA 10/66) durchzuführen, deren Ergebnis in diesen Einlagebogen zu übernehmen ist. Der Kontrollbogen ist in Kürzungsfällen dem Zuerkennungsbescheid beizufügen. In den seltenen Fällen der Nr. 16 Buchst. c Abs. 3 HE-Sammelrundschreiben (§ 349 a Abs. 4 LAG) ist die Entschädigung nach dem ASpG jedoch stets voll abzusetzen. Bezüglich der Vergleichsrechnung wegen Beträgen aus der Erfüllung von Ansprüchen oder der Verteilung von Überschüssen nach dem WAbwG (§ 250 Abs. 2 Nr. 3 LAG) wird auf Nr. 8 WAbwG-Rundschreiben verwiesen.

[19]) Beim Abzug sind alle Schäden zu berücksichtigen, für die ein Endgrundbetrag bzw. Altgrundbetrag bereits auf vorausgegangenen Einlagebogen berechnet ist.

[20]) Ist ein Endgrundbetrag bzw. Altgrundbetrag nur mit Verzinsungsbeginn ab 1. Januar 1953 zuzuerkennen, so ist nur Nr. 17 a ausgefüllt. Der Verzinsungsbeginn für wegen unterschiedlicher Zinszuschlagstermine stufenweise berechnete Endgrundbetragsteile (Unterschiedsbetrag in Nr. 16 c der jeweiligen Einlagebogen) ist mit den dazu gehörenden Endgrundbetragsteilen in den jeweils anschließenden Einlagebogen stets zu wiederholen. Für Zinszeiträume, in denen das Antragsrecht bzw. das Verfahren geruht hat, fallen Zinszuschläge nicht an.

Anlage — 1 b — ~~.....~~
zum ~~Bescheid~~ 2. Teilbescheid ~~Gesamtbescheid~~
über die Zuerkennung von Hauptentschädigung

vom 05.09.1988 Az.: II/01 BF 6541 USA

Einlagebogen
Berechnung des Endgrundbetrags einschließlich des Mehrgrundbetrags für Schäden im Sinne des BFG [1]

A. Schadensfeststellung nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Wegen der Schadensfeststellung wird auf den Feststellungsbescheid vom - siehe Anlage 1 - verwiesen.

B. Berechnung des Schadensbetrags

1. Hinsichtlich der Zusammenfassung der nach dem BFG festgestellten Schäden [1]) des unmittelbar Geschädigten für die Berechnung der Hauptentschädigung nach §§ 242, 243, 245 und § 249 a Abs. 4 LAG wird auf Abschnitt B der Anlage 1 ... — (vgl. Anlage zum Bescheid über die Zuerkennung von Hauptentschädigung vom gleichen Tage) — verwiesen.

Der hieraus sich ergebende Schadensbetrag von .... 40.558,34 RM
wird der Berechnung des Endgrundbetrags und des darin enthaltenen Mehrgrundbetrags (19. ÄndG LAG) nach Abschnitt C — unverändert ~~— unter Einbeziehung der Schäden an Sparanlagen [2]) erhöht um die Summe aus Anlage 2 (Einlagebogen BAA 10/66) von ...... RM auf ...... RM —~~
— zugrundegelegt —.

C. Berechnung des Endgrundbetrags und des darin enthaltenen Mehrgrundbetrags

2. Nach dem Schadensbetrag (Abschnitt B) wird der unmittelbar Geschädigte in die Schadensgruppe ...... 18 eingestuft.

Ausgangsgrundbetrag nach § 246 LAG (19. ÄndG LAG) mithin .... 18.250,- DM

3. **Kürzung des Grundbetrags nach § 249 Abs. 1 LAG**

Vermögen am Währungsstichtag oder früheren Todestag [2])	32.600,- DM		
Hiervon ab 40 v. H.	— 13.040,- DM		
Endvermögen	19.560,- DM		
zuzüglich Ausgangsgrundbetrag (Nr. 2)	+ 18.250,- DM	= 37.810,- DM	
Vermögen am Währungsstichtag oder früheren Todestag	32.600,- DM		
zuzüglich Schadensbetrag (Nr. 1)	+ 40.558,34 RM		
zuzüglich doppelter Erhöhungsbetrag nach § 246 Abs. 2 LAG	+ 3.200,- DM		
Anfangsvermögen	76.358,34 DM : 2 =	— 38.179,17 DM	
Kürzungsbetrag		0,- DM	
höchstens jedoch 50 v. H. des Vermögens am Währungsstichtag oder früheren Todestag		— DM	— 0,- DM
		bleiben	18.250,- DM

4. **Kürzung des Grundbetrags nach § 249 Abs. 2 LAG**

	Betrag in RM	umgerechnet auf DM	
Innerdeutsche Entschädigungszahlungen für nach dem BFG festgestellte Schäden	......	...... DM	
aus solchen Entschädigungszahlungen wiederbeschaffte Wirtschaftsgüter, die durch Kriegsereignisse einschl. BFG-Schäden erneut verlorengegangen sind	......	— ...... DM	
	bleiben	...... DM	
Höchstbetrag der Kürzung:			
Ausgangsgrundbetrag (Nr. 2)	...... DM		— — DM
Ausgangsgrundbetrag ohne Berücksichtigung der teilentschädigten Schäden	— ...... DM	= ...... DM	
		verbleibender Grundbetrag	18.250,- DM

5. **Teilung des Grundbetrags in Erbfällen nach § 247 LAG**

Der im Bescheid unter II Genannte ist — Erbe (weiterer Erbe) des vor dem 1. April 1952 — — Erbe des nach dem 31. März 1952 in Mitteldeutschland (§ 15 a Abs. 4 Nr. 1 LAG) — verstorbenen unmittelbar Geschädigten. Daraus ergibt sich, bezogen auf den unmittelbar Geschädigten, ein Anteil von ......, so daß von dem Grundbetrag nach Nr. 4 auf ihn entfallen — DM

Nichtzutreffendes streichen

[1]) Der Vordruck ist für Fälle zu verwenden, in denen ein Mehrgrundbetrag der Hauptentschädigung für BFG-Schäden (§ 15 a LAG) auf der Grundlage von Regelbescheiden zu berechnen ist, ohne daß Schäden im Sinne des FG oder des RepG festgestellt worden sind oder (gleichzeitig) festgestellt werden können. Der Vordruck wird nur verwendet, wenn für den Altgrundbetrag oder einen Teil des Altgrundbetrags die Verzinsung vor dem 1. Januar 1967 beginnt. Dementsprechend werden in Nr. 1, wenn Teile des Grundbetrags später als 1966 zu verzinsen sind, der Berechnung des Mehrgrundbetrags nur die Teile des Schadensbetrags zugrundegelegt, die bei der Altgrundbetragsberechnung für frühere Zinstermine angesetzt sind. Für Teile des Grundbetrags mit Zinsterminen ab 1967 entfällt die Verwendung dieses Vordrucks.

Vordruck BAA 10/64 a—75

Mat. 6880. A 4. 5000. 7. 76

Übertrag: 18.250,– DM

6. **Zuschlag zum Grundbetrag nach § 248 LAG**
Entwurzelungszuschlag für Geschädigte (§ 229 LAG), die anerkannte Sowjetzonenflüchtlinge, Heimatvertriebene oder bis zum 1. April 1952 evakuierte Kriegssachgeschädigte mit Kriegssachschäden im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ohne neue angemessene Lebensgrundlage sind (10 v. H.) .. + ... DM

Summe .... DM

7. **Sparerzuschlag nach § 249 a LAG**[2]) nach der Berechnung in Anlage 2 (in Erbfällen: Anteil wie in Nr. 5) .... + ... DM

Summe .... DM

8. **Verminderung des Grundbetrags nach § 249 Abs. 3 Satz 2 LAG**[4]) um das 35fache des erlassenen Vierteljahresbetrags der Vermögensabgabe nach § 55 a Abs. 2 LAG = 35 × .... DM = – .... DM

bleiben .... DM

9. **Kürzung des Grundbetrags in Kaufpreisfällen**[5])
Grundbetrag nach Nr. 8 .... DM

Hiervon ab Grundbetrag, der sich unter Berücksichtigung des Werts von erworbenen Wirtschaftsguts nach Nr. 8 des beigefügten weiteren Einlagebogens BAA 10/64 a ergibt (Anlage 1) .... – .... DM – .... DM

bleiben .... 18.250,– DM

10. **Aufgerundet** auf volle 10,– DM nach § 250 Abs. 2 LAG .... 18.250,– DM

11. **Abzüge**[6]) nach ~~§ 250 Abs. 2 Satz 2 LAG~~ § 6 Abs. 4 der 11. Leistungs-DV-LA ~~Nr. 16 Buchst. c HE Sammelrundschreiben~~ für
Transportentschädigung .... 2.916,90 DM

Höchstbetrag der Kürzung:
Verbleibender Grundbetrag nach Nr. 10 .... 18.250,– DM
Hiervon ab verbleibender Grundbetrag nach Nr. 10 des beigefügten weiteren Einlagebogens BAA 10/64 a ohne Berücksichtigung der (~~[illegible]~~)entschädigten Wirtschaftsgüter (Anlage 1 z) .... – 8.530,– DM = 9.720,– DM – 2.916,90 DM

12. ~~Rechnerischer~~ **Endgrundbetrag** der Hauptentschädigung für BFG-Schäden nach § 250 Abs. 6 LAG **15.333,10 DM**

Darin enthaltener ~~rechnerischer~~ **Altgrundbetrag** nach Anlage 1 ..... (vgl. Nr. 1) .... – 13.733,10 DM

~~Rechnerischer~~ **Mehrgrundbetrag der Hauptentschädigung für BFG-Schäden nach § 250 Abs. 6 LAG** .... **1.600,– DM**

~~13. Von dem rechnerischen Mehrgrundbetrag nach Nr. 12 sind infolge derzeitigen Ruhens des Antragsrechts bzw. des Verfahrens für späte Erben (Erbeserben) des unmittelbar Geschädigten (I des Bescheids) bzw. des Anspruchsberechtigten (II des Bescheids) nach Nr. 9 b des Bescheids entsprechend einem ausfallenden Anteil (Bruchteil) von .... insgesamt abzusetzen .... – .... DM~~

~~**zuerkennungsfähiger Mehrgrundbetrag der Hauptentschädigung für BFG-Schäden nach § 250 Abs. 6 LAG** .... DM~~

D. Verzinsungsbeginn

14. Für den in Nr. 12 ~~oder Nr. 13~~ ermittelten Mehrgrundbetrag wird der **Zinszuschlag** nach § 250 Abs. 6 LAG **ab 1. Januar 1967** berechnet.

---

[2]) Ist im Altgrundbetragsraum für Schäden an Sparanlagen ein Sparerzuschlag nach § 249 a Abs. 1 bis 3 LAG gewährt worden und wirkt sich bei der Berechnung des Mehrgrundbetrags die Anwendung des § 249 a Abs. 4 LAG insgesamt günstiger aus, müssen entsprechend dem Umwertungsverhältnis in Nr. 1 Spalte 3 des Einlagebogens BAA 10/66 für den Altgrundbetrag die Schäden an Sparanlagen hier nachträglich zugerechnet werden, doch darf dann in Nr. 7 kein Sparerzuschlag angesetzt werden. Ist umgekehrt die Berechnung des Sparerzuschlags nach § 249 a Abs. 1 bis 3 LAG günstiger als die Anwendung des § 249 a Abs. 4 LAG, ist bei gleichzeitiger Abänderung des Textes ein entsprechender Abzug vorzunehmen und in Nr. 7 der Sparerzuschlag anzusetzen.

[3]) Der Vermögensansatz ist aus Nr. 6 des Einlagebogens BAA 10/64 übernommen.

[4]) Der Minderungsbetrag ist aus Nr. 11 des Einlagebogens BAA 10/64 übernommen.

[5]) Nach § 250 Abs. 1 Satz 2 LAG bzw. § 8 Abs. 3 der 11. LeistungsDV-LA ist der unter Einbeziehung der Kaufpreisschäden errechnete Grundbetrag insoweit zu kürzen, als er den Grundbetrag übersteigt, der sich bei Berücksichtigung des Werts der erworbenen bzw. entzogenen Wirtschaftsgüter ergeben würde.

[6]) Aus Nr. 14 des Einlagebogens BAA 10/64 sind die Abzugsbeträge in ungekürzter Höhe übernommen; ggf. ist eine weitere Kontrollrechnung entsprechend Fußnote 18 des Einlagebogens BAA 10/64 vorzunehmen.

1. Oktober, 1980

Sehr geehrte Herren: NEUE ADRESSE: 612-D Sutton Apts. Collingswood, NJ 081 7

Im Nachgang zu meinem Schreiben v. 30/9 möchte ich Ihnen heute in Zusammenhang m. Ihrem Treffen v. 9/15 mit Herrn Wellemin die beigelegten Dokumente schikken und zunächst nur auf die dringendsten Punkte zurückkommen.

Falls Herr Wellemin Sie recht verstanden hat, waren Sie der Ansicht, dass keines der Anträge für Gotha (aus den Jahren 71/72) die erste der 3 Stufen passiert hätte. Dagegen darf ich darauf hinweisen, dass eines der Objekte (vielleicht Friedrichstr. 19, aber ich kann das nur ahnen, mangels Unterlagen) an zwei von den 3 Erbgruppen nach Julius Simeon, Dr. in zwei Teilen liquidiert worden ist. Meine Schwägerin und ich haben bisher nur die erste Rate erhalten, aber der ganze Vorgang scheint mir ein Beweis, dass zumindest dieses Objekt alle 3 Stufen erreicht hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich annehmen, dass die ausstehende zweite Zahlung fuer dieses Objekt an die Erben nach Margarete Ruppel ein logischer Ausgangspunkt fuer die Verhandlungen unseres Anteils sein sollte. Warum das Ausgleichsamt am 8. Juli sich vor all diesen Anträgen auf den Bruchteil von einem einzelnen konzentriert, ist mir unklar, da ich die Daten Ihrer Anfrage v. 9.1.80-wb/di, nicht kenne, auf den sich diese Antwort bezieht. Es handelt sich dabei um das Instrumentarium und das Mobiliar meines Vaters, dass gem. der Fussnote n. Briefes an Dr. Landsberger v. 21.2.72 sich auf etwa M 200.- belaufen wuerde. Wie die Korrespondenz von 29.7.71 bis 21.2.72 sowie der offizielle Antrag mit Einlage (in Beiblatt) "Anlage zu Nr. 1, 5c und 7" zeigen, war dieser Punkt mit Dr. L. ad nauseam diskutiert. In den inzwischen vergangenen 9 Jahren sind natürlich keine weiteren Beweismittel erschienen, aber so etwa alle anderen Zeugen sind inzwischen verstorben. Falls keine Gefahr besteht, dadurch einen Präzedenzfall zu schaffen, nach dem das Ausgleichsamt eine weitere Papierflut auch für die übrigen, viel grösseren Objekte entfesseln sollte, wäre ich gern bereit, auf diesen Bruchteil des Klinikantrags zu verzichten, und ich bin überzeugt, dass meine Schwägerin sich mir völlig anschliessen wird, falls Sie uns versichern können, dass der von mir gefürchtete Präzedenzfall nicht eintreten wird und die anderen Objekte (, die übrigens in der beigelegten Entscheidung der Foreign Claims Settlement Commission sehr präzis gemäss unserer 1971/72 Anträge und Beweisblätter aufgezählt sind) davon nicht betroffen werden sondern unbehindert weitergeführt werden können. Falls das zutrifft, würde ich gern in Übereinstimmung mit meiner Schwägerin auf diese M 200.- verzichten und Ihnen einen entsprechenden Brief schreiben als Beantwortung Ihres Schreibens v. 11. Juni.

Der Grund für meine Übersendung des Entscheids der Foreign Claims Settlement Commission (mit der endgültigen Postkarte v. 8.7. auf Seite 3) ist Ihre Bemerkung an Herrn Wellemin, dass es wichtig ist nachzuweisen, dass keine weiteren Behörden an unserem Wiedergutmachungsverfahren beteiligt sind. Ich nahm bisher an, dass Berlin, das angeblich sehr nahe mit Washington arbeitet, vom Inhalt des Schreibens, der Ablehnung unseres Falls in Washington, benachrichtigt war und Sie dadurch auch davon informiert waren.

Wegen meiner Sozialrente habe ich nochmals mit dem hiesigen Vertreter des Senators gesprochen und eine (beinahe bindende) Zusage erhalten, dass sie alles tun werden, den Summary of Record Coverage Record vor Mitte Oktober zu erhalten. Bis dahin habe ich wohl Ihre Antwort auf mein gestriges Schreiben, und falls sie positiv ist, werde ich die drei Unterlagen gemaess Ihrem Brief v. 23.6.80 sofort an Sie schicken. Bitte sehen Sie, dass ich gegebenenfalls das erforderliche Antragsformular oder eine geeignete Vollmacht für Sie zu meiner Unterzeichnung bis dahin hier habe, sodass wir keine weitere Zeit durch dieses Erfordernis verlieren.

Meine Fragen waehrend des letzten Jahres haben sich in Hinsicht auf die Stelle in Washington durch die Beilage erledigt; den Rest werde ich in einem baldigen Schreiben decken. und in der Hoffnung bei Mitte Oktober über die Rentenfrage im klaren zu sein Mit freundlichen Grüssen Ihr

(Jack Ruppel)

/Beilage

This is of no import to the Hess brand

This refers solely to Jack's pension

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
TELEFON (030) 8817078

16. Dez. 1988
wb/b

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood

N. J. 08107
U S A

Frau
Ilse Ruppel
423 Buffington Rd

Syracuse N. Y.
U S A

Betr.: Schadenfeststellung nach Frau Magarete Ruppel

Sehr geehrte Frau Ruppel,
sehr geehrter Herr Ruppel!

Das Ausgleichsamt Berlin hat inzwischen Hauptentschädigung in Höhe von DM 25.110,40 an mich überwiesen, wovon jeweils DM 12.555,20 auf Sie entfallen.

Ich erlaube mir, für meine Bemühungen jeweils einen Betrag von DM 1.255,-- in Rechnung zu stellen und von dem Entschädigungsbetrag einzubehalten.

Ich habe die Überweisung der Ihnen zustehenden Beträge mittels DM-Scheck veranlaßt.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 11. Juli 1980
TELEFON (030) 8817078
wb/di

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Frau
Ilse Ruppel
423 Buffington Rd.

Syracuse N. Y./USA

Herrn
Jack A. Ruppel
Elkins Park, Pa. 19117

7753 Washington Lane/USA

Betr.: abschließende Schadensfeststellung nach
Margarete Ruppel

Sehr geehrte Frau Ruppel!
Sehr geehrter Herr Ruooel!

In obiger Sache hatte ich das Ausgleichsamt Berlin mit Schreiben vom 9.6.1980 um Mitteilung gebeten, was der abschließenden Schadensfeststellung noch entgegensteht. Ein Teilbescheid war bekanntlich bereits am 21.1.1977 ergangen. Aufgrund dieses Teilbescheides waren 4.783,16 DM zur Verfügung gestellt worden. Ich verweise insoweit auf mein Schreiben vom 16.8.1979.

Ich übermittle Ihnen nunmehr jeweils eine Fotokopie des Schreibens des Ausgleichsamtes Berlin vom 2.7.1980 mit der Bitte, die beigefügten Formulare auszufüllen, zu unterzeichnen und mir möglichst schnell zuzuleiten.

Mit freundlichem Gruß

[signature]

Rechtsanwalt

Ausgleichsamt Berlin

BERLIN

-8. Juli 1980

Ausgleichsamt Berlin, Hohenzollerndamm 177, D-1000 Berlin 31 (nur Postanschrift)

Dienstgebäude
1 Berlin 33 (Dahlem)
Königin-Luise-Str. [illegible]

Herrn
Rechtsanwalt und Notar
Hans-Joachim Horn
Schlüterstr. 53

1ooo Berlin 12

Geschäftszeichen (bitte immer angeben), Bearbeiter		Zimmer	Fernsprecher	Datum
E 131 - A 1o/ BF 6541 USA	Herr Wenzel	67	8 32 6o 61 App. 67	o2. Juli 198o

Betr.: Schadensfeststellung nach dem BFG für die Erben nach Margarete Ruppel geb. Simson
Vorg.: Ihr Schreiben vom o9. Juni 198o - wb/di

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Wir bestätigen den Eingang Ihres o.a. Schreibens und teilen folgendes mit:

Nach den Antragsangaben ist die augenärztliche Praxis seit ca. 1931 verpachtet gewesen. Das Instrumentarium sowie die Bibliothek sollen von dem Pächter ohne Übereignung zu dessen neuen Wohnort verbracht worden sein. Eine Aufstellung der Sachwerte liegt nicht vor.

Wir bitten hinsichtlich des Betriebsvermögensverlustes um weitere Sachaufklärung und die beiliegenden Vordrucke BAA 18/4 ausgefüllt und unterschrieben wieder zurückzusenden.

Die zuständige Auskunftstelle ist zwecks gutachtlicher Stellungnahme eingeschaltet worden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag
Wenzel
Wenzel

Sprechzeiten
Montag, Dienstag, Freitag
von 9 bis 12 Uhr
und nach Vereinbarung

Verkehrsverbindungen
[illegible]
[illegible] Dorf

A 10 / BF 654.144 SM

FG/BFG/RepG
Beiblatt Verfolgungsschäden

Beiblatt

zum Antrag des/der Ruppel, Jack
(Name, Vorname, bei Frauen auch Geburtsname des Antragstellers)

wohnhaft in
(ggf. Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer, Kreis, Land)

Verfolgter: Ruppel, Margarete geb. Simson
(wenn nicht personengleich mit dem Antragsteller) (Name, Vorname, bei Frauen auch Geburtsname)

wohnhaft zuletzt in
(ggf. Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer, Kreis, Land)

auf
Schadensfeststellung nach dem Feststellungsgesetz (FG),
nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) bzw.
auf Entschädigung nach dem Reparationsschädengesetz (RepG)

Verfolgungsschäden
in den deutschen Ostgebieten, im Ausland oder in Mitteldeutschland

(Dieses Beiblatt ist für jedes entzogene Wirtschaftsgut bzw. für jede wirtschaftliche Einheit – auch für entzogene Teile einer wirtschaftlichen Einheit – auszufüllen und neben dem entsprechenden Beiblatt Landwirtschaft – Formblatt LA 2a bzw. Vordruck BAA 10/30a –, Grundvermögen – Formblatt LA 2b bzw. Vordruck BAA 10/30b –, Betriebsvermögen – Formblatt LA 2c bzw. Vordruck BAA 10/30c –, Ansprüche und Anteilsrechte – Vordruck BAA 2e bzw. BAA 10/30e –, Übriges Vermögen – Vordruck BAA 2g bzw. BAA 10/30g – oder Hausrat – Vordruck BAA 2h bzw. BAA 10/30h oder BAA 17/19 – dem Antrag beizufügen. Beziehen sich Fragen auf Wertangaben, so ist auf die zum jeweils erfragten Zeitpunkt maßgebende Währung abzustellen.
Ist das Beiblatt – Vordruck BAA 18/4 – wegen verschiedener Schäden eines Verfolgten mehrmals auszufüllen, braucht Abschnitt A nur in einem Beiblatt ausgefüllt zu werden.)

Art des entzogenen Wirtschaftsguts (entzogene wirtschaftliche Einheit oder Teile davon)

☐ **Land- und forstwirtschaftliches Vermögen** ☐ **Grundvermögen** ☒ **Betriebsvermögen**

belegen in (bei späteren Umbenennungen oder Eingemeindungen die alte und neue Orts- und Straßenbezeichnung angeben)

(Ort, Straße, Hausnummer)

(Kreis, Reg.-Bez., Land)

☐ **Ansprüche und Anteilsrechte** ☐ **Übriges Vermögen** ☐ **Hausrat**

Auf das entsprechende Beiblatt wird verwiesen.

A. Angaben zur Person des Verfolgten

Fragen	Antworten	Raum für amtliche Vermerke
1. a) **Name, bei Frauen auch Geburtsname, sämtliche Vornamen** (Rufname unterstreichen)	1. a)	
b) **Bei Namensänderungen (nicht durch Eheschließung): Frühere Namen** (ggf. auch Zeitpunkt und Grund der Namensänderungen angeben)	b)	
c) **Geburtsdatum und -ort**	c) (Tag, Monat, Jahr) (Ort, Kreis, Reg.-Bez., Land)	
d) **Familienstand im Zeitpunkt des Schadenseintritt**	d) ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend	

Vordruck BAA 18/4–69

Mat. 4316. A 4. 8 Seiten. 2000. 2. 78

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den 26. Sept. 1988
TELEFON (030) 8817078
wb/e

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
912 D Sutton Apts.
Collingswood

N. J. 08107
U S A

Frau
Ilse Ruppel
423 Biffington Rd

Syracuse N. Y.
U S A

Betr.: Schadensfeststellung nach Frau Margarete Ruppel
(Grundvermögen Gotha, Friedrichstraße 7)

Sehr geehrte Frau Ruppel,
sehr geehrter Herr Ruppel!

Ich übersende Ihnen anliegend den mir am 8.9.1988 zugestellten zweiten Teilbescheid des Ausgleichamtes Berlin vom 5.9.1988.

Es gilt das gleiche wie für den ersten Teilbescheid vom 24.6.1988. Ich verweise insoweit auf mein Schreiben vom 30.6.1988.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

912D Sutton Apts.
Collingswood, N.J. 08107
12. April 1981

Sehr geehrte Herren:

Ich erhielt Ihr Schreiben vom 16.3.81 mit einer Kopie des Ablehnungsschreibens des Versicherungstraegers vom 17.12.80, und diese Ablehnung war mir neu; anscheinend ist das Original nie hier eingetroffen. Da jedoch daraus hervorgeht, dass ich keinen Anspruch auf eine Rente basiert auf meiner deutschen Taetigkeit habe, stimme ich voellig mit Ihnen darin ueberein, dass dieser Teil des Antrags zu den Akten gelegt wird. Wir waren ja davon ausgegangen, dass meine Taetigkeit als Betriebsleiter beitragspflichtig war, was aber lt. der Behoerde nicht der Fall war; demnach sind sicher keine Abgaben dafuer bezahlt worden, und die ganze Sache ist hinfaellig.

Da jedoch die WIEDERGUTMACHUNGSFRAGE sehr viel wichtiger ist, moechte ich heute eine Skizze des diesbezueglichen Inhalts meiner Unterlagen geben. Ich hatte schon lange die Befuerchtung, dass das eine oder andere Schriftstueck verlorengegangen sein koennte, wie es ja tatsaechlich mit dem Schreiben der Bundesversicherungsanstalt geschehen zu sein scheint. Dabei gehe ich bis Maerz 77 zurueck, die ungefaehre Zeit seit der sich Schwierigkeiten zeigen.

Datum von Berlin	Datum von U.S.	Haupt-Inhalt
8.Maerz 77	15.2.77	Teilbescheid fuer Hauptentschädgg. Aufzälung der 7 (oder 8) Objekte v.Anträgen i.J.72, zur Zusammenfassg.
7. Nov. 77		Mitteilung wegen Stop-Verfahrens und zeitweiliger Suspension
11.Jan. 79		Bestätigung der Aufhebung des Stop-Verfahrens u.Versicherung von Fortführung der Anträge.
16.8. 79		Mitteilung v.stattgefundener Teilzahlung(gefolgt v. Uebermittelung)
	22.10.79	Anfrage weegen Fortführung v.Anträgen
11. Juli 80		Versuch der Behörde, Neuantrag für nebensächliche Klinik-Frage einzuschalten.
9/15/80		Treffen mit Mr. Wellemin in Blner Kanzlei.
	1/10/80	Antwort auf 11.7.80 nach Erhalt v.Mr. W's Bericht. Erklaerung warum Neu-Antrag weegn der Klinik-Bagatelle unratsam erschien.

Keine weitere Korrespondenz wegen Wiedergutmacung in meinen Unterlagen.

Wuerden Sie bitte feststellen, welche Antworten, von hier oder von dort, moeglicherweise den Weg des Behoerdenschreibens v. 17.12.80 gegangen sein koennten und mich schnellstmoeglich darüber informieren. Was mich besonders beunruhigt ist natürlich das scheinbare lange Schweigen seit Januar 1980.

Mit freundlichen Grüssen

(Jack A. [illegible]uppel)

R.A. H-J. Horn
Berlin

912D Sutton Apts.
Collingswood, N.J. 08107
12. April 1981

Sehr geehrte Herren:

Ich erhielt Ihr Schreiben vom 16.3.81 mit einer Kopie des Ablehnungsschreibens des Versicherungstraegers vom 17.12.80, und diese Ablehnung war mir neu; anscheinend ist das Original nie hier eingetroffen. Da jedoch daraus hervorgeht, dass ich keinen Anspruch auf eine Rente basiert auf meiner deutschen Taetigkeit habe, stimme ich voellig mit Ihnen darin ueberein, dass dieser Teil des Antrags zu den Akten gelegt wird. Wir waren ja davon ausgegangen, dass meine Taetigkeit als Betriebsleiter beitragspflichtig war, was aber lt. der Behoerde nicht der Fall war; demnach sind sicher keine Abgaben dafuer bezahlt worden, und die ganze Sache ist hinfaellig.

Da jedoch die WIEDERGUTMACHUNGSFRAGE sehr viel wichtiger ist, moechte ich heute eine Skizze des diesbezueglichen Inhalts meiner Unterlagen geben. Ich hatte schon lage die Befuerchtung, dass das eine oder andere Schriftstueck verlorengegangen sein koennte, wie es ja tatsaechlich mit dem Schreiben der Bundesversicherungsanst lt geschehen zu sein scheint. Dabei gehe ich bis Maerz 77 zurueck, die ungefaehre Zeit seit der sich Schwierigkeiten zeigen.

Datum von Berlin	Datum von U.S.	Haupt-Inhalt
8. Maerz 77	15.2.77	Teilbescheid fuer Hauptentschädigg. Aufzälung der 7 (oder 8) Objekte v. Anträgen i.J.72, zur Zusammenfassg.
7. Nov. 77		Mitteilung wegen Stop-Verfahrens und zeitweiliger Suspension
11. Jan. 79		Bestätigung der Aufhebung des Stop-Verfahrens u. Versicherung von Fortführung der Anträge.
16.8. 79		Mitteilung v. stattgefundener Teilzahlung (gefolgt v. Uebermittelungen)
	22.10.79	Anfrage weegen Fortführung v. Anträ
11. Juli 80		Versuch der Behörde, Neuantrag für nebensächliche Klinik-Frage einzuschalten.
9/15/80		Treffen mit Mr. Wellemin in Einer Kanzlei.
	1/10/80	Antwort auf 11.7.80 nach Erhalt v. Mr. W's Bericht. Erklaerung warum Neu-Antrag weegn der Klinik-Bagatelle unratsam erschien.

Keine weitere Korrespondenz wegen Wiedergutmacung in meinen Unterlagen.

Wuerden Sie bitte feststellen, welche Antworten, von hier oder von dort, moeglicherweise den Weg des Behoerdenschreibens v. 17.12.80 gegangen sein koennten und mich schnellstmoeglich darüber informieren. Was mich besonders beunruhigt ist natürlich das scheinbare lange Schweigen seit Januar 1980.

Mit freundlichen Grüssen

(Jack A. Ruppel)

R.A. H-J. Horn
Berlin

*** W I E D E R H O L U N G ***

FRANKFURT AM MAIN
02.06.2000 / 10:31:05

EIGENE REFERENZ : FALIZ015400081 01
MAPPEN-/AUFTRAGSNUMMER: FAL0006020061 002

IMPORT ZAHLUNGSVERKEHR
======================

```
WAEHRUNG/BETRAG        :                              USD          3.804,01
KURS/BEWERTUNGSKURS    :           0,930000      0,933000
KURS ZUR ZIELWAEHRUNG  :           1,955830      1,955830
AUSMACHENDER BETRAG    :   UMRECHNUNGSANWEISUNG: J    DEM          8.000,00
>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>> K U N D E <<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<
  03 PORTO / SPESEN            N                      DEM              2,60
  20 BEARBEITUNGSENTGELT       N                      DEM             25,00
KUNDE GEBUEHREN:                                      DEM             27,60*
KUNDENKONTO    : 400 6010615 00 DEM VAL.: 02.06.2000 DEM           8.027,60*
KUNDE COMADI   : 000021034436541 0/0003  NOCH NICHT ENTSCHIEDEN /BTR.NEGATIV
-----------------------------------------------------------------------------
AUFTRAGGEBER
AUS KUNDENBASISDATEN   :
   ERBENGEM. SIMSON
   C/O MR.WALTER BERNKOPF
   2 EAST VIEW DRIVE
   SIMSBURY, CT 06070, USA
>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>> B A N K <<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<
ABRECHNUNGSBETRAG      :                             USD           3.804,01
BANKENKONTO    : 400 8875445 00 USD VAL.: 06.06.2000 USD           3.804,01*
   FIRST UNION NATIONAL BANK              INTERN.OPERATIONS DIVISION
   PHILADELPHIA, PA 19101/ USA            P.O.B.13866 - 530 WALNUT STR.
-----------------------------------------------------------------------------
OCMT                   : DEM          8.000,00
-----------------------------------------------------------------------------
:58: BEAUFTRAGTE BANK :                   INTERN.OPERATIONS DIVISION
   FIRST UNION NATIONAL BANK              P.O.B.13866 - 530 WALNUT STR.
   PHILADELPHIA, PA 19101/ USA
:57: BANK D. BEGUENST.:                   SOUTH JERSEY SAVINGS+LOAN ASSOC.
   //FW231270751                          4651 ROUTE 42
   TURNERSVILLE NEW JERSEY USA
-----------------------------------------------------------------------------
:59: BEGUENSTIGTER     :
   KTONR/409100000699
   MR. JACK A. RUPPEL
   2150 TRE. 38
   CHERRY HILL NEW JERSEY USA
-----------------------------------------------------------------------------
:72: BANK ZU BANK INFORMATIONEN FUER DIRA      /EXCH/0,930000/
   /OCMT/DEM8000,/
>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>>> S T A T I S T I K <<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<
REZI-ZUORDNUNG         : PNBPUS33PHL
REZI-ZAEHLANWEISUNG    :     ART: 320 ZAHLUNG AUFTRAGS GEBIETSFREMDER
UMSATZ LAND-CODE       : US      THE UNITED STATES OF AMERICA
AUST ZAEHLANWEISUNG    :     ART: GSO GEBIETSFREMDE: SONSTIGES GESCHAEFT
AUST KUNDENZUORDNUNG   : 4006010615
AWV-ZAEHLANWEISUNG     :   000        GEGENWERT:      DEM          8.000,00
ANZAHL POSTEN          : 00001
UMSATZST.-KENNZEICHEN  :              GEGENWERT:      EUR          4.064,11
-----------------------------------------------------------------------------
DIREKTAUFTRAG          : S100 00  02 PNBPUS33PHL
-----------------------------------------------------------------------------
```

Landesamt zur Regelung offener
Vermögensfragen / Landesausgleichsamt

Berlin

Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen / Landesausgleichsamt,
Rungestr. 22-24, D-10179 Berlin

Herrn
Jack Ruppel
340 Cadbury
2150 Route 38
Cherry Hill, NJ 08002

USA

Bürgertelefon: (0 30) 90 20 - 60 00
(Anrufbeantworter - 24 Stunden -)

Bearbeiter(in)	Tel (0 30) 90 20 - 6635	Zimmer	Datum	Geschäftszeichen
Fr. Salomon	Mo - Fr : 9.00 - 12.00 h oder 90 20-0, intern 9 20 Fax (0 30) 90 20 - 6883	416	07.06.2000	I LAG 53 A 10/ BF 6541 R Bei Antwort bitte angeben

Sehr geehrter Herr Ruppel,

wir müssen uns noch einmal an Sie wenden, da inzwischen auch für das Grundstück in Gotha, Friedrichstr.7 ein Schadensausgleich vorliegt.

Für den Verlust dieses Grundstückes hat Frau Margarete Ruppel seinerzeit ebenfalls Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) erhalten, die bei Vorliegen eines sog. Schadensausgleichs von uns zurückzufordern sind.

Uns liegt vom zuständigen Staatlichen Amt zur Regelung offener Vermögensfragen in Schmalkalden der Bescheid vom 10.08.1999 vor, in dem das o.g. Grundstück an Herrn Dr. Frank Ebbing (aufgrund der Abtretung der Restitutionsansprüche an ihn) rückübertragen wurde. Damit ist der seinerzeit festgestellte und nach dem LAG entschädigte Wegnahmeschaden wieder ausgeglichen, und wir sind gehalten hierfür ein Rückforderungsverfahren nach § 349 LAG durchzuführen.

Die Rechtsvorschriften für dieses Verfahren fügen wir zu Ihrer Information bei.

Wie Sie dem Merkblatt entnehmen können, richtet sich die Rückforderung gegen Empfänger von Ausgleichsleistungen, deren Erben oder weitere Erben. Wir müssen Sie daher entsprechend Ihrem ½ Erbanteil bei der Rückforderung in Anspruch nehmen. Eine Abtretung der Restitutiuonsansprüche hat hierbei keine Auswirkungen. Der Rückforderungsbetrag beläuft sich für Ihren Anteil nach vorläufiger Berechnung auf ca. 8700,-DM ≈ $4240-

Sollten sonst noch Umstände vorliegen, die das Rückforderungsverfahren berühren könnten, bitten wir um Mitteilung bis zum **07. August 2000**. Danach wird Ihnen unser Rückforderungs- und Leistungsbescheid zugehen.

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
TELEFON (030) 8817078
TELEFAX (030) 8824087

21. Febr. 1991
wb/e

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
340 Cadburry, 2150 Rte. 38

Cherry Hill NJ 08002
USA

Dringend

Betr.: Besitz der Familien Simson & Ruppel

Sehr geehrter Herr Ruppel!

In obiger Sache komme ich auf Ihr Schreiben vom 10.8.1990 und mein Schreiben vom 6.9.1990 zurück.

Wie Sie sicher den Medien entnommen haben, können aufgrund der Neufassung der Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche jetzt auch Vermögenswerte von Personen angemeldet werden, die in der Zeit vom 30.1.1933 bis zum 8.5.1945 aus rassischen, politischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden und deshalb ihr Vermögen infolge von Zwangsverkäufen, Enteignungen oder auf andere Weise verloren haben.

Die entsprechenden Anmeldungen können noch bis zum 31.3.1991 erfolgen.

Falls Sie oder einer Ihrer Miterben noch keine Anmeldung vorgenommen haben und ich für Sie tätig werden soll, bitte ich um Unterzeichnung und Rücksendung der beiliegenden Vollmacht.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

HANS-JOACHIM HORN
RECHTSANWALT UND NOTAR

SCHLÜTERSTRASSE 53
1000 BERLIN 12 (Charlottenburg), den
TELEFON (030) 8817078
TELEFAX (030) 8824087

21. Febr. 1991
wb/e

RA und Notar H.-J. Horn · Schlüterstraße 53 · 1000 Berlin 12

Herrn
Jack A. Ruppel
340 Cadburry, 2150 Rte. 38

Cherry Hill NJ 08002
USA

Dringend

Betr.: Besitz der Familien Simson & Ruppel

Sehr geehrter Herr Ruppel!

In obiger Sache komme ich auf Ihr Schreiben vom 10.8.1990 und mein Schreiben vom 6.9.1990 zurück.

Wie Sie sicher den Medien entnommen haben, können aufgrund der Neufassung der Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche jetzt auch Vermögenswerte von Personen angemeldet werden, die in der Zeit vom 30.1.1933 bis zum 8.5.1945 aus rassischen, politischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden und deshalb ihr Vermögen infolge von Zwangsverkäufen, Enteignungen oder auf andere Weise verloren haben.

Die entsprechenden Anmeldungen können noch bis zum 31.3.1991 erfolgen.

Falls Sie oder einer Ihrer Miterben noch keine Anmeldung vorgenommen haben und ich für Sie tätig werden soll, bitte ich um Unterzeichnung und Rücksendung der beiliegenden Vollmacht.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Vollmacht

Hiermit erteile ich

Herrn Rechtsanwalt und Notar
Hans- Joachim Horn,
Schlüterstraße 53 in 1000 Berlin 12,

unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB **Vollmacht** für mich/uns in der Angelegenheit bezüglich des Grund- und Betriebsvermögens

in

tätig zu werden und meine Vertretung in allen Rechtshandlungen zu übernehmen. Dazu gehört insbesondere

1. für mich Ermittlungen darüber anzustellen und Einkünfte einzuziehen, wer Eigentümer des Grund- und Betriebsvermögens und welcher Eigentumswechsel mit welchem Rechtsgrund stattgefunden hat.

   Hierzu kann er Anfragen an sämtliche in Betracht kommenden Behörden, Institutionen und Private richten, sämtliche erforderlichen Erklärungen in diesem Zusammenhang auch für mich abgegeben und sämtliche, die Rechtsvorgänge des obigen Vermögens betreffende Grundakten bei Gericht, sonstige Akten bei Behörden, Gerichten usw. einsehen und sich entsprechende Auszüge aus dem Grundbuch, aus Registern und Akten fertigen lassen.

2. Die Anmeldungen und Anträge betreffend Rückgabe bzw. Entschädigung des Vermögens und der damit im Zusammenhang stehenden Kontoguthaben bei Kreditinstituten vorzunehmen bzw. zu stellen.

3. Sämtliche Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Instutionen, Privatpersonen oder Gesellschaften für mich/uns auf Rückgabe des Vermögens bzw. entsprechender Entschädigungen zu führen und sämtliche für die Rückübertragung des Eigentums erforderlichen Erklärungen auch in meinem/unseren Namen abzugeben.

4. Die Durchführung etwaiger Rechtsverfahren gegenüber den Gerichten, gleichgültig, gegen wen sich das Verfahren richtet sowie auf Prozeßverfahren aller Art und sämtliche Anträge beim Liegenschaftdienst/Grundbuchamt,

5. sich von sämtlichen Behöden, Gericht usw. einschließlich der Lastenausgleichsämter Unterlage jeglicher Art einschließlich der Erbscheine anzufordern, die zur Anmeldung und Durchsetzung der vorliegenden Ansprüche erforderlich sind.

Herr Rechtsanwalt Horn soll alle Erklärungen für mich abgegeben dürfen, zu deren Abgabe ich selbst berechtigt bin. Er darf auch Gelder aus Entschädigungsleistungen oder abzuschließenden Verträgen in Empfang nehmen.

Unterbevollmächtigung ist gestattet.

Cherry Hill, den

Veröffentlichung des Bundesministers der Justiz
Stand: 7. Februar 1991

Merkblatt zur Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche (Anmeldeverordnung)

Zu den vielfältigen Problemen, die es im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu lösen gilt, gehört auch die Frage: Wie soll in der DDR enteignetes oder unter staatliche Verwaltung gestelltes Vermögen behandelt werden?

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik haben sich in einer Gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990 auf eine Reihe von Grundsätzen zur Regelung offener Vermögensfragen verständigt. Danach soll in der DDR enteignetes Vermögen an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Erben grundsätzlich zurückgegeben werden. Der Ministerrat der DDR hat dazu jetzt eine erste Verordnung erlassen: die "Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche" vom 11. Juli 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 44 vom 27. Juli 1990, S. 718). Zu dieser Verordnung sind inzwischen zwei Änderungsverordnungen ergangen.

Die Anmeldeverordnung enthält - wie ihr Name sagt - zunächst nur Bestimmungen darüber, wer welche Ansprüche wo und innerhalb welcher Frist anmelden kann. Sie regelt nicht,

- unter welchen Voraussetzungen angemeldete Ansprüche berechtigt sind,
- wie das Verfahren zur Überprüfung der Anspruchsberechtigung ausgestaltet wird.

Hierzu sind gesonderte Gesetze erlassen.